





Zwei Jahre
österreichischer Politik.

Aus einem Tagebuch.

Herausgegeben

von

Friedrich Giehne.

Erster Band.

Schaffhausen.
Verlag der Fr. Hurter'schen Buchhandlung.
1868.

Vorwort.

Tagebücher halten den frischen Eindruck fest, wie man ihn empfing; das Gepräge verwischt sich, wenn man mit der Aufzeichnung zuwartet. Als Bestandtheil eines Seelenlebens kann dabei auch etwas anscheinend Kleines in eine anregende Beziehung treten: nur ist es beispielsweise zu viel verlangt, wenn Jemand dem Publikum ein Interesse dafür zumuthet, daß er „heute" im Tacitus und in Layard's Niniveh gelesen hat, oder daß er nach einer unruhigen Nacht diesen Morgen spät aufgestanden ist. Das ist ein Stoff für einen Kammerdiener, nicht für einen Kreis von Lesern. Es ist ein schriftstellerischer Mangel an Toilette. Wenn aber in einem Tagebuch sich eine Zeit welthistorischer Ereignisse abspiegelt, da sieht man im Durchblättern diese nochmals an sich vorüberziehen, blickt dem Gewordenen wieder in seine Entstehungsgeschichte hinein, und vergleicht so zu sagen die Physiognomie eines Erwachsenen mit einem Bildniß aus seiner Kindheit. Etwas Individuelles kommt dabei nur in der Weise der Auffassung mit ins Spiel, d. h. das Tagebuch wird seine Eigenart haben, und man wird sie ihm ansehen. Es wäre gefehlt, wenn es anders wäre; denn wo keine Individualität ist, da ist auch kein Gepräge. Am Ende sind ja auch die Geschichtsquellen nichts Anderes, als individuelle Auffassungen des Erlebten,

die man von da und dort her zusammenträgt, sodann prüft, vergleicht, und mit historischer Kritik zu Geschichte verarbeitet. In diesem Sinne können denn Tagebücher als ein Beitrag zur künftigen Geschichtschreibung gelten; sie werden um so geeigneter dazu seyn, je mehr sie in der That den unmittelbaren Eindruck des Moments wiedergeben, also der Verdacht einer erst hinterher hineingetragenen Berechnung wegfällt. Was nun das vorliegende betrifft, so ist es ein wirkliches und wahrhaftes, mit den Ereignissen gleichzeitig entstandenes Tagebuch, und für diese Eigenschaft liegt sogar ein öffentlicher Beweis vor: es ist nämlich fast Alles jeweils auch gleich gedruckt worden. Einzelnes, dem sich der gleichzeitige Druck versagte, ist hier in seiner Reihefolge eingefügt: eine oder die andere Wortfassung, die man im Druck damals milderte, hier wieder so hergestellt, wie sie ursprünglich niedergeschrieben war. Die Veröffentlichung des bisher Ungedruckten und die Zusammenstellung des bisher Getrennten sind die schriftstellerischen Motive zur Herausgabe dieses Buchs. Eine Zeitung, ob auch sehr weit verbreitet, hat doch immerhin ihr spezielles Publikum, und für jede gibt es örtliche Kreise, denen sie mehr oder minder fremd bleibt, d. h. sie vertheilt sich ungleich; ein Buch aber, vermöge der trefflichen Einrichtung des deutschen Buchhandels, hat an das große Gesammtpublikum immerdar wenigstens eine gleichmäßige Anfragsadresse. In der Zusammenstellung nun, während getrennte Bestandtheile vorher getrennte Leserkreise hatten, legt sich zugleich vor Augen, ob das Ganze wohl auch aus einem Guß ist. Nicht jede Politik verträgt einen Prüfstein dieser Art; eine ungleiche, umspringende, haltlose dürfte kein Tagebuch führen oder es wenigstens nicht dem Druck übergeben. Ein Wechsel in der Grundfarbe wäre eine Zweiheit des Buchs und seines Eindrucks, eine wechselseitige Selbstverdammung, eine moderne Seelenwanderung in ein anderes Ich, eine Negation seiner selbst. Veränderten Thatsachen kann man Rechnung tragen, aber Prinzip bleibt Prinzip, Gewissen bleibt Gewissen, oder es gäbe keine politische Religion mehr. Rechts-

gefühl und deutsche Gesinnung drehen sich nicht mit der Windfahne. Freilich, und zwar eben darum, dienen diese Eigenschaften nicht überall als Empfehlung. Politische Sympathien erwirbt man sich damit, wenn es gut geht, politische Feindschaften aber jedenfalls; gleichviel: in dem Einen wie in dem Andern liegt alsdann die Anerkennung eines politischen Charakters.

Wien, im Frühjahr 1868.

Friedrich Giehne.

wäre Dies aber der Fall, so wäre das Anerbieten für Oesterreich lediglich nicht verführerisch. Der Besitz Rumäniens würde für Oesterreich nur eine Last seyn; denn 1) würde derselbe mehr kosten, als eintragen, 2) wäre er eine unfehlbare Anweisung auf einen früheren oder späteren Krieg mit Rußland, und 3) fände man sich alsdann nicht einmal in einer günstigen militärischen Position. Allerdings kann Oesterreich einmal in den Fall kommen, zur Lösung der orientalischen Frage, wenn Europa Dies wünscht, die Frage zu erwägen, ob es das Opfer bringen soll, sich zwischen Rußland und der Türkei als absperrende Zwischenmacht festzulagern; allein zur Durchführung einer solchen Aufgabe, welche ohnehin schwierig genug ist, eignet sich nur das rechte Donauufer, welches das linke beherrscht und schon zu Römerzeiten eine dominirende militärische Linie war.

Schon Machiavell hat gesagt: „Eine Macht wird durch diejenigen Mittel behauptet, durch welche sie erlangt wurde.“ Die Verfügung über Schleswig-Holstein ist erlangt worden durch das Zusammengehen Oesterreichs und Preußens, und sicherlich liegt es im deutschen Interesse, daß nicht ein Auseinandergehen beider Mächte eine Einmischung des Auslands in diese deutsche Angelegenheit herbeiziehe. Indeß ist die wünschenswerthe Einigung offenbar nicht dadurch erzielbar, daß Preußen Oesterreich blos zu benutzen und auszubeuten, ihm die preußische Richtung blindlings aufzuoktroyiren sucht. Nur das beiderseitige Interesse macht politische Allianzen haltbar.

---

12. März 1866.

Seitdem die Adresse des ungarischen Abgeordnetenhauses sich dahin ausgesprochen hat, daß Ungarn, obwohl direkt unbetheiligt dabei, auch den andern Ländern der österreichischen Monarchie konstitutionelles Gedeihen wünsche, hat sich mancher vorher von Ungarn abgekehrte Blick freundlich dahin gewendet. Man erkennt, daß eine alte Verfassung, wie die ungarische, und mit solcher Zähigkeit festgehalten und vertheidigt, einen weit stärkeren Einfluß auf das praktische Leben auszuüben geeignet ist, als eine neue und unerprobte, und man verspricht sich eine günstige Rückwirkung davon für sich selbst; sollte aber der Ausgleich mit Ungarn auch diesmal scheitern,

nachdem sich Alles so vielversprechend dafür anließ, so fürchtet man eine allgemeine Verkümmerung konstitutioneller Ansprüche überhaupt. Dies, glaube ich, ist der Schlüssel zu den öffentlichen Stimmungen in Bezug auf Ungarn, wie man sie derzeit hervortreten sieht. Für das Interesse der Gesammteinheit, das man z. B. in Paris vielleicht allen andern Interessen im Falle der Wahl überordnen würde, sind die Völker Oesterreichs schon wegen ihrer Verschiedenartigkeit minder empfänglich, als erforderlich wäre, um die Einheit selbst um den Preis des Absolutismus willkommen zu heißen. Wenn ich die Zeichen der Zeit richtig auslege, würde man Dies auch in Deutschland nicht thun, und doch ist die vielbesprochene und vielbesungene „Einheit Deutschlands", so wie man sie wünscht und sich in der Phantasie ausmalt, nur von solcher Art, daß im Vergleich damit die österreichische Monarchie mehr Einheit übrig behielte, selbst wenn jedes Kronland eine gesonderte Verfassung hätte, was doch der sogenannte Dualismus gerade negirt. Oesterreich ist eine Großmacht gewesen, und hat als solche in die Geschicke Europas eingegriffen, auch während Ungarn ein Königreich für sich war und eine blose Personalunion bestand. Der gesuchte Ausgleich geht aber auf mehr als eine blose Personalunion aus. Man muß die Dinge nehmen, wie sie nun einmal sind. Den Absolutismus will auch der deutsche Theil der Bevölkerung nicht mehr, auch nicht um den Preis der Einheit; in einem österreichischen Gesammtparlament aber, wenn es durchführbar wäre und vollzählig beschickt würde, wären die Deutschen Oesterreichs mit 1 gegen 5 in der Minderzahl, und das Deutschthum wäre majorisirt, überstimmt, fast beseitigt. Was bleibt da übrig, als Das, was man den „Dualismus" nennt? Stelle man mit Ungarn den Vorbehalt der gemeinsamen Angelegenheiten fest, rufe dann den engeren Reichsrath wieder ins Leben, oder lasse mindestens denjenigen Kronländern, die zum deutschen Bund gehören, eine gemeinschaftliche Vertretung, welche der ungarischen gleichstünde, und man wird eine Entwicklungsform haben, die auf dem Wege praktischer Erfahrung offenen Raum für weiteren Fortschritt bietet; die Gefahr, welche in der geistigen Entfremdung Ungarns lag, wird vermieden, Deutsche und Ungarn aber werden natürliche Verbündete seyn.

14. März 1866.

Dem österreichisch-preußischen Bündniß hat es eben in einer Hauptbeziehung an der rechten Unterlage gefehlt: dasselbe schließt nämlich überhaupt keinen Anspruch auf Dauerhaftigkeit in sich, so lange die beiden Mächte sich nicht über die deutsche Frage (Bundesreform) verständigt haben. Während sich dort ihre Interessen noch ungeklärt gegenüberstehen, sich kreuzen und aneinander reiben, ist ein ganz herzliches Einverständniß und Zusammenwirken gegen außen hin, auch wenn Preußen nicht blos einseitige Absichten verfolgt, geradezu undenkbar, und das ganze Bauwerk steht in der Luft, wenn man nicht darauf bedacht ist, ihm die mangelnde Grundlage zu verschaffen. Man wendet ein, wenn man nicht einmal über die schleswig-holsteinische Frage einig werde, so sey Dies noch weniger in Betreff der deutschen zu erwarten; ganz richtig, jedoch gerade die Schwierigkeit einer Verständigung über die deutsche Frage ist ein Argument schon gegen den Anfang jenes Bündnisses, das in Ermangelung dieser unentbehrlichen Basis als ein improvisirtes erschien. Diesem Bündniß zulieb aber hat man sowohl die Regierungen als die öffentliche Meinung der deutschen Mittelstaaten verletzt, was wenigstens in der Form zu vermeiden gewesen wäre, und es scheint nicht, daß man bei dem Tausche gewonnen hat. Glücklicher Weise hat es allen Anschein, daß die Kriegswolke, an welche Niemand recht glauben will, vorüberziehen wird gleich einem Aprilwetter. Sollte das Gegentheil geschehen, so sind weitere Worte nachgerade eine vergebliche Mühe, und der abgeschossene Pfeil gehört nicht mehr dem Schützen an, sondern einer höheren Macht; zertheilt sich aber, wie zu hoffen steht, das Gewitter, so wird die Macht der Thatsachen immer auf nachstehende Hauptsätze zurückführen: 1) Kein Bündniß zwischen Oesterreich und Preußen ist haltbar, wenn nicht eine Verständigung über die deutsche Frage zur Grundlage dient. 2) Erst der Beitritt des übrigen Deutschlands ist der rechte vermittelnde Kitt für ein solches Bündniß, während umgekehrt ein Zusammengehen Oesterreichs und Preußens mit Lahmlegung des deutschen Bundes die deutschen Mittelstaaten einer Anlehnung an Frankreich zu überliefern droht. 3) Verzicht auf jede Allianz mit Preußen ist für Oesterreich vortheilhafter, als eine solche, in welcher das letztere blos Opfer bringen soll, einer Gegenleistung nicht einmal in Form eines eventuellen Anerbietens ansichtig wird, mittlerweile aber der früheren Sympathien

Deutschlands verlustig geht. Auf eine Krisis wird die Klärung aller dieser Verhältnisse folgen.

---

20. März 1866.

Ein Krieg zwischen Oesterreich und Preußen: — Das ist förmlich ein Rückschritt in das vorige Jahrhundert. Nur ist zu bemerken, daß seither alle Verhältnisse anders geworden sind. Damals konnte Friedrich der Große sich einen „natürlichen Alliirten Frankreichs" nennen, ohne daß man Anstoß daran nahm; Preußen hatte noch kein deutsches Rheinland zu verlieren, machte auch keinen Anspruch darauf, an der Spitze deutscher Nationalinteressen zu stehen. Damals zog Preußen, obwohl Friedrich der Große mehr ein „Philosoph" als ein Protestant war, einen Vortheil daraus, sich als eine protestantische Macht geltend zu machen, und spekulirte damit auf das corpus evangelicorum; heutzutage fehlen die damaligen Motive und Anhaltspunkte hiefür, und man kann einem preußischen Kriege gegen Oesterreich keine Religionsfärbung zu geben versuchen, während ein gutes Drittheil der preußischen Bevölkerung selbst katholisch ist. Damals kam das sogenannte „Reich" in Bezug auf militärische Leistungen wenig in Rechnung, und für die Reichsarmee brachte man den Spitznamen „Reißausarmee" in Aufnahme; gegenwärtig hat das außerhalb der beiden Großmächte stehende Deutschland wohlorganisirte Streitkräfte, und es würde schwer halten, einen der deutschen Mittelstaaten so kurzweg „in Depot zu nehmen," wie man es vor 110 Jahren mit dem Kurfürstenthum Sachsen that. Auch eine nationale öffentliche Meinung im heutigen Sinne gab es in dem damaligen Deutschland nicht, und das Preußen Friedrichs des Großen stand nicht an der Spitze eines auf Grundlage dieser nationalen öffentlichen Meinung aufgebauten deutschen Zollvereins, welchen jetzt ein neuer „siebenjähriger" oder auch nur ein neuer „schlesischer Krieg" ohne Zweifel zerstören würde. Selbst der am weitesten gehende Theil der sogenannten gothaischen Partei in Deutschland wird einen preußischen Krieg gegen Oesterreich nicht für einen national-deutschen auszugeben wagen, weil Dies bei einem Bürgerkrieg eine contradictio in adjecto wäre; ein solcher Krieg würde vielmehr die bisher so oft und mit politischem Nutzen vorgeschobene Bezeichnung „deutsch" aus dem preußischen Wörterbuch ausstreichen, und das ausschließliche Eigenschaftswort „preußisch" an deren Stelle setzen.

Ich unterlasse es, die Parallele zwischen damals und jetzt weiter auszuführen, obwohl sich noch Stoff genug dazu böte, z. B. in Betreff der innern Zustände Preußens; nur auf einen Hauptpunkt sey noch hinzuweisen gestattet: ein preußischer Krieg gegen Oesterreich würde die Wiederaufnahme einer Rolle aus dem vorigen Jahrhundert seyn, jedoch — was denn doch ein wesentlicher Unterschied ist — ohne Friedrich den Großen als Führer auf dem Schlachtfelde.

So haben sich denn alle Verhältnisse gegen damals anders gestaltet, und nur die mahnende Wahrheit des alten Satzes ist die gleiche geblieben: Duobus litigantibus tertius gaudet. Solcher „Dritten" aber gibt es mehr als einen in Europa, und zwar weltklug und mächtig genug, um jenes Stadium des Prozesses nicht unbenutzt zu lassen, wo der Vortheil eines Schiedsrichteramtes den frischen und geschont gebliebenen Kräften zufällt.

---

22. März 1866.

Von Oesterreich, wie man weiß, geht keine Provokation zum Bürgerkrieg aus; wenn daher der Friede noch erhalten werden kann, so geschieht es gewiß nicht dadurch, daß man der öffentlich ausgesprochenen Behauptung, Oesterreich habe nicht die erforderlichen Geldmittel zu einem Krieg, auch nur einen Fußbreit Raum übrig läßt. Wenn es wirklich zum Kriege kommt, wird sich dieselbe allerdings thatsächlich widerlegen; allein diese Art von Widerlegung dient alsdann nicht mehr zur Verhütung des Kriegs. So viel jedoch läßt sich schon zum voraus nachweisen, daß der Satz, „ohne Geld könne man keinen Krieg führen", überhaupt nicht stichhaltig ist: er ist längst widerlegt durch geschichtliche Thatsachen. Mit was hat gegen Ende des vorigen Jahrhunderts Frankreich seine Kriege geführt? Mit Ueberlegenheit an Geld nicht: denn anstatt des Silbers hatte es „Assignaten", deren Werth zuletzt so weit herabkam, daß man z. B. für ein Paar Stiefel 10,000 Franken zahlen mußte. So tief ist wohl noch niemals ein Staatspapiergeld gefallen! Wurde damit die französische Kriegführung unmöglich? Keine Spur davon; trotz dieser mißlichen Finanzverhältnisse stellte Frankreich schlagfertige Heere ins Feld und eroberte Länder: das „Geld" fand sich hintendrein, nämlich erst nach dem Erfolg.

„Blut und Eisen", hat Graf Bismarck gesagt; Blut und Eisen,

d. h. Männer und Waffen, Das ist das einzige Erforderniß, das zum Krieg in der That unentbehrlich ist. Alles Andere gibt sich; der Krieg nimmt, was er braucht, mitunter auch Etwas mehr, und nimmt, wo er es findet. Nach diesem Grundsatze verfuhren damals die Franzosen; während ihre Gegner Vorräthe aufkauften und Magazine anlegten, brachten sie ihrerseits gar Nichts mit sich, und nahmen Alles. „Requiriren" nannte man Das, wandte es massenhaft und auf alles Mögliche an, und das Einfordern hatte lediglich keine andere Gränze, als wo das Verlangte überhaupt nicht vorhanden war, also auch für Geld nicht erlangbar gewesen wäre. Alle sonstigen Schwierigkeiten überwand man, zum Theil auf sehr sinnreiche Art. Der „Rheinische Antiquarius" (v. Stramberg) erzählt ein hübsches Beispiel, wie man sich dabei zu helfen wußte, aus Koblenz. Die Franzosen hatten alsbald nach ihrem Einrücken die Methode des Requirirens bis auf das Aeußerste ausgebeutet; auch eine schwere Kontribution an baarem Geld war eingetrieben worden. Nun verlangte man nachträglich noch 10,- oder 12,000 Paar Schuhe oder Stiefel weiter, und drohte mit Zwangsmaßregeln der härtesten Art. Vergeblich; in der bereits erschöpften Stadt war keinerlei Vorrath mehr. Selbst der von den Franzosen eingesetzte Gemeinderath, der aus ihren wärmsten Anhängern bestand, erklärte feierlich die Lieferung für eine Unmöglichkeit. „Ei," sagten die französischen Freunde, „macht nur von unsern freien Institutionen Gebrauch; in schwierigen Fällen beruft man eine Volksversammlung, und da hat sich noch immer Rath gefunden." Gesagt, gethan; die Volksversammlung fand statt, eine Reihe von Rednern sprach im Sinne des Gemeinderaths, aber als die Versammlung zu Ende war, fand sie die Ausgänge des Platzes von Soldaten besetzt, welche Niemand wegließen, als nach Ablegung der Schuhe oder Stiefel. Sämmtliche Theilnehmer gingen strümpfig nach Hause, und die Volksversammlung hatte Rath geschafft, — ohne Aufwand an Geld. Die Franzosen selbst haben die damaligen Nothstände ihrer Truppen nachmals ins Humoristische gezogen. Eine Zeichnung von Raffet, welcher in solchen Darstellungen Meister ist, zeigt ein aufmarschirtes Bataillon, an das ein Volksrepräsentant so eben eine Anrede gehalten hat. Kriegerisch drein blickende Gestalten, aber mit allerlei Defekten in der Uniform und namentlich mit höchst mangelhafter Fußbekleidung; da und dort stehen die Zehen hervor; der Volks-

Ich unterlasse es, die Parallele zwischen damals und jetzt weiter auszuführen, obwohl sich noch Stoff genug dazu böte, z. B. in Betreff der innern Zustände Preußens; nur auf einen Hauptpunkt sey noch hinzuweisen gestattet: ein preußischer Krieg gegen Oesterreich würde die Wiederaufnahme einer Rolle aus dem vorigen Jahrhundert seyn, jedoch — was denn doch ein wesentlicher Unterschied ist — ohne Friedrich den Großen als Führer auf dem Schlachtfeld.

So haben sich denn alle Verhältnisse gegen damals anders gestaltet, und nur die mahnende Wahrheit des alten Satzes ist die gleiche geblieben: Duobus litigantibus tertius gaudet. Solcher „Dritten" aber gibt es mehr als einen in Europa, und zwar weltklug und mächtig genug, um jenes Stadium des Prozesses nicht unbenutzt zu lassen, wo der Vortheil eines Schiedsrichteramtes den frischen und geschont gebliebenen Kräften zufällt.

---

22. März 1866.

Von Oesterreich, wie man weiß, geht keine Provokation zum Bürgerkrieg aus; wenn daher der Friede noch erhalten werden kann, so geschieht es gewiß nicht dadurch, daß man der öffentlich ausgesprochenen Behauptung, Oesterreich habe nicht die erforderlichen Geldmittel zu einem Krieg, auch nur einen Fußbreit Raum übrig läßt. Wenn es wirklich zum Kriege kommt, wird sich dieselbe allerdings thatsächlich widerlegen; allein diese Art von Widerlegung dient alsdann nicht mehr zur Verhütung des Kriegs. So viel jedoch läßt sich schon zum voraus nachweisen, daß der Satz, „ohne Geld könne man keinen Krieg führen", überhaupt nicht stichhaltig ist; er ist längst widerlegt durch geschichtliche Thatsachen. Mit was hat gegen Ende des vorigen Jahrhunderts Frankreich seine Kriege geführt? Mit Ueberlegenheit an Geld nicht; denn anstatt des Silbers hatte es „Assignaten", deren Werth zuletzt so weit herabkam, daß man z. B. für ein Paar Stiefel 10,000 Franken zahlen mußte. So tief ist wohl noch niemals ein Staatspapiergeld gefallen! Wurde damit die französische Kriegführung unmöglich? Keine Spur davon; trotz dieser mißlichen Finanzverhältnisse stellte Frankreich schlagfertige Heere ins Feld und eroberte Länder: das „Geld" fand sich hintendrein, nämlich erst nach dem Erfolg.

„Blut und Eisen", hat Graf Bismarck gesagt; Blut und Eisen,

d. h. Männer und Waffen, Das ist das einzige Erforderniß, das zum Krieg in der That unentbehrlich ist. Alles Andere gibt sich; der Krieg nimmt, was er braucht, mitunter auch Etwas mehr, und nimmt, wo er es findet. Nach diesem Grundsatze verfuhren damals die Franzosen; während ihre Gegner Vorräthe aufkauften und Magazine anlegten, brachten sie ihrerseits gar Nichts mit sich, und nahmen Alles. „Requiriren" nannte man Das, wandte es massenhaft und auf alles Mögliche an, und das Einfordern hatte lediglich keine andere Gränze, als wo das Verlangte überhaupt nicht vorhanden war, also auch für Geld nicht erlangbar gewesen wäre. Alle sonstigen Schwierigkeiten überwand man, zum Theil auf sehr sinnreiche Art. Der „Rheinische Antiquarius" (v. Stramberg) erzählt ein hübsches Beispiel, wie man sich dabei zu helfen wußte, aus Koblenz. Die Franzosen hatten alsbald nach ihrem Einrücken die Methode des Requirirens bis auf das Aeußerste ausgebeutet; auch eine schwere Kontribution an baarem Geld war eingetrieben worden. Nun verlangte man nachträglich noch 10- oder 12,000 Paar Schuhe oder Stiefel weiter, und drohte mit Zwangsmaßregeln der härtesten Art. Vergeblich; in der bereits erschöpften Stadt war keinerlei Vorrath mehr. Selbst der von den Franzosen eingesetzte Gemeinderath, der aus ihren wärmsten Anhängern bestand, erklärte feierlich die Lieferung für eine Unmöglichkeit. „Ei," sagten die französischen Freunde, „macht nur von unsern freien Institutionen Gebrauch; in schwierigen Fällen beruft man eine Volksversammlung, und da hat sich noch immer Rath gefunden." Gesagt, gethan; die Volksversammlung fand statt, eine Reihe von Rednern sprach im Sinne des Gemeinderaths, aber als die Versammlung zu Ende war, fand sie die Ausgänge des Platzes von Soldaten besetzt, welche Niemand wegließen, als nach Ablegung der Schuhe oder Stiefel. Sämmtliche Theilnehmer gingen strümpfig nach Hause, und die Volksversammlung hatte Rath geschafft, — ohne Aufwand an Geld. Die Franzosen selbst haben die damaligen Nothstände ihrer Truppen nachmals ins Humoristische gezogen. Eine Zeichnung von Raffet, welcher in solchen Darstellungen Meister ist, zeigt ein aufmarschirtes Bataillon, an das ein Volksrepräsentant so eben eine Anrede gehalten hat. Kriegerisch drein blickende Gestalten, aber mit allerlei Defekten in der Uniform und namentlich mit höchst mangelhafter Fußbekleidung: da und dort stehen die Zehen hervor; der Volks-

repräsentant, mit einem übermäßigen Schmuck von Federn auf dem Hut, reitet eine mitleiderregende Rozinante. Den Eindruck seiner Anrede auf die Soldaten sprechen die beigeschriebenen Worte aus: „Mit Eisen und Brod, sagt er, marschire man durch die ganze Welt; von Schuhen sagt er Nichts.“ Auf andern Bildern aus jener Zeit sieht man eine eben so bezeichnende Ungleichartigkeit in den Uniformstücken, wie z. B. ordonnanzwidrige Hosen aus weiß und roth oder weiß und blau gestreiftem Barchent, die ihren Ursprung aus zerschnittenem Bettgewande zur Schau tragen; so kamen damals die ersten französischen Truppen über den Rhein herüber, aber herüber kamen sie, und brachten lediglich kein Geld mit. (Beiläufig bemerkt, es ist ein Anachronismus, wenn Berthold Auerbach in einer seiner Dorfgeschichten, welche in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts spielt, die „rothhosigen Franzosen“ in das Dorf einrücken läßt; die krapprothe Hose der französischen Armee kam erst unter der Regierung Ludwig-Philipps auf.)

Angesichts solcher historischen Thatsachen ist es eine Ungereimtheit, zu behaupten, daß ohne blühende Finanzen keine erfolgreiche Kriegführung möglich sey. Holland strotzte von Reichthum, als die Franzosen es angriffen, aber die geldlosen Franzosen nahmen das ganze Land ein in einem kurzen Winterfeldzug. Umgekehrt waren später die französischen Finanzen in einem glänzenden Zustand, als die Heere Napoleons I. in Spanien einrückten, aber das Endergebniß war, daß das finanziell arme Spanien die Oberhand behielt. Preußen selbst, als es sich 1813 gegen Frankreich erklärte, war in seinen Finanzen schwer bedrückt, aber die unentbehrlichen Mittel zum Krieg besaß es, „Blut und Eisen“, und es führte ihn kräftig, gleichviel welcher Art vielleicht der Ausgang gewesen wäre ohne den Beitritt Oesterreichs.

Ein großer Staat findet die genügenden Mittel, um sich geltend zu machen, stets in sich selbst, unter allen Umständen, auch wenn die Beschaffenheit seiner Finanzen noch so viel zu wünschen übrig ließe, denn er hat „Blut und Eisen“ zu seiner Verfügung. Jener französische Volksrepräsentant hätte nicht einmal das Wort „Brod“ beizufügen gebraucht, denn es versteht sich von selbst, daß einige hunderttausend Mann in Waffen nicht Hungers sterben. Ist dieser Vordersatz richtig, so ergibt es sich als eine verfehlte Spekulation, einem Großstaat Motive unterzulegen, als ob irgend eine Finanz-

rücksicht ihn der Gegenwehr zu berauben vermöge, und ihm in solcher Voraussetzung durch Vorspiegelung einer Kriegsaussicht Etwas abdrängen zu wollen. Nun scheint es aber, daß gerade diese Voraussetzung schon bei einer früheren Verwicklung, nämlich bei derjenigen, die der Gasteiner Uebereinkunft voranging, dem Verhalten Preußens zu Grunde lag, und es kam Alles darauf an, Preußen nicht auf seinem Irrthum zu belassen; — schon des gefährlichen Beispiels wegen, da das Gelingen einer ersten Demonstration die Aufmunterung zu einer zweiten ist. Jetzt wie damals dreht sich eine Hauptfrage um diesen Punkt; nur ist die wünschenswerthe Widerlegung um Das, was man damals versäumte, schwieriger geworden.

---

28. März 1866.

Es ist wunderlich, wie der Parteigeist mitunter die Begriffe durcheinanderwirrt. Jam vera rerum nomina amisimus, sagt der alte Sallust von einer ähnlichen Erscheinung zu seiner Zeit; es paßt da und dort auch auf die Gegenwart. Da ist z. B. das Stichwort „Partikularismus", nachdem es schon gar vielerlei Schicksale erlebt, neuestens in den Dienst preußischer Blätter getreten, und wird mit Nutzen gegen die Annexionsabneigung der Schleswig-Holsteiner verwendet. Helfe, was helfen mag; aber beim Lichte betrachtet, ist denn doch eine exklusiv preußische Tendenz eben so sehr, wie eine speziell schleswig-holsteinische, der deutschen Gesammtheit gegenüber ein Partikularismus, nur ein bedeutend größerer, was jedoch blos in der Quantität, nicht im Inhalt einen Unterschied ausmacht. Die Polemik vermittelst jenes Stichwortes bekämpft also einen Partikularismus, weil er nicht in einem andern Partikularismus aufgehen will, und Das ist logisch genommen ein Widerspruch mit sich selbst. Es gibt noch mehr Widersprüche von dieser Art. Durch welchen Zauber z. B. ein gegenseitiger Vernichtungskampf die gewünschte Einheit befördern, oder eine Spaltung, die man beklagenswerth findet, vermittelst eines Krieges, welcher eine noch viel weiter klaffende Spaltung ist, heilkräftig geschlossen werden soll, Das ist nicht minder unklar für das öffentliche Urtheil, um dessen Zustimmung man sich doch bewirbt. Ein logischer Widerspruch liegt denn auch in der Art und Weise, wie man sich gegen die „Majorisirung" erklärt. Ich begreife sehr

wohl, daß und warum der preußischen Politik dieser Weg nicht genehm ist; allein wenn man seinerseits die Majorisirung ablehnt, wie kann man sich dann logischer Weise beklagen, daß die Majorität sich noch viel weniger von der Minderheit majorisiren lassen will? Und doch ist es eben diese Zumuthung, welche den kriegerisch auftretenden Ansprüchen preußischer „Heißsporne" in der Presse so eigentlich zu Grunde liegt. Eine Forderung der Gerechtigkeit ist Das nicht; eben deßhalb hat sich nach und nach eine Verwicklung daraus zusammengeballt, die man nun nicht mehr zu lösen weiß; also appellirt man an das Zerhauen des Knotens durch das Schwert. Wenn es nach der Auffassung jener Heißsporne ginge, so würde Preußen einfach und aufrichtig erklären: „Der Krieg hat den Zweck, Oesterreich zu zwingen, daß es sich von Deutschland ausschließe; ist Dies gelungen, so wendet man die Waffen gegen das übrige Deutschland, das sich sodann dem Willen Preußens zu unterwerfen hat." So aufgefaßt hätte der Krieg einen Sinn; von jedem andern Standpunkt aus hat er keinen. Nun sind aber jene Heißsporne nicht der preußische Staat; aus diesem Grunde ist es vielleicht keine Illusion, noch an die Erhaltung des Friedens zu glauben. Allerdings ist mit bloser Verhütung des Kriegs noch nicht Alles gethan; man muß auch den Schwierigkeiten, die zu dieser Krisis geführt haben, durch eine Neugestaltung der Zukunft Deutschlands zu begegnen suchen. Lege man frischweg Hand daran; es wäre nicht das erste Mal, daß einem Andrang der Noth gelänge, was in ruhigen Zeiten der vis inertiae unentreißbar schien.

---

4. April 1866.

Man gewöhnt sich an Alles, am Ende auch an die Spannung zwischen Krieg und Frieden, so unbehaglich sie auch seyn mag; ob übrigens die Verlängerung dieses Zustandes als ein Zeitgewinn zu Gunsten des Friedens auszulegen sey, wie Manche glauben, muß sich erst noch zeigen. Einstweilen hat sich herausgestellt, daß der deutsche Bund noch keineswegs lahm gelegt ist; ein Bundesgesetz, hinter dem 150,000 Mann stehen (diese Streitkraft als die Leistung der Mittelstaaten gerechnet), ist noch Etwas mehr als ein todter Buchstabe. Auch das deutsche Nationalgefühl ist ein Faktor, mit dem man zu rechnen hat, denn es spricht sich in Preußen selbst eben so,

wie im übrigen Deutschland, gegen einen Bürgerkrieg aus; bei der blos parademäßigen Aufputzung für Feste und Zweckessen hätte man sonst allerdings nachgerade glauben können, daß es nur als gelegenheitliches Steckenpferd für Sonntagsreiter da sey. Man hat sich eben allzulange passiv verhalten, vielleicht weil man nicht an den Ernst der wirklichen Situation glaubte; wer sich aber passiv verhält, der macht durch seine politische Aufgabe einen Strich, und negirt gleichsam sich selber. Jetzt drängt die ganze Gestaltung der Verhältnisse den deutschen Mittelstaaten eine Aktion, eine Initiative auf, woran sie es früher ermangeln ließen. Eine Genugthuung dafür, daß man sie in der zunächst vorhergegangenen Zeit bei Seite setzte, haben sie ebenfalls; denn auch Preußen, obwohl prinzipmäßig den „Bund" umgehend, hat sich an Deutschland, hat sich an alle die Einzelstaaten gewendet, die sich mit ihm und Oesterreich zusammen in dem Bunde befinden. Während es den Bund als aufgelöst behandelt, sich jedenfalls außerhalb desselben stellt, sieht es sich nothgedrungen in der Lage, nichtsdestoweniger seine Depesche an dessen sämmtliche Bestandtheile zu richten, durch deren Addition sich alsdann einfach wieder die negirte Gesammtheit ergibt; so sehr ist die natürliche Zusammengehörigkeit dieses Ganzen ein Postulat politischer Nothwendigkeit! Preußen selbst würde am schlechtesten dabei fahren, wenn es sich definitiv aus der Zusammengehörigkeit ausschlösse.

Diesem politischen Komplex fällt denn auch, wenn er sich nur halbwegs zu einigen versteht, durch die von Preußen geschaffene Lage jetzt eine bedeutsame politische Rolle zu, d. h. gerade Das, was ihm Preußen um jeden Preis abzuschneiden gedachte. Auch hierin waltet eine Nemesis. Das „übrige Deutschland" ist eine Thatsache, die man nicht wegschieben kann; ihm liegt nunmehr zunächst die Mitwirkung dazu ob, daß wo möglich ein Bürgerkrieg verhütet, und eine Einmischung des Auslandes in deutsche Fragen ferngehalten werde. Ein Krieg Preußens gegen Oesterreich würde diese Einmischung geradezu provoziren, und zwar gegen das preußische Interesse. Auch einer auf jede Weise zu erleichternden Umkehr aus kriegsmäßig aussehenden Demonstrationen heraus kann das „übrige Deutschland" am ehesten eine passende Brücke bauen. Eine Großmacht wie Preußen ist ja nicht einem angehenden Studenten vergleichbar, dem seine Freunde sagen, er müsse sich schlagen, weil man sonst an seiner Streitbarkeit zweifeln könnte; überdies hat Preußen

bereits erklärt, daß seine Rüstungen nur defensive Gegenrüstungen seyen, und es ist also nur die einfache Konsequenz seiner eigenen Worte, wenn es nach der offenen und bündigen Erklärung Oesterreichs seine „Gegenrüstungen" zurücknimmt.

---

8. April 1866.

Der Eindruck der preußischen Antwortnote ist ein getheilter. Einerseits läßt sich ihr Inhalt ganz dazu an, den Faden österreichischer Geduld dem Reißen nahe zu bringen; allein möglicher Weise ist sie nach dem Sinne des Grafen Bismarck eben darauf berechnet, und was ein offener Gegner wünscht, soll man nach einer alten politischen Regel eher vermeiden. Anderseits scheint man nicht unempfänglich für die Auffassung, daß das einem so scharfen Zugwind ausgesetzte Lämpchen des Friedens wenigstens noch flackert, wenn auch schwach, also noch vor dem Auslöschen behütet werden kann, und Das ist gewiß ein starker Beweis für die vorwaltende Friedensliebe Oesterreichs. Ritterlich sind der offenen Erklärung vom 31. März gegenüber die Winkelzüge der Bismarck'schen Note nicht. Was soll man z. B. darauf antworten, wenn sie für die angeblichen Rüstungen Oesterreichs, nachdem dieses die in Umlauf gesetzten Gerüchte für unbegründet erklärt hat, nunmehr Motive, d. h. indirekt eine Rechtfertigung, verlangt? Es ist schwer, hierauf eine Antwort zu finden, die nicht gegen die Selbstachtung verstieße; eine wiederholte Versicherung, während man der ersten einen Ausdruck des Unglaubens entgegenbringt, würde nach solcher Erfahrung überdies als nutzlos erscheinen.

Die Note selbst gibt für den Anfang der von ihr behaupteten Bedrohung Preußens durch Oesterreich ein Datum an, und zwar den 13. März; von wann aber datiren denn die offenen Drohungen gegen Oesterreich, in denen man bald die Norddeutsche Allgemeine Ztg., bald die Kreuzzeitung, bald andere offiziöse oder befreundete Blätter sich ergehen ließ? Kein Rauch ohne Feuer; Das aber wird man der denkenden Welt nicht glaublich machen, daß aus dem Feuer, das seit dem 13. v. M. begonnen haben soll, jener frühere Rauch aufgestiegen sey. Die Thatsachen liegen offen da vor den Augen Europas. Oesterreich hat keine Aenderung des Bestehenden verlangt; es bedarf keines Krieges und wünscht keinen. Umgekehrt verhält es sich mit Preußen, welches

schon seit geraumer Zeit gar kein Hehl daraus macht, daß ihm die Erwerbung des Herzogthums Lauenburg weitaus noch nicht genügt; es will aus dem Status quo heraus, verlangt den definitiven Besitz von Schleswig und Holstein, und erklärt diese Annexion für unentbehrlich, für eine Lebens- und Existenzfrage des preußischen Staats. Als ob der preußische Staat bisher, so lange er weder Schleswig noch Holstein besaß, nicht gelebt und existirt hätte! Aber für derartige Ansprüche reicht man allerdings nicht mit der Achtung des Bestehenden aus, sondern bedarf einer Aenderung, einer Aktion, eines Hindrängens, dem es auch auf einen Krieg nicht ankommt.

Auf welcher Seite ist da die Wahrscheinlichkeit der Offensive? Und wie verhält sich zu dieser Lage der Dinge die Sprache der jüngsten Note, welche Oesterreich der Offensive beschuldigt? Will Preußen nunmehr auf „defensivem" Weg erobern, oder legt es den Annexionsanspruch bei Seite?

---

10. April 1866.

Ein deutsches Parlament! Es steckt ein Zauber in dem Worte, den man gern ausnützen möchte, aber Graf Bismarck ist nicht der rechte Mann, ihn zu handhaben. Das ist gerade, wie wenn ein Arzt in die Zeitungen einrücken ließe: da seine bisherigen Patienten gestorben seyen, so zeige er hiemit an, daß er wieder frische annehme. Das Berliner Parlament hat er in seiner Art abgetödtet: nun sieht er sich nach einem weitern in Frankfurt um. Wen soll Das verführen? Der Italiener Cavour, den man nun nachahmen zu wollen scheint, verstand sich auf solche Dinge besser. Er wußte als Minister populär zu seyn, und da Popularität ein Mittel politischen Erfolgs ist, in manchen Fällen sogar ein unentbehrliches, so diente er damit seinem Zweck. Graf Cavour konnte an eine Volksabstimmung appelliren, denn mit einiger Nachhilfe ging die ganze Maschinerie glattweg nach seinem Willen, und er war Dessen sicher zum voraus; Graf Bismarck könnte in Schleswig-Holstein nicht abstimmen lassen, ohne daß er mit Glanz durchfiele, und Das ist ihm zum voraus eben so sicher, wie es Jenem zu seiner Zeit das Gegentheil war. Von einem Staatsmann verlangt man den politischen Erfolg, so wie man von einem Feldherrn auf dem Schlachtfelde den Sieg verlangt; Graf Cavour schlug den Weg ein, der

[illegible]

[illegible] die

[illegible] da-

[illegible] die

[illegible] rathen;

[illegible] Kirchover-

[illegible] Sie wurde

[illegible] bei seiner

[illegible] scheint die

[illegible] zu seyn, als sie ein gewisses

[illegible] Sage, die man zu ihrer Zeit zu

[illegible] willkührlich neu ins Leben rufen;

jene Deputation kehrt nicht so leicht wieder. Auch ist immerhin zu beachten, daß ein Streben nach deutschem Kaiserthum eigentlich außerhalb der Traditionen altpreußischer Politik liegt. Niemals haben, als das „römische Reich deutscher Nation" noch bestand, die preußischen Herrscher nach einer Kaiserwahl getrachtet; so wie es parlamentarische Oppositionsführer gibt, die ihre Stellung als solche der Gefährdung durch Annahme eines Ministerpostens vorziehen, so fand es das alte Preußen vortheilhafter und dankbarer, dem alten Kaiserthum gegenüber in der Negation zu bleiben, als sich die Last einer positiven Aufgabe aufzubürden. Was die sogenannten Gothaer dem preußischen Staate zumuthen, ist ein ganz neues Propfreis auf einen Baum, dessen ganze organische Entwicklung sich dazu fremdartig verhält, weil sein Wachsthum unter entgegengesetzten Bedingungen erfolgte; das spezifische Preußenthum müßte sich vollständig umdenken und aus sich selbst heraustreten, um eines Aufgehens in Deutschland fähig zu seyn. Daher, wenn gerade aus den Reihen dieser Partei heraus das Stichwort deutsch-nationaler Zwecke gebraucht wird, ein verzeihliches Mißtrauen, es möchte eher ein Stück deutscher Interessen wieder in Preußen aufzugehen Gefahr laufen. Eine engere Zusammenfassung des nördlichen Deutschlands z. B., welche dort eine Art von militärischer Hegemonie an Preußen gäbe, wäre anderseits unvermeidlich zugleich eine stärkere Absonderung von dem nicht-preußischen Deutschland, also nicht wohl ein Mittel zu besserer deutscher Einigung. Die Sache ist überdies schon einmal da gewesen, 1805, und hat nachher keineswegs einen gedeihlichen Ausgang gehabt. Dem Dualismus zwischen Oesterreich und Preußen vollends wäre damit eben so wenig abgeholfen, wie damals. Vestigia terrent! Auch der deutsche Zollverein, abgesehen davon, daß er seinen Tarif auf zwölf Jahre unter die Abhängigkeit von Frankreich gestellt hat, ist noch nicht vollkommen deutsch-national, so lange er geflissentlich das deutsche Oesterreich aussperrt.

Allein alle diese Bedenken gelten nicht gegen eine aus allen Theilen Deutschlands zu berufende, aus der ganzen Nation hervorgehende Versammlung, welche über die Vorschläge zu einer deutschen Bundesreform zu Rathe sitzen soll. Was eine Zersplitterung zu fördern droht, Das wird sie nicht gutheißen; am allerwenigsten natürlich einen Bürgerkrieg. Eben deßhalb aber betont sich, wenn man an eine aufrichtige Absicht glauben soll, die Vorfrage: will Preußen

den vorbereiteten Krieg anfangen, ehe das zu berufende Parlament zusammenkommt? Während eines Kriegs wäre die Berufung unthunlich; nach einem Krieg käme sie zu spät.

---

15. April 1866.

Alles ruhig erwogen, wäre es doch wohl ein politischer Fehler, wenn man den preußischen Reformantrag, wie Einige anrathen, gleich von vorn herein zurückwiese; Dies gäbe dem Grafen Bismarck einen Vortheil in die Hand, den er vielleicht wünscht, und der sicherlich nicht unausgebeutet bliebe. Daß es auf eine blose Spiegelfechterei abgesehen sey, geht wenigstens aus der Berufung auf allgemeines Stimmrecht, die mit seinem politischen System in Widerspruch stehen soll, keineswegs hervor. In Frankreich machte das allgemeine Stimmrecht Ludwig Napoleon zum Präsidenten der Republik, genehmigte nachher den Staatsstreich, und verwandelte die Republik in ein Kaiserthum; unter Ludwig Philipp hatte die Gazette de France Jahre lang das allgemeine Stimmrecht im Interesse des Legitimismus gepredigt. Warum sollte dem Grafen Bismarck der Glaube benommen seyn, daß es ihm eben so gut dienen könne? Andere freilich ziehen eine gewisse Verschiedenheit der Umstände in Betracht. In Frankreich war man, als das allgemeine Stimmrecht zu Gunsten Napoleons wirkte, der ewigen innern Unruhe als Schattenseite der Freiheit überdrüssig, so wie man jetzt der „Ruhe des Kirchhofs" müde zu werden anfängt, und das erstere Gefühl scheint keineswegs die gegenwärtige Grundstimmung des preußischen Volkes zu seyn. Allein von oben herunter sieht man die Dinge leicht anders an, als im Volke selbst, und Graf Bismarck kann sich von seinem Standpunkt aus in der Wahl eines Mittels täuschen, ohne daß hierin ein Beweis gegen die Aufrichtigkeit seines Vorschlags läge. Ueberhaupt erscheint bei nationalen Einheitsfragen die Anlegung des Maßstabs „liberal" oder „konservativ" eigentlich als nichtssagend. Es gibt sowohl Konservative als Liberale, die einer bessern Einheit Deutschlands manche andere Rücksicht unterordnen; es gibt sowohl Liberale als Konservative, die im Gegensatze dazu mehr an der Autonomie der Einzelstaaten festzuhalten geneigt sind.

Von einem bekannten süddeutschen Oppositionsmann wurde

noch 1847 der Satz aufgestellt: „Der Partikularismus ist die Freiheit.“ Was soll einer Einheitsfrage gegenüber mit diesen einer ganz andern Seite zugekehrten, ohnehin vieldeutigen, alten Parteibezeichnungen gesagt oder gewonnen seyn? Lassen wir uns nicht auf hindernde Stichworte ein; fassen wir praktisch ins Auge, was sich darbietet. Wenn 1849 Preußen die „Reichsverfassung“ angenommen hätte, so wäre ein Krieg für die preußische Spitze gegen Oesterreich bei einem großen Theile der deutschen Nation damals nichts Unpopuläres gewesen. So stehen wir gottlob heutzutage nicht mehr; aus allen Theilen Deutschlands, aus den Reihen der verschiedensten Parteien heraus, erklingt der Warnungsruf vor einem Bürgerkrieg, und Das ist ein konstatirter Fortschritt gegen damals, eine Errungenschaft an politischer Einsicht und nationaler Gesinnung.

Im Jahr 1863 versagte sich Preußen der Bundesreform, nahm keinen Antheil an den eröffneten Verhandlungen, und in der That stellte sich heraus, daß ohne Preußen die Sache nicht durchzuführen war; jetzt ist es Preußen, von dem eine ähnliche Anregung ausgeht — das Anerbieten der Ergänzung, welche damals fehlte — und Das ist denn doch der Mühe werth, erst den näheren Inhalt der betreffenden Vorschläge abzuwarten, ehe man darüber abspricht. Und bei wem bringt Preußen sein Anerbieten ein? Bei dem deutschen Bund, den es bisher fast als abgeschafft behandelte, und dessen vielgeschmähte Existenz nun wieder zu einer Anerkennung von unerwarteter Seite gelangt. Es ist Dies eine Genugthuung für ihn nach Dem, was früher geschah, und auch wir Andern können uns Glück wünschen, daß er noch vorhanden ist, weil sonst gar kein Sammelpunkt da wäre, wo man sich streitend zusammenfände zur Verständigung. Auch der Bundestag erfüllt seinen Beruf, wenn er einen Reformantrag nicht unbesehen zurückweist. Und wenn der ganze Antrag keinen andern Zweck hätte, als der preußischen Rückkehr zu einem Friedensausgleich eine passende Brücke zu bauen: — auch in diesem Fall läge es im allseitigen Interesse Deutschlands, diese Brücke bauen zu helfen.

---

17. April 1866.

In norddeutschen Blättern taucht eine Drohung auf, Preußen werde, falls man seine Reformvorschläge nicht annehme, aus dem

deutschen Bund austreten. Da hätten wir denn ein Experiment weiter vor uns, eine Bundesreform ohne Preußen, und zwar mit der Eigenthümlichkeit, daß die Isolirung Preußens von ihm selbst ausginge. Von dem großpreußischen Standpunkt aus hat man längst Oesterreich hinauszudrängen gesucht, niemals aber haben die großdeutsch Gesinnten ihrerseits den Satz umgekehrt und auf eine Ausschließung Preußens gedrungen; nun begegnen wir einem solchen Gedanken seltsamer Weise als einer Drohung von dort her. Es ist schwer zu glauben, daß es damit ernstlich gemeint sey. Thatsächlich, wenn auch nicht formell, hat zwar ein ähnliches Verhältniß schon einmal bestanden: von Friedrich dem Großen an war Preußen nach seiner Auffassung, aus der er eine Wirklichkeit machte, kein Glied des deutschen Reiches mehr, obwohl er darum nicht austrat, sondern in Regensburg die Hand mit im Spiele behielt. Nicht für Reichszwecke, sondern für seine eigenen, bei denen das noch vorhandene Kaiserthum nur als ein Hinderniß, die Gemeinschaft der Reichsstände nur als eine Waffe zu gelegenheitlicher Ausbeutung in Betracht kam. Preußen war ihm ein Staat für sich, den Deutschland Nichts anging; auch wurde unter seiner Regierung das bis dahin in den brandenburgischen Landen noch üblich gewesene öffentliche Kirchengebet für den Kaiser abgeschafft. Seine Preußen faßte er als eine „Nation“ auf, die Deutschen nicht; bei seiner Unkenntniß der deutschen Literatur blieb ihm auch das Verständniß einer geistigen Einheit Deutschlands verschlossen. Auf Grundlage solcher Anschauungen wäre ein Austritt Preußens aus dem deutschen Gesammtverbande denkbar und erklärlich; den Zuständen und Stimmungen der Neuzeit gegenüber ist er es nicht. Wer in einem isolirten Preußen die Politik Friedrichs des Großen fortsetzen wollte, der müßte im Stande seyn, als „natürlicher Alliirter Frankreichs“ deutsches Land an Frankreich zu überlassen, und Das kann das heutige Preußen nicht, ohne sich moralisch zu ruiniren. Das Preußen der Gegenwart, das Preußen, das den deutschen Zollverein gegründet hat, ist eben nicht mehr das Preußen des vorigen Jahrhunderts, dem es nicht einfiel, sich einen „deutschen Beruf“ zuzuschreiben, und die Erinnerungen an Friedrich den Großen, däucht mir, kommen der neueren Politik eher hinderlich als förderlich in den Weg. Es besteht ein innerer Widerspruch zwischen beiden: das Eine ist der Gegensatz des Andern, und so hindern sie sich wechselseitig. Neben-

einander kann man Das nicht treiben, ohne daß man Gefahr läuft, über seine eigenen Beine zu stolpern; hierin sollte man einmal klar sehen, und dann wird man allerdings Etwas auszuscheiden finden, aber nicht gerade Preußen aus Deutschland.

In der obenerwähnten Androhung wird noch überdies zu verstehen gegeben, daß Preußen nicht blos austreten, sondern auch ein Stück Norddeutschland an sich zu reißen und mitzunehmen gedenke. Ungeschickter hätte man nicht verfahren können, denn eine Ankündigung dieser Art ist der unfehlbare Weg, sich wenigstens das Odium für die ausgesprochene Absicht zu sichern, wenn auch der Erfolg noch in blauer Luft schwebt. Und dieser Erfolg eben ist zweifelhaft. Heutzutage hält es schwerer als je, sich inmitten der allseitigen Ueberwachung und Eifersucht zu vergrößern, und wenn man nicht eine „Idee" anzurufen, nicht die öffentliche Meinung für sich hat, ist es beinahe unmöglich. Wie es aber mit der öffentlichen Stimmung in Norddeutschland aussieht, ergibt sich unter Anderm aus der sprechenden Thatsache, daß es gerade norddeutsche Staaten und Nachbarn Preußens sind, die sich noch nicht dem Zollverein angeschlossen haben. (Hamburg, Bremen, Lübeck, beide Mecklenburg.) Unter solchen Umständen sind Androhungen des Austritts aus Deutschland übel angebracht; ein so überpreußischer Eifer in der Presse schadet nur. Man soll den Teufel nicht an die Wand malen; wir haben schon Spaltung genug in Deutschland, und Preußen selbst führe am schlechtesten dabei, wenn es sich isoliren wollte.

---

21. April 1866.

Bekanntlich wirft Graf Bismarck der österreichischen Regierung vor, sie habe ihn im „Kampf gegen die Revolution" ohne Unterstützung gelassen, womit namentlich das Abbrechen des Notenfeldzugs gegen Frankfurt gemeint ist. Nun, es würde keine Revolution ausgebrochen seyn, auch wenn Oesterreich gleich anfänglich sich ferngehalten hätte, und auch Preußen selbst trat in Frankfurt nicht sowohl der Revolution, als vielmehr einer öffentlichen Erklärung für den „Augustenburger" entgegen, dessen Ansprüche höchstens streitig, aber jedenfalls nicht eine Revolutions-, sondern eine Rechtsfrage sind. Was würde Hr. v. Bismarck vollends sagen, wenn man ihm den Vorwurf machte, daß seiner eigenen Politik der konservative Charakter abgehe?

Und doch liegen für einen solchen Vorwurf gute thatsächliche Gründe vor. Es gibt nicht blos einen Umsturz von unten hinauf; man kann auch von oben herunter wühlerisch und turbulent seyn; man kann auch Regierungsmittel auf revolutionäre Manier handhaben. Konservativ ist nur die Rechtsachtung, und der Spruch, daß Gewalt vor Recht gehe, ist es z. B. **nicht**; er ist vielmehr ein zweischneidiges Schwert, dessen Schärfe, sobald der zufällige Besitz der Gewalt wechselt, sich auch in umgekehrter Richtung verwenden läßt. Der Terrorismus der ersten französischen Republik würde sich damit eben so gut rechtfertigen, wie das alte türkische Regierungssystem, welchem das Kopfabschneiden ebenfalls nur ein einfaches und alltägliches Hausmittel war. In der Türkei kehrte sich das Mittel um, wenn ein Sultan strangulirt wurde; — in Frankreich, als die Reihe des Schaffots an die Terroristen selbst kam. Ein Satz, dessen Konsequenz bis auf solche Spitzen ausläuft, ist im Prinzip verwerflich, und das Prinzip bleibt dasselbe, auch wenn es nicht bis zum materiellen Kopfabschneiden getrieben wird.

Genug, man kann auch von oben herunter revolutionär seyn. Dahin gehört denn unter Anderm in dem „Vorgehen“ gegen Oesterreich ein Punkt, worin der angeblich konservative Graf Bismarck selbst die einfachste Rücksicht auf das monarchische Prinzip aus den Augen setzte. War er konservativ, als er der Welt das unerhörte Schauspiel gab, daß die Regierung eines Großstaats die eines andern in einem öffentlich werdenden Aktenstück der Lüge zieh? Der ärgste Oppositionsmann hätte die Regierungsautorität als solche, die **allgemeine**, nicht schlimmer traktiren können, als der preußische Minister that, der sich jenes Mittels zu seinen Zwecken bediente. Und wer sollte dadurch getäuscht werden? Das Publikum wenigstens wurde es nicht, denn es glaubte nicht an die Vorspiegelung, die man ihm hartnäckig aufoktroyiren wollte. Qui est-ce donc qu'on trompe ici? Hier kommt man auf eine Motivirung, die sich noch mehr antikonservativ anläßt, als alles Andere.

---

25. April 1866.

Es scheint, man hat es für vortheilhaft erachtet, Oesterreich zuerst von da aus anzugreifen, wo der Angriff auf dasselbe **populär** die Zutheilung oder Ueberlassung eines Anfangsexperiments

an Italien, für welches diese Kombination übrigens ihre Schattenseiten hat. Die alte piemontesische Armee war ein durch gemeinsame Kriegserprobungen historisch zusammengewachsenes Ganzes von lange her; jetzt fehlen die savoyischen Regimenter dazu, ursprünglich der Kern und Grundstock der Entwicklung dieses Militärstaats, und ob der Zuwachs aus den minder kriegerischen Völkerschaften des Südens eine Kraftvermehrung im Verhältniß der Kopfzahl mit sich brachte, unterliegt einem berechtigten Zweifel. Was die Feldherrntalente Garibaldis betrifft, so sind sie offenbar in seiner Glanzperiode überschätzt worden; man ließ dabei außer Acht, daß in Sizilien sowohl als in Neapel stark mit Geld vorgearbeitet war, ehe er seine Waffen dahin trug; die ihm entgegenstehende Macht fiel nicht blos vor dem Schall der herannahenden Trompeten, wie einst die Mauern Jericho's, sondern war vorher gründlich von innen her untergraben. Das Festungsviereck ist auf diese Art nicht einnehmbar. Rechne man weiter hinzu, daß der neue italienische Staat noch keineswegs in der Anhänglichkeit aller Volksschichten konsolidirt, und daß ein Aufstand in Neapel, während man sämmtliche Truppen nach dem Norden riefe, eine sehr nahe liegende Möglichkeit ist, so hat man, Alles zusammengenommen, Gründe genug vor sich, um es unwahrscheinlich zu finden, daß Italien einen Krieg gegen Oesterreich so zu sagen nur auf die leichte Achsel nähme. Venedig hätte man freilich gern, aber Venedig hat man ja schon einmal gehabt, ohne es behaupten zu können, so wie man damals auch die Lombardei wieder verlor, trotzdem daß Oesterreich nach mehr als einer Richtung hin, und zwar auf überlastende Weise, in Anspruch genommen war.

Ich glaube nicht, daß Italien selbst, obwohl es großer Redensarten nicht ermangelt, sich einem Entscheidungskampfe mit Oesterreich ohne fremden Beistand für gewachsen hält. Einen Beistand dieser Art nochmals durch eine Abtretung italienischen Landes zu erkaufen, möchte kaum gerathen seyn, da eine im Namen der Nationalität gegründete Macht damit ihr Prinzip verläugnet, und sich in der Achtung ihres eigenen Volks heruntersetzt; überdies liegt für Jedermann auf der flachen Hand, daß jedwede Abtretung an eine Macht, wie Frankreich, für Italien ein ganz sicherer Verlust, — ein Verlust auf immer, eine dadurch erkaufte Vergrößerung nach der andern Seite hin aber keineswegs ein

eben so sicherer Gewinn, sondern blos ein provisorischer, von den Wechselfällen der Zukunft abhängig bleibender ist. Nur was man aus eigener Kraft erringt, hat eine Art von Bürgschaft in sich selber. Aus diesem letzteren Grunde sollte Italien auch mit fremder Hilfe nicht gegen Oesterreich vorgehen, hat es jedoch schon einmal gethan, und kann es also in gleicher Art nochmals thun; aus den andern obenerwähnten Gründen ist es mir unwahrscheinlich, daß es für sich allein und ununterstützt mit Oesterreich anzubinden gedenke. Wenn es nun dessenungeachtet Miene dazu macht, so ist die erste sich aufdrängende Frage die: Wer steht dahinter? Von wem wird es vorgeschoben? Wessen haben wir uns weiter zu versehen, wenn diese Schachfigur gerückt wird? Diese Frage, nicht das Gebahren Italiens an sich ist es, was ein Bedenken erregt; Italien für sich allein ist keine Gefährdung für Oesterreich, und so spricht sich auch das öffentliche Urtheil aus.

---

26. April 1866.

Nachdem das Kriegsgewölke im Norden sich vorläufig verzogen zu haben scheint, findet man sich wieder der schleswig-holsteinischen Frage gegenüber, welche hinter dem Gewölke stand, und kann sich von neuem darüber verwundern, wie unschuldig sie dazu gekommen ist, an dieser Verwicklung schuld zu seyn. Wenn man die Frage vorurtheilsfrei betrachten will, gibt sie sich vielmehr sehr einfach. Stelle man sich vor, es käme z. B. aus dem fernen Westen Amerika's Jemand nach Europa herüber, der von der ganzen Sache noch gar Nichts gehört hätte, und man riefe ihn zum Schiedsrichter auf, so würde er eine Anzahl Fragen stellen, um sich zu orientiren, und es ergäbe sich ungefähr folgendes Zwiegespräch: „Ist denn der Krieg gegen Dänemark im Namen preußischer Ansprüche auf Schleswig-Holstein geführt worden?" Nein, kein Gedanke daran; auch hätte in diesem Fall Oesterreich keinerlei Veranlassung gehabt, sich bei dem Kriege zu betheiligen.... „Um was ging denn der Krieg eigentlich an?" Nun, einestheils um das Recht des deutschen Bundes auf Holstein, anderntheils um die Trennung der dänischen Erbfolge von der schleswig-holsteinischen, welche letztere dem Herzog von Augustenburg zustehe... „So ist denn, scheint es, auf diese Ansprüche verzichtet worden, oder man hat sie auf

Preußen übertragen?" Keines von beiden, aber Graf Bismarck erklärt nunmehr, daß der König von Dänemark der einzig und allein berechtigte Herzog von Schleswig-Holstein gewesen sey. . . „Also will er ihm folgerichtig die Herzogthümer wieder zurückstellen?" Dieses weniger, wie man in Berlin zu sagen pflegt, sondern man zieht daraus die andere Folgerung, daß er sonach die Herzogthümer rechtmäßig abzutreten gehabt, und vermittelst dieser Abtretung mithin die allein giltige Rechtmäßigkeit übertragen habe.... „Ja, hat denn Dänemark die Herzogthümer an Preußen abgetreten?" Das nicht, sondern an Oesterreich und Preußen gemeinschaftlich; allein Preußen wünscht nun, daß ihm Oesterreich aus kameradschaftlichem Wohlwollen sein Mitrecht abtrete und so das Ganze überlasse. . . . „Also das Mitrecht Oesterreichs ist von Preußen nicht in Abrede gestellt?" Keineswegs; Preußens Anspruch fiele ja damit gleichzeitig weg... „Richtig, aber woher nun das Zerwürfniß?" Ei, weil Oesterreich kein Motiv vor sich sieht, sein Recht blindlings an Preußen abzugeben, und Preußen Dies als eine Beleidigung aufnimmt. . . . „Qui jure suo utitur, neminem laedit. Und wodurch hat Graf Bismarck Oesterreich zu gewinnen gesucht, daß es sich zu Gunsten Preußens seines Rechts begebe?" Bis jetzt durch Nichts, als durch Angriffe in den Zeitungen, Androhung eines Kriegs, und Kameradschaft mit Oesterreichs Feinden; auch versagt man ihm den Eintritt in den deutschen Zollverein. . . . „Nun, Das ist freilich eine eigenthümliche Art von captatio benevolentiae. Da hat Graf Bismarck eben einen grundfalschen Weg zu seinem Zweck eingeschlagen. Möge er bei Phädrus die Fabel von dem Sturmwind nachlesen, der dem Wanderer seinen Mantel zu entreißen sucht; je ärger der Wind bläst, um so fester wickelt sich der Wanderer ein. Graf Bismarck selbst würde an Dessen Stelle eben so thun; wie kommt er dazu, daß er von einem Andern das Gegentheil erwartet?"

---

28. April 1866.

Wenn Italien der „rechte Flügel" zu Preußen ist, so ist folgerichtig Preußen der „linke Flügel" zu Italien, Das ist unläugbar. Allein wie kommt es, daß von offiziösen preußischen Stimmen dem Königreich jene Stellung zugewiesen wird? Daraus, daß General Govone in Berlin verweilte, um durch Einsichtnahme der preußischen

Militäreinrichtungen seine wissenschaftlichen Kenntnisse zu erweitern, ergibt sich kein genügender Anlehnungspunkt; die Eigenschaft eines rechten Flügels zu Preußen würde vielmehr eine Allianz beider Staaten voraussetzen, und diese hat man bisher in Abrede gestellt. Daß Italien sich in einen Krieg stürzen wolle, lediglich um Schleswig-Holstein in den Besitz Preußens zu bringen, glaubt natürlich Niemand. Um was handelt es sich also für Italien? Die italienische Presse ist offenherzig genug, damit nicht hinter dem Berge zu halten; sie wiederholt täglich: Italien will und muß Venetien, es will und muß Tyrol bis zum Brenner, Triest ꝛc. haben. Da es von einem so stürmischen Verlangen vorwärts getrieben wird, so verhält es sich nach den heiligen Versicherungen der Florentiner Regierung vollkommen defensiv, und das ruhige Oesterreich, welches Nichts verlangt, ist der angreifende Theil: — nebenbei bemerkt, eine aberwitzige Behauptung, deren Zweck sich überdies kaum absehen läßt. In Italien selbst wenigstens glaubt kein Mensch daran, und welchen Grund hätte die Florentiner Regierung, die übrige Welt für täuschbarer, d. h. für dümmer zu halten? Genug, Italien wünscht sich zu vergrößern, erklärt Dies für ein Staatsbedürfniß, und setzt sich eroberungslustig in angeblichen Vertheidigungszustand.

Es sind Provinzen Oesterreichs, auf deren Erwerb man dabei ausgeht, und in so fern könnte man sagen, Dies sey eine Frage zwischen Italien und Oesterreich allein, welche z. B. Preußen Nichts angehe. Mit Tyrol und dem Triester Küstengebiet aber verhält es sich anders; hier handelt es sich um deutsche Bundeslande, und zu dem Italien, das seine Ansprüche bis dahin erstreckt, kann Preußen nicht der linke Flügel seyn, so lange es Mitglied des deutschen Bundes ist. Oder läge in diesem Umstand der Schlüssel zu der Anspielung auf eventuellen Austritt aus dem Bunde? Wir können es nicht über uns gewinnen, daran zu glauben. Was Tyrol und Triest betrifft, so proklamirt die italienische Presse die Ansprüche Italiens überlaut; jedoch auch ohne dieses Eingeständniß bliebe praktisch genommen die Frage dieselbe: denn es ist klar, daß Italien, wenn ihm die Erwerbung Venetiens gelänge, dadurch eher veranlaßt werden würde, weiter zu gehen, als stehen zu bleiben. Und wie paßt Dies Alles zu der Bundesreform, zu dem „deutschen Beruf“ Preußens, und wie wäre für eine Preisgebung deutscher Bundeslande das nichtpreußische Deutschland gewinnbar?

---

1. Mai 1866.

Der Gang der Dinge läßt sich mehr und mehr zu einer verdächtigen Aehnlichkeit mit 1859 an. Auch damals verwahrten Die, welche doch eingestandenermaßen Etwas von Oesterreich herauspressen wollten, sich hoch und theuer gegen jede Absicht eines Angriffs auf dasselbe; es scheint Dies nun einmal das hergebrachte Rezept zu seyn, bei welchem man bleibt, selbst wenn im Augenblick nicht ersichtlich ist, bei wem denn die Täuschung so eigentlich verfangen soll. Auch damals hielt man die harrende Welt Monate lang zwischen Krieg und Frieden in der Schwebe, als ob es so berechnet wäre; ein Verfahren, das mehr von der Natur der Katze, als des Löwen an sich hat. Auch damals gab es Politiker, die anfänglich eifrigst von einem Krieg gegen Oesterreich abmahnten, und alsdann plötzlich auf die Gegenseite umsprangen; politischer Charakter ist eben seltener, als das Gegentheil, und so erklärt sich die Sache, ohne daß man andere Motive zu unterlegen braucht. Auch damals sah man Sonntagskinder, für welche das abgekartete Spiel kein Geheimniß hatte, ungeheure Summen auf der Börse gewinnen; auch damals sagte man zuletzt, der Krieg sey nun bereits in den Börsenkursen eskontirt, und es komme jetzt vollends nicht mehr darauf an, ob man ihn thatsächlich anfange oder nicht. Auch das von früher her bekannte Sprüchlein „Lokalisirung des Kriegs" soll wieder neuerdings erklungen seyn, und zwar deutschen Mittelstaaten gegenüber als Anempfehlung einer französischen Garantie ihrer Neutralität. Wie sich die Aehnlichkeit weiter entwickeln, und ob Graf Bismarck sich förmlich als ein zweiter Cavour entpuppen wird, der für ähnlichen Gewinn natürlich ähnliche Opfer zu bringen hätte, wird die nächste Zukunft lehren. Gewiß ist, daß Manches, was sonst räthselhaft erscheint, sich höchst einfach erklären läßt, sobald man annimmt, daß weder Preußen noch Italien so ganz selbständig vorgeht, sondern daß beide vielmehr geschoben werden.

Ein derartiges Zwiegespann wäre für die Interessen Frankreichs allerdings vortheilhafter, als das einseitige Manöver von 1859: es würde ihm jeden eigenen Kraftaufwand ersparen, und gäbe dennoch die Schlußentscheidung wahrscheinlich in keine andere Hand, als die seinige. Hierin weicht die heutige Situation von der des Jahrs 1859 ab. Die „Politik freier Hand" ist nun die Frankreichs, und es wird sie ohne Zweifel anders benützen, als damals Preußen,

bei welchem dieser Ausdruck nur ein anderes Wort für passives Zusehen war. Mit den Redensarten von deutschem Beruf, deutschem Gesammtinteresse ꝛc. aber möge man nunmehr einpacken, denn die Situation, die man heraufbeschworen hat, ist für Deutschland nur unheildrohend: ob sie für Preußen im Gegensatze zu Deutschland eine segenbringende seyn könne, steht dahin.

---

2. Mai 1866.

Mit der Ritterlichkeit in Kriegsfragen ist es heutzutage vorbei. Sonst sagte man sich ehrlich Fehde an. Keiner überfiel den Andern ungewarnt, und es wußte Jedermann, wie er daran war: heutzutage weist man mit der einen Hand kriegerische Absichten von sich, während man die andere drohend emporhält, und erklärt seine Rüstungen für defensiv, während vertraute Blätter sie täglich als eine Demonstration des aktiven Machtgebrauchs handhaben. Der Bedrohende muß dabei als der Bedrohte erscheinen, und so umgekehrt: wer allein von den Andern keine Annexion verlangt, der ist selbstverständlich der Anstifter. Es gereicht nicht zur Erhöhung des moralischen Ansehens, wenn eine Politik so krumme Wege einschlägt: sie zieht ja den Anschein auf sich, als ob sie sich Dessen, was sie läugnet, gleichsam schäme. Auch der öffentlichen Intelligenz macht man eben kein Kompliment, wenn man ihr den Glauben zumuthet, daß eine Macht um so stärker sey, je mehr sie sich theile, und daß ein Gränznachbar um so bedrohender werde, je mehr er nach der entgegengesetzten Gränze hin Truppen schicke. Aus all' diesen Winkelzügen haben Manche geschlossen, daß es sich nur um einen passenden Vorwand für einen bereits festgestellten Zweck handle, und es scheint fast, sie werden Recht behalten. Wenn Italien an der sizilischen Küste oder Preußen in der Rheinprovinz Kriegsanstalten getroffen hätte, Oesterreich hätte sich schwerlich darüber beunruhigt; so aber ist es beinahe noch wunderbar, daß nicht Italien seinerseits z. B. eine Entwaffnung in Galizien verlangt.

Es muß dem Grafen Bismarck schwer geworden seyn, einen brauchbaren casus belli zu entdecken, da er auf nichts Anderes verfiel, als eine Bedrohung durch Oesterreich. Auch gegenüber Sachsen hat man nichts Besseres zu ersinnen vermocht, als daß die preußische Großmacht durch sächsische Rüstungen bedroht sey; natürlich geht

Sachsen schon lange mit einem geheimen Plan um, seinem preußischen Nachbar einmal unversehens ins Land zu fallen, und es ist also eine reine „Defensivmaßregel", wenn man ihm lieber zuvorkommt. So ungereimt diese angeblichen Motive sind, so ist doch, wenn man einmal den Krieg will, am Ende ein Vorwand so gut wie der andere, und wenn heut oder morgen eine preußische Heeresmacht in Sachsen einrückt, so wird sie darum nicht wieder umkehren, wenn sich auch zehnfältig erwiese, daß Sachsen in der That nicht gerüstet gewesen. Ich fürchte, die andern Mittelstaaten sind es für rasche Zwischenfälle eben so wenig. In Bezug auf Deutschland wäre Dies ganz die Situation von 1756 wieder: — wird sich der Bund thatkräftiger erweisen, als damals das Reich?

---

4. Mai 1866.

Ich neige nicht zur Schwarzseherei; ich bemühe mich, vorurtheilslos die Thatsachen zu erkennen, wie sie sind, nach meinem besten Ermessen. Was aber glauben und sagen die Schwarzseher? „Die ganze Verwicklung", sagen sie, „ist eine angelegte Geschichte. Napoleon III. und Graf Bismarck wissen recht gut, was sie gegenseitig von einander zu erwarten haben; das Hinderniß zwischen beiden ist nur noch der König, welcher zu königlich denkt, um ein Stück Deutschland an Frankreich abtreten zu wollen. Der angestiftete bunte Wirrwarr ist bestimmt, den König Schritt für Schritt weiter zu drängen, bis er zuletzt, einer angeblichen Nothwendigkeit nachgebend, das verlangte Opfer bewilligt." So unsere Schwarzseher; hienach befänden wir uns bereits einer Koalition gegenüber, vorbehaltlich der erst noch zu bestimmenden Rolle Frankreichs, bei welchem man sich jedenfalls um die Gunst der Genehmigung und des Geschehenlassens zu bewerben hätte. Letzteres ist natürlich ein Hauptpunkt; so lange man nicht weiß, wie weit es damit gediehen ist, hat man nur eine schwankende Wage vor sich. Was jedoch die Ansprüche der beiden Andern betrifft, so handelt es sich dabei lediglich um keine Schwarzseherei, um keine Unterlegung von außen her, sondern um die eigene Aussage der Betheiligten selbst. Italien verlangt einfach seine Vergrößerung bis zum Brenner, bis zu den karnischen und julischen Alpen; auch der Preis für die Gutheißung Frankreichs ist schon öffentlich genannt worden: man sprach von

der Insel Sardinien, auch von Piemont, selbst von Genua. Preußen verlangt die Annexion Schleswig-Holsteins und die militärisch-diplomatische Hegemonie über das nördliche Deutschland; je nach den Umständen käme Dies einer Losreißung gleich, denn es schlösse die Verwendbarkeit dieser Theile auch zu einem Krieg gegen das übrige Deutschland in sich. Weiter schlösse sich daran eine entsprechende Vergütung an Frankreich: denn daß bei einer so großen Veränderung in der Karte Europa's Frankreich auch nach *dieser* Seite hin nicht mit leeren Händen ausgehen wollte, versteht sich von selbst. Was bliebe alsdann von Deutschland übrig? Nach den Verlusten im Süden, im Westen, im Norden ein „geographischer Begriff", ein bloßer Name, vielleicht, wenn man den Rest nur als eine Art von Rheinbund beisammen ließe, auch nicht einmal der *Name* mehr. Dies ist keine Schwarzseherei, sondern es wäre, wenn die bezeichneten Ansprüche den Sieg erhielten, das unausbleibliche Ergebniß derselben. Daß Solches *nicht* geschehe, dafür ist Oesterreich der Anhaltspunkt. So tritt nun die Frage an Deutschland heran, an die deutsche Nation, welche auch nach Abrechnung Preußens noch stark genug ist, um nicht wie eine Beute über sich verfügen zu lassen. Allein die Zeit ist kostbar: sie verlangt aktive Entschlossenheit.

---

13. Mai 1866.

Der Krieg ist immerdar ein Lotteriespiel: man weiß nie vorher, ob man seinen Einsatz verliert oder Etwas herausbekommt. Graf Bismarck schüttelt seine Projekte wie aus einem Würfelbecher heraus, so daß schon jetzt je eines über das andere stolpert und ihm zum Hinderniß wird. Wohin will er z. B. mit seinem „deutschen Parlament", während er Deutschland gegen sich unter die Waffen bringt? Und wenn er in der That einen preußischen Krieg gegen Deutschland beginnt, wo wird alsdann der deutsche Zollverein seinen Platz haben? Auch Preußen, nicht minder als Italien, setzt mit der Eröffnung des Kriegs Alles auf eine einzige Karte. Im Fall des Unterliegens handelt es sich nicht nur um die angestrebte Hegemonie über das nördliche Deutschland so wie um die angeblich für Preußen unentbehrliche Annexion von Schleswig-Holstein, sondern es wird wahrscheinlich auch nicht die verfügende Macht über den deutschen Zollverein bleiben: der deutsche Bund, oder was immer an dessen

Stelle tritt, wird dann zugleich der Zollverein seyn. Nehme man aber auch den für Preußen allerglücklichsten Fall an, nämlich eine Reihe von Siegen: — wie steht es alsdann? Eine bedeutende Vergrößerung Preußens ist nicht erlangbar ohne das Geschehenlassen Frankreichs, und welchen Preis Frankreich auf seine Genehmigung setzen will, liegt in seiner „freien Hand"; würde man über diesen Preis nicht einig, welcher nur in einer entsprechenden Annexion für Frankreich bestehen kann, so fände sich Preußen gänzlich isolirt; träte es aber deutsche Lande an Frankreich ab, so wäre Dies ein Verrath an Deutschland, den ihm die deutsche Nation niemals vergeben würde. König Wilhelm hat 1860 sein Wort verpfändet, keinen Fuß breit deutscher Erde abzutreten. So groß, als es für Preußen erforderlich wäre, damit es nach einem unheilbaren Zerwürfniß mit Deutschland und Oesterreich des französischen Wohlwollens auch entbehren könnte, wünscht Frankreich seinen annexionslustigen Nachbar sicherlich nicht werden zu sehen. Wie schlicht und einfach diesen verzwickten Verhältnissen gegenüber ist die Stellung Oesterreichs! Es streckt seine Hand nach keinen Annexionen aus; es greift Niemand an, sondern wahrt nur sein gutes Recht; es ist waffenbereit zu seiner Nothwehr, und es hat dem „Eisen und Blut" nicht Lug und Trug vorangeschickt, wie andere Leute.

---

14. Mai 1866.

Was bis jetzt dem Grafen Bismarck gelungen, das ist lauter Negation gewesen, nichts Positives; lauter Zerstörungswerk, kein Aufbau. Der Trieb des Zerstörens liegt offenbar in seiner Natur, und er hat ein Geschick dazu; nur kehrt sich sein Zerstörungstalent mitunter auch gegen seine eigene Seite. Ein deutsches Parlament ist das Ziel volksthümlicher Wünsche in Deutschland und die Hauptform, in der sich der Drang nach engerer Vereinigung ausdrückt; Graf Bismarck schreibt das Wort auf seine Fahne, und im Nu hat man statt eines Parlaments aufmarschirende Pickelhauben und statt der Einigung einen Bürgerkrieg vor sich.

„Dies feine Saitenspiel zerbrach in seiner
Metallnen Hand."

Wo immer er die Hand anlegt, da quillt Mißtrauen und Unfriede heraus. Seine ganze Art und Weise ist eben eine zerstörende;

[illegible] Jedoch [illegible] Knoten zerhaut das Schwert: was Graf Bismarck moralisch [illegible] hat, das [illegible] durch einen Krieg keineswegs wieder auf, und der [illegible] Schaden seiner Politik, die fortwirkenden Nachwehen davon werden sowohl ihn als den Krieg überleben.

---

16. Mai 1866.

Es ist eine seltsame Situation: man kann jeden Tag der Nachricht gewärtig seyn, daß da oder dort der erste Schuß gefallen, und noch bis auf diesen Tag haben unsere Gegner keinen zeigbaren

Beweggrund dafür ausfindig gemacht. Die erhobene Streitfrage über die Priorität der Rüstungen nützt hiezu Nichts, denn es ist klar, daß zwei Parteien, deren jede sich blos defensiv hält, nicht feindlich aneinander gerathen können. Angreifen wird Oesterreich nicht; also müßte entweder Italien oder Preußen das gegebene Wort brechen, wenn ein Zusammenstoß möglich werden soll. Aus der schleswig-holsteinischen Frage kann Preußen seinerseits den noch mangelnden casus belli deßhalb nicht ziehen, weil es in Bezug auf eine Schlußentscheidung über dieselbe bisher lediglich kein Verlangen an Oesterreich gestellt, folglich auch über keinerlei Ablehnung zu klagen hat; von dem Gasteiner Vertrag an bis zu der österreichischen Note vom 26. April, welche ihrerseits eine Initiative ergriff, ist die Frage eines Definitivums für Schleswig-Holstein in den Verhandlungen zwischen Oesterreich und Preußen gar nie berührt worden. Die Schwierigkeit für Preußen ist eben die, daß es den Gasteiner Vertrag, welchen es damals gleichsam herauspreßte, doch nicht wohl selber umwerfen kann, ohne die Selbstachtung zu verletzen, und daß es nunmehr doch weit über denselben hinaus will. An Oesterreich könnte es höchstens den Vorwurf richten, daß es an dem geschlossenen Vertrag festhalte, während Preußen ihn zu brechen wünsche; allein Das ist kein casus belli. Man hat auch gar keinen Versuch gemacht, daraus künstlich einen Kriegsfall herauszudeuteln, und das diplomatische Schweigen gerade über denjenigen Punkt, der nach außerdiplomatischen Kundgebungen als das treibende Motiv Preußens erscheint, ist der sprechendste Beweis dafür, daß man in dieser Beziehung keinen Anhaltspunkt für eine Beschwerde gegen Oesterreich hat.

Hieraus folgt, daß der Krieg, wenn er ausbricht, ein muthwillig heraufbeschworener ist, und aus diesem letzteren Satz wieder ergibt sich, daß selbst durch weitgehende Konzessionen Oesterreichs nicht eine feste Zukunft, sondern nur eine vorübergehende Beschwichtigung zu erzielen wäre; der Gewinn dabei bestünde lediglich in einem Aufschub, denn ein erster Erfolg wäre natürlich keine Abschreckung für die Lust zu einem zweiten, und in beliebiger Zeit finge das gleiche Spiel wieder von vorn an. Die Volksstimmung in Oesterreich hat Dies auch längst herausgefühlt; mit ihr verhielt es sich umgekehrt wie in Preußen, wo die Regierung für einen Krieg, das Volk aber für den Frieden war. Um so größer das Verdienst

der Mäßigung auf Seiten Oesterreichs. Verloren hat es allerdings Nichts dabei; während seines Zuwartens als bedrohter Theil erwarb es sich Sympathien, wie sie zu Ehren der menschlichen Natur die Sache gekränkten Rechts zu finden pflegt, trotz aller Machinationen.

---

18. Mai 1866.

Bisher nannte man die großpreußische Richtung die kleindeutsche, obwohl sie Das nicht gerne sah; jetzt aber stellt sich heraus, daß sie auch nicht einmal im kleineren, sondern daß sie in gar keinem Sinne mehr deutsch ist. So überspannt Graf Bismarck in manchen andern Beziehungen seyn mag, so traut er doch dem preußischen Staat offenbar nicht die Assimilirungskraft zu, ganz Deutschland zu verdauen; auf was er es abgesehen hat, Das ist vielmehr eine bessere Arrondirung und starke Vergrößerung Preußens zu einem ausschließlich preußischen Zweck. Eine bessere Arrondirung, auf daß es nicht mehr in zwei Theilstücken auseinanderliege; eine Vergrößerung, stark genug, um sich in Zukunft abgesondert zu halten, und aller Rücksichten und Ehrenpflichten für Deutschland überhoben zu seyn. Von diesem Standpunkt aus war der deutsche Name für Preußen eigentlich nur ein Hinderniß; von diesem Standpunkt aus, sobald man ihn eingesteht, gibt es alsdann auch keinen Abhaltungsgrund mehr, Triest und Tyrol nöthigenfalls an Italien, oder deutsche Rheinlande an Frankreich kommen zu lassen, und je nach Befund dazu sogar mitzuhelfen! Auch die Androhung eines Austritts aus dem deutschen Bund erklärt sich unter einer solchen Voraussetzung als sehr natürlich, ja als unumgänglich, und der mehrfach wiederholte Ausspruch, nur noch die speziellen Interessen Preußens zu Rathe ziehen zu wollen, tritt damit in sein volles Verständniß.

Was die Anregung eines „deutschen Parlaments" betrifft, so weiß man vorerst nicht, ob sie blos als ein politischer Schachzug dienen sollte, oder ob dessen wirkliche Zusammenkunft beabsichtigt war; immerhin war das Eine wie das Andere eine bequeme Form, unter Anrufung eines populären Namens jedenfalls den Bund bei Seite zu schieben, und nachher konnte man ja eben so gut auch das Parlament wieder fallen lassen, wenn es zu Nichts dienlich war; möglicherweise aber gedachte man auch mit dem bloßen Rumpf eines Parlaments vorzugehen, und sich von einem solchen, nur von klein-

deutscher Seite beschickt und auf preußischem Boden tagend, mit dem Anschein einer Abstimmung von Volks wegen votiren zu lassen, was man wünschte oder für paßlich hielt. Dies ist es nun freilich nicht, was die kleindeutsche Partei wollte; indem sie von der preußischen Spitze sprach, bildete sie sich ein, Preußen werde auf irgend eine Art Oesterreich aus Deutschland hinausdrängen und hierauf sie, die kleindeutsche Partei, von Frankfurt aus über das „deutsche Reich" oder den „deutschen Bundesstaat" regieren lassen. Ein Preußen, wie sie es dabei voraussetzte, ist nun einfach thatsächlich nicht da; wenn es den vorbereiteten Krieg unternimmt, so führt es ihn nicht für den Inhalt des kleindeutschen Programms, überhaupt nicht für Schaugerichte irgend einer Art, sondern für wirkliche Einverleibung und Herrschaft; die bisherige Partei der preußischen Spitze, da sie weder die thatsächliche Politik Preußens umändern, noch eine preußische Spitze ohne Preußen ermöglichen kann, hat nicht mehr die Wahl vor sich, kleindeutsch zu bleiben, sondern sie muß nunmehr entweder deutsch werden oder großpreußisch.

Graf Bismarck mit seiner wendungsreichen Politik hat auch diese Partei moralisch ruinirt, und ihr schließlich den Laufpaß gegeben, nachdem sie ihm wesentliche Dienste geleistet; denn wenn er auch sonst mehr auf „Blut und Eisen" hält, so waren doch die unermüdlichen Tiraden der zahlreichen Blätter dieser Farbe (überdies schon seit Jahren im Gang) ausgezeichnet brauchbar, um als „Stimme des Volks" zu paradiren, und überall da, wo es erforderlich schien, sey es in Berlin selbst oder im Ausland, als öffentliches Zeugniß verwendet zu werden, daß in Bezug auf Deutschland die Bismarck'sche Politik auch eine Volksgesinnung für sich habe, und daß aus diesem Grunde schon eine blose Demonstration wahrscheinlich zu ihrer Durchführung genüge. In Berlin hat das Mittel offenbar gewirkt, und so sind wir Schritt für Schritt dahin gekommen, daß nun der Bürgerkrieg unmittelbar vor der Thüre steht.

---

20. Mai 1866.

Noch wäre, scheint es, die Erhaltung des Friedens möglich, aber freilich um einen Preis, den man in Deutschland, dieser herkömmlichen Vorrathskammer für Entschädigungsstoffe, schwerlich billigen würde. Oesterreich brauchte blos zu gewähren, geschehen zu lassen,

was man haben will, und man ließe es nicht nur in Ruhe, sondern gäbe mit vollen Händen beliebige Vergütung für etwaige Opfer. Auf Kosten Dritter natürlich; denn um der Vergrößerung willen ist dieser Krieg vorbereitet worden, und die Vergrößerungslustigen schenken Nichts her als aus fremder Tasche. Dies ist die Grundbeschaffenheit der Lage, und der darüber ausgebreitete Schleier, dünkt mich, ist durchsichtig genug. Um so wundersamer ist der Eindruck, wenn sich eben aus den Reihen jener Dritten heraus einzelne Stimmen vernehmen lassen, als ob sie die ganze Sache mit Haut und Haar Nichts anginge, sondern nur eine Art von Bewerbung um ihr Wohlwollen stattfände. In der That scheint der Glaube an eine so glückliche Stellung, welche entweder an Oesterreich oder an Preußen eine Gunst zu erweisen oder zu versagen hätte, in aller Unschuld seine Bekenner zu haben; wenigstens erklärt sich nur unter dieser Voraussetzung die Sprache mancher Blätter, das Schwanken und Zögern in der Entschließung, der Zugriff auf den Gedanken der Neutralität als auf einen Fund. Das Letztere namentlich erinnert ganz an gewisse Vorgänge im alten Reich; auch da gab es Zeiten, wo die Wolke der Mediatisirung in der Luft hing, und Gemeinwesen, denen jede Gefahr umgehbar schien; in der Frage, ob sie verspeist werden sollten, erklärten sie sich für neutral.

Täusche sich Niemand darüber: wenn ein Krieg von solchen Dimensionen, wie er jetzt auf der Schwelle steht, wirklich zum Ausbruch kommt, so wird er, aller menschlichen Voraussicht nach, eine Veränderung der Karte Deutschlands in seinem Gefolge haben; möglicher Weise eine sehr bedeutende Aenderung, eine Umgestaltung von Grund aus. Ist Das eine deutsche Frage oder nicht? Handelt es sich da um eine Gefälligkeit für Oesterreich, wenn man sich auf die Seite der Abwehr stellt? Kann nicht vielmehr Oesterreich zu Deutschland sagen: tua ipsissima res agitur, und muß man nicht zugestehen, daß Dies die handgreifliche Wahrheit ist? Es ist mir nur ein einziges Motiv momentaner Zurückhaltung denkbar, und Dies wäre von Seite der deutschen Mittelstaaten die Besorgniß, Oesterreich möchte über ihre Köpfe hinweg sich unversehens mit Preußen verständigen, worauf ihre Politik alsdann kompromittirt und gleichsam zwischen zwei Stühlen niedergesessen wäre. So wie die Entwicklung der Dinge jetzt vorliegt, sichtbar für Jedermann, halte ich eine solche Besorgniß für grundlos; wenn Oesterreich Das

wollte, würde es nicht so weit gegangen seyn. Hätte ich aber diese Ueberzeugung nicht, so würde ich aus jener Prämisse vielmehr gerade den entgegengesetzten Schluß ziehen: offenbar nämlich könnte Oesterreich nur in Versuchung gerathen, wenn man es von Deutschland aus isolirt ließe, und wer also zu seiner Isolirung mitwirkt, beschwört eben die Gefahr herauf.

---

22. Mai 1866.

Was will die Bismarck'sche Politik? Aus Anlaß der Kongreßanregungen haben vertraute Blätter neuerdings die Ansprüche derselben in eine Formel gebracht: sie will den Besitz von Schleswig-Holstein und Preußens „berechtigte Stellung in Norddeutschland." Unter der berechtigten Stellung ist hiebei nicht Das verstanden, wozu Preußen bisher berechtigt war, sondern etwas Neues, wozu es erst berechtigt werden soll, nämlich eine militärisch-diplomatische Hegemonie. Wie weit letztere einzugreifen hätte, Das würde sich in der Praxis entwickeln; in Bezug auf Schleswig und Holstein verlangte man anfänglich auch nur die militärisch-diplomatische Führung; jedenfalls setzt man voraus, daß, wenn Preußen einen Krieg begänne, sey es auch gegen das übrige Deutschland, die militärisch-diplomatisch von Preußen geführten Länder unbedingt mitzugehen hätten. Unter der „Bundesreform" scheint Graf Bismarck das Nämliche zu verstehen, und wenn sie nicht gewährt wird, droht er mit Preußens Austritt. So stimmt Alles zusammen; denn all' diese Wendungen sind nur verschiedene Ausdrücke für Eines und Dasselbe: für den wohlausstudierten Plan, daß Preußen sich auf seine „europäische Stellung" zurückziehen und das nördliche Deutschland dabei mit sich nehmen soll. Dies aber wäre thatsächlich eine Lossagung von der deutschen Gesammtheit, selbst wenn man dem Namen nach innerhalb des Rahmens des deutschen Bundes bliebe; es wäre nichts Anderes, als die Theilung Deutschlands in zwei feindliche Hälften.

Die sogenannte kleindeutsche Partei wollte nur Oesterreich ausscheiden, dafür aber das übrige Deutschland so eng zusammenfassen, daß Preußen in Deutschland aufginge; nun kommt der Bismarck'sche Plan, der auch das südliche Deutschland wegläßt, und dafür das nördliche so eng zusammenfassen will, daß die Zusammenfassung

fang des Prozesses aufträte. Die hauptsächliche Aufgabe des Kongresses würde sohin die Ausmittlung anzubietender „Entschädigungen" seyn. Auch Das übrigens ist ein sattsam schwieriges Stück Arbeit. In Europa gibt es meines Wissens kein herrenloses Gebiet, kein Land, das nicht ein Staat oder Bestandtheil eines Staats wäre; wenn also der Kongreß nicht selber die Rolle eines Freibeuters übernehmen will, um ein beliebiges Gebiet herrenlos zu machen, so sieht man sich vergeblich nach einer Erklärung um, woher denn der Entschädigungsstoff kommen soll.

Der heilige Crispinus, wie man ihm nachsagt, entwendete Leder und machte den Armen Schuhe daraus; der hohe Kongreß — ecce iterum Crispinus! — wird doch nicht die „Neutralen" plündern wollen, auf daß er eine Entschädigung herausbringe, um anderseits den bedrohenden Theil zu belohnen? Das hieße einen Armen und Kleinen ausrauben, um einen Großen — denn groß ist doch sowohl Italien als Preußen — noch größer zu machen. Und wenn diese beiden Staaten schlechtweg sagen: „Ich will Das", ist Das für den Kongreß eine Vorschrift, oder wird er nicht etwa fragen: „Warum?" Auch hier stößt man auf Schwierigkeiten aller Art. Was den preußischen Anspruch auf Schleswig-Holstein betrifft, so steht ihm als Hauptanhaltspunkt eigentlich nur der faktische Besitz der Halbscheid zur Seite. Italien seinerseits beruft sich bekanntlich auf das Prinzip der Nationalität, worauf aber die Mächte Frankreich, England, und Rußland nicht wohl eingehen können, ohne die eigenen, von sehr verschiedenen Nationalitäten bewohnten Länder prinzipiell einer Zersetzung preiszugeben; nach demselben Prinzip, welches man auf Venetien anwenden will, wäre ja z. B. Nizza und Korsika unmittelbar an die Regierung zu Florenz, Elsaß an Deutschland 2c. abzutreten. Je länger man die Frage hin und her betrachtet, um so mehr wird man in der Vermuthung bestärkt, daß man weniger einen Glauben an Erfolg, als vielmehr einen politischen Schachzug vor sich habe. Einen einzigen Vortheil — glaube ich — hätte der Vorschlag für sich, wenn er überhaupt durchführbar ist: auf einem Kongreß könnte Frankreich Anstands halber wohl nicht zugleich einen Gebietszuwachs für sich selbst zur Abstimmung bringen; wenn aber diese Ansicht richtig ist, so wird mir der wirkliche Zusammentritt eines Kongresses nur um so weniger wahrscheinlich.

---

25. Mai 1866.

Als der Krieg von 1859 herannahte, fand er das südliche Deutschland begeistert für Oesterreich, als den angegriffenen oder provozirten Theil, die Schweiz aber vorherrschend in Sympathie für die beiden Staaten, von denen die Anstiftung des Kriegs ausging. Im schweizerischen Interesse lag diese Sympathie so eigentlich nicht. Der Begriff der Größe ist auch in politischen Dingen ein relativer; je mehr die Schweiz von großen Militärmächten umgeben wird, um so kleiner wird im Verhältniß dazu sie selbst, d. h. ihr politisches Ansehen und ihre Machtstellung. In diesem Sinn entsprach die Einheit Italiens keineswegs den Interessen der Schweiz; am allerwenigsten, wenn sie durch ein Protektorat Frankreichs bewerkstelligt wurde, denn in diesem Fall fand sich die Schweiz gleichzeitig von zwei Seiten umfaßt, deren Politik so gut wie in einer Hand lag. Eine der natürlichen Konsequenzen der Einheit Italiens war überdies ein italienischer Anspruch auf den Kanton Tessin, und in Italien selbst war dieser Anspruch auch laut genug kundgegeben worden. Daß die innere Politik der „Spada Italiens" sich eine liberale Färbung gab, änderte an dem gegen die Schweiz gekehrten Annexionsanspruche Nichts, und was den vorwärts drängenden Helfer betraf, nämlich Frankreich, so galt es in den Augen der Schweiz sicherlich nicht für einen Musterstaat politischer Freiheit. Dessenungeachtet waren die schweizerischen Sympathien für beide vorhanden, gleichviel ob richtig motivirt oder nicht, und spielten ihre Rolle mit; eine Zeit lang ernährte man sie auch mit der unbestimmten Aussicht, daß die vordem für einen Kriegsfall in die schweizerische Neutralität eingeschlossenen Theile Savoyens, welche zu besetzen ein schweizerisches Recht gewesen wäre, schließlich als eine Annexion für die Schweiz abfallen könnten. Daraus aber wurde bekanntlich Nichts; statt dessen erhielt die Schweiz auf der savoyischen Seite nun Frankreich zum Nachbar, womit sich auch jenes Besatzungsrecht für die Zukunft aufhob. Daß sie auf diese Art verlor, anstatt zu gewinnen, liegt auf der Hand; Neapel und Toskana hätten niemals Anspruch auf Tessin gemacht, und einem blos savoyischen Nachbar gegenüber war der französisch redende Theil der Schweiz auch nicht eventuell einer Nationalitätsfrage unterwerfbar. In der Schweiz hat man zu viel politische Schule und Erfahrung, um auf einem und demselben Weg mehr als einmal getäuscht zu werden; wenn

wir die Zeichen der dortigen Stimmung vergleichen, so sieht man der heutigen Kriegsverwicklung mit ganz andern Gefühlen und Eindrücken entgegen, als dem Kriege von 1859. Die Worte von Auxerre haben auch für die Schweiz ihre Bedeutung. Vor den großen Annexionszurücknahmen, welche man die Verträge von 1815 zu nennen pflegt, war Napoleon I. der „Vermittler" der Schweiz, so wie er der „Protektor" des Rheinbundes war; der französisch redende Theil der Schweiz aber, und darüber hinaus sogar Wallis in seiner oberen Hälfte, welche der deutschen Zunge angehört, stand direkt unter französischem Szepter. Wie weit sich im Einzelnen der „Abscheu vor den Verträgen von 1815" erstreckt, ist in Auxerre nicht spezifizirt worden; jedenfalls liegt in den Worten der Hinweis auf eine eventuelle Aenderung, und zwar mindestens auf eine Annäherung an Das, was vor 1815 bestand, oder der Ausspruch hätte keinen Sinn gehabt. Angesichts dieser sich aufdrängenden Verhältnisse von außen her sind die schweizerischen und die deutschen Interessen identisch.

---

26. Mai. 1866.

In der jüngsten Zeit ist auch der Gedanke der Trias als einer eventuellen Lösung der deutschen Reformfrage wieder aufgetaucht; — ein Gedanke, der nicht recht emporkam, so lange man noch an ein Deutschthum der preußischen Politik glaubte. Mich dünkt, wir haben die Trias provisorisch bereits vor uns, und zwar als eine Thatsache, die sich nicht aus einer Theorie entwickelt hat. Der Bund, der in Frankfurt Fragen an Oesterreich und Preußen stellt, ist ja eigentlich nichts Anderes als die dritte Gruppe; wenn der Kongreß zu Stande kommt und der deutsche Bund, wie es ihm dermalen zugedacht ist, einen Gesandten dazu schickt, so wird dieser Gesandte offenbar der Vertreter der dritten Gruppe seyn. Es ist Dies eines der Ergebnisse, die Graf Bismarck zuwege gebracht hat, ohne sie zu wollen. Daß er dasselbe nicht wollte, setze ich deßhalb voraus, weil die dritte Gruppe, wenn sie sich dem Drang der Umstände gemäß als eine aktiv auftretende Gesammtheit zusammenfaßt, nothwendig auf die Aufrechthaltung ihrer Existenz ausgehen und die Respektirung ihres Gebiets verlangen muß, also für die Bismarck'schen Uebergriffe lediglich keinen Raum offen läßt, so lange sie noch irgend wehrfähig ist. Von Oesterreich weiß man, daß es keine Vergrößerung

begehrt; es wird einer naturgemäßen Entwicklung der dritten Gruppe kein Hinderniß in den Weg legen; der Annexionspolitik vom Norden her aber steht der Triasgedanke unumgänglich als ein feindlicher gegenüber. Graf Bismarck will ja nicht eine blose Isolirung Preußens, sondern er gedenkt, wenn er Preußen aus dem deutschen Bund austreten läßt, zugleich ein sehr wesentliches Stück Deutschland mit wegzunehmen, was nur auf Kosten der dritten Gruppe geschehen kann. Für den Protest gegen diese Politik gibt es nicht leicht eine ausdrucksvollere Form, als die Appellation an die Trias, d. h. die Ankündigung der Selbsthilfe; Graf Bismarck ruhte nicht, bis er den deutschen Mittelstaaten ihre jetzige Stellung aufgezwungen hatte, und das zuschauende Europa wird daraus die Folgerungen ziehen, die sich von selber ergeben. Jetzt kann auch im Auslande kein urtheilsfähiger Beobachter mehr sich in der Täuschung wiegen, daß Graf Bismarck die Stimmung Deutschlands für sich habe; er hat vielmehr unzweideutig sogar die des preußischen Volkes gegen sich. In der ehedem vielbesprochenen Lehniner Weissagung findet sich ein Vers, der ganz vortrefflich auf die bisherigen Leistungen des preußischen Ministers paßt. Sonst hat sich die Lehnin'sche Weissagung bekanntlich überlebt, d. h. die Reihenfolge der darin aufgezählten Herrscher ist abgelaufen, ohne daß das zuletzt geweissagte Ereigniß eintrat; von aller Zeitbestimmung abgelöst aber wäre auf Bismarck, nachdem er Eroberungsansprüche und Defensivrüstung, deutsches Parlament und Austritt aus Deutschland, revolutionäre Freundschaften und Zerwürfniß mit dem eigenen Volke, Legitimität und Umsturz in seiner Politik zusammengereimt, wie für ihn ausdrücklich geschrieben anwendbar das Gleichniß des Verses 88, wie Dem, welcher von oben herunter Alles durcheinandergewühlt hat, endlich der Schwall über dem Kopfe zusammenschlägt:

Et perit in undis,
Dum miscet summa profundis.

---

29. Mai 1866.

Ziehen wir als eine Möglichkeit der Zukunft mit in Rechnung, daß in einer noch unbestimmten Zeit die französische Politik einen Anspruch auf Vergrößerung durch deutsche Länder entwickle: sobald ein solcher Anspruch förmlich zu Tage tritt — darüber ist man

einig, so weit deutscher Charakter reicht — müßte jeder innere Zwist verstummen, und das Bewußtseyn einer gemeinsamen Gefahr riefe das Zusammenhalten hervor, welches man sonst so gar schwer zu finden scheint. Eine ähnliche Situation war schon einmal da, und es ist nicht allzulange her seitdem für das Gedächtniß der Zeitgenossen. Auf dem Wiener Kongreß waren die Sieger auf dem Punkt, nunmehr einen neuen Krieg unter einander selbst zu beginnen, als die Nachricht von der Rückkehr Napoleons aus Elba dazwischen fiel: da ließ man mit einem Mal alle Zerwürfnisse ruhen, und vereinigte sich, wie es gerade ging, wohl oder übel, d. h. improvisirt und um jeden Preis. Hätte man den andern Krieg schon begonnen gehabt, so wäre es zu spät gewesen. Daß es noch nicht so weit gekommen war, sah man damals für einen Glücksfall an: — würde ein „Zu spät" heute nicht als ein Unglück erscheinen? Die an die Gegenwart sich richtende Mahnung jenes Beispiels, dünkt mich, ist ernst genug.

In dem Kriege von 1859, welcher in gleicher Weise vom Zaun gebrochen war, wie es mit dem jetzt androhenden der Fall ist, kämpfte Frankreich für eine „Idee", trug aber thatsächlich Nizza und Savoyen davon; ein Krieg Preußens gegen Oesterreich nun würde die Westgränze Deutschlands offenlegen, und eine offengelegte Gränze, muß man gestehen, ist eine starke Versuchung für den Zugriff eines Nachbars, der einen solchen lediglich als ein Stück seiner „berechtigten Machtsphäre" betrachtet. Eine Vergrößerung nach dem Rheine zu ist bekanntlich ebenfalls eine alte „Idee" Frankreichs; daß sie direkt gegen das laut verkündigte Nationalitätsprinzip anstößt, würde so wenig ein Hinderniß seyn, als bei Nizza und den schon älteren Annexionen. Die Versuchung dazu wird überdies verstärkt durch die Aussicht auf inneren Vortheil für die Dynastie. Der Thron Frankreichs hat erfahrungsmäßig wechselnde Geschicke: weder auf Ludwig XVI. noch auf Napoleon I., weder auf Karl X. noch auf Ludwig Philipp sind die dazu bestimmt gewesenen Thronerben gefolgt; es liegt nahe, einen Ländergewinn am Rhein zugleich als eine innere Befestigung der Dynastie ins Auge zu fassen. Rechne man Dies Alles zusammen, und man wird dem Beherrscher Frankreichs nicht zutrauen, daß er sich zurückhalte, wenn man ihm die Sache gleichsam auf dem Präsentirteller entgegenbringt; dieses Letztere aber ist es eben, was ein Krieg Preußens gegen Oesterreich thut. Ob

mit Bewußtseyn oder nicht: — die Politik des Grafen Bismarck opfert die gemeinsame Sache Deutschlands auf, um dafür die blose Aussicht auf einen Gebietszuwachs einzutauschen, dessen Größe nicht nur, sondern dessen Erfolg überhaupt erst von den Wechselfällen einer Waffenentscheidung abhängt, und der jedenfalls nur auf Kosten deutscher Nachbarn erlangbar ist. Entspräche diese Politik wirklich der natürlichen Aufgabe Preußens, so bestünde diese in der Isolirung, in der Lostrennung von Deutschland; in diesem Fall aber hätte Preußen z. B. 1813 bis 1815 antipreußisch gehandelt; es müßte sich wieder als den „natürlichen Alliirten" Frankreichs gebrauchen lassen lernen, und zwar nicht einmal mit dem Anspruch auf Gleichberechtigung. Die Wahrheit ist vielmehr die, daß die Bismarck'sche Politik mit der ganzen Entwicklung Preußens seit 1813 in moralischem Widerspruch steht. Dies fühlt man auch in Preußen selbst sehr gut heraus; daher der unbeugsame Widerwille gegen das Drängen und Stoßen in die Bahn abenteuerlicher Projekte hinein.

Auch in Preußen ist deutscher Charakter genug, um jede Abtretung deutschen Bodens an das Ausland zu verabscheuen; auch in Preußen würde die Volksgesinnung keinen Augenblick zweifelhaft seyn, wenn Frankreich eben jetzt einen solchen Anspruch erhöbe; König Wilhelm selbst hat früher in gleichem Sinne sein königliches Wort eingesetzt. Wenn man aber keine Abtretung an das Ausland will, so braucht man nicht erst zu warten, bis die Gefahr, die man kommen sieht, unmittelbar da ist; man muß Das unterlassen, was sie unfehlbar provoziren würde, nämlich den Bürgerkrieg. Noch ist derselbe nicht ausgebrochen, und wie die Aerzte zu sagen pflegen: „So lange der Mensch athmet, ist noch Leben da", so kann man vom Frieden sagen: „Es ist immer noch Hoffnung übrig, so lange er noch nicht aufgekündigt ist." Die Heere stehen sich gegenüber, Preußen jedoch hat feierlich erklärt, daß es nicht angreifen werde; Oesterreich ist überhaupt auf keinen Krieg ausgegangen; noch immer fehlt es an einem casus belli.

---

30. Mai 1866.

Vor etwa zwei Menschenaltern war Malta bekanntlich noch der Sitz des Johanniterordens; die französische Flotte, die nach Aegypten fuhr, nahm es im Vorbeigehen ein, nicht durch Gewalt,

sondern durch Verrath der französischen Ritter. Als die Festung übergeben wurde, zeigte sich das Haupt-Eingangsthor so gut verrammelt, daß man es nur höchst mühsam aufbrachte; „da können wir uns Glück wünschen," sagte deßhalb ein französisches Witzwort, „daß Jemand darin war, der uns aufmachen konnte, sonst wären wir nicht hineingekommen." So ungefähr scheint Graf Bismarck den deutschen Bund taxirt zu haben, als er ihm vorschlug, sich in Abgang zu dekretiren; der Bund war gerade noch gut genug, seine Lebensunfähigkeit zu erklären, und es war hübsch, daß man ihn noch beisammen fand, weil sonst das Einsammeln der Erklärungen von den Einzelstaaten weit mehr Mühe gemacht hätte. Allein in der Wirklichkeit hat sich der Thatbestand anders erwiesen. So mangelhaft in mancher Beziehung die Formen sind, so hatte der Bund doch „Blut und Eisen" zur Verfügung; das „übrige Deutschland" war nicht wehrlos; auch fand keine Uebergabe durch Verrath statt.

Der nächsten Gefahr ausgesetzt, auch formell bedroht, so zu sagen auf die Vertheidigung einer offenen Bresche angewiesen war Sachsen; jedoch es hielt mannhaft fest, der angeblich lebesunfähige Bund stand hinter ihm, und bis auf den heutigen Tag ist die sächsische Gränze nicht überschritten worden. Zwischenhinein rief auch Graf Bismarck wieder die Bundesgesetze an; die Polemik seiner Blätter erklärte es z. B. für einen Bruch der Exekutionsordnung, wenn der Bund gleich mit der Mobilmachung beginne; man müsse erst ordnungsmäßig die vorgeschriebenen Zwischenstufen durchmachen. Der Bund ist eben diejenige Form, welche von Europa anerkannt besteht; in so fern ist sie zur Zeit die relativ beste, denn so lange uns ein Bürgerkrieg droht, sind wir nicht in der Lage, vornehm auf Europa herunterzusehen, und können uns vielmehr Glück wünschen, daß der Bund noch vorhanden ist. Die Reform, deren er hochlich bedarf, fällt damit nicht weg; wäre er aber so tropfig gewesen, wie Graf Bismarck ihn vorauszusetzen schien, so hätte er auch nicht zu einer Reform getaugt, hätte gar nicht das Zeug dazu gehabt, und Das ist es, was man mitunter übersieht. Die Frage der Bundesreform, Das ist ja nur ein anderes Wort für die Gestaltungsfrage des „übrigen Deutschlands", und das „übrige Deutschland", Das ist ein Komplex von 18 Millionen, mit welchem man nicht wie mit einem Flederwisch umgeht.

Was aber Graf Bismarck eine Bundesreform nennt, Das ist theilweise noch sehr undeutlich; so weit der Schleier gelüftet ist, handelt es sich in der Hauptsache um eine andere Verwendbarkeit der Wehrkräfte, auch um solche zur See, und um eine Art von Parlament, das in speziell bezeichneten Fällen über materielle Interessen zu Rathe sitzen und innerhalb noch unbestimmter Gränzen die seitherige Beschlußfassung der Bundesglieder ersetzen soll. In welcher Weise es gemeint ist, wenn man außeramtlich zu verstehen gibt, das deutsche Parlament sey der Frieden, bleibt vor der Hand räthselhaft; denn nach den amtlichen Andeutungen scheint dem Bismarck'schen Parlament keineswegs eine Entscheidung über Frieden oder Krieg, überhaupt nicht ein eigentlich politischer Einfluß, sondern vielmehr eine der Administration an die Hand gehende, nur beschränkt legislatorische Geschäftsversehung zugedacht. Von einem Büdget ist dabei ohnehin nicht die Rede, so daß jedenfalls schon ein Paragraph weniger der Gefahr des Umgehens oder einer streitigen Auslegung unterstellt wäre. Ob sich Graf Bismarck durch das Parlament würde „majorisiren" lassen, sey es auch nur z. B. in Betreff eines Ansatzes im Zolltarif, dafür liegt keinerlei Bürgschaft vor. So ist denn der Ausspruch, das deutsche Parlament sey der Friede, vielleicht eher dahin zu verstehen, die Nichtannahme der preußischen Einzelvorschläge sey der Krieg; damit also wäre die unbedingte Annahme verlangt, schon eine blose Erörterung bei Strafe des Kriegs untersagt, und Das sähe freilich kurios einem parlamentarischen Anlauf ähnlich.

Man kann viel thun, um den Frieden zu erhalten, und man wird es auch; allein 1) darf Graf Bismarck sich nicht wundern, wenn man in seine Verträglichkeit mit parlamentarischen Verhältnissen ein gewisses Mißtrauen setzt; 2) kann die Einleitung zu einem Parlament logischer Weise nicht mit dem Verbote jeder Diskussion beginnen; 3) liegt in den Bismarck'schen Vorschlägen ein Verzicht der Bundesglieder auf ein bisheriges Votum, das nunmehr auf das Parlament übergehen soll, und da ist es von wesentlicher Bedeutung, daß auch Preußen sich mit in den Verzicht einschließt, d. h. sich dem Parlamentsvotum unterwirft, weil sonst die Bundesglieder ihr betreffendes Recht nicht an die Nationalvertretung, sondern an den Grafen Bismarck und seine Nachfolger abgetreten hätten. Ich fürchte, der Bismarck'sche Plan bietet überhaupt keine

sung dar, sondern sitzt zwischen zwei Stühlen nieder; er wird die Parlamentsgegner wider sich haben, weil diesen schon der Name zu viel ist, und die dem Parlament zugewandte öffentliche Meinung, weil er ein Minimum giebt und zu fixiren gedenkt, das jede Weiterentwicklung ausschließe, und sogleich in eine Sackgasse führe.

---

1. Juni 1866.

Es ist ein kurioses Rechnungsexempel: je weiter Graf Bismarck vorschreitet, desto mehr geht es mit seiner Partei rückwärts, d. h. je weiter sich seine Politik entwickelt, um so geringer wird der Anhang, der noch mit ihm geht. Selbst die Kreuzzeitungspartei hat sich gespalten und fällt theilweise von ihm ab, weil er ohne politische Grundsätze ist; in dem Zusammengehen mit Garibaldi, Victor Emanuel ꝛc. war ja jeder Satz der Kreuzzeitung gleichsam eine Ohrfeige für ihre früheren Aussprüche, und jeder frühere Ausspruch wiederum eine Ohrfeige für ihre jetzigen Sätze. Daß er die preußischen Abgeordneten und ihre Wähler gegen sich hat, wußte man längst; nun kommt aber die Landwehr, welche man „das preußische Volk in Waffen" zu nennen pflegt, und legt noch weit drastischer an den Tag, daß sie von seiner Politik Nichts wissen will. Ohne die Mobilmachung hätte man gar nicht so in Erfahrung gebracht, in welchem Grade Graf Bismarck dem preußischen Volke verhaßt ist. Auch in Frankreich ist diese Wahrnehmung nicht eindruckslos geblieben; in England würdigt man sie nach ihrem vollen Gewicht; in Italien fängt man an mißtrauisch zu werden. Was Deutschland betrifft, so ist das Höchste, wozu sich ein Rest großpreußischer Anhänger noch erhebt (Bismarck'scher nicht, denn er selbst hat keine), der Vorschlag zur Neutralität in dieser Krisis. Freilich ein wunderlicher Gedanke, der die ganze angerichtete Konfusion nur noch vermehren hilft. Es soll Deutschland Nichts angehen, wenn man auf Stücke davon zugreifen will, wie ein europäischer Weltumsegler auf eine neu entdeckte Insel voll Wilder, und wenn man zu Beförderung dieses Zwecks ihm das Ausland auf den Hals hetzt! Falls Deutschland in der That so dächte, so könnten die Oesterreicher sich versucht fühlen, zu sagen: „Gut, wenn euch eure eigene Sache Nichts angeht, so gebt in des — Bundes Namen Holstein an Preußen, und besticht Frankreich mit einem Stück

Rheinland zur Genehmigung; wir waschen unsere Hände in Unschuld." Allein hat die bisherige Haltung Deutschlands so viel beigetragen, daß die Bismarck'sche Politik auf Hindernisse stieß, so wird man nicht auf halbem Wege stehen bleiben, während die einfachste Politik anräth, daß man ihren einheimischen Gegnern eine feste Anlehnung darbiete. Nun kommt gar noch die Erklärung an die Pariser Konferenz, Preußen gehe in keiner Weise auf einen Krieg um den Besitz Schleswigs und Holsteins aus, habe auch niemals daran gedacht, sondern nur gerüstet, weil es von Oesterreich und Sachsen bedroht worden sey. „Ei," wird man in Deutschland fragen, „zu welchem Zweck rieft ihr denn die Einmischung des Auslandes herbei?" Und genau so denkt und urtheilt man auch in Preußen selbst, wo man recht gut weiß, daß man weder von Oesterreich und Sachsen, noch von Hannover und Würtemberg bedroht war; diese ganze Bismarck'sche Politik ist moralisch wurmstichig und wird es täglich mehr. Sich ihr gegenüber neutral verhalten, Das hieße so viel als sie indirekt wieder stützen; in einer großen Krisis ist Neutralität ohnehin thatsächlich nichts Anderes, als an die Sonne gestellte Butter. Nein, eher glaube ich, daß nur ein fremder Anspruch auf deutsche Gebietstheile hervorzutreten braucht, um noch in der letzten Stunde das gesammte Deutschland, Preußen mit eingerechnet, wieder einig zu machen, — selbst noch inmitten der Pariser Konferenz.

---

2. Juni 1866.

Bis jetzt hat sich die französische Politik hinter den Kulissen gehalten, und dabei jede Verantwortlichkeit von sich abgelehnt; auf der bevorstehenden Konferenz muß sie (wenn dieselbe überhaupt zu Stande kommt) heraustreten, muß sprechen, und alsdann wird man wissen, wie man mit ihr daran ist. Was den Ruf ihrer Unergründlichkeit betrifft, so glaube ich, daß man sie mitunter überschätzt; das Räthsel dieser Sphinx beruht zum Theil darauf, daß Napoleon sich gerne so lang als möglich die Wahl offen hält, selbst zwischen Extremen. Es gibt Zeiten, in denen seine Schweigsamkeit Etwas verbirgt, was er selbst noch nicht weiß, nämlich in denen er noch keine definitive Entschließung gefaßt hat. Wem es nicht darauf ankommt, von einem Endpunkte plötzlich auf einen andern umzu-

springen, dem wird auf diese Art allerdings manche Ueberraschung gelingen; am Ende jedoch nützt sich eine solche Politik ab, weil das Gelingen der Täuschung ein vorhergehendes Vertrauen voraussetzt. Auf den Ausspruch: „das Kaiserreich ist der Friede" ist z. B. der orientalische Krieg, auf den Kampf für eine „Idee" die materielle Besitznahme von Savoyen und Nizza, auf den Züricher Frieden so ziemlich das Gegentheil seines Inhalts gefolgt. Dies ist es, was man Freiheit der Aktion nennt, und diese Freiheit der Aktion hat sich die französische Politik auch für diesmal gewahrt; sie hat sich in Nichts die Hände gebunden, sagt man. So kann sie denn heute noch den Italienern vorhalten: „Wenn ihr geschlagen werdet, so seyd ihr selber schuld; ich habe euch gewarnt; ich kann euch bebeliebig stecken lassen, oder ihr nehmt meine Bedingungen an." Deßgleichen kann sie noch heute zu dem Grafen Bismarck sagen: „Es stellt sich heraus, daß eure Sache Nichts ist; ihr bringt weder Sympathien noch andere Stützpunkte mit, sondern blos euch selber; ihr wißt doch, daß ich überall das allgemeine Stimmrecht entscheiden lasse, und wenn ich Das thue, so fallt ihr mit Glanz durch." Dies Alles kann sie sagen, — und je nachdem von Alledem auch das Gegentheil; Das ist freie Aktion. Aber sprechen muß sie, wenn die Konferenz zusammentritt, Das ist unvermeidlich, weil sonst ihre Zusammenberufung keinen Sinn hätte; der Vorbehalt einer offen zu lassenden Wahl ist naturgemäß nur die Politik einer Zwischenzeit, und jede Zwischenzeit gelangt eben so naturgemäß zu einem Ende. An einer Phrasenperücke für Das, was man will, wird es auch dabei nicht fehlen, aber die Physiognomie eines Willens muß zum Vorschein kommen. Man darf gespannt seyn, ob sich auch eine Vergrößerungslust Frankreichs anmelden wird. Leicht wäre die Motivirung nicht, denn mit dem Vorgehen Preußens und Italiens hätte ein solcher Anspruch lediglich keinen Zusammenhang, als vermittelst des Satzes, daß im Fall einer Vergrößerung jener Staaten das europäische Gleichgewicht auch eine Vergrößerung für Frankreich erheische; allein eben hierin liegt die Schwierigkeit, denn was für Frankreich gegenüber von Preußen und Italien gilt, das gilt natürlich auch wieder für alle andern europäischen Mächte gegenüber von Frankreich. Alsdann ist Europa nicht mehr Vermittler, sondern Partei, und die Konferenz, welche uns den Frieden bringen sollte, führt uns sachte einem Weltbrand entgegen.

5. Juni 1866.

Hat man auch allerseits ins Auge gefaßt, wie es mit der Rückseite der Medaille stehen mag? Hat man in Rechnung gezogen, wie schwer eine Niederlage ins Gewicht fällt? Es scheint kaum. Eine Politik, die nur ihren Eigenwillen zu Rathe zieht, bedarf des Glücks, eines ununterbrochenen Glücks; mit der ersten Niederlage ist der stolze Bau ihrer Größe unterminirt. Die Geschichte unseres Jahrhunderts bietet ein großartiges Beispiel dafür dar. Napoleon I. war der große Kriegsmeister seiner Zeit; seine Erfolge stiegen zu einer schwindelnden Höhe; sobald ihn aber das Glück verließ, galten die früheren Triumphe Nichts mehr, nnd zuletzt fielen selbst seine Marschälle von ihm ab. Daß während seiner Abwesenheit in Rußland die sogenannte Verschwörung Mallets nahe daran war, zu gelingen, war ein bedeutsames Zeichen inneren Verfalls; Napoleon selbst sah es für bedenklich an, und Dies war der Grund, der ihn so eilig von der Armee weg nach Paris führte. Während des Feldzugs von 1813 wurden bereits französische Stimmen des Vorwurfs laut: „Er nimmt keinen Rath an; er wird uns Alle verderben.“ Im Jahr 1814 fand sich der Gegenbesuch Europa's in Frankreich ein; das alte Rom würde in einem ähnlichen Fall einen Diktator ernannt haben, die Franzosen aber, welche der seitherigen Diktatur eben ihr Unglück zuschrieben, reklamirten nunmehr die innere Freiheit. Nur der Sieg ist möglicher Weise eine Abfindung dafür, — die Niederlage natürlich nicht. Nach dem Einzuge der Alliirten in Paris fand sich der vordem so hoch Gefeierte einsam und verlassen in Fontainebleau; so isolirt, wie nachher auf dem Felsen von St. Helena. Auch auf die triumphirende Rückkehr von Elba herüber folgte nur ein provisorischer Umschwung; nach der entscheidenden Niederlage von Waterloo stiegen sogar die Kurse auf der Pariser Börse, d. h. die öffentliche Stimmung trennte die Zukunft Frankreichs und die seines bisherigen Beherrschers als zwei fremde Dinge von einander. Ich denke, weder Italien noch Preußen schreibt sich eine Macht zu, wie sie Napoleon I. besaß und z. B. während des Erfurter Kongresses zur Schau stellte; um so ernster die Mahnung des Memento mori aus ihrem Schicksale, denn wenige Jahre nach jenem Kongreß lag sie in Trümmern.

Was Italien betrifft, so glaube ich keineswegs, daß, wie man jetzt behaupten will, der Kriegsgedanke ursprünglich aus einem An-

drang des Volkes hervorging. Im Laufe des vorigen Jahres wollte Italien vielmehr entwaffnen, nämlich zur Schonung seiner Finanzen großartige Ersparnisse bei der Armee durchführen, und ohne eine ändernde Anregung von außen her würde es dabei geblieben seyn; kein Mensch hätte nach Krieg verlangt. Es war kein Antrieb von innen heraus. Jetzt aber, nachdem man die Leidenschaft aufgestachelt hat, scheint es allerdings, daß Viktor Emanuel die Zügel unsicher führt; wenn das Pferd mit ihm durchgeht, kann es ihn eben so gut abwerfen. Kommt an seiner Statt die Revolution in den Sattel, so schlägt sie voraussichtlich im Süden eine andere Richtung ein, als im Norden, die vorläufige Einheit fällt wieder auseinander, und es ist sehr zweifelhaft, ob sich Frankreich berufen findet, sie von neuem zusammenzukitten. Was nicht aus eigener Kraft zu Stande gekommen ist, bleibt eben abhängig; Das ist ein Naturgesetz, über das keine Phrase hinweghilft. Nach einer Niederlage wird man Das doppelt empfinden; man spielt um Alles (d. h. um Alles, so weit es Frankreich erlaubt), oder um Nichts.

Die Lage Preußens nach einer Niederlage würde in der Art und Weise verschieden, in dem Effekt aber um Nichts besser seyn, denn es hätte sie in einem Krieg erlitten, von dem die öffentliche Meinung abmahnte.

---

6. Juni 1866.

Man liest hier mehr preußische Zeitungen, als andere deutsche, und die Wiener Redaktionen schöpfen zum Theil ihre Ansichten über deutsche Verhältnisse daraus; es stammt Dies noch aus der Zeit, wo man in den auswärtigen Blättern eben Opposition gegen die österreichische Regierung aufsuchte, und im Eifer auch Feindseligkeit gegen den Staat nicht von Opposition gegen die Regierung unterschied. Das war nun freilich ein ziemlich untergeordneter Standpunkt; in der gegenwärtigen Krisis, scheint es, wird er vollends ein überwundener werden. Der Berliner „Kladderadatsch“ z. B. liegt hier an vielen öffentlichen Orten auf, und hatte bisher seine Liebhaber; daß er aber neulich die Berliner unter Anderm ermahnte, bei dem Einrücken Benedeks ihr Silberzeug zu verstecken, geht doch nicht mehr unter der Firma „Liberalismus“ mit. Die neueste Nummer des hiesigen „Kikeriki“ erläßt einen gesalzenen Fehdebrief den „ungerathenen Kollegen.“

In Folge der jüngsten Ereignisse ist der früher nur herabsehend erwähnte deutsche Bund wieder zur öffentlichen Geltung gelangt; für die holsteinische Frage ist er derzeit der Angelpunkt, um den sich Alles dreht, und auch der Streit Preußens mit Oesterreich bewegt sich nun, bis etwa eine preußische Kriegserklärung dazwischenkommt, hauptsächlich in Frankfurt. Die heutige „Presse" wünscht sich alles Glück zu der österreichischen Erklärung an den Bund, geht aber noch weiter in der Anrufung des Bundesrechts, indem sie den Art. 15 der deutschen Bundesakte („in allen Bundesstaaten wird eine landständische Verfassung stattfinden"), und den Art. 56 der Wiener Schlußakte („die in Wirksamkeit bestehenden landständischen Verfassungen können nur auf verfassungsmäßigem Wege wieder abgeändert werden") mit Bezug auf die deutschen Erblande Oesterreichs in Erinnerung bringt.

Aus dem Süden rühmt man, wie „diesmal" Alles ineinander klappe, und die Verproviantirung ausgezeichnet besorgt sey; in dem „diesmal" liegt nämlich eine Beziehung auf 1859, wo es damit miserabel bestellt war.

---

7. Juni 1866.

Dem Ausbruche des Kriegs sieht man nun mit Gleichmuth entgegen. Die öffentliche Stimmung in Oesterreich hatte sich schon früher von einem Frieden abgewendet, der ihr als ein fauler erschien. „Je länger es sich hinzieht," sagte man in den Volksschichten, „desto mehr kostet es; nachdem sich so viel Falschheit und Hinterlist gegen Oesterreich entwickelt hat, wäre jedes Flickwerk doch nur ein bloser Aufschub, und nach einer kurzen Zwischenzeit stünden wir wieder auf dem alten Fleck; lieber jetzt eine Entscheidung." Auf die projektirte Pariser Konferenz hielt die vox populi gleich von vorn herein Nichts; man hat in Paris zu oft mit friedlichen Redensarten um sich geworfen, ohne daß jemals etwas Anderes dabei herauskam, als das Gegentheil. Von Seiten Oesterreichs ist der Friede niemals bedroht gewesen, ist es auch jetzt noch nicht, aber es steht mannhaft ein für sein gutes Recht; eine ganz ähnliche Volksstimmung zeigt sich im südlichen Deutschland.

Von allen Seiten beklagt man sich über die Wolff'sche Telegraphenkorrespondenz in Berlin, daß sie ihren Telegrammen eine tendenziöse Färbung gebe, in dem anscheinend thatsächlichen Referat

über öffentliche Vorgänge, Aktenstücke, Verhandlungen ꝛc. ꝛc. weglasse, was ihr nicht in den Kram taugt, und so „die Wahrheit arrangire", wie ein französischer Kunstausdruck besagt; bis dann die Berichtigung auf dem gewöhnlichen Postwege nachkommt, welcher statt eines entstellenden Auszuges das Ganze bringt, ist der erste Eindruck vorweggenommen und es hat sich bereits ein Vorurtheil festgesetzt. Bei politischen Zeitungen weiß man zum voraus, daß sie eine Tendenz haben; bei Telegrammen aber verlangt man die schlichte Thatsache; man hat sich nicht auf eine Tendenz abonnirt Es wäre überhaupt an der Zeit, sich von der Willkühr dieser telegraphischen Korrespondenzanstalten zu emanzipiren. Die Sache ist nicht so schwer, als sie aussieht. Neben entstellenden Telegrammen läuft auch eine Menge gänzlich unbedeutender durch die Welt, die des Telegraphirens gar nicht werth waren; man hat die praktische Abhilfe in der Hand, sobald Zeitungseigenthümer und Redaktionen eine Vereinbarung treffen, hinfort nicht anders zu abonniren, als unter der Bedingung, daß man nur für solche Telegramme bezahlt die man des Abdrucks werth findet, und daß auch ein abgedrucktes Telegramm unbezahlt zu bleiben hat, wenn es sich nachher als unrichtig erweist.

In Venetien hat in Folge strengerer Aufsichtsmaßregeln an der Gränze die Emigration junger Leute nach Italien nahezu aufgehört. Es handelt sich dabei mehr um eine Fürsorge für die jungen Leute selbst und im Interesse ihrer Familien; denn was Gefährlichkeit betrifft, so sind solche Elemente drüben am Ende weniger schädlich, als durch geheime Machinationen daheim.

---

8. Juni 1866.

Da es sich so gefügt hat, daß gerade Holstein den lange gesuchten casus belli liefert, so liegt doppelt klar vor Augen, daß der Krieg Preußens gegen Oesterreich eigentlich ein Krieg gegen den deutschen Bund ist. Holstein ist ja überdies weder durch preußische noch durch österreichische Waffen erobert worden, sondern war bereits von deutschen Bundestruppen besetzt, ehe Preußen ins Feld rückte. Erst später wurden die Hannoveraner und Sachsen durch Preußen hinausgedrängt; zu welchem Zweck, ist jetzt deutlich genug: es ging schon damals mit dem Plan um, der jetzt zu Tage tritt.

Die „Wiener Abendpost“ erörtert in einem ausführlichen Artikel das Recht Oesterreichs zu den Schritten, die es in Holstein gethan, und daß darin keineswegs eine Verletzung der Uebereinkunft von Gastein liege. Den Bismarck'schen Blättern kommt es freilich auf eine Verdrehung weiter nicht an; der öffentlichen Meinung gegenüber ist es aber eine schlimme Position für Preußen, daß es in Holstein gleich mit dem Auseinandersprengen einer Ständeversammlung zu thun hat.

Die Wiener Witze gehen nicht aus. Ein Kaufmann kündigt „Bismarckhemden“ aus „Eisengarn“ an, deren Undurchdringlichkeit er rühmt; es sind übrigens Leinenhemden gemeint und der Witz hat es auf eine Spekulation abgesehen. Der neueste „Figaro“ erzählt: Graf Bismarck sey nicht zur Konferenz abgereist, weil er seine Wäsche beim Schlosser gehabt habe, und Graf Mensdorff nicht, weil er mit der Aufstellung neuer „Reserven“ beschäftigt gewesen sey. (Doppelsinn von Reserven im militärischen Sinn und von Reserven als Vorbehalten, nämlich für die Konferenz.) Der „Zeitgeist“ erklärt die plötzlich eingetretene Kälte im Mai nachträglich aus dem seither bekannt gewordenen „Anmarsch der Russen.“

---

9. Juni 1866.

Es ist zu spät, von den Segnungen des Friedens zu reden. Zum Anfang des Kriegs ist Alles reif, zur Grundlage eines neuen Friedens Nichts. Was wäre gewonnen mit einem Abschluß, der nur eine Abfindung des Augenblicks wäre, und den Keim eines demnächst folgenden Krieges bereits in seinem Schooß trüge? Den Bürgerkrieg, leider Gottes, haben wir, man hat ihn uns aufgezwungen, und dieser Umstand zieht eine Folge von unverwischbarem Charakter nach sich: ein deutsches Vertrauen zu Preußen ist nach der Erfahrung, die wir gemacht haben, im Laufe vielleicht eines ganzen Menschenalters nicht wieder herstellbar. Man würde stets befürchten müssen, daß es irgend eine neue Gelegenheit ergreife, um im Bunde mit einem beliebigen Reichsfeind einen Bürgerkrieg aus dem Nichts hervorzurufen, der seinem Partikularismus ein Stück Deutschland weiter zu annektiren verspricht. Diese Gefahr würde erst aufhören, wenn Preußen eine satte Großmacht wäre statt einer hungrigen, d. h. wenn es ganz Deutschland verschlungen und als

Preußen verdaut hätte; so weit ist es aber noch nicht, und wird es auch niemals kommen. Ein Friede, der Preußen theilweise sättigen soll, ist nur ein Waffenstillstand bis zu erneuertem Appetit; in der Zwischenzeit wäre Das ein perpetueller Kriegszustand für Jeden, der nicht verspeist seyn will. Heißt man Das Frieden und Ruhe?

---

10. Juni 1866.

Auf der Nordbahn verkehren die Züge von hier nach Brünn und Olmütz nun wieder regelmäßig, wie vor den großen Militärtransporten, d. h. diese letzteren sind vorerst beendigt. Kriegsfertig sind wir; es scheint jedoch, daß Oesterreich es bis zum letzten Augenblick vermeiden will, aus der reinen Defensive herauszugehen. Mit Spannung sieht man den Nachrichten aus Frankfurt entgegen, wo die obschwebende Hauptfrage zur Entscheidung gelangt; von Italien spricht man kaum, so sehr hält man sich dort des Erfolgs sicher; ein ähnliches Urtheil über die Ueberlegenheit der österreichischen Waffen gegenüber den Italienern haben übrigens auch französische Offiziere gefällt. Die „Presse" drückt die Hoffnung aus, daß fortan ein ganz neues Leben im deutschen Bundeskörper pulsiren werde; sie erwartet vom Bund eiserne Energie und unerbittliche Strenge gegen Renitente. Einen ähnlichen Gedanken finde ich in den Adreßverhandlungen der bayrischen Abgeordnetenkammer, nämlich den Ausspruch, daß, wer sich neutral hält, auch nicht beim Frieden mitzusprechen habe. Das „Fremdenblatt" anderseits traut weder dem Bunde noch den Mittelstaaten die Entschlossenheit zu, thatkräftig einzugreifen. Die hiesigen Blätter vergessen theilweise, daß, nachdem die hannoverschen und sächsischen Bundestruppen aus Holstein hinausgemaßregelt waren, das „übrige Deutschland" nicht wohl Etwas in der Frage der Herzogthümer thun konnte, so lange sie nicht wenigstens durch eine der deutschen Großmächte wieder an den Bund gebracht war, wohin sie gehörte.

---

11. Juni 1866.

Die Spannung war zu groß: irgendwo mußte der Stoff reißen. Daß es geschehen ist, daran ist Oesterreich eben so wenig schuld, wie an der Spannung selbst. Was die Pariser Konferenz betrifft, an deren [illegible]rn ebenfalls Oesterreich schuld seyn soll, so scheiterte sie eigentlich

an dem allgemeinen Unglauben an die Möglichkeit irgend eines Erfolgs; es ist damit Nichts als eine nutzlose Spiegelfechterei gescheitert. Letzteres geben auch Solche zu, die Oesterreich wegen seiner Vorbehalte tadeln. Die Konferenz hätte es ganz ruhig beschicken können, sagt man, denn auf derselben würde sicherlich gar Nichts zu Stande gekommen seyn. Allein ist Das nicht eher ein Grund gegen, als für die Konferenz? Hiesige Blätter verwundern sich, d. h. sie nehmen Anstoß daran, daß Oesterreich bei seinen Vorbehalten auch an den Kirchenstaat dachte. Ich glaube, selbst Friedrich der Große würde an Oesterreichs Stelle im gleichen Fall nicht versäumt haben, an den Pabst zu denken; denn 1) gehört der Kirchenstaat thatsächlich mit in die „italienische Streitfrage"; 2) gewann mit seiner Zuziehung in die Konferenz Oesterreich eine voraussichtlich ihm günstige Stimme weiter, und 3) besteht in Frankreich bekanntlich ein politischer Einfluß des katholischen Elements im Volk, auf den der Kaiser der Franzosen wesentliche Rücksichten zu nehmen pflegt. Ich bin Protestant, aber der Anstoß, den jene Blätter nehmen, wäre mir wahrlich nicht im Traume beigefallen.

---

12. Juni 1866.

Europa kann sich diesmal wahrlich nicht beklagen, daß Oesterreich zu vorschnell verfahre; die in der „Wiener Abendpost" veröffentlichte Depesche an den Grafen Karolyi vom 9. d. M. (vorerst ein Protest) ist ein neuer Beweis seiner Langmuth, dürfte aber wohl der letzte seyn. Hr. v. Manteuffel hat sich bemüht, höflich zu Werke zu gehen; allein diese Höflichkeit ist ungefähr wie die der französischen Duellsitte im vorigen Jahrhundert, welche dem Gegner erst den Degen im Leib herumdrehte, und sich alsdann artigst erkundigen ließ, wie er sich befinde. Die Volksstimmung kann es kaum erwarten, lieber einen Gegenstoß geführt zu sehen; der Angriff von preußischer Seite liege ja thatsächlich bereits vor.

---

13. Juni 1866.

Mit dem Wechsel diplomatischer Schriftstücke ist es also zu Ende; sonst hätten wir vielleicht noch eines erlebt, das den Beweis geführt hätte, daß Preußen nur vertheidigungsweise in Holstein

springen, dem wird auf diese Art allerdings manche Ueberraschung gelingen: am Ende jedoch nützt sich eine solche Politik ab, weil das Gelingen der Täuschung ein vorhergehendes Vertrauen voraussetzt. Auf den Ausspruch: „das Kaiserreich ist der Friede" ist z. B. der orientalische Krieg, auf den Kampf für eine „Idee" die materielle Besitznahme von Savoyen und Nizza, auf den Züricher Frieden so ziemlich das Gegentheil seines Inhalts gefolgt. Dies ist es, was man Freiheit der Aktion nennt, und diese Freiheit der Aktion hat sich die französische Politik auch für diesmal gewahrt: sie hat sich in Nichts die Hände gebunden, sagt man. So kann sie denn heute auch den Italienern vorhalten: „Wenn ihr geschlagen werdet, so seid ihr selber schuld: ich habe euch gewarnt: ich kann euch beliebig sitzen lassen, oder ihr nehmt meine Bedingungen an." Desgleichen kann sie noch heute zu dem Grafen Bismarck sagen: „Es stellt sich heraus, daß eure Sache Nichts ist: ihr bringt weder Sympathien noch andere Stützpunkte mit, sondern blos euch selber; ihr wißt doch, daß ich überall das allgemeine Stimmrecht entscheiden lasse, und wenn ich Das thue, so fallt ihr mit Glanz durch." Dies Alles kann sie sagen, — und je nachdem von Alledem auch das Gegentheil: Das ist freie Aktion. Aber sprechen muß sie, wenn die Konferenz zusammentritt. Das ist unvermeidlich, weil sonst ihre Zusammenberufung keinen Sinn hätte: der Vorbehalt einer offen zu lassenden Wahl ist naturgemäß nur die Politik einer Zwischenzeit, und jede Zwischenzeit gelangt eben so naturgemäß zu einem Ende. An einer Phrasenbrücke für Das, was man will, wird es auch dabei nicht fehlen, aber die Physiognomie eines Willens muß zum Vorschein kommen. Man darf gespannt sein, ob sich auch eine Vergrößerungslust Frankreichs anmelden wird. Leicht wäre die Motivirung nicht, denn mit dem Vorgehen Preußens und Italiens hätte ein solcher Anspruch lediglich keinen Zusammenhang, als vermittelst des Satzes, daß im Fall einer Vergrößerung jener Staaten das europäische Gleichgewicht auch eine Vergrößerung für Frankreich erheische: allein eben hierin liegt die Schwierigkeit, denn was für Frankreich gegenüber von Preußen und Italien gilt, das gilt natürlich auch wieder für alle andern europäischen Mächte gegenüber von Frankreich. Alsdann ist Europa nicht mehr Vermittler, sondern Partei, und die Konferenz, welche uns den Frieden bringen sollte, führt uns sachte einem Weltbrand entgegen.

5. Juni 1866.

Hat man auch allerseits ins Auge gefaßt, wie es mit der Rückseite der Medaille stehen mag? Hat man in Rechnung gezogen, wie schwer eine Niederlage ins Gewicht fällt? Es scheint kaum. Eine Politik, die nur ihren Eigenwillen zu Rathe zieht, bedarf des Glücks, eines ununterbrochenen Glücks; mit der ersten Niederlage ist der stolze Bau ihrer Größe unterminirt. Die Geschichte unseres Jahrhunderts bietet ein großartiges Beispiel dafür dar. Napoleon I. war der große Kriegsmeister seiner Zeit; seine Erfolge stiegen zu einer schwindelnden Höhe; sobald ihn aber das Glück verließ, galten die früheren Triumphe Nichts mehr, und zuletzt fielen selbst seine Marschälle von ihm ab. Daß während seiner Abwesenheit in Rußland die sogenannte Verschwörung Mallets nahe daran war, zu gelingen, war ein bedeutsames Zeichen inneren Verfalls; Napoleon selbst sah es für bedenklich an, und Dies war der Grund, der ihn so eilig von der Armee weg nach Paris führte. Während des Feldzugs von 1813 wurden bereits französische Stimmen des Vorwurfs laut: „Er nimmt keinen Rath an; er wird uns Alle verderben.“ Im Jahr 1814 fand sich der Gegenbesuch Europa's in Frankreich ein; das alte Rom würde in einem ähnlichen Fall einen Diktator ernannt haben, die Franzosen aber, welche der seitherigen Diktatur eben ihr Unglück zuschrieben, reklamirten nunmehr die innere Freiheit. Nur der Sieg ist möglicher Weise eine Abfindung dafür, — die Niederlage natürlich nicht. Nach dem Einzuge der Alliirten in Paris fand sich der vordem so hoch Gefeierte einsam und verlassen in Fontainebleau; so isolirt, wie nachher auf dem Felsen von St. Helena. Auch auf die triumphirende Rückkehr von Elba herüber folgte nur ein provisorischer Umschwung; nach der entscheidenden Niederlage von Waterloo stiegen sogar die Kurse auf der Pariser Börse, d. h. die öffentliche Stimmung trennte die Zukunft Frankreichs und die seines bisherigen Beherrschers als zwei fremde Dinge von einander. Ich denke, weder Italien noch Preußen schreibt sich eine Macht zu, wie sie Napoleon I. besaß und z. B. während des Erfurter Kongresses zur Schau stellte; um so ernster die Mahnung des Memento mori aus ihrem Schicksale, denn wenige Jahre nach jenem Kongreß lag sie in Trümmern.

Was Italien betrifft, so glaube ich keineswegs, daß, wie man jetzt behaupten will, der Kriegsgedanke ursprünglich aus einem An-

[illegible] des Kaisers [illegible]. Im [illegible] des vorigen Jahres wollte Italien bekanntlich [illegible], nämlich zur Schonung seiner Finanzen großartige Ersparnisse bei der Armee durchführen, und ohne eine [illegible] Anregung von außen her würde es dabei geblieben sein: kein Mensch wäre zum Krieg gelangt. Es war kein Antrieb von innen heraus. Jetzt aber, nachdem man die Leidenschaft aufgestachelt hat, wenn es [illegible], daß Viktor Emanuel die Zügel [illegible], wenn das Pferd mit ihm durchgeht, kann es bei [illegible] so [illegible]. Kommt in einer Stadt die Revolution an den [illegible], so schlägt sie voraussichtlich im Süden eine andere Richtung ein, als im Norden, die vorläufige Einheit fällt wieder auseinander, und es ist sehr zweifelhaft, ob sich Frankreich [illegible] findet, sie von neuem zusammenzufügen. Was nicht aus eigener Kraft zu Stande gekommen ist, bleibt eben abhängig; Das ist ein [illegible], über das keine Phrase hinweghilft. Nach einer Niederlage wird man Das doppelt empfinden; man spielt um Alles d. h. um Alles, so weit es Frankreich erlaubt, oder um Nichts.

Die Lage Preußens nach einer Niederlage würde in der Art und Weise verschieden, in dem Effekt aber um Nichts besser seyn, denn es hätte sie in einem Krieg erlitten, von dem die öffentliche Meinung abmahnte.

---

6. Juni 1866.

Man liest hier mehr preußische Zeitungen, als andere deutsche, und die Wiener Redaktionen schöpfen zum Theil ihre Ansichten über deutsche Verhältnisse daraus; es stammt Dies noch aus der Zeit, wo man in den auswärtigen Blättern eben Opposition gegen die österreichische Regierung aufsuchte, und im Eifer auch Feindseligkeit gegen den **Staat** nicht von Opposition gegen die Regierung unterschied. Das war nun freilich ein ziemlich untergeordneter Standpunkt; in der gegenwärtigen Krisis, scheint es, wird er vollends ein überwundener werden. Der Berliner „Kladderadatsch" z. B. liegt hier an vielen öffentlichen Orten auf, und hatte bisher seine Liebhaber; daß er aber neulich die Berliner unter Anderm ermahnte, bei dem Einrücken Benedeks ihr Silberzeug zu verstecken, geht doch nicht mehr unter der Firma „Liberalismus" mit. Die neueste Nummer des hiesigen „Kikeriki" erläßt einen gesalzenen Fehdebrief an den „ungerathenen Kollegen."

In Folge der jüngsten Ereignisse ist der früher nur herabsehend erwähnte deutsche Bund wieder zur öffentlichen Geltung gelangt; für die holsteinische Frage ist er derzeit der Angelpunkt, um den sich Alles dreht, und auch der Streit Preußens mit Oesterreich bewegt sich nun, bis etwa eine preußische Kriegserklärung dazwischenkommt, hauptsächlich in Frankfurt. Die heutige „Presse" wünscht sich alles Glück zu der österreichischen Erklärung an den Bund, geht aber noch weiter in der Anrufung des Bundesrechts, indem sie den Art. 15 der deutschen Bundesakte („in allen Bundesstaaten wird eine landständische Verfassung stattfinden"), und den Art. 56 der Wiener Schlußakte („die in Wirksamkeit bestehenden landständischen Verfassungen können nur auf verfassungsmäßigem Wege wieder abgeändert werden") mit Bezug auf die deutschen Erblande Oesterreichs in Erinnerung bringt.

Aus dem Süden rühmt man, wie „diesmal" Alles ineinander klappe, und die Verproviantirung ausgezeichnet besorgt sey; in dem „diesmal" liegt nämlich eine Beziehung auf 1859, wo es damit miserabel bestellt war.

---

7. Juni 1866.

Dem Ausbruche des Kriegs sieht man nun mit Gleichmuth entgegen. Die öffentliche Stimmung in Oesterreich hatte sich schon früher von einem Frieden abgewendet, der ihr als ein fauler erschien. „Je länger es sich hinzieht," sagte man in den Volksschichten, „desto mehr kostet es; nachdem sich so viel Falschheit und Hinterlist gegen Oesterreich entwickelt hat, wäre jedes Flickwerk doch nur ein bloser Aufschub, und nach einer kurzen Zwischenzeit stünden wir wieder auf dem alten Fleck; lieber jetzt eine Entscheidung." Auf die projektirte Pariser Konferenz hielt die vox populi gleich von vorn herein Nichts; man hat in Paris zu oft mit friedlichen Redensarten um sich geworfen, ohne daß jemals etwas Anderes dabei herauskam, als das Gegentheil. Von Seiten Oesterreichs ist der Friede niemals bedroht gewesen, ist es auch jetzt noch nicht, aber es steht mannhaft ein für sein gutes Recht; eine ganz ähnliche Volksstimmung zeigt sich im südlichen Deutschland.

Von allen Seiten beklagt man sich über die Wolff'sche Telegraphenkorrespondenz in Berlin, daß sie ihren Telegrammen eine tendenziöse Färbung gebe, in dem anscheinend thatsächlichen Referat

über öffentliche Vorgänge, Aktenstücke, Verhandlungen ꝛc. ꝛc. weglasse, was ihr nicht in den Kram taugt, und so „die Wahrheit arrangire", wie ein französischer Kunstausdruck besagt; bis dann die Berichtigung auf dem gewöhnlichen Postwege nachkommt, welcher statt eines entstellenden Auszuges das Ganze bringt, ist der erste Eindruck vorweggenommen und es hat sich bereits ein Vorurtheil festgesetzt. Bei politischen Zeitungen weiß man zum voraus, daß sie eine Tendenz haben; bei Telegrammen aber verlangt man die schlichte Thatsache; man hat sich nicht auf eine Tendenz abonnirt Es wäre überhaupt an der Zeit, sich von der Willkühr dieser telegraphischen Korrespondenzanstalten zu emanzipiren. Die Sache ist nicht so schwer, als sie aussieht. Neben entstellenden Telegrammen läuft auch eine Menge gänzlich unbedeutender durch die Welt, die des Telegraphirens gar nicht werth waren; man hat die praktische Abhilfe in der Hand, sobald Zeitungseigenthümer und Redaktionen eine Vereinbarung treffen, hinfort nicht anders zu abonniren, als unter der Bedingung, daß man nur für solche Telegramme bezahlt die man des Abdrucks werth findet, und daß auch ein abgedrucktes Telegramm unbezahlt zu bleiben hat, wenn es sich nachher als unrichtig erweist.

In Venetien hat in Folge strengerer Aufsichtsmaßregeln an der Gränze die Emigration junger Leute nach Italien nahezu aufgehört. Es handelt sich dabei mehr um eine Fürsorge für die jungen Leute selbst und im Interesse ihrer Familien: denn was Gefährlichkeit betrifft, so sind solche Elemente drüben am Ende weniger schädlich, als durch geheime Machinationen daheim.

---

8. Juni 1866.

Da es sich so gefügt hat, daß gerade Holstein den lange gesuchten casus belli liefert, so liegt doppelt klar vor Augen, daß der Krieg Preußens gegen Oesterreich eigentlich ein Krieg gegen den deutschen Bund ist. Holstein ist ja überdies weder durch preußische noch durch österreichische Waffen erobert worden, sondern war bereits von deutschen Bundestruppen besetzt, ehe Preußen ins Feld rückte. Erst später wurden die Hannoveraner und Sachsen durch Preußen hinausgedrängt: zu welchem Zweck, ist jetzt deutlich genug: es ging schon damals mit dem Plan um, der jetzt zu Tage tritt.

Die „Wiener Abendpost“ erörtert in einem ausführlichen Artikel das Recht Oesterreichs zu den Schritten, die es in Holstein gethan, und daß darin keineswegs eine Verletzung der Uebereinkunft von Gastein liege. Den Bismarck'schen Blättern kommt es freilich auf eine Verdrehung weiter nicht an; der öffentlichen Meinung gegenüber ist es aber eine schlimme Position für Preußen, daß es in Holstein gleich mit dem Auseinandersprengen einer Ständeversammlung zu thun hat.

Die Wiener Witze gehen nicht aus. Ein Kaufmann kündigt „Bismarckhemden“ aus „Eisengarn“ an, deren Undurchdringlichkeit er rühmt; es sind übrigens Leinenhemden gemeint und der Witz hat es auf eine Spekulation abgesehen. Der neueste „Figaro“ erzählt: Graf Bismarck sey nicht zur Konferenz abgereist, weil er seine Wäsche beim Schlosser gehabt habe, und Graf Mensdorff nicht, weil er mit der Aufstellung neuer „Reserven“ beschäftigt gewesen sey. (Doppelsinn von Reserven im militärischen Sinn und von Reserven als Vorbehalten, nämlich für die Konferenz.) Der „Zeitgeist“ erklärt die plötzlich eingetretene Kälte im Mai nachträglich aus dem seither bekannt gewordenen „Anmarsch der Russen.“

---

9. Juni 1866.

Es ist zu spät, von den Segnungen des Friedens zu reden. Zum Anfang des Kriegs ist Alles reif, zur Grundlage eines neuen Friedens Nichts. Was wäre gewonnen mit einem Abschluß, der nur eine Abfindung des Augenblicks wäre, und den Keim eines demnächst folgenden Krieges bereits in seinem Schooß trüge? Den Bürgerkrieg, leider Gottes, haben wir, man hat ihn uns aufgezwungen, und dieser Umstand zieht eine Folge von unverwischbarem Charakter nach sich: ein deutsches Vertrauen zu Preußen ist nach der Erfahrung, die wir gemacht haben, im Laufe vielleicht eines ganzen Menschenalters nicht wieder herstellbar. Man würde stets befürchten müssen, daß es irgend eine neue Gelegenheit ergreife, um im Bunde mit einem beliebigen Reichsfeind einen Bürgerkrieg aus dem Nichts hervorzurufen, der seinem Partikularismus ein Stück Deutschland weiter zu annektiren verspricht. Diese Gefahr würde erst aufhören, wenn Preußen eine s a t t e Großmacht wäre statt einer hungrigen, d. h. wenn es ganz Deutschland verschlungen und als

dem Zweikampfe mit Valentin Faust zustößt und Mephistopheles für ihn parirt. Von einer Macht wie Frankreich hat eine solche Zusicherung auf Italien schwerlich als eine Abschreckung vom Kriege gewirkt, so sehr auch die Erhaltung des Friedens der Inbegriff aller französischen Wünsche war. Indeß legen wir auf die Dinge in Italien nur einen untergeordneten Werth. Oesterreich geht nicht auf dessen Beraubung aus; wenn die Italiener sich die Köpfe am Festungsviereck eingerannt haben, werden sie schon für eine ziemliche Zeit beruhigt und in der Werthschätzung von Seiten der Franzosen nicht um so höher gestiegen seyn; überdies ist ja der Züricher Frieden nicht minder „ein Werk Frankreichs." Für uns ist der Grundstein des französischen Programms jener andere Satz, der jeden Gedanken einer Gebietsvergrößerung ablehnt, falls nicht das europäische Gleichgewicht gebrochen werde. Eine bedingte Ablehnung ist eine Negation für den bestimmten Fall und ein positiver Vorbehalt für den Fall des Gegentheils, welcher noch nebenbei eine Sache freier Auslegung ist; der Gedanke einer Gebietsvergrößerung Frankreichs ist demnach für gewisse Fälle zur Sprache gebracht und vor Europa angekündigt. Das europäische Gleichgewicht ist der Status quo; eine Vergrößerung Preußens wirft den Status quo um, und auf welcher Seite Frankreich alsdann sein Aequivalent dafür suchen würde, weiß man. Der Fall, daß „die Gränzprovinzen durch frei ausgedrückte Wünsche ihre Annexion an Frankreich verlangten", steht nicht umsonst in dem Programm, und die Festungen im preußischen Rheinlande sind fast so besatzungslos, wie das offene Land um sie herum. Es ist Alles von dort weggezogen worden für den Krieg gegen Oesterreich. Nun liegt klar vor Jedermanns Augen, was ein Sieg Preußens zu bedeuten hätte. Ein Sieg Preußens wäre die Aenderung des Status quo, der Eintritt des französischen Zugriffs, dem man bereits vorgearbeitet hat, die Vergrößerung Preußens und die Verkleinerung Deutschlands: wer nicht dagegen einsteht, der hilft dazu mit. Dies sagt ihm das Programm Frankreichs.

---

19. Juni 1866.

Die Zeitungen sind streng verpflichtet, Nichts über österreichische Truppenbewegungen irgend einer Art zu melden, und so wissen wir derzeit eigentlich nur, wo die Preußen einziehen. In einem Artikel,

der zur Beschwichtigung des Publikums bestimmt ist, weist die „Wiener Abendpost" darauf hin, daß ja auch über die Stellung der sächsischen Truppen Nichts bekannt sey. Dieses Verfahren hat übrigens Etwas für sich. Man erinnert sich, daß in dem polnischen Kriege von 1831 die Warschauer Zeitungen einmal erwähnten, das russische Geschütz sey nicht so gefährlich als es aussehe, denn man wisse jetzt aus festgestellter Erfahrung, daß es immer zu hoch schieße. Die polnischen Blätter vergaßen dabei, daß man sie auch im russischen Lager las; der Erfolg blieb nicht aus: schon im nächsten Gefecht schossen die russischen Kanonen nicht mehr zu hoch.

In Italien schickt man sich an, den Anfang des Kriegs mit den herkömmlichen lärmenden Festlichkeiten und Demonstrationen zu feiern. Hier zuckt man die Achseln darüber. „Es ist ganz klug," sagt man, „daß sie auf eine Feier des Anfangs bedacht sind: am Schluß findet sich vielleicht Nichts vor, was sie feiern könnten."

In Berlin scheint man bedenklich zu seyn über gewisse französische Andeutungen, welche auf die konfessionell gemischte Zusammensetzung des preußischen Staats als auf einen Mangel an Gleichartigkeit hinweisen; es ist Dies ein sehr unbequemer Wiederhall der Polemik offiziöser Blätter, die sich bekanntlich auch einmal auf die Erregung konfessionellen Haders verlegte. In Deutschland selbst blieb auch dieser Versuch, der Bismarck'schen Politik Sympathien zu erwerben, ohne Erfolg; wenn aber nun Frankreich sich darauf hin für eine herzustellende „Gleichartigkeit" Preußens interessirt, so läßt die damit angedeutete Ausscheidung der katholischen Elemente möglicher Weise einen Verlust befürchten, für den sich schwer ein Aequivalent, geschweige denn ein Vergütungsüberschuß darböte. Gegen Oesterreich und Deutschland hat man sich in einen Krieg gestürzt, den man förmlich erzwang; an Italien hat man keinen Stützpunkt, wenn man sich mit Frankreich überwirft; so sehr ist es wahr, daß die Bismarck'schen Experimente Alles auf eine einzige Karte gesetzt haben.

Die Zeit des Kriegs ist die Aera der Telegramme; um so wichtiger ist es, diese Botschaften, nach denen sich der erste Eindruck zu bestimmen pflegt, nicht aus der Hand tendenziöser Fälschung zu empfangen. Nachdem die „Bayerische Zeitung" dem Wagner'schen Korrespondenzbureau wieder einen Fall dieser Art nachgewiesen hat, schließt sich die „Wiener Abendpost" in derben Ausdrücken an die ausgesprochene Rüge gegen die Wagner'sche und die Wolff'sche

ist. Dahin gehört z. B. die Rückbeziehung auf das Nationalitätsprinzip in dem Satze, daß Oesterreich, nachdem es mit Preußen zusammen einen Krieg gegen Dänemark im Namen der deutschen Nationalität geführt, gerechter Weise gegen eine Abtretung Veneticns an Italien Nichts sollte einzuwenden haben. Der Inhalt dieses Satzes ist zweischneidig; die andere Schneide kehrt sich gegen Frankreich selbst. Es ist eine ganz aus demselben Prinzip hervorgehende Antwort, wenn man entgegenhält, daß auf Grund der italienischen Nationalität Frankreich gerechter Weise, anstatt das italienische Nizza an sich zu nehmen, vielmehr das italienische Korsika hätte herausgeben müssen; zu geschweigen davon, daß das Gebiet Frankreichs außer diesen Bruchstücken der italienischen Nationalität bekanntlich auch eine baskische, eine niederbretonische, beide mit europäischen Ursprachen, und nicht unbedeutende Theile der deutschen Nationalität im Elsaß, in Lothringen, den Abrissen vom alten Luxemburg, und dem jetzigen Norddepartement (ehedem „französisch Flandern") innerhalb seiner Gränzen hat. Nebenbei bemerkt, ist überdies der Krieg gegen Dänemark nicht im Namen der deutschen Nationalität, sondern im Namen des historischen Rechts der Herzogthümer geführt worden. Das Nationalitätsprinzip ist kein Prinzip, bietet auch keine Lösung dar, wenn es nicht, wie jedes Prinzip, allgemein und für Jedermann gilt; man widerspricht sich unmittelbar selbst, wenn man es auf einen blosen Einzelfall einschränkt und die natürliche Konsequenz alsdann abschneidet; Das ist nicht mehr ein Prinzip, sondern eine Willkühr zu beliebigem Profit, und die Berufung auf den Grundsatz eine hohle Phrase. Die heutige Welt ist zu klug geworden, um sich durch eine Maske täuschen zu lassen. Etwas Altbekanntes ist ferner, daß die geographische Lage Preußens schlecht arrondirt ist, daß Deutschland eine festere nationale Zusammenfassung wünscht, und daß Italien sich durch Venetien und den Kirchenstaat vergrößern möchte. Was ist mit der Einsichtnahme dieser Thatsachen gewonnen? Preußen fand bisher den Ausgleich für seinen Mangel an Arrondirung in seinem Zusammenhang mit Deutschland, und es ist mehr als zweifelhaft, ob es in einer außerdeutschen Stellung an Macht und Unabhängigkeit gewinnen kann; eine nationale Reform Deutschlands schließt begriffsmäßig alles Widernationale, also Zersplitterung, Gebietsverluste, fremde Einmischung, und auch eine außerdeutsche Position Preußens aus; was endlich Italien betrifft, so sind seine

Vergrößerungswünsche ein Motiv für Italien selbst, nicht für andere Leute, und seine Unabhängigkeit hat es seither offenbar nur einseitig ins Auge gefaßt. Dies Alles lag vorher zu Tage; was man in einer französischen Erklärung aufsucht, Das ist ein Aufschluß über die Stellung Frankreichs zu diesen Dingen. Hier muß man denn in zweiter Reihe ausscheiden, was bloses Nebenwerk, nur eine Art von Zierath und Ausschmückung ist. Dahin gehört der Ausspruch, daß Frankreich für die deutschen Mittelstaaten eine mächtigere Organisation und eine bedeutendere Rolle, für Preußen größere Gleichartigkeit und mehr Macht im Norden, für Oesterreich die Erhaltung seiner großen Stellung in Deutschland gewünscht hätte. Es ist dies ein Wunsch, wie der des polnischen Sprichworts, daß der Wolf satt werde und das Lamm ganz bleibe; die bereits eingetretenen Uebergriffe Preußens und seine noch weiter gehenden Ansprüche vertragen sich weder mit der Stellung Oesterreichs in Deutschland noch mit einer bedeutendern Rolle der Mittelstaaten. Der Wunsch ist nichtssagend; ein unlösbarer logischer Widerspruch bietet keinen Aufschluß dar. Wenn die Pariser Konferenz zusammengekommen wäre, sie hätte aus der absoluten Unvereinbarkeit der drei Unterabtheilungen dieses Wunsches ebenfalls Nichts weiter zu machen vermocht. Zu den Zierathen, welche nur da sind, um hübsch ins Auge zu fallen, rechne ich ferner die schon öfter da gewesene Betonung der Uneigennützigkeit („für eine Idee") und den Ausdruck der Sehnsucht, daß sich die Völker zu dem einzigen Zwecke der Zivilisation, der Freiheit, und des Fortschritts einigen möchten. Hiezu gäbe es wohl einen andern Weg, als daß sie sich unter einander selbst raufen, und daß man alle paar Jahre wieder einen Krieg hat, der vom Zaune gebrochen wird. Und wenn man Alles, was bloses Beiwerk ist, aus diesem Programm ausscheidet: — was bleibt dann übrig? Erstens die feierliche Versicherung Frankreichs, daß es jeden Gedanken einer Gebietsvergrößerung zurückweise, so lange das europäische Gleichgewicht nicht gebrochen werde; zweitens die Erklärung, daß die Aufrechthaltung des Werkes, welches Frankreich in Italien aufrichten half, ein französisches Interesse sey. Mit dem letzteren Satz stellt sich für Italien im Fall einer Niederlage als zugesichert heraus, was bisher nur Gegenstand unbestimmter Vermuthung war: wenn Italien unterliegt, soll der Schutz Frankreichs es gegen Gebietsverluste sicher stellen. Es ist die Szene aus Goethe's Faust, wo in

dem Zweikampfe mit Valentin Faust zustößt und Mephistopheles für ihn parirt. Von einer Macht wie Frankreich hat eine solche Zusicherung auf Italien schwerlich als eine Abschreckung vom Kriege gewirkt, so sehr auch die Erhaltung des Friedens der Inbegriff aller französischen Wünsche war. Indeß legen wir auf die Dinge in Italien nur einen untergeordneten Werth. Oesterreich geht nicht auf dessen Beraubung aus; wenn die Italiener sich die Köpfe am Festungsviereck eingerannt haben, werden sie schon für eine ziemliche Zeit beruhigt und in der Werthschätzung von Seiten der Franzosen nicht um so höher gestiegen seyn; überdies ist ja der Züricher Frieden nicht minder „ein Werk Frankreichs.“ Für uns ist der Grundstein des französischen Programms jener andere Satz, der jeden Gedanken einer Gebietsvergrößerung ablehnt, falls nicht das europäische Gleichgewicht gebrochen werde. Eine bedingte Ablehnung ist eine Negation für den bestimmten Fall und ein positiver Vorbehalt für den Fall des Gegentheils, welcher noch nebenbei eine Sache freier Auslegung ist; der Gedanke einer Gebietsvergrößerung Frankreichs ist demnach für gewisse Fälle zur Sprache gebracht und vor Europa angekündigt. Das europäische Gleichgewicht ist der Status quo; eine Vergrößerung Preußens wirft den Status quo um, und auf welcher Seite Frankreich alsdann sein Aequivalent dafür suchen würde, weiß man. Der Fall, daß „die Gränzprovinzen durch frei ausgedrückte Wünsche ihre Annexion an Frankreich verlangten“, steht nicht umsonst in dem Programm, und die Festungen im preußischen Rheinlande sind fast so besatzungslos, wie das offene Land um sie herum. Es ist Alles von dort weggezogen worden für den Krieg gegen Oesterreich. Nun liegt klar vor Jedermanns Augen, was ein Sieg Preußens zu bedeuten hätte. Ein Sieg Preußens wäre die Aenderung des Status quo, der Eintritt des französischen Zugriffs, dem man bereits vorgearbeitet hat, die Vergrößerung Preußens und die Verkleinerung Deutschlands: wer nicht dagegen einsteht, der hilft dazu mit. Dies sagt ihm das Programm Frankreichs.

---

19. Juni 1866.

Die Zeitungen sind streng verpflichtet, Nichts über österreichische Truppenbewegungen irgend einer Art zu melden, und so wissen wir derzeit eigentlich nur, wo die Preußen einziehen. In einem Artikel,

der zur Beschwichtigung des Publikums bestimmt ist, weist die „Wiener Abendpost“ darauf hin, daß ja auch über die Stellung der sächsischen Truppen Nichts bekannt sey. Dieses Verfahren hat übrigens Etwas für sich. Man erinnert sich, daß in dem polnischen Kriege von 1831 die Warschauer Zeitungen einmal erwähnten, das russische Geschütz sey nicht so gefährlich als es aussehe, denn man wisse jetzt aus festgestellter Erfahrung, daß es immer zu hoch schieße. Die polnischen Blätter vergaßen dabei, daß man sie auch im russischen Lager las; der Erfolg blieb nicht aus: schon im nächsten Gefecht schossen die russischen Kanonen nicht mehr zu hoch.

In Italien schickt man sich an, den Anfang des Kriegs mit den herkömmlichen lärmenden Festlichkeiten und Demonstrationen zu feiern. Hier zuckt man die Achseln darüber. „Es ist ganz klug,“ sagt man, „daß sie auf eine Feier des Anfangs bedacht sind: am Schluß findet sich vielleicht Nichts vor, was sie feiern könnten.“

In Berlin scheint man bedenklich zu seyn über gewisse französische Andeutungen, welche auf die konfessionell gemischte Zusammensetzung des preußischen Staats als auf einen Mangel an Gleichartigkeit hinweisen; es ist Dies ein sehr unbequemer Wiederhall der Polemik offiziöser Blätter, die sich bekanntlich auch einmal auf die Erregung konfessionellen Haders verlegte. In Deutschland selbst blieb auch dieser Versuch, der Bismarck’schen Politik Sympathien zu erwerben, ohne Erfolg; wenn aber nun Frankreich sich darauf hin für eine herzustellende „Gleichartigkeit“ Preußens interessirt, so läßt die damit angedeutete Ausscheidung der katholischen Elemente möglicher Weise einen Verlust befürchten, für den sich schwer ein Aequivalent, geschweige denn ein Vergütungsüberschuß darböte. Gegen Oesterreich und Deutschland hat man sich in einen Krieg gestürzt, den man förmlich erzwang; an Italien hat man keinen Stützpunkt, wenn man sich mit Frankreich überwirft: so sehr ist es wahr, daß die Bismarck’schen Experimente Alles auf eine einzige Karte gesetzt haben.

Die Zeit des Kriegs ist die Aera der Telegramme; um so wichtiger ist es, diese Botschaften, nach denen sich der erste Eindruck zu bestimmen pflegt, nicht aus der Hand tendenziöser Fälschung zu empfangen. Nachdem die „Bayerische Zeitung“ dem Wagner’schen Korrespondenzbureau wieder einen Fall dieser Art nachgewiesen hat, schließt sich die „Wiener Abendpost“ in derben Ausdrücken an die ausgesprochene Rüge gegen die Wagner’sche und die Wolff’sche

[illegible] nennt, [illegible] Tagen[illegible] [illegible]. Es ist doch wahrlich gegen die Stimmung unserer Zeit, wenn man sich an einem so wichtigen Punkt [illegible] für die [illegible] Namen zu geben.

[illegible] Juni 1866.

Die öffentliche Ungeduld wird nicht mehr lange zu warten brauchen; es sprechen alle Zeichen dafür, daß eine Vorwärtsbewegung unmittelbar bevorsteht. Wie allgemein das Vertrauen auf den Erfolg ist, ersieht man unter Anderem aus den Kursen unserer Börse, welche eben jetzt, auf der Schwelle des Krieges, in die Höhe gehen, also gleichsam die Aussicht auf den Sieg [illegible]. Inzwischen benützen die Preußen ihre Zeit; gestern Mittag rückten sie in Pirna ein. Daß sie in Sachsen, wie von mehreren Punkten gemeldet wird, während ihres Vorrückens das sächsische Landeswappen an öffentlichen Gebäuden abrissen und dafür den preußischen Adler aufpflanzten, sollte wohl nur ein Beweis weiter seyn, wie wenig die Anstiftung dieses Krieges einer preußischen Vergrößerungssucht zugeschrieben werden kann. Wahrscheinlich gingen die stets anfangenden Sachsen damit um, durch einen Einfall nach Preußen ihrerseits den Rautenkranz an die Stelle des Adlers zu setzen, und so sah sich Preußen auch zu jener „Defensivmaßregel" durch „sächsische Rüstungen" genöthigt. Es ist vielleicht als ein Vortheil zu betrachten, daß die Zurückhaltung Oesterreichs und Deutschlands der preußischen Politik Zeit und Raum ließ, ihre ungereimten Vorwände durch ihren thatsächlichen Zugriff öffentlich selbst zu widerlegen: moralisch verlor Preußen in der öffentlichen Meinung damit zehnmal so viel, als es materiell gewann. Und der moralische Schaden bleibt und wirkt auf länger hinaus nach. Was Hannover betrifft, so hat der ungehinderte preußische Einmarsch klar bewiesen, daß für Preußen dort ebenfalls keine Gefahr vorlag. Allerdings liegt Hannover inmitten zwischen den zwei großen preußischen Staatshälften: allein da Hannover der weitaus schwächere Theil ist, so ist in Folge dieser geographischen Lage vielmehr Hannover von Preußen eingeklemmt, nicht aber Preußen von Hannover mit Auseinandersprengen bedroht.

21. Juni 1866.

Während die preußischen Märsche dem Telegraphen Arbeit verschaffen, gleicht der Mangel an öffentlichen Nachrichten über Das, was bei unsern Truppen in Böhmen und Mähren vorgeht, der schwülen Stille vor dem Ausbruch eines Gewitters. Benedek hält streng darauf, daß Nichts verlautet, und wenn unsere Zeitungen Etwas über Truppenmärsche und Bewegungen da- und dorthin wüßten, das bestehende Verbot der Veröffentlichung schlösse ihnen den Mund: allein ich glaube, sie haben Nichts zu verschweigen, denn sie wissen Nichts. Ein Berichterstatter, den ein hiesiges Blatt nach Olmütz sandte, schrieb von dort, es gehe im Hauptquartier bei weitem nicht so geräuschvoll zu, als er sich vorgestellt habe: wie viele und was für Truppen sich dort befanden, sah er natürlich vor sich, aber in dem Briefe, den er drucken ließ, stand kein Buchstabe darüber. Von da oder dort meldet man die Ankunft preußischer Deserteure oder die Ertappung eines preußischen Spions; auch an Gerüchten aller Art fehlt es nicht, nur blieb in der Regel bisher die Bestätigung dafür aus. Die gespannte Erwartung des Publikums tröstet sich damit, daß auf diese Art jedenfalls der Feind Nichts erfahre. (Trifft nicht immer ein!) Das öffentliche Zutrauen besitzt Benedek von dem italienischen Feldzuge von 1859 her; bei Solferino hatte er mit dem rechten Flügel gesiegt, und trieb die Piemontesen vor sich her, als er in Folge der Durchbrechung des österreichischen Zentrums den Befehl zum Rückzug erhielt. So wie seiner Zeit Radetzky, spricht er jeden Soldaten in seiner Nationalsprache an, und bedient sich einer körnigen militärischen Ausdrucksweise, von der sich das Lager Einzelbeispiele von Mund zu Mund weiter erzählt. An seiner Tafel kann man auch Wachtmeister und Feldwebel sehen, so gut als Offiziere: das Avanciren von unten herauf ist in der österreichischen Armee bekanntlich nichts Seltenes, und weil man Das weiß, tritt mancher junge Mann, der den Beruf dazu in sich fühlt, als gemeiner Soldat auf Beförderung ein. In dem ganzen Verhältniß der Untergebenen zu den Vorgesetzten hat die österreichische Armee überhaupt Etwas, was sie der französischen ähnlich macht, und was der preußischen abgeht. Wie Das auf das Selbstbewußtsein und den Geist eines Heeres einwirkt, bedarf nicht erst eines Kommentars. Wenn dem Feldzeugmeister nur auch strategisch die Nachbildung Radetzky's gelingt!

22. Juni 1866.

Italien hat den in seiner Kriegserklärung selbstbestimmten dreitägigen Termin nicht eingehalten: nach telegraphischer Meldung des Truppenkommando's in Trient erfolgte bereits gestern Vormittag ein Angriff italienischer Freischaaren auf eine österreichische Feldwache in Judikarien (Tyrol), also innerhalb deutschen Gebiets. Auch der preußischen Kriegserklärung, welche gestern Nachmittags durch einen Parlamentär in Oswiecim übergeben und von Krakau hieher telegraphirt wurde, gingen mehrfache Verletzungen der österreichischen Gränze voran. (Oswiecim, deutsch Auschwitz, ist jetzt Galizien zugetheilt, gehörte aber früher zu Schlesien, und deßhalb bilden die vordem schlesischen „Herzogthümer Auschwitz und Zator" einen Bestandtheil des deutschen Bundes.) Die italienische Kriegserklärung kommt wenigstens nicht auf die abgenützte Ausrede zurück, daß Italien nur zur Vertheidigung gerüstet habe: in der preußischen finden sich möglicher Weise derartige Redensarten nochmals.

---

23. Juni 1866.

Wenn ein konzentrisch geführter Gegenstoß erfolgt, wird man sich überzeugen, daß das Vordringen preußischer Streitkräfte in so verschiedenen und so weit auseinander gehenden Richtungen nur dem Anschein nach ein Triumph, in der Wirklichkeit aber eine schwächende Versplitterung war. Es scheint, daß nachgerade auch auf preußischer Seite, wiewohl etwas spät, eine Anschauung dieser Art zum Durchbruch gelangt ist; daher das Hin- und Herschieben großer Truppenmassen, welches aber einen heillosen Wirrwarr zur Folge haben kann, wenn gerade während der Verschiebungen ein kernhafter Angriff das unfertige Getriebe über den Haufen wirft. Benedek scheint so gerechnet zu haben: jedenfalls, wenn er nicht zu spät kommt, geht die beherrschende Initiative und der wählende Zugriff in Betreff des „Wo?" dann von ihm aus, nicht von dem Gegenpart. Mittlerweile nahm es sich freilich kurios aus, wenn man von preußischem Vordringen gegen Bodenbach, Ueberrumpelung des Oderberger Bahnhofs rc. las und über unsere Nordarmee auch nicht ein Sterbenswörtchen verlautete: allein Benedek verlangt strenge Zurückhaltung jeder öffentlichen Nachricht über Truppenstellungen und Märsche: daher die mehrfachen Fälle von Beschlagnahme hiesiger Blätter.

Wenn von Berlin aus gemeldet wird, man sehe nur noch wenige Uniformen in der Stadt, so hebt sich auch in dieser Beziehung ein Kontrast hervor: in Wien sieht man noch Uniformen genug, denn es liegen die Depots einer ziemlichen Anzahl von Regimentern hier. Man sieht Rekruten exerziren, es sind noch Korps von Freiwilligen in Bildung begriffen, es rückt noch Nachschub ein. — kurz, man hat im Kleinen den Ausdruck der großen Thatsache vor sich, daß Oesterreich sich nicht so schnell ausgibt, während Preußen bereits alle seine Einsätze gleichzeitig im Spiel hat.

24. Juni 1866.

Es liegt etwas Großartiges in der festen Zuversicht, womit man hier den kommenden Ereignissen entgegensieht. Während von zwei Seiten her der Krieg an die Thore pocht, bewilligt der Wiener Gemeinderath 14 Millionen, um die Hauptstadt mit herzuleitendem Quellwasser zu versorgen, und werden Eisenbahnkonzessionen nachgesucht und ertheilt, wie im tiefsten Frieden: für eine neue Bahn in Steyermark ist dieser Tage die Konzession erfolgt, und für die Linie Oderberg-Kaschau wird sie demnächst erwartet.

Das hiesige Korrespondenzbureau für telegraphische Nachrichten hat sich nunmehr von der Wolff'schen Anstalt in Berlin emanzipirt; die Verbindung mit derselben ist abgebrochen. Eine große Auswahl solcher Verbindungen hat man allerdings nicht vor sich. Und doch gilt eine telegraphische Korrespondenzanstalt, wenn in der rechten Weise geleitet, für ein sehr einträgliches Geschäft, so daß man sich wundern muß, daß der Unternehmungsgeist unserer Zeit noch nicht auf den Gedanken verfiel, hierin den wahren Bedürfnissen des Publikums entgegenzukommen. Zürich oder Basel z. B., auf neutralem Boden ungehindert in dem Streben nach objektiver Wahrheit, wären trefflich geeignete Punkte dafür.

25. Juni 1866.

Das eine Gute hat der Krieg, daß er die Verhältnisse klar macht; da er die Freundschaften auf die Probe stellt, so erfährt man thatsächlich, wie man in dieser Beziehung daran ist. Sehen wir rings um uns: wen hat denn Preußen so eigentlich zum Freunde?

In erster Linie, sollte man denken, Italien: denn die beiden haben sich ja einen gemeinschaftlichen Gegner erwählt. Ja, aber weiter geht die Sache auch nicht. Das liberale Italien schämt sich, mit Bismarck und der Kreuzzeitung zusammenzugehen: wenn wir nur Venetien bekämen, sagen die Italiener, wir hätten dann Nichts gegen eine preußische Niederlage. Man sieht, Das ist ein sehr wenig haltbarer Freundschaftskitt. Preußen ist den Italienern nur das Mittel zum Zweck: wenn ihr Zweck erreicht ist oder sich mit Preußen als nicht erreichbar erweist, so gilt ihnen Preußen Nichts mehr. In Frankreich kann man, je nachdem man es nimmt, ein Interesse haben, das die festen Formen der Dinge wieder einmal flüssig zu sehen wünscht, denn nur im flüssigen Zustande sind sie der Umgießung fähig: was sie flüssig macht, Das ist der Krieg, und wenn man ihn nicht selber zu führen braucht, um so besser: so spart man Mühe und Kosten. Für diese Anschauung ist Preußen ebenfalls nur ein Mittel zum Zweck. Verhilft der preußische Krieg den Italienern zum Besitze Venetiens: gut, Das kostet Frankreich Nichts, während es von Italien her Etwas eintragen kann: unterliegt aber Preußen: wieder gut, denn in diesem Fall ist ja doch Preußen offenbar selbst schuld daran, und um ein passendes Aequivalent für Venetien braucht man dann nicht mehr verlegen zu seyn. Ich glaube, Das ist es, was man freie Aktion nennt: sie erstreckt sich auch auf eine etwaige Rheinfrage. Frankreich ist „ohne Ehrgeiz“: seine Größe genügt ihm: wenn aber ein Gränzland durchaus die Annexion an Frankreich verlangen sollte, so würde man ihm eine freie Abstimmung nicht versagen. Insoweit Dies Preußen berührt, heißt es so viel, als daß ein preußischer Sieg von wegen der Störung des europäischen Gleichgewichts nach dieser Seite hin jedenfalls Etwas abzugeben hätte: eine preußische Niederlage aber ist für den französischen Standpunkt immerdar eine „Vergeltung für Waterloo.“ Auf die Freundschaft Frankreichs, däucht mir, dürfte Preußen keine Häuser bauen. In England hatte man seither öffentliche Sympathien für Dänemark und für Italien: die für Dänemark sind natürlich keine Empfehlung für Preußen, und was die für Italien anbelangt, so hat dessen Bündniß mit Preußen ihnen sichtlich Abbruch gethan: nebstdem hat die Frage eventueller Gebietsveränderungen westlich vom Rhein, sey es auch nur um Belgiens willen, eine ganz andere Physiognomie für England, als für Frankreich. In England findet

Preußen derzeit keinen Stützpunkt. Rußland ist ihm oftmals und in schwierigen Lagen ein solcher gewesen: auch nach dieser Seite hat die Bismarck'sche Politik Preußen isolirt. Rußland kann nicht wünschen, daß Frankreich nach Belieben von Zeit zu Zeit einen Krieg aus dem Nichts hervorrufe, um dieser oder jener selbstsüchtigen Absicht offenen Spielraum zu verschaffen; Dies wäre eine Diktatur über Europa. So findet sich Preußen, nachdem es ihm gefallen hat, Deutschland zu seinem Feinde zu machen, isolirt nach allen Seiten, mit der alleinigen Ausnahme Italiens, welches ihm territorial fern liegt, und dessen Beistand schon deßhalb von zweifelhaftem Werth, dessen Freundschaft überhaupt von höchst unsicherer Dauer ist, wie es denn bei einer Allianz zwischen der Kreuzzeitung und Garibaldi nicht anders seyn kann. Einige wenige deutsche Länder zwar, geringen Umfangs, sieht man im Gefolge Preußens, aber sicherlich gehen sie nicht von der Absicht aus, Raubstaaten zu werden, wie man sie einmal ironisch nannte: sie befinden sich eben im preußischen Machtbereich und ergeben sich in ihr Schicksal.

26. Juni 1866.

Die Aussicht auf ein deutsches Parlament und die Wiederaufrichtung des deutschen Banners am Sitze des Bundestags wird auch von Ungarn aus freudig begrüßt. In diesem Sinne schreibt z. B. das Hetilap: „Das Ergebniß des gegenwärtigen Krieges kann kein anderes seyn, als daß der Bund, welcher die verschiedenen Theile Deutschlands zusammenhält, befestigt und das Verhältniß Oesterreichs zu Deutschland ein engeres wird." Und eben dazu gratulirt das Hetilap den Ungarn, während es zugleich erklärt, daß Oesterreich niemals in einer größeren und gerechteren Sache zu den Waffen griff. In Ungarn geht man nämlich von dem Gesichtspunkt aus, daß ein engeres Verhältniß Oesterreichs zu Deutschland unmittelbar die Folge habe, jeden Zwang für ein österreichisches Einheitsparlament fortan von Ungarn ferne zu halten, so wie auf der andern Seite auch vielen Deutschen in Oesterreich der Gedanke einleuchtet, daß ein österreichisches Einheitsparlament, wenn überhaupt ausführbar, in seiner Fortentwicklung nothwendig Oesterreich von Deutschland entfernen und in Oesterreich selbst die Deutschen unter eine Majorisirung durch andere Nationalitäten setzen würde.

Darum sehen die Ungarn Alles gerne, was Oesterreich näher mit Deutschland verbindet. Schon 1848 suchten sie deßhalb Anknüpfungspunkte bei dem Parlament in Frankfurt, und es war bloßer Zufall, daß sie damals an eine Partei geriethen, aus welcher später eine preußische wurde. Sympathien nach dieser Seite hin hatten die Ungarn nicht: noch während des ungarischen Krieges sprachen sie vielmehr häufig das Bedauern aus, nicht an der Seite der Oesterreicher gegen Preußen in den Kampf gehen zu können. Urtheile man hienach, wie sehr jede Voraussetzung in der Luft steht, die sich in Preußen oder Italien mit ungarischen Ueberläufern schmeichelt.

Noch immer klingt in allen Schichten der Gesellschaft der Enthusiasmus nach, welchen die Siegesnachricht aus Italien hervorrief und von der auch die Haltung der Börse Zeugniß gibt. Mit höchst dankbarem Erfolg extemporirte im Theater an der Wien ein Schauspieler, der in der „Prinzessin Hirschkuh" die Rolle des „Königs der Gemüse" gibt. Als solcher las er auf der Bühne eine Zeitung: gefragt: „nun, was steht Neues darin?" antwortete er: „Die Orangen sind gezwiebelt worden."

Einer nicht minder entschiedenen Siegesbotschaft sieht man nun hoffnungsvoll von der Nordarmee entgegen. Einstweilen legt sich in den Vorpostengefechten eine entschiedene Ueberlegenheit der österreichischen Kavallerie an den Tag: stets bringt sie Gefangene mit sich zurück. Aus einem Treffen bei Reichenberg schleppte ein Husar einen preußischen Infanteristen mit in die Stadt herein: „schlecht schießen, Preuß'", sagte er zu ihm vor den versammelten Volksgruppen, indem er das ihm abgenommene Zündnadelgewehr emporhielt.

—

29. Juni 1866.

Es ist erstaunlich, wie geschwind ein faktischer Erfolg zu einem besseren Verständniß hilft. Seit der Schlacht bei Custozza erinnern sich auch sonstige Freunde Italiens wieder, daß für Oesterreich Venetien keine Annexion im Style der neueren Zeit, sondern ein Eintausch für die österreichischen Niederlande war, und daß es in seiner ganzen Vergangenheit niemals zu Italien gehörte, sondern sich stets gesondert hielt. Der Doge von Venedig würde sich niemals dem Hause Savoyen unterworfen haben; es kann also nicht wohl etwas Himmelschreiendes seyn, wenn Oesterreich unterläßt, was der vene-

tianische Staat selbst unterlassen haben würde. Bei dieser Gelegenheit frischt sich auch wieder das Gedächtniß auf, wie sich die Tyroler 1805 und 1809 geschlagen haben, frühere Fälle ungerechnet, und es ist ein französisches Blatt, welches Garibaldi aufmerksam macht, durch Tyrol marschire man nicht so beliebig blos durch. Es ist auch ganz unnöthig, darüber zu streiten, wer bei Custozza gesiegt habe: die Italiener wissen sehr wohl, daß sie geschlagen worden sind, und ihre Freunde wissen es auch. Eine Thatsache wiegt schwerer, als die beste Deduktion; eine Thatsache spricht wirksamer, als der beredteste Mund. Vor dem Ausbruche des Bürgerkrieges hieß es, in Leipzig habe Preußen gewisse Sympathien für sich; da setzt man ihnen eine preußische Okkupation als Thatsache hin, und im Nu sind die Sympathien weg: „Das haben wir nicht gewollt", ist der Spruch, der auch von anderswoher erklingt. In einem süddeutschen Lande schien Preußen einen bedeutenden Anhang zu haben; da zogen die Thatsachen eine preußische Maske ab, und siehe da, die Kammer der Abgeordneten stimmte einhellig für Mobilisirung. Eine andere Kammer hatte, wenn auch nur mit wenigen Stimmen Majorität, die Mobilisirungskosten abgelehnt; allein das Volk war entschieden anderer Ansicht, seiner drängenden Stimme gegenüber war der Satz, daß die Kammer den Volkswillen vertrete, keine Thatsache mehr, und so kam man von jenem ersten Beschlusse zurück, um nunmehr das Gegentheil zu beschließen. In Hannover wird man sich jetzt beinahe wundern, wie es denn kam, daß aus diesem Lande der Präsident des undeutschen Nationalvereins hervor ging. Wenn er in seiner Heimath wirklich politischen Einfluß besaß, so hat ihn die preußische Okkupation kopfüber aus dem Sattel geworfen; denn daß mitten durch diese Okkupation hindurch die hannoverschen Urlauber, zu spät einberufen, trotzdem den Weg nach Göttingen zu ihrer Armee fanden, durch Wald und Haide, auf Seitenpfaden, mit Schmugglerlist, unter Gefahren aller Art, Das ist eine Thatsache, die weit über jede Art von Abstimmung hinausreicht. Keine Konferenz der Welt, auch im Fall eines redlichen Willens, hätte Dies Alles zu eruiren vermocht; es konnten auch andere Leute im Zweifel schweben, wo die wahre öffentliche Meinung sei. Jetzt sind alle Zweifel faktisch gelöst: wir haben die Thatsachen vor uns, wir wissen, was das deutsche Volk will, und wir sehen auch, daß dieser Wille eine Faust hat. Bis zum Verschwinden

2. Juli 1866.

Der Armeebefehl des Prinzen Friedrich Karl aus Görlitz, der dem Einrücken nach Böhmen gegen das „treulose und bundesbrüchige Oesterreich" voranging, bringt ganz neue Aufschlüsse. „Unser Anfang sey mit Gott!" Bisher sah die Welt nur, daß man den Anfang mit der Täuschung machte, als ob Preußen durch Hannover, Sachsen, und Würtemberg, so wie durch die den preußischen Rüstungen nachgefolgten Vorsichtsmaßregeln Oesterreichs bedroht sey; nebenbei leitete sich das eine Zeit lang abgeleugnete Einverständniß mit Viktor Emanuel und der Herzensbund der Berliner Kreuzzeitung mit dem grundkonservativen Garibaldi ein; wenn noch Jemand weiter dahinter stand, so führte man es auch bei Diesem nicht auf eine Grundlage frommer Inbrunst zurück. Also Dies Alles ein Irrthum: keine irdische Anstiftung, sondern Nichts als die reine Ergebung in den Willen Gottes!

Auch die Wiener Witze tragen die Kriegsfärbung; nachstehend einige der neuesten, welche die herrschende Stimmung kennzeichnen. Der erste liefert ein Zwiegespräch. „Weißt auch, Poldl, warum die Italiener die Schlacht bei Custozza verloren haben?" „„Na, warum?"" „Weil's blaue Hosen anhaben." „„Unsinn!"" „Kein Unsinn, denn ohne Rothhosen können's keine Schlacht gewinnen." Dieser Witz soll aus dem Regiment Hoch- und Deutschmeister stammen, welches aus Wienern besteht. Ein anderer ist mehr von gelehrter Natur. „Si vis pacem, sagt ein alter Spruch, para bellum. Nun erklärt Napoleon, daß er nicht zum Krieg rüste, also will er auch den Frieden nicht." Ein dritter spricht von der außerordentlichen Liebe Preußens für Alles, was deutsch ist. „Aber schauen's nur, wie's mit den Sachsen, Hannoveranern, und Kurhessen umgeht." „„Ja, Die hat's eben zum Fressen lieb."" Wie hieraus zu ersehen, trägt die öffentliche Stimmung den Kopf so aufrecht, als jemals. Vielleicht niemals vorher hat Oesterreich eine so gewaltige Kraft entfaltet, als in dem gegenwärtigen Kriege. Gegen Italien steht die Südarmee, welche bereits eine Schlacht gewonnen hat, und sowohl in Tyrol als in den weitgestreckten Küstenlanden sind überall die erforderlichen Streitkräfte zur Verfügung; daneben haben alle Festungen, im Süden wie im Norden, ihre Kriegsbesatzung, was schon eine sehr bedeutende Mannschaft in Anspruch nimmt, und in Böhmen, während gleichzeitig auch die andern nördlichen Gränzländer mit

Truppen besetzt sind, hält die Nordarmee unter Benedek die Hauptkraft des preußischen Heeres im Schach; — bis jetzt noch ohne eine Diversion von Süddeutschland her.

Bekanntlich hält im österreichischen Italien der Bauernstand, scharf abstechend von den „Signori“ der Städte, fest und getreu zu Oesterreich: ein eklatantes Beispiel davon hat so eben ein italienischer Urlauber geliefert. Derselbe stand in Arbeit zu Palermo, hörte zufällig von einem bevorstehenden Krieg, verließ auf der Stelle Sizilien, kehrte heim, fand sein Regiment bereits abmarschirt, und ist nun auf dem Wege zur Nordarmee, bei der sich dasselbe befindet, dieser Tage hier durchgekommen. Es gibt eine massenhafte Volksschicht, die keine Zeitung liest, durch die Zeitungspresse also nicht beeinflußt wird, und in derselben auch gänzlich unvertreten ist: wenn man auf die Gesinnungen und Stimmungen dieser Masse aus der jeweiligen Sprache der Zeitungen schließt, geht man irre.

3. Juli 1866.

Die Berliner Kreuzzeitung hat ein bedeutsames Wort gesprochen: es gibt „auch in Preußen Oesterreicher“, und zwar in großer Anzahl. Als einen bittern Vorwurf spricht sie Das aus, und um so sicherer ist die Wahrheit der Thatsache; der Drang, es zu rügen, überwog das Interesse, es geheim zu halten. Von dem Standpunkte der Kreuzzeitung aus ist nämlich Opposition gegen die Bismarck'sche Politik ein Verrath an Preußen: in der Wirklichkeit aber ist diese Opposition nur der Ausdruck der Weigerung, zu einem Verrath an Deutschland mitzuhelfen, und die „preußischen Oesterreicher“ sind eben gute Deutsche. Ja, auch in Preußen gibt es noch solche, zahlreich genug, wie man aus dem Vorwurf der Kreuzzeitung ersieht, und es war eine Zeit, wo man auch in Berlin Solches keineswegs für einen Uebelstand ansah: im Jahr 1813 appellirte man an die Gesinnung der deutschen Nation, und Preußen würde nicht weit gekommen seyn, wenn es sich damals als einen feindseligen Gegensatz Deutschlands proklamirt hätte. „Oesterreich muß zu Grunde gehen“, ist der Kehrreim eines Bismarck'schen Liedes, das man die preußischen Soldaten singen läßt; 1813 sangen sie nicht so. Da ließ Schenkendorf seinen sterbenden Scharnhorst sagen: „Will mit Blut um Oestreich werben.“ Auch jetzt ist Das nicht die vox populi, sondern

eine künstlich gemachte Stimmung; es mag Pflicht geholfen haben, oder Bismarck weiß seine Leute zu bearbeiten. Die Presse hat er in der Hand, und versteht sich auf deren Gebrauch; den Soldaten trägt man täglich durch ihre Befehlshaber mündlich Tendenzartikel vor.

---

4. Juli 1866.

Eine Hauptschlacht verloren bei Königgrätz! Bis gegen 2 Uhr Mittags ließ es sich zu einem österreichischen Sieg an; nachher wendete sich das Blatt. Benedek sah sich umgangen, im Rücken gefaßt, und die Nordarmee ist jetzt in vollem Rückzuge begriffen. Wie tief eigentlich der erlittene Schaden geht, darüber schweigt die offizielle Kunde; wird aber dafür von der Fama überholt: Unglücksbotschaften, wie man weiß, haben gleichsam Flügel. Das preußische Zündnadelgewehr, scheint es, hat in Böhmen dieselbe Rolle gespielt, wie in Italien 1859 das gezogene Geschütz der Franzosen; so wie 1859 mit den alten Schlüsselbüchsen, so fand man sich jetzt mit dem alten Schießprügel einer weit überlegenen Waffe gegenüber. Seit dem italienischen Feldzuge hielt man in der österreichischen Armee hauptsächlich auf die Sturmkolonne und den Bajonettangriff. Gegen eine Feuerlinie nun, die im Nothfall auch etwas zurückwich, stets aber einen Kugelregen ausströmte, erwies sich dieses System als machtlos; selbst ein gelungener Sturm ließ die Sieger nur als eine Handvoll Leute zurück. Dessenungeachtet rang die tapfere Armee mannhaft um den schweren Sieg. Dem Feldzeugmeister Benedek und seinem Generalstab wirft man eine Reihe von Fehlern vor: nachdem er seine Streitkräfte strategisch konzentrirt hatte, sagt man, zersplitterte er sie wieder taktisch und brachte sie auf jedem einzelnen Schlachtfeld in die Minderzahl. Ueber den Wendepunkt bei Königgrätz liegt der Kritik noch kein genügendes Material vor. Es ist ein schwerer Schlag, der uns getroffen hat, aber aus ist der Feldzug damit noch nicht. Oesterreich hat noch mehr Kräfte. Gegen Napoleon I. setzte es zweimal den Kampf fort, selbst als bereits Wien verloren war. Bei unsern Verbündeten jedoch, fürchte ich, wird uns diese Hiobspost um das Vertrauen bringen.

5. Juli 1866.

Der deutsche Charakter ist nicht von der Art, daß er nach einem Unfall zurückweicht; seine Willenskraft wird nur zäher dadurch. Das haben wir schon oft bewährt; selbst unsere Feinde lassen uns darin Gerechtigkeit widerfahren; bewähren wir es auch jetzt! Mit Beschönigungen ist so wenig gethan, als mit gegenseitigen Vorwürfen. Was versäumt wurde, das ist versäumt. Noch bis vor kurzem hat man uns gesagt, das Zündnadelgewehr habe weiter keine besondern Vorzüge; jetzt hören wir von Frankreich herüber den Ausspruch, nur das Zündnadelgewehr habe den Preußen die Erfolge in Böhmen verschafft. Wenn Das wahr ist — und es sieht Alles danach aus — so brauchen wir nicht auf eine zweite Probe zu warten, d. h. bis es zu spät wäre: die Kraft des Mannes darf nicht erliegen vor der Kraft einer Maschine. Mann gegen Mann und Kraft gegen Kraft gleichauf! Jedoch auch mit der Bewaffnung ist noch nicht Alles gethan: wir bedürfen des vollsten Aufschwungs der Volksgesinnung; wir bedürfen der Mittel und des Geistes von 1813. Für die bloße „Bundestreue" setzt das deutsche Volk nicht das Aeußerste ein; man will mehr als die Erhaltung des Alten; man will ein anderes und ein festeres Deutschland. Aber die Mittel zum Zweck muß man wollen, Das versteht sich. Wer sie hat und nicht gebraucht, der erklärt sich thatsächlich eines politischen Berufs unfähig.

6. Juli 1866.

Es stellt sich heraus, daß der Schaden nicht so arg ist, als man in der ersten Ueberraschung geglaubt hatte. Die Nordarmee hat große Verluste erlitten, aber der Feind nicht minder; die Preußen waren so geschwächt und erschöpft, daß kein Nachdrängen stattfand. Was die Stimmung unserer Truppen betrifft, so ist sie eher gereizt, als niedergebeugt, und Das ist die Hauptsache. Bekanntlich ist es es nicht der materielle Verlust, der ein Unterliegen auf dem Schlachtfelde so folgenreich macht, sondern der moralische, die Herabstimmung des Geistes einer Armee; wo dieser letztere ungebrochen ist, da kann jederzeit wieder ein Umschlag eintreten, wie z. B. 1815 bei den Preußen in der kurzen Frist zwischen Ligny und Waterloo. Auf die Schlacht bei Jena folgte allerdings keiner, weil das preußische Heer demoralisirt war; dagegen hat im siebenjährigen Kriege Friedrich

der Große bei Kolin 1757, bei Hochkirch 1758, und bei Kunersdorf 1759 eben so starke oder noch stärkere Niederlagen erlitten, als nun Oesterreich bei Königgrätz, und sie entschieden Nichts für das Schlußergebniß des Kriegs. Benedek freilich hat das Vertrauen, das man so überschwänglich in ihn setzte, vollkommen eingebüßt. Es war eigentlich die öffentliche Meinung, der man bei seiner Ernennung folgte, und diesmal ist es die Stimme des Volkes, die sich in dem Mann ihres Vertrauens täuschte. Die Nordarmee bezieht nunmehr das verschanzte Lager von Olmütz, eine Stellung, die der Feind weder einschließen noch unbeachtet bei Seite liegen lassen kann. Dorthin gehen auch die Verstärkungen ab, welche die eingerissenen Lücken wieder auszufüllen bestimmt sind. Hier in der Hauptstadt sollen die Wiener Freiwilligen auf eine höhere Ziffer gebracht werden; binnen drei Tagen, und zwar nach der verlorenen Schlacht, war das erste Bataillon beisammen. Von welcher Art die Stimmung der Armee ist, sieht man unter Anderm aus den Aeußerungen der hier angekommenen Verwundeten: sie beklagen nur, daß sie nicht gleich wieder kampffähig sind. Ein Husar, der einen Streifschuß an der Stirne, einen Prellschuß im Nacken, eine Stichwunde im Oberarm, und einen Schuß im Schenkel hatte, fragte den verbindenden Arzt vor Allem, ob er in acht Tagen so weit hergestellt seyn werde, um wieder „in's Böhmen" hineinzugehen. Wie sehr der Feind erschöpft seyn muß, erhellt beispielsweise daraus, daß eine in Pardubitz aufgestellt gewesene österreichische Munitionskolonne ganz unbehelligt ihren Rückzug antrat und der Armee nachfolgte. Feldmarschall Heß und Graf Degenfeld sollen die Nordarmee neu formiren. Gablenz, den ein verbreitetes Gerücht todt sagte, ist unversehrt; Generalmajor Edelsheim, heißt es, sey verwundet. Einstimmig wird die bewiesene Tapferkeit der Sachsen gerühmt. Der Verlust der Preußen soll um ein Dritttheil größer seyn, als der unsrige.

---

7. Juli 1866.

Es gibt Zeiten, wo die Wirkung der Presse wahrhaft unschätzbar wird: der Ausdruck der öffentlichen Stimmung in ihr ist nämlich auch für den Feind ein Zeugniß, dem er Glauben beimißt, und so dehnt sie in einer Krisis, wie die jetzige, ihren Einfluß selbst bis auf feindliche Mächte aus. Schlage man unsere Blätter auf: man

findet nirgends Entmuthigung, überall Willenskraft, patriotisches Feuer, Opferbereitschaft, Mahnung zur Ausdauer. Der Geist der Armee spricht sich in dem Ruf aus: „nicht loslassen!“ Also Zuversicht auf den nächsten Wurf. „Wenn wir Zündnadeln gehabt hätten!“ — war der oft wiederholte Ausruf der hier ankommenden Verwundeten.

Der „Neuen freien Presse“ schreibt ein Ungar aus Pesth über das tiefe Rachegefühl, welches die Hiobsbotschaft von Königgrätz hervorrief: „Man rufe das Volk zu den Waffen, das Volk wird sich und seinen Monarchen retten; um speziell bei meinem engeren Vaterlande, bei Ungarn, zu bleiben, kenne ich dessen Verhältnisse, dessen Stimmung viel zu genau, um nicht zu wissen, daß ein einziges großherziges Wort des Königs hinreichen wird, um 100,000 Mann binnen Monatsfrist auf die Beine zu bringen.“

Hier in Wien hätte es bei den beiden Werbestationen für die Wiener Freiwilligen beinahe einen Tumult abgesetzt, weil man die Werbung schließen wollte, während noch gegen 4000 Aspiranten wartend vor den Gemeindehäusern standen; die Anzahl der Bataillone wird nun auf zehn erhöht. Die steierischen Alpenjäger, welche früher nach dem Süden bestimmt waren, gehen nun zu der Nordarmee ab; eine Abtheilung befindet sich bereits hier auf dem Durchmarsch.

Es sind bedeutsame Worte, die der „Kamerad“ heute an die Spitze seines Blattes stellt, indem er sagt: „Als ein ehrliches, nach allen Seiten unabhängiges Organ der Armee, das zu seyn wir uns zu unserer stolzen Aufgabe gemacht, halten wir uns verpflichtet, die Stimmen zur Oeffentlichkeit zu bringen, die aus der Nordarmee von allen Truppentheilen zu uns herdringen, von Verwundeten, wie von Jenen, die das feindliche Geschoß in den verhängnißvollen acht Gefechtstagen verschonte. Alle diese Stimmen vereinigen sich in dem einen Rufe: Nur keinen Frieden!“

8. Juli 1866.

Es gibt ein schwäbisches Sprichwort, man solle „zum Schmied gehen, nicht zum Schmiedle“; nach dieser Lehre hat Oesterreich gehandelt, als es sich an Napoleon wandte, nicht an Viktor Emanuel. Die Sache war eingeleitet, bevor die Schlacht bei Königgrätz erfolgte. Wenn nun von andern Seiten getadelt wird, daß man Venetien

13. Juli 1866.

Während in Wien Unruhe genug ist — es ziehen Flüchtlinge ab, während aus der Provinz Flüchtlinge ankommen — geht doch gerade aus dem Flüchten und Wegbringen hervor, daß man nicht an einen unmittelbaren Friedensschluß denkt. In dem letzteren Fall könnte man die Sachen getrost hier lassen, da ein Friedensschluß mit Preußen doch jedenfalls nicht die Abtretung von Wien in sich begreifen wird. Es geht aber weiter daraus hervor, daß man selbst eine preußische Okkupation Wiens, wenn sie möglich wäre, noch nicht für einen endgiltigen Zwang zum Frieden anzusehen geneigt ist; sonst hätte die eventuell vorbereitete Uebertragung auf einen andern Mittelpunkt keinen Sinn. Wien kann möglicher Weise als bedroht erscheinen, aber so nahe ist die Gefahr nicht. Schon ist ein Theil der Südarmee hier eingetroffen; in kürzester Frist werden die Sieger von Custozza für den nördlichen Kriegsschauplatz in Bereitschaft seyn. Die Nordarmee bei Olmütz ist gegen 200,000 Mann stark; in und bei Wien stehen bedeutende Streitkräfte; auch in Ungarn sind noch verfügbare Truppen, ungerechnet daß ein ungarischer Enthusiasmus eine ganze Armee waffenfertig, wie aus dem Boden hervorgewachsen, zu stellen vermag. Die preußische Armee ihrerseits schwächt sich natürlich in demselben Maße, in welchem sie weiter vorrückt, denn sie muß überall Truppen zurücklassen, um sich den Rückzug offen zu halten. Je weiter sie sich von ihrer Operationsbasis entfernt, um so größer wird dieser Uebelstand. Daß Preußen die Bevölkerung gegen sich hat, ist auch in Deutschland die moralische Schwäche seiner bisherigen materiellen Erfolge; mit dem ersten Wechsel des Kriegsglücks wird sich Dies geltend machen. Ein voreiliger Friedensschluß würde ihm diese Erfahrung ersparen, und Das ist unser Interesse nicht. Jetzt gilt es das Aufgebot aller Kräfte. So spricht auch die hiesige Zeitungspresse einhellig, und wie die Armee gestimmt ist, ersieht man aus der Militärzeitung „der Kamerad;“ die heutige Nummer verlangt Kampf „bis auf den letzten Blutstropfen“.

14. Juli 1866.

Die Proklamation aus Pardubitz, die den Böhmen und Mährern eine Verwirklichung ihrer „nationalen Wünsche“, und zwar „gleich den Ungarn“, in Aussicht stellt, ist bezeichnend für die letzten

Zwecke der preußischen Politik, streut aber ihre Aussaat auf einen unfruchtbaren Boden. Indem sie den Tschechen mit einer Bevorzugung schmeichelt, verletzt sie die Deutsch-Böhmen, d. h. zwei Fünftheile der Bevölkerung; die Tschechen ihrerseits wollen jedoch eben so wenig Etwas von den Preußen wissen, und sie haben guten Grund dazu, wenn sie in preußischen Blättern lesen, daß Preußen im Friedensschlusse mindestens die Abtretung des gesammten rechten Elbufers in Böhmen für sich ausbedingen müsse. Da käme das Idol der Tschechen, die „Krone des heiligen Wenzel", schlecht weg! Vollends ganz ungefährlich ist die Versicherung, daß Preußen nicht aus Eroberungssucht, sondern nur gezwungen diesen Krieg führe; so urtheilslos ist man in Böhmen nicht, daß man sich das Gegentheil von Dem aufheften ließe, was man mit seinen leiblichen Augen entstehen und heranwachsen sah. Auch zu den Herzen der Ungarn wird die preußische Politik schwerlich einen Weg finden, trotzdem daß Klapka in Berlin ist; die Erfahrung hat längst gelehrt, wie leicht Flüchtlinge aller Nationen in einem vieljährigen Exil den Stimmungen ihres Landes nach und nach entfremdet werden, weil sie noch Alles so voraussetzen, wie es zu ihrer Zeit war, und also stehen bleiben, während die Zeit weiter schreitet. Die Stimmung in Ungarn ist antipreußisch, und über den Zauber des rechten Wortes daselbst gebietet der König von Ungarn, nicht der von Preußen, welcher nach ungarischen Begriffen eben „Swab" ist. (Für den Vollblut-Ungar ungefähr Das, was der deutsche Student, sich gegenüber, als „Philister" bezeichnet.) Inzwischen rücken die Preußen gegen Wien heran, und es sieht ganz danach aus, als ob das Marchfeld nochmals einen Kampfplatz darbieten sollte, wie einst für die Schlacht von Aspern. Andere Stimmen erklären es für unwahrscheinlich, daß Preußen es auf Wien abgesehen habe, weil eine Schlacht vor Wien, mit Olmütz und den drei böhmischen Festungen im Rücken, ein zu gewagtes Spiel sey. Indeß, Wagen gewinnt — Wagen verliert. Wer weiß?

15. Juli 1866.

Das Urtheil der Menge läuft mit dem Erfolg. Der Nimbus der Bismarck'schen Politik ist in demselben Verhältniß gewachsen, in welchem das preußische Waffenglück zunahm; sogenannte Freiheits-

männer schwören jetzt zur Fahne des bisher verabscheuten Junkerthums, und von den passiven Zuschauern lassen sich manche nunmehr schon fast unterthänig an. Oesterreich hat gegen einen Doppelfeind gekämpft, mit Energie gekämpft: nach der einen Seite hin siegreich, hat es auf der andern eine Niederlage erlitten. Allein die Endentscheidung war Das noch nicht: diese naht erst heran. Die Launenhaftigkeit des Glücks ist sprichwörtlich, und das Kriegsglück macht am allerwenigsten eine Ausnahme davon. Es ist selten, daß eine einzige Schlacht über das Schicksal eines ganzen Kriegs entscheidet; oft genug sind auf anfängliche Niederlagen glänzende Siege gefolgt; erst der Friedensschluß stellt ein definitives Ergebniß heraus. In einem weiteren Sinn ist auch selbst Dieses wieder provisorisch, weil auch ein einziger Krieg noch nicht die allerletzte Entscheidung bringt.

Napoleon I. war der glücklichste Feldherr des Jahrhunderts, zog in die meisten Hauptstädte Europa's als Sieger ein, und dennoch starb er nicht als Kaiser der Franzosen, sondern als Gefangener auf St. Helena. Es gibt eben Schwierigkeiten, die auch der entschiedenste Sieg nicht überwindet, und selbst der Friedensschluß, obwohl das Selbstzugeständniß des Unterlegenen, schafft keine haltbare Zukunft, wenn er auf einer unnatürlichen Grundlage beruht. So verhielt es sich mit den Schöpfungen Napoleons I.; so verhält es sich jetzt mit den Errungenschaften, die möglicher Weise Preußen erlangt. Auch das Zündnadelgewehr ist nicht im Stande, die Gesetze der Logik zu vernichten. Wenn Preußen nicht das gesammte Deutschland zu erobern vermag, sondern, wie schon die beabsichtigte Ausschließung Oesterreichs beweist, nur auf ein Großpreußenthum ausgeht, so ist ein Sieg Preußens nichts Anderes als die Zerreißung Deutschlands, also widernational, und diese Eigenschaft schließt den Charakter moralischer Unhaltbarkeit in sich, so lang es noch irgend eine deutsche Gesinnung gibt. Auch von 1806 bis 1813 gab es nach äußerlicher Form kein Deutschland mehr; dessenungeachtet ist es triumphirend wieder auferstanden. Ohne die Zustimmung der deutschen Nation sind alle Bestrebungen Preußens auf Sand gebaut.

Neben der Frage nach der Zustimmung Deutschlands kommt die nach der Genehmigung Europa's erst im zweiten Rang; die deutsche Gesammtheit hätte es nicht nöthig, sich bei einer be-

liebigen Reform des Bundes um die Meinung des Auslands zu kümmern. Bei dem geeinigten Vorgehen gegen Dänemark war der gute Wille der nichtdeutschen Mächte entbehrlich. Dem blosen Großpreußenthum ist er es nicht. Es ist klar, daß das nicht mehr mit Deutschland vereinigte Preußen sich für die Vergrößerung, der es vermittelst dieses Bürgerkriegs nachstrebt, zunächst mit dem benachbarten Frankreich abfinden muß, und es scheint sogar, daß hierüber bereits eine Art von Einvernehmen besteht, d. h. daß wenigstens Graf Bismarck sich mit Napoleon vorläufig verständigt hat. Hier sind nun zweierlei Fälle möglich. Wenn die Verständigung nach dem früher gegebenen Beispiel Italiens aufgefaßt ist, so geht sie, wie dort durch die Aufopferung italienischer, so hier durch die Preisgebung deutscher Gebietstheile, d. h. auf Kosten Deutschlands vor sich (ethnographisch gehört auch der flämische, d. h. niederdeutsche Theil Belgiens zu Deutschland), und in Folge Dessen tritt Preußen in den Rang ein, den die öffentliche Achtung dem Königreich Viktor Emanuels zuerkennt. Sollte aber Graf Bismarck auf eine Ueberlistung Napoleons ausgegangen seyn, und in Anlehnung daran auch Viktor Emanuel aus dem bisherigen Gängelband herausstreben, so wäre damit ein Pariser Nimbus in Gefahr, und zwar in der Art, daß er schon aus Rücksicht auf innere Zustände das Alleräußerste aufbieten müßte, um Beide vor den Augen aller Welt als seine bisherigen Schachfiguren zu demaskiren. Der europäische Friede wäre Das nicht, sondern eine gründliche Verstörung der ganzen Zukunft auf lange hinaus.

Die großen Börsenplätze haben von Anfang an richtig gesehen: nur der Sieg Oesterreichs bringt einen dauerhaften Frieden. Noch ist er erringbar. Wenn Preußen nochmals über Oesterreich siegt, so gleiten die Geschicke Deutschlands eine schiefgeneigte Fläche hinab, die in einem Abgrund endigt. Oesterreich wird dann aus Deutschland hinausgedrängt, wie es Preußens erklärte Absicht ist, und in der Folgezeit werden Manche, die in politischem Unverstand oder in politischer Leidenschaft gegen Oesterreich schreien und intrikiren halfen, bitterlich zu beklagen haben, daß es nicht mehr seinen Platz in Deutschland ausfüllt. Siegt aber Oesterreich, so ist auch für Deutschland noch Nichts verloren. Der Beifall Jener, die mit dem Erfolg laufen, findet sich dann schon von selbst wieder ein.

16. Juli 1866.

Von den zahllosen Gerüchten, die täglich in Umlauf kommen und zum Theil ihren Weg auch in Zeitungen oder Telegramme finden, ist in der Regel die Hälfte unwahr; so war die als zuverlässig verbreitete Nachricht, daß Lundenburg, d. h. der von Brünn aus bedrohte Knotenpunkt der von hier nach Olmütz führenden Eisenbahn, bereits von den Preußen besetzt sey, rein erfunden. Zu derselben Zeit kamen regelmäßig Bahnzüge mit Truppen von Olmütz an. Das aber ist gewiß, daß die Preußen auf Wien marschiren: sie stoßen jedoch dabei auf ein Hinderniß, das aus einer Armee von nahezu 300,000 Mann besteht. Der Brückenkopf von Floridsdorf und das verschanzte Lager, das sich von Floridsdorf bis zum Bisamberg erstreckt, decken Wien; man vermuthet, daß der Feind eine Umgehung durch Uebergänge oberhalb Wiens, etwa bei Krems, oder vielleicht auch unterhalb, etwa bei Hainburg, versuchen wird. Indeß wird man ihm schwerlich die Zeit dazu lassen; es ist Alles gerüstet zu einer Entscheidungsschlacht. Die Preußen ihrerseits haben es eilig, weil sie riskirt vorgegangen sind und damit nicht lange in der Schwebe bleiben können; auch liegt es in ihrem Interesse, nicht so lange zu verziehen, bis ein bedeutender Theil der kaiserlichen Armee mit dem Lindner'schen Gewehr bewaffnet ist. Dieses Gewehr, sagt man, schießt 10mal in der Minute, und da blos eine Umänderung, nicht eine Neuerzeugung erforderlich ist, können durchschnittlich 2000 Stück per Tag fertig werden. Der neuen Waffe gegenüber wird sich alsdann das preußische Zündnadelgewehr im Rückstand befinden, so wie es bisher den ältern Gewehren gegenüber im Vortheil war. Napoleon führt die französische Armee sicherlich in keinen Krieg, bevor die neuen Hinterladungsgewehre für sie fertig sind; bei dem Alten bleiben kann Niemand, und je bälder man die Aenderung durchführt, desto besser. Die angebotene Vermittlung Frankreichs hat sich inzwischen, trotz der Abtretung Venetiens, als vorerst nutzlos für uns erwiesen. Es mag seyn, daß Italien sich von Frankreich zu emanzipiren wünscht, und daß Preußen, dem seine Erfolge in den Kopf steigen, bisherige Rücksichten außer Acht läßt. In diesem Falle lag in der französischen Kombination etwas Verfehltes. Andere behaupten, Graf Bismarck habe in der Zwischenzeit Garantien für den französischen Vortheil gegeben, wie man sie

von ihm verlangte. Ueber Alles Dies wird in der erwarteten Schlacht bei Wien entschieden werden.

Die Berichte der Times über Königgrätz machen hier Aufsehen, weil sie den Beweis liefern, wie nahe Oesterreich dem Siege war, und daß unsere Armee selbst in ihrem Rückzug noch imponirte: hätten wir gleich nach der Schlacht solche Berichte hier gehabt, so wäre dem ängstlichen Theile der Bevölkerung ein panischer Schreck erspart geblieben. Es ist übrigens unrichtig, daß Wien seinen Humor verloren habe; man sieht jeden Tag das Gegentheil davon. Zur Besichtigung der Schanzen bei Floridsdorf hatten sich förmliche Vergnügungszüge gebildet und deßhalb wurde der Zugang verboten. Ein Bankier in einer glänzenden Equipasche meinte, mit ihm werde man schon eine Ausnahme machen, und stritt sich mit dem absperrenden Polizeisoldaten herum; da rief eine Stimme aus dem Volk: „Wissen's was, lassen's Ihnen bei die Kanonier' anwerben, oder schauen's, daß man Ihnen als Bagasche mitnimmt.“ Ein schallendes Gelächter folgte; der Bankier kehrte beschämt um. Nein, Wien ist nicht demoralisirt, wenigstens das eigentliche Volk nicht: die angeworbenen Freiwilligen wandern stolz durch die Straßen, und die Rekruten vom Lande ziehen jubilirend ein. Bei der Armee fand ohnehin niemals eine Herabstimmung statt. Die französische Armee bei Waterloo, als sie sich im Rücken bedroht sah, löste sich auf; die in gleicher Art bedrohte österreichische bei Königgrätz trat den Rückzug an, aber sie zerfiel nicht in Trümmer.

18. Juli 1866.

Daß noch unterhandelt wird, ist sicher; mit welchen Aussichten, Das ist ein Geheimniß der allerengsten Kreise. Es steht übrigens eine starke Truppenmacht schlagfertig an der von den Preußen bedrohten Donau: der Stand der Dinge ist in keiner Art so, daß man sich die Friedensbedingungen müßte diktiren lassen. Manche Versäumniß wird jetzt wieder eingebracht. Die böhmischen Gebirge eignen sich ganz für einen Kampf in der Weise der spanischen Guerrillas: kaum ein anderes Heer bietet so vortreffliche leichte Truppen, wie das österreichische, für den sogenannten „kleinen Krieg“, wie er 1813 und 1814, selbst im Rücken der feindlichen Hauptarmee, von Tettenborn, Lützow, Kolomb 2c. geführt wurde, alle Kommunikationen

männer schwören jetzt zur Fahne des bisher verabscheuten Junkerthums, und von den passiven Zuschauern lassen sich manche nunmehr schon fast unterthänig an. Oesterreich hat gegen einen Doppelfeind gekämpft, mit Energie gekämpft: nach der einen Seite hin siegreich, hat es auf der andern eine Niederlage erlitten. Allein die Endentscheidung war Das noch nicht: diese naht erst heran. Die Launenhaftigkeit des Glücks ist sprichwörtlich, und das Kriegsglück macht am allerwenigsten eine Ausnahme davon. Es ist selten, daß eine einzige Schlacht über das Schicksal eines ganzen Kriegs entscheidet; oft genug sind auf anfängliche Niederlagen glänzende Siege gefolgt; erst der Friedensschluß stellt ein definitives Ergebniß heraus. In einem weiteren Sinn ist auch selbst Dieses wieder provisorisch, weil auch ein einziger Krieg noch nicht die allerletzte Entscheidung bringt.

Napoleon I. war der glücklichste Feldherr des Jahrhunderts, zog in die meisten Hauptstädte Europa's als Sieger ein, und dennoch starb er nicht als Kaiser der Franzosen, sondern als Gefangener auf St. Helena. Es gibt eben Schwierigkeiten, die auch der entschiedenste Sieg nicht überwindet, und selbst der Friedensschluß, obwohl das Selbstzugeständniß des Unterlegenen, schafft keine haltbare Zukunft, wenn er auf einer unnatürlichen Grundlage beruht. So verhielt es sich mit den Schöpfungen Napoleons I.; so verhält es sich jetzt mit den Errungenschaften, die möglicher Weise Preußen erlangt. Auch das Zündnadelgewehr ist nicht im Stande, die Gesetze der Logik zu vernichten. Wenn Preußen nicht das gesammte Deutschland zu erobern vermag, sondern, wie schon die beabsichtigte Ausschließung Oesterreichs beweist, nur auf ein Großpreußenthum ausgeht, so ist ein Sieg Preußens nichts Anderes als die Zerreißung Deutschlands, also widernational, und diese Eigenschaft schließt den Charakter moralischer Unhaltbarkeit in sich, so lang es noch irgend eine deutsche Gesinnung gibt. Auch von 1806 bis 1813 gab es nach äußerlicher Form kein Deutschland mehr; dessenungeachtet ist es triumphirend wieder auferstanden. Ohne die Zustimmung der deutschen Nation sind alle Bestrebungen Preußens auf Sand gebaut.

Neben der Frage nach der Zustimmung Deutschlands kommt die nach der Genehmigung Europa's erst im zweiten Rang; die deutsche Gesammtheit hätte es nicht nöthig, sich bei einer be-

liebigen Reform des Bundes um die Meinung des Auslands zu kümmern. Bei dem geeinigten Vorgehen gegen Dänemark war der gute Wille der nichtdeutschen Mächte entbehrlich. Dem blosen Großpreußenthum ist er es nicht. Es ist klar, daß das nicht mehr mit Deutschland vereinigte Preußen sich für die Vergrößerung, der es vermittelst dieses Bürgerkriegs nachstrebt, zunächst mit dem benachbarten Frankreich abfinden muß, und es scheint sogar, daß hierüber bereits eine Art von Einvernehmen besteht, d. h. daß wenigstens Graf Bismarck sich mit Napoleon vorläufig verständigt hat. Hier sind nun zweierlei Fälle möglich. Wenn die Verständigung nach dem früher gegebenen Beispiel Italiens aufgefaßt ist, so geht sie, wie dort durch die Aufopferung italienischer, so hier durch die Preisgebung deutscher Gebietstheile, d. h. auf Kosten Deutschlands vor sich (ethnographisch gehört auch der flämische, d. h. niederdeutsche Theil Belgiens zu Deutschland), und in Folge Dessen tritt Preußen in den Rang ein, den die öffentliche Achtung dem Königreich Viktor Emanuels zuerkennt. Sollte aber Graf Bismarck auf eine Ueberlistung Napoleons ausgegangen seyn, und in Anlehnung daran auch Viktor Emanuel aus dem bisherigen Gängelband herausstreben, so wäre damit ein Pariser Nimbus in Gefahr, und zwar in der Art, daß er schon aus Rücksicht auf innere Zustände das Alleräußerste aufbieten müßte, um Beide vor den Augen aller Welt als seine bisherigen Schachfiguren zu demaskiren. Der europäische Friede wäre Das nicht, sondern eine gründliche Verstörung der ganzen Zukunft auf lange hinaus.

Die großen Börsenplätze haben von Anfang an richtig gesehen: nur der Sieg Oesterreichs bringt einen dauerhaften Frieden. Noch ist er erringbar. Wenn Preußen nochmals über Oesterreich siegt, so gleiten die Geschicke Deutschlands eine schiefgeneigte Fläche hinab, die in einem Abgrund endigt. Oesterreich wird dann aus Deutschland hinausgedrängt, wie es Preußens erklärte Absicht ist, und in der Folgezeit werden Manche, die in politischem Unverstand oder in politischer Leidenschaft gegen Oesterreich schreien und intrikiren halfen, bitterlich zu beklagen haben, daß es nicht mehr seinen Platz in Deutschland ausfüllt. Siegt aber Oesterreich, so ist auch für Deutschland noch Nichts verloren. Der Beifall Jener, die mit dem Erfolg laufen, findet sich dann schon von selbst wieder ein.

16. Juli 1866.

Von den zahllosen Gerüchten, die täglich in Umlauf kommen und zum Theil ihren Weg auch in Zeitungen oder Telegramme finden, ist in der Regel die Hälfte unwahr; so war die als zuverlässig verbreitete Nachricht, daß Lundenburg, d. h. der von Brünn aus bedrohte Knotenpunkt der von hier nach Olmütz führenden Eisenbahn, bereits von den Preußen besetzt sei, rein erfunden. Zu derselben Zeit kamen regelmäßig Bahnzüge mit Truppen von Olmütz an. Das aber ist gewiß, daß die Preußen auf Wien marschiren; sie stoßen jedoch dabei auf ein Hinderniß, das aus einer Armee von nahezu 300,000 Mann besteht. Der Brückenkopf von Floridsdorf und das verschanzte Lager, das sich von Floridsdorf bis zum Bisamberg erstreckt, decken Wien; man vermuthet, daß der Feind eine Umgehung durch Uebergänge oberhalb Wiens, etwa bei Krems, oder vielleicht auch unterhalb, etwa bei Hainburg, versuchen wird. Indeß wird man ihm schwerlich die Zeit dazu lassen; es ist Alles gerüstet zu einer Entscheidungsschlacht. Die Preußen ihrerseits haben es eilig, weil sie riskirt vorgegangen sind und damit nicht lange in der Schwebe bleiben können; auch liegt es in ihrem Interesse, nicht so lange zu verziehen, bis ein bedeutender Theil der kaiserlichen Armee mit dem Lindner'schen Gewehr bewaffnet ist. Dieses Gewehr, sagt man, schießt 10mal in der Minute, und da dies eine Umänderung, nicht eine Neuerzeugung erforderlich ist, können durchschnittlich [illegible] Stück per Tag fertig werden. Der neuen Waffe gegenüber wird sich alsdann das preußische Zündnadelgewehr im Rückstand befinden, so wie es bisher den alten Gewehren gegenüber im Vortheil war. Napoleon führt die französische Armee sicherlich in keinen Krieg, bevor die neuen Hinterladungsgewehre für sie fertig sind; bei dem Alten bleiben kann Niemand, und je [illegible] man die Aenderung durchführt, desto besser. Die [illegible] Vermittlung Frankreichs [illegible] als vorerst [illegible]. Da man [illegible], daß Italien sich von Frankreich zu emancipiren wünscht und daß Preußen dem seine Erfolge in den Kopf [illegible] Rücksichten außer Acht läßt. In diesem Falle lag in der französischen Combination etwas Verfängliches. Anders [illegible] Graf Bismarck habe in der Zwischenzeit [illegible] für den französischen Vortheil [illegible] man sie

von ihm verlangte. Ueber Alles Dies wird in der erwarteten Schlacht bei Wien entschieden werden.

Die Berichte der Times über Königgrätz machen hier Aufsehen, weil sie den Beweis liefern, wie nahe Oesterreich dem Siege war, und daß unsere Armee selbst in ihrem Rückzug noch imponirte: hätten wir gleich nach der Schlacht solche Berichte hier gehabt, so wäre dem ängstlichen Theile der Bevölkerung ein panischer Schreck erspart geblieben. Es ist übrigens unrichtig, daß Wien seinen Humor verloren habe: man sieht jeden Tag das Gegentheil davon. Zur Besichtigung der Schanzen bei Floridsdorf hatten sich förmliche Vergnügungszüge gebildet und deßhalb wurde der Zugang verboten. Ein Bankier in einer glänzenden Equipasche meinte, mit ihm werde man schon eine Ausnahme machen, und stritt sich mit dem absperrenden Polizeisoldaten herum: da rief eine Stimme aus dem Volk: „Wissen's was, lassen's Ihnen bei die Kanonier' anwerben, oder schauen's, daß man Ihnen als Bagasche mitnimmt." Ein schallendes Gelächter folgte: der Bankier kehrte beschämt um. Nein, Wien ist nicht demoralisirt, wenigstens das eigentliche Volk nicht: die angeworbenen Freiwilligen wandern stolz durch die Straßen, und die Rekruten vom Lande ziehen jubilirend ein. Bei der Armee fand ohnehin niemals eine Herabstimmung statt. Die französische Armee bei Waterloo, als sie sich im Rücken bedroht sah, löste sich auf: die in gleicher Art bedrohte österreichische bei Königgrätz trat den Rückzug an, aber sie zerfiel nicht in Trümmer.

18. Juli 1866.

Daß noch unterhandelt wird, ist sicher: mit welchen Aussichten, Das ist ein Geheimniß der allerengsten Kreise. Es steht übrigens eine starke Truppenmacht schlagfertig an der von den Preußen bedrohten Donau: der Stand der Dinge ist in keiner Art so, daß man sich die Friedensbedingungen müßte diktiren lassen. Manche Versäumniß wird jetzt wieder eingebracht. Die böhmischen Gebirge eignen sich ganz für einen Kampf in der Weise der spanischen Guerrillas: kaum ein anderes Heer bietet so vortreffliche leichte Truppen, wie das österreichische, für den sogenannten „kleinen Krieg", wie er 1813 und 1814, selbst im Rücken der feindlichen Hauptarmee, von Tettenborn, Lützow, Kolomb rc. geführt wurde, alle Kommunikationen

unsicher machte, Kuriere und Depeschen auffing, nachfahrende Transporte überfiel und in Beschlag nahm, und dabei als ein leibhafter „Ueberall und nirgends" stets seinen Platz wechselte und für eine Uebermacht ungreifbar blieb. Aus Böhmen hätte sich bequem ein zweites Tyrol machen lassen, wenn man darauf gefaßt gewesen wäre: allein man darf nicht vergessen, daß Oesterreich auch nicht entfernt an einen Krieg mit Preußen gedacht hatte, während es für den anstiftenden Theil weiter keine Kunst war, auf Alles vorbereitet zu seyn. Während des Friedens konnte es ganz verdachtlos geschehen, daß preußische Fachmänner als reisende Turisten in Böhmen das Terrän studirten; Benedek seinerseits hatte in dieser Beziehung seine Spezialität auf einer andern Seite, nämlich in Italien.

Frhr. v. John, der Chef des Generalstabs der unter den Befehlen des Erzherzog-Marschalls vereinigten Armee, stammt aus einem bürgerlichen Geschlecht, und ist erst durch seine Verdienste geadelt worden. Englischen Ursprungs, wie man etwa glauben könnte, ist die Familie nicht; der Name wird deutsch ausgesprochen.

Wer die Verlustlisten der kaiserlichen Armee in diesen Tagen liest, hat den Beweis vor sich, daß sie in ihren Reihen Offiziere aus allen Theilen Deutschlands zählt, auch Norddeutsche, namentlich Hannoveraner, Mecklenburger, Sachsen 2c. Selbst an Offizieren preußischer Abstammung fehlt es nicht; so finden sich in einer Liste die Namen: Rittmeister Otto Baron Gagern (verwundet und gefangen) aus der pommerschen Linie dieses Geschlechts, und Hauptmann v. Alvensleben (todt) aus einer brandenburgischen Familie der Neumark. Und dieses Oesterreich soll aus Deutschland ausgeschlossen werden?!

---

22. Juli 1866.

Das Großpreußenthum formulirt sich. Also zur unmittelbaren Arrondirung Stücke von Kurhessen und Hannover, später auch das Herzogthum Braunschweig (diesen Sinn hat der von Hannover abzutretende Anspruch auf die Erbfolge daselbst), dazu noch ein erst näher zu bestimmender Theil von Sachsen, so wie Schleswig und Holstein natürlich ohnehin: nebstdem aber als mittelbare Errungenschaft die militärisch-diplomatische Führung sämmtlicher „früheren Bundesstaaten" nördlich der Mainlinie, d. h. die Mediatisirung derselben unter preußischer Hoheit. Ein Theil dieser Staaten hat sich

schon selbst mediatisirt, indem er Kontingente für den preußischen Bürgerkrieg stellte: von solcher Selbstverurtheilung wird nicht leicht eine Appellation an eine Rekursinstanz zu finden seyn. Was die andern betrifft, die sich gewehrt haben, so bietet man ihnen vorbehaltlich gewisser Abtretungen eine Art von Wiederherstellung an, so daß sie als politische Administrationsanstalten zum Zweck einer Kontingentstellung für den preußischen Oberbefehl fortbestehen könnten: ein Zwitterwesen, das gegen den Willen der Bevölkerung schwer auf die Länge durchführbar, und wohl auch von Preußen selbst nur als ein Uebergangszustand ins Auge gefaßt ist. Vermuthlich rechnet man darauf, daß die jetzt noch widerspenstigen Völkerschaften den Mittelzustand unerträglich finden, und zuletzt erklären würden, wenn sie keine andere Wahl hätten, so wollten sie lieber gleich Spartaner seyn, als bloße Heloten.

Dies wäre also das Schicksal, das sich dem nördlichen und mittleren Deutschland in Aussicht stellt. Südlich vom Main verlangt Preußen prinzipmäßig Nichts: was über diesen Strom hinaus liegt, ist ihm für seine Zwecke unbrauchbar, und damit gesteht es ein, daß Das, was man für eine „Reform des Bundes" ausgab, nichts Anderes als die Zerreißung Deutschlands ist, und auch gleich anfänglich so gemeint war. Ein deutscher Nationalverein, der hiezu seine Dienste hergibt, ist eben das Gegentheil seines Namens. Preußen geht ja darauf aus, nicht nur Oesterreich, sondern das gesammte Süddeutschland auszuschließen. Seltsamer Fortschritt! Einst begeisterte man sich für den Rhein, „Deutschlands Strom, nicht Deutschlands Gränze": jetzt soll sich gar der Main in einen Granzfluß verwandeln! Auf diese Art kämen wir im Namen des Fortschritts mit Siebenmeilenstiefeln rückwärts. Es soll für politische Mäßigung gelten, daß Preußen Nichts an sich zu nehmen gedenkt, als was es zu assimiliren vermag: lediglich nur so viel, als es sich zutraut in das Preußenthum aufsaugen zu können. Allein die Mainlinie ist dabei eine rein willkührliche Annahme. Was zwischen Preußen und dem Main liegt, ist zu klein, um Deutschland zu seyn, und zu groß, um Preußen zu werden. Man kann einen Frieden abschließen auf solcher Grundlage, aber eine haltbare Zukunft schafft man damit nicht. Man denke an die Schöpfungen Napoleons I.: das Großherzogthum Frankfurt, das Großherzogthum Berg, das Königreich Westfalen, die französische Enklave um Erfurt rc.: — wo sind sie jetzt?

27. Juli 1866.

Die Sichel schneidet das Korn, ist aber gleichgiltig gegen dessen Reife; das Schwert erobert, heimst aber eine unreife Aernte ein, wenn der blos materiellen Eroberung nicht eine moralische vorangegangen ist, oder wenigstens nachfolgt. Mit den Quadratmeilen ist es heutzutage nicht gethan; — man muß auch die Seelen gewinnen, oder man gründet eine blose Türkenherrschaft. Eine nachträgliche moralische Eroberung — vorangegangen ist sie nur in Ländern von liliputischem Umfang — sollte nun demnach die nächste Aufgabe der Bismarck'schen Politik seyn. Bis jetzt sehen wir noch keinen Versuch dazu, als den vorgeschobenen Namen eines deutschen Parlaments unter so unbestimmten Umrissen, daß sich Jedermann darunter vorstellen kann, was er will. Welche Befugnisse demselben zugedacht sind, ersah man aus dem in Frankfurt vorgelegten skizzenhaften Entwurf nur sehr unvollkommen; nach diesem schien es sich mehr um die Besorgung administrativer und juridischer Geschäfte, als um die Ausübung nennenswerther politischer Rechte zu handeln. Daß es durch allgemeines Stimmrecht gewählt werden soll, daraus folgt, wie das französische Beispiel lehrt, für eine besondere Ausdehnung seiner eigenen Rechte weiter Nichts: man kann auch mit vielen tausend Stimmen einen Abgeordneten wählen, der nachher Nichts zu sagen hat. Unklar ist auch das Verhältniß des sogenannten deutschen Parlaments zu dem Berliner Abgeordnetenhaus. An Kompetenzstreitigkeiten zwischen beiden kann es der Natur der Dinge nach nicht fehlen, und offenbar erledigt sich diese Schwierigkeit am einfachsten, wenn jeder von beiden Theilen, Parlament oder Abgeordnetenhaus, gleich wenig Gerechtsame besitzt. Nebenbei vergesse man nicht, daß das „engere Deutschland" nunmehr mit in das „innere Tüppel" eintritt, und daß es eines der Motive zu diesem Krieg war, durch Erfolge nach außen zugleich die einheimische Opposition zu überwinden. Es ist nicht wohl anzunehmen, daß in dieser Hinsicht die Bismarck'sche Politik durch ihren großen Triumph nachgiebiger oder geschmeidiger sollte geworden seyn, als sie es vorher war. Bei den Mitteln, wodurch sie triumphirt hat, muß sie wohl oder übel beharren; sie muß fortfahren, wie sie begonnen hat. Der alte Sallust hat diesen Grundsatz lange vor Machiavell aufgestellt, indem er sagte: „Imperium facile his artibus retinetur, quibus initio partum est."

Bismarck und seine Politik werden sich gleich bleiben; er wird eben so wenig vermittelst parlamentarischer Freiheit Proselyten zu machen suchen, als sein Vorbild in Frankreich. Damit fällt denn auch der weltkluge Rath, sich in dem „engeren Deutschland" als innere Opposition geltend zu machen, und auf diesem indirekten Wege den politischen Rang wieder zu gewinnen, den man auf dem direkten einbüßte. Bismarck hat daran wohl früher gedacht. In seinem „engeren Deutschland" hat das bisherige Preußen weitaus die Mehrheit der Stimmen, und erhält durch unmittelbare Annexion noch einen Zuwachs; einer parlamentarischen Opposition aus diesen Reihen wird man entgegenhalten, daß sie ein Verrath an dem siegreichen preußischen Vaterland, — einer Opposition aus den Reihen der militärisch-diplomatisch Geführten, daß sie eine unzulässige Widersetzlichkeit gegen die neue Ordnung der Dinge sey. Das Parlament des „engeren Deutschlands" wird um Nichts weiter vorwärts kommen, als vorher das preußische Abgeordnetenhaus. Die militärische Diktatur ist so unentbehrlich wie jemals. Man wird vorurtheilslos, wie in Paris, einen oder den andern bisherigen Oppositionsmann willig aufnehmen, wenn er sich dazu meldet; nur wird Derselbe nachher nicht mehr ein politischer Führer, sondern ein politischer Rekrut seyn. Die Bismarck'sche Politik ist unfähig, ihre materiellen Eroberungen nachträglich in moralische zu verwandeln. Eine wirkliche Einheit hätte vielleicht auch auf Kosten der Freiheit ihre Anhänger; aber Negation der Einheit — denn das „engere Deutschland" ist die Zerreißung — und noch Verlust der Freiheit dazu: aus dieser doppelten Einbuße läßt sich unmöglich eine haltbare Zukunft herauskünsteln.

28. Juli 1866.

Wie immer auch der definitive Friedensschluß im Einzelnen ausfallen möge, so viel sieht man schon voraus, daß er einen Theil Deutschlands übrig lassen wird, der nicht unter Preußen fällt. Es scheint nicht, daß einem Staat südlich von der Mainlinie, falls er je Lust dazu hätte, eine Wahl freisteht, sich etwa freiwillig mit unter Preußen zu stellen, ohne daß Frankreich daraus einen sofortigen Anspruch auf „Ausgleichung des europäischen Gleichgewichts" zu französischem Vortheil zöge; ein Versuch in jener Richtung wäre demnach nicht minder undeutsch, als es die Anstiftung dieses Bürger

kriegs war. Preußen selbst legt offenbar mehr Gewicht auf die unmittelbare Annexion, als auf die blos mittelbare. Zwar wird auch die letztere weit genug gehen, und das sogenannte Parlament dabei kein Hinderniß seyn: denn man kann sich wohl denken, daß Preußen diesen Krieg nicht geführt hat, um sich, anstatt von der früheren Vertretung seiner Bundesgenossen in Frankfurt, nunmehr auf parlamentarischem Wege „majorisiren" zu lassen.

Allein ganz unmittelbare Herrschaft ist immerhin noch handgreiflicher obenan. Für denjenigen Theil Deutschlands nun, der im bevorstehenden Frieden einem solchen Schicksale noch entgeht, zeichnet sich im vordersten Rang eine vorbauende Politik vor. Auch wenn zwischen dem unabhängigen und dem ganz oder halb preußischen Deutschland eine Art lockerer Verbindung zu Stande kommt, so wird man sich nach der jetzigen Erfahrung auf den Bürgerkrieg als gleichsam auf ein deutsch-nationales Institut einrichten müssen. Man wird Festungen zu bauen haben, wo man bisher keiner zu bedürfen glaubte; man wird genöthigt seyn, sein Staatswesen stramm für militärische Kraft anzuspannen, so wie es bisher Preußen that. Selbst die Landwehr zweiten Aufgebots hat in diesem Krieg eine vielfach angezweifelte Brauchbarkeit erwiesen: sie füllte in Festungen oder als nachrückende Besatzung eingenommener Gebiete ganz wohl ihren Platz aus, so daß die vorgehende aktive Armee um eben so viel Mannschaft stärker blieb, als sie sonst hiezu hätte verwenden müssen. Wäre in den vier deutschen Staaten südlich des Mains das preußische Wehrsystem eingeführt gewesen, so hätte ihre Mobilisirung fix und fertig 250,000 Mann unter die Waffen gerufen, und man hätte nicht rath- und endlose Hin- und Hermärsche gebraucht, um die Streitkräfte von vier unmittelbar aneinander gränzenden Ländern auf den Punkt einheitlichen und ausgiebigen Zusammenwirkens zu bringen. Hannover hätte mit den Mitteln des preußischen Wehrsystems 30- bis 60,000 Mann zur Verfügung gehabt, unter solcher Voraussetzung wohl auch nicht unschlüssig gezaudert, und wenn Stade eine wirkliche Festung gewesen wäre, so wäre auch sein Kriegsmaterial nicht in die Hände des Feindes gefallen.

„Seltsame Betrachtungen aus Anlaß eines bevorstehenden Friedens", wird man sagen. Freilich wohl, allein die Thatsachen liegen so. Mag der Friedensschluß noch so viel an Preußen geben, satt wird es nicht dadurch, und das Bewußtseyn, einmal siegreich

vor Wien gestanden zu seyn, was selbst Friedrich dem Großen nicht gelang, wird es nicht um so enthaltsamer machen. Es hat vorausgewußt, daß die Eifersucht Frankreichs, trotz aller Verständnisse, ihm nicht eine volle Ausbeutung des günstigsten Falles gestatten würde; es muß also den gegenwärtigen Krieg nur als den ersten Aufzug des ganzen Stücks aufgefaßt haben, so wie Napoleon in Italien 1859 nur einen ersten Akt aufführte, zu welchem jetzt erst der zweite gekommen ist. Unfertige Verhältnisse, halbgezogene Konsequenzen bilden keinen natürlichen Abschluß. Für Preußen melden sich allerdings mit den bevorstehenden Errungenschaften auch bedeutende Schwierigkeiten an, die es geraume Zeit beschäftigt halten werden; was es gegen den Willen der Bevölkerung bekommt, wird nicht minder schwer oder vielleicht noch weit schwerer zu regieren seyn, als es Venetien für Oesterreich war, welches doch nur die Städte und die Signori gegen sich, den Bauernstand aber für sich hatte, und es ist ein sprechendes Zeichen des Verfalls der englischen Staatsweisheit, daß sie zu gleicher Zeit den Abtretungen Oesterreichs an Italien und der preußischen Erwerbung eines Venetiens in Deutschland ihren Beifall zuklatscht.

Auf so lange, als Preußen mit den Verdauungsbeschwerden zu thun haben wird, mag der bevorstehende Friede Ruhe bringen, falls nicht abermals irgend etwas Unerwartetes dazwischen tritt. Zündstoff zu einem Kriege bleibt zehnfach mehr übrig, als vor dem letzten Friedensbruche vorhanden war, wo man so mühsam nach einem casus belli suchte. Der den heillosen Wirrwarr angerichtet hat, ist nicht mehr Herr und Meister desselben: er hat einen Pfeil abgeschossen, den er nicht mehr in der Gewalt hat, und der leicht möglich zuletzt auf den Schützen zurückfliegt.

---

29. Juli 1866.

Man erwartete heute früh Näheres über die Friedenspräliminarien in der Wiener Zeitung zu finden, sah sich aber getäuscht; das Blatt scheint in seiner Schweigsamkeit bereits ganz eingerostet zu seyn. Da der französische Moniteur stets die Hauptquelle für unsere Kenntniß des Standes der Dinge ist, so sagt der Volkswitz, von Gänserndorf (einem der Endpunkte der bisherigen preußischen Aufstellung, einige Stunden von hier) sey der nächste Weg nach

Wien der über Paris. Die Integrität Sachsens scheint gesichert; der Unterwerfung unter die militärisch-diplomatische Führung Preußens wird es sich nicht entziehen können.

Zu dem nothgedrungenen Austritt Oesterreichs aus dem bisherigen deutschen Bund klatschen die Tschechen Beifall und drängen sich damit in den Vordergrund. Es kann seyn, daß man nun mit dem Föderalismus ein Experiment macht; es kann aber auch seyn, daß die Tschechen sich mit dieser Hoffnung in einem Mißverständniß wiegen. Was Ungarn betrifft, wo die Stimmung ziemlich ungünstig ist, so heißt es jetzt, man werde dennoch gewisse Zugeständnisse machen; man habe damit nur zurückgehalten, weil unter dem Druck der Kriegsereignisse die Entschließung als nicht ganz freiwillig hätte erscheinen können. Verbürgt ist Derartiges erst, wenn es amtlich bekannt gemacht wird.

Noch vor den Friedenspräliminarien sah man auch Todte von den Schlachtfeldern wieder auferstehen. Eine Menge Offiziere, die in den offiziellen Verlustlisten als todt verzeichnet waren, erweisen sich nachträglich als blos verwundet und gefangen, oder auch nicht einmal gefangen, sondern da und dort frei in Pflege befindlich; tagtäglich liest man eine Masse von Berichtigungen dieser Art.

Die preußischen Truppen haben auch die Cholera mit sich nach Mähren gebracht. In Böhmen waren einige Fälle von so raschem Verlauf, daß zwischen Erkrankung und Tod kaum ein Zwischenraum von zwei Stunden lag. Hoffentlich wird uns der Waffenstillstand auch diesen Feind von den Mauern der Hauptstadt fern halten.

---

30. Juli 1866.

Italien, sagt man, erhebt nun auch noch auf das südliche Tyrol Anspruch. Wenn die Berechtigung sich nach den Niederlagen richtet, so hätte nach der Seeschlacht bei Lissa Italien wohl auch noch Dalmatien in Empfang zu nehmen. Was die deutschen Angelegenheiten betrifft, so steht zu hoffen, daß in Süddeutschland ein nichtpreußischer deutscher Kern übrigbleibt, welcher alsdann mit der norddeutschen Union eine geeignete Art von Verbindung eingehen mag. Auf diese Weise wird der Süden, welchem ja ebenfalls ein gemeinsames Parlament freisteht, eingänglicher zu Gunsten deutscher Gesammtinteressen auf den Norden einwirken, als vermittelst eines etwaigen Mit-

eintritts in das norddeutsche Parlament, dem sich ohnehin kaum eine freie Bewegung in Aussicht stellt. In dem letzteren will Preußen der Mehrheit sicher seyn; für den Süden also böte sich dort nur die Wahl, entweder als Minorität thatsächlich sein Votum zu verlieren, oder im Fall einer durch sein Zuthun hervortretenden mißliebigen Majorität sein Votum nicht respektirt zu sehen.

Wie sich der deutsche Zollverein in die neuen Verhältnisse einfügen soll, darüber finde ich nirgends eine Andeutung. Schwierigkeiten gibt es überhaupt noch genug und übergenug, da sich am Ende auch noch ein europäischer Kongreß im Namen des europäischen Gleichgewichts &c. in die Sache einmischen wird. Wenn von dem durch Europa anerkannten Bund aus eine Bundesreform vor sich gegangen wäre, so hätten wir uns jeder Einmischung des Auslandes zu entschlagen vermocht, und diese Demüthigung wäre uns erspart geblieben; nachdem aber ein Bürgerkrieg die Nation getheilt hat, sind unsere Kräfte zersplittert und geschädigt, und selbst der Sieger muß sich um die Anerkennung der von ihm beabsichtigten Neugestaltungen durch das Ausland bewerben. Der Waffenstillstand mit seinen Friedenspräliminarien diskontirt gleichsam den Werth der Lage, wie sie beim Abschluß für Preußen vorlag; hienach ergäbe sich die Folgerung, daß auch bei ihm sich ein ernstes Bedenken geltend machte. In Paris ist man sowohl über Preußen als über Italien mißlaunig und verstimmt; auch gegen Oesterreich scheint sich eine gewisse Verdrießlichkeit gekehrt zu haben, — als ob Oesterreich an den falschen Berechnungen Frankreichs schuld wäre!

Mit dem alten Bunde freilich ist es aus und vorbei; „gewogen und zu leicht befunden", sagt das Urtheil der Thatsachen über ihn. Sonst könnte es selbst von ihm dereinst noch heißen: „Refodio Antigonum!" Bei manchen andern Dingen wird man voraussichtlich eine derartige Erfahrung machen; man lernt Vieles erst recht würdigen, wenn es unwiederbringlich dahin ist. Eine lockere deutsche Einheit war noch immerhin besser, als deutscher Bürgerkrieg, Allianz mit dem Ausland, Trennung der deutschen Nation, und Unterwürfigkeit oder selbstverschuldete Schwäche gegenüber fremden Einflüssen. Es wird eine Zeit kommen, wo man selbst in Berlin bedauern wird, Oesterreich nicht mehr an seiner Seite zu haben.

31. Juli 1866.

Wer von einem ausschließlich österreichischen, nicht zugleich von einem deutschen Gesichtspunkt ausgeht, der kann jetzt recht wohl wünschen, daß auch das südliche Deutschland sich in die Arme Preußens werfen möchte. Solche Wünsche gibt es denn auch, und sie sprechen sich aus. Die zu Grunde liegende Berechnung ist einfach die, daß Bismarck, wenn er über die Mainlinie hinausgeht, sich mit Frankreich überwirft. Schon jetzt ist die französische Eifersucht hoch gespannt; gegen die Stimmungen der Armee darf auch ein Selbstherrscher wie Napoleon nicht gleichgiltig seyn. Wenn nun Preußen auch Süddeutschland mit in die „norddeutsche Union" zöge, so ergibt sich eine zweifache Möglichkeit: entweder findet sich Preußen dafür mit Frankreich ab, was nur durch Ueberlassung deutscher Gebietstheile an dasselbe thunlich ist, oder es nimmt lieber einen neuen Fehdehandschuh auf. In dem ersteren Fall ist es als deutsche Vormacht moralisch ruinirt; in dem andern tritt eine abermalige Appellation an die Waffen ein, welche alle Errungenschaften des bisherigen preußischen Kriegsglückes wieder über den Haufen werfen kann. Oesterreich wäre dann an Preußen gerächt; Deutschland aber wäre in beiden Fällen schlimmer daran, als vorher.

Es liegt im wohlverstandenen deutschen Interesse, daß Süddeutschland von der Bismarck'schen Politik unabhängig bleibe; es kann geruhig zuschauen, wie sich das sogenannte Parlament entwickeln wird, und in so fern ist nun der Reihenfolge nach bei ihm eine Haltung gerechtfertigt, die sich nicht vor der Zeit bindet, sondern vorerst „freie Hand" haben will. Baden, wie es scheint, macht in diesem Augenblick ein Experiment des Gegentheils, womit es auf seine Kosten Andern ein Vorspiel liefert und eine Selbsterfahrung erspart. In einem Lande, welches seit 1848 so zahlreiche und so grelle Umsprünge der offiziellen Politik erlebt hat, wie Baden, sollte man nachgerade bei der praktischen Ueberführung angelangt seyn, daß sich von einem kleinen Mittelpunkt aus und mit kleinen Kräften keine großartige Politik machen läßt, und daß Verhängnisse, welche die Größeren treffen, wohl oder übel auch die Kleineren mit sich ziehen. Oesterreich ist nunmehr aus Deutschland ausgeschlossen, und eine deutsche Widerstandskraft gegen Frankreich um eben so viel geschwächt. Baden, welches durch seine jüngsten Auffassungen sich von seinen deutschen Nachbarn losschälen zu wollen scheint, ist zugleich

an langgestreckter Gränze der unmittelbare Nachbar Frankreichs. Nehmen wir nun an, Preußen lehne, eben aus Rücksicht für Frankreich, die Aufnahme Badens in die „norddeutsche Union" ab: — auf welcher Basis stünde alsdann die neue badische Politik? Wäre es eine andere Basis, als die der freien Luft?

---

1. August 1866.

Die Schlacht bei Königgrätz mit ihren Folgen hat auf einen einzigen Ruck alle Verhältnisse anders gruppirt. Sie war eine Entscheidung für Deutschland, wie vor 53 Jahren jene andere, von welcher damals J. P. Hebel sagte: „Die Leipziger Schlacht ist anzusehen wie ein Abweiser, der den Weltbegebenheiten auf einmal einen ganz andern Strom und Lauf gibt; ja wie ein Register in einer Orgeluhr: wenn es gezogen wird, ist auf einmal ein anderes Stücklein und eine andere Melodie los." Neue Thatsachen bringen andere Stimmungen mit sich; das Urtheil der Menge neigt sich auf die Seite des Erfolgs, und legt damit der blos materiellen Errungenschaft zugleich eine geistige Verstärkung in die Wagschale. Wir haben Das seit dem Februar 1848 oft genug gesehen. Es springt hinüber und herüber, oder vielmehr, um nochmals einen Ausdruck Hebels zu gebrauchen, es bleibt sich immer gleich, das heißt: es hält stets zu der siegenden Partei. Die hiedurch gesteigerte Höhe des Eindrucks, über die Thatsache hinausreichend, bildet den Nimbus; zu dem Kern der Thatsache gehört er nicht mit, denn er ist ein Phantasieding, ist aber auch als solches nicht zu verachten; denn aus dem Nimbus, und mit Hilfe desselben, wachsen auch wieder weitere Erfolge als handhafte Thatsachen heraus.

Der Gewinn Preußens ist sowohl in der einen als in der andern Beziehung großartig. Manche sahen es bisher nicht ganz für eine Großmacht an, und zwar nicht blos außerhalb Deutschlands, sondern auch in Deutschland selbst. Die Schlacht bei Jena hatte Preußen in einen Mittelstaat verwandelt; in dem Befreiungskrieg von 1813 kämpfte es sich erst wieder aus dem Zustande halber Vernichtung heraus. Ohne so mächtige Allianzen, wie Rußland und Oesterreich, würde ihm auch Dies nicht gelungen seyn. Auf dem Wiener Kongreß trug es weniger davon, als es nach Verhältniß der militärischen Leistung anzusprechen gehabt hätte; es schloß sich

eng an Rußland an, welches durch sein Begehren der Annexion Polens Anstoß gab, und empfing seinerseits, nachdem Rußland in der Hauptsache seine Zwecke erreicht hatte, von diesem keineswegs eine entsprechende Unterstützung für seine eigenen Anliegen; überdies war die außerdeutsche Gesammtheit jeder Verstärkung der deutschen Mächte abhold, weßhalb auch Oesterreich aus jenen großen Kriegen kaum mit dem Machtbestand hervorging, den es 1805 innegehabt, und um fast zwei Millionen Einwohner schwächer, als im Jahre 1792.

Auf das Jahr 1815 folgte für Preußen eine lange Friedenszeit. Als der Vizekönig von Aegypten durch europäische Einmischung aus Syrien vertrieben wurde, beklatschten die Berliner demonstrativ in einem Theaterstück die Stelle: „Was geh'n uns die Türken an", d. h. sie erklärten: „Wir fühlen uns nicht als Großmacht." Preußens Auftreten in Schleswig-Holstein 1848 war schwach; nachher gab es Neuenburg in der Schweiz und seine dortigen Anhänger auf, nicht ohne daß, wie man zu sagen pflegt, in den Respekt ein Loch riß; 1859 verhielt es sich passiv, was man übrigens nach der neuesten Erfahrung eher für bösen Willen, als für Schwäche auslegen mag; noch vor kurzem schloß es mit Frankreich einen Handelsvertrag ab, worin es sich nicht als ebenbürtig auffaßte, sondern dem französischen Staat weit billigere Zölle zugestand, als es von ihm für sich bewilligt erhielt. Hier überall fehlte die Bethätigung einer Macht ersten Rangs; jetzt hat sich Preußen dazu emporgeschwungen. Zwar mangelt noch eine letzte Bedingung zu dem Vollbegriff einer Großmacht, nämlich ein Nachweis der Fähigkeit, auch ohne einen Alliirten einen Krieg gegen eine andere Großmacht zu bestehen; allein für die Zukunft, mit den unmittelbaren und mittelbaren Errungenschaften von 1866, wird Preußen einer solchen Aufgabe gewachsen seyn. Noblesse oblige; der neu erworbene Rang legt auch Pflichten auf. Preußen kann jetzt keine andern Handelsverträge mehr abschließen, als auf der Grundlage vollständiger Ebenbürtigkeit und Gleichberechtigung; noch viel weniger könnte es die „preußische Spitze" damit einweihen, daß es irgend ein Stück deutschen Gebiets, sey es auch nur ein Dorf, an das Ausland abträte. Durch eine derartige Schmiegsamkeit unter fremde Superiorität (*προσκυνεῖν* nannten es die alten Griechen) wäre sein Rang ipso facto Lügen gestraft.

Italien vergrößert sich in Folge dieses Krieges materiell, wird aber moralisch kleiner. Das italienische Gefühl ist ganz richtig:

nach zwei entschiedenen Niederlagen eine geschenkte Provinz anzunehmen, welche man anderseits fallen läßt, das ist offenbar gegen die Würde einer Großmacht, und eine Großmacht will Italien doch seyn. Was man nicht von sich aus erobern konnte, und was man für sich allein auch nicht zu behaupten im Stande wäre, muß man sich lieber nicht aufladen: es ist in allen Fällen nur ein unhaltbarer Erwerb, der stets von neuem wieder der Ratifikation größerer Mächte bedarf. Wunderbar ist bei dieser Angelegenheit nur, daß man ein ähnliches Gefühl der Demüthigung nicht schon bei dem Gewinn der Lombardei hatte; denn auch diese hätte man ohne französischen Beistand nicht erworben, und ohne das preußische Bündniß, wozu noch überdies die Garantie Frankreichs kam, in dem gegenwärtigen Kriege schwerlich zu behaupten vermocht. Das sind nun freilich schlimme Vorzeichen für eine gediegene Zukunft des neuen Reichs. Jenes obenerwähnte letzte Kriterium einer Großmacht, nämlich die Führung eines Kriegs ohne einen Alliirten gegen eine andere Großmacht mit Aussicht auf Erfolg, ist für Italien wohl auch in seinen eigenen Augen unerreichbar. So viel Selbstgefühl aber hat es wenigstens gewonnen, daß es seine Abhängigkeit von Frankreich empfindet und schwer erträgt: was daraus weiter werden soll, hängt von einer künftigen Gruppirung der Thatsachen ab.

Kommen wir zu Oesterreich: es verliert eine reiche Provinz und büßt seine Stellung in Deutschland ein, was Verlustes genug ist, bleibt aber immerhin die Großmacht, die sich mit zwei Großstaaten gleichzeitig gemessen und nur gegen einen derselben eine große Schlacht verloren hat, während es nach der andern Seite zwei große Siege erfocht, einen zu Land und einen zur See. Oesterreich war nicht ausreichend zum Kriege gerüstet, am wenigsten gegen einen Doppelfeind; daß es auch keiner Selbstüberhebung zu zeihen ist, beweist die Anlage des verschanzten Lagers bei Floridsdorf, gleich zu Anfang der Kriegsgewißheit unternommen, zu einer Zeit, wo noch der „Plan“ Benedeks in voller Geltung stand. Ich setze voraus, daß das siegestrunkene Preußen dem bei Königgrätz unterlegenen Oesterreich Nichts geschenkt hat: wäre nicht an der Donau wieder eine österreichische Streitmacht da gestanden, wie sie selbst einem siegreichen Gegner zu imponiren geeignet war, so hätte Preußen die weitere Verfolgung seiner erlangten Vortheile sicherlich nicht aus der Hand gegeben. Bei Königgrätz spielte Preußen, wie Graf Bismarck richtig bemerkt,

va banque; hätten die Oesterreicher dort gesiegt (es war nahe genug daran!), und wären österreichische Heere so vor Berlin gestanden, wie statt dessen umgekehrt preußische vor Wien, Preußen hätte kein zweites Kriegsheer wie Oesterreich einzusetzen, hätte in den Provinzen nördlich von Berlin keinen genügenden Rückhalt mehr gehabt. Der Würfel des Kriegs ist anders gefallen: Oesterreich war der unterliegende Theil. Allein nichtsdestoweniger ist und bleibt es eine Großmacht, nach wie vor, und in dem Rath Europa's wird seine Stimme ihre Geltung haben, wie jemals.

---

2. August 1866.

Obwohl der Friedensschluß mit Preußen nahe bevorsteht, befinden wir uns hier doch noch unter dem Kriegszustande, welcher namentlich den Zeitungen lästig fällt. Beschlagnahmen kamen auch vorher vor, aber die sogenannten Pflichtexemplare müssen nun volle drei Stunden vor der beginnenden Ausgabe der Zeitung bei der Behörde hinterlegt werden, und Dies hat zur Folge, daß die Abendblätter (die größeren Zeitungen erscheinen sämmtlich zweimal des Tages), anstatt um 2 Uhr Nachmittags, erst um 5 Uhr Abends in die Hände des Publikums gelangen. Die öffentliche Stimmung ist gedrückt. Französische Blätter haben diesen Umstand als das eigentliche Motiv für das rasche Eingehen auf die Friedensunterhandlungen bezeichnet, was ich dahin gestellt seyn lasse; wenn sie jedoch weiter andeuten, auch der Zustand der Nordarmee habe dieses Motiv bestärkt, so sind sie entschieden im Irrthum. Die Nordarmee war so kampfbereit als jemals; bei Preßburg fochten die dort betheiligten Truppen derselben mit dem alten, ungeschwächten Feuer; die Stimmung der Gesammtarmee ist noch heute dem Frieden abhold. Man darf nur die Soldaten sprechen hören. Auch in der Militärzeitung „der Kamerad" quillt der Unmuth heraus, obwohl in zurückgehaltener Form; da ist z. B. von „sanften diplomatischen Fühlungen" die Rede, was sich mühelos in die derberen Worte des alten Blücher von 1814 und 1815 übersetzen läßt. Ohne Zweifel kannte man im preußischen Hauptquartier diese Stimmung; man wußte, daß man ohne Friedensschluß noch eine Hauptschlacht zu bestehen haben werde, und diese konnte alle bisherigen Erfolge Preußens wieder umwerfen. Außerdem fing die preußische Armee bereits

an. Mangel an Lebensmitteln zu leiden; Böhmen und Mähren sind förmlich ausgesogen; die Zufuhr von Preußen her war schwierig; man mußte entweder weiter vorwärts oder sich zum Antritt des Rückwegs entschließen. In Bezug auf Ungarn hatten beide Theile eine ganz verschiedene Physiognomie vor sich: im preußischen Hauptquartier wußte man, daß Klapka bei seinen Landsleuten keinen Anklang finde; hier in Wien aber war man unterrichtet, daß im Sinne der Bismarck'schen Inspiration einige ungarische Zivilisten agitirten, was sich später allerdings als ungefährlich erwies. Ein Abschluß für die politischen Verlegenheiten ist der erwartete Frieden so eigentlich nicht. Die von den Preußen okkupirt gewesenen Provinzen sind für ein Jahr oder länger hinaus ruinirt und steuerzahlungsunfähig. Die Verstimmung geht in die inneren Fragen über; so z. B. meint nun das Volk da, wo die Beamten sich geflüchtet hatten, es sey in ihrer Abwesenheit gerade so gegangen, wie wenn sie da gewesen wären, d. h. man erklärt sie für entbehrlich. Eine gewonnene Schlacht hätte manche innere Schwierigkeit geebnet. Preußen steht auf der Basis eines solchen Vortheils, wird aber dessenungeachtet finden, daß es noch ebenfalls innere Schwierigkeiten genug zu bekämpfen hat. Wer sich der Meinung hingibt, Oesterreich habe, nachdem der deutsche Bund aufgelöst ist, nun gar keine Politik mehr in Bezug auf Deutschland, der wird sich getäuscht sehen.

5. August 1866.

Wenn Preußen eventuell auch den Zollverein auf das nördliche Deutschland einschränken will, so ist Das ein sicheres Zeichen, daß es bei seinem Sonderungswesen systematisch zu Werke geht. Das eben ist es ja, was man kleindeutsch oder großpreußisch nannte. Piemont ist in Italien aufgegangen, und hat die Hauptstadt von Turin nach Florenz verlegt; Preußen will etwas Derartiges nicht. Sowohl das preußische Land als die preußische Hauptstadt fühlen sich zu groß dazu. Es ist eine Schwierigkeit wie die, auf welche Alexander der Große stieß, als seine Mazedonier, trotz seiner wohlmotivirten Politik, sich nicht mit den Persern verschmelzen wollten. Hier endigt die Aehnlichkeit mit den Annexionen Piemonts. Preußen lehnt systematisch ab, was es nicht im preußischen Sinne für assimilirbar hält; es will keine solche Neugestaltung, in der es sich

selber verlöre. Darum ist es denn auch eine müßige Frage, wenn man sich da oder dort über die Modalitäten bespricht, unter denen auch Süddeutschland norddeutsch werden, d. h. in die norddeutsche Union eintreten könnte: Das ist eine Verhandlung, ob und unter welchen Bedingungen man durch eine Thüre eingehen wolle, die der Thürhüter geschlossen und verriegelt hält.

Freilich, diese wohlmeinenden Politiker berufen sich darauf, daß man durch Eintritt in das Parlament sofort dem Preußenthum die Oberhand abgewinnen, alles preußische deutsch färben und zugleich einer freisinnigen Richtung die Herrschaft verschaffen könne. Nur ist eben stark zu bezweifeln, daß in Berlin dieses Motiv eine günstige Wirkung thun würde; es ist dort eher das Gegentheil einer Empfehlung. Gerade darum rufen die Herren nicht nach Berlin: wozu soll es helfen, wenn man sich einseitig aufdrängt? Allerdings ist Graf Bismarck wohl vorurtheilslos genug, daß er vor einem liberalen oder selbst demokratischen Stichwort, wenn es ihm zweckdienlich erscheint, so wenig zurückschrecken wird, wie Napoleon III.; aber eben so wenig wie Dieser wird er dulden, daß ihm das gebrauchte Mittel irgendwie thatsächlich über den Kopf wachse. Zudem hat Graf Bismarck in der Wahl seiner Mittel nicht so unbeschränkt freie Hand, wie der Selbstherrscher der Franzosen. Der politische Geist der Kreuzzeitung war längst da, ehe das Blatt selbst entstand: er ist die alt-preußische Tradition am Hofe, bei dem grundbesitzenden Adel, und im Offizierkorps der Armee; es wäre ungereimt, zu glauben, daß die herrschende Klasse durch einen siegreichen Feldzug, dessen Verdienst sie sich zuschreibt, sollte heruntergestimmt worden seyn. Darüber kann auch ein so mächtiger Minister, wie Graf Bismarck, nicht hinaus: — auch wenn er es wollte, was noch dahin steht. Eine captatio benevolentiae für Deutschthum und bürgerliche Freiheit ist da so wirkungslos, wie etwa in einem Kaufladen der naive Wunsch einer Dame: „Jetzt zeigen Sie mir aber bessere Stoffe als diese, und zugleich wohlfeiler." Für derartige Wünsche hat eben der Kaufmann seinen Laden nicht eingerichtet. Der sogenannte Nationalverein hat seine Dienste gethan, und darf nicht zu einem Hinderniß werden. Das sogenannte Parlament soll eine Art von Gutheißung für die beabsichtigten Gebietsveränderungen aussprechen, wird aber sonst schwerlich einen größeren politischen Einfluß erlangen, als z. B. der

gesetzgebende Körper in Frankreich. In dem ersteren Zwecke liegt gerade die Hemmung: Preußen darf um keinen Preis riskiren, daß in den Gebietsfragen die Majorität schwankend werde oder nur geringfügig ausfalle, auch nicht, daß sie Bedingungen der inneren Politik vorschreibe, und deßhalb kann es den Süden in seinem Parlament nicht brauchen.

Schon diese Erwägungen einheimischer Politik wären ein zureichender Grund; es kommt aber auch noch ein Motiv aus den Verhältnissen nach außen dazu. Preußen hat Zeit nöthig, um sich in seinen Errungenschaften auch nur vorläufig zurechtzusetzen; so lange Dies noch nicht geschehen ist, dienen sie auch noch nicht als eine wirkliche Verstärkung, wenn es z. B. einen auswärtigen Krieg zu bestehen hätte. Bereits treten unverkennbare Zeichen einer wachsend eifersüchtigen Stimmung in Frankreich zu Tage. Für einen ausbrechenden Krieg nach dieser Seite hin wären die neu zu annektirenden Länder und ihre Wehrkraft derzeit nicht vollauf brauchbar für Preußen; von dem vertragsmäßig ausgeschlossenen Oesterreich, welches bisher als Bundesglied zum Beistande verpflichtet war, hätte es natürlich einen solchen nicht mehr zu erwarten, möglicher Weise sogar eine Allianz desselben mit Frankreich zu befürchten. Man sieht, Preußen hat ein sehr naheliegendes Interesse, die französische Eifersucht nicht dadurch weiter zu reizen, daß es auch noch in Süddeutschland um sich greift. Süddeutschland aber, scheint mir, hat ein nicht minder einleuchtendes Interesse, jetzt, da ihm der Rückhalt Oesterreichs durch Preußen genommen ist, weder einen französischen Krieg heraufzubeschwören, noch eine Abfindung Frankreichs durch Abtretung deutschen Bodens seinerseits mit zu veranlassen. Wer jenen Krieg oder diese Abfindung wünscht, nun, der kann allerdings nichts Besseres thun, als daß er um augenblickliche Aufnahme in die norddeutsche Union supplizirt.

6. August 1866.

Nach dem Süden gehen noch fortwährend Truppen ab. Italien, scheint es, will durchaus noch einen Waffengang versuchen, ehe es sich zum Frieden entschließt; also richtet man sich darauf ein. Was die Italiener zu erreichen hoffen, da ihnen Preußen nicht mehr zur Seite steht, ist freilich schwer erklärbar; auch läßt sich

nicht wohl eine Situation denken, vermittelst deren eine dritte Niederlage ihnen das südliche Tyrol eintragen könnte. Ein Glücksfund, wie der von Venetien, ist ein so seltener Fall, daß er in Jahrhunderten nicht wiederkehrt. Bemerkenswerth ist die entschieden österreichische Gesinnung des Landvolks in Wälsch-Tyrol, welche sich bei jeder Gelegenheit mit Feuereifer thatkräftig erweist. Ein Korrespondent der Tyroler Schützenzeitung macht deßhalb den unmaßgeblichen Vorschlag, den Bauern in dem Landestheil italienischer Zunge auf zehn Jahre die Steuern zu erlassen, und dafür die Signori in den Städten stärker heranzuziehen. Natürlich wäre Dies nur auf die Dauer eines Ausnahmszustandes thunlich. Als Radetzky die Lombardei wieder erobert hatte, und die schwer kompromittirten Signori sich flüchteten, tauchte der Vorschlag auf, die in Beschlag genommenen Güter der Schuldigsten zur Belohnung militärischer Veteranen zu parzelliren, und so den Anfang einer sozialen Reform in Bezug auf den bisher besitzlosen italienischen Bauernstand zu begründen. Dieser Vorschlag wäre durchführbar und das Beispiel von unberechenbarer Wirkung gewesen; Radetzky war jedoch derartigen Maßregeln abgeneigt.

Graf Bismarck hat in Nikolsburg mehrfach und mit Ostentation erklärt, daß er die süddeutschen Staaten nicht mit in der norddeutschen Union haben wolle. Möglicher Weise könnte man Das als ein indirektes Compelle eos intrare auslegen, auf die Voraussetzung gebaut, sie könnten nicht anders und müßten erst darum bitten; ich meinerseits halte es für aufrichtig gemeint und für staatsklug. Auch die politisch-geistige Verdauungskraft hat ihre Gränzen, so gut wie die physische. Berliner Blätter haben als Motiv für die gänzliche Annexion Hannovers und Kurhessens die Erfahrung mit Sachsen geltend gemacht, welches man auf dem Wiener Kongreß theilte: nun habe sich der abgerissene Theil seither längst innig und vollständig mit Preußen verschmolzen, in dem selbständig gebliebenen Theil aber ein nachhaltiger Groll mit steter Sehnsucht nach Zurückerlangung des Verlorenen ausgebildet. Daß man eben so leicht, wie jenen Theil, auch das ganze Sachsen politisch verdaut haben würde, folgt daraus unmittelbar noch nicht: wohl aber würde man direkt den Lehren jener Erfahrung entgegenhandeln, wenn man z. B. jetzt darauf ausginge, Einzelstücke von Bayern abreißen zu wollen. Man wird genug und übergenug

mit Dem zu thun haben, was man in Norddeutschland an sich zu nehmen beabsichtigt.

---

7. August 1866.

Hiesige Blätter legen die preußische Thronrede als ein Bekenntniß zum „ernstesten Fortschritt" aus und sehen darin die Ankündigung einer Epoche, in welcher „von einer mächtigen Regierung in Deutschland die populärsten Ideen als Hebel der Macht angesetzt werden." So das Neue Fremdenblatt. In einer ähnlichen Richtung sagt die Neue freie Presse: „Preußen scheint nicht nur gute Generale, sondern auch gewandte Staatsmänner zu haben; des Grafen Bismarck liberale Anwandlungen scheinen dauerhaft werden zu wollen." Die Adresse dieser Auffassungen ist nach Wien gerichtet, nicht nach Berlin, und Das kennzeichnet die obwaltende Stimmung. Andern ist in der preußischen Thronrede umgekehrt aufgefallen, daß sie die Bezeichnung „Parlament" vermeidet.

Mit Italien scheint in der That der Krieg wieder aufleben zu wollen, wenn man nicht während der Waffenruhe noch über eine vorläufige Grundlage für Friedensunterhandlungen einig wird. Auf eine Abtretung des südlichen Tyrols wird Oesterreich natürlich unter keinerlei Umständen eingehen. In dieser Beziehung hätte der „Kamerad" nicht nöthig gehabt, so dringend gegen etwaige Nachgiebigkeit aufzutreten, wie er in seiner heutigen Nummer thut. „Soll Friede geschlossen werden" — heißt es darin — „nach einem Raub am Lande Tyrol? Sollen 60,000 in Waffen starrende Enkel der Kämpfer von 1809 nicht unterthänigst bitten dürfen, daß sie jeden Quadratfuß Tyroler Erde mit dem letzten Tyroler Blutstropfen vertheidigen dürfen?" Auch diese Frage geht an eine andere Adresse und drückt eigentlich in Bezug auf den Nikolsburger Waffenstillstand nochmals eine gewisse Verstimmung aus. Noch deutlicher tritt Dies in einer Korrespondenz aus Bozen vom 1. August hervor, welche eines Gerüchts von Waffenstillstand erwähnt, jedoch hinzufügt, keine Christenseele vermöge anzugeben, von wem sie die „unselige Nachricht" habe; hieran reiht sich sodann in Klammer die Bemerkung: „Ich bitte, Angesichts Ihrer Ausnahmszustände, nicht Ihren Nikolsburger Waffenstillstand mit unserem eventuellen zu verwechseln." Der „Kamerad" ist eine militärische Zeitschrift, militärisch in seiner Redaktion, seinen Mitarbeitern, und seinem

hauptsächlichen Publikum. Die Armee hätte auch Preußen gegenüber die Fortsetzung des Kampfes lieber gesehen. Hiezu paßt nun freilich nicht, was der Times-Korrespondent aus dem österreichischen Lager erzählt, nämlich daß Feldzeugmeister Benedek schon zwei Tage vor der Schlacht bei Königgrätz nach Wien gemeldet habe: „wir müssen Frieden machen.“ Dies würde erklären, warum man in Wien sogleich nach der verlorenen Schlacht die Bankvorräthe, Kassen ꝛc. zu flüchten anfing; aber zu der Festigkeit, womit die Benedek'sche Armee bei Königgrätz kämpfte, und zu dem Umstande, daß gegen 2 Uhr Nachmittags die Schlacht für Oesterreich gewonnen schien, paßt es nicht. Die Zukunft muß diese Widersprüche aufklären.

Vor etwa vier Wochen war die Anschaffung des Lindner'schen Hinterladungsgewehrs als entschieden angekündigt, eben so die begonnene Umwandlung der im Zeughaus befindlichen Gewehre in Lindner'sche; man hätte glauben können, es müßten bereits 20- bis 30,000 Stück fertig seyn, um jetzt in Tyrol verwendet zu werden. Statt dessen erfährt man nunmehr, daß nicht das Lindner'sche, sondern ein amerikanisches Muster (erst seit ganz Kurzem) angenommen ist. Es ist nur zu wünschen, daß die Auswahl des Besten und Allerbesten nicht etwa das Gute hindere; sonst könnte uns der nächste Krieg abermals noch mit dem alten Schießprügel versehen finden. In Frankreich hat man in derselben Zwischenzeit bereits 60,000 Hinterladungsgewehre fertig gebracht.

---

8. August 1866.

An der norddeutschen Union, welche sich unter Preußen bildet, und an der süddeutschen Union, wenn eine solche zu Stande kommt, wird Oesterreich unbetheiligt seyn, aber aus dem mittelbaren Zusammenhang mit Deutschland tritt es darum nicht; gränzt es doch an deutsche Gebiete vom Bodensee an bis gegen Krakau! Eine Großmacht mit solcher Gränze wird immer eine Politik in Bezug auf Deutschland haben, — wird sie haben müssen, auch wenn sie nicht wollte, — und für Deutschland wird diese Politik eben so wenig gleichgiltig seyn, als es die Gestaltung der deutschen Politik für Oesterreich ist. Hiezu kommt weiter, daß in jener Gränzlinie die Gebirge von Böhmen, Salzburg, Tyrol, und Vorarlberg wie

natürliche Festungen liegen. Endlich ist nicht außer Rechnung zu lassen, daß in der österreichischen Monarchie nicht weniger als 8 Millionen Deutsche leben, und daß diese 8 Millionen ein Bestandtheil der deutschen Nationalität sind, welche sich schon in schlimmeren Zeiten, nämlich aus dem Druck der Napoleonischen Herrschaft heraus 1813, recht anschaulich geltend zu machen wußte. Auch jetzt wird man ihr diese Geltung nicht auf die Länge vorenthalten können; während man aller Orten und Enden von Nationalität spricht, kann man nicht wohl, im Gegensatze zu dem vielgesungenen Arndt'schen Liede, zu dem Deutschen allein sagen: „Dein Vaterland muß kleiner seyn!"

Auf diesen Verhältnissen, und nicht auf dem an und für sich machtlosen Präsidium des Bundestags in Frankfurt, beruhte thatsächlich der Anspruch oder das Anrecht Oesterreichs, in den deutschen Angelegenheiten auch seinerseits ein Votum und eine Mitwirkung zu haben, und Dies war auch das Interesse der deutschen Gesammtheit. Vielleicht war der bisherige Bund nicht die geschickteste Form dafür. Oesterreich entrichtete seine Einzahlungen in die Bundeskasse, half die Bundesfestungen bauen und stellte Besatzungstheile hinein, hatte im Kriegsfall sein Bundeskontingent marschiren zu lassen, und empfing für Dies Alles im Grunde keine Gegenleistung; 1859, wo der Bund dazu bereit gewesen wäre, und ein süddeutscher Enthusiasmus förmlich darauf drängte, wurde sie durch Preußen hingehalten, und blieb aus. Für die Zukunft, nachdem man Oesterreich ausgesperrt hat, fallen seine bisherigen Verpflichtungen weg, aber das Interesse namentlich des südlichen Deutschlands, z. B. in einem Kriege gegen Frankreich im Rücken gedeckt zu seyn, bleibt dasselbe. Auch das vergrößerte Preußen wird in einem solchen Falle keine besondern Streitkräfte für das südliche Deutschland übrig haben, welches letztere demnach nicht sein Alles auf die Karte Berlin zu setzen vermag. Andrerseits hat auch Oesterreich ein Interesse dabei, daß nicht schon bei Salzburg und gegen Passau hin Feindesland anstoße, wie es bei einer preußischen Oberhoheit im deutschen Süden ohne Zweifel der Fall wäre.

Für diese beiderseitigen Interessen muß sich nach dem Sturze des alten Bundes eine neue vermittelnde Form finden, wenn man nicht geradezu den Boden natürlicher Politik untergraben will. Eine süddeutsche Union mit der norddeutschen in einem geregelten Wechsel-

verhältniß ist der Anfang dazu; sie allein kann später eine Art von Vermittlung mit Oesterreich anbahnen. Man wird seiner Zeit finden, daß Dies im allseitigen Interesse liegt. Die norddeutsche Union, wie schon ihr Name ausdrückt, ist prinzipmäßig ein Sonderbund: eine süddeutsche ist das anknüpfende Band zu nationaler Ergänzung, läßt einen deutschen Namen übrig, der nicht preußisch ist, und bildet in ihrer ganzen Stellung einen Sporn, daß die norddeutsche Union nicht in blosen Partikularismus und Mißachtung der moralischen Triebfeder des deutschen Nationalgeistes versinke. Wenn statt Dessen Oesterreich genöthigt wird, sich auf ausschließlich österreichische Standpunkte zu stellen, in derselben Weise, wie Preußen bei der Sprengung des deutschen Bundes sich auf blos preußische Interessen zurückzuziehen erklärte, so ist die ganze Zukunft Deutschlands gefährdet, und eine Nationalkraft, welche vereinigt einem Welttheil Gesetze vorschreiben könnte, löst sich in Bruchstücke und Trümmer auf.

9. August 1866.

Kommende Ereignisse, sagt man, werfen ihre Schatten voraus; den Ereignissen der Gegenwart ist ihr Schatten vorangegangen in der Zeitungspresse. Man erinnert sich der frühen Begeisterung deutscher „Sympathiephilister" für die Sache Italiens. Damals fand man es seltsam, angeblich gute Deutsche für eine Sache schwärmen zu sehen, die denn doch erklärtermaßen auch deutsche Gebietstheile — Tyrol bis an den Brenner und das Triester Küstenland mit einem Anhängsel bis weit landeinwärts — mit in Anspruch nahm: jetzt hat man den politischen Schlüssel dazu. Es waren „gute Leute und schlechte Musikanten", wie Shakespeare sagt. Jener reiche Bierbrauer in Hinterschöppenstedt, der sein neugebornes Knäblein auf den Namen Garibaldi taufen ließ, lebte bereits in der Vorbedeutung von 1866, und wollte im Gefolge Garibaldi's eigentlich Wien erobern: mit der Einheit Italiens feierte er indirekt eine angestrebte Zerreißung Deutschlands. So wie er, dachte und fühlte ein quantitativ ansehnlicher Theil der norddeutschen Presse. Die Politik der Piemontesen war ihr Vorbild, und wenn die Nachahmung nicht schließlich deutsches Land an Frankreich abzutreten hat, wie es dort mit italienischem geschah, so ist jene Presse wenigstens unschuldig daran. Wer weiß, was noch nachkommt.

So wie auf diese Weise eine Allianz mit Italien antizipirt war, so war auch die großdeutsche Richtung in der Presse majorisirt, lang' ehe sie es durch die Ergebnisse des Kriegs wurde. Mehr und mehr gewann die gothaische Färbung, der Zahl ihrer Vertreter nach, die Oberhand. Es scheint mehr, daß die Blätter ihr Publikum nach sich zogen, als daß von dem letzteren die Umstimmung der Blätter ausging; selbst im nördlichen Deutschland außerhalb Preußens war die Initiative zum Umschlag nicht vorwiegend die der Leser und Abonnenten. In den zwanziger Jahren dieses Jahrhunderts machte in Frankreich ein Royalist die Bemerkung, daß in den royalistischen Zusammenkünften die große Anzahl der Grauköpfe auffallend sey; eine ähnliche Bemerkung konnte man seit dem italienischen Kriege von 1859 in den Versammlungen großdeutscher Vereine machen. Es fehlte an einem entsprechend zahlreichen jüngeren Nachwuchs. Man sah da Männer von angesehener Stellung und gereifter Erfahrung, Veteranen des Staatsdienstes, zum Theil Pensionäre desselben, Konservative aller Art ꝛc.; allein, wie die böse Welt sagt, die Konservativen bringen am wenigsten Opfer für ihre Presse, sey es auch nur durch Abonnirung. Es ging wie 1849 mit den „Weißen" in Frankreich, von denen mir während des Pariser Juniaufstandes ein Franzose in Metz, nachdem er von den „Rothen" und den „Blauen" gesprochen, zwar versicherte, daß welche da seyen, daß sie aber nicht in Betracht kämen: „ils ne descendent pas dans la rue", sagte er. Rühriger war die sogenannte demokratische Abtheilung der großdeutschen Partei; dessenungeachtet war die großdeutsche Richtung längst in der Presse überholt und zur Minorität geworden, bevor in der äußeren Welt die Schlacht bei Königgrätz wider sie den Ausschlag gab.

Auch der deutsche Bundestag war in der Presse moralisch zu Grabe getragen, während er noch unbehelligt in der Eschenheimer Gasse zu Frankfurt Raths pflog. Nach außen hin hatte er niemals in irgend einer Weise imponirt oder auch nur einen Versuch dazu gemacht, was ein schwerer politischer Fehler war; politische Weltereignisse, Friedensschlüsse, Konferenzergebnisse und dergleichen theilte man ihm in der Regel mit, nachdem sie im Zeitungspublikum bereits wieder halb vergessen waren; von einem Aufschwung oder Enthusiasmus vermittelst eines so vernachlässigten Instituts konnte gar nicht die Rede seyn. Er selbst traute sich so Etwas nicht zu. Früher

hatte man wenigstens noch an eine gewisse Tauglichkeit der Militärverfassung des Bundes geglaubt; schon seit Jahren meldeten sich auch in dieser Hinsicht bedeutende Zweifel an, und die letzte Zeit hat sie nur allzusehr bestätigt.

Auch gegen einen französischen Angriff würde diese Einrichtung sich um Nichts besser bewährt haben. Von dem Moment an, wo die im Jahr 1863 angefaßte Bundesreform scheiterte, war kein Heil und kein Segen mehr darin. Die Mahnung der vorletzten Stunde wurde überhört; jetzt kehrt die Nemesis Alles miteinander aus. Der Sieg Oesterreichs hätte den Bund wieder zu stützen vermocht, jedoch, wenn man abermals an dem Widerstand von 1863 gegen die Reform festhielt, schwerlich auf lange.

Und was folgt schließlich aus Alledem? Daß auch eine falsche Zeitrichtung die Majorität der Stimmen gewinnen kann, vorbehaltlich einer späteren Erfahrung, die Das sodann als einen provisorischen Uebergangszustand erscheinen läßt, also ohne Aussicht auf lange Dauer, während hingegen eine Altersschwäche, die sich ihrer Verjüngung widersetzte, nicht an einem Irrthum Anderer, sondern an ihrem eigenen stirbt. Jene geht einer Umkehr entgegen: diese hört einfach auf, zu seyn. So wie der Bund war, wird er niemals wiedererstehen. Jetzt stehen wir auf Trümmern: ob sich der Neubau, dem wir entgegensehen, haltbarer gestalten wird, Das hängt von der Art ab, wie man ihn anfaßt. Alle Thatsachen sind wandelbar, auch die neuen; die Geschichte besteht aus nichts Anderm.

---

12. August 1866.

So hat denn richtig, wie es längst geplant war, Venetien an Viktor Emanuel gelangen müssen, und zwar nicht durch italienische Waffen, sondern durch deutsche. Die andern Venetien in Europa — es gibt ihrer eine große Zahl — läßt man vorläufig wie sie sind. Von demselben Prinzip der Nationalität aus nämlich, welches Venetien nicht bei Oesterreich duldete, ist das italienische Nizza ein Venetien in französischer Hand, Gibraltar ein spanisches und die Insel Helgoland ein deutsches Venetien unter englischer Herrschaft, das Gebiet polnischer Zunge bei Preußen ein polnisches, als Bestandtheil der Schweiz Tessin ein italienisches, so wie das französisch redende Westland der Eidgenossenschaft ein französisches Venetien,

und hinwiederum bei Frankreich das Elsaß mit Deutsch-Lothringen ein Venetien deutscher Nationalität. Um nun völlig konsequent zu seyn, kündigen französische Blätter, nachdem in Italien das Prinzip der Nationalität obenauf gekommen ist, zum Zweck eigenen Vortheils das prinzipielle Gegentheil, d. h. einen Anspruch auf Erweiterung des deutschen Veneticus für Frankreich an. Man nennt unsere Zeit eine intelligente, und sie selbst hält sich dafür, aber in Bezug auf Logik werden ihr wunderliche Sprünge zugemuthet. Alles in usum Delphini! Der eine Staat soll hergeben, was fremder Nationalität ist, und der andere, welcher eben dieses Prinzip proklamirt hat, verlangt in demselben Athem aus Bestandtheilen fremder Nationalität auch noch Zuwachs. Insofern es sich dabei um rein willkührliche Fragen des Waffenglücks handelt, möge man lieber auch bei dem wahren Namen der Sache bleiben, anstatt die öffentliche Meinung Europa's durch leere Vorwände täuschen zu wollen; sie müßte aus Trotteln (Cretins) bestehen, wenn sie nicht einsähe, daß Das, was man verlangt, gegen das selbstproklamirte Prinzip der Nationalität ist. Die „Idee", für die man 1859 gekämpft, diesmal aber Andere als Kämpfer gestellt hat, löst sich auf diese Art einfach in den logischen Widerspruch auf, daß man erstens die Sache der Nationalitäten angeblich unterstützt, zweitens aber, zur Belohnung für diesen Beistand, das angeblich verfochtene Prinzip durch eine direkte Negation desselben auf den Kopf stellt.

Ein deutscher Bürgerkrieg, als solcher auch seinerseits eine Negation des Prinzips, war freilich eine starke Verlockung. Gegen die französische Republik und Napoleon I. waren die Waffen Oesterreichs stets bereit für Deutschland; 1859 vertheidigte es indirekt den Rhein am Po, insofern es gegen eine französische Machtentwicklung Front machte; 1866 ist als Ziel eines Bürgerkriegs das gewünschte Resultat erreicht worden, daß man Oesterreich aus den Reihen der Vertheidiger des Rheins ausgestrichen hat. Die ganze Wucht dieser Aufgabe fällt nunmehr — verlangtermaßen — auf Preußen mit seinen Verbündeten allein. Auf den italienischen Bundesgenossen, wenn überhaupt, wird es dabei nicht viel zu rechnen haben; er könnte höchstens durch italienische Niederlagen einen Theil der feindlichen Macht beschäftigt halten, wird aber schwerlich zu einem solchen Risiko zu bereden seyn. Ob jetzt, ob etwas später: — unausweichlich tritt an die „preußische Spitze" eine Prüfung gegenüber

von Frankreich heran. Natürlich fühlt man sich ihr gewachsen, sonst hätte man nicht für die Ausschließung Oesterreichs einen Bürgerkrieg geführt. So sehen wir unerquicklicher Weise aus jedem Krieg wieder den Keim eines neuen herauswachsen. Der Krieg in der Krim hat an der türkischen Frage Nichts gelöst, denn die Krisis kann zu jeder beliebigen Zeit neu ausbrechen; die italienische Frage, trotz eines wiederholten Kriegs, ist ebenfalls nur provisorisch erledigt, denn vermittelst fremder Hilfe und eigener Niederlagen baut sich kein selbständiger Großstaat auf; was endlich die deutsche Frage betrifft, so steht sie offenbar erst in den Anfängen ihrer Entwicklung. Vor der Hand hat der Bürgerkrieg nur ein verkleinertes Vaterland und eine Schwächung gegenüber dem Auslande gebracht. Dies Alles ist unerfreulich anzusehen; Deutschland insbesondere hat eine unsichere, ruhelose, hin- und herschwankende, aus einem Provisorium in das andere fallende Zukunft vor sich. „Das Kaiserreich ist der Friede!"

— —

14. August 1866.

Nach und nach gewinnt man einen nähern Einblick in die Entwicklungsgeschichte der jüngsten Vergangenheit, welche sich nun vorurtheilslos überschauen läßt. Es ist nicht richtig, daß Benedek schon vor der Schlacht bei Königgrätz hieher geschrieben haben soll, man müsse Frieden machen; so wird mir aus wohlunterrichteter Quelle versichert, und so stimmt es auch zu dem Charakter des Heerführers. War er doch nur schwer von Olmütz wegzubringen, weil er vor Begierde brannte, die Scharte von Königgrätz wieder auszuwetzen. Auch Das ist unrichtig, daß in dem Gefechte bei Blumenau Preßburg die dort kämpfende österreichische Heeresabtheilung abermals umgangen gewesen sey, als die Waffenruhe eintrat, und gleichsam durch preußische Truppen habe hindurchmarschiren müssen, um nach Preßburg zu gelangen. Allerdings hatte die preußische Brigade Bose die Rückzugslinie der in der Front unüberwältigten Kämpfer erreicht; allein die fünf preußischen Bataillone waren von neun österreichischen eingeschlossen, hatten keine Artillerie bei sich, standen aber in Schußweite einer auffahrenden österreichischen Batterie, d. h. die Brigade Bose war abgeschnitten, und wäre ohne den Eintritt der Waffenruhe entweder vernichtet worden oder in Gefangenschaft gerathen. Dies hätte auch das Zündnadelgewehr nicht zu verhindern

vermocht. Sonst aber kommt dem letzteren unleugbar ein Haupttheil an den preußischen Erfolgen zu. Gegenüber einer stetig zurückweichenden Feuerlinie mit ununterbrochenem Kugelregen erwies sich der Bajonettangriff als machtlos; mit der Feuerwaffe aber, auch nur ein dreimal so schnelles Feuer der Zündnadel angenommen, befand man sich dermaßen im Nachtheil, daß das Gewehrfeuer von 100 Preußen dem von 300 Oesterreichern gleichstand; auf die Mannschaft der Infanterie machte Das einen deprimirenden Eindruck, wie ihn dem gewöhnlichen Schießgewehr gegenüber eine Bewaffnung mit Pfeil und Bogen erlitten haben würde. Die moralische Wirkung ging noch weiter, als die materielle: der Soldat verlor das Vertrauen auf seine Waffe und auf den Erfolg. Den strategischen und taktischen Fehlern bleibt damit ihr Daseyn unbenommen, allein die Ueberlegenheit des Zündnadelgewehrs schnitt der persönlichen Tapferkeit der Truppen die Möglichkeit ab, jene Fehler, wie es sonst wohl vorkommt, thatsächlich wieder zu verbessern oder unschädlich zu machen. Ein sehr tiefgreifender Uebelstand war es ferner, daß die Gesammtanzahl der verfügbaren Streitkräfte gegen einen doppelten Feind von vorn herein unzureichend war. Anfänglich war die allgemeine Annahme die, daß im Norden Benedek 350,000 Mann, und im Süden der Erzherzog-Marschall 250,000 Mann unter sich habe; im Ganzen, alle Besatzungen, Depots, und sonstigen Einzelabtheilungen in dem großen Kaiserstaate mitgezählt, rechnete man bis auf 800,000 Mann. Allein alle diese Ziffern waren falsch. Wo eigentlich der Irrthum steckte, weiß ich nicht zu sagen; selbst in sonst sehr gut orientirten Kreisen wurde er getheilt. Auch wäre jene Gesammtzahl für eine außerordentliche Kraftanstrengung des Kaiserstaats keineswegs zu hoch, vorausgesetzt, daß er Zeit genug zu gehöriger Vorbereitung hat. In einem künftigen Falle kann sie erreicht werden, und zwar ohne daß Oesterreich so weit ginge, wie diesmal Preußen, welches ungefähr drei Prozent seiner Bevölkerung unter die Waffen stellte. Graf Bismarck hat von seinem Standpunkt aus vollkommen Recht gehabt, als er darauf bestand, daß der Krieg nothwendig in diesem Jahr stattfinden müsse, theils weil Oesterreich notorisch nicht darauf eingerichtet war (noch bei der Abreise Benedeks in das Hauptquartier glaubte man halb und halb, Preußen werde der abgegebenen Versicherung gemäß nicht angreifen), theils weil das Zündnadelgewehr bei längerem Aufschub einer eben-

bürtigen Waffe hätte begegnen können. Es ist nur so lange eine Ueberlegenheit, als es ein Monopol ist: so aber war es das Zündnadelgewehr, welches nicht nur diesen Krieg führte, sondern durch das Bewußtsein jener Ueberlegenheit zugleich wesentlich zu der Entschließung des Ausbruchs beitrug.

16. August 1866.

Nur immer von Mediatisirung der Fürsten zu reden, ist offenbar einseitig: es werden auch Völker und Verfassungsrechte mediatisirt. Diese Völker hatten bisher einen Willen, und in ihrem Verfassungswesen das Mittel, ihn zur Geltung zu bringen: — was bietet man ihnen dafür? Das norddeutsche Parlament. Allein je weiter es sich hinausschiebt, desto kleinlauter spricht man davon. Ein Parlament heißt man's: am Ende jedoch hilft es auch mit diesem Namen weiter zu Nichts, als etwa dem Parlamentismus aus dem Sattel.

---

18. August 1866.

Von verschiedenen Punkten aus, vereinzelt übrigens, richten sich fragende Blicke nach England hinüber, ob es denn als europäische Großmacht abgedankt habe? Man geht dabei von den Erinnerungen an eine frühere Zeit aus, in der es sich nicht so passiv verhielt; allem Anschein nach geht man jedoch irre damit. Das England von 1866 ist nicht mehr das England zur Zeit des ersten Napoleonischen Kaiserthums; schon deßhalb nicht, weil es nicht mehr die gleiche Aufgabe vor sich hat. Damals kämpfte es mit Anstrengung aller Kräfte gegen das sogenannte Kontinentalsystem, d. h. gegen die Ausschließung seines Handels und seiner Schifffahrt aus allen Häfen Europa's, so weit die Macht Napoleons I. reichte; um jeden Preis mußte es dieses System zu vernichten suchen, und es gab keine europäische Frage, gleichviel wie geartet oder benannt, die nicht ein Bestandtheil dieser Hauptfrage für England war. Jetzt dagegen ist es in seinen Lebensinteressen unbedroht; auch das Frankreich von 1866 ist nicht mehr das Frankreich von damals, und Napoleon III. hat sogar die Vorsicht gebraucht, Englands öffentliche Meinung durch einen Handelsvertrag zu bestechen, so wie hinwiederum Preußen seinerseits Frankreich durch einen vortheilhaften Handelsvertrag gün-

stig stimmte, welcher zugleich den Interessen Englands zu gute kam. Man sieht, Das ist eine wesentlich andere Lage, als in den Jahren der Kontinentalsperre. Ueberdies hält England an einem Grundsatz fest, der ihm die Theilnahme an mancherlei Schwierigkeiten erspart: es erkennt jede thatsächliche Regierung als solche an, und wenn diese etwa gleichfalls wieder umgeworfen wird, hat es dieselbe Anerkennung für den Nachfolger; die Zwecke des Handels und Absatzes bleiben sich dabei gleich. Grund genug, um im Interesse seiner Industrie manche Passivität zu erklären. Zu was eine Störung des Friedens, wenn dadurch ein gewinnreicher Handel unterbrochen wird, also der Friede Geld einbringt und der Krieg vielmehr Geld kostet?

Es ist wahr, England macht zahlreiche Ausnahmen von dieser Friedfertigkeit; allein sie führen sich sämmtlich auf zwei Motive zurück: entweder wird der Krieg geführt, um bestehende Handelsverbindungen und Absatzwege zu beschützen, beziehungsweise zu erweitern, oder, was damit im Zusammenhang steht, es geschieht jener fixen Idee zuliebe, vermöge deren England jede Kriegsflotte eines andern Staats, sey sie auch erst in ihren Anfängen begriffen, mit den Augen einer feindseligen Eifersucht ansieht. Diese fixe Idee bildete sich eben während der Napoleonischen Kontinentalsperre aus. Damals zerstörte oder nahm es der Reihe nach die französische, die spanische, die holländische Flotte, nebenbei auch die Dänemarks, welches mit England gar nicht im Kriege war, und seither lebt es in der naiven Grundanschauung, daß jeder Aufschwung einer fremden Seemacht ein unberechtigter, gleichsam eine Meuterei gegen die englische Meeresherrschaft sey. Entsprechend dieser Grundanschauung, entgegen seiner sonstigen türkischen Politik, vernichtete es die türkische Flotte bei Navarin; mit demselben Motiv ging es in dem Krimkrieg, nachdem Rußland die türkische Flotte zerstört hatte, auf Zerstörung der russischen aus, und verfolgte damit einen echt englischen Zweck, während Napoleon III., welcher diesen Krieg aus persönlichen oder dynastischen Gründen angestiftet hatte, mit jedem russischen Linienschiff einen natürlichen Alliirten gegen Englands maritime Oberhoheit zusammenschoß. In dem amerikanischen Bürgerkriege, wieder aus dem gleichen Motiv, waren die Sympathien Englands auf der Seite der Südstaaten, weil ihre Lostrennung eine für England gefährliche Seemacht in zwei feindliche Theilstücke zu spalten

versprach, und wohl zu seinem Erstaunen fand es dabei den Kaiser der Franzosen neben sich, der sich in Bezug auf Mexiko damals mit Planen zu tragen schien, für die der Sieg der Südstaaten die Voraussetzung war, und welche inzwischen in Dunst und Nebel aufgegangen sind. Also hier abermals stand Frankreich außerhalb des Kreises, in dessen Umfang es, dem englischen Uebergewicht zur See gegenüber, sich mit den Vereinigten Staaten und Rußland zusammenfinden würde. Vielleicht ist Dies der Grund, warum England die französische Politik nicht „beschreien" will. Ein Zerwürfniß mit England würde diese unmittelbar in die Richtung treiben, in der sie auf ein Verständniß mit Rußland und der amerikanischen Union träfe, während sie bis jetzt keineswegs auf dem Wege dazu zu seyn scheint. Für die englischen See-Interessen ist eine Fernhaltung dieser natürlichen Allianz wichtiger, als manche andere Frage in Betreff Frankreichs, und zwar nicht sowohl obgleich, als vielmehr weil die Eifersucht Englands gegen Frankreichs aufstrebende Seemacht eine Thatsache ist.

In den Streitfragen des europäischen Festlandes hat England in neuester Zeit, ob auch nur mit Worten, zu zwei verschiedenen Malen eine etwas lebhaftere Theilnahme an den Tag gelegt: in Bezug auf Italien und auf Schleswig-Holstein. Was Schleswig-Holstein betrifft, so waren die englischen Sympathien für Dänemark, für dasselbe Dänemark, welchem England 1807 mitten im Frieden die Hauptstadt bombardirte und die Flotte wegnahm, und diese Sympathien hatten den naheliegenden Sinn, daß einer deutschen Flotte in einem ähnlichen Fall etwas schwerer beizukommen wäre. Die Dänen nahmen diese eigene Art von Freundschaft dessenungeachtet für baare Münze. Was die Sympathien Englands für Italien anbelangt, so ist es eine schwierige Aufgabe, einen Schlüssel dazu ausfindig zu machen. England kümmert sich den Teufel um das Prinzip der Nationalität; es regiert über so vielerlei Nationalitäten nebeneinander, daß die Annahme dieses Prinzips sein gesammtes Reich in und außer Europa in Fetzen risse. An die Redensarten von „Mißregierung" und dergleichen konnte es ernsthafter Weise nicht glauben; überdies übte es in Irland eine Mißregierung aus, wie sie in ganz Europa kaum ihres gleichen fand, und die guten Irländer würden sich noch heute überglücklich schätzen, wenn man dort gütigst so regieren wollte, wie es Oesterreich in der Lombardei

und in Venetien that. Daß man in England geglaubt hätte, Napoleon werde gleichsam als ein Don Quixote des Liberalismus nach Italien ziehen, um allüberall mit Gewalt der Waffen die politische Volksfreiheit durchzusetzen, ist doch wohl ebenfalls nicht annehmbar. Was für eine Erklärung bleibt übrig? Die englische Begeisterung für Italien war Nichts als ein politischer Dilettantismus, eine Sympathiephilisterei, wie in irgend einem Krähwinkel Deutschlands, und darum machte sie auch eine so ziemlich einfältige Miene, als die Sache mit einer Vergrößerung Frankreichs durch Savoyen und Nizza ausging, was weder ein englisches noch ein italienisches Interesse war. Allein einen casus belli daraus zu machen, fiel dem getäuschten John Bull auch nicht im Traume bei.

Angesichts dieser Erfahrungen, glaube ich, geht man irre, wenn man sich der Voraussetzung hingibt, England werde in irgend einer festländischen Frage so leicht aktiv auftreten, und in diesem oder jenem Fall eine eingreifende Mitwirkung über sich nehmen, wie zur Zeit Napoleons I. Die Verhältnisse haben sich allzusehr geändert dafür. Allein zu welchem Zweck alsdann, mag man einwenden, von Zeit zu Zeit eine Konversation im Parlament, die sich mit derartigen Fragen beschäftigt, und wobei eine Reihe von Rednern, wie man zu sagen pflegt, ihren Senf beigibt? Ich wüßte in der That keine zureichende Antwort darauf. Es ist einmal das Herkommen so; verba sunt et praeterea nihil: „Mondschein im Wasser," wie sich ein englisches Sprichwort ausdrückt. Wer es für mehr halten will, dem ist Solches unbenommen; vielleicht ist diese Art von Effekt der Zweck davon.

19. August 1866.

Der Rücktritt Oesterreichs hat die großdeutsche Partei auf den Sand gesetzt: man kann nicht an Oesterreich festhalten, ohne daß Oesterreich mit dabei ist. Innerlich zersetzt aber war die großdeutsche Partei schon lange vorher, und zwar nicht blos in Folge des zeitweiligen Zusammengehens Oesterreichs mit Preußen, wobei das „übrige Deutschland" auf eben so lange ignorirt blieb. Diese Ignorirung wirkte allerdings verstörend ein; andere Ursachen jener allmählichen Zersetzung aber reichen viel weiter zurück. Daß die großdeutsche Partei aus so ganz verschiedenartigen politischen Ele-

menten, aus Aristokraten und Demokraten, aus Konservativen und Fortschrittsmännern zusammengesetzt war, hätte eigentlich als ein Zeichen großer moralischer Stärke zu gelten gehabt, und im Allgemeinen imponirte es auch als ein solches; denn offenbar gehörte eine ungemein starke Ueberzeugung von der Zusammengehörigkeit Oesterreichs und Deutschlands dazu, um so ungleichartige politische Richtungen in dieser einen Hinsicht zu vereinigen und zusammenzuschaaren. Nach einer andern Seite hin, nämlich in dem politischen Leben der Einzelstaaten, war jedoch diese Ungleichartigkeit ein Hinderniß organisirter und ineinander greifender Wirksamkeit. Man war nur in einer Negation einig: in der Verneinung des Hinausdrängens Oesterreichs aus Deutschland; in fast allen andern Dingen wich man in den verschiedensten Richtungen auseinander. Dies hob den Eindruck einer geschlossenen Partei wieder auf.

In Oesterreich selbst fand die öffentliche Meinung nicht das rechte Verständniß für Deutschland, und so fehlte es hier an dem erforderlichen Anhaltspunkt. Die gelesensten Zeitungen Oesterreichs muß man denn doch wohl als einen Ausdruck der öffentlichen Meinung betrachten. Wie oft aber waren da, bald in der einen, bald in der andern, wahrhaft hämische Angriffe auf die entschiedensten Anhänger Oesterreichs in Deutschland zu lesen, lediglich dadurch veranlaßt, daß in einer beliebigen Frage innerer Politik eines deutschen Staates ihre Auffassung nicht mit der einer Wiener Redaktion übereinstimmte! Wiener Blätter nahmen förmlich Partei für die Opposition dieser oder jener deutschen Kammer gegen einen Minister, ohne auch nur halbwegs zu ahnen, daß ein Hauptmotiv dieser Opposition in ihrer gothaischen, d. h. preußischen Färbung steckte, während das in solcher Weise auch von Wiener Blättern angefeindete Ministerium großdeutsch gesinnt war, d. h. zu Oesterreich hielt. Daß man nicht auch den sogenannten Nationalverein selbst, dessen Programm, die Ausschließung Oesterreichs aus Deutschland, sich nunmehr in Thatsachen übersetzt hat, von gewissen Seiten in Wien als ein liberales Oppositionselement mit Sympathien feierte, war nach Analogie der eben erwähnten Einzelfälle fast eine Entsagung. Hat doch erst dieser Tage ein Wiener Blatt einen grimmigen Ausfall auf den Grafen v. Westphalen gerichtet, weil er als Mitglied des preußischen Herrenhauses den Muth hatte, eine schlichte historische Wahrheit auszusprechen,

nämlich die, daß er seinen Huldigungseid seiner Zeit einem *deutschen Bundesfürsten* leistete; eine Polemik dagegen hätte Wien füglich den *Berliner* Blättern überlassen können. Möglicher Weise war die Wiener Polemik auch in der That blos der Abklatsch eines Berliner Artikels, allein in diesem Fall, durch den Wiederabdruck ohne Quellenangabe, machte das Wiener Blatt ihn zu dem seinigen. Das Beispiel ist charakteristisch. Ein „Feudaler" erinnert an das Prinzip der Bundestreue, für welches Oesterreich mit dem Aufgebot aller seiner Kräfte so eben einen Krieg geführt hat; also von Wien aus: „Nieder mit ihm!" Ich errathe sehr wohl, daß das Blatt indirekt den „Feudalen" in Oesterreich selbst Eines versetzen wollte („Herrenhäusler" nannte es den Grafen), allein eben damit bezeichnet es die Kleinlichkeit seiner Auffassung.

Es ist eine Eigenheit politischer Anfangszustände, daß man an alles Mögliche blos einen einzigen Maßstab anlegt, den der gebilligten oder mißbilligten *innern* Politik, und daß man demzufolge für die Interessen des Staats nach außen und für seine Machtstellung entweder gar keine oder nur in so weit Sympathien hat, als man der innern Politik des jeweiligen Ministeriums solche zuwendet. Das ist der sogenannte „Liberalismus in Kinderschuhen." Auf diesem Standpunkte steht jener Italiener, der seine Landsleute über die erlittenen Niederlagen Italiens damit tröstet, ja sie nahezu dafür beglückwünscht, daß ihnen auf solche Art eine einheimische Säbelherrschaft erspart geblieben sei. Auf diesem Standpunkte standen 1848 jene Wiener Sympathiephilister, die im Namen der Volksfreiheit für eine Losreißung Ungarns von Oesterreich schwärmten. Auf diesem Standpunkte stand auch jene spätere Spielart von Liberalismus, die es den Großdeutschen gleichsam übel nahm, daß sie schon damals zu Oesterreich hielten, als es noch absolutistisch war; die großdeutsche Partei in Deutschland, trotz der zahlreichen demokratischen Elemente darunter, galt diesen politischen Anfängern für reaktionär, und zwar gerade wegen ihrer Zuneigung zu Oesterreich! Dies war ein handgreifliches Mißverhältniß. In Paris versteht man sich auf solche Dinge besser: man vermischt die Fragen der Machtstellung nicht mit denen der innern Politik. Wenn eine auswärtige Aristokratie zu Frankreich hält, so wird daran die französische Demokratie, -- und wenn eine auswärtige Demokratie sich Frankreich zuneigt, so wird daran die französische Aristokratie keinen

Anstoß nehmen. Noch viel weniger würden Pariser Blätter sie angreifen dafür. Und wenn es sich um eine mohamedanische Partei gehandelt hätte, die sich an die französische Politik als Verstärkung anschloß, so würde das allerchristlichste Frankreich Rücksichten für den Islam gehabt haben.

Es ist ein starkes Stück, daß die Wiener Zeitungspresse sich nicht zu einem ähnlichen Verständniß erhob. Der Eck- und Grundstein der großdeutschen Partei in Deutschland war die Ueberzeugung von der Unentbehrlichkeit Oesterreichs für die Interessen der deutschen Gesammtheit. Wenn dieser Satz unrichtig war, so fiel das Großdeutschthum in sich zusammen, und zwar zum politischen Nachtheil Oesterreichs; war er hingegen richtig — und dafür gilt er in Süddeutschland auch heute noch — so mußte das Großdeutschthum selbstverständlich unter allen Umständen und Bedingungen für die Machtstellung Oesterreichs Partei nehmen, ungestört in dieser Haupt- und Lebensfrage durch die Spaltungen innerer Politik dort oder daheim. Dies haben die Großdeutschen konsequentermaßen denn auch gethan, und in dieser Beziehung waren sie im Interesse Deutschlands bessere Oesterreicher, als die Pessimisten in Wien. Von den Blättern des s. g. Nationalvereins wurden sie angegriffen dafür, weil man sie verstand; daß sie jedoch auch in der Wiener Zeitungspresse der Verketzerung ausgesetzt waren, weil man sie nicht verstand, rührte zum Theil daher, daß ihr Verfassungsleben ein ungleich älteres war, und daß ihre politische Anschauung und Taktik auf einer um mindestens dreißig Jahre älteren Erfahrung beruhte; jedenfalls aber war dieser tiefgehende Mangel an Verständniß für das Großdeutschthum ein Nagel zu seinem Sarge.

---

20. August 1866.

In dem Verhältniß des Großdeutschthums zu Oesterreich gibt es einen heikeln Punkt, aber es wäre zu Nichts nütze, ihn vertuschen zu wollen: in Oesterreich selbst legt das Deutschthum eine innere Schwäche an den Tag, die fast wie die Krankheit einer wurmstichigen Frucht aussieht. Es gibt fast keine Nationalität in dem großen Kaiserstaat, zu welcher die deutsche nicht Ausreißer und Ueberläufer liefert. Da heißt z. B. Einer Sauerhans, und der spielt sich auf den Urtschechen hinaus; dort heißt ein Anderer Abendroth oder der-

gleichen, und der fühlt sich als Polack schon von den Zeiten der Sündfluth her. Solcher Leute gibt es in Böhmen und Galizien eine Menge, und ihr Sinnen und Trachten ist auf Ueberflügelung des Deutschthums gerichtet. In Ungarn, um jede Spur der Herkunft zu verwischen, nimmt man lieber auch gleich magyarische Namen an. Wer kann es z. B. den HH. Toldy, Matray, Ballagi, Hunfalvi, und Ipoly von der ungarischen Akademie ansehen, daß sie vorher Schedel, Lutzenbacher, Bloch, Unsdorfer, und Stummer hießen? Der Ueberfluß an solchen Fällen ist so groß, daß er noch einen Export ins Ausland abgibt; so hieß der Garibaldi'sche Oberst Figyelmessy aus Pesth eigentlich Merks, und der Befehlshaber der s. g. ungarischen Legion in Italien, Oberst Telkessy, ursprünglich Häfner. Aehnliche Beispiele wurden von Wiener Blättern schon zu Dutzenden namhaft gemacht. In Tyrol rückt bekanntlich die italienische Sprachgränze fortwährend nach Norden vor, und die deutsche weicht in demselben Maße zurück; in Triest geht deutsche Verwahrlosung häufig genug in das Wälschthum über, so daß das Morte ai Tedeschi wenigstens außerhalb der Schlachtfelder eine Art von Erfüllung findet. Sogar an die Slowenen in der windischen Mark gehen deutsche Elemente verloren, und es kommt vor, daß ein beliebiger Spießbürger, der bisher z. B. Scheerauq hieß, sich zu veredeln glaubt, wenn er diesen Namen in Zeravec umtauscht; um Alles richtig auf den Kopf zu stellen, setzt er in slawischer Weise zugleich seinen Vornamen hintendrein, und hält sich nun als Zeravec Ambrosch für einen gemachten Mann. Wahrlich, mit Charakteren dieser Art ist der Bau des großen habsburgischen Reichs nicht gegründet worden!

Wenn man den Ursachen dieser befremdlichen Erscheinung nachforscht, so trifft man auf sehr verschiedenartige Erklärungen. Die populärste derselben ist die, welche Alles kurzweg der Regierung in die Schuhe schiebt: da hat man wieder „eine der Nachwehen des erdrückenden Metternich'schen Systems ꝛc." Nun ist allerdings richtig, daß unter Metternich eine geistige Bewegung irgend einer Art nicht begünstigt war, und daß Dies eine gewisse Schlaffheit zur Folge hatte; allein da der Druck für Alle gleich war, so erklärt sich damit mit nichten, warum es in Oesterreich Deutsche gibt, die sich bei andern Nationalitäten als Deserteure unterstecken. Diese andern Nationalitäten gewinnen sohin einfach ceteris paribus eine geistige Oberhand; die deutsche Selbstverleugnung geht vollständig aus

freiem Willen hervor. In Ungarn spielt dabei sogar eine Art von Oppositionsgeist mit. Dort ist die freiwillige Magyarisirung der Deutschen noch eine Erbschaft von 1848 her, wo auch die deutschen Wiener ihre Sympathien für eine Losreißung Ungarns hatten, und setzte sich in diesem Sinne fort unter dem System Bachs, welches bei Magyaren und Deutschen gleichmäßig unpopulär war, schloß sich aber auch dem Widerstand gegen die Schmerling'sche Verfassung an. Man weiß, wie verführerisch für den Gevatter Schneider und Handschuhmacher der Einfluß einer Aristokratie wird, die sich mit einem liberalen Nimbus umgibt; in Ungarn war der Adel magyarisch, und er machte Opposition, also trug man ihm die Schleppe. In diesem Motiv, glaube ich, liegt die Haupterklärung. Bei etwas mehr Gebildeten trug ein Interesse der Aemterbewerbung zu der Entdeutschung bei; hoch steht dieser Standpunkt eben so wenig, als der vorerwähnte. Auch in Galizien und Böhmen scheint das deutsche Philisterthum, so weit es seine Nationalität in die Schanze schlägt, sich dadurch geschmeichelt zu fühlen, daß es hinter Grafen und Herren als ein politisches Anhängsel mit einherspazieren darf. (Der Begriff des Philisterthums geht dabei, politisch genommen, natürlich durch sehr vielerlei Stände hindurch.) In dem sonst charakterhaften Tyrol liegt dem Zurückweichen des deutschen Elements eine Zuwanderung des italienischen zu Grunde, zum Theil in Folge der sich ausbreitenden Seidenzucht, und sodann, wenn eine Gemeinde einmal gemischter Bevölkerung ist, der Einfluß einer italienisch gesinnten Geistlichkeit, welche alsbald auf italienischen Gottesdienst und italienische Schule dringt. In Bezug auf den letzteren Punkt allein kann man der Regierung eine Mitschuld zuschreiben, wenn das Deutschthum Verluste erleidet; in ihrem Interesse, d. h. in dem des Gesammtstaats, liegt es nirgends, und am allerwenigsten in Tyrol. Für Verwälschungen in Triest wüßte ich keinen Erklärungsgrund, als Charakterschwäche. Wenn die Stadt jemals unter italienische Herrschaft fiele, so würde sie durch das Einbüßen ihres Zusammenhangs mit der österreichischen Monarchie wieder in dieselbe Lage gerathen, wie zur Zeit Napoleons I., wo sie bis auf 19,000 Einwohner herabkam. Italienische Sympathien und ein gegenitalienisches Lebensinteresse wären ja ein halsbrechender Unsinn. Gänzlich und in jeder Beziehung räthselhaft aber bleibt es vollends, wie es einem Deutschen beikommen mag, sich auf künstliche Art in einen Slowenen zu

verwandeln; was in aller Welt soll er bei diesem Tausch gewinnen?

Es gibt Gelegenheiten, bei denen man lebhaft an den Satz jenes Misanthropen erinnert wird, der da zu behaupten wagte, es habe jeweils das Dümmste am meisten Aussicht, da oder dort unter geeigneten Umständen in die Mode zu kommen. Jedoch gleichviel wie man darüber denken möge, und mit voller Würdigung des Umstandes, daß man dabei nur ganz kleine Minoritäten und Ausnahmen vor sich hat, bleibt doch immerdar die Thatsache übrig, daß man Bestandtheile der deutschen Nationalität in Oesterreich zu allen möglichen andern Nationalitäten desertiren sah, und diese Thatsache war eine wenig empfehlende Einleitung für eine Hegemonie in Deutschland. Die Preußen sahen es eben so gut mit an, wie Die im Süden. Der Mangel an Selbstgefühl, der zu einem Gegner überläuft, wird selbst von diesem in der Regel verachtet; wie sollte auf Andere der Anblick imponirend wirken? Auch Dies war eine der Klippen, an denen die Aufgabe des Großdeutschthums zeitweise auf den Grund stieß.

---

21. August 1866.

Es ist nicht Alles Gold, was glänzt. An Preußen, trotz seines fabelhaften Glücks, erwahrt sich dieses Sprichwort schon in den Flitterwochen. Der großen Menge zwar, wie man zu sagen pflegt, hängt der ganze Himmel voll Baßgeigen, und man erlebt das unerbauliche Schauspiel, daß hievon angesteckt sogar politische Führer in das Lager des Gegners desertiren. Es scheint diese Demoralisirung eine der Folgen des Bürgerkriegs zu seyn; im dreißigjährigen Kriege kam es z. B. sehr häufig vor, daß nach der Einnahme einer belagerten Stadt die Besatzung derselben unmittelbar Dienste bei dem Feinde nahm. Das ist denn freilich nicht einmal ein Taumel des Siegs, sondern der Niederlage. Beide sind blind. Geister von höherem Rang jedoch, scheint es, haben auch in dem Hochgefühl des Siegs ihren Blick unumwölkt erhalten, und sind frei von jener Selbsttäuschung, die bereits Alles für abgemacht und fertig ansieht. Ich schließe Dies aus öffentlichen Symptomen, die vor Jedermanns Augen liegen. Als die Norddeutsche allgemeine Zeitung inspirirt wurde, dem nach Ausgleichung verlangenden Frankreich vorzurechnen, daß der durch Preußen erlangte Erfolg ja eigent-

lich eine Verkleinerung Deutschlands und eine Verringerung deutscher Macht sey, da fühlte die Inspiration sicherlich, wie wenig eine solche Art von Rechtfertigung, auf das mildeste ausgedrückt, Erhebendes hatte. Es lag darin ein Panegyrikus auf den so eben umgestürzten Bund, wie ihm bei Lebzeiten niemals einer zu Theil geworden war, und zur Einweihung eines deutschen Parlaments z. B. wäre der Satz der Norddeutschen allgemeinen Zeitung schlechthin unbrauchbar für eine Thronrede gewesen. Noch überdies war die Berechnung jenes Blattes über das geschwächte Deutschland nicht einmal vollständig, denn es rechnete nur die deutschen Bundeslande Oesterreichs mit ihrer Bevölkerung in Abgang; zu den Entscheidungen von 1813 und 1814 aber hatte Oesterreich bekanntlich nicht ein bloses Kontingent, sondern seine gesammte Macht für Deutschland ins Feld gestellt.

Ein in anderer Beziehung ominöses Wort ist in der Adreßkommission des preußischen Abgeordnetenhauses ausgesprochen worden. Indem Graf Bismarck seine Bedenken gegen die Theilung der Hoheitsrechte äußerte, berief er sich beispielsweise auf die Schleswig-Holsteiner, welche den Februarbedingungen den Einwand entgegengehalten hatten, sie wollten nicht „Preußen zweiter Klasse" seyn. Nun ist aber die Theilung der Hoheitsrechte, nämlich gleichsam zwischen einem Militär- und einem Zivilherrscher, gerade Das, was man die militärisch-diplomatische Führung genannt hat, und „Preußen zweiter Klasse" zu werden, ist demnach die Bewerbung jener Süddeutschen, die den versagten Eintritt in die norddeutsche Union noch erbitten möchten. Das ist ein inhaltschweres Wort; bei den ganz Kleinen reicht es vielleicht nur bis zu Preußen dritter Klasse, und man erhielte ein Abstufungssystem wie bei den Ordenszeichen mit oder ohne Eichenlaub ꝛc. Ich glaube gern, daß Manche, denen sonst keine Wahl bleibt, lieber gleich als Preußen erster Klasse aufgenommen zu werden wünschen, d. h. daß sie die unmittelbare Einverleibung einer blos mittelbaren Unterordnung vorziehen; allein in welchem schiefen Licht erscheint hienach das bisher angerühmte und nun in Berlin selbst als ein Zwitterverhältniß verurtheilte System der militärisch-diplomatischen Führung! Es hilft Nichts, man kommt aus den Inkonsequenzen nicht heraus. Versuche der Beschönigung werden auch gar nicht gemacht. Nichts kann richtiger seyn, als was Graf Bismarck gegen ein verkleinertes Hannover,

Sachsen, Kurhessen ꝛc., gegen die Zerreißung des bisher bestandenen Gemeinwesens (wörtlich!) sagte; allein, im Namen der souveränen Logik, gilt denn nicht jedes Wort unabänderlich eben so gut gegen ein verkleinertes Deutschland und die Zerreißung der deutschen Gemeinschaft?

Man sieht, der Erfolg Preußens hat auch seine Schattenseiten; für Deutschland ohnehin und in jeder Beziehung, aber in mancher auch für Preußen selbst. Es wird viele Anstrengung und eine lange Zeit dazu nöthig haben, all' diese inneren Widersprüche auch nur nothdürftig zu überkleistern; auf wie lange ihm der Gang der Welt ruhige Muße dafür lassen wird, Das ist die Frage einer unbekannten Zukunft. In ihren Entwicklungen wird sich für Preußen auch ein sehr praktisches Interesse anmelden, sich mit dem deutschen Süden in ein gutes Verständniß zu setzen und nach Möglichkeit wieder Schritte der Annäherung an Oesterreich zu thun, was nur in einem allseitig deutschen Sinne geschehen kann: von einem blos preußischen aus, isolirt, mit einem Theile Deutschlands verfeindet, noch in den Verdauungsbeschwerden einer Annexion begriffen, wird es einer großen europäischen Krisis schwer gewachsen seyn. Auf Italien, denke ich, baut es in einem solchen Falle keine Häuser.

* *
*

23. August 1866.

Man hat Wien die Hauptstadt Deutschlands genannt. So war es einmal: als die Residenz der deutschen Kaiser war Wien die Hauptstadt des deutschen Reichs. Auch ist ihm aus jener Zeit eine Eigenschaft übrig geblieben, die in der That großartig ins Auge fällt: aus allen Theilen Deutschlands strömen in Wien Einwanderer aller Berufsgattungen und Stände zusammen, so wie in Paris aus allen Theilen Frankreichs, werden allmählich einheimisch, machen sich ansässig, bilden sich zu einem ständigen Element der Bevölkerung heran, und es folgt immer wieder eine frische Zuwanderung nach. Berlin repräsentirt auch in dieser Beziehung mehr den Partikularismus. Es ist rascher herangewachsen als Wien, und bekanntlich erfolgt die Zunahme der Bevölkerung in den Großstädten fast ausschließlich durch den Zuzug von außen her, nicht aus dem Grundstock von innen heraus. Berlin muß also einen sehr starken Zuzug gehabt haben; jedoch kommt derselbe keineswegs aus allen Theilen

[illegible] noch ein weiter Weg bis zu dem Gedanken, eine Kaiserstadt auch für Deutschland zu sein. Näher daran streifte das Gefühl, das sich 1863 bei der Reise des Kaisers nach Frankfurt regte, aber es überlebte nicht seine Veranlassung. Mit dem Scheitern der Bundesreform verschwand es wieder. Für Wien ist der Deutsche von außen her ein Fremder. Von zwei namhaften Führern der Nationalvereinsrichtung sagt man, sie seien ursprünglich deutschgesinnt, d. h. großdeutsch gewesen, und ein Aufenthalt in Wien habe sie binnen kurzer Zeit umgestimmt und in Kleindeutsche ver-

wandelt; ich weiß nicht, ob die Sache beglaubigt ist, aber es ist sehr wohl denkbar.

Die Regierung allein wußte die Verbindung mit Deutschland nach ihrem vollen Werthe zu schätzen, und Dies blieb sich unter sehr verschiedenartigen Ministerien gleich. In Wien gab es einst einen Liberalismus, der Das für eine Art von Erbsünde der Staatskanzlei, für eine der leidigen Traditionen Metternichs ansah. Das Großdeutschthum verstand dieser Liberalismus eben darum nicht, aber die Regierung verstand es. Man rühmt der österreichischen Staatskunst eine große Zähigkeit nach; Napoleon I. hat Dies empfunden. Auch jetzt ließ sie es daran nicht fehlen, wurde jedoch in so fern überholt, als die preußische ihrerseits rühriger war. Es gibt eine eigenthümliche Erklärung dafür. Paradox ausgedrückt, war die österreichische Politik schwächer durch Mangel an Selbstsucht. Wie bekannt, ging der Zug der österreichischen Macht und Ausbreitung stets von Deutschland aus nach außen hin; es wollte auch jetzt in Deutschland Nichts erobern. Gerade umgekehrt verhielt es sich mit der preußischen Politik. Preußen suchte seine Eroberungen nicht im Auslande, sondern meist im Bunde mit diesem in Deutschland selbst; mit Ausnahme des Zugriffs bei den Theilungen Polens, welcher überdies keine eigentliche Eroberung war, vergrößerte es sich systematisch auf Kosten seiner deutschen Nachbarn. Dies ist es, was der sogenannte deutsche Nationalverein deutsch-national nennt. In diesem System gedachte es denn einfach fortzufahren: es wollte erobern, und zwar in Deutschland. Mit einem Wort, Preußen wurde von einer mächtigen Leidenschaft, nämlich von der Vergrößerungssucht, angespornt, und Dies war ein Sporn, welcher der Politik Oesterreichs abging. Man sollte nicht glauben, was für einen großen Unterschied Das macht. Die preußische Diplomatie in Deutschland kümmerte sich um Alles, was irgend nützen konnte: sie studierte die Verhältnisse und Stimmungen, machte sich mit Land und Leuten bekannt, that sich auch in der Zeitungspresse um, war mit ihren Fühlhörnern überall, und wußte Bescheid in Gebieten, die dem altfränkischen Schlendrian eine terra incognita waren. Was sich auch nur halbwegs hinüber neigte, fand da einen Anhaltspunkt. Es griff Alles ineinander wie in einem wohlgeölten Triebwerk. Das Gothaerthum bildete sogar eine Art von Sippschaftswesen im Staatsdienst; man hielt zusammen und schob sich gegenseitig vor, wie im vorigen

[illegible]

Man sieht wie vielfache Umstände zusammenwirkten, um das Großdeutschthum herabzustimmen und zu entmuthigen. Es gehörte in der That eine feste Ueberzeugung dazu, um an einer so mannigfach undankbaren Aufgabe nicht irre zu werden, und es ist ein sprechender Beweis für die Unvergänglichkeit einer wirklich guten Sache, daß man trotz alledem an ihr festhielt. Und deshalb wird sie auch die Schlacht von Königgrätz und die darauf gefolgten Verhängnisse überleben. Zur deutschen Nation gehören unabänderlich auch die österreichischen Deutschen mit; es gibt kein wahres Deutschland ohne Oesterreich. Die Schäden aller Art, welche die Erfahrung aufgedeckt hat, sind ihrer Natur nach wandelbar, die Interessen einer Nation sind es nicht. Vielleicht wirkt gerade die jetzige Trennung unwiderstehlich darauf hin, daß wir uns gegenseitig besser verstehen lernen, und daß wir gegenseitig einander vermissen. Das ist deutsch, und im Gegensatze zu kleindeutsch ist es auch großdeutsch, nach wie vor. In die alte Form können wir nicht zurück, wollen es auch

nicht, und es ist auch in keiner Hinsicht nöthig. Wo es am geistigen Kerne nicht fehlt, findet sich die entsprechende Form dafür schon von selbst. Eine Großmacht wie Oesterreich kann den Süddeutschen nicht fremd werden ohne Schaden für sie, und kann sie nicht gleichgiltig ansehen ohne Schaden für sich. Wenn es bisher an einem Sporn fehlte: der Tag von Königgrätz, dünkt mich, hat einen Stachel zurückgelassen, der als ein Sporn wirken wird. Der deutsche Charakter ist zäh: er hat schon schlimmere Prüfungen überstanden. Geben wir niemals die Zukunft auf. Auf welchem Wege sie kommen werde, wußte man auch damals nicht voraus. Nur so viel scheint uns gewiß: von den „Preußen zweiter Klasse" wird die Wiedergeburt Deutschlands nicht ausgehen.

24. August 1866.

Ein höchst wunderliches Verhältniß ist die Neugestaltung, vermöge deren Hessen-Darmstadt mit seinem Oberhessen in die norddeutsche Union tritt, mit seinen übrigen Provinzen aber, so viel man bis jetzt weiß, außerhalb derselben bleibt, dagegen hinwiederum in Mainz eine preußische Besatzung aufnimmt. Daß es Oberhessen nicht einbüßte, verdankt es der Fürsprache Rußlands, während das Verwandtschaftsverhältniß zum englischen Hofe, wie man aus dem Beispiel des Königs von Hannover ersieht, offenbar nicht in Rechnung kommt. Eine weitere Erklärung liefert vielleicht der Umstand, daß der hessische Thronfolger sich entschieden auf die Seite Preußens neigt. Allein wenn irgend Etwas, so trägt diese Mischung zwischen Union, Halbunion, und Nichtunion den Charakter des Provisorischen an sich, was überhaupt der Gesammteindruck all' dieser Neuerungen ist und sonach höchstens den Ruhepunkt eines Uebergangszustandes in Aussicht stellt.

25. August 1866.

Es herrscht in Oesterreich ein so allgemeines und so dringendes Bedürfniß nach Ruhe und Erholung, daß wohl Niemand eine andere Politik erwartet, als die, welche sich Rußland nach dem Krimkrieg auferlegte, nämlich die, „sich zu sammeln." Nur fürchtet man, daß Oesterreich, da es geographisch den Bewegungen Europa's weniger abseits liegt, als Rußland, gegen seinen Willen und vor der Zeit wieder könnte mit hineingerissen werden, wenn sich aus improvisirten

und halbfertigen Zuständen eine neue Verwicklung ergibt. Eine Allianz mit Frankreich, wie sie in einer hier erschienenen Flugschrift anempfohlen wird, ist nicht die Stimme des Volks. Wenn Frankreich zuletzt am Rhein zugreift, so wird man uns nicht zumuthen, zum Lohne dafür, daß man uns ausgesperrt hat, den Preußen zu Hilfe zu marschiren; aber wünschen wird der deutsche Oesterreicher einen Sieg Frankreichs über Deutschland nicht, und somit auch einen Beistand für Frankreich keineswegs gerne sehen. Ob Das einen solchen zu verhindern vermag, ist eine andere Frage. Die Deutschen in Oesterreich sind nur ein Viertheil der Gesammtbevölkerung; einem slawischen Standpunkte, wenn er an's Ruder kommt, ist es natürlich gleichviel, ob das linke Rheinufer deutsch oder französisch ist. Eine Verbindlichkeit zur Theilnahme an der Gegenwehr besteht seit der Ausschließung aus Deutschland nicht mehr. Wenn nun eine nichtdeutsche österreichische Majorität auf eine Gelegenheit ausginge, sich an Preußen zu rächen (Groll genug hat die preußische Invasion zurückgelassen), so läge die Versuchung sehr nahe, mit Frankreich zusammenzugehen, und die Rheinfrage wäre für den bezeichneten Standpunkt lediglich kein Hinderniß. Diejenigen, welche das Band zwischen Deutschland und Oesterreich entzweischnitten, haben es so gewollt. Man sieht, es ist für Deutschland nicht gleichgiltig, von welcher Art die Politik ist, die in Oesterreich obenauf kommt, und zwar seit der Sprengung des Bundes weniger, als jemals zuvor.

26. August 1866.

Ein preußisches Blatt bringt einen vollständigen Theilungsplan, nach welchem angeblich Preußen hätte verkleinert und dagegen eine Anzahl Mittelstaaten vergrößert werden sollen, falls Oesterreich gesiegt hätte. Der Plan ist ein Seitenstück zu dem Glauben, oder vielmehr, da es so eigentlich Niemand glaubt, zu dem Vorgeben, daß der so eben beendigte Krieg von Oesterreich provozirt und lange zuvor in Vorbereitung genommen, Preußen aber der heimlich bedrohte und unversehens überrumpelte Theil gewesen sey. Jedermann kann das Gegentheil mit Händen greifen. Wenn Oesterreich auf einen Eroberungskrieg ausgegangen wäre, so hätte es auch entsprechende Rüstungen dazu gemacht, und wenn sich den Mittelstaaten eine zugesagte Vergrößerung als Zweck des Kriegs dargeboten hätte, so

wäre ohne Zweifel auch ihre Waffenbereitschaft rascher zur Hand gewesen. Zu was jetzt noch Ausstreuungen, die man vor Ausbruch des Kriegs etwa als Stimmungsmittel gebrauchen mochte, die aber jetzt offenbar überflüssig geworden sind? Längere Beine, als bis zum Erfolg, braucht ja eine — Entstellung der Thatsachen nicht.

27. August 1866.

Die Berliner Kreuzzeitung will es nicht leiden, daß zwischen preußischer und piemontesischer Politik eine Aehnlichkeit obwalte. Man baut da vor, wo man sich schwach fühlt: die Umstände bringen in der That eine starke Versuchung mit sich, die Politik beider Staaten gewissermaßen für gleichartig anzusehen, und Dies ist denn auch die Anschauung, die in der europäischen Presse vorherrscht. Aus gegenseitiger Abstoßung des Charakters werden sie sich nicht alliirt haben. Das Piemont von 1859 führte Krieg mit Hilfe des Auslandes; das Preußen von 1866 that deßgleichen. Um eventuell eine Revolution in Ungarn anzuregen, errichtete Piemont eine ungarische Legion; Preußen bestimmte nach Ungarn eine Freischaar aus Deserteuren, die es durch einen verbannten ungarischen Revolutionsführer organisiren ließ. Piemont stürzte einige Throne um und nannte Dies Annexion; von Seite Preußens werden einige Throne für erledigt erklärt, und die betreffenden Lande verfallen der Eroberung. Im Effekt kommt Beides auf Eins und Dasselbe hinaus. Dagegen liegen allerdings auch bedeutende Unterschiede vor. Piemont sprengte keinen italienischen Bund auseinander, denn es war keiner da. Es erklärte nicht Frankreich gegenüber, daß es so und so viel Millionen Italiener ausgeschlossen und so Italien verkleinert habe. Es munterte nirgends andere Nationalitäten gegen die italienische auf, wie Preußen in Böhmen mit der tschechischen gegenüber der deutschen that. Indem es gegen Oesterreich Krieg führte, kämpfte es nicht gegen einen stammverwandten Monarchen, und zum Schlusse war nicht Italien piemontesisch, sondern Piemont ging in Italien auf.

Man sieht, Das ist wesentlich zweierlei, und in so weit hätte die „Kreuzzeitung" mit der behaupteten Unähnlichkeit Recht, nur daß sie von ganz andern Einwänden ausgeht und die Aehnlichkeit eben da bestreitet, wo sie eine sprechende ist. Die Kreuzzeitung möchte

ein Prinzip retten, kommt aber damit post festum. So hätte sie vor Ausbruch des Kriegs sprechen sollen, wenn es ihr Ernst war; jetzt macht sie die Stallthüre zu, nachdem die Kuh draußen ist. Die Wahrheit ist einfach die, daß Preußen nach außen hin und von oben herunter Revolution gemacht hat, gerade so wie Piemont auch, daß es sich aber nicht in derselben Weise auf Motive nationaler Eingebung berufen kann. Hannover, Kurhessen, Nassau, und Frankfurt waren schon bisher deutsch, vielleicht besser deutsch im Sinne der Gesammtheit, als sie es nach der gewaltsamen Einverleibung in Preußen seyn werden; Preußen hat sie nicht von einer Fremdherrschaft befreit. Mit dem Prinzip der Nationalität ist es also da Nichts; mit dem Prinzip der Legitimität aber ist es hienach vorbei. Es ist durchsichtig, wie der Frömmigkeitsruf der Kreuzzeitung, seit sie dem heiligen Garibaldi eine Kerze gebrannt hat. Jetzt will sie Das nicht gewesen seyn; allein sie hat vor Jedermanns Augen den Krieg selbst und die Mittel dazu seine Heraufbeschwörung aus dem Nichts, die Allianz mit Italien, und Alles, was darum und daran hing, von vorn herein gebilligt und tendenzmäßig unterstützt. Es hilft Nichts, die Leiter verleugnen zu wollen, nachdem man daran hinaufgeklettert ist. Nützlich für die innere Politik der Kreuzzeitung möchte es seyn, wenn man es könnte, und Das ist vermuthlich ihr Motiv bei diesem Versuch. Andere halten ihn für vergeblich. Der Schild, den man zusammengeschossen hat, ist auch für die innere Politik nicht mehr brauchbar. Man kann nicht zwei Herren dienen; man kann nicht zwei Prinzipien vereinigen wollen, deren eines das andere aufhebt.

Die piemontesische Politik unterwarf sich den Konsequenzen ihrer Politik, während die Kreuzzeitung glaubt, man könne auf zwei Achseln tragen. Auch darin wich jene von der Kreuzzeitung ab, daß sie sich nicht auf den Beistand des Himmels bezog, als ob es einen piemontesischen Annexionsgott gäbe.

In jener christlichen Demuth, welche ursprünglich auch in dem Titel „von Gottes Gnaden" lag, drückt sich eine religiöse Weltanschauung aus, in dem Kultus des materiellen Erfolgs nicht. Der irdische Erfolg ist kein Gottesurtheil; schon deßhalb nicht, weil er wechselt, und weil man niemals weiß, wo das Endgiltige anfängt. Wenn der Erfolg als solcher ein Gottesurtheil wäre, so höbe ein Gegenerfolg wieder den Spruch des ersten auf, und ein

zweiter Umschwung würde wieder durch einen dritten kassirt ꝛc. Einleuchtender Weise läge hierin kein moralisches Prinzip. Dies möchte ich der „Kreuzzeitung“ zu bedenken geben.

— — —

28. August 1866.

Von Buenos Ayres sagt man, es sey der Himmel der Frauen, das Fegefeuer der Männer (nämlich der Ehemänner), und die Hölle der Maulthiere. Der Grund für die Zutheilung der zwei ersten Eigenschaften läßt sich errathen; die Hölle der Maulthiere aber wird es genannt, weil man diesen, damit sie in der heißen Luft athmen und existiren können, beihilflich die Nasen aufschlitzt. Maulthiere, wie man weiß, sind halbe Esel; sie müßten aber ganze seyn, um ein solches Hilfsverfahren, wenn man sie darüber zu Rath zöge, auch noch mit ihrer Gutheißung zu versehen. Eine Nation, sagt man, muß existiren und athmen können. Ganz wohl; nur nicht mit Hilfe einer Naturverstümmelung, wie bei den Maulthieren von Buenos Ayres.

— — —

29. August 1866.

„Es ließe sich Alles besser schlichten,“ sagt Goethe, „wenn man die Dinge könnte zweimal verrichten.“ So wie jetzt die Ergebnisse des Krieges vorliegen, hätte ihm Napoleon, glaube ich, lieber keinen Vorschub geleistet. Eine gescheiterte Politik, wie in Mexiko! Zwar ist Venetien nun im Begriff, italienisch zu werden, wie es im Plane lag, allein diese Italiener haben eine undankbare Gemüthsart: je stärker man sie macht, desto widerspenstiger wird ihr Gehorsam. Da gehe Jemand hin und thue den Leuten Gutes; nicht einmal zu einer kleinen Gebietsabtretung an den Wohlthäter waren sie bereitwillig. Frankreich hat diesmal gar Nichts davon. In Paris gibt es eine Opposition, die da behauptet, jene Widerspenstigkeit hätte man voraussehen können, wenn man ihr gar noch Preußen zum Alliirten gab, und die Vergrößerung Italiens sey überhaupt niemals ein französisches Interesse gewesen. Gegen das vergrößerte Preußen vollends erheben sich bekanntlich noch viel stärkere Bedenken, und in der Armee tritt eine förmliche Antipathie gegen Preußens Erfolge hervor. Derartige Stimmungen sind in keinem Lande gleichgiltig aufzunehmen, in Frankreich aber weniger, als

irgendwo anderwärts. Es kommt nicht darauf an, ob die Geringschätzung der von oben her befolgten Politik Recht hat, sondern ob sie vorhanden, und ob sie dem politischen Lenker, dessen bisherigen Nimbus sie bedeutend abschwächt, gefährlich ist. Ich meinerseits glaube unmaßgeblich das Letztere. Man setzt sich nicht ungestraft als eine Art von irdischer Vorsehung ein. So lange man Glück hatte, galt es für ein persönliches Verdienst: folgerichtig tritt an die Stelle desselben eine persönliche Verantwortlichkeit, wenn es schief geht. Auf das Ministerium läßt sich die Sache nicht abladen, denn Frankreich weiß sehr wohl, daß das französische Ministerium keine Politik macht: sonst wäre ein Ministerwechsel etwa ein Beschwichtigungsmittel. Der Gefahr jedoch, daß die sich ansammelnde Dampfkraft bis zum Sprengen des Kessels steige, wird man sich prüfenden Blicks nicht preisgeben. Dazu ist man zu klug; man wird ein Ventil öffnen, das den Ueberschuß an Dampf in einer bestimmten Richtung ausstößt.

In Betracht dieser obwaltenden Umstände schreibe ich einem Kriege Frankreichs gegen Preußen, wenn auch nicht in allernächster Zeit, eine gewisse Wahrscheinlichkeit zu, die man beachten muß. An ganz oder halb offiziellen Friedensversicherungen stoße ich mich dabei nicht. Gerade mit solchen fangen die Kriege heutigen Tags vielmehr an; man leugnet bis auf den letzten Augenblick; wird diesem Leugnen nicht geglaubt, so hat man ja eben den casus belli an der Hand. Vorspiegelungen und Betheuerungen aller Art sind natürlich nichtssagend; mit der vorhandenen Kriegsaussicht steht es darum nicht anders, nach- wie vorher. Es müßte denn seyn, daß Preußen sich wider Erwarten noch zu einer Gebietsabtretung an Frankreich verstände, oder daß Kaiser Napoleon, ebenfalls wider Erwarten, einem kriegerischen Ventil seines Dampfkessels ein friedliches, nämlich eine Erweiterung des Spielraums für innere Freiheit vorzöge. Jenes ist für Preußen moralisch unmöglich, wenn es sich nicht „an der Spitze Deutschlands“ herabsetzen will; auch dürfte offenbar, je länger die Sache sich hinzieht, um so weniger die Gebietsabtretung eine kleine seyn. Was das andere Auskunftsmittel betrifft, so ist es erfahrungsmäßig nicht sehr nach dem Geschmack des Kaisers. In Frankreich nennt man es die „Krönung des Gebäudes“; wenn es ihm darum zu thun wäre, hätte er auch schon bisher nicht nöthig gehabt, die Phantasie der Franzosen stets

wieder mit auswärtigem Krieg zu beschäftigen. Warum sollte er eben jetzt eher zu einem Systemwechsel im Innern geneigt seyn, als bisher? In der auswärtigen Politik schreibt man ihm ein Fiasko zu: in der auswärtigen Politik wird er seine Genugthuung suchen. Man hat angedeutet, Graf Bismarck habe ihm halbe Versprechungen gemacht, an deren Erfüllung er nun durch den entschiedenen Willen seines Königs gehindert werde. Wenn Dies auch nur annähernd auf einer Thatsache beruht, um so schlimmer alsdann für die Erhaltung des Friedens. Napoleon III. und Graf Bismarck sind in mancher Beziehung verwandte Naturen. Es ist glaublich, daß Dies ihr seitheriges Einverständniß wesentlich erleichtert hat; es konnte sogar scheinen, als ob der preußische Minister gerade die Napoleonische Politik, vermittelst einer glänzenden Machtstellung nach außen innere Freiheitstriebe in Schlaf zu lullen, zu seinem Vorbild genommen hätte. Auch ein sonst kalter Charakter konnte sich dadurch geschmeichelt fühlen. Lag doch zu gleicher Zeit darin auch eine ungeschminkte Anerkennung seiner geistigen Superiorität! Wie nun — ich setze blos den Fall — wenn der anscheinende Schüler in irgend einer Hinsicht den Meister überflügelt hätte? Man würde niemals eine erfahrene Täuschung eingestehen, sowohl aus Stolz als aus Berechnung des Effekts, aber niemals könnte sie vergeben werden. Um jeden Preis müßte der Altmeister bestrebt seyn, seinen Nimbus in den Augen der Welt wiederherzustellen.

Man wird in Preußen gut daran thun, wenn man einen zukünftigen Krieg mit Frankreich nicht außer Rechnung läßt, und im südlichen Deutschland deßgleichen. Ich glaube nämlich, daß ein Anspruch Frankreichs auf deutsche Gebietstheile Süd- und Norddeutschland gleichmäßig unter die Waffen rufen wird. Derzeit hat in Deutschland Jedermann das Gefühl, daß man sich in einem blosen Provisorium befinde: der Fall eines Kriegs mit Frankreich würde als eine Prüfung herantreten, die das Provisorium entweder umwirft oder als definitiv einsetzt. Siegt Preußen ohne fremde Beihilfe, und bringt es die verloren gegangenen Reichstheile wieder herein, so hat es thatsächlich seinen Beruf dargethan, an der Spitze Deutschlands zu stehen. Unterliegt es, so befindet sich Deutschland in einer Lage wie nach dem Frieden von Tilsit: die Hoffnung seiner Wiedergeburt beruht alsdann auf dem so eben ausgeschlossenen Oesterreich, oder auf Nichts. Zieht sich aber der Kampf hin- und herschwankend

in die Länge, so fällt demselben ausgeschlossenen Oesterreich naturgemäß die Rolle zu, die sich in dem letzten Kriege für diesen Fall Frankreich zudachte: die eines seine Kräfte aufsparenden Schiedsrichters. Hat man wohl Recht gehabt, sich des bestandenen Bundes mit Oesterreich grundsätzlich für die Zukunft zu berauben? Die Erfahrung wird es lehren; sie steht bevor.

—— —

30. August 1866.

Den einen Trost wenigstens haben wir, daß jetzt Alles „auf ewige Zeiten" niet- und nagelfest ist. So steht es in den Friedensverträgen zwischen den vormaligen Bundesgenossen; ein Bürgerkrieg hat es zuwege gebracht, daß nun auf ewige Zeiten Friede und Freundschaft bestehen wird. Wenn man nicht diese urkundliche Versicherung hätte, man könnte aus vielfachen Gründen zweifelhaft darüber seyn. Denn in der That, wohin wir auch blicken mögen, es sieht noch grausenhaft provisorisch aus in Deutschland. Aenderungen des Gebiets sah man im Anfang dieses Jahrhunderts häufig genug, und machte verhältnißmäßig wenig Aufhebens davon; der Auffaugungsprozeß, der die kleinen Theilstücke traf, war gleichsam eine Fortsetzung oder erneuerte Auflage des westfälischen Friedens. Was sich aber jetzt vollzieht, Das hat keine solche Analogie für sich; es macht einen fremdartigen Eindruck; es war auch nicht einmal in der Erwartung vorbereitet.

Setzen wir den Fall, um Neujahr 1866 hätte man einem beliebigen deutschen Politiker gesagt: „Schlagen Sie die Karte von Deutschland auf; sie wird im Laufe dieses Jahres frisch illuminirt werden; zeichnen Sie einmal an, welche Stellen Ihrer Vermuthung nach wohl zunächst von einem Wechsel bedroht sind." Auf welche Stellen der Karte, glaubt man, würde seine Vermuthung hingewiesen haben? Doch wohl auf jene, wo das bunteste Farbenspiel ist, und das Auge mühsam die vielnamigen Gränzen auseinanderfindet. Nun, gerade dieses bunteste Farbenspiel ist übrig geblieben; diese kleinen und kleinsten Staaten sind bestimmt, die „Preußen zweiter Klasse" zu liefern. „Auf ewige Zeiten" ist da nunmehr eine weitere Aenderung unmöglich; Preußen selbst hat sich mit diesen Bundesgenossen den Weg versperrt. Als selbsteingesetztes Bundeshaupt kann es da nicht mehr zu der unmittelbaren Eroberung schreiten, welche allein

in der rechten Art ausgibig ist. Dagegen findet nun eine wirkliche Einverleibung statt bei Staaten, die eine Kriegsgeschichte und militärische Tradition haben, und auf die z. B. das preußische Landwehrsystem nicht ohne Bedenken sofort übertragbar wäre. Es muß noch viel Gras darüber wachsen, ehe ihre Erinnerungen gefahrlos werden. Bei den Ländern des bunten Farbenspiels fiel ein derartiges Bedenken weg; dort war keine Umstimmung nöthig, um eine gewisse Sicherheit zu geben, daß nicht das Landwehrsystem gelegentlich antipreußisch ausfalle; sie hätten sich trefflich zur unmittelbaren Annektirung geeignet.

Ueber Sachsen schwebt noch eine dunkle Wolke. Die Integrität des Landes ist nicht mehr gefährdet, allein es ist noch nicht zu ermessen, ob die norddeutsche Union, der künftig Sachsen angehören soll, sich ihm als ein Band oder als eine Fessel auferlegen wird. Auch Sachsen hat eine Kriegsgeschichte, und es wird schwer seyn, die sächsischen Traditionen preußisch zu färben. Zu Anfang des siebenjährigen Kriegs steckte Friedrich der Große die Truppen, die bei Königstein kapitulirt hatten, bei den seinigen unter, aber sie fochten dessenungeachtet gegen ihn, denn sie gingen so zahlreich auf die Gegenseite über, daß man dort wieder sächsische Regimenter aus ihnen formirte. Im Jahr 1815, als man in Folge der beschlossenen Theilung Sachsens auch zur Theilung der sächsischen Truppen schritt, kam es zu den blutigen Ereignissen in Lüttich; Männer in Waffen werden nicht nur so umgetauscht. Wenn ich die Politik richtig auslege, die z. B. eben jetzt darauf ausgeht, Dresden gleichsam festungsgefangen zu setzen, so spricht Preußen selbst damit aus, daß es das sächsische Land ungefähr wie ein preußisches Venetien ansieht. In diesem Fall aber wäre die förmliche Einverleibung, von welcher Preußen so schwer abging, kaum in dem wohlverstandenen preußischen Interesse gelegen, und für die Zwecke der norddeutschen Union empfiehlt es sich staatskluger Weise viel eher, die gute Meinung der Sachsen zu gewinnen, als sie vor den Kopf zu stoßen. Wer „auf ewige Zeiten“ baut, denkt auf eine solide Grundlage.

Was den Süden von Deutschland betrifft, so bleiben, nachdem Mainz bestimmt ist, an eine preußische Besatzung überzugehen, aus der Verlassenschaft des aufgelösten Bundes die zwei Festu[illegible] Rastatt und Ulm übrig, welche für die Kriegsmittel von [illegible]

und Würtemberg eigentlich zu groß sind, auch gar nicht auf den Bedarf eines Einzelstaates berechnet waren. Eine süddeutsche Union, scheint es, kommt nicht zu Stande. Preußen seinerseits hat bereits erklärt, daß ihm die Hände gebunden sind, südlich über die Mainlinie hinauszugehen; gleichwohl hat es auch da, wo es selbst keine Hilfe zu leisten vermag, die patriotische Zurückweisung Oesterreichs statuirt. Vielleicht kommt ein „liberal-nationaler" Beschluß irgend einer Volksversammlung auf die Spur eines Auskunftsmittels, und zwar etwa durch den guten Rath, diese Festungswerke, wenn nicht zu Sänger- oder Turnfesten brauchbar, nach dem glücklichen Sieg der preußischen Spitze nunmehr auf den Abbruch zu versteigern.

Man wird gestehen müssen, daß Dies Alles sehr unerquicklich aussieht. Im Großherzogthum Hessen bildet sich gar ein dreifach getheilter Partikularismus heran, indem die Provinz Oberhessen unionsnorddeutsch, die bisherige Bundesfestung Mainz aber besatzungspreußisch wird, und nur das übrige Rheinhessen mit der Provinz Starkenburg wirklich hessisch bleibt. Der Name Deutschland spielt da überhaupt nicht mehr mit. Und damit auch der Norden mit seinem bunten Farbenspiel nicht zurückbleibe, läßt der deutsche Zollverein, welcher Oesterreich ausschloß, nun auch Theile der norddeutschen Union draußen. Manche, die auf das Preußen zweiter Klasse nicht viel halten, sagten doch: „Nun, so gewinnt wenigstens der Zollverein bei dieser Gelegenheit Mecklenburg und die Hansestädte"; jetzt stellt sich aber heraus, daß man den beiden Mecklenburg Aussicht auf Dispensirung von dem Eintritt eröffnet. Es trägt Alles den Charakter eines blosen Uebergangszustandes. „Auf ewige Zeiten!" Im Gegentheil, die Gestaltung der Dinge sieht verzweifelt provisorisch aus, und die provisorische Eigenschaft eben ist noch das Beste daran.

---

1. September 1866.

Wer blos nach Wiener Zeitungen urtheilen wollte, könnte derzeit mitunter glauben, Wien sei mit einem Male gothaisch geworden. In Venetien, welches niemals italienisch war, gibt es bekanntlich eine Partei, die nur venetianisch fühlt, und von dieser ging die Kundgebung nach Paris aus, die Venetianer möchten am liebsten wieder venetianisch seyn; gehe aber Dies nicht an, immer noch lieber Oester-

reicher, als Piemontesen. Es war nicht gerade eine Ehrenkränkung für Oesterreich; eine Wiener Zeitung jedoch, sehr gereizt, fuhr ihnen unwirsch „über's Maul", wie man zu sagen pflegt, und schalt sie „Reaktionäre." Auch sonst pfuscht man hin und wieder den Gothaern und der Kölnischen Zeitung in's Handwerk. Wenn in Bayern z. B. ein Zwiespalt von Meinungen auftritt, deren eine zum unmittelbaren Anschluß an Preußen drängt, während die andere noch ihre Bedenken dagegen hat, so wird die letztere, weil sie nur in einem wirklichen Deutschthum aufgehen möchte, in Wiener Zeitungen frischweg als „partikularistisch" bezeichnet. In Leipzig sah man Jahre lang die Gothaer für Preußen agitiren, wußte übrigens sehr wohl, daß ihre Anzahl im Verhältniß zur sächsischen Gesammtziffer eine verschwindend kleine war; nun aber faßte die „liberal-nationale Partei" in einer Volksversammlung zu Leipzig den Beschluß, daß Sachsen am liebsten unmittelbar preußisch werde, und sofort geben Dies Wiener Blätter als die öffentliche Meinung Sachsens zum besten. Daß die „liberal-nationale Partei" aus dem altbekannten Professor Biedermann und seinen Gothaern bestand, die sogenannte Volksversammlung aber keine 300 Mitglieder zählte, blieb dabei unerwähnt, obwohl es nicht unwesentlich mit zur Sache gehörte. Zu was diese Tendenzfärbung? Ist es blos achtloser Abdruck aus tendenzmäßig gefärbten Blättern? Ich weiß es nicht; das österreichische Publikum seinerseits hat jedenfalls ein Interesse daran, die Dinge so zu sehen, wie sie sind, nicht durch eine gefärbte Brille.

2. September 1866.

Es spielt Alles in die Politik hinüber: nun spricht man auch von einem böhmischen Feldzuge des Gemeinderaths. Ein leidiger Gast nämlich, die Cholera, schickt sich zu einem längeren Besuch in unsern Mauern an, und er trifft da auf einen eigenthümlichen Empfang. Als schon die nächste Umgegend heimgesucht war, grub man von Gemeinderaths wegen in der Leopoldstadt eben einen langen Kanal auf, welcher mephitische Dünste verbreitete. Schon seit einiger Zeit tadelt die Medizinische Wochenschrift, daß man aus dem ganzen Umkreis Cholerakranke in die Wiener Spitäler bringt, gleichsam als Quartiermacher, um in dieser volkreichen, nicht eben durch ihre Gesundheitspolizei ausgezeichneten Stadt einen großen Ansteckungsherd

zu gründen. Es kostete wiederholte Mahnungen, bis man endlich einsah, daß die Medizinische Wochenschrift Recht habe: dagegen hat sich der Gemeinderath nun dahin entschieden, mit der beantragten Errichtung von Extraspitälern noch etwas zuzuwarten, bis man des wahrhaft epidemischen Charakters der Krankheit vollkommen sicher sey. Der Gemeinderath hat seinen Feldzugsplan offenbar dem Benedek'schen Muster nachgebildet: er will den Feind erst ins Land hereinlocken, damit er ihn sicher habe. Unter solchen Umständen erklärt sich eine gewisse Auswanderung aus der Stadt; Manche holen auch die im Drang der Ereignisse versäumte Sommerreise nach. Der Wiener Witz übrigens desertirt nicht, auch nicht vor der Cholera. Scheidenden Waffenbrüdern Oesterreichs gibt er die Sympathien der Kaiserstadt vermittelst des Wortspiels kund: „Welche Staatslose sind jetzt allbeliebt in Wien?" Antwort: „Die Sachsen." In der That sind die wackern Sachsen zur Zeit noch staatslos; es steht aber zu erwarten, daß sie es nicht bleiben werden.

3. September 1866.

In Böhmen erging während der preußischen Okkupation bekanntlich eine Proklamation an das „glorreiche Königreich Böhmen", welche höchst aufmunternd für das tschechische Sonderwesen war: in Folge Dessen wurden die Tschechen übermüthig, verkündigten öffentlich die „Ueberflügelung" der Deutschböhmen, und forderten damit muthwillig den Zorn der Deutschen in Oesterreich überhaupt heraus, der sich denn auch stark genug aussprach. Wie sehr übrigens jener Allianzgedanke wunderlich war, ergibt sich daraus, daß man nunmehr von hier aus den Tschechen eben mit den Urhebern jener Proklamation drohen kann. So sagt z. B. ein hiesiges Blatt, darauf hinweisend, wie es gehen würde, „wenn dem tschechischen Treiben die Auflösung Oesterreichs gelingen sollte", geradezu: „Eine Armee des deutschen Bundesparlaments unter preußischer oder anderer Führung wird die Germanisirung Böhmens und Mährens in ganz anderer und in nachhaltigerer Weise durchführen, als es von Wien aus durch zwei Jahrhunderte geschehen ist." In seiner Art ebenfalls ein Zeichen der Zeit!

4. September 1866.

Es kann noch Monate dauern, sagt man in Berlin, bis das norddeutsche Parlament zusammenkommt. Und wenn es zusammenkommt, setzen wir hinzu, so wird es die Erfahrung machen, daß es keinen politischen Einfluß hat. Wie sollte es anders seyn? Die speziell preußische Volksvertretung ist beisammen und hat bereits gesprochen: die Preußen zweiter Klasse üben natürlich keinen Einfluß auf die Preußen der ersten aus: was aber die neu angefallenen Länder betrifft, so befinden sie sich in einer Ausnahmsstellung, die ihnen den Mund verschließt. Opposition gegen die Einverleibung selbst kann doch Preußen nicht dulden. Nun wäre aber jede Art von Opposition eine Unterstützung, oder möglicher Weise ein Deckmantel, für diese nun einmal unzulässige Hauptopposition, und folglich kann man nicht wohl erwarten, daß Preußen ihr freien Raum gebe. Die bisherige Verfassung dieser Länder ist für verfallen erklärt: in die preußische treten sie vor Ablauf eines Jahres noch nicht ein: wenn man sie nun in das norddeutsche Parlament zuläßt, so geschieht Dies offenbar nicht zu dem Zwecke, daß sie in Berlin sollen thun können, was ihnen in Hannover, Kassel, Frankfurt, und Wiesbaden versagt ist. Mit andern Worten: nach Gestaltung der Umstände kann das norddeutsche Parlament kein offener Rennplatz für Opposition werden, sonst beriefe man es nicht ein. Hienach wird man seine Kompetenz einrichten, welche übrigens schon thatsächlich, nämlich durch das bloße Nebeneinanderseyn mit der speziell preußischen Vertretung, auf gewisse Gränzen beschränkt wird. Das preußische Abgeordnetenhaus, wenn man sich auch nicht immer daran kehrt, hat ein Budget zu verwilligen: das norddeutsche Parlament Nichts. Selbst über die Annexionen wird das letztere kein Votum abzugeben haben, und ausdrücklich deßhalb, mit öffentlicher Angabe des Grundes, sind sie schon vorher als unwiderruflich fixirt. In allen Fällen sitzt in dem norddeutschen Parlament die speziell preußische Vertretung noch einmal, bildet die große Majorität darin, und der Rest ist das fünfte Rad am Wagen. Zieht man dieses fünfte Rad als nicht maßgebend ab, so ist das norddeutsche Parlament einfach das preußische Abgeordnetenhaus wieder oder sein Doppelgänger.

In welcher Weise das Abgeordnetenhaus die preußische Politik auffaßt, haben wir bereits gesehen. Graf Bismarck spielt seine

Trümpfe aus, und das Haus bekennt Farbe dazu. Als die Regierung eine „Indemnität" nachsuchte, machten einige Blätter fast einen Liberalen aus ihm: allein man braucht kein Teleskop aufzurichten, um zu sehen, daß die Liberalen zu ihm übergegangen sind, nicht umgekehrt. Ueber alle Diejenigen, welche dem Ergebniß zujauchzen, nachdem sie die Mittel dazu (so viel an ihnen war) verweigert hatten, steht ihm entschieden die geistige Superiorität zu. Solche Leute sind ihm nicht gewachsen. Entweder wollten sie damals etwas Anderes als jetzt, und Das ist es, was die Aristokratie herabsehend der mobilis turba zuzuschreiben pflegt: oder sie versagten die Mittel zum Zweck, während sie den Zweck selbst guthießen, und Das wäre ein testimonium paupertatis in Betreff der Intelligenz. Wenn er nicht etwa vorher schon ein heimlicher Liberaler war, durch diese Erfahrung ist er sicherlich nicht dazu bekehrt worden. Die Bekehrung bringt man ihm passiv entgegen: er für sich hat aus keinem sichtbaren Grund eine solche nöthig. Des preußischen Abgeordnetenhauses scheint er nach den Ereignissen, die sich außerhalb desselben zutrugen, vorerst sicher. Der Erfolg hat sein System vollkommen bestätigt: sollte je das Haus dessenungeachtet abermals umschlagen, so weiß man bereits aus zuverlässiger Quelle, daß die Regierung alsdann wieder auf jene Politik zurückgreifen wird, die der Indemnität voranging. Die alte Opposition ist gebrochen; einer neuen wirft sich der Vorwurf in den Weg, daß sie antipreußisch sey. Dem norddeutschen Parlament ist damit zum voraus die Nativität gestellt. Diejenigen kennen die Welt schlecht, die da glauben, die blosen Bundesgenossen, oder gar die Besiegten und Annektirten, könnten sich höher erheben, als die Vertretung der Altpreußen selbst. Vermittelst des Parlaments wird an der preußischen Politik Nichts geändert werden.

In der gegenwärtigen Lage der Dinge, glaube ich, und so lange das preußische Siegesgefühl noch über alle Ufer strömt, würde auch ein gemeinsam-deutsches Parlament — wenn nach dem Ausschluß der Oesterreicher und nach dem Verlust der Luxemburger und Limburger diese Bezeichnung für den gesammten Rest gebraucht wird — der Politik Preußens lediglich keine Aenderungen auferlegen. Ein Parlament, gleichviel welches, kann nicht die Schlacht von Königgrätz nochmals schlagen und nun mit der „Kraft des Wortes" dem Großpreußenthum nachträglich den Sieg entreißen. Könnte es Das, so ließe man es schon deßhalb nicht zusammenkommen, Das ist selbst-

verständlich. Das Münchener Votum für ein deutsches Parlament, statt eines norddeutschen, hatte ohne Zweifel Recht, daß es jenem ersteren zugleich eine entsprechende Kompetenz vindizirte; für Berlin jedoch war diese Klausel gleichzeitig eine Negation des Petitums überhaupt. Man kann die Reife der Verhältnisse nicht erzwingen. Schätze man sich glücklich, daß man nicht jetzt zum Eintritt genöthigt wurde; die Stimme der Süddeutschen, der Besiegten, hätte nur wenig Aussicht auf Beachtung gehabt. Dränge man sich nicht auf; es ist ohnehin nutzlos, an eine Thüre zu pochen, die von innen her verbarrikadirt ist. Warte man seine Zeit ab: es wird sich eine solche einstellen, wo der Norden dem Süden entgegenkommt. Vielleicht meldet sie sich an, wenn eine Bedrohung von außen her anfängt handgreiflich zu werden. Jedenfalls aber gebe man sich nicht der unfruchtbaren Täuschung hin, als ob es vermittelst eines gemeinsam deutschen Parlaments möglich wäre, die Politik Preußens gemeinsam deutsch zu färben. In der Logik nennt man Das einen Zirkel oder eine petitio principii. Der Satz dreht sich nämlich um sich selber: lehnt die preußische Politik das gemeinsam Deutsche ab, so läßt sie auch ein Parlament dieses Charakters nicht an sich herankommen, — und zeigt sie zur Einberufung eines Parlaments wie das gewünschte sich bereitwillig, so setzt Das ein exklusives Preußenthum schon als überwundenen Standpunkt voraus. In diesem Augenblick liegt Dies noch weit in der Ferne. Lasse man die Zeit arbeiten. Inzwischen aber kann man überzeugt seyn, daß man durch Festhalten deutschen Charakters im Süden, von einem freien Boden aus, weit eher einen gewissen Einfluß anbahnen und ein künftiges Verständniß ermöglichen wird, als wenn man sich parlamentarisch zwischen das norddeutsche Wesen eindrängte, bevor es sich in sich selber geklärt hat. Im Laufe der weitern Entwicklung mag Preußen die Erkenntniß erlangen, daß es ohne Zusammenhang mit dem gesammten Deutschland auch seiner norddeutschen Errungenschaften materiell und moralisch nicht sicher ist; derzeit scheint es noch nicht reif dazu.

5. September 1866.

Nicht nur zwischen Süd und Nord, auch zwischen dem Gulden- und Thalerland werden die Gränzsteine versetzt. Es greift tiefer in das soziale Leben ein, als mancher politische Wechsel. Der Bauer

Trümpfe aus, und da
eine „Indemnität" n
Liberalen aus ihm;
um zu sehen, daß di
umgekehrt. Ueber all
nachdem sie die Mittel
steht ihm entschieden
sind ihm nicht gewachse
deres als jetzt, und Da
mobilis turba zuzusch
zum Zweck, während si
ein testimonium paup
er nicht etwa vorher sch
Erfahrung ist er sicherlic
bringt man ihm passiv
baren Grund eine solche
scheint er nach den Ereig
vorerst sicher. Der Erf
sollte je das Haus desse
man bereits aus zuverlä
wieder auf jene Politik ge
ging. Die alte Oppositi
Vorwurf in den Weg, da
Parlament ist damit zum
kennen die Welt schlecht, d
oder gar die Besiegten un
als die Vertretung der N
ments wird an der preuß

In der gegenwärtigen
das preußische Siegesgefüh
ein gemeinsam-deutsches P
der Oesterreicher und nach
burger diese Bezeichnung fü
der Politik Preußens ledigl
Parlament, gleichviel welche
nochmals schlagen und nun
preußenthum nachträglich de
ließe man es schon deßhalb

Hand sie genau so, wie sie vorher waren. Nun kann man
ngs sagen, jede Schwierigkeit hebe sich einfach, sobald das süd-
Deutschland sich entschlösse, seine Gulden und Kreuzer abzu-
, und zu dem Thalerstück auch die 30 Silbergroschen anzu-
; allein offenbar wäre Das nicht ein Verständniß zur Ver-
g der Einheit, sondern eine Unterwerfung und ein Ueberstürz.
ahe an eine wirkliche Lösung der Aufgabe streift die Reform
terreich, die den österreichischen Gulden auf ⅔ des preußischen
s setzte: durch die Theilung des Guldens in 100 Neukreuzer
t es für sich zugleich die Vortheile des Dezimalsystems und
reußischen Münzfuß gegenüber die höchst einfache Rechnung,
t Silbergroschen gerade fünf Neukreuzer ergibt. In diesem
lick zieht Oesterreich nicht den vollen Nutzen daraus, weil der
de Kurs seines Papiergeldes die Verhältnisse hin- und her-
aber der Vortheile des Dezimalsystems genießt es dessen un-
t, und das Beispiel seiner Münzreform bleibt nach wie vor
zungswerth. Der Fehler war nur der, daß Preußen nicht
em entsprechenden Gegenzugeständniß entgegenkam oder nach-
Wenn es in der That die Vermittlung der Einheit wollte,
s in demselben Maße, wie man im Guldenlande mit dem
gen von Thalerstücken vorschritt, nunmehr im Thalerlande
hen müssen, seinerseits Guldenstücke als ⅔ Thaler auszu-
Es hätte damit nicht einmal eine eigentliche Neuerung ge-
chon von lange her war es im Thalerlande herkömmlich, ⅔-
einen Gulden zu nennen, und in mehreren Gebieten wurden
Guldenstücke auch geprägt. Im südlichen Deutschland
och heutzutage die Bezeichnung Reichsthaler für den Betrag
fl. vor: der Gulden als ⅔-Thaler und der Thaler als
den ist eine alte Tradition. Es handelt sich nur darum,
dition in das Preußische zu übersetzen. Könnte man sich
, dem preußischen Gulden in diesem Sinn etwa noch ⅓-
chen beizugeben, mit einer besonderen Benennung dafür, so
vermittelst der letzteren Münze, 100 auf den Gulden zu
groschen, nebenbei auch ein Dezimalsystem in preußischem
Jedermanns Auswahl. Wenn Preußen gleichzeitig mit
n in Oesterreich einen solchen Weg eingeschlagen hatte,
isolirte Gulden des südlichen Deutschlands schwerlich bis
gen Tag übrig geblieben, sondern er hätte dem Gulden

zu 2[illegible] Silbergroschen Platz gemacht, und das deutsche Münzwesen, Thaler und Gulden in Uebereinstimmung, fände sich jetzt glücklich unter einem Hut. Eine Gelegenheit ist versäumt worden, aber es ist nicht zu spät, die Versäumniß nachzuholen. Im Gegentheil, eben jetzt bietet sich ein Anlaß dar, welcher ganz eigentlich eine Mahnung ist. Preußen ist im Begriff, nicht unbeträchtliche Gebietstheile des bisherigen Guldenlandes preußisch zu machen. Wenn es denselben blindlings seinen Thalerfuß aufdrängt, so wird man sagen: „Es versteht sich eben nicht auf die Vermittlung der Interessen, sondern schneidet Alles nach einer willkührlich angenommenen Schablone zu.“ Läßt es sich aber dort zu einer Vermittlung herbei, die in ihrer Art dem Reste des Guldenlandes die Hand bietet, so wird Dies wenigstens im Münzwesen die Anbahnung einer wohlverstandenen Einheit seyn. Wollte Gott, es wäre in allen andern Beziehungen eine Vereinbarung so unschwer thunlich, wie zwischen Thalern und Gulden!

---

6. September 1866.

Die Deutsche Allgemeine Zeitung in Leipzig hat ein offenherziges Wort gesprochen: Deutschland und Oesterreich sind ihr fortan „zwei getrennte Rubriken.“ In den Gesinnungen der Gothaer war es eigentlich schon vorher so, und die Neuerung ist also blos eine formelle. Der Prager Frieden, den man dafür anruft, bietet allerdings ein entsprechendes Motiv dar; jedoch ist das sächsische Blatt unvollständig in der Konsequenz, indem es auf halbem Weg stehen bleibt. Die norddeutsche Union nennt sich nicht „Deutschland“; hier also wäre Preußen als der Haupstaat mit einer besonderen Rubrik zu versehen, oder mit den übrigen Unionsländern (letztere etwa in kleinerer Schrift) als „Norddeutsche Union“ zusammenzustellen. Süddeutschland gehört zu dieser nicht, hat sich auch unter sich nicht geeinigt, und macht für sich allein ebenfalls nicht „Deutschland“ aus. Die Bezeichnung mit „Deutschland“ fiele demnach in Zukunft überhaupt weg, was ein recht glücklicher Erfolg ist, und das gewesene Deutschland, wenn man konsequent seyn will, klafft nicht in zwei, sondern vielmehr in drei Richtungen auseinander. Rechnet man noch Luxemburg und Limburg mit, welche in die Brüche zu gehen drohen, so ist Das ein Riß weiter, und löst man das ungeeinigte Süddeutschland in seine vier Einzelstaaten auf (Nassau

liegt jetzt politisch genommen im Norden), so haben wir der „getrennten Rubriken" bereits acht. Das Leipziger Blatt selbst müßte folgerichtig seinen Titel ändern; es kann ohne Ungereimtheit weder deutsch noch allgemein-deutsch heißen, nachdem mit seiner Billigung die deutsche Allgemeinheit entzwei ist, und der Name Deutschland seinen Platz auf der Landkarte verloren hat. Faßt es aber seine Bezeichnung „deutsch" nur ethnographisch auf, insofern es allerdings in deutscher Zunge, nicht in lateinischer oder griechischer spricht (eine preußische Nationalsprache gibt es bekanntlich nicht), so mußten ihm aus demselben Grund auch die deutschen Oesterreicher giltige Deutsche bleiben, deutsche Volksgenossen und Brüder nach- wie vorher. Der Prager Friede hebt die deutsche Nationalität nicht auf; er trennt sie blos auseinander.

Man sieht, es wird selbst den Gothaern schwer, in dem neuen Zustande der Dinge einheimisch zu werden; sie möchten von der deutschen Gesammtheit, ob auch die deutschen Oesterreicher ausschließend, gern etwas mehr festhalten, als man ihnen thatsächlich übrig läßt; ihr Deutschland soll doch immerhin nicht blos das nördliche seyn. Allein eben darin besteht der Grundirrthum dieser doktrinären Schule, daß sie glaubt, ein Prinzip, das sie zuerst selbst durchlöchert, mit dieser Ausnahme sodann unversehrt aufrecht erhalten zu können. Eine deutsche Nationalität, von der man die deutschen Oesterreicher ausschließt, ist eben selbstverständlich die deutsche Nationalität nicht mehr, sondern ein Surrogat dafür. Dieses unterschobene Surrogat ist seiner Natur nach willkührlich; man kann es anfangen und aufhoren lassen, wo man will; es steckt kein Prinzip mehr darin, keine Nothwendigkeit von innen heraus. Wenn man ein bloses Stückwerk zuwege bringt, so geht ihm sogar der Name der Gesammtheit verloren. Und Dies ist nicht etwa Fügung des Zufalls, sondern Folge des falschen Standpunktes, von dem man ausging. Es war ein vorauszusehender Uebelstand. Die Zerreißung ist auch nicht der Weg zur deutschen Einheit, so wie ein Bürgerkrieg (noch dazu einer mit Zuhilfenahme des Auslands) nicht der Weg zur Gewinnung der Gemüther ist. Es liegt damit ein verhängnißvolles Beispiel vor. Da es nun unglückseliger Weise gegeben, die moralische Scheu vor einem Bürgerkrieg nach der Schonung eines Jahrhunderts wieder gebrochen ist, so steht nur allzusehr zu befürchten, daß es weiter wirke. „Das eben ist der Fluch der bösen That"; so gut der eine

[illegible]

[illegible] Die [illegible] ist keine [illegible] man in manchen Kreisen bereits an, eine gewisse [illegible] zu empfinden. Die Verkleinerung Deutschlands, die [illegible] einer geschlossenen Defensivmacht der übrigen [illegible] hatte bei eifersüchtigen Nachbarn da oder dort schon Sympathien gefunden, aber die [illegible] Vergrößerung Preußens fand keine und man sieht auch nicht ab, welchem Werke sie [illegible] sollte. In dem weitern Laufe dieser Ver-

wicklungen mag man wohl aus der Isolirtheit herausstreben, und wird auch nicht verkennen dabei, daß es deutsch-nationale Sympathien sind, die man anrufen muß. Der schwere Druck auf Sachsen jedoch und die sonstigen Härten der triumphirenden Politik sind nicht der Weg dazu: auch der bereitwillige Anschein, uns Andern gütigst vergessen zu wollen, daß man uns angegriffen hat, baut noch keine Brücke.

8. September 1866

In Böhmen haben uns die Preußen eine schlimme Bescheerung hinterlassen: allgemeine Verarmung, die Cholera, und böses Blut zwischen Deutschen und Tschechen. So wie sie für Ungarn den Revolutionsgeneral Klapka bereit hielten, so gingen sie in Böhmen auf tschechische Sympathien aus. Neben den vielen andern Dingen, die sie dort requirirten, war Das freilich eine Requisition eigener Art: — aber auch diese blieb nicht ohne Erfolg. Oeffentliche Aktenstücke in der Sache sind die Proklamation an das „glorreiche Königreich Böhmen" und die Dankadresse der in Berlin lebenden Tschechen, welche in den Berliner Zeitungen erschien. Damit ist die Tendenz, welche man einhielt, gekennzeichnet. Die Preußen waren nicht heikel in der Wahl ihrer Kriegsmittel: auch demagogische wurden nicht verschmäht, wenn sie nur sonst zweckdienlich erschienen. Für Ungarn die Gesetze von 1848: — in Berlin wäre die gleiche Reklamation in Betreff Preußens der Weg ins Gefängniß. Für Böhmen eine Aufreizung der nichtdeutschen Volkstheile gegen die deutschen: in der preußischen Provinz Posen wäre Das eine Herausforderung des Staatsanwalts. Doch wohl nach eigener Einsicht eine sehr laxe Moral: gleichviel, wenn es nur Aussicht bot, der österreichischen Regierung Schaden zu thun. Vielleicht entschuldigte man Dies bei sich selbst als ein blos vorübergehendes Kriegsmittel. Es kann aber auch seyn, daß die Berechnung auf weiter hinaus ging, und einer Politik, die seit mindestens zwei Jahren den letzten Krieg vorbereitet hatte, traut man damit keineswegs zu viel zu. Böhmen mit seinem Gebirgskranz liegt wie eine Zitadelle nach dem nichtösterreichischen Deutschland hinaus: es wird auch in künftigen Fällen stets ein höchst wichtiges Augenmerk preußischer Absichten und Interessen seyn. Indem man um tschechische Sympathien warb, reizte man die ohnehin vorhandene Neigung der Tschechen zu Uebergriffen, und warf

eine Zwietracht ins Land, welche immerdar eine Schwächung der Gesammtheit ist. Die Tschechen selbst waren dabei blos Mittel zum Zweck. Eine Sympathie zwischen Tschechen und Preußen war zu unnatürlich, um eine längere Dauer zu versprechen, aber die angestiftete Zwietracht blieb. Brachte man es vollends dahin, daß anderseits die Deutschböhmen sich in der Gleichberechtigung gekränkt sahen, daß sie verstimmt und mißmuthig wurden, so hielt man der preußischen Politik die Rolle offen, je nach Bedarf einmal einen deutschen „Schmerzensruf“ aus Böhmen in Noten zu setzen, und vom deutschen Standpunkt aus dieses Land als ein zweites Venetien zu verschreien. Auch hieran zeigt sich, in welche Schule der Graf Bismarck gegangen ist. Wenn die Berliner Kreuzzeitung diese Politik für legitim verdaut, so hat sie einen guten Magen.

— — ·

10. September 1866.

Es ist eigentlich ein Anachronismus, wenn die Zeitungspresse einen französischen Ministerwechsel bespricht, wie in den Tagen Ludwig-Philipps oder der Restauration. Damals drückte sich darin irgend ein politisches System aus, das ans Ruder gelangte, und die Minister waren Steuermänner. Was sind sie heute? Es war immer ein Minister des Auswärtigen daneben, wenn von Napoleon wieder irgend ein Krieg angezettelt wurde, der insgeheim lange voraus bereits eine beschlossene Sache war. Zettelte ihn der Minister an? Nein. Sah er ihn früher kommen, als das Publikum? Das weiß man nicht. War er ein Hinderniß für die Vorbereitung? Nein. Daß man einen Krieg beabsichtigte, leugnete man stets so lange als möglich ab, noch ganz kurz vor dem Ausbruch sogar. Wenn etwa der Minister des Auswärtigen dafür galt, einer Feindseligkeit gegen die bedrohte Macht abgeneigt zu seyn, so war dieser Ruf eine vortreffliche Eigenschaft, um Das, was man verdecken wollte, länger maskirt zu halten. Hr. Drouin de Lhuys war Minister des Auswärtigen, als der preußisch-italienische Krieg gegen Oesterreich an die Reihe kam, gleichsam eine zweite Auflage jenes ersten, nur diesmal vermittelst preußischer, anstatt französischer Waffen. Jetzt zweifelt wohl Niemand mehr, daß der Krieg von 1866 gleichen Ursprungs war, wie der von 1859. Die italienische Allianz war nicht zu haben ohne die Zustimmung Frankreichs; für Preußen

war schon diese Allianz indirekt eine Versicherung, nicht etwa von Frankreich im Rücken bedroht zu seyn; überdies wurde Italien dadurch aufgemuntert, daß gegen italienische Gebietsverluste Frankreich als Bürge eintrat. Dies Alles wurde eingeleitet, während Hr. Drouin de Lhuys Minister des Auswärtigen war. Ohne das Zuthun Frankreichs wäre dieser Krieg nicht geführt worden. War er der Ausdruck einer freundschaftlichen Gesinnung für Oesterreich? Doch wohl nicht, aber Hr. Drouin de Lhuys war Minister. Höchstens könnte man sagen, daß die französische Politik auch nicht von Freundschaft für Preußen eingegeben war: denn allem Anschein nach sah man ein Unterliegen Preußens für eine fast vorwiegende Möglichkeit an, und in diesem Fall, mit oder ohne Verabredung, setzte man voraus, daß Graf Bismarck französischer Hilfe bedürfen und das linke Rheinufer als Preis dafür nicht verweigern würde. Den überschwänglichen Erfolgen Preußens gegenüber fiel diese Politik freilich weg, und nun fand man es hochnöthig, den gerufenen Geistern Einhalt zu thun. Das selbsteigene Interesse verlangte Dies, trotz früheren Zuwinkens zu dem Beginn des Kriegs. Für Oesterreich wäre es ohne Frage eher eine „Freundschaft" gewesen, wenn man den Krieg lieber unangezettelt gelassen hätte, — diesen neuesten sowohl als den von 1859.

Was ergibt sich aus dieser Erfahrung? 1) Daß Napoleon III., wenn er sich gegen irgend eine Macht mit einem geheimen Groll oder mit versteckten Kriegsabsichten trägt, es in keiner Weise hinderlich findet, einen Minister von entgegengesetzter Neigung im Amte zu haben. 2) Daß folglich die Entlassung eines solchen keineswegs einen Uebergang in ein anderes Lager anzeigt. 3) Daß die Ernennung eines neuen Ministers, der z. B. für „preußenfreundlich" gälte, ganz eben so gut bedeuten kann, daß er als ein höchst geeigneter Deckmantel für antipreußische Absichten betrachtet wird. 4) Daß ein Ministerwechsel überhaupt nicht einen Systemswechsel bezeichnet, schon deßhalb nicht, weil Das, was man System nennt, die Sache Napoleons selbst, sein Vorbehalt und sein Geheimniß ist. Zu welchem Zweck nun lange Debatten über die Bedeutung eines Wechsels im französischen Ministerium? Ein Minister kann trotz — und er kann wegen seiner Privatansicht berufen werden: daraus erhellt weiter Nichts.

Maßgebend ist nur das System Napoleons selbst, oder was

man so zu nennen pflegt: denn erfahrungsmäßig braucht es nicht gerade systematisch zu seyn. Das so oft angerufene Prinzip der Nationalität z. B. paßt nicht hinein: wenn es eine Wahrheit seyn sollte, müßte Frankreich Provinzen herausgeben, die es recht ernstlich festhält. Auch zu den Napoleonischen Traditionen paßt gar Manches nicht. Napoleon I. ging nicht mit England zusammen; für die Vergrößerung Italiens — wenn nicht unter seinem Szepter — hätte er schwerlich einen Krieg geführt. Hannover allerdings ließ auch er einmal an Preußen fallen — diesmal geschah das Gleiche nur höchst indirekt — aber schon ein Jahr nachher erfolgte die Schlacht bei Jena. Was Oesterreich betrifft, so wäre Napoleon gerne mit ihm zusammengegangen, allein Oesterreich hatte erkannt, daß mit Napoleon niemals Ruhe für Europa zu finden sey, und diese Ueberzeugung theilten auch Andere. Die Expedition nach Mexiko könnte man etwa mit der nach Aegypten vergleichen, aber auch diese Vergleichung hinkt. Was man das „System" nennt, ist eben deßhalb in den Ruf der Unergründlichkeit gekommen, weil es so eigentlich nicht systematisch ist. Den französischen Ministern selbst scheint es niemals auf lange voraus errathbar zu seyn. Wenn diese Unergründlichkeit bisher für einen politischen Vortheil galt, so führt sie auf der andern Seite auch einen mit der Zeit wachsenden Nachtheil mit sich, und das ist der, daß die anscheinende Launenhaftigkeit und das prinziplose Umspringen ihrer Inspiration nach und nach das Vertrauen zerstört. Wenn einmal ringsum das Vertrauen aufgebraucht ist, dann hat man ein abgenütztes System übrig, dem auch ein Ministerwechsel — man würde ihn nur für eine neue Täuschung halten — nicht mehr aufzuhelfen vermag.

11. September 1866.

Mit der bloßen Negation kommt man nicht vorwärts, das ist ein alter und wohl unbestrittener Satz. Oft genug hat ihn ein Ministerium einer Kammer und hinwiederum eine Kammer einem Ministerium entgegengehalten, indem jeder Theil die Politik des andern für unfruchtbar erklärte. Nun besteht aber die schwache Seite der gegenwärtigen Zustände in Deutschland eben darin, daß man fast Nichts als Negationen und unfertige Thatsachen vor sich sieht. Der leitende Gedanke Preußens war der Ausschluß Oesterreichs aus-

Deutschland, und er ist thatsächlich erreicht, aber unleugbar ist er eine Negation. Die Mainlinie ihrerseits schließt auch das nicht-österreichische Süddeutschland aus; sie ist eben so unleugbar eine Negation weiter. Wenn Preußen nicht darüber hinausgehen will (aus Besorgniß, sonst majorisirt zu werden), oder nicht darüber hinausgehen kann (aus Rücksichten auf Frankreich), so negirt das Eine wie das Andere, streng genommen, das Stehen an der Spitze Deutschlands. Die norddeutsche Union ist zur Zeit die Negation einer deutschen, ipso nomine, denn sie kann sich nicht Deutschland nennen; im übrigen ist sie eine noch unfertige Thatsache. Das Gleiche gilt von dem norddeutschen Parlament. Was aus demselben werden soll, muß man erst abwarten; es ist jedoch nicht ganz unwahrscheinlich, daß eine Negation des Parlamentismus daraus wird, denn allen Umständen nach wird seine Kompetenz eine sehr beschränkte seyn. Mehr, als ihm das preußische Abgeordnetenhaus übrig läßt, kann es ohnehin nicht haben. Eine unfertige Thatsache ist endlich auch noch die Einverleibung der neu erworbenen Lande; unfertig nämlich in so fern, als sich erst zeigen muß, ob die im Werk begriffene äußere Umwandlung auch die Gemüther gewinnt. Erst mit der Volksstimmung werden diese Lande wirklich erworben seyn. An dem Gesammtumfang der norddeutschen Union ist nun je der dritte Mensch entweder ein direkt oder ein indirekt annektirter; es ist einleuchtend, daß bei diesem Zahlenverhältniß die Frage der Gesinnung keine gleichgiltige ist. Entschieden beantworten wird sie sich erst mit der Zeit.

Die ganze Neugestaltung, wie man sieht, ist noch im Werden und in der Entwicklung begriffen. Unfertigen Thatsachen gegenüber stellt sich denn auch nicht wohl fest, wie man sich endgiltig dazu verhalten soll. Die natürliche Rolle ist die des Zuwartens, wie sich die Entwicklung anläßt; wer nicht gezwungen und ungefragt das Experiment mitmachen muß, wird sich Glück wünschen, daß er einen freien Willen hat. Ist er deutsch-national gesinnt, so wird er von sich aus Nichts verstärken wollen, was undeutsch ist; in dieser Beziehung ist das Negiren einer Negation etwas sehr Positives, nämlich die Wahrung des Deutschthums. Ich vermuthe überdies, daß weder Bayern noch Würtemberger Lust haben, sey es direkt preußisch zu werden, sey es in diejenige Stellung zu treten, die man so eben den Sachsen oktroyirt. Für eine direkte Einverleibung Süddeutsch-

reich seinerseits wünscht Venetien nicht zurück: Das geht aus der Anbahnung eines freundlichen Verhältnisses zu Italien selbstverständlich hervor. Man war in der That, scheint es, der unaufhörlichen Umtriebe von innen und von außen her satt geworden: obwohl man die Landbevölkerung für sich hatte, war man eines Besitzes dieser Art nachgerade überdrüssig. Vor diesem letzten Krieg hätte eine Abtretung allerdings auch eine entsprechende Entschädigung mit sich gebracht. Jetzt warf uns Preußen noch zu guter Letzt einen Stein in den Garten, indem es Gelegenheit nahm, dem Prager Frieden in jener Hinsicht eine beengende Klausel einzuschalten. Dieser Friede hat denn auch, wie man aus vielfachen Symptomen ersieht, keine Versöhnung im Gefolge.

---

13. September 1866.

Es tritt ein neues Element in die bisherigen Debatten ein: eine Partei, die sich die „deutsche" nennt und diesem Namen gemäß Alles, was in Oesterreich deutsch ist, in ihren Reihen zu vereinigen trachtet. Man sollte glauben, für die Deutschen in Oesterreich verstehe sich das Streben nach einer solchen Einigung von selbst, auch ohne Parteiprogramm: allein es ist Thatsache, daß von allen Nationalitäten des Reichs gerade die deutsche bisher am wenigsten zusammenhielt. Wenn die in der Bildung begriffene „deutsche Partei" es auch nur dahin bringt, daß nicht mehr deutsche Oesterreicher zu andern Nationalitäten überlaufen, und daß nicht mehr ein Hr. Knödelmaier sich für einen Tschechen, ein Hr. Hölzel (geschrieben: Helcel) für einen Polen, und ein Hr. Friedländer (umgetauft: Bekessy) für einen Magyaren ausgibt, so wird Das schon eine dankenswerthe Leistung seyn. Selbstachtung ist ein unentbehrliches Erforderniß für die Geltung bei Andern. Da übrigens die Deutschen in Oesterreich nur etwa ein Viertheil der Gesammtbevölkerung ausmachen, so haben sie ein dringendes Interesse, nicht parlamentarisch majorisirt zu werden, wie es bei einem österreichischen Gesammtparlament ohne Zweifel der Fall wäre. Die „deutsche Partei", wie sie bei der Zusammenkunft von Abgeordneten in Aussee vertreten war, erklärt sich deßhalb für den Dualismus, vorausgesetzt, daß auch die Ungarn ihrerseits in geeigneter Weise dem Deutschthum die Hand bieten. Der Gedanke einer natürlichen Allianz zwischen Deutschen und Magyaren

ist nicht neu; seit das Abgeordnetenhaus des Reichsraths die politische Weisheit hatte, mit Hrn. v. Schmerling zugleich sich selber zu stürzen, verlor diese Verfassungsform sichtlich an politischem Respekt, und die Hinneigung zu einem Verständniß mit Ungarn gewann in demselben Maße weiteren Boden. Natürlich kommt es nunmehr vor Allem darauf an, in welcher Art die „deutsche Partei" mit den Ungarn einig wird. Wenn eine brauchbare Verständigung gelingt, so liefert sie Etwas, was weder bei der Regierung noch bei dem Pesther Landtage zu finden war, nämlich ein greifbares und handhaftes Programm, eine Definition, was in necessariis unitas eigentlich ist oder was sie praktisch darbietet. Die Partei versähe damit ein Regierungsgeschäft; wenn sie den Ungarn Vertrauen einflößt, kann Etwas dabei herauskommen.

15. September 1866.

Wenn das deutsche Guldenland, so weit es noch den kleineren Gulden hat, insgesammt den Gulden zu 20 Silbergroschen und zu 100 Neukreuzern annähme, und wenn alsdann das Thalerland, gleichwie das Guldenland Gulden ausprägt, auch Zweidrittel-Thalerstücke mit der Benennung Gulden prägen wollte, so wäre allerdings eine durchgreifende Einheit des deutschen Münzwesens hergestellt, und zwar glücklicher Weise in der Art, daß kein Theil den andern umzubringen hätte, weder der Thaler den Gulden, noch umgekehrt. Es wäre ein höchst dankenswerther Fortschritt. In den neu erworbenen Guldenländern hat Preußen die Sache in der Hand, und diese Gebietstheile werden es als eine wohlwollende Rücksicht aufnehmen, wenn man ihnen nicht die Rechnung mit Thalern und Groschen aufdrängt. Der Rest des alten Guldenlandes wird alsdann, da er ohnehin nur noch aus vier größeren Staaten besteht, sich um so eher dieser ohne Blut und Eisen zu erlangenden Einheit anschließen, als er sonst ebenfalls die Aussicht vor sich hätte, später etwa der Gulden- und Kreuzerrechnung entsagen zu müssen. Wenn er durch einen sofortigen Entschluß, seinerseits den Gulden zu 20 Silbergroschen und zu 100 Neukreuzern anzunehmen, Etwas dazu beitragen kann, daß Preußen seinen neuerworbenen Guldenländern diese vermittelnde Einrichtung gewährt, so handelt er im beiderseitigen und zugleich im gemeinsam deutschen Interesse. In

dem Verkehr mit Frankreich wächst ihm vermittelst einer solchen Durchführung der Vortheil einer großen Bequemlichkeit zu. Der neue Gulden ist alsdann gerade ein halber Fünffrankenthaler oder $2\frac{1}{2}$ Franken, und der Frank macht gerade 40 Neukreuzer aus; der Sou (von Mund zu Mund bekanntlich gangbarer, als die Centimes, welche sich mehr für die Rechnung auf dem Papier eignen) übersetzt sich in 2 Neukreuzer (also 2 Neukreuzer = 5 Centimes), und 50 Sous ergeben einen Gulden. Man sieht hier recht, daß die Centimes eigentlich eine zu kleine Scheidemünze sind; denn statt der 100 Neukreuzer gehen nicht weniger als 250 Centimes auf den Gulden, der ein Zweidrittelsthaler ist. So wie der Verkehr mit Frankreich, wäre natürlich auch der mit der Schweiz und andern Frankenländern erleichtert. Im Verkehr mit der österreichischen Monarchie träfe man überall auf eine ganz gleiche Münze, was freilich in so fern illusorisch ist, als es sich noch um ein Agio zahlendes Papiergeld handelt; nur in Metall stellt sich die Gleichheit her. Endlich ist noch zu bemerken, daß der Uebergang von der jetzigen Gulden- und Kreuzerrechnung zu der neuen, die eine Vermittlung mit der Thalerrechnung wäre, sich gar nicht so schwer darstellt; die Reduktion vor- und rückwärts ist eine verhältnißmäßig bequeme. Der neue Gulden hätte 100 Neukreuzer, entsprechend 70 jetzigen Kreuzern, und der Neukreuzer wäre = $\frac{7}{10}$ Altkreuzer; 7 alte Gulden gehen auf 6 neue, und 10 Neukreuzer führen sich auf 7 alte zurück; anstatt der bisherigen Groschen und Sechser würde man Fünfer und Zehner prägen. Was den etwaigen Schreck vor den Schwierigkeiten des Anfangs betrifft, so muß man diese nicht überschätzen; in der großen österreichischen Monarchie ging eine ähnliche Umwandlung vor sich, und nach wenigen Wochen war sie den Bäuerinnen auf dem Markte so geläufig, wie einem Rechnungsrath. Wenn vollends die Leute in Betracht ziehen, daß sie im andern Fall vielleicht schon in kurzer Zeit genöthigt seyn können, nach Thalern und Groschen zu rechnen, so wird ein Entschluß frischweg, der Das zu ersparen verspricht, ihnen sicherlich nicht zuwider seyn.

17. September 1866.

In Berlin spielt man mit offenen Karten. Ein parlamentarischer Kampf ist von wesentlich mittheilsamer Natur: er deckt

Gegensätze auf, denen man sonst nicht so leicht in das Spiel sieht. Der süddeutschen Presse legte man es als einen Mangel an Wohlwollen aus, wenn sie darauf hinwies, daß für das norddeutsche Parlament kaum eine politische Wirksamkeit neben der preußischen Volksvertretung zu erwarten sey, und daß den nicht unmittelbar preußischen Mitgliedern desselben nur eine zum voraus gesicherte Majorisirung in Aussicht stehe. Nun kommt auch das preußische Abgeordnetenhaus auf das norddeutsche Parlament zu sprechen, und der Ministerpräsident schlägt die Befürchtung, daß etwa das erstere durch das letztere möchte in den Schatten gestellt werden, siegreich mit statistischen Ziffern aus dem Felde, denn in dem Parlament werden ja auf 290 Mitglieder ungefähr 238 Preußen sitzen. Was ein preußischer Abgeordneter tadelnd hervorhob, nämlich daß das norddeutsche Parlament ein blos berathendes seyn solle, hätte eine noch schlagendere Widerlegung jener Besorgniß dargeboten: der Ministerpräsident machte nur keinen Gebrauch davon. In Hannover oder Frankfurt a. M. aber wäre das eine wie das andere Argument, wenn aus dem Munde Dritter kommend, möglicher Weise schon in den Verdacht gerathen, einer je nach Befund mißliebigen Auffassung des norddeutschen Parlamentsgedankens verdächtig zu seyn. Ganz ähnlich verhält es sich mit andern Aeußerungen, die in dem preußischen Unterhause fielen. Wurde doch von ganz verschiedenen Seiten und Standpunkten aus der „Zerstückelung Deutschlands“ gedacht, von dem nunmehrigen „deutschen Chaos“ gesprochen, ja sogar in höchst ketzerischer Weise auf das Paradoxon hingedeutet, daß „ein Theil“ jetzo darauf Anspruch mache, gleichsam „mehr zu seyn als das Ganze.“ Es geschah Dies allerdings zu Ehren des gesunden Menschenverstandes, welcher sein Vaterland überall hat: denn daß eine Veränderung, die nur aus der einen deutschen Tasche in die andere geht, keine Vermehrung des deutschen Gesammtbesitzes, — und ein Verlust deutscher Sprach- und Stammesgenossen immerhin eine Einbuße, — und der Wegfall des Namens Deutschland jedenfalls keine nationale Errungenschaft ist, — Das sind Sätze, die man auch mit einem Zündnadelgewehr nicht umbringt. Es sind aber zugleich Sätze, die sich nunmehr im südlichen Deutschland nicht mehr ein jedes Blatt zu verfechten getraut, und Graf Bismarck entwickelt auch in dieser Beziehung einen staatsmännischen Blick, wenn er in der preußischen Volksvertretung und in der preußischen

Aufgabe unvollendet ist, so lange nicht alle Bestandtheile der deutschen Nationalität wieder beisammen sind, wie es sich von Prinzips wegen gehört. Das Prinzip der Nationalität wird noch Manchem, der es als Werkzeug zu gebrauchen vermeint, über den Kopf wachsen.

Im übrigen freue ich mich, daß diese Art von Thronrede ohne Parlament so friedlich lautet, und wünsche ihr einen entsprechend günstigen Eindruck auf die Franzosen. Unmaßgeblich jedoch, ganz abgesehen von Nebengedanken, will mich bedünken, daß es ein schweres Stück ist, gar zu oft Programme zu erlassen. Es verträgt sich nicht mit dem Nimbus.

20. September 1866.

Es geht wieder, wie vor dem Krieg: fast täglich taucht in irgend einem „feindlichen" Blatt irgend eine neue Gehässigkeit gegen Oesterreich auf und wird von andern Blättern bereitwillig weiter getragen. Man kann nicht jeden Stein aufheben, der einem nachgeworfen wird, und eben darauf rechnen solche Angreifer. So wiederholen sich jetzt um die Wette Anspielungen auf die rein erfundene Angabe, Oesterreich habe in Nikolsburg von Preußen das bayrische Innviertel verlangt: unwahrscheinlich genug erfunden, sollte man denken, wenn man in Betracht zieht, daß bei den Nikolsburger Präliminarien Oesterreich selbstverständlich nicht auf Vergrößerungen ausging, von einem etwaigen Austausch aber (gegen das österreichische Schlesien z. B.) unmöglich die Rede seyn konnte, während die Integrität der österreichischen Monarchie, mit alleiniger Ausnahme Venetiens, bekanntlich die Grundbedingung der eröffneten Verhandlungen war. Wunderbar genug, daß sich stets Gläubige finden; allein es gibt Leute, denen man beispielsweise ohne Anstoß erzählen könnte, Mexiko habe so eben von den Vereinigten Staaten die Abtretung Brasiliens gefordert. Es würde ihnen einleuchten. Wunderbar auch, daß gleichzeitig mit solchen Hetzereien gegen Oesterreich eine Anklage gegen den heftigen oder gereizten Ton österreichischer Blätter durch die antiösterreichische Presse läuft. Nun, Alles, was recht und billig ist! Die Wunden des Kriegs sind noch lange nicht vernarbt (er war kein Bruderkuß), und eben jetzt erst kehrten die armen Trautenauer aus Glogau heim, wo man sie unter Hungerkost in Ketten hielt, niemals aber verhörte, so daß also die Anschuldigung, wegen deren sie ihr hartes Schicksal erlitten, doch wohl

schon von vorne herein eine unhaltbare war und als solche erkannt wurde. Da hat sich denn freilich die „Milch der frommen Denkart" noch nicht wieder gefunden. Wie man in den Wald schreit, so hallt es wieder. Lasse man der Natur der Dinge ihren Lauf: mögen in der Presse die „Geister aufeinander platzen"; nur schiebe man nicht gefälschte Thatsachen ein, denn eine Lüge ist kein Erörterungsgrund. Wenn überhaupt, so bahnt sich eine Wiederannäherung eher an, wenn man sich erörternd ausgesprochen und sein Herz erleichtert hat. Es ist jedoch eine conditio sine qua non dabei: zu einem Entgegenkommen gehören Zwei.

---

20. September 1866.

In dem Rundschreiben des Marquis Lavalette findet sich ein neues französisches Stichwort: die „Freiheit der Allianzen". Auf Frankreich selbst bezieht sich diese neue Freiheit nicht, denn es hatte sie vorher: auf Großbritannien und Rußland eben so wenig: das Stichwort betrifft also ausschließlich Oesterreich und Preußen, welche bisher durch die deutsche Bundesverfassung gebunden waren, und der Wegfall der seitherigen Zusammengehörigkeit ist es, was man die Freiheit der Allianz nennt. Es wird Dies als eine Errungenschaft für Frankreich aufgefaßt. Nun halte man damit zusammen, was vor dem Ausbruche des Kriegs das französische Stichwort war: es war die „freie Aktion", und darunter verstand man, daß Frankreich sich freie Hand lasse, je nach Gestaltung der Umstände und Befund seiner Interessen nachträglich gegen einen oder den andern Theil Partei zu nehmen. Eventuell nämlich freie Hand auch gegen Preußen, obwohl vorerst die Zulassung der italienischen Allianz und die Rückendeckung Italiens dabei offenbar den preußischen Absichten Vorschub that. Bekanntlich ist diese französische Politik selbst in die gegrabene Grube gefallen. Nun handelt es sich der öffentlichen Meinung Frankreichs gegenüber um eine Ehrenrettung, die da heraushebt, daß trotz alledem die Trennung der großen deutschen Gesammtheit ein relativer Gewinn für Frankreich ist, und daß der „freien Aktion" nunmehr auf der andern Seite eine „Freiheit der Allianzen" entspricht, welche vorher nicht vorhanden war. Deutlicher konnte man es den Franzosen nicht sagen, weil auch Europa mit zuhört. Die Freiheit der Allianzen gibt ihnen zu verstehen, daß Frankreich ja eben so gut, wie es jetzt

20 Silbergroschen, den es alsdann in 100 kr. theilen mag, wie es in Oesterreich bereits geschehen ist. Wenn alsdann auch in dem Thalerland Guldenstücke als $^2/_3$-Thaler geprägt werden (Sachsen als der Mittelpunkt des deutschen Buchhandels könnte mit dem guten Beispiel vorangehen), so bilden Thaler und Gulden nebeneinander bestehend eine Einheit, deren Vortheil auf der flachen Hand liegt. Es ist schon darauf hingewiesen worden, wie leicht und bequem sich die Neukreuzer als $^1/_{100}$-Stücke des beabsichtigten Guldens sowohl auf Silbergroschen (5 Neukreuzer = 1 Sgr.) als auf die französische Scheidemünze (2 Neukreuzer = 1 Sou = 5 Centimes) reduziren lassen. Dies ist es, was im Verkehr den Ausschlag gibt; dagegen war die Ausprägung von Thalerstücken im Guldenland eine rein nichtssagende Maßregel. Jene leichte und bequeme Reduktion ist denn auch die Empfehlung des Dezimalsystems in diesem Fall. Sonst nämlich wäre die Zahl von 60 kr. auf den Gulden nicht unbedingt zu verwerfen, weil sie eine bessere Theilbarkeit darbietet. Die Ziffer 60 ist mit allen Zahlen von 2 bis 6 theilbar, sie gibt $^1/_2$-, $^1/_3$-, $^1/_4$-, $^1/_5$- und $^1/_6$-Gulden ohne Bruch; bei der Eintheilung des Thalers in 30 Silbergroschen fehlt die Theilbarkeit mit 4; bei der früheren in 24 gute Groschen mangelte die Theilbarkeit mit 5. Nach unten zu, d. h. in der Scheidemünze, hat die Verbindung des Duodezimalsystems mit dem halben Dezimalsystem, wie sie in der Ziffer 60 steckt (12mal 5), unbestreitbare Vortheile: erst nach oben zu, über den Gulden und Thaler hinaus, kommt es überhaupt nicht mehr auf die Theilbarkeit an, und dem Dezimalsystem gebührt da ganz ohne Einspruch die Herrschaft. Seltsam genug aber, gerade da hat man es nicht. Zwar lautet die Inschrift der Goldmünzen auf 10, 15, oder 20 ꝛc. geradeweg, aber der Zuschlag des Agio's, der Kurs, macht lauter ungerade und gebrochene Zahlen daraus. Die Vereinbarung über die Goldkrone hat diese verschiedenen Arten von Unbequemlichkeit nur um eine weiter vermehrt: als beabsichtigter Fortschritt war sie so nichtssagend, wie der Beschluß über Thalerprägung in den Guldenstaaten. Was ein Fortschritt gewesen wäre, und was man brauchte, Das war eine Goldmünze in runder Ziffer, ohne Verrückung derselben durch den Kurs. Wie Das zu machen ist, dazu hat man in Würtemberg den Schlüssel gefunden, indem man Dukaten zu 5 fl. 45 kr. rheinisch ausprägt, ohne daß sie mehr inneren Gehalt haben,

als die andern auch. Auf diese Art ist einem Steigen über den festgesetzten Betrag vorgebeugt; einem Fallen darunter eben so dadurch, daß die Kassen des Staats die betreffende Münze zu jenem Betrag annehmen; nur hätte man unter solchen Bedingungen freilich besser daran gethan, wenn man den Betrag gleich auf 6 fl. geradaus gesetzt hätte. Die stete Einlösbarkeit bei den Staatskassen genügt; die deutsche Münzkonferenz, die seinerzeit die Goldkrone ersann, hätte uns eben so gut eine gemeinsame deutsche Münze in runder Ziffer ohne Kursschwankung zu schaffen vermocht. Es ist auch jetzt noch nicht zu spät dazu, aber — gut Ding will Weile haben, und für solche Dinge, scheint es, hat man keine Zeit.

---

22. September 1866.

Auf die Kriegführung folgt nun die Statistik, welche dem Waffengang gleichsam in die Fußstapfen tritt: man stellt die Ziffern der Verluste an Todten, Verwundeten, und Gefangenen während des Feldzugs zusammen. Das Ergebniß ist, daß die Preußen verhältnißmäßig sehr geringe Verluste erlitten haben; sie verloren wohl mehr Leute durch die Cholera, als vor dem Feind. Ganz unverhältnißmäßig stark ist die Zahl der österreichischen Gefangenen, obwohl ungefähr ein Dritttheil derselben aus Verwundeten bestand: sie erklärt sich hauptsächlich dadurch, daß bei Königgrätz die Nordarmee, als sie eben den Sieg in der Hand zu haben schien, unversehens im Rücken gefaßt wurde, und daß hierauf ihr einziger Rettungsweg der über einen nur ungenügend überbrückten Fluß war, welchen ihre Aufstellung hinter sich hatte, während vielmehr das Umgekehrte zweckmäßig gewesen wäre. Was die österreichische Artillerie betrifft, so erwies sie sich bekanntlich der preußischen überlegen: der große Verlust an Kanonen beweist nur, daß sie, anstatt die Geschütze zu retten, zur Deckung des Rückzugs bis zum letzten Augenblick feuerte und Stand hielt. Oesterreich hat schwer dafür gebüßt, daß es einige Jahre lang die Beschaffung eines Hinterladungsgewehrs für die Armee blos in Berathung nahm und so die Lebensfrage auf die lange Bank schob: denn es ist nicht richtig, daß in dem schleswig'schen Feldzuge die große Wirksamkeit der preußischen Waffe von den österreichischen Führern unbemerkt blieb, wie man behaupten wollte. An Kommissionssitzungen und Kommissionsbeschlüssen fehlte

trauen auf „Cäsar und sein Glück" und erwarb ihm in demselben Maß weitere Anhänger. Schon dieser Lebensgang bietet den Schlüssel dazu, daß er weit mehr mit eigenen Augen, weit weniger durch fremde Brillen sieht, als Andere. Menschenkenntniß und Einblick in spezielle Einzelverhältnisse, wie man sie nur schwer auf dem Isolirschemel eines Throns erwirbt, brachte er schon als Errungenschaft mit. Auch rühmte man ihm nach, daß er das Talent habe, fein hinzuhören, wie der Strom der großen öffentlichen Meinung rauscht, und gleich der Londoner Times, welche auch nicht ganz unbedingt über die Köpfe der Engländer herrscht, je nach den Umständen ab- oder zugebe, straffer oder lockerer anfasse, niemals aber die „Fühlung" mit dem großen Publikum verliere, welches man das Volk nennt. Sollte nun der Thron etwa als ein Isolirschemel gewirkt, sollte auf der Höhe dieser Stellung das Beibringen seiner vorherigen Errungenschaft sich abgenützt, sollte er jene ihm nachgerühmte „Fühlung" allmählig verloren haben?

Es ist Dies eine unerläßliche Frage, wenn man dem Werthe des neuesten Programms auf den Grund sehen will. Nehmen wir an, es sey jedes Wort seines Friedensinhalts buchstäblich so gemeint, und es bestehe keinerlei Gefahr, daß diesem neuesten System nicht binnen abermals drei Monaten, oder auch in beliebig längerer Zeit wieder ein neueres und allerneuestes nachkomme: was ist das Programm werth, wenn nicht die wirkliche Gesinnung Frankreichs hinter ihm steht? Aus dem Schooß eines Parlaments, wie das englische, als der Ausdruck überwundener Standpunkte im Volke selbst, ja, da wäre es eine Bürgschaft anderer Art; so aber spricht man, während man das Programm anrühmt, in demselben Athem auch von den Vorurtheilen des Volks, welche dadurch erst überwunden werden sollen, oder bezeichnet es gar als eine antizipirte Antwort auf die Reden, die man von Hrn. Thiers erwartet, was eine ganz überaus kleinliche Auffassung ist. Entweder — oder. Entweder hat die Politik dieses Programms wirklich den lebendigen Volksgeist Frankreichs für sich: alsdann muß diese Uebereinstimmung noch in vielen andern Zeichen zu Tage treten. Oder, wie man denn immerhin befürchten kann, die Politik des Programms hat die „Fühlung" mit dem Gesammtleben Frankreichs nicht: alsdann wird sie früher oder später umlenken, jedenfalls aber nicht ihren Urheber überleben. Das System, innere Bewegungen Frankreichs dadurch

zu stillen, daß man die Phantasie des Volkes mit Waffenruhm überfüllt, hat seine Nachtheile: es bedarf von Zeit zu Zeit einer Auffrischung, und es bedarf des Glücks. Niederlagen verträgt es ohnehin nicht, auch nicht einmal im Gedanken. Und wie nun, wenn die öffentliche Stimmung Frankreichs ein Programm ewigen Friedens für einen Verzicht auf „Cäsars Glück" ansähe?

---

25. September 1866.

Wenn man draußen glaubt, uns nunmehr alle Fenster zugemauert zu haben, mit alleiniger Ausnahme jener, aus denen man auf die orientalische Frage blickt, so befindet man sich im Irrthum. Was bei unserem türkischen Nachbar vorgeht, berührt allerdings unsere Interessen: aber was sich bei anderen Nachbarn begibt, thut es nicht minder. In Bezug auf Deutschland z. B. haben wir zwar Verpflichtungen abgelegt, weil man es so verlangte, aber Interessen haben wir dort nach wie vorher, weil Dies von der geographischen Lage unzertrennlich ist. Ich möchte nicht einmal behaupten, daß unser Interesse an den türkischen Vorgängen gerade das überwiegende sey. Es ist uns nicht, was der sogenannte Altentheil dem Bauer, wenn er sein Hofgut abgibt: wir sind nicht gemeint, uns dahin als auf ein Leibgeding zurückzuziehen. Auch steht die orientalische Frage noch in einem trüben Angedenken bei uns von der Zeit des Krimkriegs her. Damals gab das Ultimatum Oesterreichs den Ausschlag zu Gunsten der Westmächte, denn von der Krim aus drückten sie nicht auf das innere Rußland: Dies that die Aufstellung Oesterreichs, aber es ärntete des Teufels Dank dafür. Unmittelbar nachher kokettirte Frankreich mit Rußland, welches wir uns entfremdet hatten, und nicht lange darauf sahen wir uns angegriffen von Frankreich selbst, das sich Sardiniens dabei als eines Schildknappen bediente: was Großbritannien betrifft, so bekriegte es uns zwar nicht mit den Waffen, wohl aber vermittelst seiner Presse und durch indirekte Hetzereien aller Art, Hand in Hand mit der Auskramung blinder Sympathien für unsere Gegner. Es müßte wunderbar zugehen, wenn man Oesterreich dahin brächte, eine so undankbare Rolle nochmals zu übernehmen. Uns ist sie nicht mehr verführerisch. Wie sich die Westmächte ihrerseits mit der orientalischen

Frage zurechtfinden mögen, das sey ihre Sorge; wir stellen es ihnen achselzuckend anheim.

Damals war es Oesterreich, das die heißen Kastanien aus dem Feuer holte; streng genommen wäre es nicht nöthig gewesen. Daß nicht etwa Konstantinopel in russische Hände fiel, dafür bedurften die Westmächte des österreichischen Beistands nicht; man hätte sie unbeschwert warten lassen können, bis er ihnen unentbehrlich geworden wäre, denn in dieser Zwischenzeit wäre er — und zwar auf unsere eigenen Bedingungen hin — fortwährend gestiegen im Werth. Durch die glänzende Ritterlichkeit, welche die Berechnungen der Politik verschmähte, sind wir lediglich zu Schaden gekommen. Die sehr natürliche Verstimmung Rußlands strich aus der Freiheit unserer Allianzen, wie man Das heutzutage nennt, eine aus; da nun unser ritterliches Eintreten weder die heimliche Feindschaft Frankreichs noch den Sympathienkram Englands gegen uns entwaffnet hatte, so war am Ende dieser ganzen Entwicklung die Freiheit unserer Allianzen auf das Minimum zusammengeschrumpft, daß uns noch eine einzige blieb. Wie uns dieselbe zu statten kam, zeigt der so eben überstandene Krieg. Er war auch mit dem besten Willen unsererseits nicht wohl vermeidlich, denn der eventuelle Gedanke dieses Kriegs bestand schon, während wir uns noch vertrauensvoll in Zuversicht der Freundschaft wiegten. Hätten wir seiner Zeit den Krimkrieg sich selbst überlassen, wie es Preußen that, so wär jetzt die ganze Lage eine andere, und ich bezweifle, daß es zu diesem Kriege gekommen wäre. Wenn nun allerneuestens französische Politiker wieder entdeckt haben, daß die einzige Gefahr für den Frieden Europa's von dem riesenhaft anwachsenden Rußland ausgehe, so vergessen sie dabei, daß man in diesem nämlichen Augenblick den Franzosen anrühmt, man habe eine kompakte Masse von 70 Millionen, wie sie durch den deutschen Bund Frankreich gegenüber geeinigt stand, vermittelst des letzten Kriegs auseinandergerissen und gesprengt. Ei, stand denn diese Masse von 70 Millionen einer kriegerischen Bevölkerung, welche allerdings Achtung gebietend ins Gewicht fiel, nicht ganz ebenso kompakt Rußland gegenüber, als den Franzosen? Aber nicht Rußland hat sie gesprengt, nicht Rußland die Kriege von 1859 und 1866 angefacht. Zu was nun jene pausbackige Heuchelei? Das große Publikum in Europa ist nicht immer so durchdringend intelligent, wie man ihm schmeichelt,

aber mit so ganz plumpen Zugriffen läßt es sich doch nicht als Marionette am Draht ziehen.

Uns Oesterreicher — es ist nicht viel feiner — tröstet man nun damit, daß wir unserer deutschen und italienischen Sorgen glücklich entledigt seyen. Vollkommen ist leider Nichts unter dem Mond; auch unsere Sorgenfreiheit in dieser Beziehung ist es nicht. Ja, wenn wir noch etwa Böhmen und Mähren an den preußischen Staat, Ungarn und Siebenbürgen zur Verstärkung der Türkei, Istrien und Dalmatien nebst Tyrol zur Befriedigung Italiens hergäben, dann wäre unser Herz schon um ein ansehnliches Stück weiter erleichtert. Indeß, wir streben nicht so gar hoch hinauf; wir überlassen alle Sorgenfreiheiten dieser Art willig unsern Neidern. Und was die orientalische Frage anbelangt: die heißen Kastanien mögen sie sich künftig selber aus dem Feuer holen.

---

26. September 1866.

Seit etwa einem Menschenalter sehen wir die süddeutschen Staaten als solche fortwährend kleiner werden. Nicht an Quadratmeilen und Seelenzahl (die letztere nahm sogar nicht unbedeutend zu), sondern in dem Glauben der Leute, in der Schätzung von Seiten der Welt. Es kommt eben darauf an, welchen Maßstab man anlegt. Auf dem Wiener Kongreß faßten sich Bayern und Würtemberg noch gleichsam als „Reiche" auf, die nur schwer dem Anspruch auf eine europäische Politik entsagten. Nun halte man ihre jetzige Stellung daneben: der Kontrast ist groß. Es ist der Maßstab der Schätzung, der sich so stark verändert hat, und zwar theilweise ohne Zuthun der Politik. Auch z. B. die Posten und die Eisenbahnen haben dazu mitgewirkt. Als man noch mit der alten Postschnecke drei Tage und drei Nächte durch einen Mittelstaat fuhr, da ließ er immerhin das Bild eines ziemlich umfangreichen Landes zurück. Schon die Einführung der Eilwagen ließ dieses Bild entsprechend kleiner erscheinen; vollends mit den Eisenbahnen aber — kein Staat eine Tagreise lang oder breit — stellte sich die ganze frühere Schätzung auf den Kopf. Das waren keine „Reiche" mehr, auch nicht in den Augen ihrer eigenen Bewohner. Jedoch sank nicht im Verhältniß damit das politische Bewußtseyn, denn einestheils lernten sie sich fortwährend mehr als Deutsche, als Glieder

einer größeren Gesammtheit fühlen, und anderntheils wuchs ihnen gleichzeitig mit jenem Uebergang eine über die Staatsgränzen hinausreichende Bedeutung zu, und zwar durch ihr Verfassungsleben. Die süddeutsche Zeitungspresse war fast die einzige frei diskutirende in Deutschland; sowohl aus Preußen als aus Oesterreich wendete man sich an sie, wenn man sich an das große Publikum wenden wollte. In derselben Weise las man sowohl in Berlin als in Wien die süddeutschen Kammerdebatten, nicht wegen etwa ganz besonderer Aufschlüsse durch ihren Inhalt, sondern weil man darin fand, was man bei sich daheim vermißte, nämlich politisches Leben und parlamentarische Bewegung. Es lag hierin ein gewisses moralisches Uebergewicht, das sie vielleicht zu einer Selbstüberschätzung veranlaßte. Indeß war Dies nur ein vorübergehendes Verhältniß; es hat längst aufgehört, seit man in Oesterreich und Preußen selber eine diskutirende Presse und eine Rednerbühne besitzt. Die Süddeutschen theilen keine politischen Einflüsse mehr aus; ihre Zeitungen haben nicht mehr das Monopol der Diskussion; ihre Kammerdebatten verhallen für gewöhnlich innerhalb ihrer eigenen Wände; im Namen Deutschlands sprechen jetzt andere Redner. Nun haben die letzten Ereignisse neuerdings Hand angelegt, die süddeutschen Staaten wieder zu verkleinern. In der Schätzung der Welt, in dem Maß politischen Ansehens, nicht durch materiellen Verlust. Auch die Schweiz, welche der Krieg unmittelbar nicht berührte, ist jetzt kleiner, als vor der Schlacht bei Königgrätz; auch die Staaten Niederland und Belgien sind nicht mehr die Königreiche, die sie waren. Dem vergrößerten Preußen gegenüber ist Alles relativ kleiner geworden, als vorher.

So liegen die Thatsachen vor. Aendern könnte sie nur ein neuer Krieg, allein Das ist es nicht, um was es sich handelt. Für die Süddeutschen ist die Frage die, wie sie sich zu diesen Thatsachen stellen sollen, und diese Frage löst sich wieder in die andere auf, ob mit den eingetretenen Veränderungen auch sie selbst anders geworden sind. Bisher fühlten sie sich als Deutsche, und diesem Gefühl that es keineswegs Eintrag, daß der Maßstab für die Größe der Einzelstaaten ein anderer wurde; sollten ja doch diese sämmtlich in dem Bewußtseyn einer höheren Einheit aufgehen. In den natürlichen Bedingungen dazu hat sich Nichts geändert. Es gibt nur eine deutsche Nationalität in Deutschland; es gibt keine preußische Sprache und keine preußische Literatur; der Rhein und die Donau

fließen auch heute noch nicht in die Spree. Gerade in dem nicht-preußischen Deutschland war das deutsche Nationalgefühl sogar stärker und reiner ausgeprägt, eben weil kein Einzelstaat groß genug war, um ein Surrogat dafür zu bieten. Von diesem Standpunkt aus erschien dem Süden ein Preußenthum, das nicht deutsch wäre, folgerichtig als ein Provinzialismus, mochte er so groß seyn als er wollte. Es gibt keinen Provinzialismus, welcher logisch Recht hätte gegen einen andern. Folgerichtig also stellt sich für Süddeutschland die Frage dahin, ob durch die jüngsten Ereignisse das Preußenthum über das Deutschthum gesetzt wurde, oder umgekehrt? Dies ist eine Frage, die der Süden für sich nicht zu erledigen im Stande ist; sie muß von Preußen aus, und sie muß durch Thatsachen, nicht durch Redensarten beantwortet werden. Bis jetzt sehe ich nicht, daß Preußen hiezu die Hand böte. Auch glaube ich nicht, daß es dabei auf einen Akt der Regierung aus ihrem Gutdünken ankommt; es kommt darauf an, wie der Kern des Volkes gesinnt ist. Wenn die Bevölkerung der neu annektirten Länder nicht preußisch seyn will, so wird die bloße Regierungsgewalt sie nicht umschmelzen, und wenn die Bayern, Franken, und Schwaben anderseits durchaus Preußen werden wollen, so werden sie von Regierungs wegen nicht lange davon abzuhalten seyn. Hier liegt die Entscheidung anderwärts, als auf einem Kanzleitisch; sie hängt auch nicht von Häusern oder Kabinetten ab.

---

27. September 1866.

Es gibt eigene Fügungen der Umstände. Fürst Schwarzenberg intervenirte seiner Zeit in Schleswig-Holstein, man weiß eigentlich nicht warum: ein österreichisches Interesse war es nicht. Oesterreich hatte kein Motiv, die Schleswig-Holsteiner dänisch zu wünschen, wenn sie sich dessen aus eigener Kraft entschlagen konnten. Eine preußische Färbung hatte ihre Sache auch nicht, da sie von Preußen damals bereits im Stich gelassen war; auch waren es bekanntlich preußische Pioniere, die den nach Holstein marschirenden Oesterreichern eine Brücke über die Elbe schlugen. Oesterreich hätte Nichts dabei verloren, wenn man die Intervention unterließ; da man aber denn doch einmal intervenirte, so hatte man die Dänen, zu deren Gunsten es geschah, blindlings in der Hand, und konnte ihnen Bedingungen machen, wie man es für gut hielt. Es hätte Oesterreich

Nichts gekostet, damals Rendsburg zur deutschen Bundesfestung zu machen, und das deutsche Recht des Bundeslandes Holstein unter alle beliebigen Garantien zu stellen. Hätte man Dies gethan, so fiel höchst wahrscheinlich der Anlaß zu einer zweiten Intervention weg. So aber wollte man wieder gut machen, was man versäumt hatte, und unsere zweite Intervention war gleichsam eine Sühne der ersten. Und direkt aus dieser edelmüthigen Handlung heraus erwuchs uns der preußische Krieg! Ohne Oesterreich hätte Preußen schwerlich einen Krieg gegen Dänemark unternommen, während die drei andern Großmächte so entschiedene Sympathien für Dänemark hatten, und ohne den Krieg hätte man nicht Schleswig erobert, und ohne die Eroberung Schleswigs hätte der Anlaß zu dem Zerwürfniß gefehlt, welches daraus entsprang, daß man uns zumuthete, dänische Rechte, die der gemeinschaftlich geführte Krieg eben als solche bestritt, nunmehr als auf uns mit übertragen zu betrachten. Um sie auf Preußen nämlich demgemäß weiter zu übertragen; denn von dem Recht Schleswig-Holsteins selbst, als ob es sich darum niemals gehandelt hätte, war nun gar nicht mehr die Rede.

Angesichts dieser Entwicklung der Dinge darf man sich nicht wundern, wenn es in Oesterreich eine Meinung gibt, die darauf hinweist, daß die Verbindung mit Deutschland uns lediglich Schaden gebracht habe; während wir jederzeit für Deutschland mit eingetreten seien, habe man uns 1859 einfach im Stich gelassen, und ohne die schleswig-holsteinische Frage, der zulieb wir gegen Dänemark Krieg führten, hätte man nun keinen Krieg gegen uns geführt. Aehnliche Ansichten, mit Bezugnahme auf ähnliche Verhältnisse, tauchten auch schon früher auf. Nach dem Pariser Frieden von 1814 — ohne Beitritt Oesterreichs zu der russisch-preußischen Allianz wäre diese schwerlich nach Paris gelangt — verhielt sich Oesterreich ablehnend zu den zahlreichen Stimmen, welche die Wiederherstellung des deutschen Kaiserthums wünschten; man hatte es noch zu lebhaft im Gedächtniß, wie man in den Kriegen gegen Frankreich stets nur eine mangelhafte Mitwirkung von den Reichsfürsten, nachher aber die Rheinbundsglieder als direkte Feinde in den französischen Reihen fand. In Folge der [illegible] zu Frankreich hatte Oesterreich [illegible] nachher [illegible] Niederlande Belgien und die österreichischen [illegible] Rhein [illegible]

nirgends mehr geographisch an Frankreich zu stoßen, und verlangte selbst jene Vorlande, anstatt sie etwa arrondiren zu lassen, nicht mehr zurück. Dessenungeachtet, fast im Widerspruch mit dieser Richtung, trat man in den deutschen Bund ein. Hätte man sich außerhalb desselben gestellt, so wäre man, mit dem heutigen Kunstausdruck zu reden, „der deutschen Sorgen entledigt" gewesen. Daß man es nicht that, hat denn ebenfalls seine guten Gründe gehabt: man wollte Süd- und Mitteldeutschland nicht wieder einer Oberhoheit Frankreichs preisgeben, wie sie seit der Auflösung des deutschen Reichs bestanden hatte, fühlte sich in der historischen Ueberlieferung, Jahrhunderte lang an der Spitze Deutschlands gestanden zu seyn, sah in der deutschen Gesammtheit eine natürliche Vereinigung, und in dem wiederhergestellten Preußen nicht mehr, wie es einst Friedrich der Große auffaßte, den „natürlichen Alliirten Frankreichs." Indem wir die Stellung an der Spitze Deutschlands mit ihm theilten (während des deutschen Kaiserthums verhielt sich Preußen zentrifugal), hielten wir seine frühere Rivalität für versöhnt. Jetzt sind wir thatsächlich eines Andern belehrt: man hat uns, und zwar von Deutschland aus, einen Standpunkt aufgedrungen, der uns jeder Rücksicht auf deutsche Verhältnisse entbindet: was Wunder, wenn sich daraus die natürlichen Konsequenzen ziehen?

Zwar sehen Viele Das, was sich so eben neu gestaltet, dermalen noch für ein bloses Provisorium an, das erst der Bestätigung der Zeit bedarf. Es muß erst Gras darüber gewachsen, der Boden muß erst von Wurzeln durchzogen seyn, ehe er eine feste Erdschichte bildet. Darum sind denn auch die Eindrücke auf Betheiligte und Zuschauer noch keine festen: die Stimmung hat sich noch nicht zurechtgesetzt: die Lage hat sich noch nicht geklärt. Wir in Oesterreich haben den relativen Vortheil, daß wir das Experiment in Deutschland nicht mitmachen. Gleichgiltig ist es uns darum nicht, aber von uns erwartet Niemand eine Fürsorge oder Mitwirkung: wenn Alles fertig ist, kommt es wohl auch bis zu uns, wie Max Piccolomini in Schillers Wallenstein sagt, aber wir können zusehen, wie und in welcher Richtung der vorläufige Umriß sich leibhaft ausfüllen und weiter entwickeln wird, und wir haben jedenfalls unsere Wahl frei. Freundschaftlich genommen, geht uns Deutschland vor der Hand Nichts mehr an: man hat es so gewollt. Ist ja doch

offiziellermaßen nicht einmal der Name Deutschland übrig geblieben! Wo wäre da für uns ein Anhaltspunkt? Preußisch werden können wir natürlich nicht. Findet sich ein deutsches Deutschland wieder, kein Surrogat eines solchen, nicht eine Unterkunft für „Preußen zweiter Klasse", so wird man uns vermissen, und wir werden hören, was man uns zu sagen hat. Sollte aber in der That kein Deutschland mehr zu Stande kommen (von uns hängt Das begreiflicher Weise nicht ab), so täusche man sich nicht blindlings über Das, was die Erfahrung aller Zeiten an die Hand gibt. Feindliche Brüder sind keine Brüder mehr; fremd oder gleichgiltig aber werden sie sich eben so wenig. Wenn Oesterreichs deutsche Nachbarn endgiltig seine Feinde werden — zur Hälfte waren sie es schon in dem letzten Krieg — so können sie vernünftiger Weise nicht erwarten, daß das Echo anders laute, als die Ansprache: dieses große Reich wird alsdann seine eigenen Wege gehen. Das ist der Lauf der Welt, und Niemand, sei es ihm lieb oder leid, wird ihn zu ändern vermögen.

[illegible]

Unsere neueste [illegible] ist, daß das Zündnadelgewehr gar Nichts zu den Erfolgen der Preußen beigetragen hat; die ganze Schuld liegt einzig und allein an der [illegible] unserer Führer. [illegible]

stärkten Feuer gegenüber wird das Stürmen freilich wirkungslos, weil es auch im Falle des Sieges nur eine Handvoll Leute übrig läßt, während es z. B. in Schleswig, dem gewöhnlichen Feuergewehr gegenüber, prachtvolle Erfolge errang. Auch sind die Leute, die nun auf einmal die Ueberlegenheit des Zündnadelgewehrs leugnen, darum keineswegs gegen die endliche Anschaffung von Hinterladungsgewehren für unsere eigene Armee. Es scheint die nahe Aussicht auf den zu veröffentlichenden Spruch des Kriegsgerichtes in Neustadt zu seyn, welche diese Diskussion wieder in Fluß bringt: ich glaube jedoch nicht, daß von jenem Spruch große Dinge zu erwarten sind, denn 1) nimmt Benedek ritterlich Alles auf seine eigenen Schultern, und 2) läßt es sich nicht als Dienstsache vorschreiben, daß Jemand die Begabung eines Feldherrn haben müsse. In Benedek hatte sich eben die vorgefaßte Meinung getäuscht, auch die vox populi.

29. September 1866.

Ein Beurtheiler von außen her, der Franzose Ludwig Blanc, schrieb einmal: „Deutschland wird heute preußisch, um morgen demokratisch zu werden.“ In der jüngsten Zeit, als dieser Ausspruch von Andern zitirt wurde, nahm er ihn zurück, und erklärte, derselbe passe nicht mehr zu den Umständen: allein so ganz Unrecht, scheint mir, hatte seine ältere Anschauung nicht. Aehnlich schrieb dieser Tage ein deutscher Gesinnungsverwandter des Franzosen, Georg Herwegh, von dem Standpunkt seiner Partei aus, die Vorgänge in Deutschland seyen Wasser auf ihre Mühle: auch in diesem Ausspruch, scheint mir, ist etwas Wahres enthalten, das ihm theilweise Recht gibt. Ludwig Blanc ging wohl von der Betrachtung aus, daß man, um Deutschland preußisch zu machen, nothwendig der Legitimität Abbruch thun müsse: in diesem Fall aber fand die Demokratie natürlich eine offene Breche vor sich, wenn sie zum Angriff schritt, oder man kam ihr mit der Beschwichtigung durch nothgedrungene Konzessionen entgegen, weil man den Legitimisten gegenüber in ihr einen Anhaltspunkt sah. Es war Dies eine sehr naheliegende Gedankenreihe. Man hätte auch von Frankreich sagen können, es werde heute Napoleonisch, um morgen demokratisch zu werden: Manche sahen es so an, und die Entwicklung ist noch nicht zu Ende. Napoleon III. nahm seine Krone nicht „vom Tische des Herrn“; er konnte

sich nicht auf die Legitimität stützen, weil Dies für ihn eine Selbstverleugnung zu Gunsten Anderer gewesen wäre; demokratisch wollte er auch nicht seyn, weil sich Das nicht mit seinem Anspruch auf Schalten und Walten vertrug. Allein da die Legitimisten seine natürlichen Gegner waren, so waren die Gegner des Legitimismus hinwiederum eine indirekte Anlehnung für ihn, brauchbar je nach den Umständen, und er verschmähte sie nicht, sondern nahm auch Demokraten in sein Lager auf, falls sie sich seiner Politik anbequemten. Man erwies und man empfing Rücksichten, auf der einen wie auf der andern Seite. Aus dieser Lage ist hervorgegangen, was man die Imperialdemokratie zu nennen pflegt. Die Zusammenfügung aus Gegensätzen sieht mehr aus wie ein Provisorium, als wie ein Grundbau für die Vererbung auf die Nachwelt; indeß in der Hand Napoleons, der sich auf solche Dinge versteht, hat sich das mixtum compositum politisch anwendbar gezeigt, und die demokratischen Mittel, deren er sich bediente, sind ihm bis jetzt nicht über den Kopf gewachsen. Daß übrigens nicht einem Jeden das Spiel in gleicher Weise gelingt, ersieht man aus dem Beispiel Italiens.

Wir Alle haben gesehen, wie die Kreuzzeitung ehedem dieser französischen und italienischen Politik mit jeder Faser ihres Wesens abhold und entgegen war. Es muß ihr selber spanisch vorgekommen seyn, als sie sich auf einmal Arm in Arm mit Garibaldi fand, und im Gefolge des preußischen Kriegs aus gefangenen Soldaten die Freischaar unter Klapka zusammenbringen sah, welcher den Ungarn die Gesetze von 1848 in Aussicht stellte. Die Kreuzzeitung begreift auch sehr wohl, daß sie unter dem Druck eines unheilbaren Widerspruchs mit sich selbst leidet; daher der Wortschwall, womit sie jede Aehnlichkeit ihrer Politik mit der italienischen von sich abzuwälzen bemüht ist. Allein die Thatsachen stehen fest wie ein Granitfels. Ich kann mir nicht anders denken, als daß Napoleon einen innern Triumph empfindet, wenn er sieht, wie nun die Kreuzzeitung aus der Rolle einer „Gazette de France" herausfällt (Hannover, Nassau, und Hessen-Kassel haben nun ebenfalls ihre „Bourbons"), und wie Graf Bismarck nach seinem Rezept Imperialdemokraten im preußischen Abgeordnetenhaus an sich zieht, und die Legitimisten in der Kreuzzeitung vergeblich nach einer Stätte suchen, die ihnen ein Obdach böte. Der alte Gerlach ist wie eine Salzsäule der Legitimität

stehen geblieben. Wie da die Kreuzzeitung einen rettenden Ausweg finden oder eine Umkehr bewerkstelligen soll, ist mir unklar. Im Jahre 1848 gab es in Frankreich wohlhabende Bauern und kleine Grundbesitzer, die zu den „Rothen" hinüberneigten, obwohl es ihnen selbstverständlich keineswegs darum zu thun war, ihre Aecker der „allgemeinen Vertheilung" zu überliefern. Was aber wollten sie denn? Von der Gelegenheit hätten sie gern profitirt, um die auf ihren Grundstücken ruhenden Hypotheken unentgeltlich zu löschen, und sobald ihnen Das gelungen wäre, sollte nach ihrer Ansicht wieder eine himmelhohe Mauer zum Schutze des Eigenthums aufgerichtet werden. Glücklicher Weise gelang ihnen das Erste nicht; jedenfalls aber, menschlicher Voraussicht nach, würde ihnen das Zweite alsdann schwerlich gelungen seyn. Ein Prinzip, einmal durchlöchert, ist eben einfach nicht mehr ganz.

Dies ist es offenbar, worauf Georg Herwegh hindeutet; seine Auffassung ist keine isolirte, und Das sollte der Kreuzzeitung immerhin zu denken geben. Was sich dagegen einwenden läßt, ist die Erfahrung, daß ein größerer Staat fester in sich selbst ruht, als ein kleinerer, oder sich schneller wieder vermöge seiner Schwerkraft zurechtrückt. In den Stürmen von 1848 zwar gerieth auch Berlin in Schwankung, aber Preußen erholte sich schneller, als die Mittel- und Kleinstaaten. Indeß hat die Sache zwei Seiten, namentlich wo es sich um eine beträchtliche Verhältnißzahl neu annektirter Bevölkerung handelt. Napoleon III., obwohl der Erwählte des allgemeinen Stimmrechts, geht allem Anschein nach nicht darauf aus, seine sämmtlichen Wähler zu bewaffnen: es ist zu bezweifeln, ob er in neuen Provinzen, wenn sich deren Volkszahl zu dem alten Frankreich wie 4 zu 18 verhielte, das preußische Landwehrsystem einführen würde. Vermuthlich würde er erst mit sich zu Rathe gehen, ob man auch sicher sey, die neue Mannschaft ausschließlich für die ihr zugedachte Bestimmung zu exerziren. Es ist möglich, daß er sich eher jener Ansicht zuneigt, von der Ludwig Blanc zurückgekommen ist. Die Zukunft allein ist die entscheidende Instanz in der Frage, welche der beiden Ansichten Recht oder Unrecht behalten wird. Allein gleichviel wie das Urtheil dieser Instanz schließlich ausfallen möge, in der einen Beziehung wenigstens scheint mir Napoleon, auch wenn der Ausgang des preußischen Kriegs seine Berechnungen täuschte, einen entschiedenen Erfolg errungen zu haben: die Politik der Kreuzzeitung

hat er moralisch todtgeschlagen. Es ist Dies nicht ein Triumph über die Kreuzzeitung, sondern über ein Prinzip. Von welcher Tragweite, Das ergibt sich aus einer schlichten Hinweisung auf die Zukunft der Napoleonischen Dynastie in Frankreich. Das politische System Napoleons III. ist zu eng mit seiner Persönlichkeit verknüpft, als daß sich voraussagen ließe, ob und auf wie lange es ihn überdauern wird. Wenn er das Szepter niederlegt, tritt sein Sohn und Nachfolger in eine schwierige Stellung ein: sie wird ihm erleichtert in erster Linie, wenn eine Vergrößerung Frankreichs ein Verdienst dieser Dynastie bildet, und in zweiter, wenn in den Nachbarstaaten ein ähnliches Verhältniß zu dem Prinzip der Legitimität besteht, wie in Frankreich selbst. Darum konnte das Kaiserreich nicht „der Friede" seyn. Es brauchte im Ausland Umgestaltungen, wie man sie nur durch Krieg erlangt. Weder die Einheit Italiens, noch die Machterweiterung Preußens (die Zerspaltung Deutschlands wohl) war im Interesse Frankreichs; daß man aber sowohl in Italien als in Deutschland sich nunmehr auf dem Boden von Neuerungen befindet, wie es die Napoleonische gegenüber den Orleans und Bourbons ist, Das war ein dynastisches Interesse für Napoleon III. Die dadurch hervorgebrachte Spaltung lebt als ein solches fort für seinen Nachfolger.

---

30. September 1866.

Sey es aus der Mährchensammlung der Gebrüder Grimm, sey es aus der Kinderstube selbst, man kennt die Geschichte von Hans im Glück, wie er für sieben Jahre Dienst seinen Lohn empfängt, einen Goldklumpen, und wie er diesen Goldklumpen vertauscht gegen ein Pferd, das Pferd nachgehends gegen eine Kuh, die Kuh wiederum gegen ein Schwein, das Schwein alsdann gegen eine Gans, und die Gans schließlich gegen einen Armvoll Feldsteine, die ihm ein Scheerenschleifer als Schleifsteine zur Gründung eines einträglichen Scheerenschleifergeschäfts abläßt. Dieser letzte Handel, obwohl ebenfalls als ein Glück zu betrachten, wird dem guten Hans doch bald lästig, denn die Sonne brennt heiß und die Steine sind schwer; an einem Brunnen will er sich erquicken, bückt sich zu weit über, und die Steine fallen hinein: da thut Hans im Glück einen Freudensprung, und setzt nun kummerlos den Heimweg fort zu seiner Mutter, um ihr zu erzählen, wie ihm das Glück immer wohlge-

wollt. Es ist ein sinniges Mährchen, diese Reihe von Glücksfällen, und der Hans im Glück ist am Ende der deutsche Michel selbst. Auf welcher Sprosse dieser Leiter er gerade jetzt stehen mag, wage ich nicht zu entscheiden; aber ganz so, in herabsteigender Stufenfolge, treibt er seine „nationale" Politik und fühlt sich auf und nieder als den Hans im Glück dabei. Man sieht es ihm nicht mehr an, daß er mit einem großen Kaiserthum und einer deutschen Weltmacht anfing: so weit ist er stufenweise heruntergekommen. Damals, als er die Einheit Deutschlands hatte, machte er Opposition dagegen; stets lehnte er sich auf gegen das Kaiserthum, welches der nationale Mittelpunkt war, und gab nicht eher Ruhe, als bis er statt eines einzigen Oberhauptes deren einige hundert hatte. Diese Opposition gegen die Einheit Deutschlands pflegte man die „germanische Freiheit", zwischenhinein auch wohl die „Sache des Evangeliums" zu nennen. In demselben Maße, wie man den nationalen Mittelpunkt schwächte, sank natürlich auch die Macht des Reichs gegen außen, allein daraus machte sich der deutsche Michel Nichts; mochten auch große Reichslande verloren gehen, darum fühlte er sich nicht minder als den Hans im Glück, falls nur auf die deutsche Einheit, den Kaiser, wiederum ein splitternder Hieb fiel. Es gab Nichts, was in Deutschland so populär gewesen wäre, wie die Zersplitterung. Ganze Provinzen warf man mit Vergnügen zum Fenster hinaus und verhalf dem Auslande selber dazu durch einen munteren Bürgerkrieg daheim.

Eine Zeit lang, allerdings, sah es aus, als wäre hierin ein gewisser Umschwung eingetreten, allein die jüngsten Ereignisse haben gezeigt, daß Dies eine optische Täuschung war. Hieß vordem die Zersplitterung „germanische Freiheit", so nennt man sie jetzt „liberal-national"; nahm vordem ein Reichsfeind einen deutschen Bürgerkrieg gleichsam in seinen Sold (im dreißigjährigen Kriege flossen die französischen Pensionen stromweise in Deutschland, so kann er jetzo sein eigenes Geld sparen, und gibt blos den Antrieb her oder die Genehmigung. Deutschland aber, wie vor Alters auch, liefert die Menschenopfer zum Krieg und den Grund und Boden für Lager und Schlachtfeld: der Unterschied ist nur, daß ein Dienst ausländischer Interessen, insofern ein solcher mit dabei ist, sich nunmehr unentgeltlich versieht. Also auch die Geldkosten trägt Deutschland ausschließlich selber, und Das mit Fug und Recht: denn nach der

neuesten Theorie sind deutsche Eroberungen nur dann zulässig, wenn sie aus einer deutschen Tasche in die andere gehen, und folglich ist der Bürgerkrieg allein ein „deutsch-nationaler." Eine Nation ist nie stärker, als wenn sie den rechten Arm gebraucht, um sich den linken damit abzuhauen, oder umgekehrt. Hat aber ein deutscher Staat andere Erwerbungen gemacht, als auf Kosten deutscher Nachbarn, hat er dem Ausland Etwas abgewonnen, was vielleicht seinen deutschen Gebietstheilen eine Vormauer, eine gute militärische Gränze verschafft: auf der Stelle gebe er es heraus, oder man wird ihn mit Hilfe des Auslandes dazu zwingen. Einem ausländischen Konkurrenten den Rang abzulaufen, steht keinem Deutschen zu; wenn er Jemand übervortheilen will, so halte er sich an die deutsche Stammesverwandtschaft, an seine Brüder. So lautet die neueste Theorie. Es geschieht den Oesterreichern schon recht, daß man ihnen damit zu Leib rückte; warum haben sie sich nicht ebenfalls auf die „nationale" Eroberung verlegt!?

Der alte Hans Dampf, der Nationalverein, steht daneben und reibt sich vergnügt die Hände. Auch er ist in seiner Art ein Hans im Glück. Deutschland in Bruchstücken, wie ein zersprungener Planet, Luxemburg und Limburg wahrscheinlich für Deutschland verloren, möglicher Weise noch eine Abfindung mit Frankreich bevorstehend, und diese Errungenschaften veredelt durch eine Allianz, welche feindlich in Tyrol einfiel: für Hans im Glück ist Das schon der Mühe werth, einen Freudensprung zu thun: — einen nationalliberalen!

---

1. Oktober 1866.

Einem böhmischen Blatte wird aus Zürich geschrieben, ein schweizerischer Stabsoffizier habe sich lange vor dem Krieg alle Anordnungen des preußischen Kriegsministeriums hinsichtlich der auf das Zündnadelgewehr basirten neuen Taktik verschafft gehabt, und aus dem Studium dieses Systems die Folgerung gezogen, daß der Sieg der Preußen auf solcher Grundlage so gut als gewiß sey. Seine Kameraden hätten ihn darüber „fast gekreuzigt", weil sie Das nicht anerkennen wollten. Wenn er ein österreichischer Offizier gewesen wäre, obwohl in einer Voraussicht immerhin auch die Möglichkeit einer Vermeidung liegt, wäre es ihm vielleicht eben

so gegangen. Es ist selten eine Empfehlung, weiter zu sehen, als andere Leute, gleichviel, in welchem Lande es seyn mag.

2. Oktober 1866.

Der „Verein der österreichischen Industriellen" steht in Gefahr des Eingehens. Für die auf den 29. Oktober angesetzte Generalversammlung in Wien befindet sich neben Erstattung des Jahresberichts auch die Frage über den Fortbestand des Vereins auf der Tagesordnung. Schon vor etwa zwei Jahren war beinahe die Hälfte der Mitglieder ausgetreten, weil der jährliche Beitrag (wenn ich nicht irre, von 5 auf 6 fl. oder so ungefähr) erhöht wurde; es ist daraus zu schließen, daß die österreichische Industrie trotz ihrer Klagen einer solchen Vertretung, wie sie der Verein vermittelte, entweder nicht bedarf oder nicht werth ist.

Wenn unsere Armee wirklich, wie es heißt, die krapprothe Hose bekommen soll, welche bisher den Franzosen eigenthümlich war, so wird Das besonders die Ungarn interessiren. Bei Solferino sagte bekanntlich Napoleon zu einem Zuavenregiment: „100,000 Franken, wenn ihr diese Anhöhe erstürmt." Einem ungarischen Husarenregiment hätte man in einem gleichen Falle Nichts als rothe Hosen zu versprechen gehabt; für die Erfüllung dieses Lieblingswunsches hätte es der Hölle selbst Trotz geboten.

4. Oktober 1866.

Die Bildung einer „deutschen Partei", worüber jetzt hier verhandelt wird, stößt auf mannigfache Schwierigkeiten. Daß man auf den weiteren Reichsrath, nachdem er von der Hälfte der Monarchie unbeschickt blieb, nicht mehr zurückgreifen kann, ist nun wohl vorherrschend anerkannt, aber es handelt sich um Bedenken formeller Natur: man will nicht auf die blos sistirten Rechte verzichten, ehe man mit Sicherheit weiß, was man dafür eintauscht. Gerade so verhalten sich die Ungarn von ihrem Standpunkt aus, und sie sind nicht schlecht gefahren dabei; also können sie es nicht schelten, wenn eine andere Partei sich auf denselben Standpunkt zu stellen politisch findet. Die Verständigung einer deutschen Partei mit den Ungarn

halte ich im Uebrigen für keineswegs aussichtlos, und der Regierung, sollte ich denken, geschähe ein Gefallen damit.

Heute wurde die Aufhebung des aus Anlaß der Kriegsnähe eingetretenen gewesenen Ausnahmezustandes durch Plakate bekannt gemacht. Er ist kaum verspürt worden und hätte in so weit auch früher schon wieder aufhören können; indeß zum Bestehenlassen gehörte blos die vis inertiae, und zur Aufhebung bedurfte es einer Aktion.

---

5. Oktober 1866.

Die Experimente der französischen Politik fangen an, in Mißkredit zu gerathen. „Italien ist uns r Werk", sagt man in Paris. In der That hat man für die Einh it Italiens Krieg geführt, einmal direkt, das andere Mal durch Prot ration, und vermittelst nicht-italienischer Waffen ist es geglückt, zu[illegible] die Lombardei und alsdann Venetien dem neuen Staat zuzuwend[illegible] Allein siehe da, während man eben beschäftigt ist, dieses Venet[illegible] ollends richtig anzunesteln, erweist sich der Einheitstrieb Italie[illegible] stark, daß an dem andern Ende inzwischen ein Aufstand ausbr t, der den Zweck hat, Sizilien „unabhängig zu machen." Von Flor z aus glaubte man die Sache zu beschönigen, indem man sagte, es sey eine verhältnißmäßig nur geringe Streitkraft gewesen, welche den Angriff auf Palermo unternahm. Ein um so schlimmeres Zeichen für die Haltbarkeit der dortigen Zustände, wenn Dies begründet ist; denn wenn eine Handvoll Leute dahin gelangt, sich einer volkreichen Hauptstadt zu bemächtigen, so setzt ein solcher Erfolg voraus, daß die Bevölkerung derselben mit ihr einverstanden war. Eine provisorische Regierung war in Bereitschaft; heutzutage, Angesichts so vieler erlebten Beispiele für einen solchen Geschäftsgang, hat man Dies Alles am Schnürchen. Zu dem Staat Neapel konnte man nicht zurückkehren, weil er nicht mehr besteht, hätte es vielleicht auch nicht mehr gewünscht; also etwas noch Neueres, als die letzte Neuerung, nämlich die Republik! Es ist für diesmal bei der bloßen Absicht geblieben; bedeutsam aber ist der Fall doch. Es wäre eine Veränderung gewesen, wie die vorangegangene auch, und berechtigt nicht minder, denn an einer allgemeinen Abstimmung des Volks hätte es die sizilische Republik sicherlich nicht fehlen lassen. Eine Strömung, vermöge deren man in solches Fahrwasser geräth, hat für Viktor

Emanuel (beispielsweise auch für Andere) ein bedenkliches Item, und regt von neuem Zweifel an, ob in Bezug auf Italien die französische Politik sich nicht in einer Täuschung wiegte; für die mögliche Eventualität einer Republik wenigstens, oder auch nur für bequemere Zwischen- und Uebergangsstufen dazu, würde Napoleon seinen italienischen Feldzug natürlich nicht unternommen haben.

Auf alle Fälle ist der Aufstand in Sizilien eine sprechende Mahnung, daß die Zukunft Italiens, auch abgesehen von der römischen Frage, noch mit nichten auf festen Grundlagen gesichert ist. Was in dem neuen Italien endlich aus dem Kirchenstaat werden soll, darüber hat die französische Politik nur orakelhaft dunkle Aussprüche. Mit der orientalischen Frage, die sie seiner Zeit in die Hand nahm, ist sie um Nichts weiter; gelöst hat sie dieselbe trotz eines mörderischen Kriegs so wenig, daß man eben jetzt wieder mit einer neuen Verwicklung zu schaffen hat. Nebenbei hat man die Aussicht, daß sich in Zukunft auch die Vereinigten Staaten Amerika's mit in die Sache mengen werden. Hiezu kommt nun noch weiter, daß auch die neue Gestaltung Deutschlands, wenn nicht als eine Frage, so doch als ein überlegungswerthes Ereigniß an die Franzosen herantritt, und ihrem Beherrscher Schwierigkeiten verschiedener Art in der französischen Stimmung verursacht. Endgiltig erledigt sind denn diese Schwierigkeiten auch nicht; einstweilen ist nur so viel klar, daß Frankreich, weil Alles so gut gegangen ist, seine Streitkräfte etwa auf das Doppelte der bisherigen Ziffer vermehren soll; wie sich von selbst versteht, mit entsprechend erhöhten Kosten. Nun ist allerdings unbestritten, daß die Lösung all' dieser Aufgaben schwer genug ist; allein es unterliegt eben so wenig einem Zweifel, daß ohne Frankreich es über keine derselben zu einem Krieg gekommen wäre. Wer solche Fragen in „Studium" nimmt, um die Völker gegen einander in Waffen zu bringen, von Dem erwartet man auch, daß er sich über eine Lösung klar sey; weiß er aber blos Verwicklung auf Verwicklung zu häufen, so blieb der Knoten, den er nicht mehr zu entwirren vermag, besser ungeschürzt. Ohne seine „Studien" wäre Alles ruhig und friedlich geblieben; nun rächt sich das angerichtete Chaos an ihm selbst.

„Die er rief, die Geister,
Wird er nun nicht los."

Und die Franzosen, denen man dieses Schauspiel gibt, sind kritische Zuschauer.

Ja, es ist eine der aufgegriffenen Fragen erledigt; — aber wie? Die mexikanische, und sie ist es dadurch, daß man sich von ihr zurückzieht. Man überläßt sie sich selbst, und geht davon. In dem rasch lebenden Paris hätte man dieses verunglückte Unternehmen, weil es so weit abseits lag, vielleicht bereits wieder vergessen, falls nur erst die dort verwendete Heeresabtheilung wieder daheim wäre: so aber, und Das wird dauern bis zu ihrer Rückkehr, wird das Gedächtniß der Pariser unausbleiblich von Zeit zu Zeit aufgefrischt. Helden und Spieler, sagt man, sind abergläubisch; die alten Römer waren es. Und wenn nun in Mexiko an die Stelle des durch eine allgemeine Volksabstimmung bestätigten Kaiserthums wieder die Republik tritt: das alte Rom würde Das als ein malum omen betrachtet haben.

---

8. Oktober 1866.

Als ein sprechendes Beispiel schleppenden Geschäftsganges führen hiesige Blätter die Erfolge einer Regierungsverordnung an, nach welcher „alle Gebäude in Wien mit feuersichern und wasserdichten Dachrinnen versehen seyn müssen, welche in die Schläuche, in die Kanäle, in die Senkgruben auszumünden haben, um Belästigungen oder Beschädigungen durch die Dachtraufe, durch das Herabfallen von Schnee oder Deckmaterial hintanzuhalten.“ Diese Verordnung datirt von 1797, ist seither oftmals in Erinnerung gebracht worden, und da nunmehr ein „letzter Termin“, der bis zum 30. Juni gestellt war, abgelaufen ist, so hebt der Magistrat von den noch immer übrig gebliebenen Säumigen Strafgelder mit je 25 fl. ein, was bis zur Stunde schon über 5000 fl. eingebracht hat. Der allerletzte Termin erstreckt sich nun bis Ende Oktober d. J., bis wohin längstens die noch fehlenden Dachrinnen „um so gewisser herzustellen sind, als sonst mit strengerer Strafe vorgegangen werden müßte.“ Seit dem Anfang dieser jetzt ihrer Vollendung nahen Reform sind also beiläufig 70 Jahre vergangen. In der Hälfte dieser Zeit, nämlich von 1830 bis Ende 1864, hat sich die Donau-Dampfschifffahrt von einem Dampfboot zu 60 Pferdekraft auf 134 Dampfschiffe mit zusammen 12,598 Pferdekraft und auf 492 Schleppschiffe mit zusammen 100,308 Tonnen Ladungsfähigkeit vermehrt. Allein wenn man müßig stehen bleibt, bringt man auch Nichts zuwege. Der Kontrast ist lehrreich.

9. Oktober 1866.

Vielleicht am schnellsten findet man sich in den heutigen Aenderungen zurecht, wenn man an die Zeiten Napoleons I. zurückdenkt. Damals war z. B. Frankfurt a. M. fürstlich primatisch und dann großherzoglich, Hessen-Kassel (der Name Kurhessen datirt erst vom Wiener Kongreß) mit Hannover und Magdeburg königlich westfälisch, und ein Stück alten Westfalens, aus der Verlassenschaft des Kurfürstenthums Köln, hessen-darmstädtisch. Auch damals vereinfachte sich der Unterricht in der deutschen Geographie, wie jetzt der „Kladderadatsch" anrühmt, unterlag jedoch von Zeit zu Zeit einer erneuerten Mühewaltung, weil man die Veränderungen abermals veränderte. Der Besitz ging hinüber und herüber, wie das Geld in einem Hasardspiel. Es ist Alles schon da gewesen, wenn auch freilich in andern Dimensionen. Mit dem westfälischen Frieden fing die Sache an; dort aber kamen vorerst nur geistliche Landesherren an die Reihe. Die Zeit nach der französischen Revolution holte dann alle übrigen vollends nach, nahm aber auch eine erkleckliche Zahl weltlicher Reichs- und Kreisstände mit, und selbst die Mitgliedschaft des Rheinbundes schützte nicht vor nachträglicher Mediatisirung durch Napoleon I., den „Protektor" desselben. Nahm doch sogar der Wiener Kongreß noch einige Mediatisirungen vor! Im Rückblick auf diese Vergangenheit haben denn Diejenigen Recht, die da sagen, es sey gar nichts so Unerhörtes, was sich jetzt zutrage, und in den hannoverschen, kurhessischen, und nassauischen Landen finde sich ein ganz ansehnlicher Antheil solcher Gebietsstücke, die auf demselben Weg an die Dynastien von Hannover, Kurhessen, und Nassau gekommen seyen, wie jetzt hinwiederum diese Länder insgesammt an die Krone Preußen, nämlich in Folge von Krieg und Friedensschluß, oder, da z. B. Frankfurt a. M. keinen Krieg geführt und z. B. Hannover keinen Frieden geschlossen hat, durch die altbekannte vis major. Dies hat Etwas für sich, man kann es nicht leugnen. Es wäre demnach eine Art von Nemesis dabei, welche dann aber freilich noch keinen Abschluß böte, sondern in eine unbestimmte Zukunft weiter liefe.

Da wir nun solche Dinge in Deutschland schon einmal erlebt haben, so wissen wir auch ungefähr Bescheid, wie sich deren Folge zu gestalten pflegt. Es fanden sich Leute genug, die sich rasch in die Neuerung einlebten: auch entdeckte man Stichwörter für die neue Politik. Johannes v. Müller z. B. schob dem Königreich Westfalen

das Prinzip unter, daß es eine Vereinigung getrennt gewesener Nationalitäten sey. Andere erfanden Anderes: die Wissenschaft erwies sich als vielseitig. Der Respekt vor „fertigen Thatsachen" gehört nicht erst der neuesten Zeit an, nur daß man heutigen Tags vielleicht etwas länger daran herumzweifelt, ob es auch wirklich eine fertige Thatsache sey. An Beamten fehlte es nirgends; selbst einem so gänzlichen homo novus, wie der König von Westfalen war, nicht an stiftsmäßigem Adel für den Kasseler Hof. Ob auch die Gesinnung des Volks, worauf am Ende denn doch Alles ankommt, sich den neuen Zuständen endgiltig würde anbequemt haben, darüber liegt keine entscheidende Erfahrung vor; eine Erfahrung auf die Länge zu machen, dazu blieb nicht Zeit genug. Wie in der Vorahnung eines baldigen Umschlags fühlte sich denn auch Alles blos provisorisch. Ich weiß nicht, ob man sich damals der Formel „auf ewige Zeiten" bediente; in der Wirklichkeit traten die Neugestaltungen auf, wie wenn es ausdrücklich geheißen hätte: „von jetzt an bis auf Weiteres," oder: „auf einstweilen bis zum nächstfolgenden Krieg." Wenn die obwaltende Volksstimmung nicht an die Haltbarkeit des Bestehenden glaubt, so ist schon der Mangel an diesem Glauben eine Schwäche für den Bestand. Wie es damit zu Ende ging, bedarf keiner Erinnerung. So für den oberflächlichen Blick sah Alles ganz fest gemauert aus, aber ein Wechsel des Glücks warf es um wie ein Erdbeben. Dies war innere Schwäche. Napoleon I. war ein Feldherr wie wenige, und hatte das halbe Europa unmittelbar oder mittelbar annektirt; daß also die blos materielle Macht nicht der Grundstein aller Haltbarkeit ist, hat sich in dem Sturz dieser riesenhaften Größe zur Genüge dargethan. Auf dem Boden einer solchen Erfahrung fragt man nach einer moralischen Macht.

Nun eben, ertönt es zur Antwort, die ganze Aehnlichkeit mit den damaligen Schöpfungen Napoleons besteht ja nur in dem Daseyn einer Neuerung; die unsrige aber stützt sich gerade auf Das, was jenen Napoleon umwarf, nämlich auf den deutschen Nationalgeist. Hier kommen wir auf den Hauptpunkt: Das eben ist es, was erst zu beweisen wäre. Bis jetzt sehen wir Nichts vor uns, als eine dreifache Spaltung Deutschlands und einen verstärkten Partikularismus, der sich zur Schau trägt; mit einem Bürgerkrieg hat man angefangen, und mit einer Trennung aufgehört. Am 14. Juni brachte der preußische Staatsanzeiger eine Proklamation,

in der es unter Anderm hieß: „Indem die preußischen Truppen die Gränze überschreiten, kommen sie nicht als Feinde der Bevölkerung, deren Unabhängigkeit Preußen achtet, und mit deren Vertretern es in der deutschen Nationalversammlung gemeinsam die künftigen Geschicke des deutschen Vaterlands zu berathen hofft." Ist Das in Erfüllung gegangen? Ist es angebahnt? Steht es noch in Aussicht?

11. Oktober 1866.

Was mit dem Kirchenstaat werden soll, ist nun zunächst eine Frage zwischen Viktor Emanuel und Napoleon, oder, wenn man will, zwischen Napoleon und der Revolution. Sich selber zu schützen vermag der Kirchenstaat nicht, wie sich schon 1848 zeigte. Das Prinzip der Einheit Italiens, um konsequent durchgeführt zu seyn, verlangt die Unterwerfung Roms, und Dies ist der Standpunkt Viktor Emanuels, welcher die Revolution auf so lange, bis er etwa selbst von ihr aufgezehrt wird, zur Alliirten hat. Napoleon seinerseits rühmt die Einheit Italiens als seine Schöpfung, was sie denn auch ist. Nun ist es aber nicht minder eine Thatsache, daß auch die Wiederherstellung des Kirchenstaats, nachdem die Revolution den Pabst vertrieben hatte, ein Werk Napoleons war; obwohl damals noch selbst der Präsident einer Republik, warf er die römische nieder, und setzte den vertriebenen Pabst wieder ein. Aus welcher dieser beiden Prämissen soll man nun einen Schluß ziehen? Keine derselben läßt sich ungeschehen machen; logisch zusammenreimen aber lassen sie sich ebenfalls nicht, da jede von beiden zu einer andern „nothwendigen" Konsequenz führt. Es liegt ein vollkommener innerlicher Widerspruch vor, und ein solcher, nach dem bekannten Spruch Goethe's, ist „gleich geheimnißvoll für Kluge wie für Thoren." Was wird Napoleon thun? Man weiß es nicht. In dieser ganzen Politik steckt eben, wie man hieran wieder recht augenfällig sieht, eigentlich kein Prinzip, kein folgerichtig in sich zusammenhängendes System, und eben Das ist es, was sie in den Ruf gesetzt hat, undurchdringlich und unerrathbar zu seyn. Allerdings kommt hiezu noch eine gewisse Leichtigkeit des Umschlagens in Bezug sowohl auf politische Freundschaften als auf politische Standpunkte, je nachdem Solches ein Wechsel der Lage anzurathen scheint, allein Das ist im Grunde dieselbe Eigenschaft wieder. Im gewöhnlichen Leben nennt

halte ich im Uebrigen für keineswegs aussichtlos, und der Regierung, sollte ich denken, geschähe ein Gefallen damit.

Heute wurde die Aufhebung des aus Anlaß der Kriegsnähe eingetretenen gewesenen Ausnahmezustandes durch Plakate bekannt gemacht. Er ist kaum verspürt worden und hätte in so weit auch früher schon wieder aufhören können; indeß zum Bestehenlassen gehörte blos die vis inertiae, und zur Aufhebung bedurfte es einer Aktion.

---

5. Oktober 1866.

Die Experimente der französischen Politik fangen an, in Mißkredit zu gerathen. „Italien ist unser Werk“, sagt man in Paris. In der That hat man für die Einheit Italiens Krieg geführt, einmal direkt, das andere Mal durch Prokuration, und vermittelst nicht-italienischer Waffen ist es geglückt, zuerst die Lombardei und alsdann Venetien dem neuen Staat zuzuwenden. Allein siehe da, während man eben beschäftigt ist, dieses Venetien ordentlich richtig anzunesteln, erweist sich der Einheitstrieb Italiens so stark, daß an dem andern Ende inzwischen ein Aufstand ausbrach, der den Zweck hat, Sizilien „unabhängig zu machen.“ Von Florenz aus glaubte man die Sache zu beschönigen, indem man sagte, es sey eine verhältnißmäßig nur geringe Streitkraft gewesen, welche den Angriff auf Palermo unternahm. Ein um so schlimmeres Zeichen für die Haltbarkeit der dortigen Zustände, wenn Dies begründet ist; denn wenn eine Handvoll Leute dahin gelangt, sich einer volkreichen Hauptstadt zu bemächtigen, so setzt ein solcher Erfolg voraus, daß die Bevölkerung derselben mit ihr einverstanden war. Eine provisorische Regierung war in Bereitschaft; heutzutage, Angesichts so vieler erlebten Beispiele für einen solchen Geschäftsgang, hat man Dies Alles am Schnürchen. Zu dem Staat Neapel konnte man nicht zurückkehren, weil er nicht mehr besteht, hätte es vielleicht auch nicht mehr gewünscht; also etwas noch Neueres, als die letzte Neuerung, nämlich die Republik! Es ist für diesmal bei der bloßen Absicht geblieben; bedeutsam aber ist der Fall doch. Es wäre eine Veränderung gewesen, wie die vorangegangene auch, und berechtigt nicht minder, denn an einer allgemeinen Abstimmung des Volks hätte es die sizilische Republik sicherlich nicht fehlen lassen. Eine Strömung, vermöge deren man in solches Fahrwasser geräth, hat für Viktor

Emanuel (beispielsweise auch für *Andere*) ein bedenkliches Item, und regt von neuem Zweifel an, ob in Bezug auf *Italien* die französische Politik sich nicht in einer Täuschung wiegte; für die mögliche Eventualität einer Republik wenigstens, oder auch nur für bequemere Zwischen- und Uebergangsstufen dazu, würde Napoleon seinen italienischen Feldzug natürlich nicht unternommen haben.

Auf alle Fälle ist der Aufstand in Sizilien eine sprechende Mahnung, daß die Zukunft Italiens, auch abgesehen von der römischen Frage, noch mit nichten auf festen Grundlagen gesichert ist. Was in dem neuen Italien endlich aus dem *Kirchenstaat* werden soll, darüber hat die französische Politik nur orakelhaft dunkle Aussprüche. Mit der orientalischen Frage, die sie seiner Zeit in die Hand nahm, ist sie um Nichts weiter; gelöst hat sie dieselbe trotz eines mörderischen Kriegs so wenig, daß man eben jetzt wieder mit einer neuen Verwicklung zu schaffen hat. Nebenbei hat man die Aussicht, daß sich in Zukunft auch die Vereinigten Staaten Amerika's mit in die Sache mengen werden. Hiezu kommt nun noch weiter, daß auch die neue Gestaltung *Deutschlands*, wenn nicht als eine Frage, so doch als ein überlegungswerthes Ereigniß an die Franzosen herantritt, und ihrem Beherrscher Schwierigkeiten verschiedener Art in der französischen Stimmung verursacht. Endgiltig erledigt sind denn diese Schwierigkeiten *auch* nicht; einstweilen ist nur so viel klar, daß Frankreich, weil Alles so gut gegangen ist, seine Streitkräfte etwa auf das Doppelte der bisherigen Ziffer vermehren soll; wie sich von selbst versteht, mit entsprechend erhöhten Kosten. Nun ist allerdings unbestritten, daß die Lösung all' dieser Aufgaben schwer genug ist; allein es unterliegt eben so wenig einem Zweifel, daß ohne *Frankreich* es über keine derselben zu einem Krieg gekommen wäre. Wer solche Fragen in „Studium" nimmt, um die Völker gegen einander in Waffen zu bringen, von Dem erwartet man auch, daß er sich über eine *Lösung* klar sey; weiß er aber blos Verwicklung auf Verwicklung zu häufen, so blieb der Knoten, den er nicht mehr zu entwirren vermag, besser ungeschürzt. Ohne seine „Studien" wäre Alles ruhig und friedlich geblieben; nun rächt sich das angerichtete Chaos an ihm selbst.

„Die er rief, die Geister,
Wird er nun nicht los."

Und die Franzosen, denen man dieses Schauspiel gibt, sind *kritische* Zuschauer.

Ja, es ist eine der aufgegriffenen Fragen erledigt: — aber wie? Die mexikanische, und sie ist es dadurch, daß man sich von ihr zurückzieht. Man überläßt sie sich selbst, und geht davon. In dem rasch lebenden Paris hätte man dieses verunglückte Unternehmen, weil es so weit abseits lag, vielleicht bereits wieder vergessen, falls nur erst die dort verwendete Heeresabtheilung wieder daheim wäre: so aber, und Das wird dauern bis zu ihrer Rückkehr, wird das Gedächtniß der Pariser unausbleiblich von Zeit zu Zeit aufgefrischt. Helden und Spieler, sagt man, sind abergläubisch: die alten Römer waren es. Und wenn nun in Mexiko an die Stelle des durch eine allgemeine Volksabstimmung bestätigten Kaiserthums wieder die Republik tritt: das alte Rom würde Das als ein malum omen betrachtet haben.

— · — — —

8. Oktober 1866.

Als ein sprechendes Beispiel schleppenden Geschäftsganges führen hiesige Blätter die Erfolge einer Regierungsverordnung an, nach welcher „alle Gebäude in Wien mit feuersichern und wasserdichten Dachrinnen versehen seyn müssen, welche in die Schläuche, in die Kanäle, in die Senkgruben auszumünden haben, um Belästigungen oder Beschädigungen durch die Dachtraufe, durch das Herabfallen von Schnee oder Deckmaterial hintanzuhalten." Diese Verordnung datirt von 1797, ist seither oftmals in Erinnerung gebracht worden, und da nunmehr ein „letzter Termin", der bis zum 30. Juni gestellt war, abgelaufen ist, so hebt der Magistrat von den noch immer übrig gebliebenen Säumigen Strafgelder mit je 25 fl. ein, was bis zur Stunde schon über 7000 fl. eingebracht hat. Der allerletzte Termin erstreckt sich nun bis Ende Oktober d. J., bis wohin längstens die noch fehlenden Dachrinnen „um so gewisser herzustellen sind, als sonst mit strengerer Strafe vorgegangen werden müßte." Seit dem Anfang dieser jetzt ihrer Vollendung nahen Reform sind also beiläufig 70 Jahre vergangen. In der Hälfte dieser Zeit, nämlich von 1830 bis Ende 1864, hat sich die Donau-Dampfschifffahrt von einem Dampfboot zu 60 Pferdekraft auf 134 Dampfschiffe mit zusammen 12,598 Pferdekraft und auf 492 Schleppschiffe mit zusammen 100,308 Tonnen Ladungsfähigkeit vermehrt. Allein wenn man müßig stehen bleibt, bringt man auch Nichts zuwege. Der Kontrast ist lehrreich.

—

9. Oktober 1866.

Vielleicht am schnellsten findet man sich in den heutigen Aenderungen zurecht, wenn man an die Zeiten Napoleons I. zurückdenkt. Damals war z. B. Frankfurt a. M. fürstlich primatisch und dann großherzoglich, Hessen-Kassel (der Name Kurhessen datirt erst vom Wiener Kongreß) mit Hannover und Magdeburg königlich westfälisch, und ein Stück alten Westfalens, aus der Verlassenschaft des Kurfürstenthums Köln, hessen-darmstädtisch. Auch damals vereinfachte sich der Unterricht in der deutschen Geographie, wie jetzt der „Kladderadatsch" anrühmt, unterlag jedoch von Zeit zu Zeit einer erneuerten Mühewaltung, weil man die Veränderungen abermals veränderte. Der Besitz ging hinüber und herüber, wie das Geld in einem Hasardspiel. Es ist Alles schon da gewesen, wenn auch freilich in andern Dimensionen. Mit dem westfälischen Frieden fing die Sache an; dort aber kamen vorerst nur geistliche Landesherren an die Reihe. Die Zeit nach der französischen Revolution holte dann alle übrigen vollends nach, nahm aber auch eine erkleckliche Zahl weltlicher Reichs- und Kreisstände mit, und selbst die Mitgliedschaft des Rheinbundes schützte nicht vor nachträglicher Mediatisirung durch Napoleon I., den „Protektor" desselben. Nahm doch sogar der Wiener Kongreß noch einige Mediatisirungen vor! Im Rückblick auf diese Vergangenheit haben denn Diejenigen Recht, die da sagen, es sey gar nichts so Unerhörtes, was sich jetzt zutrage, und in den hannoverschen, kurhessischen, und nassauischen Landen finde sich ein ganz ansehnlicher Antheil solcher Gebietsstücke, die auf demselben Weg an die Dynastien von Hannover, Kurhessen, und Nassau gekommen seyen, wie jetzt hinwiederum diese Länder insgesammt an die Krone Preußen, nämlich in Folge von Krieg und Friedensschluß, oder, da z. B. Frankfurt a. M. keinen Krieg geführt und z. B. Hannover keinen Frieden geschlossen hat, durch die altbekannte vis major. Dies hat Etwas für sich, man kann es nicht leugnen. Es wäre demnach eine Art von Nemesis dabei, welche dann aber freilich noch keinen Abschluß böte, sondern in eine unbestimmte Zukunft weiter ließe.

Da wir nun solche Dinge in Deutschland schon einmal erlebt haben, so wissen wir auch ungefähr Bescheid, wie sich deren Folge zu gestalten pflegt. Es fanden sich Leute genug, die sich rasch in die Neuerung einlebten: auch entdeckte man Stichwörter für die neue Politik. Johannes v. Müller z. B. schob dem Königreich Westfalen

das Prinzip unter, daß es eine Vereinigung getrennt gewesener Nationalitäten sey. Andere erfanden Anderes: die Wissenschaft erwies sich als vielseitig. Der Respekt vor „fertigen Thatsachen" gehört nicht erst der neuesten Zeit an, nur daß man heutigen Tags vielleicht etwas länger daran herumzweifelt, ob es auch wirklich eine fertige Thatsache sey. An Beamten fehlte es nirgends; selbst einem so gänzlichen homo novus, wie der König von Westfalen war, nicht an stiftsmäßigem Adel für den Kasseler Hof. Ob auch die Gesinnung des Volks, worauf am Ende denn doch Alles ankommt, sich den neuen Zuständen endgiltig würde anbequemt haben, darüber liegt keine entscheidende Erfahrung vor; eine Erfahrung auf die Länge zu machen, dazu blieb nicht Zeit genug. Wie in der Vorahnung eines baldigen Umschlags fühlte sich denn auch Alles blos provisorisch. Ich weiß nicht, ob man sich damals der Formel „auf ewige Zeiten" bediente; in der Wirklichkeit traten die Neugestaltungen auf, wie wenn es ausdrücklich geheißen hätte: „von jetzt an bis auf Weiteres," oder: „auf einstweilen bis zum nächstfolgenden Krieg." Wenn die obwaltende Volksstimmung nicht an die Haltbarkeit des Bestehenden glaubt, so ist schon der Mangel an diesem Glauben eine Schwäche für den Bestand. Wie es damit zu Ende ging, bedarf keiner Erinnerung. So für den oberflächlichen Blick sah Alles ganz fest gemauert aus, aber ein Wechsel des Glücks warf es um wie ein Erdbeben. Dies war innere Schwäche. Napoleon I. war ein Feldherr wie wenige, und hatte das halbe Europa unmittelbar oder mittelbar annektirt: daß also die blos materielle Macht nicht der Grundstein aller Haltbarkeit ist, hat sich in dem Sturz dieser riesenhaften Größe zur Genüge dargethan. Auf dem Boden einer solchen Erfahrung fragt man nach einer moralischen Macht.

Nun eben, ertönt es zur Antwort, die ganze Aehnlichkeit mit den damaligen Schöpfungen Napoleons besteht ja nur in dem Daseyn einer Neuerung; die unsrige aber stützt sich gerade auf Das, was jenen Napoleon umwarf, nämlich auf den deutschen Nationalgeist. Hier kommen wir auf den Hauptpunkt: Das eben ist es, was erst zu beweisen wäre. Bis jetzt sehen wir Nichts vor uns, als eine dreifache Spaltung Deutschlands und einen verstärkten Partikularismus, der sich zur Schau trägt; mit einem Bürgerkrieg hat man angefangen, und mit einer Trennung aufgehört. Am 16. Juni brachte der preußische Staatsanzeiger eine Proklamation,

in der es unter Anderm hieß: „Indem die preußischen Truppen die Gränze überschreiten, kommen sie nicht als Feinde der Bevölkerung, deren Unabhängigkeit Preußen achtet, und mit deren Vertretern es in der deutschen Nationalversammlung gemeinsam die künftigen Geschicke des deutschen Vaterlands zu berathen hofft.“ Ist Das in Erfüllung gegangen? Ist es angebahnt? Steht es noch in Aussicht?

11. Oktober 1866.

Was mit dem Kirchenstaat werden soll, ist nun zunächst eine Frage zwischen Viktor Emanuel und Napoleon, oder, wenn man will, zwischen Napoleon und der Revolution. Sich selber zu schützen vermag der Kirchenstaat nicht, wie sich schon 1848 zeigte. Das Prinzip der Einheit Italiens, um konsequent durchgeführt zu seyn, verlangt die Unterwerfung Roms, und Dies ist der Standpunkt Viktor Emanuels, welcher die Revolution auf so lange, bis er etwa selbst von ihr aufgezehrt wird, zur Alliirten hat. Napoleon seinerseits rühmt die Einheit Italiens als seine Schöpfung, was sie denn auch ist. Nun ist es aber nicht minder eine Thatsache, daß auch die Wiederherstellung des Kirchenstaats, nachdem die Revolution den Pabst vertrieben hatte, ein Werk Napoleons war; obwohl damals noch selbst der Präsident einer Republik, warf er die römische nieder, und setzte den vertriebenen Pabst wieder ein. Aus welcher dieser beiden Prämissen soll man nun einen Schluß ziehen? Keine derselben läßt sich ungeschehen machen; logisch zusammenreimen aber lassen sie sich ebenfalls nicht, da jede von beiden zu einer andern „nothwendigen“ Konsequenz führt. Es liegt ein vollkommener innerlicher Widerspruch vor, und ein solcher, nach dem bekannten Spruch Goethe's, ist „gleich geheimnißvoll für Kluge wie für Thoren.“ Was wird Napoleon thun? Man weiß es nicht. In dieser ganzen Politik steckt eben, wie man hieran wieder recht augenfällig sieht, eigentlich kein Prinzip, kein folgerichtig in sich zusammenhängendes System, und eben Das ist es, was sie in den Ruf gesetzt hat, undurchdringlich und unerrathbar zu seyn. Allerdings kommt hiezu noch eine gewisse Leichtigkeit des Umschlagens in Bezug sowohl auf politische Freundschaften als auf politische Standpunkte, je nachdem Solches ein Wechsel der Lage anzurathen scheint, allein Das ist im Grunde dieselbe Eigenschaft wieder. Im gewöhnlichen Leben nennt

man sie mit andern Namen: ob sie in der großen Politik auf die Länge Vortheil bringt. Das ist eine Frage noch nicht abgeschlossener Erfahrung.

Also die Einheit Italiens, die piemontesische wenigstens, erheischt die Aufhebung des Kirchenstaats, d. h. die Mediatisirung des Pabstes. In Betracht aber, daß der weltliche Beherrscher des Kirchenstaats zugleich das geistliche Oberhaupt der katholischen Kirche ist, liegt darin nicht blos eine italienische Frage, sondern eine solche, die weithin über Italien hinausreicht. Nehme man einmal beispielsweise an, der Kirchenstaat wäre durch Gebietsumfang und Volkszahl eine europäische Großmacht, die als solche weltlich in die europäische Politik eingriffe, so ergäbe sich daraus für andere Staaten ein gewisses Bedenken, hervorgehend aus der Besorgniß, der kirchliche Zusammenhang könnte eine politische Färbung annehmen. Ganz dieselbe Besorgniß träte in Geltung, wenn das geistliche Oberhaupt einer so viele Völker umfassenden Kirchengemeinschaft dem Beherrscher eines Großstaats weltlich unterworfen wäre: man würde stets eine örtliche Abhängigkeit von politischen Einflüssen der weltlichen Obermacht fürchten. Mit andern Worten: der Pabst kann nicht eines weltlichen Machthabers Unterthan seyn, ohne daß unmittelbar damit die Unabhängigkeit der katholischen Kirche verloren ginge. Mit ihrer Unabhängigkeit aber ist der Bestand ihrer Einheit bedroht. Wenn also in der That das neue Italien nicht ohne Mediatisirung des Pabstes bestehen kann, so fordert es einen großen geistigen Gegensatz heraus. Die Einheit Italiens ist eine örtliche Frage für die Italiener: die Einheit der katholischen Kirche ist eine Frage, die sich in alle fünf Welttheile erstreckt. Es mag seyn, daß die Mehrheit der italienischen Bevölkerung die Einheit Italiens über die der katholischen Kirche setzt, da man selbst an italienischen Priestern Beispiele davon erlebte; allein es ist nicht zu erwarten, daß jene unermeßliche Mehrheit, die katholisch ist, ohne italienisch zu seyn, das Lebensinteresse ihrer Kirche gleichfalls einem Anspruch des Königreichs Italien unterzuordnen oder zu opfern bereit wäre. In Frankreich selbst wiegen ohnehin keine Sympathien für Italien vor.

Dies ist das Problem, dessen Lösung sich Napoleon III. auferlegt hat. Wenn es eine Last ist, so ist es eine selbsterwählte, denn ohne die Einmischung Frankreichs hatte sich der so schwer lös-

bare Gegensatz nicht in solcher Weise auf die Spitze gestellt. Auch ging ein früheres Programm nur auf eine Bundeseinheit Italiens, und zwar unter dem Präsidium des Pabstes: es ist jedoch gleich andern Programmen, die vergeblich eine Zukunft im voraus festzustellen gedachten, längst durch den Gang der Ereignisse überholt. Man wird endlich von dem Grundirrthum zurückkommen müssen, daß man die Gestaltung europäischer Geschicke, ob auch mit ansehnlicher Macht auf sie einwirkend, darum willkührlich in seiner Hand habe. Wenn der Pfeil einmal abgeschossen ist, gehört er nicht mehr dem Schützen an: zurückzurufen ist er nicht, auch wenn er das Ziel überschießt, oder ein anderes trifft, als das ihm vorgezeichnet war. Es sieht nachgerade so aus, als ob mit Italien die französische Berechnung ihr Ziel überschossen hätte, d. h. es wird zweifelhaft, ob das Königreich Italien, nachdem sie es so stark gemacht hat, noch ihrem Einfluß unterthänig genug ist, um vor der allein noch übrigen Schranke der Einheit, vor der letzten Konsequenz des verkündigten Prinzips, stehen zu bleiben. Gelingt es, für jetzt so viel Einfluß geltend zu machen, so hat man wenigstens einen Aufschub erzielt, denn unvereinbare Gegensätze stehen sich Angesicht zu Angesicht entgegen, nach wie vor. Es ist ein schwieriges Problem. Von der Politik, die diese Frage „studiert", in Bewegung gesetzt, und die Gegensätze so weit vorgeschoben hat, erwartet die Welt nunmehr eine Lösung.

---

15. October 1866.

Von der „ungarischen Legion", welche man in Preußen während des Krieges aus österreichischen Gefangenen gebildet hat, befinden sich einige Offiziere frühere ungarische Flüchtlinge hier in Wien: es heißt, sie sollen Pässe ins Ausland erhalten. Was die zurückgekehrten Soldaten der Legion betrifft, welche sonst als Deserteure zu behandeln wären, so scheinen sie durch den bekannten Artikel des Friedensvertrages geschützt zu seyn. Es läßt sich voraussetzen, daß die Erscheinung einer ungarischen Legion im Dienste Preußens während des letzten Kriegs, wenn auch aus Gefangenen zusammengepreßt, dem Ausgleich mit Ungarn nicht eben Vorschub gethan hat.

Dieser Tage empfing der Kaiser eine slowakische Deputation, welche eine in der diesjährigen Generalversammlung der slowakischen „Matica"-Verein votirte Ergebenheitsadresse überreichte. Die Slo-

[illegible]

[illegible] war nicht der Sitten Frankreichs; mit der Aenderung der betreffenden Verhältnisse [illegible] in der Luft. Der Bestand und die Haltbarkeit einer Staatsschöpfung darf nicht auf so veränderliche Grundlagen gestellt werden. Belgien hat schon einmal, mehr auf weniger als ein Menschenalter lang, einen Gebietstheil Frankreichs gebildet; um einer Wiederholung dieses Schicksals vorzubeugen, hätte es gleich von vorn herein Alles vermeiden sollen, was durch Assimilirung einem französischen Zugriffsgelüste halbwegs entgegenkam. Von Frankreich her drohte die Gefahr. Daß man

ihr gegenüber sich zu einer Kopie Frankreichs machte, war ein handgreiflicher politischer Fehler.

So wie die Dinge jetzt stehen, findet ein französischer Einmarsch in Belgien die gesammte Staatsmaschinerie bereits französisch. In so weit braucht eine französische Annexion Nichts zu ändern; sie bedürfte weiter keines Umbau's, sondern gäbe blos den Hausschlüssel in eine andere Hand. Nun spricht man allerdings von einer entgegenstehenden „belgischen Nationalität“, allein ethnologisch gibt es eine solche nicht. Belgien schließt vielmehr zwei Nationalitäten in sich: eine wallonische, welche zwar romanisch und als solche mit der französischen verwandt, aber keineswegs mit derselben identisch ist, und eine deutsche, d. h. niederdeutsche; denn das Flamändische oder Flämische ist eine Unterabtheilung der Volksmundart, die von der belgischen bis zur ostpreußischen Küste hinüber gesprochen wird. Das Flämische (niederdeutsch: vlaemsch) ist die Sprache der Mehrheit des belgischen Volks; gegen eine drohende Aufzehrung durch Frankreich war hier der Anhaltspunkt, den man hätte pflegen sollen. Eine gemeinsame „Nationalität“ hat demnach Belgien nicht. Man bedient sich eines unrichtigen Ausdrucks, indem man sich auf die belgische Nationalität beruft: was man damit meint, ist eigentlich das belgische Staatsbewußtseyn, welches mit Liebe und Entschlossenheit an der Selbständigkeit Belgiens festhält, dieselbe nicht gegen eine Angehörigkeit zu Frankreich vertauschen möchte, und für diese Gesinnung einen entsprechenden Aufwand an Kraft einzusetzen bereit ist. Die Belgier wollen ihre Verfassungszustände und ihre politische Freiheit nicht preisgeben, um französisch zu werden. Wenn aber die Welt glauben soll, daß es ihnen mit diesem Willen Ernst ist, so müssen sie vernünftiger Weise auch die Mittel zum Zweck wollen, sonst glauben ihnen z. B. gleich zunächst die Franzosen nicht. Mit andern Worten: die Belgier müssen aufhören, das unmittelbar Zweckwidrige zu thun, und ihre rein künstlich gemachte Französirung (Verfranschung) ablegen, welche eine direkte Anreizung zu französischer Annexionslust ist. Denn niemals wird man der französischen Selbstgefälligkeit einreden, daß ein Volk, das sich zur französischen Kopie macht, nicht dem Original zustrebe; so lange die Belgier fortfahren, sich als halbe Franzosen zu gebährden, wird man in Paris überzeugt bleiben, daß es ihr geheimer Wunsch sey, lieber ganze Franzosen zu werden, und so ganz unmotivirt,

wird man in Brüssel gestehen müssen, ist diese Folgerung keineswegs. Entweder haben die Franzosen Recht damit, oder die Belgier haben seit dem Bestehen ihres Staates eine Bahn eingehalten, die an unmittelbarster Zweckwidrigkeit alles Menschenmögliche erreicht.

Noch ist es Zeit, einzulenken, aber es thut auch noth: denn als blos imitirte Franzosen werden sie den echten naturgemäß nicht gewachsen seyn. In der auf dem Papier zugesicherten Neutralität das Papier ist heutzutage geduldiger, als jemals scheinen sie selbst keinen ausreichenden Schutz in der Wirklichkeit zu ersehen; der betreffende Paragraph der „Verträge" wird sich um Nichts wirksamer erweisen, als 1859 jener, der gewisse Gebietstheile Savoyens mit in die schweizerische Neutralität einschloß, aber höchst einfach ignorirt wurde. Die letztere selbst hat vorkommenden Falls, je nachdem, nur geringe Aussicht auf Respektirung. Und nun vollends Belgien, welches seinerseits keine Alpengebirge zum Kern hat! Auf einen gewaffneten Beistand Englands zählt man in neuester Zeit wohl in Brüssel selbst nicht mehr übermäßig; die englischen Sympathien werden schwerlich über schöne Worte hinausgehen. An dem benachbarten Holland, von dem sich Belgien seiner Zeit losriß, findet es vielleicht einen aufrichtigen Alliirten, allein selbst in diesem Fall einen nutzlosen; denn eine europäische Krisis, die den Bestand Belgiens in Gefahr brächte, setzt ja alsdann Holland gleichzeitig in die nämliche Klemme, und auch die vereinigten Streitkräfte beider Länder geben heutigen Tags, wo man mit so gewaltigen Heeresmassen in's Feld zieht, für sich allein keinen Ausschlag. Es bleibt gar keine andere Wahl übrig: die natürliche Anlehnung Belgiens ist das stammverwandte Deutschland, und in dieser Situation, welche sich dringend genug geltend macht, ist es eine doppelte politische Ungereimtheit, wenn der belgische Staat fortfährt, Land und Leute französisch zu maskiren, während sie es nicht sind und nicht seyn wollen.

25. October 1866.

„Und als das Sterben ein Ende hatte", sagt die Limburger Chronik nach dem Aufhören einer verheerenden Pest, „da hub die Welt wieder an zu leben und fröhlich zu seyn." So geht es auch im politischen Leben; nach einer großen Katastrophe richtet man sich wieder auf, prüft den erlittenen Schaden, zieht sich praktische

Lehren daraus, bessert wo zu bessern ist, macht sich eine politische Aufgabe zurecht, und trägt Sorge, für einen Zweck und eine Zukunft zu leben und zu wirken. Mit Dem, was man praktisch untüchtig gefunden hat, breche man; mit aufgebrauchten Mitteln also, nicht mit dem Zweck, welcher als ein nationaler unverrückbar ist und nur das gemeinsam Deutsche seyn kann.

Wenn es nur an uns selbst nicht fehlt: praktische Lehren haben wir genug empfangen, um zu wissen, welches der rechte Weg nicht ist. Sagen wir der blosen Phrase Valet: sie leistet Nichts, schadet aber durch den Irrthum, der darin eine Leistung zu sehen vermeint. Unsere Turner-, Schützen-, und Sängerfeste waren als deutsche Verbrüderungen recht hübsch, aber der Glaube an einen schwer ins Gewicht fallenden politischen Erfolg auch recht kindlich: das politische Leben einer Nation ist kein Schäferspiel mit rosenrothen Bändern für Daphnis und Chloe. Auf diese sehr gemüthlichen Dinge folgte ein sehr ungemüthlicher Bürgerkrieg: lassen wir also die Festreden und Trinksprüche über deutsche Brüderschaft vorerst lieber bei Seite. Die Altion hat den Stab gebrochen über die Phrase. So hoffen wir denn auch die flitterhaften Schwätzer und Reiseprediger des sogenannten Nationalvereins in Zukunft los zu seyn; der Nationalverein wird das Lachen halten können, wenn er in dem neuen Preußen Opposition zu machen versucht, wie es ihm vorher in den geschmähten nicht-preußischen Landen vergönnt war. Deßgleichen wird man uns hoffentlich nicht mehr zumuthen, die legitime Salbung der Berliner Kreuzzeitung für echt zu nehmen, nachdem sie, biblisch ausgedrückt, mit den Moabitern und Götzendienern — ehegebrochen hat. (Die Kreuzzeitung kennt den betreffenden biblischen Ausdruck, welcher etwas derber ist. Und endlich, so Gott will, werden wir nicht mehr erleben, daß man da oder dort einem regierenden Herrn, der kein Potentat ist, in irgend einer Höflingsmanier mit der Aussicht auf die deutsche Kaiserkrone schmeichelt: jetzt wird auch ein blödes Auge klar sehen, daß Alles und Jedes, was dahin einschlägt, vielmehr eine handfeste Machtfrage ist.

Die Deutschheit des Nationalvereins, wie die Legitimität der Kreuzzeitung, gehört in das Gebiet der Phrase. Untergrabt den Glauben an die Phrase! Studiert die Bedingungen der Macht!

28. October 1866.

Alle Augen sind auf Prag gerichtet. Die Ernennung des Frhrn. v. Beust zum Minister des Auswärtigen gilt nunmehr für entschieden: wenigstens befand sich Graf Mensdorf nicht unter den Ministern, die vermittelst Telegramms nach Prag berufen wurden, und scheint demnach den schon so lange gehegten Wunsch der Enthebung von seinem Posten nun erreicht zu haben. Einen aggressiven Charakter schreibt der eintretenden Veränderung Niemand zu. Oesterreich bedarf der Sammlung und Ruhe: ganz im Gegentheil wäre es vielmehr eine unfriedliche Vorbedeutung, wenn das deutsche Element in Oesterreich an Geltung verlöre, denn nur deutsche Motive stehen z. B. einer unbedingten Allianz mit Frankreich im Wege. In Bezug auf die inneren Angelegenheiten verspricht man sich nach einem unzweideutigen Bruch mit der Vergangenheit einen neuen Aufschwung, Klarheit der Zwecke, Einheit des Willens und Energie in dessen Ausführung, so wie in Folge dessen Stärkung des öffentlichen Vertrauens in die Zukunft.

In Venedig, so wie früher in Verona, verleugnet sich der sonstige Anspruch der Italiener auf eine feinere Erziehung als Erbschaft einer alten Zivilisation: vielmehr kommt eine ganz urwüchsig aussehende Roheit in zwecklosen und unprovozirten Beleidigungen zurückgebliebener Oesterreicher zum Vorschein, die doch nicht ihr freier Wille, sondern eine zu erfüllende Dienstpflicht noch an Ort und Stelle zurückhält. Die italienischen Behörden und Offiziere fühlen ganz wohl, wie wenig solche Vorgänge eine Zierde der öffentlichen Gesittung sind, werden aber der überwiegenden Barbarei selbst nicht Meister. Und dieses Land ist von den Italienern nicht erobert, sondern ihnen geschenkt worden!

29. October 1866.

In die offiziellen Vorgänge in Prag hat auch die Selbstüberschätzung des Tschechenthums mit hereingespielt. Bei dem Empfang des Kaisers hielt z. B. der Bürgermeister der Stadt seine Anrede blos auf tschechisch, empfing aber unmittelbar eine feine Zurechtweisung dafür, indem Se. Maj. die Antwort sowohl in deutscher als in tschechischer Sprache ertheilte. Ein Telegramm, welches den Kaiser nur tschechisch antworten ließ, war unrichtig: aus der amt-

lichen „Prager Zeitung" ersieht man die Wahrheit.) Die Bezirksobmänner, als deren Wortführer gestern der ultratschechische Dr. Rieger zur Audienz gelangte, hatten sich deßhalb vorgesehen und durch ausdrücklichen Beschluß Tags vorher festgesetzt, daß die Anrede an Se. Maj. zur Hälfte in deutscher und zur Hälfte in tschechischer Sprache zu geschehen habe. Dr. Rieger fügte sich, denn im andern Falle würden zwei Wortführer erwählt worden seyn. Man bemerkt, daß bei diesen Vorverhandlungen die dem Großgrundbesitz angehörigen Vertreter mit den Obmännern der deutschen Bezirke stimmten. Am Ende dringt eben doch die unumstößliche Thatsache durch, daß das Tschechische trotz aller tschechischen Fanatiker keine Weltsprache ist, daß es sich eben so wenig zu einer Gesammtsprache des österreichischen Kaiserstaats eignet, schon deßhalb nicht, weil selbst die österreichischen Südslawen es nicht verstehen, und daß sogar in dem Lande der „tschechischen Krone" die Deutsch-Böhmen, welche bis auf ein halbes Fünftheil (zwei gegen drei Fünftheile) die Hälfte der Bevölkerung ausmachen, an Steuern aber relativ mehr als die Tschechen zahlen, in der Gleichberechtigung ihrer Sprache unter allen Umständen nicht zu verkürzen sind. Die Tschechen ihrerseits werden unzweifelhaft nach wie vor deutsch lernen, ohne Zwang, theils weil sie sonst nicht für die Laufbahn des Staatsdienstes brauchbar wären, der sie in Ueberzahl zustreben, theils weil die deutsche Sprache überhaupt der Schlüssel des Eintritts in eine größere Welt ist, die sich dem Tschechischen versagt.

31. October 1866.

Die Ernennung des Frhrn. v. Beust hat auf Manche einen Eindruck gemacht, wie wenn man auf einem Schiffe, das in todter Windstille gelegen, plötzlich einen Ruck fühlt, und die Segel von einer frischen Brise geschwellt sieht. Wieder Schaum vor dem Bug: vorwärts! Für's Erste grübelt man weiter nicht; man hat eine unmittelbare Empfindung von Leben und Bewegung, und man erfreut sich daran. Man ist froh, aus einer Art von Scheintod erlöst zu seyn. Die Reflexion allerdings kommt hintendrein, und fragt: wohin geht es? Der Befriedigung, einmal eine Aktivität zu sehen, folgen gespannte Erwartungen nach. Und man erwartet große Dinge von Hrn. v. Beust. Um unsere inneren Schwierigkeiten zu überwinden, dazu bedarf es eines feinen Taktes und zugleich eines eiser-

nen Willens; man muß eben so versöhnlich als entschlossen seyn; was man versagen zu müssen glaubt, verlangt eine geschmeidige Motivirung, und was gewährt werden soll, gewährt man am besten frisch und fröhlich, mit freigebiger Hand und zu rechter Zeit, d. h. ehe es als verspätet keinen Dank mehr erwirbt. Aus einer Verzögerung laufen nur höhere politische Kosten auf. Vor Allem aber wünscht man, daß von der Regierung eine feste Initiative ausgehe; es soll ein Jeder erkennen, was sie will oder nicht will, und Dies der weithin sichtbare Anhaltspunkt für ein entgegenkommendes Vertrauen seyn. Mit Schweigen kommt man zu kurz in der Erörterung und mit Stillsitzen kommt man zu kurz in der Aktion.

3. November 1866.

Goethe, obwohl er in einer sehr kleinen Stadt wohnhaft war, faßte den Gedanken einer Weltliteratur; eine kleinstädtische Auffassung, wenn auch innerhalb eines großen Raums ansässig, spricht von „Ausländern“, wie wenn man dem Gränzübergang geistiger Kräfte durch einen Schutz- oder gar durch einen Prohibitivzoll entgegenwirken wollte. Die Geschichte spricht anders. Gerade bei den zwei Großstaaten Mitteleuropa's (sonst hieß man sie die deutschen Mächte) hat es sich gefügt, daß in entscheidenden Momenten Ausländer wirksam in ihre Geschicke verflochten waren.

Beginnen wir mit der nordischen deutschen Macht. Frhr. v. Stein, der staatsmännische Regenerator Preußens nach den Folgen der Schlacht von Jena, war kein Preuße von Geburt; er war zur Kaiserzeit deutscher Reichsfreiherr, und zählte sich keinem besondern deutschen Gebietstheil zu. Blücher, der Marschall Vorwärts, der mit seinem schwungvollen Ungestümm wieder den Sieg erjagte, war seinem Geburtslande nach kein Preuße, sondern ein Mecklenburger. Geboren zu Rostock 1742, trat er zuerst in schwedische Dienste, dann aus diesen herüber in preußische, nahm aber 1772, weil er sich mehrfach in der Beförderung übergangen sah, den Abschied, und zog sich auf ein in Pommern angekauftes Gut zurück. Als damals Friedrich der Große auf die über Zurücksetzung klagende Eingabe schrieb: „Der Rittmeister v. Blücher kann sich zum Teufel scheeren“, dachte er nicht, daß er einem künftigen Vorkämpfer der Wiederherstellung Preußens die Thüre wies; erst nach Friedrichs Ableben

trat Blücher wieder in das preußische Heer ein. Gneisenau, Blüchers planentwerfender Waffengenosse, hieß eigentlich Neidhard, und war der Sohn eines k. k. Hauptmanns; er kam in einem sächsischen Winterquartier zur Welt (1760), erhielt seine Erziehung in Würzburg und Erfurt, und war als ansbachischer Leutnant mit in Amerika, ehe das Schicksal ihn nach Preußen führte. Scharnhorst, der eigentliche Gründer des neueren preußischen Heerwesens, wurde in der Kriegsschule des Grafen Schaumburg-Lippe-Bückeburg gebildet, des bekannten Sonderlings, der aber eine praktische Laufbahn hinter sich hatte, und kam erst aus dem hannoverschen Kriegsdienst in den preußischen (1801). Auch General v. Moltke, der die Plane des letzten preußischen Feldzugs entwarf, ist kein geborener Preuße. Glaubt man, Preußen hätte besser gethan, wenn es alle diese Ausländer von seiner Gränze ferngehalten hätte?

Im Gegentheil, es hatte in einem andern Fall zu bereuen, daß es sich einem Ausländer verschloß. Laudon, ein junger Livländer, war nach Berlin gekommen und bewarb sich um eine Hauptmannsstelle; Friedrich der Große, dessen Blick hier nicht minder irre ging als bei Blücher, wies den Bewerber ab, fand aber nachmals an ihm einen seiner gefährlichsten Gegner in den Reihen Oesterreichs. Friedrich selbst erkannte Dies an; bei der späteren Zusammenkunft mit Kaiser Joseph erbat er sich für den österreichischen Heerführer, den man an der Tafel ihm gegenüber setzen wollte, scherzend einen Platz diesseits derselben; denn, sagte er, er sehe ihn lieber neben sich, als auf der Gegenseite. Auf eine ähnliche Art, wie bei Laudon, hat den Prinzen Eugen von Savoyen eine Fügung des Geschicks nach Oesterreich geleitet; Ludwig XIV., den er nachher seinen Feldherrnberuf schwer genug fühlen ließ, traute ihm Nichts zu, und so kam der Prinz, an dem französischen Hofe zurückgesetzt, von Paris nach Wien, wo er bis zu den höchsten Stufen des Verdienstes emporstieg.

Er ist einer der besten Oesterreicher, die jemals gekämpft und gerungen haben, obwohl er außerhalb Oesterreichs geboren war. Eine Menge anderer gefeierter Namen kommt hier in so fern nicht in Betracht, als der Begriff „Ausländer" in früherer Zeit sich ganz anders bestimmte; so lange das Haus Habsburg die deutsche Kaiserkrone trug, waren die Deutschen aus dem Reich keine Ausländer in Wien. Prinz Ludwig von Baden z. B., dem Prinzen

Eugen wohl ebenbürtig als Kriegsmann, kam nicht aus der Fremde herein; er war ein deutscher Reichsfürst und diente seinem Kaiser. Auch während des deutschen Bundes, der nun vor kurzem aufgehört hat, blieb noch formell ein zusammenknüpfendes Band übrig, und gewiß der größere Theil Deutschlands sah auf Wien nicht wie auf eine fremde Hauptstadt. Wollte man die nichtösterreichischen Deutschen mitzählen, die Zahl der „Ausländer", die sich in Oesterreich auszeichneten, schwölle ins Unendliche an. Schweizer gelten dabei wenigstens als Glieder der deutschen Nationalität, wenn auch nicht als solche einer äußern Einigung. Auch General Wurmser, der Elsässer, faßte sich wohl als einen Deutschen auf; jedenfalls war er ein guter Oesterreicher geworden. Wie man nun auch den Begriff „Ausländer" nehmen möge: — ich glaube, Oesterreich hat weder in dem einen noch in dem andern Sinn Ursache, die Widmung ausländischer Kräfte aus seiner Geschichte wegzuwünschen; ganz eben so wenig, wie es bei Preußen der Fall ist.

Werfen wir noch einen Blick auf Frankreich. In der obersten Führung hat sich dieses Land von jeher mehr isolirt gehalten; dessenungeachtet finden wir z. B. den Kardinal Mazarin, oder vielmehr Mazarini, denn er war ein Italiener, als hervorragenden französischen Staatsmann, und zwar als Tonangeber einer Politik, die in Bezug auf Deutschland für Frankreich auf lange hinaus maßgebend geworden ist. In Betreff der Kriegsführung bediente es sich gerne deutscher und schweizerischer Mannschaften: aber auch deutsche Heerführer, wie den Herzog Bernhard von Weimar, der ihm zuerst das Elsaß eroberte, und die Marschälle Schomberg und von Sachsen, verschmähte es nicht, in französischen Nutzen zu verwenden. Unter den Generalen der Republik und Napoleons I. waren bekanntlich ebenfalls mehrere von deutscher Nationalität und deutschem Namen; Kleber, der in Aegypten durch Meuchelmord fiel, trug vor der französischen Uniform die österreichische als k. k. Hauptmann, und lag mit seinem Regiment in Garnison zu Luxemburg. Und Napoleon selbst war denn doch eigentlich ein Korse, d. h. ein Italiener. Man hat das Datum seiner Geburt anders gerückt, damit es scheine, er sey in Korsika schon unter französischer Herrschaft geboren worden; allein das Datum vom 15. Aug. 1769 ist unrichtig. Napoleon widerlegt es selbst; denn am 9. Okt. 1808 schrieb er aus Deutschland an die Kaiserin nach St. Cloud: „J'ai assisté au bal

de Weimar. L'empereur Alexandre danse, mais moi, non; quarante ans sont quarante ans." (Lettres de Napoléon à Josephine, Paris, Didot 1833, zweiter Band, S. 23.) Er mußte am besten wissen, wie alt er war; diese unbefangene und ihm unwillkührlich entschlüpfte Aeußerung paßt nicht zu jener Angabe, wohl aber zu der andern, die seinen Geburtstag auf den 15. Febr. 1768 setzt. Wir vermuthen, daß auch Frankreich nicht geneigt wäre, diese „Ausländer", oder Das, was es ihnen verdankt, aus der französischen Geschichte zu streichen.

„Ausländer"! Es kommt darauf an, was sie sind und was sie bringen. Aber Vorurtheile gegen Ausländer blos um dieser Eigenschaft willen: — Das ist gerade so intelligent, als wie wenn ein Finanzminister, dem es an Geld fehlt, ein sonst erwünschtes Kapital zurückweisen wollte, weil es aus dem Auslande kommt!

---

6. November 1866.

Frhr. v. John, der neue Kriegsminister, räumt gehörig auf: man sieht, daß es ihm mit einer eingreifenden Reform Ernst ist. Insbesondere wird auch das übermäßige Schreibereiwesen eingeschränkt, das eben so kostspielig als schwerfällig in seinem Geschäftsgang war, und ein ganz neues Verrechnungssystem durchgeführt; den betreffenden Grundzügen, welche der Kaiser bereits genehmigt hat, folgt die Vollziehung auf dem Fuße. Bis zu welchen Ungereimtheiten mitunter die „strenge Kontrolle" auswuchs, davon erzählen hiesige Blätter ein Pröbchen, bestehend in dem vorgekommenen Falle, daß von Seiten der Buchhaltung in den Materialrechnungen eines Schiffs ein Päckchen Zündhölzchen beanstandet wurde; diese Zündhölzchen bildeten einen Ausgabeposten von 10 Kreuzern, der Benachrichtigungsbrief allein aber, der dem Schiffe deßhalb bis nach Gibraltar nachging, kostete anderthalb Thaler. Nebst einer verstärkten jährlichen Aushebung, verminderter Präsenz- und verlängerter Pflichtigkeitszeit, Bewahrung tüchtiger Stämme neben einem ausgedehnten Beurlaubungssystem rc., wird auch ein neues Beförderungsgesetz angekündigt, welches dem Verdienste seinen Weg sichern soll. Eine besondere Sorgfalt wird man auch der Heranbildung guter Unteroffiziere widmen, und überhaupt mit allen Mitteln die „Intelligenz der Armee" anstreben. Es sollen künftig strenge

Privilegiumsgedanken kam man nicht heraus; man suchte im Gegentheil neue und verstärkte Grundlagen dafür. Den außerhalb des Magyarenthums Stehenden hielt man, insofern ihnen ein historisches Recht zur Seite stand, ein Recht der Revolution entgegen; insofern sie aber vorher gar keine politische Rechte gehabt hatten, berief man sich ihnen gegenüber auf das uralte Herkommen und die historische Berechtigung dieses Mangels, erachtete Alles, was sie etwa bekommen sollten, für eine geschenkte Gnade, und fand sie schließlich statt der gewünschten Konsequenzen des Freiheitsprinzips mit Fiktionen ab, die sich nur dann in Thatsachen verwandeln, wenn der Begnadigte es möglich zu machen weiß, nochmals, und zwar als Magyar, auf die Welt zu kommen, oder wenigstens ganz dergleichen zu thun, als ob Solches geschehen wäre.

Wer die ungarischen Vorgänge von 1848 für eine Entwicklung innerhalb der historischen Rechtskreise hält, oder wer da glaubt, das Kossuth'sche System sey die Wege jener englischen Reformweisheit gegangen, die zwischen alter und neuer Zeit, zwischen überlebten und frisch herangewachsenen Thatsachen staatsmännisch aussöhnend vermittelt, mit Dem ist nicht zu streiten. Mit Hilfe sachwalterischer Kunst ist allerdings gar vielerlei verfechtbar: auch für die berühmte Kontinuität des Fadens, der zuletzt in Debreczin abriß, hat man Gründe wie Brombeeren beigebracht. Manchem unbefangenen Beobachter scheint es überhaupt, daß man politische Fragen in Pesth etwas zu gern in advokatischer Weise auffaßt. Wenn z. B. die partes adnexae sich gegen irgend Etwas sträuben, was ihnen von Pesth aus zugemuthet wird, und man für diese Schwierigkeit keine andere Lösung weiß, als daß nunmehr der ungarische Landtag den König von Ungarn zwingen müsse, auf daß Se. Maj. sofort die widerspenstigen Siebenbürger oder Kroaten zwinge, so mag Das in einem zivilrechtlichen Prozeß eine recht hübsche advokatische Zwischenausflucht seyn, in der großen Politik aber nimmt es sich fast wie eine große Kinderei aus. Das parlamentarische Regiment ist auf das Parlamentiren, nicht auf materiellen Zwang berechnet; wenn Jemand nicht freiwillig parlamentiren will, kann man ihn nicht etwa von Staats wegen beischleppen, wie man in England „Matrosen preßt."

Unempfänglichkeit für das Verlangen nach Gleichberechtigung, Hoheitsansprüche der Minorität über die Majorität, Sinn für starre

einseitige Privilegien, neue Verstärkung dieser Privilegien als angebliche Reform, abwechselndes Vorschieben des historischen oder eines Revolutionsrechtes, je nachdem man es für zweckdienlich hält, Willkühr zu Gunsten eines vermeintlichen Vortheils, anstatt der Selbstgebundenheit an die Konsequenzen eines Prinzips: — Das sind politische Fehler, die auf die Länge nur Nachtheil bringen. Logische Widersprüche stoßen an gegen das Urtheil der Welt, welches man gewinnen möchte; Ungleichheit des Rechts schwimmt gegen die Strömung des Jahrhunderts. Wenn nun eine Ultrapartei sich gerade in Dem, was die Welt ungünstig beurtheilt, nur um so mehr festrennt, und die Intelligenzen ihres Landes gellend überschreit, so ist Das allerdings eine Befriedigung politischer Leidenschaft, aber höchst schwerlich der Weg zu politischem Erfolg.

---

17. November 1866.

Wenn mich mein Blick nicht trügt, so ist in Folge des letzten Krieges das Gesammtbewußtseyn in der österreichischen Monarchie eher gewachsen, als daß es abgenommen hätte. Dieser Tage erfuhr ich zufällig von einem Beispiele patriotischer Opferfreudigkeit, das wegen besonderer Umstände doppelt einer öffentlichen Erwähnung werth ist. Im Jahre 1848 verlor ein Husarenoffizier auf dem Schlachtfelde das eine Auge und überdies das eine Bein bis weit oberhalb des Knies. In Folge dieser Verstümmelung trat er damals aus dem Dienst und lebt seither von seinem Vermögen als Privatmann; allein so wie ein Krieg ausbricht, meldet er sich wieder als Freiwilliger zum Eintritt und macht den Feldzug mit. So that er 1859, so wieder 1866, wo er ebenfalls in Italien focht; er selbst macht so wenig daraus, daß noch Niemand daran gedacht hat, ihn zu einem Orden oder zu einem Vorrücken im Titel (er ist Leutnant) in Vorschlag zu bringen. Merkwürdig dabei ist, daß er als Fußgänger sich an Krücken schleppt; einmal im Sattel aber thut er es den besten Reitern gleich, und auf das Pferd schwingt er sich ohne fremde Beihilfe.

---

18. November 1866.

Landtage dem Dutzend nach (im Ganzen nicht weniger als 20) stehen uns bevor, aber während die westliche Hälfte des Reichs sich darin zersplittert sieht, steht ihr in dem ungarischen Landtag eine konsolidirte Einheit des Ostens entgegen. In formeller Beziehung wenigstens eine Einheit; denn wenn man die nichtmagyarischen Nationalitäten Ungarns, die Ruthenen, Slowaken, Serben, Rumänen ꝛc. zu Rathe zöge, so würde sich für alle Welt überzeugend herausstellen, daß die Vertretung Ungarns in dem dortigen Landtage nur eine Fiktion ist, und daß die große Majorität des wirklichen Volkes mit den Erwählten des Magyarenthums Nichts zu schaffen hat. Die Magyaren selbst, d. h. ihre Ultra's, haben die Blicke wieder auf dieses thatsächliche Mißverhältniß gelenkt; denn anstatt die zum Verständniß dargebotene Hand der österreichischen Deutschen zu ergreifen, zieht sich die Ultrapartei in ihrer Ueberspannung nur noch starrer in eine magyarische Ausschließlichkeit zusammen, indem sie alles Uebrige für nicht existirend ansieht. Von gemeinsamen Angelegenheiten will sie nun gar Nichts mehr wissen, und zwar insbesondere in Betreff des Steuerwesens nicht, d. h. sie zieht es vor, Ungarn wieder, wie es ehedem der Fall war, ringsum von einem Zollgürtel einschließen zu lassen. Früher bestand diese Mauthlinie deßhalb, weil der ungarische Adel „verfassungsmäßig" steuerfrei war, man also den ungarischen Bodenerzeugnissen nicht zum Nachtheile steuerzahlender Provinzen eine freie Konkurrenz auf deren Märkten gestatten konnte, und es ist klar, daß im Fall ungleicher Besteuerung aus demselben Grund auch wieder dieselbe Gegenmaßregel eine Nothwendigkeit würde. Es wäre für Ungarn selbst ein augenfälliger Schaden; allein da die ungarische Verfassung dem magyarischen Adel das Heft in die Hände gibt, so wäre es immerhin denkbar, daß ein überspanntes Junkerthum auch um den Preis einer Mautheinschließung Ungarns auf eine abgesonderte Besteuerungsart ausginge: nach Dem, was man schon erlebt hat, ist eigentlich Nichts barock genug, um für unmöglich zu gelten. Indeß, vielleicht ist die Partei dieser Ueberspanntheiten nur der am lautesten schreiende Theil; ob in der That die Majorität unter den Magyaren, wie sie vorgibt, Das wird der bevorstehende Landtag zeigen.

---

20. November 1866.

Experientia docet. Bevor die Februarverfassung gegeben war, lebten Viele der festen Ueberzeugung, daß es sich bei keiner Opposition in den Kronländern um etwas Anderes handle, als eben um ein Freiheitsverlangen, und daß es folglich nur einer entsprechenden Gesammtverfassung bedürfe, um auch die verschiedensten Nationalitäten unfehlbar in diesem Mittelpunkt zu vereinigen. Die Erfahrung hat es anders gelehrt. Ungefähr die Hälfte des Reichs verhielt sich ablehnend; in dem Abgeordnetenhaus gab es ganze Reihen leerer Bänke; die Gesammtvertretung war lediglich eine Fiktion. Auch das politische Ansehen dieses Abgeordnetenhauses litt unter dem Bewußtseyn, daß die halbe Bevölkerung der Monarchie in die Hände klatschen würde, wenn sie erführe, man habe es aufgelöst und heimgeschickt. Als nun vollends in dem Rumpfparlament selbst die Majorität sich feindselig gegen den Minister wandte, der als solcher für den Grundgedanken der Februarverfassung einstand, da war das System offenbar thatsächlich unhaltbar geworden. Als politische Basis im Volke nur die Hälfte der Monarchie, und auch in der Vertretung dieser Hälfte wieder nur eine Minorität auf Seite der Regierung: — so konnte es unmöglich weiter gehen, und die Partei, die in ihrem frühern Führer blindlings sich selber stürzte, erschien denn natürlich auch nicht als ein Anhaltspunkt staatsmännischer Weisheit. In dem musterparlamentarischen England sind es die Gegensätze, die mit einander wechseln; wenn die Whigs scheitern, holt man die Tories, und wenn die Tories stecken bleiben, ruft man wieder nach den Whigs. Der Hauptgegensatz der Schmerling'schen Politik war die ungarische Frage gewesen: der Sturz des Ministeriums Schmerling wies den nächsten politischen Vortheil der ungarischen Frage zu. Die Situation lag zu Gunsten der Magyaren. Nicht ohne Vorbehalt jedoch: die Februarverfassung war nur sistirt, und es kam gleichsam auf eine Probe an, wie sie den Vortheil der Umstände zu benutzen wüßten.

Seither sind nun fast anderthalb Jahre vergangen, und zwar ohne ein definitives Ergebniß. Wie es in solchen Fällen herkömmlich ist, schiebt ein jeder Theil die Schuld der Verzögerung auf den andern, wird aber auch wieder von einem dritten Standpunkt aus mit Vorwürfen bedacht. So wirft man z. B. der Regierung vor, sie habe nicht die Entschlossenheit einer klaren Initiative gezeigt,

[illegible]

[illegible] revolutionären [illegible] die Bevorzugung der [illegible] zu der [illegible] Ungarns [illegible] der Minorität über die Majorität [illegible] — Dies Alles scheint nach wie vor.

Es [illegible] das nichtmagyarische Oesterreich über diese [illegible] und moralischen Schwächen der magyarischen Sache [illegible] zu [illegible]. Das [illegible] im Ungarn werde eigentlich, und zwar in letzter Deutung, ein Kampf gegen den Absolutismus geführt, und Das dürfe man nicht ohne Unterstützung lassen. [illegible] zum Konservatismus: ein [illegible] dieser Art [illegible] auf einem empfänglichen Boden. Andere, die in den magyarischen Bestrebungen keineswegs ein Freiheitsideal, sondern vielmehr zu viel Junkerwesen und zu wenig Bürgerthum erblickten, wurden in ihrer Stellung zu der ungarischen Frage durch den Wunsch bestimmt, endlich einmal irgend einen festen Haltpunkt zu Gesicht zu bekommen: so wie bisher, komme man nicht aus einem wechselnden Provisorium heraus: wenn aber in Ungarn auf der Grundlage historischen Rechtes eine Ausgleichung mit den Bedürfnissen der Zeit gelinge, so gewinne man damit eine vertragsmäßige Basis, also jedenfalls wenigstens etwas Festes. Heute nicht zu wissen, was morgen in Geltung seyn werde, sey weder konservativ noch liberal. Wiederum ein anderes Motiv ging von Deutschen aus, die sich sagten, auch wenn

der weitere Reichsrath zusammenzubringen wäre, würden sie sich darin ganz übermäßig majorisirt, also lediglich überstimmt, vielleicht überschrieen finden, und Das sey ihr Geschmack nicht; die Februarverfassung sey ihnen in so weit keine Opfer werth. Auch Dies, wie man sieht, war eine Lücke, die für ausgiebige Konzessionen an Ungarn Platz bot.

All' diese verschiedenartigen Anschauungen übrigens haben nur einen „gemäßigten Dualismus", wie man sich auszudrücken pflegt, im Auge; von einem Verzicht auf Das, was der Einheit und Machtstellung des Reichs unentbehrlich ist, wollen sie Nichts wissen. Eine Zerreißung des Ganzen als ein angebliches Heilmittel für einen Einzelriß erscheint ihnen als eine Ungereimtheit schlechtweg. So wie also die Magyaren die Gelegenheit zu mißbrauchen gedächten, um der unitas in necessariis Abbruch zu thun, so kehrt sich die bisherige Gunst der Umstände um, wendet sich einer Gegenseite zu, und aus der mißbrauchten Gelegenheit wird eine verscherzte. Ueberdies darf man nicht vergessen, daß auch die Februarverfassung noch ihre Anhänger hat, und daß die politischen Mittel in dieser Richtung noch nicht einmal erschöpft sind: man hat nicht an direkte Wahlen für den Reichsrath appellirt, während ein direktes Wahlsystem schon gleich anfänglich den Zwecken einer Gesammt-Reichsvertretung besser entsprochen hätte. Und wenn sich vollends die Ueberzeugung Bahn bricht, daß es sich in Ungarn keineswegs um das Schicksal des konstitutionellen Systems überhaupt handelt (das königliche Reskript zur Wiedereröffnung des ungarischen Landtags enthält eine neue Zusicherung, das verantwortliche Regierungssystem allgemein zur Geltung zu bringen), so knickt Das jeder außerhalb des Magyarenthums stehenden Theilnahme für die magyarischen Bestrebungen die Spitze ab.

Es ist eine eigenthümliche Fügung, daß die gegenwärtige Lage des ungarischen Landtags eine unverkennbare Aehnlichkeit mit der des engeren Reichsraths hat, unmittelbar ehe es dem letzteren „gelang", Hrn. v. Schmerling zu stürzen. Auch einer magyarischen Partei schwebt ein Gelingen weitgehender Plane vor, wenn sie Alles auf die Spitze treibt und jede Rücksicht auf thatsächlich entgegenstehende Beschränkungen einer blosen Willkühr als sogenannte Halbheit verwirft. Jeder Mißbrauch findet seine Nemesis in sich selbst. Und wenn diese Nemesis herausgefordert wird, kann es auch einem ungarischen Landtag begegnen, daß die Hälfte der Reichsbevölkerung

in die Hände klatscht, wenn er scheitert. In diesem Fall trüge er überdies selber die Schuld daran, und ich vermuthe, die andern Nationalitäten Ungarns selbst würden mit dem Verdammungsurtheil über ihn nicht die letzten seyn.

---

21. November 1866.

Das lange offizielle und offiziöse Schweigen über den Feldzug in Böhmen bestraft sich jetzt: die Debatte holt sich nur um so eklatanter nach. Ueber die Schlacht bei Königgrätz ist bekanntlich niemals ein amtlicher (österreichischer) Bericht erschienen; auch die von der Wiener Zeitung wiederholt angekündigten Aufschlüsse über den Gang der Dinge auf dem böhmischen Kriegsschauplatz lassen noch auf sich warten. Da nun aber die Selbstvertheidigung des Grafen Clam-Gallas in die Oeffentlichkeit gedrungen ist, so droht die ganze Streitfrage, die man so ungern angeregt sah, sich auf dem Gebiete der Tagespresse niederzulassen. Jedermann, ohne Unterschied, lernt den Werth der Preßfreiheit schätzen, sobald er in die Lage kommt, zu glauben, daß ihm Unrecht geschehe. Diese Rolle aber geht nach der Veröffentlichung der Clam-Gallas'schen Denkschrift nunmehr auf den Feldzeugmeister Benedek über: denn die Vertheidigung des Grafen ist zugleich aggressiv, schließt eine scharfe Kritik der Benedek'schen Oberleitung in sich, und erklärt eine der telegraphischen Meldungen aus dem Hauptquartier nach Wien für unwahr.

Auf dem Tyroler Landtage hat der Vizepräsident der Statthalterei, Graf Coronini, aus Anlaß einer Interpellation auf das entschiedenste erklärt, daß das verbreitete Gerücht von einer angebahnten Abtretung von Wälsch-Tyrol an Italien ein Mährchen sey. Das amtliche Wiener Journal findet es selbstverständlich, daß die Regierung an so Etwas nicht denke; nur muß man in dieser Voraussetzung auch die Mittel zum Zwecke wollen und dem Vorrücken des Wälschthums in Tyrol, d. h. dem künstlichen Vorschieben der italienischen Sprachgränze nach Norden zu, wie es nun seit mehr als 50 Jahren durch italienisches Schulwesen in deutschen Gemeinden gefördert wird, endlich einmal gründlich Einhalt thun. Wenn man Dies unterläßt, wird sich das Festhaltenwollen schließlich in leere Phrase verwandeln.

Auf dem Prager Landtage hat sich das Kuriosum begeben, daß der Oberst-Landmarschall, Graf Nostiz, obwohl ein erklärter Tschechenthümler, eine deutsche Ansprache hielt; der Graf ist nämlich des Tschechischen gar nicht mächtig.

Aus Pesth schreibt man, daß der Oberbürgermeister der Stadt, Hr. Rottenbiller, durch den Abgeordneten Pasay aus dem Saale der Ständetafel, wo er, wie es mitunter Juraten thun, einen Sitz genommen hatte, als hiezu unberechtigt ausgewiesen wurde. Hr. Rottenbiller, muß man wissen, spielt troß seines deutschen Namens nach der Mode der Pesther Spießbürger den Urmagyaren. Manet quemque sua dies!

Briefe aus Venedig melden, daß das feinere Publikum in einer Beziehung den Abgang der österreichischen Polizei bedaure. Seit diesem Abgang nämlich haben sich die giardini pubblici (öffentliche Gärten) in eine Sammlung von Unreinigkeiten jener Art verwandelt, wie sie der italienische Pöbel auf öffentlichen Plätzen und Straßen, an öffentlichen Denkmalen, und selbst auf den Marmortreppen eines Pallastes anzubringen pflegt. Zur Zeit der „Barbarenherrschaft" hatte man jene Gärten rein zu halten gewußt.

---

22. November 1866.

Nachdem ein großer Theil der hiesigen Zeitungspresse lange genug den Magyaren, trotz des ihnen theilweise anhaftenden Junkerwesens, deßhalb das Wort geredet hatte, weil er ihnen die Bekämpfung eines Stücks „Absolutismus" zu Danke schrieb, befindet sich nun dieselbe Presse (nicht das Zang'sche Blatt dieses Namens, welches vielmehr ununterbrochen zentralistisch war) bereits auf dem Wendepunkt, es der Regierung beinahe übel zu nehmen, daß sie in ihren Zugeständnissen an die Magyaren so weit gehe. Diese Wendung erklärt sich daraus, daß der magyarische Egoismus Miene macht, auch mit den neuesten Zugeständnissen noch nicht zufrieden zu seyn, sondern daß er auf eine vollständige Absonderung Ungarns von der übrigen Monarchie, auf eine im strengsten Sinn blose Personalunion ausgehen zu wollen scheint. Dies wird, wenn ernstlich in Absicht genommen, eine Streitsache mit den Völkern Oesterreichs, nicht blos mit der Regierung. Auch von der letzteren übrigens glaube ich nicht, daß sie auf eine blose Personalunion einzugehen geneigt ist. Die

Magyaren haben ihre Forderungen überspannt; nun fällt den Andern auch wieder ein, daß die gerühmte alte ungarische Verfassung eigentlich eine Adelsverfassung ist, gleich der in Mecklenburg; sind doch für die misera plebs in Ungarn stuhlrichterliche Stockprügel noch so alt-konstitutionell, daß sich das mecklenburgische Herrenregiment damit nicht einmal zu messen vermag. Im Jahr 1848 freilich war das „liberale" Wien blind genug, dafür Sympathien zu haben; jetzt leidet es an den Nachwehen davon.

---

25. November 1866.

Wenn man gewissen Stichworten, die bei den Pesther Ultra's für besonders patriotisch gelten, bis auf ihre Konsequenzen nachgeht, so sollte man meinen, das anzustrebende Heil Ungarns bestünde in einer vollständigen Absperrung von der übrigen Welt, in einer Isolirung gleich der von Japan. Es ist Dies ein Gedanke von mehr asiatischer als europäischer Inspiration, auch etwas schwerer durchführbar inmitten des Festlandes, als auf einer Insel. Und was sollte der Nutzen einer solchen Isolirung seyn? Ein Staat für sich allein war Ungarn, als es vor 340 Jahren der Uebermacht der Türken erlag, und für eine geraume Zeit beinahe ganz ein Besitzthum des Sultans oder sultanischer Vasallen wurde. Bis 1686 regierte von Ofen aus eine Reihenfolge von türkischen Paschas. Unter der Türkenherrschaft war es natürlich auch mit der ungarischen Verfassung zu Ende; erst die Waffen des Doppeladlers, welche in langen und mühsamen Kämpfen dem Halbmond nach und nach seine Eroberung wieder abrangen, gaben sowohl dem Königreich als der Verfassung den verlornen Boden zurück. Heutigen Tags nun käme für ein isolirtes Ungarn die Gefahr nicht mehr von der Türkei her, sondern von einer andern Seite, darum aber nicht minder massenhaft als damals, und überdies mit dem wesentlichen Unterschiede, daß im sechzehnten Jahrhundert schwerlich eine der nichtmagyarischen Nationalitäten Ungarns die Türken willkommen hieß, jener andern Bedrohung aber vielleicht eine zahlreiche Sprachen- und Stammverwandtschaft Sympathien entgegenbrächte. Eine dem Umfang der eventuellen Gefahr entsprechende perpetuelle Gegenrüstung würde ein isolirtes Ungarn mit einem enormen Kostenaufwande belasten. Man darf nämlich nicht vergessen, daß mit dem

Kriege von 1866 sich eine neue Aera in dieser Beziehung eröffnet hat. Es werden größere Heeresmassen auf das Schlachtfeld geführt als jemals; der sogenannte Rechtsschutz ist eine handgreifliche Fiktion geworden, kein Staat ist sicher, ob er nicht in der nächsten Zukunft um seine Existenz wird zu kämpfen haben, ein jeder Bestand ist in so fern nur ein provisorischer, und wo man nicht mit Hunderttausenden auszieht, ist man von jedem Wechsel der politischen Windrichtung abhängig. Frankreich erklärt sich für genöthigt, seine bisherigen Streitkräfte zu verdoppeln. Unter solchen Umständen aus einem größeren Verband heraus- oder den Bedingnissen gemeinsamer Machtstellung feindlich entgegenzustreben, wäre nach der Lage der Prämissen eine Ungereimtheit, zuwiderlaufend der Bewegung der Zeit; umgekehrt wünschen sich Andere, die sich außerhalb eines größeren Verbands befinden, vielmehr in einen solchen hinein, und zwar um der Theilnahme an einer gemeinsamen Machtstellung willen, d. h. aus demselben Motiv, welches 1526 die ungarischen Stände zur Erwählung Ferdinands I. von Oesterreich bestimmte.

Was die innere Politik betrifft, so hängt sie mehr, als man gewöhnlich annimmt, mit der historischen Genesis dieser Verhältnisse zusammen. Es kann sich Jedermann hineindenken, wie behaglich sich der magyarische Edelmann fühlen mußte, als er gleichsam ein kleiner Souverän auf seinem Grundbesitz, und von jeglicher Steuer, direkt oder indirekt, vermöge seiner Standesvorrechte frei war. Seine Leistung an die Gesammtheit bestand in dem bewaffneten Aufgebote des Adels (insurrectio genannt, nicht im Sinn eines Aufstandes, sondern insurrectio, scilicet in equum, daher im Deutschen als „der Aufsitz" wiedergegeben), und diese Leistung war einem kriegerischen Charakter eher ein anziehendes Abenteuer, als eine Last. So lange diese Art von Kriegsdienst dem Bedarf des Staats genügte, bot sie den Anhaltspunkt eines Entgelts für die Steuerfreiheit dar; als man aber stehender Truppen zu bedürfen anfing, und im Verhältniß damit der Steueranspruch für den Staatsbedarf auf ehedem unerhörte Summen stieg, wurde die Steuerfreiheit des Adels mehr und mehr etwas Unmotivirtes. Bekanntlich hatten die Türken zuerst in Europa eine stehende Infanterietruppe, während ihre Spahis eine Lehensreiterei waren, gleich der abendländischen Ritterschaft; den Türken gegenüber machte sich also sehr früh die Nothwendigkeit einer neuen Wehrverfassung geltend. Nun waren in

satz der Isolirung, däucht mir, sollte man in Pesth ein politisches Augenmerk richten, sich von advokatischer Kümmelspalterei emanzipiren, etwas mehr nach vorwärts blicken als nach rückwärts, und im Verlangen nach Ausnahmsrechten nicht so weit gehen, daß man die öffentliche Meinung in Gesammtösterreich dadurch von sich stieße. Unser Zeitalter ist kein günstiges für politische Privilegien. Angenommen, obwohl nicht zugestanden, der ungarische Landtag sey dazu formell berechtigt, was ja übrigens noch streitig ist: nicht jede formelle Berechtigung ist eine moralisch haltbare oder schließt eine fruchtbringende Zukunft in sich. Darum ist eine politische Aufgabe nicht ein Zivilprozeß; auch handelt es sich keineswegs nur darum, blos mit der Regierung zu prozessiren, sondern die im Namen Ungarns erhobenen Ansprüche stehen politisch zugleich den andern Bestandtheilen des Reichs gegenüber, und die Völker desselben sind nicht mundtodt. Es würde eine arge Befangenheit dazu gehören, um zu verkennen, daß die Magyaren, wie man zu sagen pflegt, nicht allein in der Welt sind; nicht einmal in Ungarn sind sie allein. Nach der Ansicht Mancher ist ihnen schon jetzt mehr dargeboten (nicht in Bezug auf Freiheit, sondern in Bezug auf Sonderthum), als man auf anderer Seite gern sieht. Noch aber ist die vorherrschende Stimmung diesseits der Leitha einem Ausgleich günstig; an das Wort und den Gedanken eines „gemäßigten Dualismus" hat man sich nachgerade gewöhnt; wenn in der entscheidenden Stunde der vermittelnde Faden risse, weil man drüben nur des Gegentheils von Mäßigung fähig wäre, so mag der Himmel wissen, wann und in welcher Weise der gerissene Faden sich künftig wieder anknüpfen läßt. Das Recht des Einen hört auf, wo das eines Andern anfängt.

---

26. November 1866.

Unser niederösterreichischer Landtag macht den Anfang mit einer politischen Manifestation, die auch noch von andern Landtagen zu erwarten ist, nämlich im Sinne der Reichsverfassung gegen die Sistirungspolitik. Zwar liegt einstweilen erst der Adreßentwurf vor, noch nicht die Adresse selbst, aber es waltet kaum ein Zweifel ob, daß der Entwurf durchgehen wird. Die Sprache desselben ist eine sehr entschiedene. So ist die Rede von der „seit der Sistirung wachsenden Zerklüftung und Schwächung Oesterreichs und dem in

Ungarn ungefähr zwei Drittheile des Grundes und Bodens gesetzlich steuerfrei; auf der misera contribuens plebs, wie der parlamentarische Ausdruck lautete, lag demnach nicht nur die gesammte wachsende Steuerlast, sondern es kam dazu nun die Mannschaftslieferung für die reguläre Armee noch obendrein. Formell war Dies vollkommen verfassungsgemäß, aber summum jus war dabei summa injuria, wie in Ungarn öfter, und man thäte deßhalb besser, auch in den heutigen Fragen nicht Alles auf die Spitze der Form und des Buchstabens zu stellen. Für ein isolirtes Ungarn hätte man mit den ungarischen Steuern das militärische Erforderniß gar nicht zu bestreiten vermocht; nicht einmal zur Vertreibung der Türken, deren Herrschaft in Ungarn doch zugleich eine Aufhebung auch der ungarischen Verfassung war. Die erforderliche Ausgleichung ergab sich dadurch, daß man zu Gunsten Ungarns die andern Bestandtheile der Gesammtmonarchie etwas stärker in ihren Steuern beizog, und da man hierin denn doch auch nicht allzuweit gehen konnte und wollte, so gewöhnte man sich nothgedrungen zunehmend an die Aushilfe durch Staatsanlehen auch in gewöhnlicher Friedenszeit, worauf denn unter außergewöhnlichen Umständen, wie in den letzten Jahrzehnden mehrfach, eine enorme Anschwellung folgte. Der Versuch eines Losschälens von der auf solche Art für Gesammtheitszwecke herangewachsenen Staatsschuld wäre speziell von Seiten Ungarns eine Ungerechtigkeit, welche sich überdies durch Hinderisse aller Art als unausführbar ergibt. Wiederherstellbar wären derartige finanzielle Ausnahmsvergünstigungen für Ungarn ohnehin nicht, auch wenn der ungarische Landtag auf ein ganz besonders geartetes Steuersystem ausginge sie waren nur möglich, so lange den andern, zu Gunsten Ungarns höher besteuerten Kronländern keine konstitutionelle Einrede zustand. Eine Ungleichheit in der Besteuerung würde, wenn je als möglich gedacht, zur unausbleiblichen Folge die Wiedererrichtung von Mauthlinien um Ungarn herum zur Folge haben, und ich denke, Dies wenigstens sieht man in Ungarn selbst für einen Rückschritt an. Es wäre ein maßloser.

In dem gemeinsamen Sinne für konstitutionelle Entwicklung, anstatt des früheren Verhältnisses der Ungleichheit, wird Ungarn an den andern Kronländern einen Anlehnungspunkt gewinnen, der ihm früher fehlte, der aber in seinem Interesse liegt, und gegen den sich absperren zu wollen geradezu verkehrt wäre. Auf diesen Gegen-

davon weiß, und alsdann gelangt es erst an das Plenum des Landtags. Der parlamentarische Geschäftsgang in Ungarn verhält sich zur Neuzeit, wie die alte Postkutsche des vorigen Jahrhunderts zu den Errungenschaften der Eisenbahn, oder wie die holländische Trekschuyte eines Kanals zu einem Dampfer auf dem Rhein.

Im südlichen Tyrol haben sich in Pergina (zu deutsch: Persen; es ist einer der früher deutschen und nunmehr verwälschten Orte) abermals Manifestationen der Italianissimi breit gemacht. Am Ende behalten doch jene „Ultramontanen" Recht, die den Behörden eine beklagenswerthe politische Schwäche vorwarfen.

---

29. November 1866.

Der niederösterreichische Landtag hat gestern den Adreßentwurf mit großer Majorität — 44 Stimmen gegen 8 — schließlich angenommen. In der betreffenden Debatte platzten die Geister stark auf einander, oder vielmehr, die Geister platzten auf den alten Theil des Ministeriums; denn im Hause selbst fand kaum eine Gegenrede statt. Es sind herbe und bittere Ausdrücke gefallen. Nachdem an dem ersten Verhandlungstage der Abg. Kuranda den Staatsminister Belcredi als einen „Fremden" bezeichnet hatte, welcher den Deutschen in Böhmen nichts Gutes anthat, ja sie schon zu einem verlassenen Bruderstamm machte, steigerten sich die Angriffe von Redner zu Redner, bis keine Steigerung mehr übrig blieb. „Uns, die Völker," sagt Kuranda, „traf die Nemesis; jene Männer aber sitzen noch auf ihren kurulischen Stühlen und treiben das Spiel weiter." In einem ähnlichen Sinne sprach der Abg. Bauer von der Konsequenz jener Männer, welche trotz aller Erfahrung auf die Mitwirkung einer Volksvertretung verzichten, weil sie es vorziehen, die Schmach von Königgrätz allein zu tragen." „Wir wollen nicht," so schloß der Redner, „daß die Dynastie, welche mit dem Wohl und Wehe des Landes durch Jahrhunderte hindurch verknüpft war, welche mit Rudolf von Habsburg begann, mit einem andern Rudolf ihr Ende finde, und weil wir Dies nicht wollen, müssen wir in der Adresse freimüthig auf die drohenden Gefahren aufmerksam machen, müssen frei und offen die Wahrheit enthüllen." Die Adresse verlangt denn die Herstellung verfassungsmäßiger Zustände,

der Bevölkerung immer weiter greifenden zersetzenden Pessimismus"; von der „in erschreckender Progression wachsenden Zerrüttung der Finanzen bei einer nun über ein Jahr währenden büdgetlosen und kontrollfreien Regierung"; von der „Todtenstille der Sistirungsära", welche auch nicht einen Moment durch einen „freiheitlichen Fortschritt auf dem Gebiete der Gesetzgebung, Verwaltung, und Justizpflege" belebt wurde ꝛc. „Freie Bahn" war bekanntlich das politische Stichwort des Ministeriums Esterhazy=Belcredi. Nun sagt der Adreßentwurf: „Die so sehnlichst herbeigewünschte Verständigung mit Ungarn, das Ziel, welchem das Ministerium das Verfassungsrecht der cisleithanischen Länder zum Opfer brachte, sie wurde durch dieses Opfer in Jahresfrist um kein Atom gefördert; wohl aber haben Entmuthigung und Mißtrauen gegen die auf freier Bahn thatenlose Regierung immer verderblicher gewuchert. Ja, jene Mitglieder des Ministeriums haben sich durch die Konsequenzen ihrer Sistirungspolitik so sehr die Hände gebunden, daß sie nun, ohne Vertrauen, ohne Unterstützung dies= und jenseits der Leitha, gar nicht mehr im Stande sind, in die verfassungsmäßige Bahn wieder einzulenken." Man bemerke den Unterschied, der hier zwischen „Mitgliedern des Ministeriums" getroffen wird, so daß man Frhrn. v. Beust und den Kriegsminister von dem Mißtrauensvotum des Landtags ausschließt. Der Schluß des Adreßentwurfs stellt an den Kaiser die Bitte um Wiederherstellung des verfassungsmäßigen Zustandes und um Einberufung des Reichsrathes nach Beendigung der Landtagssession.

---

27. November 1866.

Die versammelten Landtage fangen nun allerseits zu sprechen an. In Innsbruck fand am 24. eine sehr belebte Verhandlung statt, deren Interesse weit über die Tyroler Landesgränzen hinausreicht. Es handelte sich um das Verhältniß zwischen Deutsch= und Wälschtyrol; den Anlaß gab ein schon im Jahre 1863 gestellter Antrag, für spezielle Angelegenheiten jedes der beiden Landestheile besondere Abtheilungen des Landtags zu bilden. Der Antrag war früher hinausgeschoben worden, und auch diesmal sprach sich der Berichterstatter, Hr. Leonardi, der „Kürze der Zeit halber" für Vertagung aus. Dagegen aber erhob sich nun, mit Bezugnahme auf die Erfahrungen der letzten Monate, ein auf gewichtige Gründe

gestütztes Verlangen, der Sache einmal ein Ende zu machen, und zwar durch eine definitive Abweisung. Den Wortführern in Südtyrol, sagte der Abg. Greuter, sey es nur um einen scheinbar legalen Hebel zu thun, um die Kluft nachher bis zum endlichen Bruche zu erweitern; eigentlich aber wollten sie selbst nach Trient nicht wählen, so wenig als nach Innsbruck, sondern für Viktor Emanuel nach Florenz oder gar nach Rom. Aus dem letzteren Grunde deutete der Redner darauf hin, daß sie eben so sehr schlechte Katholiken seyen, als schlechte Tyroler; er gebrauchte nicht diese Worte, aber Das war der Sinn. Sodann bemerkte er weiter: „Mit Menschen, welche aus hochverrätherischer Gesinnung kein Hehl machen, verhandle ich nicht; da entschließe ich mich zum ernsten Kampfe, ihnen entgegenhaltend den Ehrenschild des ungetheilten Landes Tyrol mit seinem klar ausgesprochenen Recht. Nicht blos dem Volke in Südtyrol gegenüber verlangt die Zeit keine Verschiebung der Frage, sondern eine ernste Antwort auch der Regierung gegenüber; denn die Regierung hat eben in Südtyrol eine solche Stellung eingenommen, wie ich sie nicht charakterisiren kann, weil mir das Verständniß fehlt. Was soll man denn sagen, wenn von dem Friedensschlusse bis zum 24. Nov. es eines eigenen kaiserlichen Handschreibens bedarf, daß die Regierung nicht, eingehüllt in den dunkeln Faltenwurf ihres Amtsgeheimnisses, mit verschränkten Armen da steht vor den verbrecherischen Agitationen? Was soll man sagen, wenn sie zuschaut, während die Revolution ihre Orgien feiert auf den frischen Gräbern unserer Heldensöhne? Eine solche Regierung hat nicht blos moralisch, sondern auch faktisch bereits abgedankt." So der Abg. Greuter. In demselben Sinne sprachen die Abgeordneten J. v. Giovanelli und Baron Dipauli, welcher Letztere zugleich „hier im Saale befindlichen Vertretern" den Vorwurf machte, sie hätten sich im vergangenen Sommer bestrebt, in dem Fleimser Thale das Zustandekommen des Landsturms zu verhindern. Hr. v. Riccabona, der Abgeordnete von Fleims, bezog Dies auf sich und erwiederte gereizt, daß er sich zur rechten Zeit und am rechten Orte genügend rechtfertigen werde. Schließlich wurde der Antrag des Hrn. Greuter, über die erwähnten Trennungsvorschläge zur Tagesordnung überzugehen, zum Beschluß erhoben, und heute erfahren wir telegraphisch aus Innsbruck vom 26., daß im Hinblick auf die hochverrätherischen, die Losreißung Südtyrols von Oesterreich und Tyrol bezweckenden

Bestrebungen einer gewissen Partei ein Dringlichkeitsantrag des Abg. v. Giovanelli auf Niedersetzung eines Komitee's zur Berathung der geeignetsten Gegenmittel zur Annahme gelangt ist. Die „gewisse Partei" besteht aus den „Signori" in den Städten, während das Landvolk italienischer Zunge auch in dem letzten Kriege wieder bewiesen hat, daß es treu zu Tyrol und Oesterreich hält. Wie dieser kleinen Partei gegenüber, und bei dem Patriotismus der übergroßen Majorität, welcher den Behörden zur Verfügung stand, ein solcher Anschein von Schwäche möglich war, daß die Bevölkerung an eine schon halb fertige Abtretung des südlichen Tyrols glaubte, das ist ein bis jetzt unaufgelöstes Räthsel. Manche wollten an einen so gänzlichen Marasmus gar nicht glauben: nun bekommt man direkt von dem Tyroler Landtage die Bestätigung in die Hand!

— — —

28. November 1866.

Auf dem böhmischen Landtage scheint sich der tschechische Uebereifer etwas abgekühlt zu haben: dagegen macht sich in Laibach (Krain) ein slowenischer bemerklich, der sich „national" nennt. Die Slowenen gehören zu den Südslawen, werden aber von den Kroaten einigermaßen als Stiefbrüder behandelt. In Lemberg, sagt man, verlieren die Ruthenen auf dem Landtag an Boden; der Vorwurf einer Hinneigung zu Rußland hat ihnen Schaden gebracht. Die Deutschen des Prager Landtags sollen sich dem Programm von Aussee zuneigen, d. h. einer derartigen Vereinigung der deutschen Elemente, daß dadurch der angestrebten Verständigung mit Ungarn kein Eintrag geschieht. Auch auf dem mährischen Landtage (Brünn) dürfte Dies von Seite der deutschen Mitglieder eine Nachfolge finden. Am Ende meint auch der niederösterreichische Adreßentwurf nichts Anderes: man kann ganz wohl bei sich selbst denken, daß der weitere Reichsrath eine Fiktion war, und deßwegen dennoch der Ansicht seyn, es sey klug, an dem erworbenen Rechtsanspruche vorerst festzuhalten, auf daß man dem ungarischen Landtage gegenüber ein Zugeständniß für den Zweck des Austauschs besitze. Außerdem darf man das Entgegenkommen der Deak'schen Partei, welches denn doch noch sehr verklausulirt ist, offenbar nicht überschätzen. Vor Allem muß in Pesth nun das „Fünfzehner-Elaborat" erst der „Siebenundsechziger-Kommission" vorgelegt werden, welcheoffiziell noch gar Nichts

davon weiß, und alsdann gelangt es erst an das Plenum des Landtags. Der parlamentarische Geschäftsgang in Ungarn verhält sich zur Neuzeit, wie die alte Postkutsche des vorigen Jahrhunderts zu den Errungenschaften der Eisenbahn, oder wie die holländische Trekschuyte eines Kanals zu einem Dampfer auf dem Rhein.

Im südlichen Tyrol haben sich in Pergina (zu deutsch: Persen; es ist einer der früher deutschen und nunmehr verwälschten Orte) abermals Manifestationen der Italianissimi breit gemacht. Am Ende behalten doch jene „Ultramontanen“ Recht, die den Behörden eine beklagenswerthe politische Schwäche vorwarfen.

---

29. November 1866.

Der niederösterreichische Landtag hat gestern den Adreßentwurf mit großer Majorität — 44 Stimmen gegen 8 — schließlich angenommen. In der betreffenden Debatte platzten die Geister stark auf einander, oder vielmehr, die Geister platzten auf den alten Theil des Ministeriums; denn im Hause selbst fand kaum eine Gegenrede statt. Es sind herbe und bittere Ausdrücke gefallen. Nachdem an dem ersten Verhandlungstage der Abg. Kuranda den Staatsminister Belcredi als einen „Fremden“ bezeichnet hatte, welcher den Deutschen in Böhmen nichts Gutes anthat, ja sie schon zu einem verlassenen Bruderstamm machte, steigerten sich die Angriffe von Redner zu Redner, bis keine Steigerung mehr übrig blieb. „Uns, die Völker,“ sagt Kuranda, „traf die Nemesis; jene Männer aber sitzen noch auf ihren kurulischen Stühlen und treiben das Spiel weiter.“ In einem ähnlichen Sinne sprach der Abg. Bauer von der „Konsequenz jener Männer, welche trotz aller Erfahrung auf die Mitwirkung einer Volksvertretung verzichten, weil sie es vorziehen, die Schmach von Königgrätz allein zu tragen.“ „Wir wollen nicht,“ so schloß der Redner, „daß die Dynastie, welche mit dem Wohl und Wehe des Landes durch Jahrhunderte hindurch verknüpft war, welche mit Rudolf von Habsburg begann, mit einem andern Rudolf ihr Ende finde, und weil wir Dies nicht wollen, müssen wir in der Adresse freimüthig auf die drohenden Gefahren aufmerksam machen, müssen frei und offen die Wahrheit enthüllen.“ Die Adresse verlangt denn die Herstellung verfassungsmäßiger Zustände,

d. h. den Reichsrath zurück, und „der Reichsrath kann," wie Hr. Bauer sich ausdrückte, „nur kommen, wenn Graf Belcredi geht." Ob man damit den engeren oder den weiteren Reichsrath meint, ist im Dunkel gelassen; wie es scheint deßhalb, weil nur ein Theil der Versammlung den letzteren für thunlich hält, ein anderer aber den ersteren im Auge hat, und ihn dem ungarischen Landtage gleichsam als Rechtsanspruch gegen Rechtsanspruch entgegenzusetzen gedenkt. Als ein thatsächlicher Hauptpunkt hebt sich aus diesen Verhandlungen im Ganzen heraus, daß die Deutschen Oesterreichs sich über Vernachlässigung von Seiten der Regierung, und zwar insbesondere von Seiten des Staatsministers beklagen. Vielleicht das Triftigste in dieser Beziehung, so wie gegen die Sistirungspolitik überhaupt, hat der Abg. Zelinka, der Bürgermeister von Wien, gesagt in den schlichten Worten: „Ich kann nur den Standpunkt festhalten, den ich in gefährlichster Zeit festhielt und dem Kaiser zur Kenntniß brachte. Es ist wahr, daß zur Zeit der Erlassung des Februarpatents der Nationalitätenstreit, vielleicht sogar aus unlauteren Quellen, neue Nahrung erhielt. Durch die Sistirung aber empfing dieser Zwist einen scheinbar legalen Charakter, wurde das deutsche Element in seinen gerechten Gefühlen gekränkt und erschüttert, das Interesse für den Gesammtstaat in zweite Linie gestellt. Ich bin nicht berechtigt, über den Ausgang des Krieges Anklagen zu erheben; aber die Liste der Gefangenen wird die wenigsten deutschen Namen aufzählen."

Frhr. v. Pratobevera sprach ein treffendes Wort in Bezug darauf, daß die Sistirung dem Einigungswerke mit Ungarn keineswegs genützt habe: „Wenn man zwei Körper aneinanderschweißen will, darf man nicht den einen in Glühhitze bringen und den andern mit Eiswasser übergießen."

Eine kuriose Aeußerung that der Abg. Schindler. „Glaubt man denn" — fragte er — „der Deutsche habe über dem Waffengerassel des letzten preußischen Kriegszuges nicht die Lerche singen hören von der Freiheit, von der Einigung, von der Größe eines künftigen Deutschlands, jene Lerche, die so hoch fliegt, daß kein Zündnadelgewehr sie herunterschießen wird?" Da nämlich doch wohl zu vermuthen ist, daß Hr. Schindler nicht die preußischen Annexionen als den Lerchentriller der deutschen Freiheit aufnimmt, so ergibt seine Aeußerung weiter keinen Anhaltspunkt für den deutschen Oesterreicher,

gehört also, wenn man nicht etwa eine Drohung des Preußisch-werdens darin sehen will, in's Gebiet der Phrase.

---

30. November 1866.

Nach der langen Stille hat die Adreßverhandlung des niederösterreichischen Landtags um so lauter das schlummernde Echo geweckt. Der öffentliche Eindruck war ein sattsam starker; an Tiefe und Nachhaltigkeit würde er wohl noch gewonnen haben, wenn nicht in der Steigerung des Augenblicks einige Redner, um das schon Dagewesene ihrerseits zu überbieten, sich in das Maßlose verstiegen hätten, was denn bei näherer Prüfung nachträglich eher störend oder abschwächend zu wirken pflegt. Einer oder der andere derselben wäre denn doch wohl in Verlegenheit gekommen, wenn er hätte beantworten sollen, ob er denn Ungarn sofort in den Reichsrath zu bringen gedenke, oder ob er eine Reichsvertretung, aus der die Hälfte des Reichs unvertreten wegbliebe, für die richtige Lösung aller Schwierigkeiten halte; denn wenn man, wie es auch die Adresse des Landtags thut, eine Verständigung mit Ungarn für wünschenswerth erklärt, so wäre die Einberufung des weiteren Reichsraths offenbar das verkehrteste Mittel zum Zweck, das sich irgend erdenken ließe. Es ist schwerlich die Mehrheit des Landtags, die eine unbedingte Rückkehr zur Februarverfassung für thunlich hält; wenn auch Einige direkt so weit gehen mögen, so gehen die Andern statt Dessen sichtlich nur auf die Festhaltung einer Rechtskontinuität gleich der ungarischen aus, um damit den Ansprüchen von Pesth herüber ein ebenbürtiges Gegengewicht bei der definitiven Ausgleichsverhandlung bieten zu können. In dem allgemein gehaltenen Ausdruck „Reichsrath", ohne Eingehen auf eine nähere Bestimmung, verhüllt sich ein Zwiespalt in den Ansichten, welcher nichts weniger als unwesentlich oder bedeutungslos ist. Trotz dieses innern Widerspruchs übrigens und nach Abzug aller Uebertreibungen bleibt in dem Ganzen ein geistiger Kern zurück, den ich für sehr beherzigenswerth halte. Gewöhnt, vermöge einer alten Erfahrungslehre, einen jeden politischen Vorgang ohne vorgefaßte Meinung in Betracht zu ziehen, um ihm die thatsächliche Grundlage seines Anrechts auf Geltung abzufragen, komme ich in Betreff dieser Adreßverhandlung ungefähr auf nachstehende Ergebnisse. 1) Der Verhandlungsort Wien verleiht dem nieder-

österreichischen Landtag ein Gewicht, d. h. eine Eindrucksfähigkeit auf die öffentliche Meinung, als ob er eine weit größere Volksvertretung wäre. Er rückt in so fern nahezu in die Stelle des engeren Reichsraths ein. 2) Die Grundfärbung der Debatte, wenn auch noch so sehr mit Bitterkeiten versetzt, war eine im Sinne Gesammtösterreichs patriotische. Es läge nicht im Interesse der unitas in necessariis, diese Richtung grundsätzlich wegzuwünschen. 3) Das deutsche Element in Oesterreich fühlt sich in mancher Beziehung gekränkt oder zurückgesetzt Ob irrthümlich oder nicht: wenn ein solcher Glaube vorhanden ist, muß man ihn vom Gegentheil überzeugen; mit Ignoriren wäre da Nichts gethan. 4) Dem Zustandekommen eines Ausgleichs mit Ungarn ist eine Auffassung, die lediglich ein Aequivalent gegenüber der ungarischen Rechtskontinuität sucht, keineswegs hinderlich. In Pesth ist man nur allzusehr der Versuchung ausgesetzt, in Ermangelung eines Gegengewichts auch von Seiten der Völker Oesterreichs sich bis ins Endlose hinaufzusteigern; um zu einem haltbaren Kompromiß zu gelangen, ist die Ueberlastung einer einzigen Wagschale eher ein Hinderniß. 5) Gerade vermittelst dieser Entwicklung, vermittelst des Abwägens zwischen Gewicht und Gegengewicht, macht es eine Regierung am augenfälligsten sichtbar, daß sie über den Parteien stehe. 6) Die Art und Weise, wie sowohl in Pesth als in Wien die öffentliche Erörterung geführt wird, ist vor ganz Europa ein sprechender Beweis, daß in Oesterreich mehr Freiheit besteht, als in manchem andern Staate, der mit Fortschritt, Spitze der Zivilisation, und dergleichen die Backen sehr voll nimmt.

— —

2. Dezember 1866.

Der Adressentwurf des oberösterreichischen Landtags (Linz) beginnt mit den bezeichnenden Sätzen: „Schmerzlich vor Allem berührt uns als Deutsche die Lostrennung Oesterreichs von Deutschland, das Zerreißen des engen, tausendjährigen Verbandes mit dem großen deutschen Volke, als dessen Theil wir uns der Abstammung, Sprache, Sitte, und Kultur nach fühlten und fortan fühlen werden. Oberösterreich hält es dennoch für seine Aufgabe und Pflicht, einem freien Oesterreich anzugehören und dasselbe zu fördern. Es kann wohl erwarten, daß dem deutschen Element in Oesterreich die ge-

bührende Stelle gewahrt bleibe, und es eine Zurücksetzung nicht mehr erfahren werde." Der Inhalt des letzteren Satzes liegt in variirten Formen den Ansprüchen und dem Gedankengang aller deutschen Landtage Oesterreichs zu Grunde. Selbst in Tyrol, den Umtrieben der Italianissimi gegenüber, klagt man ja über Zurücksetzung und wirft den Behörden Halbheit vor; ein sehr konservativer Abgeordneter gebrauchte sogar weit stärkere Ausdrücke (Feigheit und Charakterlosigkeit). In Bezug auf die innere Politik ist der oberösterreichische Adreßentwurf klarer, als es der niederösterreichische war: er richtet die Bitte an S. Maj., „das volle, unverkümmerte verfassungsmäßige Recht der Länder diesseits und jenseits der Leitha ins Leben zu setzen, und den für die Länder diesseits der Leitha bestehenden Vertretungskörper einzuberufen." Mit andern Worten, er geht nur auf die Einberufung des engeren Reichsrathes aus, während der niederösterreichische (Wien) Dies unbestimmt ließ, um unter der allgemeinen Firma „Reichsrath" zwei einander entgegenstehende Meinungen in anscheinender Einigkeit zusammenzufassen, damit aber die einhellige Feindseligkeit der magyarischen Blätter auf sich zog, weil der weitere Reichsrath für Ungarn eine unbedingte Absage jeglichen Ausgleichs ist. Nicht minder stark, als es in Wien geschah, richtet aber der Linzer Adreßentwurf seinen Tadel gegen die „zum Verderben des Reichs bis jetzt sich kundgebende Rath- und Thatlosigkeit der Räthe der Krone", und erklärt, „die Fortdauer der über die Volksrechte sich hinwegsetzenden Regierung, welche mit der Verfassungssistirung begonnen hat, müßte Krone und Reich den allergrößten Gefahren zuführen." In Brünn (Mähren) geht der Adreßentwurf der Majorität auf Sicherung der „Monarchie in ihrem einheitlichen Bestand" und der „einzelnen Königreiche und Länder, sowohl im Kreise ihrer Selbständigkeit, als auch als unzertrennlicher Theile des Ganzen, in ihren wohlbegründeten Ansprüchen", was einer so ziemlich föderalistischen Auslegung Raum gibt; der Entwurf der deutschen Minorität des Adreßausschusses, von Giskra verfaßt, hält es durch die Interessen des Landes wie des Reiches für geboten, daß „die Sistirung des verfassungsmäßigen Lebens in den Belangen des Reichs auch in den Ländern diesseits der Leitha ehestens ihr Ende finde, und daß die parlamentarische Behandlung der gemeinsamen Angelegenheiten ins Leben trete." Von Gratz (Steyermark) liegt ein Adreßentwurf noch nicht vor, aber der Erlaß einer Adresse ist beschlossen

und Moritz v. Kaiserfeld zum Berichterstatter ernannt, also eine Adresse im Sinne des Programms von Aussee (gut deutsch, aber Ausgleich mit Ungarn) zu erwarten. In Prag sieht man einer Adresse entgegen, worin die tschechische Majorität dem böhmischen Landtag ein „gleichgewichtiges Votum" gegenüber dem ungarischen vindizirt. Der Landtag von Krain (Laibach) hat seine Plage vorerst mit einem Sprachengehetz: ein Dr. Bleiweiß spielt daselbst den Don Quixote des slowenischen Stammes und spricht mit den deutschen Mitgliedern, die nicht slowenisch verstehen, grundsätzlich nur in slowenischer Sprache, was natürlich eine ausgezeichnet vernünftige Konversation ergibt.

---

4. Dezember. 1866.

Was man der „freien Bahn" vorwirft, das ist insbesondere auch Das, daß sie bis jetzt eine leere ist. Wäre ein Ergebniß mit Ungarn vorgelegen, statt einer Hinausziehung ins Endlose, so hätte man daran einen Anhaltspunkt, um nunmehr die Stellung der Länder diesseits der Leitha zu dem Ausgleich zu formuliren; so aber blieb Alles in der blosen Negation, obschwebend in das Unbestimmte hinein, und der Pessimismus fing an zu folgern, daß weder dem einen noch dem andern Theil eine positive Gewährung in Aussicht stehe. Hiezu kam denn die Empfindlichkeit über Zurücksetzung des deutschen Elements, zunächst in Böhmen veranlaßt und von dort aus auch in die andern Kronländer herüberwirkend, und es entwickelte sich daraus eine Verstimmung, welche durch die unglücklichen Folgen des letzten Kriegs noch gesteigert wurde. Vor Anfang desselben sprach sich die öffentliche Stimme Oesterreichs entschieden für die Aufbietung aller Kräfte gegen einen von uns unprovozirten Angriff aus; wenn damals ein Reichsrath versammelt gewesen wäre, er hätte sicherlich nicht anders gesprochen; allein die menschliche Natur liebt es, große Verhängnisse gänzlich auf die Schultern Einzelner abzuladen, namentlich wenn sie eine Theilung ihrer Verantwortlichkeit gar nicht gesucht haben, und ganz ohne Zweifel würde Graf Bismarck anderseits in Preußen schlimm weggekommen seyn, wenn eine Niederlage auf dem Schlachtfeld seine Projekte thatsächlich verurtheilt hätte. Dies ist die Genesis der öffentlichen Mißstimmung, welche sich so laut geltend macht, und

unverkennbar hat man dabei einen Faktor vor sich, mit dem man rechnen muß; nur da, wo die Einheit der Stimmung aufhört, nämlich in Bezug auf den engeren oder weiteren Reichsrath, theilt sich natürlich auch die daraus geschöpfte Berechtigung. So z. B. glaube ich nicht, daß die Mehrheit des deutschen Elements für einen Abbruch des angebahnten Einvernehmens mit Ungarn, und folglich auch nicht, daß sie vor einem Scheitern jenes Ausgleichs für eine unbedingte Wiederherstellung der Februarverfassung ist, aus dem einfachen Grunde, weil diese Wiederherstellung und der Abbruch mit Ungarn Eins und Dasselbe wäre. Ausgleich dort und Wiederherstellung da ist nebeneinander unmöglich. Wenn noch vor kurzem ein hiesiges Blatt sagte, Der habe „nicht für einen Kreuzer Verstand", der am Vorabend des ungarischen Landtags für den Fall eines weiteren Widerstandes gegen die Anforderungen der Regierung Jahre der Trübsal in Aussicht stelle, und wenn hinwiederum nach den Adreßverhandlungen des niederösterreichischen Landtags ein anderes Blatt über das Sistiren der Februarverfassung, d. h. über das Ermöglichen einer Ausgleichsanbahnung mit Ungarn bemerkte, man möchte „Mühlsteine weinen" darüber, so waren offenbar beide Aussprüche als Aeußerungen einer energischen Opposition gemeint, schossen aber eigentlich, beim Lichte betrachtet, über den Kopf des Ministeriums hinweg gegenseitig auf einander selber. In der Politik trifft es nicht zu, daß eine zwiefache Negation etwas Positives ergibt. Der oberösterreichische Landtag hat die Unterscheidung, die der niederösterreichische im Dunkel ließ, recht wohl zu treffen gewußt, und im Hinblick auf die Verständigung mit Ungarn nur die verfassungsmäßigen Zustände diesseits der Leitha in sein Adreßpetitum aufgenommen; daß aber die Beseitigung des weiteren Reichsraths unter allen Umständen ein Einbruch in die Februarverfassung ist, darüber kann doch wohl kein Zweifel obwalten. Aus einem Ausgleich mit Ungarn dagegen und einer hierauf erfolgenden Verständigung mit den Ländern diesseits der Leitha baut sich endlich eine feste, eine vertragsmäßige Grundlage auf, nichts Oktroyirtes. Glücklicher Weise fängt man auch in Ungarn an, weniger in die Vergangenheit rückwärts und mehr in die Zukunft vorwärts zu blicken, schließt das außerungarische Oesterreich nicht mehr zum voraus von der Betrachtnahme aus, sondern erkennt den unberechenbaren Vortheil des Zusammengehens im Interesse konstitutioneller Entwicklung, und

eröffnet so eine Aussicht auf einen beiderseits erwünschten und willkommenen praktischen Erfolg.

Die Adreßdebatte des Landtags von Oberösterreich tritt so ziemlich in die Fußstapfen des hiesigen. Bis jetzt hat man hier nur telegraphische Mittheilungen darüber, aber es fielen Aeußerungen, wie die, daß es für Oesterreich die höchste Zeit sey, umzukehren und in andere Bahnen einzulenken (Abg. Richter), oder: es bedürfe zunächst einer Beseitigung der Scheidewand, welche den Willen des Kaisers und des Volks nicht zum Durchbruch gelangen lasse (Abg. v. Figuly). In Troppau (österreichisches Schlesien) geht der Adreßentwurf darauf hinaus, daß ein anderer Ausgleich mit Ungarn, als mit einem Reichsparlament und einem diesem Parlament verantwortlichen Ministerium, nicht angerathen werden könne. In Prag dagegen liegt ein ähnlicher Wunsch nur in dem von den Deutschen ausgehenden Minoritätsentwurfe vor; die tschechische Mehrheit bewegt sich im Sinne des Föderalismus und der „geschichtlichen Eigenberechtigung" für das Böhmerland. Im Gegensatze zu Krain, wo sich einige Deutsche als künstliche Slowenen gebährden, dringen in Kärnthen slowenische Gemeinden darauf, daß in den Volksschulen nicht nur deutsch gelehrt, sondern das Deutsche die Unterrichtssprache werde, „damit ihre Kinder etwas Nützliches für das praktische Leben lernen", und der Abg. Steiner, an der Spitze von 14 andern Landtagsmitgliedern, hat auf Verlangen jener Gemeinden den Antrag gestellt, den Behörden nachdrücklichst eine Wirksamkeit in diesem Sinn anzuempfehlen.

---

5. Dezember 1866.

Aus den Landtagsverhandlungen in Pesth (vorerst über die Frage, ob eine Adresse erlassen werden soll) ist zu ersehen, daß man, bei aller Schroffheit des formellen Standpunktes, doch auf die öffentliche Meinung außerhalb Ungarns Rücksicht zu nehmen anfängt; die große Menge zwar ist dafür nur schwer empfänglich, aber die Führer, scheint es, haben recht wohl den Blick und das Verständniß für ein Motiv dieser Art, und zwar eben im Interesse Ungarns selbst.

Die „Neue freie Presse" hat dieser Tage einen guten Gedanken ausgesprochen, indem sie sagte, ein Theil der beklagten öffentlichen Uebelstände falle doch „auch auf uns", d. h. auf die Liberalen selbst.

Faßte man das Leben minder leichtfertig auf, hätten Väter und Mütter das Ihrige gethan, um das Eindringen des herkömmlichen Schlendrians in die Kreise des Privatlebens zu verhindern, wäre die Prunk- und Genußsucht gemildert durch Sinn für Sparsamkeit und größere Strenge der Sitte, so würde die Familie ernstere und geistig kräftigere Menschen und Staatsbürger in die Welt setzen, als Molluskenindividuen ohne Mark und Knochen, welche jedem Drucke weichen, und für die schon im Jünglingsalter die Begeisterung für das Große und Edle, das Bewußtseyn des Rechts und der Pflicht zu den überwundenen Standpunkten gehöre. So die ipsissima verba der „Neuen freien Presse." Wunderbar, daß ihr dabei nicht eine Art von Ahnung beikam, ob nicht der beklagte Uebelstand eben mit dem Mangel an religiöser Lebensbasis, die getadelte Frivolität nicht eben mit dem gerühmten Kultus Voltaire's zusammenhänge!

---

8. Dezember 1866.

Der Gang der Dinge auf dem ungarischen Landtag ist ein Schritt weiter zum Ausgleich, aber es ist noch nicht der Ausgleich selbst. Ein unmittelbarer Abbruch wenigstens (durch Sistirung der parlamentarischen Arbeiten) ist verhütet worden; nun muß jedoch das Fünfzehner-Elaborat erst durch die Siebenundsechziger-Kommission laufen, ehe es dem Plenum amtlich bekannt wird, und der ungarische Geschäftsgang ist so verschleppend langsam, wie es zu seiner Zeit der des deutschen Reichstags in Regensburg war. Im Ganzen mag man immerhin sagen, daß die Aussichten eher günstig liegen als ungünstig. Mitunter spricht aus kleinen, aber charakteristischen Zügen, aus gleichsam entschlüpften Aeußerungen, eine Grundstimmung deutlicher heraus, als aus einer stundenlangen Rede. So äußerte während der jüngsten Debatte in Pesth einer der Redner sich ungefähr dahin: „wenn man sicher wäre, daß nach einem Zerfall Oesterreichs Ungarn bestehen bliebe, so wäre es etwas Anderes; so aber . . . ." Mich dünkt, der in diesen wenigen Worten ausgedrückte Gedanke umfaßt sehr Vieles, und ist für Ungarn ganz geeignet, in der bevorstehenden Entscheidung mit ein maßgebender zu seyn.

Für die politische Haltung der tschechischen Majorität in Prag könnten ganze Verhandlungstage nicht charakteristischer seyn, als die

Laufe der Debatte unter Anderm: „Ich halte an der Februarverfassung fest, so lange bis sie im verfassungsmäßigen Wege geändert wird, aber ich will, daß sie geändert wird." Wenn sich der Adreßentwurf des ungarischen Landtags in Betreff der diesseits der Leitha gewünschten Aenderungen der Ergebnisse von 1848 ähnlich ausspräche, so hätte man daran eine Art von Anhaltspunkt für eine Hoffnung des Ausgleichs; allein der Pesther Entwurf enthält keine Spur davon, sondern beharrt blos auf „seinem Schein", ohne irgend eine Andeutung, daß er einem Ausgleich hinsichtlich der gemeinsamen Interessen irgend ein Opfer zu bringen bereit sey. Ja, was noch bedeutsamer ist, er zieht indirekt eine frühere Aeußerung Deaks zurück, wonach der das Fünfzehner-Elaborat berührende Theil des k. Reskripts, wenn auch für jetzt ignorirt, seiner Zeit in „ehrfurchtsvolle Erwägung" gezogen werden sollte. Streng genommen stellte zwar auch diese letztere Wendung nicht ausdrücklich eine zusagende Rücksichtnahme in Aussicht, aber jedenfalls klang sie doch etwas mehr versöhnlich oder entgegenkommend, als der jetzige Adreßentwurf, welcher statt dessen die blose Negation betont, vorerst überhaupt sich nicht äußern zu können. Einer Schwenkung dieser Art muß man natürlich ein bestimmendes Motiv unterlegen, und dem ganzen Zusammenhang nach kann es nur ein dem Ausgleich ungünstiges seyn. In der That bewegt sich der ungarische Adreßentwurf in einer Richtung, welche den Gegnern eines Kompromisses mit Ungarn geradezu in die Hände arbeitet.

Die alte „Presse", welche an dem weitern Reichsrathe festhält, begehrt in ihrem heutigen Eingangsartikel die Stellung der bündigen Frage an den Pesther Landtag: „Wollt ihr die Existenz Oesterreichs oder nicht? Ja oder Nein!" Gleichzeitig möge man dem einzuberufenden weiteren Reichsrathe die Frage vorlegen: „Wollt ihr die Scheidung Oesterreichs in zwei durch die blose Personalunion zusammengehaltene, beim ersten Stoß von außen auseinanderfallende Theile?" Man sieht, diese Auffassung besteht auf ihrem Schein, ganz eben so, wie die magyarische auf dem ihrigen. Es steht ihr der Einwand entgegen, daß eine Scheidung Oesterreichs thatsächlich auch dann vorhanden ist, wenn die Hälfte des Reichs den weiteren Reichsrath unbeschickt läßt, so wie hinwiederum der magyarischen Auffassung der Einwand entgegensteht, daß ihr Anspruch von 1848 her begründeten Zweifeln unterliegt, jedenfalls nicht zu den „Jahre alten" Gerechtsamen gehört, die Gemeinsamkeit der Interessen

aber schlechtweg nicht einer Ableugnung preisgegeben werden kann, ohne die Gesammtheit zu verletzen. Dies wäre nicht eine Lösung, sondern eine Auflösung, und wenn die Regierung berufen ist, über den Parteien zu stehen, so steht das Lebensinteresse des Ganzen und das Gebot der Nothwendigkeit auch wieder über Dem, was bei einer Regierung freie Wahl ist.

---

16. Dezember 1866.

Die „Oesterreichische militärische Zeitschrift" bringt eine vom Regimentskommando von Hoch- und Deutschmeister-Infanterie ausgehende Berichtigung der vielfach verbreiteten Nachricht, daß in dem Treffen bei Nachod (27. Juni d. J.) die Fahne des dritten Bataillons Deutschmeister in preußische Hände gefallen sey. Die Fahne ist nämlich vorhanden, und zwar, da in jenem Gefecht die Fahnenstange durchschossen wurde, an der Bruchstelle der letzteren ein verbindender Metallzylinder und eine silberne Platte mit einer Inschrift in Bezug auf jenen Kampftag angebracht. Was bei Nachod verloren ging, war der „bei Seite gelegte" Ueberzug der Fahne aus Wachsleinwand. Das Regimentskommando erklärt weiter, daß auch kein anderes Bataillon des Regiments seine Fahne verloren hat. Schade, daß diese Erklärung nicht früher gekommen ist. Ein hiesiges Volksblatt, der „Hansjörgel", hatte hervorgehoben, daß keine einzige Fahne von einem Regiment deutscher Nationalität verloren gegangen sey, und die Berliner Kreuzzeitung hatte darauf geantwortet, jenes Blatt möge sich nur bei dem dritten Bataillon Deutschmeister erkundigen. Seither herrschte das tiefste Stillschweigen; da kein Widerspruch erfolgte, nahm das zeitungslesende Publikum den behaupteten Verlust als richtig an. Warum so spät mit dem Gegenausweis?

---

17. Dezember 1866.

Nun ist auch der kroatische Landtag mit einem Adreßentwurf in die Linie gerückt. Der langen Rede kurzer Sinn (denn die Adresse ist gleich der ungarischen sehr weitschweifig) ist ein Bruch mit Ungarn, ohne daß darum eine praktische Annäherung an die Standpunkte der nicht-magyarischen Kronländer dargeboten wäre. Den Kroaten dient nämlich ihr Ausdruck: „dreieiniges Königreich"

müheloѕ bereichert, anstatt sich mit Plackerei und Risiko in Fabrikanlagen zu stecken, welche man nicht in einem Portefeuille wegtragen kann, wie die Werthpapiere. Solchen starren Thatsachen gegenüber zerplatzt die Theorie der angerühmten „Handelsfreiheit“ wie eine Seifenblase.

In Triest hat aus Anlaß einer Trauerfeierlichkeit für einen jungen Mann, der unter Garibaldi im letzten Feldzuge gedient hatte und an den erhaltenen Wunden starb, eine italienische Demonstration stattgefunden; auf dem Katafalk befand sich nämlich die Inschrift: „Morto pugnando per la patria“ (gefallen im Kampfe für das Vaterland). Deßgleichen fand in Trient eine italienische Demonstration statt, und zwar bei der Rückkehr amnestirter Wälschtiroler, die seit 1864 als wegen Hochverraths verurtheilt außer Landes gewesen waren. Unter den Triester Italianissimi machte sich ein Hr. Kramer, unter den zurückkehrenden Amnestirten ein Hr. Candelbergher bemerklich. Wahrlich, mit Deutschen dieser Art hätte Kaiser Rudolf von Habsburg die Basis der österreichischen Monarchie nicht zuwege gebracht!

---

25. Dezember 1866.

Eine in Leipzig erschienene Schrift: „Der Krieg im Jahr 1866“, offenbar von einem sehr eingeweihten (österreichischen) Verfasser herrührend, macht hier auch in nicht-militärischen Kreisen Sensation. Der Inhalt ist eine bittere Arznei. Zwar gibt der Verfasser seine Meinung dahin ab, daß der Kronprinz von Preußen, anstatt drei Tage nach der Eröffnung der Operation durch die erste Armee, um drei Tage früher als diese hätte in Böhmen einrücken müssen, und daß ihn Nichts abgehalten hätte, schon am 20. und 21. Juni bei Skaliz und Schurz, und am 22. bei Miletin und Horitz Stellung zu nehmen. „Daß der Kronprinz keine guten Geschäfte gemacht haben würde, wenn Benedek die Situation am 28. und 29. Juni auszunützen verstanden hätte, ist außer Zweifel; die Starrheit des Feldzeugmeisters, mit der er an seinem früher gefaßten Plane festhielt, mit dem Prinzen Friedrich Karl zuerst anzubinden, verdarb sein Spiel.“ Allein während den hervorragenden preußischen Führern eine zum Theil glänzende Anerkennung gezollt wird, findet der Verfasser dessenungeachtet, daß auf österreichischer Seite Benedek allein aus einem „Meer von Unbedeutenheit“ her-

vorragte. „Was ihm fehlt, ist Genie, oder ein Mann, der ihm Das war, was Gneisenau dem alten Blücher; daß er ihn nicht fand oder nicht finden wollte, war sein Verderben." Was die angebahnten Reformen betrifft, so tadelt der Verfasser unter Anderm, daß, nachdem die Generale „umgeschmissen", nun die Leutnants „büffeln" sollen. Offiziersschulen habe man stets im Uebermaß gehabt. Dagegen möge man die Konfusion eines dreifachen Hofkriegsraths (Generaladjutantur und Marschallsrath neben dem Kriegsministerium) und das Protektionswesen der Regimentsinhaber abschaffen, der unzweifelhaften Untüchtigkeit der österreichischen Generalität abhelfen 2c. „Fähige und thatkräftige Leute gibt es überall; eine unfähige Regierung ist eben nur darum unfähig, weil sie stets schlechte Wahlen trifft. Gibt es aber eine mächtige Koterie, welche die Befehlshaberstellen sich selbst reserviren will und das Heer für eine Art Pfründe oder ein Fideikommiß ansieht, dann sind Niederlagen unvermeidlich."

---

26. Dezember 1866.

Werden wir einen Ausgleich mit Ungarn haben? Für jetzt, da man in Pesth für eine Abrundung zu eckig ist, wird es stark bezweifelt. In der altrömischen Mythologie hatte die Figur der Gelegenheit auf sonst kahlem Schädel einen Schopf, an dem man sie erfassen mußte, ehe sie vorüber flog; die Magyaren scheinen damit zu lange gewartet zu haben. Während der endlosen Verschleppung — ist doch in Jahresfrist und darüber ihre Ständetafel noch nicht in den Besitz eines Kommissionsberichts der Siebenundsechziger gelangt! — haben sie durch ihren starren Separatismus eher Freunde verloren, als gewonnen, und auch frühere Sympathien im Auslande, wie man aus dem Urtheil der „Times" ersieht, schließlich wieder eingebüßt. Wer die Dinge von außen her anschaut, ist natürlich politisch unbefangen genug, um zu erkennen, daß ein Ministerium (gleichviel welches) nicht alles Beliebige vermag, und daß die andern Völker des Reichs eben so gut da sind wie die Magyaren, und mit demselben Rechte Beachtung verlangen. Auch den magyarischen Führern schreibt man den politischen Blick zu, diese Thatsachen zu erkennen und als solche zu würdigen, und da im Widerspruch damit ihre Politik dieselbe zu ignoriren scheint, so wird ihrem Mangel an Entgegenkommen, welchen man sonst nicht ver-

ständlich fände, diesseits der Leitha ein tief eingewurzeltes Mißtrauen gegen die Regierung als Motiv unterlegt. Aeußerem Anschein nach besteht in Pesth jener unzugängliche Formalismus fort, den eine hiesige Zeitung (das „Neue Fremdenblatt") kürzlich mit einer Auster verglich, die sich an ihre Bank anklammert. Diese Seite kehrte man denn auch den Kroaten zu, und der thatsächliche Enderfolg dieser Art von Politik, welche ihres Erachtens in allen Fragen zum voraus allein Recht hat, besteht nun darin, daß die Kroaten dem ungarischen Landtage Valet sagen und die nutzlose Unterhandlung gar nicht mehr zu erneuern gedenken. In Folge dessen aber erwächst der schon bald odios werdenden Aufgabe eines Ausgleichs mit Ungarn eine Schwierigkeit weiter. Nach der Anschauung des ungarischen Formalismus nämlich gehört zu dem wiederherzustellenden verfassungsmäßigen Zustand auch die Beschickung des Pesther Landtags durch die Kroaten, und wenn diese sich beharrlich weigern, so begehrt man in letzter Instanz von der Krone, daß sie der Verfassung gemäß die Widerspenstigen beischaffe. Ob und in welcher Weise Dies thunlich ist, oder werden soll, darum kümmert sich der Formalismus nicht. Nun berufen sich aber die Kroaten nicht minder, als die Magyaren, auf die Errungenschaften von 1848, und für die Ersteren bestehen diese eben in der Ablösung von Ungarn, da zu den Pesther Gesetzen von 1848 Kroatien nicht in das Verhältniß einer Zustimmung, sondern vielmehr des bewaffneten Widerstands trat. Wie nun da eine Vermittlung finden, wenn in Pesth als conditio sine qua non festgehalten wird, jedenfalls Recht zu haben? Kommt man auf dieser Basis weiter? Kann irgend ein Ministerium auf der Welt das logisch Unvereinbare neben einander möglich machen? Wer Dies mit Nein beantwortet, der kommt damit selbstverständlich auf die Nothwendigkeit eines Kompromisses zurück. Man spricht zunächst von einer Einberufung des Reichsraths. In einem Prozeß hört ein Richter, bevor er sich zu einem Spruch anschickt, erst „die Parteien beede"; die advokatischen Auffassungen in Pesth haben ja die obschwebende Frage ohnehin einem Prozeßgang ähnlich gemacht. Nur in dem einen Punkte, daß man als Vorbedingniß einer Ausgleichsunterhandlung die Konzession sämmtlicher Forderungen ansprach, fiel man in Pesth aus der juridischen Rolle heraus; denn in dem wirklichen Rechtsleben pflegt der Gewinn eines Prozesses niemals der Anfang desselben zu seyn.

---

27. Dezember 1866.

Die Sistirungspolitik geht zu Ende: es soll sofort eine Reichsvertretung diesseits der Leitha einberufen werden. Da die alten Mandate dem Erlöschen nahe sind (sie reichen nicht über den März 1867 hinaus), so sollen neue Wahlen zu den Landtagen die Grundlage neuer Wahlen zum Reichsrath bilden. Wenn es richtig ist, daß in Pesth weniger ein platter Separatismus und Formelkram, als vielmehr ein unüberwindliches Mißtrauen in die Aufrichtigkeit der Regierung den wahren Grund der Kälte gegen einen Ausgleich abgibt, so käme der Reichsrath, gegen welchen kein Verdacht absolutistischer Gelüste obwaltet, vielleicht weiter mit Ungarn, als es in seiner Abwesenhejt der Regierung gelingen wollte. Die eigentliche Sistirungspolitik übrigens, d. h. der ältere Theil des Ministeriums, der dazu die Initiative gab und hiebei den Anschein einer zum voraus festgestellten Parteinahme nicht ganz vermied, wird bei der Reichsvertretung diesseits der Leitha auf ein nicht minder starkes Mißtrauen stoßen. Bei Experimenten dieser Art verliert man unterwegs gar leicht allerlei Nothwendiges. In dem Gesammtstaat Oesterreich ist denn doch das deutsche Element das im Verhältniß zu den einzelnen anderen Nationalitäten zahlreichste, auch an Besitz und Steuerzahlung relativ das bedeutendste, sein guter Wille weniger entbehrlich, als irgend ein anderer ꝛc.; daß es aber durch die Sistirnngspolitik seither sich für zurückgesetzt hielt, und deßhalb sich in tiefster Mißstimmung befindet, ist unverkennbar. Auch die Finanzen des Reichs (unsere schwächste Seite) bedürfen jederzeit zunächst des deutschen Elements, wenn Etwas gedeihen soll. Darüber kann man sich nicht kavaliermäßig hinwegsetzen.

Nachträglich kommt noch eine Adresse von dem kleinen Landtage von Görz ein, durchgesetzt gegen den Widerspruch von vier oder fünf dortigen Italianissimi, die da meinten, die „Italiener dieser Grafschaft" hätten keine Ursache, eine Adresse an den Kaiser zu richten. Einer derselben ist ein Advokat deutschen Namens, der nach Görz aus Leitomischl in Böhmen eingewandert ist, also ein „Uritaliener". Der Landtag trennte sich mit einem dreimaligen Slava auf Se. Maj. (Der Grundstock der Bevölkerung ist nicht italienisch, sondern slawisch.)

[illegible] Dezember 186[illegible]

Die Zeit der Landtage diesseits der Leitha neigt sich zu Ende: in das neue Jahr hinüber erstreckt sie sich nicht. Nur in Pesth und in Agram wird man weiter tagen. Es ziemt sich [illegible] auch, als ob man die bisherigen Landtage nur berühren [illegible], um der [illegible] Raum zu geben, welche jedoch in der einzigen Weise [illegible] vorausgesehen war. Gleichviel, der Wurf ist gethan: auch komme ich nicht auf die politische Seite der Verhandlungen zurück, sondern hebe eine ethnographische hervor. Es haben nämlich auf mehreren dieser Landtage Demonstrationen gegen das Deutschthum stattgehabt, und zum Theil sind sie von Solchen ausgegangen, die man ihren Namen nach selbst für Deutsche halten sollte. Darunter gehörte z. B. auf dem steierischen Landtag der Abg. Hermann, nicht der Cherusker einer, trotz seines „deutschesten" Namens, sondern eines der Häupter der Slowenen, die da lieber in Agram säßen, als in Graz, obwohl sie von den Kroaten nicht ganz als vollbürtige Brüder betrachtet werden. Ob die politischen Rathschläge seines Kollegen Ratslag ebenfalls auf einen deutschen Ursprung zurückzuführen sind, ist mir unbekannt: möglicher Weise hat der Name, der sonst niederdeutsch oder mittelalterlich oberdeutsch klingt, auch eine slawische Etymologie.

Ganz unzweifelhaft aber einen deutschen Namen führt wieder ein Slowenenführer auf dem Landtage von Krain, Dr. Bleiweiß, stets in Bereitschaft, slowenisch zu reden mit Jedem, auch der es nicht versteht, wodurch ein Verständniß erzielt wird, als ob er stumm oder sein Zuhörer taub wäre. De gustibus non est disputandum: Jedem seine Freiheit! Es ist jedoch ein übler Umstand dabei für das Slowenenthum, und das ist der, daß es von seiner Seite nicht auf Freiheit ausgeht, sondern auf Zwang. Den unmittelbaren Beweis dafür lieferte es auf dem Krainer Landtage selbst. An einer öffentlichen Lehranstalt in Laibach war die Einrichtung einer Parallelklasse getroffen worden, in der die slowenische Sprache nicht obligatorisch war; gegen diese Einrichtung nun trat eine slowenische Interpellation auf mit dem Verlangen, daß den Eltern die freie Bestimmung entzogen, der Prüfungszwang in der slowenischen Sprache auch für nichtslowenische Schüler eingeführt, und die Gesammtanzahl „eingeborner Schüler", die in jene Parallelklasse eingetreten waren, zu ihrer Pflicht zurückgeführt werde." (Bei dem kärnthischen Landtag

kam in direktem Gegensatz hiezu vielmehr eine Anzahl Petitionen um Einführung der deutschen Unterrichtssprache ein, theils von ganz-, theils von halbslowenischen Gemeinden ausgehend, die sich über die Willkühr der Schullehrer beklagen, und es stellte sich dabei der merkwürdige Umstand heraus, daß die künstlich zugerichtete slowenische Schriftsprache, die man zur Basis des Unterrichts macht, von den dortigen Slowenen gar nicht verstanden wird.)

Druck auf die Deutschen haben die Tschechen durchgesetzt in Böhmen, und denen eifert man nach. Eine wirkliche Gleichberechtigung bestünde offenbar darin, daß man Jedem die freie Wahl ließe; allein da es für einen Slawen mehr Motive gibt, sich die Kenntniß der deutschen Sprache, als für einen Deutschen, sich die Kenntniß einer slawischen anzueignen, so will man Das nicht. Gelänge es dagegen, was allerdings nur durch einen eisernen Zwang möglich wäre, in allen gemischten Ländern die deutsche Jugend zu nöthigen, daß sie durchaus eine slawische Sprache lernen müßte, so wäre damit wenigstens theilweise angebahnt, was auf dem galizischen Landtag ein polnischer Redner als ein Ideal österreichischer Glückseligkeit aufstellte: daß nämlich Oesterreich ein panslawistischer Staat werde, und die deutsche Sprache aufhöre, Staatssprache zu seyn.

Man sieht, aus den Gliedern fügt sich eine Kette, aus den anscheinenden Bruchstücken eine Art von System zusammen. Was nun bei dieser Reihe von Erscheinungen zuvörderst ins Auge fällt, Das ist die Thatsache, daß die Sprachenbewegung in Oesterreich für alle nicht-deutschen Nationalitäten vollständig frei, und daß das deutsche Element nirgends ein aggressives ist. Es gibt kaum eine Nationalität im Reiche, die sich nicht einen Zuwachs von Deutschen annektirt hätte. Man braucht nur auf die Etymologie der Namen zu sehen, um sich davon zu überzeugen. Wenn ein Italianissimo in Oesterreich Müller heißt, oder Bayer, (Bajer wenigstens heißt einer der Italianissimi,) oder Sachse, so ist von vorne herein klar, daß die italienische Eigenschaft nicht eine angestammte ist. Nicht minder ist klar dabei, daß in keiner Art eine österreichische Unterdrückung obwaltet. Bei den Deutschen im magyarischen Lager ist der Thatbestand etwas schwerer zu eruiren, weil in der Regel auch die deutschen Namen mit ins Magyarische übersetzt werden; daß derartige Fälle zahlreich vorkommen, ist übrigens notorisch. Nebenbei machen sich jedoch auch Namen bemerklich, wie Szontagh, Weisz,

Oszwald, Sulcz, bei denen blos die Schreibart magyarisirt ist. (S ist im Magyarischen das deutsche Sch.) Daß Jemand, der sich Dietrich, oder Morgenroth, oder Kirchhöfer schreibt, nicht einem polnischen Urstamm angehört, liegt auf der Hand; minder leicht sind polonisirte Namen zu erkennen, wie Helcl aus Hölzel (c wird im Polnischen auch vor Konsonanten wie z ausgesprochen) oder Olcyngier aus Holzinger. Und nun vollends die gefeiertsten Führer des Tschechenthums! Namen wie Rieger, Brauner, Zeithammer ꝛc. stammen weder aus dem Slawischen noch aus dem Keltischen ab, und es hat also hier, wie in den andern Fällen dieser Art, zu irgend einer Zeit faktisch ein Uebertritt aus der deutschen Nationalität zu einer andern stattgehabt. Daneben von deutscher Unterdrückung reden zu wollen, wäre schon Namens halber eine Ungereimtheit.

Jedoch hatte die Wiener „Presse" neulich Unrecht, als sie den Abfall vom Deutschthum ausschließlich dem Adel in die Schuhe schob. „Der deutsche Adel" — sagte sie — „ist in Polen und Ungarn vollständig entnationalisirt, hat sogar meist den deutschen Namen aus Liebe zu dem fremden Idiom geopfert; das Bürgerthum aber bewahrt seine Eigenart und Eigenkraft." Gerade in Pesth, neben studierten Leuten bürgerlichen Standes, ist es der eigentliche Bürger, der sich so häufig in dem Magyarenthum aufgehen läßt, mit oder ohne Uebersetzung seines deutschen Namens; Zähigkeit des Charakters kommt in Ungarn vielmehr dem deutschen Bauer zu, der z. B. im Banat mannhaft die „Eigenart" festhält, welche dem Pesther Bürgerthum so glattweg durch die Finger schlüpft. Auch in Böhmen ist die Eigenschaft, die sich dort dem tschechischen Wesen unterordnet, wie in Ungarn dem magyarischen, nicht die eines einzelnen Standes. In der letzten Adreßdebatte, als sich die Tschechenführer sonst insgesammt eines so feierlichen Anlasses halber nur in tschechischer Sprache vernehmen ließen, gab es auch eine bürgerliche Ausnahme, die sich dieser Regel entzog, und es lag ein triftiger Grund dafür vor, nämlich der, daß der Redner des Tschechischen gar nicht mächtig ist. Nichts könnte besser die Unnatur kennzeichnen, welche in einer solchen Gebahrung liegt, aber der Vorschlag eines Zwangs nach dem Muster der Interpellation in Laibach bietet kein Heilmittel dagegen. Wenn Jemand ein Tscheche seyn will, ohne tschechisch zu verstehen, so ist Das seine Sache. Den Deutschböhmen fällt es sicherlich nicht ein, etwa von der Regierung zu verlangen,

daß man einem Kandidaten des Tschechenthums z. B. vorerst eine Prüfung in der Kenntniß der tschechischen Sprache auferlege, und im Interesse der tschechischen Partei selbst läge so Etwas eben so wenig, denn der Versuch eines Zwangs in dieser Beziehung könnte ja die Liebhaberei, welche der Partei Dienste leistet, für die Zukunft eher verscheuchen.

Gegenüber den Gesammtverhältnissen in Oesterreich, welches die Nationalitäten in großen Gruppen aufweist, so und so viele Millionen auf eine, ist auch eine ziemlich starke Anzahl derartiger Einzelfälle von Uebertritt kaum von Belang; sie müßte schon in die Tausende gehen, bis in der Gesammtziffer dieser oder jener Nationalität sich ein merklicher Unterschied ergäbe. Was insbesondere die Machtstellung der deutschen Sprache betrifft, welche im Ganzen von ungefähr 60 Millionen Stammesgenossen gesprochen wird, in und außer Europa, so fällt auch eine Ziffer von 50,000 Seelen auf oder ab nicht übermäßig schwer ins Gewicht. Es ist eben eine der großen Welt- und Kultursprachen, deren es nicht viele gibt, und Das ist eine Eigenschaft, die sie nicht irgendwo von Staats wegen empfangen hat, und die deßhalb auch nicht von Staats wegen wieder abschaffbar ist. Als im Jahre 1848 der große Slawenkongreß in Prag versammelt war, fand er sich wohl oder übel in der Nothwendigkeit zurecht, die Verhandlung in deutscher Sprache zu führen, weil sonst die Nord- und die Südslawen einander gegenseitig nicht verstanden hätten; mit andern Worten: das Deutsche wurde die „Staatssprache" des Slawenkongresses. Es scheint nicht, daß mittlerweile die maßgebenden Verhältnisse sich geändert haben. So z. B. erscheint in Prag bekanntlich eine überaus tschechisch gefärbte Zeitung in deutscher Sprache, die „Politik", und das Motiv dazu ist offenbar dasselbe, welches neulich in Betreff der in Fiume projektirten „Adria" zur Vertretung magyarischer Sympathien verlautete: „im Interesse des Erfolgs" nämlich soll die „Adria" in deutscher Sprache erscheinen. Es geschieht Dies eben so wenig von Regierungs wegen, als die Kongreßverhandlung von 1848 in Prag von Regierungs wegen geschah. Ein jeder Redner wünscht, daß seine gesprochene Rede so weithin als möglich gehört, die gedruckte so weithin als möglich gelesen werde; ein jeder Schriftsteller wünscht sich ein möglichst großes und ausgebreitetes Publikum. Hier kann der Staat Nichts davon und Nichts dazu thun. Den Weg in eine größere

Welt findet auch die beste tschechische Landtagsrede erst vermittelst der Verdeutschung durch die deutsche Zeitungspresse. Und wie weit in die Welt würden vollends die slowenischen Landtagsvorträge gedrungen seyn, wenn nicht die dem Deutschthum angehörige Presse dieselben gütigst in das Deutsche übersetzt hätte? Die slowenische Beredsamkeit wäre todtgeschwiegen gewesen.

Unter solchen Umständen hat jener fromme Wunsch, den ein Redner des galizischen Landtags aussprach, auch nicht die entfernteste Aussicht auf Erfüllung in irgend einer Zeit, weil er gegen die Natur der Dinge ankämpft, welche auch von einer beliebigen Regierungsgewalt unabhängig ist. Wenn es eine allgemeine slawische Sprache in Oesterreich gäbe, so wäre etwa, obwohl unter kolossalen Schwierigkeiten, wenigstens ein Versuch (ein verzweifelter) möglich, ob sie ein Aequivalent für die deutsche darböte; da es aber anstatt einer slawischen Einheitssprache mehr als ein halbes Dutzend slawischer Sprachen in Oesterreich gibt, deren eine Hälfte die andere schlechtweg nicht versteht, ist selbst das Unternehmen eines Versuchs zur Oktroyirung einer slawischen Staatssprache undenkbar. Eine Beseitigung der deutschen Sprache wäre nichts Anderes, als ein Verzicht auf gegenseitiges Verständniß, genau so wie es 1848 in Prag der Fall gewesen ist. Zu verändern ist daran Nichts. Denn das Slowenische z. B. würde selbst der Abg. Bleiweiß nicht als Staatssprache durchsetzen, wenn man ihn heute zum Ministerpräsidenten machte, auch nicht, wenn man ihm Hermann den Nicht-Cherusker als Unterrichtsminister beigäbe, und ganz eben so verhält es sich — von den Deutschen, Magyaren, und Rumänen abgesehen — mit jeder andern slawischen Sprache gegenüber den übrigen Slawen selbst.

Es wird nicht zu früh seyn, wenn man einmal thatsächliche Verhältnisse, welche auch über einem Ministerprogramm stehen, als solche vorurtheilslos ins Auge faßt. Jeder einzelnen slawischen Nationalität in Oesterreich ist die deutsche innerhalb des Kaiserstaats auch an Zahl überlegen. Das deutsche Element ist die Verbindung zwischen den Nord- und den Südslawen des Reichs; nimmt man es heraus, so fallen sie auseinander; das deutsche Element ist es, das sie zusammenhält. Wem es versagt ist, Dies zu erkennen, der arbeitet auch als Slawe an einem Zerfall, den er doch schwerlich wünscht. Denn wenn es je möglich würde, dieses Oesterreich zu zerstören, so stünde z. B. den Tschechen in Aussicht, was sie eben

zu vermeiden wünschen, nämlich eine Germanisirung, und den galizischen Polen, was sie gleichfalls von sich abzuhalten bestrebt sind, nämlich eine Assimilirung mit den Großrussen. Und auch die Slowenen könnten alsdann die Erfahrung machen, daß die Anlehnung an Agram nicht die Verbindung mit einer Schutzmacht von europäischer Bedeutung ist. So weit aber, denke ich, geht selbst eine Ueberspanntheit nicht, daß sie sich dem Glauben hingäbe, aus einer Zerstörung Oesterreichs würde ein tschechischer, oder ein polnischer, oder ein slowenischer Großstaat hervorgehen.

---

29. Dezember 1866.

Die Sistirungspolitik hat keine glückliche Hand. Kaum hat die Ankündigung einer beabsichtigten Einberufung des Reichsraths einigen Aufschwung in der öffentlichen Stimmung hervorgebracht, so kommt schon der hinkende Bote nach, daß damit blos die Einberufung eines Reichsraths nach dem Oktoberpatent, d. h. einer berathenden Versammlung von Notabeln gemeint sei. Es ist zu hoffen, daß sich Das nicht bestätigt, denn es würde wahrlich nicht zu dem gewünschten Ziele führen. Eine Verurtheilung der Sistirungspolitik ist deßhalb doch zu erwarten, so wie so, vorausgesetzt nur, daß man überhaupt eine Versammlung zusammenbringt; wahrscheinlicher ist jedoch, daß wenigstens das deutsche Element in Oesterreich eine blose Notabelnversammlung gar nicht beschicken würde. Die Motive einer solchen Ablehnung liegen nahe genug. Bisher war der Reichsrath nur sistirt, sowohl der engere als der weitere, obgleich der engere an sich keineswegs ein Hinderniß eines Ausgleichs mit Ungarn bot; wenn man jetzt, wo man eines moralischen Gegengewichts gegen den ungarischen Landtag bedarf, sich an eine andere Vertretung diesseits der Leitha wendet, als an die verfassungsmäßig fortbestehende, blos sistirte, nicht aber aufgehobene, so wäre Dies keine fortgesetzte Sistirung, sondern eine thatsächliche Annullirung. Das deutsche Element in Oesterreich wird sich hüten, ein solches Ergebniß anzuerkennen durch Beschickung irgend einer Ausnahmsversammlung, und das vor Augen liegende Beispiel des ungarischen Landtags, welcher durch seine Zähigkeit, ohne anders als nominell die Gesammtheit Ungarns zu repräsentiren, dem Ministerium förmlich Gesetze vorschreibt, ist natürlich keine Aufmunterung, sich diesseits der Leitha

irgend eines erworbenen Rechtes freiwillig zu begeben, es sey denn in Folge eines Kompromisses, d. h. auf dem Wege des Eintausches einer Gegenleistung. Man kann freilich einwenden, das Recht des sistirten Reichsrathes beruhe blos auf einer Oktroyirung, blos auf einem Grundgesetze von Regierungs wegen, allein damit begibt man sich auf einen gefährlichen Boden. In dem Zeitalter des Faustrechts kam es wohl vor, daß ein Gewalthaber einen Gerichtsboten zwang, ein überbrachtes mißliebiges Pergament nebst Insiegel sofort hinunterzuschlucken; die Neuzeit sieht vornehm auf solche Zustände hinab, erlebt aber bei alledem ganz ähnliche Dinge; denn eine jede neue Oktroyirung, die wieder eine ältere aufhebt, thut nichts Anderes, als daß sie im Namen der Staatsgewalt deren frühere Pergamente, wohl oder übel, in sich hineinschluckt. Mit Oktroyirungen muß man deßhalb von jedem Standpunkt aus sachte thun: sie unterhöhlen beim ersten Mal eine hergebrachte Ueberlieferung irgend einer Art, bei jeder wechselnden Wiederholung aber den Grundstein der Autorität selbst.

---

30. Dezember 1866.

Wie von Kennern der Verhältnisse Venetiens vorausgesagt wurde, ist das Königreich Italien nicht im Stande, namentlich für Venedig und Verona so viel zu thun, als zu seiner Zeit Oesterreich that, und da der Italiener finanziell ein sehr genauer Rechner ist, so bildet sich namentlich in den zwei genannten Städten bereits eine sichtliche „Reaktion", d. h. eine bedenkliche Mißstimmung gegen die Regierung in Florenz aus, so sehr, daß man die verhaßten und vielgeschmähten Oesterreicher offen zurückzuwünschen beginnt. Vor der That und nach derselben, da hat eben erfahrungsmäßig ein und dasselbe Ding zwei sehr verschiedene Gesichter. Eine Hinweisung auf den Stand der öffentlichen Verhältnisse in Venetien ist wohl die beste Antwort auf die jüngste Demonstration zu Roveredo in Südtyrol, bei der wieder der Ruf: „Crepa l'Austria" erscholl. Auch der Mond läßt sich anbellen; sein Lauf ändert sich darum nicht.

---

31. Dezember 1866.

„Wie gehen wir ins neue Jahr hinüber? Mit der Sache des Föderalismus, glaube ich, ist es zu Ende. Seit jenem famosen

Ausspruch eines tschechischen enfant terrible in Prag, daß man die Schlacht am Weißen Berg mehr beklage, als die von Königgrätz, konnte sich jeder denkende Beobachter sagen: dieser Föderalismus gräbt sich sein Grab selber. Kein Staatsmann ist im Stande, Richtungen solcher Art zu protegiren. Es hatte einen tiefen Sinn, denn es legte einen scharfen Gegensatz dar, als im Namen der deutschböhmischen Abgeordneten gesagt wurde: „Wir stimmen ohne Vorbehalt in bedingungsloser Treue für Kaiser und Reich." Mittlerweile hat sich auf dem kroatischen Landtag eine Stimme vernehmen lassen, Oesterreich könne weder zentralistisch, noch föderalistisch, noch dualistisch regiert werden, wonach eigentlich gar Nichts übrig bleibt, und eine andere gibt uns den Aufschluß, wenn die Nationen Oesterreichs nicht mehr gehorchen, werde die Monarchie auch nicht mehr befehlen können und ihr Endziel erreicht haben. Eine dritte Stimme deutete an, das Schicksal Kroatiens werde weder in Wien noch in Pesth entschieden werden, sondern durch die Lösung der orientalischen Frage. Rußland soll dabei die Rolle übernehmen, welche Frankreich in Bezug auf Italien gespielt hat. Dies paßt nun freilich nicht ganz zu jenem österreichischen Panslawismus, den nach dem Wunsch eines Redners in Lemberg Oesterreich in antirussischem Sinn zu seiner Aufgabe machen soll. Fabula docet: die Landtage einzelner Kronländer können nicht wohl europäische Politik machen, theils weil mitunter je einer das Gegentheil des andern verlangt, theils weil dazu heutigen Tags ein Großstaat gehört, und weder das Königreich Kroatien und Slawonien, noch das Königreich Böhmen, noch das Königreich Galizien und Lodomerien für sich allein das Zeug dazu hätte, einen derartigen Einfluß anzusprechen. Ob aber mit dem blosen Föderalismus noch die Machtstellung eines Großstaats haltbar ist, Das unterliegt einem gewichtigen Zweifel. Autonomie und Selbstregierung in englischer Art, ja, Das würde ein politischer Fortschritt seyn; aber verantwortliche Ministerien außerhalb Londons kennt das brittische Reich nicht. Auch nur ein Viertelsdutzend solcher wäre ein halbes Chaos.

Nach den Ereignissen von 1866 mehr als je ist es ein Lebensinteresse Oesterreichs, sich nicht etwa selber in Stücke zu reißen, während man allüberall nebenan sich zu großen Einheiten zusammenballt. Ein Separatismus, der die Machtstellung gefährdet, ist nichts Anderes, als die „freie Bahn" zum Verfall, und was an Macht

tragen sich mit Gedanken einer [illegible] Vergrößerung, wenn einmal die Türkei zur Vertheilung komme. Ein [illegible] nach [illegible] sollte man denken, denn es ist doch klar, daß für einen Fall nicht mit einem solchen [illegible], sondern nur mit der Machtstellung von Gesammtösterreich [illegible] in die Wagschale legt. So weit — die Geschichte zum Gegentheile bewiesen ist — denkt man in Agram noch nicht. Von der Regierung in Wien verlangt man die Zutheilung Dalmatiens, gleichsam wie eine Abtretung von einem Staatswesen an ein anderes, und die Aufhebung der Militärgrenze, als ob einem [illegible] Anfall der Türkei gegenüber nicht gerade das [illegible] „Volk in Waffen" zu ganz besonderer Bedeutung erwüchse. Eine Nationalitätsfrage liegt in der [illegible] der Militärgrenze nicht; auf Dalmatien aber [illegible] die [illegible] einer Nationalitätsfrage [illegible] die [illegible] Bevölkerungsschichte in den Städten für [illegible]. Der Standpunkt des kroatischen Landtags wie der des magyarischen [illegible] ist nicht die Berufung auf ein [illegible] Prinzip, sondern auf herkömmliche Gerechtsame und historische Traditionen.

Auch die Tschechen reden nicht von dem Prinzip der Nationalität mehr. Was sie wollen, sagen sie gar gerne, um darüber keinen Zweifel zu lassen: es ist schon ein eigenes Staatswesen. Einestheils nämlich möchten sie die Zutheilung von Mähren und österreichisch Schlesien, anderntheils aber, sofern Dies erlangt wäre, eine möglichst weit gehende Absonderung von Gesammtösterreich, so daß sie mit dem deutschen Elemente blos noch als mit einer Minorität unter der „Krone des hl. Wenzel" zu thun hätten. Wie man sieht, ist Dies nicht ein Anspruch auf Freiheit für sich, sondern auf Herrschaft über Andere; mit dem Nationalitätsprinzip steht dieser Anspruch selbstverständlich in dem entschiedensten Gegensatz. Mit der Begründung eines historischen Rechtes ist es um Nichts besser bestellt; jedoch war die Anrufung eines solchen allerdings unentbehrlich, um zu behaupten, daß es auf eine Willensäußerung der Deutschböhmen, so wie auf die Frage, ob man in Mähren und Schlesien einer Verschmelzung mit Böhmen zu- oder abgeneigt sey, von vorne herein gar nicht ankomme. „Der Bien, er muß."

Was endlich die Polen betrifft, so kommt auf Oesterreich natürlich nur ein Bruchtheil der polnischen Frage. Im Großen, während

der letzten Kämpfe außerhalb Oesterreichs, trat nicht undeutlich hervor, daß es eine Auffassung gab, die nicht ausschließlich auf eine Wiederherstellung der polnischen Nationalität, sondern darüber hinaus vielmehr auf eine Wiederherstellung des alten polnischen Staats ausging. Dieser aber umfaßte seiner Zeit auch beträchtliche Bestandtheile von nicht-polnischer Nationalität; nur hatte man ihnen einen polnischen Adel hingesetzt, was sie vielleicht nicht einmal als eine Verbesserung ansahen. In den Verhältnissen Galiziens spiegelt sich die große polnische Frage als ein Fragment ab. Die dortigen Polen genießen unter dem österreichischen Doppeladler einer Freiheit, ihre nationale Eigenthümlichkeit zu pflegen und fortzubilden, wie es ihnen außerhalb Oesterreichs nirgends beschieden ist oder in Aussicht steht; zu Beherrschern Galiziens aber bestimmt sie das Nationalitätsprinzip jedenfalls nicht, da unabwendbar dasselbe Prinzip mit demselben Recht auch den Ruthenen zu gute kommt. Auf dem galizischen Landtag ist Das neuerlich denn doch mitunter außer Acht geblieben.

Alle diese Richtungen nun, in der Konsequenz ihrer Grundzüge wenigstens, setzen eine Art von Staatswesen, so wie sie es auffassen, über das Nationalitätsprinzip; nur daß das dabei gemeinte Staatswesen nicht das von Gesammtösterreich, sondern, je nach Verschiedenheit der Standpunkte, ein ungarisches, kroatisches, böhmisches, oder galizisches ist. Insoweit es sich dabei um eine Rechtsverkürzung anderer Bevölkerungstheile handelt, steht das Nationalitätsprinzip diesen Bestrebungen sogar schnurstracks feindlich entgegen. Wunderbar genug, daß man eine ziemliche Zeit lang im Ausland glauben konnte, man helfe eben dieses Prinzip fördern, während man einem Separatismus politische Sympathien widmete, der vielmehr ganz entgegengesetzten Zielen nachging. Sollte je einmal der österreichische Kaiserstaat nach dem Prinzip der Nationalität eingerichtet werden, so müßte man ja gleich zuvörderst, was die bisherigen Streitfragen meist quer durchschnitte, einer jeden Nationalität ihren besonderen Landtag geben, auf daß keine als Minorität einer andern einzelnen zur Majorisirung preisgegeben sey; auch die Autonomie gewänne auf dieser Grundlage erst vollends die rechte Eigenschaft eines Schlüssels zum Verständniß, und in der Gesammtreichsvertretung wäre gerade durch die Vielheit der Nationalitäten jede einzelne sicher, von keiner anderen einzeln majorisirt zu werden. Ein

Phantasiebild, wird man sagen; noch gar nie und von keiner Seite hat man solche oder auch nur ähnliche Dinge verlangt. Ganz richtig, und eben darin liegt der Beweis, daß die Hauptansprüche, mit denen man in Oesterreich derzeit an den Gesammtstaat herantritt, nicht von dem Prinzip der Nationalität ausgehen. Von diesem Prinzip aus gäbe es keine Fragen, die nach einem einzelnen Kronland benannt wären, als im Fall einer ethnologisch gleichmäßigen Bevölkerung desselben; sonst ginge die Benennung der Nationalität nach. Auf die oben berührte Konsequenz des Prinzips aber ist noch gar nie auch nur ein Anspruch erhoben worden. Das Ausland hat sich lange Zeit in der Beurtheilung dieser Verhältnisse geirrt; auch wo noch sonst ein Rest alter Vorurtheile jetzt keinen Ausweg sieht, dürfte sich finden, daß die Welt darum noch nicht mit Brettern zugeschlagen ist.

---

2. Januar 1867.

Es war, glaube ich, die alte „Presse", die gegen den einzuberufenden engeren Reichsrath beharrlich einwandte, daß er für gemeinsame Angelegenheiten, also z. B. für die Frage eines Ausgleichs mit Ungarn, nicht kompetent sey. Der Einwand ist mehr scheinbar, als stichhaltig. Der ungarische Landtag ist auch nicht kompetent für gemeinsame Angelegenheiten des Reichs; wenn aber jede Seite ihren Antheil daran in Berathung zieht, so berathen beide den Weg zu einem gemeinsamen Ziel, und es ist Dies ein Verfahren, welches ganz der Natur der Verhältnisse entspricht. Ueber eine etwaige Oktroyirung kommt man damit glücklicher Weise hinweg. Glücklicher Weise, denn mit jeder neuen Oktroyirung, die sich mit einer früheren in Widerspruch setzt, mithin dieselbe gleichsam Lügen straft, unterminirt eine Autorität sich selber. Ein Kompromiß, d. h. eine Verständigung auf einer vertragsmäßigen Grundlage für die Zukunft, ist etwas Anderes; damit untergräbt man nicht, sondern man befestigt.

Von Zeit zu Zeit hört oder liest man von neuen Versuchen mit wieder einem neuen Muster eines Hinterladungsgewehrs; die Auswahl ist natürlich keine leichte. Es sind jetzt sechs Monate seit der Schlacht von Königgrätz vergangen. „Noch einige Monate weiter," sagen unsere Schwarzseher, „so ist die Jahreszeit da, wo man Krieg führen kann; unvorhergesehen kam auch der letzte;

die Ueberlegenheit des Zündnadelgewehrs bietet eine Verführung dar, den Besitz des Monopols auszunutzen, so lange es noch dauert, und die Feuerfestigkeit der orientalischen Frage hat Niemand am Schnürchen, daß er dafür garantiren könnte." So ganz ohne sind diese Bedenken nicht; jedoch kann ein Blick auf Paris, wo man sich ebenfalls nicht zu überstürzen scheint, als politische Beruhigung dienen. Dort würde man sicherlich auch einen Aufwand von Millionen, um für die Zwischenzeit, bis das beste aller Gewehre ausgefunden seyn wird, wenigstens ein besseres zu haben, als bisher, nicht für eine Verschwendung halten, weil ja der Mangel an einer ebenbürtigen Waffe auch auf die Stimmung der Mannschaft einwirkt; daß man sich dessenungeachtet Muße nimmt, ist also ein Zeichen eines derzeitigen Friedensglaubens in Paris.

---

3. Januar 1867.

Heute ist das angekündigte Patent in Betreff einer Reichsrathsversammlung erschienen; es ist von gestern datirt, löst die Landtage diesseits der Leitha auf, ordnet Neuwahlen zu denselben an, und ruft einen aus den Landtagen zu erwählenden außerordentlichen Reichsrath auf den 25. Februar nach Wien ein. Die Bezeichnung als „außerordentlich" hat ihre zureichenden Gründe, aber sie sind nicht von guter Vorbedeutung. Durch dieses Patent nämlich ist keineswegs die Sistirung der Ergebnisse des Februarpatents aufgehoben, sondern vielmehr ein neues Provisorium geschaffen, welches außerhalb der Februarverfassung steht und wieder Einiges aus dem Oktoberpatent an sich nimmt. Wir bekommen nach und nach eine Sammlung von Patenten, deren Einzelheiten sich gleichsam in einem Kriegszustande gegen einander befinden: so sehr ist ihr Inhalt verschiedenartig und aus widersprechenden Gesichtspunkten zusammengesetzt. Was diesseits der Leitha am wenigsten auf Anklang zählen kann, Das ist der Umstand, daß dieser außerordentliche Reichsrath dem ungarischen Landtage nicht ebenbürtig gegenübergestellt wird. Der letztere nämlich faßt Beschlüsse, während dem ersteren durch dieses Patent nur eine „Berathung" aufgetragen wird. Drüben stellt man ein Ultimatum auf, hüben gibt man ein bloses Gutachten ab. Dieser Mangel an Ebenbürtigkeit trifft alle Nationalitäten diesseits der Leitha gleich; das deutsche Element insbe-

sondere aber hat noch einen Beschwerungsgrund weiter: das neue Patent ändert zu Ungunsten des deutschen Elements den Wahlmodus aus den Landtagen in den Reichsrath, und zwar durch eine Verquickung des Februarstatuts mit dem Oktoberdiplom, welche eigentlich eine Verletzung des ersteren ist. Durch diese Aenderung bekommt z. B. die tschechische Majorität des böhmischen Landtags eine beliebige Macht in die Hand, von der deutschen Minorität, obwohl diese nicht weniger als zwei Fünftel der Bevölkerung repräsentirt, bei den Wahlen in den Reichsrath gar keine Notiz zu nehmen. Was für ein Motiv zu einer solchen Aenderung bestimmt haben mag, Das ist nicht ersichtlich. Diejenigen, welche gleich von Anfang an dem Sistirungsministerium eine Zurücksetzung des deutschen Elements schuldgaben, schöpfen eine Verstärkung daraus. Die Mißstimmung in den deutschen Landtagen, wie sie sich in dem Adressensturm darlegte, wird auf diese Art eher gesteigert, als beschwichtigt werden. Hält man alle diese Momente zusammen, so wird man sich nicht wundern, daß gleich der erste Eindruck des erwähnten Patents sich in öffentlichen Erörterungen der Frage bewegt, ob man es annehmen solle. Die Zentralisten im vordersten Range beantworten sie mit Nein. Indem sie auf Ungarn hinweisen, sagen sie: „Da seht Ihr's ja, wie man es machen muß, um Beachtung zu finden; stellt Euch fest auf den Boden der Februarverfassung, laßt auch nicht einen Buchstaben nach, und man wird Euch respektiren dafür." In den letzten Adreßdebatten haben die deutschen Landtage eine bemerkenswerthe Uebereinstimmung gezeigt: wenn sie in der That zu dem Entschlusse kommen, nach einem verfassungswidrigen Wahlmodus lieber nicht zu wählen, so steht man thatsächlich vor der bedenklichen Frage, ob ein Gesammtleben Oesterreichs etwa ohne das deutsche Element möglich sey. Kommt aber der außerordentliche Reichsrath wirklich zusammen (ohne die Mitwirkung der Deutschen wäre er natürlich eine Null), so kann man aus dem Tone jener Adreßdebatten entnehmen, von welcher Art seine Sprache seyn wird. Zwar ist in Erwägung zu ziehen, daß es sich erst noch um Neuwahlen handelt; allein zu der Zeit, wo die letzten Wahlen stattfanden, war die öffentliche Stimmung eine weit bessere, als jetzt, und es ist demnach eher zu erwarten, daß eine Opposition von gesteigerter Färbung in die Landtage kommt, als umgekehrt. Das Argument, daß die deutsche Opposition für

das Interesse des Gesammtstaats kämpft, während die Sistirungspolitik dasselbe schwächt, geht durch alle Klassen der Gesellschaft. Wie tief es eingreift, ersieht man aus der Haltung der Tagespresse. Ein allerneuestes Beispiel davon ist in hiesigen Blättern eine Geschichte von einem Engländer, der sich in den politischen Parteistellungen Oesterreichs nicht zurecht findet, namentlich aber nicht begreift, warum dem Sistirungsministerium eine gar so große Animosität entgegentrete, und sich deßhalb bei einem österreichischen Politiker Raths erholt. „Nun," sagt ihm Dieser, „Das ist ganz einfach; stellen Sie sich vor, ein englischer Minister nehme Partei für die Fenier, um vermittelst dieser Politik dem Parlament in London einen Stock zwischen die Beine zu werfen; verstehen Sie's jetzt?" Yes, antwortet der Engländer kopfnickend, und das Verständniß ist erreicht. Nichts könnte bündiger das verletzte Gefühl von „Ihrer Majestät getreuer Opposition", wie man in England sagt, kennzeichnen. Auf diese tiefe politische Wunde legt das neueste Patent kein Pflaster.

---

5. Januar 1867.

Die Stimmen im Publikum lauten nicht zu Gunsten des neuen Patents; auch die Börse zeigt sich abfällig. Vielleicht der unbefangenste Einwurf ist der, welcher ein Prinzip darin vermißt. Das Sistiren der Februarverfassung, erklärtermaßen zum Zweck eines anzubahnenden Ausgleichs mit Ungarn, mit steter Ableugnung einer nicht konstitutionellen Tendenz überhaupt, ließ voraussetzen, daß nur in jenen Bestandtheilen die Februarverfassung gefährdet sey, in welchen sie dem besagten Ausgleich entgegenstehe. Der Wahlmodus für den Reichsrath (in der Beschränkung auf den engeren) gehörte dazu nicht; daß man nun darin von der Februarverfassung abweicht, wird als ein Hinausgehen über die blose Sistirung und demnach als der Anfang einer Annullirung des Februarpatents im Ganzen aufgefaßt. Wenn der böhmische Landtag nicht nach den Gruppen des Februar-Wahlmodus, sondern beliebig nach seiner Majorität in den Reichsrath zu wählen hat, so hängt es rein von dem Gutdünken der tschechischen Majorität ab, ob die Deutschböhmen auch nur mit einem einzigen Abgeordneten an diesem außerordentlichen Reichsrathe betheiligt seyn sollen oder nicht. Als eine Abweichung von dem bis zuletzt bestandenen Wahlmodus ist Das eine Oktroyirung,

die nicht sowohl eine alte Schwierigkeit löst, als vielmehr eine neue schafft. Was soll der Gesammtstaat für ein Interesse daran haben, daß den Deutschböhmen möglicher Weise die Betheiligung an dem neuesten Reichsrath entziehbar sey? Man sagt, es walte eine Besorgniß ob, daß sonst die Tschechen den Reichsrath vielleicht gar unbeschickt ließen. Allein wenn Das der Fall ist, so ist man mit diesem einen Male über die Schwierigkeit offenbar nicht hinaus, sondern hätte sie bei jedem neuen Fall wieder erneuert vor sich, es sey denn, daß man ein- für allemal die Betheiligung der Deutschböhmen von der Willkühr einer tschechischen Majorität abhängig machen wollte. Wer Solches für durchführbar hält, möchte sich getäuscht finden. Bis jetzt sind die strengen Zentralisten, welche das Februarpatent gleich auf gleich den ungarischen Ansprüchen entgegenstellen, und jene seitherige Mehrheit, die einem Ausgleiche mit Ungarn geneigt schien, noch getrennt; in Folge einer den Deutschböhmen drohenden Rechtlosigkeit tritt, wie man aus mancherlei Anzeichen schließen kann, nun ein Vereinigungsplan in den Vordergrund. Die Tschechen ihrerseits legen bis jetzt noch nicht einmal eine Dankbarkeit an den Tag; aus den magyarischen Blättern geht hervor, daß man die Berufung eines Reichsraths für die Kronlande diesseits der Leitha keineswegs als ein Hinderniß eines Ausgleichs betrachtet, sondern politisch gerne sieht. Auf die Ausgleichsfrage selbst hat die Zurücksetzung der Deutschböhmen ohnehin keine Beziehung; wenn aber das amtliche Wiener Journal dieser Tage betonte, die Lehre der Rechtsverwirkung gegenüber den östlichen Ländern könne und solle keinesfalls zur Anwendung gebracht werden, so liegt die Frage nahe, mit was denn Deutschböhmen eine Rechtsverwirkung verschuldet haben soll?

---

6. Januar 1867.

Mehr und mehr sieht man von deutscher Seite die neue Oktroyirung, insbesondere wegen des geänderten Wahlmodus, für eine Annullirung des bisher sistirten Februarpatents, also für ein indirektes Eingeständniß an, daß es sich um mehr als eine blose Sistirung handelt. Der bisherige Erfolg des ungarischen Landtags, als thatsächliches Beispiel, setzt gleichsam eine Prämie für unbeugsame Beharrlichkeit aus. Dieses Beispiel, scheint es, wird nicht

ohne Nachfolge bleiben. Was die Deutschen Böhmens betrifft, so haben sie sich bereits darüber geeinigt, jede Theilnahme an einer Wahl abzulehnen, bei der irgend ein Moment verfassungswidrig wäre; d. h. sie werden eine Reichsvertretung, für die nicht der Wahlmodus der Februarverfassung gilt, unter allen Umständen unbeschickt lassen. Das Gleiche meldet man von den Deutschen Mährens, welches ebenfalls einen gemischten Landtag hat. In Gratz (Steyermark) geht man von demselben Standpunkt aus; hier in Wien ist ein ähnliches Ergebniß in der Vorbereitung begriffen. Man wird in die Landtage wählen, eben zum Zweck eines Ausspruchs dieser Gesinnung daselbst, in den außerordentlichen Reichsrath aber nicht, wenn nicht der verfassungsmäßige Wahlmodus hergestellt wird. Geht Dies allgemein durch (die Sprache, die man bei den Adreßdebatten auf den Landtagen führte, läßt es erwarten), so kommt der „außerordentliche Reichsrath" gar nicht oder nur als ein Rumpf zusammen, und das Sistirungsministerium hat alsdann diesseits der Leitha sein politisches Spiel verloren, ohne darum jenseits derselben auch nur um einen Fußbreit vorwärts gekommen zu seyn. Eine höchst beachtungswerthe Ansicht in diesem Betreff sprach neulich ein magyarisches Blatt aus: es meinte unmaßgeblich, die „beiden Mühlsteine" (Reichsrath und ungarischer Landtag) brauchten sich nicht gegenseitig an einander zu reiben, denn sie hätten ja das Ministerium zwischen sich. Eines der tschechischen enfants terribles dagegen (diesmal eine Zeitung) erwiedert die Gunst, die man auf Kosten des verfassungsmäßigen Wahlsystems den Tschechen erweist, höchst zeitgemäß mit der Ankündigung, daß die „Abgeordneten der böhmischen Nation" (d. h. der tschechischen) erst noch „erwägen, ob sie in den außerordentlichen Reichsrath gehen sollen"; denn kein Reichsrath vermöge Etwas gegen die Rechte der böhmischen Krone, welche „nur jetzt mit Niederösterreich, Salzburg ꝛc. vereinigt sey, weil der Stamm der Habsburger sie beherrsche; mit dessen Aussterben aber sey jene Verbindung gelöst." Man sieht, die Tschechen machen es den Leuten schwer, sie von Wien aus zu protegiren; es gelingt ihnen aber dennoch. Die „Narodni Listy" sagen geradezu: „Das Ministerium wollte sich auf zwei Stühle setzen und ist jetzt zwischen denselben durchgefallen."

7. Januar 1867.

Man sagt, das Ministerium sey durch den schlimmen Eindruck des Patents vom 2. Januar überrascht worden; jedoch ist Das kaum wahrscheinlich, nachdem auf den Landtagen die herrschende Verstimmung sich in so überlauter Sprache manifestirt hatte. Auch ist diese Verstimmung naheliegend genug motivirt, um begreiflich zu seyn. Man will das Gesammtinteresse Oesterreichs weder einem tschechischen noch einem polnischen Separatismus geopfert sehen. Daß in Böhmen die Tschechen drei Fünftel der Bevölkerung ausmachen, gibt ihnen kein natürliches Recht, die beinahe die Hälfte ausmachenden Deutschen als mundtodt zu behandeln, und daß man die gesetzlich bestandene Wahlordnung in den Reichsrath ausdrücklich durch eine Oktroyirung ändert, um der tschechischen Majorität zu sagen, daß sie nur aus sich selber zu wählen brauche, ist doch selbstverständlich für die Deutschböhmen eine Rechtsverkürzung. In Galizien hat man dem polnischen Adel das ganze Kronland preisgegeben; dem polnischen Adel, denn ein polnisches Bürgerthum gibt es nicht, und der polnische Bauer ist so wenig mit seinem Adel identisch, daß er eher durch eine Begünstigung des Gegensatzes zu gewinnen wäre. Rechnet man noch die unterdrückten Ruthenen hinzu, so ergibt sich, daß die gegenwärtige Politik des Ministeriums dort die große Majorität des Landes gegen sich hat. Was endlich Ungarn betrifft, so stellt sich nachgerade heraus, daß die Magyaren ein konstitutionelles System diesseits der Leitha (obschon es sie, wie sie sagen, „Nichts angeht") eher wünschenswerth finden, und daß ein engerer Reichsrath vielleicht näher zu einem Ausgleich mit ihnen gekommen wäre, als ein wegen Verdacht absolutistischer Neigungen mit Mißtrauen betrachtetes Ministerium.

In all' diese Reibungen, Gegensätze, und Kämpfe spielt die kirchliche Frage nirgends herein, aber gerade darum ist es um so wunderbarer anzusehen, wie die sogenannte „liberale" Presse bei jeder Gelegenheit gegen die „Klerikalen" herausfährt, also die Kraft des Volksgeistes, an welche sie eben jetzt dringend zu appelliren hat, jedenfalls theilt und folglich um so viel schwächer macht. Was sollte Das für eine Freiheit seyn, von der allein die kirchliche Gesinnung ausgeschlossen wäre? Und katholisch gesinnt ist das eigentliche Volk am Ende doch, trotzdem daß in der Zeitungspresse fast nur das antikirchliche Element vertreten ist. In einer Konferenz kirch-

licher Würdeträger wies dieser Tage einer der Sprecher auf die „Rheinlande, Belgien, und Frankreich hin, wo katholische Blätter einen sehr bedeutenden Einfluß ausüben, während sie in Oesterreich trotz bedeutender Opfer und Zuschüsse nur kümmerlich vegetiren", d. h. nur spärlich gelesen werden. Seit dem Konkordat nämlich sieht man in Oesterreich das kirchliche Element vorherrschend für einen Alliirten des Absolutismus an; unter diesem Eindruck ist das gegenwärtige Geschlecht antikirchlich aufgewachsen, zwar nicht vermittelst, sondern trotz der öffentlichen Erziehung, und die Lust an der Negation geht nun theilweise so weit, daß noch vor zwei oder drei Jahren ein Professor der Medizin an der hiesigen Universität seine Popularität einbüßte, weil er in einer öffentlichen Rede sich gegen den Materialismus aussprach. Im vorigen Jahrhundert war die Verspottung jedes Glaubens an etwas Höheres eine Mode der Höfe, der Aristokratie, der hohnlächelnden Unterdrücker, und der Wiener „Liberalismus" schleppt von dort herüber einen stattlichen Zopf nach, wenn er gleich jenen materialistisch die „Seele" verabschiedet und ein Epicuri de grege porcus um dieser Eigenschaft willen für „liberal" ansieht. Die Prämissen aber, unter denen die öffentliche Erziehung so ausgefallen ist, sind offenbar thatsächlich der Unzweckmäßigkeit überwiesen; mit andern Worten, man hat Unrecht, an einer vermeintlich nothwendigen Protektion der Kirche durch den Staat festzuhalten, während eben diese Protektion (oder auch nur der Anschein derselben) erfahrungsmäßig die kirchliche Gesinnung eher geschädigt, als gefördert hat.

In Prag hat der Kommandant des „bürgerlichen Infanteriekorps", Hr. Klenka, seine Stelle niedergelegt; den Anlaß dazu gaben Zerwürfnisse über Einführung tschechischen Kommandos. Wahrscheinlich bilden sich nun zwei getrennte Korps, ein jedes mit seiner Muttersprache. Für den böhmischen Landtag höbe sich in gleich einfacher Weise jedes Zerwürfniß auf, wenn man ihn in einen tschechischen und einen deutschen schiede. Communio est mater discordiarum.

---

8. Januar 1867.

Das amtliche Wiener Journal setzt die Argumente der alten „Presse" denen der „Neuen freien", und hinwiederum die der „Neuen freien Presse" denen der alten entgegen; die neue nämlich ist für den

engeren und die alte für den weiteren Reichsrath, was denn allerdings einige gegenseitige Negationen ergibt. Es verhält sich damit gerade so, wie mit den sich wechselseitig widersprechenden Oktroyirungen, deren je eine auf die andere schießen hilft; etwas Positives kommt dabei nicht heraus. In dem für jetzt zunächst praktischen Punkt übrigens, der sich um Vornahme oder Ablehnung von Wahlen in den Reichsrath außerhalb der Wahlordnung des Februarpatents dreht, scheint man auf deutscher Seite sich bereits so ziemlich geeinigt zu haben, und Dies ist das punctum saliens; denn eine Reichsvertretung diesseits der Leitha ohne Theilnahme der Deutschen wäre ein noch schlimmeres Rumpfparlament, als es im Namen von Gesammtösterreich das Haus vor dem Schottenthor ohne die östliche Reichshälfte darbot. In Prag und in Gratz sind die Deutschen über diesen Punkt zuerst zu einem Entschlusse gelangt; die Partei, die in der Bereitwilligkeit für einen Ausgleich mit Ungarn am weitesten ging, befindet sich mit darunter. Von der ungarischen Frage trennt sich die Frage der Wahl oder Nichtwahl in den „außerordentlichen Reichsrath“ vorerst als unabhängig ab. Nun hat zwar das amtliche Wiener Journal bezweifelt, daß „die Landtage von Böhmen und Mähren der Stimme der Billigkeit und der politischen Vernunft sich verschließen“, die „eventuellen Majoritäten in Prag und Brünn von ihrem Rechte, für den außerordentlichen Reichsrath frei zu wählen“ (d. h. die beinahe die Hälfte der Bevölkerung ausmachenden Deutschen vertretungslos zu setzen), „Mißbrauch machen wollen und werden“, und weiter noch ausdrücklich beigefügt: „Wir hören aus guter Quelle, daß manche Führer der nichtdeutschen Parteien sich bereits dahin ausgesprochen haben, das deutsche Element müsse gehörig berücksichtigt werden.“ Dies ist denn von tschechischer Seite in so weit ganz gnädig; allein aus welchem Motiv man eine gesetzlich bestehende und selbstverliehene Wahlordnung umoktroyirte, während nur diese Umoktroyirung einer Möglichkeit Raum gab, von deren Gebrauch man nunmehr im Namen „politischer Vernunft“ abmahnt, Das bleibt hienach so unerklärt wie vorher. Ueber die öffentliche Stimmung im Allgemeinen haben die Adreßverhandlungen der letzten Landtage genügenden Aufschluß gegeben. Jetzt aber handelt es sich um neue Wahlen und zum Theil wohl auch um neue [illegible]mer, sey es für Landtag oder Reichsrath. Als man zuletzt [illegible] war die Regierung, und folglich auch der Einfluß der Be-

amten, noch zu Gunsten des Februarpatents; seither ist ein September- und ein Januarpatent nachgekommen. Dafür ist in der Zwischenzeit eine öffentliche Mißstimmung bemerklich geworden, die aus dem Kriegsunglück und seinen Folgen eine fast luxuriöse Nahrung zog. Anderseits aber liegen auch wieder politische Spaltungen vor, wie sie z. B. in der „Neuen freien“ und in der alten „Presse“ vertreten sind, und es kommt noch sehr darauf an, ob man sie schließlich definitiv unter *einen* Hut bringt. Gelingt Dies jedoch, und liefern die Neuwahlen in der That ein Ergebniß, wonach die Wahlordnung des Februarpatents als unentbehrlich für das Zustandekommen des außerordentlichen Reichsraths erscheint, so wäre nach Analogie des ungarischen Beispiels zu schließen, daß man dem *deutschen Element* Oesterreichs wohl aus denselben Gründen ein Kompromiß böte, wie den Magyaren, welche ihrerseits nur etwas gar zu wenig entgegengekommen sind, um schon jetzt eine fertige Thatsache im Besitz zu haben.

---

9. Januar 1867.

Die Wahlbewegung wird bereits sehr lebhaft in den deutschen Kronländern, und Das ist auch hochnöthig, denn es handelt sich für diese in der That um eine Lebensfrage. Sollte es nämlich durchführbar werden, daß in den gemischten Landtagen zu Prag und Brünn eine tschechische und slawisch-mährische Majorität die dortige deutsche Bevölkerung von der Theilnahme an der Reichsvertretung ausschließen kann, wenn es ihr so beliebt (die neueste Oktroyirung legt die Befugniß dazu in ihre Hände), so ist es mit der durch das bisherige Wahlsystem gewahrten Gleichberechtigung *aus*, und das deutsche Element Gesammtösterreichs würde selbstmörderisch an seinem eigenen Rechte handeln, wenn es hiezu seine Mitwirkung böte. Schlimm [illegible]enug, daß man für jene zwei Landtage den deutschen Volkstheil als [illegible]ne stets überstimmbare Minorität in eine parlamentarisch un[illegible]türliche Ehe zwängt: von der Reichsvertretung wenigstens, der [illegible]lucht aller Minoritäten, weil sie dort sowohl Alliirte von gleichem [illegible]teresse als ein höher stehendes Billigkeitsgefühl überhaupt finden, [illegible]en diese Deutschen nicht abgesperrt seyn. In Galizien und in [illegible]rn geht das deutsche Element ohnehin parlamentarisch verloren. [illegible] tief in den deutschen oder deutschgemischten Kronländern die [illegible]malige Wahlbewegung geht, ist z. B. daraus zu entnehmen,

daß der Staatsanwalt in Brünn, Ritter v. Chlumetzky, von dem Justizminister wegen seines Verhaltens als Abgeordneter auf dem letzten mährischen Landtage (Vermittlung mit der deutschen Verfassungspartei) zur Rede gestellt, darauf mit Niederlegung seines Amtes geantwortet hat. Ein Theil der Verfassungspartei war anfänglich der Ansicht, man solle in den außerordentlichen Reichsrath wählen, um nachher im Reichsrathe selbst gegen den ungesetzlichen Wahlmodus zu protestiren; allein davon ist man wieder abgekommen, weil von der andern Seite mit Recht geltend gemacht wurde, ein Abgeordneter könne nicht wohl protestiren gegen einen Wahlmodus, vermöge dessen allein, wenn er die Wahl angenommen habe, er ein Recht des Mitsprechens besitze. In der Erklärung der Landtage, nach der neu oktroyirten Wahlart nicht wählen zu können, liegt der Schwerpunkt.

Deak soll sich geäußert haben, einen Reichsrath ohne Theilnahme der Deutschen könne man von Seite des ungarischen Landtags nur ignoriren. Wohl glaublich in so fern, als ein solcher Reichsrath eben überhaupt Nichts zu bedeuten haben würde; allein im Uebrigen glaube ich, daß der ungarische Landtag nur alsdann für Aeußerungen diesseits der Leitha empfänglich seyn wird, wenn sie ihm zu Gunsten sind. Mittlerweile kündigt sich eine neue Trübung des politischen Wetters in Pesth an, bestehend in heftigen Demonstrationen gegen das provisorische Heerergänzungsgesetz. Formell läßt sich die Opposition gegen dasselbe nicht anfechten, denn es ist vorerst ein Gesetzgebungsakt ohne Reichsrath und ohne Landtage. In Pesth haben übrigens 516 Personen die nunmehr aufgehobene Militärbefreiungstaxe mit je 1000 Fl. für ihre Söhne vorher noch erlegt; macht eine Einnahme von etwas mehr als einer halben Million.

---

10. Januar 1866.

Es läßt sich Alles dazu an, daß ein vollständiges Einvernehmen der deutschen Parteien aus den bisherigen Spaltungen hervorgeht. Man kann für den engeren und kann für den weiteren Reichsrath, man kann für und kann gegen einen Ausgleich mit Ungarn auf Grundlage der jetzigen Vorschläge seyn, und darum doch übereinstimmend wollen, daß den Ländern diesseits der Leitha ein ebens Votum nicht verkürzt, und in Betreff der Wahlordnung in

den Reichsrath den Deutschen Böhmens und Mährens nicht ihre Verbindung mit Gesammtösterreich durch die Willkühr eines aufgemunterten Separatismus abgegraben werde. Denn wenn in Prag und in Brünn nur eine slawische Majorität in den Reichsrath wählen soll, so sind die dortigen Deutschen, obwohl ihnen nur ein halbes Fünftel zur Hälfte der Bevölkerung fehlt, entweder von der Gnade der Slawen abhängig oder von der Reichsvertretung abgeschnitten. Eigenthümlich genug übrigens, auch die Tschechen legen keine Zufriedenheit mit der Gestaltung der Dinge an den Tag. Deutschböhmische Stimmen interpretiren Das als politische Verstellung; die Thatsache selbst gibt auch der Auslegung Raum, daß die Tschechen diesem Experiment keinen guten Erfolg prophezeien. Die Polen Galiziens bezeigen Lust zur Uebernahme einer Vermittlungsrolle; es spricht Dies für ihren politischen Takt, und beweist anderseits, daß ihnen ein Zusammengehen mit den Tschechen unrathsam däucht. Was die Magyaren betrifft, so ist ungeachtet mancher Unberechenbarkeiten jenseits der Leitha immerhin so viel ersichtlich, daß sie ganz wohl ein Verständniß haben für ihr natürliches Interesse, diesseits lieber ein Verfassungsleben, als dessen Gegentheil im Gang zu sehen. Eine verfassungsmäßige Entwicklung also steht mit einem ungarischen Ausgleiche keineswegs im Gegensatz. Für einen solchen Ausgleich aber, wenn die Magyaren nicht ein ganz abgesondertes Staatswesen verlangen, bestehen diesseitige Wünsche nach wie vor; — nicht eben den Magyaren zulieb, sondern um auf der Grundlage eines Kompromisses mit ihnen zu einer vertragsmäßigen Stabilität überhaupt zu gelangen. Oesterreich hat eine April- und eine Märzverfassung gehabt, und hat außer Aktivität noch eine Februarverfassung; deßgleichen gibt es ein Oktober-, ein September-, und ein Januarpatent, Zwischenerlasse und dergleichen ungerechnet. Das sind die Furchen eines stets neu aufgewühlten Bodens, und eine schwankende Rechtssicherheit ist weder konservativ noch liberal; aus dieser wechselnden Schwankung strebt man endlich allseitig hinaus.

Auf kommenden Sonntag kündigt man eine hier zusammentretende Konferenz früherer Abgeordneten an, welche ein Wahlprogramm entwerfen soll. Zwischen Prag und Brünn soll bereits ein Verständniß erzielt seyn; von Gratz aus hat Hr. v. Kaiserfeld eine öffentliche Erklärung abgegeben, und zwar gegen die Ansicht, die in

den außerordentlichen Reichsrath wählen möchte, um alsdann durch die Gewählten zu protestiren, also im Sinne des Nichtwählens. Auch aus Troppau meldet man übereinstimmende Absichten. Der Ausgleich mit Ungarn, wie man sieht, steht nicht mehr in erster Linie. Mit dem provisorischen Heeresergänzungsgesetz geht es in Ungarn inzwischen nach der einmal zugeschnittenen politischen Schablone; also erhebt sich zunächst eine Frage, ob „Adresse“ oder „Beschluß“, während beide Theile eigentlich das Nämliche wollen, und ein öffentliches Blatt übernimmt die Versicherung, daß sich ganz ohne Zweifel auch diese Frage prächtig schlichten ließe, wäre nur erst ein verantwortliches ungarisches Ministerium da. Ich meinerseits glaube eher: wenn ein solches Ministerium da wäre, würde der Protest von ihm selbst ausgehen, jedenfalls aber ihm zugemuthet werden. Natürlicher Weise verlangt man ein ungarisches Ministerium nicht darum, daß es der ungarischen Landtagsmajorität Widerpart halte; diese Landtagsmajorität selbst übrigens ist mehr, als anderswo, durch unberechenbare äußere Einflüsse stimmbar, und selbst politische Führer werden bedenklich, wenn es auf einmal wieder heißt, das „Land“ oder die „Nation“ (womit stets die Magyaren gemeint sind, denn die Majorität der Bevölkerung ist von Verfassungs wegen politisch gleich Null) hänge mehr nach der Linken über. Mit einer Unfreiheit des Gedankens ist schwer zu diskutiren.

---

11. Januar 1867.

Die politische Brandung geht hoch. Alles beim Lichte betrachtet, hat das Sistirungsministerium die Deutschen Oesterreichs von sich gestoßen, ohne darum die Magyaren zu gewinnen, mit denen man weiter aus einander ist, als jemals. Gleichzeitig beklagen sich die Kroaten, daß man sie den Magyaren opfere, und die Siebenbürger Sachsen, daß man sich gar nicht um sie bekümmere. In Galizien verliert man an den Ruthenen, was man an den Polen gewonnen zu haben glaubt. Was endlich die Tschechen betrifft, das „auserwählte Volk“ des Staatsministers, so schmollen und brummen sie nach wie vor, trotzdem daß man sie dann und wann mit irgend einer Zurücksetzung der Deutschböhmen regalirt, und allem Anscheine nach werden sie zu brummen fortfahren; denn den eigentlichen Herzenswunsch ihrer Heißsporne, hinter die „Schlacht am Weißen

Berge" zurückzukehren, kann ihnen kein österreichischer Minister gewähren, auch ein etwaiger absolutistischer nicht. Bei alledem ist die Stimmung des deutschen Elements mehr eine gehobene, als eine gedrückte, denn es hofft auf Sieg.

Wenn Etwas den Erfolgen einheitlicher Taktik bei den bevorstehenden Wahlen hinderlich ist, so ist es die Manie so mancher Wortführer, bei der Behandlung politischer Fragen gar so gern kirchliche mit ins Spiel zu ziehen. Hier in Wien ist man bekanntlich wenig kirchlich gesinnt; es gibt Blätter, die es kaum erwarten können (zu welchem Vortheil Oesterreichs, ist unklar), den Pabst schließlich aus Rom vertrieben zu sehen, koste es was es wolle. So denkt aber nicht Jedermann; so denkt namentlich nicht das eigentliche Volk, jedenfalls nicht die Mehrheit desselben. Und das Volk wählt, nicht die Zeitungspresse. Ich bilde mir nicht ein, über den Parteien zu stehen, allein wenn z. B. ein Wahlkandidat vor katholischen Bauern, die ihn seinem Wunsche gemäß wählen sollen, eine antikirchliche Gesinnung auskramt, welche in Wien vielleicht laute Bravo's zuwege bringen würde, dort aber im Gegentheil abstoßend wirkt, so finde ich Das weder politisch noch philosophisch, freisinnig am allerwenigsten, sondern zunächst einfach zweckwidrig. Ein Engländer oder Amerikaner, glaube ich, würde nicht anders urtheilen. Zu den Freiheiten Englands und der Vereinigten Staaten gehört auch die, katholisch oder „ultramontan" zu seyn, wie man es will und mag, und Das ist natur- und vernunftgemäß; denn eine religiöse Freiheit mit Ausnahmen, deren Bestimmung man dem Staat überließe, wäre überhaupt keine mehr. Auch in Deutschland versteht man sich politisch besser auf diese Dinge. In dem Frankfurter Parlament saßen seiner Zeit sehr entschieden kirchlich-gesinnte Mitglieder, die nicht minder entschiedene Kämpfer für verfassungsmäßige Freiheit waren; in den Landtagen der Einzelstaaten findet man Das noch eben so; die katholische Fraktion im preußischen Abgeordnetenhaus (die „ultramontane", wie man in Wien sagen würde) hat einen politischen Charakter bewiesen, wie er manchen andern Leuten abging. (Jenen „Fortschrittsmännern" z. B., die bis zu dem letzten Kriege Feuer und Flamme gegen den Grafen Bismarck waren, nachher aber ihm jede beliebige Freiheit auf dem Präsentirteller zur Verspeisung darboten.) Die wahre politische Freiheit, so gut wie die Philosophie Friedrichs des Großen, läßt „Jedermann

nach seiner eigenen Fasson selig werden." Das ist ein Prinzip; alles Abweichen davon ist Willkühr. Ich weiß wohl, man wendet gewöhnlich ein, man trete keineswegs gegen die kirchliche Gesinnung an und für sich auf, sondern blos gegen einzelne Auswüchse: allein in der vorliegenden Frage kommt es augenfälliger Weise lediglich nicht darauf an, wie Das der betreffende Redner ansieht, sondern vielmehr, wie es die Wähler aufnehmen. Man muß nicht einen Theil von sich abstoßen, während man des Ganzen bedarf; man muß nicht unnöthig spalten, während vor Allem Einigung noth thut. Was aber einem Wahlkandidaten die „weltliche Pastoralklugheit" gegenüber seinen Wählern anräth, Das räth sie in gleicher Beziehung auch der Zeitungspresse an gegenüber der Wählerschaft im Ganzen.

---

12. Januar 1867.

Um nur endlich den Unsicherheiten der Oktroyirung zu entrinnen, werden nun gar Stimmen laut, daß man auf die Verfassung von 1849 zurückgreifen müsse. Zu dem Januarpatent zwar schwören diese Stimmen gerade nicht, aber sie wirken spaltend und durchkreuzend; es ist Zeit, daß eine praktische Einheitstaktik zu Stande kommt. In der „Gazetta Narodowa" wird versichert, die Polen würden bestrebt seyn, daß „aus dem außerordentlichen Reichsrath ein wirkliches Parlament, ein Reichstag" werde; „eine Verständigung zwischen den Polen und den liberalen Deutschen sey nicht schwierig, nur müßten die Deutschen auf ihre hegemonistischen Gelüste verzichten." Die „Narodni Listy" anderseits, von dem tschechischen Standpunkt aus, hatten schon vorher die Polen als die „alten Diplomaten" bezeichnet, die es „auch bei der Februarverfassung lange im Zweifel ließen, ob man sie zu deren Anhängern oder deren Gegnern zu zählen habe." Was die angeblichen Hegemoniegelüste der Deutschen betrifft, so ist Das freilich eine Unterstellung, die sich schon zum voraus aufhebt. Wäre der weitere Reichsrath der Februarverfassung zusammengekommen (und darauf gingen die Deutschen doch aus), so hätten sie eine Majorität von 3 gegen 1 neben oder vielmehr über sich gehabt: Das war doch handgreiflich genug kein Hegemoniegelüste. Und wenn sie jetzt nicht wünschen, daß in Folge des neu oktroyirten Wahlmodus die Deutsch-Böhmen von den Tschechen, wie der Volksausdruck sagt, „ins Haus gemetzelt" werden

sollen, so ist Das ein höchst bescheidener Anspruch, der auch nicht um einen Zollbreit über die natürliche Gleichberechtigung hinausreicht. Dagegen haben die Tschechen nunmehr so eben ein neues Element innerer Agitation in Angriff genommen: bei dem Bürgermilitär in Prag soll durchaus das tschechische Kommando eingeführt werden. Bei der k. k. Armee hat man bekanntlich nur ein Einheitskommando, weil es anders überhaupt nicht möglich ist; dieser neue tschechische Separatismus würde also, wenn er von Staatswegen genehmigt werden sollte, nur etwa konstatiren, daß es sich hiebei um nichts Militärisches, sondern blos um eine Soldatenspielerei für städtische Philister handle.

---

13. Januar 1867.

Was in den Vorbesprechungen der Wähler vor sich geht, Das spiegelt getreu die Stimmung wieder, die man aus den Adreßdebatten der Landtage kennt. Für das Januarpatent spricht Niemand; gegen die Nichtbeschickung des außerordentlichen Reichsraths erheben sich Einwände, aber nur weil man einen blosen Protest zu schwächlich findet; eher sähe man es gern, wenn der außerordentliche Reichsrath sich in Besitz setzte und dann zu diktiren anfinge. Ein Gemeinderath in einer dieser Versammlungen sprach sich direkt für einen „konstituirenden Reichstag“ aus, der auf der „Grundlage von Kremsier“ weiter arbeiten soll. Da die oktroyirte Februarverfassung so wenig Autorität bei dem Ministerium hat, so hält man auf irgend eine neue Oktroyirung noch viel weniger, sondern will, wenn das Februarpatent definitiv reißen sollte, bis auf 1849 oder 1848 zurückgreifen. Abermals tritt sehr deutlich hervor, daß das deutsche Element Oesterreichs sich von Seiten des Ministeriums für zurückgesetzt und verkürzt hält. „Obwohl Oesterreicher“ — sagte einer der Redner — „dürfen wir aber auch nicht aufhören, Deutsche zu seyn, uns zu fühlen als Deutsche; denn Deutsche haben Oesterreich gegründet, Deutsche haben Oesterreich erhalten, ohne Deutsche ist Oesterreich nicht denkbar.“ (Rauschender Beifall.) Auf der andern Seite ist nicht minder deutlich zu erkennen, daß die den Magyaren erwiesene, ja fast entgegengetragene Gefälligkeit gleichsam eine Prämie auf politisches Beharren ausgesetzt hat. „An dem Rechtsboden“ — wurde in einer Wahlversammlung gesagt — „müssen wir fest-

halten, fest und unerschütterlich, wie die Ungarn. Zur Seite steht uns die sechste Großmacht, das freie Wort, die freie Schrift mit ihrer gewaltigen Kraft. Ihr muß sich auch beugen das gegenwärtige Ministerium, denn es hat den Rechtsboden verlassen; also muß es untergehen." (Bravo!) Ex uno disce omnes: diese Auffassung ist die durchgängige Grundstimmung. In Schiller's „Kabale und Liebe" sagt Hofmarschall v. Kalb gegenüber dem wuthentbrannten Major v. Walter mit einem Gefühle von Erleichterung: „O, Gott sey ewig gedankt, er wird witzig!" Fast ein ähnlicher Gedanke kommt dem Zuhörer, wenn mitten aus dieser schwarzen Wolke von Pessimismus heraus einmal ein Witz aufleuchtet, wie z. B. der: „Die alten Kaiser nannten sich Mehrer des Reichs; unsere jetzigen Staatskünstler sind nur Mehrer der Staatsschuld!" Oben im Ministerium hat man die Tragweite der Bewegung, zu welcher das Januarpatent den Anstoß gab, offenbar unterschätzt.

Inmitten dieses Durcheinanders ist die Amnestie für politisch Verurtheilte (nachträglich noch einmal weiter ausgedehnt) beinahe eindruckslos vorübergegangen. Die Herrscher Oesterreichs waren im Laufe der letzten Jahrzehnde mehr als einmal großartig im Amnestiren, und das Gefühl von Stärke, das sich in der Großmuth ausdrückt, hat auch jedesmal den entsprechenden Eindruck gemacht. Diesmal aber hat es Graf Belcredi darin übersehen, daß er die Sache zu nahe an die Wahlen heranbrachte, um dem Anschein einer captatio benevolentiae zu entgehen. Das Volk seinerseits ist in dieser Beziehung mehr, als man zu glauben scheint, fein- und zartfühlend.

---

14. Januar 1867.

Die angekündigte Konferenz deutscher Abgeordneten hat gestern unter dem Vorsitz des Fürsten Colloredo-Mansfeld stattgefunden, und ist einhellig zu dem Ergebnisse gelangt: es sey mit allen gesetzlichen Mitteln dahin zu wirken, daß die Landtage 1) die Vornahme der Wahlen in den durch das Januarpatent berufenen außerordentlichen Reichsrath ablehnen, hingegen 2) auf Grund und nach Vorschrift des Reichsrathsstatuts und der Landesordnungen vom 26. Febr. 1861 die Wahlen in das Abgeordnetenhaus des legalen Reichsraths und jene des Landesausschusses vornehmen. Aus Gratz (Steyermark) waren Kaiserfeld und Rechbauer gegenwärtig; für Mähren: Hopfen,

Skene, van der Straß; für Krain: Graf Anton Auersperg; für Salzburg: Ritter v. Lasser; für Oberösterreich: Wiser; für Böhmen: Plener. (Giskra in Brünn ist krank, Herbst in Prag mit den Wahlangelegenheiten beschäftigt). Es ist kaum zu bezweifeln, daß im Interesse des Erfolgs die deutschen Wahlkomitee's insgesammt auf die hiemit angebahnte einheitliche Taktik gleichmäßig eingehen werden.

Ueber die Ministerbesprechungen mit den Mitgliedern der ungarischen Landtagsdeputation, die zur Neujahrsbeglückwünschung des Kaisers und der Kaiserin hierher gekommen war, vernimmt man, daß es sich um eine in das Einzelne gehende Berathung des oftgenannten Fünfzehnerelaborats in Betreff der gemeinsamen Angelegenheiten handle. In Pesth selbst steht die Sache still, da die gleichfalls oftgenannte Siebenundsechzigerkommission, welche das Fünfzehnerelaborat zu prüfen hätte, einstweilen keine Sitzungen hält. Es gibt Stimmen, die eine rasch zu Stande kommende Verständigung mit Ungarn, und wieder andere, die einen nicht minder nahen eventuellen Abbruch in Aussicht stellen. Nach Maßgabe der allgemeinen Lage der Verhältnisse wäre man zu glauben versucht, daß in dem ersteren Fall eine weitere Nachgiebigkeit der Regierung vorläge; der andere würde etwa die Bezeichnung des jüngsten Entgegenkommens als ein Ultimatum voraussetzen lassen. Anderseits sprechen genaue Kenner von Land und Leuten in Ungarn die Meinung aus, daß nach der obwaltenden Stimmung die Partei Deak, d. h. die große Mehrheit des Landtags, sich eher mit den Deutschen Oesterreichs verständigen werde, als mit einem absolutistischen Ministerium.

Die „Neue freie Presse" erwähnt eines Wahlaufrufs in den „Tyroler Stimmen", dem sie nachrühmt, daß er auffallend tolerant gegen die „Liberalen" und ganz ohne „zelotische Ausfälle" sey. Unter den „Liberalen" sind da die Gegner der kirchlichen Gesinnung verstanden, und unter „Zeloten" die Katholiken, die sich vertheidigungsweise ihrer Haut wehren. Denn so viel sieht doch jeder Unbefangene, daß die kirchlich Gesinnten in der Tagespresse der angegriffene Theil sind, und der „Zelotismus" demnach auf Seiten der Angreifer ist. Wenn ein katholisches Blatt Angesichts der Wahlen von diesem alten Streit absieht, so hätten die Angreifer ja doppelt und dreifach Ursache, den politischen Takt einer solchen Gesinnung anzuerkennen und sich daran ein Muster zu nehmen. Wenn die Tyroler nicht mitgehen, ist in dem deutschen Element Oesterreichs eine bedauerliche Lücke.

—

15. Januar 1867.

Das Ergebniß der deutschen Gesammt-Wahlkonferenz ist natürlich ein Gegenstand mannigfaltiger Erörterung für die hiesige Zeitungspresse. Das „Neue Fremdenblatt" macht bemerklich, daß unter den zwanzig Mitgliedern der Konferenz höchstens drei Zentralisten waren; zum Theil waren es gemäßigte Dualisten, und fast ein Dritttheil der Versammlung gehörte den Autonomisten an, welche für die Verständigung mit Ungarn zu den größten Opfern bereit sind. Demokraten, wenn es in Oesterreich überhaupt solche gebe, zählt das Blatt ebenfalls höchstens 3; Anhänger des Hrn. v. Schmerling aber im Ganzen 4, während die übrigen 16 Mitglieder schon nicht mehr mit ihm zusammengingen, als er noch Minister war. Es waren eben „die Deutschen, die Vorkämpfer der Verfassung", und „alle Schattirungen dieser Partei waren unter den Zwanzig vertreten." Die alte „Presse", bekanntlich zentralistisch gesinnt, konstatirt, daß sämmtliche Redner mit der größten Vorsicht die Ausdrücke „engerer oder „weiterer Reichsrath" vermieden, entnimmt aber aus der Art und Weise der Motivirung des einstimmigen Votums, daß man nur noch den engeren als das Organ zur Lösung des Verfassungskonflikts im Auge habe. „Theils scheinen sie überhaupt nicht mehr das Zustandekommen des weiteren Reichsrath für möglich zu halten, theils haben sie vom Standpunkte der Legalität kein Bedenken mehr gegen die Kompetenz des engeren Reichsraths in Verfassungsfragen." Das amtliche Wiener Journal weist mit einer Miene von Ueberlegenheit auf den bisherigen Hader der Zentralisten und Autonomisten, so wie auf den Kontrast abweichender Endziele mit der jetzigen „Einheit der Handlung" hin, vergißt aber dabei die Kehrseite der Medaille, nämlich daß es kaum ein Kompliment für eine Politik ist, wenn sie erwiesenermaßen gar so verschiedenartige Häupter gegen sich unter einen Hut brachte. Man will eben einen Rechtsboden, keine Oktroyirung mehr, und sieht dem ungarischen Landtage gegenüber auf eine ebenbürtige Stellung. Aus Pesth selbst, also einer etwaigen Schwärmerei für das Februarpatent unverdächtig, erklingen Stimmen herüber, die mit einem höchst bemerkenswerthen Geständnisse herausrücken. Als im September 1865 der Reichsrath heimgeschickt wurde, habe man in Ungarn gewünscht, daß die Februarverfassung für immer begraben seyn möge; man habe, „ein klein wenig rachsüchtig", den Deutschen einige Drangsale herzlich

gegönnt. Allein schon am 3. März 1866 habe man begonnen einzusehen, „daß es sehr überflüssig gewesen sey, der Sistirungs-politik in der jenseitigen Reichshälfte zuzujubeln." Eines unausführbaren Theils der Verfassung halber die ganze einseitig über den Haufen zu werfen, dazu, sagt man nun drüben, „hatte die Krone kein Recht, und es war unserseits ein schwerer Fehler, als wir dieser Widerrechtlichkeit unsere Zustimmung ertheilten." Was in der Februarverfassung Ungarn betraf, sey für Ungarn ungiltig gewesen; dadurch aber „verlor diese nicht ihre Giltigkeit gegenüber jenen Theilen, die sie beschworen und angenommen hatten, nämlich der Krone und den transleithanischen Völkern." Einem Lösungsversuch auf dieser Grundlage verspricht dieser aus Pesth kommende Rathschlag die Unterstützung der ungarischen Landtagsmehrheit. Man sieht, der Schlüssel zum Ausgleich liegt hienach ganz anderswo, als wo ihn Belcredi bisher suchte.

---

16. Januar 1867.

Die Frage des Ausgleichs mit Ungarn nimmt eine eigenthümliche Wendung. Einestheils liegen unzweideutige Zeichen vor, daß die Partei Deak, welche die große Majorität des ungarischen Landtags ausmacht, zu einer Verständigung mit der deutschen Verfassungspartei die Hand bietet; anderntheils droht das offizielle Wiener Journal mit direkten allgemeinen Wahlen in jenen Kronländern diesseits der Leitha, wo die Landtage sich der Wahl in den außerordentlichen Reichsrath versagen würden, und dieses Projekt soll die Eingebung eines früheren ungarischen Revolutionsmannes seyn. Wenn diese Unterstellung richtig ist, so wäre das Ministerium hiebei nur in zweiter Linie wirksam, d. h. es wäre eigentlich ein Werkzeug für ungarische Zwecke. Das Projekt selbst verspricht kaum einen Erfolg. Es ist eine Erinnerung an 1848 (angeblich soll man auch „Männer von 1848" als Wahlkandidaten vorschieben wollen); allein sowohl bei den Wienern als bei andern Deutsch-Oesterreichern findet man jene erwachsenen politischen Kinder nicht mehr, die damals für eine Losreißung Ungarns „liberale" Sympathien zur Schau trugen. Für die magyarische Sache selbst wäre das Beispiel einer Appellation an direkte allgemeine Wahlen mit Umgehung der Landtage ein sehr gefährliches; denn Das hieße den

ausgeschlossenen nicht-magyarischen Nationalitäten Ungarns gegenüber mit Fingern darauf hinweisen, wo es ihnen fehlt. Was aber die Deutschen betrifft, so wird man mit Umgehung der Landtage schwerlich ein anderes Ergebniß gewinnen, als bisher auch; gelänge es jemals vermittelst demokratischer Elemente, so würden diese die Situation zu einem konstituirenden Reichstag ausbeuten, wobei zuletzt auch der ungarische Landtag mit in die Brüche fallen könnte. Dies Alles ist bezeichnend für die obwaltende Krisis. Nach und nach, da auch gar nichts positiv Gegebenes vorzuhalten scheint, geräth man in eine Wühlerei hinein, welche, nicht zum Vortheil des Staates, Alles als tabula rasa behandelt.

Auch von kirchlich-gesinnter Seite bemüht man sich jetzt da und dort um Einfluß auf die Wahlen. Es kommt nicht gerade zu früh; in parlamentarischen Ländern muß man mit in der Vertretung sitzen, wenn man beachtet und respektirt seyn will. Nur müßte man dabei auch den blosen Anschein vermeiden, als ob die kirchliche Gesinnung eine Alliirte des politischen Absolutismus sey. Die Kirche selbst steht über den politischen Verfassungsformen, insofern es in jeder Seelen und religiöse Bedürfnisse gibt; ihr Beruf geht höher, als auf eine Parteinahme für politischen Absolutismus. Was aber der Verbreitung und dem Einfluß der hiesigen katholischen Blätter geschadet hat, Das würde auch einem Einfluß auf die Wahlen im Wege stehen, deren Ergebniß doch für kirchlichgesinnte Staatsbürger eben so wenig gleichgiltig ist, wie für andere.

---

17. Januar 1867.

Noch immer keine Entscheidung. Graf Belcredi war ein guter Statthalter, wie Ritter v. Benedek ein guter Korpskommandant war: Staatsmann ist Jener so wenig, als dieser ein Feldherr. Zu einer Aenderung aber fehlt es in Oesterreich stets an einer selbstthätigen Initiative. Zu Gunsten der Magyaren übernahmen Das zweimal die ungarischen „Kavaliere“; für die Interessen des Gesammtstaats, scheint es, fehlt es daran. Jedoch gewinnt mehr und mehr die Versicherung Boden, daß Graf Belcredi einer wachsenden Mißbilligung seiner Politik begegne, und daß nach oben hin einige hochgestellte Persönlichkeiten seine letzten Experimente gleich von Anfang an nicht guthießen; man will einen Ausgleich mit Ungarn, aber man

will sich darum keineswegs nun mit den deutschen Kronländern verfeinden. Dies Alles ist eben so leicht begreiflich, als die Politik des Staatsministers schwer. Daß Frhr. v. Beust, obwohl als Minister der auswärtigen Angelegenheiten nicht in erster Linie bei inneren Fragen betheiligt, doch nur bis zu einem gewissen Gränzpunkte mit dem Grafen Belcredi zusammengehen kann, ist bei dem staatsmännischen Charakter des Ersteren auch ohne besondere Versicherung glaublich.

Das Ministerium geht mit einer Trennung der Justiz von der Administration vor; bei dem Herzogthum Salzburg wird einstweilen damit der Anfang gemacht. Unter andern Umständen würde diese Maßregel als eine längst gewünschte Reform freudig begrüßt worden seyn; jetzt macht sie höchstens den Eindruck einer Berechnung auf die Wahlen und erinnert von neuem, daß Gesetz auf Gesetz ohne Theilnahme irgend einer Volksvertretung erscheint. „Trennung der Justiz von der Administration?“ sagt ein Wiener Witz —; „nun, man hat ja auch die Gerechtigkeit von der Verfassung getrennt!“ Etwas derber ist ein anderer. Ein Minister läßt den fashionabeln Schneidermeister Gunkel um das Fertigwerden bestellter Kleider mahnen, und der Gemahnte antwortet: „der Gehrock sey bereits fertig, und mit dem Kaput werde es nicht mehr lange dauern.“ („Gehrock“ ist eine Art von nachlässigem Frack, und „Kaput“, das französische capote, von dem altdeutschen chappa = Mantel, ist ein Ueberzieher.)

---

18. Januar 1867.

Die Wahlbewegung ist nun auf allen Seiten im Gange. Hier in Wien, auch nach dem Zeugniß des amtlichen Wiener Journals („überall tritt uns ein Abklatsch Dessen entgegen, was am Tische des Frhrn. v. Pratobevera festgestellt wurde“), hält man sich an das „Programm der Zwanzig“, welches eben ein „Abklatsch“ der öffentlichen Meinung war. Aehnlich lauten die Nachrichten aus dem österreichischen Schlesien. Auch aus Mähren meldet man, daß das deutsche Wahlkomitee gute Aussichten auf Erfolg habe; es scheint, daß es der Gegenpartei theilweise an entsprechenden Wahlkandidaten fehlt. Was Böhmen betrifft, so ist es der famose Lehrsatz eines älteren Propheten: „lieber unter russischer Knute, als in österreichi-

scher Freiheit", der die Tschechen politisch isolirt und z. B. von den Polen durch einen unübersteigbaren Abgrund trennt. Wenn einmal von Pesth aus der radikale „Hon", nachdem er vielleicht Wochen lang die Tschechen mit Schimpf übergossen, zu irgend einem Zweck plötzlich die „edle tschechische Brudernation" anruft, so ist Das eine isolirte Ausnahme. Zwischen Magyaren und Tschechen steht als politische Scheidewand die Thatsache, daß in Ungarn die slawischen Nationalitäten nicht viel besser als Heloten sind. Es gibt eben wenige Nationen, die, wie es die Deutschen thun, auch andern Nationen gerecht werden.

In Bezug auf Ungarn taucht neuerlichst mit einer gewissen Zuversicht die Versicherung auf, daß das ungarische Ministerium bereits ernannt oder so gut wie ernannt sey; es ist nicht das erste Mal, daß man Dies ankündigt, aber es kann jetzt unversehens wahr werden. Was den Magyaren zu statten kommt, das ist die stete Voraussetzung ihrer, wenn sie befriedigt seyen, unzerstörbaren Loyalität. Diese liegt allerdings in ihrem Charakter: ein besonderes Ministerium in Pesth übrigens haben sie früher niemals gehabt, als 1848, wo sich die Sache nicht ganz durch ihren Erfolg empfahl. Gegenüber den Deutschen ist die Haltung der Magyaren derzeit eine freundlich gesinnte. Kommen doch öffentliche Rathschläge von Pesth herüber, wie man es am besten anzufangen habe, um die Februarverfassung, so weit sie sich den Ländern diesseits der Leitha zukehrt, erfolgreich festzuhalten. Auch ist es ein jenseitiges Blatt, das nach Wien die Nachricht bringt, hochansehnliche Hof- und Militärkreise sehen bedenklich in Betreff der jüngsten Experimente, und fänden es ganz und gar unnöthig, „in den Westprovinzen der Monarchie neue Venetien zu schaffen." Diesseits der Leitha ist man denn auch entsprechend übereinkunftserbötig; nur will man keine neuen Oktroyirungen mehr, hält an dem erworbenen Rechtsboden fest, bis man eine vertragsmäßige Grundlage dafür eintauscht (Ausgleich mit Ungarn), und negirt insbesondere den neu oktroyirten Wahlmodus, der es in das Belieben der Tschechen stellt, ob den Deutschböhmen auch nur ein einziges Votum in einer Reichsvertretung zukommen soll. Dies ist der Punkt, den das amtliche Wiener Journal beharrlich ignorirt, und wenn es daneben von der Gleichberechtigung der Länder spricht (hiebei also für Böhmen abermals blos die tschechische Majorität rechnet), so heißt Das nur Oel in das Feuer

gießen. Gerade dagegen sucht man in dem bisherigen gesetzlichen Bestand eine Nothwehr. Oktroyirungen überdies hat Oesterreich nun in Fülle gehabt: — und was für einen Werth soll beispielsweise eine dreizehnte beanspruchen, wenn ihr jeden Augenblick eine vierzehnte anthun kann, was sie selbst vorher zwölf andern anthat?

19. Januar 1867.

Ja, es ist in der That eine Krisis, die gegenwärtig in Oesterreich obschwebt, aber, so Gott will, wird es eine heilsame seyn. Der Kaiserstaat hat eine weit stärkere innere Einheit, als man draußen gewöhnlich annimmt. Allerdings ist er aus verschiedenen Nationalitäten zusammengesetzt, aber aus vielen, und die Vielheit eben stellt das politische Gleichgewicht wieder her. Keine derselben hätte isolirt eine andere Aussicht, als auf abhängige Stellung und politische Geltungslosigkeit: Mittel- wie Kleinstaaten sind ja nach den Erfahrungen der Neuzeit ein Spiel der Winde. An der Gesammtmacht Oesterreichs hat jede seiner Nationalitäten ihren Antheil. Darum ist Oesterreich geworden, was es ist, und darum wird es so bleiben. Die Nord- und die Südslawen Oesterreichs würden auseinanderfallen, um sich niemals wieder zusammenzufinden, wenn es kein Oesterreich mehr gäbe. Die Magyaren ihrerseits sind politisch klug genug, um zu ermessen, daß Ungarn für sich allein nur dann eine Rolle spielen könnte, wenn es ganz und ausschließlich mit Magyaren bevölkert wäre; da es aber in Ungarn mehr Genossen anderer Volksstämme gibt, als Magyaren, so wäre für einen magyarischen Staat, welcher isolirt stünde, gegen Feinde ringsum jener Umstand eine Blöße, wie es eine offene Bresche in einer Festungsmauer ist. Auch in Galizien und in Böhmen, so gut wie in Ungarn, wohnt nicht einerlei Nationalitiät, sondern jede hat eine andere als natürliches Gegengewicht unmittelbar neben sich. Und was die Hauptsache ist, den angränzenden Staaten gegenüber gibt es kein „Venetien" mehr. Mit den Ruthenen zwar hat man in jüngster Zeit bedenkliche Experimente gemacht; in dieser Prüfung jedoch richteten sie ihre Blicke vertrauensvoll von Lemberg weg auf Wien, und ersahen sich in der Februarverfassung, von der sie sich vorübergehend abgekehrt hatten, nun wieder ihren Anhaltspunkt. Die stets neu auftauchenden kleinen Demonstrationen im Trientischen beweisen Nichts.

als eine gewisse Schwächlichkeit des Zusehens, welche der letzte Tyroler Landtag mit einem härteren Ausdruck bezeichnete; der südtyrolische Bauer seinerseits setzt den demonstrirenden „Signori“ schon den Daumen auf's Auge, wenn Noth an den Mann geht. Was aber die Hauptstämme betrifft, so liegt klar vor, daß der Tscheche mit all seinem Separatismus nicht preußisch, daß weder der Pole noch der Magyar russisch, und daß der Südslawe weder türkisch noch italienisch werden möchte. Der deutsch-österreichische Stamm endlich, der neben seinen Kernprovinzen in allen andern Kronländern durch Volkstheile vertreten ist, hält wie von Alters her treulich zu Kaiser und Reich.

Man sieht, es ist nicht an dem, daß man in Oesterreich „moralische Eroberungen“ machen könnte. In einer Krisis befinden wir uns, Das ist wahr, aber eine Krisis ist das Gegentheil von Siechthum. Damals war die Gefahr eines Siechthums vorhanden, mitten im Schooß allertiefster Ruhe, als in Oesterreich der Pessimismus mit einem sardonischen Lächeln sagte: „Geist ist nicht nöthig, und Charakter ist ein Hinderniß.“ Jetzt rührt sich Alles in geistigem Leben und in gehobener Stimmung. Umgekehrt, wenn nach einem Verhängniß, wie das von Königgrätz, Alles so still, regungslos, und austernhaft geblieben wäre, wie damals die — amtlichen Blätter, und wenn der Volksgeist nicht gegen das erlittene Unglück reagirt hätte: Das wäre ein Siechthum gewesen. So aber wirft man die Resignation hinter sich, und ringt mit dem Schicksal um die Zukunft. Das Herz schlägt, die Pulse klopfen: Das ist nicht Agonie, sondern eine Krisis, die sich der materia peccans zu entledigen strebt. Ruhig liegt der Staatskörper dabei allerdings nicht, aber, Gott sey Dank, er ist kein Leichnam. Oesterreich ist in einem Aufschwung begriffen, nicht in einem Niedergang!

---

20. Januar 1867.

Es ist nicht leicht, sich von außen her in den Parteistellungen Oesterreichs zu orientiren, denn es wirken gar sehr verschiedenartige Motive dabei mit, und zwar nicht lauter solche, die man auch ausspricht. Noch am leichtesten faßbar ist der Standpunkt der Deutsch-Oesterreicher; denn ihre Tendenz besteht einfach darin, daß sie dem Separatismus gegenüber so viel als möglich das Interesse der

Reichseinheit, der Oktroyirungslust gegenüber so viel als möglich ein positives Recht festhalten. Der Februarverfassung war bekanntlich schon eine April-, eine März-, und eine Oktoberverfassung vorangegangen; nach so vielen Kreuz- und Querzügen glaubte man sich endlich im Besitz eines festen Haltpunktes. Als diese vierte Verfassung nach mehrjähriger Wirksamkeit sistirt wurde, schrieb man Dies ehrlich dem Anstreben eines Ausgleichs mit Ungarn zu, d. h. man setzte voraus, daß nur solche Bestandtheile geopfert werden sollten, die ein Hinderniß jenes Ausgleichs seyen, alles Andere aber unangetastet fest bliebe. Ungarn selbst verlangte nichts Weiteres; die Pesther Blätter wiederholen Das Jedem, der es hören will. Als nun das Patent vom 2. Januar erschien, war man erstaunt, zu sehen, daß es sich nicht um eine verlängerte Sistirung, sondern vielmehr um eine nunmehrige Beseitigung des Februarpatents überhaupt handle. Statt des verfassungsmäßigen Reichsrathes nunmehr ein „außerordentlicher" mit blos berathender Stimme, und statt des verfassungsmäßigen Wahlmodus für den Reichsrath nach einem Gruppensystem, das auch den in einer landtäglichen Minorität befindlichen Nationalitäten ihren Antheil sicher stellte, nunmehr ein neu oktroyirter Modus, der es in Böhmen und Mähren der Willkühr slawischer Landtagsmajoritäten in die Hand gab, beliebigen Falls aus dieser Majorität allein, also auch mit gänzlichem Ausschluß des deutschen Elements, die Mitglieder des Reichsraths zu wählen: — Das waren selbstverständlich zwei Aenderungen, tiefgreifend genug, daß auch eine etwa vorhandene Gleichgiltigkeit sich dadurch in eine Aufregung verwandelt hätte; in die schon durch die Mißerfolge des Systems während des letzten Jahres überreizte Stimmung vollends fielen sie wie ein Feuerfunke in einen Pulvervorrath. Für die Umoktroyirung des Wahlmodus insbesondere suchte man vergeblich nach irgend einem denkbaren Motiv, das nicht auf eine Zurücksetzung der Deutschen ausginge; wenn man Das nicht gewollt hat, so hat die einseitige Aenderung des bis dahin gesetzlich Bestehenden lediglich keinen Sinn. Nehme man hiezu noch die Aufhebung der Ebenbürtigkeit oder Gleichgewichtigkeit des Reichsraths gegenüber dem ungarischen Landtage, welcher letztere keineswegs blos eine berathende Stimme besitzt, und man wird begreifen, warum gegen derartige Oktroyirungen, die noch überdies für den Ausgleich mit Ungarn eher nachtheilig als förderlich sind, die öffentliche Meinung der Deutschen

mit solcher Einhelligkeit auftritt. Ich denke, in jedem andern Lande wäre Dies unter gleichen Verhältnissen eben so gewesen; man hätte sich überall gehütet, für so wenig verführerische Neuerungen auch noch den Verlust des bisherigen Rechtsbodens überhaupt anzuerkennen, wie es durch eine Vornahme der Wahlen nach dem oktroyirten Modus unzweifelhaft geschehen würde. Und daneben das Beispiel Ungarns, welches auch nicht um einen Zollbreit nachgibt und eben dadurch im Begriff steht, definitiv obzusiegen! Was namentlich die Wahlen in Ungarn betrifft, so fanden sie schon 1861 nach dem Wahlgesetze von 1848 statt; das Wiener Edikt vom 21. Januar 1861 beseitigte zwar die Klausel, nach welcher „die legislative Sprache ausschließlich die magyarische ist" (ungarisches Wahlgesetz von 1848, V., §. 3); allein die wieder eingesetzten Komitate als Vollziehungsbehörden nahmen keine Notiz davon, sondern legten den Wiener Erlaß, wie der Kunstausdruck in Ungarn lautet, „achtungsvoll bei Seite." Die Partie der ungeschmälerten Staatseinheit gegen den Separatismus Ungarns war eigentlich schon damals eine verlorene. Und nun, im Gegensatze zu so weit getriebenen Rücksichten für den magyarischen Stamm, dem deutschen Element gegenüber eine expreß erlassene Neuoktroyirung zum Zweck einer Erlaubniß, in Prag und in Brünn die Deutschen beider Länder bei der landtäglichen Wahl in den Reichsrath als nicht vorhanden zu betrachten! Setze man den Fall (er ist zwar undenkbar), eine Berliner Oktroyirung verkündige als Gesetz, daß in Zukunft im Großherzogthum Posen ausschließlich die Polen für die Gesammtbevölkerung der Provinz in die Berliner Zentralvertretung zu wählen hätten: was würden dazu die Deutsch-Posener, was die Deutschen des preußischen Staates überhaupt sagen? Und doch wäre durch eine solche Oktroyirung das Stimmenverhältniß in der Reichsvertretung zu Berlin kaum merklich alterirt, während Dies für Wien in einem ganz wesentlichen Grade der Fall ist! Nein, hier handelt es sich nicht um politische Gereiztheit einer Partei, sondern um eine Lebensfrage für die Deutsch-Oesterreicher und für Oesterreich insgesammt. Den Ausgleich mit Ungarn will man, aber man will ihm keine Opfer bringen, die sogar Ungarn selbst nicht in Anspruch nimmt. Wer sich hier in der That dem Glauben hingab, Dies Alles werde harmlos vorübergehen, der muß schon seit Königgrätz auf einem geistigen Isolirschemel gesessen haben.

21. Januar 1867.

Wer die Reden in den hiesigen Wählerversammlungen näher in Betracht zieht, erhält die eindringliche Ueberzeugung, wie tief das deutsche Element Oesterreichs sich in nationaler Hinsicht gekränkt fühlt. Schon während der Sistirungspolitik überhaupt, im Kontrast mit ihrer Zuvorkommenheit für Magyaren, Tschechen, und Polen, entwickelte sich eine Stimmung dieser Art. Jetzt weist man zunächst auf die Verkümmerung des deutsch-böhmischen und des deutsch-mährischen bisherigen Wahlrechts in den Reichsrath hin; eine eigens zu diesem Zweck getroffene Aenderung des Gesetzes, sagt man, muß doch selbstverständlich der Ausdruck eines politischen Gedankens, als solcher aber kann es nur ein für das Deutschthum unfreundlicher seyn. Dies ist der Grundzug der hervortretenden Stimmung. So sagte z. B. in einer Wählerversammlung der Vorstadt „Landstraße" ein Redner unter Anderm: die Böhmen (er meinte die Tschechen), die Polen, und die kleineren Nationalitäten müßten die Befestigung Oesterreichs als ihre eigene Existenzfrage ansehen; „die Deutsch-Oesterreicher hingegen, die mit allen Interessen nach einem geordneten großen Reich gravitiren, bringen durch ihre Treue für Oesterreich ein Opfer." In der jüngsten Wahlversammlung der innern Stadt erregte Kuranda stürmischen Beifall durch die Worte: „Niederösterreich stand schon einmal unter slawischer Herrschaft, unter Przemysl Ottokar, dem König von Böhmen. Aber Rudolf von Habsburg zog aus und befreite Oesterreich. Auf deutscher Grundlage ruht das Haus Habsburg und Oesterreich. Ich würde die Politik des Grafen Belcredi begreifen, wenn er Minister des slawischen Königs Przemysl wäre; aber da Graf Belcredi Minister Sr. Maj. des Kaisers von Oesterreich ist, müssen wir uns in aller Achtung gegen diese Politik verwahren." In derselben Versammlung hob Dr. v. Mühlfeld hervor, daß Königgrätz uns auf unerhörte Art eine Provinz gekostet und noch überdies uns den Ausschluß aus Deutschland gebracht habe. Aber auch die Einheit des Reichs sey gefährdet. „Schon einmal," fuhr der Redner fort, „war Dies von Deutschland her der Fall, im Jahr 1848 nämlich. Was damals das Geschick verhinderte, dahin hat uns jetzt die Sistirungspolitik gebracht. Wird dieser Weg weiter gegangen, dann kann es geschehen, daß der Zug von Deutschland auf Oesterreich bei einem neuen Krieg eine neue Wendung herbeiführen könnte, an die aber

kein österreichischer Deputirter denkt und denken darf. Wien hat kein Interesse an einer solchen Wendung: Wiens größtes Interesse ist der Fortbestand Oesterreichs." Ich denke, an diesen Beispielen wird es genug seyn, um zu zeigen, daß jene Pesther Hindeutung auf „neue Venetien" nicht aus der Luft gegriffen war. Angebliche Freunde des Ministeriums, die auf eine panslawistische Rolle Oesterreichs hinarbeiten, oder die sich hinter die Schlacht am Weißen Berge zurückwünschen 2c., sind schlimme Alliirte. Wohl das Nämliche kann man auf der andern Seite von Denen sagen, die wieder kurzweg bei 1848 anfangen möchten. Dagegen ist das Verlangen noch einer endlich stabilen Grundlage offenbar ein politisch gesundes, und es war ebenfalls eine Wählerversammlung, in der die Ermanglung einer gesetzlichen Stabilität mit dem treffenden Ausdruck bezeichnet wurde: was gestern legal war, solle nun heute illegal, und was heute für illegal gelte, werde morgen wieder legal seyn. Gänzlich verunglückt aber scheint mir eine antideutsche Deduktion, die da besagt: weil die Februarverfassung nach dem Wegfall Ungarns nur noch halb legal sey, werde nun das ganz und gar Illegale maßgebend, und fange man sonach mit einer tabula rasa wieder von vorn an.

---

22. Januar 1867.

Graf Larisch, der Finanzminister, tritt von seinem Posten zurück und erhält den bisherigen Unterstaatssekretär, Frhrn. v. Becke, zum Nachfolger in der Leitung jenes Ministeriums. Angekündigt war der beabsichtigte Rücktritt des Grafen schon mehrfach, und beneidenswerth ist der Posten eines österreichischen Finanzministers wohl auch nicht; möglicher Weise war es die unglückliche Politik des Ministeriums überhaupt, die nunmehr vollends den Ausschlag gab. Es ist Dies eine Lücke weiter in dem sogenannten „Grafenministerium". Graf Moritz Esterhazy, der eigentliche Schöpfer des Kabinetts, zog sich zuerst aus demselben zurück, und zwar früh genug, um sich den Ruf eines staatsmännischen Charakters zu wahren. Für Ungarn wird Graf Andrassy als Ministerpräsident genannt, Hr. v. Lonyai als Finanzminister, Frhr. v. Eötvös als Unterrichtsminister, und Baron Bela Wenkheim (nicht von den Begleitern Arpad's abstammend) als Minister des Kriegs. Mit Erstaunen sieht man hiebei auch für Finanzen und Kriegswesen magyarische

Extraminister designirt. Dies wäre also ein Einlenken in das Fahrwasser von 1848, wo die Steuermannskunst bekanntlich mit einem Schiffbruch ausging. Wie man aber neben so kolossalen Zugeständnissen an Ungarn für die deutschen Kronländer beliebige Oktroyirungen, und zwar als direkte Angriffe auf die bisher gesetzliche Gleichberechtigung der Deutschen Oesterreichs für durchführbar hält, Das ist für Alle, die nicht in die Geheimnisse des Ministeriums eingeweiht sind, ein politisches Räthsel.

In Galizien wird die polnische Aera, die im Namen der Freiheit einstweilen die Ruthenen politisch mundtodt macht, nun auch für die dortigen Deutschen bemerklich. Im Interesse des Gesammtstaates nämlich, wenigstens von Statthalterei wegen, hat man das Fortbestehen der deutschen Lemberger Zeitung für unnöthig befunden: hat man ja doch polnische Blätter genug! Das Wiener Journal, (nicht offiziös, sondern amtlich, denn sonst wäre es nicht stempelfrei) tröstete die Deutschen Oesterreichs neulich mit der geistigen Ueberlegenheit ihrer Sprache; wo man die Wahl habe, wende man sich jedenfalls der „edleren" Sprache zu. Der Trost klang wie Spott, denn Das ist ja eben der beklagte Uebelstand, daß einem die „Wahl" nicht gelassen wird: in Galizien wird eine deutsche Zeitung unnöthig, und für Böhmen existirt eine Schulzwangs-Verordnung, wonach deutsche Kinder tschechisch zu lernen haben. Wie weit es in Böhmen mit der angeblichen Sprachfreiheit bereits gekommen ist, zeigt unter Anderm ein Beispiel, das eben durch die öffentlichen Blätter läuft. In einer Stadt von gemischter Bevölkerung gab ein Deutscher ein Gesuch an den Magistrat um Konzessionirung zu einer Wirthschaft ein; dasselbe war in deutscher Sprache abgefaßt, und demgemäß erfolgte auch in deutscher Sprache die Resolution: sie lautete abschlägig. Ein gewandter Freund rieth dem abgewiesenen Bittsteller, sich nunmehr in tschechischer Sprache nochmals zu melden; der Mann folgte dem Rath, und siehe da, diesmal bekam er eine ebenfalls tschechisch abgefaßte Antwort, welche sein Ansuchen gewährte. Strenge Tschechomanen gehen allerdings weiter: sie nehmen von Niemand in der Welt deutsche Zuschriften an, schreiben aber an Jedermann, und wenn es nach Amerika ginge, ausschließlich nur tschechisch. Wenn Das nicht das Tschechische zu einer Weltsprache macht, die nun allenthalben gesprochen und verstanden wird, so ist daran Hopfen und Malz verloren.

---

schaft per Jahr dem magyarischen Separatismus ja so und so viele fertige „Honveds“ (die „Volkswehren“ des Revolutionsheeres aus den Jahren 1848 und 49) zu eventueller Benutzung liefere. Die Sache hat zwei Seiten. Da nämlich die Magyaren mit dem Monopol ihrer Verfassung in Ungarn nur eine Minorität der Bevölkerung sind, so wird das neue Wehrsystem in Ungarn eine stärkere nicht-magyarische als magyarische Mannschaft exerziren; falls es nun in der That unsicher ist, für wen man sie exerzirt, so fällt ein Theil dieses Bedenkens nicht blos auf den Gesammtstaat, sondern auch auf die Magyaren als solche in ihrer Stellung zu den andern Nationalitäten Ungarns.

---

25. Januar 1867.

So wie auf der Börse, hat man sich heutzutage auch in der Politik an Das gewöhnt, was man „Diskontirung“ der Zukunft zu nennen pflegt. In dieser Art beginnt man, obwohl noch ohne offizielle Grundlage, den Ausgleich mit Ungarn als fix und fertig anzusehen, und da man in Pesth zufrieden scheint, reiht sich die Voraussetzung an, die Regierung habe bewilligt, was die Magyaren als Vorbedingung verlangten, nämlich Alles. Somit wäre denn der Sack mit den 1848er Gesetzen zu und die Schnur festgeknüpft, und ob man aus diesem Sack wieder Etwas herausdisputirt, ist eine unsichere Sache. Auf dieser vorausgesetzten Basis nun bauen sich sehr bedeutsame Folgerungen auf. 1) Von Pesth aus läßt sich nicht der gesammte Kaiserstaat regieren. Graf Bismarck zwar gab seiner Zeit unaufgefordert einen dahin weisenden Rathschlag, allein nicht ohne Verdacht der Befangenheit oder des politischen Eigennutzes, und wenn der König von Preußen seinerseits den Mittelpunkt des preußischen Staats einmal nach Königsberg verlegte, so geschah Dies bekanntlich erst, als Berlin mit den vorliegenden Provinzen überhaupt bereits verloren war. 2) Wenn hienach die Einheit des Reichs nicht mehr im strengen Sinne zu nehmen ist, so ist damit jedoch keineswegs gesagt, daß nun noch eine weitere Scheidung in Theilstücke erfolgen müsse. Ein bloser Föderalismus namentlich ist auch gegen das magyarische Interesse, und zwar aus dem naheliegenden Grunde, weil der Föderalismus das Stichwort ist, das die nichtmagyarischen Nationalitäten Ungarns für eine anzu-

strebende Neugestaltung im Innern des ungarischen Königreichs aufstellen. Es ist in diesem Sinne während der letzten Adreßdebatte in der Deputirtentafel des ungarischen Landtags selbst als solches ausgesprochen worden. 3) Wenn die strenge Reichseinheit und wenn der Föderalismus wegfällt, so befinden wir uns unzweifelhaft dem Dualismus gegenüber. 4) Die zwei Reichstheile des Dualismus können nicht wohl nach widersprechenden Verfassungsgrundsätzen, nicht wohl als ungleich an Recht und Freiheit regiert werden. 5) Die ungarische Verfassung, mit den Gesetzen von 1848 dazu, bindet dem ungarischen Ministerium in so mannigfacher Art die Hände, daß mit den Komitatsrechten obendrein gar kein übermäßiger Spielraum offen bleibt, und was das Pesther Ministerium nicht besitzt, das besitzt für Ungarn auch die Wiener Zentralregierung nicht. 6) Neben einem verantwortlichen Ministerium in Pesth ist ein unverantwortliches in Wien politisch nicht haltbar. Auf der vorausgesetzten Basis des Ausgleichs mit Ungarn kommt man auf keine andern Ergebnisse. Ist die Voraussetzung unrichtig, so sind wir um Nichts weiter als vorher; ist sie aber richtig, so ist in der That schwer zu ersehen, zu was der lange Streit mit Ungarn, zu was die Protektion der Tschechen und Polen, zu was die Verfeindung mit dem deutschen Element und die Zuhilfenahme neuer Oktroyirungen so eigentlich nütze war!

---

26. Januar 1867.

In Bezug auf die Zuschiebung eines blos berathenden Gutachtens und die Verkürzung des deutschen Wahlrechtes für den Reichstag auf dem böhmischen und dem mährischen Landtage lassen sich die sechs Artikel des Januarpatents zur Noth drehen und deuteln; allein nicht nur die Kommentare der amtlichen Blätter stellen die Sache außer Zweifel, sondern es existirt auch, wie man versichert, ein bisher noch nicht veröffentlichtes Aktenstück mit der Unterschrift des Grafen Belcredi, das nach Prag erging, und worin ganz ausdrücklich die Beseitigung der (gesetzlichen) Wahl nach Gruppen oder Kurien ausgesprochen ist. Die öffentliche Meinung hatte richtig herausgefühlt, daß dem Januarpatent die halb tschechische, jedenfalls aber dem Deutschthum abholde Richtung des Staatsministers zu Grunde liege. Dr. Giskra in Brünn sagte mit Beziehung

gramm (vom 13. Januar) hat überhaupt einen sichtlichen Einfluß ausgeübt. Vorher platzten die Geister noch unvorbereitet auf einander: es war gleichsam wie das Stimmen eines Orchesters vor der Ouverture. Seit dem Programm ist Schule darin. Bemerkenswerth ist übrigens, daß die „Föderalisten" auch schon vor dem Programm, also unter ureigenster Eingebung der Wähler, gänzlich abgetackelt waren. Wien, obwohl hier vielleicht 80,000 Tschechen leben, ist kein Boden für den Föderalismus; Schuselka wird, weil er sich dieser Richtung zuneigt, in dem Bezirke, wo er früher der Allverehrte war, kaum wieder gewählt werden.

Ueber das Aufhören der deutschen Krakauer Zeitung erfährt man jetzt, daß der Vertrag des Ministeriums mit dem Verleger noch eine fortlaufende Dauer von zwei Jahren hatte, daß aber am Abend des Neujahrstages ein Telegramm des Statthalters aus Lemberg den Befehl nach Krakau brachte, die Zeitung habe sofort ihr Erscheinen einzustellen. Dies geschah denn auch, und zwar ohne daß (weil es unter solchen Umständen nicht möglich war) die Zeitung selbst in ihrer letzten Nummer ihr bevorstehendes Aufhören angezeigt hatte. Man sieht, die polnische Aera nimmt auf die Deutschen Galiziens (beiläufig 200,000 Köpfe) ganz eben so wenig Rücksicht, wie auf die Ruthenen. Von einer Wiedereinführung der Roboten (Frohnden) zu Gunsten der Gutsherren kann natürlich nicht die Rede seyn; jedoch ist ein anderes Feudalrecht, die sogenannte „Propination" (Monopol des Ausschanks von Branntwein, Bier, und Meth) dahin erweitert worden, daß statt der Beschränkung auf gemeinen Branntwein nun auch der bisher freie „Slibowitz" (Zwetschgenwasser aus Slawonien, in Galizien nicht erzeugt) nebst den feineren Liqören aller Art mit unter die Propination fällt.

---

29. Januar 1867.

Wenn sich nördlich des Mains Manche nicht behaglich fühlen in der neuen Vereinigung, so ist es anderseits Manchen im Süden offenbar auch nicht gar wohl zu Muth in der neuen Trennung. Isolirt bleiben können sie auf die Länge nicht: Blicke nach Oesterreich zu richten, erscheint dermalen als unnütz. Sehen sie doch die in seltenem Grade tiefgehende Mißstimmung unter den österreichischen Deutschen selbst! Vieljährige bewährte Konservative

schreiben den jüngsten Oktroyirungen eine Eigenschaft zu, die man sonst der Sache der Revolution beizulegen pflegt — „wühlerisch“ — und unzweifelhafte Patrioten sprechen die Besorgniß aus, daß diese Politik „moralischen Eroberungen“ eine offene Bresche bloslege. Ich nehme die bereits öffentlich angedeutete Gefahr „neuer Venetien“ in Oesterreich vorerst nicht buchstäblich, aber auch schon eine minder starke Schattirung in dieser Hinsicht genügt, um zu zeigen, daß für die anderen Süddeutschen Oesterreich unter solchen Umständen kein politischer Anhaltspunkt ist. Bei ihnen brauchen deutsche Kinder wenigstens nicht zwangsweise tschechisch zu lernen!

Es ist ein eigenthümliches Zusammentreffen der Umstände, daß eben gleichzeitig mit diesen Vorgängen in Oesterreich ein Programm bayrischer Politik sich zu Preußen hinneigt, eine öffentliche Stimme aus Berlin einen Anklang von „großdeutsch“ ertönen läßt, und ein Spruch aus französischer Inspiration wieder auf sogenannte Vergütungen am linken Rheinufer zurückkommt. Diese Erneuerung einer Rheinfrage ist eine erneuerte Frage des Kriegs. Jetzt nämlich ist ein preußisches Eingehen auf eine Vergütung jener Art offenbar eine moralische Unmöglichkeit. So ganz sicher war Das vordem nicht unter jeder Bedingung; auf der Schwelle zum letzten Kriege wenigstens schien man für den Fall einer möglichen Niederlage sich ein Pförtchen des Verständnisses offen gelassen, d. h. Napoleon nicht apodiktisch jeder Aussicht beraubt zu haben. Mag es sich aber damit verhalten wie es will: für einen Krieg um den Rhein hätte man Deutschland besser ungespalten gelassen. Und nun erfolgen Drohworte, wie die des „International“: „1868 werden wir den Rhein oder den Krieg haben.“

Wie sich Oesterreich seinerseits zu dieser Frage stellen wird, Das ruht noch im Schooße der Zukunft. An eine fertige Allianz mit Frankreich glaube ich nicht, theils weil Napoleon der moralische Urheber jener beiden Kriege war, die das Ansehen und die Macht Oesterreichs schwächten, und dieser Umstand nicht gerade den besten Kitt für eine dauerhafte oder zuverlässige Freundschaft abgäbe, theils weil es immerhin sein Bedenken hat, mit einem alten Feinde sich eben in dem Augenblick zu verbünden, wo sein Glücksstern sichtlich im Sinken begriffen ist. (Die „Krönung des Gebäudes“ wird den erloschenen Nimbus ebenfalls nicht erneuern.) Voraussichtlich, däucht mir, ist es vortheilhafter für Oesterreich, wenn es sich aufspart, sich

die „Freiheit der Allianzen" nicht zu frühe vergibt. In der mit Berlin befreundeten Weserzeitung meinte neulich eine Stimme aus der preußischen Hauptstadt, wenn bei Oesterreich der Selbsterhaltungstrieb sich mit einiger Klugheit paare, so werde es eifrig die preußische Allianz suchen; fehle es aber daran, so sey Das für Berlin kein Gegenstand des Beklagens, denn „Nichts möchte die Lösung der deutschen Frage im großdeutschen Sinne so sehr beschleunigen", als wenn sich Oesterreich nochmals Preußen feindlich entgegenstelle. Es ist Das in so fern ein merkwürdiges Eingeständniß, als es indirekt zugibt, daß „großdeutsch" und „deutsch" eigentlich identisch, und nur eine „Lösung im großdeutschen Sinn" wirklich eine Lösung der deutschen Frage ist. Auch liegt „trotz alledem" immerhin ein Ausblick nach Oesterreich oder eine Nachfrage vor. Allein, muß man da weiter fragen, hat man denn in der That Oesterreich eine Wahl eröffnet? Haben seine entgegenkommenden Schritte eine Erwiederung gefunden?

---

30. Januar 1867.

Da die Magyaren derzeit inmitten der politischen Aktion stehen und ihre „Kavaliere" zugleich eine gute Fühlung mit dem Hofe haben, so ist es nicht ohne Bedeutung, daß von Pesth herüber allerlei Versicherungen kommen, daß die Regierung das Januarpatent anders zu interpretiren und z. B. die oktroyirte Befugniß, bei den Wahlen der Landtage in den Reichsrath von dem gesetzlich bestehenden Wahlmodus abzugehen, wieder zu beseitigen gedenke. Die Sache hat übrigens ihre Schwierigkeiten; denn wenn auch das Januarpatent selbst interpretirbar ist, so müßte ein gleichzeitig ergangener Erlaß des Staatsministers an die Statthalter direkt widerrufen werden, und so Etwas kostet immerhin Ueberwindung. Indeß, wenn die Magyaren es für erforderlich halten, — wer weiß? — Mittlerweile nehmen die Wahlen ihren Verlauf, und das Ergebniß läßt wenig Aussicht auf Beschickung eines außergesetzlichen Reichsraths übrig.

Der landwirthschaftliche Bezirksverein in Amstetten, zu dessen Protektor früher der Herzog Ernst von Koburg als größter Grundbesitzer jenes Bezirks erwählt war, hat in Folge der Ausschließung Oesterreichs aus Deutschland und der vom Herzog Ernst dabei gespielten persönlichen Rolle den Beschluß gefaßt, „unter den geänderten

Verhältnissen Se. Hoh. nicht ferner mit dem Protektorat zu belästigen." In einem sauersüßen Antwortschreiben aus Gotha vom 20. Januar behält sich der Herzog vor, „auch ohne die Mitwirkung des Vereins" sein Interesse an dem Gedeihen der Land- und Forstwirthschaft in Ober- und Niederösterreich zu bethätigen, und wünscht, daß der Verein im Stande sey, „darin gleichen Schritt mit ihm zu halten."

In Prag hat der Major des bürgerlichen Scharfschützenkorps, Hr. Steffek, dem Bürgermeister erklärt, daß dasselbe der Einladung zur Einführung des tschechischen Kommando's nicht nachkommen werde, sondern bei seinem Beschlusse von 1865 beharre. Auch die tschechischen Mitglieder wollen keine Abweichung von der Norm der k. k. Armee, als deren Bestandtheil das bürgerliche Scharfschützenkorps angesehen wird.

---

31. Januar 1867.

Nach und nach treten die Wahlergebnisse in übersichtliche Gruppen zusammen. In Steyermark und in Kärnthen hat die deutsche Verfassungspartei die Oberhand; dagegen werden aus Krain einige neue Wahlsiege der Slowenen gemeldet. Für Salzburg ist eben erst die Kanditenliste des dortigen Wahlkomitee's fertig geworden. Unter den oberösterreichischen Wahlen finden sich mehrfach solche, die von den Vorschlägen des Linzer Komitee's abweichen; auch in den niederösterreichischen Landbezirken, in denen heute gewählt wird, fehlt es theilweise an politischer Disziplin, indem an mehreren Orten eine gleichzeitige Konkurrenz von Kandidaten gleicher Farbe eine Zersplitterung gegenüber einer einheitlichen Gegnerschaft in Aussicht stellt. Am besten organisirt war der Wahlkampf der Deutsch-Böhmen, welche auch eher Boden gewonnen als verloren haben, obwohl ihnen diesmal außer den Tschechen auch der Regierungseinfluß entgegenwirkt. Wie ganz eigenthümlich da die Verhältnisse sind, ersieht man z. B. aus der Stimmenzahl in einigen gemischten Wahlbezirken, aus denen mit knapper Mehrheit tschechische Abgeordnete in den Landtag kommen. Es sind nämlich in einzelnen Bezirken deutsche Minderheiten in der Art mit tschechischen Mehrheiten zusammengewürfelt, daß den ersteren ihr Wahlrecht thatsächlich so gut wie verloren geht, und da ist denn freilich schwer anders zu helfen, als indem man jeder der beiden Nationalitäten Böhmens besondere Wahl-

bezirke und einen besondern Landtag gäbe. Dr. Kodym, welcher in dem gemischten Wahlbezirk Hohenelbe, Rochlitz, und Starkenbach gewählt wurde, hat im Hinblick auf diese Verhältnisse öffentlich, indem er seinen Wählern dankte, in den „Narodni Listy" erklärt, daß er, da er eine beinahe gleiche Anzahl Deutscher zu vertreten habe, auch diesen und ihren Anforderungen gerecht werden wolle; nur wird Das in der Praxis eine überaus schwierige Aufgabe seyn. In den schlesischen Wahlen ist die deutsche Partei oben; auch in Mähren hat sie jedenfalls Nichts eingebüßt; für die „heilige Wenzelskrone", d. h. für einen politischen Separatismus unter diesem Namen, ist in Schlesien gar keine, in Mähren nur wenig Sympathie vorhanden. Ein bedeutsames Gewicht im Großen und Ganzen legen nun noch die Wahlen des „Großgrundbesitzes" in die Wagschale: ob es für Separatismus, Föderalismus ꝛc., oder für „Kaiser und Reich", d. h. für möglichste Einheit der Bestandtheile diesseits der Leitha eingesetzt wird, ist zur Zeit noch nicht bestimmbar.

— —

1. Februar 1867.

Von allen Seiten telegraphische Wahlberichte: im Ganzen das Ergebniß zu Gunsten der Verfassungspartei.

In Pesth hat sich der seitherige „steinerne Gast", die Siebenundsechzigerkommission, in der jüngsten Zeit wirklich in Bewegung gesetzt, und geht nun mit Eilschritten vorwärts. Die Berathung ist bereits bei dem Absatz 43 angelangt (65 Absätze zählt das Fünfzehnerelaborat im Ganzen). Es werden mehrfache Amendements gestellt und angenommen, die einem Verständniß mit Wien die Hand bieten; freilich bleibt noch immer ein höchst ausgiebiger Separatismus übrig. Wie weit vollends die separatistischen Ansprüche der Linken gehen, ersieht man daraus, daß Deak unter Anderm die Ansicht zu bekämpfen hatte: es sey Ungarn zwar verpflichtet, die „Rechte", nicht aber die „übrigen Provinzen" seines Monarchen zu vertheidigen.

Aus Anlaß der neuen Gerichtsorganisation in Galizien wäre es im deutschen Interesse erwünscht gewesen, wenn man die vormals schlesischen Herzogthümer Auschwitz (Oświęcim) und Zator, welche deßhalb selbst als Bestandtheile Galiziens zum deutschen Bunde gehörten, wieder ihrem natürlichen Zusammenhang mit Schlesien zurückgegeben hätte. Es handelt sich dabei um eine Landschaft

von etwa 80,000 Einwohnern mit ganz und halb deutschen Städten, die sich unter polnischer Aera keineswegs behaglich fühlen. Auch für Tyrol läge bei der Trennung der Justiz von der Administration eine geeignete Gelegenheit vor, da hiebei ohnehin eine Aenderung der Bezirke vor sich geht, rein deutsche Gemeinden, wie z. B. Truden und Altrei, aus einem italienischen Bezirksverbande heraus (Cavales) lieber einem deutschen (Neumarkt) zuzutheilen. Aehnlich verhält es sich mit vier rein deutschen Gemeinden im Nonsberg: die guten Leute werden beharrlich mit Amtsdekreten in italienischer Sprache heimgesucht, die sie nicht verstehen, und bemühen sich schon längst um eine zweckmäßige Aenderung, zu welcher aber allerdings ein Entschluß erforderlich ist.

Der vorläufige Abbruch der Zollverhandlungen zwischen Oesterreich und Preußen paßt wenig zu dem von Berlin aus so laut proklamirten Prinzip der „Handelsfreiheit." Ueber Industrieverhältnisse mag man streiten; daß aber eine Nöthigung der an Oesterreich gränzenden weinlosen Theile des Zollvereins, sich die Zufuhr wohlfeilen Weins aus dem Kaiserstaate zu versagen, aufs allerschroffste gegen den Begriff der Handelsfreiheit anstößt, bedarf keiner Auseinandersetzung. Von Berlin aus beruft man sich auf eine Gebundenheit durch den französischen Handelsvertrag, bei dessen Abschluß man doch ganz Deutschland mit Redensarten von Handelsfreiheit überschüttet hat. Also auch nach jener Seite hin statt der Handelsfreiheit vielmehr eine angelegte Fessel!.

3. Februar 1867.

In Pesth steht das ungarische Ministerium gleichsam schon auf der Schwelle. Seit die bisherigen Siebenschläfer der „Siebenundsechzigerkommission" aus ihrem Schlummer erwacht sind, gehen sie mit Siebenmeilenstiefeln vorwärts, werden binnen wenigen Tagen das „Fünfzehnerelaborat" vollends durchberathen haben, und da der Parteikampf schon im Schooße der hiezu hinlänglich zahlreichen Kommission gekämpft wurde, so sind die Beschlüsse der Siebenundsechziger der Annahme im Plenum des Landtages im voraus sicher. Der Parteikampf selbst bot ein eigenes Bild: die Sache nimmt sich, wie in Pesth öfter, mitunter so aus, als ob die Linke nur da wäre, um durch ihre maßlosen Ansprüche die der Deak'schen Partei (der

Majorität) im Vergleich damit als gemäßigt erscheinen zu lassen. So sieht z. B. die Linke in Bezug auf Ungarn die andern Bestandtheile des österreichischen Kaiserstaates schlechtweg als nicht vorhanden an; Dies Alles ist „Schwab" (so wie der Chinese von den Engländern als „rothhaarigen Barbaren" spricht), und geht folglich Ungarn Nichts an. Alsdann tritt Deak auf, erinnert an die „pragmatische Sanktion", und macht geltend, daß selbst 1848 (bis zum Ausbruche des Bürgerkrieges nämlich) das ungarische Ministerium „gemeinsame Angelegenheiten" anerkannte; wenn man aber diese Mäßigung näher betrachtet, so stellt sich heraus, daß doch auch die Deak'sche Partei das bisherige Gesammtösterrreich in zwei Staaten trennt.

---

4. Februar 1867.

Heute nahmen Manche die Wiener Zeitung mit der Erwartung in die Hand, darin die Entlassung des Grafen Belcredi zu finden, sahen sich aber getäuscht. Das Gerücht, daß er zurücktrete, ging von Börsenkreisen aus und hatte sofort ein Steigen der Kurse zur Folge. Das amtliche Wiener Journal gibt Das in seinem Börsenartikel mit der hübschen Wendung wieder: „An den beiden Feiertagen war der Börsenverkehr unter dem Einflusse verschiedener Gerüchte in lebhafter Stimmung; die Kurse nahmen einen erheblichen Aufschwung." In seinem Eingangsartikel aber führt das amtliche Blatt aus dem „günstigen Stand unserer Kurse" den Beweis, daß „das Kapital entschiedenes Vertrauen zu Oesterreich hat." Graf Belcredi selbst wird es kaum als ein Vertrauensvotum aufnehmen, wenn die Nachricht von seiner Entfernung die Kurse in die Höhe treibt.

Der Stand des Ausgleichs mit Ungarn widerlegt den letzten Verdacht einer noch beabsichtigten Rückkehr zum Absolutismus. Möglich, daß in den Anfängen der Sistirungspolitik, sey es auch nur im dunkeln Hintergrund, ein Motiv dieser Art mit unterlief; wenn es vorhanden war, so findet es sich durch den Gang der Dinge verurtheilt. Ein politischer Geiz, der jegliche Zahlung auf so lange hinausschiebt, bis er sie doppelt und dreifach leisten muß, ist eine politische Verschwendung. Es gab mehr als einen Zeitpunkt, wo der Ausgleich mit Ungarn wohlfeiler zu haben war. Wenn man aber geben wollte, was man jetzt gibt, so war Dies auf der Schwelle des letzten Kriegs eine freiwillige Armee aus

Ungarn werth, und das Unglück von Königgrätz, wenn es unter solchen Umständen überhaupt stattfand, wäre nicht das letzte Wort gewesen.

Während Ungarn die Regierung praktisch in die konstitutionelle Schule nimmt, ist es nicht möglich, diesseits der Leitha ein anderes Prinzip aufrecht zu erhalten. Somit ist denn die Sache der Freiheit gewahrt; wie es mit der Einheit steht, ist eine andere Frage. Es verhält sich damit ziemlich so, wie bei Schiller mit den zwei Eimern, die im Ziehbrunnen auf- und niedersteigen:

> Und bringst du diesen an den Mund,
> Hängt jener in dem tiefsten Grund:
> Nie können sie mit ihren Gaben
> Im gleichen Augenblick dich laben.

So ganz streng allerdings greift dieses Gleichniß nicht durch, aber nur allzu oft in der Geschichte haben sich Einheit und Freiheit als negirende Gegensätze bethätigt. An dem Uebermaße separatistischer Freiheit ist die Einheit des deutschen Reichs, ist die Existenz jener Adelsrepublik, die man das Königreich Polen nannte, zu Grunde gegangen: Ungarn mit seinen Komitaten, deren jedes gleichsam ein Staat für sich war, sah seine Freiheit durch den Halbmond unterjocht: Ludwig XI., rücksichtslos im Despotismus, war der Gründer der Einheit Frankreichs. Die österreichische Februarverfassung, scheint es, ging auf allmählige Anbahnung einer parlamentarischen Einheit vermittelst der Freiheit aus; lag ihren Freunden die Einheit näher, so mußten sie gleich bei der ersten Renitenz eines Landtags auf direkte Wahlen in den Reichsrath dringen. Daß man es unterließ, war wohl auch ein Zeichen, daß man der Maßregel keinen günstigen Erfolg zutraute. Allein es ist immer ein politischer Fehler, wenn man ein Experiment nur halb macht: so kommt man auf keinen Urtheilsspruch der Thatsachen, weil ein Mißlingen, das man der Halbheit in der Ausführung zuschreiben kann, noch nicht die faktische Brauchbarkeit des Prinzips selbst widerlegt.

Jetzt also, da man sich in das Fahrwasser des Dualismus begibt, lasse man ihm seinen Lauf, hemme nicht die erforderliche Schwimmprobe. Keine Zerstücklung weiter, keinen Föderalismus nebendran, sonst bringen wir es abermals nicht zu einer Aburtheilung durch die Thatsachen. Fällt der Erfolg ungünstig aus, so muß man ersehen können: es war das Prinzip selbst, welches scheiterte,

ohne Mitschuld einer Inkonsequenz in der Ausführung, und alsdann wird Jedermann wissen, wie er mit dem Prinzip daran ist. Indeß steht zu hoffen, daß man auch von Pesth aus den künftigen Fortschritt nicht in einer noch weiteren Ausbildung des Separatismus, sondern vielmehr in einer besseren Annäherung zur Einheit suchen wird. Grund genug haben die Magyaren dazu; denn von Pesth aus gegen Wien fortdauernd in derselben Weise Front zu machen, wie es in Ungarn selbst die nichtmagyarische Majorität des Landes gegen Pesth thut: diese Festhaltung eines schreienden logischen Widerspruchs wird sich auf die Länge als ein sattsam schwieriges Stück Arbeit erweisen. Und mit dem Ausgleich fängt diese Schwierigkeit erst recht an; denn erst muß durch Einigkeit die ungarische Verfassung wieder errungen seyn, ehe für die Nicht-Magyaren der Kampf um die volle Theilnahme daran seinen Boden hat.

---

5. Februar 1867.

So ist denn das sogenannte „Grafenministerium" vollends zu Ende gekommen! Es läßt keinen glücklichen Namen zurück in der Geschichte Oesterreichs. Es ist eigentlich wunderbar, daß es den Tag von Königgrätz so lange überlebt hat. Appellation an die „Intelligenz" und daneben Zurücksetzung des deutschen Kulturelements, Anrufung der allgemeinen Wehrpflicht und daneben, nach Giskra's Ausdruck, „eine gewisse Animosität" gegen das Bürgerthum: Das waren Dinge, die sich trotz alles Umrührens nicht mit einander vereinigen ließen. Eben so war mit der strengen Verfassungsmäßigkeit für Pesth eine Fortsetzung der Sistirungspolitik für diesseits der Leitha weder theoretisch noch praktisch vereinbar. Jetzt, sagt man, soll der engere Reichsrath berufen werden, um dem Ausgleich mit Ungarn gegenüber zu berathen, was sonach an der Februarverfassung zu modifiziren sey, und darüber Beschluß zu fassen. Wenn Dies der Fall ist, so ist eine vorherige Zurücknahme der Sistirung unumgänglich, und jene politischen Persönlichkeiten, die sich bei den letzten Wahlen für die Beschickung des „außerordentlichen" Reichsraths abmühten, haben für ein nunmehriges Luftgebilde gearbeitet. Glücklicher Weise ist die Zahl derselben eine sehr geringe. In der Hauptstadt Wien z. B. ist bei der gestrigen Entscheidung nur ein einziger Wahlkandidat durchgedrungen, der

nicht mit dem „Programm der Zwanzig" im Einverständniß war, und auch dieser eine hatte sich trotzdem gegen Beschickung des „außerordentlichen" erklärt. Politisch lehrreich ist in dieser Hinsicht namentlich das Stimmenverhältniß in der innern Stadt, also einem Hauptsitze der Intelligenz und des materiellen Reichthums: nun, von den erwählten Verfassungsanhängern hatte der letztgewählte noch 1176 Stimmen für sich, während für die Regierungskandidaten die höchste Ziffer 78, die niedrigste gar nur 10 war. Was immer nun der Rückstand in den Wahlen auch noch bringen möge, so viel ist schon jetzt außer Zweifel, daß sich die Deutsch-Oesterreicher in dieser Krisis als eine zusammenhaltende Kernmasse bethätigt haben, mit welcher man in der Politik Rechnung halten muß, gleichviel ob es Jemand lieb oder leid sey. „Non de nobis sine nobis."

Graf Belcredi tritt fast unbedauert aus seiner Stellung: die Deutsch-Oesterreicher und das Bürgerthum sehen einen selbstverständlichen Gewinn in seinem Austritt, möge er erfolgt seyn, aus welchem Anstoß er wolle, und die Tschechen, welche er förmlich verhätschelte, widmen ihm nur einen lauen Nachruf. Was die Magyaren betrifft, so bedürfen sie der Sistirungspolitik für die Länder diesseits der Leitha nicht mehr, und sowohl Protektion des Slawismus als Antipathie gegen Verfassungswesen wäre ihrem natürlichen Interesse zuwider. Nunmehr soll, wie es heißt, sofort das ungarische Ministerium ernannt werden. Die „Siebenundsechzigerkommission" des ungarischen Landtags ist mit dem „Fünfzehnerelaborate" bereits fertig; die Partei Deak hat Alles, was zu dem Einverständniß mit Wien erforderlich war, siegreich durchgesetzt und harrt nun des unter dieser Bedingung zugesagten Ministeriums für Pesth, wird sich hierin auch nicht getäuscht sehen.

Inzwischen kommen aus Kroatien bereits Petitionen hier an, die sich gegen jeden Einfluß eines ungarischen Ministeriums auf kroatische Verhältnisse verwahren; sie berufen sich fest auf den „Artikel 42 von 1861", welcher freilich nur eine papierene Schanze ist. Man sieht übrigens, mit der Befriedigung der Magyaren ist man noch keineswegs über alle Schwierigkeiten hinaus.

6. Februar 1867.

Es scheint definitiv entschieden, daß anstatt des außerordentlichen Reichsraths nunmehr der sistirte verfassungsmäßige einberufen wird; auch die Wahlen aus den Landtagen in den Reichsrath sollen in der gesetzlichen Weise stattfinden. Außerdem kündigt man eine Gesetzvorlage über Verantwortlichkeit der Minister an. Als politische Richtung im Ganzen ist kaum eine andere moralisch möglich, da ja für Ungarn ein verantwortliches Ministerium und ein Verfassungssystem im strengsten parlamentarischen Sinne jetzt definitiv feststeht, so daß es dort ins Leben getreten seyn wird, bevor in Wien der Reichsrath seine Sitzungen beginnt. So gewinnen denn nach und nach die inneren Zustände Oesterreichs wieder einen festeren Boden. Mit der Protektion für tschechischen Separatismus wird es nun ohnehin zu Ende seyn, und in der neuen politischen Strömung wird sich auch der separatistische oder absolutistische Theil der Aristokratie mehr nach dem Vorbilde der englischen richten müssen, wozu er nach seiner sozialen Stellung ganz wohl das Zeug hat, und Das wird ihm selbst, so wie der Gesammtheit, zum Vortheil gereichen. Auch die kirchlich gesinnte Richtung, Das halte ich für einen oftbewährten Erfahrungssatz, gewinnt bei freier Bewegung und bei jeder Schwächung bürokratischer Omnipotenz von selbst. Woran man lange nicht denken mochte, Das wagt man Angesichts der neuen, glücklichen Krisis freudig zu hoffen: Oesterreich geht jetzt einer anderen und einer besseren Zukunft entgegen. Uebelstände sind allerdings noch in Menge da, und vermißt wird noch gar Manches; aber wo geistige Bewegung ist, da ist auch Leben und Aufschwung, und in Siechthum wenigstens werden wir nicht mehr zurückfallen.

Das Landtagskomitee für Niederösterreich hat sich nach vollendeter Aufgabe aufgelöst. Der erlangte Wahlsieg ist glänzend. Heute findet die Wahl des Großgrundbesitzes für Niederösterreich statt, und es ist Aussicht vorhanden, daß sie nicht verfassungsfeindlich ausfallen werde. Auf die Länge kann es nicht die Rolle eines politischen Adels seyn, heute in dieser, morgen in jener Färbung zu schillern, je nachdem gerade die Windfahne des jeweiligen Ministeriums steht. Die Bedeutung der englischen Aristokratie beruht auf einer andern Grundlage.

Ethnographisch ist aus den letzten Wahlen bemerkenswerth, daß

im Süden die Slowenen bedeutend an Boden gewonnen haben. Selbst nach Gratz senden sie einige Abgeordnete weiter, als bisher, in den Landtag; vollends in Krain aber hat sie ihr Erfolg ganz übermüthig gemacht. Slowenen und deutsche „Nicht-Cherusker“ träumen bereits von einem großen Südslawenreich. Kaiserlich ist Das nicht, so wenig als irgend ein anderer Separatismus; auch ministeriumsfreundlich kann man die Slowenen nicht nennen, denn z. B. in Krainburg stellten sie dem Regierungskandidaten einen der ihrigen in Opposition gegenüber. Sogar die rein- und urdeutsche Stadt Gottschee hat slowenisch gewählt: was Das für einen Sinn und Verstand haben soll, ist räthselhaft.

In sozialer Beziehung wird hervorgehoben, daß hier in Wien die aktiven Administrativbeamten sich meist der Ausübung des Wahlrechts enthielten; Gerichtsbeamte hingegen, so wie pensionirte Staatsdiener, stimmten ungenirt mit für die Kandidaten des Wahlkomitee's. Uebrigens wird das Gleiche auch von einem Polizei- und einem Statthaltereirath erzählt. Was die Geistlichkeit betrifft, so stimmten z. B. die „Schotten“ und die Professoren des Piaristengymnasiums wie ein Mann im Sinne der Verfassungspartei.

7. Februar 1867.

Der gestrige Wahlakt des Großgrundbesitzes für den niederösterreichischen Landtag bot ein sehr belebtes Bild: mehrfach schwankte die ernste Wage, bis schließlich eine geringe Majorität den Ausschlag für die „Feudalen“ gab. Die hiesigen Blätter gebrauchen die Bezeichnungen „feudal“ und „verfassungstreu“ für die beiden Wahlparteien, offenbar weil die Eigenschaft „konservativ“ lediglich kein Gegensatz zu „verfassungstreu“ wäre, wogegen andererseits „feudal“, als zunächst auf bloße Standesinteressen bezüglich, vielleicht auch nicht eine allgemein zutreffende Benennung ist. Bei dem Wahlakte fand die itio in partes auch räumlich ihren Ausdruck: die beiden Parteien hielten sich in dem Saale getrennt von einander. Zahl der Wahlberechtigten 200; abgegebene Stimmen (persönlich oder durch Vollmacht) 175; absolute Majorität 88. Zu erwählen waren 15 Abgeordnete: erwählt sind 13 „Feudale,“ ein „Verfassungstreuer“ Graf Brints, und für den noch fehlenden Fünfzehnten findet heute eine Nachwahl statt. Die höchste Stimmenzahl, die

auf einen Abgeordneten fiel, war 95, und diese bekam nur einer; 82 bis 87 Stimmen hatten nicht weniger als 12 Wahlkandidaten der Verfassungspartei. Diese so ganz nahe an die Majorität anstreifenden Minoritätsziffern verringern das moralische Gewicht des Wahlergebnisses sehr wesentlich; die Majorität im Landtag ist ohnehin unabhängig davon. Eben so weist das Wahlergebniß bei dem Großgrundbesitz in Böhmen ganz bedeutsame Minoritäten auf; den obsiegenden 190 feudalen Wahlstimmen in dem nicht auf Fideikommiß beruhenden Großgrundbesitze standen dort 173 verfassungstreue Stimmen gegenüber. In Mähren drangen bei dem Wahlakte des Großgrundbesitzes 13 Feudale durch; 7 Gewählte gehören der Mittrowsky'schen Mittelpartei an; für 5 Abgeordnetensitze aus demselben Stand ist eine Nachwahl erforderlich. In Kärnthen hat der Großgrundbesitz gänzlich im Sinne der Verfassung gewählt, und der gesammte Landtag wird kein anderes politisches Element enthalten.

In der „Neuen freien Presse“ reklamirt heute „ein Verfassungsfreund im Stande der aktiven Beamten“ gegen die Angabe, daß bei den Wahlen der inneren Stadt der aktive Beamtenstand durch seine Abwesenheit, erglänzt habe, und hebt namentlich hervor, daß auch Beamte des Staatsministeriums durchaus unbeirrt ihr Wahlrecht ausübten und dabei die Kandidatenliste des Landtags-Wahlkomitee's annahmen. „Die geringe Betheiligung der Wähler aus dem aktiven Beamtenstand, welcher seine Gesinnungstüchtigkeit eben so wie seine Leistungsfähigkeit im Reichsrath und in den Landtagen vielfach erprobte, wolle daher vorzugsweise dem consilio abeundi zugeschrieben werden, womit von vorn herein jede neue Kandidatur aus diesem Stand zurückgewiesen wurde.“ Dies ist der Schlußsatz der Reklamation. Nun möchte ich unmaßgeblich fragen, ob die politische Haltung und Gesinnung des Beamtenstandes, und ganz eben so, ob die oben erwähnte Statistik der Wahlstimmen des Großgrundbesitzes eine Parallele mit Preußen oder irgend einem andern Staate Deutschlands zu scheuen hat. In mehr als einer Beziehung, däucht mir, käme für Oesterreich dabei sogar ein Vorrang heraus.

---

8. Februar 1867.

Graf Belcredi hat den Oesterreichern diesseits der Leitha Etwas verschafft, was ihnen Hr. v. Schmerling nicht zu verschaffen

im Stande war: die Festigkeit ihrer Verfassung. Zwar hat er Das nicht direkt bewerkstelligt, aber zu dem Wahlkampfe, der Solches that, hat er den Anstoß gegeben. Im politischen Leben besitzt man erst Das recht, was man selbst errang, und auch das Verliehene muß man erst geistig nacherwerben und es sich praktisch anzueignen verstehen. Dies war die Leistung und Bedeutung des letzten Wahlkampfes. Die Februarverfassung ist jetzt eine Fahne, die in der Schlacht die Feuertaufe empfing; auch die allerliberalste Oktroyirung nebendran wäre Nichts als ein Stück Seidenzeug ohne Weihe.

Wenn jetzt ein Gesetz über Verantwortlichkeit der Minister nachfolgt, so stellt es sich auf den Boden einer Thatsache. Man hat es Hrn. v. Schmerling zum Vorwurf gemacht, daß er ein solches Gesetz nicht zuwege brachte; es würde damals eine blose Form gewesen seyn. In den Anfängen parlamentarischer Entwicklung taucht mitunter ein fast naiver Aberglaube an Papier auf. Ein Gesetz über Verantwortlichkeit der Minister soll „die Verfassung schützen." Als ob Jemand, der eine Verfassung in die Tasche steckt, nicht ganz eben so gut auch das Gesetz über die Verantwortlichkeit mit beischöbe! Der letzte Wahlkampf hat die Dienste eines solchen Gesetzes gethan: man wird sich nicht so leicht wieder einer solchen Krisis aussetzen. England selbst ist nicht anders zu der politischen Festigkeit seiner Zustände gelangt. Seine Freiheit stellte sich nach und nach thatsächlich auf dem Wege der Praxis fest, und eben darum gibt es dort unantastbare Errungenschaften, für welche ein Einführungsgesetz gar nicht einmal vorhanden ist. (Für die Freiheit der Presse, für die Oeffentlichkeit der Parlamentsverhandlungen, für das Hervorgehen der Ministerien aus der parlamentarischen Majorität ꝛc. hat England bekanntlich keine Gesetze.)

Was nun für Oesterreich diesseits der Leitha praktisch errungen ist, das ist ein Verdienst der Deutsch-Oesterreicher; die Errungenschaft selber aber kommt auch Andern zu gut, die an dem Verdienst unbetheiligt geblieben sind. Tschechen, Polen, und Slowenen z. B. trugen dazu Nichts bei; sie ließen sich von der Belcredi'schen Politik protegiren, was weiter keine politische Leistung war. In ihrem Separatismus hätten sie ohnehin keinem Ministerium zu imponiren vermocht, auch nicht einmal einem solchen in Prag, Lemberg, oder Laibach, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil ein tschechischer Separatismus die Deutsch-Böhmen, ein polnischer die galizischen

Deutschen und Ruthenen, ein slowenischer vollends die Gebildeten seines eigenen Stammes gegen sich hat. Isolirtheit ist Entbehrung der Macht; „die Freiheit ist bei der Macht allein." Es zieht sich eine gewichtige Folgerung daraus. Für eine machtvoll konstitutionelle Rechtsentwicklung diesseits der Leitha ist nur Wien der geeignete Mittelpunkt, und nur das Zusammenwirken mit den Deutschen Oesterreichs das rechte Mittel. Isolirte Tendenzen der kleineren Nationalitäten sind machtlos.

Also auf dem Boden der Verfassung vorwärts für Kaiser und Reich! Das Deutschthum allein ist auch andern Nationalitäten gerecht. Durch den Separatismus aber wird nicht nur die Machtstellung der Gesammtheit, welche das natürliche Interesse Aller ist, sondern auch die Freiheit der Einzeltheile gefährdet. Capiat, qui capere potest.

---

9. Februar 1867.

Wenn der Ministerwechsel nur um wenige Tage früher gekommen wäre, hätte es mit den Wahlen des Großgrundbesitzes hier in Wien wahrscheinlich eine entgegengesetzte Wendung genommen. Es ist eine Eigenthümlichkeit von Oesterreich, daß bei diesen Wahlen außer den Erzherzogen auch der Kaiser selbst als Großgrundbesitzer sein Votum hat und davon Gebrauch macht (natürlich nicht gegen seine Minister). Nun wurden in Wien demgemäß gleich zu Anfang des Wahlaktes neun Stimmen im Namen des Kaisers und der Erzherzoge abgegeben, sämmtlich noch in Belcredi'schem Sinn, und gerade diese neun Stimmen entschieden über den Ausgang der Wahl (13 Feudale und 2 Verfassungsanhänger als Abgeordnete); denn die Stimmenzahl für die Feudalen bewegte sich zwischen 88 und 95, während mit 88 auch die beiden Verfassungsanhänger (darunter Prälat Helferstorffer) erwählt wurden, und die nächstkommende Folgereihe von Wahlstimmen ausschließlich den Verfassungsfreunden gehörte. Mehr und mehr tritt nun in der öffentlichen Stimmung eine heitere Zuversicht hervor, daß Oesterreich in Folge der bestandenen Krisis in einem neuen Aufschwung begriffen ist und einer gedeihlichen Zukunft entgegengeht. Auf der Börse übersetzt sich diese Stimmung in täglich steigende Kurse; in dem Volksleben zeigt sich ein Erleichterungsgefühl, wie wenn eine gepreßte Brust ...ckenden Alp los wird.

In Tyrol sind die Wahlen des Großgrundbesitzes (10) sämmtlich im Sinne der Verfassungspartei ausgefallen. Hier in Wien findet keine Nachwahl statt; es hat sich ergeben, daß Prälat Helferstorffer (einer der Kandidaten der Verfassungspartei) nicht 87, wie man zuerst annahm, sondern 88 Wahlstimmen erhalten hatte, so daß also für ihn die absolute Majorität erreicht war. Wie sehr Alles an einem Faden hing, sieht man aus der einfachen Berechnung, daß, wenn sich nur 7 Wahlstimmen weiter für die Verfassungspartei eingefunden hätten, die Anzahl der stimmenden Wähler alsdann 182, die Ziffer der absoluten Majorität aber 92 gewesen wäre; da nun von den erwählten „Feudalen" nur ein einziger mehr als 91 Stimmen auf sich vereinigte, so ergibt sich die Folgerung von selbst.

Die „Narodni Listy" beklagen sich, daß man die Tschechen isolirt habe. Indeß, beim Lichte betrachtet, haben sie sich vielmehr selber isolirt. Von der koruna ceska, der St. Wenzelskrone, wollen auch die Slawen Mährens Nichts wissen; durch Sympathien für russische Orden haben die Tschechen sich die Polen, durch Unterdrückungsgelüste die Deutschen, durch Allianz mit dem Feudalismus die Liberalen, durch den Wunsch hinter die Schlacht am Weißen Berge zurück die gut Kaiserlichen entfremdet. In welcher Eigenschaft endlich sollte man für die Tschechen Partei nehmen?

Die Ausnahmsmaßregel, welche in Südtyrol den Belagerungszustand (die mildere Form desselben) einführt, war in Folge der Wahlbewegung nothwendig geworden. Abgesehen davon, daß in Trient und Roveredo nur Italianissimi in den Tyroler Landtag gewählt wurden, und zwar in Folge eines unerhörten Systems von Einschüchterungen und Drohungen, welches gegen die sogenannte österreichische Partei in's Werk gesetzt ward, fanden in Roveredo förmliche Exzesse statt. Der Pöbel, in dessen Mitte sich auch zahlreiche „Signori" befanden, erzwang am 31. Januar die Schließung der Läden. Unter wildem Geschrei zog die Menge nach dem Corso vor das Bezirksamt. Man vernahm die Rufe: „Viva Vittorio Emmanuele! Viva Garibaldi! Abasso l'Austria! Morte a l'Austria! Abasso l'Aquila!" Schließlich flogen Steine gegen das kaiserliche Wappen. Das Militär war konsignirt, schritt aber nicht ein; es wurden jedoch Verhaftungen vorgenommen. In der Nacht traf ein Bataillon Infanterie von Trient als Verstärkung ein.

10. Februar 1567.

Nur eine kräftige Natur wird ein erlittenes großes Unglück eine Läuterung, möglicher Weise eine Erhebung. Oesterreich steht im Begriff, sowohl den Freunden als den Gegnern den Beweis zu liefern, daß es zu den *kräftigen* Naturen gehört. Der Tag von Königgrätz, konnte man glauben, habe entnervend gewirkt: statt dessen sehen wir die Entwicklungen einer frischen Lebenskraft vor uns, und der Staatskörper, wie man nach überwundener Krisis zu sagen pflegt, ist „gesünder als vorher.“ Im Auslande hat man Oesterreich theilweise verkannt. Jene blasirte Welt, die aus Abnützung schon in der Jugend alt wird, die sich inmitten der Genußsucht aus Geistesleere langweilt und deren Auge nur aufleuchtet bei dem Reiz irgend einer neuen Frivolität, ist zwar als Einzelerscheinung ausgedehnt genug, aber sie ist nicht Oesterreich, ist nicht Wien. Es handelt sich dabei um die Nachwehen eines Regierungssystems, das eine derartige Geistesabtödtung für einen staatlichen Vortheil hielt. Auch das Schiller'sche Gleichniß von den „Phäaken“ paßt nicht mehr. Jene anderen Worte Schillers hingegen: „und der Mensch griff denkend in seine Brust,“ *die* passen auf den deutsch-österreichischen Charakter, wie er sich in der letzten Krisis erwies. Und das Volk, welches diesen Wahlkampf durchführte, das ist ein kernhaftes Geschlecht, welches von welker Blasirtheit auch nicht eine Spur hat. Mit einem solchen geistigen Material kann man eine politische Zukunft aufbauen, und sie wird eine feste seyn.

Auch Das ist ein beachtenswerther Baustein für die Zukunft, daß in Oesterreich sich ein Bestandtheil der Aristokratie hervorhob, der das Verständniß der englischen für ein *Verfassungsleben* hat. In mehreren Kronländern hat der Großgrundbesitz gänzlich im Sinne der konstitutionellen Richtung gewählt: in andern war die Minderheit der Gleichgesinnten nur um wenige Stimmen von der Mehrheitsziffer entfernt. Erstere Mehrheit und letztere Minderheit sind aus Mitgliedern zusammengesetzt, die man in England Whigs oder liberale Tories nennen würde. Wenn man noch *mehr* deutsche Länder aufweist, wo der große Grundbesitz in gleichem Zahlenverhältniß und mit gleicher Energie für eine bedrohte Verfassung einzustehen bereit ist, so wünschen wir Glück dazu. Häufig genug findet man statt dessen ein gewisses Vorurtheil, das sich mit fast ritterlicher Scheu vor einem weiten und freien Spielraum öffent-

lichen Lebens zu fürchten scheint. Nicht eine solche Aengstlichkeit zu pflegen, sondern die Freiheit konservativ und den Konservatismus freisinnig machen zu helfen, Das ist in unsern Zeiten der Beruf und die Aufgabe einer wahren Aristokratie.

Im Jahr 1809 hatte sich, nach einem denkwürdigen Ausspruch, „die Freiheit unter die Fahnen Oesterreichs geflüchtet." Es war die strengste Wahrheit. So weit die Herrschaft Napoleons I. reichte, stand damals Alles unter einem gleichmäßigen Druck; das Wort und die Presse waren gefesselt; kaum konnte man anders athmen, als wie es der „Moniteur" befahl. Erst 1813 erfolgte der Sieg; in dem einen wie in dem andern Jahre galt es nicht nur die Befreiung von einem äußern, sondern auch von einem innern Druck. Es ist keine Neuerung für Oesterreich, wenn man es für eine zeitgemäße Freiheit eintreten sieht.

Damals förderte die Freiheit auch die Macht; im rechten Verständniß wird es auch jetzt nicht anders seyn. Stoße man sich nicht an den Besonderheiten für Ungarn. „Oesterreich kann nicht ohne Ungarn bestehen," sagt Deak, aber er sagt eben so: „Ungarn kann nicht bestehen ohne Oesterreich." Blicken wir zurück: Oesterreich ist eine Großmacht gewesen, und hat als solche eingegriffen in die Geschicke Europa's, während die Verbindung mit Ungarn fast eine blose Personalunion war. Auf jenem Dogma Deaks aber beruht eine geistige Annäherung der Völker: diese hatte man vormals nicht.

---

11. Februar 1867.

Für den Zusammentritt des Reichsraths (man wird nicht den „engern" und nicht den „weitern", sondern einfach „den Reichsrath", wie es auch 1861 geschah, einberufen) sieht man keine wesentlichen Schwierigkeiten voraus. Es war eine unnütze Wortklauberei, in dieser Beziehung eine Kompetenzstreitigkeit zu erheben. Thatsächlich war „der Reichsrath" gleich zu Anfang (1861) der engere, und nachher erfuhr er durch Hrn. v. Schmerling einigemal erst am Sitzungsmorgen, ob er heute als engerer oder als weiterer beisammen sey. Da es „der Reichsrath" ohne Unterschiedsbezeichnung war, welcher die Februarverfassung annahm, so wird „der Reichsrath" in gleichem Sinne wohl auch zu einer Aenderung für den Ausgleich mit Ungarn kompetent seyn: jedenfalls faßt es der

Deutschen und Ruthenen, ein slowenischer vollends die Gebildeten seines eigenen Stammes gegen sich hat. Isolirtheit ist Entbehrung der Macht; „die Freiheit ist bei der Macht allein.“ Es zieht sich eine gewichtige Folgerung daraus. Für eine machtvoll konstitutionelle Rechtsentwicklung diesseits der Leitha ist nur Wien der geeignete Mittelpunkt, und nur das Zusammenwirken mit den Deutschen Oesterreichs das rechte Mittel. Isolirte Tendenzen der kleineren Nationalitäten sind machtlos.

Also auf dem Boden der Verfassung vorwärts für Kaiser und Reich! Das Deutschthum allein ist auch andern Nationalitäten gerecht. Durch den Separatismus aber wird nicht nur die Machtstellung der Gesammtheit, welche das natürliche Interesse Aller ist, sondern auch die Freiheit der Einzeltheile gefährdet. Capiat, qui capere potest.

---

9. Februar 1867.

Wenn der Ministerwechsel nur um wenige Tage früher gekommen wäre, hätte es mit den Wahlen des Großgrundbesitzes hier in Wien wahrscheinlich eine entgegengesetzte Wendung genommen. Es ist eine Eigenthümlichkeit von Oesterreich, daß bei diesen Wahlen außer den Erzherzogen auch der Kaiser selbst als Großgrundbesitzer sein Votum hat und davon Gebrauch macht (natürlich nicht gegen seine Minister). Nun wurden in Wien demgemäß gleich zu Anfang des Wahlaktes neun Stimmen im Namen des Kaisers und der Erzherzoge abgegeben, sämmtlich noch in Belcredi'schem Sinn, und gerade diese neun Stimmen entschieden über den Ausgang der Wahl (13 Feudale und 2 Verfassungsanhänger als Abgeordnete); denn die Stimmenzahl für die Feudalen bewegte sich zwischen 88 und 95, während mit 88 auch die beiden Verfassungsanhänger (darunter Prälat Helferstorffer) erwählt wurden, und die nächstkommende Folgereihe von Wahlstimmen ausschließlich den Verfassungsfreunden gehörte. Mehr und mehr tritt nun in der öffentlichen Stimmung eine heitere Zuversicht hervor, daß Oesterreich in Folge der bestandenen Krisis in einem neuen Aufschwung begriffen ist und einer gedeihlichen Zukunft entgegengeht. Auf der Börse übersetzt sich diese Stimmung in täglich steigende Kurse; in dem Volksleben zeigt sich ein Erleichterungsgefühl, wie wenn eine gepreßte Brust einen drückenden Alp los wird.

In Tyrol sind die Wahlen des Großgrundbesitzes (10) sämmtlich im Sinne der Verfassungspartei ausgefallen. Hier in Wien findet keine Nachwahl statt; es hat sich ergeben, daß Prälat Helferstorffer (einer der Kandidaten der Verfassungspartei) nicht 87, wie man zuerst annahm, sondern 88 Wahlstimmen erhalten hatte, so daß also für ihn die absolute Majorität erreicht war. Wie sehr Alles an einem Faden hing, sieht man aus der einfachen Berechnung, daß, wenn sich nur 7 Wahlstimmen weiter für die Verfassungspartei eingefunden hätten, die Anzahl der stimmenden Wähler alsdann 182, die Ziffer der absoluten Majorität aber 92 gewesen wäre; da nun von den erwählten „Feudalen" nur ein einziger mehr als 91 Stimmen auf sich vereinigte, so ergibt sich die Folgerung von selbst.

Die „Narodni Listy" beklagen sich, daß man die Tschechen isolirt habe. Indeß, beim Lichte betrachtet, haben sie sich vielmehr selber isolirt. Von der koruna ceska, der St. Wenzelskrone, wollen auch die Slawen Mährens Nichts wissen; durch Sympathien für russische Orden haben die Tschechen sich die Polen, durch Unterdrückungsgelüste die Deutschen, durch Allianz mit dem Feudalismus die Liberalen, durch den Wunsch hinter die Schlacht am Weißen Berge zurück die gut Kaiserlichen entfremdet. In welcher Eigenschaft endlich sollte man für die Tschechen Partei nehmen?

Die Ausnahmsmaßregel, welche in Südtyrol den Belagerungszustand (die mildere Form desselben) einführt, war in Folge der Wahlbewegung nothwendig geworden. Abgesehen davon, daß in Trient und Roveredo nur Italianissimi in den Tyroler Landtag gewählt wurden, und zwar in Folge eines unerhörten Systems von Einschüchterungen und Drohungen, welches gegen die sogenannte österreichische Partei in's Werk gesetzt ward, fanden in Roveredo förmliche Exzesse statt. Der Pöbel, in dessen Mitte sich auch zahlreiche „Signori" befanden, erzwang am 31. Januar die Schließung der Läden. Unter wildem Geschrei zog die Menge nach dem Corso vor das Bezirksamt. Man vernahm die Rufe: „Viva Vittorio Emmanuele! Viva Garibaldi! Abasso l'Austria! Morte a l'Austria! Abasso l'Aquila!" Schließlich flogen Steine gegen das kaiserliche Wappen. Das Militär war konsignirt, schritt aber nicht ein; es wurden jedoch Verhaftungen vorgenommen. In der Nacht traf ein Bataillon Infanterie von Trient als Verstärkung ein.

ungarische Landtag so auf, welcher nur mit einem legalen Reichsrathe zu thun haben will, und Das ist für den Zweck des Ausgleichs die Hauptsache. Von den Polen glaubt man, daß sie den Reichsrath beschicken werden; von Seite der Tschechen bequemen die noch schmollenden Elemente sich schließlich wohl auch dazu. Blieben sie weg, so verlören sie ihren Antheil an einer parlamentarischen Macht, deren Beschlüsse darum nicht minder für sie bindend wären.

Mit der ungarischen Sache ist nun Alles einstweilen auf das beste bestellt. Was sie jetzt noch an Schwierigkeiten darbietet, Das liegt hauptsächlich nach innen zu: 1) gegenüber dem Komitatswesen, das man von Pesth aus als eine zu weit gehende Dezentralisirung einzuschränken gedenkt, und 2) gegenüber den nichtmagyarischen Nationalitäten Ungarns, welche jetzt natürlich die Gleichberechtigung verlangen werden, und mit denen sich vielleicht die magyarische Linke in Verbindung setzt. Das ungarische Ministerium bedarf der ganzen Popularität seiner Mitglieder, um alle inneren Schwierigkeiten zu überwinden: denn in der vieljährigen Opposition gegen Wien hat man gar Manches zerstört, was eine jede Regierung nöthig hat, folglich auch die jetzige Pesther. Wie es heißt, will das ungarische Ministerium gleich nach seinem Amtsantritte das Preßgesetz von 1848 wieder in's Leben rufen. Urtheile man nach dieser ganzen Situation, ob neben einer solchen Entwicklung in Ungarn eine unfreisinnige oder unzeitgemäße politische Richtung in Wien durchführbar ist!

12. Februar 1867.

Der Vorstand des „Vereins der Industriellen" hat ein dringendes Gesuch an den Handelsminister gerichtet, doch bei allen inländischen Transportgesellschaften (Eisenbahnwesen und Schifffahrt), die eine Staatsgarantie oder eine Staatssubvention genießen, dahin wirken zu wollen, daß deren Materialbedarf vorzugsweise von inländischen Industriellen bezogen werde, es sey denn, daß durch öffentliche Submissionsverhandlung ein ausländisches Offert sich als günstiger erweise. Schon in der vorjährigen Generalversammlung des Vereins hatte sich der Klagepunkt geltend gemacht, daß insbesondere der „Lloyd", obwohl vom Staate mit jährlich 2 Millionen Gulden subventionirt, seine Schiffe und Schiffsmaschinen systematisch

aus dem Ausland hole. Offenbar hat der sich österreichisch nennende Lloyd Unrecht; es ist nicht zu verlangen, daß der österreichische Industrielle unter die Engländer gehe, um in Oesterreich eine solche Begünstigung zu finden, und wenn er es thäte, so zahlte er ja keine österreichischen Steuern mehr, sondern englische, was doch nicht wohl im Interesse des Kaiserstaats Oesterreich liegt.

13. Februar 1867.

Die Sache des ungarischen Ministeriums unterliegt noch einem Aufschub; man will wissen, es sey eine Stockung eingetreten, die sich auf militärische Verhältnisse beziehe, doch wird dieser Behauptung von anderer Seite widersprochen. Gleichzeitig meldet sich in Ungarn eine gewisse Reaktion gegen die Partei Deak an, verleugnet von der Linken, welche auf dem ungarischen Landtag in einer so entschiedenen Minorität blieb, aber von ihren Prinzipien ausgehend. Man verlegt sich auf Demonstrationen und Umtriebe in der Art der Italianissimi, hat auch ein heimlich gedrucktes Blatt, betitelt: „1849", und was dergleichen mehr ist. Die Leute waren so lange an blose Negation und Opposition gewöhnt und darin geschult worden, daß nun auch cessante causa noch ein effectus fortdauert und die fest eingewurzelte Gewohnheit selbst gegen die endlich erlangte Lösung reagirt.

Diesseits der Leitha tritt nunmehr ebenfalls eine politische Spaltung hervor, welche übrigens vorherzusehen war. Gegen den außerordentlichen Reichsrath und den ungesetzlichen Wahlmodus war man von deutscher Seite einhellig: nachdem aber der verfassungsmäßige Boden vorerst wieder erobert ist, handelt es sich um die Frage, wie weit man in den Zugeständnissen an Ungarn gehen soll, und darin gibt es sehr verschiedenartige Standpunkte. Die „Autonomisten" z. B., obwohl sie zuerst und am weitesten dem ungarischen Ausgleich entgegenkamen, sind verstimmt, weil sie die parlamentarische Behandlung der „gemeinsamen Angelegenheiten" vermissen: blose Konferenzen beiderseitiger Delegirten genügen ihnen nicht. Auch die strengen „Zentralisten", welche von dem Anspruch, Ungarn solle einfach den Wiener Reichsrath beschicken, nicht die Breite eines Zolls nachzulassen geneigt sind, rühren sich wieder. Ich glaube nicht, daß diese Partei obenauf kommt: was in dem

ersten Enthusiasmus über die Februarverfassung, 1861, ihren eifrigsten Anhängern als undurchsetzbar erschien — machte man doch weder für Ungarn noch für Kroatien von dem verfassungsmäßig vorbehaltenen Mittel direkter Wahlen in den Reichsrath auch nur versuchsweise Gebrauch! — Das bietet 1867 lediglich keine Aussicht auf Erfolg mehr dar, und ohne den Glauben an die Möglichkeit eines solchen hält keine Partei in der Welt ihre geschlossenen Reihen fest. Es ist klar genug, daß man im Namen eines Wiener Zentralismus nicht gleichzeitig den Magyaren und den slawischen Föderalisten, welche ihrerseits das ganze Reich zerstückeln würden, nachhaltig die Spitze zu bieten vermag. Früher glaubte ich, eine Diktatur, wie im alten Rom, würde dieser Leistung gewachsen seyn: seit Solferino und Königgrätz, wohin wir in Abwesenheit jeder Volksvertretung gelangten, glaube ich es nicht mehr. Jedenfalls ist für eine „Reichseinheit um jeden Preis“ auch nicht die Spur einer öffentlichen Stimmung vorhanden. Man kann den Dualismus für ein Uebel ansehen, aber man kommt heutigen Tags nicht darüber hinaus, daß er ein unvermeidliches ist.

Die Belcredi'sche Politik hat uns eine schlimme Erbschaft von föderalistischen Separatismen hinterlassen, die sich nicht nur für tolerirt, sondern nur protegirt hielten. Als neueste tschechische Kundgebung wird gemeldet, daß die Gemeindevertretung von Pilsen beschlossen hat, die deutsche Hauptschule der Stadt in eine tschechische zu verwandeln; der Beschluß ist mit 15 gegen 14 Stimmen gefaßt, steht also nur auf einem Bein, wie die Ansprüche derartiger Majoritäten überhaupt. In Krain überheben sich die Slowenen ihres Wahlsieges dermaßen, daß in Laibach die Unsitte auftaucht, den Deutschen die Hüte einzutreiben, wie Das eine Zeit lang zu Prag in der Mode war. Ueber die Excesse im südlichen Tyrol, die zu der endlich verhängten Ausnahmsmaßregel nöthigten, erfährt man nachträglich, daß z. B. in einer Landgemeinde, die als gut kaiserlich gesinnt bekannt ist, zwei junge Bursche den Doppeladler von der Mauer eines [illegible] Gebäudes abrissen. Und diese Bursche waren Militärurlauber! So berichten [illegible] übereinstimmend [illegible] Blätter. Die Ultramontanen auf dem Tyroler Landtag [illegible] als [illegible] wie [illegible] Zöllner und [illegible] aus den [illegible] [illegible], wenn man diesen ewigen Demonstrationen [illegible] sieht.

Der verfassungsmäßige Reichsrath soll auf den 18. März einberufen werden. Möglicher Weise zieht sich auch die definitive Neugestaltung des westländischen Ministeriums bis auf diesen Zeitpunkt hinaus, in welchem Falle man, wie es heißt, blos provisorische Leiter der einzelnen Ministerien ernennen würde.

— —

14. Februar 1867.

Die Konferenz von Abgeordneten bei dem Frhrn. v. Pratobevera wird diesmal schwerlich zu einem formulirten Beschlusse führen: hiezu ist die Lage noch nicht reif, und auch die Ansichten scheint es, gehen noch weit auseinander. Vorgreifen will man denn auch nicht, während für den Reichsrath die Abgeordneten noch gar nicht gewählt sind. Bei der früheren Konferenz lagen die Dinge anders: damals handelte es sich um die Ablehnung eines ungesetzlichen Wahlmodus, was eine unmittelbar dringende Frage war, und die zusammentretende Versammlung sprach nur Das aus, worüber die öffentliche Meinung der Deutschösterreicher sich bereits einig fand. Was den Ausgleich mit Ungarn betrifft, so ist Das in Bezug auf die Einzelheiten selbstverständlich eine Frage, die sich nicht „über's Knie abbrechen", d. h. nicht in einer vorläufigen Konferenz abthun läßt. Eine bedeutsame Gegenstimme erhebt sich in einer Flugschrift, die bei Gerold erschien: „Der Ausgleich mit Ungarn, vom österreichischen Standpunkte beleuchtet." Der Verfasser ist der Ansicht, daß der Ausgleich, so wie er bis jetzt vorliegt, auch das Ansehen Oesterreichs nach außen schmälere, und rechnet insbesondere in finanzieller Beziehung mit speziellen Ziffern aus, daß die westliche Reichshälfte dabei ganz wesentlich zu kurz komme. Ueber den ersten Punkt möchte wohl das Urtheil des Auslandes, wie es sich schon seither ausgesprochen hat, eher entgegengesetzt lauten. Und was soll denn sonst geschehen, wenn man den Ausgleich nicht will? Die Rückkehr zum Absolutismus hält auch die Flugschrift nicht für das etwaige Heilmittel: Dies hat seinen triftigen Grund, denn der Absolutismus ist bei Solferino und bei Königgrätz aufs Haupt geschlagen worden. In einer Diktatur fände sich keine Lösung. Der ungenannte Verfasser der Flugschrift aber meint: um nicht finanziell diesseits der Leitha maßlos übervortheilt zu werden, zur Vermeidung „materiellen und finanziellen Ruins",

möge man vom österreichischen Standpunkte lieber die volle und reine „Personalunion“ vorziehen. Ueber die finanziellen Punkte, so wie über andere Einzelheiten, steht ja erst eine Berathung und Beschlußnahme diesseits bevor: in politischer Hinsicht aber: — sollte da in der That die blose Personalunion nicht ein weit schlimmerer Riß seyn, als der getadelte „Ausgleich?“

15. Februar 1867.

Das politische Stichwort ist zunächst eine französische Mode: in Paris folgt je eines dem andern, wie die Regierungswechsel. Eine jede Zeitgestaltung will ihr Motto haben. Die Regierungsform Frankreichs vor der Revolution von 1789 war „ein Despotismus, gemildert durch Knittelverse“, d. h. durch die Furcht vor dem Spott. Ludwig XIV. sagte: „der Staat, das bin ich;“ ob übrigens er selbst darin ein politisches Stichwort sah (nachgehends wurde eines daraus gemacht), ist noch zweifelhaft. Ehe man zu sagen anfing: „der Staat“, sagte man in demselben Sinne: „der König“, und in der Uebergangszeit zwischen beiden Bezeichnungen konnte der Beherrscher Frankreichs jene Aeußerung möglicher Weise auch ganz unbefangen thun, nämlich ohne Anspruch auf eine Theorie des Absolutismus, deren er im Besitz unbestrittener Machtvollkommenheit jedenfalls nicht bedurfte. Auf den vollkommenen Absolutismus folgte nachgehends die vollkommene Revolution; sie verkündigte unter Anderm „Krieg den Pallästen und Friede den Hütten“, woran aber die zweite Hälfte erlogen war. In der Vendee z. B. zündete man eben so gut auch Hütten an, und in Frankreich überhaupt köpfte die Guillotine nicht blos Edelleute, sondern auch schlichte Bürger und Bauern. Die Revolution brachte den Krieg, der Krieg die Säbelherrschaft. Als General Bonaparte den Rath der Fünfhundert auseinandersprengte, vertrieb er sie, wie der Soldatenausdruck war, „aus ihrer Schwätzkaserne“: der Ausdruck ist bezeichnend für das Zeitalter. Aus einem siegreichen Feldherrn wurde ein Kaiser, und der Kaiser umgab sich mit einer neuen Aristokratie. „Ich bin selbst ein Ahne“, sprach ein solcher Marschall-Herzog; Napoleon aber, nach dem Verhängniß von 1813, gab dem Gedanken Raum: „Wenn ich mein Enkel wäre!“ Zum Nutzen Frankreichs, auf daß einer Gebietsverminderung der Nimbus des alten König-

thums entgegentrete, erfand Talleyrand nachher das Stichwort der „Legitimität"; von seinen Landsleuten ist er verkannt worden: die Franzosen sind ihm noch ein öffentliches Denkmal schuldig. Von den bourbonischen Prinzen kehrte damals zuerst der Graf von Artois zurück, und man legte ihm das Stichwort in den Mund: „Es ist nur ein Franzose weiter in Frankreich" (il n'y a qu'un Français de plus). Dann kam ein anderes Stichwort an die Reihe („Nichts vergessen und nichts gelernt"), und als Karl X. wurde derselbe Graf von Artois, nun ein Franzose weniger, wieder ein Flüchtling und Verbannter.

Eine Revolution bringt natürlich auch neue Stichworte mit sich: die vom Juli 1830 brachte zuvörderst die „Verfassung, die man auch hält", (la charte-vérité) und den „republikanischen König" (le roi-citoyen). Auf Ludwig Philipp hätte besser die Bezeichnung eines „bürgerlichen Königs" (roi-bourgeois) gepaßt; in dem Gebiete der Mährchenwelt wäre er als „König Regenschirm" zu verewigen gewesen. Frankreich hat die Eigenheit, daß sein Thron mitunter ins Wanken kommt, während man ihn eben von den solidesten Bürgschaften umgeben glaubt. Ludwig Philipp stürzte, als man sich Dessen gerade am wenigsten versah, stieg mit dem Regenschirm unter dem Arm unerkannt in einen Fiaker, und entkam glücklich über die französische Gränze. Auf seinen Sturz folgte die Republik, und auf diese — denn Frankreich dreht sich beharrlich in einem Kreise herum — zuerst der Bonapartismus und sodann der Napoleonismus. Fast hätte es nun an einem neuen Stichworte gefehlt; die Republik brachte nur ein altes wieder: „Freiheit, Gleichheit, und Brüderlichkeit", von welchem Kleeblatt übrigens alle drei Bestandtheile welk waren. Der Bonapartismus leerte zuletzt abermals eine „Schwätzkaserne" aus, vermied aber den Gebrauch dieser Benennung, und der Napoleonismus endlich legte sich ein Motto bei, das in der That neu war, und in Betracht des Umstandes, daß man dem vertriebenen Ludwig Philipp insbesondere den „Frieden um jeden Preis" vorgeworfen hatte, Manchen unerwartet kam: „das Kaiserreich ist der Friede." Seit dieses Stichwort ausgesprochen wurde, haben wir drei große Kriege europäischer Mächte erlebt; bei zweien davon galt das französische Kaiserreich für den eigentlichen Urheber, und bei dem dritten schrieb man ihm ein indirectes Einverständniß zu, obgleich dasselbe nachträglich sich in seinen Berech-

[illegible]

[illegible] war das [illegible]

Erst 1813 fing man wieder an, von einem Deutschland, von seiner Freiheit und Ehre zu sprechen; Preußen stand dabei ruhmvoll voran. Um das Vorbild eines deutschen Nationalhelden zu finden, ging man damals bis auf Hermann den Cherusker zurück: so sehr hatte man die alten Kaiser mittlerweile vergessen. Ein

deutsches Kaiserthum stand auch nach den deutschen Siegen nicht wieder auf. Zwar die kleineren Staaten Deutschlands, und von den größeren Hannover, regten den Gedanken einer Wiederherstellung an auf dem Wiener Kongreß, jedoch vergeblich; nicht nur Preußen, auch die napoleonischen Schöpfungen im südlichen Deutschland machten eine ersprießliche Erneuerung des Kaisernamens unmöglich. Das Stichwort von dem „größten rein=deutschen Staate" war damals ohnehin noch nicht erfunden: im Gegentheil, das „Manuskript aus Süddeutschland", vom Anfang der zwanziger Jahre, welches süddeutsche Staatsinspirationen enthielt, wollte nicht nur Oesterreich, sondern auch Preußen als „nicht rein deutsch" lieber ausgeschlossen wissen. In den dreißiger=Jahren erfand ein preußischer Minister des Innern das Stichwort von dem „beschränkten Unterthanenverstand", und aus dem konstitutionellen Deutschland scholl als Gegenstichwort zurück: „Partikularismus ist Freiheit." Von 1841 an, als dem Zeitpunkt, wo das Ministerium Thiers den Rhein zu bedrohen schien (es wurde nachher die „Einbastillirung" von Paris daraus), erhob sich in Deutschland eine immer stärker werdende Strömung zu Gunsten einer „nationalen Einheit", welche theilweis auch den partikularistischen Liberalismus zu sich herüberzog. Im Jahr 1848 war sie bereits mächtig genug, um selbst in den Stürmen der Revolution die „deutsche Einheit" ebenbürtig neben die „demokratische Freiheit" zu setzen. Dem Frankfurter Parlament zwar mißlang, was auch dem Wiener Kongreß nicht gelungen war, und die Demokratie, welche Alles auf „breitester Unterlage" errichten wollte, sah sich in anderer Art selbst, als man sie umwarf, auf die „breiteste Unterlage" gestülpt. Jedoch der deutsche Einheitsdrang, ob auch in den mannigfaltigsten Auffassungen variirt, überlebte Dies Alles: „Deutschlands Größe" und „Deutschlands Interessen" sind seither auch diplomatische Stichworte geworden, die man von 1850 bis 1866 sowohl in österreichischen als in preußischen Aktenstücken paradiren sah.

Aus dem Frankfurter Parlament schreiben sich auch die Stichworte „großdeutsch" und „kleindeutsch" her, vielseitig erschallend, wie ehemals die Rufe: „Hie Welf" und „Hie Waiblingen", wobei übrigens die Bezeichnung „großdeutsch" offenbar identisch mit „deutsch", d. h. mit „allgemein deutsch" ist. Auf dem Wege von „Blut und Eisen" sind wir seither in die gegenwärtige Lage Deutschlands ge=

langt. „Großdeutsch“ oder „allgemein deutsch“ ist sie offenbar nicht, denn sie ist nur für Norddeutschland eine Einheit, sonst aber eine handgreifliche Spaltung. Auch gegen außen hin sind da die „gemeinsamen Interessen“ von früher einfach bei Seite gestellt. Preußen selbst findet sich dabei in der eigenthümlichen Lage, daß die politischen Stichworte insgesammt, die es im Laufe seiner historischen Entwicklung auf seiner Seite zu finden pflegte, die „germanische Freiheit“, die „Landeshoheit“, die „natürliche Allianz mit Frankreich ꝛc.“, sich nunmehr gegen Preußen gekehrt haben, und daß Alles, was vordem so wirksam gegen das deutsche Kaiserthum aufgeboten wurde, jetzt statt dessen gegen Berlin und den norddeutschen Bund reagirt. Es ist eine schwere Aufgabe, sich einem Ziel in der Weise zu nähern, daß man den Gang seiner älteren Geschichte direkt umwenden und sich unterwegs gleichsam erst politisch umdenken muß. Daher, nach einem materiell kolossalen Erfolg, eine nicht minder massenhafte Anhäufung von Schwierigkeiten, die nun moralisch zu überwinden sind. Ein höchst fatales Stichwort in dieser Hinsicht war z. B. das von den „Preußen zweiter Klasse“: das norddeutsche Parlament bedarf schon einer sehr imponirenden Leistung, um nur den Effekt dieses Stichworts wieder einigermaßen zu verwischen. Um so bedeutsamer war die neuliche Hinweisung auf die Möglichkeit einer „großdeutschen Politik“ von Preußen aus. Ohne die Voraussetzung eines Weltkriegs läßt sie sich nicht anders auslegen, als in dem Sinn einer entgegenkommenden Verständigung mit Allem, was derzeit zu der Eigenschaft „großdeutsch“ mangelt. Das allerneueste Stichwort also verhieße ein anzubahnendes Bündniß mit dem südlichen Deutschland und mit Oesterreich. „Die Berge,“ sagt das Sprichwort, „kommen nicht zusammen, aber die Menschen.“ Nur vergesse man, wenn einmal die Verhältnisse günstig liegen, die bekannte Lehre Mohameds nicht: als der herangerufene Berg nicht zu dem Propheten kam, setzte sich der Prohpet in Bewegung zu dem Berge.

16. Februar 1867.

Wir leben in einem raschen Fortschritt. Noch vor wenigen Wochen handelte es sich darum, irgend eine Gesetzbestimmung ausfindig zu machen, durch die man eine Abgeordnetenkonferenz, wie

die bei Frhrn. v. Pratobevera stattgehabte, für straffällig erklären könnte, und Frhr. v. Pratobevera selbst war mit Entziehung der Geheimerathswürde bedroht. Jetzt ist er zum Landmarschall für Niederösterreich designirt, und mit der neuen Abgeordnetenkonferenz, welche bei ihm stattfand, ist der Ministerpräsident in persönlichen Verkehr getreten. Er hatte die Mitglieder sämmtlich zu sich eingeladen: einige derselben aber reisten schon früher wieder ab. Man wird nicht irre gehen, wenn man die Letzteren für stärkere Zentralisten hält, als die Andern. Eine Resolution über den Ausgleich mit Ungarn hat die Konferenz nicht gefaßt, und Das heißt so viel, als daß die Majorität demselben *geneigt* ist. Um darüber ein motivirtes Urtheil abzugeben, hätte man die Einzelheiten prüfen, also das aus 71 Paragraphen bestehende Elaborat der Siebenundsechzigerkommission des ungarischen Landtages diskutiren müssen. Hiezu reichte schon die zugemessene Zeit nicht hin: überdies waren ja die Versammelten zwar Landtags-, aber noch nicht Reichrathsmitglieder, und eine Regierungsvorlage hatte man noch gar nicht vor sich. Um aber den Ausgleich *prinzipiell zu verwerfen* und gleich von vorn herein ein besonderes ungarisches Ministerium für unannehmbar zu erklären, dazu bedurfte es weder einer Durchberathung der Einzelheiten, noch einer Diskussion über das spezielle Verhältniß zur Regierung. Daß die Konferenz in weitaus überwiegender Mehrheit sich gegen die „Opportunität" eines Ausspruchs über den Ausgleich erklärte, ist also selbstverständlich eine Erklärung gegen den starren Zentralismus überhaupt. Daß man nicht im Einzelnen manche Bestimmungen des Siebenundsechzigerelaborats anfechten werde, folgt daraus noch nicht. Aber Frhr. v. Beust hat als Ministerpräsident die Versicherung abgegeben, daß er nur in streng konstitutionellem Sinne vorgehen werde und das deutsche Element in Oesterreich als eine Hauptgrundlage des Kaiserstaates betrachte, und auf dieser Bahn wird das deutsche Element und das Bürgerthum, welche gegen Belcredi in Opposition auf Leben und Tod waren, unzweifelhaft mit Frhrn. v. Beust zusammengehen.

Nach der deutschen Abgeordnetenkonferenz tritt nun auch eine slavische hier zusammen. Gegen Deutsche und Magyaren zusammen jedoch sind nun alle Separatismen in Oesterreich vorläufig machtlos. So wie die Zusammenkunft in der deutschen Reichshauptstadt, findet die Verhandlung auch wohl in deutscher Sprache statt.

ten, diese zwischen Nord- und Südslaven, welche sich gegenseitig nicht verstehen, gleichsam die lingua franca, die allein aushelfende und unentbehrliche Vermittlerin ist. Wenn es den tschechischen und slovenischen Eiferern jemals gelänge, die Erlernung des Deutschen bei ihren Landsleuten gänzlich auszurotten, so gäbe es künftighin, Mangels an Verständniß halber, auch keine slavischen Kongresse mehr in Oesterreich.

Hiesige Blätter sprechen neuerdings von französischen Unterbreitungen, daß Oesterreich das französische Zwanzigfrankenstück (den Napoleondor) als Basis seines Münzsystems adoptiren möge. Von Dem, was uns noch mit Deutschland gemeinsam ist, glaube ich, sollten wir uns nicht so leicht entfernen. Unser Guldensystem entspricht dem norddeutschen Thalerfuß, und im südlichen Deutschland denkt man doch wohl eher an eine Uebereinstimmung mit beiden, als auf die Einführung der französischen Münze, wie in Belgien und der Schweiz. Großdeutsch und preußendeutsch, wie wir sehen, streiten sich noch; aber kleinfranzösisch-deutsch wäre unter allen Umständen die rechte Lösung nicht.

---

17. August 1867.

Fürst Czartoryski war bei der sogenannten Slavenkonferenz nicht betheiligt. General Stratimirovics, welcher aus Ungarn gekommen war, verkehrte mit den Theilnehmern nur privatim; an die erwarteten ungarischen Serben und Rumänen wurde telegraphirt, sie möchten ihre Reise einstellen. Im Ganzen zählte man 24 eigentliche Theilnehmer. Es finden sich manche deutsche Namen darunter: Fürst H. Salm, Graf A. Brandis, Fürst Adolf Schwarzenberg, Dr. Brandl, Frhr. v. [illegible], Graf Leo Thun, Zeithammer. Aus den sonstigen Namen heben wir hervor: Fürst Georg Lobkowitz, Graf H. Clam-Martinitz, Rieger, Sladkovsky, Prazak, die Grafen Egbert Belcredi und Potocki. Ueber das Ergebniß der Besprechungen wird von föderalistischer Seite versichert, daß man zu einer vollständigen Uebereinstimmung gelangt sey. Anderwärts verlautet, es sey in der That, wie man vorausgesagt, die deutsche Sprache die der Konferenzverhandlung gewesen, und man habe sich in dem Beschlusse geeinigt, den Reichsrath zu beschicken, in welchem man auf die Erlangung der Majorität zähle. Letztere Aussicht scheint sich

auf eine Verstärkung durch solche deutsche Stimmen zu beziehen, die dem Ausgleich mit Ungarn prinzipiell entgegen sind. Es gibt solche Stimmen, darüber waltet kein Zweifel ob; in welcher Anzahl, Das wird sich erst im Reichsrathe selber herausstellen. Aus einer öffentlichen Erklärung des Abg. Stene ersieht man, daß er in der deutschen Konferenz an den Abg. Herbst die Frage richtete, ob die Ernennung eines ungarischen Ministeriums, als vor der Revision der Februarverfassung erfolgt, und sowohl dieser als dem Oktoberpatent widersprechend, nicht eine Rechtsfrage sey. Weder Hr. Herbst aber, noch die Konferenz überhaupt ging auf eine Berathung des ungarischen Ausgleichs ein, Dies dem Reichsrath und einer reiflichen Berathung mit entsprechender Zeit überlassend. Man hätte auf jene Frage antworten können, nach einer andern Auffassung widerspreche das Oktoberdiplom, so wie auch das Februarpatent, vielmehr einem älteren Verfassungsrecht in Bezug auf Ungarn. Heute übrigens finde ich in einem hiesigen Blatte die Erwiederung, daß in dem Februarpatent eben so wenig, wie in dem Diplom vom 20. Oktober, eine Bestimmung gegen die Zuläßigkeit der Ernennung eines ungarischen Ministeriums zu entdecken sey, und daß der Rechtsstandpunkt, da im Art. II des Februarpatents die Wiederherstellung der ungarischen Landesverfassung zugesagt sey, in keiner Weise dadurch alterirt werde, ob die Krone mit Ungarn durch die Hofkanzlei oder vermittelst anderer Organe verkehre. Man sieht, es liegen noch manche Schwierigkeiten im Weg.

19. Februar 1867.

Man ist es in Oesterreich förmlich ungewöhnt, Schritte der Regierung mit so freudiger Sympathie aufgenommen zu sehen, wie es in diesem Augenblicke der Fall ist. Das Patent vom 2. Januar räumt den Platz, und an seine Stelle tritt die unumwundene und rückhaltlose Anerkennung der verfassungsmäßigen Rechte, so wie eine begründete Anwartschaft auf deren entsprechenden weiteren Ausbau. Um doch Etwas zu tadeln, weil man schon so lange her blos auf den Tadel eingeübt war, stößt sich ein hiesiges Blatt an dem Ausdruck, daß der Ausgleich mit Ungarn eine „Frucht der Sistirung" sei, wie es in dem Erlaß an die Statthalter heißt; nun, wenn man in der Sache Recht behält, kann man mit gutem

[illegible]

[illegible] ... ungarischen Ministeriums und die Ernennung des Grafen [illegible] Andrássy zum Ministerpräsidenten aus, welchen er, der ungarischen Verfassung gemäß, [illegible] dem Monarchen vorgeschlagen hat. Das Reskript ist vom 17. Febr. datirt; alle Hauptstellen desselben wurden bei der Verlesung in Pesth mit begeistertem Eljen begleitet. In demselben wird schließlich die Erwartung ausgedrückt, daß „Ungarns treue Völker auch fortan starke Stützen des königlichen Thrones" und „in Zeiten der Gefahr entschlossene Vertheidiger sowohl der Länder der h. ungarischen Krone, wie auch der Gebietsintegrität der Monarchie seyn werden."

20. Februar 1867.

Ein Theil der Polen, sagt man, ist zu einer Verständigung mit den Deutschen geneigt; die Richtung der Tschechen und der

Slowenen ist im Allgemeinen ohnehin nicht nach polnischem Geschmack. Auch sind die Polen klug genug, um sich zu sagen, daß eine Politik, die in der Person des Grafen Belcredi trotz der Stellung am Staatsruder dem übermächtigen Drang der Verhältnisse unterlag, nunmehr in der Opposition gegen die Regierung eher schwächer geworden sey, als vorher, nicht aber stärker. Gegen „Deutschthum und Bürgerthum" gleichzeitig zu reagiren, dazu ist die Zeit vorüber. Was endlich das Verhältniß Oesterreichs zu Deutschland anbelangt — ein für beide Theile wesentlicher Punkt! — so bewegt sich die Anschauung des gegenwärtigen Ministeriums entschieden auf dem Wege, der auf ein Endziel freundlichen Einvernehmens ausgeht, während eine Abwendung von Deutschland, wie sie insbesondere den Tschechen genehm wäre, folgerichtig kein durchgreifendes Motiv mehr gegen eine Allianz mit Frankreich übrig ließe. Die föderalistische Richtung ist überdies keineswegs die der österreichischen Aristokratie im Großen; einen statistischen Beweis dafür hat das Oberhaus geliefert, in welchem die Zahl der föderalistischen Stimmen nicht bis auf ein Dutzend stieg.

Die Aufhebung der ungarischen und der siebenbürgischen Hofkanzlei, so wie der ungarischen Statthalterei, ist eine selbstverständliche Folge der Einsetzung eines ungarischen Ministeriums. (Die Zusammensetzung mit „Hof" bedeutete im älteren Sprachgebrauch eine Zentralstelle; so „Hofkammer" = Finanzministerium, „Hofkriegsrath" = Kriegsministerium, „Reichshofrath" während der Kaiserzeit = Ministerium für die Angelegenheiten in Bezug auf Deutschland.) Man bemerkt übrigens, daß in dem Reskript in Betreff der siebenbürgischen Hofkanzlei die Frage der thatsächlichen Union Siebenbürgens mit Ungarn als „schwebend" bezeichnet ist.

Während im südlichen Tyrol die Umtriebe für Viktor Emanuel nachlassen, protestirt in Venedig die Handelskammer gegen den Zwangskurs des italienischen Papiergeldes, weil dadurch „der venetianische Handel ruinirt" werde. Unter Oesterreich nämlich war Venetien, so wie früher auch die Lombardei, von dem österreichischen Papiergeld eximirt, und es kursirte dort ausschließlich Silbergeld. Auch sonst entwickeln sich zahlreiche Schattenseiten der neuen Verhältnisse. Wenn man das „Trentino" (das Trientische) auf Probe hinübergeben könnte, das würde sonach eine Radikalkur zur Herabstimmung der trientischen Italianissimi seyn.

21. Februar 1867.

Es ist wahr, der Ausgleich mit Ungarn ist eigentlich eine Vereinbarung über eine Trennung. Zu den gangbaren Begriffen von Staats- oder Reichseinheit stimmt Das nicht; eine ungeschmälerte Einheit vorausgesetzt, daß man die Wahl hatte) wäre gar Manchem erwünschter gewesen. Ganz wohl, nur ist praktisch damit weiter Nichts ausgerichtet. Man kann jene Ansicht theilen, und darum dennoch klar sehen, daß, wenn die wirkliche Durchführung der Einheit gegen übermächtige Thatsachen anstößt, ein blos formeller Anschein von einheitlichem Wesen nur einen oberflächlichen Werth hat. Das Unerreichbare kann man aufgeben, ohne Etwas zu verlieren. Ist man sich hierüber klar, so kommt man bei zwei weiteren Gesichtspunkten an, die sich nicht minder deutlich herausheben. 1) Der Föderalismus ist kein Pflaster auf diesen Riß, welchen er vielmehr vervielfachen würde: denn statt eines einzigen Risses bietet er deren gleich ein halbes Dutzend dar. In der ungarischen Frage lag ein seit Jahrhunderten hergebrachtes Recht, nämlich eine alte Verfassung vor, welche den neueren Schöpfungen widersprach: für Das aber, was der Föderalismus will, müßte man von Staats wegen neue Hindernisse der Einheit erst selber erschaffen, und Das ist denn doch selbstverständlich zweierlei Ding. 2) Der Dualismus ist nicht das Werk des Ausgleichs, sondern der Ausgleich fand den Dualismus thatsächlich vor, und ist eine Milderung desselben. Damals, als im weiteren Reichsrath die Hälfte der Bänke leer stand, vom ersten Anfang an und in der ganzen Zwischenzeit war ein Dualismus vorhanden, und zwar klaffte er so tief, daß das Urtheil des Auslands Ungarn nicht für einen Bestandtheil der Stärke, sondern für eine innere Schwächung des Gesammtstaats ansah. Schon ein bloser Glaube dieser Art war ein wirklicher Abbruch an der vollen Geltung nach außen hin. War Das eine thatsächliche Einheit? Wäre mit der weiteren Verlängerung eines solchen Zwitterzustands irgend Etwas gewonnen gewesen?

Der weitere Reichsrath, wenn er nicht eine Ueberstimmung und Beiseitesetzung der Deutsch-Oesterreicher herbeiführen sollte, hätte im Verhältniß zur Gesammtheit eine stärkere Ziffer deutscher Bevölkerung erfordert, als die österreichische Statistik aufweist. Um gegen Dualismus und Föderalismus gleichzeitig Front zu machen,

waren die Deutschen Oesterreichs, welche man vorzugsweise für „Kaiser und Reich" einstehen sieht, von allem Andern abgesehen, ihrerseits nicht zahlreich genug. Mitzurechnen waren ja auch Jene nicht, die ihre deutschen Namen in fremde Sprachen übersetzt, oder sich mit unübersetzten Namen einer Vertauschung ihrer Nationalität hingegeben haben Wiederum an Andere, denen heute der Ausgleich ein Gegenstand des Tadels ist, tritt auch wohl die Erinnerung heran, daß es 1848 eine Wiener Bewegung war, die für Pesth einen ungarischen Separatismus durchsetzte, wie er in den nunmehrigen Ausgleich glücklicher Weise nicht mehr zu finden ist: auch sie fehlten zu jener Zeit in der Front, als es sich um die Abwehr einer zu weit gehenden Spaltung handelte. Weder der engere noch der weitere Reichsrath vermochte das Geschehene ungeschehen zu machen. Für die Einheit ohnehin hätte der weitere auch alsdann Nichts vermocht, wenn man ihn allseitig beschickt hätte; in diesem Falle nämlich wäre er den Deutschen gegenüber eine Sammlung vielnamiger Separatismen gewesen, die sich nur über ihre Uebereinstimmung in der Negation zu verständigen brauchten, um als entschiedene Majorität maßgebend zu seyn. Von der Reichshauptstadt Wien aus und im Namen der Februarverfassung konnte man alsdann diktiren, was man in Pesth, in Prag, in Lemberg, oder in Laibach anstrebte, und mit zentralistischen Mitteln hätten separatistische Zwecke die gesuchte Oberhand erlangt. Es ist doch nicht wohl anzunehmen, daß man von deutscher Seite unter dem Panier der „Einheit" auf den Punkt dieser Eventualität zurückkehren möchte: es ist eben so schwer zu glauben, daß eine ernstlich gemeinte Politik eine Lösung darin sieht, wenn man z. B. den engeren Reichsrath für den weiteren auszugeben fortfährt, wie Das früher geschah. Wenn es überhaupt möglich wäre, man hielte damit nur eine formelle Einheit fest, in der Wirklichkeit aber eine undisziplinirte Spaltung.

Die bloße Form ist Nichts in Ermangelung eines ausfüllenden Inhalts. Eher trifft es sich umgekehrt: formell in die Februarverfassung eingerechnet, in direktestem Widerspruch mit der Wirklichkeit, konnten die Magyaren unsere Gegner seyn: in einem wohldisziplinirten Dualismus sind sie unsere natürlichen Alliirten. Freilich, der Dualismus setzt gleichsam zwei Fuhrwerke neben einander: vorher aber, um bei diesem Bilde zu bleiben, war das eine

Pferd vor und das andere hinter den Wagen gespannt, und ein jedes zog in entgegengesetzter Richtung. War Das besser?

---

23. Februar 1867.

Ob der böhmische Landtag mit seiner tschechischen Majorität die Wahlen in den Reichsrath vornehmen wird, ist neuerdings zweifelhaft geworden. Es hieß zwar, ein Theil der deutschen Aristokratie, der bisher mit den Tschechen zusammenging, sey im Begriff, sich von diesen und dem Grafen Clam-Martinitz wieder zu trennen, wahrscheinlich im Hinblick auf das mit dem Rücktritt Belcredi's geänderte System der Regierung; nun aber erfahren wir telegraphisch, daß gestern die böhmische Landtagskommission zur Begutachtung der Regierungsvorlage durch Majorität beschlossen hat, die Beantwortung dieser Vorlage durch eine Adresse zu beantragen, was eher auf Nichtbeschickung des Reichsrathes schließen läßt. Verfassungsmäßig steht in diesem Falle der Regierung das Auskunftsmittel zu, in dem betreffenden Kronlande direkte Wahlen für den Reichsrath zu veranstalten; auch kann sie den widerspenstigen Landtag selbst auflösen, so daß dieser sich zu einer neuen Zusammensetzung genöthigt sähe. Bei der föderalistischen Konferenz in Wien sollen die tschechischen Theilnehmer schon damals einer Beschickung des Reichsraths entgegen gewesen seyn, während die Polen ihrerseits dazu eher geneigt waren und sich jedenfalls gegen einen bindenden Beschluß aussprachen, der sie majorisirt hätte. In der That ist auch nicht abzusehen, was für die Föderalisten mit einem theilweisen Stimmenverlust in dem Reichsrath gewonnen wäre; denn beschlußunfähig wird derselbe durch das blose Wegbleiben der Tschechen nicht.

Nun meldet man auch aus Görz italienische Demonstrationen. Es wurden dort vor dem Bezirksgericht und dem Offizierskaffeehause ꝛc. Petarden abgebrannt, ganz nach dem früheren Rezepte für Mailand, Verona, Venedig ꝛc. Die Staatsgewalt wird die rechten Gegenmittel anzuwenden wissen. Die Majorität in jenem Ländchen ist übrigens nicht italienisch, sondern slawisch.

---

24. Februar 1867.

Die Magyaren haben nun definitiv erreicht, was der Gegenstand so vieler Kämpfe war. Mit dem 10. März wird das ungarische Ministerium die Administration übernehmen; nächste Woche wird es dem Landtage vorgestellt, und zu Anfang März wird die Danksagungsdeputation vom Kaiser in Ofen empfangen werden. Die Ministerliste ist die längst vorausbezeichnete. Man hebt neuerdings hervor, daß der Ministerpräsident, der zugleich das „Ministerium der Landesvertheidigung" inne hat, kein Militär ist; auch in England pflegt der „Kriegsminister" ein Zivilist zu seyn, weil er nur die Verwaltungsangelegenheiten leitet, alles eigentlich Militärische aber in den Händen des Armee-Oberkommando's liegt. Auch für Ungarn bleibt die Leitung des gesammten Heerwesens in dieser Beziehung bei dem Oberkommando, d. h. in der Hand des Erzherzog-Feldmarschalls Albrecht. In militärischer Hinsicht sind demnach die Kompetenzgränzen wesentlich anders gezogen, als im Jahr 1848, und die zentralistischen Blätter können diesfalls vollkommen beruhigt seyn. Dagegen tritt nach einer andern Seite hin eine gewisse Aehnlichkeit mit 1848 auf, nämlich in dem Verhältniß Ungarns zu den Kroaten. Diese haben die ungarischen Gesetze von 1848 niemals anerkannt, die damalige Neuerung eines engeren Verbandes zwischen beiden Ländern als einen einseitig gefaßten Beschluß rundweg zurückgewiesen (bekanntlich auch mit den Waffen bekämpft), und befinden sich dem gegenwärtigen Landtage zu Pesth gegenüber genau auf demselben Rechtsboden, welchen dieser Landtag gegenüber dem Wiener Reichsrath einnahm. Bereits haben einige kroatische Komitate sich für Nichtanerkennung des ungarischen Ministeriums erklärt, und die Sprache der kroatischen Blätter wird drohend, indem sie direkt an den bewaffneten Widerstand von 1848 erinnert und dessen Wiederholung in Aussicht stellt. In diese Stimmung hinein fällt nun der Eindruck der Vorgänge in Fiume keineswegs als ein Beruhigungsmittel. Fiume (der frühere deutsche Name ist: „St. Veit am Flaum") gehört zu dem Königreich Kroatien, hat aber Sympathien für eine Näherstellung zu Ungarn, dessen natürlicher Ausfuhrhafen es für die Absatzwege zur See ist. Nun kam am 18. daselbst die telegraphische Nachricht von dem in Pesth verlesenen k. Reskript vom 17. an, das die Entscheidung über den ungarischen Ausgleich enthielt, und die magyarisch gesinnte Bevölkerung feierte

dieses Ereigniß durch einen Festzug mit ungarischen Fahnen, unter den Klängen des Rakoczymarsches und der österreichischen Volkshymne, und mit zahllosen Rufen „Evviva" und „Eljen". Ritter v. Smaich, der Obergespan, wurde durch diese Demonstration so gereizt, daß er ein Einschreiten des Militärs requirirte; noch sei er kroatischer Obergespan, rief er aus, und als solcher dürfe er keine ungarische Fahne dulden. Der Befehlshaber des in Fiume garnisonirenden 7. Jägerbataillons erklärte jedoch, daß er gegen einen friedlichen Festzug, der zur Feier eines königlichen Aktes stattfinde, nicht militärisch vorgehen könne; jeden Exzeß übrigens werde er energisch unterdrücken. So lief denn Alles ruhig ab; am folgenden Morgen aber ließ die kroatische Komitatsbehörde einige angesehene Bürger, so wie auch einige populäre Persönlichkeiten aus der untern Volksschichte, verhaften und in das Kriminalgefängniß bringen. Ein Telegramm meldet heute, die Verhafteten seien auf Befehl der kroatischen Hofkanzlei wieder in Freiheit gesetzt. Was für weitere Folgen die Sache nach sich zieht, wird sich zeigen.

Die Wahlen in den Reichsrath sind bereits vorgenommen von den Landtagen in Linz, Salzburg, Gratz, Klagenfurt, Bregenz. In Brünn will die slavisch-feudale Partei wählen, jedoch in einer Adresse eine Art von Verwahrung beifügen; in Prag geht die feudale und tschechische Majorität noch etwas mehr zurückhaltend zu Werk, indem sie eine remonstrirende Adresse an den Kaiser richten, und, bevor sie sich auf die Wahlen in den Reichsrath einläßt, erst eine Antwort abwarten will. Es wäre eine wahre Wohlthat für die Deutschböhmen, wenn dieser Antrag, falls er zum Beschluß wird, eine Auflösung des böhmischen Landtages zur Folge hätte; denn sonst haben sie auf sechs Jahre hinaus den Despotismus einer Majorität auf sich, die ganz ohne Hehl aggressiv gegen das Deutschthum vorgeht. Das Beispiel von Pilsen, welches in dieser Beziehung als ein warnendes dasteht, ist noch viel greller, als sich aus den ersten Berichten ersehen ließ. Eine tschechische Hauptschule nämlich besteht daselbst schon von je her, und daß man nun die neben derselben bestehende deutsche Hauptschule ebenfalls in eine tschechische verwandeln will, läßt demnach nur eine Auslegung zu: man sucht nicht Freiheit für die Tschechen, denn diese haben sie stets gehabt, sondern Zwang für die Deutschen, welchen man keine Sprachfreiheit mehr zugestehen will.

25. Februar 1867.

Es macht einen eigenthümlichen Eindruck, wenn jetzt auch von feudalistisch-tschechischen Stimmen die Februarverfassung gegen den Ausgleich mit Ungarn angerufen wird; schrieb doch noch in den letzten Wochen des Belcredi'schen Regiments das „Vaterland", eines der Organe jener Richtung, ganz unverblümt: „Die Regierung wird sich jetzt endlich entschließen müssen, die suspendirte Verfassung aufzuheben, was sie längst hätte thun sollen!" Der Rath war auch in loyaler Beziehung ein bedenklicher, denn in allen Fällen stand die Februarverfassung dadurch, daß sie vom Kaiser gegeben war, hoffentlich nicht um so niedriger im Rang. Anderseits ist in der Februarverfassung mit keinem Worte zu lesen, daß in irgend einer Angelegenheit ein Beschluß des Reichsraths, wie man in Betreff des ungarischen Ausgleichs nun beanspruchen will, erst wieder an den böhmischen Landtag zur Genehmigung zurückzuweisen sey; dieser Anspruch also steht wieder mit der Berufung auf das Februarpatent in logischem Widerspruch. In dieser ganzen Reihe tschechischer Auffassungen paßt eigentlich keine vernünftig zur andern: die Februarverfassung kann nicht gleichzeitig angerufen und auch über den Haufen geworfen werden. Der böhmische Landtag selbst übrigens, so wie er ist, hat lediglich keinen andern Boden, als das Februarpatent; wenn man blindlings in das Alte zurück will, so hätte man schließlich wieder einen blosen Postulatenlandtag für Böhmen erobert. Zwar hatten die alten Postulatenlandtage eine gutfeudalistische Eigenschaft, nämlich die, daß fast nur die Aristokratie darin vertreten war: in Betracht aber, daß die Rechte eines solchen Landtags höchst geringfügig waren, stellte auch selbst ein ausschließlicher Besitz derselben weiter keinen politischen Reichthum vor. Wie nun vollends zu den feudalistischen Zwecken sich die alliirten Jungtschechen stellen, welche dem „Fortschritt" ergeben sind, Das ist für den unbefangenen Beobachter ein Räthsel weiter. Wenn ein entscheidender Erfolg dieser feudal-tschechischen Koalition jemals möglich wäre: an dem Morgen nach dem Siege würden die Siegestheilnehmer von der Linken und die von der Rechten her sich gegenseitig in den Haaren liegen als geschworne Feinde. Gerade der Separatismus, auf welchen sie gemeinschaftlich zusteuern, würde sie unmittelbar nachher auseinanderreißen, sie unter sich selbst „separiren." Ob die Feudalen, welche die Andern auszubeuten glauben, dabei zuletzt in der Oberhand

bleiben, oder nicht vielmehr die Ueberholten und die Uebervortheilten seyn würden, Das ist kaum zweifelhaft. Unter solchen Verhältnissen, mit der gegenwärtigen tschechisch=feudalen Majorität, welche aber nur auf drei Fünftheilen der Bevölkerung Böhmens ruht, und mit den unheilbarsten politischen und logischen gegenseitigen Widersprüchen innerhalb dieser ohnehin knappen Majorität selbst: — da ist es doch offenbar eine weitgehende tschechische Selbstüberschätzung, wenn man es für ausführbar hält, daß sich einer so übelberathenen Konfusion auch noch die weitaus überwiegende, sowohl geistig als thatsächlich überlegene Mehrheit der Bevölkerung Oesterreichs unterordne!

27. Februar 1867.

Der böhmische Landtag ist aufgelöst. Die zu gleicher Zeit angeordnete Vornahme neuer Wahlen in Böhmen wird allerdings nicht die tschechischen Separatisten bekehren, aber sie wird voraussichtlich wieder eine Majorität herstellen, wie sie früher im böhmischen Landtage bestand: denn in den ersten Jahren nach der Februarverfassung stimmte die Vertretung des Großgrundbesitzes in Prag regelmäßig mit den Deutschen zusammen, so wie auch im österreichischen Oberhause die böhmische Aristokratie mit ganz wenigen Ausnahmen gegen den Föderalismus stimmte, und es handelt sich also nur darum, das frühere Verständniß wieder herzustellen. So überaus schwer kann Das nicht seyn: mit der noch unter Belcredi's Einfluß gewählten Vertretung ging es freilich nicht. Mit welcher Heftigkeit die Führer des Tschechenthums in der Debatte auftraten, sieht man unter Anderm aus einer Aeußerung Rieger's: „Man entziehe der Nation den Boden der Legitimität nicht, wenn man nicht Gefahr laufen will, auch der Dynastie die Legitimität zu entziehen!“ Die „Nation“, wohlverstanden, damit sind ausschließlich die Tschechen gemeint: die Deutschböhmen ohne Ausnahme haben gegen die Adresse gestimmt, und dagegen protestirt, daß sie sich für den Ausdruck der Gesammtmeinung des Landes ausgebe. Auch einige Landtagsmitglieder aus dem Großgrundbesitz, wie z. B. Fürst Kinsky und Graf Sternberg, stimmten gegen dieselbe.

Der kroatische Landtag ist bekanntlich nicht versammelt; an seiner Statt zieht nun die Generalkongregation des Agramer Komitats die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich, indem sie einhellig

den Beschluß faßte: 1) zu erklären, daß sie sich unerschütterlich an den Landtagsartikel 42 von 1861 halte, und 2) den Kaiser zu bitten, die „Integrität des dreieinigen Königreichs“ (d. h. die Vereinigung Dalmatiens mit Kroatien und Slawonien) in's Leben treten zu lassen. Die Debatten (natürlich in antimagyarischem Sinne) waren sehr lebhaft. Der Obergespan wies in seiner Eröffnungsrede auf die ernsten Verhältnisse der Zeit, bemerkte aber, „die kroatische Nation werde nicht zu Grunde gehen, so lange sie mit bewaffneter Hand im Süden lebe.“ Der fehlende Ausgleich Ungarns mit Kroatien wird eine bedeutende Schwierigkeit für das ungarische Ministerium werden.

28. Februar 1867.

In Folge der Auflösung des böhmischen Landtags haben sich in Prag bereits wieder Wahlkomitee's der verschiedenen Parteien gebildet. Um die zu den Neuwahlen :c. erforderliche Zeit schiebt sich der Termin, welcher für die Eröffnung des Reichsraths bestimmt war, nunmehr natürlich hinaus.

Bei der gestrigen Nachwahl aus dem niederösterreichischen Großgrundbesitz in den hiesigen Landtag blieben die „Feudalen“ aus. Die kaiserliche Familie, in deren Namen das letzte Mal feudalistisch gestimmt wurde, ließ sich diesmal nicht vertreten. Da unter solchen Umständen die vorige Stimmenmehrheit schon ohnehin gebrochen war, hätte das Erscheinen der feudal gesinnten Wähler ihnen nur eine nutzlose Mühe gemacht.

In dem galizischen Landtage haben 23 Ruthenen den Antrag auf eine Dankadresse an den Kaiser für das Einlenken in die Bahn des Verfassungsrechtes gestellt. Die polnische Majorität schien den Antrag, welchem ein fertiger Adreßentwurf beigefügt war, nicht gerade gerne zu sehen, weil sie noch in Belcredi'sche Sympathien verstrickt ist, wies ihn aber doch an eine Kommission. Die Ruthenen waren früher ebenfalls der Belcredi'schen Trennungspolitik geneigt: noch unter seinem Ministerium aber haben sie umgesattelt, als ihnen der polnische Druck wehe zu thun anfing. Die Zuflucht der Unterdrückten ist immerdar Wien. Nur in dem Reichsmittelpunkte findet man stets Schutz und Gerechtigkeit, setzt es auch gar nie anders voraus, während z. B. in Lemberg die Polen eben so, wie in Laibach die Slowenen, bei den Wahlprüfungen mit ganz ungleicher

[illegible] auf eine auffallende Weise das Interesse der Na-
der Aufsicht [illegible]. Schon deshalb, weil die Minoritäten über
[illegible] wird der Föderal-
mus in Oesterreich niemals feste Wurzeln im Volke schlagen.

[illegible] 1867

Die Auflösung des mährischen und des krainischen Landta
hatte man vorausgesehen. Der mährische hat nicht ganz a
doch [illegible] die Bahnen des böhmischen eingeschlagen; er hat zu
in den Reichsrath gewählt, aber mit einer Art von Vorbehalt
der und überdies die Deutschen Mährens in der Weise zur
gesetzt, daß unter 22 Abgeordneten sich nur 3 Deutsche und Deu
gesinnte befanden. Da in Mähren der überwiegende Theil
städtischen Bevölkerung, so wie der Reichthum und die Industrie,
deutschen Nationalität angehört, so entspricht obige Ziffer keineswe
den natürlichen Verhältnissen, sondern ist vielmehr der Ausdr
eines Mißbrauchs der Majorität im Landtage, wie sie unter d
Einflusse des Belcredi'schen Regiments aus den letzten Wahlen h
vorging. Der Landtag von Krain ist aufgelöst worden, weil a
er nur unter Bedingungen in den Reichsrath gewählt hat.
Landtagsmitglieder aus dem Großgrundbesitz, welcher in Krain
kaiserlich gesinnt ist, enthielten sich deßhalb der Theilnahme an
Wahl. Wenn man auf die Theorien des Föderalismus einging
so hätte jeder einzelne Landtag, auch der kleinste, ein Veto gegen
Meinung aller übrigen, gegen die Regierung ohnehin, und
Kaiserthum Oesterreich fiele in so viele Staatswesen auseinand
als es Kronländer und Provinzen hat. Es wäre schwer zu
greifen, wie Jemand glauben konnte, in Wien werde man auf
ses Auseinanderreißen eingehen, wenn nicht das Ministerium B
credi mit seiner räthselhaften Politik eine Miene angenommen hä
die sich als Begünstigung des Separatismus auslegen ließ. N
den neuesten Schritten der kaiserlichen Regierung ist auch bei m
der hell Sehenden ein solcher Glaube nicht mehr haltbar. A
dem Ergebniß der neuen Wahlen in Böhmen, Mähren, und Kr
wird man ersehen, wie viel von den vorigen Wahlergebnissen
den Antheil der Belcredi'schen Mitwirkung, wie viel auf den A
theil der eigenen slawisch-feudalen Kräfte kam.

Charakteristisch für die Standpunkte der äußersten Linken im ungarischen Landtag ist, was man als das Neueste aus Pesth meldet. In der vorgestrigen Sitzung der Deputirtentafel nämlich wurde ein Antrag eingebracht, der nichts Geringeres verlangt, als daß man die Kosten der Regierung und Verwaltung für 1867 durch eine aufzunehmende ungarische Anleihe decke, das Tabacksmonopol, die Stempelgebühren, und andere „ungesetzliche Steuern" aufhebe, und inzwischen berathe, welche „mit dem Charakter der Nation vereinbare" indirekte Steuern etwa einzuführen wären. In Pesth selbst lächelt man über solche Naivetäten, seit sie gegen ein ungarisches Ministerium gekehrt sind: vorher aber spielten sie eine wirksame Rolle mit in der Masse von Oppositionsbeschwerden aller Art, und ein oder der andere jener magyarischen Eiferer, die man dem deutschen Liberalismus damals als „Fortschrittsmänner" zu verehren gab, schrieb es in allem Ernste der „Unterdrückung durch Oesterreich" zu, daß man heutzutage nicht mehr ohne Steuern auskommt, oder daß nicht wenigstens dem Adel seine altungarische Steuerfreiheit belassen wurde. Letztere war denn freilich in ausgezeichneter Weise „mit dem Charakter der Nation vereinbar."

In dem galizischen Landtage waren mehrfache Adreßentwürfe im Vorschlag, wurden aber theils zurückgezogen, theils abgelehnt. Die Beschickung des Reichsrathes wurde, bei namentlicher Abstimmung, mit 99 gegen 34 Stimmen beschlossen. Für die Beschickung stimmten die Bischöffe, die Ruthenen, die Bauern, und vom polnischen Adel unter Andern Fürst Konstantin Czartoryski und Graf Alfred Potocki. Adam Potocki und Georg Czartoryski standen auf der Gegenseite.

2. März 1867.

Die tschechische Presse nimmt die Wahlagitation wieder auf und verspricht sich von den Neuwahlen ein gleiches Ergebniß, wie von den vorigen, dürfte sich aber hierin getäuscht sehen. Zwar die Selbstüberschätzung der Ultratschechen wird nicht mit einem Male zu bekehren sein, sondern sich erst nach und nach an der Macht der thatsächlichen Verhältnisse abstumpfen. Streng katholische Ansichten neben Traditionen des Hussitenthums, — radikale Jung-Tschechen neben einer feudal gesinnten Aristokratie, — Hand in Hand mit

gut zu machen; denn, wohlgemerkt, jene Wühlerpartei rühmte sich einer angeblich konservativen Protektion.

In der gestrigen Sitzung der Deputirtentafel in Pesth kam die Ministervorlage in Betreff der Rekrutenbewilligung (48,000 Mann) an die Reihe und wurde nach dreistündiger Debatte mit 256 gegen 57 Stimmen angenommen. Der ungarische Landtag weist nun eine Raschheit des Geschäftsganges auf, wie sie in früheren Zeiten unerhört war.

Die früher mehrfach auf den gegenwärtigen Zeitpunkt angekündigte Reise des Kronprinzen von Italien nach Wien scheint definitiv weiter hinausgeschoben zu seyn. Eine politische Bedeutung im engeren Sinn legte man ihr wohl mit Unrecht bei. Karl Albert von Sardinien, als er 1848 ohne Kriegserklärung in die Lombardei einfiel, hatte damals, und Viktor Emanuel, welcher ihm auf dem Thron folgte, hatte während späterer Verwicklungen eine österreichische Erzherzogin zur Gemahlin, ohne daß dieser Umstand einer bis auf den äußersten Grad feindseligen Politik gegen Oesterreich irgendwie Einhalt that: — aus welchem Grunde sollte nun in einer neuen Vermählung dieser Art eine unumstürzbare Friedensbürgschaft liegen? So sieht das Volk die Sache an, und ich glaube, es hat Recht. Wohl aber würde es auf der andern Seite auffallend gewesen seyn, den Kronprinzen von Italien in Wien zu sehen, während in dem trientischen Theile von Tyrol eine Anzahl sogenannter „Issimi" (Abkürzung für Italianissimi) mit Demonstrationen aller Art und dem Geschrei: „Nieder mit Oesterreich" fortfährt. Auch hiefür hat das Volk einen Ausdruck seines Dafürhaltens, welcher zwar etwas derb ist: es bezeichnet die Umtriebe der „Issimi" als ein „Schindludertreiben" mit der Autorität der österreichischen Regierung.

---

6. März 1867.

Hiesige Blätter beklagen sich, daß der Tyroler Landtag nicht ebenfalls aufgelöst wurde; allein die Verhältnisse liegen eben dort ganz anders, als bei den aufgelösten Landtagen. Zwar hat man auch in Innsbruck nur mit Vorbehalt in den Reichsrath gewählt; dagegen aber kann man den Tyrolern, deren Landsturm erst im vorigen Sommer wieder seine Feuerprobe bestanden hat, doch nicht wohl eine politische Tendenz unterschieben oder zutrauen, welche auf

Zersetzung des Staates ausginge. Die Tyroler sind nicht gegen „Kaiser und Reich", haben vielmehr oft genug unter dieser Fahne den Volkskrieg geführt. Solche Männer behandelt man anders, als jene Wühler, die noch heute die Schlacht am Weißen Berge beklagen und in der Regierung des Kaisers Franz Josoph nur eine „Regentschaft" sehen. Die Tyroler Abgeordneten kann man für das Rechte gewinnen, wenn sie bereits im Reichsrath sind; eine Auflösung würde kaum andere Wahlen gebracht, wohl aber das Verständniß erschwert haben. Auf die Länge mit den Hussiten zusammengehen werden die Tyroler ohnehin nicht; dazu sind sie zu gut katholisch gesinnt.

Die Prager „Politik" veröffentlicht zwei Erlasse des k. k. Generalkommando's in Ofen vom 21. und 22. Februar, betreffend die Stellung der Militärbehörden zu dem neuen ungarischen Ministerium der „Landesvertheidigung." Man ersieht daraus, daß die Militärbehörden sich zu dem letzteren in demselben Verhältniß befinden, wie bisher zu der ungarischen Statthalterei, daß aber dem ungarischen Ministerium kein Befehlsrecht über irgendwelchen Heerestheil zusteht, sondern die Einheit des k. k. Heeres unter seinem obersten Kriegsherrn nach wie vor sich gleich bleibt. Es ist nur auffallend, daß es ein tschechisches Ultrablatt ist, durch welches diese Aktenstücke zuerst in die Oeffentlichkeit gelangen. Dasselbe hat schon mehrfach ähnliche Beispiele geliefert; woher, fragt man, kommen ihm die Konnexionen dazu?

In Lemberg hat ein Theil der studierenden Jugend dem Grafen Borkowski als einem der weitestgehenden Oppositionsmänner einen Fackelzug gebracht, bei dem die Rufe: „Es leben die Tschechen! Nieder mit dem Reichsrath!" die Hauptrolle spielten. Der ganze Zug bestand jedoch blos aus achtzig Fackeln und zerstreute sich eilig bei der Annäherung eines Polizeikommissärs mit einer Militärpatrouille. Graf Borkowski selbst „war nicht zu Hause."

7. März 1867.

Aus den Verhandlungen des galizischen Landtags über Wahl oder Nichtwahl in den Reichsrath heben sich einige beachtenswerthe Punkte hervor. Das Gebiet der blosen Phrase es war zahlreich begangen lasse ich dabei unberücksichtigt, weil es ein politisch un-

fruchtbares ist. Allein im Gegensatze dazu trat z. B. eine helle Einsicht an den Tag, daß auch von dem polnischen Standpunkt aus eine gehörige Machtstellung Oesterreichs wünschenswerth, ja unentbehrlich sey, und daß ein Zerfall derselben den Ruin des polnischen Elements in Galizien unmittelbar nach sich ziehen würde. Auf der Grundlage einer solchen Einsicht wird eine gegenseitige Verständigung sich nicht allzuschwer aufbauen. Mehrfache Stimmen sprachen in jenem Sinn: minder häufig vertreten, aber denn doch vorhanden, war eine eigentlich verwandte Anschauung, nämlich die, daß eine verfassungsmäßige Entwicklung in Lemberg nothwendig eine verfassungsmäßige Entwicklung in Wien voraussetzt, und daß man der ersteren keineswegs nützt, wenn man der letzteren entgegenarbeitet. Folgerichtig erklärte sich diese Richtung für Rechtskontinuität und gegen Oktroyirung: das Septemberpatent, gestand man ein, „kam gelegen", oder vielmehr, es hatte den Anschein, gelegen zu kommen, allein es war ungesetzlich und deßhalb vom Uebel. Auch auf dem Boden dieser Einsicht wird nicht allzuschwer eine Verständigung erwachsen. In beiden Punkten, scheint mir, legen die Polen eine geistige Ueberlegenheit über die Tschechen dar, die sich aus einem unfruchtbaren Kreislauf ihrer Politik nicht mehr herausfinden. Um so schlimmer für sie selbst: die naturgemäße Entwicklung der Dinge geht darum dennoch ihren Gang fort. An der Machtstellung Oesterreichs nach außen haben alle Nationalitäten des Gesammtstaats ihren gleichmäßigen Antheil, und folglich müssen auch alle gleichmäßig dazu beitragen: nicht irgend einer andern zulieb, sondern einfach in ihrem eigenen Interesse. Ganz eben so verhält es sich mit der Sache verfassungsmäßiger Freiheit. Wer sie von Lemberg aus, oder von Prag, oder von Laibach her, für Wien untergraben oder über den Haufen werfen will, der übersieht, daß er sie damit unausbleiblich auch für daheim umstieße: auch hier ist die Gemeinsamkeit der Interessen und das Zusammenwirken dafür die sicherste Garantie der Dauer, und der Name für dieses Zusammenwirken ist eben der Reichsrath. In der ungarischen Deputirtentafel, bei Gelegenheit der Rekrutenbewilligung, glaubte der serbische Abgeordnete Miletits einen Vorwurf in die Mitte der Versammlung zu schleudern, indem er seine Verwunderung aussprach, daß das ungarische Ministerium so vortrefflich „deutsche Politik mache." Er sprach im Gegentheil ein bedeutsames Kompliment aus, nur irrte er sich in

der Wahl des Ausdrucks. Nicht „deutsche“ Politik, sondern „österreichische“, „gesammtösterreichische“ Politik ist es, die er anklagen wollte, und eine andere ist auch das Ziel des bevorstehenden Reichsraths in Wien nicht. Welche Nationalität in Oesterreich, wenn sie nicht für ihren eigenen Vortheil blind ist, hätte ein Interesse daran daß sie mißlänge?

---

8. März 1867.

Wenn die national-tschechischen Führer mit zuhören könnten, in welcher Weise mitunter von der feudal-tschechischen Allianz gesprochen wird, es würde ihre Eitelkeit bedeutend herabstimmen. Das fällt ja keinem Menschen ein, sagt man, daß der Feudalismus dem Tschechenthum dienstbar seyn soll: vielmehr handelt es sich darum, mit Hilfe der Slawen, die dazu von sich aus bereitwillig sind, die „Sache der Revolution“, d. h. beispielsweise die Februarverfassung, zu bekämpfen. Es läßt sich gegen diesen Satz einwenden, daß die vom Kaiser verliehene Verfassung keineswegs „die Sache der Revolution“ ist; die Tschechen jedoch, wie man aus dem ganzen Gang ihrer Politik ersieht, machen eine solche Einwendung nicht. Wohl aber kann man sich denken, daß auch der alliirte Feudalismus nicht zuhören dürfte, wenn es z. B. in einem jung-tschechischen Kreise heißt: „Förderung der feudalistischen Zwecke, Schnickschnack: wenn uns die Leiter zum Aufsteigen gedient hat, kostet es uns Nichts als einen Tritt, und sie fällt um.“ Man kann zur Noth streiten darüber, ob im Falle des Siegs (welchen Gott verhüten wolle!) eher der Feudalismus oder eher das eigentliche Tschechenthum sich in der Oberhand befinden würde, um den erlangten Sieg auszubeuten; eigentlich aber gibt es schon jetzt, schon in der unmittelbaren Gegenwart, in der tschechischen Agitation Bestandtheile, zu denen der Feudalismus unmöglich sich bekennen kann, ohne auch in seinen eigenen Augen der Bezeichnung „konservativ“ verlustig zu gehen. Dahin gehört z. B. die von der Wiener Abendpost nach Gebühr gewürdigte Flugschrift, die zu Gunsten einer tschechischen Wahlagitation im Januar d. J. in Mähren erschien, und von König Ferdinand V. sagt, er sey „der letzte gekrönte und gesalbte böhmische König.“ Ein ganzer Folioband voll Predigten könnte nicht beredter seyn, als der kleine Umstand, daß diese Flugschrift damals (unter Belcredi) für „ministeriell“ gehalten wurde; wenn sie aber auch für „konservativ“

gelten sollte, so scheint mir der Streit, welchem Bestandtheile der feudal-czechischen Allianz schließlich die Oberhand in Aussicht stehe, bereits entschieden: es ist einfach das czechische Element, welches dem feudalen schon im Laufe der Bewegung den Vorrang abgenommen hat. Nach einem gemeinschaftlichen Siege würde demnach nicht der Feudalismus die Czechen, sondern das Czechenthum würde die Feudalen in seinen Dienst pressen. Die politische Berechnung jedoch, die man unter die „Wenzelskrone“ flicht, geht unter allen Umständen irre, weil selbst ein arrondirtes Königreich Böhmen, so wie es vor der Schlacht am Weißen Berge war, in den heutigen Verhältnissen Europa's nichts weniger als unabhängig, sondern die leichte Beute eines beliebigen Zugriffs sein würde. Mit einer czechischen Herrschaft über Andere hätte es alsdann ein Ende; czechische Freiheit und Selbstentwicklung aber, nur nicht auf Kosten anderer und gleichberechtigter Nationalitäten. Das hat man ja unverkümmert schon jetzt. Fabula docet: das Lamm, das sich von Hirt und Heerde sondern möchte, „emancipirt“ sich gelingenden Falls dem Wolf in den Rachen.

---

9. März 1867.

Das ungarische Ministerium entwickelt eine Eigenschaft, die man nicht eben bei Jedermann findet, nämlich *politischen Takt*; in seiner Stellung ist der Besitz dieser Eigenschaft auch dringend nöthig, denn es wird immerhin noch einige Zeit darüber hingehen, bis die neue Maschinerie glatt und ohne Störung in einander greift. Eine Probe dafür war die Behandlung eines Anstoßes, den man theilweise an den Wiener Militärerlassen nahm. Auch die ungarische *Opposition* legte hiebei politischen Takt an den Tag: der Abgeordnete Tisza, indem er seine Interpellation ganz gemäßigt hielt, und das publizistische Organ der Linken „Hon“, indem es in Aussicht auf Schwierigkeiten bei der Durchführung des Ausgleichs erklärte: sonach müsse man „das Ministerium unterstützen.“ Es geschah damit gerade das Gegentheil von Dem, was in einem andern Falle die Mehrheit des Wiener Unterhauses that: als der Minister v. Schmerling auf wachsende Schwierigkeiten stieß, ließ ihn seine frühere Partei nicht nur im Stiche, sondern sie griff ihn selber an. Wie man seither erlebte, hat es nicht geringe Mühe gekostet, daß die Februarverfassung selbst noch gerettet wurde, und nicht den

Sturz des Ministers schließlich theilte; die Magyaren, wie man sieht, werden die Früchte des Ausgleichs nicht durch einen ähnlichen Fehler auf das Spiel setzen. Ueber militärische Fragen übrigens, sollte man denken, stünde weniger, als in andern, eine ernstliche Irrung in Aussicht. Der König von Ungarn ist natürlich der oberste Kriegsherr in diesem Lande, würde es auch in dem Fall einer blosen Personalunion seyn, und im Interesse irgend einer Verfassungsentwicklung läge es nicht, ihn in einem Rechte verkürzen zu wollen, das auch in England als untastbar betrachtet wird. Die indiskrete Veröffentlichung der beiden Ofener Erlasse, die ihrer Natur nach nicht für das Publikum bestimmt waren, sieht in Betracht der begleitenden Umstände ganz wie eine Intrike aus, die sich einer gedeihlichen Durchführung des Ausgleichs in den Weg legte. Einem Gegner aber soll man nicht den Willen thun. Das Blatt, in dem jene Veröffentlichung erfolgte, gab der Intrike eine tschechische Färbung, und in Pesth war man zu staatsklug, um erklärten Feinden des Ausgleichs mit einer Störung desselben gefällig zu seyn.

---

10. März 1867.

Gegenüber dem vorigen „Grafenministerium" hebt ein hiesiges Blatt aus Anlaß der Ernennung des Frhrn. v. Becke hervor, daß also nicht die Zahl der Ahnen, nicht Konnexion oder Protektion mehr darüber entscheidet, wem die Geschäfte des Staates anzuvertrauen sind, sondern der wahre Beruf und die Befähigung. So ganz und gar neu übrigens, wie man hienach glauben könnte, ist der Fall des Frhrn. v. Becke in Oesterreich nicht: auch die früheren Minister Bruck und Bach, ja selbst schon ein Kollege des Fürsten Metternich, Kübeck, waren aus dem Bürgerstande hervorgegangen. An militärischen Führern, die nach dem bezeichnenden Ausdruck „die Söhne ihrer eigenen Thaten" waren, hat es in Oesterreich ohnehin niemals gefehlt, und die große Mehrheit der Offiziere des kaiserlichen Heeres auch der gegenwärtige Kriegsminister gehört bekanntlich nicht dem Geburtsadel an.

Graf Belcredi, der gewesene Ministerpräsident und Staatsminister, verwahrt sich in einer öffentlichen Erklärung dagegen, daß er von der berüchtigten Broschüre, die zur Wahlagitation in Mähren „König Ferdinand V." in Prag als den Schürer der Rechte

der tschechischen Krone anrief, noch als Minister irgend eine Kenntniß gehabt. Dies setzte wohl auch Niemand voraus; da er nicht dagegen einschritt, mußte ihm die Sache unbekannt geblieben seyn.

---

11. März 1867.

Es sind nicht blos die Deutschen, die sich dem Föderalismus entgegenstemmen; auch die Slawen treten theilweise sehr entschieden für Kaiser und Reich auf. Wenn man die Minoritäten mitrechnet, welche bei den vorigen Wahlen zu den jetzt aufgelösten Landtagen oft nahe genug an der Majorität waren, so kommt wohl im Ganzen eine slawische Mehrheit für die Februarverfassung heraus. Es ist zu hoffen, daß in Böhmen, Mähren, und Krain das Stimmenverhältniß in den Landtagen sich in Folge der Neuwahlen anders gestalten wird, als das letzte Mal. Was Galizien betrifft, so hat der dortige Landtag zwar in den Reichsrath gewählt; da aber noch Tags zuvor die Majorität gegen die Beschickung des Reichsrathes war und erst durch die Nachricht von der Auflösung des böhmischen und des mährischen Landtags umgestimmt wurde, so werden ohne Zweifel manche der Gewählten die Oppositionsfärbung, die sich zuerst in einer Adresse ausdrücken sollte, mit in den Reichsrath hierher bringen. Dagegen waren auch in dem galizischen Landtage selbst, dem größtentheils föderalistischen Adel gegenüber, nicht nur fast alle Ruthenen, sondern sämmtliche Bauern, auch die von polnischer Nationalität, für die Februarverfassung. Hier würde die Anordnung direkter Wahlen in den Reichsrath höchst wahrscheinlich durchschlagen. Aus Dalmatien kommen, der Mehrheit des dortigen Landtags entsprechend, getreue Anhänger der Februarverfassung in den Reichsrath. Bekanntlich machen die Kroaten, während sie sich gegen den Anschluß an Pesth sperren, einen Anspruch auf die Annexion Dalmatiens; so wie aber die Kroaten nicht nach Pesth wollen, so wollen die Dalmatier nicht nach Agram, sondern schließen sich an den Reichsrath an. Den Beweis dafür liefert die Statistik des dalmatischen Landtags. Obwohl die Wahlen unter dem Ministerium Belcredi stattfanden und der Einfluß der Statthalterei die kroatische Partei in Dalmatien begünstigte, kamen in den Landtag, welcher nebst zwei Virilstimmen 41 gewählte Abgeordnete zählt, 28 Verfassungsanhänger, und die kroatische Partei wies nur 14 Stimmen

unter 43 auf. Der katholische Erzbischoff und der griechisch-nicht-unirte Bischoff, die große Mehrheit der Höchstbesteuerten, die Bürgermeister der Hauptorte, und neben der städtischen Bevölkerung auch der ansehnlichste Theil der ländlichen gehören in Dalmatien zur Reichsrathspartei.

In der niederösterreichischen Advokatenkammer kam dieser Tage ein Fall zur Verhandlung, welcher einen tiefen Blick in einen wahren Krebsschaden österreichischer Gerichtsangelegenheiten thun läßt. Es handelte sich um ein Gutachten in der Disziplinaruntersuchung gegen einen Advokaten, der in Bagatellsachen von 40 Kreuzern, 90 Kreuzern, 2 Gulden &c. die von dem Schuldner zu zahlenden Kosten bis auf das Zwanzig- und Dreißigfache des eingeklagten Schuldbetrags trieb. Die Advokatenkammer sprach sich für Amtsentsetzung aus. Gleichzeitig läuft eine Gerichtsverhandlung durch die Blätter, in welcher ein Bauer verurtheilt wurde, weil er sich thätlich einer Exekution widersetzte, die seinem kranken Weibe das Bett unter dem Leibe wegnahm. Der Mann hatte Haus und Hof besessen, sein Haus brannte ihm zweimal unversichert ab, er gerieth in Schulden, und wurde zuletzt, nachdem ihm alle liegende Habe bereits verkauft war, noch um eine Schuld von 5 Fl. 78 Kr. gepfändet, wozu aber nicht weniger als 25 Fl. „Kosten" kamen. Umsonst bat der Unglückliche um Nachsicht und Frist: der Gerichtskommissär fragte den Gläubiger, ob er von der Feilbietung ablasse, und dieser verneinte. Im Bett jammerte das kranke Weib, in einer Ecke stöhnte der Mann; als auch das Bett des Weibes feilgeboten wurde, stürzte der Gatte mit einem Küchenmesser auf seinen unbarmherzigen Gläubiger los (welcher jedoch parirte, so daß mit Ausnahme einer unbedeutenden Verletzung an der Hand die geführten Stiche nur durch die Kleider gingen), und jagte schließlich sämmtliche Anwesende in die Flucht. Nachher flüchtete er sich selbst, wurde aber aufgegriffen und vor Gericht gestellt. Seine That fand am 23. Januar statt; am 8. d. M. ist er wegen versuchten Mordes, unter Anwendung besonderer Milderungsgründe, zu 2½ Jahren schweren Kerkers verurtheilt worden.

14. März 1867.

Nicht ohne Eifersucht blickt man von hier nach Pesth hinüber, wo die Magyaren nunmehr in dem Vollgenuß ihrer politischen Errungenschaften sind. Insbesondere betont man den Wunsch, auch diesseits der Leitha, wie es jenseits geschah, Minister aus der parlamentarischen Mehrheit hervorgehen zu sehen. Ich bezweifle kaum, daß man es dazu bringen wird; auf die Länge ist ein ungleiches Maß politischer Rechte für den westlichen und den östlichen Reichstheil offenbar unmöglich. Zur Zeit übrigens, scheint mir, fehlt es noch an einer Gleichheit der Grundlage. Der ungarische Landtag war fertig und hatte eine fertige, sehr entschiedene Mehrheit, ehe man zu dem Ausgleich gelangte; der westländische Reichsrath aber ist noch nicht vollständig erwählt, seine Mehrheit noch eine Frage der Zukunft, und für eine günstige Entscheidung in Böhmen und Mähren rechnet man erst auf den Einfluß der Regierung bei dem Großgrundbesitz. Es will Alles seine naturgemäße Entwicklung haben. Was in dieser Hinsicht Ungarn betrifft, so weist die Genesis der dortigen Erfolge auf eine lange Zeit voll Erwerbungsmühe zurück. Wenn man sich gleiche Ergebnisse wünscht, muß man sich als Vorbedingung dazu auch die magyarische Parteidisziplin und die magyarische Zähigkeit des Zusammenhaltens aneignen. In Pesth hat sich niemals eine akademische Legion gebildet, um irgendwo für die Losreißung eines Bestandtheils von Ungarn zu kämpfen, und wenn Garibaldi: „Tod den Magyaren!" gerufen hätte, das rothe Hemd der Garibaldiner wäre in Pesth niemals zu einer Damenmode geworden. In dem kroatischen, dem serbischen, dem rumänischen, dem slowakischen Lager traten niemals magyarische Namen auf; übersetzt wurden sie eben so wenig. Auch die Linke des ungarischen Landtags, obwohl gegen Deak opponirend, spannte darum keineswegs ein Pferd hinter den Wagen; ihre maßlosen Anforderungen hatten den Eindruck zur Folge, daß im Vergleich damit die Ansprüche der Deak'schen Partei immerdar als gemäßigt erschienen, mitunter ohne es zu seyn. Man sieht, den Magyaren hat man den Erfolg keineswegs auf dem Präsentirteller entgegengebracht; sie mußten erst ringen darum. In der Politik überhaupt gilt Jeder nur so viel, als er an eigener Kraft thatsächlich in die Wagschale legt. So sind denn auch den Deutschösterreichern ihre Erfolge bei den letzten Wahlen unzweifelhaft als ein politisches Verdienst anzurechnen, noch nicht

aber als ein Abschluß, der nun einen mühelosen Ruhepunkt auf Lorbeeren darböte; überdies gab es auch Ausnahmen, wie z. B. in Krain jene eines rein deutschen Bezirks, der sich einen slowenischen Abgeordneten erkohr. In dem bevorstehenden Reichsrath werden große Dinge zur Entscheidung kommen. Ohne feste Disziplin und ohne zäheste Einigkeit ist der gesuchte Erfolg kaum erringbar: darum, anstatt auf die Magyaren eifersüchtig zu seyn, lerne man lieber ihnen praktisch ab, was uns noth thut.

16. März 1867.

Zu den Wahlmanövern in den Ländern der aufgelösten Landtage gehören auch ausgesprengte Gerüchte wie die, daß Frhr. v. Beust mit einem Angriff auf die Kirchengüter umgehe, daß er katholisch zu werden gedenke, und dergleichen mehr. Zwar paßt das eine nicht aufs beste zu dem andern, und es gehört schon eine starke Schwäche des Kopfes dazu, beide neben einander zu glauben; indeß man muß nicht blos nach einer Seite hin zu wirken verstehen, und auf jeden Fall ist das Gerücht vom Katholischwerden doch wiederum eine Erinnerung daran, daß er es nicht ist. Möglicher Weise übrigens drückt sich darin auch eine Art von dunklem Gefühl aus, daß ein Protestant wohl am allerwenigsten auf einen Eingriff in katholisches Eigenthum denken kann. Bekanntlich gibt es in Oesterreich eine Parteirichtung, die einen solchen Eingriff sehr gerne sehen würde, allein sie geht nicht von Protestanten aus, sondern ist äußerlich katholisch. Wie es scheint, ist eine aus Reibungen innerhalb der Kirchengemeinschaft hervorgehende Leidenschaft dazu erforderlich, um außer Acht zu lassen, daß es sich hiebei um eine Eigenthumsfrage handelt, und daß ein jeder Angriff auf das Eigenthumsrecht eine Wiederaufmunterung der kommunistischen Ansichten überhaupt zur natürlichen Konsequenz hat. Nach einer Beraubung der Kirche läge nicht minder plausibel die weitere Frage zur Hand, ob nicht der Großgrundbesitz oder das Bankgeschäft „etwas zu viel habe"; wenn einmal der Haltpunkt eines Prinzips umgeworfen ist, rutscht man mit den weiteren Widerstandsversuchen abschüssig einen glatten Abhang hinab. Auf der andern Seite läßt sich aus derartigen Wahlmanövern der Schluß ziehen, daß es mit den älteren Mitteln, das Phantasiebild der Wenzelskrone gegen

Kaiser und Reich mobil zu machen, nicht mehr recht glücken will. Alle diese neueren Mittel haben, im Sinne des bekannten Sprichworts, noch kürzere Beine.

17. März 1867.

In **Kroatien** lassen sich die Verhältnisse etwas günstiger an, als seither. Die Kroaten haben, seit man ihnen ihre Verfassung zurückgab, eine Opposition fortgesetzt, die nicht mehr wußte, auf was sie ausging. In den Reichsrath nach Wien wollten sie nicht, in den Landtag nach Pesth wollten sie auch nicht, und zur Stiftung eines kroatischen Weltreichs waren sie nicht stark genug: was sollte bei dieser schwankenden Haltung herauskommen? Nun hat ein Anderer für sie die mangelnde Entschließung gehabt, nämlich die Regierung. Eine Reichsrathspartei gab es in Kroatien so eigentlich nicht; eine Unionspartei für Ungarn gibt es daselbst, wenn auch in der Minorität; so hat nun die Regierung ihren Willen in die Wagschale gelegt, um einen Ausschlag für Ungarn zu geben, und es ist zu hoffen, daß auf vernünftige Bedingungen hin ein Ausgleich zwischen Ungarn und Kroatien zu Stande kommt. Allerdings hängt Dies zunächst von der Staatsklugheit des ungarischen Ministeriums ab: wenn es einfach auf seinem „Scheine" beharrt, dessen gesetzliche Giltigkeit übrigens mehr als zweifelhaft ist, (denn die Kroaten haben die magyarischen Neuerungen von 1848 niemals anerkannt), so wird ihm das Fürwort der Wiener Regierung bei den Kroaten für Pesth wenig nützen: selbst falls die Herbeiziehung Kroatiens formell gelänge: wenn wider Willen erpreßt, würde dieser anscheinende Gewinn doch nur ein kroatischer Dorn im magyarischen Fleisch seyn. Die Magyaren müssen die Kroaten zu **versöhnen** wissen, ganz so wie man es von Wien aus mit den Magyaren that.

In der orientalischen Frage hat die Beust'sche Politik, wie es scheint, nun dennoch obgesiegt. Frankreich soll den Gedanken einer Vergrößerung Griechenlands nach Thessalien und Epirus zu aufgegeben haben. Aus den Zeiten Napoleons I. wirkte nämlich in Paris seither der ethnographische Irrthum nach, der den Bekennern des griechischen oder vielmehr anatolischen Christenthums in der europäischen Türkei auch eine griechische Stamm- und Blutsverwandtschaft zuschrieb. Dagegen ist es sicherlich ein sehr gesunder

Gedanke, der Pforte auf das dringendste Reformen zu Gunsten der Rajahs (der christlichen Unterthanen) anzuempfehlen, weil in demselben Maße die russische Protektion von außen her an Werth und Bewerbung verliert. Wenn man blindlings für die Türken Partei nimmt, arbeitet man offenbar den Russen und den russischen Sympathien in die Hände.

---

19. März 1867.

Es besteht in Ungarn eine Partei, oder, besser gesagt, eine Gesinnungsgenossenschaft, die sich dem naiven Glauben hingab, mit der Wiederkehr der ungarischen „Selbständigkeit", und vollends gar mit der Einsetzung eines besondern ungarischen Ministeriums, was ja eine vormals unbekannt gewesene Errungenschaft ist, werde nun sofort eine Aufhebung dieser und jener Steuer und wenigstens eine theilweise Annäherung an die glückliche alte Zeit eintreten, wo der magyarische Edelmann gar Nichts bezahlte. Die Bekenner dieses Glaubens, weil sie am weitesten gegen Wien und die „Schwaben" (Deutschen) mit vorgingen, zählten sich bisher mit zu Dem, was man die „Linke" nennt, obwohl sie, beim Lichte betrachtet, weniger radikal, als vielmehr reaktionär sind: ihr gemeinsames Kennzeichen ist eine Negation: sie haben keinen Begriff von dem modernen Staatswesen. Diese Partei ist es, die nunmehr eine neue Stellung einnehmen und mit der das ungarische Ministerium seine Hauptschwierigkeit haben wird. Für den Augenblick zwar hat es noch keine Gefahr damit. Man wird nun unmittelbar das Elaborat der Siebenundsechzigerkommission in Betreff der „gemeinsamen Angelegenheiten" vornehmen. In einer gestern Abend stattgehabten Konferenz der Deak'schen Partei setzte Deak auseinander, daß die Berathung der gemeinsamen Angelegenheiten nicht bis nach der Krönung aufgeschoben werden könne, und daß die Annahme des Elaborats der Siebenundsechzigerkommission eine unbedingte Nothwendigkeit sey, „weil das Land sonst in den früheren Zustand zurückkehren müßte." Niemand in der Konferenz hatte einen Einwand dagegen. Auch in den Reihen des gegenwärtigen Landtags ist die Partei Deak ihrer Majorität gewiß. Allein nach den Neuwahlen dürfte sich das Verhältniß wohl einigermaßen ändern und die sogenannte „Linke" an Stimmen gewinnen, wenn sie auch keineswegs in die

Majorität kommen wird. Dabei ist es eigenthümlich anzusehen, wie Franz Pulszky, welcher eben erst aus einer vieljährigen Verbannung heimgekehrt ist, jenem rückständigen Theile seiner Landsleute, der in fast chinesischer Weise Ungarn als ein sich selbst genügendes „Reich der Mitte" auffaßt, von dem Standpunkt einer größeren Weltanschauung aus ihre Kleinlichkeit und ihre engen Gesichtskreise bemerklich macht. Die Ueberwindung dieser Vorurtheile wird wohl die nächste Aufgabe der innern ungarischen Entwicklung seyn, und ich müßte mich sehr täuschen, wenn sich im Verlauf derselben nicht von Seite der magyarischen Intelligenz eine geistige Befreundung mit der deutschen ergäbe. Der sogenannte Dualismus wird möglicher Weise zusammenführen, was vorher getrennt und einander fremd war.

Der Streit der Tschechen gegen „Kaiser und Reich" und ihre Allianz mit einem Theile des feudalen Adels weckt verschiedene Erinnerungen von 1848 auf. So bringt das neueste Heft der „Mittheilungen des Vereins für die Geschichte der Deutschen in Böhmen" eine Parallele zwischen der jetzigen Haltung der Tschechenführer und der Verhandlung über die Adelsfrage auf dem weiland Kremsierer Reichstag. Der Verfassungsausschuß beantragte damals die Abschaffung sämmtlicher Standesvorrechte, auch derjenigen des Adels. Klaudy, einer der gegenwärtigen Alliirten des Grafen Clam-Martinitz rc., verlangte in einer heftigen Rede nicht nur die Abschaffung der adeligen Standesvorrechte in politischer Hinsicht, sondern auch die der adeligen Wappen, Namen, und Titel. Trojan war ebenfalls als Redner eingeschrieben, und zwar für den Antrag, trat jedoch das Wort an einen Polen ab. Rieger, Palacky, Brauner, Prazak rc., ebenfalls jetzige Alliirte der Feudalen Böhmens, dachten auch nicht entfernt an eine Opposition oder Einwendung gegen den Antrag, und als Klaudy von der Rednerbühne stieg, wurde er von den tschechischen Freunden begrüßt und beglückwünscht. Man sieht, es gehörte eine starke Selbstverleugnung zu der jetzigen Allianz, und Das beiderseits.

Die bekannte mährische Wahlbroschüre, deren Inhalt die Wiener Abendpost als einen „an Hochverrath gränzenden Widersinn" bezeichnete, macht noch immer von sich reden. In der feudalen Zeitung „Vaterland" weisen Graf Egbert Belcredi und der Olmützer Domherr Frhr. v. Königsbrunn jede Theilhaberschaft daran zurück;

die Broschüre selbst, so wie die ganze Richtung gleicher Art, hat der Sache, die sie zu fördern meinte, lediglich Schaden gethan.

In Krain hat die Adreßangelegenheit des letzten Landtags nachträglich einen Ehrenkränkungsprozeß zur Folge gehabt. Ein Bürger von Rudolfswerth bezeichnete diejenigen Abgeordneten, die für die zur Auflösung des Landtags führende Adresse stimmten, als „Landesverräther"; der dortige Staatsanwalt, welcher übrigens selbst mit im Landtage saß und zu den Adreßmännern gehörte, machte die Klage anhängig. Jene Aeußerung mag politisch als ein Zeichen der Volksstimmung gelten, vor Gericht aber rechtfertigen läßt sie sich nicht; auch die Wiener Abendpost sprach in dem obenerwähnten Falle nicht von „Landesverräthern" als Personen, sondern von dem an Hochverrath gränzenden Inhalt einer Broschüre, und zwischen der einen und der andern Ausdrucksweise ist ein bedeutender Unterschied. Immerhin jedoch, findet man, würde in Rudolfswerth passender ein anderer Staatsanwalt fungiren, als einer, der persönlich bei der Sache betheiligt ist.

20. März 1867.

In Böhmen und Mähren lassen die Wahlaussichten sich diesmal wesentlich anders an, als das vorige Mal. Der Glaube an Protektion von oben herunter gab den Agitationen von damals eine Färbung, als ob es sich um einen Kreuzzug des Slawenthums gegen das Deutschthum handle; jetzt, da sich die aufgewirbelte Staubwolke wieder gelegt hat, sieht man denn doch, daß die Verfassung keineswegs eine Nationalitätsfrage ist, und daß es in Prag oder in Brünn nicht wohl eine slawische Freiheit geben kann, wenn es keine gemeinsame gäbe in dem Mittelpunkt Wien. So treten denn nunmehr auch in slawischen Bezirken slawische Wahlkandidaten als Anhänger der Verfassung auf: Mitglieder der Aristokratie und kirchliche Würdeträger, die man unter der Maske des Konservatismus getäuscht hatte, schlagen sich nun auf die andere Seite. Es war so gar Vieles künstlich gemacht; nach der Wegräumung solcher Hindernisse stellen sich die natürlichen Verhältnisse wieder her. Mit ganz geringen Majoritäten hatte man die letzteren theilweise auf den Kopf gestellt. Man erinnert sich des Falls von Pilsen, wo mit der Mehrheit einer einzigen Stimme die Stadtvertretung be-

schloß, die deutsche Hauptschule der Stadt in eine tschechische zu verwandeln. Da eine tschechische Hauptschule schon da war, so handelte es sich klärlich nicht um Vertheidigung der einen, sondern um Unterdrückung der andern Nationalität. Die Bezirksbehörde erklärte den Beschluß als unbefugt für nichtig, stellte dagegen die Berufung an die Statthalterei frei, und siehe da, nun erklären sich auch tschechische Stimmen gegen die Berufung, und man erfährt, daß eine namhafte Anzahl angesehener Tschechen in Pilsen sich dem Protest der deutschen Stadtbewohner angeschlossen hat. Die Majorität einer Stimme in der Stadtvertretung fand sich mit den wahren Gesinnungen der Bürgerschaft in direktem Widerspruch. Ebenfalls zu Pilsen hatten in der Handelskammer die Tschechen eine Stimme mehr, als die Deutschen, und wählten im Namen der Gesammtheit zwei tschechische Abgeordnete in den Landtag; seither hat sich durch entstandene Lücken und Eintritt von Ersatzmännern das Blatt gewendet, und nun sind es die Deutschen, die in der Handelskammer die Majorität haben. In Brünn hat der Landtag aus einer Gruppe von acht Städten mit sechs deutschen und zwei slawischen Abgeordneten zwei Mitglieder in den Reichsrath zu wählen, und er wählte, mit Umgehung der sechs Deutschen, die zwei Slawen als angebliche Vertretung der Gesammtgruppe. Hat man Unrecht, solche Ergebnisse als erkünstelt zu bezeichnen?

Es gibt hier „liberale" Blätter, denen Freisinn und Kirchenhaß für Eins und Dasselbe gilt. Napoleon III. ist nach ihren Begriffen ein Freiheitsfreund, ein Liberaler, ein Mann des Fortschritts, weil er so beharrlich dem „ultramontanen" Oesterreich feindselig war. In der jüngsten Zeit zwar hat er, seiner ganzen früheren Haltung entgegen, die Unentbehrlichkeit Oesterreichs für das europäische Gleichgewicht proklamirt, und Angesichts der Unvereinbarkeit dieser letzteren Auffassung mit jener ersten könnte man nun billigermaßen im Zweifel sein, ob man die neue Lesart als etwas Zuverlässiges anzusehen habe. Allein ein „liberales" hiesiges Blatt, aus Anlaß der Pariser Verhandlungen über die Thiers'sche Interpellation, bringt alle logischen Widersprüche glücklich unter einen Hut, indem es einfach sagt, Napoleon sei immer der Freund Oesterreichs gewesen, habe es aber unumgänglich erst feindselig zu behandeln gehabt. „Das System Oesterreichs," so liest man wörtlich, „mußte gebrochen werden, um das Prinzip von der Nothwendigkeit der österreichischen Macht-

stellung zu retten und die Allianz Oesterreichs mit Frankreich dauernd zu sichern." Oesterreich verfolgte nämlich eine „ultramontan-reaktionäre Tendenzpolitik, die sich auf Rom und Petersburg stützen sollte." Hübsch gesagt, Das; denn auf Petersburg stützte sich Oesterreich, als es in dem Krimkriege gegen Rußland intervenirte, welchem es sein Ultimatum aufzwang, und was Rom betrifft, so ist man dort bekanntlich auf das innigste mit dem Petersburger Hofe liirt. Hr. Rouher, so entwickelt dieselbe Anschauung weiter, hat in Paris auf das überzeugendste nachgewiesen, daß Oesterreich lauter politische Fehler gemacht hat, einen nach dem andern, und deßhalb ist uns die Freundschaft Frankreichs nunmehr auf ewig gesichert; auch wird der Einfluß Napoleon's III. von jetzt an ohne Zweifel die konstitutionelle Freiheit in Oesterreich durchsetzen, koste es, was es wolle. Quod erat demonstrandum!

Schließlich ein politisches Witzwort, das aber diesmal kein Wiener Erzeugniß ist, sondern von Florenz herüberkommt: in einem dortigen Witzblatte nämlich wird Garibaldi als ein dreifacher Vogel abgebildet: als Krieger ist er ein Adler, als Wahlredner ein Papagei, und als Kammermitglied ein Gänserich.

---

21. März 1867.

Den Anfang neuer Wahlberichte liefert Böhmen: in den deutschen Landbezirken wurden am gestrigen Tage die früheren Landtagsmitglieder von neuem erwählt, theils einhellig (so namentlich Herbst), theils mit großer Majorität. Dies hatte man erwartet; eine Entscheidung liegt darin nicht. In Kolin wurde der tschechische Führer Sladkowsky wieder erwählt, und versicherte seinen Wählern in der dabei gehaltenen Rede zu wiederholten Malen, daß „der Adel mit der Nation gehe und unerschütterlich zu ihr halten werde." Unter „Nation" sind in seinem Sinn natürlich nur die Tschechen zu verstehen: diese Parteirichtung reißt Böhmen auseinander, wie es der Föderalismus gerne thäte mit dem Reich. Was den von ihm zitirten Adel betrifft, so war es bekanntlich nur eine Mehrheit von wenigen Stimmen, die bei den vorigen Wahlen für ein Zusammengehen mit den Ultratschechen entschied, und der Versicherung, daß es nochmals geschehen werde, stehen widersprechende Zeichen gegenüber, die man öffentlich vor Augen hat. Die Fiktion einer böhmisch-

[illegible] einer Unterord- [illegible] gegen den König [illegible] weg, und damit, [illegible] Regentschaft, welche [illegible] Militair [illegible] genug also, [illegible] zu glauben. [illegible] Einleitung [illegible]

[illegible] März 1847.

[illegible] und [illegible] monarchische [illegible] Wahl, [illegible] Demokratismus [illegible]

aber regelmäßig damit durch. Die nicht nur an Zahl, sondern auch an geistigen Mitteln weitaus überlegene Deakpartei weiß, was sie will, und hält fest daran. Es wird keinem Ultra gelingen, den so mühsam erlangten Ausgleich wieder rückgängig zu machen. In der letzten Sitzung kam der in parlamentarischen Versammlungen übrigens nicht allzuseltene Fall vor, daß ein hochpathetischer Vortrag unversehens durch einen kurzen humoristischen Zwischenruf lahm gelegt wurde. Hr. Madarasz von der Linken eiferte gegen den „vaterlandsverrätherischen" Ausgleich; lieber möge man Alles erdulden. „Sterbet eher — laßt euch vernichten — gehet zu Grunde!" .... „„Dank' gar schön,"" warf hier ein Anderer dazwischen, und das Haus brach in ein unauslöschliches Gelächter aus. Der pathetische Redner war abgeblitzt.

---

26. März 1867.

Die Entwicklung des Dualismus tritt schon recht merklich hervor. Der Kaiser ist auf zwei Tage von Ofen herübergekommen und kehrt wieder dahin zurück; auch die Minister reisen hin und her, und Das wird noch öfter geschehen, bis drüben alle Einzelheiten in's Reine gebracht sind. Zu den neuesten Schwierigkeiten gehört z. B., daß man in Ungarn Wünsche für ein besonderes ungarisches Post- und Telegraphenwesen hegt; während man gerade in diesem Betreff anderwärts vielmehr nach Einheit strebt, würde eine Ausscheidung Ungarns aus der bereits bestehenden Einheit beider Fächer offenbar ein Rückschritt seyn, für den die Befriedigung der kleinen Eitelkeit, Briefmarken mit dem ungarischen Wappen zu haben, kaum einen entsprechenden Ersatz böte. Auch das Tabacksmonopol möchte man für Ungarn gern aufgehoben sehen. Es läßt sich streiten über dessen Zweckmäßigkeit; indeß ist eine Besteuerung des Rauchens und Schnupfens jedenfalls eine Luxussteuer, wirft auch einen ansehnlichen Ertrag ab, müßte durch eine andere, gleich ausgiebige Steuer ersetzt werden, was seine Schwierigkeiten hat, und zu alledem käme noch, falls nicht diesseits der Leitha das Tabacksmonopol ebenfalls aufgehoben würde, die gehässige Nothwendigkeit, zwischen Ungarn und den andern Kronländern wegen ungleicher Besteuerung eine Gränzmauth zu errichten. Eine derartige Unterbindung der Adern des Verkehrs würde ein noch schlimmerer Rückschritt seyn, als eine

30. März 1867.

Die Entscheidung in Böhmen und Mähren ist erfolgt, und zwar, wie man in der letzten Zeit voraussagte, zu Gunsten der deutschen Verfassungspartei. In Prag trug dieselbe bei den Wahlen des (nichtfideikommissarischen) Großgrundbesitzes mit 30 Stimmen Majorität (209 gegen 179) den Sieg davon. Dieser Großgrundbesitz entsendet 54 Abgeordnete in den böhmischen Landtag. Außerdem haben die Fideikommißbesitzer 16 Abgeordnete zu erwählen; in Bezug auf diese letztere Wahl war unter den Wählern ein Kompromiß getroffen worden, und es gingen daraus 8 verfassungstreue und 8 föderalistische Abgeordnete hervor, was so viel besagte, als daß der Fideikommißbesitz sich für politisch neutral oder stimmlos erkläre. Nun wird aber gemeldet, daß die 8 Föderalisten die Wahl nicht annehmen, weil ihnen mit der blosen Hälfte (vielleicht auch mit der Weglassung ihrer Hauptführer) nicht gedient ist. Die Ablehnung jenes Aktes von Artigkeit macht also in den Reihen des Fideikommißbesitzes eine Nachwahl erforderlich. Die Majorität des böhmischen Landtags wird dadurch nicht alterirt; sie steht fest auch ohne den Fideikommißbesitz.

In Brünn wurden aus den Reihen des Großgrundbesitzes (ohne Fideikommiß) lauter Verfassungsanhänger gewählt (24 Abgeordnete); Graf Wrbn im Namen des Kaisers und Graf Mittrowsky in Vollmacht der Erzherzoge stimmten für die verfassungstreue Liste. Die mährischen Fideikommißbesitzer dagegen, welche 5 Abgeordnete in den dortigen Landtag entsenden, wählten in föderalistischem Sinn. Die Majorität im Landtage wird dadurch ebenfalls nicht alterirt. Bei den Städtewahlen in Mähren hat die Verfassungspartei überdies 5 Wahlen gegen früher gewonnen, und der Landtag wird ein ganz anderes Bild darbieten, als das vorige Mal. Die Majorität, welche das Wahlergebniß des Großgrundbesitzes entschied, betrug in Brünn durchschnittlich 21 Stimmen.

In Krain ist es der Großgrundbesitz, der für „Kaiser und Reich" gegen den Föderalismus einsteht: seine 10 Abgeordneten in den Laibacher Landtag sind sämmtlich Verfassungsanhänger, und alle sind beinahe einstimmig erwählt. Bei den andern Wahlen hat die Verfassungspartei in Krain fünf Wahlsitze gegen das vorige Mal gewonnen, aber die Majorität des Landtags ist noch slowenisch-föderalistisch. Für den Reichsrath macht der Verhältnißtheil, den

man von Laibach aus nach Wien schickt, glücklicher Weise nicht viel aus.

---

31. März 1867.

Es sind alle Vorurtheile starrsinnig, — auch die mit liberalem Anstrich. Wie überschwänglich war dereinst die Sympathie für die Befreiung der Griechen, wie frühlingsstrahlend die Popularität des türkenfeindlichen Rußlands! Des alten Metternich „unbegreifliche" Gegenpolitik stand wie Butter an der Sonne daneben. Auch waren es nicht Vernunftgründe, die jener Phantasieregung Meister wurden: den populären Nimbus des russischen Namens brachen die Eindrücke der polnischen Revolution, vermittelst deren man eine andere Seite Rußlands entdeckte, und die Begeisterung für Hellas löste sich auf gegenüber dem Undank, womit man eine deutsche Hilfeleistung schnöde genug belohnt sah. Mit der Zeit des Krimkriegs nahm man alsdann einen entgegengesetzten Anlauf, fiel aber nun auf der andern Seite vom Pferd herunter: die Sache des Halbmonds, „sich selber zum Erstaunen", sollte jetzt leibhaft die Sache der Zivilisation seyn. So kam das Stichwort von Frankreich herüber, und man sprach es nach, wie man zwischen 1820 und 1830 das gerade Gegentheil nachsprach. Den Ruhm der Zivilisation übrigens hatten die Türken wohlfeil. Militärisch hatten sie dieselbe nur bei einem Gamaschenknopf erfaßt; politisch und sozial aber bauten sie mit Staatsschuldenmacherei, Philosophie des Champagnertrinkens, buttergelben Handschuhen, Aneignung französischer Parlirkunst, und erschöpfendem Verständniß der „Halbwelt" (nur daß sie die ihrige im Käfig halten) weiter keine Stützmauern ihres Reichs auf. Die Polygamie, scheint es, ist überhaupt nicht zivilisirbar; es fehlt ihr eine Grundlage jeder wahren Zivilisation: der Familienkreis, wie er seyn soll, und die Achtung des Weibes.

Der Krimkrieg war aus einem Napoleonischen Interesse hervorgegangen — so sehr, daß man an deutsche Zeitungsschreiber in Wien für die Verfechtung desselben französische Orden verlieh — und diesem Ursprung entsprach auch die Gestaltung des Friedensschlusses. Einerseits glaubte die neue Dynastie einer Ruhmesweihe durch einen großen Krieg zu bedürfen, und andererseits hatte Kaiser Nikolas geschrieben: „Mon bon ami", als er „Monsieur mon frère" schreiben sollte. So wurde denn bei dem Friedensschlusse

Rußland in der That gedemüthigt, die Türkei aber ziemlich in ihrem Besitzstand verstärkt gegen früher. Der [illegible] für das [illegible] liegt nur der [illegible] Raum. In diesem Augenblick nämlich gilt es die Türkei neuerdings für bedroht, ja für ganz ernstlich gefährdet, nachdem daß die Pforte der Staatskasse nicht mehr existiren. Mit der Erneuerung dieses Geschmackes und dem auferlegten Verzicht auf Krieg durch ein neues war demnach nur etwas Halbes gethan, oder man hat Ursache sich bereits um das Schicksal der Türkei Sorge zu machen. Da man es dennoch thut, gesteht man selbst ein, daß man einfach wieder von vorn anzufangen hat. Zur See wird die Türkei von Rußland nicht bedroht werden. Alles Andere aber hat jener Friedensschluß, die kleine Gebietsänderung an der untern Donau mindert nicht die Macht Rußlands in der Hauptsache gelassen, wie es war, nur daß die Kräfte der Türkei seither mehr und mehr gealtert sind. Ein in die Augen springender Beweis hiefür liegt z. B. darin, daß sie mit den eingewanderten Tataren und Kaukasiern, die voll innigster Sympathie aus Rußland herüberkamen, Nichts weiter anzufangen wußte, als daß sie die Mehrheit dieser neuen Kampfesbrüder verhungern ließ. Der „kranke Mann" ist kranker, als jemals.

Gut Ding will Weile haben. Hat es ehedem so lange Zeit gekostet, bis man begreifen lernte, daß es ein europäisches Interesse gab, nicht blindlings christenfreundlich in Sachen der Türkei zu sein, so ist wohl jetzt wiederum gleichmäßig eine gewisse Zwischenzeit erforderlich, bis man sich unter veränderten Umständen an den Gedanken gewöhnt, daß es eine natürliche Gränze gibt, jenseits welcher europäische Opfer für eine unveränderte Türkei nicht mehr motivirt wären. Bei diesem Bedenken ist denn, wie man aus mehrfachen Anzeichen ersieht, derzeit eine keineswegs isolirt stehende Auffassung angelangt, der veränderte Thatsachen das Wort reden. Man kann einem Schwachen unter die Arme greifen, aber einem gänzlich Bewegungsunfähigen seine eigenen Beine borgen, Das kann man nicht. Hier muß eine Regeneration von innen heraus helfen, wenn sie noch möglich ist. Europa hat kein Interesse dabei, daß die Türkei türkisch bleibe, während darin eine anerkannte Schwäche liegt, sondern nur daß sie nicht theilweise russisch werde. Auf das Russischwerden nun scheinen es auch die Christen in der Türkei nicht eben direkt abgesehen zu haben, selbst der anatolische Klerus nicht, weil er bei

Rußland weniger kirchliche Unabhängigkeit und ein geringeres Einkommen fände; allein wenn man die Pforte nicht zu Reformen, d. h. zu ausgiebigen Zugeständnissen an ihre christlichen Unterthanen zu bestimmen weiß, so läßt man diesen ja gar keine andere Wahl übrig. Nicht aus der Sebastopoler Flotte, sondern aus den entgegenkommenden Sympathien eines überwiegenden Theils der Bevölkerung der Türkei zog Rußland seine Hauptvortheile als bedrohende Macht. Im Besitz dieser Vortheile bleibt es so gefährlich wie je: es braucht nur Zeit und Gelegenheit zu erwarten. Käme dem übrigen Europa just ein Krieg um die Türkei nicht gelegen, um so willkommener natürlich jeder Anlaß zu einer Einmischung für Rußland. Angesichts einer solchen Lage aber ist es offenbar ein politischer Fehler, wenn man den Russen ein Monopol dortiger Popularität läßt, welches man staatsklüger mit ihnen theilt, um es für allgemeine, anstatt für blos russische Zwecke in Gebrauch zu nehmen. Mache man aus den Sympathien für Rußland Sympathien für Europa, und die gefahrvolle Klippe ist umschifft, sogar ohne daß Rußland Einwendung dagegen erheben kann, als auf ein Risiko seiner Popularität selbst. Wer Das nicht so rasch begreift, dem muß man eben Zeit lassen. „Es hat Jedermann Verstand" sagt ein spanisches Sprichwort, „nur haben ihn Einige später als Andere."

1. April 1867.

Seither hat die Bismarck'sche Politik Glück gehabt; jetzt tritt die luxemburgische Frage als ein Prüfstein des Charakters an sie heran.

Bei der ersten Anlage des Plans war deutsches Nationalinteresse offenbar nicht die oberste Triebfeder gewesen; denn in irgend einer Weise hatte man sich der Rückendeckung von Seite Frankreichs gesichert, weil man sonst nicht hätte vorgehen können, und daß Frankreich seinerseits unentgeltlich zuzuschauen gedenke, setzte man sicherlich nicht voraus. Napoleon täuschte sich darin, daß er glaubte, ein Aufschub der Liquidation werde ihm größere Vortheile in die Hand spielen. Im Fall einer preußischen Niederlage hätte er allerdings die Aussicht gehabt, daß die Anrufung seines Beistandes unumgänglich geworden, und daß kein Preis dafür zu hoch erschienen wäre. Der Sieg Preußens beraubte ihn dieser Eventualität, und

ersparte sie den Deutschen. Nun erst war es thunlich, den Erfolg als eine deutsch-nationale Sache hinzustellen, und erst damit schob man der materiellen Eroberung eine moralische Grundlage unter. Es war die Errungenschaft eines Bürgerkriegs: allein da es eines zweiten Bürgerkriegs bedurft hätte, um sie wieder in Frage zu stellen, so setzte sie sich immerhin auf einer Basis deutsch-nationaler Motive zurecht, welche man denn auch ausdrücklich anrief, um sich darauf zu stützen.

Es ist nicht glaublich, daß man diese kaum gewonnene Basis so leicht aufzugeben bereit wäre. Auf Napoleon, scheint es, hat anfänglich bestechend mit eingewirkt, daß er sich schmeichelte, von dem Grafen Bismarck ein ganz dem seinigen ähnliches System innerer Regierungspolitik ausgehen zu sehen. Bei dem Beherrscher Frankreichs konnte Das eine Empfehlung seyn; bei der deutschen Nation war es keine. Auch mit dem norddeutschen Parlament hat man weiter keine Herzen erobert: bis jetzt ist es, unter starken Frittionen und mit schwacher Leistung, Nichts weiter als ein fünftes Rad am Wagen. Gäbe man nun den Anspruch auf eine deutsch-nationale Stellung auf, was bliebe übrig? Die Gewalt der Thatsachen immer noch, kann man antworten, und in Wahrheit ist Gewalt mitunter ein recht ausgiebiges Mittel der Herrschaft: allein auch auf diesem Boden gibt es eine einschränkende Berechnung in Bezug auf Thunlichkeit und nachhaltige Dauer. Auch die Gewalt bedarf eines Nimbus in den Augen des Volks. Vor Allem aber muß die Gewalt zugleich ein Schutz seyn: wer im Hause Meister seyn will, darf nicht als gedemüthigt erscheinen von außen her. Man muß die Fahne hoch halten, wenn man als Bannerherr Geltung haben will.

Es scheint fast, daß es Beweggründe dieser Art sind, die den Kaiser der Franzosen vorwärts treiben, noch bevor er mit der Industrieausstellung und der Beschaffung der Chassepotgewehre fertig ist. Dem so oft proklamirten Nationalitätsprinzip schlägt er dabei überdies von neuem ins Gesicht, denn das im Handel begriffene Luxemburg war nicht nur Bestandtheil des deutschen Bundes, sondern es ist auch ethnographisch ein rein deutsches Land: die deutsche Sprachgränze läuft sowohl nach Belgien als nach Frankreich zu außerhalb des Großherzogthums Luxemburg, wie es heute ist. Eine Abtretung an Frankreich, während die Festung Luxemburg in

der Hand einer norddeutschen Besatzung ist, wäre nichts Anderes, als ein neues Nizza. Es ist moralisch unmöglich, daß eine deutsch-nationale Machtstellung damit beginne, deutsches Land und deutsche Seelen, die vordem sicher unter dem Schutze des alten Bundes gelebt, nunmehr im Namen eines Fortschritts an das Ausland auszuliefern; es ist moralisch unmöglich, daß die neue diplomatisch-militärische Führung sich eine schwächere Schutzkraft zuschreibe, als sie der deutsche Bund gehabt, welchen man angeblich eben wegen des Mangels daran bekämpfte.

Bisher hatte die Bismarck'sche Politik in dieser Beziehung gleichsam einen Januskopf: gegenüber von Frankreich ließ sich hervorheben, daß mit der Zerreißung des Bundes ja ein Komplex von 70 Millionen zerrissen sey, und gegenüber der öffentlichen Meinung Deutschlands, daß gerade jetzt erst eine wahrhaft geeinigte Kraft imponirend dem Ausland die Spitze biete. Der förmlich aufgedrängte Streit um Luxemburg wird zum Prüfstein, welches dieser zwei Gesichter das richtige ist. In Paris selbst haben französische Stimmen gewarnt, eine Bedrohung deutscher Interessen werde nur ein um so festeres Zusammenstehen des neuen Deutschlands zur Folge haben; ich denke nicht, daß man in Berlin unterhalb dieser ausländischen Schätzung bleiben kann.

---

3. April 1867.

In unserer Zeitungspresse spricht sich theilweise ein warmes Interesse für die luxemburgische Frage, d. h. gegen den angedrohten Verlust eines deutschen Landes an Frankreich aus; jedoch fehlt es auch nicht an einem Gegensatze dazu, der sich gleichgiltig verhält oder gar eine Antipathie an den Tag legt. Wenn man in Betracht zieht, daß die Wunden des vorjährigen Krieges kaum vernarbt sind, wird man sich darüber nicht wundern. Die Zang'sche „Presse" übrigens (die alte) war von jeher gegen den Zusammenhang mit Deutschland; ihr Ideal ist ein zentralisirtes Oesterreich, in sich abgeschlossen, wie es Frankreich ist, und in diese Anschauung paßte selbst das frühere Bundesverhältniß nicht, welches sie also ohne Bedauern schwinden sah. Um so entschiedener tritt die „Neue freie Presse" für das in Luxemburg bedrohte Interesse auf, zugleich offen eine Allianz Oesterreichs mit Preußen empfehlend; allein bis jetzt steht sie damit ziemlich isolirt. In Ungarn will man, trotz der

„Klapka-Legion" im letzten Feldzuge, von einer preußischen Allianz Nichts wissen. Eben so in dem slawischen Theil Böhmens; war doch z. B. der jüngste Anlauf der tschechischen Agitation nichts Anderes, als eine egoistische Folgerung aus dem Prager Frieden, welchen man nämlich dahin auslegte, daß Oesterreich mit der Ausschließung aus Deutschland nunmehr zu einem slawischen Staate designirt sey. Auch den preußischen Aufruf an die „ruhmreiche böhmische Nation" hatte man sich in diesem Sinne zurechtgelegt. Was die andern Slawen anbelangt, so haben weder die Polen, noch die Kroaten, Serben, Slowenen ꝛc. Motive zu einer Sympathie für Deutschland. Oesterreich ist nicht mehr, was es war. So lange das Bundesverhältniß bestand, wußte man selbstverständlich nicht anders, als daß eine jede Bedrohung deutscher Interessen sofort die österreichische Armee in das Feld rufe, und schon aus Jahrhunderte alter Gewohnheit nahm daran Niemand einen Anstoß; jetzt untersucht und überlegt man hin und her, fragt nach der Gegenleistung, und würde in dieser Hinsicht nur schwer zu befriedigen seyn. In der öffentlichen Meinung, scheint mir, ist dieser Standpunkt vorherrschend. Ueberdies ist der Friede für Oesterreich ein so allgemein anerkanntes Bedürfniß, daß es sehr stark überwiegende Beweggründe anderer Art erfordern würde, um aus der zuwartenden Stellung herauszutreten.

In Pesth agitirt eine magyarische Ultrapartei gegen das dortige deutsche Theater, jedoch höchst wahrscheinlich erfolglos. Bekanntlich wird in Pesth mehr deutsch als magyarisch gesprochen; die Schwesterstadt Ofen ist beinahe ganz deutsch. Dieser ethnographischen Thatsache entsprechen denn auch die Verhältnisse der beiden Theater: das deutsche entrichtet jährlich 6000 Fl. Pacht, und das magyarische bedarf eines jährlichen Zuschusses von 50,000 Fl. Das erstere aufheben zu wollen, wäre demnach ein handgreiflicher Unsinn.

Mehrere hiesige Blätter bringen heute einen Aufruf aus Innsbruck, der um Beiträge in Geld und an deutschen Schulbüchern für tyrolische Gemeinden bittet, die in dem Fortbestand ihrer deutschen Nationalität bedroht sind. Bekanntlich geht in Tyrol schon seit einem Jahrhundert immer mehr ethnographisch deutscher Boden an das Wälschthum verloren, und es sind neuerdings wieder mehrere Gemeinden in diese Gefahr versetzt, für deren deutsche Schulen und deutsche Nationalität man beharrlich Nichts thut, während man sie

gegen ihren Willen einem Amtsverband italienischer Sprache zugetheilt läßt. Die Behörde schreibt italienisch an sie, was sie nicht verstehen, und erst neulich wurde einer derselben von Amts wegen die Errichtung einer italienischen Schule zugemuthet. Man sollte fast meinen, in diesen Bezirken regiere Viktor Emanuel jetzt schon!

---

6. April 1867.

Wir gehen allem Anscheine nach einer Entwicklung entgegen, die Oesterreich zu einem Vorbilde verfassungsmäßiger Freiheit zu machen verspricht. Man kündigt ein parlamentarisches Ministerium an, d. h. den Hinzutritt von Ministern aus der (nach der politischen Zusammensetzung der Landtage bereits erkennbaren) Majorität des bevorstehenden Reichsrathes. Frühere Oppositionsführer, wie Herbst und Giskra, sollen mit in den Rath der Krone berufen werden, ganz wie in England. Auch die politische Stellung einer der konstitutionellen Freiheit befreundeten Aristokratie bietet eine Aehnlichkeit mit England dar. Fürst Carlos Auersperg ist zum Präsidenten des Oberhauses, Dr. v. Hasner (auch er wird als künftiger Minister genannt) zum Präsidenten des Abgeordnetenhauses designirt. Frhr. v. Beust wartet nur die Rückkehr des Kaisers aus Ofen (Pesth) ab, um sich alsdann nach Prag zu begeben, und dort seine Stelle als Abgeordneter im böhmischen Landtag einzunehmen. Natürlich wird er von diesem Landtag als Abgeordneter in den Reichsrath erwählt werden, und der Ministerpräsident wird alsdann Mitglied des Abgeordnetenhauses in Wien seyn.

7. April 1867.

Das Interesse des Tages gehört der luxemburgischen Verwicklung. Ist Napoleon selbst nicht mehr „Herr der Situation" in Frankreich, oder will er sich die so sorgsam gepflegte Industrieausstellung eigenhändig verderben? Sowohl der eine als der andere Fall wäre ein Beweis weiter, daß sein früherer Nimbus dahin ist. Was die hiesige Stimmung betrifft, so spricht sie sich vorerst für Neutralität aus, obwohl man sich vorhersagt, daß bei dem wirklichen Ausbruch eines Krieges dies keine Rolle für die Dauer seyn kann. Sympathien für Napoleon finden sich in der deutschen Be-

völkerung Oesterreichs nicht, und um Oesterreich überhaupt hat er sich auch keine solchen verdient, da er früher fortwährend gegen den Kaiserstaat intrikirte und uns zwei große Kriege über den Hals schickte. Wenn ihm das Werk seiner eigenen Agitationen nunmehr über den Kopf gewachsen ist, so ist Das seine eigene Sache, für die er auch selber sorgen mag. Das Interesse Deutschlands jedoch, aus welchem man uns ausgeschlossen hat, ist in Folge dessen für Oesterreich natürlich nicht mehr maßgebend, wie früher. Wenn die Belcredi'sche Politik durchgedrungen und Oesterreich ein vorherrschend slawischer Staat geworden wäre, so hätte eine Allianz mit Frankreich jetzt vielleicht überwiegende Aussichten für sich. In dieser Beziehung verdienen unsere inneren Angelegenheiten und die Art ihrer Entwicklung auch eine von Deutschland herübergewendete Aufmerksamkeit so sehr, wie jemals.

Die neu gewählten Landtage von Böhmen, Mähren, und Krain sind am 6. eröffnet worden. In Prag führten die Tschechen gleich in der ersten Sitzung eine stürmische Szene auf, indem sie verlangten, daß die Rede des Oberstlandmarschalls (Präsidenten), des Grafen Hartig, auch auf tschechisch vorgetragen werde, während statt dessen von Seite des Stellvertreters des Oberstlandmarschalls, Ritter v. Limbeck, ein eigener Vortrag in tschechischer Sprache stattgefunden hatte. Der Oberstlandmarschall beauftragte sofort den Landtagssekretär, seine Rede auf tschechisch zu wiederholen, allein damit waren die Tschechen nicht zufrieden, weil der Sekretär nicht zum Präsidium gehöre. Bisher war Das, was die Tschechen nun verlangten, nicht herkömmlich gewesen, und darauf berief sich auch der Oberstlandmarschall, versprach übrigens, Sorge dafür zu tragen, daß künftig sein Stellvertreter seine Anreden wörtlich auf tschechisch wiederhole. Der leidenschaftliche Charakter des ganzen Auftrittes ist bezeichnend für die Gereiztheit der Tschechen über ihre Niederlage bei den Wahlen. In Brünn ergab sich keine Schwierigkeit dieser Art; in Laibach ist der Landtag bereits wieder zu Ende, da er gleich am ersten Tag Alles aufgearbeitet und seine Abgeordneten in den Reichsrath gewählt hat. (Beinahe ausschließlich Slowenen, so daß das deutsche Element Krains nur sehr dürftig im Reichsrathe vertreten seyn wird.) Dagegen wollen die Tschechen, wie man vernimmt, weder wählen noch eine Wahl annehmen; man berechnet indeß den Ausfall, so weit er von ihnen abhängt, auf nicht mehr als 13

Stimmen im Reichsrathe, was weiter nicht viel ausmacht, und da die Polen und die Slowenen kommen, so hätten sich die ausbleibenden Tschechen damit blos isolirt.

Die Gemeindevertretung von Riva in Südtyrol war so naiv, ein Gesuch um Abtrennung von Oesterreich und Aufnahme in das Königreich Italien in die italienischen Blätter rücken zu lassen. Der Gemeinderath ist deßhalb aufgelöst worden und ein Aktuar des Bezirksamtes mit der Leitung der Gemeindegeschäfte beauftragt.

Ein Wiener Witz sagt, Frankreich und Preußen seyen bereits wieder arrangirt: Kaiser Napoleon helfe dem Grafen Bismarck eine bessere Einigung des Parlaments durchsetzen, und Graf Bismarck dem Kaiser Napoleon die französische Heeresreform. Letztere freilich kommt alsdann post festum!

---

8. April 1867.

Es war ein seltsames Intermezzo, dieser Handel um Luxemburg. Ein Intermezzo nämlich, insofern es ein solches bleibt; es kann auch seyn, daß es zum Bestandtheil eines größeren Drama's ausläuft. Die vorläufige Inszenirung war ganz von französischer Art. Als in Pariser Blättern agitirende Gerüchte auftauchten, Preußen übe einen Druck auf die Niederlande aus: — dazumal, scheint es jetzt, spann sich die Sache an: jene Gerüchte waren die aufgewirbelte Staubwolke, um den Anmarsch des eigenen Planes zu verbergen. Darauf folgte in der französischen Presse jenes beliebte Spiel mit Anreiz und Gegentrieb, mit Agitation und Beschwichtigung, mit Versicherung und Widerruf, das in seinen Variationen die Börse moralisch auf die Folter spannt. Es ist Das die bekannte Manier, welche auf eine Pariser Initiative hinweist, und die Einfädelungen dieser Art pflegen nicht von vorübergehender Natur zu seyn.

Einstweilen haben wir bei dieser Gelegenheit erfahren, daß die Provinz Limburg, welche 1848 das deutsche Parlament beschickte, nunmehr für Deutschland aufgegeben ist. Sie gehörte zum deutschen Bund, — der deutsche Bund hat aufgehört zu existiren: — also! Für den deutschen Nationalkörper ist Das jedenfalls, wie in anderer Beziehung die Aerzte sich ausdrücken, ein „Substanzverlust." Auch in Bezug auf die Provinz Luxemburg, und zwar aus demselben Grunde, hob man in Berlin das „freie Verfügungsrecht" des

Königs der Niederlande hervor; Dies wäre eigentlich die Rolle Frankreichs bei der Sache gewesen. Von dem deutschen Besatzungsrechte sprach man nicht, obgleich Dies offenbar der Punkt ist, um den sich Alles dreht. Denn wenn das Besatzungsrecht, als dem deutschen Bunde vorangegangen, diesen auch überdauert, so ist die Frage rechtlich entschieden. Mit einer deutschen Besatzung in der Hauptstadt ist das Land offenbar unbrauchbar für Frankreich: aus dieser Unbrauchbarkeit aber folgt nicht, daß die deutsche Besatzung, sondern vielmehr daß der französische Kaufsanspruch zurückzuziehen ist. Die Gesetze der Logik sind mit dem deutschen Bunde nicht aufgehoben worden.

Ethnographisch wurde ein Theil des Publikums dadurch irregeführt, daß der Großherzog von Luxemburg schon seit Jahren die Schrulle hat, seine deutschen Luxemburger mit französischen Thronreden zu regaliren. Es sieht fast aus, als hätte man schon von weit her an einen dereinstigen Handel gedacht: Dies scheint jedoch nicht der Fall zu seyn, obwohl für das Französischthum darin wenigstens eine Motivirung läge. Auch die deutsche Diplomatie kannte sich nicht recht aus, als sie den „wallonischen" Theil Luxemburgs für Belgien abgab: Arlon selbst (zu deutsch: Arlen), die Hauptstadt des ausgeschiedenen Theils, war noch ethnographisch deutsch, und die wallonische Sprachgränze lief noch dritthalb Wegstunden westlich davon. In einer hiesigen Zeitung wurde bemerkt, Niederland sey ja eben so gut Ausland, als es Frankreich seyn würde: allein in ethnographischer Hinsicht ist Das nicht richtig, da das gesammte Königreich der Niederlande platt- oder niederdeutsch spricht, wie die andern norddeutschen Küstenlande auch (es hat nur seine Provinzialmundart zu seiner Schriftsprache gemacht), und in politischer Hinsicht ist diese niederländische Gränznachbarschaft jedenfalls keine bedrohende, was ein sehr wesentlicher Unterschied ist. Von einer andern Seite endlich ist hervorgehoben worden, „im Salon" wenigstens spreche Luxemburg vorherrschend französisch, wenn auch nicht gerade nach einem Pariser Maßstabe von Reinheit oder Feinheit. Mir däucht, von allen Argumenten für eine Losreißung ist gerade dieses am wenigsten stichhaltig. In der löblichen Zopfzeit traf es sich auch anderwärts in Deutschland, daß ein höheres Philisterthum lieber schlecht französisch, als gut deutsch sprach, aber nicht Deutschland war darum französisch geworden; das höhere

Philisterthum ist kein Volk und hat nicht die Berechtigung eines Volkes.

Von dem Willen der Luxemburger selbst ist fast nur in zweiter Linie die Rede gewesen. In Paris behauptete man, sie wollten französisch, in Berlin, sie wollten nicht preußisch werden; nebenbei verlautete auch, sie wollten lieber bleiben, wie sie seyen, nämlich luxemburgisch, und damit wurden allerdings „feurige Kohlen" auf dem Haupte ihres verkaufslustigen Großherzogs gesammelt. Indeß scheint mit diesen drei Lesarten der wahre Sachverhalt noch nicht erschöpft zu seyn: denn ein luxemburgisches Blatt, das „Wort für Wahrheit und Recht", schreibt z. B. wörtlich: „Was werden die deutschen Blätter sagen, wenn wir ihnen mittheilen, daß die luxemburgische Regierung, die jetzige wie die frühere, nicht nur einmal, sondern mehrmals dem Berliner Kabinett das Anerbieten gemacht hat, einen Vertrag mit Preußen abzuschließen?" Das Blatt fügt bei, die luxemburgische Regierung sey nicht einmal einer Antwort gewürdigt worden, und beklagt sich, daß man dessenungeachtet im norddeutschen Parlament erklärt habe, Luxemburg habe seinen Wunsch noch nicht zu erkennen gegeben. Ich lasse dahin gestellt, ob die Versicherung dieses luxemburgischen Blattes unbedingt glaubwürdig ist: allein derartige Stimmen sollte man auf alle Fälle nicht ignoriren, sondern sie widerlegen, wenn sie nicht thatsächlich richtig sind.

Eine englische Zeitung gibt mit staatsklugen Miene den Rath, dem „französischen Cerberus" lieber einen Brocken hinzuwerfen, namentlich da es nur ein kleiner sey. Das Blatt ist nicht recht „bei Trost", wie man zu sagen pflegt: es scheint vorauszusetzen, daß es sich um einen vergifteten Brocken handle. Da aber Luxemburg offenbar kein „Gift" ist, würde es unzweifelhaft nach noch mehr schmecken, und der englische Rath verspräche somit weder eine Lösung noch einen Abschluß. Für einen guten Länderappetit wäre der Bissen zu klein, um mehr als eine Abschlagszahlung zu seyn. Deutschland aber ist jetzt gewarnt: es kann sich nach diesem Intermezzo nicht wohl über unsichtbare Fallstricke beklagen. Das Ergebniß zieht sich von selbst: principiis obsta!

10. April 18[illegible]

Der mährische Landtag hat bereits in den Reichsrath gew[illegible]
seine Wahl ergab 19 Verfassungsanhänger und 3 Föderal[illegible]
Tschechen, welche nun in das Abgeordnetenhaus eintreten. [illegible]
Egbert Belcredi verließ, nachdem sein Antrag auf Verweigerung
Reichsrathswahl durchgefallen war, mit 27 Parteigenossen den S[illegible]
die Verantwortlichkeit für allen Schaden den Theilnehmern an
Wahl überweisend. In einer der vorhergehenden Sitzungen [illegible]
er beantragt, über das kaiserliche Handschreiben zur Tagesord[illegible]
überzugehen, d. h. dasselbe zu ignoriren. Diese Partei geräth im
mehr in eine agitatorische Stellung hinein, die nicht recht zu
Aushängeschild „konservativ" passen will.

In Pesth arbeitet man an der Erledigung der kroatischen F[illegible]
welche noch mannigfache Schwierigkeiten darbietet. In dem un[illegible]
schen Abgeordnetenhause selbst erhoben sich slawische Stimme[illegible]
Gunsten Kroatiens und der Rechtmäßigkeit seiner Ansprüche, so[illegible]
in Bezug auf seine Selbständigkeit als den Besitz von Fi[illegible]
welches die Magyaren gern unmittelbar an sich ziehen mö[illegible]
Der Serbe Miletits sprach in diesem Sinne: bekanntlich i[illegible]
schon öfter für slawische Gleichberechtigungsansprüche aufget[illegible]
obwohl er des Magyarischen nicht vollständig mächtig ist, und d[illegible]
da auf dem ungarischen Landtage keine andere Sprache zugel[illegible]
wird, seine magyarischen Reden liest. Wenn die Magyaren
kroatischen Ausgleich schwerer machen, als man in Wien mit
ungarischen that, so handeln sie kaum in ihrem wohlverstand[illegible]
Interesse.

Das von einer Seite in Anregung gebrachte Auskunftsm[illegible]
einer allgemeinen Volksabstimmung in Fiume wird vo[illegible]
andern einfach für eine „Komödie" erklärt. Seit den Beisp[illegible]
von Savoyen und Nizza gilt jene französische Erfindung nirg[illegible]
mehr für etwas Anderes.

11. April 18[illegible]

Eines ist bei dieser luxemburgischen Verwicklung räthsel[illegible]
wie läßt sich erklären, daß Napoleon an die Möglichkeit eines pr[illegible]
schen Nachgebens glauben konnte? Denn wenn er diesen Gla[illegible]
nicht hatte, so war der Anspruch auf Luxemburg eine unmitte[illegible]

Provokation zum Krieg, während dem Anschein nach sonst noch nicht Alles dazu in Bereitschaft liegt. Man muß von einem Andern, der denn doch auch seine fünf Sinne hat, Nichts erwarten, was man an seiner Stelle wohlweislich zu thun unterließe. Nun war aber von Berlin aus das Nationalitätsprinzip angerufen worden, wie Dies ja auch von Napoleon selbst einigemal in Bezug auf Italien geschah: von deutscher Machtstellung und Einheit war reichlich und mit Ostentation die Rede gewesen: die Weggabe eines Landes von deutscher Nationalität an Frankreich hätte dazu gepaßt, wie Pontius Pilatus ins Credo. Preußen konnte nicht anders. Möglich, daß Napoleon an das Beispiel Cavour's dachte, welcher im Namen der italienischen Nationaleinheit das italienische Nizza hergab: allein die Deutschen sind eben keine Italiener. Jene Ausnahmsblätter in Deutschland, denen es damals für „national-liberal“ galt, den Grafen Cavour zu beweihräuchern, während er einen Nationalverrath an Italien beging, legten damit weder politische Einsicht noch nationalen Charakter an den Tag. Jetzt, da eine gleichartige Konsequenz als ein Anspruch an Deutschland selbst herantritt, wird ihnen Das bis zur Handgreiflichkeit klar seyn. Zu dem Glauben an die Möglichkeit einer Preisgebung deutschen Landes, zu der Annahme, es werde Dies weiter keinen Anstoß geben, trug ihre damalige Haltung unzweifelhaft bei: auf sie fällt in dieser Art eine moralische Mitschuld an der jetzigen Verwicklung.

Auf der andern Seite ist unklar, warum das deutsche Luxemburg ein Bestandtheil oder eine unentbehrliche Ergänzung französischer Nationalgröße seyn soll. Bisher war es nicht unter französischer Herrschaft und die Macht Frankreichs nichtsdestoweniger unbezweifelt: die französische Nationalität überhaupt hatte Umfang genug, auch bevor sie anfing, sich mit fremden Federn zu schmücken. Nun ist zwar bekannt, daß in den Augen Mancher ein Uebergriff nach außen die Entschädigung für innere Freiheit ist, und es mag seyn, daß diese Auffassungsart sich in der Mehrheit befindet. Allein auch in solcher Beziehung wäre ein Ankauf von 200,000 Luxemburgern denn doch offenbar nicht der Weg zu dem Tempel irgend eines Ruhmes gewesen, und in das Kapitel von der „Spitze der Zivilisation“ paßte diese Erwerbung eben so wenig. Auch wenn sie in der angestrebten Weise gelungen wäre, d. h. auch wenn Holland seinen Seelenverkauf endgiltig ratifizirt und das deutsche

Nationalbewußtseyn sich eines Einspruchs dagegen enthalten hätte, würde sie weder die materielle Macht noch das moralische Ansehen Frankreichs vergrößert haben. Dem nicht gerne gesehenen Nimbus Preußens hätte Dies allerdings, wenn es einen Nationalverlust Deutschlands genehmigte, unberechenbaren Abbruch gethan; um so weniger jedoch, folgt daraus, war man berechtigt, ihm zuzumuthen, daß es ein derartiges Ergebniß selber unterzeichne.

Es waren französische Stimmen, die uns seiner Zeit die Berliner Auseinandersetzung bestätigten, daß mit der Sprengung des deutschen Bundes die frühere Widerstandskraft einer geschlossenen Masse von 75 Millionen gebrochen sey. Die Anschauung des „Journal des Debats" z. B. ging dahin: „Preußens Triumph hatte zur Folge, jene große Masse von 75 Millionen Menschen, die im Herzen Europa's leben, in zwei Hälften zu zerschneiden. Diese Masse war stets bereit, sich auf Frankreich zu stürzen, sobald das Signal erging. Von diesem Standpunkt aus müssen wir somit Hrn. v. Bismarck sagen: der Traum der deutschen Einheit ist vorüber." Insofern Dies richtig ist, fällt natürlich jeder französische Anspruch an Deutschland weg: denn in einem so intelligenten Zeitalter, wie das unsrige, kann man ohne Beleidigung des gesunden Menschenverstands nicht wohl eine Entschädigung dafür verlangen, daß die Widerstandskraft eines Nachbars und möglichen Gegners eine Schwächung erlitten hat. Ohne das selbstbewußte Zuschauen Frankreichs und seine Erlaubniß der italienischen Allianz wäre der letzte Krieg in Deutschland ohnehin nicht möglich gewesen. Hat sich aber die französische Politik in ihren Berechnungen getäuscht und erhält nun in Frankreich selbst Vorwürfe dafür: aus welchem Rechtsgrunde der Welt sollen dafür die unbetheiligten Luxemburger büßen, die weder an dem Einen noch an dem Andern schuld sind?

---

12. April 1867.

Die erhobene Streitfrage beginnt sich zu fixiren. Frankreich, sagen französische Blätter, könne nicht mehr zurück. Da liegt die Gegenfrage nahe, warum es so weit vorging, ohne seines Bodens sicher zu seyn; ein Vorgehen mit der Voraussicht, daß man nicht mehr zurück könne, ist eine Provokation. Noch viel weniger jedenfalls kann da Deutschland zurück, denn es ist ja der angegriffene

Theil. Wenn es ein deutsches Stammgebiet, das der geschmähte frühere Bund festhielt, nunmehr zu französischer Vergrößerung abträte, so gäbe es sich in den Augen Europa's einem Vorwurf preis, das „Schwert Deutschlands" stecke für innere Händel lockerer in der Scheide, als gegen das Ausland. Das ist moralisch unmöglich; wenn man es ihm definitiv zumuthet, so ist Das zwangsweise der Krieg.

Pariser Studenten haben an die deutschen eine Adresse gerichtet, worin sie sich für den Frieden und gegen Nationalhaß erklären. Das ist sehr ehrenwerth, und bietet die erfreuliche Aussicht, daß einige aggressive Vorurtheile des alten Frankreichs nicht mit auf das junge vererbt werden; in der vorliegenden Frage jedoch hat es nur dann einen Sinn, wenn Frankreich von Deutschland Nichts beansprucht. Kehre man einmal den Fall um, nämlich dahin, daß es Deutschland wäre, das bei Frankreich auf die Abtretung eines Gebiets von französischer Nationalität dränge, würden die Pariser Studenten in der Abwehr eines solchen Verlangens ein Zeichen von „Nationalhaß" erblicken? Sicherlich nicht! Nun, was dem Einen recht ist, das ist dem Andern billig; es steht zu hoffen, daß man bei den heutigen Bildungszuständen nicht vergeblich an das gesunde Urtheil der Völker appellirt.

Lord Stanley im englischen Unterhaus hat die Frage theilweise schief gerückt. Zunächst in Bezug auf Holland, welches dem abseits gelegenen Luxemburg, sagte er, keine besondere Bedeutung beilege, und darin kein Element holländischer Sicherheit und Wohlfahrt repräsentirt sehe. Einen derartigen Irrthum, wenn er im Haag wirklich existirt, muß man nicht unbesehen weiter geben. Denn ein Verkauf Luxemburgs droht sichtlich genug mit einer Verwicklung, in der sich Holland als ein irdener Topf gar hübsch zwischen zwei eiserne klemmt, und wenn die Krisis ausbricht, wird es vermuthlich zu Gebietsveränderungen kommen ohne Kauf und Verkauf. Der König der Niederlande kann als Verkäufer von Luxemburg mehr verlieren, als einen bloßen Kaufpreis; wenn Das der „holländischen Sicherheit und Wohlfahrt" ferne liegen soll, so ist diese holländische Auffassung eben auf dem Holzweg.

Einem andern Mißverständniß setzte sich Lord Stanley aus, indem er von einer „kleinen Gebietserweiterung für Frankreich" und im Gegensatze dazu von der „ungeheuren Vergrößerung Deutsch-

lands, oder vielmehr Preußens", sprach. Das ist ja eben die unglückliche Begriffsverwirrung in Frankreich, daß man sich das Recht zu einer Entschädigung einbildet, weil in Deutschland Einiges aus einer Tasche in die andere gegangen ist. Deutschland selbst ist nicht vergrößert, sondern verkleinert worden, denn es hat 10 Millionen deutsche Oesterreicher eingebüßt, und in dem nächsten Kriege wird man am Oberrhein die drei österreichischen Bundesarmeekorps von früher vermissen. Und dafür soll Deutschland an Frankreich eine Entschädigung schuldig seyn! Nun, wenn es für jede Aenderung, die in seinem Innern vorgeht, ein Stück deutschen Landes abtreten müßte, so bliebe vor lauter Fortschritt und neuer Machtstellung am Ende Nichts als ein Rumpf ohne Glieder übrig. Von Preußen als solchem verlangt Frankreich Nichts; von Deutschland hat es Nichts zu verlangen; Luxemburg ist ein deutsches Land, kein preußisches; es ist schlechterdings kein logischer Zusammenhang in der Sache.

Wenn Napoleon III. jetzt einen Krieg will, so bekriegt er die Ergebnisse seiner Politik vom vorigen Jahr und den Inhalt seiner letzten Thronrede. Wie aber verhält sich die französische Nation dazu? Sich in das Zeug zu werfen, weil Napoleon durchaus 200 000 Menschen durch Kauf erwerben will, wie paßt Dies zu den „Ideen von 1789?" Die französische Kriegsfrage ist offenbar falsch gestellt; unter diesem Banner „für Menschenkauf!" kann Frankreich nicht wohl ins Feld ziehen.

---

13. April 1867.

In den hiesigen Blättern herrscht in Betreff der luxemburgischen Frage dermalen eine fast babylonische Sprachenverwirrung. Die „Neue freie Presse" und das alte „Fremdenblatt" waren ziemlich weit für ein Verständniß mit Preußen vorgegangen, natürlich nicht für ein bedingungsloses, zogen sich aber nachher wieder etwas zurück; in seiner neuesten Nummer nun macht das erstgenannte Blatt in einem langen Eingangsartikel dem süddeutschen Katholizismus den Vorwurf, daß er sich von Oesterreich abwende und dasselbe im Stich lasse. Der süddeutsche Katholizismus könnte darauf unter Anderm antworten, daß er viele Jahre lang warme süddeutsche Anhänger Oesterreichs in der Wiener Zeitungspresse

beharrlich angegriffen und als „Ultramontane" verketzert fand, und daß, während die Neue freie Presse eben erst eine österreichisch-preußische Allianz anempfahl, eine süddeutsch-preußische doch nicht wohl in ihren Augen der Gegenstand eines Vorwurfs seyn könne. Allein „der Ultramontanen Dank" (so ist nämlich der Eingangsartikel der Neuen Presse überschrieben): — Das ist ein gar zu prächtiges Aushängeschild für die antikirchliche Liebhaberei gewisser Zeitungsleser, denen man denn schon Etwas zu Gefallen thut. Sonst ist die Politik einer großen Zeitung wohl gewiegt genug, um sich selber zu sagen, daß, wenn sie ihr „Deutschland" auf das protestantische einschränken will, nur eine halbe Nation übrig bleibt, d. h. der Begriff der Nation eigentlich aufgehoben wird. Es ist ein direkt antinationales Gebahren, dessen man sich damit schuldig macht, und ein unfreies noch obendrein; denn das katholische Deutschland ist ja nicht minder deutsch, als der protestantische Theil, und es muß freiheitsgemäß das volle Recht haben, ganz in seiner eigenen Art und nach seiner eigenen Auffassung katholisch zu seyn, wenn man nicht einen Despotismus an die Stelle der Freiheit setzen will. Inkonsequenz ist in der Politik immerdar ein Fehler. All' diese schiefen Ansichten sind noch ein Erbstück aus der Metternich'schen Zeit, eine Art von Ueberlieferung der Unfähigkeit, sich eine volle Freiheit zu denken; ein Blatt von gewissen Ansprüchen aber sollte ein Prinzip festzuhalten wissen, anstatt den Vorurtheilen der Menge zu schmeicheln, denn die letztere Rolle ist nicht die einer geistigen Superiorität. Das „Neue Fremdenblatt" spricht an demselben Tage von der „Sympathie eines wahrhaft patriotischen Oesterreichers für Frankreich gegen Preußen." Ich glaube, man würde irregehen, wenn man Das für einen Ausspruch der öffentlichen Meinung nähme. Es begreift sich, daß noch starke Nachwehen der vorjährigen Ereignisse vorhanden sind, denn ein Bürgerkrieg ist keine Liebeserklärung, aber daraus folgt nicht, daß man darum geneigt wäre, dem Napoleonismus zu einer Steigerung seiner Macht zu verhelfen, während von ihm eigentlich Alles ausgegangen ist, was seit Jahren Europa in Unfrieden versetzte. Ja, wenn der Napoleonismus nicht auf den Raub deutschen Landes ausginge, dann stünde es vielleicht anders: darin aber, daß er Dies thut, nach seiner eigenen Behauptung sogar thun muß, liegt seine Verurtheilung. Oesterreich seinerseits hat jedenfalls eben so wenig ein

Interesse, die Macht Frankreichs, als die Preußens überwuchern zu sehen.

---

14. April 1867.

Der böhmische Landtag hat gestern die Wahlen in den Reichsrath vollzogen. Ein Antrag Rieger's auf Nichtbeschickung fiel durch, eben so ein von ihm gestellter Protest gegen die Kompetenz des Landtags, weil derselbe „ungesetzlich zusammengesetzt" sey, worauf die Tschechen unter dem Beifallsrufe der Gallerie den Saal verließen. Auf Anordnung des Oberstlandmarschalls (Präsidenten des Landtags) wurde die Gallerie geräumt. Es waren noch 135 Abgeordnete anwesend, welche sofort die Wahl in den Reichsrath vornahmen: gewählt wurden 40 Verfassungstreue und 14 Tschechen. Sollten die Letzteren nicht in dem Reichsrath erscheinen, so gehen dem Föderalismus 14 Stimmen daselbst verloren, ohne daß darum die Wirksamkeit des Reichsrathes in irgend einer Weise behindert wäre. Der Abg. Herbst hatte Recht, als er sagte, das Nichtbeschicken des Reichsraths sey eine „Politik der Verzweiflung." Unter den erwählten Reichsrathsmitgliedern befinden sich die Minister Frhr. v. Beust und Graf Taaffe. Der böhmische Landtag ist geschlossen.

Der Redakteur der Prager „Politik", Hr. Kaspar, ist verhaftet und in Untersuchung gezogen; das Blatt selbst soll gerichtlich auf drei Monate suspendirt seyn. Es handelt sich um die Veröffentlichung der mehrerwähnten zwei Pesther Militärerlasse, welche nur durch einen Bruch des Amtsgeheimnisses in die Hände der Redaktion gelangt seyn konnten. Ueber das Verschwinden der Generalsstabskarte von der Wallachei brachte ebenfalls die „Politik" die erste Nachricht in das Publikum. Indessen war dieser bis jetzt noch unaufgeklärte Verlust immerhin minder verwunderlich, als das vor einigen Tagen erfolgte Verschwinden eines Bombenmörsers aus dem einer kleinen Festung ähnlichen Wiener Arsenal, weßhalb die betreffende Nachricht anfänglich auch keinen Glauben fand; nun bringt die neueste Nummer des Volksblattes „Hansjörgel" eine öffentliche Danksagung an den Dieb, daß er das Arsenal selbst, welches eine Merkwürdigkeit sey, habe stehen lassen, nebst einem unmaßgeblichen Vorschlag, ob man „die noch übrigen Kanonen" nicht etwa „festleimen" oder „anpetschiren" könnte.

Hiesige Blätter äußern sich bitter über die endlose Verschleppung in der Angelegenheit der Hinterladungsgewehre. Das sogenannte Wänzlgewehr nämlich scheint alle gehegten Erwartungen getäuscht zu haben; die Militärzeitschrift „Kamerad" sagt geradezu, „Diejenigen, welche schweigen mußten", hätten es vorausgesehen. Jedenfalls ist die seit dem Juli v. J. verlorene Zeit, während man in Frankreich rasch und energisch zu Werke ging, ein bedeutsames Versäumniß; die alte Kommission und die neue Kommission, die Probe da und das prüfende Experiment dort, die Begutachtung und das Uebergutachten: Das sind Alles nur variirende Ausdrücke für einen Zeitverlust von drei Vierteljahren.

Zu den neuesten Gerüchten gehört die Angabe, daß Oesterreich im Fall eines Krieges 300,000 Mann aufzustellen gedenke; geschehe Dies in Böhmen, so sey es ein Gegengewicht für preußische Operationen am Rhein; geschehe es aber in Oberösterreich, so sey es als Unterstützung der Mittelstaaten ein Hinderniß offensiven Vorgehens für Frankreich in Süddeutschland. Vorzeitig jedenfalls; allen derartigen Enthüllungen gegenüber kann man nicht genug vorsichtig seyn. Wenn man den Redakteur einer Zeitung fragte, was er in zwei Monaten schreiben werde, so würde er ohne Zweifel antworten, Das könne er nicht wohl vorhersagen, denn es hänge von den Umständen ab. Stellt man aber alle die wechselnden „Enthüllungen" nebeneinander, die man täglich als angeblich festgestellte Thatsachen zum Besten gibt, so müßte man glauben, die Politik einer Großmacht berathe sich bei offenen Thüren, und es gehe zum mindesten alle 24 Stunden ein totaler Umschlag darin vor. Sowohl die Menge als die widersprechende Abwechselung solcher Gerüchte deutet mit Fingern darauf hin, daß sie blos auf Kombination beruhen.

15. April 1867.

Die neue Uniformirung der Infanterie ist nun probweise festgestellt. Dieselbe besteht aus einer dunkel-hechtgrauen Blouse, schwarzem Hut (auf einer Seite aufgestülpt) mit Federn, Riemenzeug aus rohem Leder, und einer Ledertasche sowohl vorn als rückwärts. Eine weiße Blouse ist blos für die Paraden bestimmt. Im Laufe der nächsten Woche soll das erste Bataillon des Infanterieregiments König von Hannover in der neuen Adjustirung aus-

rücken, um von dem Kaiser auf dem Paradeplatz inspizirt zu werden. Früher hieß es, um diese Zeit werde ein Bataillon mit Hinterladungsgewehren zur Musterung gelangen: jetzt wird davon Nichts mehr erwähnt. Wenn die Anwesenheit des belgischen Generals v. Chazal, wie man in den Zeitungen liest, den militärisch-technischen Zweck hat, die verschiedenen Hinterladungssysteme des Infanteriegewehrs im Auslande zu studieren, so wird er hier weiter nicht viel profitirt haben: denn es scheint in der That, daß man noch mit nichts Rechtem zu Stande gekommen ist. Der General ist übrigens im Begriff, wieder nach Brüssel zurückzukehren.

In Prag haben die Deutschen bei der neuen Zusammensetzung der Handelskammer die Oberhand behalten: die Neuwahl ergab 18 deutsche und 6 tschechische Mitglieder. In den obern sozialen Schichten ist das Deutschthum dort in der Majorität.

Aus Kroatien wird geschrieben, daß für die neu erbaute griechische nicht-unirte Kirche in Agram kostbare Kirchengewänder als kaiserlich russisches Geschenk vermittelst der russischen Gesandtschaft dahin gelangt sind. Der Fall kommt in Oesterreich öfter vor. Hiesige Blätter nehmen Anstoß daran und empfehlen nun, jener russischen Freigebigkeit durch eine einheimische von Seiten der Regierung lieber zuvorzukommen. Seltsam genug sind es dieselben Blätter, die bei jeder Gelegenheit Etwas gegen den Katholizismus anzubringen haben, also der russischen Sympathie für die griechische Kirche durch eine Antipathie gegen die katholische förmlich in die Hände arbeiten, was doch gewiß nicht antirussisch ist! Freilich sagen sie, es sei nur die ultramontane Richtung, die sie bekämpfen; allein daß ultramontan und katholisch zweierlei sei, Das ist ja schon an sich eine Ungereimtheit, welche der Kirche die Bestimmung über ihren eigenen Charakter abzusprechen versucht.

[illegible]

Die zur Berathung der Münzfrage niedergesetzte Commission hat ihre Arbeiten beendigt und stellt ihr Schluß-Gutachten auf einen französischen Zuschnitt unseres Münzwesens, wobei jedoch eine ausschließende Goldwährung gewählt und sonach eine Doppelwährung, wie in Frankreich, ferngehalten werden soll. Goldstücke sollen geprägt werden zu 10 Fl. 25 Franken und zu 4 Fl. 10 Franken;

Silberstücke als Scheidemünzen zu 2 Fl., 1 Fl., 40 Kreuzern (1 Frank), und 25 Kreuzern. Die Maria-Theresia-Thaler als gangbare Handelsmünze im Morgenlande soll man fortprägen, die Dukaten hingegen trotz ihrer gleichen Handelseigenschaft nicht. Gegen die Haupt- und Grundbestimmung votirten drei Mitglieder (zwei, weil sie die Münzfrage lieber auf eine spätere Zeit aufgeschoben wissen wollten, eines, weil es die Münzfrage nur im Verein mit Deutschland erledigt zu sehen wünschte,) und enthielten sich bei den nachfolgenden Einzelfragen der Abstimmung, woraus sich erklärt, daß ein Theil derselben einhellig angenommen wurde. In erfreulicher Weise läßt man uns den Gulden, da er das Glück hat, gleich dritthalb Franken zu seyn, so daß nicht eine abermalige Revolution unseres Münzwesens nothwendig wird, wie seiner Zeit bei dem Uebergang vom Konventions- zum preußischen Thalerfuß. Der Münzvertrag vom 24. Januar 1857 (die Vereinbarung mit Deutschland) geht dabei in die Brüche. Alles Dies geschieht im Namen einer „allgemeinen Einigung", obwohl England sich schwerlich französiren wird, und außer Italien bis jetzt nur Belgien und die Schweiz, bei denen es theilweise auch nach politischen Annexionen aussieht, sich an Frankreich angeschlossen oder ihm untergeordnet haben. Der Wiener Witz macht sich lustig darüber, daß man sich um die Aenderung von Gold- und Silbermünzen so viel Mühe gebe, während wir im täglichen Verkehr Nichts als Papier zu sehen bekommen und voraussichtlich auf viele Jahre hinaus nichts Anderes bekommen werden.

Mit dem Wänzl'schen Hinterladungsgewehr soll nunmehr, nachdem Hr. Wänzl einen „neuen Verschluß" erfunden hat, die Probe günstig ausgefallen seyn. Das „Neue Fremdenblatt" plädirt heute für das Hinterladungssystem Barth-Hohenbruck, welches nach seinen neuesten Verbesserungen alle bisher bekannt gewordenen Systeme dieser Art übertreffe; in seiner ursprünglichen Form war es schon vor zehn Jahren dem Kriegsministerium angeboten, damals aber abgelehnt worden mit dem Bescheid: „für den Militärgebrauch überhaupt nicht anwendbar, weil von hinten zu laden." (Auch dem französischen Kriegsministerium war das Chassepotgewehr schon vor dem italienischen Feldzuge von 1859 angeboten gewesen, erfuhr jedoch eine ähnliche Ablehnung.)

21. April 1867.

Wenn die Bereitschaft zum Krieg eine Sicherung des Friedens ist, so sind jetzt die Friedensaussichten stärker als jemals. Schon das „Kaiserreich" an sich ist bekanntlich der „Friede" leibhaft. Höchstens könnte man ihm nachsagen, daß seine Politik mitunter wie eine korsische Vendetta für den Sturz Napoleons I. aussieht. Zuerst kam Rußland an die Reihe: England half mit dazu, und schließlich holte Oesterreich die heißen Kastanien aus dem Feuer. Zum schuldigen Dank dafür richtete sich der nächstfolgende Angriff alsdann gegen Oesterreich, wobei Preußen und Deutschland überhaupt zuschaute. Da man damals vor dem österreichischen Festungsviereck stehen blieb, bedurfte es eines zweiten Kriegs: bei diesem wirkte Frankreich nicht direkt mit, sondern handelte durch Prokura. Nun, nachdem Oesterreich sein Festungsviereck verloren hat, kommt denn die Reihe an Preußen. Wenn auf dem bisherigen Wege, stets durch Spaltung der Andern, die Sache weiter gedeiht, so stünde folgerichtig die Vendetta für Waterloo und St. Helena zuletzt vor England, wenn nicht durch den jetzigen Beherrscher Frankreichs welcher den Fehler beging, es mit den Amerikanern zu verderben, so durch einen Erben seiner Politik, und der englischen Staatsklugheit wird alsdann ein Licht darüber aufgehen, welche Rolle sie bisher gespielt hat.

Für das Einzelverfahren bei dieser Politik hat sich bereits eine Schablone festgestellt. Um irgend einen äußern Anlaß braucht man sich nicht zu quälen: die Gelegenheit bricht sich vom Zaun. Vor allen Dingen ist Der, welcher auf Vergrößerung ausgeht, stets der bedrohte Theil: der Anstifter nimmt die Miene des Angegriffenen an: er hat eine „schwache Gränze", das bestehende Recht ist „verrottet", und die „Verträge" gehören in die Plunderkammer. Den zu Beraubenden aber hat man vorher sorgfältig isolirt: auch in der europäischen Presse muß er, so weit man es irgend bewerkstelligen kann, überschrieen werden. Nur von dem früher üblichen Vorwurf der „Mißregierung" ist man mittlerweile wieder abgekommen: die französische Unzufriedenheit mit den innern Zuständen Frankreichs ist in Europa zu bekannt, als daß man aus diesem gläsernen Haus Andere mit Steinen bewerfen könnte. In allem Uebrigen bleibt sich die Methode gleich. General Govone reist nach Paris, wie er im vorigen Jahre nach Berlin reiste, lediglich um seine militärischen

Kenntnisse zu erweitern; das Ministerium in Florenz schwenkt in ganz unabhängiger Weise ein, Frankreich „rüstet nicht", wiewohl es sich „bedroht" sieht, und die französische Presse entdeckt eine Festungsgruppe (bestehend aus Saarlouis, Mainz, Luxemburg, und Koblenz), welche eine direkte Herausforderung für Frankreich ist. Nicht obgleich, sondern weil Preußen den Italienern das österreichische Festungsviereck verschaffte, soll es nunmehr ein preußisch-deutsches gefälligst an Frankreich überlassen. Das verlangt die „berechtigte Empfindlichkeit" Frankreichs, und wenn die französische Regierung sich mit etwas weniger begnügt, so geschieht es aus überschwänglicher Friedensliebe. Die italienische Allianz ihrerseits scheint nun einmal bestimmt, gegen Festungsvierecke gerichtet zu seyn, gleichviel ob nördlich des Po's oder westlich des Rheins, und die Erlangung eines Theils von Tyrol hofft Italien eher von Paris, als von Berlin aus. Die Berechnung jener deutschen Blätter, die schon seit Jahren Italien als den „natürlichen Alliirten deutscher Interessen" anrühmten, geht dabei freilich in Scherben; indeß kann man sich Glück wünschen, daß man an diese Waffenbrüder nicht, wie es einmal angekündigt war, eine Anzahl Zündnadelgewehre abgegeben hat: es wäre nicht unmöglich, daß sie damit gegen das preußisch-deutsche Festungsviereck mitzögen!

An eine wirkliche Beschwichtigung der französischen Ansprüche glaube ich nicht; am allerwenigsten, wenn Napoleon III. für seine innere Politik eine Beschäftigung der Volksphantasie mit einem Kriege für erforderlich hält. Selbst ein preußischer Rückzug aus Luxemburg würde nur vorübergehend dem französischen Bedürfniß genügen. Wenn Frankreich befriedigt sey, pflegt man zu sagen, sey Europa ruhig. Dies ist ein zweischneidiger Satz, dessen eine Schneide sich wieder gegen Frankreich selbst kehrt. Soll er nämlich überhaupt richtig seyn, so besagt er ganz einfach, Frankreich sey der einzige Störenfried in Europa; hieraus aber kann man auch einen andern Schluß ziehen, als den, daß man Frankreich demzufolge vergrößern müsse. Dieser andere Schluß ist denn auch schon einmal gezogen worden, und zwar mit Erfolg. Was im Gegensatze dazu die „Befriedigung" betrifft, so ist Das ein sehr elastischer, d. h. ein sehr unsicherer Begriff. Auch damit hat man schon praktische Erfahrungen gemacht. Unter Napoleon I. dehnte sich die französische Befriedigung so sehr aus, griff so weit um sich, nahm so viele

fremdartige Bestandtheile in sich auf, daß Frankreich so eigentlich nicht mehr Frankreich war. In diesem Umfang ging es an Verdauungsbeschwerden zu Grunde; von einer Sättigung aber hatte man vorher Nichts verspürt. Wenn man einmal über ein Prinzip hinausgeht, gibt es keine Gränze mehr.

Zwischen Deutschland und Frankreich ist nur eine dauerhafte Grundlage des Friedens denkbar: es ist die gegenseitige Anerkennung der Ebenbürtigkeit beider Nationen. Deutschland verlangt keine Gebietstheile von französischer Nationalität; möge Frankreich sich bescheiden, hinfort Nichts mehr von deutscher Nationalität an sich reißen zu wollen.

---

23. Apr. 1867.

Es ist bezeichnend für die finanziellen Zustände Italiens, daß jetzt unter andern Dingen insbesondere Tabak und Salz von diesseits über die Gränze geschmuggelt wird. Tabak, trotzdem daß er in Oesterreich Regie, d. h. Staatsmonopol ist, muß also drüben theurer und schlechter seyn, und was das Salz betrifft, so kostet das Pfund, das man diesseits der Gränze mit 8 bis 9 Kreuzern Papier bezahlt, im Venetianischen 3 Kreuzer Silber. Die Italiener sind genaue Rechner; auf diese Art macht sich Victor Emanuel keine Anhänger!

Von den Beamten italienischer Nationalität, die früher in Venetien angestellt waren, ist bekanntlich eine ziemlich große Zahl im österreichischen Dienste geblieben, dem sie also den Vorzug vor dem italienischen gibt. Im Justizfache findet sich darunter auch Graf Rossi-Ferari, vorheriger Präsident des Oberlandesgerichts in Venedig. Immerhin ein Zeichen von Anhänglichkeit an Oesterreich, wie sie nach dem oft wiederholten Warnruf „Morte ai Tedeschi!“ Mancher dort nicht gesucht hätte. Für Venedig insbesondere hatte die österreichische Regierung sehr Vieles gethan; noch als unabhängiger Staat war es im Verfall gewesen und es ist zweifelhaft, ob die italienische Regierung mehr, ja ob sie nur eben so viel zur Wiederhebung Venedigs zu leisten vermag, als hiezu Oesterreich geleistet hat.

25. April 1867.

Unsere Börsenkurse fallen, wie wenn Oesterreich selbst auf der Schwelle eines Kriegs stünde. Was sich übrigens in den Stimmungen der verschiedenen Hauptbörsen ausdrückt, Das ist ein allgemeines Gefühl: wir fallen in die Zeiten Napoleon's I. zurück, jeder Krieg hat wieder einen andern zur Folge, und aus der unheimlichen Empfindung allgemeiner europäischer Unsicherheit kommt man nicht mehr heraus, wenn man nicht . . . andere Wege als die bisherigen einschlägt.

Aus Prag berichten tschechische Blätter über eine neue Demonstration, zu der ein festliches Bankett der dortigen „Bürgerinfanterie" den Anlaß gab. Es wurden Trinksprüche ausgebracht auf das „tschechische historische Recht und die h. Wenzelskrone", auf das „Wohl aller slawischen Volksstämme", auf die „tschechischen Abgeordneten" und den „historischen Adel", auf „König Ferdinand V., den uns Gütigen" ꝛc. Unter dem historischen Adel verstand man natürlich nur denjenigen Theil desselben, der bei den letzten Wahlen unterlag; die Deutschen Böhmens schien man als nicht vorhanden oder wenigstens als zu Nichts berechtigt zu betrachten. Ein Hr. Herzl (dem Namen nach offenbar kein Urtscheche) brachte den Toast auf baldige Einführung des tschechischen Kommandos aus, was in Oesterreich, als im Widerspruch mit der Ordnung der Armee, für unmilitärisch gilt. Gleichzeitig meldet man aus Agram, daß der Besuch der ethnographischen slawischen Ausstellung in Moskau durch eine kroatische „Deputation" beabsichtigt wird. Von Seiten der russischen Unternehmer ist, wie man sagt, den sich betheiligenden Kroaten freie Fahrt von der russischen Gränze ab bis nach Moskau und eben so wieder zurück, so wie auch freie Wohnung und Verpflegung zugesichert, d. h. wohl eine Privat-Gastfreundschaft, wie bei den weiland deutschen Turner-, Schützen- und Sängerfesten.

Der Verein für Unterstützung der Verstümmelten unter den aus Mexiko zurückgekehrten österreichischen Freiwilligen hat bereits 671 Mann mit Geldspenden, zum Theil in größerem Betrage, bedacht. Nun ist wieder die Ankunft von weiteren 300 Mann angekündigt, die theils schwer verwundet, theils krank, und insgesammt ohne alle Hilfsmittel sind. Die Gesunden warten, gleich den Invaliden, noch immer vergeblich auf den rückständigen Sold. Es

war Dies eine trostlose Expedition, trotzdem daß Ludwig Napoleon bei dem mexikanischen Kaiserthum zu Gevatter stand. Seine Freundschaft fängt an, mali ominis zu werden.

---

30. April 1867.

Wenn die nach London bestimmte Konferenz in der That die Erhaltung des Friedens zuwege bringt, so kann sie sich einer Leistung rühmen, die man der Diplomatie eigentlich nicht mehr zutraute. Es ist in neuerer Zeit eine verschmitzte und winkelzügige Art von Politik aufgekommen, die für eine ehrliche Vermittlung gar keinen Spielraum mehr übrig ließ: es war Alles im voraus abgekartet und festgestellt, der Entschluß eine fertige Thatsache, längst ehe man damit ans Licht trat, eine Erörterung mit vernünftigen Gründen also schon dadurch abgeschnitten, oder wirkungslos, daß sie unter solchen Umständen jedenfalls zu spät kam. Die Kriegsanlässe selbst waren rein künstlich gemacht: in den öffentlichen Erklärungen herrschte mehr die Lüge als die Wahrheit. Da war denn freilich Nichts mehr zu hintertreiben oder zu vermitteln, denn das Faustrecht — begreiflicher Weise — diskutirt nicht. Wenn nun einer Konferenz in London wirklich eine Vermittlung gelingt, wenn sie etwas mehr als einen blosen Aufschub erzielt, so kehrt Europa damit in die Bahn der Zivilisation zurück, von der man unter verderblichen Einflüssen nur allzuweit abgekommen war. Schon der aufrichtig gemeinte Versuch dazu ist im europäischen Interesse dankenswerth.

Daß man gerade den Engländern die Berathung ins Haus bringt, hat seine gute Bedeutung. Die verzwickten Verhältnisse der Westlande, um die es sich dabei handelt, sind ursprünglich eine englische Schöpfung; von England ging 1814 die Idee aus, durch ein großes Königreich der Niederlande ein sogenanntes Friedensbollwerk gegen neue westliche Uebergriffe und Vergrößerungsversuche zu gründen. Sonstige Ansprüche hatte das alte Holland nicht: es war durch deutsche Waffen von der französischen Herrschaft befreit worden, und was man ihm als Vergrößerung zuwies, Das war geschenkt. Jenes angebliche Friedensbollwerk ist bekanntlich schon 1830 entzwei gegangen. Wenn nun aber der begünstigte Schützling ein deutsches Land, das mit deutschem Blut für ihn errungen wurde, vollends direkt an Frankreich selbst verkauft, auf die Gefahr

hin, daß dieser Menschenschacher halb Europa in Flammen setze, so ist Das doch eine gar zu starke Satyre auf die ursprüngliche Absicht der englischen Politik, um den heutigen Erben derselben gleichgiltig zu seyn. England hat noch dasselbe Interesse wie damals; es hat überdies eine moralische Verpflichtung, daß sein Werk von 1814 nicht geradezu in ein spöttliches Gegentheil umschlage, und es wird ihr gerecht, indem es für den Frieden wirkt.

Daß es zunächst Oesterreich war, welches die Vermittlung in Gang brachte, ist ein sprechender Beweis dafür, wie sehr es einem Motiv nachtragender Empfindlichkeit ferne steht. Die Erinnerung an Königgrätz ist noch frisch, aber auch die an Solferino ist noch unverwischt; nach der Ansicht Mancher läuft die französische Rechnung sogar etwas stärker in die Kreide, theils weil auch der vorjährige Krieg nicht ohne das Zuthun Frankreichs erfolgte, theils weil ein gewisses Schreiben existirt, das dem für die Losreißung des Trientischen wirkenden Ausschuß schöne Worte sagt, und weil dieses Schreiben jüngeren Datums ist, als die Beendigung des letzten Kriegs. Brach nun ein Kampf zwischen diesen unsern früheren Gegnern selbst aus, so konnte in unsern Augen Das als eine Revanche für die Vergangenheit erscheinen, und zwar als eine Revanche an beiden zugleich. Oesterreich hat eine edlere Vergeltung erwählt, indem es Alles aufbot, um beiden Theilen die Segnungen des Friedens zu erhalten. Politische Genugthuung ward uns ohnehin im reichsten Maße. Die Verwunderung, für „bedrohend" ausgeschrieen zu werden, während man doch lediglich den „Status quo" festhalte, hat jetzt ihre Stimmen in Berlin: Blätter, die schon Jahre lang die „Verträge" als „verrottet" heruntergerissen hatten, rufen jetzt ehrfurchtsvoll ein Vertragsrecht an, und in dem norddeutschen Reichstag stellte ein Redner, dessen Ceterum censeo sonst der Untergang Oesterreichs war („bleiben Sie mir mit Oesterreich vom Hals"), sein Vertrauen nunmehr auf das erlauchte Haus Habsburg. Seit uns offiziell Deutschland Nichts mehr angeht, ist unsere Allianz ein Gegenstand der Bewerbung geworden. Die Natur der Thatsachen, auch wenn sie einmal verkannt war, bricht sich immer wieder Bahn.

So hat denn die Konferenz, wenn sie zusammentritt, ein Friedenswerk vor sich. Eines wird ihr dabei am schwersten werden: die Wiederherstellung des Vertrauens. Französische Blätter gebrauchten neulich den Ausdruck, Napoleon habe „das Vertrauen auf

den Grafen Bismarck verloren;" allem Vermuthen nach gilt der Satz wohl auch umgekehrt; auf einem ganz ähnlichen Weg aber ist des Vertrauens noch weit mehr in Verlust gerathen, und wenn man heute rings in Europa eine Umfrage danach hielte, es fände sich kaum irgendwo ein nennenswerther Vorrath davon. Man hat zu viele Umschläge, Treubrüche, und Tergiversationen erlebt, um noch Vertrauen zu haben. Auf einem solchen Boden baut man keine haltbare Zukunft auf. Abgeschlossene Verträge waren ja mitunter nicht das Papier werth, auf das sie geschrieben waren. Auf irgend eine Vertragsbürgschaft aber läuft das Friedenswerk der beabsichtigten Konferenz offenbar hinaus: wie soll sie es nun anstellen, um der Welt glaublich zu machen, jetzt handle es sich in der That um einen Vertrag, der die Bestimmung habe, auch gehalten zu werden? Hier, wie man sieht, liegt das Uebel tiefer, als auf der blosen Oberfläche, und auch der Versuch der Abhilfe muß tiefer greifen, wenn er Etwas nützen soll. Ist einmal die gesunde Mehrheit Europa's in dem Verständniß darüber mit sich einig, so ist auch zweifelsohne zu helfen; „wo nicht, so nicht", wie es einst bei den aragonischen Cortes hieß. Wäre unglücklicher Weise die Zeit noch nicht reif dazu, so wird Europa noch ein entsprechendes Lehrgeld weiter zu bezahlen haben.

2. Mai 1867.

Nicht nur eine Anzahl tschechischer Parteiführer, sondern auch Südslawen, insbesondere Serben und Kroaten (erstere der anatolischen Kirche angehörig), werden die sogenannte ethnographische Ausstellung in Moskau beschicken, welche sich hienach immer mehr zu einer Demonstration des Panslawismus anläßt. Aus Petersburg erfährt man bereits Einzelheiten über die festliche Aufnahme, die für die „slawischen Gäste" daselbst vorbereitet wird. Während des fünftägigen Aufenthaltes in der Hauptstadt an der Newa wird unter Anderm der „höchste russische Adel" ihnen ein glänzendes Bankett geben; Glinka's Oper: „das Leben für den Zaar" und ein neues Drama von dem Grafen Tolstoi: „Iwan's des Schrecklichen Tod" werden die theatralischen Festgenüsse seyn. (Iwan der Schreckliche, als ein Inbegriff von Barbarei und Grausamkeit, ist jedenfalls eine eigenthümliche Wahl.) In Moskau soll der Aufenthalt der

gefeierten Gäste noch einmal so lang als in Petersburg, nämlich zehn Tage dauern, und durch luxuriöse Festlichkeiten aller Art ausgefüllt und verherrlicht werden. Reise, Verköstigung, Wohnung, Alles ist für die Gäste unentgeltlich, und sowohl in Petersburg als in Moskau wird einem jeden derselben eine Privatequipasche für die Dauer des Aufenthaltes zur Verfügung gestellt. Dies Alles verspricht denn Annehmlichkeiten in Fülle, und es ist finanziell ungleich billiger zu haben, als z. B. ein Besuch der großen Ausstellung in Paris. Politisch aber stellt sich die Sache anders: in dieser Beziehung wird sie theuer genug zu stehen kommen. Sich in Petersburg und Moskau sympathiemäßig ausbeuten zu lassen, Das ist zuvörderst eine Scheidung von den Polen Oesterreichs, die man damit in andere Bahnen treibt. Sodann wird es z. B. für die Jungtschechen nach einer solchen Demonstration nicht mehr thunlich seyn, sich in einen liberalen Nimbus zu hüllen, wie sie bisher gethan. Ferner wird es den böhmischen Feudalen hinfort moralisch unmöglich, die Agitationen des Tschechenthums, wenn es nach Petersburg und Moskau wallfahrtet, mit dem Anspruch auf österreichischen Patriotismus in Einklang zu bringen. Es steckt mehr politische Leidenschaft in dem Pilgerzuge nach Moskau, als politische Intelligenz. Inzwischen meldet man aus Prag wieder einen ziemlich starken tschechischen Andrang zur Auswanderung; merkwürdiger Weise aber geht dieser Auswanderungsstrom niemals nach Rußland zu, sondern stets nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika, wo man nichts weniger als panslawistisch ist. Tschechische Parteiführer und der tschechische Bauer (das eigentliche Volk!) — Das ist eben gewaltig zweierlei.

Was Kroatien betrifft, so hofft man von dem eben jetzt zusammengetretenen Landtag eine günstige Lösung der Streitfrage mit Ungarn. Die magyarischen Zugeständnisse sind von ziemlich entgegenkommender Art: wenn die Kroaten sich gleich versöhnlich erweisen, so ist alle Aussicht da, daß man auf halbem Wege zusammentreffen wird. Die Wahl einer andern Auskunft schnitten sich die Kroaten damals ab, als sie sich dem Reichsrath in Wien versagten. Entweder nach Wien oder nach Pesth: ein Drittes existirt nicht, und auch nach Wien wäre es nunmehr für die Kroaten zu spät.

Während die „Neue freie Presse" es als vox populi bezeichnet, daß in Paris bei einem Streithandel zwischen preußischen und fran-

[illegible]

— — —

[illegible]

[illegible]

[illegible]

v. J. in Berlin eine Militärkonvention vorschlug, was denn allen späteren Verwicklungen vorgebeugt hätte, daß sie aber auf dieses Anerbieten keinerlei Antwort erhielt. Hier, wie man sieht, liegt noch irgend Etwas hinter den Kulissen, was zur Zeit noch nicht auf die Bühne kommt. Dies wäre die eine Seite. Auf der andern ist es, wie man sagt, von dem Beherrscher Frankreichs nicht unbemerkt geblieben, daß es in vorderster Reihe seine einheimischen Gegner sind, die auf einen Krieg drängen: sie hoffen ihm damit Zugeständnisse abzunöthigen, die er in ruhiger Zeit bedächtig abzuwägen vermag, und eine Hoffnung dieser Art, aus Oppositionsmotiven, ist für ihn natürlich keine verführerische Lockung zu einem Friedensbruch. Aber eine Brücke bauen muß man ihm ebenfalls: Dies ist die Aufgabe der Konferenz. Thunlich scheint es zu seyn; denn die Franzosen sind am Ende auch nicht auf jener Stufe stehen geblieben, wo man blindlings alles Andere vergaß, sobald irgendwie der rothe Lappen einer Gebietsvergrößerung vorgehalten wurde. Die wahre öffentliche Meinung Frankreichs, versichert man, sey der Erhaltung des Friedens geneigt. Es gibt einen bedeutsamen Umstand, der zur Beglaubigung dieses Ausspruchs ein Gewicht in die Wagschale legt: in Deutschland nämlich kursiren alle französischen Blätter ohne Ausnahme, auch die täglich provozirenden Krakehlblätter, überall gänzlich ungehindert, während in Frankreich deutsche Zeitungen fast nur noch ausnahmsweise an ihre Adresse gelangen. Von zwei Dingen eines: entweder hat diese polizeiliche Abhaltung überhaupt keinen Sinn, oder sie hat den, daß die Sprache der deutschen Blätter in Frankreich zu einem Verständniß helfen könnte, das die französische Preßpolizei vorerst lieber noch vermieden zu sehen wünscht.

Was die „Neutralisirung" betrifft, so ist Das freilich nichts Anderes als „Mondschein im Wasser", wie das Sprichwort sagt. Man thut sich gegenseitig den Gefallen, davon als von einer Realität zu sprechen, hat aber gleich den römischen Auguren Mühe, das Lächeln zu verbeißen, wenn man sich dabei gegenseitig ansieht. Neutralisation! Unter denselben hochheiligen Garantien wurden seiner Zeit gewisse Theile Savoyens in die Neutralität der schweizerischen Eidgenossenschaft mit eingeschlossen: so lange Niemand daran rührte, stand die Garantie auch ganz fest auf den Beinen; allein im Jahre 1859, bei dem ersten Erprobungsfall, marschirte Frank-

15. Mai 1867.

Auf eine Inkonsequenz mehr oder weniger kommt es manchen Leuten nicht an; aber was zu toll ist, Das ist zu toll. Da hat in einer süddeutschen Kammer — es ist noch dazu eine, deren Gebiet gothaisch verkürzt wurde — ein gothaischer Redner, dem die Wendung mit Luxemburg mißfällt, von einem „undeutschen Verhalten Oesterreichs" gesprochen. Es gehört Stirn dazu. Ich weiß nicht, ob in dortigen Mittelschulen Logik gelehrt wird; wenn es der Fall ist, so hat der gothaische Redner versäumt, davon zu profitiren. Denn entweder bedarf man Oesterreichs für die deutschen Interessen, oder man bedarf seiner nicht. Wenn man seiner bedarf, so wäre Das logischer Weise ein Grund gegen seine Ausschließung gewesen; nachdem man es aber förmlich und thatsächlich aus Deutschland ausgeschlossen hat, ist es denn doch eine kaustische Ungereimtheit, von ihm eine Mitleistung zu verlangen, als ob es noch darin wäre! Der Verlust von Limburg und Luxemburg läßt sich allerdings nicht gerade hohenstaufisch an; das Prinzip: „kein deutsches Dorf an das Ausland!" ist damit durchlöchert. Allein was geht Dies Oesterreich an, das man ja als für Deutschland entbehrlich bei Seite schob? Ist es Oesterreich, das „an der Spitze der deutschen Interessen" steht?

Die Einheit Deutschlands ist so vortrefflich hergestellt, daß man von Berlin aus diesem hessischen Redner sogar entgegenhalten konnte, ihn selbst und die hessische Kammer gehe die Sache ebenfalls Nichts an. Hessisch war ja Luxemburg niemals. Ein vereinigtes Deutschland besteht nicht mehr; zu dem norddeutschen Bunde gehört die Volksvertretung in Darmstadt derzeit nicht, und ein etwaiger Anschluß von Süddeutschland überhaupt scheint es stößt auf dieselben Schwierigkeiten, wie das Besatzungsrecht in Luxemburg der gewesenen Bundesfestung. Wenn aber ein Gothaer in Darmstadt dergleichen thun will, als ob er für das Berliner Verkürzungsdeutschland mitzureden hätte, so muß er sich nach der Windfahne der dortigen „Nationalliberalen" — eine Zusammensetzung, deren Bestandtheile jenen zwei Löwen gleichen, die sich gegenseitig auffraßen — nun auch zu richten und zu wenden wissen, wie es sich gehört. Von einer geschlossenen Partei erwartet man, daß sie den Consequenzen ihres vieljährigen Strebens sich unterwerfe; der Gothaismus widerruft sich selbst, wenn er an der Bismarck'schen

sammen. Unter den neu erwählten Mitgliedern der Deputirtentafel befindet sich Franz Pulszky, welcher so lange als politischer Flüchtling außerhalb Landes war, und vor dem sich nun eine und die andere Partei so zu sagen beinahe zu fürchten scheint. Er ist nämlich vermöge seiner weiteren Erfahrung und Weltkenntniß erhaben über so manches magyarische Kirchthumsvorurtheil, und derartige Vorurtheile lieben es nicht, wenn man ihnen an den Zopf greift. Jetzt übrigens, von der bevorstehenden Königskrönung abgesehen, hängt für die Masse des magyarischen Publikums der ganze Himmel voller Baßgeigen. Nicht nur, weil Ungarn in der That eigene und besondere Briefmarken erhält, was demnach seinen Ruhm bis in die entferntesten Länder verbreitet, sondern es sollen auch die Postwagen grün, weiß, und roth (mit den ungarischen Landesfarben) angestrichen werden, und die Briefträger künftig stets in diese Farben gekleidet seyn. Für das eigentliche Volk, für die breiten unteren Schichten ist Das augenfälliger und wichtiger, als die Verfassung selbst, an welcher sie nur äußerst geringfügig betheiligt sind, weil dieselbe eigentlich nur für eine Oligarchie eingerichtet ist.

In Pesth hat ein junger Mann, ein Studierender der Medizin an der dortigen Universität, sich erschossen, weil er Ungarn durch die Annahme des „Elaborats" für die „gemeinsamen Angelegenheiten" als verrathen und verkauft betrachtet. Psychologisch merkwürdig ist sein zurückgelassenes Abschiedsschreiben, insofern er darin erklärt, er habe „keine Religion", und habe „niemals an einen Gott geglaubt." Geistesverwirrt sey er nicht. Verscharren möge man ihn, wo man wolle: „Pfaffen und Glockengeläute" wünsche er nicht, weil Derjenige, der an keinen Gott glaube, es auch „nicht verdiene." Das spricht denn in so weit keine Geistesverwirrung aus; sonst wird häufig genug die Welt unvernünftiger Weise angeschrieen, weil Solchen, die ihr ganzes Leben lang die Religion mit Füßen traten, nun absolut ein kirchlich ehrendes Begräbniß zu Theil werden soll. Es ist Das ein Verlangen, das sich gleichsam selber in's Gesicht schlägt: wer seine Kirche mißachtet und beschimpft, begeht ja einen handgreiflichen logischen Unsinn, wenn er sich nachträglich ihrer „Segnungen" versichert wissen möchte.

—

7. Mai 1867.

Die bevorstehende Versammlung des Reichsrathes fängt an, die öffentliche Aufmerksamkeit von den auswärtigen Angelegenheiten etwas abzuziehen. Eine bei Frhrn. v. Beust abgehaltene Konferenz von Reichsrathsmitgliedern, welcher auch vier ungarische Minister beiwohnten, war indeß in so fern mehr blos eine Konversation, als die Regierung dabei keine politischen Eröffnungen machte. Herbst und Kaiserfeld waren bei der Konferenz nicht anwesend, wohl aber Giskra aus Brünn: auch drei polnische Reichsrathsmitglieder, worunter Fürst Sanguszko, befanden sich unter den Theilnehmern. Es werden noch weitere Konferenzen als Fortsetzung angekündigt.

Die Opposition des kroatischen Landtages gegen eine Beschickung des ungarischen nimmt eher zu, als ab. Die Kroaten wollen mit Pesth höchstens durch Delegirte verhandeln. Es habe ein Ungarn gegeben, sagen sie, so lange es für alle Nationalitäten daselbst eine allgemeine neutrale Sprache gab; jetzt aber habe sich Ungarn in ein Magyarien verwandelt, und da könnten sie, die keine Magyaren seyen, nicht mitthun. Früher war bekanntlich die lateinische Sprache die des ungarischen Landtags, und auch im außeramtlichen, im persönlichen Verkehr wurde häufig lateinisch gesprochen; nicht minder gab es in Preßburg eine lateinische Zeitung („Ephemerides Posonienses“), freilich mit einem stark modernen Anfluge, wie denn z. B. Cicero einen Satzanfang wie: „Folio ‚Journal des Débats‘ nuntiant“ ꝛc., schwerlich verstanden hätte. Fürst Metternich ahnte wohl kaum, daß er an dem Grundstein des ungarischen Zusammenlebens rüttle, als er im Jahre 1830 Zugeständnisse der Regierung für magyarische Geschäftssprache machte, die übrigens noch mit gar vielen Ausnahmen verklausulirt waren. Bereits 1844 gaben die Magyaren hierauf den Kroaten noch 6 Jahre Frist, um magyarisch zu lernen, denn nachher werde keine andere Sprache mehr bei dem Landtage zugelassen werden; vier Jahre später führten Magyaren und Kroaten ihren Streit mit den Waffen, und jetzt wollen die Kroaten gar nicht mehr nach Pesth. Man gibt sich alle Mühe, zu vermitteln, aber es wird schwer halten, daß man mehr als ein Flickwerk zu Stande bringt.

Es war vorauszusehen, daß die panslawistische Färbung, welche von der Wallfahrt nach Moskau unzertrennlich ist, die Fackel der Zwietracht in die slawischen Parteilager Oesterreichs schleudern

würde. Bereits zeigen sich allerwärts deutliche Zeichen davon. In der polnischen Presse Galiziens wird den Tschechen ein Absagebrief geschrieben, der an derbster Offenheit des Ausdrucks Nichts zu wünschen übrig läßt; fast ist die unterste Hölle noch zu gut für diese Renegaten an Religion, Vaterland, Freiheit, und Zivilisation. Unter den böhmischen Feudalen, die sich bisher von den Tschechen täuschen ließen, ist z. B. Graf Leo Thun eifrigster Gegner des Tschechenzugs nach Moskau, welcher zwar immerhin, sagt man, auch einige feudale Namen (auch einige bürgerlich deutsche!) aufweisen wird. Sowohl in Böhmen als in Krain mahnen kirchliche Stimmen ernst ab von einem Festzuge zu dem „Unterdrücker der katholischen Religion"; dafür werden die hinpilgernden Führer ohne Zweifel russische Orden rc. von dort zurückbringen. Allein die bisherigen Parteigestaltungen der Slawen Oesterreichs sind damit unwiederbringlich zersetzt, und auch die Stellung der tyrolischen Reichsrathsmitglieder zu den Tschechen kann nicht wohl bleiben, wie sie war.

„In Anbetracht der obwaltenden Zeitverhältnisse und in Erwägung, daß der Friede Europa's noch immer zu den Ausnahmszuständen gehört", will sich ein niederösterreichischer Wehrverein bilden, welcher insbesondere die Hebung des Schützenwesens als Element militärischer Wehrhaftigkeit zu seinem Zwecke macht. Die Vorstände sämmtlicher Schützengesellschaften und Turnvereine sind zum Beitritt für Berathung der Statuten eingeladen. Im Fall eines Kriegs soll der Wehrverein den inneren Sicherheitsdienst versehen, innerhalb der Landesgränze aber aktiv gegen einen eindringenden Feind mitwirken.

Mit der Befestigung von Wien, wenn auch wohl nicht in so ausgedehnter Weise, wie es ursprünglich hieß, wird es Ernst. In den hiesigen Blättern schreibt die „Bauunternehmung der k. k. Befestigungsbauten nächst Wien" die Aufnahme von Maurerbalieren, Partieführern, Teichgräbern, Handlangern, Maurern, und Fuhrleuten aus, und verspricht denselben „dauernde Beschäftigung." (Die „Bauunternehmung" schreibt „Maurerpolier", was aber sprachlich unrichtig ist, da das Wort nicht von Poliren, sondern von dem mittelalterlich lateinischen bajulus und bajulare herkommt, woher auch Ballen, Baillif rc. Bajulus = gubernator irgend einer Art.)

— — —

9. Mai 1867.

Unter den neuernannten Mitgliedern des Oberhauses (hiesige Blätter gefallen sich darin, die französische oder die englische Bezeichnung anzuwenden und bald von „Pairs", bald von „Peers" zu sprechen) befinden sich auch zwei Protestanten (Gablenz und Wüllerstorff) und ein Bekenner der anatolischen Kirche (v. Karajan). Als „ultramontan" werden hervorgehoben: Professor Arndts und die Grafen Blome, Mercandin, und Fünfkirchen. Doblhoff und Hasner sind entschiedene „Liberale." Ueber die politische Farbe der vier neu ernannten erblichen Mitglieder weiß man so eigentlich Nichts. Die Mehrheit der Ernannten wird natürlich für die Regierung seyn.

In Folge der Auflösung der bisherigen Gendarmerie in Ungarn werden mit Anfang Juni's 11 Rittmeister und 28 Ober- und Unterleutnants in gleicher Eigenschaft zu den Truppen versetzt, 13 Rittmeister und 4 Ober- und Unterleutnants aber pensionirt. Auch aus dem Zivildienst, obwohl es in Ungarn an geeigneten Persönlichkeiten eher fehlt, wird eine Anzahl tüchtiger Beamten überzählig, wogegen in den Komitatswahlen das alte ungarische Sippschafts- und Gevatterschaftswesen wieder seine Sprossen treibt. Nicht minder dringt man nun auch in Galizien darauf, so weit als nur irgend möglich blos noch „Landeskinder" anzustellen, und so droht sich in diesem großen Reiche nach und nach ein Separatismus heranzubilden, der sich so ziemlich abderitisch ausnimmt. Am schlechtesten übrigens kämen dabei unbedingt die Tschechen weg, welche bis jetzt eine Uebermasse von Beamten für das Gesammtreich geliefert haben, und denen ihr Absonderungswesen nunmehr direkt in das Gesicht schlägt.

Seltsame Dinge erzählt ein magyarisches Blatt, der „Hon", aus dem italienischen Feldzuge von 1859. Den magyarischen Soldaten habe man gesagt, die ungarische Verfassung sey wieder hergestellt, und anders lautende Briefe aus Ungarn habe man unterschlagen; dessenungeachtet sey ein solcher durchgeschlüpft. „Am andern Tage erfolgte die Schlacht bei Solferino, und wir bemerken blos, daß die französischen Kugeln von jenem Regiment" (nämlich wo der Brief angekommen war) „nur zwei Mann tödtlich trafen: den Obersten und den Oberstleutnant." Es gehört in der That eine kuriose Eingebung dazu, jetzt derartige Thatsachen (wenn es solche

sind) in die Oeffentlichkeit zu werfen. Und was sollte die Nutzanwendung davon seyn?

12. Mai 1867.

Es bestätigt sich, daß die bei der letzten Konferenz anwesenden vier Minister aus Pesth die diesseitige Stimmung in Bezug auf unveränderte Annahme des Ausgleichs, wie er bis jetzt vorliegt, ziemlich unbefriedigend fanden. Die Aufgabe des ungarischen Ministeriums ist in der That eine dornenvolle. In Ungarn selbst erhebt sich aus den Reihen der Kirchthumspolitiker (jedes Komitat ein adeliger „Staat im Staate!") eine Opposition, die den Ausgleich für einen „Verrath der altungarischen Freiheiten" erklärt: in Wien erklären politische Führer und Reichsrathsmitglieder unverblümt, daß man diesseits der Leitha nicht gesonnen sey, die Abtrennung Ungarns auch noch mit finanziellen Opfern zu bezahlen, sondern die Bestreitung der Kosten dafür ausschließlich dem Königreich Ungarn überlasse: aus Kroatien endlich klingen Stimmen herüber, die förmlich an das Jahr 1848 erinnern. Jene Opposition in Ungarn selbst wäre nur dann zu befriedigen, wenn man dem turbulenten kleinen Adel seine ehemalige Steuerfreiheit nebst allen sonstigen hergebrachten Mißbräuchen wieder zurückgeben könnte, was aber für ein Pesther Ministerium eben so unmöglich ist, wie es für ein Wiener Ministerium unmöglich war. Mit dem Wiener Reichsrathe wird man sich allem Anschein nach noch am ehesten verständigen können: vorausgesetzt nur, daß Ungarn für seinen Separatismus nicht auch noch einen baaren Zuschuß aus dem Steuerertrag der diesseitigen Reichshälfte für sich in Anspruch nimmt. Daß die Steuerleistung Ungarns weit unter seinen politischen Prätentionen steht, weiß man längst: die jetzige Neugestaltung der Verhältnisse in Folge des Ausgleichs scheint diesen thatsächlichen Widerspruch zwischen hochgeschraubter Prätention und geringfügiger Leistung noch um ein Namhaftes zu steigern. Was schließlich Kroatien betrifft, so ist der ungarische Karren daselbst so überzwerch verfahren, daß man bereits von einer erforderlich werdenden Auflösung des kroatischen Landtags spricht. Die Abwesenheit des Bischofs Stroßmaier (welcher übrigens von guter deutscher Abkunft ist) hat die kroatische „Nationalpartei" keineswegs zersplittert. In Agram wirft man den „unionsfreundlichen", d. h. den für ein

[illegible]

Sch. Vor einiger Zeit verlauteten aus Venedig Berichte, daß wegen stockenden Verkehrs und Erwerbs daselbst die öffentliche Stimmung niedergeschlagen und gedrückt sey. Nun erfährt man, daß aus diesem Grunde [illegible] mehrere hundert Arbeiter auf einmal nach Triest und nach Pola ausgewandert sind, um in Oesterreich den Erwerb zu finden, den ihnen Venedig nicht mehr bietet.

[illegible] 1867.

Ist die Neutralisirung Luxemburgs nicht ein direkter Gewinn für Frankreich, so ist sie für Deutschland jedenfalls ein direkter Verlust. Der alte Bund würde weder das Land noch die Festung verloren haben, ja man hätte ihm eine solche Selbstverstümmelung wahrscheinlich gar nicht zuzumuthen gewagt: also behält nunmehr jene Entschuldigung Recht, die der französischen Empfindlichkeit gegenüber geltend machte, daß die Zerreißung des alten Deutschlands in drei oder mehr Theilstücke ja doch offenbar eine Schwächung sey. Luxemburg ist Jahrhunderte lang ein Bestandtheil des deutschen Reichs und nachmals des deutschen Bundes gewesen: jetzt ist es neutralisirt, d. h. es ist zwar nicht französisch geworden, aber es ist auch nicht mehr deutsch. Setze man einmal umgekehrt den Fall, Frankreich sollte seine Besatzung aus Straßburg zurückziehen, und zum Entgelt dafür sollte das Elsaß neutralisirt werden (der Fall ist ganz ähnlich, nur daß Luxemburg etwas kleiner, das Elsaß hingegen kein urfranzösisches Land ist): keine Beredsamkeit der Welt, auch nicht ein französischer „Nationalverein", wenn es einen solchen gäbe, würde Dies den Franzosen als ein Ergebniß angeblich neuer französischer Machtstellung eingänglich machen. Preußen als solches verliert allerdings keinen unmittelbaren Gebietstheil, wohl aber ist es mittelbar betheiligt an dem Verluste deutscher Interessen, deren Vertretung es sich gleichsam als ein Monopol zuschrieb, und was ihm in dieser Hinsicht an politischem Nimbus verloren geht, Das ist eine

Einbuße, welche moralisch schwer genug ins Gewicht fällt, auch für blos preußische Zwecke.

Daß England in Betreff der Bürgschaftsübernahme seine Bedenklichkeiten hatte, erklärt sich nur theilweise. Es liegt nahe, daß es sich von festländischen Verwicklungen so viel als nur irgend möglich fernhält, denn die Landheere, vermittelst deren es bis 1815 selbstthätig mit eingriff, wären nach dem heutigen Maßstab verhältnißmäßig nicht mehr zahlreich genug. Allein für Antwerpen, hat man gesagt, wolle England „Krieg führen bis zum Messer." Nun ist es doch klar, daß England auf alle Fälle sehr spät kommt, wenn es erst warten will, bis der bedrohende Feind unmittelbar vor den Wällen von Antwerpen steht, und daß es ganz unzweifelhaft zweckmäßiger wäre, Antwerpen schon etwas früher zu vertheidigen. Dieses früher kommende Vertheidigungsinteresse gilt aber nicht nur in Bezug auf Belgien überhaupt, sondern auch ganz speziell mit in Bezug auf Luxemburg. Auch dieses letztere ist für Antwerpen ein vorliegendes Schutzwerk.

Ueberdies ist in Betracht zu ziehen, daß es auch noch andere als blos militärische Garantien gibt. Man pflegte Belgien einen „Vorposten Deutschlands" zu nennen: in Wahrheit aber, mit seiner erkünstelten französischen Staatssprache, welche den ethnographischen Verhältnissen des Landes geradezu ins Gesicht schlägt, ist es nur noch ein Vorzimmer Frankreichs. Wenn morgen oder übermorgen eine französische Armee Belgien in Besitz nimmt, so ist Das höchstens der Wechsel einer Dynastie. Eine Fremdherrschaft, ethnographisch genommen, ist für die niederdeutschen Fläminger, d. h. für die Mehrheit der belgischen Bevölkerung, schon das bisherige Regierungssystem, welches in französischer Sprache amtirt, administrirt, Gesetze gibt, und Steuern erhebt: das natürliche Interesse des Landes, wenn es nicht von Frankreich zuletzt soll aufgesogen werden, ginge umgekehrt vielmehr dahin, daß eben eine verwälschte Regierungsmaschine den Belgiern als eine Fremdherrschaft erschiene. Jetzt ist der Zugriff statt dessen gerade, wie geflissentlich, auf eine französische Hand gestellt, und wenn Frankreich die rechte Zeit für gekommen erachtet, wird es aus dieser belgischen Kirsche, deren staatlicher Kern bereits fertig französirt ist, wahrlich keine zwei Bissen machen. In Brüssel, scheint es, hat man für diese Gefahr lediglich kein Verständniß: in London könnte man es haben. Bereits tauchte

in Luxemburg während der letzten Krisis eine Aeußerung auf, daß man, bliebe denn wirklich keine Wahl mehr frei, denn doch lieber gleich großfranzösisch, als erst kleinfranzösisch (d. h. belgisch) werden möchte. Wie nun, wenn ein ähnliches Entweder-Oder einmal an die Belgier selbst herantritt? Und was wird in einem solchen Fall eine belgische Besatzung in Antwerpen werth seyn? Will England dieses Belgien erst moralisch verloren gehen lassen, um es alsdann (wenn noch möglich) für eine zukünftige Sicherung Antwerpens materiell zurückzuerobern? Die von Regierungs wegen bestehende Französirung des belgischen Staats ist die Negation seiner moralischen Selbständigkeit; wenn die englische Politik Antwerpen nicht eventuell französisch werden lassen will, muß sie unumgänglich in Brüssel ihren Einfluß für Rathschläge verwenden, für die man bis jetzt dort noch völlig mit Blindheit geschlagen zu seyn scheint.

„Neutralisirt!" Geistig genommen, ist Belgien derzeit nichts weniger als neutralisirt, sondern vielmehr zu ⁹⁄₁₀ für einen französischen Zugriff ganz fertig zugeschnitten. Wenn man für Luxemburg nicht eine ähnliche Zurechtlegung wünscht, so wäre dem König-Großherzog, welcher das Land zu verkaufen bereit war, nunmehr vor allen Dingen im Namen der vermittelnden Mächte zu empfehlen, daß er die deutschen Luxemburger (er selbst ein Niederdeutscher!) nicht mehr mit französischen Thronreden regalire. Alles Andere ist bloses Papier. Wenn aber die „Neutralisirung" in der That ein souveränes und probehaltiges Heilmittel ist, so möge man denn lieber gleich ganz Europa „neutralisiren", auf daß man der Barbarei des Faustrechts seit 1852 einmal los und ledig werde!

---

15. Mai 1867.

Noch wenige Tage, und der Dualismus steht vor dem diesseitigen Reichsrath, welcher selbst wieder ein Stück Dualismus ist. Thatsächlich, auch zu Schmerlings bester Zeit, ist der Reichsrath niemals etwas Anderes gewesen, als jetzt auch: der Ausdruck des Dualismus lag in dem Gegensatz der leeren und der besetzten Bänke. In so weit handelte es sich bei dem ungarischen Ausgleich nicht sowohl um eine neue Schöpfung, als vielmehr um die Anerkennung und Regulirung einer bereits vorhandenen Thatsache. Daß dessenungeachtet Manche an dem Ausgleich Anstoß nehmen, ist begreiflich.

Eine Abtrennung, während sonst alle Welt auf Einigung ausgeht, verstößt direkt gegen den modernen Staatsbegriff; wenn man nicht etwas geschichtlich Herangebildetes vor sich hätte, man würde sicherlich nicht in dieser Art neu konstruiren. Allein auch die allerneueste Zeit ist nicht unabhängig von den Ueberlieferungen der Geschichte, und die politische Gegenwart ist immerdar eine Tochter der Vergangenheit. Man kommt nicht los von dem historischen Boden; — am allerwenigsten, wenn man ihn vielleicht gar selber machen half.

Auch die Völker, wie man weiß, hören nicht gern unangenehme Wahrheiten, so wenig als man es großen Herren nachzurühmen pflegt. Der alte Spruch: vera sunt, sed non debent dici, gilt auch in dieser Beziehung; indeß der historische Zusammenhang duldet keine Lücke. Nun, was man jetzt als Dualismus tadelt, und was man eine allzuweit gehende Abtrennung Ungarns nennt, dazu ist der Grundstein gelegt worden zu Wien selbst im Jahr 1848, und zwar durch das „souveräne Volk", das sogar noch in dem ungarischen Losreißungskrieg eine „Sache der Freiheit" zu sehen glaubte. Auch in diesem Motiv ging man irre, denn die ungarische Verfassung war eine solche für den Edelmann gegen die Krone, nicht aber für den Bürger und Bauer gegen den Edelmann. Diesen Irrthum theilte man aus thatsächlicher Unkenntniß da und dort auch außerhalb Oesterreichs; sonst aber wunderte sich Europa, daß die Hauptstadt eines großen Reichs so wenig Staatsbewußtseyn an den Tag legte. Es war die Folge eines Regierungssystems, welches das Volk von jedem politischen Gedanken ferne zu halten bestrebt war. Heutigentags würde Wien nicht mit einem Aufstande drohen, um dem Königreich Ungarn eine abgesonderte Armee zu verschaffen, und kein österreichischer Kriegsminister käme in Lebensgefahr, weil er gegen einen neuen Kossuth Truppen von Wien aus abzusenden im Begriff wäre. Allein was damals geschah, das ist nicht mehr ungeschehen zu machen. „Numinibus vota exaudita malignis", wie Juvenal sagt. Die damalige Wiener Aussaat ist seither in die Halme geschossen, und der ungarische Ausgleich, dem man jetzt so vielen Tadel anhängt, ist eine sehr gemilderte Regulirung jenes ungarischen Separatismus von 1848, für den man in Wien seiner Zeit politische Sympathien hatte.

Nicht nur im Privatleben ist Jeder „seines Glückes Schmied";

[illegible]

... Separatismus von Wien aus und im Namen einer zentralen Einigung sein Kommandowort [illegible]

Die Vermeidung dieses Unheils ist der Dualismus. Möge man an dem ungarischen Ausgleiche rügen und bessern, was irgend nöthig und rathsam ist, nicht aber durch allgemein gehaltene Stichworte und vieldeutige Phrasen sich von dem Weg abdrängen lassen, der allein praktisch haltbare Resultate verspricht.

---

16. Mai 1867.

Für Deutschland fühlt Graf Bismarck nicht, aber für Preußen fühlt er, und die Besatzung, die er nun aus Luxemburg zurückziehen muß, ist eine preußische. Das alte Besatzungsrecht ist nun todt und begraben: diesem Schicksale Trotz zu bieten war er nicht stark genug. Als Inschrift auf den Leichenstein empfehlen sich die denkwürdigen Worte, die im August 1866, den Kompensationsansprüchen französischer Blätter gegenüber, die Norddeutsche allgemeine Zeitung schrieb: „Die großen Aenderungen in Deutschland sind zuerst nicht internationaler, sondern rein nationaler Natur." (Eigentlich antinationaler.) „Und noch mehr. Weit davon entfernt, eine Drohung für Frankreich zu sehn, sind diese Aenderungen für Frankreichs Machtsphäre günstiger, als die früheren Zustände. Deutschland hat durch diese „großen Aenderungen" keinen Machtzuwachs gewonnen, sondern ihn verloren. Vor den Ereignissen dieser letzten Monate hatte Frankreich in dem deutschen Bund einen Gegner, der gegenwärtig durch das Ausscheiden Oesterreichs um dreizehn Millionen Einwohner und fast viertausend Quadratmeilen schwächer geworden ist. Diese Thatsache ist in ihrer Einfachheit so logisch, so unwiderlegbar, daß wir nicht glauben können, daß irgend eine Interpretation herauszubringen vermöge, Frankreich werde in diesen „Aenderungen in Deutschland" eine Gefährdung erblicken können." Das offiziöse Blatt behält triumphirend Recht: der deutsche Bund war in der That stärker. Er würde Luxemburg nicht verloren haben.

Nach dem Sieg über Oesterreich sang man in Berlin, wie der Wiener Volkswitz sich ausdrückte, ein Te Deum: jetzt hat sich das Blatt gewendet und das Te Deum wird in Paris gesungen.

18. Mai 1867.

Ueber die politische Physiognomie des bevorstehenden Reichsrathes läßt sich selbst jetzt, wenige Tage vor seiner Eröffnung, nichts Bestimmtes sagen. Die Regierung, das weiß man, wird sich liberal geben, und in dieser Beziehung wird man ihr ohne Zweifel freundlich entgegenkommen; allein die Hauptfrage, die des Ausgleichs mit Ungarn, ist eben keine Frage des Liberalismus, sondern ein Streit um ein gewisses Maß von Staatseinheit, und wie viel davon ent-

behrlich oder unerläßlich sey. In einer derartigen Frage können alte politische Freunde und Parteigenossen sich auf einmal getrennt und einander entgegengesetzt, und hinwiederum alte politische Gegner sich auf einmal in einer und derselben Front vereinigt finden. Die Zersetzung der alten Parteien und die Bildung neuer, sonst wohl fremdartiger Genossenschaften stellt sich damit in nächste Aussicht. In dem Abgeordnetenhause scheint noch immer etwas mehr Zentralismus übrig zu seyn, als man voraussetzte: nach der Art nämlich, wie die Mehrheit desselben seiner Zeit den Minister v. Schmerling fallen ließ oder vielmehr stürzen half, hätte man denken sollen, sie stelle ein beliebiges Freiheits- und Oppositionsinteresse über das Interesse des Zentralismus, wie es durch Hrn. v. Schmerling vertreten war und mit ihm natürlich einem andern System Platz machte. Den Föderalismus hat glücklicher Weise Graf Belcredi, welcher gegen das Deutschthum und gegen das Bürgerthum gleichzeitig auftrat, durch seine Protektion moralisch ruinirt, indem er ihm eine absolutistische Färbung gab. Gegen Belcredi waren die Deutsch-Oesterreicher einig und deßhalb stark; wie aber nun, wenn dem ungarischen Ausgleiche zuleid starre Zentralisten und slawische oder andere Anhänger eines nicht-magyarischen oder anti-magyarischen Sonderthums politisch zusammengingen? Aufbauen kann eine Vereinigung von Negationen allerdings Nichts; zerstören aber könnte sie Manches, und wir kämen dann wieder in ein unerquickliches Provisorium hinein. Zunächst wird die Adreßverhandlung über die politische Physiognomie des Abgeordnetenhauses Aufschluß geben. Wenn aber auch, wie man zu glauben geneigt ist, der Ausgleich mit Ungarn nicht prinzipiell eine Mehrheit gegen sich hat, so liegen ihm in Bezug auf die Einzelheiten zahlreiche Steine des Anstoßes im Wege; denn die Meinung, daß die westliche Hälfte des Reichs finanziell bei der bisherigen Fassung der Sache benachtheiligt sey, hat in der letzten Zeit mehr und mehr an Boden gewonnen. Es wird auf der ungarischen Seite eines starken Aufgebots von politischem Takt und weiser Vermittlungsgabe bedürfen, wenn man zu einem glücklichen Ergebniß gelangen will. Zwar kann man in Pesth sich auf den Standpunkt stellen, daß Ungarn nicht mit den andern Reichstheilen, sondern lediglich mit seinem König zu verhandeln habe, allein in finanzieller Hinsicht hilft diese starre Absonderung zu Nichts; denn wenn der österreichische Reichsrath den

diesseitigen Finanzminister eben so streng isolirt, wie Ungarn sich politisch isolirt hat, so wird Westösterreich eben folgerichtig keine finanziellen Zuschüsse darauflegen, und es scheint, daß Ungarn deren bedarf.

Fürst Carlos Auersperg, welcher zum Präsidenten des Herrenhauses ernannt ist, hat den Beinamen des „ersten Kavaliers des Reichs"; so wird er im Volksmunde genannt. Dr. Giskra hat die Präsidentschaft des Abgeordnetenhauses nur unter der Bedingung angenommen, daß er gleich einem erwählten Präsidenten (derzeit ist er ein ernannter) zeitweise das Präsidium abgeben könne, um an der Debatte theilzunehmen. Unter den beabsichtigten Reformen befindet sich übrigens auch die, daß in Zukunft das Haus seinen Präsidenten und die Vizepräsidenten selbst ernennt, d. h. erwählt. Dr. Ziemialkowski, neben dem Ritter v. Hopfen zum Vizepräsidenten des Unterhauses ernannt, ist einer der Führer der polnischen Liberalen. Einen andern Polen, den Grafen Alfred Potocki, nennt man eventuell als demnächstigen Minister (des Ackerbau's).

Tschechische Blätter schildern den feierlichen Empfang der zu der ethnographischen Ausstellung nach Moskau reisenden österreichischen Slawen an der russischen Gränze. „Begeisterte Toaste" brachte man bei der Tafel aus; „stürmischer Beifall" erklang in den Rufen: „Slawa! Zivio! Ura!" Ersteres ist das tschechische Vivat (wörtlich = Ruhm), Zivio das kroatische; Ura wird das russische Hurrah seyn. Es sind Slawen aller österreichischen Stämme unter den Moskau-Pilgern, auch Slowaken und Slowenen; unter den Urtschechen befinden sich zwei, Namens Erben und Fingerhut! Ein hiesiges Blatt nennt den „Kongreß der Slawen" einen „Sklavenkongreß."

Aus Triest kommen wieder Nachrichten von Demonstrationsunfug der Issimi. In das Haus eines in den Reichsrath erwählten Abgeordneten wurde ein Kanonenschlag geworfen; ein Kind des Hausmeisters und seine Mutter wurden verwundet. Es erregt gerechte Verwunderung, daß nicht von Seiten der Parteiführer wenigstens dem Meuchelmord im Namen ihrer Sache entgegengewirkt wird.

— —

13. Mai 1867.

Auf eine Interpellation mehr oder weniger kommt es manchen Leuten nicht an; aber was zu viel ist, das ist zu viel. Da hat in einer süddeutschen Kammer — [illegible] Gebiet [illegible]

[illegible]

Aera zum Schwarzseher und Tadler wird. Was auf dem norddeutschen Reichstage Hr. v. Bennigsen bei seiner Interpellation sagte, das war blos hypothetisch gesagt; denn offenbar setzte er damals voraus, daß man Luxemburg festhalte. Jetzt ist Das überholt und antiquirt; wenn der norddeutsche Reichstag neuerdings wieder zusammentritt, so steht es ihm „national" wie „liberal" frei, sowohl seinen eigenen früheren Standpunkt als das deutsche Anrecht auf Luxemburg nunmehr zeitgemäß fallen zu lassen. Andere Stimmen von national-liberalem Gewicht haben Das bereits gethan. Die Berliner Provinzialkorrespondenz rühmt ausdrücklich an, daß Preußen durch den neuen Vertrag in jeder Beziehung erreicht habe, was es zur Sicherung des eigenen und des deutschen Interesses zu erstreben veranlaßt und berechtigt war. Auch in einer süddeutschen öffentlichen Kundgebung denkender Politiker wird es anerkannt, daß die Ehre des deutschen Namens und die Integrität Deutschlands durch diese kleine Einbuße nunmehr gesichert und verbürgt steht. Was die Luxemburger selbst betrifft, so fühlen sie sich, luxemburgischen Blättern zufolge, wieder „glücklich und frei." Glücklich ohne Zweifel darum, weil wenigstens der angebahnte Seelenverkauf wieder hintertrieben ist. Frei aber, ... nun, Das kommt auf die Auslegung an. Pariser Stimmen beziehen es hämisch genug auf ein Freiwerden von Deutschland: genug, da es auf national-liberalem Wege geschehen ist, muß denn auch eine entsprechende Freiheit mit dabei seyn, gleichviel von welcher Art.

Mit dieser allgemeinen Zufriedenheit nun verträgt sich ein gothaischer Vorwurf an Oesterreich, daß es an solchem Ergebniß schuld sey, so ganz und gar nicht, daß vielmehr ein versteckter Angriff auf Preußen darin liegt. „Sein volles Herz" — muß man da von dem Gothaismus sagen — „vergreift sich im Ausdruck seiner Gefühle": diesmal wenigstens, trotz der sonst gerne gesehenen Anschwärzung Oesterreichs, geschieht der Bismarck'schen Politik kein Gefallen damit. Wenn man die friedliche Verständigung so hoch preist, wie die erwähnte Berliner Korrespondenz, so hebt sich ja selbstverständlich auch das Verdienst des nicht mehr deutschen Oesterreichs dabei hervor: denn so viel ist doch wohl für Jedermann klar, daß eine österreichische Allianz in Paris genügt hätte, um den Becher der französischen Kriegslust vollends zum Ueberschäumen zu bringen. Mit dem Prager Frieden und der Ausschließung aus

Deutschland [illegible] solche [illegible] nicht in Widerspruch gestanden; ganz im Gegentheil, [illegible] als eine natürliche Konsequenz daraus. Daß Oesterreich [illegible] diese naheliegende Konsequenz nicht zog, [illegible] von Deutschland ferngehalten. Wer nun [illegible] des [illegible] Handels [illegible] Oesterreich des Prager Friedens [illegible] nicht an die [illegible] beliebigen [illegible] Seite, dem unter [illegible] Oesterreich zu- zumuthen, [illegible] als man es [illegible] schmählichen [illegible] wie ein Mann [illegible]

[illegible] Mai 1867.

Die [illegible] Journalismus [illegible] Er- [illegible] eine [illegible] wenn [illegible] ansicht. [illegible] eine [illegible] Uebergang [illegible] wohl [illegible] ungarischen [illegible] angreifen, [illegible]

[illegible] aus der [illegible] der [illegible] Macht [illegible] und [illegible] Die Ver- [illegible] 41 [illegible] erreichen [illegible] Summe

etwa gar ohne die Mitwirkung **Ungarns** aufgebracht werden solle. Inzwischen ist eine Broschüre erschienen, die, aus der Feder eines Fachmannes, dem Befestigungsplane das Wort redet und dessen Ausführung für eine dringende und unerläßliche Nothwendigkeit erklärt. Am Schlusse der Schrift wird angedeutet, daß ein Widerstand gegen die Befestigung Wiens die Regierung veranlassen könnte, den Mittelpunkt militärischer Anstalten und Vorräthe, welcher durch die Befestigung eben geschützt werden soll, an einen andern Ort zu verlegen, der die gleiche strategische Wichtigkeit besitze. Sollte damit Ofen und Pesth gemeint seyn, so würde es sich alsdann bei dem **ungarischen** Landtag um die Geldbewilligung handeln, und es würde sich dort die Frage erheben, ob für die Befestigung von Ofen und Pesth die westliche Reichshälfte mitzuzahlen geneigt sey. Der Anfang der Wiener Befestigungsarbeiten übrigens ist bereits im Gange, und zwar zwischen Siebenhirten und Inzersdorf, südlich von Wien.

Was die äußere Erscheinung des Reichsraths betrifft, so ist bemerkt worden, daß im Herrenhause der „schwarze Frack" (als ob der etwas Demokratisches wäre!) nur spärlich vertreten war. Die „Ziviluniform" herrschte vor; Graf Rechberg z. B., der gewesene Minister des Auswärtigen, erschien in der Uniform eines Geheimeraths, Graf Khevenhüller trug den alten ständischen Frack (roth), Fürst Czartoryski die polnische Nationaltracht. Auch im Abgeordnetenhause zogen einige polnische Bauern aus Galizien durch ihre malerische Nationaltracht die Blicke der Zuschauer auf sich. Die Zahl der ruthenischen Bauern (noch das letzte Mal 13) hat sich bis auf drei herabgemindert. Die Plätze der tschechischen Abgeordneten sind leer; dagegen sind die tschechisch thuenden Feudalen aus Böhmen, den Grafen Leo Thun an der Spitze, auf ihrem Platz im Oberhause, was hoffentlich eine Emanzipation von dem Einflusse der HH. Rieger und Brauner zu bedeuten hat. In Betreff der Sitze im Unterhaus ist zu bemerken, daß die „Linke" z. B. da nicht eine radikale Opposition bezeichnet. So sitzt Graf Mecsern, der frühere Polizeiminister, sehr weit links, und Graf Rechberg, der frühere Minister des Auswärtigen, hat seinen Platz in der letzten Bank der äußersten Linken gewählt.

[illegible] Mai 1867.

Daß Preußen aus Luxemburg in der Art abziehe, wie die Franzosen aus Mexiko. Das ist nicht wahr. Die Berliner Börsenzeitung weiß es anders. „Wie peinlich und bitter auch die Thatsache uns berührt," sagt sie, „daß unsere Truppen die preußische Fahne auf den Wällen von Luxemburg einzuziehen haben: wir getrösten uns, daß um diesen Preis die Erhaltung des Friedens nicht zu theuer erkauft, die Neutralität Frankreichs während der Jahre 1864 und 1866 nicht zu hoch bezahlt worden ist. Mit dieser Ausgleichung ist der Alp von Europa's Brust genommen, welcher auf derselben so lange lastete, als die Frage der französischen Kompensationsforderungen im Dunkeln lag und jeden Augenblick in kriegerischer Gestalt ans Licht treten konnte. Die Geschichte wird vielleicht dem jetzigen Leiter der auswärtigen Politik als sein rühmenswerthestes Werk dieses verzeichnen, daß er nach einem Kriegsjahre, wie das verflossene, zu einem Friedensakte, wie der jüngst abgeschlossene, sich bereit gefunden hat. Nachdem er mit dem *Schwerte* Deutschland sich selber wiedergegeben, hat er demselben mit dem *Oelzweige* die Sympathien Europa's gewonnen."

Wenn man die Sache beim Licht betrachtet, ist Luxemburg so eigentlich nicht einmal geräumt worden: man hat nur die gute Gelegenheit benützt, endlich einmal daraus wegzukommen, weil es eine gänzlich schlechte Position war. Die Festung taugte Nichts: sie lag schon längst auf dem ganz falschen Platz. Dafür kann und wird man nun eine neue bauen, etwas weiter rückwärts, wo Frankreich lediglich Nichts mehr darein zu reden hat. Daß nun auch das Land Luxemburg, so wie das Land Limburg schon früher, von der „vollen Integrität Deutschlands" abgeht und wegfällt, Das mag bedauerlich seyn: allein da hiedurch, wie man gleichzeitig vernimmt, die „volle Integrität Deutschlands" gerettet wird, so ist der erlittene Verlust national-liberal geringfügig, und von dem Profit des erlangten Abzuges war er nach Lage der Dinge überdies nun einmal nicht zu trennen. Es steht Alles aufs beste. Das Schwert, das man 1866 gegen deutsche Brüder zog, ist nun glücklich mit einem Oelzweige für Frankreich umwunden: so viel war Napoleons damalige Neutralität *werth*.

---

26. Mai 1867.

Die Parteien des Abgeordnetenhauses gruppiren sich, d. h. sie sind in der Bildung von Klubbs begriffen. Die Slowenen, freilich sehr gering an Zahl, bleiben unter sich; es scheint jedoch, daß sie Anknüpfungspunkte mit den Tyrolern suchen, wenn auch ohne eigentlichen politischen Halt, denn die Tyroler blicken in keiner Weise nach Moskau. Eine Position für sich nehmen auch die galizischen Polen ein, obwohl einzelne Ansichten innerhalb ihrer eigenen Reihen variiren. Die Ruthenen als solche sind nur höchst spärlich vertreten: manche ruthenische Bezirke haben diesmal polnische Abgeordnete gewählt. Die Tschechen zeichnen sich durch Abwesenheit in Wien und durch Anwesenheit in Moskau aus; — meines Erachtens ein politischer Fehler, der diese Partei unterminiren und moralisch zu Grunde richten wird, denn die „h. Wenzelskrone", auf welche man sich so gerne beruft, hat Nichts mit Moskau und der anatolischen Kirche zu schaffen. Was die Deutsch-Oesterreicher betrifft, so haben sie sich nicht unter einen Hut gebracht: zwei Klubbs, der eine mit Pratobevera, der andere mit Herbst und Kaiserfeld an der Spitze, berathschlagen getrennt. Den Mitgliedern des ersteren schreibt man eine strengere Auffassung des Gegensatzes zu, der sich gegen den Inhalt des ungarischen Ausgleichs geltend macht. Wer sich an einer größeren Anzahl von Einzelheiten stößt, kommt auf diesem Wege möglicher Weise zu demselben Resultat, als wenn er dem Ausgleich prinzipiell entgegen wäre. In der Versammlung des Klubbs selbst sprach sich eine Stimme dahin aus, hier wolle man den Ausgleich unter möglichen, dort (bei Herbst und Kaiserfeld) unter allen Bedingungen. Ich weiß nicht, ob man in dem andern Klubb diese Interpretation gutheißt, aber für den Theil, der sie ausspricht, ist sie jedenfalls charakteristisch. Es war eine Verschmelzung (zu deutsch: „Fusion") beider Klubbs in Vorschlag; dieselbe stieß aber in dem Pratobevera'schen auf Widerspruch, was nun wieder Andere als „verkappten Zentralismus" auslegen; fest ist die Gränzlinie zwischen beiden noch nicht gezogen, wie auch schon daraus hervorgeht, daß man einige Namen doppelt, d. h. in jedem der zwei Klubbs mit aufgezählt findet. Von den im Abgeordnetenhause gewählten 15 Mitgliedern des Adreßausschusses rechnet man 12 auf die „Ausgleichspartei", während 3 zu den „verkappten Zentralisten" gezählt werden. Man sieht, es tauchen ganz neue Parteibezeichnungen auf.

Bei den „Herren Erzherzogen“, wie sich der Wiener ausdrückt, denn läßt man bei den Prinzen souveräner Häuser das „Herr“ weg, so wie man nicht sagt „Herr König“, „Herr Kronprinz“, oder „Herr Großherzog“, ist seit der Eröffnung des Reichsraths noch keiner im Oberhaus erschienen; man sagt, es solle Dies überhaupt nicht mehr stattfinden, weil es nicht mehr das Oberhaus des ganzen Reiches sei.

Nach den Erklärungen, die der Kriegsminister Frhr. v. John in der Budgetcommission des Abgeordnetenhauses abgab, beschränkt sich das gegenwärtige Befestigungsproject von Wien auf die Errichtung von vier Forts, die vom Brückenkopf auf der Südseite [illegible] sollen. Die Gesammtkosten für die Befestigungswerke sind auf [illegible] Millionen bestimmt, davon sollen in diesem Jahre jedoch nur [illegible] zur Verwendung kommen, und diese aus den italienischen [illegible] zurückgenommenes Festungsmaterial bestritten werden.

- - -

30. Mai 1867.

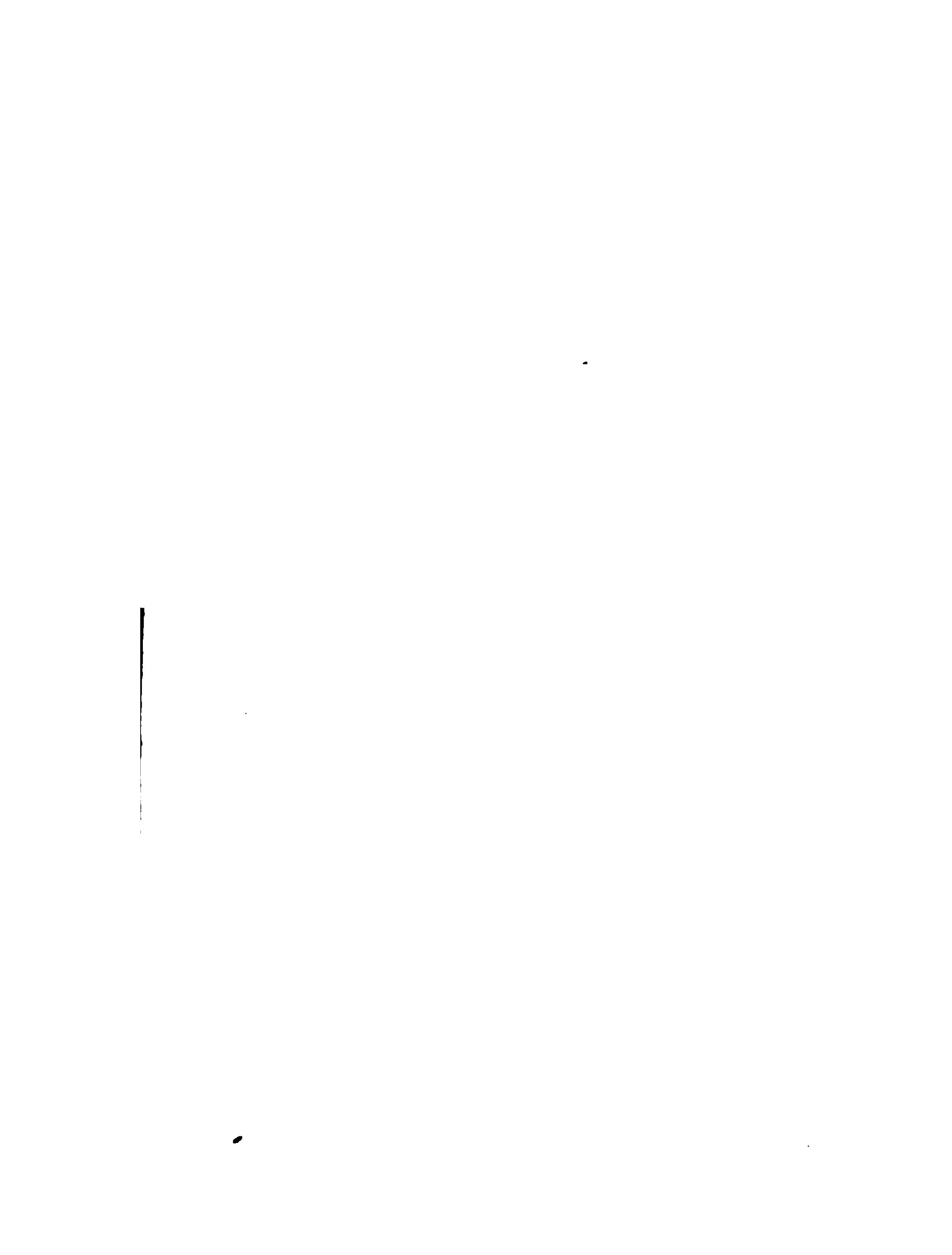
Im Herrenhause bereitet sich eine Opposition gegen das Ministerium vor, die ihm so viel als möglich hemmend in den Weg treten wird. Ein Anlaß zu ernstlicher Besorgniß im englischen Sinne ist es jedoch nicht. Denn in England gilt es bekanntlich für unparlamentarisch, ein Ministerium stürzen zu wollen, wenn man nicht ein anderes, und zwar ein lebensfähiges, als dessen Ersatz anzubieten im Stande ist; und die Oppositionselemente im Herrenhause, von der Majoritätsvorlage abgesehen, sind unter sich von so ungleicher und sogar sich widersprechender Art, daß es schon deßhalb unmöglich wäre, irgend einen politischen Kern daraus zu bilden. Da sind manche unter Andern zunächst Gegner des Dualismus und Anhänger des Zentralismus als Staatsbewußtsein, worin sie in so weit Recht haben; die Frage ist nur, ob man den thatsächlichen Verhältnissen gegenüber wirklich noch eine freie Wahl hat. Zu dieser Richtung gehören namentlich die Veteranen des höhern Staatsdienstes, neben ihnen jedoch, und zum Theil beider Eigenschaften theilhaftig, auch manche Mitglieder der Aristokratie. Was die letztere betrifft, so wäre die Lage der Dinge möglicher Weise eine andere, wenn die deutsche Aristokratie in derselben Art deutsch aufgelegt wäre, wie die ungarische magyarisch; denn nur auf die

deutsche Nationalität ließe sich ein österreichischer Zentralismus geistig und moralisch stützen. Allein eine Aristokratie mit deutschen Namen, die theilweise das Französische als ihre Muttersprache behandelt, bald sich von den Tschechen influiren läßt, bald ein Kontingent in das magyarische Lager abgibt, bildet in dieser Mischung den erforderlichen geistigen Kern nicht; Das sind auf der Wagschale der ernsten Politik zerfahrene und zersplitterte Elemente, die nicht mit voller Schwere in's Gewicht fallen. Neben diesen Zentralisten nun gibt es aber wieder andere Gegner des Dualismus, die diesem nur als Anhänger des Föderalismus abhold sind; in demselben Augenblick indeß, wo der Dualismus überwunden wäre, würden Zentralisten und Föderalisten einander als die erbittertsten Feinde gegenüberstehen: aus der gemeinsamen Negation kann also diesen beiden Theilen lediglich nichts positiv Haltbares ersprießen. Protektion des Tschechenthums halte ich, seit es sich als russisch gesinnt demaskirt hat, für moralisch unmöglich, nicht blos von Seiten einer deutschen, sondern auch von Seiten einer katholischen Aristokratie. Der Wiener Volkswitz fragt seit der Wallfahrt nach Petersburg und Moskau, was wohl die Prager „Politik" (das Ultratschechenblatt) jetzt von Bestreitung der Kosten mit „russischen Rubeln" denken möge (frühere verleumderische Insinuation gegen einen Dritten), und die Begünstigung der russisch-tschechischen Führer durch ein früheres Ministerium bezeichnet ein volksthümliches Wiener Stichwort nunmehr als „Belcredinismus." Jenem tschechischen Russenthum gegenüber, das mit wahrhaft katholischer Gesinnung unvereinbar ist, bahnt sich denn wohl auch die Ueberwindung des alten Vorurtheils an, das neben gutem Katholizismus immer politische Reaktion wittern will. Die Voraussetzung, als ob die Kirche ein Gegensatz der Freiheit sey, und demnach die Freiheit ein Gegensatz der Kirche seyn müsse, ist ja, von europäischen Beispielen abgesehen, in den Vereinigten Staaten Nordamerika's ad absurdum geführt. Also vorwärts!

Die Einberufung des neuen kroatischen Landtags, nachdem der gegenwärtige aufgelöst worden, soll alsbald nach der ungarischen Krönung erfolgen. Daß er nicht nach Agram, sondern nach Essegg werde berufen werden, ist bloses Gerücht. Die Stadt Essegg beabsichtigt übrigens, eine Deputation zur Krönungsfeier nach Pesth zu schicken.

Druck von Bär & Hermann in Leipzig.

Zwei Jahre österreichischer Politik.



Zwei Jahre

österreichischer Politik.

Aus einem Tagebuch.

Herausgegeben

von

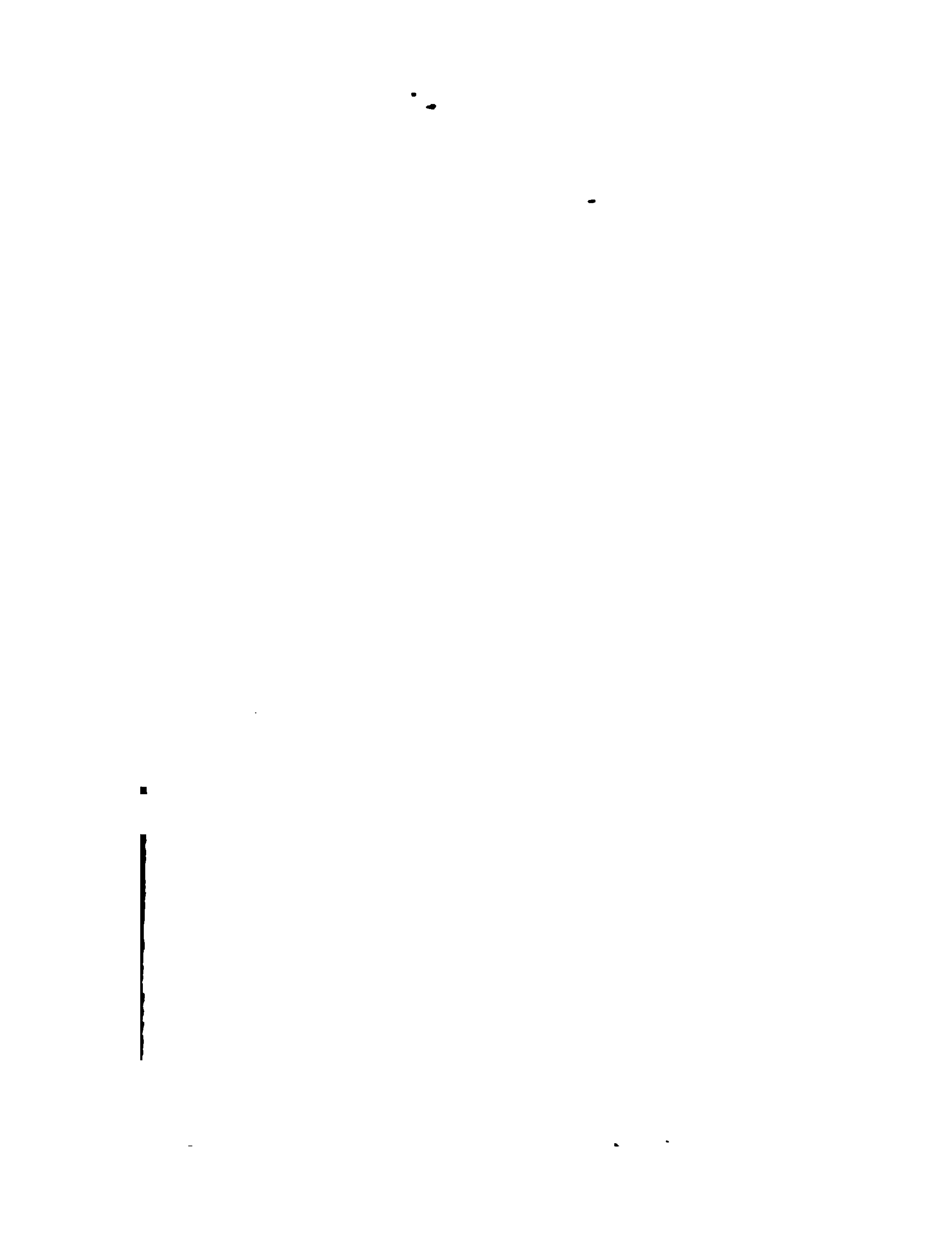
Friedrich Giehne.

Zweiter Band.

Schaffhausen.

Verlag der Fr. Hurter'schen Buchhandlung.

1868.



3. Juni 1867.

Wenn sich in früherer Zeit eine Anwartschaft dargeboten hätte, Männer wie Giskra, Herbst, Berger etc. in das Ministerium berufen zu sehen, man hätte sich allseitig beglückwünscht über einen solchen Sieg des wahren Verfassungssystems. Jetzt ist das Anerbieten eine Thatsache, — und die Berufenen machen Halt auf der Schwelle! Es läßt sich hören, daß sie den Verhandlungen mit Ungarn gegenüber noch freie Hand haben, noch nicht als Minister gebunden seyn wollen: allein anderseits ist es denn doch auch eine gewichtige Erfahrungsregel, daß man das Eisen schmieden soll, so lange es heiß ist, und daß eine versäumte Gelegenheit nicht immerdar wiederkehrt. Die politische Haltung der Deutschösterreicher hat das antideutsche und antibürgerliche Ministerium Belcredi zu Fall gebracht; nach dem parlamentarischen System, wie man es in England versteht, ist es nun auch die Pflicht ihrer Führer, sich mit an das Staatsruder zu stellen und den thatsächlichen Beweis zu liefern, daß sie nicht nur negativ, sondern auch positiv Etwas zu leisten im Stande sind. Es scheint fast, daß dabei eine gewisse Besorgniß mitwirkt, an der erworbenen Popularität zu verlieren. Das wäre nichts weniger als parlamentarisch gedacht: denn eine Opposition, die jener thatsächlichen Prüfung ausweicht, erscheint bald als eine müßige, und in dieser Eigenschaft kann ihre Popularität abgenützt werden, trotz der Vermeidung eines Ministersessels.

Heute beginnt in beiden Häusern des Reichsraths die Adreßdebatte. Unter den gegen den Adreßentwurf eingeschriebenen Rednern des Unterhauses befindet sich beispielsweise ein starrer Zentralist neben zwei Slowenen, deren Panier der Föderalismus ist: unvereinbare Gegensätze neben einander, denn nach Moskau blickt jener Zentralist jedenfalls in anderer Weise, als seine Neben-

schah es gestern alsbald, daß ihm der Ruf: „Moskau!“ entgegenscholl, als er von angeblicher Rücksichtslosigkeit gegen die Slawen Oesterreichs sprach. Die Slowenen haben wunderliche Redner nach Wien geschickt. Der eine erklärte den Reichsrath für inkompetent, während er selbst nur vermittelst der Wahl in eben diesen Reichsrath ein Recht und eine Gelegenheit hatte, zu sprechen und gehört zu werden; ein anderer rechtfertigte die Sistirungspolitik des Grafen Belcredi damit, daß nur auf diesem Wege der Ausgleich mit Ungarn anzubahnen gewesen sey, verurtheilte aber gleichzeitig diesen Ausgleich selbst als ein durchaus verabscheuungswerthes Unheil. Dieser Slawismus sollte nicht vergessen, daß er wenigstens über die Gesetze der Logik nicht erhaben ist. Dem aus Moskau zurückkehrenden Russenanhängsel könnten möglicher Weise auch noch andere Gesetze über den Kopf wachsen. Einstweilen hat sich in Prag der jener Wallfahrt entsprechende Fortschritt entwickelt, daß auf öffentlicher Straße kleine Mädchen, wenn sie deutsch reden, von tschechischen Gassenbuben verfolgt, gehöhnt, und zur Zerstörung ihrer Kleider mit chemischen Stoffen bespritzt werden. Es ist Dies ein Seitenstück zu Triest, wo man wieder Petarden legt, sogar im Theater, und mit Ostentation einem Gottesdienste zu Ehren der Verfassung Italiens beiwohnt, während in Italien selbst eine kirchliche Feier dieses Verfassungstages von der Geistlichkeit bekanntlich meist versagt wird. Nach vollendetem Ausgleich mit Ungarn wird man Zeit haben, diesen tschechisch-italienischen Unfugsgelüsten die ihnen gebührende Gerechtigkeit widerfahren zu lassen.

6. Juni 1867.

Beide Häuser des Reichsraths sind gestern mit den Adreßdebatten zu Ende gelangt. Im Herrenhause trat Graf Leo Thun als Opponent auf, indem er die Kompetenz der Versammlung bestritt (er und seine Gesinnungsgenossen seyen lediglich dem kaiserlichen Rufe gefolgt, ohne irgend ein anderes Mandat zur Ausübung einer verfassungsmäßigen Wirksamkeit) und im Uebrigen sein politisches Glaubensbekenntniß dahin abgab, daß er kein Freund Dessen sey, was man ein echt konstitutionelles System nenne. Dies ungefähr hatte man erwartet; auffallend dagegen war, daß der Redner die Wallfahrt der Tschechen &c. nach Moskau zu beschönigen suchte,

und zwar vermittelst der eigenthümlichen Wendung: „Seit der unselige Gedanke der Zweitheilung Oesterreichs deutlich hervorgetreten" sey, sehe man „die Einen nach einem Großdeutschland hinüberschielen, die Andern gegen eben dieses Gebilde Schutz suchen im Ausland." Ein ziemlich starkes Stück von Parallelismus, welcher logisch genommen nur dann einen Sinn hätte, wenn die Deutschösterreicher eine „ethnographische" Sympathiendeputation nach Berlin geschickt, und erst in Folge dieses Schrittes die Tschechen, Slowenen, Kroaten, Serben rc. einen gleichartigen in Petersburg und Moskau unternommen hätten. Es ist wohl diesem inneren Widerspruche mit sich selbst zuzuschreiben, daß Graf Leo Thun für die von ihm auseinandergesetzte Politik so ganz und gar wenig Anklang fand. Er hatte einen Gegenentwurf der vorliegenden Adresse eingebracht, und es kam Satz für Satz dieses Gegenentwurfs zur Abstimmung, fiel aber glänzend durch; über 13 bis 14 Stimmen brachte es im ganzen Herrenhause Graf Leo Thun nicht. Frhr. v. Beust, welcher trotz einer Halsdrüsenentzündung sich den gleichzeitigen Adreßverhandlungen beider Häuser nicht entziehen wollte (er nannte Das humoristisch einen „Dualismus" zu seinen Ungunsten), trug auch im Herrenhause durch seine gestrige Rede einen allseitig durchgreifenden Erfolg davon. Unter den neu eingetretenen Mitgliedern erwarb sich Feldmarschallleutnant Frhr. v. Gablenz im ersten Anlaufe den Ruf eines Redners, dem eine Zukunft bevorstehe. Es ist bemerkenswerth, daß das Urtheil einiger liberalen Blätter die Adreßdebatten des Herrenhauses an geistigem Inhalt reicher findet, als die des Hauses der Abgeordneten. Das letztere saß in zwei Tagen mehr als 16 Stunden, zweimal in „Abendsitzungen" bis tief in die Nacht hinein, um mit seiner Adreßdebatte rechtzeitig fertig zu werden. Heute nämlich reist Frhr. v. Beust zu der ungarischen Königskrönung ab, und auch im Namen des Abgeordnetenhauses selbst folgt das Präsidium nebst einer Anzahl Mitglieder der von Pesth aus ergangenen Einladung.

Wie vorauszusehen war, gab das unbewilligte Vorgehen des Kriegsministeriums mit der Befestigung Wiens und dem neuen Wehrgesetze starken konstitutionellen Anstoß: um so mehr, als den Protestationen des ungarischen Landtags gegenüber der Vollzug des Wehrgesetzes für Ungarn alsbald sistirt wurde, und in Betreff der Befestigungsfrage überdies zu befürchten steht, daß der ungarische

[illegible]

[illegible]

habe. Das ist denn doch ein Unterschied, welcher schwer ins Gewicht fällt. Hätte das irische Parlament sich einhellig geweigert, auf die beantragte Union einzugehen, — wäre das Zifferverhältniß des nicht-angelsächsischen Blutes zum angelsächsischen gewesen wie 3 zu 1, — hätte man in sämmtlichen antienglischen Lagern englische Namen aufzuweisen gehabt, und hätte es in London endlich eine Masse englischer Fenier gegeben, die zu Gunsten irischer Absonderungszwecke einen Druck ausgeübt hätten auf die englische Regierung selbst: unter solchen Umständen würde das Ergebniß wahrscheinlich anders ausgefallen seyn. Ob übrigens die Machtstellung Englands darunter gelitten hätte, wenn Irland sein eigenes Parlament behielt, erscheint denn doch als zweifelhaft: England war ja unbestritten eine Großmacht, auch damals, während in Dublin noch ein gesondertes Parlament tagte.

Ganz in derselben Weise ist von Oesterreich bekannt, daß es als Großmacht in die europäischen Geschicke eingriff, während das Band mit Ungarn kaum mehr als eine Personalunion war. So lauten denn auch die Urtheile der französischen und der englischen Blätter ganz entgegengesetzt der Auslegung, die da in dem Ausgleich mit Ungarn eine Schwächung Gesammtösterreichs sehen möchte. Und in der That, wenn nun parlamentarische Würdeträger, Ungarns ein Lebehoch auf den Wiener „Kaixrat" ausbringen, — wenn der vormals omnipotente Kossuth, welcher ebenfalls Menschen und Thatsachen ignorirt, mit einem neuen Agitationsversuch so glattweg durchfällt, als ob er niemals ungarischer Diktator gewesen wäre, — und wenn endlich die Leitha nicht mehr eine das Verständniß abschneidende Gränze ist, sondern in Pesth diesseitige und jenseitige Volksvertreter sich die Hand drücken, Giskra und Deak vertrauliche Zwiesprache halten, und Frhr. v. Beust als Reichsminister durch ungarische Ovationen gefeiert wird: — nun, dann nehmen doch wohl auch auswärtige Diplomaten den Eindruck mit, daß diese Art von Dualismus unmaßgeblich eine bessere Einigung in sich schließt, als jene blos fingirte, während deren Ungarn die Bänke im Wiener Abgeordnetenhause leer ließ, jeder auswärtige Feind Oesterreichs auf geheime Sympathien in Ungarn spekulirte, und neben preußischen Angriffstruppen auch eine „ungarische Legion" mit einherzog. Nicht der jetzige Ausgleich mit Ungarn ruft einen Dualismus hervor, sondern er regelt blos einen, der

schon vorher bestand und vorhanden war. Am Ende drückt auch das Bild des Doppeladlers in seiner Art einen Dualismus aus; der schlimme Dualismus aber war da, als die beiden Köpfe gegen einander Front machten, und dieser ging der Aussöhnung mit Ungarn voran, ist durch sie thatsächlich und moralisch nunmehr aufgehoben.

Es hilft zu Nichts, das Auge vor Thatsachen zu verschließen, gegen die man vielleicht ein individuelles Vorurtheil hat. Wenn die Zentralisation die Mehrheit Gesammtösterreichs für sich hätte, so wäre sie unter dem Ministerium Schmerling durchgedrungen: hat sie die Mehrheit nicht für sich, so wäre es eine vergebliche Bemühung, sie durch einen Gesammtreichstag votiren lassen zu wollen, denn es käme dabei das gerade Gegentheil heraus; will man endlich eine Diktatur des Absolutismus nicht, welche allein über die Abstimmung erhaben wäre, so bleibt begreiflicher Weise nichts Anderes übrig, als aus den Händen der Mehrheit, so wie sie ist, die vorliegenden Thatsachen und Ergebnisse anzunehmen, — nicht wie man sie etwa gewünscht hätte, sondern so wie sie faktisch vorhanden sind und sich auferlegen. Alles Andere ist Phrasenwerk oder individuelle Willkühr und Ueberschätzung. Es ist sogar fast ein müßiges Ding, darüber zu grübeln, ob und in wie weit der unabänderliche Inhalt einer Thatsache einem da oder dort gehegten Ideal entspreche, oder nicht. Die Aussöhnung mit Ungarn war mehr als blos das beste Auskunftsmittel: sie war das einzige.

16. Juni 1867.

Aus Pesth immer noch Nachklänge von Festlichkeiten: auch ein Bankett, das der Bürgermeister von Wien, Dr. Zelinka, dem Pesth-Wiener Festausschusse gab, wurde zu einem Verbrüderungsfeste. Der Bürgermeister von Pesth, Hr. Szentkiralyi, brachte dabei in deutscher Sprache den Trinkspruch auf die anwesenden Vertreter der Gemeinde Wien aus; der Vorstand des Festausschusses, Alexander v. Vecsey folgte ihm mit einem Hoch auf das deutsche und das ungarische Element in Oesterreich. „So lange diese zwei Elemente in brüderlicher Eintracht zusammenhalten,“ sagte der Redner unter Anderm, „hat Oesterreich Nichts zu befürchten.“ In ähnlichem Sinne sprach bei einem Abgeordnetenbankette Hr. v. Szentivanyi.

der Präsident des ungarischen Abgeordnetenhauses, indem er als Festgeber, ebenfalls in deutscher Sprache, ein Hoch auf die **österreichischen** Abgeordneten ausbrachte. „Oesterreich,“ sagte er in seinem Trinkspruch, „hat starke Schicksalsschläge erlitten, obgleich es die Mittel und Grundlagen einer starken Macht besitzt: Schuld hieran trägt die bisherige geringe Eintracht der Völker dieses Reichs. Doch schon in der nächsten Zeit wird die Eintracht wachsen und gedeihen, und ein Freudentag für uns ist es, die hochverehrten Mitglieder der transleithanischen Reichsvertretung hier zu begrüßen.“ **Deutsche** Abgeordnete antworteten mit dem Ausdruck entsprechender Sympathien für Ungarn, für die gemeinsame Freiheit rc., und der **Pole** Ziemialkowski schloß sich mit einem Lebehoch auf das ungarische Brudervolk an. Solche Gesinnungen sind am Ende, trotz des „Dualismus“, ein stärkeres moralisches Band, als jene formelle Einheit, während deren Ungarn schmollte und die Hälfte der Bänke in dem für ganz Oesterreich bestimmten Abgeordnetenhause leer stand.

In einem grellen Kontrast mit den Verbrüderungsfesten in Pesth stehen die **panslawistischen** Demonstrationen in Moskau, so weit sie aus **Oesterreich** beschickt wurden: sie fallen aber auch im Vergleich zu jenen minder stark in's Gewicht. Am weitesten ging dort Rieger, welcher trotz seines deutschen Namens die Deutschen öffentlich und direkt als „Feinde“ bezeichnete: etwas vorsichtiger benahm sich Palacky (Rieger's Schwiegervater). Der Vortrab der Moskaupilger ist bereits nach Prag zurückgekehrt. Die tschechischen Führer werden in der Heimath sicherlich die Ueberzeugung gewinnen, daß sie stärkere Bande zerschnitten, als geknüpft haben. Der Katholizismus ist in einem weit höheren Sinne auch weltlich genommen eine Großmacht, als das Moskowiterthum, und weißrussisch ist er nicht, kann es nie seyn. Was die „ethnographische“ Seite der Sache betrifft, so bestätigt es sich, daß in der Audienz bei der Kaiserin in Petersburg die HH. Rieger und Palacky auf die **deutsche** oder die **französische** Sprache angewiesen waren. Der Panslawismus hat den inneren Grundfehler, daß sich die meisten slawischen Völkerschaften gegenseitig nicht verstehen. Auch die in Prag nunmehr öffentlich anempfohlene Erlernung des **Russischen** ist kein Heilmittel für diesen Uebelstand: denn 1) ist Dies massenhaft, d. h. für das eigentliche **Volk** der Tschechen, einfach nicht

ausführbar, und 2) würde auch in jedem Falle die Vermehrung des Russischen, welches außerhalb Rußlands kaum gekannt ist, in keinerlei Weise als ein Schlüssel in die nicht-russischen Theile Europa's dienen, wohin doch auch die [illegible] Handels- und Verkehrs-interessen überwiegend, um nicht zu sagen: ausschließlich, ihren Weg zu suchen genöthigt sind. Ein [illegible] Panslawismus [illegible] sich nicht nur, sondern er fordert [illegible] Feinde gegen sich heraus, deren geistigem Uebergewicht er nur [illegible] gewachsen ist.

Wenn man mit dem Verfassungswerke Preußens der [illegible] eben so weit gediehen sein wird, wie es in Ungarn geschehen ist, soll eine ganz ähnliche, allen [illegible] Flüchtlingen und Emigranten zu gut kommende [illegible] Amnestie auch für das [illegible] Westland erfolgen, wie sie für Ungarn erfolgte. Wir haben zwar keinen [illegible] gehabt, aber doch [illegible] Polen von 1848 her, die noch als Flüchtlinge im Auslande verweilen.

1[illegible]. Juni 1867.

Preußische Blätter ereifern sich gegen Oesterreich, um es für den Nichteintritt des südlichen Hessens in den Norddeutschen Bund verantwortlich zu machen. Unbilliger Weise kann man es anklagen, denn hieran ist nicht Oesterreich Schuld, sondern der Prager Friede. Offenbar nämlich wäre der Eintritt des ganzen Großherzogthums Hessen etwas wesentlich Anderes gewesen, als ein Beitritt der südlich des Mains gelegenen deutschen Staaten, deren nationale Vereinigung mit dem Norddeutschen Bunde der näheren Verständigung zwischen beiden vorbehalten bleibt, und die eine international unabhängige Existenz haben wird, wie es in Art. 4 des Prager Friedensvertrags heißt. Wenn demnach von Darmstadt aus eine Anfrage hierher erging, ob man die Vereinigung auch des südlichen Hessens mit dem Norddeutschen Bund als mit dem Prager Frieden übereinstimmend betrachte, so konnte einem so klaren Wortlaut gegenüber die Antwort unmöglich anders als verneinend ausfallen. Es war dies einfach eine Frage um etwas thatsächlich Bestehendes; es handelte sich de lege lata, nicht de lege ferenda. Zwischen Berlin und Wien hat darüber ohnehin weder eine „Anregung" noch ein „Gedankenaustausch" irgend einer Art stattgefunden, und die Berliner Nationalzeitung z. B. geht auch darin irre, wenn sie meint, es

Verfassungsausschuß auf diese Anregung einging oder zurückgriff. Die Sache beginnt nachgerade altmodisch zu werden, und es ist nur noch zu verwundern, daß in der vollen Strömung allseitiger Freiheitsansprüche ein angeblicher „Freiheitsmann" sich nicht unmittelbar klar darüber wird, wie wenig großartig es ist, sich inmitten dieser Situation vor den Jesuiten zu fürchten, und sie aus Motiv dieser Furcht von dem allgemeinen Prinzip der Freiheit und Gleichberechtigung ausnehmen zu wollen.

Auch im Schoße des Gemeinderaths tauchte dieser Tage wieder ein Stückchen ängstlicher Scheu vor allem Kirchlichen auf. Man berieth über den Plan eines neuen Rathhauses, auf dessen endliche Inangriffnahme nun schon Jahre lang ein bereits erworbener und inzwischen wüste liegender Bauplatz wartet. Auch eine katholische Kapelle ist bei dem vorzunehmenden Neubau in Anregung gebracht. Dagegen erhoben sich jedoch viele Stimmen („katholische") und wandten ein, daß man alsdann eben so gut auch für jede andere Konfession Kapellen in das neue Rathhaus bauen müßte. Es gebe keine „herrschende" Konfession; selbst eine „Konfession der Majorität" schien Manchen schon etwas Reaktionäres zu seyn. Zuletzt gab eine von israelitischer Seite kommende Vermittlung den Ausschlag: man solle erst abwarten, ob für alle speziell gemeinderäthlichen Zwecke der zu berechnende Raum ausreiche, und erst alsdann, wenn sich ein Ueberschuß an Räumlichkeiten ergebe, die jetzige Streitfrage wieder aufnehmen. Hat Etwas für sich!

---

1. Juli 1867.

Vorerst ein neues Provisorium! Hr. v. Hye, der neue Justizminister, gehört nicht dem Hause der Abgeordneten an, und daß er zugleich das Ministerium des Kultus und des Unterrichts mit versieht, ist natürlich nur eine vorübergehende Aushilfe. Also noch kein Minister aus der Majorität des Abgeordnetenhauses! Das Neue Fremdenblatt steht nicht allein mit der erhobenen Frage, „auf welchen Messias die Herren denn noch warten wollen"; auch hat es nicht Unrecht mit der Erinnerung, daß dieselben Führer sich schon einmal politisch verrechnet haben, nämlich damals, als ihre Taktik Hrn. v. Schmerling stürzte und dafür dem Grafen Belcredi in den Sattel half. Politische Versäumnisse rächen sich.

[illegible] glücklicher Weise [illegible] dürften diese Agi- [illegible] zuletzt zusammen- [illegible] haben sie [illegible] in Böhmen z. B. [illegible] Bestimmung, [illegible] als Schul- [illegible] Gleichberechtigung viel- [illegible] Wahl zu lassen; so [illegible] vermittelst der deutschen [illegible] größere Welt er- [illegible] außerhalb Böhmens rein [illegible] in dem slawischen [illegible] Nichts zu beklagen, als [illegible] die Deutschen [illegible] Spruch: „Lieber [illegible] Freiheit!" bekanntlich [illegible] und der Urheber desselben war ein gefeierter „Patriot". [illegible] Augen konnten kommen sehen, was jetzt gekommen ist: [illegible] wollten, und wieder An- [illegible]

Die unruhigen Auftritte in Fiume und dessen Umgegend er- klären sich aus dem Gegensatze der magyarischen Sympathien daselbst mit der kroatischen Abwehr und Hinaustreibungslust. In Fiume, welches die natürliche Hafenstadt für die ungarische Ausfuhr ist, wünscht man den Anschluß an Ungarn; dagegen reagirt die kroatische Amtsgewalt, so weit sie auf den Komitatsbehörden beruht. Es ist eine ziemliche Konfusion in diesen Vorgängen, denn es scheint, daß kroatische Beamte Militärassistenz requirirt haben; indeß ist Dies Alles miteinander nur ein Uebergangszustand, der sich mit endlicher Klärung des Verhältnisses zwischen Ungarn und Kroatien von selbst wieder in's Gleichgewicht setzt. Mit dem „dreieinigen Königreich", das in Agram dieselbe Rolle spielt, wie in Prag die Krone des h. Wenzel, ist es jedenfalls Nichts; denn Dalmatien bleibt den Ländern des Reichsrathes zugetheilt, welchen es schon von lange her an- erkannt und beschickt hat. Die Kroaten haben in sehr unkluger Weise ihre Schiffe verbrannt, als sie weder den Wiener Reichsrath noch den Landtag in Pesth als ihren Mittelpunkt annehmen wollten,

und für sich allein, isolirt nach beiden Seiten hin, ist Kroatien zu schwach, schon deßhalb, weil das Land finanziell „passiv" ist, d. h. zur Deckung der Landesbedürfnisse eines Zuschusses aus dem allgemeinen österreichischen Staatsschatze bedarf.

---

22. Juni 1867.

Einem Theil unserer Presse wird es sichtlich schwer, sich der langjährigen Gewohnheit steten Sauerdreinsehens zu entschlagen und das in winkelige Falten gelegte Gesicht einmal freundlich zu glätten, allein es thut sich nicht anders: das rasche, offene, und entschiedene Vorgehen der Beust'schen Politik entwaffnet auch ein verjährtes Mißtrauen, und wenn die öffentliche Meinung sich befriedigt zeigt, ist die hergebrachte Unzufriedenheit in einem Zeitungsblatte keine lohnende Spekulation mehr. Eine so vollständige und ausnahmslose Amnestie, wie sie nun auch für die Länder diesseits der Leitha ergangen ist, liefert den anschaulichsten Beweis, wie stark sich die Regierung fühlt. Und sie hat das Recht dazu: die zurückkehrenden Emigranten konnten für die früheren Regierungssysteme als eine politische Gefahr erscheinen, für das gegenwärtige aber sind sie keine. Jetzt kommt die Gefahr von einer anderen Seite, und zwar von daher, wo man Elemente, die sich inzwischen als panslawistisch demaskirt haben, für „konservativ" und für „kirchlich gesinnt" ansah. Dieser großartige Irrthum wird die Demaskirung nicht überleben. In Galizien bringt man nun gar auch kommunistische Motive mit ins Spiel: man macht den Ruthenen, d. h. den ruthenischen Bauern weiß, in Rußland gebe es keine gutsherrlichen Gründe, sondern alles Grundeigenthum stehe den Gemeinden zu, und die anzubahnende Herrschaft der Russen werde das Signal zu einer allgemeinen Vertheilung von Aeckern, Wiesen, und Wäldern seyn. Wenn diese Taktik nicht die letzten Reste von Großgrundbesitzern aus dem Lager der tschechischen Agitatoren forttreibt, so müßte es mit wunderbaren Dingen zugehen. Um eine „nationale" tschechische Sache handelte es sich bei der früheren Protektion ohnehin nicht; die Namen der Protektoren waren meist von deutschem Klang und Ursprung.

Englische Blätter, weil auf ihrem eigenen Boden an historisches Recht gewöhnt, haben die Verständigung mit Ungarn und die Bedeutsamkeit der ungarischen Königskrönung besser zu würdigen

mehr hatten, sondern bloß aus eigenem Auftrage gingen, soll von der Ausführung [illegible] und eine Unterredung gegen ihn [illegible] sein. Man kann allen diesen [illegible] [illegible] halten, was der Kaiser von Rußland am 27. v. M. der deutschen Kaufmannschaft in Riga sagte: „Mein Vertrauen zu Ihnen ist immer dasselbe; doch vergessen Sie nicht, daß Sie einer Familie angehören und einen untrennbaren Theil Rußlands bilden.“ Eine ethnographische Zusammengehörigkeit der Slaven ist selbst von dem ethnographischen [illegible] aus mehr als zweifelhaft, und [illegible] Nord- und Südslaven einander gegenüber [illegible] Rußland betrifft, so [illegible]

[illegible]

Das Haus der Abgeordneten hat den Gesetzentwurf, der zum [illegible]

motivirte er einfach damit, daß eine Abweichung von dem Siebenundsechzigerelaborat den Gang der Dinge in Ungarn schwieriger gemacht, eine mit demselben übereinstimmende Vorlage aber diesseits den Vorwurf einer vorzeitigen Zumuthung nach sich gezogen haben würde. Das Haus selbst, wie es scheint, ist keineswegs unzufrieden damit, daß man ihm eine unumschränkte Initiative offen ließ; das Gegentheil davon würde ein dankbarer Stoff für den Vorwurf einer mangelnden Parität mit Ungarn gewesen seyn. In Pesth war es seiner Zeit eine große Schwierigkeit für das ungarische Ministerium, die Einzelheiten des Ausgleichs in den Verhandlungen der Abgeordnetentafel durchzufechten, weil jeder Empfehlungsgrund für einen ungarischen Standpunkt auf der andern Seite, nämlich außerhalb Ungarns, wiederum von Widersachern des Ausgleichs als ein Grund gegen denselben ausgebeutet werden konnte; daß man diesseits der Leitha diese Schwierigkeit vermied, war ohne Zweifel der praktisch zweckdienlichste Weg.

Bei dem Uebungslager in Bruck soll unter Anderm auch eine Idee des Erzherzogs Albrecht, die Zusammenstellung sogenannter „Jägerbrigaden", versuchsweise in Anwendung gebracht werden. Man will nämlich Jägerbataillone mit leichter Kavallerie und reitenden Batterien in einer Weise vereinigen und zusammen einüben, wie sie die Beweglichkeit einer solchen Truppe für den kleinen Krieg, für Umgehungen und Streifzüge, Ueberfälle, Dienst im Rücken des Feindes 2c. besonders herauszustellen und zu fördern geeignet ist. (Man vergleiche aus den Jahren 1813 und 1814 Tettenborn, Lützow, Colomb 2c.) Nachträglich erfährt man, daß die neue „Adjustirung" den Beifall des Kaisers nicht hat. Man spricht nun von einer dunkleren Farbe für die Bluse (dunkelblau statt hechtgrau); auch der Filzhut als Kopfbedeckung soll sich, namentlich wenn vom Regen durchnäßt, als zu schwer erwiesen haben, und dafür nun ein Käppi nach Art des französischen in Vorschlag seyn.

Das ungarische Ministerium geht scharf vor gegen das Gelüste einer Rückkehr zu der alten Komitatswirthschaft, welche so lange in Ungarn das Hinderniß neuzeitlichen Fortschrittes war. Im Heveser Komitat hatte die Komitatskommission Verordnungen des Ministeriums ohne die Einstimmung des Komitats für ungiltig erklärt und die Komitatsbeamten angewiesen, dieselben nicht zu vollziehen;

[illegible]

[illegible]

[illegible] fehlt, was übrigens nicht ganz verständlich ist; denn wenn man
einen politischen Führer z. B. zum Kultusminister beruft, so bringt
er als Vertreter einer bekannten, nur bisher außerministeriellen
Politik sein Programm ja bereits mit sich, und braucht sich nicht
erst eines von dem Freiherrn v. Beust auszubitten, welcher weder jenseits
noch diesseits der Leitha Kultusminister ist. Die Schwierigkeit,
die der Ministerkandidat so eigentlich nicht antreten wollte, war
hier schließlich das Konkordat. Nun, wenn alle Schwierigkeiten vorher
gehoben seyn sollen, ehe Jemand einen Ministerposten annimmt,
so ist Das freilich bequemer, als irgend eine andere Auffassung; es
stimmt aber nicht zu den Konsequenzen des parlamentarischen Systems,
wonach jeder Oppositionsführer, der sich lange genug in der negativen
Kritik hervorgethan, auf die schließliche Berufung gefaßt seyn muß:
„So stelle nun Deinen Mann als Minister; hic Rhodus, hic salta!“
Dieser Satz paßt in derselben Weise auch auf die andern Schwierigkeiten:
die Finanzfrage, die noch nicht vollendete Regulirung des
Ausgleichs mit Ungarn &c. Höchstens könnte man da sagen, wer
die Fäden des Ausgleichs angesponnen habe, müsse das Gespinnst
auch vollends zu Ende führen, und dergleichen mehr; allein über
die Aufgabe einer entschiedenen Parteinahme, des Bekenntnisses zu
einer bestimmten Farbe, und des Eingehens auf eine aktive Rolle
kommt ein politischer Führer mit solchen Einwänden nicht hinweg,
auch nicht als Abgeordneter ohne Ministeramt. In diesem Sinne

spricht sich denn auch das öffentliche Urtheil aus, und die Blätter werfen dem Hause der Abgeordneten „Mangel an Parteidisziplin" vor, weil die Ministerberufungsfragen nicht als persönliche Fragen der Berufenen, sondern als Parteifragen innerhalb ihrer Klubbs hätten verhandelt werden sollen. Diese letzteren nun, wie aus Allem hervorgeht, mißbilligen die politische Resignation ihrer Führer.

In Tyrol soll nunmehr ernstlich der weitern Verwälschung deutscher Ortschaften entgegengewirkt werden. Wo noch deutsche Dörfer italienischen Verwaltungs- und Gerichtsbehörden zugetheilt sind, welche beharrlich (die Bürokratie scheint dort gleichsam ein „Staat im Staate" zu seyn) nur in italienischer Zunge mit ihnen verkehren, will man dieselben nunmehr ausscheiden; seit Jahren petitionirten diese Gemeinden vergeblich darum. Deßgleichen ist die Rede davon, vermittelst einer neuen Diözesaneintheilung drei Dekanate Nordtyrols an Salzburg abzugeben, dafür aber die zehn deutschen Dekanate Südtyrols an Brixen zuzutheilen. Ein längst altersgrauer Stein des Anstoßes würde damit beseitigt seyn: denn schon zwei Generationen lang dauert es jetzt, daß gut-deutsche Tyroler Dorfgemeinden künstlich italianisirt werden, und daß die italienische Sprachgränze (sehr dem Interesse des Staats entgegen!) fortwährend weiter nach Norden vorrückt.

Baron Rauch, der neue Statthalter (Locumtenens) in Kroatien, macht dem panslawistischen Treiben einzelner Beamten wirksam ein Ende: er entläßt sie brevi manu ihres Amtes. Je nach Befund der Umstände folgt eine gerichtliche Strafe nach. Ungarische Blätter sprechen von einigen hundert russischen Emissären, die in Kroatien und Slawonien thätig seyen. Indeß versichert man, das eigentliche Volk zeige bis jetzt keinerlei Appetit für den russischen Köder: es beißt nicht an.

11. Juli 1867.

Wir kommen entschieden aus dem Gebiet der Phrase heraus und setzen uns auf dem Boden der Thatsachen fest: das Haus der Abgeordneten hat gestern das Gesetz über die Verantwortlichkeit der Minister in zweiter und dritter Lesung erledigt, ohne daß eine weitere Debatte stattfand. Nur zu §. 16 wurde ein Antrag auf Redaktionsänderung gestellt (der §. sprach von Zusammensetzung des Staatsgerichtshofes „beim Beginn der ersten Session jeder Wahl-

perioden, während das Oberhaus keine Wahlperiode hat: man wies die Vornahme einer andern Stylisirung an den Verfassungsausschuß zurück, zu welchem Zweck die Sitzung auf kurze Zeit unterbrochen wurde und nach dem Antrage des Verfassungsausschusses wurde hierauf der §. 16 in folgender Fassung genehmigt: „Die Verhandlung und Entscheidung über die Anklage erfolgt beim Staatsgerichtshofe. Der Staatsgerichtshof ist in der Art zu bilden, daß jedes der beiden Häuser des Reichsraths aus den im Reichsrathe vertretenen Königreichen und Ländern 12 unabhängige und gesetzkundige Staatsbürger, welche jedoch keinem der beiden Häuser des Reichsraths angehören dürfen, für die Dauer von 6 Jahren als Mitglieder des Staatsgerichtshofs wählt. Die gewählten Mitglieder haben den Vorsitzenden aus ihrer Mitte zu wählen.“ Es ist Dies eine wesentliche Abweichung von dem Verantwortlichkeitsgesetz in Ungarn, wo das Oberhaus die Magnatentafel über die Anklage verhandelt und das Urtheil fällt: es ist jedoch nicht zu besorgen, daß das diesseitige Oberhaus, an welches nun das Gesetz weiter geht, an dieser Ungleichheit Anstoß nehmen werde, da das Richteramt jedenfalls eher ein onus als ein beneficium ist. Ohnehin ist der Hauptzweck eines solchen Verantwortlichkeitsgesetzes doch eigentlich der, daß es den Fall einer Verfassungsverletzung verhüten soll, und es wirkt also am besten, wenn es gar nicht in Anwendung zu kommen braucht. Unsere Presse wünscht sich Glück zu der Errungenschaft, daß Oesterreich in Bezug auf Verantwortlichkeit der Minister nun wohl besser daran ist, als irgend ein anderer Verfassungsstaat auf dem europäischen Kontinent.

Auch die Konkordatsfrage, obwohl nicht unter diesem Namen, ist gestern im Abgeordnetenhause zur Anmeldung gelangt. Hr. v. Mühlfeld begründete seinen Antrag auf Wiederaufnahme der Berathung über das im Jahre 1862 von parlamentarischer Initiative aus in Anregung gewesene, damals aber durch den Widerstand des Ministeriums von der Tagesordnung fern gehaltene „Religionsedikt“, welches unter solchen Umständen nicht weiter gedieh, als bis zu einem Ausschußberichte, der nun dem Mühlfeld'schen Antrag als Beilage angeschlossen ist. Der Redner faßte sich verhältnißmäßig kurz, und betonte hauptsächlich die unumgängliche Nothwendigkeit der Rechtsgleichheit, der Religions- und Gewissensfreiheit, so daß man voraussetzen muß, die „Religionsfreiheit“ werde in Zukunft (der bis-

herigen Praxis des österreichischen Liberalismus entgegen!) konsequenter Weise auch den „Ultramontanen" zuerkannt werden. Mühlfeld's Antrag wurde an einen Ausschuß gewiesen, der aus 15 Mitgliedern bestehen und aus dem ganzen Hause gewählt werden soll; die Mehrheit der Rechten und ein Theil des rechten Zentrums stimmte gegen diesen Beschluß. Ich glaube kaum, daß Das, was Hr. v. Mühlfeld will, in der Form eines Religionsediktes durchgehen wird; wohl aber wird man in der weltlichen Gesetzgebung die Ergebnisse oder Folgen des Konkordats umgestalten und so die Spitze der bisher dagegen gerichteten Vorwürfe abbrechen. Die Wiener Tagespresse ist vorherrschend bis zur Gehässigkeit antikirchlich; das Unterhaus des österreichischen Reichsraths kann Das nicht in gleichem Grade seyn, schon um der Wähler willen, durch deren Sendung es da ist. Auch müßte ich mich sehr täuschen, wenn nicht die „ethnographische" Wallfahrt nach Moskau eine starke Aenderung in die frühern Verhältnisse brächte. Da das nunmehr eingestandene Russenthum der Tschechen ꝛc. offenbar antikatholisch ist, so können einerseits manche katholische Elemente in der Aristokratie nicht mehr mit den Tschechen ꝛc. zusammengehen und werden damit einen odiösen Alliirten los, welcher ihnen und ihrem „Katholizismus" blos ungünstige Vorurtheile erweckte; anderseits aber muß der antikirchliche Theil des Liberalismus nun auch auf seinen untersten Stufen einsehen, daß die katholische Kirche nicht nur ein unschätzbares, sondern für Oesterreich insbesondere ein unentbehrliches moralisches Gegengewicht gegen den seiner Natur nach antikatholischen Panslawismus ist. Ich sollte denken, aus diesem Zustand der Dinge müßte ein Kompromiß zwischen manchen bisherigen Gegensätzen in Oesterreich hervorgehen, und es ist ganz wohl annehmbar, daß auch für die Kirche ein neues Verständniß förderlicher seyn wird, als was sie bisher faktisch vor sich sieht.

Das parlamentarische Ministerium rückt wieder näher herbei. In der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses hat der Justizminister v. Hye, während er bedeutsame und auch mit wiederholtem Beifall aufgenommene freisinnige Reformen im Justizwesen, Förderung der Unabhängigkeit der Richter ꝛc. ankündigte, mehrfach seine Stellung als eine interimistische bezeichnet. „Ich zweifle keinen Augenblick, daß Sie selbst mir, wenn ich auch nicht hervorgegangen bin aus dem Vertrauen des Volkes, aus dem Vertrauen dieses

Hauses, in meiner kurzen Wirksamkeit wenigstens diese gütige Unterstützung leihen werden: daß Sie mich in diesem Gedanken, Oesterreich einen unabhängigen, einen der Würde seiner Funktionen, ja, ich sage es, einen der Majestät der Justiz ebenbürtigen Richterstand zu verschaffen, unterstützen werden." An einer andern Stelle seines Vortrages fügte er die Klausel bei: „mag nun die Amtsdauer meines gegenwärtigen Wirkungskreises eine noch so transitorische und ephemere seyn" zc.) Ein Minister, der sich entschuldigt, daß er nicht Abgeordneter, daß er nicht aus der parlamentarischen Majorität in das Ministerium gekommen ist, und diese Entschuldigung in einem Augenblick, wo er seinerseits die populärsten und dankbarsten Maßregeln in seinem Departement anmeldet: Dies, scheint mir, ist ein Wahrzeichen unserer Situation, das ganze Bände voll Betrachtungen aufwiegt. Oesterreich hat Riesenschritte gemacht seit dem Rücktritt Belcredi's.

14. Juli 1867.

Der Auseinandersetzung des Frhrn. v. Becke über die Finanzlage läßt man die Gerechtigkeit widerfahren, daß sie Nichts zu verschleiern oder zu vertuschen sucht, sich nicht auf gekünstelte „Gruppirung der Ziffern" verlegt, sondern ehrlich und aufrichtig die Wahrheit sagt, -- die ganze Wahrheit, und Nichts als die Wahrheit. Frhr. v. Becke wies mit Recht darauf hin, daß in den zwei letzten Jahren das Finanzministerium stets unter den ungünstigsten Umständen (er rechnet im vordersten Rang auch die Politik des Sistirungsministeriums dazu) Geld zu beschaffen hatte, und daß die Beschaffung demnach natürlich nur unter entsprechend ungünstigen Bedingungen möglich war. Daß sie überhaupt noch möglich wurde, ist am Ende ein Verdienst für den Finanzmann, dem Solches gelang, nicht aber ein Vorwurf: Geld war nun einmal unentbehrlich, und auch theueres Geld war besser, als gar kein's. Gelegentlich ersieht man aus dieser Auseinandersetzung von neuem, was man übrigens schon längst wußte, wie wenig Oesterreich im vorigen Jahr auf einen Krieg vorbereitet oder eingerichtet war. Was die Ausgabe von Staatsnoten betrifft, so erregte es im Abgeordnetenhause „Heiterkeit", als der Redner hervorhob, dieses Hilfsmittel habe sich durch seine „Einfachheit und leichte Durchführbarkeit" empfohlen.

Man hätte sich eher verwundern sollen, daß man zu einem so nahe liegenden Mittel nicht schon früher griff. Die Noten der Bank sind eine unverzinsliche Anleihe derselben bei dem Publikum, also unzweifelhaft zunächst ein Profit für die Bank, selbst dann, wenn man jeden Augenblick Silber dafür eintauschen kann; wenn aber die Silbereinlösung von Seiten der Bank nicht stattfindet und nur der von Seiten des Staates verfügte Zwangskurs den Umlauf der Banknoten im Gang erhält, so war es doch offenbar eine Ungereimtheit, daß der Staat solche unbedeckte Banknoten, die nur durch ihn gangbar blieben, seinerseits bei der Bank borgte, und für Das, was eigentlich seine eigene Leistung war, der Bank auch noch Zinsen bezahlte. Fast noch greller erscheint der innere Widerspruch, daß zu den Zeiten, wo die unbedeckte Papierwirthschaft der Bank am tollsten war, für die Aktionäre der Bank, welcher doch die unverzinsliche Anleihe bei dem Publikum (je größer, desto vortheilhafter) als nichtskostendes Betriebskapital zuwuchs, ein mit nichten entsprechender Gewinn herauskam. In Betracht dieser Umstände war denn doch die Ausgabe eigener Staatsnoten unbedingt klüger, als die frühere Abhängigkeit von der Bank, der man für den ihr geschenkten Zwangskurs überdies noch tributpflichtig mit Zinsen wurde. Es ist Nichts tadelnswerth an der Aenderung, als daß man nicht schon früher, nämlich vor der Erneuerung der Bankakte, darauf verfallen ist. In dem Nothstande des vorigen Jahres hieß es obendrein: „Noth bricht Eisen." Wie aber, fragt sich nun weiter, steht es mit der Aufgabe der Zukunft? Wie kann man Front machen gegen die Ansprüche des weiteren Bedarfs? Für 1867 ist man gedeckt: im Jahre 1868 steht wieder ein Defizit in Aussicht. Frhr. v. Becke bejaht die Lebensfrage, ob noch Hoffnung da sey, aus dieser traurigen Lage mit Ehren herauszukommen, nach seiner „innigsten Ueberzeugung"; er rechnet vornehmlich darauf, daß der politische Aufschwung auch einen materiellen zur Folge haben werde. Wo er in seinem Vortrag diese Saite berührte, traf er auf entschiedenen Beifall des Abgeordnetenhauses. „Die Thaler sind liberal", sagte man unter der Restauration in Frankreich. Dieser Satz trifft auch für Oesterreich zu: denn ein finanzieller Aufschwung bedarf vor allen Dingen des öffentlichen Vertrauens auf die Zukunft, und das Vertrauen auf die Zukunft hängt von der Gestaltung der Politik ab. Glücklicher Weise sind wir auf dem besten Wege zu diesem Ziel, und was

schon bisher errungen wurde, ist eine vielversprechende Bürgschaft für Erlangung Dessen, was gegenwärtig noch fehlt.

15. Juli 1867.

Hiesige Blätter haben dem Abgeordnetenhause mehrfache Vorwürfe gemacht, wie z. B. daß es nicht genug Parteidisziplin besitze, daß es zu langsam vorwärts gehe etc.; dem Reichsrath überhaupt hat man angedeutet, er habe „wenig staatsmännische Kapazitäten.“ Es gehört Dies mit zu den Zeichen der Zeit, und zwar zu den bedeutsamsten; denn die Wiener Tagespresse besitzt in vollem Maße Das, was sie an dem Abgeordnetenhause vermißt, nämlich politische Parteidisziplin, und aus diesem Grunde würde sie niemals einen Tadel gegen die Volksvertretung ausgesprochen haben, so lange sie das Institut selbst noch irgendwie für gefährdet hielt. „Ob im Recht oder Unrecht, stets für mein Land“, sagt ein englischer Spruch; „ob im Recht oder Unrecht, stets für die Volksvertretung“, hieß es bisher in der Wiener Tagespresse. Jetzt spart man auch ihr den Tadel nicht, wenn der betreffende Fall dazu angethan ist, und Das ist ein Beweis von Vertrauen auf die Regierung, wie es in diesem Grade noch nicht da war; ja, mitunter gewinnt es den Anschein, als ob man für die Sache des Fortschritts dem Reichskanzler v. Beust im Grunde Mehr und Größeres zutraute, als der früheren Opposition. Für den denkenden Beobachter unserer jetzigen Entwicklung gehört diese Erscheinung zu den „neuen und unerhörten Merkwürdigkeiten“ in Oesterreich. Endlich einmal öffentliches Vertrauen, und zwar vollauf!

Seit gestern hat Wien eine Zeitung, die sich als „demokratisches Organ“ ankündigt. In derselben Art, wie aus der Zang'schen „Presse“ die „Neue freie Presse“, und aus dem alten Heine'schen „Fremdenblatt“ das „Neue Fremdenblatt“ hervorging, hat sich die gesammte bisherige Redaktion der „Morgenpost“ von diesem Blatte losgesagt, jedoch nicht eine „Neue Morgenpost“ gestiftet, sondern das „Neue Wiener Tagblatt“ an sich gezogen, welches sie nun als demokratisches Organ fortführt. Das Blatt will den „vorgeschrittensten Freiheitsgedanken“ vertreten; es predigt „Freiheit, Gleichheit, und Brüderlichkeit“, und hält eine „monarchische Schweiz“ für das

wahre und richtige Programm, das man in Oesterreich realisiren müsse. In Betracht, daß man die schweizerischen Zustände nur selten außerhalb der Schweiz versteht und zu würdigen weiß, (in der Regel findet Solches nur bei Denen statt, die sich an Ort und Stelle orientirt haben,) ist dieses Programm für Oesterreich keines der klarsten. Um so mehr spricht für meinen obigen Satz von der Herstellung des öffentlichen Vertrauens, was das neue demokratische Organ z. B. von der Finanzrede des Frhrn. v. Becke sagt. „Beifall", bemerkt es, „begleitete die Schlußsätze seiner Rede, und beifällig wurde es aufgenommen, wie er, der so eben den Rundgang auf dem Kirchhofe, wo die Defizite ruhen, gemacht hatte, trotz Allem seine Hoffnung aussprach, daß es auf dem geraden und ehrlichen Wege, ohne zu Bankerott und Zettelsturz seine Zuflucht zu nehmen, gehen könne. Die Aufrichtigkeit, mit welcher er die jetzige schwere Lage und die Sünden der Vergangenheit schilderte, flößt uns den Glauben ein, daß er es eben so aufrichtig mit seiner Hoffnung hält. Möge sie in Erfüllung gehen! Möge endlich der letzte Stein auf jenen dunkeln Raum gesetzt werden, wo die Defizite ruhen! Platz ist ohnehin kaum mehr auch nur für einen noch vorhanden." So das Neue Wiener Tagblatt; man bemerke wohl, daß dieser Vertrauensausdruck von einem demokratischen Organ herrührt!

Wenn zu Waitzen (Ungarn) in der That die Absicht vorhanden ist, Ludwig Kossuth in die ungarische Deputirtentafel zu wählen, wie ein magyarisches Blatt wissen will, und wenn derselbe wirklich gewählt wird und die Wahl annimmt, so wird die zuschauende Welt ein interessantes politisches Experiment erleben. Es wäre ungefähr Dasselbe, als wenn man in ein deutsches Parlament Einen beriefe, der seit 1849 außerhalb Deutschlands gelebt hätte: er würde höchst wahrscheinlich finden, daß er sich in den neueren und neuesten Pulsschlag der öffentlichen Meinung erst wieder einstudieren müsse. Mit der „Linken" in Pesth, wie sie derzeit ist, könnte der alte Agitator kaum noch konkurriren: halsbrechende Sprünge, wie z. B. der Antrag, man möge nun einmal auf ein Jahr lang vorerst keine Steuern mehr erheben, weil alle bisherigen seit 1849 ungesetzlich gewesen seyen, wären eines gewesenen „Landesgouverneurs" doch wohl nicht würdig. Der Antragsteller selbst glaubte seinerseits nicht im Traume daran, daß man auf seine Proposition eingehen würde: sonst hätte er vermuthlich den Antrag gar nicht vorgebracht. Allein

wer nicht Aehnliches darzubieten vermag, der ist dort, wie man sieht, längst überholt und überboten.

---

16. Juli 1867.

Dem Beginne der Verhandlungen zwischen der ungarischen und der diesseitigen Deputation steht parlamentarisch kein Hinderniß mehr entgegen: auch das Herrenhaus hat den Gesetzentwurf über Entsendung einer Deputation des Reichsrathes nunmehr angenommen. Graf Leo Thun ergriff diese Gelegenheit, um nochmals von der schwierigen Stellung derjenigen Mitglieder zu sprechen, nach deren Ansicht die Thätigkeit des Reichsrathes keine verfassungsmäßige sey, und schloß mit den Worten: „Wenn trotz aller Bedenken das Haus jene Wege, welche die Kommission ihm anräth, einschlagen will, so mögen Diejenigen die Verantwortung tragen, die dazu mitwirken zu können glauben; ich kann es nicht." Man legt diese Aeußerung dahin aus, daß Graf Leo Thun an den Sitzungen des Herrenhauses fortan nicht mehr Theil zu nehmen gedenkt, namentlich nachdem das Haus den von ihm bekämpften Kommissionsantrag (auf Zustimmung zu dem Gesetzentwurf) fast einhellig (den ersten Absatz mit allen Stimmen gegen eine einzige, die übrigen Absätze ohne Debatte) zum Beschluß erhoben hat. In Bezug auf die Zugeständnisse an Ungarn hatte der Redner unter Anderm gesagt, es sey dadurch die „Macht der österreichischen Staatsidee" bedeutend abgeschwächt worden. Frhr. v. Beust wies in Erwiederung Dessen darauf hin, daß Manches geschehen sey, nicht gerade in allerjüngster Zeit, was vielleicht nicht die Staatsidee, aber den Staat geschädigt habe, und nach seiner Auffassung sey die Schädigung der Sache empfindlicher, als die Schädigung der Idee. Ritter v. Schmerling sprach für die Anträge der Kommission, deren Mitglied er war, und zwar in einer Weise, die den ihm von einigen Blättern gemachten Vorwurf der Inkonsequenz als offenbar ungerecht erscheinen läßt. Er hob nämlich hervor, die Kommission sey nicht in der Lage einer vollkommen freien Beschlußfassung gewesen, da Momente eingetreten seyen, „die es dem Reichsrathe zur traurigen, aber nothwendigen Pflicht machen, das Geschehene als geschehen hinzunehmen und aus dem Schiffbruche zu retten, was eben noch zu retten ist." Der Ausspruch ist so klar als möglich: nachdem die Zentralisation gescheitert ist, oder sich als un-

durchführbar erwiesen hat, ist dem Redner der Dualismus jedenfalls lieber, als die Zersplitterung in Föderalismus (insbesondere wenn dieser nur als Thürsteher des Panslawismus erscheint), und Dies ist der Standpunkt wohl noch mancher andern Mitglieder des einen oder des andern Hauses.

Auch den Gesetzentwurf zur Abänderung des mehrerwähnten §. 13 der Februarverfassung, so wie er im Abgeordnetenhause aus der dritten Lesung hervorging, hat das Herrenhaus endgiltig angenommen, ohne daß eine Debatte stattfand. In der nächstfolgenden Sitzung kommt der Gesetzentwurf über die Verantwortlichkeit der Minister an die Reihe.

In dem konfessionellen Ausschusse des Abgeordnetenhauses treuzen sich die Anträge des Abg. v. Mühlfeld auf ein Religionsedikt und des Abg. Herbst auf Gesetzentwürfe über das Verhältniß der Kirche zur Schule, über das Verhältniß der Konfessionen unter sich oder einander gegenüber, und endlich über die weltliche Gerichtsbarkeit in Ehesachen. Obwohl die Versicherung beigefügt ist, daß die Herbst'schen Anträge dem Mühlfeld'schen keinerlei Eintrag thun sollen, sieht es doch ganz so aus, als ob die ersteren dem letzteren blos die Theorie übrig ließen, die Praxis aber aus der Hand nähmen.

Die panslawistischen Wühlereien nehmen ihren Fortgang. Ein illustrirtes tschechisches Blatt in Prag hat bereits angefangen, den tschechischen Unterschriften seiner Bilder nunmehr auch russische beizugeben; eine hiesige Zeitung will wissen, in Prag seyen 2000 russische Grammatiken als „ethnographisches Geschenk" von unbekannter Hand angelangt. Um allen Tschechen das Russische verständlich zu machen, wäre Das übrigens eine bis zur Lächerlichkeit unzureichende Beihilfe. Eines unserer Witzblätter schreibt spottend: „In Oesterreich wünscht man die Freiheit wie in Ungarn, — in Frankreich die Freiheit wie in Oesterreich, — in Rußland die Freiheit wie in Frankreich, — und bei den Tschechen die Freiheit wie in Rußland!"

17. Juli 1867.

Eine lange Verhandlung im Hause der Abgeordneten über die Frage der Todesstrafe hat mit einem Votum gegen deren Abschaffung geendigt. Der zur Vorberathung des neuen Strafgesetzes

[illegible] Anzahl von [illegible] vor das Haus [illegible] [illegible] der Todesstrafe. [illegible] [illegible] der Todesstrafe [illegible] Kaiser Joseph II. [illegible] [illegible] Abgeordneter v. Tschabuschnigg [illegible] daß in den Jahren 1831 bis 18[illegible] in Österreich im Ganzen 24[illegible] Todesurtheile gefällt, davon aber nur 47 vollzogen wurden; wir befänden uns also vermöge der Begnadigungen ebenfalls im vollen Uebergangszustand zur gänzlichen Abschaffung der Todesstrafe. Hr. v. Tschabuschnigg bezog sich auch auf einen ihm selbst vorgekommenen Fall, nämlich daß von zwei jungen Verbrechern, welche ihren Wohlthäter auf grausame Weise ermordet hatten, der eine, offenbar der weniger Verhärtete, gestand und hingerichtet wurde, der andere aber, weil er leugnete, mit bloßer Gefängnißstrafe davon kam. Streng genommen war dies weniger eine Einwendung gegen die Todesstrafe, als gegen die Bedingung des eigenen Geständnisses, welche mit der beabsichtigten Einführung der Geschwornengerichte ja ohnehin wegfallen wird. Praktisch bedeutsam war, was der Justizminister v. Hye aus dem Schatze seiner Erfahrungen beibrachte: wenn man unsere Strafhäuser, Arbeitshäuser, Gerichtsgefängnisse &c. durchschreite, und dabei, wie er es sich zu einer Lebensaufgabe gemacht habe, forschend in den Gemüthszustand der Verbrecher einzudringen

suche, so finde man, daß gerade die verruchtesten sich in der Laufbahn ihrer Missethaten stets auf der Schneide des Gesetzes zu halten bestrebt waren, um von der Todesstrafe befreit zu bleiben. Dutzendweise sagten ihm Verbrecher, „lieber wollten sie sich unter allen Martern lebenslang einkerkern lassen, als unter Henkershand sterben.“ Immerhin ein argumentum ad hominem oder ab homine! Mit 79 gegen 56 Stimmen wurde der Ausschußantrag auf Abschaffung der Todesstrafe verworfen. Mehrere Redner hatten übrigens erklärt, nur deßhalb gegen den Antrag des Ausschusses zu stimmen, weil sie die Todesstrafe unbedingt abgeschafft wissen wollten, ohne Ausnahme von Kriegsfall, Meuterei zur See rc.

Die von den Tschechenführern in Prag projektirte Petition an den Kaiser von Rußland um Errichtung einer panslawistischen Universität in Warschau ist im Wesentlichen nicht minder schwindelhaft, als der Plan, daß in Zukunft jeder Tscheche vermittelst einer Grammatik russisch lernen soll. Die Wissenschaft der Medizin z. B. ist nichts Ethnographisches, und auch der Tscheche hat als Arzt kein Interesse, sich einem nicht-slawischen Patienten unverständlich und unbrauchbar zu machen: Juristen aber, die in Warschau panslawistisch studieren wollen, schließen sich offenbar vom österreichischen Staatsdienst aus und beschränken ihre Laufbahn auf russischen Dienst in Altrußland oder auf Handreichung gegen die Polen, welche doch ebenfalls slawische Stammesgenossen sind.

18. Juli 1867.

Die Neue freie Presse veröffentlicht heute einen Brief, den der Abg. Herbst unterm 2. Juni an Frhrn. v. Beust schrieb, und in welchem er mit Rückbeziehung auf einen vorangegangenen mündlichen Gedankenaustausch die Gründe entwickelt, die ihm die Bildung eines parlamentarischen Ministeriums dermalen noch als vorzeitig erscheinen lassen. Die zwei Hauptgründe sind, daß eine eigentliche parlamentarische Majorität sich noch gar nicht gestaltet habe, auch vor Abschluß der Ausgleichsfrage mit Ungarn nicht wohl gestalten könne, und daß ein jetzt eintretender Minister das Siebenundsechzigerelaborat, an dem der ungarische Landtag die diesseits von dem Ministerium gewünschten Aenderungen vornahm, nun als sein Programm mit annehmen müßte, während nach der Ansicht des

Hrn. Herbst dasselbe noch wesentlicher anderer Umgestaltungen bedarf, namentlich in finanzieller Hinsicht. Diese Motivirung läßt sich hören: vielleicht aber hat dessenungeachtet jener ungarische Staatsmann Recht, welcher über das Zaudersystem der Parlamentshäupter diesseits der Leitha einfach das Urtheil fällte: „Wenn Graf Andrassy Alles Das, was ihm nachher gelang, als Vorbedingung seines Eintritts verlangt hätte, so wäre er schwerlich Minister geworden." Unter solchen Umständen, da das Beispiel Herbst's auch Andere zurückhält, wird bei der auf heute angesetzten Verhandlung des Abgeordnetenhauses über den Antrag des Finanzausschusses, der auf alsbaldige Einsetzung eines Gesammt-Landesministeriums ausgeht, voraussichtlich Nichts weiter herauskommen, als eine Wiederholung bereits bekannter Erklärungen.

Gegen Ende dieses Monats soll für das Abgeordnetenhaus eine Art von Urlaub eintreten: nicht eine Vertagung, sondern nur eine Arbeitsunterbrechung, die mit einer Sitzungsansage von Seite des Präsidenten ihr Ende nimmt. Bei der Wiederaufnahme der Sitzungen im September, rechnet man, wird sodann die Ausgleichsarbeit der Deputationen zur Vorlage fertig und die Zeit für ein parlamentarisches Ministerium reif seyn. Vor dieser Unterbrechung wird das Abgeordnetenhaus noch den Gesetzentwurf über das Vereinsrecht erledigen.

Ludwig Kossuth trifft in Ungarn bereits auf Polemik, noch ehe er selber da ist. Der Abg. Sigmund Papp hatte auf dem Landtag einer Proklamation erwähnt, in welcher Kossuth in den Zeiten seiner Macht den Rumänen mit Ausrottung drohte. Ein Schreiben Kossuth's im „Magyar Ujsag" erklärte Dies für unwahr; nun aber weist Sigmund Papp im „Pesti Naplo" die gedruckte Proklamation nach, in der sich wörtlich jene Drohung findet, und die von Michael Esterhazy als Mitglied, von Ludwig Kossuth aber als Präsidenten des Landesvertheidigungsausschusses unterzeichnet ist. Die Proklamation war an das rumänische Volk gerichtet und sowohl in magyarischer als in rumänischer Sprache verfaßt. Kossuth hat offenbar Manches vergessen; ob er auch Manches gelernt hat, wird sich zeigen, falls er in den Landtag gewählt wird.

An der panslawistischen Wallfahrt nach Moskau hat unter Andern auch ein Pfarrer aus Kärnthen Theil genommen, der eigentlich Maier heißt, sich aber als Panslawist nun Majar schreibt. Da

er seine Pfarre ohne Erlaubniß seines Bischoffs verließ, befindet er sich derzeit im Kapuzinerkloster in Klagenfurt, wo er die ihm wegen seiner Pflichtvergessenheit auferlegte kirchliche Strafe abbüßt.

---

20. Juli 1867.

Nochmals das Konkordat! Das Haus der Abgeordneten begann gestern die Verhandlung über die Anträge des Hrn. Herbst (Verfassung von Gesetzentwürfen über Reform des Eherechts, Verhältniß der Schule zur Kirche, Regelung der interkonfessionellen Verhältnisse), und setzt heute diese Verhandlung fort. Der konfessionelle Ausschuß stimmt den Herbst'schen Anträgen zu, nur mit der Aenderung, daß man sich bei der Abfassung des Eherechtes nicht auf das Eherecht des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuchs beschränken möge. Wie sich aus dem Zusammenhang ergibt, sind die Anträge des Abg. Herbst eigentlich eine Durchkreuzung des auf ein Religionsedikt ausgehenden Antrags des Abg. v. Mühlfeld, welcher Letztere denn auch als Redner gegen den erwähnten Antrag des Ausschusses eingeschrieben ist. Im Lauf der Debatte stellte sich eine weitere Durchkreuzung ein, indem der Abg. Jäger (Tyrol) einen von 20 Unterhausmitgliedern unterstützten Antrag vorlas, wonach der konfessionelle Ausschuß beauftragt werden soll, die einzelnen Punkte des Staatsvertrags vom 18. August 1855 (des Konkordats), so wie der darauf bezüglichen Gesetzgebung, an denen eine Aenderung gewünscht wird, genau zu formuliren und dem Hause vorzulegen, „damit dieses in verfassungsmäßiger Behandlung sie der Regierung mit der Aufforderung übergebe, auf dem in demselben Staatsvertrage bezeichneten Weg Abhilfe zu schaffen.“ Dr. Jäger ging von der Basis aus, daß die Verhältnisse, die man nun „regeln“ will, bereits geregelt seien, und daß der Gesetzgebung nicht das Recht zustehe, einen Staatsvertrag zu ändern. Nun aber gleichsam so hinter dem Busche herumzukommen, um von diesem Staatsvertrage drei bis sechs Artikel wegzumanövriren, das erscheine ihm wenigstens nicht als tapfer. (Beifall auf dem rechten Zentrum.) Der Redner wies auf die allgemeinen Verhältnisse Oesterreichs und Europa's hin, um Angesichts derselben vor der Heraufbeschwörung neuer Schwierigkeiten zu warnen, deren Tragweite gar nicht zu ermessen sei. „Ich sage Ihnen, meine Herren, erheben Sie diese

Entwürfe zum Gesetz, und Sie haben das ganze Episkopat von Oesterreich und 26 Millionen hinter sich her, welche sämmtlich protestiren werden." (Widerspruchsrufe von der Linken: die gangbare Meinung unterschätzt nämlich den politischen Einfluß des Katholizismus in Oesterreich, insoweit sich derselbe nicht in den Wahlen zur Volksvertretung darlegt, oder insoweit den katholischen Blättern Oesterreichs nur eine fast dürftige Abonnentenzahl zur Seite steht: um heutzutage politisch Etwas zu gelten, darf man eben weder müßig stehen noch geizig seyn.) Während des Vortrags des nächstfolgenden Redners, Abg. Kremer, welcher sich hauptsächlich darauf stützte, daß das Konkordat zwar ein Vertrag zwischen dem Pabst und dem Kaiser, seiner gesetzlichen Wirksamkeit in Oesterreich nach aber „nur Gesetz" sey, wofür er Art. 35 des Konkordats selbst anführte („der Vertrag selbst wird in denselben Ländern immer die Geltung eines Staatsgesetzes haben"), war von Seite der Regierung, wie der Redner bemerklich machte, „Niemand im Hause": der Präsident theilte mit, daß der interimistische Kultusminister (welcher zu Anfang der Sitzung gegenwärtig war) einer Amtshandlung an der Universität beizuwohnen habe.

Es fiel auf, daß bei der Erörterung der Konkordatsfrage für diesmal nicht der Abg. Greuter mit eintrat: vielleicht gibt einen Schlüssel dazu ein Artikel des „Volksfreundes", der „im Interesse der Sache" Hrn. Greuter anräth, das Feuer seines Vortrags einigermaßen zu dämpfen, wobei die Kraft seiner Rede, die Begeisterung seiner Ueberzeugung, und die Urwüchsigkeit seiner immer sehr treffenden und trefflichen Vergleiche Nichts zu verlieren brauche. Dieser Rath bezieht sich nämlich auf einen Vorgang in der Sitzung zunächst vorher, worin der Antrag des Finanzausschusses auf ein Gesammt-Landesministerium verhandelt wurde, und der Föderalismus gegen diesen Antrag starke Wellen trieb. Die Verhandlung war stürmischer, als man erwartet hatte, und Hr. Greuter erhielt dabei eine Zurechtweisung des Präsidenten, weil ihm der Ausdruck entschlüpfte, „zu einer solchen Arbeit könne kein ehrlicher Mensch mitthun." Es war „nicht so gemeint", wie er nachher sagte; jedoch hatte er „das politische ABC eines konstitutionellen Staates" praktisch dahin übersetzt: „Alles durch den konstitutionellen Staat, der konstitutionelle Staat durch die Partei, die Partei durch den Klubb, der Klubb durch seine Führer." Auch

hieran ist etwas Wahres; nur müßte man etwa sagen: „der konstitutionelle Staat durch die parlamentarische Majorität", welche allerdings eine „Partei" seyn, und welche möglicher Weise auch Unrecht haben kann; allein es gibt eben menschlicher Weise kein Mittel, eine Abstimmung durch Minorität zu entscheiden, und es wird jede Partei nur nach dem Maßstabe gewogen, wie viele Stimmen sie beibringt. Der Abg. Toman (Slowene) wurde in der Debatte über das Gesammt-Landesministerium zur Ordnung gerufen, weil er die Bemerkung eines Gegenredners als „schmählich" bezeichnet hatte; nachher bemerkte er, nach seiner geringen Kenntniß der deutschen Sprache habe er nur die Bezeichnung „schmähend" beabsichtigt. Im Ganzen, scheint mir, kommt es bei diesen Reibungen auf den Inhalt irgend einer Einzeldebatte nicht an; die moralische Schwäche der Föderalisten liegt darin, daß ein voranstehender Theil ihrer Genossen sich als russisch-panslawistisch deklarirt hat, was weder österreichisch noch katholisch ist, und den Handschuh dieses Vorwurfs hat bis jetzt noch kein föderalistischer Wortführer im Abgeordnetenhause aufgenommen, um ihn zurückzuschleudern oder von sich abzulehnen. Dies ist eine Lebensfrage, die sich nicht vertuschen läßt; früher oder später muß man dazu kommen, daß man ehrlich und öffentlich Farbe bekennt, sey es im Anschluß an den Panslawismus, oder in der Absage von ihm. Rußland gegenüber hat Oesterreich die doppelte Pflicht und den doppelten Beruf, nicht antikatholisch zu seyn; aber katholisch und daneben zugleich panslawistisch seyn wollen, Das ist eine so flagrante contradictio in adjecto, daß dieser logische Widerspruch einer Klärung bedarf, welcher unausbleiblich eine politisch neue Parteigestaltung folgen muß.

21. Juli 1867.

„Es rast der See und will sein Opfer haben." So ungefähr war das Bild, welches die fortgesetzte Debatte über das Konkordat in der gestrigen Sitzung des Unterhauses darbot. Alle Gegenanträge gegen die Anträge des Abg. Herbst fielen durch; auch ein angelegentlicher Wunsch der Regierung verhallte wirkungslos. Ritter v. Hye, der interimistische Kultusminister, verlas nämlich eine Erklärung, welche eine von der Regierung einzubringende baldige Gesetzvorlage in Betreff der interkonfessionellen Verhältnisse ankün-

[illegible]

— [illegible] daß sie in dieser durch die Umstände wesentlich begünstigten Weise [illegible] gänzlich ohne Konkurrenz war. Die Regierungsblätter waren schon als solche ohne Einfluß auf die öffentliche Meinung; ein katholisch gesinntes Blatt, das zugleich politisch freisinnig und verfassungsfreundlich gewesen wäre, gab es nicht. Was man dem Publikum bot, bestärkte das Vorurtheil, das den Katholizismus

für den geschworenen Alliirten des Absolutismus ansah. Weiter wirkte zu jenem Ergebniß mit, daß der Liberalismus in seiner Jugendentwicklung (und in dieser befindet er sich in Oesterreich) sehr häufig bürokratisch zu seyn pflegt: für den politischen Vortheil unabhängiger Organismen und natürlicher Gegensätze gegen die Omnipotenz der Bürokratie, und für die Auffassung des Kirchenwesens als eines dieser Gegengewichte, gehen ihm in der Regel erst später die Augen auf. In den Kinderschuhen ist er nicht gegen den Polizeistaat an sich, sondern er verlangt, daß der Polizeistaat nach wie vor zwangsweise vorgehen soll, nur aber jetzt im Interesse des Liberalismus gegen Jeden, der nicht auf dessen Stichworte schwört. Daher unter Anderm die vollkommene geistige Unfähigkeit, das proklamirte Prinzip der „Freiheit" dahin zu begreifen, daß es z. B. auch den „Jesuiten" zu gut käme. Man ist noch zu naiv selbstsüchtig, um auch einem Gegner geistige Freiheit zu gönnen, und eben erst von einer allseitigen Freiheit die Frucht gegenseitiger Duldung zu erwarten. Aus dem Zusammenwirken all' dieser Umstände ist hervorgegangen, was wir heute als eine Thatsache vor uns sehen. An die Voraussetzung, daß das Konkordat 26 Millionen österreichischer Katholiken für sich habe, glaube ich nämlich nicht; zuvörderst gehen in Bezug auf den Reichsrath davon die ungarischen Millionen ab, und was sodann die Länder diesseits der Leitha betrifft, in denen es überdies verhältnißmäßig weniger Nicht-Katholiken gibt, als in Ungarn, so müßten es in der That kuriose Wähler seyn, die in den Reichsrath gerade die flagrantesten Widersacher ihrer eigentlichen Herzensmeinung geschickt hätten. Als Ausnahme ist Das zur Noth denkbar, als Regel nicht.

Die gestrigen Abstimmungen im Abgeordnetenhause sind nicht das Werk eines Augenblicks, sondern der Ausdruck einer seit vielen Jahren angesammelten öffentlichen Verstimmung und Unbehaglichkeit: ein Werk des Herbst'schen Einflusses sind sie jedenfalls nicht. Durch eine Laune des Zufalls gab die Sitzung selbst einen Maßstab dafür. Zu Anfang der Sitzung nämlich wurden die Mitglieder für die Deputation zur Verhandlung mit Ungarn gewählt: abgegeben wurden 156 Stimmzettel: absolute Majorität demnach 79: gewählt wurden: Ziemialkowski 142 Stimmen, Hopfen 128, Tinti (122), Kaiserfeld (121), Widulich (106), Herbst (102), Plener (102), Winterstein (97), Brestel 85), Klun (83). In dem Herbst-

Kaiserfeld'schen Klubb hatte am 18. eine Probewahl für die Ausgleichsdeputation stattgefunden, und diese ergab bei 75 Stimmenden: Herbst 72, Winterstein 65, Kaiserfeld 60, Tinti 59, Ziemialkowski 48, Plener 44, Schindler 43, Hopfen 43. Die Vergleichung mit den Ziffern im Abgeordnetenhause, wo Schindler gar nicht, dafür aber Widulich und Klun in die Deputation kamen, Herbst endlich nur die 6. Stelle erhielt, weist schlagend nach, daß hiebei nicht die Impulse des Herbst-Kaiserfeld'schen Klubbs maßgebend waren.

---

22. Juli 1867.

Die große Mehrheit der hiesigen Tagespresse ist voll Jubels über die „Niederlage" des Konkordats. Zwischendurch klingt indessen aus diesem Jubel eine gewisse Besorgniß heraus, das Verhältniß zu der Regierung möchte eine Trübung erleiden, was denn doch unerwünscht käme; die heutige „Morgenpost" bringt sogar einen Eingangsartikel mit der allerdings durch zwei Fragezeichen gedämpften Ueberschrift: „Eine Ministerkrisis??" Vor der Hand wird man wohl Alles vermeiden, was die Vollendung des Ausgleichs mit Ungarn verzögern könnte, während die Zusammenkunft der beiderseitigen Deputationen schon auf die ersten Tage des Augusts bevorsteht. Ueberdies hat ja auch erst der eine Faktor der Gesetzgebung gesprochen, und da im parlamentarischen Leben keine Diktatur besteht, sondern die Reibung in der Regel zu einem Kompromiß führt, so pflegt das erste Wort selten auch das letzte zu seyn. Gehen doch aus den Debatten selbst einige Anhaltspunkte für die Möglichkeit einer Verständigung hervor, wenn man dieselben auch keineswegs überschätzen darf. So hat man sich z. B. diesmal jenes sonst herkömmlichen Vorwurfs enthalten, der auch den Mangel an Kriegsglück dem Konkordat in die Schuhe schob; freilich war der Vorwurf auch abgeschmackt genug, insbesondere in Bezug auf die letzte Zeit, da Feldzeugmeister v. Benedek bekanntlich Protestant ist. Eine Enthaltung von einer bisherigen übeln Gewohnheit ist in so weit schon als ein Fortschritt zu betrachten. Von der andern Seite her wird man einen Annäherungspunkt beispielsweise vielleicht darin sehen, daß der Abg. Jäger in Betreff der Konzession, die den Protestanten bezüglich der Schulangelegenheiten zu Theil geworden, offen erklärte: „Wenn uns Katholiken diese Selbständigkeit in Be-

zug auf die Leitung der Schule eingeräumt wäre, würden wir Freudenfeuer anzünden." Es gibt also Dinge außerhalb des Konkordats, die im katholischen Sinne wünschenswerth und je nach Befund der Umstände auch erlangbar, durch das Konkordat aber unbefriedigt gelassen sind. Praktisch genommen ist Dies in der That ein Anknüpfungspunkt. Einen andern könnte man vielleicht in der Rede des Abg. Greuter finden, wo er sagt, wenn er nach dem von Gegnern fälschlich unterschobenen Grundsatze: „der Zweck heiligt die Mittel" handeln könnte, so würde er für die Anträge des Abg. Herbst stimmen; denn „die Geschichte aller Jahrhunderte beweise, daß, wenn man aus Furcht, es könnte die Macht der Kirche vergrößert werden, derselben ein Recht, das ihr von Gottes wegen gebühre, entziehen wolle, alsdann die Macht der Kirche wachse." In der That hat man in der neuen und neuesten Zeit die Erfahrung gemacht, daß die staatliche Freiheit in bestimmt vorliegenden Fällen der Sache der Kirche zuträglicher geworden ist, als eine (doch auch wieder fesselnde) Protektion von Seite des Staates, und jedenfalls also bildet jene Freiheit nicht prinzipiell einen Gegensatz zu Dem, was die Kirche anstrebt. Dies ist aber kein Argument für das Konkordat. Nun halte man daneben, was von der andern Seite des Hauses Frhr. v. Pratobevera sagte. „Wir wissen," sprach er, „was für Trost und welch ein einziger Trost in einer wirklich religiösen Richtung liegt. Aber, meine Herren, wir wagen ja nichts Ungewöhnliches, Unnatürliches, im katholischen Staatsleben Unmögliches! Wenn wir zu Zuständen zurückkehren wollen, welche die heilige katholische Kirche in der ersten Zeit siegreich ihren Weg durch die Welt nehmen ließen, — wenn wir die Zustände in's Auge fassen, wie sie am Rhein, in Belgien, Frankreich, Nordamerika bestehen, wo doch auch gute Katholiken leben, und Priester, die Ansehen genießen und verdienen, dann sind wir nicht Männer, die nivelliren wollen, — nicht Männer, die dem Volke das Heiligste und Höchste rauben wollen." So Frhr. v. Pratobevera. Der Redner zitirte auch Montalembert für den Satz: „Ich unterscheide zwischen dogmatischer Intoleranz und der bürgerlichen Toleranz; so nothwendig die erste der ewigen Wahrheit der Glaubenslehre ist, so unerläßlich ist die andere der heutigen bürgerlichen Gesellschaft." Eben so zitirte er den „gefeierten Kirchenfürsten" Frhrn. v. Ketteler mit dem Satze: „Es gibt kein katholisches Kirchengesetz, welches den Katholiken

verhindert, der Meinung zu seyn, daß die Staatsregierung unter gegebenen Verhältnissen am besten volle Religionsfreiheit gewährt." (Aus dem Buche: „Deutschland nach dem Kriege von 1866.") So treten, wenigstens scheinbar, auch geistig höhere Anschauungen auf, als jene nun doch fast abgenutzte Gewohnheit, die Opposition gegen das Konkordat als ein schon längst populär zugerittenes Paradepferd zu reiten, und aus den schwachen Seiten des Konkordats politisches Kapital für Parteizwecke des Augenblicks zu schlagen. Wenn das parlamentarische System wirklich ein praktisches ist, so muß eine Vermittlung thunlich seyn, und diese Vermittlung fällt naturgemäß der Regierung zu, ist ihr Beruf und ihre Aufgabe. Das Haus der Abgeordneten weiß ohnehin, daß es im Herrenhause des Beistandes der Regierung bedarf, und daß es dort Nichts durchzusetzen vermag, als worin die Regierung ihm zur Seite steht. Hoffen wir daher, daß sich aus den vorhandenen Gegensätzen eine vermittelnde Lösung, und damit ein dauerhaftes Verständniß für die Zukunft entwickeln werde. Wir stehen erst am Anfang dieser Entwicklung, und es wird keine leichte seyn; so viel aber ist schon jetzt klar: es kann kein Theil den andern despotisiren, und der Schlußakt wird demnach ein Kompromiß werden. Vorausgesetzt nämlich, daß man es überhaupt zu einer Verständigung bringt, welche etwas neues Drittes, vielleicht beiden Theilen neu Ersprießliches seyn wird: Fortschleppen des bisherigen Zustandes wäre jedenfalls keine Art von Lösung.

---

25. Juli 1867.

Das Haus der Abgeordneten hat sich in zwei Sitzungen mit dem Gesetzentwurf über Vereinsrecht beschäftigt: in der ersten wurde der Beschluß gefaßt, aus §. 1 (Vereine sind gestattet, insofern sie „weder gesetz- oder rechtswidrig noch staatsgefährlich sind") die Worte „noch staatsgefährlich" wegzustreichen: in der zweiten wurde bei §. 6 („wenn der Verein gesetz-, rechtswidrig, oder staatsgefährlich ist, kann die Landesstelle dessen Bildung untersagen") der Antrag, hier nun ebenfalls die Bezeichnung „staatsgefährlich" auszumärzen, mit ungefähr gleicher Majorität abgelehnt. Obwohl die 39 Paragraphen des Gesetzentwurfs erledigt sind, wurde nun doch die dritte Lesung noch ausgesetzt, um dem Ausschusse Zeit zu lassen, etwa eine Uebereinstimmung des §. 1 und des §. 6 zu ermöglichen. Der Einwurf

gegen das Wort „staatsgefährlich" war in der ersten Sitzung der gewesen, daß Dies ein zu sehr elastischer Begriff sey, und selbst die betonte Erklärung des Ministers Taaffe, die Regierung müsse der ihr schwer aufgebürdeten Verantwortlichkeit gerecht werden können, ohne gleich zu Ausnahmegesetzen schreiten zu müssen, und lege daher großes Gewicht auf die Beibehaltung des Wortes „staatsgefährlich", — selbst diese Andeutung, daß mit Weglassung desselben der Gesetzentwurf vielleicht nicht zur Sanktionirung gelange, hatte den Abstrich nicht zu hindern vermocht. Man muß annehmen, daß die anscheinende Inkonsequenz der Majorität von einer Schwankung der Ziffer herrührt, die, wo es sich um 4 oder 6 Stimmen auf oder ab handelt, durch die zufällige momentane An- oder Abwesenheit verhältnißmäßig weniger Mitglieder möglich wird. Nebenbei scheint übrigens auch etwas Jesuitenfurcht mitgespielt zu haben. In der zweiten Sitzung nämlich debütirte der Abg. v. Mühlfeld mit der Bemerkung, er scheue sich nicht, offen zu sagen, daß der Ausdruck „staatsgefährlich" nicht nur ein wohlüberlegter, sondern, selbst wenn man für die Freiheit streite, ein unentbehrlicher sey. Es existire in Oesterreich ein Orden, der von der Mehrzahl der Bewohner angefeindet werde. Wenn nun zur Ausbreitung dieses Ordens sich ein Verein zusammenthäte und mit allen Mitteln anstrebte, daß „dieser Orden mit allen denjenigen Bestimmungen, die die Welt weiß und die die Welt nicht weiß, zur Ausführung käme", sey ein solcher Verein in unserm heutigen Gesetze verboten? Sey er gesetz- oder rechtswidrig? Gewiß nicht. Darum hätte das Wort „staatsgefährlich" stehen bleiben sollen! Dr. Jäger (Tyrol) erklärte hierauf, daß er gestern für dessen Beibehaltung gestimmt habe, heute aber, nach diesem Fingerzeig des Abg. Mühlfeld, was man „daraus machen könne", für die Weglassung stimmen werde. Von der liberalen Seite war Hr. Schindler konsequent genug, auch einem Gegner gleiches Recht und gleiche Freiheit zu gönnen. Er glaubt zwar nicht, daß, wenn hier „oder in Tyrol" sich ein Verein bilde, um den Jesuitenorden zu fördern, die Landesstelle einen solchen Verein als „staatsgefährlich" verbieten würde, aber er „wünscht auch gar nicht, daß es geschehe." „Wenn wir ein freies Vereinsrecht haben," sagte er, „so hat jede Idee, wenn sie nicht gesetz- und rechtswidrig ist, ihre Verbreitung zu finden. Jene Vereine sollen sich gründen: wir werden dagegen, wenn man uns frei läßt,

unsere Vereine gründen, und diesen Kampf können wir in Oester-
reich schon noch aufnehmen." Beifall links. Man sieht, darin
steckt wenigstens Festhalten an einem Prinzip und geistiger Muth;
auch hatte der Redner in der ersten Sitzung Aehnliches in Bezug
auf den Streit der Nationalitäten gesagt. Jeder Nationalität,
heiße sie wie sie wolle, erkannte er, so lange sie Gesetz und Recht
achte, das Recht zu, frei in Vereinen ihre Zwecke zu verfolgen.
„Diejenigen Nationen, die, um existiren zu können, die Polizei rufen,
diese verdienen eben so wenig respektvolle Berücksichtigung, als jene
andern, die in den Nachbarstaat hinüberlaufen und von dort mit
der Faust herüberdrohen." Dies war am vorhergehenden Tage ge-
sagt; am folgenden rief sein sonstiger Parteigenosse v. Mühlfeld „die
Polizei an" gegen die Jesuiten! Alle diese Vorgänge bestärken mich
in dem Glauben, daß eine neue Parteienbildung im Anzuge begriffen
ist. Die konsequenten Anhänger eines Freiheitsprinzips und die
Anrufer eines Polizeibeistandes gegen Andersgesinnte können eben
so wenig auf die Länge mit einander gehen, als die slawischen Pan-
slawisten sich für katholisch gesinnt ausgeben. Schon jetzt sieht man
die Liberalen mitunter gegen die Wünsche des Ministeriums stimmen;
theilweise, wie es scheint, aus Furcht vor der Tagespresse, denn
keine dieser parlamentarischen Parteien und Unterabtheilungen hat
ein Blatt für sich selbst.

27. Juli 1867.

Nachdem der vorliegende Geschäftsstoff vorerst aufgearbeitet
ist, begibt sich das Abgeordnetenhaus in Urlaub, d. h. der Präsident
wird den nächsten Sitzungstag erst alsdann anberaumen, wenn sich
wieder ausreichendes Material angesammelt hat, so daß eine „vor-
aussichtlich längere Unterbrechung" eintritt. Reichskanzler Frhr.
v. Beust zeigte zum Schluß an, daß das Gesetz über Verantwort-
lichkeit der Minister, wie es aus der Berathung beider Häuser des
Reichsraths hervorging, bereits vom Kaiser sanktionirt ist und un-
verweilt zur Publikation gelangen wird. Während der Zwischenzeit
bis zur Wiederversammlung des Hauses (im September, wie man
annimmt) haben die Ausschüsse eine Reihenfolge von wichtigen
Arbeiten vorwärts und zur Reife zu bringen. Das Haus selbst
erledigte in seiner letzten Sitzung noch die beiden Gesetzentwürfe
über das Vereins- und über das Versammlungsrecht in dritter

Lesung. In Betreff des ersteren löste der Ausschuß den Widerspruch, der aus der Streichung des Wortes „staatsgefährlich" in §. 1 und dagegen Aufrechthaltung desselben in §. 6 entstanden war, einfach dadurch, daß er die §§. 1 und 24 nunmehr dem §. 6 anpaßte, und das Haus genehmigte Dies, d. h. es nahm den früheren Beschluß, der das Wort „staatsgefährlich" gestrichen hatte, wieder zurück.

Aus der Verhandlung über den Bericht des Finanzausschusses ist hervorzuheben die Erklärung des Finanzministers für Ablehnung alles Dessen, „was den Staatskredit schädigt und die Verpflichtungen des Reiches gegen seine Staatsgläubiger irgendwie alterirt"; man hatte vorher allerlei Fabelhaftes von dem Finanzausschuß erwartet, und selbst die Börse hatte sich in Besorgnisse versenkt, ohne den einfachen Umstand zu bedenken, daß der diesseitige Reichsrath nicht mehr als Vertretung der Gesammtmonarchie gilt, und daß die „gemeinsamen Angelegenheiten" hinfort einer andern Kompetenz anheimfallen. Der Zusammentritt der Ausgleichsdeputation zieht sich inzwischen wieder etwas weiter hinaus, und statt der ersten Tage des nächstkommenden Monats nennt man jetzt den 12. als Anfangstag der Verhandlungen: da wird es wohl Oktober werden, bis man der Sache auf den Boden sieht.

Es ist bemerkenswerth, daß das Abgeordnetenhaus, trotz seiner großen Majorität gegen das Konkordat, an Popularität oder an politischem Kredit, oder wie immer man die Geltung vermittelst öffentlichen Beifalls nennen mag, eher verloren als gewonnen hat. So sagt z. B. die „Neue freie Presse" beim Abschiednehmen unter Anderm: „Die Abgeordneten müssen aus ihrer Heimath neue, frischere Gedanken, höhere Gesichtspunkte, und ein besseres Erkennen unserer Lage mitbringen: denn, um es ganz offen zu sagen, es hat ihnen Das in der letzten Zeit gar sehr gefehlt." Man wird gestehen müssen, Das ist ein starker Tadel, und er sieht aus, als läge zwischen jetzt und dem Wahlkampfe für die Abgeordneten schon ein weit größerer Zeitraum.

Die magyarischen Agitatoren, die in Waitzen auf die Wahl Kossuth's hinarbeiten, treiben es bis zur Blasphemie. In einer gratis ausgetheilten Flugschrift heißt es z. B.: „Nach dem heiligen Namen des Erlösers, der vor Gott alle Menschen gleich machte, ist in unserer Geschichte der ruhmvolle Name Kossuth's der größte."

— · —

2[illegible]. Juli 1867.

Das Tagesgespräch in Wien ist der Sultan. Um Politik handelt es sich dabei so ziemlich nicht; die Stellung Oesterreichs zu der Türkei wird durch Umstände bestimmt, die nicht von irgend einem persönlichen Verhältniß abhängen, und was die abendländische Civilisation betrifft, so erscheint es als zweifelhaft, ob auf dieser kurzen Rundfahrt der osmanische Selbstherrscher auch nur einen annähernd richtigen Begriff davon bekommen wird. Unser Ober- und Unterhaus würde er schwerlich besuchen, auch wenn die Sitzungen nicht unterbrochen wären, und die konstitutionelle Anschauung von „Sr. Maj. allergetreuester Opposition", nach dem alten englischen Ausdruck, bliebe ihm jedenfalls unfaßbar; auch ist ihm [illegible] zwischen Frankreich und England wohl kaum ein politischer Unterschied bemerklich geworden. Imponiren mag ihm eine Entfaltung militärischer Macht, vielleicht auch der Anblick des Reichthums einer abendländischen Großstadt, und es läßt sich denken, daß ihm ein solches Bild anschaulicher macht, warum das Abendland heutzutage dem Morgenland überlegen ist. Sonst übrigens bewegt er sich so ziemlich in einem nicht minder abgeschlossenen Kreis, als daheim auch. Nicht Alles, was man ihm zu sehen gibt, wird er als „Zivilisation" anerkennen. Hier will man ihm z. B. ein Ballett im Hofopernthеater aufführen; nach türkischen Begriffen aber gilt eine öffentliche Schaustellung weiblicher Körperformen, wie sie sich bei dem Ballett und in Offenbach's „nackten Operetten" preisgibt, schlechthin für unzüchtig, herabwürdigend, den „Barbaren" zugehörig. Unsere „Aufgeklärten" ihrerseits könnten Anstoß daran nehmen, daß der Kalif und Nachfolger Mohamed's „unaufgeklärt" genug ist, an den Gesetzen seiner Religion festzuhalten. So hat er z. B. vor dem „Diner" in Schönbrunn gebetet; auch nimmt er pünktlich die von dem Islam vorgeschriebenen (mehrfach täglichen) Waschungen vor, und enthält sich korangemäß des Weins. Statt dessen servirte man dem Sultan und seinem Gefolge in kleinen Henkelgläsern Sodawasser, theils mit Himbeeren, theils mit Orangen. Auch in Bezug auf die Speisen, da bekanntlich auch hierin der Islam seine eigenen Vorschriften hat, wurde er fast ausschließlich aus der Küche seines eigenen „Oberkuchelmeisters" (Wiener Bezeichnung) bedient; Hammelfleisch herrschte dabei vor, meist kleingehackt oder in Würfelform geschnitten, und als Zuthat gedünsteter Reis,

obwohl es auch an grünen „Fisolen“ (Bohnen), so wie an Kohl und Melonen nicht fehlte. Den Polizeipräfekten von Paris, der bei einem Gabelfrühstück unter Anderm auch Schinken mit auftischte, hat der Sultan mit seinem Gefolge sicherlich als einen „Barbaren“ taxirt. Bei dem Frühstück nahm der Sultan und sein Gefolge gestern kaltes Fleisch, Butterbrod, und Backwerk; dazu theils Thee, theils Kaffee. Wenn man sich der Mährchen der „tausend und einen Nacht“ erinnert, wo das Weintrinken unter Mohamedanern so gar häufig vorkommt, und wenn man dabei voraussetzt, daß ein Dichter und Mährchenerzähler jedenfalls nicht aus den Sitten seines Zeitalters herausfallen, nicht Etwas als selbstverständlich vorbringen kann, was den Gewohnheiten seiner Zeit- und Glaubensgenossen direkt widerspräche, so muß man annehmen, daß seit der schon ziemlich weit zurückliegenden Zeit des Ursprungs jener vielgelesenen Mährchensammlung die Beobachtung der Vorschriften des Korans im Reiche des Islam eher Vor- als Rückschritte gemacht hat. Sonst erzählte man uns, daß die mohamedanische „Aufklärung“ in Stambul nunmehr unbedenklich Champagner trinke, indem sie denselben als Sorbett (Sherbet) bezeichne. Bei dem „Diner“ in Schönbrunn war der Reihe nach Madeira, Bordeaux, Johannisberger Kabinettswein, Champagner, und Tokayer Essenz aufgestellt (das „Menu“ — der Speisezettel — nebst den Weinen natürlich stets in französischen Benennungen); allein der Sultan hielt sich strengstens an sein Sodawasser. Sollte Dies auch nur der Ausdruck für einen feineren Sinn der Repräsentationspflicht in seiner Religionseigenschaft gewesen seyn, so wäre es immerhin auch in diesem Sinne anerkennungswerth.

30. Juli 1867.

Unsere Panslawisten treiben es immer toller. In Prag sollte vorgestern im tschechischen Theater die während der Slawenausstellung in Moskau gegebene Oper „das Leben für den Zaar“ gleichfalls aufgeführt werden, und dabei eine Moskauer Sängerin sich in russischer Sprache produziren; die Polizeidirektion untersagte jedoch letztere Demonstration, und darauf hin unterließ die Theaterdirektion die Aufführung des Stückes überhaupt, woraus ersichtlich ist, daß es sich eben nur um die russische Demonstration gehandelt hatte. Ver-

standen übrigens hätte das tschechische Publikum die russischen Worte nicht, denn man schickt sich erst an, russisch zu lernen, vorerst noch beim ABC stehend, und in dem tschechischen Kaufmannsverein „Merkur" z. B. beginnt erst der Unterricht in der russischen Sprache, welchem Zwecke zwei Stunden wöchentlich gewidmet werden sollen. Auf der andern Seite, während man auf diese Art selber das Tschechische fallen läßt, um sich in's Russische zu übersetzen, ist man unlogisch genug, dafür von den Deutschen der österreichischen Monarchie die Kenntniß des Tschechischen zu verlangen. So hat erst neuerlich die böhmische Gemeinde Kuttenberg eine Anfrage im Kuttenberger Interesse an das Bürgermeisteramt in Troppau (Schlesien) in tschechischer Sprache gerichtet, nachdem sie vorher bei mehrfachen ähnlichen Gelegenheiten sich der deutschen Sprache bedient hatte, und das Troppauer Bürgermeisteramt hatte die Schwäche, das Deutsche bei Seite zu setzen, indem es die von ihm gewünschte Auskunft zwar nicht in tschechischer, aber in französischer Sprache verfaßte. In Laibach (Krain) hat man den dortigen slowenischen Turnverein („Sokol") wegen fortwährender nächtlicher Exzesse gegen die Deutschen endlich suspendirt, und einem andern slowenischen Vereine, der „Citavnica", die Verwarnung ertheilt, man werde einschreiten, wenn er wieder mit Absingen der russischen Volkshymne und dergleichen sich auf Demonstrationen verlege. Vorstand des ersteren Vereins ist der Bügermeister Dr. Costa, welcher im Jahre 1848 statt seiner jetzigen Farbe in Schwarz-roth-gold brillirte; Vorstand des letzteren der auch im Landtag sitzende Dr. Bleiweis, dessen Name schon darthut, daß er nur ein maskirter Slowene ist. Ueberhaupt sind alle diese Dinge auf eine gewisse Oberfläche beschränkt, weil künstlich eingeimpft, und zu Russen wird man vermittelst der russischen Grammatik diese Völkerschaften um so weniger machen, als z. B. von den Slowenen nur etwa drei Prozent der Bevölkerung ihre eigene Sprache zu lesen und zu schreiben verstehen. Dessenungeachtet halte ich diese stets kecker um sich greifenden panslawistischen Demonstrationen, wenn man sie so fortmachen läßt, keineswegs für ungefährlich; denn am Ende sieht die große Masse, welche sonst gleichgiltig bliebe, die demonstrirenden Wühler für stärker an, als den widerstandslosen Staat, schlägt sich aus Verachtung der Regierungsohnmacht, oder um nicht ebenfalls angegriffen zu werden, auf ihre Seite, und was Das für Folgen zu haben pflegt, wissen wir von 1848 her.

Die Abreise des Sultans ist auf morgen festgesetzt; sein Weg geht zunächst auf der Donau nach Pesth. Gestern wohnte er einem Artilleriemanöver auf der „Schmelz“ bei, beschaute die Schatzkammer, das Münzkabinett, und die sonstigen Sehenswürdigkeiten der Hofburg: hierauf die Ambrasser Sammlung und die Gemäldegallerie im Belvedere, sodann noch das Arsenal, wo er aber bereits Ermüdung zeigte, und erschien Abends im Hofoperntheater. Dort war ihm eine hübsche Ueberraschung bereitet. Nachdem die in dem Ballett „Flick und Flock“ vorkommenden Städtebilder (London, Paris, Petersburg, Wien) die Musterung passirt hatten, theilte sich der Wolkenvorhang nochmals und enthüllte als Neuerung eine sehr gelungene Ansicht des Bosporus mit der Sommerresidenz des Sultans, und dazu als Sinnbild der Türkei eine von Schönheit strahlende Frauengestalt mit einem Halbmond auf dem Kopf, einen beroßschweiften silbernen Speer als Fahne in der Hand. Diese fein berechnete Aufmerksamkeit that dem Sultan sichtlich wohl, mehr, als der brausende Empfang bei seinem Erscheinen, den er anfänglich gar nicht auf sich bezog. Erst als man ihn verständigte, daß Dies ihm gelte, erhob er sich freundlich dankend, indem er nach türkischer Sitte mehrmals die Hand von der Brust zum Kopf führte. (Diese Handbewegung bedeutet: „was das Herz empfindet, spricht der Mund.“) Wie ihm die Wiener gefallen haben, weiß ich nicht; den Wienern ihrerseits (und den Wienerinnen vorab!) gefiel er offenbar besser, wenn er mit Orden, Edelsteinen, und Stickereien bedeckt war, als in dem blauschwarzen, bis an den Hals zugeknöpften Oberrock, ohne alle Zierrath, wie er sich einigemal zeigte. Die „Birutschaden“ in dem Schönbrunner und dem Laxenburger Park nach dem Diner waren einfach Spazierfahrten in offenen Wagen. „Birutsche“ nämlich ist ein alter Ausdruck für ein leichtes Fuhrwerk mit zurücklegbarem Deck (in Rom Biroccini, kleine einspännige Wagen, spanisch Barrocho, offener Wagen), und „Birutschade“ eine bei fürstlichen Besuchen altherkömmliche Lustfahrt in der schönen Jahreszeit zu Schönbrunn, wie denn z. B. 1846 bei der Anwesenheit des Großfürsten Michael von Rußland eine solche stattfand. Die hiesigen Blätter schreiben „Pirutschade“, gegen die Etymologie des Wortes. In dem Gefolge des Sultans befinden sich mehrere höhere Offiziere, die ihre militärische Erziehung oder Ausbildung in Wien erhalten haben; Feldzeugmeister v. Hauslab, welcher dem Sultan

während dessen Anwesenheit in Wien zur Dienstleistung zugetheilt ist, war der Leiter ihrer damaligen Studien, und wurde jetzt, obwohl mehr Soldat und Artillerist als Hofmann, zu jener Art von Hofdienst berufen, weil er ganz fertig türkisch spricht. Zum Ueberfluß war bei den gestrigen Besichtigungen auch noch der Hofrath v. Hammer als Dolmetsch in der Begleitung des Sultans. Wie man sagt, geht der Beherrscher der Türkei auch damit um, hier in Wien ein geeignetes Hinterladungsgewehr ausfindig zu machen, und je nach dem Ausfall der Proben eine großartige Bestellung bei der österreichischen Industrie zu hinterlassen. Ich weiß nicht, ob er Muße dazu haben wird; allzu früh wäre es jedenfalls nicht, denn nach der Aussage von Reisenden hat man russische Jägerbataillone mit vortrefflichen amerikanischen Hinterladungsgewehren bewaffnet gesehen.

---

1. August 1867.

„Oesterreich" — so spricht sich eine befreundete Stimme aus, die aus Süddeutschland kommt — „hat noch warme Freunde bei uns; sie sind es deßhalb, weil nach ihrer Ueberzeugung Oesterreich von Gottes und Rechts wegen zu Deutschland gehört. Leider war die Wärme nicht immer gegenseitig; es wäre vielleicht Manches anders gegangen, wenn man uns besser verstanden oder unsere Sympathien besser gewürdigt hätte. Die Regierung schaute mehr nach den Höfen aus, als nach der öffentlichen Meinung; ein Hof aber schlägt rascher um, als ein Volk. Die österreichische Presse ihrerseits kannte Deutschland nicht: sie war durch die Lektüre preußischer Blätter influirt, ja mitunter verwechselte sie selbst gothaisch mit deutsch-national, brütete also Kuckuckseier aus. Fast hätte man glauben sollen, sie sähe es aus Oppositionsmotiven gern, wenn in den Blättern des Auslandes recht auf die österreichische Regierung losgedroschen wurde; allein diese Schläge trafen nicht blos die Regierung, sondern die allgemeinen Staatsinteressen Oesterreichs, und so waren sie auch gemeint. Wie sollten wir mit Alliirten dieser Art zu einem Verständniß kommen? Wir, die Freunde Oesterreichs in Deutschland, waren bessere Oesterreicher, als manche Leute in Wien selbst."

Die befreundete Stimme hat nicht Unrecht. Am allerschlimmsten stand es, als der vorjährige Krieg im Herannahen begriffen

war. Zunächst um Holstein entspann sich das Zerwürfniß, und aus Holstein hatte man die deutschen Bundestruppen hinausgemaßregelt, wie es nachher den österreichischen selbst geschah. An den Bund appellirte man nun, und den Bund hatte man damals gemeinschaftlich mit Preußen lahm gelegt. Und dazu das unglückselige Ministerium Belcredi! Eine Politik, die im Innern gegen Deutschthum und Bürgerthum operirte und die panslawistischen Wege gleichsam zum voraus pflastern half: welche Vorbereitung für einen Krieg, der sich um die Sympathien Deutschlands bewarb!

Seit Frhr. v. Beust am Ruder steht, hat sich schon Vieles anders gestaltet, ist Leben und Bewegung da. Nur scheint man außer Acht zu lassen, daß man auch einen militärischen Nimbus wieder herzustellen hat. Er hat gelitten, nicht weil man eine Hauptschlacht verlor (das Kriegsglück ist wandelbar, Dies hat selbst Napoleon I. erfahren), sondern weil in Böhmen 1866 wieder die nämlichen Fehler vorkamen, wie 1859 in Italien, man also in der ganzen Zwischenzeit stillegestanden zu seyn schien. Custozza allerdings bot ein Gegenbild, aber nur auf einer Nebenbühne. Das preußische Zündnadelgewehr, welches in Böhmen entschied, lernte man so eigentlich erst während dieses Feldzuges selbst kennen, obwohl man es in Schleswig hart neben sich gehabt. Oesterreichische Blätter zwar, mit jenem Pessimismus, der sich selbst wehe thut, bestanden darauf, es sey lediglich „Mangel an Intelligenz" gewesen, was zur Niederlage führte: allein Dies stimmt nicht ganz mit den Thatsachen überein, denn 1) stand die Schlacht bei Königgrätz in ihrer ersten Hälfte günstig für Oesterreich, und 2) liegt es auf der Hand, daß die einmal handgreiflich entschiedene Erfahrung, nur im Besitz einer gänzlich unebenbürtigen Waffe zu seyn, auch die besten Truppen herabstimmt oder demoralisirt, und das Letztere ist es, was einem Feldzug unabwendbar ein Ende macht.

Es bedarf nicht gerade eines neuen Kriegs, um militärisches Vertrauen und militärischen Nimbus wieder herzustellen; daß man es aber jetzt, 13 Monate nach der Erfahrung von Königgrätz, noch nicht weiter gebracht hat, als 4 schwache Bataillone mit Hinterladern zu bewaffnen, Das ist unter allen Umständen nicht der Weg dazu. Die allgemeine Wehrpflicht ist kein Ersatz dafür: vielleicht ist sie überhaupt für Oesterreich nicht empfehlungswerth, weil sie den Nationalitätenhader in Kreise einschmuggeln könnte, denen er

bisher fremd blieb; die alten Schießprügel läßt sie jedenfalls wie sie sind. In einer Beziehung übrigens ist einer Zeitversäumniß andererseits ein Vortheil abzugewinnen, nämlich wenn man sich nun auch das Beste sichert, was die fortschreitende Zeit inzwischen zu Tage gefördert hat. Frankreich, welches ebenfalls mit den Hinterladern zurückgeblieben war, hat Dies gethan; das Gewehr Chassepot soll dem preußischen überlegen seyn. Und Frankreich hat nicht einen militärischen, sondern blos einen politischen Nimbus wiederherzustellen, was vielleicht minder schwer ist.

In Süddeutschland fehlt es derzeit mehr an militärischem als an politischem Zutrauen auf Oesterreich. Bringe man Dies ins Gleichgewicht! Unterschätze man nicht, was eine ebenbürtige oder überlegene Bewaffnung Alles in sich schließt! Es ist Dies ein höchst wichtiger Bestandtheil der auswärtigen Politik, nämlich der Sorge für Ansehen und Geltung, und der tapfern österreichischen Armee gegenüber ist es eine unabweisliche Pflicht. Aber Nichts auf morgen, was heute möglich!

Der Erhaltung des Friedens wird Das nicht hinderlich seyn; im Gegentheil. Jetzt wissen wir ja, daß es ein Hauptmotiv zu dem Kriege von 1866 war, aus der Ueberlegenheit des Zündnadelgewehrs praktischen Vortheil zu ziehen, so lange ihr noch ein Monopol blieb. Eine Erhaltung dieses Monopols auf weit hinaus stand nicht mehr in Aussicht; bei den Amerikanern war das preußische Gewehr bereits überholt. Hatte demnach Oesterreich eine ebenbürtige oder gar eine überlegene Waffe gehabt, der vorjährige Krieg wäre vielleicht gar nicht zum Ausbruch gekommen.

8. August 1867.

Gleichwie in Waitzen der noch von Ungarn abwesende Ludwig Kossuth, so ist in Zala-Egerszeg der bereits aus der Verbannung zurückgekehrte Moritz Perczel als Abgeordneter in den ungarischen Landtag gewählt worden. Anfänglich hieß es, Perczel äußere sich, als ob er wieder da anzuknüpfen gedenke, wo früher die Unterbrechung eintrat; allein es scheint, daß man ihm hiebei Unrecht that. Er hat seither mehrfach die Gelegenheit ergriffen, um zu betonen, daß er nur mit geistigen Mitteln und ohne Agitation zu wirken beabsichtige, und zugleich dem ungarischen Ministerium die Gerech-

tigkeit widerfahren lassen, mancherlei politische Angriffe auf dasselbe zu tadeln; auf diese Art übereile man es, lasse ihm keine Zeit, hindere demnach den Erfolg. Dessenungeachtet ist offenbar nicht Alles so glatt, wie es seyn sollte; nur ist nicht wohl anzunehmen, daß Männer, die ihre Erfahrungen auch im Auslande gemacht haben, Hand in Hand mit jener angeblichen „Linken" gehen könnten, die ganz eigentlich Reaktionäre zu Gunsten der alten Komitats- und Adelswirthschaft in sich schließt. Was Kossuth betrifft, so ist er zwar einhellig, d. h. ohne Widerstand erwählt, allein von den 3800 Wählern des Bezirks hatten sich kaum 200 zur Wahl eingefunden. Einige Blätter machen es deßhalb dem ungarischen Ministerium zum Vorwurf, daß es keinen Gegenkandidaten aufstellte. Indeß wenn es eine politische Partei gab, die gegen Kossuth war, so bedurfte sie nicht erst einer Inspiration von Regierungs wegen, und vielleicht hat das Ministerium klüger daran gethan, auch den blosen Anschein zu vermeiden, als ob es Kossuth zu fürchten habe. Ueberdies weiß man noch nicht einmal, ob Kossuth die Wahl annimmt und kommt: geschieht es aber, so wird er sich überzeugen, daß er nicht mehr als Diktator über Ungarn verfügen kann, und unter dieser Voraussetzung war es eine richtigere Politik, ihn das Experiment ungestört machen zu lassen, als ihm eine solche Erfahrung zu ersparen.

Auch den Ungarn kehrt der Panslawismus in seiner neuesten Gestaltung eine Physiognomie zu, welche einer ernsten Beachtung werth ist. Man spricht allerlei von Agenten, die in politischer Agitation „machen", und schreibt ihnen Ausgaben und Geldmittel zu, die über eine gewöhnliche Parteianstrengung hinausgehen. Wohl möglich, daß auch etwas Gespensterseherei mit unterläuft; allein, wie das alte Sprichwort sagt, kein Rauch ohne Feuer. Bei den ungarischen Nordslawen ist die Stimmung von der Art, daß dort wenig Gefahr ist: um so bedenklicher steht es nach dem slawischen Süden zu. Es waltet dabei gleichsam eine Nemesis ob; denn gegenüber den Kroaten findet sich nun das ungarische Ministerium ganz in derselben Situation, in der sich einst das Ministerium Schmerling gegenüber den Ungarn befand. Ohne Konzessionen wird sich die Schwierigkeit kaum lösbar zeigen. Eine Eigenthümlichkeit von besonderer Art sind rumänische Umtriebe in Siebenbürgen. Bei den Rumänen handelt es sich nicht um eine slawische Stammver-

wandtschaft; das einzige Band zwischen den Rumänen und Russen wäre die Gemeinschaft der anatolischen Kirche. Die Regierung in Bucharest ihrerseits wirkt keineswegs als ein verlockender Anziehungspunkt, da dort vielmehr Alles zusammen aus Rand und Band zu gehen droht; die rumänische Nationalität aber ist offenbar ebenfalls kein Verlockungselement, denn die Rumänen der Moldau haben derzeit sichtlich kein dringenderes Anliegen, als die Sehnsucht, von den Rumänen der Wallachei um jeden Preis wieder separirt zu werden. Das Nationalitätsprinzip ist eben nicht immer und nicht überall der Schlüssel zur Lösung.

6. August. 1867.

Ich glaube, es ist vergebliche Mühe, der Zusammenkunft in Salzburg, wie einige Blätter thun, die politische Bedeutung abzusprechen: es wäre seltsam, wenn eine Besprechung zwischen den Beherrschern zweier Großstaaten Nichts zu bedeuten hätte. Für Oesterreich hat überdies der von Rußland zur Schau getragene Panslawismus eine Situation geschaffen, die auf lange hinaus seine Politik influiren wird. Der Panslawismus ist eine direkte und unverschleierte Bedrohung Oesterreichs; hier ist Nichts zu vermitteln oder zu vertuschen, sondern die Sache stellt sich von selbst auf die Spitze. Aber nicht nur für Oesterreich allein ist ein von den Staatskräften Rußlands getragener Panslawismus eine Bedrohung; er ist es auch gegen die katholische Kirche, da jedes russische Vorgehen zugleich eine Propaganda für das anatolische Kirchenwesen ist, — gegen die abendländische Kultur, welche nun neben der russischen für eine barbarische gelten soll (so weit gehen z. B. die Tschechen), — und gegen das westliche Europa in seinem politischen Bestand überhaupt. Früher sprachen wohl französische Politiker von der Nützlichkeit einer Allianz zwischen Frankreich und Rußland, nämlich um von beiden Seiten her auf Deutschland zu drücken und sich auf dessen Kosten zu vergrößern; allein keine mögliche (d. h. verdaubare) Gebietsvergrößerung Frankreichs vermöchte diesem auch nur entfernt einen Ersatz dafür zu bieten, daß Rußland alle slawischen Völker in sein schon jetzt übergroßes Reich mit einschlösse. Mit dem Bekenntniß zu panslawistischen Absichten tritt Rußland zu dem ganzen übrigen Europa in ein Verhältniß, wie es das Napoleon's I.

auf dem Spiel seiner Machtfülle war. Ich sage: zu dem ganzen übrigen Europa, ohne eine Ausnahme zu machen; denn was den Norddeutschen Bund betrifft, so ist es klar, daß er z. B. Böhmen, dieses gleich einer Zitadelle nach Westen vorliegende Gebirgsland, niemals in den Besitz des russischen Kolosses wünschen kann, und daß, wenn ein solcher Endpunkt als unzulässig erscheint, damit auch über eine Annäherung dazu schon das Urtheil gefällt ist. Aller Wahrscheinlichkeit nach werden die Gestaltungen der europäischen Politik in der nächsten Zukunft, vielleicht bis auf ein Menschenalter hinaus, wesentlich durch das Verhältniß zum Panslawismus bestimmt werden. Es wäre seltsam, wenn diese bereits schwingende und dröhnende Saite bei der Zusammenkunft in Salzburg unberührt und ignorirt bliebe.

Noch wenige Tage, und die Deputationen für den Ausgleich mit Ungarn treten hier zusammen. Es sind noch Schwierigkeiten genug zu ebnen, namentlich finanzielle, aber die Aussicht auf eine glückliche Lösung wächst zusehends; die Gefahr des Panslawismus ist diesseits wie jenseits der Leitha ein Sporn weiter zur Einigung. Diese Erkenntniß geht durch alle Parteien hindurch. Mittlerweile zeigt sich das ungarische Ministerium dankbar gegenüber der Presse, welche in der That der Sache Ungarns wirksame Dienste geleistet hat. Das ungarische Amtsblatt verkündigt, daß der Kaiser „dem Zeitungsredakteur Moritz Gans für seine auf journalistischem Gebiet bekundete erfolgreiche Thätigkeit" den ungarischen Adel, mit dem Prädikat Ludassin, taxfrei verliehen hat. Man erlebt heutzutage manche Adelsverleihung, die eigentlich auf keinem Verdienste beruht, als daß der Empfangende Geld hat; wenn er dem Staate davon leiht, so thut er's gegen stattlichen Profit; warum sollte die Presse, die geistige Großmacht der Neuzeit, nicht den Rang der Börsenwelt aufwiegen?

So ganz und gar materiell ist unsere Zeit übrigens denn doch nicht, auch nicht in Wien. Der Bau der neuen Kirche unter den Weißgärbern schreitet wacker vorwärts; Kardinal v. Rauscher hat nicht weniger als 60,000 Fl. dazu gespendet. Auch die Brigittenau soll eine neue Kirche erhalten; in Fünfhaus ist ein gothischer Kuppelbau im Plan. An der Stephanskirche ist das nun schon sieben Jahre stehende Gerüste um den Unterbau des fehlenden zweiten Thurms ausgebessert worden, und die neu eingesetzten Stücke

stechen hell ab von dem schwarz gewordenen übrigen Gebälke. Diese Ausbesserung sieht aus wie eine Hoffnung, daß der Ausbau des zweiten Thurmes am Ende doch noch nicht unwiederbringlich aufgegeben ist oder bleiben wird.

---

7. August 1867.

Hiesige Blätter erwähnen umlaufender Gerüchte, wonach eben jetzt, während Frhr. v. Beust abwesend ist, von gewisser Seite her stark gearbeitet werden soll, um dessen Stellung zu unterminiren. Unwahrscheinlich ist Das gerade nicht: Aussicht auf Erfolg hat es schwerlich. Sollte der Ausgleich mit Ungarn in letzter Instanz mißlingen, dann erst böte sich eine offene Bresche dar: allein dieses Mißlingen wäre ein öffentliches Unglück, und als solches kann es nicht wohl Gegenstand einer Spekulation sein, die etwa darauf ausginge, sich vermittelst einer Förderung desselben in einen Ministersitz aufzuschwingen. Ein Sitz auf Rosen wäre ein solcher jedenfalls nicht. Jedes System, auf das ein Gegner des Frhrn. v. Beust derzeit greifen könnte, ist schon da gewesen und hat sich politisch verbraucht. Den Slawismus kann man in Oesterreich nicht mehr voranstellen, weil er sich als panslawistisch, d. h. als russisch deklarirt hat. Mit den Magyaren würde der Störer des Ausgleichs natürlich für immer gebrochen haben, und mit den Deutschen würde er stehen, wie das Ministerium Belcredi, welches an ihrem Widerstand scheiterte. Dies wäre eine bodenlose Politik. Ich begreife, daß es Leute gibt, die Hrn. v. Beust wegwünschen, aber ich verstehe nicht, wie und warum sie sich zutrauen mögen, ihn erfolgreich zu ersetzen. Der Krakauer „Czas" schreibt, man wundere sich, daß „in einem solchen Augenblick" Frhr. v. Beust nach Gastein abgereist sey. Nun, darauf läge die Antwort nahe: „weil er ein Mann der Staatskunst, nicht der Intrike ist, — weil auch in seiner Abwesenheit seine politischen Erfolge für ihn sprechen, — und weil eben diese beiden Eigenschaften diejenigen sind, die seinen Gegnern abgehen." Auch glaube ich nicht, daß eine Gefahr vorhanden ist. Jener Theil der böhmischen Aristokratie, der früher Hand in Hand mit den Ultratschechen ging, ist durch die Entpuppung dieser Alliirten als Russen stark in dem Rufe politischen Scharfblicks geschädigt worden.

In Laibach (Krain) ist der durch die Landesregierung verfügten Suspendirung des slowenischen Turnvereins „Juzni Sokol" nunmehr dessen definitive Auflösung nachgefolgt; Dr. Costa, Bürgermeister von Laibach, nahm zwischen Suspendirung und Auflösung Gelegenheit, seine Stelle als Vorsteher des Vereins niederzulegen. In der „Neuen freien Presse" reklamirt der bekannte Dr. Bleiweis, ihm sey von dem Landespräsidium keineswegs eine Verwarnung wegen demonstrativen Absingens der russischen Nationalhymne in dem Verein „Citalnica" zugegangen; übrigens sey dieser Verein nicht zu verwechseln mit der öffentlichen Restauration in dem Vereinsgebäude. (Vermuthlich also fand die Demonstration in letzterer statt.) Inzwischen hat sich dieser Demonstrationsschwindel auch nach Gratz (Steyermark) hinüber verpflanzt. Dort kam es am vergangenen Sonntagabend zu einer großartigen Rauferei in einer Bierhalle, veranlaßt durch slowenische Studenten, die sich über die Deutschen überhaupt und die Steyerer insbesondere lustig machten, und unter Anderm riefen: „Wartet nur, wir als künftige Russen werden Euch Deutschen schon zeigen, wer Meister ist." Eine herbeieilende Patrouille fand übrigens die slowenischen Schreier bereits expedirt. Es helfen alle Beschönigungen Nichts, daß das Russenthum in Oesterreich nur literarisch gemeint sey: die enfants terribles des Panslawismus überschreien Das, und sie erfinden Nichts, sondern sie schwatzen's nur aus. Und diese Studenten sind Aspiranten des Staatsdienstes und künftige Amtsbewerber, nicht in Rußland, sondern in Oesterreich!

Der Wiener macht seine Witze über Alles, was ihm vorkommt; noch ehe die ungarische Deputation hier eingetroffen ist, hat ein illustrirtes Witzblatt auch die finanziellen Schwierigkeiten bereits erledigt. „Baratom," sagt der Ungar, dem Deutschen die Hand bietend, „macht die Schuld aus 3048 Millionen; zohlst Du Deine Holbscheid nit, zohl' i meine Holbscheid nit: is Ausgleich fertig!" (Die Ungarn wehren sich übrigens stark gegen die Zumuthung, auf halb und halb zu theilen; die „Holbscheid" ist ihnen zu viel.)

10. August 1867.

Gestern fand in Sachen des ungarischen Ausgleichs die erste gemeinschaftliche Sitzung der beiderseitigen Deputationen statt.

[illegible] das [illegible] Geheimniß beobachtet: [illegible] so kann man sich denken, [illegible] hinaus gekommen ist. [illegible] in den Berathungen. [illegible] Deputation bereits [illegible] Hauptpunkte [illegible] [illegible] unaufrämliche Schwierig- [illegible] doch auch wieder [illegible] Zollfragen und Zollen- [illegible]

[illegible] Polizei und [illegible] gemeinschaft [illegible] politisch [illegible] Völkern [illegible] Ehrlich [illegible] nicht oder [illegible] Russische kaum den Character einer Muttersprache. Und nun [illegible] natürliche [illegible] kommen!

Die in Paris von Zeitungseigenthümern und Redaktoren eingeleitete Besprechung von Maßregeln, um sich von der Willkühr der Telegrammagenturen zu emanzipiren, verdient auch in Deutschland Beherzigung und etwaige Nachfolge. Ueberall beklagt man sich, und überall legt man müßig die Hände in den Schoß. Es wird eine Masse von Nachrichten telegraphirt, die gänzlich werthlos und unbedeutend sind; andere werden blindlings, ohne Kritik und ohne Prüfung der Glaubwürdigkeit nach ihrer Quelle, in die Welt geschickt; wieder andere sind bewußte Lügen oder Entstellungen, im Dienst irgend einer Politik oder irgend einer Börsenspekulation den Abonnenten aufgebunden. Es müßte mit wunderlichen Dingen zugehen, wenn, sobald irgend ein Zusammenhalten der Käufer stattfindet, es der Verkäufer wäre, der ihnen Gesetze vorschriebe. Um sich zu emanzipiren, brauchen die abonnirenden Blätter sich nur über drei Punkte in's Einverständniß zu setzen: 1) Honorar an die Telegrammagentur nicht monatweise, sondern je nach Zahl der abgedruckten Zeilen; 2) was als interesselos nicht abgedruckt wird, entfällt aus der Rechnung; 3) was sich nachträglich als unwahr erweist, wird trotz geschehenen Abdrucks ebenfalls nicht honorirt. Auf diesem Fuße verkehren z. B. die hiesigen Zeitungen mit den hiesigen autographirten Lokalkorrespondenzanstalten. Probatum est.

Wie weit die Türkei bereits in der Zivilisation vorgeschritten ist, ersieht man neuerdings aus dem Verfahren des Sultans in Pesth: aus Anlaß seines dortigen Aufenthalts hat er, wie jetzt gemeldet wird, zahlreiche Ordensdekorationen verliehen. Was die andern „Batschischs" betrifft, so wurde den Schiffsoffizieren und der Mannschaft der drei Dampfschiffe, die den Sultan nach Rustschuk geleiteten, ein Geschenk von 10,000 Fl. zu Theil.

Dr. Costa, Bürgermeister in Laibach, soll der slowenischen Exzesse wegen, die er nicht rechtzeitig zu meistern wußte, von seinem Amte suspendirt sein. Präsident des nun aufgehobenen „Sokol" war er selbst, ohne daß Dies früher einen Anstoß gab; aber zu panslawistischen Demonstrationen paßte allerdings die Eigenschaft eines wohlbestallten österreichischen Bürgermeisters nicht.

12. August 1867.

Indem Ungarn finanziell für eine möglichst geringe Taxirung [illegible], beruft es sich auf eine thatsächliche Unfähigkeit, mehr zu leisten. In Wirklichkeit liegen statistische Erhebungen vor, aus denen für die Vergangenheit eine ziemlich schwache Leistung Ungarns hervorgeht. In den sechs Jahren 1860 bis 1865 einschließlich haben die deutsch-slawischen Kronländer eine Einnahme von mehr als 1360 Millionen gebracht, während Ungarn mit sämmtlichen Ländern der ungarischen Krone nur 557[illegible] lieferte. Im Jahr 1865 verhielt sich der Ertrag der direkten Steuern in den deutsch-slawischen Kronländern zu dem in den ungarischen wie 71[illegible] zu 34[illegible]; der Ertrag der indirekten wie 141[illegible] zu 56[illegible]. In den erstgenannten Kronländern war der Ertrag der indirekten Steuern bis 1865 in der Zunahme begriffen; in den ungarischen nahm er von 1862 an ab. Das Kriegsjahr 1866 ist bei dieser Statistik als ein Ausnahmsjahr absichtlich nicht mit in Rechnung gezogen; Ungarn übrigens wurde unmittelbar kaum von den Kriegsleiden berührt, und dennoch, von den Steuerrückständen des Jahres 1866 und der vorangegangenen Jahre, in einem Gesammtbetrage von 42[illegible] Millionen, kommen auf die ungarischen Lande nicht weniger als 28 Millionen, d. h. beinahe [illegible]. Für das Interesse des Augenblicks zieht man aus diesen Ziffern den Schluß, daß Ungarn finanziell schwach sey und relativ nicht so viel zu leisten vermöge, als die diesseitigen Kronländer; weiter blickende Politiker werden daraus noch einen andern Schluß ziehen, der sich nicht blos auf ein Interesse des Augenblicks beschränkt, nämlich den, daß Ungarn, wenn es ein Staat für sich allein wäre, sich zu bedeutend höheren Steuerleistungen genöthigt fände, um den Gefahren des Panslawismus nach Bedarf die Spitze zu bieten. Was früher die Türkengefahr war, das ist jetzt der Panslawismus. Die Gefahr ist eine gemeinsame; das Bedürfniß der Abwehr ist es auch. Hieraus folgt aber mit politischer Nothwendigkeit, daß der Dualismus nicht in eine gegenseitige Entfremdung oder Abkehrung auswachsen darf, welche für beide Theile gleich schädlich wäre. Nun hat man aber aus lauter Angst, nur ja auch die entfernteste Aehnlichkeit mit etwas gemeinsam Parlamentarischem nicht aufkommen zu lassen, von ungarischer Seite dem Verkehr in Betreff der gemeinsamen Angelegenheiten die allerengherzigsten Beschränkungen auferlegt. Es nimmt sich fast aus, wie

wenn jeder Theil dem andern gegenüber sich in Quarantäne befände. Dies ist auf die Länge nicht haltbar; die Entwicklung der Zukunft wird einer „freien Praktika" Bahn brechen.

Aus Prag werden keine neueren Fortschritte des Russenthums gemeldet; im Gegentheil, selbst das Tschechenthum büßt Etwas von seinem bisherigen Nimbus ein. Einer der tschechischen Führer ist bei seiner Partei in Ungnade gefallen, weil er seine Söhne aus dem Altstädter tschechischen Gymnasium wegnahm und sie in das Kleinseitener deutsche Gymnasium that. Die Kenntniß des Deutschen dient eben zu gutem Fortkommen in der Welt, während das Tschechische schon den österreichischen Südslawen unverständlich und selbst in dem „heiligen Rußland" zu Nichts brauchbar ist. Daher kommt es denn auch, daß es in Prag, trotz aller tschechischen Ueberspannung, tschechische Professoren gibt, die es vorziehen, in deutscher Sprache zu lesen, offenbar weil sie den Studenten gegenüber ihre Rechnung dabei finden. Tschechische Lehrkanzeln gibt es übrigens in allen Fakultäten der Prager Hochschule. In dieser Beziehung bedarf das Tschechenthum keiner neuen Universität in Warschau: wenn letzteres Projekt nicht schon von vorne herein ein todtgeborenes wäre, die tschechischen Studenten würden in Warschau wahrscheinlich vermissen, daß man nicht auch deutsche Lehrvorträge zur freien Auswahl habe.

Die Angabe einiger deutschen Blätter, daß die Stimmung Ungarns zu einer Allianz Oesterreichs mit Frankreich dränge, ist thatsächlich unbegründet. So sagt z. B. das „Pesti Naplo" gerade umgekehrt: „Oesterreichs Beruf in seiner heutigen Lage ist nicht, das Schwert zu ziehen, sondern sich in seinem Innern zu verstärken: dadurch erhebt es sein Ansehen besser, als selbst durch einen glücklichen Feldzug in Gemeinschaft mit einem Alliirten. Nur in dem Falle müßte Oesterreich auftreten, wenn es unmittelbar bedroht wäre, und dieser Fall träte ein, wenn eine preußisch-russische Allianz als unabänderlich fertige Thatsache vorläge; dann freilich müßte die Pflicht der Selbsterhaltung jedes andere Interesse zum Schweigen bringen." Allerdings gibt es auch anders lautende Stimmen in Ungarn, wie z. B. im „Magyar Ujsag": allein das „Pesti Naplo" ist das Organ der herrschenden Partei, d. h. der großen Majorität des Landes. Auch hier in Wien ist die öffentliche Stimmung keineswegs für ein offensives Zusammengehen mit

Frankreich, überhaupt nicht für eine Störung des Friedens, [illegible] man sich anderseits auch nicht verhehlt, daß Oesterreich sich um keinen Preis gänzlich isoliren dürfe. Die Folgerung daraus ergibt sich von selbst.

---

14. August 1867.

Man empfiehlt sich in der Welt nicht immer dadurch, daß man Recht behält; wenn man ein Unheil vorhergesagt hat, läuft man sogar Gefahr, selbst als ein Unglücksvogel verschrieen zu werden, und gleichsam für mitschuldig zu gelten. Hat man aber glückliche Erfolge geweissagt und es trifft glänzend ein, so darf man sich immerhin Etwas darauf zu gute thun, daß man politisch richtig divinirt hat.

Gleich bei der Ernennung des Frhrn. v. Beust verglich ich den Eindruck derselben mit der Empfindung auf einem Schiffe, das in todter Windstille gelegen, wenn man nun plötzlich einen Ruck fühlt und die Segel von einer frischen Brise geschwellt sieht. „Wieder Schaum vor dem Bug: vorwärts!" Vielleicht Mancher schüttelte damals ungläubig den Kopf; der Pessimismus war gar zu tief eingerostet in Oesterreich. Und gegen „Ausländer" bei festlichen Anlässen „deutsche Brüder" ꝛc. gibt es mitunter noch Vorurtheile, als ob Wien eine Kleinstadt wäre. Nun aber vergleiche man, was in diesen wenigen Monaten Alles geschehen ist, und man sieht einen Umschwung vor sich, bei dessen Anblick, sollte man denken, selbst das träge Blut des Pessimismus rascher pulsiren muß. Damals war ganz Oesterreich ein Chaos voll öffentlicher Unzufriedenheit. Jetzt ist jenseits der Leitha eine Strömung gesunden politischen Lebens; man fühlt sich dessen so sicher, daß auch für Ludwig Kossuth die Rückkehr ins Vaterland offen steht, er selbst übrigens die Zeit dazu nicht für günstig erachtet. Mit Recht hat ein aus dem Exil heimgekehrter Führer bemerkt: „Es handelt sich in Ungarn nicht um eine Fortsetzung von 1848 und 1849, sondern um die Fortsetzung jenes Gangs der Dinge, der durch 1848 und 1849 *unterbrochen* wurde." Diesseits der Leitha hat man parlamentarischen Häuptern Eintritt in das Ministerium angeboten, und sie haben es vorerst abgelehnt: — Beweis genug, daß sie die konstitutionelle Sache gewahrt und in guter Hand wissen, denn sonst wäre es ein politischer Fehler gewesen, sich nicht selbst mit an das Ruder zu stellen. Es legt sich ein öffentliches Vertrauen an den Tag, wie

es in diesem Grad, namentlich in Oesterreich, fast unerhört ist. Ich wenigstens rechne dahin z. B. Stimmen aus der früheren Oppositionspresse, die dem Frhrn. v. Beust manchmal Dinge zutrauen, wie man sie sonst nur von einem Zusammenwirken zu erwarten pflegt; wer Alles können soll, Dem braucht man auch keine Minister aus dem Parlament zu liefern. Ist es doch sogar vorgekommen, daß eine neue Art von Pessimismus sich gegen parlamentarische Häuptlinge wandte, und für das Haus der Abgeordneten mehr Tadel hatte, als für die Regierung!

Aber das Konkordat? wird man fragen. Nun, so viel ich sehe, hat es da Rußland auf sich genommen, Etwas für Ebnung der obwaltenden Schwierigkeiten zu thun, und zwar vermittelst des Panslawismus. Rußland ist antiliberal, und es ist aggressiv antikatholisch; der Panslawismus ist mithin Beides ebenfalls, denn er kann nicht antirussisch seyn. Diesem Panslawismus gegenüber ist die katholische Kirche und ist katholische Gesinnung eine geistige und moralische Schutzwehr. Ein gemeinsamer Feind macht aus Denen, die ihm die Spitze bieten, thatsächliche Kampfgenossen; die Gegner des Panslawismus in Oesterreich würden sonach gegen ihr Interesse handeln, wenn ihre Feindschaft gegen das Konkordat in eine Feindschaft gegen die Kirche selbst auswüchse, wie man den Heißspornen unter den Konkordatsgegnern theilweise schon bisher vorwarf. Auf der andern Seite hat die Kirche in der Abwehr des Russenthums ein verstärktes Interesse, wider einen derartigen Gegner alle Kräfte zu sammeln und beisammenzuhalten, so weit es nur irgend thunlich und erreichbar ist. Das Konkordat war nicht der rechte Weg dazu: es hat die Sache der Kirche in Oesterreich unpopulär gemacht, ohne ihr dafür eine wirkliche Vergütung zu schaffen; es war ein unrichtig gewähltes Mittel zum Zweck. Ich weiß sehr wohl, wie viel Ungeschlachtes, Verkehrtes, nicht nur Antikirchliches, sondern auch Antireligiöses in der Strömung gegen das Konkordat mitschwimmt; allein da Dies Alles eben unter der Herrschaft des Konkordats so geworden ist, so scheint es mir eher eine Einwendung gegen als für dasselbe zu seyn. Der Panslawismus, steht zu hoffen, wird diese Verhaltnisse klären und die Hellsehenden beider Theile im Interesse der gemeinsamen Vertheidigung einander nähern; es ist nicht zu frühe dazu.

Und das österreichische Slawenthum? Vor allen Dingen ist

es slawisch, nicht russisch, wird auch niemals russisch werden. Mit einer russischen Grammatik überbrückt man die trennende Kluft nicht; die Völker empfangen ihren Typus und Charakter aus den Händen der Natur, nicht aus denen eines Schulmeisters. Für Die aber, die sich erst künstlich zu Russen machen müßten, liegt doch wahrlich keine „nationale" Verführung vor. In Oesterreich sind sie gleichberechtigt; unter russischer Herrschaft würden sie nur „Russen zweiter Klasse" seyn. In dem russischen Reiche, wozu bekanntlich auch Sibirien gehört, wären sie allerlei unfreien Institutionen unterthan; in Oesterreich sind sie freie Staatsbürger. Gegen Religion und Freisinn gleichzeitig, bin ich überzeugt, werden die Panslawisten Oesterreichs sich nicht im Sattel halten. Im Gegentheil, es läßt sich Alles dazu an, daß die Bedrohung mit dem Panslawismus Oesterreich nur um so fester einigen wird.

Blicke man zurück, wie es vor zehn Monaten aussah, und der Kontrast springt in die Augen. „Frhr. v. Beust hat Glück gehabt", sagen Einige. Sey es darum; aber dem Glück ging eben eine staatsmännische Auffassung voran; er hat dem Glück erst eine Thüre aufgethan, sonst hätte es nicht hereingekonnt. Unter solchen Umständen ist es denn auch nicht mehr sanguinisch, mit gesteigerter Zuversicht in die Zukunft zu blicken. Selbstvertrauen und ein muthiger Zugriff erlangt Manches, was der Geistesträgheit unmöglich scheint. Nur jener Pessimismus, der die Hände verdrossen in den Schooß legt, und dabei müßig mit dem Schicksal grollt, der ist politisch impotent, und er wird es bleiben!

15. August 1867.

Aus dem „Kreise der Schweigenden", wie man hier die beiden Ausgleichsdeputationen nennt, dringt doch zeitenweise Etwas in die Oeffentlichkeit; so z. B. eben jetzt die Kunde, daß die ungarische Deputation sich für eine bestimmte Quote Ungarns nach einem statistischen Durchschnitt ausgesprochen hat, der jedoch weder aus den direkten noch aus den indirekten Steuern, sondern aus der thatsächlich erfolgten ungarischen Gesammtleistung (d. h. mit Abrechnung der gebliebenen Steuerrückstände) gezogen werden soll. Dieser Vorschlag wird nun von der diesseitigen Deputation, ebenfalls abgesondert, in Berathung gezogen werden. So gehen die Dinge hinüber

und herüber, stets vermittelst schriftlicher Mittheilung; kommt man nicht überein, so findet allerdings eine gemeinsame Konferenz statt, welche aber nur einen „privaten Charakter" hat, und bei der weder ein Protokoll geführt noch eine gemeinsame Abstimmung vorgenommen werden darf; jede Deputation steht der andern formell immerdar als Gesammtheit gegenüber. Es ist nur wunderbar, daß man auf diesem schleppenden Wege bereits mit einer „Geschäftsordnung" zu Stande gekommen ist; diese Geschäftsordnung übrigens gehört ebenfalls zu den Dingen, die man beiderseitig geheim zu halten hat, und offiziell sind demnach die Angaben nicht. Friedrich List, der Nationalökonom, nannte vor etwa 36 Jahren, als er aus Amerika zurückgekommen war, einen damaligen süddeutschen Kammerliberalen wegen seiner Rangsansprüche in der Beamtenhierarchie scherzweise den „geheimen Publizitätsrath": auf diese „geheime Publizität" ungefähr laufen die ungarischen Beschränkungen hinaus. Nur um's Leben nichts gemeinsam Parlamentarisches! Bei den „Diners" jedoch, welche bei einem Verkehr mit Ministern natürlich nicht ausbleiben, sitzen dem Vernehmen nach die beiderseitigen Deputationsmitglieder ungenirt beisammen, wie andere Leute, und sprechen miteinander. Am Ende wäre es ein Fortschritt, wenn man die Geschäfte ausschließlich nur bei „Diners" vornähme!

Man hat Unrecht gehabt, dem aus dem Exil heimgekehrten früheren Honvedgeneral Moritz Perczel neue Agitationsplane zu unterlegen; vielmehr hält er aufrichtig zu dem ungarischen Ministerium und der Partei Deak. Jetzt eben meldet „Pesti Naplo" aus Bonyhad, daß Perczel selbst einer Deputation des Honvedvereins der Baranyaer Gespannschaft bei einer Begrüßungsansprache erklärte, es sey eine irrige publizistische Mittheilung, die ihn in einer seiner früheren Reden sagen ließ, er sey gekommen, um 1849 fortzusetzen: er habe gesagt, er sey gekommen, „um sich der Entwicklung des durch die Ereignisse von 1848 und 1849 unterbrochenen konstitutionellen Lebens zu widmen." Deßgleichen äußerte er sich diesem Honvedvereine gegenüber: „Im Augenblicke der Gefahr, wenn die Anordnung der Nationalvertretung und der Befehl unseres gekrönten Königs die Honveds wieder zur Vertheidigung des Vaterlandes aufrufe, werde er sich mit Freuden an die Spitze der Begeisterten stellen, die bereit seyn würden, ihm zu folgen." Inzwischen hat „Pesti Hirlap" wieder ein öffentliches Sendschreiben

Kossuth's gebracht, das sich über die Komitatsfrage und für eine neue Organisirung des Oberhauses ausspricht. Diese Sendschreiben nehmen sich nachgerade aus, wie jene öffentlichen Briefe, die Friedrich Hecker dereinst noch eine Zeit lang aus Amerika nach Deutschland schrieb: einen politischen Einfluß auf die Heimath gewann er nicht damit. So Etwas müßte täglich kommen, wie die Tendenzartikel der Tagespresse.

Wie der „Militärzeitung" aus Bosnien geschrieben wird, sind die dortigen türkischen Zivilbeamten sämmtlich um einen Grad höher in der Titulatur vorgerückt. Es geschah Dies, um für die außerordentlichen Ausgaben der Reise des Sultans auch eine außerordentliche Einnahme zu schaffen: nämlich durch höhere Charakterisirung aller höheren Beamten des Türkenreichs ad honores und gegen zweimonatlichen Gehaltsrücklaß ad personam. In Bosnien wurde Das auf 480,000 Piaster, im ganzen Reich auf mehr als 40 Millionen berechnet. Nachträglich erfährt man übrigens über die Reiseeindrücke des Sultans, daß er sich sträflich gelangweilt habe, was auch ganz glaublich ist.

---

18. August 1867.

Isolirt ist Oesterreich lange genug gewesen. Was übrigens in Salzburg zu Stande kommt, wird nicht aggressiver, sondern lediglich abwehrender Natur seyn; man will nicht den Prager Frieden rückgängig machen, sondern vielmehr ihn aufrecht halten, d. h. man ist jeder Ausschreitung entgegen, die über ihn hinausginge. Zunächst wird ein Verständniß zwischen Oesterreich und Frankreich bestimmend auf die italienische Politik einwirken, und zwar in friedlichem Sinne; zwischen beiden Mächten in die Mitte genommen, kann Italien keine Sprünge machen, sondern muß fein sachte thun. Was anderseits Preußen betrifft, so dreht sich Alles um die Frage, ob es gesättigt ist oder nicht. Wenn es gesättigt ist, hätte es ein Interesse gehabt, sich Oesterreich anzunähern; da es Dies unterließ, konnte es nicht wohl erwarten, daß Oesterreich sich der Gefahr aussetzen würde, eventuell zwischen zwei Stühlen niederzusitzen.

Um von Deutschland zu sprechen, ist heutigen Tags eine Vorfrage nöthig: wo ist es? Eine Vereinigung der deutschen Nation besteht nicht mehr: Preußen ist natürlich zuerst Preußen. Wenn der

Gothaismus sich für die Vertretung Deutschlands ansieht, so hat er jetzt das Ergebniß seiner vieljährigen Bemühungen vor sich: selbst ein Offensivbündniß Oesterreichs mit Frankreich (und davon ist doch keine Rede) würde nur die streng logische Folge jener Lehrsätze seyn, die er so lange öffentlich gepredigt hat. „Oesterreich gehört nicht zu Deutschland"; — also!

Rußland, indem es die Fahne des Panslawismus schwingt, ist eine Bedrohung Europa's, welches den Anspruch auf eine so kolossale Zentralisirung schon im Keime des Gedankens zurückweisen muß; auch in dieser Beziehung also handelt es sich um Ab- und Nothwehr. „National" ist der Panslawismus nicht, so wie es ein Pangermanismus nicht seyn würde. Selbst in Oesterreich verstehen slawische Völker gegenseitig ihre Sprache nicht; ein Reich aller Slawen vollends hätte so wenig eine Nationalsprache, als es eine solche für einen Pangermanismus gäbe, der darauf ausginge, Deutschland mit Großbritannien, Dänemark, Schweden, und Norwegen unter ein und dasselbe Szepter zu bringen. Beides wäre der Versuch eines neuen babylonischen Thurmbau's. Der Panslawismus ruft nur abweisende Gegensätze wach; in Salzburg wird einer derselben sichtbar, und Das auf weithin!

19. August 1867.

Im Laufe des Vormittags findet die erste „Konferenz" in Salzburg statt. Also doch nicht blos ein freundschaftlicher Trauerbesuch, gänzlich ohne Anflug von Politik; der Gebrauch des Ausdrucks „Konferenz" ist ein Eingeständniß des Gegentheils. In Wien selbst übrigens richtete man sein Augenmerk auch noch auf eine andere Frage: Napoleon III. erscheint in Zivilkleidung, wie wird es unser Kaiser halten? Franz Joseph nämlich hat sich noch niemals im schwarzen Frack gezeigt, und die Wiener (mit welchem Grund, ist mir zweifelhaft) legen eine Art von politischer Bedeutung darauf. Jene Frage nun hat sich gestern beantwortet: während Napoleon in Zivil erschien, trug Franz Joseph die Marschallsuniform. Schwerlich jedoch trifft es zu, wenn man hieraus etwa schließen wollte, Napoleon repräsentire das Friedenselement bei dieser Zusammenkunft. Für den Frieden bedarf er Oesterreichs nicht: wenn er also dem früher direkt und indirekt von ihm angefeindeten Oesterreich nun schöne Worte zu sagen weiß, so muß dabei eventuell auch noch

etwas Anderes im Spiele seyn, als das Interesse des Friedens. Vielleicht ist er zufrieden, wenn Oesterreich ihn wenigstens nicht zu hindern beabsichtigt, sondern ihm seinerseits freie Hand läßt: hiefür liegt denn auch ein sehr triftiges Motiv vor, denn vertragsmäßig und vorgeschriebenermaßen geht *Deutschland* Oesterreich Nichts mehr an. Auch wird man ihn sicherlich nicht brüskiren, aus dem naheliegenden Grunde, weil es nicht unserm Interesse gemäß wäre, nach allen Seiten *zumal* Front machen zu müssen. Sonst schließe ich aus der nächsten Vergangenheit auf Oesterreichs Friedensliebe denn wenn es in der Spannung um Luxemburg auf die Seite Frankreichs trat, so war der Krieg fix und fertig: aus welchem Motiv sollte es jetzt *anders* handeln? Im Ganzen aber habe ich jederzeit, wenn so gar viele Friedensversicherungen durch die Luft schwirrten, daraus den Schluß gezogen, daß der Friede ernstlich bedroht sey, und dieser Schluß hat mich selten getäuscht.

Die Ausgleichsverhandlung mit Ungarn beginnt sich auf bestimmte Ziffern zu fixiren. Der Verkehr zwischen den „Schweigenden" geht zwar nur schriftlich vor sich, allein dessenungeachtet weiß man, daß heute ein versiegeltes Schreiben der diesseitigen Deputation an die jenseitige den Betrag der ungarischen Quote auf $33\frac{1}{3}$ Prozent berechnen wird, und die Ungarn ihrerseits, obwohl ebenfalls im Banne des Schweigens, wissen es auch, daß ein solches Schreiben unterwegs ist, sehen ihm gefaßt entgegen, und wollen mit *ihrem* Angebot, wie man sagt, von 25 Prozent bis auf $28\frac{1}{2}$ entgegenkommen.

Wiener Touristen haben in neuester Zeit das Ländchen Gottschee entdeckt, eine interessante deutsche Sprachinsel am südlichen Ende von Krain, rings von Slowenen umgeben, ethnographisch Unterrichteten übrigens keineswegs unbekannt. Die Gottscheer machen eine Bevölkerung von etwa 25,000 Seelen aus: ihre alterthümliche Mundart setzt unter anderm **b** für **w**, gleich der sogenannten cimbrischen in den sette und tredici comuni bei Verona. „Dein Bille geschahen, bie im Himbel, also auf Jerden", heißt es im Vater unser nach Gottscheer Mundart. Der Fürst von Auersperg ist zugleich „Herzog von Gottschee." Wenn die Besprechung der Gottscheer Eigenthümlichkeiten in Wiener Blättern die Folge hat, daß man sich hier um deren *Erhaltung* zu interessiren anfängt, so ist Das eine glückliche Fügung, und sie kommt wahrlich nicht zu früh: bisher waren die guten Gottscheer geistig so sehr isolirt, daß

z. B. bei einer der letzten Landtagswahlen Gottschee einen slowenischen Deputirten wählte. Da kommt am Ende auch die deutsche Sprache in Gefahr; es ist aber endlich Zeit, daß solche Erfahrungen aufhören, wie die in Tyrol, wo man nun schon seit zwei Menschenaltern, aus Mangel an „geistiger Schneide", fortwährend deutschen Sprachboden an die Italiener verliert.

Ein hiesiges illustrirtes Blatt bringt ein Spottbild, darstellend einen Tschechen, der mit Erstaunen sein Schwein betrachtet: dasselbe hat nämlich einen langen Bart am Rüssel und eine Kosakenmütze auf dem Kopfe; vor ihm liegen einige zerrissene Blätter. „Ale Sadrazenty", ruft er aus, „hat Schwein Grammatik russische meinige gefressen; hab' ich Schmarrn statt Bratel; aber sehe ich doch jetzt, wie geht in den Kupp!" (Kopf.)

20. August 1867.

Salzburg und wiederum Salzburg: — mit diesem Stoffe sind unsere heutigen Zeitungen förmlich überschwemmt. Dabei gehen sie, gleich den Londoner Blättern bei Schilderung eines Hoffestes, bis in die kleinsten Einzelheiten ein, schenken ihre volle Aufmerksamkeit der Toilette der Damen, übersehen auch die Anzüge der Herren nicht, und so erfahren wir denn, daß gestern Vormittag die beiden Kaiser in Zivilkleidung spazieren gegangen sind, was in Bezug auf Kaiser Franz Joseph für die Wiener eine große Genugthuung seyn wird. Was Napoleon betrifft, so weichen die verschiedenen Berichterstatter in der Beschreibung seines Aussehens bis zum direktesten Widerspruch von einander ab: der eine findet ihn gealtert, liest eine trübe Stimmung in seinem Gesicht, und bemerkt, daß er etwas hinke, während ein anderer seine Haltung stramm und behäbig, seinen Körper offenbar noch sehr kräftig, seinen Gang fest und leicht findet. Da hat man denn freie Auswahl, ganz wie bei den politischen Auffassungen, welche ebenfalls weit genug auseinandergehen. Ein Blatt erinnert an jene Zusammenkunft, die vor zwei Jahren um dieselbe Zeit in Salzburg stattfand: ein anderes an Villafranca, wo die erste Begegnung vor sich ging, der jetzt die Salzburger als zweite folgt; ein drittes weckt den der Sage nach im Untersberge bei Salzburg schlummernden Karl den Großen auf. In all' diesen Wendungen liegen politische Sympathien oder Antipathien

versteckt; denn daß in Salzburg gewichtige und vielleicht folgenreiche politische Besprechungen gepflogen werden, stellt man jetzt nicht mehr in Abrede. Festgestellt wird in der kurzen Zeit wohl noch Nichts seyn; indeß wenn der Stein einmal im Rollen ist, kann man nicht vorausberechnen, wie weit ihn der Impuls treiben und wo er am Ende Halt machen wird.

Ueber die Volksstimmung im südlichen Deutschland (es ist Dies ein Faktor, mit dem man heutzutage rechnen muß) liegen so verschiedene Berichte vor, als es verschiedene Tendenzen gibt, d. h. die Berichte sind gefärbt. Hört man die Anhänger der französischen Allianz, so ist Napoleon überall in Süddeutschland „mit Enthusiasmus" oder mit „stürmischem" Enthusiasmus empfangen worden; nach einer Korrespondenz der Neuen freien Presse aus Salzburg fuhr er in den dortigen Bahnhof „unter schwachem Beifallsrufen des auf dem Perron versammelten Publikums" ein; das Neue Fremdenblatt aber, welches jene Korrespondenz mit Angabe der Quelle abdruckt, streicht die Bezeichnung „schwach" weg und läßt aus Machtvollkommenheit der Redaktion nur den Beifallsruf ohne Einschränkung übrig. So „dressirt" man die Thatsachen vor den Augen des Publikums!

Bei dem ersten „Diner" in Salzburg unterhielt sich Napoleon mit dem Kaiser, dem Erzherzog Ludwig Viktor, und den Ministern in deutscher Sprache. (Es gibt deutsche Fürsten, die unter sich französisch reden.) Nebenbei bemerkt: ein hiesiges Blatt, läßt Napoleon durch den König von Bayern nach Berchtesgaden und nach München, durch den König von Würtemberg aber nach Arenenberg einladen! (Arenenberg ist bekanntlich nicht würtembergisch, sondern schweizerisch und liegt im Thurgau.)

In militärischen Kreisen spricht man von Pensionirung einer Anzahl höherer Offiziere. Es sollen vier Generale und eine Reihe von Obersten in den Ruhestand versetzt werden.

In Agram ist das kroatische Blatt „Pozor" (Beobachter) durch gerichtliches Urtheil auf drei Monate suspendirt worden. Seine politische Richtung war einem Verständniß mit Ungarn feindselig.

Das „Pesti Hirlap" in Pesth, noch eben erst von Kossuth durch die Zusendung seines neuesten Sendschreibens bevorzugt, ist am Eingehen und kündigt sein demnächstiges Aufhören an. Die Kossuth'schen Mittheilungen haben dieses Schicksal nicht abzuwenden ver-

mocht: eine sehr anschauliche *faktische* Widerlegung der ihnen zugetrauten Popularität!

— — —

21. August 1867.

Wenn man einem Telegramm aus Salzburg glauben darf, wäre „die Allianz zwischen Oesterreich und Frankreich zur Durchführung des Prager Friedens gesichert“; Kaiser Napoleon habe sichere Beweise von Verabredungen Rußlands mit einer andern Macht mitgebracht. Offiziös oder inspirirt ist übrigens diese Nachricht sicherlich nicht, denn sie sagt weiter, jede Ueberschreitung des Prager Friedens „werde von beiden Mächten als Kriegsfall betrachtet werden“, während man sonst aus Allem sieht, daß in Salzburg eine *friedliche* Betonung als Parole ausgegeben ist.

Von Napoleon, welcher inzwischen auch in Generalsuniform erschien, erzählt man sich mehrere Aeußerungen, die den Beweis liefern, daß er zu gefallen wünschte. Ueber Salzburg äußerte er: „Ich glaubte in eine kleine deutsche Stadt zu kommen; statt dessen fand ich eine herrliche italienische Stadt mit deutscher Bevölkerung“. Nach dem Theater sagte er zu General Fleury: „Schade, daß Sie nicht deutsch verstehen: Sie sind um einen großen Genuß gekommen.“ Die Begrüßung des Gemeinderaths von Salzburg erwiederte er in *deutscher* Sprache. Mittlerweile hat sich auch der Wiener Witz aufgemacht, der „alle Welt beleckt“, und stellt fest, daß sich die Westbahndirektion gegen eine französische Allianz ausspreche; denn überall im Bahnhofe sey in goldenen Buchstaben zu lesen: N E (Napoleon, Eugenie). Gelegenheitlich bemerkt, ist hier aufgefallen, daß die amtliche Wiener Zeitung, gerade während der Zusammenkunft in Salzburg, gestern einen neuen Bericht über die Hinrichtung des Kaisers Maximilian in Mexiko brachte, authentisch, wie sie hinzufügt, auch sehr ausführlich, doch aber eigentlich ohne eine neue Einzelheit.

Der heutige Geburtstag des Kronprinzen, Erzherzog Rudolf, wird durch eine großartige Stiftung bezeichnet, die ihm zu Ehren von einem hiesigen Industriellen gemacht wird. Hr. A. M. Pollak, durch seine Zündwaarenfabrikation weit über Wien hinaus bekannt, widmet 100,000 Fl. zur Errichtung eines Kollegienhauses für unbemittelte Studierende der Polytechnik, welches am 21. August 1868 eröffnet werden soll. Dasselbe wird 60 Studierenden freie Wohnung gewähren, ein chemisches Laboratorium, ein physikalisches Kabinett,

eine fachwissenschaftliche Bibliothek enthalten, und zu Ehren des Kronprinzen den Namen „Rudolfinum“ führen.

In Belgrad ist am 18. die angekündigte serbische „Jugendskupschtina“ (Skupschtina = Versammlung) eröffnet worden. Aus Kroatien kamen begrüßende Telegramme; ein Tscheche fand sich persönlich ein; von den aus Ungarn Eingeladenen erschien Niemand. (Die Magyaren sehen den Panslawisten schärfer auf die Finger, als die Deutschen.)

Der Konflikt zwischen Arbeitgebern und Arbeitern in der Gewehrfabrikation weist von neuem auf die Unzulänglichkeit der bisherigen Vorkehrungen zur Beschaffung von Hinterladern für die Armee hin. Bis Ende Dezember d. J. hatten 24 Fabrikanten 400,000 Gewehre neu oder umgestaltet zu liefern übernommen, und nun stellt sich heraus, daß sie Dies platterdings nicht zu halten im Stande sind. Nur eine verhältnißmäßig unbedeutende Quantität ist bis jetzt geliefert worden, und auch davon ging wieder mehr als die Hälfte ab, da man sie als mißlungen zurückweisen mußte.

..

22. August 1867.

Morgen Mittag werden unsere französischen Gäste Salzburg verlassen. Der Zeitungsberichte über „Diners“, Toiletten, Speisezettel, musikalische Programme &c. ist das Publikum schon vorher müde geworden; der politische Stoff aber behält seinen Reiz, bis der Schleier des Geheimnisses durchsichtig wird. Zur Zeit ist er es noch nicht. Das Neue Fremdenblatt beharrt darauf, eine Defensivallianz zu verkündigen, da man bei Prüfung der Weltlage die Interessen beider Mächte als vorherrschend identisch erkannt habe. In der offiziellen Welt bestreite man die Existenz eines Vertrags, eines Protokolls, oder überhaupt einer schriftlichen Aufzeichnung, allein bei wirklichem Einverständniß komme es darauf nicht an. In letzterem Punkte scheint mir das Blatt Recht zu haben; Unrecht jedoch in der Auseinandersetzung, die Politik Napoleons III. sey stets nur eine „Interessenpolitik“ und darum keineswegs eine räthselhafte oder unberechenbare gewesen. Seine gegenwärtige Anwesenheit in Salzburg, und daß er eine Art von Sühne oder Genugthuung anbietet, ist ein sprechender Beweis dafür, daß er Etwas gutzumachen hat, was auch gegen sein Interesse war,

denn ohne den letzteren Fall hätte er sicherlich keine Frontveränderung gemacht. Der bewerbende Theil bei dieser Angelegenheit war offenbar Frankreich. Die bekannten Artikel des „Journal des Débats“ enthielten nicht die Wünsche der österreichischen Politik, sondern die Wünsche Frankreichs, wie die österreichische Politik seyn möchte. Eventuell, d. h. unter Voraussetzung bloser Abwehr gegen einen Angriff, gesteht die Neue freie Presse, eine Gegnerin der Allianz, in ihrem gestrigen Abendblatt „mit Resignation“ ein, daß für Oesterreich vielleicht kein anderer Ausweg bliebe, und es aus dem Triebe der Selbsterhaltung das Zusammengehen mit Frankreich suchen müßte, wenn sich eine Fortsetzung des Feldzuges von 1866 in Szene setze.

Aus Dalmatien ein Kuriosum. Dort nämlich bekämpft man die sehr verheerend aufgetretene Cholera in der eigenthümlichen Weise, daß man sich gegen gesunde Gegenden absperrt. Die aus Wien geschickten Aerzte hielt man 14 Tage lang streng in der Quarantäne gefangen, und während dessen starben, anderthalb Meilen davon, halbe Ortschaften aus Mangel an ärztlicher Hilfe!

24. August 1867.

„Ueber die geheime Politik Napoleons sind alle aus Salzburg zurückkehrenden Spezialkorrespondenten einig, aber die Farbe seines Rocks bleibt nach wie vor zweifelhaft.“ So ungefähr spöttelt ein hiesiges Witzblatt, und es hat nicht Unrecht: den schwarzen Frack bei der Ankunft hatten einige Berichterstatter für braun, andere hinwiederum für dunkelblau angesehen. Den politischen Vorgängen standen sie natürlich weniger nahe. Daß übrigens eine Verständigung erzielt wurde, scheint sicher: wie weit sie geht, liegt noch im Dunkel, doch hat es offenbar einen Punkt gegeben, bei dem die Politik Oesterreichs Halt machte. Wohlunterrichtete bezeichnen das Erzielte als eine Verständigung über gemeinsame Interessen. Einen Beitrag zu den Festlichkeiten leistete noch der hiesige Männergesangverein, welchen Kaiser Franz Joseph nach Salzburg geladen hatte; Kaiser Napoleon benutzte diesen Anlaß, um über deutsche Tonkunst, deutschen Chorgesang 2c. allerlei Verbindliches zu sagen. Außerdem empfing er ein Mitglied des Abgeordnetenhauses, Hrn. Schindler, welcher sich zufällig in Salzburg befand, und hatte mit

ihm eine halbstündige Unterredung. Unmittelbar nachher wurde eine Skizze dieser Unterredung an zwei hiesige Blätter (Fremdenblatt und Neues Wiener Tagblatt) telegraphirt, und da Dies vorauszusetzender Maßen nicht durch Napoleon geschah, so kam es unausbleiblich auf Rechnung des Hrn. Schindler, dem nun in hiesigen Blättern arg dafür mitgespielt wird. Die alte „Presse" bringt in ihrem Feuilleton eine höchst ergötzliche Travestie seines Gesprächs mit Napoleon; die Neue freie Presse zerfasert Schindler's Aeußerungen kritisch in einem Eingangsartikel und läßt keinen guten Faden daran. Schindler hat eine gewisse äußere Aehnlichkeit mit Napoleon, oder vielmehr, wie man jetzt sagt, blos mit jener Physiognomie, die ihm die Bilder in den Witzblättern zu leihen pflegen; vielleicht war es dieser Umstand, der das Interesse oder die Neugier Napoleon's erregte. Ein Tyroler, der bei der Pariser Ausstellung von Napoleon einen ersten Preis als Viehzüchter erhalten hatte, kam nach Salzburg, um den französischen Kaiser wieder zu sehen, und brach sich durch alle Schwierigkeiten hindurch Bahn zu ihm, wurde auch sehr wohlwollend empfangen. „Du, Kaiser", sagte er beim Abschied, „wir haben unsern Franzl gern: wenn Du uns hilfst, wollen wir für Dich und Deinen Sohn auch Etwas thun." Ein gar nicht undiplomatisch aufgefaßtes Motiv, und vielleicht auf einen fruchtbareren Boden gefallen, als die preziösen Tiraden des Hrn. Schindler. Noch ist zu bemerken, daß am vorletzten Tage der Glanz der Kostüme durch einen vermehrten Farbenreichthum sichtlich gehoben wurde: es hatte sich ein Sprühregen gegenseitiger Ordensdekorationen herniedergesenkt.

Die panslawistische „Jugendversammlung" in Belgrad (auch „Studentenkongreß" genannt) brachte es doch noch auf etwa 300 Theilnehmer, worunter auch solche aus Rußland, vergeckte aber vollständig dadurch, daß sie einheimische Oppositionsmänner an die Spitze stellte und dadurch die serbische Regierung vor den Kopf stieß. Vorher hatte die letztere mit der beabsichtigten Demonstration geliebäugelt: nun aber schritt sie in echt slawischer Weise ein, ließ durch Gendarmerie den Versammlungssaal räumen, beförderte die ärgsten Schreier über die Gränze, und verbot den
und „Studenten" (Gymnasiasten) Serbiens jede fernere
nn diese Kunkel wohl auch für die Zukunft
Panslawismus hat nur in so weit freien

Spielraum, als er sich blindlings von den oberen Inspirationen leiten läßt.

25. August 1867.

Nun taucht auch eine neue Ansicht auf, die da behauptet, in Salzburg habe es sich um eine blose „Demonstration", um eine Spiegelfechterei gehandelt. Ueberhaupt tasten unsere Zeitungspolitiker noch unsicher umher. Der alten „Presse" kommt es nicht darauf an, auf der einen Seite als politische Thatsache geltend zu machen, daß sich das südliche Deutschland nun einmal in den Norddeutschen Bund hineinwünsche, und dann gleich auf der nächsten aus einem Artikel der Kreuzzeitung, den sie zugleich abdruckt, den Beweis zu ziehen, daß man von diesem Wunsche so ziemlich abgekommen sey. Ein Salzburger Korrespondent der Neuen freien Presse spricht in einem und demselben Artikel, den Abschied schildernd, erst von dem Ergebniß der Zusammenkunft als einem „hoffentlich, und wie es den Anschein hat, großen Nichts", und dann wieder von den Warnungen der Presse, an die man sich erinnern werde, „wenn die verhängnißvollen Folgen der Salzburger Zusammenkunft sich zeigen sollten." Komme nun, was wolle: auf diese Art ist nach beiden Seiten hin der politische Vorausblick gewahrt. Es erinnert mich Dies an eine ähnliche Politik, die man einst zwei Kalenderverlegern nachsagte. In dem bayrischen Schwaben erzählte man mir damals (es war vor vielen Jahren), man finde fast in jedem Bauernhause den Kemptener und den St. Galler Kalender, und zwar wegen ihrer richtigen Wetterprophezeiung; zwischen den beiden Verlegern, setzte man hinzu, bestehe nämlich ein Verständniß, jeweils das Gegentheil zu prophezeien, und daher die gesicherte Popularität beider Kalender zusammen: „denn", sagten die Bauern, „wenigstens einer von beiden hat immer Recht!" Jetzt wendet man Das auf die Zeitungstaktik an, vereinigt aber Kempten und St. Gallen in einem und demselben Blatt.

Die „Schweigenden", d. h. die zwei Ausgleichsdeputationen, haben gestern wieder eine gemeinsame Konferenz gehabt, bei welcher jedoch nicht, wie man hoffte, ein Beschluß der Veröffentlichung der beiderseitigen Aktenstücke zu Stande kam. Die Ungarn wollen die Oeffentlichkeit in dieser Beziehung nicht; auch halten sie bis jetzt

fest an der Quote von 25%, indem sie erklären, schon diese werde schwer bei dem ungarischen Landtage durchzubringen seyn.

26. August 1867.

Daß die Salzburger Zusammenkunft nicht überall gefallen werde, stand zu erwarten: aber kuriose Einwürfe sind es mitunter, die man gegen sie in das Feld schickt. Da erinnert z. B. Einer, daß es Napoleon war, der im vorigen Jahre durch Genehmigung des italienischen Bündnisses mitwirkte; 1859 habe er ohnehin Alles in Szene gesetzt. Ei, wenn er der bewegende Inspirator und Obmann war, so geht gerade daraus hervor, daß man bei der richtigen Adresse ist, wenn man sich mit ihm ins Verständniß setzt: da, wo der Quell springt, ist er auch abzudämmen. Aber, fügt ein Anderer hinzu, er hat Euch Schaden gethan, während es gegen sein eigenes Interesse war, und Das war ein böser Fehler. Ganz richtig, allein dieser Einwurf widerlegt einen dritten, der von derselben Seite kommt und der Napoleonischen Politik weder Aufrichtigkeit noch Geradheit zutraut. Da nämlich Oesterreich gegenüber seine frühere Politik sich als für ihn selbst schadenbringend erwies, so liegt in dieser aus Erfahrung gewonnenen Einsicht eine Bürgschaft der Aufrichtigkeit, wie sie kaum eine andere Sachlage so stark zu geben vermöchte. Endlich kommt gar noch ein Vierter daher, und fängt an zu untersuchen, ob die Politik Oesterreichs deutsch-national sey. Jedenfalls, da es sich nur um eine Defensivallianz handelt, ist sie nicht das Gegentheil. Aber allen logischen Respekt vor solchen Einwürfen! Wird Oesterreich taxirt, im Allerinnersten zu sitzen, weil man es hinausbefördert hat? War es deutsch-national, daß Graf Bismarck eventuell das linke Rheinufer riskirte, um nur dem verhaßten Oesterreich zu Leibe zu gehen? War es deutsch-national, daß Italiener in Tyrol einfielen? War der Prager Friede deutsch-national? Und dennoch, wenn ihn Jemand umwerfen wollte, würde unzweifelhaft ein neuer Strom von Vorwürfen erfolgen. Allein der Prager Friede soll nicht umgeworfen, sondern gehalten werden, und in dem Prager Frieden steht unter Anderm auch ein süddeutscher Bund, der sich allerdings bisher nicht hervorwagte. Es scheint schwer, die süddeutschen Staaten, so wenige ihrer noch sind, unter einen Hut zu bringen. Sey es, daß sie den Weg zum

Ziele nicht fanden, oder sey es, daß sie ihn gar nicht suchten: bis jetzt blieben sie unter sich vereinzelt. Aber wenn sie einen süddeutschen Bund wollen, so haben sie jetzt wenigstens eine Sicherung vor sich, daß sie auch können werden.

27. August 1867.

Das Tschechenthum setzt sich auf ein neues Paraderoß für seine Demonstrationen: die böhmischen Kroninsignien, die man im vorigen Jahre hierher geflüchtet hatte, werden nunmehr nach Prag zurückgebracht, und da wollen nun die tschechischen Führer, über das offizielle Zeremoniell hinausgreifend, eine großartige Volksfeier in Szene setzen. Auch um die Theilnahme von Russen, die sich als Kurgäste in Karlsbad aufhalten, bewirbt man sich. Ohne diese moskowitische Würze geht es schon nicht mehr, obwohl eigentlich nicht wohl zu erklären ist, was denn die Russen mit der böhmischen Krone zu thun haben sollen. Mit der russischen Grammatik demonstrirt man inzwischen fort. Ein hiesiges Blatt erzählt von einem vermöglichen hiesigen Bürger, dem von armen Verwandten in Böhmen ein halbwüchsiger Knabe zugeschickt ward, mit der Bitte, sich doch seiner mildthätig anzunehmen. Der Bürger, selbst ein Tscheche, war bereitwillig dazu, ließ den Knaben, welcher unreinlich und zerlumpt angekommen war, sofort reinigen und kleiden, nahm ihn unter seine Lehrlinge auf, erzürnte sich aber, als er ihn bei der ersten Feierstunde über einer russischen Grammatik traf, schlug ihm das Buch um die Ohren (ländlich, sittlich), und sagte: „Ei, wenn du ein Russe seyn willst, so gehe nach Petersburg oder Moskau, nicht aber nach Wien!" Seitdem lernt der Junge deutsch, wie es vor 30 oder 40 Jahren sein Meister ebenfalls lernte, und der Letztere selbst ist es, der den Vorgang in die Zeitung rücken ließ. Man sieht, es thun nicht alle Tschechen russisch; dem armen Jungen scheint das Stückchen daheim als Demonstration eingeübt worden zu seyn. Wenn man sich mit dem vernünftigen Theile des tschechischen Volkes verständigt, so werden solche Demonstrationen ohnehin ihren Boden verlieren, ganz so, wie er einem ähnlichen Treiben in Ungarn abhanden gekommen ist. Man erinnert sich der Zeit, wo in Pesth Jedem, der statt der ungarischen Mütze einen Hut (Zylinder) trug, derselbe „angetrieben", d. h. über den

Kopf hereingeschlagen wurde; am übelsten waren damals die Juden daran, denn an dem einen Orte prügelte man sie, weil sie sich deutsch trugen, und an einem andern, weil sie sich magyarische Tracht „anmaßten". Jetzt ist ein Zylinder in Pesth ungefährdet. Wie man von dort berichtet, erschien neulich, in Begleitung eines bekannten ungarischen Publizisten, ein junger Magnat mit einem Zylinder auf dem Kopf an einem Belustigungsorte, wo Zigeunermusik spielte; nach einiger Zeit rief eine Stimme aus der Menge: „Ein Zylinder paßt nicht zum Czardas" (sprich: Zardasch, ein ungarischer Tanz); allein ein anderer Ungar erhob sich mit den Worten: „In einem konstitutionellen Lande kann Jeder tragen, was ihm gefällt!" — und damit war die Sache endgiltig erledigt. Sehe man es nicht für kleinlich an, wenn ein Politiker von solchen Dingen Notiz nimmt: bei Nationalitätsreibungen sind charakteristische Züge aus dem Leben und Treiben der Volksschichten auch politisch bedeutsam.

Eine neue Auffassung in Bezug auf die Salzburger Zusammenkunft legt der „Wanderer" (ungarischer Färbung) an den Tag. Wenn uns Napoleon nützen könne, meint er, so möge man sich wenigstens nicht an dem „Emporkömmling" stoßen, nachdem wir durch „Herabkömmlinge" schon so oft in Schaden gekommen seyen.

Nach Wiener Gewohnheit war Salzburg auch für das Lotto (die Zahlenlotterie) ausgebeutet worden, und zwar durch Besetzung der Nummern 4 und 15 (Namenstage der beiden Kaiser). Der Zufall wollte, daß 4 wirklich herauskam; anstatt 15 aber kam 51. „Das hätt' ich mir eh' denken können," sagte eine Lottoschwester verdrießlich, „daß, wenn Napoleon mit im Spiel ist, Etwas verdraht gehen muß." (Verdraht = verdreht.)

---

28. August 1867.

Es ist gewiß ein erfreuliches Zeichen, wenn man in der Kreuzzeitung liest, die natürliche Allianz für Oesterreich sey Deutschland; jedoch ist die Sache offenbar noch nicht reif genug vorbereitet. Die le des Prager Friedens z. B. ist jener Gedanke nicht. Bei Verhandlungen Oesterreichs mit dem Zollverein kam von

drüben her ebenfalls Nichts dergleichen zum Vorschein. Noch viel weniger waren die Sympathien preußischer Blätter für den Panslawismus dazu angethan, daß man sie als eine Annäherung an Oesterreich auslegen konnte. So blieb denn Nichts übrig, als eine Erinnerung an jene frühere Allianz, zu der Schleswig-Holstein den Anlaß gab: allein man begreift, daß diese Erinnerung nicht gerade verführerisch ist. Und doch versteht jene Andeutung unter Deutschland ohne Zweifel Preußen mit dem Norddeutschen Bund, theils weil in Berlin das Wort auch sonst in diesem Sinne gebraucht wird, theils weil die Kreuzzeitung bekanntlich Alles eher als eine Allianz Oesterreichs in Süddeutschland empfiehlt. Mit diesem Süddeutschland überhaupt scheint die norddeutsche Presse gleichsam Fangball zu spielen. Bald zieht man es an, bald stößt man es ab; bald läßt man es an einem langen, bald an einem kurzen Faden fliegen, wie die Knaben gefangene Maikäfer: bald thut man, als ob man es politisch vermisse, bald droht man mit Ausschließung aus dem Zollverein. Allerneuestens wieder wünschte die Kreuzzeitung dem Grafen Bismarck Glück zu dem staatsmännischen Scharfblick, womit er gleich anfänglich erkannte, daß für den Norddeutschen Bund Süddeutschland nicht zu gebrauchen war. Sich aber auf eine andere Art aus der Isolirung herausbringen, nämlich durch einen Bund unter sich selbst, Das soll dieses geplagte Süddeutschland ebenfalls nicht: wahrscheinlich weil vier streng gesonderte Bruchstücke besser zur deutschen Einheit passen, als ein Vereinbarungsversuch. Limburg und Luxemburg hat man hinausgelassen; Süddeutschland läßt man nicht herein. Diese Thüre also ist zugethan und versperrt. Warum aber vor dieser zugesperrten Thüre die vier Staaten nun beharrlich stehen bleiben sollen, warum man ihnen eine Einigung unter sich eben so wenig vergönnt, als einen Anschluß an den Norden, Das erscheint manchen Unbefangenen räthselhaft. Durch das Bedürfniß deutscher Einheit läßt es sich kaum erklären. Seit dem Kompromiß mit dem heiligen Garibaldi, dünkt mich, findet sich die Kreuzzeitung manchmal auf dem eigenen Boden nicht mehr ganz zurecht. Sie hat zu verschiedenartige Prinzipien durcheinander gemischt. Auch über Besprechungen mit Frankreich spricht sie mit einem allzu harten Urtheil ab; es haben z. B. in Biarritz Verhandlungen stattgehabt, denen sie sicherlich nichts Uebles nachreden will. Was anderseits Oesterreich betrifft, so muß ihm die



2. September 1867.

Man spricht wieder vom Eintritt des Abgeordneten Herbst in das Ministerium; entgegen der früheren Auffassung, wonach bis zur Vollendung des Ausgleichs mit Ungarn vorerst Alles beim Alten bleiben sollte. Allein die diesseitige Ausgleichsdeputation, sagt man, wünscht einen besondern diesseitigen Finanzminister (Frhr. v. Becke ist ja zugleich Reichsfinanzminister, hat also zweierlei Stellungen und Standpunkte), und dazu soll nun Hr. Herbst ausersehen seyn. Auch für einen diesseitigen Ministerpräsidenten nennt das Gerücht eine bestimmte Persönlichkeit, nämlich den Fürsten Carlos Auersperg. Man hatte früher gezweifelt, ob er dafür zu gewinnen wäre, weil man ihm ziemlich strenge Begriffe von Reichseinheit zuschrieb; indeß in der rauhen Wirklichkeit der Dinge findet man nicht immer ein glattes Feld für Prinzipien vor, und es gibt zwingende Umstände, welche die freie Wahl beschränken, und mit denen man rechnen muß. Der Politik des Frhrn. v. Beust scheint Fürst Carlos Auersperg in der Hauptsache jedenfalls beizustimmen, denn von ihm rührt das Witzwort in Gastein her, als der etwas kurzsichtige Frhr. v. Beust mit seinem Pferd strauchelte und einen Abhang hinunterglitt: „Dies, Exzellenz, ist Ihr erster Fehlschritt in Oesterreich!“

In der Bestimmungsfrage der ungarischen Quote sind die beiderseitigen Deputationen einander stufenweise näher gerückt, und es steht nunmehr in guter Aussicht, daß man sich auf etwa 30 Prozent für Ungarn vereinigen wird. Eine gesonderte Frage ist die der Staatsschuld, da in Bezug auf diese die Ungarn nicht den gleichen Grad von Verbindlichkeit anerkennen, wie für die Betheiligung an den laufenden Ausgaben. Freilich wohl sind es laufende Ausgaben und nichts Anderes, die sich in Ermangelung sonstiger Deckungsmittel als Staatsschuld angesammelt haben, allein die Ungarn wissen allerlei Einwände dagegen aus der pragmatischen Sanktion und ihrer Landesverfassung, um auf einen möglichst geringen Antheil hinauszukommen. Wenn man auf die Entstehungsgeschichte der österreichischen Staatsschuld zurückgeht, so stellt sich sogar das Ergebniß heraus, daß eigentlich Ungarn an deren kolossaler Anhäufung schuld ist; denn nach der alten ungarischen Verfassung war dort der Adel gänzlich steuerfrei, sowohl von direkten als von indirekten Steuern; die ganze Last ruhte auf etwa einem Drittheil des Grundes und Bodens, auf der misera plebs contribuens, wie

der konstitutionelle Kunstausdruck lautete, und natürlich kam dabei so wenig Einnahme heraus, daß sie weitaus unter dem Bedürfniß blieb. Da man nun von Wien aus die andern Kronländer, welche einen bedeutend höheren Steuerbetrag lieferten, doch auch nicht über einen bestimmten Grad hinaus anstrengen konnte, so gewöhnte man sich an Staatsanleihen selbst in ruhiger Friedenszeit, und aus dieser Wurzel wuchs jener Baum heraus, der jetzt eine so riesenhafte Verzweigung erlangt hat.

Mit dem Plan einer Befestigung Wiens ist es jetzt definitiv zu Ende; was gegen Süden zu, zwischen Laxenburg und Wien, bereits angefangen war, soll nun wieder abgetragen werden. Anders verhält es sich mit den im vorigen Jahre aufgeworfenen Schanzen am Bisamberge, nördlich von Wien; diese stehen noch, und gegen diese hat auch die öffentliche Meinung niemals reklamirt. Was jedoch jene südlich projektirten Werke betrifft, so thut man offenbar besser, das Geld, das ihre Errichtung gekostet haben würde, auf Anschaffung von Hinterladern zu verwenden, was ein näher liegendes und überdies ein allgemein anerkanntes Bedürfniß ist. Eben jetzt melden hiesige Blätter, daß vor einigen Tagen „bereits“ [illegible] Zünzlgewehre auf einem hiesigen Bahnhofe für die Truppen des Brucker Lagers angekommen waren, daß man sie aber auf telegraphischen Befehl von Bruck aus hier nicht mehr abgeben ließ, weil die Lagerzeit eben zu Ende ging und für blos zwei Tage es nicht der Mühe werth sey, die Gewehre nach Bruck zu führen. Es hatten für den Anfang des Lagers und für die gesammten Fußtruppen daselbst Hinterlader da seyn sollen! Wenn es nach diesem Maßstab fortginge, wäre ein halbes Jahrhundert erforderlich, bis die Armee ausreichend damit versehen wäre.

Bei dem Volksfeste zu Ehren der zurückgekehrten Kroninsignien in Prag, d. h. bei dem nicht offiziellen Theile der Empfangsfeier, wurde von der Musik des bürgerlichen Infanteriekorps wiederholt die russische Volkshymne gespielt und „mit Enthusiasmus begrüßt“, so daß am folgenden Tage die Polizeidirektion dem Kapellmeister jener Musik bedeuten ließ, sich in Zukunft solcher Demonstrationen [illegible]thalten. Der Mann entschuldigte sich mit dem „allgemeinen [illegible] eine ungarische Polizeibehörde hätte in einem ähnlichen [illegible]einlich eher vorgebeugt. Deßgleichen ist jetzt der frühere [illegible]belruf „Slawa!“ nicht mehr für sich allein in der Mode.

sondern man mischt das russische „Ura!" darunter. Es ist „Methode in dem Wahnsinn", wie man sieht; es wäre aber Zeit, daß auch Methode in dessen Abwehr käme, denn das gelassene Hinnehmen staatsverrätherischer Demonstrationen wird von den Urhebern selbst nur als Schwäche der Behörden ausgelegt, und demoralisirt gleichzeitig die Freunde der Regierung. Unter den Tschechen selbst, auch unter den überspannten, gibt es Gegner des Russenthums genug; so lange jedoch der Schwindel gleichsam triumphirend da steht, ist keine Aussonderung dieser Elemente zu erwarten.

4. September 1867.

Der Panslawismus ist eine Gefahr für Oesterreich, die man nicht unterschätzen darf; überschätzen aber darf man sie eben so wenig. Eine politische Intrike von Seiten der Parteiführer und die Volksstimmung in den Massen: Das ist zweierlei. Sogar bei den Ruthenen in Galizien, die vermöge ihrer geographischen Lage und ihrer alten Antipathie gegen das polnische Adelselement einer russischen Agitation am ehesten ausgesetzt sind, werden nun öffentliche Gegenströmungen sichtbar. Eben jetzt wird eine ruthenische Bauernadresse an den Kaiser angekündigt, die sich in dem Przemysler und dem Czortkower Kreise in Umlauf befindet, und in der es unter Anderm heißt: „Und wenn einmal, was Gott verhüte, dem Throne Ew. Maj. entweder von Seite der Türken, oder der Moskowiter, oder anderer Heiden Gefahr drohen sollte, dann werden uns Ew. Maj. Alle, jung und alt, an Ihrer Seite finden." Panslawistisch gesinnte Zweifler mögen einwenden, Dies sey denn doch vielleicht inspirirt, veranlaßt, künstlich eingeimpft; allein einestheils setzen sie in diesem Falle den Werth der Adressen überhaupt herab, auch derjenigen ihrer eigenen Partei, und anderntheils ist es doch jedenfalls handgreiflich, daß Nichts auf der Welt künstlicher eingeimpft seyn kann, als für das tschechische Volk das Erlernen der russischen Grammatik als Bedingung tschechischer Nationalität. Auch bei den Slowenen im Süden geben sich andere Gesinnungen kund, als uns die deutschen Renegaten Bleiweiß, Hermann, Einsiedler rc. glauben machen wollten. So haben sich z. B. slowenische Landgemeinden in der Nähe von Marburg förmlich bei den Behörden beklagt, daß man den früheren Unterricht in deutscher Sprache aus ihren Schulen

verbannt habe, und bitten dringend um Wiederherstellung des alten Zustandes, weil es ihr Wunsch und ihr Interesse ist, mit ihren deutschen Nachbarn und Landesgenossen sprechen zu können. Das klingt nicht nach der russischen Grammatik, welche man auch den Slowenen von Partei wegen oktroyiren möchte. Mit dem Russenthum überhaupt haben sich die Slawenführer Oesterreichs eine schlimme Ruthe gebunden. Unter den Beschützern eines Föderalismus in slawischem Interesse befanden sich auch Solche, die darauf Anspruch machen, gut katholisch zu seyn; diese Protektion, da Katholizismus und Russenthum mit einander unverträglich sind, haben die Demonstranten mit der russischen Volkshymne rc. natürlich verscherzt und eingebüßt.

Um die Mitte dieses Monats soll hier eine Versammlung österreichischer Kirchenfürsten stattfinden, welche durch Kardinal v. Rauscher veranlaßt ist. Man vermuthet, daß es sich dabei um Besprechungen über das Konkordat handle; indeß ist Dies wohl nicht der einzige Gegenstand, der den Interessen der Kirche derzeit nahe liegt. Hat doch erst dieser Tage, bei einer Ansprache an die Mitglieder der Ausgleichungsdeputationen, Kardinal v. Rauscher, Präsident der diesseitigen Deputation, auf die Gefahr russischer Uebergriffe hingewiesen („während der Russe Samarkand erobert und nach dem alten Baktrien die Hände ausstreckt, vergißt er auf Galizien und Nordungarn eben so wenig, als auf Konstantinopel"), und ist doch die politische Gefahr zugleich eine kirchliche!

Eine neue Erscheinung in der hiesigen Presse ist ein katholisch gesinntes illustrirtes Witzblatt, betitelt: „die neue Geißel"; die erste Nummer datirt vom 1. September. In einem Artikel derselben heißt es unter Anderm: „Die gesammte Journalistik Oesterreichs, speziell Wiens, besteht bis auf einen kleinen Theil aus Juden; ja, mehrere Blätter von großer Verbreitung zählen unter ihren Mitarbeitern gar keinen Christen. Diese Thatsache ist unter dem großen Publikum, unter dem Volke, das eben von diesen Blättern wahre Aufklärung verlangt und verlangen kann, nicht bekannt. Die Juden wollen die öffentliche Meinung gerade so beherrschen, als sie eben jetzt schon den Handel, den Geldmarkt, die Börse beherrschen. Wir oder unterschätzen keine Religion, denn jeder liegt das es Guten und Sittlichen zu Grunde; aber wir wollen die Meinung des Volkes nicht von Andersgläubigen, die in

verschwindend kleiner Minderzahl sind, beeinflußt wissen und unsere Religion geschmäht sehen." Es ist viel Wahres an jener Schilderung jüdischen Einflusses; zu gutem Fortkommen in Wien scheint es in der That mitunter vortheilhaft, ein Jude zu seyn. Jedoch bleibt dabei noch immerhin unerklärt, warum das große Publikum oder das Volk sich von solchem Einflusse blindlings ausbeuten und daneben die nicht-kirchenfeindlichen Blätter Wiens relativ ohne Abonnenten läßt. Hier müßte die Sonde dem Uebel noch tiefer nachgehen; es scheint eben, „unsere Leut'" sind rühriger, halten besser zusammen, und haben für gemeinsame Zwecke eine opferbereitere Hand. Auch sind wohl die wenigsten Katholiken Oesterreichs in politischer Hinsicht Absolutisten oder Feudalisten, und es ist daher keineswegs ein kirchliches Interesse gefördert, wenn in der Presse nur ein feudalistisch oder absolutistisch gefärbter Katholizismus dargeboten wird. Tschechisch-russisch braucht er vollends gar nicht zu seyn.

Morgen findet im k. k. Redoutensaale die erste Hauptversammlung des „Lehrertags" statt. Die Zahl der Theilnehmer erreicht bereits 3000; die Lehrer aus der „Militärgränze" sind von Seite des Kriegsministeriums auf Staatskosten hierher berufen worden.

5. September 1867.

Die Ausgleichsverhandlung mit Ungarn spitzt sich auf einen Zwischenzustand hinaus, der wenigstens provisorisch einen Abschluß darböte: man will die ungarische Quote einstweilen nur für das Jahr 1868 festsetzen, für welches ein greifbares Büdget vorliegt, und alsdann später nach Maßgabe der zu machenden Erfahrung das Weitere bestimmen. Dieser Gedanke kommt von ungarischer Seite. Gleichen Ursprungs ist ein anderer Vorschlag, welcher dahin geht, aus der beiderseitigen Volksvertretung durch Wahl eine „Reichskommission" zusammenzusetzen, die sich mit Prüfung der Finanzlage des Reichs zu beschäftigen hätte. Da man voraussetzen muß, daß diese Reichskommission nicht die Ausgleichsdeputation noch einmal seyn soll (denn in diesem Fall wäre sie unnöthig), so liegt dem Vorschlage wohl die Erkenntniß zu Grunde, daß der bisherige Bann des Schweigens nicht der beste Weg zur Förderung der Geschäfte war.

ihm eine halbstündige Unterredung. Namentlich dadurch wurde [illegible] Folge dieser Unterredung [illegible] Fremdenblatt und Neues Wiener Tagblatt ausgesprochen, und da das [illegible] Wagen nicht durch Napoleon geschah, so kam es ausschließlich auf Rechnung des Hrn. Schindler, dem man in heutigen Blättern arg dafür mitspielen wird. Die alte Presse bringt in ihrem Feuilleton eine höchst ergötzliche Travestie seines Gespräches mit Napoleon; die Neue freie Presse geißelt Schindler's Aeußerungen [illegible] in einem Eingangsartikel und läßt keinen guten Faden daran. Schindler hat eine gewisse äußere Aehnlichkeit mit Napoleon, oder vielmehr, wie man jetzt sagt, blos mit jener Physiognomie, die ihm die Bilder in den Witzblättern zu geben pflegen; vielleicht war es dieser Umstand, der das Interesse oder die Neugier Napoleon's erregte. Ein Tiroler, der bei der Pariser Ausstellung von Napoleon einen ersten Preis als Viehzüchter erhalten hatte, kam nach Salzburg, um den französischen Kaiser wieder zu sehen, und brach sich durch alle Schwierigkeiten hindurch Bahn zu ihm, wurde auch sehr wohlwollend empfangen. „Du, Kaiser“ sagte er beim Abschied, „wir hätten unsern Franzl gern; wenn Du uns hilfst, wollen wir für Dich und Deinen Sohn auch Etwas thun.“ Ein gar nicht undiplomatisch aufgefaßtes Motiv, und vielleicht auf einen fruchtbareren Boden gefallen, als die preziösen Tiraden des Hrn. Schindler. Noch ist zu bemerken, daß am vorletzten Tage der Glanz der Kostüme durch einen vermehrten Farbenreichthum sichtlich gehoben wurde; es hatte sich ein Sprühregen gegenseitiger Ordensdekorationen herniedergesenkt.

Die panslawistische „Jugendversammlung“ in Belgrad auch „Studentenkongreß“ genannt brachte es doch noch auf etwa 300 Theilnehmer, worunter auch solche aus Rußland, vergeckte aber vollständig dadurch, daß sie einheimische Oppositionsmänner an die Spitze stellte und dadurch die serbische Regierung vor den Kopf stieß. Vorher hatte die letztere mit der beabsichtigten Demonstration geliebäugelt; nun aber schritt sie in echt slawischer Weise ein, ließ durch Gendarmerie den Versammlungssaal räumen, beförderte die ärgsten Schreier über die Gränze, und verbot den Professoren und „Studenten“ Gymnasiasten Serbiens jede fernere Theilnahme, womit denn diese Kunkel wohl auch für die Zukunft abgesponnen ist. Der Panslawismus hat nur in so weit freien

Spielraum, als er sich blindlings von den **oberen** Inspirationen leiten läßt.

25. August 1867.

Nun taucht auch eine neue Ansicht auf, die da behauptet, in Salzburg habe es sich um eine blose „Demonstration", um eine Spiegelfechterei gehandelt. Ueberhaupt tasten unsere Zeitungspolitiker noch unsicher umher. Der alten „Presse" kommt es nicht darauf an, auf der einen Seite als politische Thatsache geltend zu machen, daß sich das südliche Deutschland nun einmal in den Norddeutschen Bund hineinwünsche, und dann gleich auf der nächsten aus einem Artikel der Kreuzzeitung, den sie zugleich abdruckt, den Beweis zu ziehen, daß man von diesem Wunsche so ziemlich abgekommen sey. Ein Salzburger Korrespondent der Neuen freien Presse spricht in einem und demselben Artikel, den Abschied schildernd, erst von dem Ergebniß der Zusammenkunft als einem „hoffentlich, und wie es den Anschein hat, **großen Nichts**", und dann wieder von den Warnungen der Presse, an die man sich erinnern werde, „wenn die **verhängnißvollen Folgen** der Salzburger Zusammenkunft sich zeigen sollten." Komme nun, was wolle: auf diese Art ist nach beiden Seiten hin der politische Vorausblick gewahrt. Es erinnert mich Dies an eine ähnliche Politik, die man einst zwei Kalenderverlegern nachsagte. In dem bayrischen Schwaben erzählte man mir damals (es war vor vielen Jahren), man finde fast in jedem Bauernhause den Kemptener und den St. Galler Kalender, und zwar wegen ihrer richtigen Wetterprophezeiung; zwischen den beiden Verlegern, setzte man hinzu, bestehe nämlich ein Verständniß, jeweils das Gegentheil zu prophezeien, und daher die gesicherte Popularität beider Kalender zusammen: „denn", sagten die Bauern, „wenigstens **einer** von beiden hat **immer Recht**!" Jetzt wendet man Das auf die Zeitungstaktik an, vereinigt aber Kempten und St. Gallen in einem und demselben Blatt.

Die „Schweigenden", d. h. die zwei Ausgleichsdeputationen, haben gestern wieder eine gemeinsame Konferenz gehabt, bei welcher jedoch nicht, wie man hoffte, ein Beschluß der Veröffentlichung der beiderseitigen Aktenstücke zu Stande kam. Die Ungarn wollen die Oeffentlichkeit in dieser Beziehung **nicht**; auch halten sie bis jetzt

sich an der [illegible] von 2[illegible], indem sie erklären, schon Dies werde schwer bei dem [illegible] Landtage durchzubringen sein.

[illegible] August 1867.

Daß die Salzburger Zusammenkunft nicht überall gefallen werde, stand zu erwarten; aber kuriose Einwürfe sind es mitunter, die man gegen sie in das Feld schickt. Da erinnert z. B. Einer, daß es Napoleon war, der im vorigen Jahre durch Genehmigung des italienischen Bündnisses mitwirkte; 1866 habe er ohnehin Alles in Szene gesetzt. Ei, wenn er der bewegende Inspirator und Obmann war, so geht gerade daraus hervor, daß man bei der richtigen Adresse ist, wenn man sich mit ihm ins Verständniß setzt; da, wo der Quell springt, ist er auch abzudämmen. Aber fügt ein Anderer hinzu, er hat Euch Schaden gethan, während es gegen sein eigenes Interesse war, und Das war ein böser Fehler. Ganz richtig, allein dieser Einwurf widerlegt einen dritten, der von derselben Seite kommt und der Napoleonischen Politik weder Aufrichtigkeit noch Geradheit zutraut. Da nämlich Oesterreich gegenüber seine frühere Politik sich als für ihn selbst schadenbringend erwies, so liegt in dieser aus Erfahrung gewonnenen Einsicht eine Bürgschaft der Aufrichtigkeit, wie sie kaum eine andere Sachlage so stark zu geben vermöchte. Endlich kommt gar noch ein Vierter daher, und fängt an zu untersuchen, ob die Politik Oesterreichs deutsch-national sey. Jedenfalls, da es sich nur um eine Defensivallianz handelt, ist sie nicht das Gegentheil. Aber allen logischen Respekt vor solchen Einwürfen! Wird Oesterreich tarirt, im Allerinnersten zu sitzen, weil man es hinausbefördert hat? War es deutsch-national, daß Graf Bismarck eventuell das linke Rheinufer riskirte, um nur dem verhaßten Oesterreich zu Leibe zu gehen? War es deutsch-national, daß Italiener in Tyrol einfielen? War der Prager Friede deutsch-national? Und dennoch, wenn ihn Jemand umwerfen wollte, würde unzweifelhaft ein neuer Strom von Vorwürfen erfolgen. Allein der Prager Friede soll nicht umgeworfen, sondern gehalten werden, und in dem Prager Frieden steht unter Anderm auch ein süddeutscher Bund, der sich allerdings bisher nicht hervorwagte. Es scheint schwer, die süddeutschen Staaten, so wenige ihrer noch sind, unter einen Hut zu bringen. Sey es, daß sie den Weg zum

Ziele nicht fanden, oder sey es, daß sie ihn gar nicht suchten: bis jetzt blieben sie unter sich vereinzelt. Aber wenn sie einen süddeutschen Bund wollen, so haben sie jetzt wenigstens eine Sicherung vor sich, daß sie auch können werden.

27. August 1867.

Das Tschechenthum setzt sich auf ein neues Paraderoß für seine Demonstrationen: die böhmischen Kroninsignien, die man im vorigen Jahre hierher geflüchtet hatte, werden nunmehr nach Prag zurückgebracht, und da wollen nun die tschechischen Führer, über das offizielle Zeremoniell hinausgreifend, eine großartige Volksfeier in Szene setzen. Auch um die Theilnahme von Russen, die sich als Kurgäste in Karlsbad aufhalten, bewirbt man sich. Ohne diese moskowitische Würze geht es schon nicht mehr, obwohl eigentlich nicht wohl zu erklären ist, was denn die Russen mit der böhmischen Krone zu thun haben sollen. Mit der russischen Grammatik demonstrirt man inzwischen fort. Ein hiesiges Blatt erzählt von einem vermöglichen hiesigen Bürger, dem von armen Verwandten in Böhmen ein halbwüchsiger Knabe zugeschickt ward, mit der Bitte, sich doch seiner mildthätig anzunehmen. Der Bürger, selbst ein Tscheche, war bereitwillig dazu, ließ den Knaben, welcher unreinlich und zerlumpt angekommen war, sofort reinigen und kleiden, nahm ihn unter seine Lehrlinge auf, erzürnte sich aber, als er ihn bei der ersten Feierstunde über einer russischen Grammatik traf, schlug ihm das Buch um die Ohren (ländlich, sittlich), und sagte: „Ei, wenn du ein Russe seyn willst, so gehe nach Petersburg oder Moskau, nicht aber nach Wien!“ Seitdem lernt der Junge deutsch, wie es vor 30 oder 40 Jahren sein Meister ebenfalls lernte, und der Letztere selbst ist es, der den Vorgang in die Zeitung rücken ließ. Man sieht, es thun nicht alle Tschechen russisch; dem armen Jungen scheint das Stückchen daheim als Demonstration eingeübt worden zu seyn. Wenn man sich mit dem vernünftigen Theile des tschechischen Volkes verständigt, so werden solche Demonstrationen ohnehin ihren Boden verlieren, ganz so, wie er einem ähnlichen Treiben in Ungarn abhanden gekommen ist. Man erinnert sich der Zeit, wo in Pesth Jedem, der statt der ungarischen Mütze einen Hut (Zylinder) trug, derselbe „angetrieben“, d. h. über den

Kopf hereingeschlagen wurde; am übelsten waren damals die Juden daran, denn an dem einen Orte prügelte man sie, weil sie sich deutsch trugen, und an einem andern, weil sie sich magyarische Tracht „anmaßten“. Jetzt ist ein Zylinder in Pesth ungefährdet. Wie man von dort berichtet, erschien neulich, in Begleitung eines bekannten ungarischen Publizisten, ein junger Magnat mit einem Zylinder auf dem Kopf an einem Belustigungsorte, wo Zigeunermusik spielte; nach einiger Zeit rief eine Stimme aus der Menge: „Ein Zylinder paßt nicht zum Czardas“ (sprich: Zardasch, ein ungarischer Tanz); allein ein anderer Ungar erhob sich mit den Worten: „In einem konstitutionellen Lande kann Jeder tragen, was ihm gefällt!“ — und damit war die Sache endgiltig erledigt. Sehe man es nicht für kleinlich an, wenn ein Politiker von solchen Dingen Notiz nimmt: bei Nationalitätsreibungen sind charakteristische Züge aus dem Leben und Treiben der Volksschichten auch politisch bedeutsam.

Eine neue Auffassung in Bezug auf die Salzburger Zusammenkunft legt der „Wanderer“ (ungarischer Färbung) an den Tag. Wenn uns Napoleon nützen könne, meint er, so möge man sich wenigstens nicht an dem „Emporkömmling“ stoßen, nachdem wir durch „Herabkömmlinge“ schon so oft in Schaden gekommen seyen.

Nach Wiener Gewohnheit war Salzburg auch für das Lotto (die Zahlenlotterie) ausgebeutet worden, und zwar durch Besetzung der Nummern 4 und 15 (Namenstage der beiden Kaiser). Der Zufall wollte, daß 4 wirklich herauskam; anstatt 15 aber kam 51. „Das hätt' ich mir eh' denken können,“ sagte eine Lottoschwester verdrießlich, „daß, wenn Napoleon mit im Spiel ist, Etwas verdraht gehen muß.“ (Verdraht = verdreht.)

---

28. August 1867.

Es ist gewiß ein erfreuliches Zeichen, wenn man in der Kreuzzeitung liest, die natürliche Allianz für Oesterreich sey Deutschland; jedoch ist die Sache offenbar noch nicht reif genug vorbereitet. Die Seele des Prager Friedens z. B. ist jener Gedanke nicht. Bei den Verhandlungen Oesterreichs mit dem Zollverein kam von

drüben her ebenfalls Nichts dergleichen zum Vorschein. Noch viel weniger waren die Sympathien preußischer Blätter für den Panslawismus dazu angethan, daß man sie als eine Annäherung an Oesterreich auslegen konnte. So blieb denn Nichts übrig, als eine Erinnerung an jene frühere Allianz, zu der Schleswig-Holstein den Anlaß gab: allein man begreift, daß diese Erinnerung nicht gerade verführerisch ist. Und doch versteht jene Andeutung unter Deutschland ohne Zweifel Preußen mit dem Norddeutschen Bund, theils weil in Berlin das Wort auch sonst in diesem Sinne gebraucht wird, theils weil die Kreuzzeitung bekanntlich Alles eher als eine Allianz Oesterreichs in Süddeutschland empfiehlt. Mit diesem Süddeutschland überhaupt scheint die norddeutsche Presse gleichsam Fangball zu spielen. Bald zieht man es an, bald stößt man es ab: bald läßt man es an einem langen, bald an einem kurzen Faden fliegen, wie die Knaben gefangene Maikäfer; bald thut man, als ob man es politisch vermisse, bald droht man mit Ausschließung aus dem Zollverein. Allerneuestens wieder wünschte die Kreuzzeitung dem Grafen Bismarck Glück zu dem staatsmännischen Scharfblick, womit er gleich anfänglich erkannte, daß für den Norddeutschen Bund Süddeutschland nicht zu gebrauchen war. Sich aber auf eine andere Art aus der Isolirung herausbringen, nämlich durch einen Bund unter sich selbst, Das soll dieses geplagte Süddeutschland ebenfalls nicht: wahrscheinlich weil vier streng gesonderte Bruchstücke besser zur deutschen Einheit passen, als ein Vereinbarungsversuch. Limburg und Luxemburg hat man hinausgelassen: Süddeutschland läßt man nicht herein. Diese Thüre also ist zugethan und versperrt. Warum aber vor dieser zugesperrten Thüre die vier Staaten nun beharrlich stehen bleiben sollen, warum man ihnen eine Einigung unter sich eben so wenig vergönnt, als einen Anschluß an den Norden, Das erscheint manchen Unbefangenen räthselhaft. Durch das Bedürfniß deutscher Einheit läßt es sich kaum erklären. Seit dem Kompromiß mit dem heiligen Garibaldi, dünkt mich, findet sich die Kreuzzeitung manchmal auf dem eigenen Boden nicht mehr ganz zurecht. Sie hat zu verschiedenartige Prinzipien durcheinander gemischt. Auch über Besprechungen mit Frankreich spricht sie mit einem allzu harten Urtheil ab: es haben z. B. in Biarritz Verhandlungen stattgehabt, denen sie sicherlich nichts Uebles nachreden will. Was anderseits Oesterreich betrifft, so muß ihm die

Kreuzzeitung jedenfalls die Gerechtigkeit widerfahren lassen, daß es gewartet hat, bis das Ausland zu ihm kam.

29. August 1867.

„In Geldsachen hört die Gemüthlichkeit auf“; man kann hinzusetzen, daß auch die Strenge politischer Prinzipien einer Finanzfrage gegenüber nicht immer Stand hält. Was für starre Zentralisten haben wir früher in Wien gehabt! Jetzt gibt es Leute, denen, obwohl sie früher für die unbedingte Reichseinheit schwärmten, fast schon der gegenwärtige Dualismus noch zu viel Einheit enthält. In Finanzfragen nämlich, wohlverstanden. Es ist Dies die Wirkung der mit statistischen Ziffern belegten geringen Steuerkraft Ungarns, welche mit den politischen Ansprüchen dieses Landes in so grellem Mißverhältniß steht, und von den Mitgliedern der ungarischen Ausgleichsdeputation eher noch geringer als höher taxirt wird. Darum tauchen nun einzelne Stimmen auf, die da sagen: „Also sollen wir von unsern Steuern Geld darauf legen, damit das politisch so anspruchsvolle Ungarn finanziell bestehen kann; da ziehen wir doch einfach die bloße Personalunion vor, und Ungarn mag sich dann nach seiner Decke strecken, d. h. es mag zusehen, wie weit es kommt.“ Aus den Reihen der diesseitigen Ausgleichsdeputation übrigens kommen diese Stimmen nicht: auch sind sie wohl mehr ein Ausdruck augenblicklicher übler Laune oder ein politischer Schreckschuß. Allein diese Verhältnisse sind jedenfalls lehrreich: wohin würde z. B. selbst Kossuth mit einem selbständigen Ungarn kommen, wenn es nicht Steuerkraft genug für die Bestreitung seiner staatlichen Bedürfnisse hat? Die Banknotenpresse von 1848 und 1849 würde natürlich nicht perpetuell zu helfen vermögen. Ganz so, wie mit Ungarn, sieht es auch mit den Südslawen Oesterreichs aus, und was die Nordslawen betrifft, so ist es in Böhmen und Mähren hauptsächlich die deutsche Bevölkerung, auf welcher die Steuerkraft beruht. In Galizien ist weder der Pole noch der Ruthene besonders steuerkräftig. Das aber wissen die Tschechen sehr wohl, daß die Russen kein Geld bringen, sondern holen würden; nur den unwissenden Ruthenen machen gewissenlose Agitatoren weiß, Rußland würde alle Steuern aufheben und die Ländereien der Edelleute unter die Bauern vertheilen!

2. September 1867.

Man spricht wieder vom Eintritt des Abgeordneten Herbst in das Ministerium; entgegen der früheren Auffassung, wonach bis zur Vollendung des Ausgleichs mit Ungarn vorerst Alles beim Alten bleiben sollte. Allein die diesseitige Ausgleichsdeputation, sagt man, wünscht einen besondern diesseitigen Finanzminister (Frhr. v. Becke ist ja zugleich Reichsfinanzminister, hat also zweierlei Stellungen und Standpunkte), und dazu soll nun Hr. Herbst ausersehen seyn. Auch für einen diesseitigen Ministerpräsidenten nennt das Gerücht eine bestimmte Persönlichkeit, nämlich den Fürsten Carlos Auersperg. Man hatte früher gezweifelt, ob er dafür zu gewinnen wäre, weil man ihm ziemlich strenge Begriffe von Reichseinheit zuschrieb; indeß in der rauhen Wirklichkeit der Dinge findet man nicht immer ein glattes Feld für Prinzipien vor, und es gibt zwingende Umstände, welche die freie Wahl beschränken, und mit denen man rechnen muß. Der Politik des Frhrn. v. Beust scheint Fürst Carlos Auersperg in der Hauptsache jedenfalls beizustimmen, denn von ihm rührt das Witzwort in Gastein her, als der etwas kurzsichtige Frhr. v. Beust mit seinem Pferd strauchelte und einen Abhang hinunterglitt: „Dies, Exzellenz, ist Ihr erster Fehlschritt in Oesterreich!“

In der Bestimmungsfrage der ungarischen Quote sind die beiderseitigen Deputationen einander stufenweise näher gerückt, und es steht nunmehr in guter Aussicht, daß man sich auf etwa 30 Prozent für Ungarn vereinigen wird. Eine gesonderte Frage ist die der Staatsschuld, da in Bezug auf diese die Ungarn nicht den gleichen Grad von Verbindlichkeit anerkennen, wie für die Betheiligung an den laufenden Ausgaben. Freilich wohl sind es laufende Ausgaben und nichts Anderes, die sich in Ermangelung sonstiger Deckungsmittel als Staatsschuld angesammelt haben, allein die Ungarn wissen allerlei Einwände dagegen aus der pragmatischen Sanktion und ihrer Landesverfassung, um auf einen möglichst geringen Antheil hinauszukommen. Wenn man auf die Entstehungsgeschichte der österreichischen Staatsschuld zurückgeht, so stellt sich sogar das Ergebniß heraus, daß eigentlich Ungarn an deren kolossaler Anhäufung schuld ist: denn nach der alten ungarischen Verfassung war dort der Adel gänzlich steuerfrei, sowohl von direkten als von indirekten Steuern: die ganze Last ruhte auf etwa einem Drittheil des Grundes und Bodens, auf der misera plebs contribuens, wie

der konstitutionelle Kunstausdruck lautete, und natürlich kam dabei so wenig Einnahme heraus, daß sie weitaus unter dem Bedürfniß blieb. Da man nun von Wien aus die andern Kronländer, welche einen bedeutend höheren Steuerbetrag lieferten, doch auch nicht über einen bestimmten Grad hinaus anstrengen konnte, so gewöhnte man sich an Staatsanleihen selbst in ruhiger Friedenszeit, und aus dieser Wurzel wuchs jener Baum heraus, der jetzt eine so riesenhafte Verzweigung erlangt hat.

Mit dem Plan einer Befestigung Wiens ist es jetzt definitiv zu Ende: was gegen Süden zu, zwischen Laxenburg und Wien, bereits angefangen war, soll nun wieder abgetragen werden. Anders verhält es sich mit den im vorigen Jahre aufgeworfenen Schanzen am Bisamberge, nördlich von Wien: diese stehen noch, und gegen diese hat auch die öffentliche Meinung niemals reklamirt. Was jedoch jene südlich projektirten Werke betrifft, so thut man offenbar besser, das Geld, das ihre Errichtung gekostet haben würde, auf Anschaffung von Hinterladern zu verwenden, was ein näher liegendes und überdies ein allgemein anerkanntes Bedürfniß ist. Eben jetzt melden hiesige Blätter, daß vor einigen Tagen „bereits" 6000 Wänzlgewehre auf einem hiesigen Bahnhofe für die Truppen des Brucker Lagers angekommen waren, daß man sie aber auf telegraphischen Befehl von Bruck aus hier nicht mehr abgehen ließ, weil die Lagerzeit eben zu Ende ging und für blos zwei Tage es nicht der Mühe werth sey, die Gewehre nach Bruck zu führen. Es hatten für den Anfang des Lagers und für die gesammten Fußtruppen daselbst Hinterlader da seyn sollen! Wenn es nach diesem Maßstab fortginge, wäre ein halbes Jahrhundert erforderlich, bis die Armee ausreichend damit versehen wäre.

Bei dem Volksfeste zu Ehren der zurückgekehrten Kroninsignien in Prag, d. h. bei dem nicht offiziellen Theile der Empfangsfeier, wurde von der Musik des bürgerlichen Infanteriekorps wiederholt die russische Volkshymne gespielt und „mit Enthusiasmus begrüßt", so daß am folgenden Tage die Polizeidirektion dem Kapellmeister jener Musik bedeuten ließ, sich in Zukunft solcher Demonstrationen zu enthalten. Der Mann entschuldigte sich mit dem „allgemeinen Verlangen;" eine ungarische Polizeibehörde hätte in einem ähnlichen Falle wahrscheinlich eher vorgebeugt. Deßgleichen ist jetzt der frühere Fest- und Jubelruf „Slawa!" nicht mehr für sich allein in der Mode,

sondern man mischt das russische „Ura!“ darunter. Es ist „Methode in dem Wahnsinn“, wie man sieht; es wäre aber Zeit, daß auch Methode in dessen Abwehr käme, denn das gelassene Hinnehmen staatsverrätherischer Demonstrationen wird von den Urhebern selbst nur als Schwäche der Behörden ausgelegt, und demoralisirt gleichzeitig die Freunde der Regierung. Unter den Tschechen selbst, auch unter den überspannten, gibt es Gegner des Russenthums genug; so lange jedoch der Schwindel gleichsam triumphirend da steht, ist keine Aussonderung dieser Elemente zu erwarten.

4. September 1867.

Der Panslawismus ist eine Gefahr für Oesterreich, die man nicht unterschätzen darf; überschätzen aber darf man sie eben so wenig. Eine politische Intrike von Seiten der Parteiführer und die Volksstimmung in den Massen: Das ist zweierlei. Sogar bei den Ruthenen in Galizien, die vermöge ihrer geographischen Lage und ihrer alten Antipathie gegen das polnische Adelselement einer russischen Agitation am ehesten ausgesetzt sind, werden nun öffentliche Gegenströmungen sichtbar. Eben jetzt wird eine ruthenische Bauernadresse an den Kaiser angekündigt, die sich in dem Przemysler und dem Czortkower Kreise in Umlauf befindet, und in der es unter Anderm heißt: „Und wenn einmal, was Gott verhüte, dem Throne Ew. Maj. entweder von Seite der Türken, oder der Moskowiter, oder anderer Heiden Gefahr drohen sollte, dann werden uns Ew. Maj. Alle, jung und alt, an Ihrer Seite finden.“ Panslawistisch gesinnte Zweifler mögen einwenden, Dies sey denn doch vielleicht inspirirt, veranlaßt, künstlich eingeimpft; allein einestheils setzen sie in diesem Falle den Werth der Adressen überhaupt herab, auch derjenigen ihrer eigenen Partei, und anderntheils ist es doch jedenfalls handgreiflich, daß Nichts auf der Welt künstlicher eingeimpft seyn kann, als für das tschechische Volk das Erlernen der russischen Grammatik als Bedingung tschechischer Nationalität. Auch bei den Slowenen im Süden geben sich andere Gesinnungen kund, als uns die deutschen Renegaten Bleiweiß, Hermann, Einsiedler 2c. glauben machen wollten. So haben sich z. B. slowenische Landgemeinden in der Nähe von Marburg förmlich bei den Behörden beklagt, daß man den früheren Unterricht in deutscher Sprache aus ihren Schul

An den hiesigen Magistrat sind in der jüngsten Zeit wieder mehrfache Zuschriften von Gemeinden in Böhmen und Mähren in tschechischer Sprache gelangt. Wie es scheint, hat er sich noch nicht des wirksamen Gegenmittels bedient, solche Zuschriften einfach unbeantwortet zu lassen, wie es der Natur des gegenseitigen Verhältnisses entspräche: denn jene Gemeinden haben Etwas in Wien zu suchen, wenn sie hierher schreiben, der Wiener Magistrat aber Nichts bei ihnen. Aus Böhmen selbst klagt man, daß einzelne Aemter anfangen, deutsche Namen ihrer Amtsuntergebenen eigenmächtig in's Tschechische umzugestalten, und z. B. anstatt „Schmieger" zu schreiben: „Smegr" rc. Es ist schon zu viel, daß es deutschböhmische Schwächlinge gibt, die sich selber zu Tschechen machen, eine Oktronirung von Amts wegen aber ist ein sträflicher Mißbrauch.

16. September 1867.

Das Subkomitee des Verfassungsausschusses hat vier Staatsgrundgesetze im Entwurfe fertig, die nun berathungsreif vorliegen; dieselben machen zusammen eine neue Verfassung aus. Das erste zählt die „allgemeinen Rechte der Staatsbürger für die im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder" auf. Grundrechte: Gleichheit vor dem Gesetz, Freiheit der Person, Unverletzlichkeit des Hausrechts, Briefgeheimniß, Petitionsrecht, Versammlungs- und Vereinsrecht, Glaubens- und Gewissensfreiheit, Unterrichtsfreiheit, Preßfreiheit rc. Mehr eine Beschränkung jedoch, als eine Freiheit, wird in Art. 6 statuirt: „Für die todte Hand sind Beschränkungen des Rechtes, Liegenschaften zu erwerben und über sie zu verfügen, im Wege des Gesetzes aus Gründen des öffentlichen Wohles zulässig." Art. 16 lautet: „Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei. Unterrichts- und Erziehungsanstalten zu gründen und an solchen Unterricht zu ertheilen, ist jeder Staatsbürger berechtigt, der seine Befähigung hiezu in gesetzlicher Weise nachgewiesen hat. Der häusliche Unterricht unterliegt keiner solchen Beschränkung." Speziellere Beziehung auf österreichische Verhältnisse hat Art. 17, welcher bestimmt: „Alle Volksstämme des Staates sind gleichberechtigt und jeder Volksstamm hat ein unverletzliches Recht auf Wahrung und Pflege seiner Nationalität und Sprache. In den Ländern, in welchen mehrere Volksstämme wohnen, sollen die öffentlichen Unterrichts-

verschwindend kleiner Minderzahl sind, beeinflußt wissen und unsere Religion geschmäht sehen." Es ist viel Wahres an jener Schilderung jüdischen Einflusses; zu gutem Fortkommen in Wien scheint es in der That mitunter vortheilhaft, ein Jude zu seyn. Jedoch bleibt dabei noch immerhin unerklärt, warum das große Publikum oder das Volk sich von solchem Einflusse blindlings ausbeuten und daneben die nicht-kirchenfeindlichen Blätter Wiens relativ ohne Abonnenten läßt. Hier müßte die Sonde dem Uebel noch tiefer nachgehen; es scheint eben, „unsere Leut'" sind rühriger, halten besser zusammen, und haben für gemeinsame Zwecke eine opferbereitere Hand. Auch sind wohl die wenigsten Katholiken Oesterreichs in politischer Hinsicht Absolutisten oder Feudalisten, und es ist daher keineswegs ein kirchliches Interesse gefördert, wenn in der Presse nur ein feudalistisch oder absolutistisch gefärbter Katholizismus dargeboten wird. Tschechisch-russisch braucht er vollends gar nicht zu seyn.

Morgen findet im k. k. Redoutensaale die erste Hauptversammlung des „Lehrertags" statt. Die Zahl der Theilnehmer erreicht bereits 3000; die Lehrer aus der „Militärgränze" sind von Seite des Kriegsministeriums auf Staatskosten hierher berufen worden.

5. September 1867.

Die Ausgleichsverhandlung mit Ungarn spitzt sich auf einen Zwischenzustand hinaus, der wenigstens provisorisch einen Abschluß darböte: man will die ungarische Quote einstweilen nur für das Jahr 1868 festsetzen, für welches ein greifbares Büdget vorliegt, und alsdann später nach Maßgabe der zu machenden Erfahrung das Weitere bestimmen. Dieser Gedanke kommt von ungarischer Seite. Gleichen Ursprungs ist ein anderer Vorschlag, welcher dahin geht, aus der beiderseitigen Volksvertretung durch Wahl eine „Reichskommission" zusammenzusetzen, die sich mit Prüfung der Finanzlage des Reichs zu beschäftigen hätte. Da man voraussetzen muß, daß diese Reichskommission nicht die Ausgleichsdeputation noch einmal seyn soll denn in diesem Fall wäre sie unnöthig, so liegt dem Vorschlage wohl die Erkenntniß zu Grunde, daß der bisherige Bann des Schweigens nicht der beste Weg zur Förderung der Geschäfte war.

[illegible]

[illegible] Frankreich keiner Vertrauensmänner in Ungarn.

In Pesth wird nun auch General Türr als zurückkehrender Auswanderer erwartet. [illegible] hat [illegible] wohl daran gethan, von der Amnestie keinen Gebrauch zu machen; bereits wird er in ungarischen Blättern beschuldigt, daß er durch seine fortwährenden Agitationen und Hetzereien den Zwecken Rußlands in die Hände arbeite. Wie man sieht, steht er jetzt näher am tarpejischen Felsen, als am „Capitolium“.

—

7. September 1867.

Die Verhandlungen des allgemeinen österreichischen Lehrertags, der sich gegenwärtig hier versammelt findet, bieten eine politisch-charakteristische Seite dar: auch in ihnen kam ein Fragment von österreichischem Pessimismus zum Vorschein. Gegen einen Redner, der „unsere Volksschulen gar nicht so schlecht“ fand, als man sie mehrfach im Lauf der Debatte hingestellt habe (er behauptete sogar, sie seien besser als die preußischen), erhob sich ein solcher Sturm des Unwillens in der Versammlung, daß er seinen Vortrag abbrechen mußte, und sich zurückzog. Die nicht ganz unlogische Aeußerung, daß in einem überstarken Tadelsvotum über den Zu-

stand der Schulen zugleich ein indirekter Vorwurf gegen die Lehrer selbst liege („die Lehrer hätten sich damit ein Armuthszeugniß ausgestellt"), widerrief er nachher auf Veranlassung des Präsidenten. Am folgenden Tage zwar trat ein anderer Redner auf, der auch die Vorzüge der österreichischen Schulen würdigte, und sie gegen solche Vorwürfe, die er für unverdient hielt, in Schutz nahm; allein der Berichterstatter eines hiesigen Blattes deutet an, daß dieser (in Ungarn angestellte) Redner von draußen herein gekommen, d. h. daß er kein geborner Oesterreicher ist. Was die Untadelhaftigkeit des preußischen Schulwesens betrifft, deren Anzweiflung man jenem ersten Redner so übel nahm, so sprach sich noch in derselben Sitzung, ohne damit Anstoß zu geben, eine weitere Stimme dahin aus, „Preußen habe seine Lehrer zu Schulgendarmen gemacht;" Dies war wenigstens kein österreichischer Pessimismus mehr. Andererseits fehlte es auch nicht an Beispielen einer sehr hochfliegenden Auffassung. Ein Redner beklagte, daß die Lehrer, die doch „konstitutionelle Staatsbürger bilden" sollen, selbst ohne Wahlrecht seyen; ein anderer versicherte für gewiß, man werde niemals Schlachten verlieren, auf keinem Gebiete, wenn man die Volksschule als ersten General an die Spitze stelle. Also der Eine will politische Charaktere, der Andere siegreiche Feldherren vermittelst der Volksschule liefern. Wenn das „stürmische, minutenlange Bravo" eine Garantie des Erfolgs wäre, es ließe sich mit Gewinn ein Patent darauf nehmen, nicht blos in Oesterreich, sondern überall. Es ist erfreulich zu sehen, daß man Etwas auf die Schule hält, und den Männern eines schweren, äußerlich wenig lohnenden Berufs mißgönnt ein billiges Urtheil nicht, „wofür sie sich halten in ihrem Herzen;" allein bei alledem, wie der alte Wahrspruch sagt, sunt certi denique fines. Wenn einmal der deutsche Theil des österreichischen Schulwesens es dahin bringt, daß das Deutschthum in Oesterreich wenigstens nicht mehr verringert wird; daß nicht deutscher Sprachboden an die italienische Zunge verloren geht, wie in Tyrol, und daß nicht urdeutsche Namen unter der Maske von angeblichen Slowenen, Tschechen, Polen, und Magyaren durch die Welt laufen, — so wird die Schule etwas Großes geleistet haben; ich fürchte jedoch, auch Das geht über ihre Kräfte. Rudolf von Habsburg hatte Männer von Charakter um sich, aber sie waren es nicht vermittelst des Schulwesens geworden.

pation von der Kirche will man, sondern auch die Gemeinde soll Nichts darein zu reden haben. „Oho!" hieß es, als ein Redner von der Gemeinde zu sprechen anfing, und ein anderer äußerte nachgehends, wer das „Treiben der Dorfmagnaten" kenne, Der werde der Schule keine Abhängigkeit von der Gemeinde zumuthen; auch steht in der That kaum zu erwarten, daß die Gemeinde in jedem Lehrer einen Religionsstifter zu verehren geneigt wäre. Sonach hält man sich ausschließlich an den Staat, wie es scheint? Auch nicht, oder doch nur in so weit, als er die Kirche und die Gemeinde fernehalten und durch eine „Schulsteuer" der Unbequemlichkeit der Schulgelder mit ihren häufigen Rückständen abhelfen soll; sonst aber will man auch von dem Staat emanzipirt seyn, erklärt Jeden, der nicht selbst Volksschullehrer ist, für inkompetent zu einer Schulinspektion oder Kontrolle, („rein Unwissende" nennt man Solche, denen nicht derselbe eingetrichterte Mechanismus geläufig ist,) und statuirt als unumgänglich, daß Methode und Wahl der Lehrmittel einzig von der Entscheidung des Lehrers abhänge. Da man auch von den Eltern der Kinder sich natürlich keine Einflüsse gefallen lassen kann, so kommt man auf diesem Wege schließlich bei der absoluten Machtvollkommenheit und Souveränität jedes Volksschullehrers an; eine Stimme erhob sich sogar für Abschaffung und Verbot aller Privatanstalten, „welche nur störend wirken." Dies ungefähr sind die Ansprüche Derer, die am weitesten vorgeschritten sind: die Mehrheit der Versammelten ihrerseits jubelte fast Allem zu, was in diese Richtung einschlug, und die Wiener Zeitungspresse spendete selbstverständlich ihren Beifall, sobald sie es los hatte, daß die „Schule" gegen das Konkordat sey. Wohl nicht Jeder, der da wohlgemuth mitschreit, würde als Vater seine Kinder blindlings einer Souveränität des Lehrers überantworten: allein wer denkt an Alles zur rechten Zeit?

In der Versammlung selbst, nachdem einmal die Strömung sich entschieden hatte, war es mit der Freiheit des Worts zu Ende: gestern (in der dritten und letzten Sitzung) versuchte es mit dieser Freiheit noch einmal Hr. Winkler aus Krakau („er wage es, trotz der öffentlichen Meinung, gegen die Trennung der Schule von der Kirche zu sprechen"), wurde aber durch stürmische Zwischenrufe überschrieen und gab der Gewalt nach. Auf eine sehr feine Weise jedoch gelangte gestern doch noch ein unabhängiger Redner zum Wort-

[illegible]

... Es scheint dem Redner, daß auch in dieser Versammlung [illegible] Einfluß auf [illegible] Schule, sondern nur [illegible] zu entziehen. Und [illegible] das geistliche Regiment ein [illegible] gewesen, so [illegible] sich wohl nicht der [illegible] Geist mit einem Male emporgerafft zu einer so richtigen Auffassung, wie es die Reform der Volksschule ist. Nun folgere weiter auch aus der Gleichheit und Brüderlichkeit eine entsprechende Nutzanwendung. „Adoptiren Sie die moderne Religion der Humanität, reichen Sie uns Priestern, die wir vielleicht nicht richtig die Schule geleitet haben, brüderlich die Hand, wie ich sie gestern einem mosaischen Kollegen reichte!“ Bravo! „Sache des Gebildeten ist es, den minder Gebildeten seinen Mangel an Bildung nicht entgelten zu lassen; er zieht ihn zu sich empor durch seinen Umgang; ziehen Sie also auch uns, uns weniger gebildete Priester, zu sich empor!“ Hier erhob sich ein neuer Sturm: „Oho! Das ist Ironie! Schluß! Abtreten!“ Der Präsident bat um Ruhe; Hr. Arenes konnte fortreden, eilte

aber von selbst zu Ende. Seine geistige Ueberlegenheit schien selbst der urwüchsigen Plumpheit imponirt zu haben. Wenn man freilich die entstellten und beinahe nichtssagenden Worte liest, die z. B. die Neue freie Presse Hrn. Krönes in den Mund legt, so hat man einen sprechenden Beweis weiter vor sich, wie wenig man mitunter der „Wahrheit", „Humanität", und „Freiheit" sicher ist, — auch da, wo sie eben mit lautem Geschrei als leitende Prinzipien angerufen und verkündigt werden!

20. September 1867.

Der dem Abg. Mühlfeld zur Bearbeitung übertragene Entwurf eines neuen Ehegesetzes liegt fertig vor; er geht einfach auf die bloße Zivilehe aus. In diesem Sinne wird eine Reihefolge entgegenstehender Bestimmungen des Allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuchs zur Aufhebung oder zur Umgestaltung bestimmt. Verschiedenheit der Religion (Christ oder Nicht-Christ) soll kein Ehehinderniß mehr seyn; eben so wenig „der Empfang höherer Weihen von Seiten der Geistlichkeit oder die Ablegung geistlicher Ordensgelübde von Seiten der Personen beiderlei Geschlechts, deren der §. 63 des Allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuchs erwähnt." Durch das Erstere würde wenigstens ein Skandal vermieden, das in den „aufgeklärten" Theilen Deutschlands in den letzten Jahren mehrfach vorgekommen ist: nämlich daß Christinnen, um einen Juden heirathen zu können, aus angeblicher „Ueberzeugung" zum Judenthum übergingen. Die Erklärung zur Ehe erfolgt vor dem Gemeinde- oder Bezirksvorstand, und durch diesen sodann die Erklärung der Giltigkeit. Ein Muster von Satzbildung ist, was der Entwurf in dieser Hinsicht weiter sagt. „Die Erwägung, inwiefern die Brautleute, um ihrer Ehe die Spenden der Religion nach Maßgabe der Glaubensbekenntnisse, welchen sie angehören, zu verschaffen, sich, nachdem die Aufnahme der feierlichen Erklärung ihrer Einwilligung zur Ehe vor dem Gemeinde- oder Bezirksvorstand erfolgte, nach den Vorschriften ihrer Kirche oder Religionsgenossenschaft durch den dazu berufenen Geistlichen oder Religionsdiener trauen lassen sollen, ist Sache der Religion und des Gewissens." Mit andern Worten: man überläßt es Jedem, sich mit seiner Kirche oder Religionsgenossenschaft abzufinden, wie er kann und mag; allein wenn der Mühlfeld'sche Entwurf keine bessere Ehen zu Stande bringt, als sein Verfasser

Sätze und Perioden, so steht nicht viel Gutes in Aussicht. Im Uebrigen wird es in Oesterreich, falls dieser Entwurf zum Gesetze wird, ohne Zweifel eben so gehen, wie in andern Ländern, wo das Institut der Zivilehe längst besteht, der kirchlichen Trauung aber mit nichten den Weg abgeschnitten hat. Was die h. Taufe betrifft, so geht sie auch nach den „vorgeschrittensten" Ansichten noch nicht in das Amt des „Gemeinde- oder Bezirksvorstandes" über.

Der „allgemeine österreichische Lehrertag" hat vor dem Auseinandergehen noch ein Abschiedsfest in Dreher's Bierhalle gefeiert, wobei Hr. Pape aus Bielitz in einem Trinkspruch unter Anderm sagte: „Ich habe die freudige Hoffnung, wir gehen mit andern Gedanken und Gesinnungen weg, als wir gekommen. Wir sind als einzelne Lehrer gekommen, und gehen als eine Armee der Intelligenz und voll Begeisterung." Hr. Pape liebt militärische Anspielungen: er war es, der im Laufe der Verhandlungen dafür einstand, man werde auf keinem Gebiet Schlachten verlieren, wenn man den General „Volksschule" an die Spitze stelle. Da wäre freilich Napoleon I. schlecht weggekommen, denn während seiner glänzendsten Zeit war es sicherlich nicht das Volksschulwesen, worin Frankreich andern Ländern überlegen war. Beschlossen hat der Lehrertag so eigentlich Nichts, als eine abermalige Versammlung im kommenden Jahr; was an Anträgen vorlag, Das soll nun durch das Komitee im Namen der Versammlung aufgearbeitet und erledigt werden. Hoffentlich ist dasselbe so vernünftig, die „Religion ohne Konfession" dahin zu weisen, wohin sie gehört, nämlich in das Gebiet des Unsinns. Eine Religion ohne Konfession ist ein Inhalt ohne Form des Ausdrucks, eine Gestaltung ohne Umrisse, eine Flüssigkeit ohne Gefäß, d. h. ein Unding: auch meinen es die Herren selbst nicht eigentlich so, sondern auch ihre „Religion" soll eine Ausdrucksform, eine äußere Fassung, eine „Konfession" haben, nur daß ihr Anspruch darauf geht, sich diese Konfession nach Belieben selbst zu machen. In Bezug auf eine Einzelperson möchte Das hingehen; aber daß ein Lehrer als solcher im Namen der „Volksschule" verlangt, diese von ihm selbst gemachte Konfession nun zwangsweise seinen Schülern aufzuoktroyiren, ohne daß irgend Jemand, auch die Eltern nicht ausgenommen, ihm Etwas darein reden dürfe, Das ist denn doch ein naiver Anspruch auf eine Tyrannei, wie sie der ganzen menschlichen Natur widerstrebt, und gottlob unausführbar.

Die nächste Sitzung des Abgeordnetenhauses soll auf den 23. angesagt werden. Der ungarische Ausgleich jedoch wird bis dahin keineswegs, wie man gehofft hatte, fertig seyn: vielmehr hat sich die Sache neuerdings wieder etwas mehr verwickelt, und nach der Ansicht gewiegter Schwarzseher wäre der Karren sogar so gut wie festgefahren. Ich glaube schwer daran, daß man es von ungarischer Seite bis auf das Aeußerste treiben sollte: auch hier gilt ja der alte Warnungs- und Erfahrungsspruch, daß eine versäumte Gelegenheit nicht leicht wiederkehrt. Die geringe Steuerkraft Ungarns bildet schon an sich einen starken Kontrast zu seinen stolzen Ansprüchen: denn Steuerkraft ist *Staatskraft*. Man braucht den Mangel an Leistungsfähigkeit in dieser Hinsicht nicht auch noch zu übertreiben.

Dr. Schindler, Salzburger Napoleonischen Andenkens, hat aus Anlaß der vielfach auf ihn gerichteten Angriffe nun eine öffentliche Erklärung erlassen, worin er sagt, daß er sich weder direkt noch indirekt um eine Audienz beworben habe, und daß der telegraphische Bericht über seine Unterredung mit Napoleon nur von Freunden herrühren könne, denen er vertrauliche Mittheilungen gemacht. Eine sehr frühzeitige Indiskretion jedenfalls: denn diese Mittheilungen kamen „brühwarm" an die große Glocke des Telegraphen. Untelegraphirt aber blieb eine nachfolgende Aeußerung Napoleon's, welcher nämlich nach dem Abschiede von Schindler geäußert haben soll: „Wollte Gott, meine Oppositionsmänner in *Paris* wären wie *dieser*!"

11. September 1867.

Die politische Leistung des Pessimismus besteht eigentlich darin, daß er die Hände müßig in den Schooß legt und sagt: „Es hilft *doch* Nichts!" Wenn er aber Jemand findet, auf den er in seinem Sinn Alles abladen kann, so sagt er mit Bequemlichkeit: „Der soll's machen!" Mit diesem Spruch empfing man seiner Zeit Hrn. v. Schmerling; seine Wirksamkeit scheiterte jedoch daran, daß er die Einheit höher setzte, als die Freiheit, während „seine Partei" es da mit vielmehr umgekehrt hielt. Dem Grafen Belcredi lastete die öffentliche Erwartung wenig auf: man fürchtete instinktartig, daß er Nichts „machen" werde, als etwa einen Schritt *rückwärts*. Bei

Hrn. v. Beust hinwiederum stieg der Anspruch um so höher. Auch der Zurückhaltung parlamentarischer Häuptlinge, die sich vor einem Ministersitze scheuen, liegt kaum etwas Anderes zu Grunde, als was der oben angeführte Satz ausspricht. Erst soll Alles nach ihrem Wunsche fertig und erledigt seyn: als Minister vorher dazu mitwirken wollen sie nicht: Hr. v. Beust „soll's machen." Eine Vergleichung mit Ungarn zeigt anschaulich, daß eine solche Zurückhaltung ein politisches Versäumniß ist: Graf Andrassy z. B. hat Manches durchgeführt, was man nicht gerade voraussah: wenn er Dies Alles als Vorbedingung seines Eintritts gesetzt hatte, wäre er vielleicht nicht Minister geworden. Man muß auch selber Hand mit anlegen, wenn Etwas „gemacht" werden soll. Als Napoleon in Salzburg war, meinte Jemand: „Nun, wenn es sich um ein Zusammengehen handelt, wird er schon darauf bedacht seyn, daß wir Hinterlader erlangen, ehe uns unversehens ein neuer Krieg über den Hals kommt: Der versteht sich darauf: er soll's machen." So sind die Variationen des Pessimismus. Auch die Zweitheilung mit Ungarn war nach ähnlicher Auffassung nichts Anderes, als die Abladung eines Theils der gemeinsamen Aufgabe auf andere Schultern: nachdem die Deutschen Oesterreichs in alle andern Nationalitätslager Renegaten geliefert, was nicht eben wie ein geistiges Uebergewicht aussah, theilte man in entsprechender Weise zeitgemäß die Aufgabe der Gemeinsamkeit mit Ungarn, wo ja auch Deutsche sowohl Gelehrte als Spießbürger ihre Namen geschmeidig in's Magyarische übersetzten. Dieser leicht knetbare Thon war längst seiner Form nicht mehr sicher. Jetzt aber, da es mit dem Ausgleich etwas zu hapern beginnt, bildet sich anscheinend ein Gegensatz heraus: ehe der diesseitige Pessimismus einwilligt, den Magyaren für ungarischen Bedarf Geld noch darauf zu legen, zieht er die blose Personalunion vor. „Sorge jeder Theil für sich selbst: Ungarn mag dann zusehen, wie weit es mit seinen eigenen Mitteln vorwärts kommt: seine Minister sollen es machen." Dies ist eine Art von Pessimismus, die nicht weiter um sich greifen darf, oder sie stellt die Entstehung auch eines ungarischen Pessimismus in Aussicht. Manche, die für Ungarn sonst günstig gestimmt sind, finden es sehr unpolitisch, wenn man auf ungarischer Seite, mit den hochgehenden politischen Ansprüchen im Kontrast, so gar stark Ungarns geringe finanzielle Leistungsfähigkeit betont und in den Vordergrund schiebt. Was an Steuerkraft fehlt,

Das ist eben eine Ermanglung an Staatskraft; vor den Augen Europa's muß man sich nicht heruntersetzen. Ginge es aber schief, so könnte sich auch in Ungarn schließlich ein Pessimismus anmelden, der da spräche: „So wie so, wir brauchen Jemand, der's zu machen weiß!"

13. September 1867

Daß und warum der Ausgleich mit Ungarn so schwierig ist, legt sich am anschaulichsten in statistischen Ziffern dar. Ungarn mit seinen Nebenländern macht an Flächeninhalt fast die Hälfte der österreichischen Monarchie aus (5,017 Quadratmeilen von 10,324), an Bevölkerung aber nur etwas mehr als zwei Fünftheile ($13^{7}/_{10}$ Millionen Seelen von $33^{5}/_{10}$ Millionen). Zu den Einnahmen des Reichs aber liefert Ungarn seinen Beitrag weder im Verhältniß des Flächeninhalts noch der Bevölkerung. In den Jahren 1864 und 1865 z. B. belief sich die Bruttoeinnahme aus den indirekten Abgaben zusammengenommen auf beinahe 460 Millionen Gulden; hieran zahlten die deutsch-slawischen Länder $75^{1}/_{2}$ Prozent, Ungarn nur $24^{1}/_{2}$. Etwas besser stellt sich das Verhältniß bei den direkten Steuern, obwohl auch da noch ungünstig genug im Vergleich zu der Ländergruppe diesseits der Leitha. Der Gesammtertrag aus den direkten Steuern beziffert sich nämlich für den bezeichneten Zeitraum mit $215^{4}/_{10}$ Millionen Gulden; hieran zahlten die deutsch-slawischen Länder $142^{6}/_{10}$ Millionen, Ungarn aber nur $72^{8}/_{10}$, also kein volles Dritttheil. (Dies sind die Ziffern der wirklichen Einnahme; präliminirt im Büdget waren für beide Jahre zusammen $221^{4}/_{10}$ Millionen; Ungarn blieb mit $4^{2}/_{10}$ Millionen im Rückstand, die deutsch-slawische Ländergruppe nur mit $1^{8}/_{10}$.) Aus direkten und indirekten Steuern zusammengenommen betrug die Bruttoeinnahme in jenen beiden Jahren mehr als $674^{4}/_{10}$ Millionen, und zwar in der Weise, daß in der Ländergruppe diesseits der Leitha der Kopf durchschnittlich beinahe $12^{6}/_{10}$ fl., in Ungarn aber nicht ganz $6^{8}/_{10}$ fl. bezahlte. Als Gesammtergebniß einer Reihe von ausführlichen Berechnungen im hiesigen „Volkswirth", einer nationalökonomischen Zeitschrift, der auch die obigen Ziffern entnommen sind, ergibt sich, daß der Ertrag der Steuern und Abgaben in Ungarn und dessen Nebenländern durchschnittlich weniger als 30 bis 25 Prozent der gesammten Einnahme ausmacht, daß aber die Ausgaben für Un-

garn und seine Nebenländer bisher im Durchschnitt 40 Prozent betragen haben. In den Ausgaben also hat sich die Verhältnißziffer der Bevölkerung festgehalten, in den Einnahmen nicht. Man sieht, bei der „Staatseinheit" ist Ungarn finanziell gar nicht so übel gefahren, obwohl es sich fortwährend darüber beklagte. Umgekehrt aber beklagt man sich Angesichts der vorliegenden statistischen Ziffern nunmehr diesseits der Leitha und verlangt nicht mit Unrecht, daß Ungarn, wenn es sich stolz auf seine eigenen Beine stellen will Dies auch auf seine eigenen Kosten thue, nicht auf die eines Dritten. Auch ist selbst für die Zukunft nicht abzusehen, wie es in Ungarn finanziell besser werden soll, denn das Grundübel dort, wie es in dem alten Polen war, ist der fatale Umstand, daß es an der Entwicklung eines Bürgerthums fehlt. Die gerühmte uralte ungarische Verfassung ist eben doch zunächst nur auf Adelsinteressen eingerichtet, die Komitatsämter sind die Reservate edelmännischer Sipp- und Vetterschaften, ganz so wie es in der alten Schweiz ein Privilegium „regimentsfähiger Burger" gab, und wo sich in Ungarn ausnahmsweise ein Bürgerthum vorfindet (Ofen-Pesth, schon im Mittelalter deutsche Städte), da ist es eben ein deutsches, wenn auch einzelne dieser Bürger nachläufig genug sind, ihre Namen in das Magyarische zu übersetzen, selbst ohne sonst der magyarischen Sprache mächtig zu seyn. Wenn Ungarn sich nicht mit dem Deutschthum zu befreunden versteht, wird es auch finanziell nicht vorwärts kommen, und wenn es eine Ausgabe von je 40 nöthig hat, während es nur je 25 bis 30 an Steuern aufbringt, so wäre es für sich allein gelassen ein verlorener Staat, nicht haltbar in einem Zusammenstoß großer Kolosse, wie ihn jeden Augenblick ein Streit um die Theilung der Türkei herbeiführen kann. Wohlgemerkt noch dazu, daß das Königreich Ungarn nur zu einem Drittheil der Bevölkerung aus Magyaren besteht. Dies ist das ungarische Interesse an dem Zustandekommen des Ausgleichs; es scheint fast, daß es jenseits der Leitha nicht in seinem vollen Gewichte Verständniß findet. Man wird lernen müssen, es zu verstehen.

15. September 1867.

Der Ausgleich mit Ungarn hat einen wesentlichen Fortschritt gemacht: zwischen den beiderseitigen Finanzministern ist ein durch-

gängiges Einverständniß zu Stande gekommen. Es ist Das noch nicht die Lösung selbst, aber der nächste Weg dazu. Erst müssen noch die beiderseitigen Deputationen (der „Kreis der Schweigenden"), und dann die beiderseitigen Volksvertretungen (Reichsrath und ungarischer Landtag) zustimmen; indeß erwartet man da keine übergroßen Schwierigkeiten mehr: die Meisten werden froh seyn, wenn man einmal ein Ende absieht. Ein in dieser Frage wohlunterrichtetes Blatt deutet an, daß die ungarischen Staatsmänner und Vertreter ihrem Land ein Opfer gebracht haben; in welchem Sinne Das gemeint ist, ersieht man aus der beigefügten Anempfehlung dieses Beispiels an die Adresse Derjenigen unter unsern politischen Notabilitäten, „welche die Furcht, ihrer Popularität Eintrag zu thun, mehr beeinflußt, als die Pflicht gegen das Vaterland, und welche Vieles eher, als ihre Person, in die Schanze schlagen." Ein ganz entgegengesetztes Beispiel von politischer Taktik hat so eben ein ungarischer Obergespan geliefert: der Ausschuß des Szabolcser Komitats beschloß eine Vertrauensadresse an Kossuth, und der hiemit nicht einverstandene Obergespan Becsey trat deßhalb von seinem Posten zurück. Nun aber meldet ein Telegramm der „Debatte", daß hierauf besagter Ausschuß seinen Beschluß mit 116 gegen 64 Stimmen wieder kassirt hat, und demgemäß Hr. v. Becsey wieder auf seinem Posten verbleibt. Auf diese Weise, wie man sieht, besitzt Hr. v. Becsey die Majorität: im entgegengesetzten Falle würde sie ihn besessen haben, was nicht ganz die Rolle eines politischen Führers ist.

Der konfessionelle Ausschuß des Abgeordnetenhauses hat in seiner letzten Sitzung den von Hrn. Herrmann ausgearbeiteten Entwurf eines Schulgesetzes in Berathung genommen. Fünf Mitglieder sprachen sich dahin aus, daß der Einfluß des Staates auf die Schule nachdrücklicher zu wahren und insbesondere die Bestimmung zu treffen sey: die Schulen seyen als Staatsanstalten nicht an konfessionelle Schranken gebunden. Mit andern Worten, der Herrmann'sche Entwurf, der auf dem Lehrertage eine Popularitätsärnte eingeheimst hatte, geht den Herren nicht weit genug: es wurde beschlossen, diesen Entwurf vor seiner Durchberathung im Ausschuß erst einem „Subkomitee" von drei Mitgliedern zu überweisen. Am Ende kommt da vielleicht doch noch eine „Religion ohne Konfession" zum Vorschein.

An den hiesigen Magistrat sind in der jüngsten Zeit wieder mehrfache Zuschriften von Gemeinden in Böhmen und Mähren in tschechischer Sprache gelangt. Wie es scheint, hat er sich noch nicht des wirksamen Gegenmittels bedient, solche Zuschriften einfach unbeantwortet zu lassen, wie es der Natur des gegenseitigen Verhältnisses entspräche: denn jene Gemeinden haben Etwas in Wien zu suchen, wenn sie hierher schreiben, der Wiener Magistrat aber Nichts bei ihnen. Aus Böhmen selbst klagt man, daß einzelne Aemter anfangen, deutsche Namen ihrer Amtsuntergebenen eigenmächtig in's Tschechische umzugestalten, und z. B. anstatt „Schmeger" zu schreiben: „Smegr" 2c. Es ist schon zu viel, daß es deutschböhmische Schwächlinge gibt, die sich selber zu Tschechen machen: eine Oktroyirung von Amts wegen aber ist ein sträflicher Mißbrauch.

16. September 1867.

Das Subkomitee des Verfassungsausschusses hat vier Staatsgrundgesetze im Entwurfe fertig, die nun berathungsreif vorliegen: dieselben machen zusammen eine neue Verfassung aus. Das erste zählt die „allgemeinen Rechte der Staatsbürger für die im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder" auf (Grundrechte): Gleichheit vor dem Gesetz, Freiheit der Person, Unverletzlichkeit des Hausrechts, Briefgeheimniß, Petitionsrecht, Versammlungs- und Vereinsrecht, Glaubens- und Gewissensfreiheit, Unterrichtsfreiheit, Preßfreiheit 2c. Mehr eine Beschränkung jedoch, als eine Freiheit, wird in Art. 6 statuirt: „Für die todte Hand sind Beschränkungen des Rechtes, Liegenschaften zu erwerben und über sie zu verfügen, im Wege des Gesetzes aus Gründen des öffentlichen Wohles zulässig." Art. 16 lautet: „Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei. Unterrichts- und Erziehungsanstalten zu gründen und an solchen Unterricht zu ertheilen, ist jeder Staatsbürger berechtigt, der seine Befähigung hiezu in gesetzlicher Weise nachgewiesen hat. Der häusliche Unterricht unterliegt keiner solchen Beschränkung." Spezielle Beziehung auf österreichische Verhältnisse hat Art. 17, welcher bestimmt: „Alle Volksstämme des Staates sind gleichberechtigt, und jeder Volksstamm hat ein unverletzliches Recht auf Wahrung und Pflege seiner Nationalität und Sprache. In den Ländern, in welchen mehrere Volksstämme wohnen, sollen die öffentlichen Unterrichts-

anstalten derart eingerichtet seyn, daß, ohne Anwendung eines Zwangs zur Erlernung einer zweiten Landessprache, auch die Volksstämme, welche in der Minderheit sind, die erforderlichen Mittel zur Ausbildung in ihrer Sprache erhalten. Als Unterrichtssprache soll in den öffentlichen Volks- und Mittelschulen jene gelten, welche bei Staatsschulen der Staat, bei Landesschulen das Land, und bei Gemeindeschulen die Gemeinde und überhaupt diejenige Person oder Korporation zu bestimmen hat, der die materielle Erhaltung der Schule obliegt. Für den Religionsunterricht in den Volksschulen wird von der betreffenden Kirche oder Religionsgesellschaft Sorge getragen. Dem Staate steht rücksichtlich des gesammten Unterrichts- und Erziehungswesens das Recht der obersten Leitung und Aufsicht zu."

Das zweite Staatsgrundgesetz, wie es von dem Subkomitee entworfen ist, betrifft die „Ausübung der Regierungs- und der Vollzugsgewalt." Art. 6 enthält folgende Bestimmung: „Der Kaiser leistet beim Antritte der Regierung in Gegenwart beider Häuser des Reichsrathes das eidliche Gelöbniß, die Grundgesetze der im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder unverbrüchlich zu halten und in Uebereinstimmung mit denselben und den allgemeinen Gesetzen zu regieren." Art. 7 handelt von der Verantwortlichkeit der Minister, welche bereits durch ein besonderes Gesetz geregelt ist. Nach Art. 10 „haben alle Organe der Staatsverwaltung in ihrem Diensteid auch die unverbrüchliche Beobachtung der Staatsgrundgesetze zu beschwören."

Der dritte Entwurf behandelt die „richterliche Gewalt." Hier ist Art. 5 der bedeutendste: er lautet, wie folgt: „Die Richter sind in Ausübung ihres richterlichen Amtes selbständig und unabhängig. Sie dürfen nur in den im Gesetz vorgesehenen Fällen und auf Grund eines förmlichen richterlichen Erkenntnisses ihres Amtes entsetzt, desselben zeitweise enthoben, oder gegen ihren Willen an eine andere Stelle oder in Ruhestand versetzt werden. Diese Bestimmungen finden jedoch auf Uebersetzungen" österreichischer Provinzialismus für: Versetzungen „keine Anwendung, welche durch Veränderungen in der Organisation der Gerichte nöthig werden." Art. 11 bestimmt Geschworne „bei den mit schweren Strafen bedrohten Verbrechen, welche das Gesetz zu bezeichnen hat, so wie bei allen politischen und vermittelst der Presse verübten Verbrechen und Vergehen."

Der vierte Entwurf ist der eines Staatsgrundgesetzes über ein einzusetzendes Reichsgericht zur Entscheidung bei Kompetenzkonflikten und in streitigen Angelegenheiten öffentlichen Rechts. (Kompetenzkonflikte zum Beispiel zwischen Gerichts- und Verwaltungsbehörden, oder zwischen einer Landesvertretung und den obersten Regierungsbehörden, wenn jede derselben das Entscheidungsrecht in einer administrativen Angelegenheit beansprucht, oder zwischen den autonomen Landesorganen verschiedener Länder.) Die Hauptbestimmung enthält der Art. 3, besagend: „Dem Reichsgerichte steht ferner die endgiltige Entscheidung zu: a) über Ansprüche einzelner der im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder an die Gesammtheit derselben und umgekehrt, dann über Ansprüche eines dieser Königreiche und Länder an ein anderes derselben; endlich über Ansprüche, welche von Gemeinden, Körperschaften, oder einzelnen Personen an eines der genannten Königreiche und Länder oder an die Gesammtheit derselben gestellt werden, wenn solche Ansprüche zur Austragung im ordentlichen Rechtswege nicht geeignet sind; b) über Beschwerden der Staatsbürger wegen Verletzung der ihnen durch die Verfassung gewährleisteten politischen Rechte, nachdem die Angelegenheit im gesetzlich vorgeschriebenen administrativen Wege ausgetragen worden ist.“ Das Reichsgericht wird seinen Sitz in Wien haben; den Präsidenten und dessen Stellvertreter ernennt der Kaiser direkt, zwölf Mitglieder und drei Ersatzmänner aber auf Vorschlag des Reichsraths in der Art, daß für zehn Stellen das Abgeordnetenhaus, für fünf das Herrenhaus je drei sachkundige Männer bezeichnet, unter denen der Kaiser die Wahl hat.

Man sieht, der Gedanke des Reichsgerichts ist nicht aus der gewöhnlichen Schablone hervorgegangen, steht nicht auf den Schultern eines frühern Beispiels; er hat eine Anlage, die sich zu einem sehr praktischen Erfolg entwickeln kann. Was die Grundrechte betrifft, so zieht Glaubens-, Gewissens-, und Unterrichtsfreiheit die Konsequenz nach sich, daß Gleiches auch den so vielfach angefochtenen „Ultramontanen“ zu gute kommt, und daß die seitherigen Verketzerer das aufgestellte Prinzip achten lernen. Zu der oben angeführten Stelle in Art. 17 über den Religionsunterricht paßt schon der Anlauf zu dem Schulgesetz im konfessionellen Ausschuß nicht. Mit dem Mühlfeld'schen Entwurf eines Ehegesetzes übrigens scheint dieser Ausschuß nicht ganz einverstanden; in der gestrigen Sitzung be-

antragte der Abg. Sturm die Verweisung des Entwurfs an ein Subkomitee, weil derselbe in vielen Beziehungen zu weit gehe, überhaupt aus Opportunitätsgründen nicht zu empfehlen sey, und dieser Antrag wurde schließlich mit allen Stimmen gegen eine (Abg. Baron Weichs: Mühlfeld selbst war nicht anwesend) zum Beschluß erhoben.

17. September 1867.

Aus den Reden und Antworten, zu denen dem Reichskanzler seine Reise in Mähren und Böhmen Veranlassung gab, ersieht man, daß ihm der Ausgleichsvorschlag, wie er jetzt der ungarischen und der diesseitigen Deputation vorliegt, für das Definitivum gilt. Sowohl er als Graf Andrassy, sagt man, wollen aus der Annahme eine Kabinettsfrage machen. Ich glaube nicht, daß in diesem Falle wirklich eine Wahl übrig bleibt: weder eine der beiden Deputationen, noch eine der beiden Volksvertretungen wird die ungeheure Verantwortlichkeit auf sich nehmen wollen, die von einem provozirten Rücktritte des Frhrn. v. Beust unzertrennlich wäre: Dies hieße alles bisher Errungene wieder von neuem auf das Spiel setzen. Dieser Gefahr gegenüber kommt es am Ende nicht auf diese oder jene Ziffer der ungarischen Quote an. Dieselbe soll 30 Prozent betragen, was für die Reichsrathsländer 70 Prozent übrig läßt, sowohl als Beitrag zu den laufenden Ausgaben wie zu den Interessen der Staatsschuld: da jedoch von der letzteren 500 Millionen als für Ungarn nicht verbindlich ausgeschieden werden, so stellt sich die ungarische Quote für die Zinsen der Staatsschuld eigentlich nur auf 28 Prozent. Daß Ungarn weder im Verhältniß seines Umfangs noch seiner Volkszahl Schritt mit der diesseitigen Steuerkraft zu halten vermag, ist eine Thatsache; nur wollte die ungarische Deputation anfänglich diesen Sachverhalt weiter ausbeuten, als gerechtfertigt war. Wo bloße Zahlungsunlust zu Grunde liegt (seit Einsetzung des ungarischen Ministeriums sollen die Steuerrückstände in Ungarn, trotz des reichen Aerntesegens, sich um 8 Millionen vermehrt haben), da tritt jetzt die ungarische Regierung selbst mit ernstlichen Maßregeln zur Beitreibung auf, und es kann nicht mehr für eine „ungarisch patriotische“ Ausflucht gelten, dem „Swab“ so viel als nur immer möglich vorzuenthalten. Eine derartige Anschauung beruht ohnehin nur auf einer Grundlage von Unwissenheit

und nationaler Eitelkeit. Wer unterrichtet ist, weiß auch in Ungarn, daß das Land keine Ueberschüsse liefert: die Länder der ungarischen Krone insgesammt sind finanziell passiv, d. h. sie bedürfen finanziellen Zuschusses von diesseits der Leitha. Die Redensarten Kossuths und einiger Honvedvereine (auch den Ausschreitungen der letzteren übrigens tritt nun das ungarische Ministerium abwehrend in den Weg ändern Nichts an dem Stande der Thatsachen.

In Brünn, wo Frhr. v. Beust glänzend empfangen wurde, sprach er in Beantwortung der Anrede des Vizebürgermeisters bezeichnende Worte, indem er sich auf seiner politischen Laufbahn mit einem Wanderer verglich, der einen hohen Berg hinansteige. Um sein Ziel zu erreichen, dürfe man nicht immer die abschüssigsten und gefährlichsten Stellen wählen: auch sey es von Zeit zu Zeit nöthig, auszuruhen, um wieder Athem schöpfen zu können. Er habe sein Ziel immer vor Augen und hoffe, es zu erreichen, wenn ihm das Vertrauen erhalten bleibe. In Kleinskal (Böhmen äußerte er sich, eine Ansprache beantwortend, in versöhnendem Sinn: auch in Reichenberg wies er auf die Nothwendigkeit der Versöhnung der nationalen Parteien hin. Gleiches that er in Turnau, in einer Erwiederung auf die Anrede tschechischer Geistlichen. Der tschechische Veteranenverein von Jenschowitz überreichte dem Reichskanzler das Ehrendiplom. Zur Versöhnung der Parteien in Böhmen ist wohl die Zeit noch nicht ganz reif, kann es aber werden, sobald sich in den Kreisen des Tschechenthums eine nicht-russische Partei von der russischen offen abscheidet und lostrennt.

Die früher auf heute angekündigte Konferenz österreichischer Kirchenfürsten schiebt sich etwas weiter hinaus: ihr Zusammentritt soll bis zur Wiedereröffnung des Reichsrathes vertagt seyn. Letztere findet am 24. statt. Auf den 28. soll auch der ungarische Landtag wieder zusammentreten.

19. September 1867.

Die zu Reichenberg gehaltene Rede des Frhrn. v. Beust ist der Gegenstand vielseitiger Kommentare in der Tagespresse: in der That hat der Reichskanzler sich eben so offenherzig als entschieden über den Charakter seiner Politik ausgesprochen. Scharf einschneidend ist namentlich die Rüge, die das tschechische Russenthum trifft: „Wie

soll der König, den man mit der hochgehaltenen Krone geschmückt sehen will, in die Mauern einer Stadt einziehen, in welcher die Klänge einer einem fremden Herrscher geltenden Hymne noch widerhallen?" An eine verwandte Adresse richtet sich die Hinweisung auf „das seltsame Schauspiel, daß Diejenigen, die am meisten vom angestammten Vaterlande, von der historischen Ueberlieferung, und vom alten Glauben sprechen und Dies Alles bedroht sehen, ein fremdes Land, eine moderne Idee, und eine neue Lehre hineintragen". Das heißt denn doch wohl: man ist weder konservativ noch katholisch, wenn man das russische Tschechenthum protegirt. Die „Narodni Listy" haben zwar in der Zwischenzeit eine Unterscheidung zwischen „Panslawismus" und „Panrussismus" erfunden; allein Das ist bloser Schnickschnack, denn offenbar kann die Bedeutung des „Panslawismus" nicht die sehn, daß etwa die Russen tschechisch werden sollten. Eine Beziehung nach jener feudalen Seite hin scheint auch die Stelle zu haben, wo Frhr. v. Beust davon spricht, daß ihm „viele Gegner", ja „Feinde" gegenüberstehen, daß aber weder ihre Zahl noch ihr Eifer ihn entmuthigen werde. „Standhaft und beharrlich werde ich nach dem Willen unseres erhabenen Monarchen, so lange ich sein Vertrauen bewahre, den eingeschlagenen Weg verfolgen: aber ich thue es nicht mit dem Gedanken, meine Gegner zu überwinden, zu beschämen: – ich thue es mit der Zuversicht, daß der Tag kommen muß, wo auf dem Boden der wieder gewonnenen Verfassung Alles sich gegenseitig die Hand reichen wird zur Versöhnung und zum gemeinsamen Dienste fürs Vaterland." Auch über den leidigen Pessimismus sprach Frhr. v. Beust treffende Worte. Zum Gelingen gehöre vor Allem, daß man aufhöre, zu zweifeln und zu verzweifeln. „Der Pessimismus, den ich hier fand, als ich kam, hat gottlob nachgelassen; es ist besser geworden, es muß noch besser werden." Die ganze Rede ist so zu sagen ein vollständiges Programm, und wenn der Reichskanzler unter Anderm die „Segnungen des Friedens" als unentbehrlich betont, so meint er dabei genau Das, was er sagt, und nimmt keine Maske vor, wie es mitunter Andere thun.

Die Energie des ungarischen Ministeriums scheint den Honvedvereinen imponirt zu haben. Auch die Erwartung, daß Türr sich für neue Agitation aussprechen werde, ist gescheitert: auf eine öffentliche Anrede im Kossuth'schen Sinne antwortete er entschieden im

Magyaren machte; jetzt ist er vollends ein Italiener geworden. Varium et mutabile!

Ludwig Kossuth hat ein neues öffentliches Sendschreiben vom Stapel gelassen. Er wehrt mit Entrüstung jene Angriffe von sich ab, die ihm einen Zusammenhang mit russischen Tendenzen zuschreiben. Schlimm genug, daß er in Ungarn selbst gegen Angriffe dieser Art sich zu vertheidigen hat.

23. September 1867.

Die tschechischen Blätter sind voll Gift und Galle über die Rede des Frhrn. v. Beust in Reichenberg. Kein Wunder: was wäre auch Triftiges zu antworten auf den Vorhalt: wie man denn hoffen möge, den Inhaber der so hoch gefeierten „tschechischen Krone" in eine Stadt einziehen zu sehen, die noch von den Klängen einer Hymne für einen andern Herrscher widerhalle? Da haben alle Winkelzüge und Deuteleien ein Ende: entweder — oder! Eher könnte man sich wundern, daß auch andere Blätter an einer der Gelegenheitsreden des Frhrn. v. Beust Anstoß nehmen. Den sonst nicht gerade übeln Rath, einen Berg nicht eben an seiner abschüssigsten Stelle hinanzusteigen, legen nämlich Manche als eine Scheu vor Anfassung des Konkordats aus; ein sogenanntes Witzblatt meint sogar, wer nicht die abschüssigste Stelle wähle, sei kein rechter Bergsteiger und möge einem Andern Platz machen, der mehr Muth habe. Das ist der echte hergebrachte Pessimismus. Dieser hilft zusehen, wie andern Leuten etwas Positives gelingt, bleibt aber nach wie vor in der unfruchtbarsten Negation und ist jeden Augenblick bereit, auch zu seinem eigenen Nachtheile das Kind mit dem Bad auszuschütten, [illegible] Meinung [illegible]. Der Pessimismus [illegible] zu den politischen [illegible] das Konkordat ist einfach: [illegible] in Oesterreich [illegible] gebracht. [illegible] Angriffe, [illegible] Kirche selbst [illegible] praktische [illegible] Rußlands. Es ist [illegible] daß sich

zwischen Rußland und der nordamerikanischen Union eine gegenseitige Sympathie kundgebe; für Rußland sah man darin eine Art von wohlfeiler Popularitätshascherei, gefahrlos, denn die Demokratie der Yankees trage sich natürlich nicht auf Europa über. Die Sache läßt sich naheliegend anders erklären; denn 1) bliebe bei der vermutheten Popularitätshascherei Rußlands der anderseitige Antheil der Yankees an diesen Sympathien unerklärt, und 2) ist es eine alte Erfahrung, daß man Allianzen sucht oder abschließt nach Maßgabe der Interessen des Staats, nicht je nach der Gleichartigkeit innerer Regierungsform. Englands Machtstellung kann sowohl für die Vereinigten Staaten als für Rußland eventuell eine Bedrohung werden; Rußland hat an England seinen Hauptgegner in der türkischen Frage; die Vereinigten Staaten sind allein ein ebenbürtiger Kämpe gegen England zur See; Das ist Motivs übergenug, um die amerikanische Demokratie und den russischen Absolutismus nebeneinander zu stellen. In Rußland hat man politische Intelligenz; man würdigt sehr wohl seine Interessen. Nun sehe man einmal an, wie dieses nämliche Rußland die katholische Kirche in Polen drückt, einzwängt, bis auf das Blut verfolgt! Es erkennt eben sehr gut, daß der Katholizismus eine geistige Scheidewand ist für die sonstigen Anziehungskräfte slawischer Stammesverwandtschaft, und deßhalb bietet es wohlüberlegt Alles auf, um diese Scheidewand niederzuwerfen. Den staatsklugen Russen ist das Verständniß für jene Eigenschaften des Katholizismus aufgegangen; denjenigen Blättern Oesterreichs, die nicht blos das Konkordat, sondern die katholische Kirche selbst anfeinden, noch nicht. Wenn einmal der nordslawische Bestandtheil Oesterreichs gegenüber von Rußland Das wäre, was Lombardei-Venedig gegenüber von Italien war, dann käme das aufgehende Licht zu spät.

24. September 1867.

Es erscheint hier eine illustrirte Geschichte des Jahres 1848, d. h. der Wiener Revolution in jenem Jahre, heft- oder lieferungsweise, und in dem Auslagefenster der Verlagsexpedition werden die Einzelbogen mit ihren Bildern zur Schau gestellt. Da sieht man denn illustrirt, wie italienische Herren „mit Grenadieren fraternisiren", d. h. die Truppen zu verführen suchen, oder wie Professor Füster, im Priestergewand, von der Kanzel herab die Studenten

[illegible]

Katholische ankämpft, macht sich hierin zum Mitarbeiter Rußlands: der russische Panslawismus ist ihm dafür zu Dank verpflichtet. Wer Das für gut österreichisch hält, mit Dem ist nicht zu streiten; es fehlt da wieder an derselben Eigenschaft, an der es 1848 fehlte.

Das Haus der Abgeordneten hat gestern seine Sitzungen wieder begonnen; es berieth über die Strafgesetznovelle. Abg. v. Mende überreichte die Petition des Wiener Gemeinderathes um Aufhebung des Konkordats. In überschwenglicher Weise, wider Willen nahe an Ironie anstreifend, bemerkt darüber ein hiesiges Blatt in seinem Eingangsartikel: „Die Wiener Geschäftswelt, die Wiener Intelligenz, die Wiener Tagespresse sind so ziemlich maßgebend für die europäische Geschäftswelt, europäische Intelligenz, und europäische Tagespresse." (In dem Urtheil über Oesterreich nämlich.) „Wenn also der Wiener Gemeinderath um Aufhebung des Konkordats bittet, so kann man annehmen, daß ganz Europa sich dieser Bitte anschließt und die Nichtgewährung derselben sehr übel aufnehmen wird." Man kann ein Gegner des Konkordats seyn und dessenungeachtet über solche Ueberschwenglichkeiten lächeln.

Gestern Abend hat die diesseitige Ausgleichsdeputation die Regierungsvorschläge in Betreff der ungarischen Quote angenommen; in Betreff der „Unifikation der Staatsschuld" hingegen wurden Klauseln aufgestellt, die bestimmt sind, die Besorgnisse der Staatsgläubiger gänzlich zu zerstreuen; auch wird eine Vermehrung der Staatsnoten zur Deckung des Defizits von der Zustimmung der beiderseitigen Vertretungen abhängig gemacht. Morgen tritt die diesseitige Deputation noch einmal zusammen, worauf dann eine gemeinsame Sitzung zum Zwecke der Abfassung des Schlußprotokolls erfolgen soll.

In Prag sollen, des tschechischen Unfugs mit Hutantreiben halber, die militärischen abendlichen „Platzmusiken" vorläufig sistirt werden, und zwar bis zu einer Zeit, wo der tschechische Pöbel im Stande seyn wird, ein der Gesammtbevölkerung dargebotenes Vergnügen anständig mitzugenießen, ohne einen polizeilichen Schutz für ruhige Zuhörer nöthig zu machen. Eine kuriose Art von Kultur, dieses russische Tschechenthum!

seinem Dache abzuhalten." Den Sträflingen in den Strafhäusern gehe es ohnehin so gut, daß der ärmste Theil der Bevölkerung diese Strafanstalten bereits als Versorgungshäuser betrachte. Man möge sich hüten, in der Humanität für Verbrecher unmenschlich gegen ehrliche Menschen zu seyn. Auch Dr. Ryger wies darauf hin, daß es bei der Verarmung des Volkes Gegenden gebe, wo kaum ein- oder zweimal des Jahres, an den höchsten Feiertagen, in den Topf des armen Mannes Fleisch komme, wo die Leute oft von halbverwesten Kartoffeln ihr Leben fristen müssen, und daß es keine Strafe sey, im Gefangenhause eine relativ bessere Verpflegung, als in der Freiheit, zu erlangen. Dr. v. Mühlfeld war der Hauptvertreter der Gegenansicht, die man als „Humanität um jeden Preis" bezeichnen kann; eine Hungerkur könne man bei den Verbrechern nicht einführen, und das Brod, in der Freiheit genossen, sey mehr werth, als ein reiches Mahl in der Gefangenschaft. Kein Zweifel, daß der Redner für sich selbst so denkt: allein die praktische Frage ist die, wie es die Sträflinge ansehen, und in dieser Beziehung spricht die Erfahrung gegen ihn. Erst in voriger Woche wiesen die hiesigen Gerichtsverhandlungen ein eklatantes Beispiel dafür auf. Zwei in Folge der Amnestie in Freiheit gesetzte Sträflinge, denen Dies höchst ungelegen kam, beriethen sich unter einander, wie sie am besten wieder in Strafe geriethen; auch war ihnen nicht mit dem blosen Arbeitshause gedient. „Dös gibt's nöt," sagten sie vor Gericht, „wir g'hören in's Kriminal." Stehlen und rauben und „d'Leut' unglückli machen" wollten sie nur im Nothfall: „wir schimpfen über'n Kaiser und werden wegen Majestätsbeleidigung verurtheilt." So geschah es denn auch zu ihrer großen Genugthuung. Der eine derselben war schon siebenmal wegen desselben Verbrechens verurtheilt worden; auf die Frage des Präsidenten: „was hatten Sie zuletzt für eine Strafe?" antwortete er: „18 Monat' schweren" (Kerker), „aber i bin um 16 Monat kumma wegen der Amnestie; i waß nöt, was mi d'Amnestie angeht." Ueber die Amnestie also beklagte er sich als über eine unbefugte Beeinträchtigung seiner Interessen! Hält man neben diese und ähnliche Erfahrungen die Politik des Hrn. v. Mühlfeld, so bekommt man unwillkührlich den Eindruck, daß sich die letztere mehr in dem Kreise selbstgeschaffener Luftgebilde, als auf dem Boden des wirklichen Lebens bewegt. Dies wirft denn auch ein erklärendes Licht auf seine Religionsstürmerei; denn etwas An-

deres ist doch z. B. sein Eifer für Erleichterung der „öffentlichen Gotteslästerung" nicht. Diesmal übrigens ließ ihn das Haus durchfallen und stimmte im Sinne des Hrn. v. Pratobevera.

Wie hiesige Blätter melden, wohnte der letzten Sitzung auch der „berühmte französische Deputirte Jules Simon" bei; er unterhielt sich sehr lebhaft mit den HH. v. Hock, Skene, und Kuranda. Ich weiß nicht, ob man in Paris die Letzteren als „berühmt" einführen würde; jedenfalls würde man von ihrem Besuche nicht in einem solchen Tone erzählen, als ob der französischen Hauptstadt dadurch eine besondere Gunst und Auszeichnung widerführe. In derartigen Dingen sind unsere Wiener Politiker mitunter recht kleinstädtisch. Jener österreichische Trinkspruch bei der Pariser Ausstellung: „Chacun a deux patries, la sienne d'abord, et puis la France!" ist ein charakteristischer Ausdruck davon. Die Franzosen ihrerseits haben nicht zwei Vaterländer, und ich zweifle sehr, daß sie Jemand achten, der hierin von ihnen abweicht. Wer sich unter die Füße legt, an Dem putzt man natürlich die Stiefel ab. Auch der Kultus für Voltaire hat Etwas von diesem angekünstelten Franzosenthum an sich, für das man seine nationale Eigenthümlichkeit aufgibt, und durch dessen Adoptirung man den Slawen und Magyaren als charakterlos und als leichte Beute erscheint. Manche Männer von Geschmack, ohne darum rigoros zu seyn, schreiben dem Verfasser der „Pucelle d'Orléans" wegen dieses Machwerks eine schmutzige Seele zu; die Neue freie Presse aber nennt ihn eben wieder den „unermüdlichen Kämpfer für Licht, Recht, und Wahrheit." Für ein Bordell würde sich jederzeit eine „Ehrenstatue" des Dichters der „Pucelle" eignen.

Wenn man die hiesigen Blätter in Bezug auf die gescheiterten Plane Garibaldi's näher ansieht, findet sich heraus, daß da und dort eine halbe Sympathie für diesen Freischärler, anderseits aber entschieden eine ganze Antipathie gegen die römische Regierung durchblickt. Garibaldi ist bekanntlich ein eingefleischter Feind Oesterreichs unter jeder Bedingung; allein Das hat bei Manchen lediglich Nichts zu sagen, wenn der Mann nur dem päbstlichen Stuhle ein bewährter Feind ist. Ich glaube, man würde den Grafen Bismarck feiern, wenn er gegen Rom marschiren ließe. Leider, diese Zionsstürmer sind noch immer dieselben Leute, wie 1848, wo es ihnen so anschaulich an österreichischem Staatsbewußtseyn gebrach.

4. August; er ist ursprünglich in deutscher Sprache verfaßt, die „Narodni Listy“ übersetzten ihn ins Tschechische, und das Vorliegende ist eine Rückübersetzung daraus, nicht der authentische Text. Indeß wird der Hauptcharakter des Inhalts dadurch nicht beeinträchtigt; er ist unverwischbar. Und während die katholische Kirche in so entschiedener Weise dem Russenthum entgegentritt, wissen hiesige Blätter, die sich ebenfalls für antirussisch geben, nichts Gescheiteres zu thun, als vor Allem antikirchlich zu agitiren!

Die schon seit längerer Zeit im Gang begriffene Zersetzung unserer alten parlamentarischen Parteien nimmt nunmehr greifbare Umrisse an. So bilden eben jetzt die deutsch-böhmischen Abgeordneten einen neuen Klubb; Hr. Herbst ist nicht Mitglied; es sind jüngere Kräfte, die sich auf diese Art einen neuen und eigenen Weg bahnen wollen, weil ihnen das alte Geleise als ausgefahren erscheint. Die neue Vereinigung will sich den „Klubb der Liberalen“ nennen und soll keineswegs auf die Deutsch-Böhmen beschränkt bleiben. Anderseits bildet sich aus der äußersten Linken, unter Berger's Führung, ein Klubb, dem noch eine authentische Benennung abgeht. Dem Konkordat ist in diesen Kreisen eigentlich Jedermann entgegen; allein jetzt handelt es sich zunächst darum, ob man die Annahme des ungarischen Ausgleichs von einer vorgängigen Aufhebung des Konkordats abhängig machen soll, und zu der Verantwortlichkeit für die unberechenbaren Folgen eines solchen Schrittes scheinen die beiden neuen Klubbs nicht geneigt zu seyn. Die Sache des Ausgleichs darf nicht verschleppt werden: die beiden Deputationen, obwohl jede ihren Reichstheil gegen bisher stärker belastet erachtete, haben Dies übereinstimmend als eine politische Nothwendigkeit erkannt. Was aber das Konkordat betrifft, so scheint mir die Politik des Frhrn. v. Beust durchsichtig genug. Er als Protestant hält es nicht für eine passende Rolle, sich in die streitenden Elemente einer katholischen Frage zwischeneinzudrängen; als Reichskanzler und als Minister des Auswärtigen sieht er darin auch nicht eine Obliegenheit seines Portefeuille's; dagegen wird er bereit seyn, ein parlamentarisches Ministerium diesseits der Leitha einsetzen zu helfen, welches dann von Amts wegen die Sache zu betreiben hat. Bisher fanden sich bekanntlich nicht die gewünschten Männer dazu.

An der Konferenz österreichischer Kirchenfürsten nehmen nun sämmtliche Bischöffe der deutsch-slawischen Provinzen Theil, mit

Ausnahme derjenigen von Krakau und von Königgrätz. Auch der Fürstbischoff von Breslau, wegen seines Sprengels in Oesterreichisch-Schlesien, ist anwesend.

Frhr. v. Hübner, sagt das Gerücht, soll nun gar nicht nach Rom zurückkehren, sondern dort durch einen andern Diplomaten ersetzt werden. Glück wenigstens hat er nicht; man vergleiche Paris 1858/59.

4. Oktober 1867

Die Adresse des österreichischen Episkopats diesseits der Leitha, wird von unsern Oppositionsblättern eifrigst angegriffen. Vielleicht der scheinbarste Einwurf gegen die Geltung des Konkordats ist die Parallele mit Ungarn: wenn es für dort nicht bindend sey, weil es nach der ungarischen Verfassung (obwohl diese aufgehoben war) eines zustimmenden Votums der Volksvertretung bedurft hätte, so liege ganz der gleiche Fall für Oesterreich überhaupt vor, wo man nicht minder auf dem Boden eines nur unterbrochen gewesenen Verfassungsrechtes stehe. Dieser Einwurf hat denn auch keine direkt antikirchliche Färbung. Dagegen hat die Adresse sicherlich Recht, wenn sie in dem Konkordatssturm feindselige Motive gegen die katholische Kirche überhaupt, ja gegen alles Religiöse, also auch gegen den positiven Protestantismus mitwirken sieht, und auf den dabei zum Vorschein kommenden groben Materialismus und frivolen Kultus der Sinnlichkeit hinweist: nur läßt sie die Frage ungelöst, wie so Dies Alles möglich wurde, während das Konkordat unverändert in Wirksamkeit stand. Es gibt Schwarzseher, die viel weiter gehen, als die Besorgnisse der Adresse, und ganz ernstlich prophezeien, wenn das Konkordat noch zehn Jahre fortbestehe, werde in Wien und einigen andern Städten der Monarchie die Bevölkerung in ihrer Mehrheit kaum noch katholisch zu nennen seyn. Von Wien insbesondere behaupten Dies Manche schon jetzt. Hat doch in einer Sitzung des Gemeinderaths einer der „Väter der Stadt" von der Konferenz der österreichischen Kirchenfürsten als von der „Versammlung der Rothstrümpfe" gesprochen, ohne daß darauf ein Ordnungsruf von Seite des Präsidiums erfolgte. Es unterliegt keinem Zweifel: das Konkordat ist in Oesterreich (und zwar, wie man aus den zahlreichen Städteadressen ersieht, nicht blos in Wien) in einem für die kirchlichen Interessen bedenklichen Grade unpopulär, so sehr

daß es theilweise die Kirche selbst mit in diese Unpopularität hineinzieht. Jetzt ist die Strömung gegen das Konkordat bereits stark mit Antipathien gegen die Kirche selbst versetzt: ursprünglich aber ging sie weder von religionsphilosophischen Grübeleien, noch von jenem grobsinnlichen Materialismus aus, der gegen moralische Schranken anrennt, sondern von dem politischen Motiv, daß man das Konkordat zur Zeit seiner Erscheinung für einen Alliirten der Reaktion, für eine Säule des Absolutismus ansah, dem Konkordat also eine Rolle im Dienst weltlicher Zwecke unterschob. Wenn man dieses politische Motiv aus dem Sattel hebt, wird man die Hauptmasse der Gegner entwaffnen. Das Konkordat mit den ihm unterlegten politischen Absichten hat die Kirchenstürmer in ein Fahrwasser gebracht, in dem sie zu belassen nicht wohl ein kirchliches Interesse ist.

Das Haus der Abgeordneten [illegible]

Interessen. Auch ein Klubb des „linken Zentrums" taucht auf; nur die Wiener Tagespresse ist im Sinne dieser Parteienbildung „wild", d. h. unsere Zeitungen sind nicht aus dieser oder jener parlamentarischen Partei hervorgegangen, und es fehlt hier ein politisch disziplinirter Zusammenhang zwischen Presse und Parlament.

Nun hat auch Kardinal Haulik in Agram ein Rundschreiben an den Klerus ergehen lassen, worin er vor panslawistischen Agitationen warnt; die Zuwiderhandelnden würden der Strenge des Gesetzes verfallen, vor welcher sie selbst die bischöffliche Gewalt nicht zu schützen vermöge. Das Rundschreiben kommt zur rechten Zeit, denn bereits fängt der antikirchliche Pessimismus an, einen Vorwurf auszubeuten, als ob gegen russisch-panslawistische Demonstrationen die dadurch bedrohte kirchlich-katholische Gesinnung machtlos und nicht durchgreifend sey.

Die „ungarische Finanzwache" (Mauth- und Zollwesen) soll neu organisirt, d. h. „nach Entlassung der Fremden" durch „einheimische" ausgediente Militärs ergänzt werden. Man muß gestehen, für einen Antheil von bloßen 30 Prozent Leistung nimmt sich Ungarn seinen Anspruch auf 50 Prozent Genuß mit entschiedenem Selbstbewußtseyn heraus.

5. Oktober 1867.

Man sagt, eine hohe Würde isolire leicht, weil sie von dem unmittelbaren Lebensverkehr entferne. Auch eine kirchliche Würde kann in diesem Sinn zu einem Isolirschemel werden, insbesondere wenn der Inhaber derselben etwa in weltlicher Hinsicht feudalen Familientraditionen angehört, welche den Aposteln und den alten Kirchenvätern fremd waren. Aus einem Pfarrhofe sieht man unmittelbarer und tiefer in die Seele des Volkslebens hinein, als von einem Schloß herab. Der Pfarrklerus hat denn auch unbefangenere Ansichten über die Nothwendigkeit des Konkordats, als manche äußerlich höher gestellte Kreise, und es gibt öffentliche Zeugnisse dafür. So hat z. B. in Reichenberg (Böhmen), aus Anlaß einer im Gemeinderath beantragten Petition gegen das Konkordat, der dortige Dechant Franz Simm folgende Worte gesprochen: „Das Konkordat gehört nicht zum Wesen der katholischen Kirche; die katholische Kirche bestand in Oesterreich lange vor dem Konkordat, und sie wird auch

wünschte er in der Konkordatsfrage so viel Zeit zu gewinnen, als erforderlich war, um für beide Theile eine minder befangene und eine mehr leidenschaftslose Auffassung der Sache anzubahnen. Mit einem Gewinn an Zeit konnten die Begünstiger des Tschechenthums ermessen lernen, daß man nicht mehr katholisch ist, wenn man russisch agitiren hilft, die Anstürmer gegen das Konkordat aber, daß man um des Konkordats willen nicht auch die Kirche selbst angreifen, und daß man in Oesterreich nicht antikatholisch seyn darf, wenn man zugleich antirussisch zu operiren wünscht. Für eine Rücksicht auf diese Verhältnisse, schließe ich weiter, war Frhr. v. Beust zu den ausgiebigsten Konzessionen in politischer Beziehung bereit. Die parlamentarischen Führer schienen Das auch mehr oder minder zu verstehen: andere Leute, scheint es, verstanden es nicht. Ein guter Katholik soll eben so wenig antiösterreichisch seyn, als ein guter Oesterreicher antikatholisch: dem Konkordat aber steht entschieden die Erfahrung zur Seite, daß es in Oesterreich einen antikatholischen Effekt hatte.

An einer Taktik, die blos Schlachten verliert, muß man nicht festhalten. Es liegt wahrlich nicht im Interesse der Kirche, sich nochmals mit dem Anschein einer absolutistischen Färbung zu umgeben, wie man sie der Allianz mit den weltlichen Zwecken Bach's verdankte. Wenn aber dieses Antreiben zum Bruch bedeuten soll, daß man die politischen Systeme Bachs oder Belcredi's zurückwünscht, so greift Dies einerseits über das kirchliche Gebiet hinaus, während anderseits lediglich nicht abzusehen ist, aus welchem Grund es jetzt glücklicher damit ergehen soll, als das erste Mal. Die österreichische Monarchie ihrerseits braucht nicht abermals einige Kronländer zu verlieren. Ein Rückfall in derartige Zustände wäre ein Rückfall in das Chaos.

9. Oktober 1867.

Die Vergangenheit ist mitunter ein vorbedeutender Spiegel der Zukunft, d. h. sie gibt ein Bild Dessen, was in diesem oder jenem Fall, der gleich oder ähnlich schon einmal da gewesen, wahrscheinlich geschehen wird. Wer im Verfassungswesen niemals eine haltbare Grundlage gewinnt, stets wieder von vorn anfängt, immer wieder Frage stellt, der ist eine verkörperte Unruhe im

Staat, baut nicht auf, sondern untergräbt, entbehrt also des konservativen Charakters.

Es ist noch unvergessen, wie es in den letzten Zeiten des Ministeriums Belcredi mit der öffentlichen Stimmung aussah. Auf dem Tyroler Landtag sagte am 19. Dez. v. J. der Abgeordnete Blaas: „Seit jenem 20. Sept. ist das Vertrauen auf unser Verfassungsrecht, auf unsere staatlichen inneren Zustände, in denen Nichts beständig ist als der Wechsel, ins Schwanken und Wanken gekommen; der Reichsverband ist gelockert, das Bewußtseyn der Zusammengehörigkeit der Königreiche und Länder scheint vielfach fast abhanden gekommen, und die Zerfahrenheit allgemein zu seyn. Ja, manchmal möchte man wahrlich glauben — ich weiß kaum, wie ich das Gefühl schildern soll — es ist, als hörte man an einem Sarge hämmern." Ein anderer Abgeordneter, der Rector magnificus Professor Geyer, bezeichnete in derselben Sitzung als den einzigen Weg zur Rettung den der verfassungsmäßigen Freiheit; schlage man diesen nicht ein, so stellte er in Aussicht: „Dann wird es dazu kommen müssen, mag man es wünschen oder nicht, daß die Volksstämme ihre Sympathien fahren lassen für eine Regierung, der ihre edelsten Interessen gleichgiltig sind; ihre Blicke werden sie nach außen wenden und den Staat seinem Verfall überlassen."

Aehnliche Stimmen erklangen auf den Landtagen ringsum. In der Adreßdebatte zu Klagenfurt, wo Frhr. v. Herbert den Grafen Belcredi einen „zweiten Polignac" nannte, wies der Abg. Stieger auf die zunehmenden Besorgnisse für den Bestand Oesterreichs hin („dann bleibt uns nur die eine Hoffnung übrig, daß uns die Vorsehung gnädig über die Katastrophe wegführen werde"), und der Abg. Luggin äußerte: „Es sey der nahe Zerfall des Reichs betont worden; auch sey es höchste Zeit, daß ein Umschwung eintrete, sonst werde die Zeit kommen, wo der Oesterreicher kein Vaterland mehr haben könnte." (14. Dez. 1866.)

In einer Wahlrede zu Herrenals (Wien) sagte Professor Unger als Wahlkandidat unter Anderm: „Auch wollen wir Deutsche gewiß am wenigsten fremde Nationalitäten beherrschen und unterjochen, aber wir dürfen auch nicht dulden, daß man unsere Bildung, unsere Sprache unterdrücke oder zurücksetze. Wir sind der deutschen Nation verantwortlich für das Schicksal der deutschen Länder Oesterreichs; es könnte einst der Tag kommen, wo wir zur Rechenschaft gezogen

Gefühl beschlichen zu haben, daß versäumt wurde, das Eisen zu schmieden, so lange es heiß war, und daß man den schon vor Monaten angebotenen Eintritt in das Ministerium nicht hätte ablehnen sollen. Nun will eine Parthie Schwarzscher den Ausgleich mit Ungarn nicht eher genehmigen, als bis man erst der neuen Grundgesetze sicher sey: eine kuriose Taktik allerdings, denn wenn ein Reaktionsministerium den Ausgleich mit Ungarn rückgängig machen will, so wird es ihm ganz erwünscht seyn, die Schuld auf das diesseitige Abgeordnetenhaus schieben zu können, während es im andern Falle den ungarischen Theil des Ausgleichs einseitig in's Werk setzen, den Kronländern diesseits der Leitha aber einfach entgegenhalten kann, ihre Vertretung habe kein Verständniß gewollt. Eine ähnliche Bewandtniß hat es mit der von einer andern Seite angerathenen Taktik, die Genehmigung des Ausgleichs von einer vorgängigen Aufhebung des Konkordats abhängig zu machen; denn abgesehen davon, daß man hiebei des Zusammengehens mit Ungarn verlustig wird, erscheint es schwer widerlegbar, daß der gänzlich unfertige Boden eines blosen Provisoriums offenbar ein für das Abgeordnetenhaus weit minder günstiges Operationsfeld ist, als wenn man sich auf einer gefestigten Grundlage bewegt, wie sie z. B. der vollzogene Ausgleich mit Ungarn darbietet.

Moritz Perczel, der erst zurückgekehrte alte Honvedgeneral, hat die Erwartungen der äußersten Linken getäuscht, indem er sich als Mitglied der ungarischen Deputirtentafel zur gemäßigten Linken hält. Die äußerste Linke leistet freilich in der That das Aeußerste, wie z. B. der von ihr ausgegangene Antrag zeigt, eine allgemeine Volksabstimmung über die Frage zu veranstalten, wie viel Ungarn an der Gesammtstaatsschuld zahlen wolle. (Nach der „äußersten" Auffassung vermuthlich gar Nichts!) Durch die „allgemeine Heiterkeit" wurde dieser linkste aller Anträge gleichsam todtgelacht.

---

11. Oktober 1867.

Nachgerade schwirren einem die Ohren von dem monotonen Lärm: man hört Nichts mehr, als vom Konkordat und wieder vom Konkordat. Von allen Seiten laufen Petitionen gegen dasselbe bei dem Hause der Abgeordneten ein; auch der Gemeinderath von Salzburg ist dem Beispiele zahlreicher anderer Städte gefolgt; eine

Petition aus Hotzenplotz in Mähren verlegt sich sogar auf Statistik und ersucht jenen Abgeordneten, der von 26 Millionen sprach, die hinter dem Konkordat ständen, er möge für den Bezirk Hotzenplotz $^{8}/_{10}$ der Bevölkerung davon streichen.

Im Unterhause selbst ist man derzeit mit der Berathung der allgemeinen Rechte der Staatsbürger (Grundrechte) nach dem Berichte des Verfassungsausschusses beschäftigt. Seltsamer Weise nahm bei dieser Erörterung ein Theil der Polen Anstoß daran, daß eine solche Festsetzung vom Reichsrath ausgehe. Ich sage: „seltsamer Weise", denn die Nationalitätsrechte und insbesondere das Recht auf Unterricht und Ausbildung in der Muttersprache sind speziell in diesen Grundrechten gewahrt, und die deutschen Gegenredner hatten gewiß Recht, wenn sie geltend machten, daß die Erweiterung der Rechte jedes einzelnen Bürgers sich ja auch in der betreffenden Nationalität summire, so wie, daß das beanstandete Reichsgericht lediglich über Dinge erkenne, über die vorher das Ministerium entschied. Den Schlüssel zu jener seltsamen Erscheinung liefert eben der Umstand, daß die Polen unter „Autonomie" gerne die Befugniß verstehen, in Galizien das Heft für sich allein in die Hand zu nehmen und die andern Nationalitäten zu unterdrücken, während der Reichsrath seiner natürlichen Aufgabe entspricht, indem er überall die Minoritäten gegen politische Uebervortheilung in Schutz nimmt. Auch einige Abgeordnete aus Tyrol fanden in dem von dem Verfassungsausschuß entworfenen Staatsgrundgesetz über die Grundrechte zu viel Zentralisation, beeinträchtigend für die Länderautonomie; hiebei kamen aber Nord und Südtyroler hintereinander, da die Letzteren sich mitunter ungern der Majorität des Innsbrucker Landtags fügen, und zuletzt warf der Abg. Prato dem Abg. Jäger vor, daß dieser die Verhältnisse Wälschtyrols eben so wenig zu kennen scheine, wie er, der Redner, die Verhältnisse China's. Auf eine Anfrage des Abg. Toman, welcher sich zu den Slowenen zählt, erklärte Frhr. v. Beust, daß die Regierung den billigen Ansprüchen der Autonomie gerecht zu werden bestrebt sei, die Autonomie aber keineswegs über die Reichseinheit stellen könne: Zentralisation im gangbaren Sinne des Wortes bestehe in Oesterreich ohnehin nicht, sonst gäbe es keine Landtage.

12. Oktober 1867.

Jetzt da der Kaiser aus Ischl zurück ist, wird es sich bald entscheiden, in welcher Weise die auf die Spitze getriebene Konkordatsfrage erledigt wird. Die Antwort auf die Adresse der 25 Bischöfe wird darüber Aufschluß geben, wenn etwa nicht schon vorher eine Erklärung des Ministeriums an den Reichsrath erfolgt. Einstweilen stellt sich heraus, daß Frhr. v. Beust noch das volle Vertrauen des Kaisers besitzt, nach der Adresse, wie vor derselben. Was das Konkordat selbst betrifft, so glaube ich kaum, daß die Regierung auf eine Aufhebung desselben eingehen wird, ohne vorher in Rom darum unterhandelt zu haben; als politisch haltbar aber erscheint es nicht mehr. Man kann nicht den Ausgleich mit Ungarn rückgängig machen wollen, wo das Konkordat für ungültig erklärt ist; bleibt es aber dort bei der Ungültigkeit, so ist es schwer thunlich, die Reichshälfte diesseits der Leitha als nicht gleichberechtigt zu behandeln, und neben der parlamentarischen Regierung dort hier direkt gegen den Strom schwimmen zu wollen. Die politische Lage Oesterreichs überhaupt ist nicht dazu angethan, daß ein solches Experiment rathsam erschiene. Aber zwei Motive dürften denn doch zu einer gegenseitigen Verständigung zu bringen seyn: 1) die Sache der Kirche darf nicht unpopulär seyn oder bleiben in Oesterreich, während der russische Panslawismus unter den österreichischen Slawen agitirt, und 2) ein österreichischer Patriot darf nicht die katholische Kirche selbst anfeinden, wenn er nicht dem russischen Panslawismus in die Hand arbeiten will. Die konkordatsfeindliche Stimmung in Oesterreich rührt daher, daß das Konkordat gleichsam als eine stehen gebliebene Fortsetzung des Ministeriums Bach angesehen wird, und deßhalb verfiel auch die Adresse der Bischöffe der Mißdeutung, gegen die verfassungsmäßige Entwicklung Oesterreichs gerichtet zu seyn. Im kirchlichen Interesse aber liegt es wohl nicht, sich überhaupt mit irgend einem der wechselnden politischen Systeme oder mit irgend einer weltlich-politischen Färbung zu identifiziren. Jenes zweite Motiv, dem die liberale Tagespresse mehr Beherzigung schenken sollte, ist freilich auf der einen Seite noch eben so wenig vorherrschend, als das erste auf der andern; die Zeit scheint noch nicht ganz reif dazu. Das russische Tschechenthum seinerseits hat jedoch bereits das Verständniß erlangt, wie sehr die katholische Gesinnung eine antirussische Bedeutung hat: die „Narodni Listy"

erklären sich für Aufhebung des Konkordats, und die Jungtschechen wollen, wie man sagt, die konkordatsfeindliche Stimmung für Einführung der tschechischen Sprache in den Gottesdienst ausnutzen. Auch die Polen scheinen für das Antirussische ein Verständniß zu haben, das man in andern politischen Kreisen noch vermißt: als gestern im Abgeordnetenhause Hr. v. Mühlfeld seinen Antrag auf gänzliche Aufhebung des Konkordats begründete, erhob sich für Ueberweisung an den konfessionellen Ausschuß die gesammte Linke und das gesammte Zentrum, nebst einigen Mitgliedern der Rechten, aber nur ein einziger Pole.

Auf den Aufruf des hiesigen Magistrats, aus Anlaß der bevorstehenden Enthüllungsfeier des Denkmals für den Feldmarschall Fürst Karl von Schwarzenberg, haben sich in Wien nicht weniger als 75 Veteranen gemeldet, die 1813 die Schlacht bei Leipzig mitmachten. Es befinden sich zwei Offiziere darunter: ein Freiherr v. Münch-Bellinghausen und der „Nestor der deutschen Turnvereine", Max Klingler, welcher jetzt nahe an 80 Jahre zählt, aber noch alle Märsche und Turnfahrten seiner jüngeren Genossen rüstig mitmacht. Im Jahre 1813 stand er (1811 in den Militärdienst getreten) als Offizier bei Klenau-Chevauxlegers.

In Galizien ist das zunächst für das ruthenische Landvolk bestimmt gewesene panslawistische Blatt „Golos Naridnyj" (Volksstimme) aus Mangel an Theilnahme eingegangen. Es hatte sieben, sage sieben Abonnenten erlangt.

Noch immer tröpfelt es nach mit Verleihungen türkischer Ordensdekorationen an Wiener Beamte ꝛc. Nun sage noch Jemand, daß die Türkei nicht „zivilisirt" sey!

14. Oktober 1867.

Küster, der bekannte Flüchtling von 1848, gedenkt aus Amerika nach Oesterreich heimzukehren. Er sey sehr alt geworden, schreibt ein hiesiges Blatt, hänge an seinem lieben Oesterreich, wie ein Kind an seiner Mutter, und Sadowa sey ein Schuß in sein Herz hinein gewesen. Als ihm Andere dagegen bemerklich machten, Sadowa sey ja vielmehr das größte Glück für Oesterreich, weil ein österreichischer Sieg nur das Konkordat stärker gemacht haben

würde, antwortete Füster: „Ja, Ihr mögt Recht haben, aber Blut ist dicker, als Wasser; Ihr seyd jung und könnt mein Gefühl nicht verstehen!“ Hieraus ist zu entnehmen, daß der „alt gewordene“ Füster noch ein wärmeres Gefühl hat, als die blasirte Jugend, die ihm das Konkordat entgegenhielt, und daß er heutzutage nicht mehr begreift, wie man seiner Zeit, blos dem Fürsten Metternich zuleid, Sympathien für die Zerstücklung Oesterreichs haben konnte. Auf der andern Seite aber, wenn ein junger Oesterreicher, dem gehaßten Konkordate zuleid, sich zu Sadowa Glück zu wünschen vermag, scheint Dies allerdings ein Anzeichen, daß das Konkordat „verdummend“ gewirkt hat, wenigstens auf einen Theil seiner Gegner. Von dem gleichen Standpunkt aus könnte man sich patriotischer Weise auch zu einem Verlust Böhmens und Mährens an Rußland gratuliren, denn es ist kein Zweifel, daß Rußland sofort das Konkordat wegschaffen und den katholischen „Pfaffen“ einen starken Daumen auf das Auge setzen würde. Einstweilen wünscht sich ein Theil unserer Tagespresse Glück, daß auch die Tschechen erklärtermaßen gegen das Konkordat sind. Freilich sind sie Das aus einem andern Grunde, als die Wiener, nämlich weil eine russische Färbung nothwendig antikatholisch seyn muß: auch kommt eben jetzt der in Moskau gefaßte Plan zum Vorschein, auf Kosten einer russischen Nationalzeichnung in Prag eine „orthodoxe“ russische Kirche zu erbauen. Allein was verschlägt Das? Mögen die Tschechen so russisch seyn, als sie wollen: wenn sie nur dem Konkordate zu Leib gehen, so sind sie Patrioten ersten Rangs!

Der konfessionelle Ausschuß hat beschlossen, den Mühlfeld'schen Antrag auf sofortige Aufhebung des Konkordats nicht in vorderster Linie zu behandeln, sondern bei der bereits festgestellten Reihefolge der dem Ausschusse zugewiesenen Aufgaben zu verbleiben. Erst kommt die Berathung eines Gesetzentwurfs über die interkonfessionellen Verhältnisse an die Reihe, also ein „Religionsedikt“, jedoch mit Ausscheidung derjenigen Punkte, die durch die schon vorgelegten zwei Gesetzentwürfe über Schule und Ehe bereits erledigt sind. (Nämlich im Ausschuß erledigt; in dem Reichsrathe bekanntlich noch nicht.) Auf diese Weise werde in kürzerer Zeit und mit mehr praktischem Erfolge durchgeführt, was der Mühlfeld'sche Antrag nur prinzipiell ausspreche. Mit andern Worten: bei dem konfessionellen Ausschuß ist Hr. v. Mühlfeld mit seinem Antrag, der so viel Auf-

sehen machte, eigentlich „abgeblitzt.“ Bis er an die Reihe kommt, ist er längst überholt und man bedarf seiner nicht mehr.

In Galizien lehnt sich das ruthenische Element gegen das Aufdrängen der polnischen Unterrichtssprache auf: in der Wahl ziehen die Ruthenen die deutsche Unterrichtssprache vor, und in Lemberg z. B. zieht das „deutsche Gymnasium“ Vortheil daraus, indem ihm eine beträchtliche Anzahl ruthenischer Schüler zuwuchs. Die altpolnische Adelstradition hat kein Verständniß einer Gerechtigkeit für Andere. Die Ruthenen reizt man auf diesem Wege nur auf, anstatt sie zu gewinnen, und die Aufreizung ist nicht Das, was der Sache der Polen förderlich ist. Eine gesunde Politik würde den Letzteren andere Rathschläge eingeben.

17. Oktober 1867.

Der Inhalt des kaiserlichen Handschreibens an den Kardinal v. Rauscher liefert den Beweis, daß der Kaiser die Entwicklungspolitik seines gegenwärtigen Ministeriums nicht auf dem Wege, den die Adresse der 25 Bischöffe einschlug, durchkreuzt sehen will. Des Konkordats selbst geschieht in dem Handschreiben keine Erwähnung, so wenig wie in der mündlichen Antwort auf die Adresse des Gemeinderaths: aus der Antwort auf die letztere jedoch läßt sich, je nachdem man sie auffaßt, zugleich herauslesen, daß Se. Maj. keineswegs eine konfessionslose Volksschule billigen würde. Es ist Schade, daß die kirchliche Gesinnung in der Wiener Tagespresse keine andere Vertretung hat, als eine solche, die man im Publikum einer Feindschaft gegen das Verfassungswesen bezichtigt: so stehen sich außerhalb der Regierung, welche noch nicht ihr letztes Wort gesprochen hat, anscheinend nur extreme Gegensätze gegenüber, während doch in der Bevölkerung offenbar noch gar mannigfaltige Meinungsabstufungen zwischen jenen Extremen ihren Platz einnehmen. Es sind weder alle Konkordatsgegner antikatholisch, noch alle kirchlich Gesinnten einer verfassungsmäßigen Entwicklung abhold. Allein was heutzutage nicht in der Tagespresse vertreten ist, Das wird auf der öffentlichen Arena nicht beachtet oder als vermeintlich unbedeutend nicht mit in Rechnung gezogen.

Das Haus der Abgeordneten hat in drei Sitzungen die Revision der Verfassung durchberathen. Das bedeutsamste Ergebniß

derselben ist die Sicherstellung des Rechtes der Steuerbewilligung; ich sage: „die Sicherstellung", weil die beiden Minister, die zugleich Mitglieder des Hauses sind, nämlich Frhr. v. Beust und Graf Taaffe, sich bei der Abstimmung für das Bewilligungsrecht erhoben, dasselbe also volle Aussicht auf die Genehmigung von Seiten der Krone hat. Der Abg. Greuter stellte einen Antrag, wonach nur die Einführung neuer Abgaben und Gefälle der Bewilligung des Abgeordnetenhauses unterliegen sollte, fiel aber damit durch; die in entgegengesetztem Sinn gefaßte Bestimmung, wie sie der Ausschuß beantragte, wurde mit allen Stimmen gegen fünf angenommen. Auch Dr. Mühlfeld fiel mit einem Antrage durch; er wollte die dritte Lesung des Gesetzentwurfs vertagt wissen, bis erst eine „Vereinbarung über die gemeinsamen Angelegenheiten" erfolgt sey, wurde aber von keinem einzigen Mitglied unterstützt, so daß sein Antrag gar nicht zur Abstimmung gelangte. Hr. Schindler machte die Erfahrung, daß seiner humoristischen Redeweise nicht mehr die frühere Empfänglichkeit entgegenkam; man ist ernster geworden, und auch die Herrschaft der „Phrase" hat sich abgeschwächt. Die allgemeine Spannung, womit man der Antwort des Kaisers auf die Adresse der Bischöffe entgegensah, ließ das öffentliche Interesse, indem sie es gleichsam aufsaugte, nicht in demselben Grade den Verhandlungen des Abgeordnetenhauses zukommen, wie es sonst wohl zu erwarten war. Wichtig genug waren sie dazu, denn die Revision der Verfassung bedarf nur noch der dritten Lesung, und die vier „Grundgesetze" haben auch die dritte Lesung bereits hinter sich; Stoff genug, um zehnmal so viel Reden darüber zu halten, als in der Wirklichkeit gehalten worden sind, und Das ist als Verschmähung der bloßen Phrase und Schönrednerei ein praktisch bedeutsamer Fortschritt.

In die gestrige Sitzung, neben Verfassungsrevision und Grundgesetzen, ragte noch ein Skandalfall aus Galizien herein: ein jüdisches Mädchen in Lemberg entläuft dem väterlichen Hause, nimmt Geld und Werthpapiere mit, flüchtet sich in ein Kloster, und wird dort vorerst nicht herausgegeben. Nun Telegramme des Vaters an die Regierung, an das Abgeordnetenhaus &c., dringend, damit die Nonnen nicht Zeit gewinnen, „an der Bekehrung des Mädchens zu arbeiten", kurz, ein „neuer Mortarafall." Graf Taaffe erklärte dem Haus, er habe sogleich an den Statthalter telegraphirt, um sich Aufklärung zu verschaffen; am Schlusse der Sitzung kam sodann auch der später

erschienene Justiz- und Kultusminister v. Hye auf den Gegenstand zurück, indem er bemerkte, daß schon vor vier Wochen ein ganz gleicher Fall in Biala vorgekommen sey; er habe auch damals, so wie jetzt, sogleich den Befehl gegeben, vorläufig jedenfalls den Vollzug der Taufe „hintanzuhalten", und Dies sey auch geschehen; jedoch stehe ein näherer Bericht seither noch aus, obwohl er bereits zum dritten Mal daran gemahnt habe. (Rufe links: „Statthalter absetzen!")

Habent sua fata libelli; dieser alte Spruch paßt vortrefflich auf einen Preßprozeß, der dem „Volksfreunde" bevorsteht. Dieses kirchlich gesinnte Blatt, vorkämpfend für das Konkordat, hatte nämlich ein gegen die „Pfaffen" gerichtetes Gedicht eines Hrn. Much, welcher zugleich Gemeinderath, außeramtlich aber Dichter von Bänkelsängerliedern in frivolem Geschmack ist, in seine Spalten aufgenommen, um daran zu zeigen, wie weit der Liberalismus gehe, und wird nun nebst einigen andern Blättern, in denen das Gedicht nachgedruckt wurde, von dem Staatsanwalt wegen Beleidigung der Religion zur Verantwortung gezogen. Gleichzeitig ist auch der „Kikeriki" belangt wegen einer Illustration: „Ein Erinnerungsbild für die 25 Bischöffe."

Von ganz eigenthümlicher Art ist ein Kompliment, das man im heutigen Neuen Fremdenblatt der „Wiener Abendpost", einer offiziellen Zubehör der Wiener Zeitung, dargebracht findet. Das Blatt berichtet nämlich, das Handschreiben des Kaisers an den Kardinal v. Rauscher sey gestern erst in später Nachmittagsstunde in der Residenz bekannt geworden, und fügt erklärend hinzu: „Die Abendpost, welche das denkwürdige Aktenstück veröffentlichte, ist zu wenig verbreitet, als daß die Worte des Kaisers sofort in allen Kreisen Verbreitung finden konnten."

In dem Wahlbezirk Fünfkirchen (Ungarn) ist ein Sohn von Ludwig Kossuth, Franz, zum Deputirten gewählt worden. Wenn er die öffentlichen Sendschreiben seines Vaters mündlich wiedergibt, wird er nicht mehr Erfolg haben, als jene auch.

18. Oktober 1867.

Es war kein unfeiner Beobachter, der schon lange vor der gegenwärtigen Verwicklung einmal sagte, es sey ein politischer Mangel, daß Wien ohne eine Zeitung sey, die mit gut kirchlichem Sinn

eine offene Befreundung für das Verfassungsleben verbände. Eben jetzt wird es recht anschaulich, daß Dies in der That ein politischer Mangel ist. Unter den guten Katholiken Oesterreichs gibt es eben so wohl konstitutionell Gesinnte wahrscheinlich sogar in größerer Anzahl als Absolutisten, und in der öffentlichen Erörterung erscheint es daher als eine fühlbare Lücke, daß in der Tagespresse sich nur solche Blätter für katholisch geben, die sich mit dem unveränderten Konkordat und mit den Reminiszenzen des Bach'schen Systems identifiziren. Die öffentliche Meinung wird dadurch irregeführt, der Sache der Kirche eher geschadet als genützt. Ganz ähnlich wirkt eine einseitig aufgefaßte Vertretung der sozialen Aristokratie. Diese letztere hat thatsächlich eine Lebensstellung inne, die eine Macht ist, mag man sie bekämpfen wie man wolle; aber Absolutismus ist das Interesse einer wahren Aristokratie nicht. Wenn zu der sozialen Bedeutung, die an sich auf einem großen Grundbesitze ruht, noch eine politische hinzutritt, wie in England, so wird damit erst die ins Leben eingreifende Geltung vollständig. Allerdings nicht ohne gegenseitige Wechselwirkung mit dem öffentlichen Geist und Charakter eines Volkes. In England versteht man sich darauf: dort gibt es Whigs und Tories in der Aristokratie, und auch die Tories weisen Staatsmänner auf, die man auf dem Kontinent als freisinnig bezeichnen würde. Konstitutionell gesinnt sind beide gleichmäßig. Ein Verständniß mit der öffentlichen Meinung, wie es im wahren Sinne konservativ wirkt, haben nicht nur die Whigs, sondern mehr als einmal auch die Tories faktisch an den Tag gelegt. Warum sollte in Oesterreich das politische Lebenselement einer großen Aristokratie ein anderes seyn? An den Mitgliedern einer derartigen Aristokratie, die sich als solche fühlen, geht die Zumuthung, demokratisch zu denken, irre; ihr natürlicher Beruf ist die Vermittlung politischer Extreme. „Ich habe die Gesinnungen meines Standes", sagte einst Friedrich der Große, und er meinte damit die des Königthums. Auch die soziale Aristokratie wird naturgemäß die Gesinnungen ihres Standes haben; aber wenn sie ihr Interesse würdigt, wird sie dasselbe so auffassen, wie man es in England thut. Man muß seinen Antheil an der politischen Zukunft sicher stellen, oder man riskirt den an der politischen Gegenwart. Ist es ein großartiger Standpunkt, sich in der heutigen Lage Oesterreichs mit einem Tschechenthum zu verquicken, das schon durch seine russische

Färbung sich eine gesunde Wirksamkeit im österreichischen Staatsleben selber abspricht? Ich weiß sehr wohl, daß es eine blose Minderheit ist, die sich dort hinüber neigt, aber eben darum legt sich die Frage nahe: warum läßt man dieser engherzigen Einseitigkeit den Anschein eines Monopols aristokratischer Vertretung in der Tagespresse? Es geht damit ganz so, wie in Sachen der Kirche: die öffentliche Meinung wird dabei irregeführt, und der politischen Stellung der Aristokratie eher geschadet als genützt. In der Tagespresse platzen so blos die Extreme aufeinander; der politische Beruf einer vermittelnden Erörterung ist in ihr unvertreten. Und doch geht gerade im verfassungsmäßigen Leben, wo kein Theil dem andern absolutistisch diktiren oder aufoktroyiren kann, naturgemäß jede Streitfrage auf eine Lösung durch ein Kompromiß aus, welches durch eine Vorbereitung in den Gemüthern gefördert wird. Von der Höhe einer selbstgefaßten Meinung herab mitleidig und verschmähend auf das Bedürfniß einer Verständigung blicken zu wollen, Das wäre nur wieder jener unpraktische alte Irrthum, der da sagt: „pereat mundus!“ Dem gangbaren Pessimismus läge er nahe genug. Anderseits aber vergesse man nicht die unschätzbare Staatskunst, sich in der Popularität stets „möglich“ zu erhalten; denn in dieser Hinsicht niemals bis zur Unheilbarkeit zu erkranken, kann aus sehr triftigen Gründen weder antikatholisch noch antiaristokratisch seyn.

19. Oktober 1867.

Das Herrenhaus hat gestern wieder eine Sitzung gehalten und fast ohne Debatte die Gesetzentwürfe über das Vereins- und das Versammlungsrecht angenommen; letzteren jedoch mit einer kleinen, durch die Kommission beantragten Aenderung, um deren willen das Gesetz nun noch einmal an das Unterhaus zurückgeht. Graf Kuefstein bemerkte, die Regierung müsse sehr stark seyn, welche selbst ein Gesetz über Versammlungen unter freiem Himmel vorlege (es ist übrigens die vorausgehende Genehmigung der Behörde erforderlich); da sie es jedoch gethan habe, so wolle er nicht dagegen sprechen, sondern habe nur auf die mögliche Gefahr hinweisen wollen. Das Haus der Abgeordneten sitzt erst nächsten Montag wieder. In seiner letzten Sitzung (Donnerstag) kam es zu einem etwas unparlamentarischen Wortwechsel zwischen den Abgeordneten v. Mühlfeld

[illegible]

Es scheint, die Czechen sehen nachgerade den politischen Fehler ein, sich so gänzlich isolirt zu haben, denn sie schmollen jetzt so ziemlich mit aller Welt, ausgenommen natürlich mit Rußland. Die „Politik" versteigt sich zu persönlichen Verleumdungen gegen Frhrn. v. Beust, wie die, daß die Antwort Sr. Maj. an die 25 Bischöffe auf der Börse früher bekannt gewesen sey, als vermittelst der „Wiener Abendpost", während die fallenden Kurse des betreffenden Mittags vielmehr das gerade Gegentheil aufweisen. Die „Narodni Listy" andererseits sind so erbost, daß sie nach allen Seiten gleichzeitig den Krieg erklären, auch gegen frühere Beschützer, die man nun

von tschechischer Seite dadurch kompromittirt. So sprechen sie z. B. ein mitleidiges Bedauern für „jene optimistischen Slawen“ aus, die „in einem Ministerportefeuille der Grafen Leo Thun oder Clam-Martinitz den geheimen Lösungspunkt zu sehen glaubten, worin die Frage des österreichischen Slawenthums mit der Konkordatsfrage zusammenträfe, und die den Frhrn. v. Beust mit Hilfe der bischöflichen Adresse zu Gunsten der Slawen zu stürzen hofften.“ O nein, meinen die Narodni Listy, Dies sey ein „unglückseliger Standpunkt“: sie selbst sind vielmehr eben sowohl gegen das Konkordat als gegen Hrn. v. Beust, und wollen Beides für sich allein behandelt sehen. Man sieht, Das ist eine förmliche und unverblümte Abdankung der feudalen Protektion, und nach einem so öffentlich gegebenen Korbe werden sich die Protektoren doch wohl endlich zurückziehen müssen. Inzwischen fährt Rußland fort, seine panslawistischen Anhänger in Oesterreich öffentlich zu kennzeichnen: Dr. Costa, der suspendirte Bürgermeister von Laibach, nebst den HH. Suwan, Flis, und dem bekannten Urslowenen Bleiweis, sind von dem Ausschuß der „ethnographischen Ausstellung“ in Moskau mit der Broncemedaille ausgezeichnet worden.

In Ungarn hat die Partei Deak wieder einen bemerkenswerthen Erfolg davon getragen. In Waitzen, wo am 1. August Ludwig Kossuth zum Deputirten erwählt war, wurde am 17. Oktober Hr. Dragffy, der Kandidat der Deakpartei, mit großer Mehrheit in den Landtag gewählt.

---

20. Oktober 1867.

Das Gerücht hat bereits eine ganze Ministerliste fertig, die nach der Rückkehr von Paris, also nach Verlauf von 14 Tagen, in das Leben treten soll. Fürst Carlos Auersperg steht obenan als Präsident des Ministeriums diesseits der Leitha; für die Justiz wird Dr. Berger genannt, für Kultus und Unterricht Giskra, für die Finanzen Brestl; als Minister ohne Portefeuille sollen die HH. v. Mende und Graf Alfred Potocki designirt seyn. Graf Taaffe würde das Ministerium des Innern behalten, Frhr. v. Hock das Handelsministerium übernehmen. Dem Hrn. v. Kaiserfeld, fügt man hinzu, sey die Stelle eines Verfassungsministers, der Geschäftsverkehr mit den 17 Landtagen &c. zugedacht. Wie man sieht, lauter parlamentarische Namen, theils aus dem Ober-, theils aus dem

Unterhause, also ein vollkommen parlamentarisches Ministerium! Was die Reichsfinanzen betrifft, so sollen sie dem Frhrn. v. Becke verbleiben; eine andere Version jedoch nennt ihn eventuell als künftigen Internuntius in Konstantinopel.

Der eingeleitete Preßprozeß des „Vaterlandes" kam gestern zur gerichtlichen Verhandlung und endigte mit der Verurtheilung des verantwortlichen Redakteurs, Hrn. Kienberger, wegen „Vergehens gegen die öffentliche Ruhe und Ordnung" zu 14 Tagen Arrest und 200 Fl. Kautionsverfall. Der Verurtheilte meldete die Berufung an. Von den angeschuldigten fünf Artikeln rührt nur einer aus seiner eigenen Feder her; die vier andern sind von einem Verfasser, den er zu nennen verweigert. Hr. Kienberger vertheidigte sich selbst, und zwar in sehr einfacher Weise: die Februarverfassung gilt ihm als aufgehoben, seit die ungarische Verfassung wieder hergestellt sey, und demnach alles jetzt Bestehende (Reichsrath und Ministerium zusammen) als „Karrikatur", „Humbug", „ein Schauturnen" ꝛc. Jene „Gesellschaft", die in Wien tage, sey nicht der verfassungsmäßige Reichsrath, und folglich sey der Reichsrath auch nicht geschmäht worden, könne gar nicht geschmäht worden seyn. Nach dieser Auseinandersetzung sollte man glauben, das „Vaterland" habe eigentlich eine zentralistische Tendenz, was aber bekanntlich nicht der Fall ist: Hr. Kienberger, nach seiner Vertheidigung zu schließen, bewegt sich in einer Negation, die derzeit Nichts gelten läßt, als den Nihilismus.

Böhmische Blätter erzählten neulich, daß die Großfürstin Konstantin von Rußland, aus Anlaß ihres damaligen Besuchs in Prag, sich nach einer goldenen Lampe erkundigte, die bei der Geburt des Großfürsten Wiatscheslaw (1862) der St. Wenzelskapelle im Veitsdom zugedacht worden war. In der bezeichneten Kirche fand sich jedoch eine solche Lampe nicht vor; Niemand wußte Etwas von einer gespendeten Lampe. Nun hat sich, wie die „Bohemia" meldet, in Folge gepflogener Nachforschungen herausgestellt, daß Großfürst Konstantin Befehl gegeben hatte, aus seiner Privatkasse die Kosten einer schweren silbernen, im Feuer zu vergoldenden Kirchenlampe für die St. Wenzelskapelle zu bestreiten, daß aber weder eine Lampe noch ein Kostenbetrag dafür jemals nach Prag gelangte. Ein tschechisches Blatt hatte sich bis zu dem Aussprechen eines Verdachtes verstiegen, die Lampe sey von Deutschen aus Tschechenhaß unterschlagen worden! (Wiatscheslaw, russisch = Wenzeslaw, Wenzel.)

Das Denkmal für den Fürsten Karl von Schwarzenberg, den Heerführer von 1813 und 1814, ist heute feierlich enthüllt worden. Man sagt, der General der Kavallerie, Fürst Edmund von Schwarzenberg, werde bei diesem Anlaß die Ernennung zum Feldmarschall erhalten. (Fürst Edmund ist der zweite Sohn des Erstgenannten; der älteste Sohn und Majoratsinhaber ist Fürst Friedrich, welcher sich durch die „Fahrten eines Landsknechts" bekannt machte.)

In Kroatien ist die „Restauration" (Neuwahl) sämmtlicher Munizipien der königlichen Freistädte ausgeschrieben. Hierauf soll im Dezember die der Komitatsmunizipien, und im Januar der Zusammentritt des Landtags erfolgen, dem man von Pesth aus mit versöhnlichen Vorschlägen entgegenzukommen gedenkt.

— —

21. Oktober 1867.

Die Enthüllung des Schwarzenberg-Denkmals traf nur zufällig auf den Vortag der heute angetretenen Reise nach Paris; indeß lag kein Grund vor, das einmal fertige Standbild des Feldherrn länger unter seiner Hülle zu lassen. Die Idee zur Errichtung desselben stammt aus dem Jahr 1851; seither hat sich denn freilich Manches geändert, und das Denkmal des siegreichen Heerführers von 1813 bedeutet jetzt nur noch, wie viel damals Oesterreich zur Befreiung Deutschlands beitrug, welchem es seit dem Prager Frieden nicht mehr angehört. Frhr. v. Beust wohnte einer starken Grippe wegen der gestrigen Feier nicht bei. Demonstrativ war der stürmische Hochruf, womit der Kaiser überall von der dichtgedrängten Volksmenge begrüßt wurde: solche Dinge werden hier nicht durch Agenten gemacht, wie in Paris, ähnlich der dressirten „Claque" in einem Theater, sondern sie gehen aus dem Volke selbst hervor und tragen deßhalb auch alle Merkmale der Unmittelbarkeit und Ursprünglichkeit an sich. Se. Maj. war sichtlich angenehm berührt durch eine so lebhafte Kundgebung, welche in der That um so bedeutsamer ist, als die Wiener keineswegs verschwenderisch damit umzugehen pflegen.

Es mag jetzt 10 oder 12 Jahre her seyn, daß ein niederrheinischer Industrieller oder Rheder mit einem Schiffe voll Kolonialwaaren, aus dem Rhein und Main vermittelst des Main-Donaukanals auf die Donau gelangt, vor den Mauern Wiens

erscheinen, um den Handelsstand zu zeigen, was sich aus dieser Schifffahrtsverbindung machen lasse. Heuer, da man gar nicht Transportmittel genug für die ungarische Getreideausfuhr aufzutreiben vermag, sah man in Pesth schon eine ganze Flotte von Rhein- und Mainschiffen, die nach angenommener Ladung wieder die Donau aufwärts fuhren, und die Donau-Dampfschifffahrts-Gesellschaft hat nicht weniger als 1[illegible] holländische und deutsche Fahrzeuge, darunter die Schiffe Rhein, Stolzenfels, Oscar, Marie, Elisabeth, Main, Francesca, Schiller u. a. für ihre Transportzwecke in Miethe genommen. Ich erwähne Dies in Verbindung mit jenem ersten Vorgange, weil ungarische Blätter das Verdienst eines voranleuchtenden Beispiels dem Grafen Edmund Szechenyi zuschreiben, welcher im Laufe dieses Jahres mit seinem kleinen Dampfer Hableany aus der Donau in den Donau-Mainkanal, den Main ab- und den Rhein aufwärts fahrend, vermittelst des großen französischen Kanalsystems einen Wasserweg nach Paris einschlug. Es war Dies ein recht hübscher „Sport“; aber die Wasserverbindung zwischen Donau und Rhein hat nicht erst Graf Szechenyi entdeckt und es war nicht der Hableany, der jenen Rhein- und Mainschiffen den Weg zeigte. Wenn einmal von Paris Transportschiffe in Pesth anlangen, dann steht dem Hableany eine Priorität oder das Verdienst eines Bahnbrechers zu.

Das fünfzigjährige Jubiläum des Wartburgfestes ist auch hier in Wien gefeiert worden, und zwar von der akademischen Burschenschaft „Arminia“. An die alten Burschenschafter, die gleichzeitig in Eisenach versammelt waren, erging ein telegraphischer Gruß mit einem Hoch auf „Deutschlands Einheit und Freiheit.“ Wenn Das mit Trinksprüchen zu machen wäre, es stünde sicher und fehlte nicht; in Oesterreich aber sollte man es wenigstens dahin bringen, daß nicht mehr in den Feldlagern aller andern Nationalitäten des Reichs deutsche Namen als Ueberläufer paradiren. Einstweilen liest man noch fortwährend nachgesuchte Genehmigungen zur Namensänderung aus dem Deutschen in's Magyarische, und auf deutscher Seite hat weder die öffentliche Meinung eine Rüge, noch die Gesellschaft einen Verruf für solche Renegaten an der Sprache Schiller's und Goethe's.

Der hiesige Gemeinderath hält bis jetzt fest an seinem Projekt, auf Kosten der Gemeinde sechs Wiener Lehrer zu ihrer weiteren

Ausbildung nach Deutschland zu schicken, weil die richtige Schule in Oesterreich nicht zu haben sey. Dieselben sollen einen mehrjährigen Lehrgang in Gotha durchmachen. Der Gemeinderath erweist sich sehr eifrig in dieser Angelegenheit: nach andern Ansichten jedoch fehlt es im Allgemeinen weniger an Schulung, als vielmehr an nationalem Selbstbewußtseyn und Charakter.

— . —

22. October 1867.

Seit gestern ist das Abgeordnetenhaus mit der Ehegesetzgebung beschäftigt: nach dem Antrag des konfessionellen Ausschusses handelt es sich dabei zunächst um die Wiederherstellung der Vorschriften des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuchs über das Eherecht, wie sie vor dem Konkordate bestanden. Auf diesem Wege baut man dem Vorwurf einer antikatholischen Richtung vor, insoweit derselbe das ältere Oesterreich, so wie es bis 1855 war, für antikatholisch erklären müßte, was denn doch seine Schwierigkeiten hat. Jene Wiederherstellung wäre denn freilich vorerst nur ein Provisorium, und in derselben Weise, nämlich ebenfalls provisorisch, geht der konfessionelle Ausschuß in der Frage der Zivilehe auf das Auskunftsmittel aus, ihre Zulassung auf jene Ausnahmsfälle zu beschränken, in denen ein Seelsorger sich ohne gesetzlichen Grund der Einsegnung der Ehe weigere. Wie man sieht, ist Dies Alles weit entfernt von Dem, was z. B. Hr. v. Mühlfeld wollte: aber eine Umgehung des Konkordats ist es immerhin, und so kommt die Debatte stets wieder auf die Konkordatsfrage zurück, auf die Bestreitung oder Vertheidigung der Eigenschaft eines Staatsvertrages &c., worüber beiderseits eigentlich nichts Neues mehr zu sagen ist. Auf die Berathung des Ehegesetzes, wenn sie erledigt ist, soll sodann die des Schulgesetzes folgen. Nebenbei macht sich das Haus mit den s. g. „neuen Mortarafällen" in Galizien zu thun, deren es nunmehr drei gibt. Der älteste ist jener der neunzehnjährigen Sarah Radamski in Lemberg, welche indeß vor dem Polizeidirektor zu Protokoll erklärte, sie wolle nicht in das elterliche Haus zurück, und sie sey deßhalb aus demselben entflohen, weil ihr Vater sie wiederholt mißhandelte und einmal sogar durch einen Messerstich verletzte: den Entschluß, zur katholischen Kirche überzutreten, habe sie schon längst gefaßt. Man ersieht nicht, ob dieser Entschluß den erlittenen Mißhandlungen voranging oder

nachfolgte.) In eine Besprechung mit ihrem Vater willigte Sarah nur unter der Bedingung ein, daß ein Beamter mit anwesend sey, und in dessen Gegenwart überhäufte sie ihren Vater alsdann mit einem Strome von Vorwürfen. Dem gerichtlichen Einschreiten legte die Vorsteherin Nichts in den Weg. Eine Klage wegen Verletzung der väterlichen Gewalt hat Radamski nicht gestellt; die Anklage wegen Diebstahls liegt vor dem Bezirksgericht, und das Oberlandesgericht „zieht in Erwägung", ob das Mädchen nicht außerhalb des Klosters bei einer zuverlässigen Frau unterzubringen sey. In dem zweiten Falle, dem von dem Abg. v. Mühlfeld vorgebrachten, hat sich herausgestellt, daß er sich nicht in Biala, sondern in Brody zutrug: derselbe betrifft eine verheirathete Frau, Namens Ruba Margolitz, welche sich in ein Kloster flüchtete, von ihrem Manne jedoch nicht reklamirt wird.

Es liegt noch ein dritter Fall vor, betreffend eine vierzehnjährige Chaye Lea Freund in Lemberg, wegen deren Flucht in das dortige Kloster der Benediktinerinnen ein mit „Jonas Freund" unterzeichnetes Telegramm an das Präsidium des Abgeordnetenhauses eingelaufen ist. Letztere Angelegenheit tritt übrigens schon im voraus in ein etwas verdächtiges Licht; denn die Unterschrift ist bereits als falsch erkannt, Jonas Freund schon seit längerer Zeit abwesend, und dessen Name von einem Oheim des Mädchens fälschlich vorgeschoben. Chaye Lea Freund, nach ihrer eigenen Angabe nicht 14, sondern 16 Jahre alt, war schon seit drei Jahren nicht mehr bei ihrem Vater, sondern eben bei jenem Oheim, den sie im August d. J. verließ. Von Seiten ihres Vaters geschah bisher keinerlei Schritt gegen ihre Entschlüsse. Gelegentlich ist noch zu bemerken, daß der Statthalter von Galizien zu der Zeit, wo man von hier aus wiederholt eine Auskunft „urgirte", auf einer Inspektionsreise begriffen war.

Der Bezirkshauptmann von Olmütz hat nach tschechischen Blättern ein öffentliches Rundschreiben erlassen, das gegen Agitationen warnt, durch die dem Abgeordnetenhause vorgeworfen wird, es wolle die Ehe aufheben, die Religion vernichten, Robot (Herrenfrohnd) und Zehnt wieder einführen, und das Landvolk mit neuen Steuern überladen. Aehnliche Weisungen gingen auch von andern Bezirksämtern aus. Wie Minister v. Hye in dem Abgeordnetenhaus mittheilte, hat er den Erzbischoff von Olmütz und den Bischoff von Brünn amtlich ersucht, oberhirtliche Schreiben an die Diözesan-

geistlichkeit zur Abmahnung von Ausschreitungen zu erlassen, und die Kirchenfürsten haben diesem Ersuchen bereits entsprochen.

Die hiesigen Blätter melden mit großem Wohlgefallen, daß der Kaiser und sein Gefolge bei der Abreise nach Paris sämmtlich in Zivilkleidung erschienen sind; so bestiegen sie den Bahnzug. Manche Jahre lang, bis zu der Zusammenkunft mit Napoleon III. in Salzburg, hatte man den Kaiser nicht in Zivilkleidung gesehen, und legt darauf einen Werth, der in dieser Weise anderwärts vielleicht nicht vorkommt.

Trotz aller Konkordatsfeindschaft bricht sich doch auch ein ganz unbefangener gesunder Menschenverstand Bahn, wo es sich um die gegenwärtige Bedrohung Roms durch einen feindlichen Einfall handelt. Eines der hiesigen Witzblätter bringt ein Bild, worauf Viktor Emanuel mit einer Reisetasche in der Hand vor einem verschlossenen Thore steht und klopft; im Hintergrund sieht man Bajonnette blinken. „Was wollen Sie?“ fragt der öffnende Thorwart. „„Sr. Heiligkeit dem Pabste melden, daß er von Garibaldi Nichts mehr zu befürchten hat.““ „Gut,“ sagt der Thorwart, „Gott sey Dank, daß wir den Spitzbuben los sind.“ „„Ja,““ erwiederte der Fremde, „„jetzt bin **ich** da!““

23. Oktober 1867.

Heute ist das Abgeordnetenhaus mit der Berathung des Ehegesetzes zu Ende gelangt; die Wiederherstellung der dahin einschlagenden Bestimmungen des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches, wie sie vor dem Konkordat in Geltung waren, und die „Noth-Zivilehe“, d. h. die Zulassung der Zivilehe für den Fall, daß die Vornahme des Aufgebots &c. von dem Seelsorger „aus einem durch die Gesetzgebung des Staates nicht anerkannten Hinderungsgrunde“ verweigert wird, sind mit großer Majorität angenommen. Für den Art. 1 (Wiederherstellung &c.) erhob sich die Linke, das Zentrum, und die Mehrzahl der Polen; für die Hauptbestimmung des Art. 2 (Noth-Zivilehe) eine Mehrheit von 96 Stimmen gegen 45. Außerdem wurde der konfessionelle Ausschuß auf sein Verlangen ermächtigt, ein neues Ehegesetz zu entwerfen „unter Auffassung der Eheschließung als bürgerlichen Aktes“ (mit großer Majorität) und „nach dem Grundsatze der Unabhängigkeit desselben von kirchlichen Anord

nungen" (mit 70 gegen 55 Stimmen, statt welcher letzteren Zahl aber sich bei der Gegenprobe die Ziffer 57 ergab). Es scheint übrigens, daß man auch in den Reihen der Majorität das zu entwerfende Ehegesetz als eine auf die lange Bank geschobene Sache der Zukunft betrachtet: denn das Provisorium, über das man heute einig wurde, schließt bereits so viel Entscheidung in sich, als man gegenwärtig für erforderlich hält. Dieselbe macht eine Bresche in das Konkordat, und Das ist vor der Hand Erfolgs genug. Durch die einfache Rückkehr zu den Gesetzbestimmungen vor dem Konkordat sichert man sich überdies den Vortheil, nicht für „antikatholisch" ausgeschrieen werden zu können, als unter der Bedingung, daß auch auf die Zustände Oesterreichs vor 1855 gleichmäßig dieser Vorwurf entfalle, und Dies wäre natürlich ein Vorwurf, der gegen gar manche Empfindlichkeit anstieße. Es war, glaube ich, von den Vertheidigern des Konkordats ein Fehler, daß man Angesichts der bestehenden Verhältnisse in Frankreich, Belgien, und den Rheinlanden, wo sich doch die katholische Gesinnung weit stärker manifestirt, als in Oesterreich, die Zivilehe als ein „privilegirtes Konkubinat" bezeichnete; die Zurückbeziehung eines ähnlichen Urtheils auch auf die blose Wiederherstellung der Gesetzverhältnisse vor dem Konkordat verletzt überdies die große Masse Derjenigen, die vor demselben unter dem alten Gesetz Ehen eingegangen hatten, oder sogar Die, welche aus Ehen unter der früheren Gesetzbestimmung entsprungen sind. Man kann nicht wohl in Abrede stellen, daß in dieser Stellung der Frage die Taktik des konfessionellen Ausschusses die geschicktere war. Von Hrn. v. Mühlfeld wurde sie mit der Behauptung angegriffen, daß Dies ein bloser „Waffenstillstand" sey; auch ein galizischer Abgeordneter, Peter Groß wie man sieht, ein sogenannter „deutscher Pole", warf dem konfessionellen Ausschuß vor, daß die beantragte „Noth-Zivilehe" nur den Charakter der Halbheit an sich trage. Gerade daraus ergibt sich, daß die Stellung des konfessionellen Ausschusses mehr eine vermittelnde, eine praktische geworden ist: er hat sichtlich Wechselfälle der Zukunft für sich, welche den Extremen abgehen, und Das führt, wenn einmal das Oberhaus mit in die Debatte kommt, die Aussicht auf ein Kompromiß mit sich, das ich für die nach allen Umständen wünschenswertheste Lösung halte. Alles blose Phrasenwerk ist in der gegenwärtigen Situation offenbar unfruchtbar und blos hindernd.

25. Oktober 1867.

Nun hat im Unterhause die Berathung des Schulgesetzes begonnen, dessen Spitze ebenfalls gegen das Konkordat gerichtet ist. Die Generaldebatte war denn auch wieder ein bequemes Gebiet für allgemeine Floskeln. Hr. Schindler z. B. bat pathetisch, man möge doch dem Unterrichte die Fesseln abnehmen, „die wir nachgeschleppt haben auf den unglücklichen und beweinenswerthen Schlachtfeldern, die wir klirren hörten, als wir die letzte theure Anleihe in Paris aufnehmen mußten" ꝛc. Also das Konkordat ist nicht nur für protestantische Heerführer, sondern auch für jüdische Anlehensbedingungen verantwortlich! Hr. Schindler sprach auch von den „Scheiterhaufen in den Hauptstädten Spaniens, welche" (die Hauptstädte?) „die Inquisition angezündet hat, auf denen der berühmte Peter von Arbues, der in neuester Zeit mit einem Glorien-Heiligenschein umgeben worden ist" .... (Abg. Greuter: Pfui!) Schindler: „Ja, **ich** habe ihn nicht mit einem Heiligenschein umgeben." (Heiterkeit.) Das ist denn doch eigentlich nicht die Art, wie man über eine ernste Prinzipienfrage verhandeln soll. Mehr an die Sache hielt sich der Abg. Klun (Slowene), indem er unter Anderm statistische Ziffern vorführte. In der Schweiz komme durchschnittlich eine Schule (Volksschule) auf 450 Einwohner, in Preußen auf 650, in Oesterreich auf 1170. Einzelne Reichstheile weichen übrigens von der letzteren Durchschnittsziffer bedeutend, und zwar zu ihrem Vortheil ab, wie denn z. B. in Tyrol schon auf 453 Einwohner eine Schule kommt. Was den Schulbesuch betrifft, so entfallen im gesammten Durchschnitt auf je 100 schulpflichtige 64 wirklich schulbesuchende Kinder. Auch hier übrigens liegt eine auffallende Ungleichheit vor; denn da es Provinzen gibt, in denen auf 100 schulpflichtige Kinder nur 10 bis 15 schulbesuchende kommen, so geht aus der allgemeinen Durchschnittsziffer 64 hervor, daß in andern Provinzen der Schulbesuch die volle Zahl der schulpflichtigen Kinder erreichen muß. (So viel ein Schulbesuch von 10 oder 15 Prozent unter 64 bleibt, so viel muß sich anderwärts über 64 ergeben.) Bei der Konskription sollen sich unter 100 Rekruten nur 3, höchstens 5 finden, die zugleich lesen und schreiben können. Schließlich verwahrte sich Hr. Klun gegen die Unterstellung, daß man die Schule religionslos machen oder gar entchristlichen wolle. „Wir Alle wollen eine christliche Erziehung, wir wollen nicht die Religion

aus der Schule hinauswerfen, wir wollen eben nur das Verhältniß des Klerus zur Leitung der Volksschule richtig stellen." (Zurufe: Sehr wahr!) „Die Frage ist: soll die Leitung der Volksschule dem Klerus ausschließlich überlassen werden oder nicht? Und da sage ich: in dem vorliegenden Falle finde ich eben so die Interessen der Kirche, wie die der Religion gewahrt." So Hr. Klun; die Verhandlung über die einzelnen Artikel des Gesetzentwurfs wird den Kommentar dazu liefern, d. h. in Paragraphen übersetzen, wie Das gemeint ist. Noch wäre zu bemerken, daß heute über das Schulgesetz, wie einige Tage zuvor über das Ehegesetz, der Abg. Degara (Probst von Arco) eine italienische Rede hielt: als Kuriosum läßt sich anfügen, daß ein hiesiges Blatt, das gerne in Fremdwörtern macht, davon als von einem „Speech" redete, woran, da kein vernünftiger Grund vorliegt, eine italienische Rede auf deutsch mit einem englischen Ausdruck zu benennen, wahrscheinlich das Konkordat mit seinem schlechten Einfluß auf das Schulwesen schuld ist.

26. Oktober 1867.

Ein Telegramm aus Olmütz berichtet über Einleitung eines Strafprozesses gegen den fürsterzbischöfflichen Konsistorialdirektor Joseph Heidenreich daselbst, und zwar wegen einer von demselben „gefertigten" (österreichischer Kanzleistyl für „unterzeichnet") Kurrende des Konsistoriums in Sachen der Predigten gegen das Abgeordnetenhaus. Es waren 25 Exemplare lithographirt worden; eine Nachforschung bei dem Buchdrucker Slavik lieferte das Original in die Hände des Staatsanwalts. In der Kurrende soll es heißen, der Kaiser „sey mit den Intentionen des Abgeordnetenhauses nicht einverstanden und warte nur darauf, daß eine starke Partei sich hinter Se. Maj. stelle. Hiezu sey der Klerus berufen." Die allernächste Zeit muß wohl weitere Aufklärung bringen, wie Dies Alles zusammenhängt. Mit der Veranlassung von Petitionen für Aufrechthaltung des Konkordats scheint man jedenfalls nicht überall geschickt vorgegangen zu seyn; denn unter dem neuesten Einlauf bei dem Abgeordnetenhause fand sich auch eine Petition der Weber des Bezirks Hotzenplotz, besagend, sie seyen durch „Bedrohung mit dem Teufel" vermocht worden, eine Eingabe für das Konkordat zu unterschreiben, bäten aber jetzt vielmehr um dessen Aufhebung. Diese

eigenthümliche Art von rascher Sinnesänderung erregte die allgemeine Heiterkeit des Hauses; auch der Abg. Greuter lachte mit.

Aus Prag melden sich fortwährend neue Skandale an. Nun haben die Tschechen es endlich vermittelst einer tumultuarischen Abstimmung durchgedrückt, daß bei dem „bürgerlichen Grenadierkorps" ein tschechisches Kommando eingeführt werden soll. Da bei der kaiserlichen Armee bekanntlich das deutsche Kommando ausschließlich gilt, so stellen sich die tschechischen „Bürgersoldaten" damit in einen Gegensatz, der eine handgreifliche Demonstration gegen die Regierung ist. Natürlich kann ein deutscher Prager an der tschechischen Soldatenspielerei hienach nicht mehr Theil nehmen, und das sogenannte „Grenadierkorps" würde eigentlich am besten thun, sich sofort nach Rußland zu begeben. Die „Narodni Listy" warnen zwar neuerlich vor Auswanderung dahin ohne gehörige Geldmittel, wahrscheinlich weil tschechische Einwanderer bei den „russischen Brüdern" nicht gut angekommen sind. Dafür aber renommiren sie von Zeit zu Zeit wieder mit der Anrühmung, daß eine große Anzahl reicher russischer Magnaten den kommenden Winter in Prag zubringen und daselbst unermeßlich viel Geld ausgeben werde.

---

27. Oktober 1867.

Das Ergebniß der gestrigen Debatte im Unterhause stellt im Prinzip fest, daß die Leitung und Aufsicht über das gesammte Unterrichts- und Erziehungswesen ausschießlich dem Staate zusteht, die Besorgung, Leitung, und unmittelbare Beaufsichtigung des Religionsunterrichtes in Volks- und Mittelschulen aber der betreffenden Kirche oder Religionsgenossenschaft überlassen bleibt. Hauptbestimmungen im Einzelnen sind folgende: §. 3. „Die vom Staat, von einem Lande, oder von Gemeinden ganz oder theilweise gegründeten oder erhaltenen Schulen und Erziehungsanstalten sind allen Staatsbürgern ohne Unterschied des Glaubensbekenntnisses zugänglich." §. 4. „Es steht jeder Kirche oder Religionsgenossenschaft zu, aus ihren Mitteln Schulen für den Unterricht der Jugend von bestimmten Glaubensbekenntnissen zu errichten und zu erhalten. Dieselben sind jedoch den Gesetzen für das Unterrichtswesen unterworfen und können die Zuerkennung der Rechte einer öffentlichen Lehranstalt nur dann in Anspruch nehmen, wenn allen gesetzlichen Bedingungen für

schäftsführung Gebrauch gemacht, den Redner zum Widerruf zu bestimmen; auch der damals vorsitzende Vizepräsident (v. Hopfen) würde Dasselbe gethan haben, wenn er die Aeußerung nicht überhört hätte. Im Hause überhaupt scheine sie überhört worden zu seyn, da keinerlei Zwischenruf oder Gegenäußerung erfolgte. „Ich bitte nur," schloß Hr. Giskra, „dem Präsidium, welches sich die Aufgabe gestellt hat, in breitester Weise die Redefreiheit zu wahren, die Möglichkeit zu lassen, dabei mit der thunlichsten Rücksicht und Schonung für die Wünsche der einzelnen Herren ferner vorgehen zu können, aber auch nicht Ausdrücke und einen Ton zu wählen, der hier im Hause nicht gewöhnlich ist und vielfach beleidigend verletzt." (Vielfache Zustimmung.) Morgen wird die Debatte wieder aufgenommen; das Haus wird gewinnen dabei, wenn der von Hrn. Giskra bezeichnete Weg eingehalten wird.

28. October 1867.

Es ist fast schon eine Lösung, wenn man die Sache des Konkordats von der des Katholizismus unterscheidet. Das Konkordat ist in Oesterreich unpopulär; der Katholizismus ist es nicht, obwohl nicht zu leugnen steht, daß die Unpopularität des ersteren gleichsam auf ihn abzufärben begann. Es ist hohe Zeit, Weiteres zu verhüten. Oeffentliches Ansehen ist ein Geschöpf der öffentlichen Meinung; geistiger Einfluß setzt eine Empfänglichkeit voraus, die man durch Zerstörung der Popularität an der Wurzel abgräbt. Es müßte ein sehr wesentliches Interesse seyn, welches dem des Ansehens und Einflusses vorginge: — das Konkordat ist ein solches nicht. Der weltliche Zweck desselben ist nicht erreicht worden. Es sollte die noch aufgeregten Gemüther beruhigen, die noch gekräuselten Wellen glätten helfen; allein Frhr. v. Bach machte noch selbst die Erfahrung, daß es in Oesterreich italienische Priester gab, deren Gebahren Wasser auf Viktor Emanuels Mühle war. Die böse Welt behauptet, im südlichen Tyrol gebe es deren noch. Gerade solchen Uebelständen hätte das Konkordat vorbauen sollen; man hatte ihm die Kraft zugetraut, auseinanderziehende Elemente geistig zu überwinden, ging aber unglücklicher Weise irre dabei. Kaum besser steht es mit dem kirchlichen Erfolg. Die Denkschrift der 25 Bischöffe selbst schildert in dieser Hinsicht Zustände, die ein höchst ungünstiges Licht auf die Wirkungen des Konkordats werfen.

aus der Schule hinauswerfen, wir wollen eben nur das Verhältniß des Klerus zur Leitung der Volksschule richtig stellen." (Zurufe: Sehr wahr!) „Die Frage ist: soll die Leitung der Volksschule dem Klerus ausschließlich überlassen werden oder nicht? Und da sage ich: in dem vorliegenden Falle finde ich eben so die Interessen der Kirche, wie die der Religion gewahrt." So Hr. Klun; die Verhandlung über die einzelnen Artikel des Gesetzentwurfs wird den Kommentar dazu liefern, d. h. in Paragraphen übersetzen, wie Das gemeint ist. Noch wäre zu bemerken, daß heute über das Schulgesetz, wie einige Tage zuvor über das Ehegesetz, der Abg. Degara (Probst von Arco) eine italienische Rede hielt; als Kuriosum läßt sich anfügen, daß ein hiesiges Blatt, das gerne in Fremdwörtern macht, davon als von einem „Speech" redete, woran, da kein vernünftiger Grund vorliegt, eine italienische Rede auf deutsch mit einem englischen Ausdruck zu benennen, wahrscheinlich das Konkordat mit seinem schlechten Einfluß auf das Schulwesen schuld ist.

26. Oktober 1867.

Ein Telegramm aus Olmütz berichtet über Einleitung eines Strafprozesses gegen den fürsterzbischöfflichen Konsistorialdirektor Joseph Heidenreich daselbst, und zwar wegen einer von demselben „gefertigten" (österreichischer Kanzleistyl für „unterzeichnet") Kurrende des Konsistoriums in Sachen der Predigten gegen das Abgeordnetenhaus. Es waren 25 Exemplare lithographirt worden; eine Nachforschung bei dem Buchdrucker Slavik lieferte das Original in die Hände des Staatsanwalts. In der Kurrende soll es heißen, der Kaiser „sey mit den Intentionen des Abgeordnetenhauses nicht einverstanden und warte nur darauf, daß eine starke Partei sich hinter Se. Maj. stelle. Hiezu sey der Klerus berufen." Die allernächste Zeit muß wohl weitere Aufklärung bringen, wie Dies Alles zusammenhängt. Mit der Veranlassung von Petitionen für Aufrechthaltung des Konkordats scheint man jedenfalls nicht überall geschickt vorgegangen zu seyn; denn unter dem neuesten Einlauf bei dem Abgeordnetenhause fand sich auch eine Petition der Weber des Bezirks Hotzenplotz, besagend, sie seyen durch „Bedrohung mit dem Teufel" vermocht worden, eine Eingabe für das Konkordat zu unterschreiben, bäten aber jetzt vielmehr um dessen Aufhebung. Diese

eigenthümliche Art von rascher Sinnesänderung erregte die allgemeine Heiterkeit des Hauses; auch der Abg. Greuter lachte mit.

Aus Prag melden sich fortwährend neue Skandale an. Nun haben die Tschechen es endlich vermittelst einer tumultuarischen Abstimmung durchgedrückt, daß bei dem „bürgerlichen Grenadierkorps" ein tschechisches Kommando eingeführt werden soll. Da bei der kaiserlichen Armee bekanntlich das deutsche Kommando ausschließlich gilt, so stellen sich die tschechischen „Bürgersoldaten" damit in einen Gegensatz, der eine handgreifliche Demonstration gegen die Regierung ist. Natürlich kann ein deutscher Prager an der tschechischen Soldatenspielerei hienach nicht mehr Theil nehmen, und das sogenannte „Grenadierkorps" würde eigentlich am besten thun, sich sofort nach Rußland zu begeben. Die „Narodni Listy" warnen zwar neuerlich vor Auswanderung dahin ohne gehörige Geldmittel, wahrscheinlich weil tschechische Einwanderer bei den „russischen Brüdern" nicht gut angekommen sind. Dafür aber renommiren sie von Zeit zu Zeit wieder mit der Anrühmung, daß eine große Anzahl reicher russischer Magnaten den kommenden Winter in Prag zubringen und daselbst unermeßlich viel Geld ausgeben werde.

---

27. Oktober 1867.

Das Ergebniß der gestrigen Debatte im Unterhause stellt im Prinzip fest, daß die Leitung und Aufsicht über das gesammte Unterrichts- und Erziehungswesen ausschießlich dem Staate zusteht, die Besorgung, Leitung, und unmittelbare Beaufsichtigung des Religionsunterrichtes in Volks- und Mittelschulen aber der betreffenden Kirche oder Religionsgenossenschaft überlassen bleibt. Hauptbestimmungen im Einzelnen sind folgende: §. 3. „Die vom Staat, von einem Lande, oder von Gemeinden ganz oder theilweise gegründeten oder erhaltenen Schulen und Erziehungsanstalten sind allen Staatsbürgern ohne Unterschied des Glaubensbekenntnisses zugänglich." §. 4. „Es steht jeder Kirche oder Religionsgenossenschaft zu, aus ihren Mitteln Schulen für den Unterricht der Jugend von bestimmten Glaubensbekenntnissen zu errichten und zu erhalten. Dieselben sind jedoch den Gesetzen für das Unterrichtswesen unterworfen und können die Zuerkennung der Rechte einer öffentlichen Lehranstalt nur dann in Anspruch nehmen, wenn allen gesetzlichen Bedingungen für

die Erwerbung dieser Rechte entsprochen wird." §. 6. „Die Lehrämter an den im §. 3 bezeichneten Schulen und Erziehungsanstalten sind für dazu befähigte Staatsbürger ohne Unterschied des Glaubensbekenntnisses gleichmäßig zugänglich. Als Religionslehrer dürfen nur Diejenigen angestellt werden, welche die betreffende konfessionelle Oberbehörde als hiezu befähigt erklärt hat. Bei andern Schulen und Erziehungsanstalten, welche für bestimmte Glaubensgenossen errichtet und erhalten werden, ist diesfalls das Errichtungsstatut maßgebend." Bei §. 6 blieb ein Zusatzantrag des Abg. Groß: „der Schuldienst ist von dem Meßnerdienst zu trennen" (er meinte, sonst könne es leicht eintreten, daß man die Schule unabhängig mache von der Kirche, sie aber abhängig belasse vom Pfarrer) in der Minorität, während der Paragraph selbst, obwohl darin, wie der Abg. Greuter abmahnend hervorhob, das Prinzip der Konfessionslosigkeit der Schule steckt, mit großer Majorität angenommen wurde. Wenn diese Bestimmung in der That darauf ausgeht, z. B. in einer ganz katholischen Bevölkerung protestantische Volksschullehrer anstellen zu lassen, und umgekehrt, von der Anstellung jüdischer Volksschullehrer unter Nicht-Juden gar nicht zu reden, so ist sie meines Erachtens einfach unausführbar, d. h. sie würde voraussichtlich an dem Widerstande der Bevölkerung scheitern. Ich glaube jedoch nicht, daß es bis zu einem praktischen Versuch damit kommen wird. Die Debatte war mitunter stürmisch, nicht eigentlich wegen der einzelnen Paragraphen, sondern weil man stets wieder auf die allgemeine Frage zurückkam, welche doch durch den Schluß der Generaldebatte als formell beendigt und abgethan zu betrachten war. Der Abg. Greuter wurde unterbrochen, weil er sagte, die katholische Kirche sey in diesen Tagen hier im Hause so sehr in ihren Institutionen angegriffen worden (Rufe links: Nicht die Kirche!), daß es ihn anekeln würde, nochmals auf diese Vorwürfe einzugehen. (Große Unruhe.) Der Präsident verwies dem Redner diesen Ausdruck als unparlamentarisch. Hr. Greuter aber bezog sich auf einen bestimmten Fall, nämlich auf die gefallene Aeußerung, nicht der Klerus vertrete die Moral, sondern die Laien. Wenn man Solches ungerügt gestatte, so wisse er, was er zu thun habe; dann heiße es: sich niedersetzen und schweigen. Der Präsident (Dr. Giskra) bemerkte hierauf, daß er in dem Moment, wo jene Aeußerung fiel, nicht das Präsidium geführt habe, sonst hätte er von den Mitteln der Ge-

schäftsführung Gebrauch gemacht, den Redner zum Widerruf zu bestimmen; auch der damals vorsitzende Vizepräsident (v. Hopfen) würde Dasselbe gethan haben, wenn er die Aeußerung nicht überhört hätte. Im Hause überhaupt scheine sie überhört worden zu seyn, da keinerlei Zwischenruf oder Gegenäußerung erfolgte. „Ich bitte nur," schloß Hr. Giskra, „dem Präsidium, welches sich die Aufgabe gestellt hat, in breitester Weise die Redefreiheit zu wahren, die Möglichkeit zu lassen, dabei mit der thunlichsten Rücksicht und Schonung für die Wünsche der einzelnen Herren ferner vorgehen zu können, aber auch nicht Ausdrücke und einen Ton zu wählen, der hier im Hause nicht gewöhnlich ist und vielfach beleidigend verletzt." (Vielfache Zustimmung.) Morgen wird die Debatte wieder aufgenommen: das Haus wird gewinnen dabei, wenn der von Hrn. Giskra bezeichnete Weg eingehalten wird.

28. October 1867.

Es ist fast schon eine Lösung, wenn man die Sache des Konkordats von der des Katholizismus unterscheidet. Das Konkordat ist in Oesterreich unpopulär: der Katholizismus ist es nicht, obwohl nicht zu leugnen steht, daß die Unpopularität des ersteren gleichsam auf ihn abzufärben begann. Es ist hohe Zeit, Weiteres zu verhüten. Oeffentliches Ansehen ist ein Geschöpf der öffentlichen Meinung: geistiger Einfluß setzt eine Empfänglichkeit voraus, die man durch Zerstörung der Popularität an der Wurzel abgräbt. Es müßte ein sehr wesentliches Interesse seyn, welches dem des Ansehens und Einflusses vorginge: — das Konkordat ist ein solches nicht. Der weltliche Zweck desselben ist nicht erreicht worden. Es sollte die noch aufgeregten Gemüther beruhigen, die noch gekräuselten Wellen glätten helfen: allein Frhr. v. Bach machte noch selbst die Erfahrung, daß es in Oesterreich italienische Priester gab, deren Gebahren Wasser auf Viktor Emanuels Mühle war. Die böse Welt behauptet, im südlichen Tyrol gebe es deren noch. Gerade solchen Uebelständen hätte das Konkordat vorbauen sollen: man hatte ihm die Kraft zugetraut, auseinanderziehende Elemente geistig zu überwinden, ging aber unglücklicher Weise irre dabei. Kaum besser steht es mit dem kirchlichen Erfolg. Die Denkschrift der 25 Bischöffe selbst schildert in dieser Hinsicht Zustände, die ein höchst ungünstiges Licht auf die Wirkungen des Konkordats werfen.

[illegible]

[illegible] das Buch in
dem Tisch [illegible] Wenn es [illegible] dem Banila
[illegible] die katholischen [illegible] ihrer Re-
ligion [illegible] zu machen, es würde nicht bloß der Begriff

eines Knotens, sondern der Stoff selber von dem Messer durchschnitten seyn.

29. Oktober 1867.

Das Schulgesetz ist nun fertig, so weit es nämlich auf das Haus der Abgeordneten ankommt: die Berathung ging ruhig zu Ende, und jener Theil des Publikums, der die Gallerie des Hauses besucht, um stürmische Auftritte eine „Hetze", wie man hier sagt, mit anzusehen und anzuhören, sah sich diesmal getäuscht. Aus dem §. 7 wurde ein Satz, der den Lehrern die Wahl aus den zum Gebrauche genehmigten Lehrbüchern freistellte, auf Antrag des Abg. Herbst gestrichen; beinahe einstimmig nahm das Haus die beiden andern Sätze an: „Die Lehrbücher für den Gebrauch in den Volks- und Mittelschulen, so wie in den Lehrer-Bildungsanstalten, bedürfen nur der Genehmigung der durch dieses Gesetz berufenen Organe. Religions-Lehrbücher können jedoch erst dann diese Genehmigung erhalten, wenn sie von der bezüglichen konfessionellen Oberbehörde für zulässig erklärt worden sind." Der §. 8 „das Einkommen der Normalfonds, des Studienfonds, und der sonstigen Stiftungen für Unterrichtszwecke ist ohne Rücksicht auf das Glaubensbekenntniß zu verwenden, insoweit es nicht nachweisbar für gewisse Glaubensgenossen gewidmet ist": ging ohne Debatte durch. Zu den §§. 10 bis 13, welche gemeinschaftlich zur Berathung kamen, wurden so vielerlei Aenderungsanträge gestellt und zum Theil von einer entschiedenen Majorität unterstützt, daß man dem Ausschuß eine Berichterstattung darüber zuwies und die Sitzung zu diesem Zwecke auf fünf Viertelstunden unterbrochen wurde. Die bezeichneten vier Paragraphen betreffen die Errichtung von Landes-, Bezirks-, und Orts-Schulräthen, wobei die näheren Einzelheiten an die Landesgesetzgebung überlassen sind: eine Konzession an die Landtage, die manche Schwierigkeit eher vertagt als löst, und in Ländern von gemischter Nationalität und Konfession aus den pädagogischen Fragen konfessionelle und nationale Streitsachen zu machen droht.

Ueber die Stimmung in Galizien bringt das Neue Fremdenblatt eine Korrespondenz aus Lemberg, die als Gutachten eines Konkordatsgegners in einem konkordatsfeindlichen Blatte doppelt bemerkenswerth ist. Die Zurückweisung der bischöflichen Adresse sey „von den Gebildeten so aufgenommen worden, wie es die Zeit ver-

lange, aber es sey zu wünschen, daß bei der nun angebahnten Front-veränderung so vorsichtig und gelinde als möglich verfahren werde; denn es sey kein Zweifel, daß, wenn die Bischöffe im Land ihre Waffen gebrauchen wollten, sie mit ihrem Einfluß auf das niedere Volk und auf den Bauernstand gefährlichen Mißbrauch treiben könnten." Ueberhaupt, meint der Korrespondent, sey gerade jetzt, wo in Lemberg die Klostergeschichte spiele, „den Stürmern und Drängern in Wien gegenüber sehr viel Takt, Umsicht, und Billigkeit erforderlich." Ja, er sagt offen heraus: „Mancher Mann, der jetzt in Wien begeisterte Reden hält, würde, wenn ihm anders Ruhe genug zur Prüfung realer Verhältnisse geblieben ist, seine Hitze mildern, wenn er die Sache von hier aus ansehen könnte. Die Bevölkerung Lembergs steht unbedingt auf Seite des Klosters." Da ich hienach dem Berichterstatter des Neuen Fremdenblattes einen unbefangenen politischen Blick zuschreibe, so erwähne ich noch weiter, daß nach seinen Beobachtungen sich in Krakau ein demonstratives Hervordrängen des polnischen Elements bemerklich macht, in Lemberg aber Dies nicht gelingt, und auf dem flachen Lande vollends auch nicht das leiseste Anzeichen eines Nationalitätenzwistes hervortritt. Der sogenannte Rassenkampf werde nur zwischen Geistlichen, politischen Stimmführern, und Beamten geführt; der Grundton der eigentlichen Volksstimmung sey echt österreichisch.

In Prag ist der Redakteur eines tschechischen Witzblattes, der die Gendarmen als „Schinder" bezeichnete, zu einem vierzehntägigen, durch Fasten verschärften Arrest und zu 80 Fl. Kautionsverlust verurtheilt worden. Die deutschen Wähler der böhmischen Hauptstadt appelliren an die Statthalterschaft gegen ein Wahlmanöver der Stadtvertretung, deren tschechische Mehrheit durch willkührliche Interpretation der gesetzlichen Bestimmungen eine große Anzahl deutscher Bürger aus den Wählerlisten gestrichen hat. Von Seiten der Statthalterei ist an die Prager höheren Lehranstalten eine Mahnung ergangen, sich politischer Demonstrationen zu enthalten, insbesondere aber sich nicht als Werkzeuge einer antiösterreichischen Demonstration russische Volkshymne, gebrauchen zu lassen.

Die Wiener Unsitte des Ueberfahrens greift nun auch in das Repertorium des Burgtheaters ein. Es mußte vorgestern ein anderes Stück gegeben werden, weil der Regisseur des Burgtheaters, Hr. Rettich, in der Nähe seiner Wohnung von einem Fiaker

überfahren und dabei derartig verletzt wurde, daß er noch das Bett hütet.

---

30. Oktober 1867.

Nach einer Menge von Petitionen gegen das Konkordat ist gestern auch eine für dasselbe bei dem Unterhaus eingelaufen: sie kommt aus Wien selbst und zählt 840 Unterschriften. Der Justizminister v. Hye legte den Entwurf einer neuen Strafprozeßordnung vor, beruhend auf den Prinzipien des Anklageprozesses, der Mündlichkeit und Oeffentlichkeit, und der Schwurgerichte. Neben der öffentlichen Anklage ist auch eine Subsidiaranklage von privater Seite zugelassen, wenn der öffentliche Ankläger die Anklage unterläßt; bei einer Privatanklage hat der Staatsanwalt nicht zu interveniren. Die sogenannte provisorische Verwahrung wird dahin eingeschränkt, daß sie binnen 48 Stunden, spätestens binnen fünf Tagen enden muß, nach welcher Zeit entweder die Freilassung oder die Verhängung der Untersuchungshaft zu erfolgen hat. Auch die Untersuchungshaft darf nicht länger, als höchstens vier Monate dauern. Statt gegen das Urtheil erster Instanz in der Schuldfrage keine Appellation zuzulassen, ganz so wie bei dem Schwurgericht, schlägt der Entwurf, wie sich Hr. v. Hye ausdrückt, ein „Experiment" vor, „das noch in keine Gesetzgebung aufgenommen wurde": es wird nämlich gegen das Nichtschuldig keine Berufung zugelassen, wohl aber gegen das Schuldig. In die Kompetenz der Schwurgerichte fallen alle Verbrechen, die mit mehr als vier Jahren bedroht sind, alle politischen Verbrechen und Vergehen, endlich alle Preßdelikte. Hr. v. Hye erklärte mit Bezug hierauf, daß er vier Jahrzehnde lang als entschiedener Kämpfer gegen das Schwurgericht aufgetreten sey, jetzt aber, da er als verantwortlicher Rathgeber der Krone im Namen der Gesammtregierung spreche, auch die beiden Bemerkungen mittheilen wolle, die er dabei stets angefügt habe, nämlich 1) in einem Lande, wo die entschiedene Majorität, wo die Menge der Denkenden das Schwurgericht verlange, erscheine die Einführung desselben als eine unabweisbare Nothwendigkeit, und 2) wo man die Schwurgerichte aber überhaupt einführe, müsse man es auch offen und ehrlich thun. (Damit meinte der Redner: ohne Ausschluß der politischen Verbrechen und Vergehen.) Der Entwurf adoptirt auch das Institut der „Schöffen", wonach die Bezirkseinzelrichter

niemals allein, sondern unter Zuziehung von zwei Bürgern über die ihnen zugewiesenen Delikte Recht sprechen sollen. Der Minister bezeichnete dieses Institut als ein bisher nur in Baden und Hessen bestehendes; meines Wissens übrigens hat Würtemberg schon seit viel längerer Zeit Skabinen als Gerichtsbeisitzer. Ueber die Frage eines eingreifenden Erfolges lauten die Urtheile freilich mitunter sehr zweifelhaft. Der Entwurf der Strafprozeßordnung wurde an den bestehenden Strafgesetzausschuß gewiesen. Hierauf folgte die dritte Verlesung des Schulgesetzes: nur etwa 14 Abgeordnete stimmten dagegen. Die von dem Herrenhause wieder herübergekommene Strafgesetznovelle wurde mit den dort getroffenen Abänderungen, so wie es früher mit dem Vereinsgesetze geschah, diesseits angenommen.

Zuletzt kam noch ein Bericht des Petitionsausschusses über die Eingaben in Sachen Radamek und Jonas Freund in Galizien. Da dem Petitionsausschuß durchaus keine Bestätigung der behaupteten Thatsachen vorlag [illegible]

[illegible]

rungs- und Vollzugsgewalt mit geringen Aenderungen in zweiter Lesung angenommen. Minister Graf Taaffe schickte der Debatte die Befürwortung voraus, daß die Regierung diesen aus der Initiative des andern Hauses hervorgegangenen Entwurf als eine Ergänzung der konstitutionellen Institutionen des Staats betrachte, und, da sie offen und ehrlich die konstitutionelle Bahn betreten habe und es als ihre Pflicht erachte, ehrlich und muthig auf dieser Bahn fortzufahren, dem Hause die Annahme dieses Gesetzes nur empfehlen könne. Da auch der Ausschuß erklärt hatte, im Prinzip mit dem Entwurfe des Abgeordnetenhauses vollkommen einverstanden zu seyn so beschränken sich die getroffenen Aenderungen folgerichtig auf solche, denen auch das Abgeordnetenhaus zustimmen kann. Die dritte Lesung wurde bis nach Erledigung des Grundgesetzes über die Reichsvertretung vertagt. Inzwischen gönnt sich das Haus der Abgeordneten acht Tage Ruhe, um zugleich den Ausschußarbeiten mehr Zeit zu lassen; dem Verfassungsausschuß insbesondere bietet das Gesetz über die „Delegationen" und die „gemeinsamen Angelegenheiten" allerlei Schwierigkeiten dar, so daß z. B. Abstimmungsverhältnisse wie 15 gegen 13 vorkommen, was genugsam das Auseinandergehen der Ansichten kennzeichnet. Was das Konkordat betrifft, so würden im Herrenhause gestern über 40 Petitionen für und eine gegen dasselbe überreicht.

Während der Berathung des Schulgesetzes im Unterhaus äußerte der Abg. Petrino, in seinem Heimathlande (der Bukowina) gebe es nicht weniger als 9 verschiedene Konfessionen. Selbst mancher Wiener würde nicht im Stande seyn, diese 9 aus dem Gedächtnisse mit Namen aufzuzählen; dessenungeachtet ist die Ziffer keineswegs übertrieben, und wenn man genau zählt, bringt man für den österreichischen Kaiserstaat sogar noch vier Glaubensbekenntnisse weiter heraus. Es gibt nämlich innerhalb seines Umfangs Katholiken des lateinischen, des griechischen, und des armenischen Ritus, nicht unirte Griechen und nicht-unirte Armenier, Evangelische Augsburgischer und helvetischer Konfession, Unitarier (Antitrinitarier, hauptsächlich in Siebenbürgen), Israeliten, und noch außerdem, freilich nur in ganz geringer Anzahl, Mennoniten, Lippowaner (auch Philipponen genannt, eine russische Sekte), Mohamedaner, und einzelne ansässige Anglikaner (von der englischen Hochkirche). Die Israeliten bilden zugleich eine Nationalität; Kroaten und Serben, namentlich

Kommissär“ hin, um die Verwaltung einstweilen an sich zu nehmen. Darüber nun Interpellationen in dem ungarischen Unterhause, stürmische Debatten, starke Reibung der entgegengesetzten Parteien, und zuletzt (in der vorgestrigen Sitzung ein Antrag des Abg. Alexander Almasy, das Ministerium wegen der Auflösung des Heveser Komitats in Anklagestand zu versetzen. Dies ist der Antrag der „äußersten Linken“; die „Linke“ will ein bloses Tadelsvotum. Der Name Ludwig Kossuth's spielt hinter den Kulissen mit. Es ist ein Kampf politischer Extreme (Radikalismus und Zopfthum neben einander für das Komitatswesen) gegen die große Deak'sche Majorität und das aus derselben hervorgegangene Ministerium. Zopfthum und Radikalismus werden in diesem Kampfe unterliegen.

3. November 1867.

Der parlamentarische Kampf im ungarischen Unterhause ist noch nicht zu Ende; auch die morgende Sitzung wird noch mit derselben Streitfrage zu thun haben. Was Kossuth betrifft, so hat der Abg. Besze offenbar der in Ungarn weitaus vorherrschenden Meinung Worte gegeben, als er in der gestrigen Sitzung sagte: entweder hätte Kossuth die pragmatische Sanktion anerkennen und heimkehren, oder er hätte schweigen sollen. (Lauter Beifallsruf.) In Bezug auf das Komitatswesen war einer der interessantesten Punkte in der bisherigen Debatte ein Zwischenfall, der den Abg. Nyary betraf. Nyary ist nämlich derzeit einer der eifrigsten Vorkämpfer für das alte Institut, wie es mit einem verantwortlichen Ministerium unvereinbar ist; bei einer öffentlichen Gelegenheit (im Pesther Komitatsausschuß) sprach er sogar den wunderbaren Satz aus, das Komitat sey dem Ministerium nicht sub-, sondern koordinirt, stehe ihm gleichberechtigt gegenüber (was bei eintretendem Zwiespalt gar keine Entscheidung übrig ließe). Gegen Hrn. Nyary nun führte Hr. Toth eine Rede in's Feld, die fast bei jedem einzelnen Satze stürmischen Beifall errang. „Wenn wir den ersten Augenblick versäumen,“ hieß es darin unter Anderm, „so befürchte ich, wir werden uns vergeblich auf die Gesetze, auf die Verfassung berufen, vergeblich das Ministerium mit Gerechtsamen ausstatten, deren Vollzug nicht in seiner Macht steht.“ (Rauschendes Bravo.) Wenn das Ministerium in einer solchen Frage von diesem Haus im Stiche gelassen wird, dann

ist das Ministerium eine Null." (Bravo und Händeklatschen.) „Es ist aber verlassen, wenn die Munizipien (Komitate) und all' ihre verderblichen Auswüchse fortbestehen. Wenn das Ministerium zwar besteht, ihm aber Niemand gehorcht, es also auch nicht zur Verantwortung gezogen werden kann, dann führen wir hier ein schmähliches Possenspiel auf (stürmisches Bravo), und verdienen, nicht nur von Ungarn, sondern von ganz Europa ausgezischt zu werden. Wir kokettiren mit einer verantwortlichen Regierung, und wenn es sich darum handelt, Jemand zur Verantwortung zu ziehen, so heißt es: ja, die Munizipien bestehen noch." (Neuer Ausbruch des Beifalls.) „Aber gottlob, wir haben der munizipalen Allmacht bereits ein wenig auf den Nacken getreten." (Bravoruf und Händeklatschen im Saale und auf der Gallerie.) Diese Kraftstellen trafen denn allerdings den Nagel auf den Kopf; die so stürmisch hinreißende Wirkung derselben aber rührte daher, daß es Stellen aus einer Rede des Hrn Nyary selbst sind, die er im Jahr 1848 hielt, und die nun Hr. Toth gleichsam aus dem Grab heraufholte, um den heutigen Hrn. Nyary damit geistig todtzuschlagen, was denn freilich einen äußerst dankbaren Effekt ergab. Ludwig Kossuth, welcher eine Masse von politischen Inkonsequenzen auf sich hat, wäre einer ganz ähnlichen Gefahr ausgesetzt, wenn er zurückkehrte.

In Prag hat ein Preßprozeß der „Narodni Listy" einen eigenthümlichen Verlauf gehabt. Der Staatsanwalt stützte seine Anklage auf das Vergehen des §. 300 oder des §. 491 des Strafgesetzes; der Vertheidiger wandte ein, daß es hier kein „Entweder oder" gebe, daß eine solche Klage nichtssagend sey, und daß sich der Staatsanwalt darüber erklären möge, auf welchen jener zwei Paragraphen er sich eigentlich stütze. Da nun der Staatsanwalt Dies unterließ, sich lediglich auf seine Klageausführung zurückbeziehend, so verzichtete der Hauptangeklagte (für welchen der Staatsanwalt 7, eventuell 6 Monate Arrest in Antrag brachte) auf jede Vertheidigung, denn er wisse ja nicht, ob er angeklagt sey, Jemand beleidigt, oder gegen Jemand aufgewiegelt zu haben. Das Erkenntniß des Gerichts lautete losprechend.

Abermals ein Todesfall durch Ueberfahrenwerden! Bildhauer Kotter ging harmlos in einer engen Gasse seines Wegs; da bog hinter ihm her in rasendem Trab ein Fleischerwagen um die Ecke, und quetschte den unversehens Ueberraschten dermaßen an die Mauer

[illegible] Ver-
[illegible] Familie.
[illegible] Herr. Daß
[illegible] Herr und Meister wird.

— —

[illegible] 1867.

[illegible] entschieden
[illegible] er-
[illegible]
[illegible]
[illegible] an-
[illegible] Hinter-
[illegible] Armee da-
[illegible] Es sind gegenwärtig aus 24 Infanteriebataillonen
Offiziere hier, um im Arsenal [illegible] mit dem neuen Ge-
wehr durchzumachen, und dann als Lehrmeister zu ihren Truppen-
theilen zurückzukehren. An praktischer Vergleichung mit andern Ge-
wehren fehlt es dabei nicht: man hat da beiläufig [illegible] Sorten von
Hinterladern zur Verfügung, aber das Wänzlgewehr, obwohl nicht
ohne Schattenseiten, weist auch entschiedene Vorzüge auf. Indeß
ist das System Wänzl nur für die Umgestaltung älterer Gewehre
in Hinterlader adoptirt, während für die Erzeugung neuer aus-
schließlich das System Werndl für welches gleich anfänglich ein
Korrespondent der Londoner „Times" schwärmte in Geltung ist.
Auch mit einer „Kugelspritze" finden noch fortwährend im hiesigen
Arsenal Erprobungen statt: nach Maßgabe derselben muß die that-
sächliche Wirkung im Krieg eine wahrhaft mörderische seyn. Es ist
Dies übrigens nicht die in Frankreich angenommene Kugelspritze,
sondern bereits eine weitere und verbesserte Auflage der ersten Er-
findung. Unsere erfindungsreiche Zeit, scheint es, will es mit tod-
bringenden Neuerungen noch bis zu dem Ergebniß treiben, daß
gleich das erste Zusammentreffen auch das entscheidende wird. Je-
doch den kriegerischen Schmuck und Waffenglanz wird man im Auge
halten, nach- wie vorher. Was die künftige Uniformirung der Armee
betrifft, so scheint man von der krapprothen Hose nachgerade wieder
abkommen zu wollen. Eine Bluse steht noch eventuell in Aussicht,
indeß eher von dunkler Farbe als hechtgrau, wie das bisher probirte

Muster war; der weiße Waffenrock würde als Paradeanzug bleiben, und die kornblumenblaue Hose dazu. Anstatt des Tschako's ist, wie man sagt, ein Hut im Vorschlag, aber mit steifen Wänden, was in Bezug auf Zweckmäßigkeit eher ein Rückgang als ein Vorschritt gegen bisher wäre. Unmittelbar oder nicht allzu lange nach Königgrätz schien der Stoff zur Kopfbedeckung, so wie das Leder zur Patrontasche, ganz bereit, zweckdienlich geschmeidiger zu werden, anstatt steifer: allein in der langen Zwischenzeit seither sollen sich, wie ein Volksausdruck sagt, die Verhältnisse wieder mehr gesteift haben. Gottlob übrigens, daß man mit der Angelegenheit der Hinterlader nunmehr wirklich in die volle Strömung gelangt ist!

5. November 1867.

Auf übermorgen Nachmittag ist nun die Rückkehr des Kaisers amtlich angekündigt. Die Stadt Wien bereitet einen festlichen Empfang vor, und es ist vorauszusehen, daß sich dabei ein ungekünstelter Enthusiasmus von Seite der Bevölkerung entwickeln wird, — nicht um ein Ergebniß zu feiern, das in Paris erzielt worden wäre, sondern als Huldigung für die freisinnige innere Politik, welche die Regierung eingeschlagen hat. Noch freilich sind nicht alle Schwierigkeiten überwunden, aber die öffentliche Stimmung ist zutrauensvoll und sieht hoffnungsreich in die Zukunft. Den Reichskanzler Frhrn. v. Beust erwartet gleich zu Anfang eine zu lösende Verwicklung, die sich während seiner Abwesenheit in einander geschlungen hat: es ist die Delegirtenfrage. Die seitherige Majorität des Unterhauses geht in dieser Frage nach den verschiedenartigsten Richtungen auseinander, so daß es schwer hält, ein befriedigendes Kompromiß ausfindig zu machen. Eine Hauptschwierigkeit ist dabei die Festsetzung des diesseitigen Wahlmodus in die Delegation. Ungarn hat im Wesentlichen ein einheitliches Parlament, obschon es mit den Kroaten noch nicht im Reinen ist: wenn es nun seine Delegirten wählt, so sind diese natürlich der politische Ausdruck einer geschlossenen Majorität und werden den diesseitigen Delegirten gegenüber stimmen wie ein Mann. Hienach läge es im Interesse der Gleichberechtigung, daß auch die diesseitige Delegation eben so aus einem Guß wäre; allein diesseits der Leitha besteht eben nicht eine solche Zentralisation wie in Ungarn. Der Reichsrath selbst geht nicht aus direkten

[illegible]

[illegible] Der Maria Theresien-Orden ist ausschließlich für militärisches Verdienst auf dem Schlachtfelde bestimmt und wird nicht als [illegible] Belohnung verwendet. Nur der Kaiser und der Feldmarschall Erzherzog Albrecht besitzen das Großkreuz desselben.

Auf dem Westbahnhofe hat eine Commission des Verwaltungsrathes die Räume in Augenschein genommen, um über den Empfang des Kaisers eine Entscheidung zu treffen. Die große Personenhalle ist nämlich derzeit mit Getraidesäcken belegt; die Ausfuhr von Getraide dauert noch in solchen Massen fort, daß am letzten Samstag die Betriebseinnahme nicht weniger als 42000 fl. betrug; die größte, die seit dem Bestehen der Bahn jemals vorgekommen ist.

Abermals ist ein unglücklicher Fußgänger, diesmal durch einen Fiaker in der Nähe der Stubenthorbrücke, von hinten niedergerannt und überfahren worden. Der Ueberfahrene wurde mit einem gebrochenen Fuße in's Spital gebracht; der schuldtragende Kutscher fuhr mit Windeseile davon, ohne daß die Nummer des Wagens erkannt wurde. Ich würde unmaßgeblich anrathen, ein Recht des

Nichtüberfahrenwerdens in die österreichischen Grundrechte aufzunehmen. Primum est vivere, et deinde philosophari!

Aus Mähren kommt eine Mähre herüber, die vielleicht ein bloßer Scherz, möglicher Weise aber in der That etwas Geschehenes ist. Eine Dorfgemeinde wurde von dem Ehrgeiz erfaßt, sich ebenfalls in Sachen des Konkordats bemerklich zu machen. Da jedoch die Stimmführer nicht recht wußten, was das Konkordat, und ganz eben so wenig, was eigentlich eine Adresse sey, so erbaten sie sich von dem Postmeister des Orts eine leere „Adresse", d. h. einen Briefumschlag, und ersuchten ihn, diese Adresse „an das Konkordat" abzusenden. Steht ganz auf der Höhe der Diskussion!

6. November 1867.

An dem Staatsgrundgesetz über Einsetzung eines Reichsgerichtes hat das Herrenhaus die Aenderung getroffen, daß ihm der Vorschlag eben so vieler Mitglieder zustehen soll, wie dem Abgeordnetenhaus, nicht blos der eines Drittheils. Gleichzeitig wurden im Unterhause die Abänderungen des Oberhauses an dem Gesetzentwurf über Umgestaltung des §. 120 der Strafprozeßordnung abgelehnt und der Gesetzentwurf geht also nochmals hinüber. Es handelt sich dabei um die Vorladung von Militärpersonen zu gerichtlicher Zeugenaussage, und das Herrenhaus hat zwei Zusätze votirt, wodurch der Truppenkommandant ermächtigt wird, 1) die Mannschaft vom Feldwebel oder Wachtmeister abwärts durch einen Offizier geleiten zu lassen, und 2) in gewissen Fällen bei dem Staatsanwalt eine geheime Sitzung zu beantragen. Obwohl der Kriegsminister Frhr. v. John die beiden Zusätze warm vertheidigte und unter Anderm hervorhob, daß über den Antrag auf eine geheime Sitzung die Entscheidung ja dem Gericht zustehe, erfolgte die Ablehnung nahezu einstimmig. Einige Blätter nehmen davon Anlaß, das Haus zu beglückwünschen, daß es die „Kraft" und den „Muth" bewährte, einfach bei seinem frühern Beschlusse stehen zu bleiben: allein wenn nun das andere Haus ebenfalls in dieser Weise „Kraft und Muth bewährt" und man kann ihm nicht wohl zumuthen, sich geringer zu achten, so ist der Erfolg unausbleiblich der, daß überhaupt Nichts zu Stande kommt, und das ist dann der „Muth" und die „Kraft" des Nihilismus. Auch sonst gibt sich mitunter ein mange

hafter Begriff von den Erfordernissen kund, die das richtig verstandene konstitutionelle Leben mit sich bringt; so oft eine heftige Parteimeinung ihren eigenen Standpunkt gebieterisch allen Andern aufnöthigen will, so oft nimmt sie für sich selbst einen Absolutismus in Anspruch, was aber einfach das Gegentheil von „konstitutionell“ ist.

In Pesth dauern noch immer die Verhandlungen über die Komitatsfrage fort. In der heutigen Sitzung des dortigen Abgeordnetenhauses steht eine Rede Deak's zu erwarten und dann wird die Debatte wohl zu Ende gelangen. Man hat sich gegenseitig mit starken Redensarten bedient. Der Abg. Besze sagte unter Anderm: „Er habe an Kossuth geglaubt und mit Freuden für ihn gelitten; jetzt aber, wo Kossuth zu Nichts helfen könne, habe man ein Recht, zu verlangen, daß er nicht nutzlos agitire. Die Komitate möchten in Gottes Namen adressiren, remonstriren, deliberiren, politisiren, so viel ihnen beliebe, aber dem kaum gekrönten König die Treue brechen, Das dürften sie nicht. Allein es gebe im Land wohlfeile Agitatoren, Irrwische, Vampyre, die dem Volke das Vertrauen, die Hoffnung aus dem Herzen saugen. Es gebe Männer, die dem Volke Versprechungen machen, an deren Ausführbarkeit sie selbst nicht glauben.“ Die Auseinandersetzung im Einzelnen war so treffend, daß die „äußerste Linke“ in die äußerste Aufregung gerieth; Hr. Böszörmönyi warf sich in die Brust und rief: „Unverschämtheit! Lüge! Das darf nicht geduldet werden!“ Das Präsidium schaffte Ruhe und Hr. Besze erklärte kaltblütig, „er habe keine Namen genannt, überhaupt nicht von Mitgliedern dieses Hauses gesprochen, und sey unschuldig daran, wenn sich irgendwer getroffen fühle.“ Wenn man diese stürmischen Debatten liest, bekommt man eine recht klare Ueberzeugung von dem praktischen Werthe des diesseitigen Ausgleichs mit Ungarn: ohne ihn hätte die Intelligenz in Ungarn sich der Kossuth'schen Wühlerei unterordnen müssen, und in Wien hätte man alle die Elemente, die sich jetzt gegenseitig bekämpfen, gleichmäßig gegen sich gehabt. Der Dualismus selbst schließt weit mehr österreichische Einheit in sich, als thatsächlich vor ihm vorhanden war.

Aus Böhmen, wie gewöhnlich, tschechische Skandalosa. Wie bekannt, fand in Prag bei dem Ausschusse des „bürgerlichen Grenadierkorps“ eine Abstimmung zu Gunsten der Einführung tschechischen Kom-

mando's statt; der Vorgang war statutenwidrig, weil die Angelegenheit nicht vorher auf die Tagesordnung gesetzt war, aber der Bürgermeister, Dr. Bielsky, sprach auf gehaltene Nachfrage seine Gutheißung aus. Da nun von Seite der Statthalterei eine Aufforderung an den Bürgermeister erging, in Betreff jener Statutenwidrigkeit auf dem Weg einer Disziplinaruntersuchung einzuschreiten, reichte er die Resignation auf sein Amt ein. Die „Bohemia" deutet indeß an, er sey es müde, dem Terrorismus einer fanatischen Partei entweder als Werkzeug oder als Opfer preisgegeben zu seyn.

7. November 1867.

Es ist ein wahres Glückszeichen von Fortschritt, daß sich das Herrenhaus mit einer so eklatanten Majorität (mit allen Stimmen gegen 10) für das Institut der Schwurgerichte ausgesprochen hat. Von der Pedanterie der Einwendungen älterer Zeit ist man ohnehin längst abgekommen. Man sagt nicht mehr, wie man es einst von verbissenen Juristen hören konnte, die Verfertigung eines Stiefels möge dem Schuster, und ganz eben so die Verfertigung eines Urtheils dem Juristen überlassen bleiben. Es ist auch keine rechte Analogie in diesem Gleichniß: denn der Jurist selbst, obwohl er keinen Stiefel zu machen versteht, schreibt sich dessenungeachtet ein kompetentes, ja sogar das allein entscheidende Urtheil darüber zu, ob ein ihm gelieferter Stiefel passend ausgefallen sey oder nicht. Auch das Geschwornengericht urtheilt bekanntlich blos über den Befund einer Thatsache: wenn dazu blos „gelernte Sachverständige" geeignet seyn sollten, so müßte man, streng genommen, nicht nur die ungeschulten Geschwornen ausschließen, sondern auch anstatt der rechtsgelehrten Richter in Kriminalfällen „gelernte Spitzbuben" auf den Richterstuhl setzen. Eine Einwendung anderer Art aber ist die im Herrenhaus von Frhrn. v. Lichtenfels ausgegangene, die sich speziell auf österreichische Verhältnisse bezieht. „Ich bitte," sagte er, „sich nur zu fragen, ob ein Ruthene ein gerechtes Urtheil erwarten wird, wenn er in politischen Fragen zwölf Polen als Richter vor sich hat, und ob nicht derselbe Gegensatz zwischen Tschechen und Deutschen, zwischen Deutschen und Italienern, zwischen Italienern und Illyriern vorhanden ist. Ich muß hinzufügen, ob wir nicht trauriger Weise wirklich erwarten müssen, daß in vielen Fällen

[illegible]

[illegible] als Berichterstatter, nahm sich warm des [illegible] an, wandte dann bei der Abstimmung [illegible]. Von den Aenderungen, die das Herrenhaus an diesem aus der Initiative des andern Hauses hervorgegangenen Gesetze über die richterliche Gewalt vornahm, wird voraussichtlich nur eine bei den Abgeordneten Anstoß geben: bei § 3 nämlich, welcher die Gränzen der Militärgerichtsbarkeit bestimmt, wollte das Herrenhaus eine Jurisdictionsnorm nicht so zu sagen nebenher be-

handelt wissen und faßte deßhalb den §. 3. wie folgt: „Der Wirkungskreis der Militärgerichte wird durch besondere Gesetze bestimmt. Vom 1. Januar 1869 an geht der gesammte übrige Geschäftskreis der Militärgerichte auf Zivilgerichte über.“ Bei Art. 6 (Unabhängigkeit des Richters) wurden die von der Kommission beantragten Aenderungen von Frhrn. v. Hock und Frhrn. v. Lichtenfels angegriffen: die Kommission zog sich zurück, um den Artikel neu zu redigiren, und brachte hierauf eine Fassung ein, wonach auch die Versetzung an eine andere Stelle (nicht blos die in den Ruhestand) nur durch richterlichen Beschluß in den durch das Gesetz bestimmten Fällen und Formen erfolgen darf. Dies war, wenn auch nicht in denselben Worten, eine Wiederherstellung Dessen, was das Abgeordnetenhaus beabsichtigt hatte. Da auch die Regierung durch den Justizminister v. Hye dieser Fassung beistimmte, so wurde dieselbe ohne weitere Debatte angenommen. Mich dünkt, die hiesigen Blätter haben Unrecht, so oft ungünstig von dem Herrenhause zu sprechen: es kommt den Standpunkten des englischen Oberhauses näher, als irgend ein anderes auf dem europäischen Festland.

Der parlamentarische Kampf über die Komitatsfrage im ungarischen Unterhause ist so ausgegangen, wie man voraussah: eine große Majorität votirte gestern dem Ministerium das Vertrauen des Hauses. Deak sprach sich dahin aus, daß die Komitate keineswegs zu ausschließlich administrativen Organen herabgedrückt werden sollten, denn sie seyen die beste Schule politischen Lebens; jedoch handle es sich gegenwärtig nicht um die Regelung der Komitate, sondern um einen konkreten Fall, und da habe die Regierung Recht gehabt und eine Pflicht erfüllt.

In Agram ist Hr. Mazzura, gewesener Redakteur des „Pozor“ (antimagyarisch), in einem Preßprozeß zu vier Wochen Haft und 1000 Fl. Kautionsverlust verurtheilt worden. Der Staatsanwalt hatte drei Monate Haft und 2000 Fl. Kautionsverlust beantragt.

Als weiteres Motiv zum Rücktritte des Bürgermeisters Bielsky in Prag werden nun Händel des Magistrats mit der belgischen Gasgesellschaft angegeben, in denen die Statthalterei dem Ersteren Unrecht gab. Seit der Herrschaft der Ultratschechen in der Gemeindevertretung sollen auch die finanziellen Verhältnisse der Stadt in einer Weise gelitten haben, die einen Rücktritt aus Mißbehagen motiviren würde.

8. November 1867.

Frh. v. Beust wurde heute bei seinem Erscheinen im Hause der Abgeordneten lebhaft begrüßt. Das Haus war übrigens nur mit Gegenständen von nicht politischem Interesse beschäftigt: zunächst mit der Erörterung eines Arrondirungsgesetzes (Begünstigung der Zusammenlegung von Grundstücken im Tauschwege durch gänzliche oder theilweise Gebührenfreiheit), wobei aber gleich bei §. 1 die Ansichten so weit auseinandergingen, daß man die verschiedenen Aenderungsanträge an den Ausschuß verwies und die weitere Berathung vertagte. Der Rest der Sitzung wurde mit Berichten des Petitionsausschusses und Verhandlung darüber ausgefüllt. Aus Anlaß von Petitionen der Wiener, Brünner, Lemberger, und Prager Schuldgefangenen um Aufhebung der Schuldhaft beantragte der Ausschuß empfehlende Uebergabe an das Justizministerium, und der Justizminister v. Hye erklärte hierauf, daß in dem Entwurf einer neuen Zivilprozeßordnung, der im Laufe des nächsten Monats an das Haus gelangen werde, die Schuldhaft als Exekutionsmittel einfach gestrichen sey. Der bisherige Zustand war in der That ein barbarischer: wenn Mangel an Raum war, pferchte man 15 und mehr Gefangene in ein einziges Zimmer ein, so daß in dieser Hinsicht ein Kriminalgefangener es in seiner Zelle sowohl reinlicher als bequemer hatte. Es ist vorgekommen, daß eine arme Wittwe, kaum von einem Nervenfieber erstanden und noch nicht fähig, allein zu gehen, wegen einer Schuld von wenigen Gulden in Arrest geschleppt wurde, wobei sich zwei hilflose Kinder jammernd an ihren Rock anhingen; es war für die andern Schuldgefangenen ein so rührender Anblick, daß sie vermittelst einer Kollekte den hartherzigen Gläubiger befriedigten und so der unglücklichen Frau wieder die Freiheit verschafften. Solcher und ähnlicher Fälle gab es viele, und mitunter gelangte eine Schilderung dieser Zustände in ein öffentliches Blatt; im Allgemeinen jedoch sind unsere Zeitungen zu vornehm, um sich von ihrem politischen Paraderosse herab für Dinge zu interessiren, die blos ein Anliegen der Armuth und eine Sorge des Elends sind. Abschaffung der Todesstrafe für Mörder, ja, Das ist etwas Anderes, denn Das ist ebenfalls ein Paradepferd.

Seit einigen Tagen gab es sogenannte „Demonstrationen“ an der Universität, d. h. einige Professoren (Pachmann und Arndts) wurden beim Eintritt in den Hörsaal mit Pfeifen und Zischen em-

pfangen, weil sie Anhänger des Konkordats sind. Dr. Pachmann soll nicht mehr in den „Volksfreund“ schreiben: Das ist also eine Demonstration zu Gunsten der Preßfreiheit — und Dr. Arndts soll nicht mehr im Herrenhause Petitionen für das Konkordat überreichen: Das ist also eine Demonstration zu Gunsten des allgemeinen Petitionsrechtes und der parlamentarischen Immunität! Durch einen Anschlag am schwarzen Brett appellirt Rektor v. Hasner an die „Achtung der Wissenschaft, des Lehrers, und der freien Ueberzeugung“; mit welchem Erfolge, Das ist noch zu erwarten. Professor Pachmann appellirte in seinem Hörsaale selbst an den Grundsatz: „gleiches Recht für Alle“, aber vergeblich. Professor Arndts soll in Folge des trakeelenden Tumults von einer „Bubokratie“ gesprochen haben; heute hielt er sodann keine Vorlesung. Dafür that sich in der heutigen Sitzung des Gemeinderaths, um ein dem Anschein nach populäres Steckenpferd mitzureiten, die äußerste Linke mit einem Dringlichkeitsantrag auf, „in einer Resolution feierlich zu erklären, daß durch das Vorgehen der beiden Professoren nicht nur der Ruf unserer Hochschule, sondern auch der Ruf der Stadt Wien in betrübender Weise gefährdet erscheine.“ Durch das „Vorgehen“ des angegriffenen Theils! Der gestellte Antrag fiel jedoch glänzend durch: Dr. Kopp trat ihm mit den Worten entgegen: „wir würden mit unserer ganzen Vergangenheit in Widerspruch treten, wollten wir es nicht anerkennen, daß es Jedermann gestattet seyn müsse, seine eigene Ueberzeugung zu hegen, auch wenn dieselbe von der unsrigen verschieden ist, und sie öffentlich auszusprechen“, worauf die Versammlung der Gemeinderäthe mit allen gegen zehn Stimmen einfach zur Tagesordnung überging.

9. November 1867.

Jetzt, da aus Pesth die vollständigen Sitzungsberichte vorliegen, sieht man, daß das Vertrauensvotum der Abgeordnetentafel für das Ministerium, d. h. die ausdrückliche Billigung seines Vorgehens gegen das Heveser (Erlauer) Komitat, mit 195 Stimmen gegen 79 erfolgte. Die Majorität wird relativ noch größer, wenn man in Rechnung zieht, daß die Minister sich der Abstimmung enthielten. Bemerkenswerth ist, daß Deak in seiner Rede sich direkt gegen Kossuth aussprach. „Wenn jener Mann, der im Jahre 1849 die

Unabhängigkeitserklärung beantragte, der die Dynastie des Hauses Habsburg für ewige Zeiten des ungarischen Thrones verlustig erklärte, und der gegenwärtig nicht unter ungarischen Gesetzen lebt, — wenn dieser die Gesetze, die Grundverträge des Landes für sich nicht bindend erachte, an denselben zu rütteln versuche, so könne er Deak Das begreifen. Ob es rechtlich und moralisch gut sey, so zu handeln, wolle er nicht entscheiden, aber diese konsequente Weise erkläre er sich. Wenn aber Solche, die im Lande leben, dem Gesetze desselben unterstehen, Unterthanen des gekrönten Königs sind und den Schutz der Verfassung genießen, — wenn diese den Prinzipien jenes Mannes eine Zustimmung aussprechen, Das könne er nicht begreifen, Das überrasche ihn. Unzweifelhaft jedoch sey es, daß durch solches Gebahren eine Agitation hervorgerufen werde, die jetzt, nach kaum überstandener 1?jähriger Leidensepoche, doppelt gefährlich erscheine." Deak ist der Ausdruck der weit überwiegenden Majorität des Landes; der zum Abgeordneten erwählte Sohn Kossuth's hat sehr weislich gehandelt, daß er die Wahl schließlich nicht annahm.

Die heutige alte „Presse" geht mit Sack und Pack in das Lager der Bismarck'schen „National-Liberalen" über: einen andern Sinn kann es wenigstens kaum haben, daß sie in ihrem Feuilleton einen ganzen Tendenzkübel voll der gröbsten Invectiven über die Oppositionsmänner in der würtembergischen Kammer ausschüttet. Von dieser Seite her waren die Herren schwerlich eines Angriffs gewärtig. Die „Neue Presse" ihrerseits hat früher die Flugschrift von Moriz Mohl, die seinem Kommissionsberichte voranging, mit entschiedener Feindseligkeit durchgehechelt; nach erfolgter Abstimmung aber beklagte sie, daß nun auch Würtemberg „an die preußische Galeere geschmiedet" sey. Es geht Nichts über stetige Klarheit der Auffassung.

In den letzten Tagen sind, so weit man aus den öffentlichen Blättern ersieht, nur drei Personen überfahren worden: zwei Kinder, deren einem der Kopf förmlich zu Brei zermalmt wurde, und ein Erwachsener. Den Letzteren räderte ein Fiaker, der nach herkömmlicher Sitte hierauf unerkannt davon fuhr; jener erste Fall aber ereignete sich ausnahmsweise ohne Beihilfe eines Kutschers, da ihm ...de durchgegangen waren. Ein Pferd, wie man sieht, kann so unvernünftige Kreatur seyn, als ein Kutscher selbst!

...nheit des Frhrn. v. Beust war, so
...cke fühlbar: man vermißte den ver-
...iden Geistes. Der Delegirtenfrage
...ne Sackgasse verfahren zu werden.
...gkeiten bereits definitiv geebnet sind,
...ieres Geleise angebahnt, und dieses
...onferenz bei Dr. Giskra, in welcher
... der Regierung erörterte. Inzwi
...ungsvorlage eine neue Verstärkung
...bb" aus deutsch-böhmischen Abgeord-
...faßt hat, für die Regierungsvorlage

Demonstrationen nimmt die hiesige
nicht direkt für die Tumultuanten,
ren Partei. Alles, was auf Seite
... vorn herein verfehmt; man denkt
...t längst wieder vergessen, daß man
... Studenten gegen deutsche Pro
...m jetzigen Standpunkte gerade ent
...ofessor Bachmann wirft man jetzt
...en gegen die Konkordatsgegner in
...die Zurufe: „Broschüre verlesen!"
... Beziehung auf eine a[illegible] Verraun
...Bubotrauer" betrifft, so erwähnte
...aus Anlaß der römischen Ver-
...Tullius die verschiedenen Ver
...a durch Zusammensetzungen mit
...ch nicht irre, hat Lasaulx in Mün-
...r 184- herstammende Auspielung
...ebracht. Wenn man ein heiteres
...erinnert, der den heutigen Vor
...fessor in Prag hatte von einer
...urde darüber ausgezischt, erhielt
...wegen jener bezeichnenden Menke
...den wesentlichen Unterschied [illegible]
...[illegible] Ver[illegible]
...ich Bubotrau[illegible] [illegible] und [illegible]

dem in Parallele gezogenen von 1867 ging er demselben voran; denn die „Demonstration“ fand zu Anfang der Vorlesung statt, in deren Verlauf erst die nun getadelte Aeußerung erfolgte. Es liegt in der „Hetze“, die wir da vor uns aufführen sehen, mitunter eine politische Unredlichkeit der Mittel, wie man sie, nach einem den Jesuiten unterschobenen Satze, von jener Seite her sonst als „jesuitisch“ zu bezeichnen liebt.

Auch eine Reibung der Nationalitätsverschiedenheit ist an der Universität zum Vorschein gekommen. Die Mediziner pflegen jeden Winter einen Ball zu veranstalten, in der Regel mit glänzendem Erfolg; diesen Winter jedoch droht der Ball in die Brüche zu gehen, weil das Ergebniß der Wahl mehr Polen in das Komitee lieferte, als dem Zahlenverhältniß entspricht, überdies auch noch zum Präses ein Pole erkohren wurde, und in Folge Dessen die Deutschen aus dem Komitee ausgetreten sind. Da die Anzahl der deutschen Studenten an der medizinischen Fakultät überwiegt, so tragen sie die Schuld an jenem Wahlergebniß offenbar selbst; denn dasselbe läßt sich nicht anders erklären, als durch die Voraussetzung, daß ein Theil der deutschen Mehrzahl entweder die Wahl überhaupt versäumt oder aber für den polnischen Wahlzettel gestimmt hat. Aehnlich erging es in Graz mit dem dort üblichen Universitätsball. Die Slowenen, Kroaten, und Italiener hatten sich über eine slawische Komiteewahl geeinigt; die Deutschen kamen durch eigene Versäumniß in die Minorität und sagten deßhalb die Betheiligung an dem Balle auf. Nach erlangtem Sieg aber faßten die Slawen ein Bedenken, ob ihnen für sich allein die Durchführung der Sache gelingen werde, und gingen demgemäß ebenfalls auseinander. Ich glaube, der Slawismus beschwört da eine sehr beachtungswerthe Gefahr gegen sich herauf, nämlich die Feindschaft der gesammten schönen Welt, die dem Tanze hold ist.

Bei dem Leichenbegängniß des Feldmarschall-Leutnants Grafen Haugwitz (eines Veteranen, der schon die Schlacht bei Leipzig als Generalmajor mitmachte) bot sich ein Anblick, wie man ihn außerhalb Wiens wohl gar nicht und auch hier nur sehr selten zu schauen bekommt. Graf Haugwitz gehörte nämlich dem Deutschen Ritterorden an, und nach der Einsegnung der Leiche in der hiesigen Ordenskirche, als sich der militärische Kondukt nach dem Nordbahnhof in Bewegung setzte, schritt Erzherzog Wilhelm als Hoch- und Deutsch-

meister=Koadjutor an der Spitze der hier anwesenden Ordensritter unmittelbar hinter dem Leichenwagen einher, sie Alle in der Ordenstracht mit dem weißen Mantel und dem goldeingefaßten schwarzen Kreuze darauf. Der Verstorbene war 1779 geboren und trat zu Anfang der großen Kämpfe gegen Frankreich in die Armee ein.

Die Stadtvertretung von Klausenburg hat eine öffentliche Protestation gegen die dortige Wahl des jüngeren Kossuth erlassen, welche Nichts als eine durch unerlaubte Mittel erzielte Minoritätswahl sey; gegen den Bürgermeister, welcher als Vorstand des Wahlkomitee's seine Schuldigkeit nicht gethan habe, gab sie eine kurze Rüge zu Protokoll und erklärte sich einhellig für die Deakpartei.

11. November 1867.

Es kommen noch fortwährend bei beiden Häusern des Parlaments Petitionen in Betreff des Konkordats ein: die für dasselbe meist bei dem Herrenhause, die entgegengesetzten meist bei dem andern Haus. Je nachdem man es nimmt, ist es eigentlich seltsam, daß man von Seite der Wähler Bittgesuche an die Gewählten richtet. Die Gegner des Konkordats ihrerseits hätten es nicht nöthig, da sie die Mehrheit in der Volksvertretung haben; die Freunde desselben aber, falls ihrer in der That eine erkleckliche Anzahl ist, hätten Dies weit besser in der Wahlzeit als Wähler an den Tag gelegt und geltend gemacht. Indeß das Petitionsrecht steht Jedem ohne Unterschied zu, und ferne sey es von mir, es irgend Jemand verkümmern zu wollen. Es ist ein unantastbares Recht; es ist der konstitutionelle Weg, und darum der rechte, während z. B. Tumult und Pfeifen in einem akademischen Hörsaal vielmehr ein Experiment des Meinungsdespotismus, also von einseitig absolutistischer, nicht aber von konstitutioneller Natur ist. Die Entwicklung der Freiheitsbegriffe, wie man sieht, läßt noch Manches zu wünschen übrig. Von einem Professor des kanonischen Rechts zu verlangen, daß er privatim lieber antikanonischen Grundsätzen huldige, Das ist sehr anschaulich eine logische Ungereimtheit, und wenn hinwiederum ein anderer Professor über römische Rechtsgeschichte liest, so geht von Rechts wegen seine Zuhörer nur seine wissenschaftliche Stellung Etwas an, seine parlamentarische aber lediglich Nichts. Um ihn für letztere zur Verantwortung zu ziehen, müßten sie seine Wähler seyn.

was aber bekanntlich nicht der Fall ist. Hr. Arndts ist nicht von Studenten in das Herrenhaus berufen worden, und sein Beruf daselbst ist der, seine freie Ueberzeugung kundzugeben, nicht sie zu verhehlen. Er befindet sich damit ganz unzweifelhaft in seinem Recht. Qui jure suo utitur, neminem laedit. Wer seine eigene Ueberzeugung hochhält, muß daher konsequenter Weise auch die des Andern zu achten wissen; das Prinzip der Freiheit ist nicht zu Gunsten eines beliebigen Egoismus da, sondern als gleiches Recht für Jedermann. Wer aber gleichsam eine persönliche Beleidigung darin sieht, wenn ein Anderer und Gleichberechtigter eine andere und abweichende Ueberzeugung ausspricht, der nimmt blos einen egoistisch-naiven Standpunkt ein, und befindet sich noch diesseits der vordersten Schwelle zum Verständniß des Verfassungslebens. Ein Krakeel ist keine Instanz in seiner Entwicklung.

12. December 1867.

Das Haus der Abgeordneten ist in Berathung des Delegirtengesetzes begriffen, oder, um bei dem offiziellen Ausdruck zu bleiben, es beräth den „Bericht des Verfassungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes in Betreff der allen Ländern der österreichischen Monarchie gemeinsamen Angelegenheiten und der Art ihrer Behandlung“. In der heutigen Sitzung sprachen acht Redner; in zwei weiteren Sitzungen, glaubt man, wird die Sache beschlußreif werden. Es scheint unzweifelhaft, daß die Endabstimmung im Sinne der Regierung ausfallen wird, und dieser Voraussicht halber zieht die Verhandlung weit weniger Zuhörer an, als es sonst wohl der Fall wäre. Der Dualismus ist der modernen Staatsidee entgegen, aber der Reichsrath hat nicht eine tabula rasa vor sich, auf der man nach Belieben einen Neubau errichten könnte, sondern er steht einer thatsächlichen Nothwendigkeit gegenüber: der Sieg des Dualismus war unvermeidlich geworden in dem Augenblick, wo in dem alten Reichsrathe, welcher ohnehin nur von der Hälfte des Reichs beschickt war, auch noch die Majorität der vorhandenen Mitglieder von der Fahne des Hrn. v. Schmerling abfiel. Was sollte dabei Anderes herauskommen? Für die Einheit Ungarns gab es in Pesth einen festen Anhaltspunkt, für die Einheit Oesterreichs gab es in Wien keinen; außerdem hatten die Wiener Sympathien von

1848 den Ungarn schon damals zu einer Sonderstellung verholfen, welche mit den ungarischen Verfassungsgesetzen natürlich sofort wieder auflebte. Praeterita non sunt mutanda; die Klage über die Folgen einer selbstbegangenen Thorheit kommt zu spät. Daher der Ton von Gedrücktheit und Resignation, der aus den gehaltenen Reden herausklingt. Die HH. Skene und Ryger nehmen ihren Standpunkt noch fortwährend auf den Ruinen des Zentralismus, welchen sie früher selbst mit ruiniren halfen; der Erstere stellte auch einen Antrag, mit der Berathung des Delegirtengesetzes zu warten, bis der finanzielle Ausgleich vor das Haus komme, und fand dabei die erforderliche Unterstützung durch 25 Mitglieder des linken und des rechten Zentrums, scheint aber selbst nicht an einen Erfolg zu glauben, denn er sprach in seiner Rede den Vorwurf aus, „man sey eben bereit, jedes Opfer zu bringen". So steht es denn auch wirklich, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil man sonst keine Wahl hat, als die Personalunion, und weil diese offenbar noch viel weiter von der Einheit des Reichs entfernt wäre, als ein Zusammentritt von beiderseitigen Delegirten für das anerkannt Gemeinsame. Hr. v. Plener gewesener Finanzminister in dem Ministerium Schmerling bemerkte zwar, „er wisse, daß in diesem Hause Viele seyen, welche die strikte Personalunion als viel heilsamer erkennen", und ärntete mit dieser Bemerkung eine Anzahl Bravo's ein, allein „Viele" ist ein relativer Begriff, und bei der Abstimmung wird es sich zeigen, daß sie nicht die Majorität bilden. Hierauf setzte der Slowene Toman auseinander, daß die Erwählung der Delegirten ausschließlich den Landtagen gebühre; eine Ansicht, welche sowohl die Zentralisten als die Dualisten, und neben beiden zugleich die Regierung gegen sich hat. Frhr. v. Pratobevera, obwohl manche Bedenken des Ausschußberichtes theilend sprach sich dessenungeachtet für die Delegationen aus, um die vorhandene Kluft zu überbrücken und die von Ungarn dargebotene Hand nicht zurückzuweisen. Wenn sowohl bei ihm als bei Hrn. v. Plener zugleich eine Ablehnung der Verantwortlichkeit für die schmerzliche Theilung des Reichs hervortrat, so kann Dies vernünftiger Weise sich nicht auf den Frhrn. v. Beust beziehen, der ja bekanntlich die beklagte Zerrissenheit bereits vorgefunden hat, und von dem nicht die Wunde, sondern der Verband herrührt.

Neuerdings kündigt man nun die Einsetzung eines parlamenta-

[illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible]

Jahren auch das Wörndlgewehr massenhaft, d. h. zur Bewaffnung der ganzen Armee, beigeschafft seyn, und das Wänzlgewehr alsdann in den Gebrauch der Landwehr übergehen. Wie man versichert, hat ein Amerikaner die Lieferung von 70,000 Wörndlgewehren übernommen; Wörndl selbst liefert 100,000 Stück Gewehre nach seinem eigenen System und daneben 50,000 nach dem System Wänzl. Deßgleichen sind in Amerika 80 Stück Gattling-Kanonen (sechsläufig) für Oesterreich bestellt. Anderseits ist zugleich zu bemerken, daß hinwiederum auch für Rechnung auswärtiger Mächte sehr beträchtliche Bestellungen neuer Waffen bei der österreichischen Industrie gemacht worden sind.

Auch Hofrath Hackländer in Stuttgart hatte das Modell eines neuen Gewehrs vorgelegt: — eine Verbesserung des preußischen Zündnadelgewehrs, wie es scheint, welche aber die Konkurrenz mit andern Vorlagen nicht aushielt.

14. November 1867.

Eine zweite Sitzung ist vorüber, und noch ist das Abgeordnetenhaus nicht bei dem Schluß der Generaldebatte angelangt. Der Hauptredner war gestern Dr. Berger, welchem nachher Hr. Stene, der bereits am Tage vorher gesprochen hatte, wieder entgegnete. Dr. Berger, dessen Rede man als seine ministerielle Jungfernrede bezeichnet, warf den Zentralisten vor, sie seyen wesentlich mitschuldig an der jetzt von ihnen beklagten Nothlage. „Von 1849 bis 1861, da haben Sie an der Gestaltung des Reichs keinen Antheil gehabt; aber von 1861 bis 1865, da verschlossen Sie Ihr Ohr dem Ausgleichungswerk und dem Rufe nach demselben; da waren Sie es, die mit starrer Hartnäckigkeit den zentralistischen Boden innehielten, und Sie predigen noch heute die Verwirkungstheorie, und die Verwirkungstheorie — gestatten Sie mir, es Ihnen unumwunden in's Gesicht zu sagen — spricht allen Rechtsbegriffen Hohn." In dem Antrag auf Vertagung sieht der Redner lediglich eine Halbheit: man habe nicht den Muth, offen die Ablehnung des Ausgleichs zu beantragen. Aber was dann, wenn derselbe abgelehnt würde? Er höre ein Wort durchklingen, bald mehr, bald weniger schüchtern: die Personalunion. Dies sey jedoch nichts Anderes als der Schmollwinkel der gescheiterten Zentralisation, und aus diesem Schmollwinkel, mit der Verzweiflung, mit Zwantali, mache man keine gesunde Politik.

„In den Delegationen liegt ein entwickelter, lebensfähiger Gedanke; sie wahren den Charakter der Reichseinheit. In ihnen ist ein Kaiser denkbar. Lassen Sie heute die Personalunion eintreten, und dem König von Ungarn steht kein Kaiser von Oesterreich mehr gegenüber; vielleicht ein Erzherzog von Oesterreich, vielleicht ein König von Böhmen, ein Graf von Tyrol, aber kein Kaiser von Oesterreich." Schließlich bezeichnete der Redner den Dualismus als eine Garantie der Freiheit; der Zentralismus dagegen sei ein Feind der Freiheit, denn zentralistisch könne erfahrungsmäßig Oesterreich nur vermittelst des Absolutismus oder vermittelst eines Scheinkonstitutionalismus regiert werden. Aus der unmittelbar hierauf folgenden Rede des Hrn. Skene wäre schwer eine Idee oder ein triftiges Argument herauszusuchen; sie legt Nichts dar, als daß der Redner in der That in einem Schmollwinkel sitzt. „Unsern verehrten Hrn. Reichskanzler", wie er sagte, vergleiche er mit Schiller's Mädchen aus der Fremde. Zwar wisse man woher er gekommen sei, aber zur Zeit noch nicht, wo er hinauswolle; allerdings habe Se. Exz. auch Gaben mitgebracht, und zwar Blumen; die Früchte sollten erst nachkommen. Er sei der Anschauung, daß dessen politisches System, so weit es die innere Politik berühre, ganz unmöglich sei und daher auf keinen Erfolg zu rechnen habe. Die Majorität habe nicht in einer einzigen ernsten Frage das Prinzip rein zur Geltung gebracht; die Piloten dieser Partei seien weder Zentralisten noch Dualisten. Der Redner erkennt sie nicht einmal als „ernste Politiker" an. Der projektirten Delegation fehle nur noch, daß sie im Finstern zu tagen hätte; eine Versammlung, die schweigend stimme, sei nur eine Abstimmungsmaschine. Eine bloße Maschine aber könne man wohlfeiler haben und sie mit einer Pferdekraft in Bewegung setzen. Die sogenannte dualistische Partei sei nicht einmal konsequent dualistisch, verdiene also diesen Namen nicht; sie sei Nichts als das „Anhängsel" eines Staatsmannes, der ein unmögliches System vertrete. Aus dieser ganzen Entwicklung, wie man sieht, geht weiter Nichts hervor, als daß der Redner sich in seiner Spezialität sehr robust fühlt; über die bloße Negation hinaus aber erstreckt sich diese Kraft nicht. Man sieht nichts Positives, erfährt nicht, was denn er seinerseits vorzuschlagen hätte, oder was er für möglich hält. Das ist ein derber, aber ein unfruchtbarer Pessimismus, weiter Nichts. Der Abgeordnete Ljubiša (Dalmatien) bemerkte in serbischer Sprache, da

die Frage des Verhältnisses von Dalmatien zu den Ländern der ungarischen Kröne noch nicht definitiv gelöst sey, so enthalte er sich der Verhandlung und Abstimmung über das Delegationsgesetz, das er übrigens im Vorbeigehen für das „Testament der Einheit und des parlamentarischen Lebens von Oesterreich" erklärte; ihm entgegen verwahrte sich der Abg. Lapenna mit der Erklärung, Dies sey nicht die Gesinnung des Landtags und des Volkes von Dalmatien, und er begrüße mit Freuden das vorliegende Gesetz, welches Dalmatien eine Vertretung in der Delegation sichere. Andere Reden waren gleichsam die Orchesterausfüllung zu den Oberstimmen; letztere genügen zur Charakterisirung des Gangs der Debatte.

Am schwarzen Brett der Universität ist ein Erlaß des Professorenkollegiums der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät angeschlagen, welcher die Studierenden mit allem Nachdruck darauf aufmerksam macht, daß die der Wissenschaft geweihten Räume durchaus nicht der Ort sind, ihren politischen Sympathien und Antipathien Ausdruck zu geben, zugleich aber die von dem Regierungsrath Arndts in der Vorlesung vom 7. d. M. gethanen Aeußerungen lebhaft beklagt und eine Erklärung desselben mittheilt, er bedauere, daß er sich nicht völlig schweigend zu erhalten vermocht und in seiner übrigens begreiflichen Aufgeregtheit sich zu einer Aeußerung habe hinreißen lassen, die zu einer mißliebigen Deutung Anlaß gegeben habe. Das gerühmte Konkordat, wie man aus dieser Erfahrung sieht, hat also den Professoren den Einfluß auf ihre Zuhörer abgegraben, während es denselben fördern sollte.

16. November 1867.

Die Annahme des Delegirtengesetzes im Hause der Abgeordneten ist gesichert, noch ehe die Berathung geendigt ist. Auf Ablehnung der Delegationen war gar kein Antrag gestellt: maskirt lag ein solcher theilweise in der von Hrn. Skene vorgeschlagenen „Vertagung", allein diese fiel bei der nach Schluß der Generaldebatte vorgenommenen Abstimmung so entschieden durch (es stimmten nur etwa 13 Mitglieder dafür), daß die Isolirung dieser Tendenz klar zu Tage liegt. Hierauf ging das Haus gestern noch zur Spezialdebatte über und nahm mit großer Majorität mehr als zwei Drittel die §§. 1 und 2 in Uebereinstimmung mit den ungarischen Gesetz

artikeln an: gegen §. 1 (Aufzählung der gemeinsamen Angelegenheiten) stimmten sogar nur vier Mitglieder (Hanisch, Korb, Skene, Stamm). Nächsten Dienstag erfolgt die Fortsetzung. Da das Delegirtenprinzip angenommen ist, nicht als die ideal beste, sondern als die zur Zeit allein ausführbare Lösung, so wird nur noch die Frage des diesseitigen Wahlmodus zu einem lebhaften Kampfe führen. In der Generaldebatte sprach auch der Abg. Greuter, nicht direkt über die Frage selbst, sondern für die Tyroler Landesrechte, beziehungsweise gegen den Abg. Rechbauer, welcher eine Verschiedenheit der ungarischen und der Tyroler „Rechtskontinuität" betont hatte. Herbst bekämpfte Skene und dessen Vertagungsantrag. Nicht eine Zwangslage (Dies sey ein gehässiges Wort), sondern die Situation sey es, die ihn und seine Gesinnungsgenossen zur Annahme des Delegirtengesetzes bestimme: jeder vernünftige Mann müsse mit den gegebenen Verhältnissen, mit der Situation rechnen. Auf Skene's frühere Andeutung, es hätten andere Männer die Zügel der Regierung ergreifen und den Ausgleich durchführen sollen, antwortete Herbst mit einer Hinweisung, die zugleich das nahe parlamentarische Ministerium ankündigt. „Nun," sagte er, „ich glaube, wer immer an der Spitze gestanden wäre, hätte die Situation annehmen und mit ihr rechnen müssen. Der Augenblick aber, wo Männer, die früher mit uns berathen und beschlossen haben, wo unsere Kollegen die Regierung übernehmen werden, ist nicht mehr fern; ich bin jedoch überzeugt, dem Abgeordneten aus Mähren (Skene) „wird diese Uebernahme der Regierung dann eben so wenig recht seyn, wie jetzt die Thatsache, daß diese Männer die Regierung noch nicht übernommen haben." (Heiterkeit.) Der Redner schloß mit einer ernsten Mahnung an die Folgen, welche ein Scheitern des ungarischen Ausgleichs in Aussicht stelle. „Würde nicht unsere Verfassung, zu deren Feststellung nach unsern Wünschen der erhabene Monarch sich geneigt zeigt, neuerdings beseitigt werden müssen, wenn wir jetzt den Ausgleich unmöglich machen? Aber nicht als Anhängsel eines Mannes, sondern als wahre Patrioten werden wir für die Delegationen stimmen." Tiefen Eindruck machte die Rede des Frhrn. v. Beust. Auf eine ungezwungene Art flocht er in die Delegationsfrage zugleich eine Bemerkung ein, die Oesterreichs Friedensliebe betont. Die jetzige Regierung habe sich die Aufgabe gestellt, darüber zu wachen, daß der Friede erhalten bleibe; aus dem bisherigen Gang der Debatte aber

schöpfe er die Hoffnung, daß die Delegirten, über die man hier berathe, auch für das Innere Sendboten des Friedens seyn werden. In Bezug auf den Ausgleich selbst wies er auf seine Erklärung in der Adreßdebatte zurück, daß er die hierauf bezüglichen Verhandlungen in *zweiter*, nicht in erster Linie zu führen gehabt habe. Im Januar d. J., als sie geführt wurden, war er Minister des kaiserlichen Hauses und des Auswärtigen allein, und es fiel ihm dabei gleichsam nur eine diplomatische Aufgabe zu, welche darin bestand, die Verhandlungen in Fluß zu bringen und im Fluß zu erhalten. Aus den weiteren Auseinandersetzungen des Redners geht indeß hervor, daß es *sein* Gedanke war, bei der eingetretenen Stockung einflußreiche Mitglieder des ungarischen Landtags nach Wien einzuladen, um mit ihnen in direkte und mündliche Berathung zu treten. Auf diesem Wege kam bekanntlich die Revision des sog. Fünfzehnerelaborats zu Stand; wäre man diesseits zäher oder hartnäckiger gewesen, so wäre man zu *gar keinem* Resultate gelangt. Aus dem Ergebniß für Ungarn aber entwickelte sich als natürliche Konsequenz, daß nun auch in der *andern* Reichshälfte die Bahn freiester Ausbildung des Verfassungswesens zu beschreiten war. Daß eine Reaktion gegen den *Ausgleich* auch gegen diese *Konsequenz* desselben reagiren würde, sprach der Redner nicht direkt aus, aber es ergibt sich aus dem Zusammenhang; dagegen machte er direkt aufmerksam, daß die Vorwürfe, die man gegen den Ausgleich richtet, eine Unterstützung *jener Opposition* sind, welche „außerhalb des Reichsrathes" nicht allein gegen das Ministerium oder Frhrn. v. Beust persönlich, sondern „gegen das Regierungssystem, gegen die bestehenden Verfassungszustände" arbeitet, und welche „für das Odium, für die Lasten, die mit dem Ausgleiche verbunden sind, das gegenwärtige System im Gegensatze zu dem gefallenen verantwortlich macht." Diese Mahnung ging denn auch nicht verloren, wie man aus der geringfügigen Stimmenzahl ersieht, die dem Antrag des Hrn. Skene zu Theil wurde. Ueber die speziellen Angriffe des Letzteren ging die Rede des Reichskanzlers mit einer milden Glätte hinweg, die weit feiner war, als die Veranlassung dazu, aber vielleicht eben deßhalb den Eindruck geistiger Ueberlegenheit machte. In Betreff des „Mädchens aus der Fremde" ergänzte er den vermuthlich zu Grunde liegenden Gedanken der Anspielung dahin: „man wußte wohl, woher sie kam, allein man weiß nicht, *wann*

ie preis, und fuhr dann weiter fort: „Der Hr. Abgeordnete wird daraus sehen, daß ich für eine humoristische Auffassung auch eines ernsten Gegenstandes nicht unempfänglich bin. Indeß glaube ich doch auch ein ernstes Wort an ihn richten zu sollen. Ein Mann, den der Kaiser auf diesen Platz gestellt, den eine nicht geringe Zahl böhmischer Städte zu ihrem Ehrenbürger ernannt, den eine böhmische Handelskammer in den böhmischen Landtag gesendet, und dem dieser Landtag die Ehre erwiesen hat, ihn in den Reichsrath zu senden, der, glaube ich, hat Anspruch darauf, nicht als ein eingewanderter Fremder, sondern als ein eingebürgerter Oesterreicher betrachtet zu werden." (Beistimmender Zuruf von allen Seiten.) Die letzten Worte schnitten um so schärfer ein, da Hr. Skene seinerseits ein geborener Schwede ist. Schließlich erklärte Frhr. v. Beust: „Die Regierung ist der Ansicht, daß sämmtliche Gesetze, die sich auf den Ausgleich und auf die Verfassung beziehen, ein untrennbares Ganzes bilden, welches zusammen auch der Sanktion unterzogen wird." Durch diese Erklärung ist dem Antrage des Abg. Rechbauer, mit der dritten Lesung des Delegirtengesetzes bis zur Sanktion der Verfassungsgesetze zu warten, die Spitze abgebrochen.

19. November 1867.

Heute nimmt das Haus der Abgeordneten die Verhandlung über das Delegirtengesetz wieder auf. Auch ist im Herrenhaus Alles im besten Gang: die Kommission desselben hat die „Grundrechte" beinahe unverändert angenommen. In entsprechender Weise rücken auch die Ausschußarbeiten bei dem Abgeordnetenhause vor, dessen Ausgleichskommission mit dem Gesetz über die Quote zu den „gemeinsamen Angelegenheiten" im Reinen ist, so daß nur noch das Gesetz über die Staatsschuld zu berathen bleibt. Hr. Skene ist in dem „Ausgleichsausschusse" mit seinen Anträgen durchgefallen. „Es muß auch solche Kauze geben," sagte neulich ein hiesiges Blatt von ihm, „aber Hr. Skene ist unschädlich."

Das neue Strafvollzugsgesetz, das den Sträflingen die Ketten abnimmt und die körperliche Züchtigung in den Strafanstalten abschafft, kommt heute, als am Namensfeste der Kaiserin, in Ausführung. Es geschieht Dies in sämmtlichen Anstalten vermittelst eines feierlichen Aktes, indem früh Morgens ein Gottesdienst abgehalten wird und

sodann die Abnahme der Eisen erfolgt. (In Ungarn besteht die Kettenstrafe noch fort.)

Der Panslawismus thut sich lebhaft um, stets wieder neu von sich sprechen zu machen. Die von dem Agramer Gymnasium (Kroatien) entlassenen Supplenten (Hilfslehrer) haben durch Vermittlung tschechischer Freunde in Prag von der russischen Regierung Anträge für Lehrstellen in Rußland erhalten. Es kommt nur darauf an, ob ihnen die Uebersiedelung, wenn sie zu Stande kommt, besser zuschlagen wird, als jenen tschechischen Auswanderern nach Rußland, die sich durch vielversprechende Zusagen verführen ließen, kürzlich aber in dem elendesten Zustande wieder heimkehrten. Ueber die tschechischen Demonstrationen am Jahrestage der Schlacht am Weißen Berge (8. November) ist dem Vernehmen nach diesmal eine Untersuchung von Seiten der Prager Polizeidirektion eingeleitet. Man schreibt den „Damen" kein Recht zu, sich als angebliche „Patriotinnen" über das Strafgesetzbuch, so wie über den politischen Anstand hinwegzusetzen.

In Pesth hat das ungarische Ministerium abermals einen Triumph in der Ständetafel (dem Abgeordnetenhause) davon getragen. Das Gesuch des Staatsanwalts um die Erlaubniß zur Einleitung eines Preßprozesses gegen den Abg. Böszörmenyi ist gestern nach kurzer Debatte mit 183 gegen 88 Stimmen genehmigt worden. Da es sich hiebei um die Veröffentlichung eines Rundschreibens von Ludwig Kossuth handelt, so ist dieses Ergebniß der Abstimmung zugleich eine konstatirte moralische Niederlage für Kossuth selbst.

20. November 1867.

Die Berathung des Delegirtengesetzes ist gestern im Abgeordnetenhause nur wenig vorgerückt: die Spezialdebatte nahm einen kurzen Anlauf, machte dann aber Halt vor den §§. 7 und 8, welche die diesseitige Zusammensetzung der Delegation und den Wahlmodus betreffen. Nachdem das Haus beschlossen hatte, diese beiden Paragraphen gleichzeitig in Erörterung zu nehmen, beantragte Dr. Berger „wegen der im Hause herrschenden sehr empfindlichen Kälte" Schluß der Sitzung, und die Majorität stimmte ein. Frhr. v. Giovanelli (Tyrol) hatte eine Debatte über das Tyroler Landrecht herbeigeführt, indem er sich auf dasselbe berief, um die Erwählung der

Delegaten den Landtagen zu vindiziren. Ihm entgegen erklärte Dr. Leonardi, ebenfalls tyrolischer Abgeordneter, im Namen seiner Partei, daß sie kein anderes lebendiges oder auch nur lebensfähiges Staatsrecht anerkenne, als jenes, das auf den dermaligen Verfassungsgesetzen beruhe; die Gegner möchten ein Exemplar von den Büchern, worin das mysteriöse tyrolische Staats- und Landrecht enthalten seyn solle, auf den Tisch des Hauses niederlegen; es gebe Nichts dergleichen, sondern der Inbegriff des sogenannten tyrolischen Staatsrechtes sey nichts Anderes, als eine Sammlung frommer Wünsche der dermaligen Majorität des Tyroler Landtags. Diesen Handschuh nahm der Abg. Greuter auf und versprach seinem Gegner, ein Repertorium der Tyroler Landtagsverhandlungen von den Zeiten Maria-Theresia's an auf den Tisch des Hauses zu legen. „Es ist Dies ein Beweis," sagte der Redner, „daß wir wenigstens ein Landrecht hatten; sonst könnten wir ja nicht ein Repertorium von Verhandlungen über dasselbe aufweisen. Ueberdies muß ich fragen: wer hat uns denn im Jahre 1861 jene Verfassung gegeben? War unser altes Recht verfassungsmäßig abgeändert worden, oder war es nicht eben eine einfache Oktroyirung, die man uns in's Land warf?" Dr. Leonardi hatte eine Vergleichung gebraucht von zwei Wagen, von denen einer mit zwei Rossen bespannt ist, aber nicht vorwärts kommt, weil ihm ein Damm aus Trümmern im Wege steht, während ein Kinderwagen, von 10, 20, oder gar 100 Schnecken gezogen, jenem den Vorsprung abgewinnt, weil er freie Bahn vor sich hat. Gegen diese Vergleichung protestirte Hr. Greuter. „Wir sind keine Schnecken, meine Herren (schallende Heiterkeit), „und besonders dann nicht, wenn die Regierung uns aufgefordert hat, daß wir gegen den jetzt in Wien freilich so hoch gefeierten Garibaldi unser Gewehr ergreifen sollen." (Bewegung.) Letztere Anspielung berührte in der That einen wunden Fleck: Sympathien für Garibaldi in Wiener Blättern legen einen Mangel an österreichischem Staatsbewußtseyn dar, wie er in der Hauptstadt eines großen Reichs doppelt auffällig ist.

Die juridisch-politische Kommission des Herrenhauses hat nun auch das Gesetz über die Aenderung der Reichsvertretung übereinstimmend mit den Beschlüssen der Abgeordneten angenommen; Graf Anton Auersperg ist zum Berichterstatter erwählt. In dem Gesetz über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger (Grundrechte) hat die

Herrenhauskommission bei §. 15 eine Bestimmung, die in den Grundrechten von 1849 enthalten war, hier aber fehlte, wieder eingefügt mit den Worten: (die Kirche) „bleibt im Besitz und Genuß ihrer für Kultus-, Unterrichts-, und Wohlthätigkeitszwecke bestimmten Anstalten, Stiftungen, und Fonds."

Nach den „Narodni Listy" hat die russische Regierung auch den vom Budweiser Gymnasium entlassenen Supplenten Anstellung an russischen Gymnasien angetragen. Unter den „nationalen Damen", die wegen der Trauerdemonstration am Jahrestage der Schlacht am Weißen Berge in Untersuchung gezogen sind, befindet sich neben zwei Fräulein Prška rc. auch ein Fräulein Mühlstein: also abermals, wie leider mehrfach in Oesterreich, ein deutscher Name in einem feindlichen, von Haß gegen das Deutschthum erfüllten Lager!

---

21. November 1867.

Die zwei Hauptparagraphen des Delegirtengesetzes sind votirt, und zwar im Sinne der Regierung. In §. 7 des Ausschußantrages war die Regierungsvorlage (Delegation des Reichsrathes zu $1/3$ aus dem Herrenhaus, zu $2/3$ aus dem Hause der Abgeordneten) dahin geändert, daß jenes nur 15, letzteres aber 45 Mitglieder (also je $1/4$ und $3/4$ der diesseitigen Gesammtzahl) zu ernennen haben solle; mit dieser Aenderung aber fiel der Ausschuß durch, eben so der Antrag des Abg. Giovanelli auf Wahl der Delegirten durch die Landtage, und es wurde die ursprüngliche Fassung der Regierungsvorlage hierauf fast einhellig angenommen. Eine größere Majorität, als jene Anträge bei §. 7, erlangte bei §. 8 (Wahlmodus) der Antrag des Abg. v. Berger, welcher auf Wahl der Delegirten durch das ganze Haus und aus dem ganzen Hause gerichtet war; es ergab sich sogar die absolute Majorität dafür, jedoch nicht die erforderliche Zweidrittelsmehrheit. Anstatt der Fassung des Ausschusses, welche in der Minorität blieb, wurden die Bestimmungen der Regierungsvorlage wieder hergestellt. Die Mitglieder des Abgeordnetenhauses wählen je nach den Gruppen, wie sie die Kronländer in den Reichsrath entsenden, je eine bestimmte Delegirtenzahl, sind aber dabei nicht an die Wahl aus ihrer Mitte gebunden, sondern wählen beliebig aus den Reihen des ganzen Hauses, also z. B. die böhmischen Abgeordneten, wenn es ihnen so ge-

fällt, auch nicht=böhmische Mitglieder in die Delegation. Damit ist dem Ursprung des Reichsrathes aus den Landtagen Rechnung getragen, und daneben zugleich eine gewisse Freiheit in der Auswahl gewahrt. Was die allein noch übrige Schwierigkeit betrifft, nämlich die in verschiedenen Formen beantragte Zurückhaltung endgiltiger Zustimmung, so hat sich auch hiefür eine Lösung gefunden, und zwar eine solche, die nicht direkt ein Mißtrauen zur Schau trägt; es soll nämlich als §. 37 des Delegirtengesetzes ein Zusatz folgenden Inhalts mit angefügt werden: „Dieses Gesetz tritt gleichzeitig mit dem revidirten Grundgesetz über die Reichsvertretung und den darin als Staats-Grundgesetze bezeichneten Gesetzen in Wirksamkeit." Da diesem Antrage bereits die Zustimmung der Linken, des Zentrums, der Polen, und des Klubbs der Liberalen (Deutschböhmen) gesichert ist, so steht der alsbaldigen dritten Lesung des Delegirtengesetzes kein Hinderniß mehr entgegen. Mit lautem Beifallsruf wurde die Mittheilung des Ministers des Innern an das Präsidium begrüßt, daß Se. k. k. apost. Maj. den von beiden Häusern des Reichsrathes beschlossenen Gesetzen über das Vereins- und das Versammlungsrecht die Sanktion ertheilt hat.

Die alte „Presse" rügte neulich das „überflüssige Pathos" einer ungarischen Studentenadresse in das Heimathland, in welcher es hieß: „Ihr, die ihr am Mutterbusen ruht, seyd glücklich: ihr wißt nicht, was es heißt, unter der Pression fremder Nationalitäten, Sprachen, Sitten &c. zu leben." Die „Presse" verglich diesen „weinerlichen Ton" mit den Klageliedern Ovid's aus Tomi, fand ihn aber durchaus unpassend für Jünglinge, die aus freiem Willen an einer fremden Hochschule studieren, wie es bei allen Nationen vorkommt. Heute bemerkt nun die „Presse" nachträglich, „daß es sich dabei nur (sic!) um ungarische Studenten an der Heidelberger Hochschule handelte." In diesem „nur" aber scheint fast ebenfalls ein falsches Pathos zu stecken: wenigstens lebt man am Neckar doch wohl auch nicht gerade inter barbaros, eben so wenig als an der Wien.

---

23. November 1867.

Das Delegirtengesetz befindet sich bereits auf dem Wege zum Herrenhaus. Nachdem im Abgeordnetenhause die §§. 9 bis 36 fast ohne Debatte der Reihe nach votirt waren, wurde von dem

Abg. Rechbauer die Anfügung eines §. 37 beantragt, wonach das Delegirtengesetz gleichzeitig mit den Staats-Grundgesetzen und dem Gesetz über die Reichsvertretung in Wirksamkeit tritt. Da auch Frhr. v. Beust sich für diesen Antrag erklärte, so wurde derselbe fast einhellig angenommen. Warum nun Hr. Rechbauer auch noch seinen früher angekündigt gewesenen Antrag auf Vertagung der dritten Lesung einbrachte, für welchen doch eben jener §. 37 als Ersatz dient, ist schwer erklärbar; auch fiel er damit glänzend durch, und das Haus beschloß die dritte Lesung. Die Minorität, die gegen das Gesetz stimmte, bestand nur aus 12 Mitgliedern, und in dieser Minorität fand sich unter Andern Hr. Greuter mit Hrn. v. Mühlfeld zusammen. In der kommenden Woche nimmt nun das Herrenhaus seine Sitzungen wieder auf, wobei zunächst das Gesetz über die Abänderung der Reichsverfassung an die Reihe kommt; nach dem Gesetz über die Grundrechte folgt sodann das Delegirtengesetz. Man versichert, daß die Regierung auch der Majorität des Herrenhauses sicher ist.

Nachdem an der Universität der Friede wieder hergestellt ist (Professor Arndts liest wieder), thut sich nun ein ähnliches Zerwürfniß an der polytechnischen Schule auf. Eine Deputation technischer „Hörer" (wie man hier sagt) hatte bei dem Rektor um die Erlaubniß zur Abhaltung einer allgemeinen Technikerversammlung angesucht, deren Zweck eine Adresse gegen das Konkordat war; der Rektor hatte sie „sehr ungnädig" empfangen und erklärt, er werde bei dem Professorenkollegium auf eine abschlägige Antwort dringen. Hierauf erfolgte am nächsten Tag eine Kundmachung des Professorenkollegiums am schwarzen Brett, besagend, daß ersteres die große Bedeutung der Konkordatsfrage nicht verkenne, namentlich in Betreff des Verhältnisses der Schule zur Kirche, und seine vollen Sympathien für die Lösung in liberalem Sinn nicht verhehle; dessenungeachtet sey es nicht in der Lage, dem Ansuchen um Bewilligung einer Versammlung zu entsprechen, weil es Debatten über religiöse und politische Fragen aus den Räumen des polytechnischen Instituts ferne zu halten verpflichtet sey. Die Hoffnung, daß diese Kundmachung beruhigend wirken werde, ging nicht in Erfüllung. Als der Rektor Hartner das nächste Mal in seinem Hörsaal erschien, wurde er mit Zischen, Pereat, und allgemeinem Tumult empfangen; erst nach geraumer Zeit stellte sich so viel Ruhe her, daß

[illegible]

[illegible]

—

[illegible]

[illegible] des Bundesrathes [illegible] Staaten [illegible] Die höh-

mischen „Feudalen", die sich seither der Theilnahme an den Verhandlungen des Herrenhauses enthielten, wollen dem Vernehmen nach wieder erscheinen, um an der Debatte über die Grundgesetze &c. sich zu betheiligen. Vielleicht rühren daher die Gerüchte, die von Ernennung zwanzig neuer Mitglieder des Herrenhauses sprechen; denn Gegner der gegenwärtigen Regierung sind jene Feudalherren, die so lange das inzwischen als russisch demaskirte Tschechenthum protegirten, ganz unzweifelhaft.

Die alte „Presse" schlägt heute Lärm über die in Ungarn zum Vorschein gekommenen Gelüste nach einer „nationalen Armee", wie sich Moritz Perczel auszudrücken pflegt, oder nach Errichtung von „80 ungarischen Reservebataillonen", wie der mildere Ausdruck lautet, und fordert die „Wiener Abendpost", „unsern patentirten Reichsbeschwichtiger und Gerüchtsdämpfer", zu einer Dementirung auf, während sie zugleich von dem Ministerium Andrassy und der Deakpartei eine „ungebrochene Energie" erwartet, und dieselbe auffordert, „den zersetzenden Tendenzen der Linken entgegenzutreten". „Die Partei der Linken," sagt die „Presse", „scheint bis jetzt den Fortschritt wesentlich darin zu erkennen, daß Ungarn so weit als möglich fernab schreite von Oesterreich." Wenn Das richtig ist, so steht die ungarische Linke genau auf dem Standpunkte, den im Jahre 1848 manche auch jetzt noch gefeierte „Fortschrittsmänner" in Wien einnahmen. Die Studenten haben sich erst neulich in ihrer Antikonkordatsadresse auf ihre „Vorgänger von 1848", d. h. auf die damaligen Staatsweisen der Aula, als auf eine glorreiche Erinnerung berufen. Entweder ist diese Berufung politisch ungerechtfertigt, oder die von der alten „Presse" getadelte ungarische Linke hat vollkommen Recht, wenn sie „von Oesterreich fernab zu schreiten" bestrebt ist.

27. November 1867.

Morgen beginnt das Herrenhaus die Berathung der Grundgesetze. Wahrscheinlich wird schon an dieser morgenden Sitzung ein Theil der neu ernannten Mitglieder Theil nehmen, welche neben der Rücksicht für alte Geschlechter in bemerkenswerther Weise aus Notabilitäten der Wissenschaft, der Industrie, und des Bürgerthums überhaupt ausgewählt sind. Der neue Fürstbischof von Seckau, Dr. Zwerger, tritt vermöge seiner Kirchenwürde in das Herrenhaus

[illegible] der Ja-
[illegible] eine
[illegible] der Hand
und [illegible] den
[illegible] und Ge-
[illegible]

nach eine Spaltung zwischen diesen selbst hervorbringen. Bei dem Rabbi in Nagy-Suranyi hielten bereits am 13. d. M. die orthodox gesinnten Rabbiner eine Konferenz, in welcher eine Massenpetition gegen die Emanzipirung der Juden an Se. Maj. beschlossen wurde. Ein ungarisches Blatt zitirt als Beweis, daß man in Ungarn schon längst auf Gleichstellung der Juden ausgegangen sey, einige uralte ungarische Gesetzbestimmungen, durch die zum Beispiel verordnet wird, kein „Ismaelit" (damalige Bezeichnung für „Jude") dürfe seine Tochter einem Ismaeliten, sondern er müsse sie „einem Mann unserer Nation" geben, und bei Gastmahlen habe der Ismaelit sowohl für sich als für seine Gäste ausschließlich Schweinefleisch aufzustellen. Diese Art von Emanzipirung scheint eben diejenige zu seyn, vor welcher das orthodoxe Rabbinerthum sich fürchtet.

In Prag soll von Neujahr an eine neue tschechische Zeitung unter dem Titel „Wlast" (Vaterland) erscheinen; das „Vaterland" dieser Politiker ist natürlich weder das Kaiserthum Oesterreich, noch irgend ein von deutscher Bevölkerung bewohnter Landstrich, sondern blos und allein Tschechien. Auch von Erbauung einer russischen Kirche in Prag ist wieder die Rede. Prager Musikanten, die trotz des Verbots in einem Gasthaus die russische Volkshymne aufgespielt hatten, mußten diesmal von Polizei wegen mit Arrest dafür büßen. Es ist Schade, daß man wegen leidender Gesundheit nicht das „milde Klima" von Moskau oder Sibirien angerathen bekommen kann: manche Patienten eigneten sich ausgezeichnet dahin!

28. November 1867.

Unter den neu eingelaufenen Petitionen im Unterhause befand sich gestern eine von Studierenden ruthenischer Nationalität an der Wiener Hochschule um Schutz ihrer Nationalität und Sprache in Galizien; deßgleichen eine Petition von 47 galizischen Gemeinden um Zulassung der ruthenischen Sprache zu den Volks- und Mittelschulen in Ostgalizien. Aus Anlaß einer Anzahl von Petitionen um Einführung des Turnunterrichts als obligaten Lehrgegenstandes an den Schulen erklärte der Justizminister v. Hye, als Leiter des Ministeriums für Kultus und Unterricht, er habe schon im vorigen Monat an alle Statthalter die Weisung erlassen, mit aller Energie dafür zu sorgen, daß an sämmtlichen Volks- und

Mittelschulen der Turnunterricht in kürzester Zeit als obligater Gegenstand eingeführt werden könne. (Beifallsruf.) Der Berichterstatter des Petitionsausschusses, Dr. Stieger, hatte die Turnschule unter Anderm als eine konfessionslose angerühmt; sie und die Volksschule möchten eine unauflösliche Zivilehe mit einander schließen, so werde man eine Armee von Turnern als Leibgarde für die Verfassung haben ꝛc. (Nicht auch z. B. für den Panslawismus?) Das vierfache F der Turner verglich er mit einem „Festungsviereck", wobei er wahrscheinlich vergaß, daß ja das eine dieser vier F das Wort fromm bedeutet. Glücklicher Weise steht der Werth des Turnwesens fest genug, um auch durch geschmacklose Ueberschwänglichkeiten dieser Art nicht gefährdet zu werden.

Die Verwicklung an der polytechnischen Schule hat sich auf eine sehr einfache Weise gelöst. Rektor Hartner ließ nämlich einige Studierende zu sich berufen und gab ihnen die Erklärung, daß seine erregte Gemüthsstimmung jenen unerwünschten Auftritt herbeigeführt habe, und daß er sein Benehmen bedauere. Da er noch überdies beifügte, er sey keineswegs ein Freund des Konkordats, sondern habe die Wiener Volksadresse gegen dasselbe unterzeichnet, so hängt jetzt, um mich eines süddeutschen Sprichwortes zu bedienen, auch an dem Polytechnikum „der Himmel wieder voll Baßgeigen".

Es scheint nunmehr entschieden, daß der weiße Waffenrock bei der Infanterie (bei der Reiterei bleiben noch weiße Uniformen übrig) für die Zukunft in Abgang dekretirt wird. Neben der Bluse soll ein Waffenrock von dunkelblauer Farbe an dessen Stelle treten.

Aus Anlaß der gegenwärtig angeregten Frage der Freigebung der Advokatur gibt ein hiesiges Blatt eine Statistik, wonach in Oesterreich diesseits der Leitha ein Advokat auf je 21,434 Seelen, in Oesterreich unter der Enns (mit Wien) einer auf je 10,502, in dem eigentlichen Ungarn aber, ohne Siebenbürgen, Kroatien, und Militärgränze, einer auf je 3572 kommt. (In Preußen, nach derselben Quelle, 1865 ein Advokat auf je 12,803 Einwohner.

. . .

30. November 1867.

Das Herrenhaus geht mit raschen Schritten vorwärts. Vorgestern berieth es das Gesetz über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger (Grundrechte) in einer einzigen Sitzung durch und nahm es

mit geringen Aenderungen an: gestern debattirte es über das neue (beziehungsweise revidirte Grundgesetz in Betreff der Reichsvertretung und gelangte bis zu den §§. 11 und 12, welche die Kompetenz des Reichsrathes und der einzelnen Landtage gegen einander abgränzen. Ueber diesen Punkt entspann sich eine lebhafte Erörterung. Das Haus der Abgeordneten hatte den Landtagen (zunächst aus Rücksicht für die Polen) etwas mehr Konzessionen gemacht, als in dem ursprünglichen Entwurfe lag, und die Kommission des Herrenhauses änderte daran Einiges ab: noch weiter aber ging eine Minorität dieser Kommission, indem sie beantragte, bei der Aufzählung der Zuständigkeitsrechte des Reichsrathes zu setzen: „es gehören daher insbesondere zum Wirkungskreise des Reichsrathes" ꝛc. In dieser Form war die Aufzählung keine abschließende mehr, sondern diente gleichsam nur beispielsweise, so daß der §. 12, welcher „alle übrigen Gegenstände der Gesetzgebung" in den Wirkungskreis der Landtage verweist, ebenfalls nicht mehr als abgeschlossen erschien. Ritter v. Schmerling, als Referent der Minorität der Kommission, vertheidigte deren Standpunkt: unterstützt wurde er von den Grafen Mensdorff, Rechberg, Hartig, dem Ritter v. Hasner, dem Frhrn. v. Lichtenfels, und Andern. Frhr. v. Wassilko und Fürst Jablonowski sprachen für den Antrag der Majorität, welcher dem Prinzip der Autonomie wenigstens theilweise Rechnung trage; Graf Wickenburg, obwohl mit dem von Hrn. v. Schmerling vertretenen Prinzip einverstanden, erklärte sich ebenfalls für den Antrag der Mehrheit der Kommission, mit Rücksicht auf die Uebereinstimmung des Abgeordnetenhauses mit der Regierung in dieser Frage; Feldmarschallleutnant Frhr. v. Gablenz betonte in gleicher Weise diese Rücksicht. Graf Auersperg als Berichterstatter der Majorität hob namentlich hervor, daß dieselbe keineswegs der Reichseinheit entgegen sey, sondern sich eben gegebenen Verhältnissen anpasse. „Wir befinden uns in einer nicht von uns geschaffenen Situation: in einer Art von halbem Exil befindet sich die Reichseinheit im gegenwärtigen Augenblick in die Delegation verwiesen. Wir haben aber Exilirte wiederkehren sehen, gereift durch die Erfahrung, und wenn die Reichseinheit aus ihrem Exil wiederkehren sollte, so wird es geschehen an der Hand der Eintracht und Freiheit; das Staatsleben kann nicht durch Gesetzparagraphen normirt werden, das Gesetz muß sich den Lebensverhältnissen anschließen, und so müssen auch wir uns den

[illegible] Verhältnisse lagen, bleibt von der Hoffnung, daß Das, was auf dem Wege des Zwanges nicht gelang, auf dem Wege der freiheitlichen Entwicklung gelingen werde. (Beifallsruf.) Reichskanzler Frhr. v. Beust machte darauf aufmerksam, daß die vorliegenden Gesetze das Ergebniß sehr aufreibender, schwieriger Verhandlungen wären, daß sie nicht ohne viele Mühe und Anstrengung zu Stande gekommen seyen; die Hindeutung auf diesen Ursprung zeige wohl genugsam, was auf dem Spiel stehe, wenn man jetzt wieder davon abgehen wollte, und wie nahe die Gefahr liege, wieder das Ganze in Frage gestellt oder wenigstens neuen Weiterungen unterworfen zu sehen. Die Regierung theile den Wunsch, daß auf dieser Seite des Reichs die Einheitlichkeit in möglichst ausgedehnter Weise erreicht und sichergestellt werde; allein sie gehe dabei von der Anschauung aus, daß diese Einheitlichkeit, diese mehr und mehr zu erreichende Verschmelzung und Verbindung nicht allein durch Vorschriften und Paragraphen, sondern eben so wohl und noch weit mehr durch Befriedigung der Interessen und Neigungen sich erreichen lasse. Sie habe das Streben der Versöhnung und Ausgleichung nie aus den Augen gelassen, habe aber nur einem einfachen Naturgesetz Folge geleistet, indem sie die Ansicht festhielt, daß eine Vereinigung nur auf einem gemeinsamen Boden und nicht auf verschiedenen Plätzen zugleich zu erreichen sey. Diesen gemeinsamen Boden habe sie nicht willkührlich geschaffen, sondern vorgefunden, und deßhalb beharre sie darauf, daß auf dem Boden der Februarverfassung allein die widerstrebenden Elemente sich zusammenfinden werden und müssen; allein sie gehe davon aus, daß das Betreten dieses Bodens nach allen Seiten erleichtert werde. (Bravo! Bravo!) Bei der Abstimmung wurden die Anträge des Ritters v. Schmerling abgelehnt und die Kommissionsanträge angenommen.

Im Hause der Abgeordneten fand gleichzeitig, durch Petitionen veranlaßt, ein neuer Exkursus auf die Konkordatsfrage und das kirchliche Gebiet überhaupt statt.

1. Dezember 1867.

In der Schweiz kam während der Streitigkeiten, aus denen später der Sonderbundskrieg hervorging, ein politisches Stichwort auf, das in derselben Weise wie Manches von einem „Mißbrauch

der Presse" redeten, von einem „Mißbrauch der Kanzel" sprach. Ganz ähnlich verhält es sich mit der Freiheitsauffassung einiger Gemeinden in Schlesien und Steyermark, die von dem Hause der Abgeordneten „Wahrung der Würde der Kanzel" verlangen, welche dazu mißbraucht werde, sowohl einzelne Männer als ganze Gemeinden, die sich gegen das Konkordat erklärten, mit Hohn und Spott zu überschütten. Die Frage, um die es sich dabei handelt, ist eigentlich dieselbe, wie die der Preßfreiheit: eine bestimmte Tendenz kann man von Gesetzes wegen einem Kanzelvortrag eben so wenig vorschreiben, als einem Zeitungsartikel, und die blose Mißfälligkeit einer Tendenz ist bei beiden gleich wenig strafbar; handelt es sich aber um eine Verletzung der Gesetze, so gehört ein solcher Fall vor die Gerichte, welche ihr Urtheil nicht fällen, als nachdem sie auch den angeschuldigten Theil gehört haben. Alles Andere ist Willkühr und für die politische Freiheit ohne Unterschied der Parteien eine Gefahr, aus dem einfachen Grunde, weil der Griff des staatlichen Schwertes, dessen Gebrauch man anruft, auch einmal in andern Händen liegen und dann in entgegengesetzter Richtung verwendet werden kann. Der Antrag des Petitionsausschusses ging dahin, „diese Petitionen dem Kultusministerium zur Amtshandlung abzutreten," und dieser Antrag wurde, nachdem Hr. Greuter dagegen, die HH. Schindler und Schubert dafür gesprochen hatten, zum Beschluß erhoben.

Hierauf referirte in derselben Sitzung der Abg. v. Mende über die Petition des Kurat-Benefiziaten zu Obertraun, Anton Hiersch, um Abhilfe gegen die Verfügungen des Bischoffs von Linz. Nach der Auseinandersetzung des Berichterstatters ist der genannte Priester durch seinen Diözesanbischoff am 11. Oktober 1859 seines Benefiziums entsetzt und auf einen Kooperatorposten admittirt, weil er aber diesen nicht antrat, ohne Vorsorge für seine Sustentation gelassen worden, so daß er sich seither im größten Elend befindet. Die erhobene Beschwerde desselben habe der Metropolitanbischoff gegründet befunden, das Erkenntniß des Bischoffs kassirt, allein ein weiterer Erfolg sey dadurch nicht erzielt worden. Der Petent hatte das Ansuchen gestellt, „das hohe Haus wolle sich an das Kultusministerium wenden, damit er zu seinem Rechte, sowohl rücksichtlich des Schadenersatzes für die Vergangenheit, als auch zum Wiederantritt seiner Pfründe oder zu der Zuweisung eines Aequivalents gelange."

Der Petitionsausschuß beantragte blos, „diese Petition an das k. k. Kultusministerium abzutreten und zur geneigten Erwägung, ob und in wie weit dasselbe im eigenen Wirkungskreise dem gekränkten Rechte Geltung verschaffen könne, zu empfehlen.“ Dieser Antrag wurde angenommen. Eine Einsicht in die eigentlichen Verhältnisse des Falls gewann man aus der Debatte nicht; man erfuhr eben so wenig, aus welchem Grunde die Entsetzung erfolgte, als warum das abändernde Erkenntniß des Metropolitans zu Nichts half: nur etwa der Vermuthung kann man sich hingeben, die Verweigerung des kirchlichen Gehorsams bilde den Stein des Anstoßes. Dr. Groß (Oberösterreich) zitirte bei dieser Gelegenheit einen Hirtenbrief des Bischoffs von Linz, worin auf die Frage, was das Konkordat genutzt habe, unter Anderm geantwortet wird, das Vermögen der Kirche habe sich seither vermehrt. „Ja, mein Herr,“ antwortete der Abg. Greuter, „seyn Sie froh, daß wenigstens Jemand Etwas hat in Oesterreich.“ (Allgemeine Heiterkeit.) „Das ist ja eben für manchen Vermögenden wenigstens ein Trostblick, Das ist der aufgehende Morgenstern: aus der tiefsten Noth kann uns wenigstens noch die Kirche retten. Die hat nicht Alles verpraßt, die hat nicht Alles verschlendert, die hat nicht Alles vergeudet in den bodenlosen Sack, den wir alle untersuchen wollten, ohne einen Boden zu finden. Also diesen Vorwurf nehme ich mit Freuden an, und glaube, daß auch die ganze Versammlung gerade diesen Vorwurf nicht als einen zu gewichtigen gegen den Bischoff von Linz erkennen wird.“ Am Schluß der Debatte kam Hr. Schindler auf diese Aeußerung zurück. „Der Hr. Abg. Greuter meint, es sey gut, wenn die Kirche Vermögen habe, damit Jemand Etwas besitzt, womit er aus der Noth helfen kann. Ich werde seiner Zeit von dieser Anweisung Gebrauch zu machen wissen.“ Meines Erachtens heißt Dies so viel als: „man soll den Teufel nicht an die Wand malen“; ob aber dem Kurat-Benefiziaten Anton Hiersch Recht oder Unrecht geschehen ist, über diese Frage verbreitete sich hiedurch weiter kein Licht.

2. Dezember 1867.

In der Debatte des Herrenhauses über das Reichsvertretungsgesetz berührte Graf Anton Auersperg einen Punkt, der in Oesterreich sehr heikel zu behandeln ist, nämlich die Germanisirung. „Ich

verleugne und unterdrücke," sagte der Redner, „manches Gefühl, das mich als Deutschen in diesem Augenblicke lebhaft bewegt, weil ich weiß, daß ich Vertreter anderer und edler Volksstämme des Reiches vor mir habe, aber Eines kann ich nicht unausgesprochen lassen: hätte man in Oesterreich germanisirt zur rechten Zeit, wäre man in den Geist der germanischen Bildung eingedrungen, hätte man ihn zum Leben geführt, hätte man sich nicht überflügeln lassen von einer andern Seite, so stünden wir ganz wo anders, als wir jetzt stehen." Derselbe Gedanke ist auch schon außerhalb Oesterreichs ausgesprochen worden, hat für das deutsche Gefühl manches Bestechende an sich, erscheint mir aber dessenungeachtet, mit den vorliegenden Thatsachen zusammengehalten, im Wesentlichen als unrichtig. Zuvörderst paßt zur Anbahnung einer geistigen Superiorität jedenfalls nicht jener Schlag von Leuten, der mit übersetzten oder unübersetzten Namen Ueberläufer zu andern Nationalitäten liefert, und man kann hiefür auch nicht wohl den Druck früherer Regierungssysteme verantwortlich machen, da dieser eben so wohl z. B. auch auf den Tschechen lastete, unter deren Fahnen man nun so manche deutsche Namen zählt. Auch um die deutsche Bildung handelt es sich dabei streng genommen nicht, denn das heftigste Tschechenblatt von allen, die „Politik", erscheint ja eben in deutscher Sprache, d. h. es bedient sich des Vortheils deutscher Bildung, um das Deutschthum in Böhmen um so wirksamer zu bekämpfen. Bekanntlich gibt es deutsche Magnaten in Böhmen, die des Tschechischen zum Theil nicht einmal mächtig sind, dennoch aber die Uebergriffe des Tschechenthums beschützen, beziehungsweise dafür Partei nehmen: ihre deutsche Bildung hat sie nicht gehindert daran. Der Fehler liegt anderswo. Erst dieser Tage erzählten ungarische Blätter als einen hochherzigen Zug des Fürsten Primas, daß er einen Gutspächter, Namens Deutsch, im Besitz eines außerordentlich wohlfeilen Pachtverhältnisses ließ, obwohl dasselbe bestreitbar geworden war. Ein Edelmann hatte nämlich vor 50 Jahren das Gut dem primatischen Stuhle testamentarisch vermacht, unter der Bedingung jedoch, daß der Pacht weder erhöht noch gekündigt werden dürfe, so lange ein „Mitglied der Familie Deutsch" ihn behalten wolle. Nun aber überkam den Pächter plötzlich der moderne Raptus, seinen Namen in Nemeth zu verwandeln; die Primatialbeamten erklärten hienach die Bedingung jenes Testaments für erloschen, und nur der persönlichen Dazwischenkunft des

[illegible]

[illegible] Nur die Polen grollen einigermaßen, daß man der Nationalität der [illegible] nicht noch mehr Zugeständnisse gemacht hat, und ein Theil derselben droht, wie man sagt, mit einer tschechischen Allianz. Dies würde schlecht passen zu der Aeußerung des Fürsten Sanguszko im Herrenhause, welcher Galizien nebst Tyrol für die „beste, wenn nicht einzige Stütze des Throns" erklärte. In Bezug auf Tyrol ist dabei in's Auge zu fassen, daß man im südlichen Theile desselben noch fortwährend für das Zurückdrängen des Deutschthums, d. h. für das Vorrücken der Sache Garibaldi's und Victor Emanuel's unter dem Boden wühlt und minirt; was aber eine polnisch-tschechische Allianz betrifft, so haben bei den jüngsten Prager Gemeindewahlen wieder mehrere Wähler ihre Stimmzettel russisch geschrieben (tschechisch übrigens nebenbei), was sonach ein höchst seltsamer Anschlußpunkt für die Polen wäre. Loyal wäre es ohnehin für beide Theile nicht.

3. Dezember 1867.

Das Herrenhaus hat etwas sehr Schwieriges gethan: es hat sich selbst überwunden. Nachdem es in der zunächst vorhergegangenen Sitzung den §. 21 des Gesetzes über die Reichsvertretung hatte fallen lassen, erhob sich in der gestrigen Sitzung Frhr. v. Lichtenfels, welcher jenen Strich eben veranlaßt hatte, erklärte, es habe ein Mißverständniß bei der Abstimmung obgewaltet, weil man geglaubt habe, es werde noch eine andere Fassung zur Abstimmung kommen, und beantragte deßhalb eine Wiederaufnahme der Verhandlung über den §. 21, für welchen er zugleich eine neue Form in Vorschlag brachte. Das Haus wies diesen Vorschlag an die Kommission, welche nach Verständigung mit dem Antragsteller den §. 21 in folgender Gestalt zur Annahme empfahl: „Jedes der beiden Häuser des Reichsrathes ist berechtigt, die Minister zu interpelliren, in Allem, was seinen Wirkungskreis betrifft, die Verwaltungsakte der Regierung der Prüfung zu unterziehen, von derselben über eingehende Petitionen Auskunft zu verlangen, Kommissionen zu ernennen, welchen von Seite der Ministerien die erforderliche Information zu geben ist, und seinen Ansichten in der Form von Adressen oder Resolutionen Ausdruck zu geben.“ In dieser Fassung ging der §. 21 nunmehr durch, und es wurden hierauf der Reihe nach die fünf Grundgesetze (über Ausübung der Regierungs- und Vollzugsgewalt, über Einsetzung eines Reichsgerichtes, über die richterliche Gewalt, die allgemeinen Rechte der Staatsbürger, und die neue Reichsvertretung) in dritter Lesung endgiltig angenommen. Sodann erfolgte der Kommissionsbericht über das Delegirtengesetz, Durchberathung und Annahme desselben mit einer von Frhrn. v. Lichtenfels beantragten Aenderung bei §. 2[illegible], und schließlich die dritte Lesung auch dieses Gesetzes; Alles zusammen in einer einzigen Sitzung. Einigen unserer Pessimisten wird sich unheimlich dabei, daß es so rasch vorwärts geht; sie gleichen jenem Patienten, der mitten in der Nacht seinen Arzt holen ließ und ihm ängstlich sagte: „Ich weiß nicht, es wird mir auf einmal so wohl!“ Er hatte nämlich einmal gehört, bei manchen Krankheiten pflege es kurz vor dem Tode anscheinend besser zu werden.

Bekanntlich hatte die Polizeidirektion in Prag wegen der Demonstration am Weißen Berge eine Untersuchung eingeleitet. In Folge derselben sind auch die Theilnehmer an jener Trauerfeier zu

je 48 Stunden, und 5 Theilnehmerinnen, worunter das urtschechische Fräulein Mühlstein, zu je 24 Stunden Arrest verurtheilt worden. Hier in Wien selbst hat sich ein merkwürdiges Beispiel von russischem Tschechenthum aufgethan. Ein Hr. Palacek wenigstens kein deutscher Tscheche, Buchhalter in einer Fabrik, hatte an den Kaiser von Rußland geschrieben, um demselben eine von ihm neu erfundene Schußwaffe „Obrana“ anzubieten, und in diesem Schreiben nebenbei erklärt, für ihn und seine Landsleute sey nur der Kaiser von Rußland der rechtmäßige Kaiser. Auf dem Wege zur Post verlor er das Schreiben, es fiel in die Hände der Polizei, und Hr. Palacek ist nun verhaftet und wegen Hochverraths in Untersuchung beim Landesgericht.

Vorgestern, als am ersten Adventsonntage, fand in allen Kirchen Wiens eine außerordentliche Einsammlung des Peterspfennigs statt. Dies war nicht das erste Mal, aber zum ersten Mal sammelten Frauen aller Stände an den Kirchthüren, zu welchem Zweck sich vorher ein Komitee gebildet hatte: in der Domkirche zu St. Stephan sammelte die Gemahlin des Reichskanzlers, Freifrau von Beust, in St. Michael die Gemahlin des französischen Botschafters. In der Hofburg-Pfarrkirche hatten Pallast- und Hofdamen die Sammlung übernommen. Der König von Hannover steuerte 1000 Fl.

Die Extreme gränzen aneinander. Gleichzeitig liest man in den Wiener Blättern von „einer der interessantesten und seltensten Trauungen“. Es hatte nämlich „eine den gebildeten Ständen angehörige junge und liebenswürdige Dame“ ein Liebesverhältniß mit einem Israeliten, und da der Letztere so viel Festigkeit hatte, unter keiner Bedingung zum Christenthum übertreten zu wollen, so blieb „natürlich“ der „Dame“ nichts Anderes übrig, als eine Jüdin zu werden. In den österreichischen Staaten war der Uebergang zum Judenthum nicht ausführbar; also begab sich die übergangslustige Dame nach Deutschland, erwarb dort irgendwo das Staatsbürgerrecht, und ist nunmehr in Wien mit einer „geistreichen Traurede“ des Rabbiners Dr. Jellinek kopulirt worden. Es steckt ungefähr eben so viel Charakter darin, wie in jenen Deutsch-Oesterreichern, die sich anheischen zu Magyaren, Tschechen, Polen, Slowenen 2c. machen. Dieser Tage ist durch eine Deputation aus Mähren bei dem Kaiser eine Petition zu Gunsten des Konkordats überreicht worden, die nicht weniger als 217,635 Unterschriften trägt: gegen

Uebergänge zum Judenthum aber, wie man sieht, ist das Konkordat keine Sicherung.

Nachdem eine geraume Zeit gleichsam Waffenstillstand gewesen, ist wieder eine alte Frau gerädert worden. Ein Fleischhauer-Wagen, von einem 16jährigen Burschen gelenkt, fuhr in rasender Eile, wie es die „Kutscherschre" verlangt, um eine Ecke, und rannte ein hilfloses Mütterchen, das eben über die Straße humpelte, unversehens nieder, so daß die Räder über ihren Leib gingen. Die Ueberfahrene blieb bewußtlos liegen und wird schwerlich davon kommen; jedoch die Kutscherschre ist gerettet, und ob die Bestrafung des Thäters als ein Abschreckungsmittel wirken wird, steht dahin. Nur für Mörder ist die Abschaffung der Todesstrafe ein modernes Postulat; allein Abschaffung der Todesstrafe für Unschuldige: — ei, daran liegt Nichts.

4. Dezember 1867.

Die Einsammlung des Peterspfennigs hat ein reichliches Ergebniß geliefert. In der Hofburg-Pfarrkirche gingen unter Anderm ein: von dem Kaiser Franz Joseph und der Kaiserin 10,000 Franken, von der Kaiserin Mutter 2000 Gulden, von der Erzherzogin Sophie 1000, von Erzherzog Karl Ludwig und Erzherzogin Annunziata 1000, von dem Herzog und der Herzogin von Modena 4000 Gulden rc. Wien zählt im Ganzen 62 Kirchen und Kapellen, die zahlreichen Privat-Hauskapellen ungerechnet; die größte Pfarre ist die zum h. Aegidius in Gumpendorf (Bezirk Mariahilf) mit 32,000 Seelen, die kleinste die Hofburg-Pfarre mit 803. Für die Brigittenau wird eine neue Kirche in gothischem Style gebaut, wozu im vorigen Monate mit der Grundaushebung begonnen wurde. So ganz unkirchlich ist Wien, wie man sieht, denn doch nicht, und die Kirchen stehen auch keineswegs leer während des Gottesdienstes. Die unleugbar vorherrschende Stimmung gegen das Konkordat ist mehr von politischer Färbung, weil man es für den stehengebliebenen Rest einer Allianz mit dem Absolutismus ansieht, und eine Revision desselben würde den Gegnern der Kirche als solcher eine bisher mit Erfolg gehandhabte Popularitätswaffe voraussichtlich entwinden.

In dem Abgeordnetenhause bereitet sich eine starke Opposition gegen die Aenderungen vor, die das andere Haus an dem Gesetz über die Reichsvertretung vorgenommen hat. In dem Verfassungsausschuß

[illegible]

[illegible] man [illegible] Namen in [illegible] und [illegible] nicht [illegible]iren, die gegen Rom [illegible] welcher im vorigen [illegible] in Tyrol [illegible].

7. Dezember 1867.

Die tschechischen Parteiblätter haben eine eigenthümliche Taktik: erst sprengen sie Gerüchte von einer angeblich bevorstehenden Krönung aus (vergessend jenes Ausspruchs, daß der König von Böhmen nicht wohl in eine Hauptstadt einziehen könne, die noch von der Hymne für einen fremden Herrscher widerhalle), und dann nehmen sie davon Anlaß, zu erklären, daß die „Nation“ nicht an der Krönungsfeier theilnehmen werde, so lange nicht ihre gerechten Ansprüche befriedigt seyen. „Die Nation“, darunter verstehen sie ausschließlich die Ultratschechen, während die Deutschen allein schon zwei Fünftheile der Bevölkerung Böhmens ausmachen, und doch auch nicht alle Tschechen Ultra's sind: die „gerechten Ansprüche“ aber gehen auf nichts Geringeres aus, als auf die Vereinigung Mährens und Schlesiens mit Böhmen, einen „Generallandtag“ für diese drei Länder zusammen, und eine derartige Sonderstellung dieses Komplexes, daß innerhalb desselben die deutsche Bevölkerung unterdrückt und dem Belieben der tschechischen Majorität preisgegeben wäre. Schon bisher, unter der Protektion des früheren Ministeriums, ist es den Tschechen gelungen, manche deutsche Schule, die für Deutsche neben den tschechischen für die Tschechen bestand, mit offenem Bruche der Gleichberechtigung in tschechische zu verwandeln: es ist die deutsche Bevölkerung Böhmens, die sich über die seitherigen Zustände zu beklagen hat. Hieraus erklärt sich sehr einfach, daß sie weder von jenem „Generallandtag“ noch von einer böhmischen Sonderstellung Etwas wissen will, und damit übt sie lediglich ein Recht der Nothwehr aus, während die tschechischen Ansprüche anderseits weder auf einem natürlichen noch auf einem hergebrachten Rechte, sondern lediglich auf dem Schwindel eines Zurückgehens hinter die Schlacht am Weißen Berge beruhen. Was der Seltsamkeit dieses Gebahrens vollends die Krone aufsetzt, das ist die Naivetät, womit die tschechischen Führer ihre unberechtigten Anliegen durch russisch gefärbte Demonstrationen zu empfehlen glauben. Eben jetzt hat wieder eine solche in Prag stattgehabt: ein Konzert, in welchem ausschließlich russische Weisen gesungen und mit panslavistischem Beifall überdeckt wurden. Auch ein Fräulein Ehrenberg sang zwei russische Romanzen, die HH. Palacky, Rieger, und Brauner wohnten andächtig bei, und der Applaus war immens: der Besuch jedoch, was dem russischen Konzertgeber einen unangenehmen Aufschluß gab, war spärlich.

Heute soll die Wiener Adresse gegen das Konkordat mit 41.324 Unterschriften dem Abg. v. Mühlfeld zur Ueberreichung an das Abgeordnetenhaus übergeben werden. Wie sehr in Konkordats-angelegenheiten in Tendenzfärbung „gemacht" wird, ersieht man aus einer Berichtigung, die der „Volksfreund" gibt. Mehrere Blätter hatten von Geistlichen gesprochen, die sich in der Detentionsanstalt auf dem Hradschin in Prag befänden; einige nannten [illegible], andere 79 Priester; einige gaben „konkordatsfeindliche", andere gaben „regierungsfeindliche" Predigten als Ursache der Haft an. Nun schneidet der „Volksfreund" diese Konfusion mitten auseinander, indem er die behauptete Thatsache einer Detention, sei es nach einer oder nach der andern Lesart, für unwahr erklärt.

[illegible] Dezember 1867.

Auch das Haus der Abgeordneten arbeitet rasch auf; in seiner gestrigen Sitzung hat es die von dem Herrenhause zurückgekommenen Grundgesetze, beziehungsweise die daran vorgenommenen Aenderungen, der Reihe nach durchberathen, wobei es einer ziemlichen Anzahl dieser Aenderungen beistimmte, in einigen Hauptpunkten aber ablehnend verfuhr, so daß die betreffenden Gesetze nun abermals an das Herrenhaus gehen. Zu den angenommenen Aenderungen gehört in dem Gesetz über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger der Zusatz des Herrenhauses zu Art. 15, daß jede gesetzlich anerkannte Kirche oder Religionsgesellschaft „im Genuß und Besitz ihrer für Kultus-, Unterrichts-, und Wohlthätigkeitszwecke bestimmten Anstalten, Stiftungen, und Fonds bleibt." Diese Bestimmung fand sich in den Grundrechten von 1849, und das Motiv des Herrenhauses, die Weglassung könnte der Vermuthung Raum geben, sie sei absichtlich erfolgt, griff auch bei den Abgeordneten durch, obwohl ein großer Theil der Linken gegen den Zusatz stimmte. In dem Artikel über das Briefgeheimniß hatte das Herrenhaus die Bestimmung, daß nur in Kriegsfällen Beschlagnahme von Briefen stattfinden könne, dahin geändert: nur „im Fall einer Kriegsgefahr oder innerer Unruhen"; diese Aenderung wurde abgelehnt und dabei mehr Beredsamkeit aufgeboten, als eigentlich gerechtfertigt war, denn in Ausnahms- und Nothfällen sind tüpfelige Definitionen immerdar unpraktisch, und die Verantwortlichkeit der Minister setzt doch offenbar

nicht zusammengebundene Hände voraus. Der Abg. v. Streeruwitz (Postmeister in Mies) sprach bei diesem Anlaß von „schwarzen Kabinetten" früherer Zeit bei jeder Postdirektion, wo ein vertrauter und gewandter Postbeamter Briefe geöffnet und wiederum geschlossen habe, und zwar so, daß „weder der Empfänger noch der Absender Etwas davon merkte". Reichskanzler Frhr. v. Beust erklärte in Bezug auf diese Aeußerung: „Ich kann hier nicht Rede stehen über Alles, was in früherer Zeit geschehen ist, allein ich glaube bei dieser Gelegenheit erklären zu sollen, daß längst, ehe das hohe Haus sich mit Abfassung der Grundrechte beschäftigte, die gemessensten Weisungen und Anordnungen ergangen sind, damit, wenn in diesem hohen Hause an die Regierung die Frage gestellt werden sollte: „wird das Briefgeheimniß gewahrt?" darauf die Regierung mit einem entschiedenen Ja! antworten könne. Das ist geschehen." Dr. Berger spöttelte über die Angstrufe nach Polizei; man dürfe sich übrigens nicht wundern, wenn in Oesterreich, wo man an der zärtlichen Mutterbrust der Polizei großgezogen worden, man bei jeder Gelegenheit sich nach seiner „Mutter" zurücksehne und deßhalb nach Polizei rufe. Der Redner hatte in manchen Beziehungen Recht: nur vergaß er dabei, daß Dies blos bei dem Liberalismus eine Inkonsequenz ist, bei dessen Gegnern nicht, und daß sie bei jenem oft genug vorkommt. Bei dem Grundgesetz über die Reichsvertretung lehnte das Haus der Abgeordneten die von dem andern Hause getroffenen Abänderungen des §. 11 (Zuständigkeitsgränzen zwischen dem Reichsrathe und den Landtagen) beinahe einhellig ab, hält also die den Polen zulieb bewilligten Zugeständnisse an die Einzellandtage aufrecht. Hierauf stimmten die Polen zwar für die vier Staatsgrundgesetze, aber gegen eben dieses Reichsvertretungsgesetz: wie dabei ein logischer Zusammenhang herauszubringen wäre, bleibt ein Räthsel.

---

9. Dezember 1867.

Das Verfassungsleben ist eine Erfahrungsschule, welche die Spitzen der politischen Gegensätze aneinander reibt und sie dadurch abstumpft, d. h. mildert. Bei diesem Reibungsprozeß bleibt keiner Meinung ein Monopol, keiner Partei ein Absolutismus in der Hand: es entdeckt jede, daß es auch noch andere Meinungen gibt, als die eigene, und daß auch diesen andern eine politische Willens-

kraft innewohnt. Auf der einen Seite hatte man wohl nicht erwartet, auch aus Tyrol bedeutsame Petitionen gegen das Konkordat kommen zu sehen, und auf der andern war man wohl erstaunt, auf einer Petition zu Gunsten desselben 217,000 Unterschriften aus einem einzigen Kronlande zu finden. Allerdings ist es bei so zahlreichen Unterschriften nicht wohl thunlich, sich zu vergewissern, was für Leute man vor sich hat, d. h. welcher sozialen Stellung sie angehören: indeß ist Dies auch in England, wo schon massenhaftere Petitionen vorgekommen sind, am Ende nicht anders. Daß aber die ländliche Bevölkerung nicht nach der städtischen zu beurtheilen ist, kann man auch ohne einlaufende Petitionen wissen. Für die Zivilehe bringt man dem Bauer schwerlich einen Enthusiasmus bei; es gehen ihm die städtischen Motive dazu ab. An einer konfessionslosen Volksschule aber, an einer Verwendung protestantischer Lehrer für katholische, oder katholischer für eine protestantische Jugend, oder gar israelitischer für eine christliche überhaupt, wird das Landvolk, anstatt blos gleichgiltig zu bleiben, einen starken Anstoß nehmen.

Was jene erste Frage betrifft, so scheint mir, daß der gehoffte oder der gefürchtete Effekt beiderseits überschätzt wird. Es gibt Länder, wo die Zivilehe längst eingeführt, die Bevölkerung aber sehr gut kirchlich gesinnt ist; man sucht den Segen der Kirche für den Abschluß einer Ehe nach, jetzt wie vorher, obwohl davon nicht mehr die Giltigkeit derselben abhängt. Auch in Oesterreich wird es, im Großen genommen, nicht anders gehen. Nur ist zu bemerken, daß die vollkommene Freiwilligkeit eines solchen Schrittes den Werth desselben für das Ansehen der Kirche erhöht, während ein Zwang so eigentlich keine Huldigung für ihren moralischen Einfluß ist. In Bezug auf das Konkordat bieten deßhalb selbst die Petitionen zu seinen Gunsten eine Seite dar, die gegen seine Fortdauer spricht: wo nämlich eine so warme Anhänglichkeit an die Kirche besteht, wie sie sich in jenen Petitionen darthut, da bedarf man offenbar des Konkordats nicht, und wo im Gegentheil das Konkordat einen öffentlichen Widerwillen erregt hat, da ist es eben so augenscheinlich der Kirche zu Nichts nütze. Zieht man noch weiter in Betracht, daß es in der einen Hälfte des Reichs schon jetzt nicht mehr giltig ist, so wird seine praktische Haltbarkeit, auch wenn die Petitionen dafür den Petitionen dagegen an Zahl der Unterzeichner überlegen wären, um Nichts gegen vorher gebessert.

Konstitutionell aufgefaßt, liegen die Dinge einfach: die Volksvertretung beruht auf den Wahlen, und für jetzt haben die Wähler gewählt, d. h. sie haben ihre gesetzlichen Vertreter; wenn ihnen das Ergebniß nicht gefällt, mögen sie das nächste Mal anders wählen, und man wird dann sehen, wo die Majorität ist. Das ist der konstitutionelle Weg. Auch die Zivilehe und die konfessionslose Volksschule, wenn sie ins Leben geführt werden, sind nachher wieder abschaffbar, so gut wie das Konkordat. Wie hoch oder wie nieder die gegenwärtige Volksvertretung eine solche Eventualität in Anschlag bringen, und ob sie es für bedenklich oder für unbedenklich erachten wird, eine Entzweiung unter Wähler zu werfen, deren Gesinnung bisher politisch einig schien, Das ist eine Frage parlamentarischer Staats- und Lebensklugheit. In dem Stadium einer noch so jungen Freiheitsentwicklung immerhin überlegungswerth. Man kann das Konkordat abschaffen, ohne darum gleich zu dem Experiment einer konfessionslosen Volksschule zu schreiten. Ueberstürzung und dauerhafter Erfolg ist zweierlei.

10. Dezember 1867.

Heute beginnt das Haus der Abgeordneten die Berathung des Quotengesetzes, d. h. des finanziellen Ausgleichs mit Ungarn. Es besteht eine Opposition, die es nicht an Schwierigkeiten fehlen lassen wird, aber es waltet keine Gefahr ob, den nun beinahe fertigen Ausgleich noch auf der letzten Stufe scheitern zu sehen; denn daß hiemit alle bisherigen Errungenschaften plötzlich wieder in Frage gestellt wären, Das ist ein schwer wiegendes Motiv in der Wagschale. In Pesth ist das Quotengesetz von der Deputirtentafel bereits angenommen, und zwar mit großer Majorität. In zwei Sitzungen wird das diesseitige Abgeordnetenhaus voraussichtlich bei demselben Ziele angelangt seyn. Es neigt sich Alles einem günstigen Endergebniß zu. Was die Staats-Grundgesetze betrifft, so hat sich die Kommission des Herrenhauses in Betreff der Grundrechte und der Reichsvertretung dahin geeinigt, die Annahme der letzten Beschlüsse des Abgeordnetenhauses zu beantragen; auch in Bezug auf die übrigen obschwebenden Differenzen steht eine Verständigung in Aussicht. Wie es aber mit dem Schul- und dem Ehegesetz in dem Herrenhause gehen wird, Das ist eine andere Frage. Wenn

[illegible]

thum ist doch wahrlich keine kirchliche Errungenschaft!

Aus Preßburg erheben sich laute Stimmen über die Magyarisirung der dortigen Oberrealschule, welche ursprünglich eine deutsche war, seit ihrer fortschreitenden Magyarisirung aber an fortschreitender Abnahme der Schülerzahl leidet. Preßburg hat nämlich eine fast durchaus deutsche Bevölker[illegible] und nur wenige Einwohner sprechen oder verstehen magyari[illegible] Eine naive Klage! So gut eine Wiener Christin freiwillig in [illegible] Schooß Abraham's überging, brauchen die guten Preßburger sich ja nur einfach in's Magyarische zu übersetzen, so sind sofort alle Theile zufriedengestellt.

Aus Prag meldet man, in der letzten Sitzung des Landtagsausschusses hätten die HH. Rieger und Sladkowsky erklärt, nur jene Steuern als gesetzlich anzuerkennen, die der böhmische Landtag bewilligt haben werde. Wahrscheinlich sind die Steuern der

tschechischen „Patrioten“ vielmehr nach Rußland bestimmt; ein mit taktvoller Loyalität auserlesenes Vorspiel zu einer „böhmischen Königskrönung!“

---

11. Dezember 1867.

Die Hauptrolle in der gestrigen Generaldebatte über das Quotengesetz spielte der Abg. Skene als Berichterstatter der Minorität der Kommission, — nicht sowohl durch den Gehalt seiner Argumente, als vielmehr durch den unfeinen Ton, in welchem er alle Parteien, mit Ausnahme seiner eigenen oder eigentlich blos seiner selbst (denn seine Partei ist sehr klein beisammen), mit Verdächtigungen entweder ihrer Intelligenz oder ihrer Ehrlichkeit überhäufte. Bei den Politikern eines Biertischs würde Das weniger auffallen; für das Mitglied eines Parlaments aber ist es immerhin ein außergewöhnlich naives Zurschautragen von Selbstüberschätzung. Nach Hrn. Skene ist der Bericht der Majorität nahezu unvernünftig, der ungarische Ausgleich überhaupt ein finanzieller Ruin für Oesterreich, die diesseitige Reichshälfte verrathen und verkauft, und sowohl die aus- als die inländische Presse, ganz besonders aber die Zeitungspresse Wiens, durch Frhrn. v. Beust bestochen, weil sie andernfalls doch unausbleiblich mit Hrn. Skene übereinstimmen müßte. Solche Staatsmänner, sagte er unter Anderem, gehörten kaum auf die Ministerbank, sondern auf eine andere, und dergleichen mehr. In Betracht, daß Hr. Skene gesagt hatte, der Bericht der Kommissionsmehrheit sey ein wahres Bild des Jammers, und in jeder Zeile kämpfe Gewissen und Ueberzeugung mit Haltlosigkeit und krampfhafter Logik, war es eine sehr milde Antwort des Hrn. Winterstein, daß der Vorredner diesen Bericht gar nicht gelesen zu haben scheine. Mit der Rede des Hrn. v. Plener kam man endlich auf das Gebiet anschaulicher Thatsachen. Das Verhältniß der Beitragsleistung von 30 Prozent (Ungarn) zu 70 Prozent diesseitige Reichshälfte für die gemeinsamen Angelegenheiten entspricht der faktischen Steuerleistung beider Theile von 1[illegible] bis 1865; da jedoch die ursprünglich von der Regierung mitgetheilten Belege statt dessen ein Verhältniß von 25 zu 75 Prozent ergaben, so war es ein anerkennenswerthes Verdienst der diesseitigen Deputation, daß sie die nachträgliche Berichtigung durchsetzte. Was die Staatsschuld betrifft, so berief sich die ungarische Deputation

[illegible]

[illegible] sich der Reichskanzler nicht verantwortlich [illegible] Presse, [illegible] daß er die öffentliche Meinung [illegible] die Antwort der Presse selbst, die denn [illegible] ein wahres Füllhorn voll Indignation über Hrn. Skene [illegible]. Eine so ungleiche Partie hätte der Letztere besser unprovozirt gelassen.

In Betreff der Gebäudesteuer ist ein Gesetz bereits zur Vorlage bereit; was die Erwerbsteuer betrifft, so macht sich ein gleiches Bedürfniß geltend, da in dieser Beziehung noch immer das Patent vom 31. Dez. 1812 nebst dem Zirkular vom Jahre 1822 in Wirksamkeit ist. Hr. v. Becke verspricht sich Vieles von bürgerthümlicher Selbstregierung, wie z. B. von Steuerkollegien, zur Hälfte aus Beamten, zur Hälfte aus Vertrauensmännern nach Wahl der Landtage zusammengesetzt, was nicht nur die Steuerfähig-

keit heben, sondern ihre richtige Taxirung bei der Einkommen- und Erwerbsteuer fördern werde. „Mit einem Beamten, der mit 600 bis 700 Fl. bezahlt ist," sagte der Minister in dieser Beziehung, „wird man von ansehnlichen Bürgern und reichen Leuten schwerlich eine ordentliche Steuerfassion bekommen. Wird aber Jemand vor ein solches Kollegium von Standesgenossen gerufen, und man sagt ihm: ‚Du hast an Eidesstatt anzugeben, wie hoch Dein Reineinkommen sich beläuft', so wird es nicht dazu kommen, daß sich die Leute zu falschen Angaben verleiten lassen." Ich muß gestehen, daß ich in Bezug auf die Finanzfragen Oesterreichs keineswegs zu den Sanguinikern gehöre, allein mit den eben angeführten Ziffern und Gebahrungsabsichten fühlt man doch wenigstens einen positiven Boden unter sich. Die Hebung der Steuerkraft ist eine Aussicht auf einen langen Weg zum Ziele; die richtige Vertheilung der Steuerlast verspricht einen unmittelbaren Erfolg an besserem Erträgniß. Jener alte Pessimismus aber, wie er mit Hrn. Skene wieder auf die Bühne trat, ist bereits von der Börsenwelt verurtheilt, und wird ein gleiches Schicksal voraussichtlich im Abgeordnetenhause erleiden.

12. Dezember 1867.

Mit dem Quotengesetz ist das Abgeordnetenhaus noch nicht über die Generaldebatte hinaus: Hr. Skene hat gleichsam einen Prügel in die Verhandlung geworfen, und dieser fällt nun auf seine eigenen Schultern zurück. Schonungslos, jedoch keineswegs in grober Form, ging Dr. Herbst in einem fast anderthalbstündigen Vortrage mit dem Angreifer um. Hr. Skene schwankte, ob er den Abgeordneten, die an der Deputationsverhandlung mit Ungarn theilnahmen, Unwissenheit oder Landesverrath vorwerfen wolle, und sey zuletzt gütig genug, nicht das Letztere anzunehmen, sondern ihnen nur jenen Mangel an Wissen zuzuschreiben, dessen Ursprung unser Strafgesetz mit dem Ausdrucke „gänzlich verwahrloste Erziehung" kennzeichne. Es sey aber unerhört, daß man Abgeordnete, die durch ihr Mandat in eine peinliche Situation versetzt wurden und die redlich ihre Pflicht thaten, in einer solchen Art angreife. Der Redner untersucht, was denn Hr. Skene seinerseits wolle, und kommt auf das Ergebniß: gar Nichts! Gegen die Quotenbestimmung wende Derselbe Nichts ein, eben so wenig, mit Ausnahme einer

stylistischen Aenderung bei §. 2. gegen das Gesetz über die Staatsschuld, und mit dem Handelsvertrage sey er gleichfalls einverstanden. Da sey es doch auffallend, wie aus so sehr großen Worten ein so sehr kleines Ding hervorgehe, auf einen so starken Anlauf ein so klägliches Resultat zum Vorschein komme! Freilich beantrage der Hr. Abgeordnete auch eine „Resolution", aber durch deren etwaige Annahme werde ja Nichts an dem Gesetze verändert. In Bezug auf die Hauptfrage setzte Dr. Herbst sehr triftig auseinander, daß es sich bei dem vorliegenden Gesetz um den Ausgleich mit Ungarn handle, nicht um den Stand unserer Finanzen, welcher ohne jenen Ausgleich um Nichts besser seyn würde. (Hr. Skene schien nämlich in einigen seiner Phrasen einen Staatsbankerott anzuempfehlen, während er in anderen wieder davon zurückkam.) Die Erfahrung gibt hierin dem Abgeordneten Herbst Recht; ja, es läßt sich noch weiter beifügen, daß ohne die Aussöhnung mit Ungarn der Kredit Oesterreichs wahrscheinlich nur um so schlimmer stünde: Dies zeigt die Haltung der Börse, welche sich denn auch im gegenwärtigen Augenblicke durch die Unglücksprophezeiungen des Hrn. Skene nicht im mindesten beeinflussen ließ. Auch der ausführliche Vortrag des Finanzministers in der gestrigen Sitzung machte auf die Abendbörse einen günstigen Eindruck. Er bemäntelte nicht die großen Schwierigkeiten der Finanzlage, wies aber entschieden alles einem Staatsbankerott Aehnliche zurück, und zählte die Hilfsquellen auf, die er aus Ersparnissen in der Verwaltung, Reformen im Steuerwesen, Hebung des Erwerbs ꝛc. zu ziehen hofft. Aehnliches ist nun freilich auch schon früher gesagt worden: allein Hr. v. Becke gab auch Ziffern bei, die einen greifbaren Anhaltspunkt darbieten. An direkten Steuern sind diesseits der Leitha von Januar bis Oktober d. J. um 2,799,000 Fl., an indirekten um 3,518,000 Fl. mehr eingegangen, als im Präliminare des Jahres 1867 vorgesehen war; das Bergwerkswesen, welches für die westliche Reichshälfte nur mit 800,000 Fl. präliminirt war, hat bereits über 3 Millionen Reinertrag geliefert. Ein besonderes Gewicht legt der Minister auf eine Steuerreform: er gibt zu, daß wir viele Steuerpflichtige haben, die schwer unter der Last leiden, aber er glaubt, daß es in Oesterreich auch sehr Viele gibt, die keineswegs im Verhältniß ihrer Steuerkraft in Anspruch genommen sind, daß gerade Diese sich einer Reform entgegensetzen, und daß in einer richtigen Vertheilung ein

Hauptvortheil für den Staat liegt. Bezüglich der Grundsteuer erklärt der Minister eine Revision des Katasters für unerläßlich.

---

13. Dezember 1867.

So ganz und gar abgestorben ist der Pessimismus in Oesterreich noch nicht: es gibt noch standhafte Anhänger jener Sorte von Patriotismus, die sich mit Nichts zufrieden gibt, als mit der Unzufriedenheit, und sich Etwas zu gute thut auf ihre Ueberzeugung, daß es schlechter nicht seyn könnte. In Bezug auf den ungarischen Ausgleich namentlich läßt sie sich nur grollend und polternd aus. Hätte man sich auf die zentralistische Partei gestützt, welche von Hrn. v. Schmerling mit seiner Reichseinheit abfiel, so wäre mit Hilfe Jener, die sich in Ungarn so hingebend aus dem Deutschen ins Magyarische übersetzen, den Magyaren leichtlich zu imponiren gewesen; mit der Gewährung unbeschränkter Freiheit hätte man ihnen dann vollends die Hände gebunden, und vermöge dieser ausgiebigen Mittel den jetzigen Dualismus gar nicht nöthig gehabt. Die gesammte europäische Presse ist bestochen (aus dem österreichischen Subventionsfonds), sonst müßte sie Das einsehen. Wie so es gelungen ist, auch die Mehrheit des österreichischen Abgeordnetenhauses zu gewinnen, läßt man dahin gestellt; in Pesth übrigens wurde schon einmal eine Stimme laut, die auch die ungarischen Ausgleichsvertheidiger für bestochen taxirte.

Solche und ähnliche Ansichten sind denn unleugbar ein hübsches Muster von Pessimismus, aber weiter sind sie auch Nichts; praktisch läßt sich damit lediglich Nichts anfangen. Es gibt auch andere Leute, die den Bestand der Reichseinheit dem Dualismus vorgezogen hätten; allein da sich schlechterdings kein Mittel fand, entweder Ungarn in den weiteren Reichsrath zu bringen oder die Anhänger des letzteren im Interesse der Einheit auf ein Stück Freiheit verzichten zu lassen, so ergab sich die Versöhnung dieser beiden Gegensätze von Freiheit und Einheit als faktisch unmöglich. Die Freiheit im Allgemeinen schloß für Ungarn im Besondern jederzeit die Freiheit in sich, aus dem weiteren Reichsrath wegzubleiben und der Sache der Reichseinheit nach Belieben zu opponiren. Hier war jeder sonstige Ausweg abgesperrt. Auch die allerausgedehnteste Freiheit, von welcher ein Theil der Zentralisten eben die Einheit

erhoffte, hätte in Nichts die Lage der Dinge zu ändern vermocht: denn naturgemäß besteht für Jeden die Freiheit nicht in Dem, was Andere wollen, sondern in Dem, was er selber will. Der weitere Reichsrath war auf die Länge unhaltbar, war nur die Supposition einer vollen Reichsvertretung, so lange die eine Hälfte des Reichs daraus wegblieb: hineinbringen aber konnte man Ungarn weder durch Zwang noch durch Freiheit, und ein Drittes gab's nicht.

So hat sich in Oesterreich der Dualismus herangebildet: in Gestalt der Nichtbeschickung des Reichsraths war er längst vorhanden, auch in der Blüthezeit des Ministeriums Schmerling, und der jetzige Ausgleich ist nicht die Wunde, sondern vielmehr das Pflaster darauf, um sie zur Vernarbung zu bringen. Hätte man das Pflaster nicht nöthig gehabt, wäre es allerdings besser gewesen: allein zu was auf der Welt sollte es gut seyn, wenn man den Verband wieder abrisse? Schon ein fortwährendes Zerren daran ist „nahezu unvernünftig."

Der Ausgleich selbst ist nicht die Schöpfung einer freien Wahl: der Dualismus ist weder theoretisch aus einem Prinzip entsprungen, noch macht er Anspruch darauf, ein politisches Ideal zu seyn: die jüngste Gestaltung desselben, wie sie jetzt vorliegt, ist einfach die Anerkennung einer schon vorher da gewesenen Thatsache. Man mag diese Thatsache beklagen, aber geändert wird dadurch an ihren Grundlagen in dem Boden der Wirklichkeit Nichts: die leere Klage darüber ist unfruchtbar, politisch impotent, und deshalb parlamentarisch nichtssagend.

14. Dezember 1867.

Die Differenzen zwischen den beiden Häusern des Reichsraths in Betreff der Grundgesetze sind erledigt: das Herrenhaus hat diejenigen Punkte, an denen das andere Haus festhielt, unverändert angenommen. Frhr. v. Lichtenfels sprach im Namen der mehr zentralistischen Richtung das Motiv aus, daß sie den Vorwurf einer Verzögerung des Verfassungswerkes nicht auf sich laden wolle; Ritter von Schmerling, welcher sich übrigens während der Abstimmung absentirte, fügte den Wunsch bei, der von dem Herrenhaus ausgeübte Akt von Selbstverleugnung möge auch nach Verdienst gewürdigt werden, nämlich dadurch, daß man nicht fortwährend neue

Zugeständnisse an die Autonomie der einzelnen Länder auf Kosten des Reichs in Anspruch nehme. Das Haus der Abgeordneten seinerseits hat den finanziellen Ausgleich mit Ungarn (Antheilsbestimmung an den Kosten der gemeinsamen Angelegenheiten und an der Staatsschuld) durchberathen und die zwei betreffenden Gesetze mit sehr großer Majorität angenommen; gegen das erstere stimmten nur etwa 10 Mitglieder, und bei §. 1 des letzteren schrumpfte die mit Hrn. Skene zusammengehende Minorität gar auf 8 ein. So weit also stünde Alles gut, aber es liegt noch ein Stein des Anstoßes querüber, der gleichsam nur so gelegentlich in die Fahrbahn gewälzt wurde. Es ist Dies eine von dem Abg. v. Perger beantragte „Resolution" folgenden Inhalts: „Der Umstand, daß Ungarn zu den Lasten des Staates, Verzinsung und Tilgung der allgemeinen Staatsschuld, nur einen fixen, keiner weiteren Aenderung unterliegenden Jahresbeitrag zu leisten erklärt, begründet für die im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder keine neue und rechtliche Verbindlichkeit, den ganzen hiedurch nicht bedeckten Rest des Erfordernisses für die Verzinsung und Tilgung der Staatsschuld zu übernehmen und zu bedecken, und es behält sich die Vertretung dieser Königreiche und Länder vor, über die Tilgung der Staatsschuld und deren Verzinsung, so wie über deren Bedeckung nachträglich ihre Beschlüsse zu fassen." Eine ähnliche Resolution hatte Hr. Skene im Sinn: es sah fast so aus, als ob man beinebens die Bequemlichkeit eines Staatsbankerotts diskutiren wolle. Eine Einwendung gegen das Ausgleichsgesetz in Betreff der Staatsschuld soll es offenbar nicht seyn, denn dieses ist ja beinahe einhellig angenommen worden, und zwar nach Stellung des Antrags auf jene Resolution, welcher nun erst in der heutigen Sitzung zur Debatte kommt. Es scheint, daß das Haus durch den Antrag des Hrn. v. Perger gewissermaßen überrumpelt worden ist: er wurde so vielseitig unterstützt, als ob er schon zum voraus die Majorität für sich hätte, und doch steckten nachher die Mitglieder verschiedener Klubbs überrascht die Köpfe zusammen, wie um im Hause selbst eine mangelnde Vorberathung nachzuholen. Wie es heißt, will der Klubb der Linken heute einen Antrag einbringen, daß man „in Erwägung, daß durch die Annahme des Ausgleichs kein Ausspruch über den Beitrag der diesseitigen Reichshälfte zu den Zinsen der Staatsschuld enthalten sey", über die von Hrn. v. Perger vorgeschlagene Resolution

zur Tagesordnung übergehe. Wenn ich Dies richtig auslege, so ist es eine Verweisung der Frage in die Büdgetberathung, wohin sie gehört, denn es handelt sich ja um einen Bestandtheil des Büdgets. Der Finanzminister gab übrigens gestern mehrfache befriedigende Erklärungen ab: mit baaren 30 Millionen kommt er in das neue Jahr hinüber, und schon in den nächsten Tagen wird er das Haus um Ermächtigung zu einer Finanzoperation bitten, durch die, nebst bedeutenden Ersparnissen des Staatshaushaltes, ein baarer Betrag von 15 Millionen beigebracht werden soll. (Man spricht von einem Verkaufe von Staatsforsten.) Was Hrn. Skene betrifft, welcher nun von Hrn. v. Perger unversehens überholt ist, so wies Hr. Brestel ausführlich nach, daß in dem Minoritätsberichte z. B. 300 Millionen Kapital zu viel für die Zinsenleistung gerechnet sind; auf eine Einrede des Hrn. Skene bemerkte er weiter, er könne nicht auf alle Einzelheiten eingehen, sonst müßte er beispielsweise in Betreff der Como-Rentenscheine anführen, daß deren mehr, als es überhaupt gebe, als amortisirt aufgezählt seyen.

Mit Petitionen gegen und für das Konkordat geht es in beiden Häusern noch immer fort. Im Herrenhause übergab Fürst Sanguszko eine mit 84,000 Unterschriften aus Westgalizien für das Konkordat.

Die neue tschechische Zeitung, die mit Neujahr in Prag zu erscheinen anfängt, soll nun nicht, wie es früher projektirt war, „Wlast“ (Vaterland), sondern „Narodni Pokrok“ (nationaler Fortschritt) heißen. Als oberster Redakteur wird ein Hr. August Tonner (also abermals ein deutscher Name im Tschechenthum) genannt.

— —

15. Dezember 1867.

Endlich stehen wir vor thatsächlichen Resultaten, vor denen jedes Mißtrauen sich beugen muß: noch vor Neujahr wird auch diesseits der Leitha ein parlamentarisches Ministerium eingesetzt und die Neugestaltung Oesterreichs vermittelst der beschlossenen Grundgesetze gesichert seyn. Sonst treten neue Gesetze erst 45 Tage nach erfolgter Promulgation in Kraft; in der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses legte nun der Reichskanzler Frhr. v. Beust, da voraussichtlich das Ministerium nach Verlauf einiger Tage in der Lage seyn werde, eine Reihe der wichtigsten Gesetze der kaiserlichen

Sanktion zu unterbreiten, einen Gesetzentwurf vor, durch den bestimmt wird, daß die vier Staats-Grundgesetze (über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger, Einsetzung eines Reichsgerichts, die richterliche Gewalt, die Ausübung der Regierungs- und Vollzugsgewalt), das Gesetz über die Reichsvertretung, und endlich das Gesetz über die Behandlung der allen Ländern der österreichischen Monarchie gemeinsamen Angelegenheiten (Delegationsgesetz) mit dem Tage in Wirksamkeit treten, an welchem dieses eben vorgelegte Gesetz im „Reichsgesetzblatt" eingerückt erscheint. Die neue Verfassung diesseits der Leitha tritt also in allernächster Zeit in Kraft und Wirksamkeit. Das neue Ministerium seinerseits ist ebenfalls als unmittelbar bevorstehend angekündigt, indem in der gestrigen Sitzung der konfessionellen Kommission des Herrenhauses (Verhandlung über das Ehegesetz) die Minister Frhr. v. Beust und Dr. v. Hye, aus Anlaß einer Frage nach ihrer Auffassung, die Erklärung abgaben, es würde ein Votum von ihrer Seite unnütz seyn, da schon in den nächsten Tagen ein parlamentarisches Ministerium für die Reichsrathsländer in's Leben trete, und von diesem die Zuführung des Gesetzes zur kaiserlichen Sanktion zu geschehen habe. Fürst Carlos Auersperg, sagt man, ist mit der Bildung des neuen Ministeriums beauftragt.

Das Haus der Abgeordneten hat gestern das Gesetz in Betreff des Zoll- und Handelsbündnisses mit den Ländern der ungarischen Krone, d. h. zur Herstellung der Gleichartigkeit in allen Dingen, wo deren Ermanglung zu einer Zwischen Zolllinie führen würde, durchberathen und angenommen. Nicht ohne Aenderung übrigens, aber es steht in Aussicht, daß daran das endgiltige Einverständniß nicht scheitern wird. Damit wäre denn der finanzielle Ausgleich mit Ungarn am Ziel angelangt. Der Antrag des Hrn. v. Perger ist durchgefallen und dafür eine von Dr. Berger vorgeschlagene motivirte Tagesordnung angenommen, welche jedoch der Börse ebenfalls nicht ganz gefallen will. Ueber die Skene'sche Resolution erfolgte namentliche Abstimmung: es ergaben sich 31 Stimmen dafür und 123 dagegen; durch die Gründe des Hrn. Skene wenigstens ist also die Majorität nicht „bestochen" worden.

Auf dem ungarischen Landtage steht man noch immer bei der Berathung des Gesetzes über die Theilnahme an der gemeinsamen Staatsschuld. (Das Quotengesetz über die Betheiligung an den

laufenden Bedürfnissen der Gemeinsamkeit war schon früher erledigt, als hier in Wien.) Bedeutsam in jeder Hinsicht ist die gestrige Rede Deak's in der betreffenden Debatte. „Ungarn," sagte er unter Anderm, „habe in der Ueberzeugung, daß seine Kraft zu seiner Erhaltung nicht hinreiche, in dem Hause Habsburg nicht blos einen Herrscher, sondern auch eine Stütze gesucht. Die pragmatische Sanktion sey nicht blos als Gesetz zu ehren, sondern sie sey die Grundlage eines für Ungarn nothwendigen Bündnisses, um dessen willen selbst Opfer gebracht werden müßten. Ungarn würde die öffentliche Meinung Europa's gegen sich herausfordern, wenn es nicht an der Staatsschuld Theil nähme." So der populärste Vertreter echt ungarischer Anschauung! Und nun sage man noch, Oesterreich wäre politisch oder finanziell besser gefahren, wenn es den Ausgleich mit Ungarn nicht geschlossen hätte!!

19. Dezember 1867.

Die Politik scheint stillzustehen, bis das neue Ministerium beisammen ist. Das Haus der Abgeordneten ist mit Gegenständen von untergeordnetem Interesse beschäftigt; nur gestern kam vorübergehend Feuer in die Debatte, indem aus Anlaß einer Petition wieder einmal das Konkordat auf der Bühne erschien. Eigentlich war es keine Petition, sondern eine Erklärung, unterzeichnet von einem böhmischen Pfarrer (Hawlicek in Pomeisl), einem Kaplan (Wenzel Schuh) und einer Anzahl Gemeindegenossen. der Abg. Greuter hatte die Ueberschrift „Erklärung", so wie die schärfsten Stellen des Inhalts gestrichen, dem Schriftstücke die Ueberschrift „Petition" gegeben, und es als solche eingereicht. Da nun aber die durchstrichenen Stellen noch lesbar waren, und auch das Stehengebliebene ziemlich derbe Ausdrücke gegen das Haus der Abgeordneten enthielt, so beantragte der konfessionelle Ausschuß, die Eingabe als die Würde des Hauses verletzend abzuweisen und an den Abg. Greuter als Ueberreicher zurückzustellen. Indirekt schob man dem Letzteren, weil er Einzelnes gestrichen hatte, eine Art von Verantwortlichkeit für das nicht Gestrichene zu. Er berief sich dagegen auf den schneidenden Ton mancher Adressen gegen das Konkordat, und erklärte im Uebrigen, es liege ihm Nichts daran, wenn man ihm jetzt die Petition zurückgebe, denn der Zweck der Unterzeichner sey erreicht, nachdem sie zur Oeffent-

lichkeit gelangt sey. Ein Redner (Herbst) habe gesagt, daß in der Konkordatsfrage ganz Deutsch-Böhmen hinter ihm stehe: vorliegende Petition beweise das Gegentheil. (Pomeisl ist eine deutsche Gemeinde.) Bei der Abstimmung wurde der Antrag des Ausschusses mit großer Majorität angenommen.

Das Interesse des Tags ist gänzlich der Neubildung des Ministeriums zugewendet. Gestern hieß es, Fürst Karl von Auersperg habe seinen Auftrag, weil der Abg. Herbst nicht eintreten wolle, zurückgelegt, allein Dies war nicht richtig. Eine ablehnende Antwort von dieser Seite, wenn dazu ein Anlaß gegeben ist, würde keineswegs das Ganze umwerfen; man nennt auch die HH. v. Plener und Brestel für das Finanzministerium, und der Erstere hat dasselbe bekanntlich schon einmal innegehabt. Für das Ministerium des Innern scheint Dr. Giskra bereits gewonnen zu seyn. Die neuen Verfassungs- oder Grundgesetze sollen am Christfeste (gleichsam als Weihnachtsbescheerung) verkündigt werden.

Im Namen der Ausgleichskommission des Herrenhauses wird Frhr. v. Hock den Bericht erstatten. Derselbe spricht sich dahin aus, daß „die von dem Kaiser Oesterreichs für alle seine Länder kontrahirten Darlehen eine unabweisbare Schuld dieser Länder bleiben", und hält fest an der Hoffnung, „daß durch Weisheit und Opfermuth, Sparsamkeit in den öffentlichen Ausgaben, bessere Verwaltung und Vertheilung der Abgaben jene Summen erübrigt werden können, welche zur Befriedigung der Staatsgläubiger nothig sind."

Es ging ein Gerucht, der Erzbischoff von Olmütz gehe damit um, seine Residenz nach Kremsier zu verlegen, weil in Olmütz eine Petition gegen das Konkordat durchgedrungen war. Ich weiß nicht, ob das Gerücht irgend einen thatsächlichen Anhaltspunkt hatte; in der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses übrigens kam aus Kremsier eine von dem Bürgermeister und vielen Einwohnern unterzeichnete Adresse ein, die dem Hause die vollste Zustimmung zu seiner Haltung in der Konkordatsfrage ausspricht.

In Kroatien weisen die neuen Wahlen schon mannigfache unionsfreundliche Ergebnisse also fur eine Verständigung mit Ungarn auf. Trotz einiger panslawistischen Demonstrationen in Agram mit „Urah" rc., oder vielleicht gerade wegen derselben. Eine politische Verwarnung fur die Tschechen: das Anlehnen an russische Protektion wirkt abstoßend!

[illegible]

[illegible]

mehr der Vertagung entgegen, welche sich jedenfalls über die Feiertage, vielleicht auch noch etwas länger erstrecken soll. (Mit Hinzurechnung der Feiertage nach griechischem Ritus, dessen Kalender auf unsern 13. Januar erst Neujahr hat, würde die Feiertagsperiode ohnehin länger.)

Blickt man von jetzt um ein Jahr zurück, so stellen sich frappante Gegensätze zur Schau. Die Februarverfassung, die jetzt der Stamm eines astreichen Baumes geworden ist, hatte der Graf Belcredi sistirt, und zwar schwerlich mit der Absicht, jemals Blüthen und Früchte daran ansetzen zu lassen; mit dem Tschechenthum, das sich in der Zwischenzeit ungescheut als russisch-gesinnt demaskirt hat, kokettirte man von oben herunter, die Magyaren ihrerseits klagten über verschleppende Unsicherheit und Zweizüngigkeit, und die Deutschen vollends über eine Zurücksetzung und Rechtsverkürzung, so wie über eine Versäumniß und Verwahrlosung der Gesammtinteressen, welche einen Nagel nach dem andern in den Sarg des Reichs einzuschlagen schien. Wie unendlich anders ist Dies Alles geworden! Frhr. v. Beust hat für Oesterreich gethan und geleistet, was seiner Zeit Frhr. v. Stein für die preußische Monarchie!

23. Dezember 1867.

Die angekündigte Weihnachtsbescheerung hat sich eingestellt: die neuen Verfassungsgesetze stehen im Reichsgesetzblatt und vermöge Dessen auch bereits in Wirksamkeit. Das parlamentarische Ministerium jedoch ist noch nicht ganz fertig gebracht, obwohl man einige Zusagen von früher ablehnender Seite erhalten hat: die nächsten Tage werden ein definitives Ergebniß bringen. Inzwischen ist der Reichsrath bis zum 29. Januar vertagt, und dafür tritt alsbald nach Neujahr die Delegation zusammen, in welche die beiden Häuser gestern die auf jedes derselben kommende Anzahl von Mitgliedern (Oberhaus 20 und Unterhaus 40, nebst halb so viel Ersatzmännern) gewählt haben. Bei der Wahl im Abgeordnetenhause ergab sich ein Kuriosum in Bezug auf einige kleinere Kronländer, deren Landtage nur je zwei Abgeordnete in das Haus schicken, während im Schooße des Hauses diesen je zwei Abgeordneten, im Namen derselben Kronländer oder Landtage, die Erwählung von je einem Mitglied und je einem Ersatzmann in die Delegation zusteht. Um

tismus — hat nirgends in Deutschland geistige Sympathien erregt. Nun sollen zwei Gemeinderäthe hinausgeschickt werden, um „die Directoren der vorzüglichsten Lehrerseminarien persönlich kennen zu lernen." Diese auswärtigen Seminarien mögen gut seyn, aber das laute Ueberschreien, was doch am Ende der Hauptzweck jeder vernünftigen Debatte ist, versteht man hier sicherlich besser, als „in Deutschland draußen."

Die Narodni Listy melden als sicher, daß auf das Gesuch der Prager Bürgerinfanterie um Gestattung einzuführenden tschechischen Kommando's eine Antwort des Ministeriums herabgelangt sey, und zwar eine abschlägige. Die beigefügten Entscheidungsgründe, setzt das tschechische Blatt hinzu, sind sehr ausführlich und füllen zwei Bogen. Diese motivirenden Gründe scheinen auch sehr triftig zu seyn, denn die Narodni Listy hüten sich, auch nur eine Zeile davon mitzutheilen.

Daß das Tschechenthum sich russisch gefärbt hat, entzieht ihm der Reihe nach manche seiner frühern Protektoren. Einige böhmische Standesherren mit deutschem Namen, die gar lange Zeit mit den tschechischen Parteigängern kokettirten, treten nun mit Androhungen aller Art auf, um ihre Beamten von jeder Theilnahme an panslawistischen Umtrieben abzumahnen. Es geht daraus hervor: 1) daß es nöthig war, d. h. daß man gute Ursache dazu hatte; 2) daß früher eine Abmahnung dieser Art unterblieben war; 3) daß dem Tschechenthum eine seitherige Gönnerschaft für seine Agitationen nunmehr entzogen ist.

Die ungarische Deputirtentafel hat vorgestern in einer Nachtsitzung auch das Staatsschuldengesetz vollends angenommen. Der vollständige Ausgleich mit Ungarn ist nun beiderseits verbrieft und besiegelt. Es ist ein glückverheißendes Neujahrsangebinde für beide Theile.

---

25. Dezember 1867.

Noch immer Geburtswehen ohne ein Ergebniß: das parlamentarische Ministerium kommt so schwer zur Welt, als wäre es eine Zangengeburt. Fürst Carlos Auersperg, Dr. Giskra, und Professor Herbst sind über Weihnacht abwesend von Wien, und wenn die Verhandlungen brieflich oder telegraphisch im Gang erhalten werden, so bleibt der wahrscheinliche Abschluß doch wohl der mündlichen Besprechung vorbehalten. Von welcher Art die bei den Zauderern ob-

Ministeriums gerne nochmals eine Verdammung des Konkordats vernommen; „dreimal genäht", wie das Sprichwort sagt, „hält besser". Die neuen Minister selbst, im Besitze der Macht, werden sich wohl nicht mehr vor einer „Priesterherrschaft" fürchten, und wenn man nicht ängstlich ist, braucht man auch nicht leidenschaftlich oder gewaltthätig zu seyn. Allein genug, die Konkordatsgegner außerhalb des Ministeriums möchten ein „bon mot pour le peuple", wie man in Frankreich sagen würde. Der Name des Konkordats wirkt da gleich dem rothen Mantel, den man in den spanischen Stiergefechten verwendet: das blose Vorzeigen genügt, um einen Anrann hervorzubringen. Die Konkordatsfeindschaft greift in Dinge ein, wo man es kaum zusammenreimen kann. So z. B. läßt man die Verstorbenen allerdings von der Kirche einsegnen, nicht etwa vom Bürgermeisteramt, aber der Sarg wenigstens, und das Bahrtuch, und der Leichenwagen soll wo möglich von der Opposition geliefert werden, nicht von einem Meßner oder dergleichen. Als eine derartige Opposition nun hat sich hier eine Gesellschaft aufgethan, die sich für Wien abgeschmackter Weise einen französischen Namen beilegte, die „Entreprise des pompes funèbres", und ihre Oppositionseigenschaft hat ihr als mächtige Empfehlung gedient. Es mag seyn, daß sie auch billigere Rechnungen macht, als Andere, und daß sie in der Anordnung und Ausstattung einen bessern Geschmack an den Tag legt, als in der Wahl ihres Namens; allein auf was sie ihre eigentliche Popularität gründet, ersieht man am besten aus der Art, wie sie eine so eben entstandene Konkurrenzunternehmung bekämpft: es ist Dies eine deutsch benannte „Leichenbestattungsgesellschaft", und die alte „Entreprise" wirft ihr nun nicht etwa theurere Preise oder eine geringere Ausstattung vor, sondern sie macht einfach in den Blättern bekannt, die neuen Unternehmer seyen „verlappte Meßner und Konduktansager", womit denn in den Augen des großen Publikums die Sache abgethan und entschieden ist. Es kann nicht oft genug gesagt werden: das Konkordat wirkt in Wien antikirchlich, und diese Wirkung wird sich voraussichtlich noch steigern, wenn man nicht fallen läßt, was sich in der Erfahrung als zweckwidrig erwies.

Das neue Jahr und schon vorher die letzten Monate des alten haben uns auch eine Anzahl neuer Witzblätter gebracht, obwohl es deren bereits mehr als genug gab. Da ist z. B. der „Figaro", der

anbot und dabei den Selbstherrscher aller Reußen für den einzig rechtmäßigen Kaiser aller österreichischen Slawen erklärte, ist von dem Kaiser von Oesterreich begnadigt worden. Es ist ein Hr. Palecek, Buchhalter in einer Fabrik zu Liesing bei Wien. Durch einen Gnadenakt vom 22. Dezember wurde die gegen ihn wegen Hochverraths eingeleitete Untersuchung eingestellt, und er selbst in Folge Dessen sofort in Freiheit gesetzt. Es scheint nicht, daß er auf Grund von „Inkompetenz" Einrede dagegen erhob.

Der Fürst von Montenegro hat den HH. Palacky und Rieger den „Danilo-Orden" zweiter Klasse, drei andern tschechischen „Patrioten" derselben Richtung aber denselben Orden dritter Klasse verliehen. Es ist eine kuriose Taxirung, die für solche Führer, wie Palacky und Rieger, nur einen Orden zweiter Klasse hat, sie also gleichsam nur als „Patrioten" zweiten Rangs anerkennt. Die Tschechen überhaupt, scheint es, täuschen sich über die Schätzungshöhe, die ihnen der Panslawismus zukommen lassen würde, wenn er das Heft in die Hand bekäme.

Dem Reichskanzler Frhrn. v. Beust ist abermals ein städtisches Ehrenbürgerrecht verliehen worden, und zwar aus Anlaß der erfolgten Verkündigung der neuen Verfassungsrechte: es kommt von der Stadt Gaya in Mähren. Man sieht, diese Huldigung ist das gerade Gegentheil von Panslawismus.

28. Dezember 1867.

Oesterreich hat wieder Glück. Sadowa ist nicht unser Jena gewesen, denn es folgten keine Kapitulationen nach, wie die von Prenzlau, Pasewalk, Anklam, keine Festungsübergaben, wie die von Magdeburg, Stettin, Küstrin 2c.: aber gleichwie Preußen in der Schule des Unglücks den Grundstein zu einer neuen Zukunft legte, so ging für uns aus jener Feuertaufe eine Wiedergeburt zu verjüngtem Leben hervor. Die Erfahrung des Unglücks spornt die Willenskraft an, erhöht die Schärfe des geistigen Blicks, und in diesem Zusammenhang pflegt das neue Glück denn auch nachhaltig zu seyn. Was man erlangt hat, ist die Bedingung, aber zugleich auch das Unterpfand weiterer Erfolge: Frhr. v. Beust ist für Oesterreich geworden, was Frhr. v. Stein zu seiner Zeit für Preußen war.

vor, wenn ſich Oeſterreich in den Stand einer gleich guten Bewaffnung geſetzt hätte. Die Unterlaſſung war der Verluſt einer Entſcheidungsſchlacht. Eine parlamentariſche Regierung hätte darauf ſicherlich ein ſchärferes Auge gehabt, wäre auch wohl der querüber liegenden Hinderniſſe Meiſter geworden; ſo hätte ſie praktiſch für die Erhaltung des Friedens gewirkt, und zugleich das Anſehen der Macht ungeſchwächt erhalten.

Auch die Finanzen ſind ein Beſtandtheil der Machtfrage. In dieſem Betreff inſonderheit kommt dem parlamentariſchen Regiment eine günſtige Stimmung entgegen; es ſteht in dem Rufe, daß es hütend an der Kaſſe ſitzt, fleißig rechnet, Alles ſorgſam zuſammenhält, und zu ſparen weiß, wo Dies nur irgend am rechten Ort iſt. Eine ſolche Erſparniß z. B., wie jene, die uns den jüngſten Krieg zuzog, war an dem unrechten Ort angebracht: ſie iſt uns koloſſal theuer zu ſtehen gekommen. Finanziell Wunder thun, wie z. B. in einem Zuge die Einnahmen erhöhen und zugleich die Steuern herabſetzen, während doch die Steuern eben die Einnahmen ſind, kann man auch auf dem parlamentariſchen Wege nicht: wohl aber kann man den Druck einer Laſt durch zweckmäßige Vertheilung erleichtern, kann die Steuern billiger einziehen, kann durch Hebung Alles Deſſen, was zur öffentlichen Wohlfahrt beiträgt, auch die Hilfsquellen des Staats bereichern.

Sein eigen Volk bedrückt kein weiſer Mann,
Denn Das nur kann er, was jenes kann.

Produktive Ausgaben zu unterlaſſen, wenn man die Mittel dazu aufbringt, iſt für den Staat ſo wenig rathſam, als für den Privatmann ein Verzicht auf Erwerb; ſonſt aber muß ſich der Staat zu helfen wiſſen, wie es der Privatmann thut, wenn er ſeine Ausgaben nach ſeinen Einnahmen bemißt. Man muß lernen, ſich nach ſeiner Decke zu ſtrecken. Eine abſolute Ausnahme von dieſer Regel bildet für den Staat nur Das, was eine Lebensbedingung für ihn iſt: ſich ſelbſt aufgeben kann er freiwillig nicht, auch nicht aus Gründen der Erſparniß. Bei alledem bleibt der Durchpaß zwiſchen Scylla und Charybdis ſchwierig genug. Gerade im Finanzpunkt war der öſterreichiſche Peſſimismus bisher am ärgſten: es wird ſchon ſehr viel gewonnen ſeyn, wenn nur erſt wieder das rechte Vertrauen gewonnen iſt. Daß aber dem parlamentariſchen Syſtem das finanzielle Vertrauen williger die Hand bietet, als einer

[illegible]

haben, ohne einen haltbaren volksthümlichen Anhang unter den Tschechen selbst. Eine „neue Lombardei" wird Böhmen für uns jedenfalls nicht werden. Wenn die Bevölkerung der Lombardei zu zwei Fünftheilen eine deutsche, wenn der Großgrundbesitz dort in den Händen gut kaiserlich gesinnter Geschlechter, und wenn noch obendrein die italienische Sprache den Lombarden unverständlich gewesen wäre, wie es die russische den Tschechen ist: von der Lombardei aus hätten sich niemals die Blicke einer erklecklichen Sympathie nach dem Auslande gerichtet. Ueber ein tschechisches Russenthum bricht sich damit der Stab von selbst: es ist aussichtslos und ohne Zukunft.

Fassen wir Alles Dies in rechtem Verständniß zusammen, so legt es gegen früher einen handgreiflichen Fortschritt dar. Auf solcher thatsächlichen Grundlage gehen wir heitern Muths in das neue Jahr hinüber. Der Stern Oesterreichs leuchtet wieder: — also Glück auf!

29. Dezember 1867.

Auf morgen, spätestens übermorgen, erwartet man die Einsetzung des parlamentarischen Ministeriums. Es hat Mühe gekostet, ein solches zusammenzubringen. Da tauchte mit einem Male das Gespenst eines Ministeriums Thun auf; Graf Leo Thun nämlich hatte eine Audienz bei dem Kaiser gehabt, und auch Graf Moritz Esterhazy sollte in Wien gesehen worden seyn. Minister für Westösterreich mußte man haben, nachdem die Reichsminister nicht mehr in doppelter Eigenschaft fungiren sollten; wenn es mit den längst darum angegangenen Mitgliedern des Abgeordnetenhauses schließlich zu Nichts zu bringen war, so blieb nichts Anderes übrig, als daß man in der Noth sich anderwärts umsah. Diese Betrachtung, scheint es, gab denn endlich einen Ausschlag und brachte die zaudernden Elemente dahin, daß sie ihre Bedenklichkeiten überwanden. Wenn das Auftauchen des Namens Leo Thun eine Demonstration war, so hat sie somit ihre Dienste gethan; Andere versichern übrigens, der Graf habe sich in der That zugetraut, nach Auflösung des Abgeordnetenhauses durch Kompromisse nach verschiedenen Seiten hin die Erlangung einer Majorität als Ergebniß der Neuwahl durchzusetzen. Meines Erachtens wäre Dies ein sehr gefährliches Experiment gewesen; es hätte zu einer furchtbaren Erschütterung geführt,

Dem Interesse des Reichs ist Das schnurstracks entgegen: denn was man an das moderne Tschechenthum verliert, Das verliert man an eine notorische Empfänglichkeit für russische Umtriebe, welche denn doch selbstverständlich kein österreichisches Interesse sind. Die Tschechen haben eben so wenig einen vernünftigen Anspruch darauf, sich selbst russisch, als die Deutsch-Böhmen tschechisch zu machen. Mögen sie so tschechisch seyn, als ihnen beliebt: so weit sind sie in ihrem Recht. Allein den Deutsch-Böhmen das Tschechische aufzwingen zu wollen, während die Tschechen selbst ihre Sprache als für die größere Welt unbrauchbar bei Seite thun, um dafür russisch zu erlernen: Das ist der Gipfel eines logischen Unsinns, nicht eine Nationalbestrebung.

8. Januar [illegible]

Ein Ministerium aus dem Parlament: Das ist eine Umwälzung von unberechenbaren Folgen. Dem alten Pessimismus ist damit die Axt an die Wurzel gelegt. Was soll er in Zukunft mit sich anfangen? Es war seine süße freundliche Gewohnheit, stets in der Opposition zu seyn. Wer am Ministertisch saß, Der saß auf der Armensünderbank: Das verstand sich von selbst. [illegible]

[illegible]

politik auffaßt, insbesondere wo es sich um die Verhältnisse zum Ausland handelt. In Staaten von älterer Freiheitserfahrung weiß man sich wenigstens eines Punktes sicher, wo der Zwiespalt der Parteien aufhört: man erkennt ein gemeinsames Interesse, das jeden innern Streit überragt, und in diesem Interesse trifft man zusammen. Die Sache Englands ist dem Engländer nicht eine Frage dieses oder jenes Ministeriums, sondern er nimmt Partei für sie, weil er ein Engländer ist. Für ein bedrohtes Frankreich tritt der Franzose kämpfend ein, ohne Unterschied der politischen Farbe, mit der Waffe des Geistes, wie mit dem blanken Eisen, in der Presse, auf der Rednerbühne, in der Armee. Eine auswärtige Freundschaft für Frankreich wird der Franzose im französischen, eine auswärtige Sympathie für England der Engländer im englischen Interesse zu würdigen wissen; der Eine wie der Andere wird bereit seyn, zu hegen und zu pflegen, was in dem Vortheil seines Staats liegt. Nicht so der Pessimismus in Oesterreich. Für ihn waren ganz andere Motive maßgebend; Oesterreichs Freunde gingen ihn Nichts an. Es gab deren sehr warme in Deutschland; für eine deutsche Gesammtheit erschien ihnen die Ostmark als unentbehrlich, und darum hielten sie fest an Oesterreich als solchem, unabhängig von einer vorübergehenden Gestaltung. Auch gehörten diese deutschen Freunde Oesterreichs im übrigen den verschiedensten Parteien an: — ein Beweis, daß es sich hier um eines jener Interessen handelte, die jeden sonstigen Streit überragen. Allein gerade daran nahm der österreichische Pessimismus Anstoß. Diese Freunde hielten zu Oesterreich unter allen Umständen: sie hätten es sollen im Stich lassen, so oft ihnen Dieses oder Jenes in seinen innern Zuständen mißfällig war. Da sie Solches nicht thaten, waren sie offenbar „ministeriell", standen folglich mit der Armesünderbank in Zusammenhang, fielen also mit Recht der Verketzerung und Verfehmung anheim. So hielt es der Pessimismus mit der auswärtigen Politik. Sollte man ihm gefallen, so mußte man schelten und schimpfen auf Oesterreich: wer Das unterließ, Der war ein Reaktionär. Dagegen war z. B. eine Tendenz wie die der Kölnischen Zeitung ein wahres Ideal; so Etwas konnte man mit patriotischer Erbauung lesen, und that's auch. Wenn sie in ihren Angriffen auf Oesterreich ein bischen weit ging, so bewies Das nur den sehr hohen Grad ihrer Freiheitsliebe. Der Pessimismus hielt sich nämlich überzeugt,

[illegible] zu wenig Freiheit auf-
[illegible] um den Hals fallen. Es
[illegible] namentlich der Genesis zweier
[illegible] Hätte man diesen Leuten
[illegible] Gegner aus
[illegible] dieser Art
[illegible] Vertretung von
[illegible] Thatsachen
[illegible] Horizont.

[illegible] Schaden gebracht.
[illegible] auf die
[illegible] Freunde
[illegible] Wer noch ein
[illegible] kaltes Wasser
[illegible] und zwar auf immer."
[illegible] und mora-
[illegible] in das
[illegible] Ja, man thut
[illegible] eine gewisse
[illegible] zuschreibt;
[illegible] zu Hieb
[illegible] Wunder, daß es so
[illegible]

[illegible] wird es denn hoffentlich
[illegible] der Pessimismus einer gegen
Oesterreichs Bestand und [illegible] Presse zollte,
[illegible] selbst nicht für genial an-
[illegible] Diese eigenthümliche Art von politischer Reaktion geht nach
[illegible] eines parlamentarischen Ministeriums nunmehr in die
[illegible] Wer als Minister eintritt, bleibt jedenfalls sein eigener
Anhänger, d. h. er wird ministeriell; seine bisherige Partei müßte
von sich selbst abfallen, wenn sie es nicht ebenfalls würde; sie folgt
ja nur der vorangetragenen Fahne ihres Prinzips nach. Auswärtige
Feinde wird Oesterreich haben auch in seinem hochgefreiten Zustand,
[illegible] mit der verfluchten Schuldigkeit, Alles tadeln zu müssen, um
nicht für „ministeriell" zu gelten, ist es aus. Das ist keine patrio-
tische Tugend mehr. Man kann Hoffnung und Muth für die Zu-
kunft an den Tag legen, ohne darum politisch verketzert zu werden;

man kann in der auswärtigen Politik hinfort Partei nehmen für Oesterreich, ohne daß es ein herabsetzendes Achselzucken zur Folge hat: es ist nicht mehr ein Catonisches Erforderniß, Oesterreich dem Ausland als verfallen und verrottet hinzustellen, weil man andernfalls ein Reaktionär wäre. Der Pessimismus wird nicht mehr eine Handhabe für die Intriken eines Gegners seyn. Das parlamentarische Ministerium ist für alle diese Bresten eine Radikalkur; es war auch die einzige Lösung dieser Schwierigkeiten, und auf irgend einem andern Weg, als den man jetzt eingeschlagen hat, eine befriedigende Lösung nicht erlangbar. Das zu Grunde liegende Prinzip, diesmal als glückbringend erkannt, wird sich auch ferner als das rechte bewähren.

Es ist wahr, nicht Jedermann ist befriedigt, aber die weitaus überwiegende Majorität ist es. Die Süßigkeit der Opposition geht nun an eine Minorität über, welche damit in eine echt konstitutionelle Praxis eintritt; die Lage in der Minderheit ist ganz geeignet, sowohl den Genuß der Preßfreiheit als den aller andern Verfassungsrechte in ihrem vollen Werthe schätzen zu lehren. Auf diesem praktischen Wege hat sich die Freiheit Großbritanniens ausgebildet. Dort sind die Tories eben so gut konstitutionell wie die Whigs. Möge es in Oesterreich gleichmäßig so werden: es wird beiden Theilen, so wie der Gesammtheit, ein Gewinn seyn!

6. Januar 1868.

Die Gewohnheit ist eine zweite Natur: es kommt Manchen innerlich kurios vor, nicht mehr in der „Opposition" zu seyn, aber bis jetzt läßt sich dem neuen Ministerium in der That Nichts anhaben. Höchstens erhebt sich etwa ein leiser Tadel, daß es kein „Programm" ergehen ließ. Man sollte denken, alte parlamentarische Häuptlinge, die man nun schon seit Jahren über alle möglichen Gegenstände öffentlich sprechen hörte, bedürften nicht erst eines Programms ihrer Politik: sie bringen ja Alles fertig mit sich aus dem Parlament in das Ministerium, so daß schon ihre bloßen Namen ein politisches Programm sind. Indeß bei jenem Tadel, scheint es, waltet ein Hintergedanke ob, und der ist auf das Konkordat gerichtet. Die Furcht vor der sogenannten „Priesterherrschaft" ist nun einmal zur fixen Idee geworden. Man hätte zur Einweihung des neuen

„Kukuk", der „Kikeriki", die „Neue Geißel", das „Reibeisen", der „Wiener Punsch", der „Zeitgeist" ꝛc., also natürlich eine starke Konkurrenz um die Gunst des Publikums. Fast alle (nur die „Neue Geißel" ist nicht antikirchlich) sind in ihrer Art politische Doppelgänger des „Kladderadatsch", bringen stets wiederkehrende Variationen einer im Ganzen doch ziemlich seichten oder flachen Weltanschauung, und da nun der allgemeine Vorrath an Witz, in so viele Kanäle vertheilt, für jeden einzelnen nur einen geringeren Zufluß übrig läßt, so gilt es alle Kräfte aufzubieten, damit sich ein Blatt populär mache oder erhalte. Für das Populärste gilt immerhin ein recht derber Angriff auf irgend etwas Kirchliches, und ein etwa nachfolgender Preßprozeß nebst einer Verurtheilung für eine höchst wirksame, also nicht allzu theuer bezahlte Reklame. Diesen Weg hat denn das erst noch der Verbreitung bedürftige „Reibeisen" eingeschlagen. Es brachte unter Anderm mit der Ueberschrift: „Religionsmacherei" ein Rezept in Versen zu einer „mixtura Rauscheriana", nach der Art, „wie man in Rom Religion mache", zählte unter den Ingredientien „a) römisches Gift, b) tridentinische Finsterniß" auf, und schloß mit dem feinen Sprüchlein:

„[illegible]
[illegible]"

Es war, wie man sieht, nicht einmal Witz daran. In der Verhandlung vor Gericht vertheidigte sich der Verfasser und Herausgeber in der herkömmlichen Weise damit, daß er nicht die katholische Religion, sondern blos das Konkordat angegriffen habe, wurde aber von dem Gerichtshof, der darin denn doch einen Angriff auf die katholische Kirche erkannte, zu acht Tagen Gefängniß und 100 Fl. Kautionsverfall verurtheilt.

Die Spaltung unter den tschechischen Agitatoren wird immer sichtbarer. Einer der bisherigen Vorkampfer in Mähren, Dr. Prazak, will sich gänzlich aus der Politik zurückziehen und sich auf sein Advokatengeschäft beschränken. Es ist Dies bezeichnend genug, denn so lange noch eine deutsche Aristokratie, welche doch wahrlich in der russischen Willkührherrschaft auch über den Adel nicht ein Ideal europäischer Zivilisation erblicken kann, die russisch-tschechische Agitation protegirte, mußte Dies doch wohl auch dem „Geschäft" zuträglich sein. In Prag übrigens schreit die noch restirende Sippschaft nur um so lauter, je mehr sie inne wird, daß sie sich in Nöthen

befinden. Bei einem Feste, das der dortige Statthalter Frhr. v. Kellersperg gab, verlangten die tschechischen Blätter, daß kein Tscheche hingehen solle, wenn die Einladungskarte nicht in tschechischer Sprache geschrieben sei, und die Narodni Listy erklärten dieser Tage ganz ernsthaft: Man müsse sich so hoch erheben, daß nach seinem Herzschlag sich ganz Europa richte. Wien und Berlin, Paris und London fallen natürlich in Zukunft weg. Aber Moskau und Petersburg, wie steht es damit? Sollen die hochgeehrten Russen ihren tschechischen Hintersassen die Schleppe tragen?

7. Januar 1868.

Wenn man die Zuversicht ansieht, womit die tschechischen Ultras für ihre Ansprüche sich auf das „böhmische Staatsrecht“ zu berufen pflegen, so sollte man glauben, sie hätten Alles verbrieft und besiegelt in der Tasche. Dem ist jedoch nicht so. Was sie als „böhmisches Staatsrecht“ anrufen, das ist nicht verweisbar, weder auf Papier noch auf Pergament, weder geschrieben noch gedruckt, entzieht sich jeder Beglaubigung, und stellt in letzter Instanz ein Ding vor, das nicht ist, sondern erst gewünscht wird. Allein es ist da gewesen, sagen die Tschechen. Was sie damit im Auge haben, zeigt unter Anderm die jährliche Trauerdemonstration über den Verlust der Schlacht am Weißen Berge. Entweder haben diese Demonstrationen keinen Sinn, oder sie besagen, daß man sich hinter jene Schlacht zurückwünscht, d. h. daß man die Zustände, denen sie ein Ende machte, lieber erneuert sähe. Nun, damals hatte sich Böhmen von Oesterreich losgesagt, und einen Kurfürsten von der Pfalz zum König erwählt. Daß sich die Sache ein Jahr lang hielt, ehe sie wieder verschwand, ist eine historische Erinnerung, aber ein Recht auf Wiederholung erwächst daraus nicht. Eben so gut könnte man sagen, tschechische Patrioten hätten das Recht, alljährlich zwei geheime Räthe und einen Sekretarius aus dem Fenster zu werfen, weil Solches am 23. Mai 1618 einmal geschehen ist. Die Thäter selbst beriefen sich in ihrer Vertheidigungsschrift wirklich auf ein böhmisches Herkommen: „nach altem Gebrauch und Exempel, so in dieser Krone Böheimb und Prager Städten mehr zu finden.“*) Vor dem gesunden Menschenverstande sind derartige Ansprüche so viel werth als z. B. ein Prätentionsfeld für das Königreich Jerusalem

zu einem Wappen. Indeß, wenn man auch die Schwäche des Arguments selber einsah, man konnte desselben nicht entbehren; die Berufung auf ein angeblich historisches Recht war ein Nothbehelf, weil das Prinzip der Nationalität seinen Dienst versagte. Letzteres hätte den *Deutsch*-Böhmen ja dieselbe Freiheit zugesprochen, wie den Tschechen auch, und Das eben wollte man nicht. Das Prinzip der Nationalität ist für die tschechischen Ansprüche unbrauchbar. Was man will, Das widerspricht ihm sogar. Denn man will 1) eine Vereinigung Mährens und Schlesiens mit Böhmen: Das ist die „tschechische Krone“; sodann will man 2) eine solche *Absonderung* dieses Komplexes von dem österreichischen Mittelpunkte, daß man innerhalb des abgesonderten Theils die Deutschen als eine *Minorität* zu unterjochen und das Prinzip der Nationalität mit Füßen zu treten vermöchte: Das ist das „böhmische Staatsrecht“. In welcher Art man das Werk durchführen würde, davon geben von Zeit zu Zeit Prager Exzesse ein Müsterchen ab. Im Schatten der „tschechischen Krone“ würden die Deutschen jenes Komplexes politische Sklaven der Tschechen sein, denen ihrerseits wieder das Russenthum über den Kopf wüchse; die Ersteren also würden eine *doppelte* Knute über sich haben. Ein „böhmisches Staatsrecht“ in diesem Sinn wäre ein Rückfall in die Barbarei!

8. Januar 1868.

Gestern kam der gegen den „Figaro“ eingeleitete Preßprozeß zur Verhandlung. Die Anklage war gegen drei Artikel gerichtet, die sich mit den Ueberschriften: „Neue Litanei für die Braven des „Volksfreundes“, „Miserere“, und „Viktor Emanuel's Gebet“ in drei verschiedenen Nummern des Figaro befanden; in dem auf solche Art hervortretenden Gebrauch kirchlicher Gebetsformen zur Einrahmung eines spöttischen Witzspiels erkannte die Staatsanwaltschaft eine Herabwürdigung religiöser Einrichtungen und klagte den verantwortlichen Redakteur deßhalb des in §. 303 des Strafgesetzes bezeichneten Vergehens an. Es läßt sich nicht wohl verkennen, daß in dem Kontrast zwischen einer auf kirchliche Andachtsgebräuche anspielenden *Form* und einem in diesen Rahmen eingefügten kirchenfeindlichen *Inhalt* schon an sich eine Frivolität liegt; auch war es ausdrücklich die gewählte Form, die von Seite der Staats

anwaltschaft beanstandet wurde, ohne Eingehen auf die Tendenz der Artikel selbst. Der Angeklagte berief sich unter Anderm auf die Kapuzinerpredigt in Schiller's Wallenstein: eine nicht ganz haltbare Parallele übrigens, denn der Dichter hatte ein dramatisches Werk, Figuren, die er als historische Typen auffaßte, mit in ein Zeitgemälde einzureihen, während für den Redakteur eines Witzblattes lediglich keine Veranlassung vorliegt, einer beliebigen humoristischen Ergießung die Form einer Litanei, des Vaterunsers, oder eines sonstigen Gebetes zu geben. Weiter jedoch bemerkte der Angeklagte, er habe als ein erfahrener Redakteur die drei Artikel, die ihm zugesandt worden waren, nicht auf einmal zum Abdrucke gebracht, sondern anfänglich nur einen davon, in Nr. 47, und erst, als dieser unbehelligt blieb, in Nr. 48, also nach Verfluß einer Woche den zweiten, und erst in Nr. 50, also wieder vierzehn Tage nach dem zweiten den dritten ähnlicher Art. Endlich legte er zwei Nummern des Figaro vom Jahre 1861 vor, mit zwei Artikeln unter ähnlichen Titeln: „der Glaube" und „die Litanei". Der Staatsanwalt beharrte nichtsdestoweniger auf Anwendung des §. 303, empfahl jedoch Gebrauch des Milderungsrechtes bei dem Strafausmaß; der Gerichtshof erkannte, es liege objektiv der Thatbestand des Vergehens nach §. 303 des Strafgesetzes vor, fehle aber subjektiv der Nachweis der bösen Absicht, und verurtheilte den Angeklagten nach §. 33 des Preßgesetzes, wegen „Vernachlässigung pflichtmäßiger Obsorge", zu 150 fl. Strafe und 50 fl. Kautionsverfall.

Als ob es nicht schon skandalös genug wäre, daß Wiener Christinnen zum Judenthum übergehen, hat sich nun der weitere Fall ereignet, daß von rabbinischer Seite der Uebergang nicht einmal angenommen wird. Vorgestern sollte hier die Trauung eines israelitischen Arztes mit einem jüdisch gewordenen Christenmädchen stattfinden; allein siehe da, der Rabbiner, der die Trauung vornehmen sollte, ein Dr. Hildesheim aus Eisenstadt in Ungarn, wohin der Bräutigam gemeindezuständig ist, legte sein Veto gegen die Verbindung ein, weil ihm die von drei Rabbinern in Frankfurt a. M., Darmstadt, und Offenbach ausgestellten Zeugnisse für den Glaubenswechsel der Braut nicht als genügend erschienen. Mit andern Worten, er hegte den Verdacht, der Glaubenswechsel sey nur aus äußerlichen Gründen erfolgt, womit er nicht unwahrscheinlich Recht hatte, und hielt Das seiner Religion für unwürdig, wie es selbst-

verständlich auch der aufgegebenen christlichen Religion unwürdig war. Er hatte nur ein feineres Gefühl dafür, als der Bräutigam. Letzterer bewirbt sich nun um das Bürgerrecht in Wien, auf das er unter solchen Umständen einen Popularitätsanspruch hat, und hofft da einen „geistreicheren" Rabbiner zu finden, als den „Zeloten" von Eisenstadt. Der „Zelot" freilich meinte es offenbar ehrlich!

In Prag ist anstatt des zurückgetretenen Dr. Bielsky nun Dr. Klaudy zum Bürgermeister erwählt worden. Er gehört zu der tschechischen Partei: die Jungtschechen indeß stimmten gegen ihn. Es ist eine dornige Stellung, die ihn erwartet: auch soll er selbst vertraulich geäußert haben: „Muß ich denn durchaus Bürgermeister werden, um für Jedermann der Gegenstand zu seyn, an dem man sich reibt?"

9. Januar 1868.

Auf den 15. erwartet man den Zusammentritt der Delegationen, d. h. jeder von beiden einzeln, da bekanntlich Ungarn diese Art von Zellensystem in seinem Ausgleich durchsetzte. So viel man vernimmt, sind die magyarischen Delegirten entschlossen, sich in amtlicher Weise nicht anders als magyarisch anreden zu lassen, was denn die Klausur ihres Zellensystems noch etwas mehr verengert. Mit den Kroaten sprachen sie in der „Regnikolardeputation" deutsch, weil sich in dieser Sprache allein beide Theile gegenseitig verstanden: in Ungarn selbst, wo die Magyaren eine blosse Minorität sind, bereiten sich zeitgemäße Konzessionen an die Ungarn anderer Zungen vor, welche man nicht mehr im Namen der Verfassung absolutistisch behandeln kann: allein mit Deutschen anders als magyarisch zu reden, Das fällt diesen Herrn nicht ein. Der Anblick so vieler Deutschen, die sich in Ungarn freiwillig in ein magyarisches Model umgossen (es gehört Nichts dazu, als ein schmiegsamer Nudelteig), scheint sie verführt zu haben, auch die Deutschen diesseits der Leitha nicht höher zu tariren. Den ersten Grund dazu legte die „Aula" von 1848 mit ihren „ungarischen Sympathien": — noch jetzt eine gefeierte Erinnerung bei Leuten, deren politisches Verständniß nicht weiter reicht.

Dem neu erwählten Bürgermeister von Prag, Dr. Klaudy, rühmt man nach, daß er trotz aller tschechischen Klubbentschließungen noch am längsten auf dem böhmischen Landtage deutsch sprach, auch noch

heute Frack und „Zylinder“ statt der tschechischen „Tschamara“ trägt. (Die „Tschamara“ ist ganz der polnische Schnürrock, nur daß bei den Tschechen diese „Polonaise“, früher auch eine deutsche Studententracht, nun eigentlich ein russisches Herz bedeckt.) Als Bürgermeister von Prag wird Hr. Klaudy jedenfalls weniger ein Schiebender, als vielmehr ein Geschobener seyn, wie er richtig vorausahnte. Die Tschechen, unter sich im Zerwürfniß, werden ihn als Gegenstand der Friktion in die Mitte nehmen (selbst ein Mühlstein gibt da Staub und Gebröfel ab), und die Deutschen in Böhmen haben immerhin etwas mehr geistige Schneide, als die Hampelmänner in Pesth. Ausnahmsweise kommt es freilich auch in Böhmen und Mähren noch vor, daß z. B. ein Hr. Spatz oder Sperling es für eine Auszeichnung hält, als eingebildeter Urtscheche blos in tschechischem Idiom Reden und Vorträge zu halten. Aber im Wesentlichen ist diese ältere Modenarrheit denn doch schon so ziemlich eine abgelebte.

In Agram (Kroatien) haben skandalöse Auftritte stattgefunden, weil sich die Geistlichkeit weigerte, einen Selbstmörder kirchlich zu bestatten und einzusegnen. Auf dem Kirchhofe selbst wurde ein Kaplan, der Dies im Namen des Stadtpfarrers nochmals verkündigte, durch Schimpfworte, Ohrfeigen, Bewerfen mit Koth, und Zerreißung der Kleider eines „Bessern“ belehrt, und auf dem Rückwege warf der andächtige Leichenzug sodann im Stadtpfarrhause sämmtliche Fenster ein. Im Jahre 1847 sang man in Leipzig zum Fenstereinwerfen in der Regel das Lied: „Eine feste Burg ist unser Gott!“ Es geht Nichts über die Herrschaft der reinen Vernunft!

In Gratz ist ein junger Beamter, Schwiegersohn des hiesigen Staatsraths-Präsidenten Frhrn. v. Lichtenfels, in der herkömmlichen Weise überfahren worden: Kopf und Brustkasten waren so schwer beschädigt, daß er nach einigen Tagen furchtbaren Leidens starb. Auch hier in Wien ist vorgestern ein Mann von 38 Jahren, ein Braumeister, überfahren worden: die Räder gingen ihm über den Kopf, und er liegt in Lebensgefahr bei den Barmherzigen Brüdern. Mögen alle Freiheiten blühen, aber die des Ueberfahrens unschuldiger Mitmenschen: censeo, eam esse delendam!

11. Januar 1868.

Man spricht von bevorstehenden mehrfachen Aenderungen in der höheren Administration, d. h. in der Besetzung der Statthalterposten. Es ist Dies nicht eine Art von persönlicher Reaktion, sondern eine natürliche Folge des neu eingetretenen Systems, da die Verantwortlichkeit der Minister selbstverständlich eine für ihre politische Gesammtanschauung zuverlässige und ihr entsprechende Sinnesart bei Jenen voraussetzt, die in einem einflußreichen Geschäftskreise zu politischer Mitwirkung berufen sind. Freilich werden auf diese Art, bei öfterer Wiederkehr eines Ministerwechsels, manche sonst tüchtige Persönlichkeiten frühzeitig gleichsam abgenützt und die Lasten der Pensionsliste verhältnißmäßig erhöht, allein Das ist von einem wahrhaft konstitutionellen System unzertrennlich. In Oesterreich kommt überdies noch eine besondere Eigenthümlichkeit dabei in Betracht. Den Landtagen gegenüber, aus denen das Unterhaus des Reichsrathes hervorgeht, sind die Statthalter die Vertreter des politischen Gedankens des Ministeriums in einer Weise, wie sie z. B. bei einem französischen Präfekten nicht vorkommt, auch nicht bei einem preußischen Oberpräsidenten, da ja der Provinziallandtag oder das conseil général nicht zugleich die Abgeordneten zur Volksvertretung in Berlin oder Paris erwählt, und es ist einleuchtend, daß ein österreichischer Statthalter die ihm zugewiesene eigenthümliche Stellung nicht wohl auszufüllen vermag, wenn er nicht ein Mann des Vertrauens für das Ministerium ist, wie die Minister Männer des Vertrauens für die parlamentarische Majorität sind. Wo im Verlauf einer längeren Wirksamkeit und durch die Art derselben einem Statthalter eine bestimmte politische Färbung persönlich anhaften blieb, da wird er selbst nicht wünschen, durch ein Beibehalten seines Postens zu einer Umfärbung genöthigt zu seyn.

Für das im kommenden Sommer hier abzuhaltende deutsche Schützenfest (ich muß gestehen, daß ich auf das in Sänger-, Schützen-, und Turnerfesten „machende" Demonstrationswesen, nachdem es durch einen Bürgerkrieg verhöhnt worden, keine politischen Häuser baue) sind schon alle Vorbereitungen im Gang. Eine Deputation des Hauptkomitee's hat dem Kaiser bereits ein Exemplar der Schießordnung überreicht, dabei den ehrerbietigsten Dank für die Ueberlassung der entsprechenden Räumlichkeiten im Prater dargebracht,

direktion die Geographie studieren, so könnte sie herausfinden, daß, wenn die Verbindung zwischen Wien und Prag offen ist, man über Dresden und Breslau mit nur 12 Stunden Verspätung die Korrespondenz nach Krakau sehr leicht befördern könnte." Folgt noch eine Klage über die „Herren Beamten", welche nämlich froh seyen, wenn ihnen „ein Elementarereigniß außergewöhnliche Ferien gebe."

Endlich hat einen Rosselenker eine für Andere warnende, wenn auch wohl kaum hinreichende Strafe wegen Ueberfahrens erreicht. Der Fuhrmann eines Schotterwagens, der im Oktober v. J. einen vor ihm hergehenden Arbeiter mit einem Stoßkarren, anstatt ihm auszuweichen, von hinten niederrannte, so daß der Ueberfahrene bald darauf an den Folgen der Verwundung starb, ist dieser Tage gerichtlich zu sechs Monaten strengen Arrestes verurtheilt worden. Der Verurtheilte hatte sich vor Gericht roh genug geäußert: „Wär' er ausg'wichen, wär's Malhör nöt g'schehen: warum weicht so a Kerl nöt aus!"

Zum Schluß zwei der neuesten Wiener Witze. Der eine besteht aus dem kurzen Reim:

„Finanzminister Brestel,
Der rettet uns das Restel."

Der andere bildet ein Zwiegespräch: „No, jetzt hab'n wir Alles in Fülle." „„Wie so Das?"" „Ei, weil wir a reich's Kriegsministe[rium] und a reich's Finanzministerium hab'n." (Reichs—.)

13. Januar 1868.

Seit den Gesetzen über Versammlungs- und Vereinsrecht hat sich auch die soziale Arbeiterfrage wieder als brennend angemeldet. Von Seiten der Anhänger Lasalle's ist hier ein „Arbeiterbildungsverein" bereits konstituirt und in Wirksamkeit begriffen; ihm gegenüber war ein „Zentralverein der arbeitenden Klassen" angebahnt, welcher sich den Grundsätzen von Schulze-Delitzsch anschließen sollte, jedoch schon in den Anfängen seiner Entwicklung einem stürmischen Anlaufe des ersteren unterlag. Diese Entscheidung erfolgte gestern. Ein „Arbeitertag" hatte für den projektirten Zentralverein ein Komitee erwählt, an dessen Spitze Hr. Keßler (ein Beamter der Südbahn) stand; in einer abermaligen Arbeiterversammlung, welche gestern Nachmittag im „Universum" an der Taborlinie tagte, legte

[illegible] Hr. [illegible] das [illegible] der [illegible] Hauptsatz in [illegible] Produktiv- [illegible] zur Erwerbung von [illegible] für die [illegible] Zeit ver- [illegible] von sich [illegible] Hr. Keßler [illegible] nur mit dem Hinweis, daß [illegible] waren seine [illegible] längst [illegible] worden. Der inzwischen in's Leben [illegible] „Selbsthilfe“ nach Schulze-Delitzsch, sondern die „Staatshilfe“ [illegible] in dem [illegible] eine Zersplitterung der [illegible], und in diesem Sinne traten seine Führer auf dem [illegible] auf. Hr. Keßler zog dabei den [illegible] die sonst [illegible] Schlagworte „die schwarzen Sklaven in Amerika“ sagte er u. A., „sind heute freier, als die weißen in Europa“ halfen ihm zu Nichts. Es waren zwischen 3- und 400 Arbeiter versammelt; am Schlusse stellte sich heraus, daß er nicht auf 100 davon zählen konnte. Erst appellirte man gegen ihn an das Interesse der Einigkeit: was er wolle, das führe zu einer Spaltung, während der Streit, ob Staats- oder Selbsthilfe, ja ganz wohl innerhalb des bereits bestehenden Arbeiterbildungsvereins ausgetragen werden könne; dann stellte man das Stichwort auf, in einer Arbeiterversammlung sollten nur Arbeiter zum Worte zugelassen werden, und auch nur ein Arbeiter sollte den Vorsitz führen; hierauf ging man weiter, erklärte Schulze-Delitzsch für einen „Verräther am Arbeiterstand“, Denjenigen, der Konsumvereine und andere auf Selbsthilfe gegründete Assoziationen als Mittel bezeichne, die Lage der Arbeiter gründlich zu verbessern, für einen „Lügner“, beschuldigte Hrn. Keßler in's Gesicht, daß er persönliche Interessen verfolge, und als Dieser in dem unentwirrbaren Sturm die Versammlung für aufgelöst erklärte, setzte man statt seiner einen andern Präsidenten ein: Hrn. Mühlhauser, Obmann des Arbeiterbildungsvereins. Schließlich wurde der Antrag eines Hrn. Hartung: „Um einer Zersplitterung vorzubeugen, beschließen die Versammelten, sich dem Arbeiterbildungsverein anzuschließen und innerhalb dieses Vereins die in ihrer Mitte bestehenden Gegensätze auszugleichen zu suchen“, zur Abstimmung gebracht

und durch Handmehr gegen blos 4 Opponenten zum Beschluß erhoben. Obwohl die gewählte Fassung erst von einem Ausgleich der Gegensätze spricht, ist dieser Ausgang thatsächlich doch bereits ein Sieg der Lasalleaner. Es wird nun in der Leopoldstadt (dieser Vorstadt zunächst liegt der gestrige Versammlungsplatz) eine Filiale des Arbeiterbildungsvereins gegründet werden.

In Ottakring (auf der entgegengesetzten Seite der Hauptstadt) ist eine solche gleichfalls im Werden begriffen, und es fand zu diesem Zwecke vorgestern im Saale des dortigen Brauhauses eine Versammlung statt, die von 5- bis 600 Arbeitern besucht war. Der Inhalt der gehaltenen Ansprachen war dem der im „Universum" gehaltenen im Ganzen gleichartig, nur etwas derber im Ausdruck. Wenn es beispielsweise im „Universum" hieß:

„Ich erkenne den Segen der Sparvereine an; was haben aber Die davon, die nicht sparen können? Und doch sollen sie sparen für Konsumvereine, sparen für Rohstoffvereine, sparen für Produktivassoziationen, und endlich sparen für Leichenvereine, damit sie sich ordentlich begraben lassen können" —

so hieß es in Ottakring schon etwas drastischer:

„Freilich, Die haben gut vom Sparen reden, die Champagner und Austern frühstücken, aber der Arbeiter kann in Wirklichkeit seinem Körper kaum so viel an Nahrung zuführen, als er durch Arbeit verbraucht."

Ein anderer Redner sagte: „Man will jetzt die Arbeiterbewegung durch Konsum- und Sparvereine hemmen. Warum fiel Das den Herren nicht vor einigen Jahren ein, als Tausende von Arbeitern brodlos wurden? Der „Gewerbebund" will Kosthäuser errichten. Will man die Arbeiter vielleicht mit Rumforder Suppe speisen, wie im Jahre 1848? Wir wollen freie Bürger eines freien Volksstaates werden; wir wollen keine privilegirten Stände mehr. Arbeiterwohnungen will man auch errichten; vielleicht damit eines schönen Morgens die Häuser bewacht sind und man Gefängnisse daraus macht?"

Ein dritter Redner äußerte unter Anderm: „Haben wir nicht ein Recht auf die Hilfe des Staates, die wir 80 Prozent des Volkes bilden" (diese Ziffer ist übrigens faktisch weitaus zu hoch gegriffen), „und die sechsfache Steuer der Reichen und die größte Blutsteuer entrichten? Trotzdem sind wir noch immer politische

Parias. Blicken Sie auf den Reichsrath: Sie finden dort Advokaten, Geschäftsleute, Adelige, aber keinen Vertreter des Proletariats, und wer bedarf nöthiger der Vertretung, als dieses?" Der Redner will allgemeines Wahlrecht mit geheimer Abstimmung und Diätenbezug, Verminderung der Feiertage, und Herabsetzung der Arbeitszeit von 12 bis 14 Stunden täglich auf höchstens 8 bis 9. „Die Arbeiter Wiens sollen die Pioniere sein für die Arbeiter des ganzen Reiches, und der Arbeiterbildungsverein in Wien soll die Bildung unter den Arbeitern der Provinz verbreiten." Diese mit rauschendem Beifall aufgenommene Rede Ertl heißt der Redner schloß mit den Worten: „Durch Bildung wollen wir den Andern uns gleichstellen; wenn wir in der Bildung zurückblieben, so sind nicht wir schuld daran, sondern das Bürgerthum, von dem wir abhängen. Aber das *Bürgerthum* hat sich *überlebt*, und die Arbeiter werden seine *Erbschaft* antreten und sie anzutreten wissen."

Gleichsam zur Milderung sagte in einer späteren Ansprache Hr. Hartung: „Wir wollen Alles durch die *Gesetzgebung* erreichen, denn vor dem Gesetze sind wir Menschen, vor dem Kapitalisten blos eine Waare." „Schlimmer als Hausthiere", hatte ein Anderer gesagt.

Man sieht, während das eigentliche Parlament in den Ferien ist, hat sich improvisirt eine Art von Nebenparlament aufgethan, und es weist ganz bemerkenswerthe Sprechtalente auf. Unterschätzen darf man diese Bewegung nicht; Manche, die bisher anspruchsvoll gegen *vornehin* Front machten, werden überrascht sein, zu sehen, daß es auch *hinter* ihnen Ansprüche gibt.

14. Januar 1869.

Wie unendlich schwer es hält, sich in einem alten *Polizeistaat* an die *Freiheit* zu gewöhnen, ersieht man stets von neuem wieder an unserer Tagespresse. Der Gedanke an gleiche Freiheit für Andere will ihr durchaus nicht in den Kopf. So hat man z. B. in Ungarn für Garibaldi gesammelt seltsam genug, da das italienische Einheitsprinzip nicht blos Triest anspricht, was den Herren in Pesth etwa gleichgiltig sein mag, sondern auch das ungarische Fiume, über das die Magyaren mit den Kroaten so hitzig

im Streite liegen) und es erhob sich keine Stimme gegen jene Sammlung. Jedenfalls bestritt man nicht die Freiheit dazu; man rief nicht die Polizei dagegen an. Nun aber, da der Ausschuß eines katholischen Vereins einen Aufruf zur Unterstützung der päbstlichen Armee ergehen läßt, da ist mit einem Male Feuer im Dach. Daß die Gegner der Sache sie öffentlich bekämpfen, Das ist ihre Freiheit: daß aber ihre Meinung nicht als zwingende Vorschrift angenommen zu werden braucht, Das ist die Freiheit der Andern, — ein politisches Gegengewicht, ohne welches die erstere lediglich ein Privilegium, ein Monopol, d. h. ein Despotismus wäre. Aus diesem naheliegenden Grunde verstößt es auch gegen alle Logik, zu sagen, jener Aufruf habe vielleicht zu zeigen beabsichtigt, daß man „sich um die neuen Regierungsprinzipien nicht kümmere“: denn das neue Regierungsprinzip ist ja eben die Freiheit und das gleiche Recht für Jedermann. Auch von einer „Ausbeutung des Publikums“, der sich das Ministerium hoffentlich widersetzen werde, kann man nicht wohl sprechen, ohne daß man in die alte Doktrin zurückfiele, wonach das Volk schlechtweg unmündig war. Und Das will man für freisinnig ausgeben! In England fiele Das keinem ernsten Politiker ein, vor Allem aber der Presse nicht, deren Freiheit genau auf demselben Prinzip beruht, wie die Glaubensfreiheit, nämlich auf der Freiheitsberechtigung verschiedener, ja sogar entgegengesetzter Standpunkte. In Preußen, obwohl die Mehrheit seiner Bevölkerung nicht katholisch ist, hat man den katholischen Sammlungen kein Hinderniß in den Weg gelegt: warum sollte man es in Oesterreich thun?

Ein Raubmord, der hier dieser Tage von einem sogenannten „Bettgeher“ an der Frau seines Unterstandgebers begangen wurde, und der großes Aufsehen macht, ist Veranlassung geworden, daß manche Unterstandsgeber den Miethern jener Art kündigten, und greift hiedurch mit in die soziale Frage ein, welche ohnehin durch Vereine ꝛc. an der Tagesordnung ist. Schon jene eigenthümliche Miethverhältniß selbst ist ein beachtungswerther Uebelstand, der sich zu sozialer Verbesserung empfiehlt. Ein Bettgeher ist nämlich der Miether eines Bettes in einem von Andern oft sehr zahlreich mitbewohnten Zimmer, und diese Art von Miethe ist die wohlfeilste Unterkunft für Solche, die den Tag über keiner Wohnstätte bedürfen, sondern in Fabriken und andern Arbeitsräumen beschäftigt sind.

und zwar bei angeblichen Anhängern derselben, welche deren Erhaltung und Dauer wünschen, so wäre Dies eine Erscheinung von höchlich befremdender Art; denn nur ein überwiegender Sinn für Freiheit vermochte den Mangel an Sinn für die Einheit zu motiviren, und wer am Ende dieser Freiheitsbestrebung dem erreichten Ziele keinen festen Boden zutraut, Der erklärt damit, seine ganze Politik sey ein Messer ohne Klinge und Heft gewesen. Traute man sich die Erlangung der Freiheit zu, warum nicht auch die Bewahrung der erlangten? Falls aber Letzteres nicht, warum half man vorher die Einheit umwerfen, auf daß man schließlich bei der Entbehrung beider ankäme? Das hieße ja sich für politisch unzurechnungsfähig erklären!

Eine ängstliche Seele, sagt das Sprichwort, hält sich selbst im Himmel nicht für sicher. Aengstlichkeit ist der Grundzug des Mißtrauens;, bis jetzt aber hat man noch nirgends in eine Verfassung gesetzt: man schreibe den Staatsbürgern so viel Zuversicht auf sich selbst zu, daß man erwarte, sie würden sich ihrer Rechte auch zu bedienen wissen. So Etwas setzt man voraus; es ist die Sache der Staatsbürger selbst.

Motivirt wird das Mißtrauen auch nicht durch die Umstände, unter denen die Entwicklung erfolgt ist. Es wuchs Eines aus dem Andern heraus als natürliche Folge, jeder Schritt bedingte den folgenden, und das konsequent eingehaltene System in dieser Aufstufung verlieh dem Ganzen das volle Gepräge einer Aufrichtigkeit ohne Hinterhalt. „Ja," wendet das Mißtrauen ein, „aber das Konkordat! Noch immer ist es nicht für aufgehoben erklärt!" Gestatte man mir, zu sagen, daß gerade hierin eine Bürgschaft weiter liegt. Es mag Dies auf den ersten Anblick paradox erscheinen, aber sehen wir einmal näher zu! Zuvörderst, wenn man sich schwer entschließt, sich einer gegebenen (ob auch bestreitbaren) Zusage einseitig zu entbinden, so ist Das, man wird es zugeben müssen, für die Einhaltung anderer Zusagen eher ein gutes Vorzeichen, als ein schlimmes. Sodann aber — und Das ist ein sehr beachtungswerther Punkt — gibt es bekanntlich eine Ablenkungspolitik, die es für einen Vortheil ansieht, irgend eine Bewegung von dem politischen Gebiete lieber auf ein kirchliches hinüberzuleiten: nun, die Zögerung mit dem Konkordat lehnt eine solche Politik auf das alleranschaulichste ab, hat sie gleich von vorn herein unwiderruflich bei Seite gesetzt.

Der Haß gegen das Konkordat war in Oesterreich fast zur fixen Idee geworden; er stand voran in der ganzen Oppositionsbewegung. Jene Ablenkungspolitik würde gesagt haben: „Wohlan, geben wir vor Allem das Konkordat auf, vollständig, mit einem Federstrich durch und durch; hiemit wird die Opposition getheilt, die Bewegung abgestumpft, und nach politischen Zugeständnissen wird man dann gar nicht mehr so viel verlangen; daran ersparen wir sonach." Es war eine Zeit, gleich zu Anfang, wo ein solcher Kunstgriff hätte gelingen mögen. Das Beamtenthum der alten Schule, in seiner großen Mehrheit dem Konkordat abgeneigt, wäre mit entgegenkommendem Verständniß darauf eingegangen. Für die Freiheit in Oesterreich war es besser, daß es anders kam.

Es ist ein altes politisches Rezept in Deutschland, jene Ablenkungsmethode; sie hat oftmals in deutschen Staaten eine Rolle gespielt, und zwar meist mit dem Erfolg, den man von ihr erwartete. Protestantischer Absolutismus hat sich lange damit gefristet, daß er dem Volk erlaubte, an dem Knochen eines kirchlichen Streites zu nagen; auch sonst helle Köpfe verbissen sich daran, und von politischer Freiheit war daneben keine Rede. Man vergaß sie als etwas Irdisches; man hatte keine Muße für sie übrig. So wie der Wallfischfänger dem Leviathan des Meeres eine Tonne zum Spielen hinwirft, oder so wie die Napoleonische Politik (sie hat Nachahmer) von den Fragen innerer Freiheit ablenkt durch einen Krieg nach außen, so diente dort eine Aufregung von kirchlicher Farbe als ein Ventil an dem politischen Dampfkessel, als eine Beschäftigung des Volks mit andern Dingen, als eine ableitende Ausfüllung der Phantasie, als eine Spieltonne für den Bewegungsdrang, als eine wohlfeile Abfindung für politisches Leben. Exempla sunt odiosa; doch sey hier ausnahmsweise der sogenannten Ronge'schen Bewegung gedacht. Seit Columbus Amerika entdeckt hatte, verlegte sich Niemand darauf, es zum zweiten Male zu entdecken; Johannes Ronge aber setzte sich 1845 in den Kopf, die Reformation des 16. Jahrhunderts nochmals zu erfinden. In so weit war es eigentlich keine Neuerung; es war gleichsam eine wohlfeilere Ausgabe des alten Werks, auf grauem Druckpapier und ohne Kupfer. Dessenungeachtet fand sie eine Zeit lang populären Anklang. Jene Blätter, die am besten die Naivetät des großen Publikums repräsentiren, warfen sich mit Fanatismus auf die Sache, und Dies war

Bei der Arbeiterversammlung in Penzing ging für die Nothleidenden in Ostpreußen eine Kollekte herum. Der Beitrag eines Einzelnen war auf höchstens 5 Kreuzer bestimmt; dessenungeachtet kamen zwischen 11 und 12 Fl. zusammen. Ehre der Armuth, die wieder selbst spendet!

---

21. Januar 1868.

Es scheint den Tschechen darum zu thun, um jeden Preis von sich reden zu machen: von diesem Standpunkt aus finden denn auch die pöbelhaften Exzesse, die vorgestern in Prag vor sich gingen, eine Motivirung. Von jedem andern aus läßt sich nicht einmal ein Beweggrund entdecken. Die tschechischen Parteiblätter hatten angekündigt, das „Volk" (d. h. der Pöbel) werde einen Fackelzug zu Ehren des Ministers Herbst nicht dulden: mit andern Worten: sie hatten für diesen Fall mit Exzessen gedroht. Wie schon so oft früher, legte das fanatische Tschechenthum auch hierin wieder an den Tag, daß es auf eine Willkührherrschaft über die Deutschböhmen ausgeht und schon den bloßen Anspruch auf Gleichberechtigung von ihrer Seite als Beleidigung aufnimmt. Nun gaben aber die deutschen Studenten auf Bitte des Ministers selbst, welcher jeden Anstoß zu vermeiden wünschte, den Plan eines Fackelzugs auf: gleichwohl brach am Abend des 19. der für den entgegengesetzten Fall angedrohte Tumult aus, bestehend in dem Lärm, Hohngeschrei, Johlen, Pfeifen, und Steinewerfen eines „süßen Pöbels" vor dem deutschen Kasino. Die städtische Polizei und die Beschwichtigungsversuche des Bürgermeisters Klaudy (obwohl dieser selbst zu der tschechischen Partei gehört) erwiesen sich als machtlos, und, wie die Narodni Listy sich ausdrücken, „als die Polizei die Massen mit Gewalt auseinandertreiben wollte, kam es auf mehreren Punkten zu heftigen Prügeleien, wobei aber überall die Polizei den Kürzeren zog." Von dem deutschen Kasino weg zog der Pöbelhaufe vor die tschechische „Beseda" (das norddeutsche: „Ressource"), wo das Geschrei sich als Beifall manifestirte, und zuletzt zu dem Standbilde des h. Wenzel, wo noch etwas Weniges gebrüllt wurde, dann aber auf den Kommandoruf: „Der Zweck ist erreicht, auseinander!" die Menge Gehorsam leistete und sich zerstreute. Auch zu dem Beginne des Tumults hatte eine Art von Kommando (ein schriller Pfiff) das Signal gegeben; Kenner von derartigen Dingen fällen das Urtheil, es sei

[illegible] der ungarischen Delegation ebenfalls [illegible] man glaubt, daß sie auf [illegible] fallen wird. [illegible]

[illegible] der [illegible]präsident Graf Anton [illegible] befindet sich der ehemalige [illegible] man bemerkte, daß der [illegible] Bei der Audienz der [illegible] mit dem Grafen [illegible] und unter den üb[illegible] besonders lang[illegible] Kaiser, und [illegible]

[illegible] dem Reichsrathe, [illegible] über die Gründung [illegible] vorgelegt [illegible] aber in den Arb[illegible] eine [illegible] der [illegible] Es gebe unter [illegible], daß [illegible] der Sache liege. [illegible]

Dr. v. Waser, bisher Präsident des Landesgerichts in Klagenfurt, ist zum Sektionschef im Justizministerium, Dr. Glaser, bisher Professor an der hiesigen Universität, zum Sektionschef im Ministerium für Kultus und Unterricht ernannt worden.

---

22. Januar 1868.

Gestern Abend haben sich die Exzesse in Prag erneuert. Diesmal richtete sich der Angriff auch auf das deutsche Landestheater, wo man die Fenster einwarf; in der Hauptsache jedoch galten die Feindseligkeiten dem Bankett zu Ehren des Ministers Herbst. Um 6 Uhr begann die Zusammenrottung vor dem deutschen Kasino; um 8 Uhr, da die Gemeindepolizei und die berittene Gendarmerie nicht Meister wurde, rückten zwei Bataillone Infanterie und eine Schwadron Husaren aus, welche von den bedrohten Deutschen mit Hochrufen begrüßt wurden; es kamen Arretirungen und leichte Verwundungen vor; um 11 Uhr war der Auflauf bis auf einen Rest von Pöbelhaufen in der Breiten Gasse, wo sich das deutsche Kasino befindet, zu Ende. Aus den nun einlaufenden näheren Nachrichten über die Exzesse vom 19. ersieht man unter Anderm, daß gleich dem Bürgermeister Klaudy auch der alte Palacky, welcher übrigens längst von seinen Schülern überholt ist, bei einem Beschwichtigungsversuch der rohen Masse mit Hohn überschüttet wurde; dafür empfing der Pöbel den zufällig vorüberkommenden frühern Bürgermeister Bielsky mit lautem Beifall, schlug aber um, als man bemerkte, daß Bielsky einen Zylinderhut aufhatte, und verfolgte ihn dann pfeifend bis an seine Wohnung. Das Hauptgeschrei, außer „Slava"! und „Ura"! (das russische Hurrah), war: „pereat Beust!" und „pereat Herbst!" und zur Abwechselung: „at zhyne" (nieder mit dem) „dualismus". Der Pokrok und die Narodni Listy erzählen Dies Alles mit sichtlichem Wohlgefallen; die letzteren gehen so weit, z. B. den (erfolglosen) Einschreitungsversuch des k. k. Polizeioberkommissärs Tedera an der Spitze von 12 Gendarmen als „eine überflüssige k. k. Staffage" zu bezeichnen. Arretirt wurden am 19. nur 5 Personen, von denen eine gewaltsam wieder befreit wurde; der Hauptmann der Kommunalwache trug einige Püffe und der Magistratssekretär einen heftigen Stoß auf die Brust davon; ein städtischer Polizeiagent, nachdem er den nach seinem Kopfe gerichteten Hieb eines sogenannten

„Ziskastockes" glücklich parirt hatte, erlitt eine Verwundung anderer Art durch Bisse in die Hand. Welchen Eindruck diese Prager Exzesse hier in Wien machen, entnimmt sich beispielsweise aus folgenden Worten des Neuen Fremdenblattes: „Frühere Ministerien mußten durch ein gewisses Augenzudrücken sich den Schein der Freisinnigkeit geben; denn in Ermangelung eines Staatsrechtes, oder in dem Gefühle, das Staatsrecht verletzt zu haben, war bei ihnen Alles Willkühr und eigenmächtiges Vorgehen. Die gegenwärtige Regierung aber fußt auf einem bestimmten Staatsrecht und hat weiter Nichts zu thun, als sämmtliche Organe des Gesetzes im Lande in strengster Weise an ihre Pflicht zu mahnen, welche in der Ausübung der Gesetze und in dem Schutz individueller Rechte besteht. Sonst werden die Deutschen in Böhmen danken für eine Freiheit, in welcher es dem ersten-besten tschechischen Schlingel straflos hingeht, ihnen in's Gesicht zu spucken, den Hut einzutreiben, oder auch nur mit Spottliedern das Ohr zu beleidigen."

Während in Prag, wie man an dem Beispiele des Bürgermeisters Klaudy sieht, ein Zylinderhut gleichsam als eine Beleidigung des löblichen Tschechenthums aufgenommen wird, kommt in Pesth umgekehrt die europäische Tracht wieder zu Ehren. Der „Hazank" hatte gerügt, daß auf einem Ball einige „Tiger" (Benennung der Linken von dem Gasthause gleichen Namens als Sitz ihres Klubbs) im schwarzen Frack erschienen, aber der „Hon" weist diese Rüge entschieden zurück. Unter dem Drucke der absoluten Gewalt sey das Nationalkleid eines der Mittel gewesen, durch die allein die Darlegung einer Opposition thunlich war; „jetzt aber, wo wir in der Lage sind, unsern Ansichten einen zweckmäßigern Ausdruck zu geben, ist die Kleiderdemonstration überflüssig, und eine solche Scheidewand zwischen den gebildeten Nationen des Westens und uns keineswegs wünschenswerth."

Es ist die Rede davon, das bisherige Oberkommando in ein „Reichs-Truppeninspektorat" zu verwandeln, welches dem verantwortlichen Reichs-Kriegsministerium unterstehen soll. Der Sinn der Aenderung läuft auf die Herstellung einer besser ineinander greifenden Einheit hinaus, wie sie zugleich den Voraussetzungen der Ministerverantwortlichkeit entspricht. In der Armee soll aus Ersparnißrücksichten das Avancement auf unbestimmte Zeit sistirt werden.

Seit dem neuen Vereinsgesetze schießen die politischen Vereine

hier wie Pilze aus dem Boden empor. Die drei neuesten sind der „demokratische Fortschritt" in der Josephstadt, der „deutsch-demokratische Verein" in der Vorstadt Landstraße, und der sozial-politische „Verein der Fortschrittsfreunde in Wien" in der innern Stadt. Dagegen droht dem alten „Schutzvereine zur Rettung verwahrloster Kinder" eine Zersplitterung, weil die Mehrheit der Direktion beschloß, die Leitung des Rettungshauses in Penzing den Schulbrüdern, welche dieselbe seit zwei Monaten provisorisch versahen, nunmehr definitiv zu übertragen. Der Beschluß wurde mit nur einer Stimme Majorität (sechs gegen fünf) gefaßt, und hierauf meldeten drei Direktionsmitglieder sofort ihren Austritt an. Wenn es sich noch um „geistreiche Rabbiner" gehandelt hätte; — aber Schulbrüder, Gott sey bei uns, Das war zu viel verlangt!

23. Januar 1867.

Nach den geistigen Urhebern der Prager Exzesse wird man nicht lange zu suchen brauchen: die tumultuirende Menge zog nämlich unter Anderm auch vor die Redaktion der Narodni Listy und brüllte „Slava", bis der Eigenthümer des Blattes, Dr. Julius Gregr, an dem offenen Fenster erschien und eine Ansprache hielt. Der Schluß derselben lautete wörtlich: „Wir haben Dies vollendet, um zu beweisen, daß wir unsere heiligsten Rechte zu wahren wissen; jetzt aber erscheint es angemessen, daß wir nach Hause gehen." Dieser Rath blieb übrigens unbefolgt. So wie am 19. Palacky, so fiel am 21. auch Dr. Rieger mit seinen Mahnungen zur Ruhe durch. „Wer die eigene Freiheit will," rief er, „muß auch die Freiheit Anderer achten." Allein jede Nummer der tschechischen Agitationsblätter setzt sich in flagranten Widerspruch mit diesem Satz. Der „Pokrok" z. B. sagte aus Anlaß der Sonntagsexzesse in einem Feuilleton, dessen Titel „Pereat" war: „Und dann sagt man, es gebe keine muthige Jugend in Prag, es gebe keine Studentenschaft, es gebe keine Tschechen in Prag! O, ihr Herren Fakulanten, (Anspielung auf den Fackelzug) wer gerne mit Schwefelhölzchen spielt, Den quälen in der Nacht unliebsame Träume. Und das Kasino? Im Schatten der Bajonnette wird es die traurigen Tage seines Vegetirens hinbringen, bis auch dort das Licht der Wahrheit tagen wird." Für das „Licht der Wahrheit" also öffnete man

wenn ein Verfassungsstaat weniger Schutz für seine Bürger, weniger Mittel für die Pflicht und das Interesse seiner Selbsterhaltung darböte, als ein anderer. England ist unter den Verfassungsstaaten ein Veteran; da es aber z. B. nicht gesonnen ist, Irland irgendwie aufzugeben oder abzutreten, so macht es pflichtschuldig von den gesetzlichen Mitteln der Nothwehr Gebrauch, ohne falsche Sentimentalität. Jene Tschechen, die sich der russischen Volkshymne verschrieben haben, sind die „Fenier“ Oesterreichs.

---

25. Januar 1868.

Das Räderwerk der Delegationen knarrt und knirscht noch etwas, wie eine nicht eingeölte Maschine; aber es ist doch wenigstens im Gang, und am Ende wird man auch eine Wirkung damit erzielen. In Ungarn herrscht noch eine fabelhafte Furcht, das neue Institut könnte unversehens dazu führen, daß man „im Reich aufgehe“, und die Rücksicht auf diese Stimmung legt den ungarischen Delegirten, auch wenn ihr eigener Blick klarer ist, allerlei unfreiwillige Beschränkungen auf. So ist denn z. B. das Bankett, das die diesseitige Delegation der jenseitigen anbot, nicht zu Stande gekommen: die Ungarn lehnten es freundlich ab, denn sie seyen zum Zweck eines ernsten Geschäftes, nicht als Vergnügungszügler nach Wien gekommen. Das Geschäft geht allerdings ernst genug vor sich, indem jede Delegation der andern gleichsam taubstumm gegenübersteht. Alles, nur keine gemeinsame Debatte: die Ungarn könnten sonst über Nacht germanisirt werden. Selbst an der Bezeichnung „Reichs-Kriegsministerium“ und „Reichs-Finanzministerium“ haben sie Anstoß genommen, weßhalb in den für sie bestimmten Aktenstücken „gemeinsames Kriegsministerium“ und „gemeinsames Finanzministerium“ dafür gesetzt wird. In Betracht, daß die Gemeinsamkeit keineswegs eine ungarische Gleichheit der Lasten mit in sich schließt, ein sehr weit getriebener Förmlichkeitsanspruch! Auf der andern Seite wirkt die Unpopularität des Delegationsinstitutes in Ungarn, da die Delegirten sich nicht durch allzu langes Verweilen in Wien drüben in ein ungünstiges Licht setzen wollen, wenigstens auf eine Verkürzung des Geschäftsganges ein, welcher bei der ungarischen Sylbenstecherei und Kümmelspalterei in Formfragen sonst gerne langsam und schwerfällig wird.

Von Seiten hiesiger Studenten geht eine Adresse mit Aus-

drücken der Sympathie an die Prager deutsche Studentenschaft ab. Was man an weitern Einzelheiten über die Prager Exzesse vernimmt, ist nur geeignet, den Eindruck der Entrüstung zu verstärken. Die Theilnehmer des Festbanketts kamen meist mit zerdrückten Hüten, nach erlittenen Insulten, und mit bedeutender Zeitverspätung an: Professor Höfler, welcher den Trinkspruch auf Herbst auszubringen hatte, brauchte volle dritthalb Stunden, um in das deutsche Kasino zu gelangen. Da am Theater sowohl Privatequipaschen als Fiakern die Wagenfenster eingeschlagen wurden, fand unter Anderm auch ein „Kavalier", der zu den eifrigsten Protektoren der tschechischen Umtriebe gehört, sich in die Nothwendigkeit versetzt, zu Fuß heimzugehen. An einem der abgesperrten Stadtthore war ein lärmender Volkshaufen bemüht, von außen her mit einer 30 Pfund schweren Eisenstange das kleinere Einlaßthürchen zu sprengen, ergriff aber die Flucht, als der kommandirende Offizier das Thor öffnen und seine Mannschaft einen Ausfall machen ließ. Es bestätigt sich, daß der Bürgermeister Klaudy für das Ausrücken des Militärs, was er als eine Beleidigung der Stadt ansah, Satisfaktion verlangte. Man hat die Leute verwöhnt. Noch an dem Tage der Einsetzung des neuen Bürgermeisters wurde die Feierlichkeit durch eine Wiederholung des ungesetzlichen tschechischen Kommando's verherrlicht. Das Prager „bürgerliche Infanteriekorps" besteht im Ganzen aus etwa 400 Mann mit etwa 20 Offizieren: die große Mehrheit leistet derzeit keinen Dienst, weil sie mit dem tschechischen Kommando nicht einverstanden ist. Bei jener Einsetzungsfeier rückten nur 60 Mann mit 5 Offizieren aus, und ein Major kommandirte deutsch, ein Hauptmann aber nicht anders als tschechisch, weil Dies statutenmäßig für unzulässig erklärt ist. Warum man sich nun schon viele Monate lang von einer solchen Handvoll tschechischer Soldatenspieler auf der Nase herumtanzen läßt, ist seinerseits schwer zu erklären, erklärt aber manches Andere.

In Agram, der Hauptstadt von Kroatien, erwartet man einen bevorstehenden Besuch des Kaisers. So melden wenigstens die „Horvatska Novine", welche man von dem Präsidium der Agramer Statthalterei für inspirirt hält. Der dortige Landtag hat den Protest der „national-liberalen" Partei ad acta gelegt: anstatt der ausgetretenen Mitglieder werden neue erwählt.

nehme. Er wurde auch in der That nicht wieder erwählt, und als später ein Arbeiter mahnte, es sei heilige Pflicht, Hrn. Keßler zum „Ehrenpräsidenten" zu ernennen, erhob sich ein Sturm, bis er seinen Antrag zurückzog. Der konstituirte Verein trägt nun den Namen: „Selbsthilfe", österreichischer Zentralverein der arbeitenden Klasse. Ein Hr. Ungar, der nachher in den Vereinsausschuß gewählt wurde, erklärte übrigens: „Wir sind keine Feinde der Lassalleaner; wir wollen Hand in Hand mit ihnen gehen, denn auch wir wollen die moralische Hilfe von Seite des Staates; freilich würden wir von dem Staate, wenn er einmal in der Lage wäre, uns eine pekuniäre Unterstützung zu geben, dieselbe nicht zurückweisen." Gleichzeitig wurde gestern im „Universum" eine Versammlung des „Arbeiterbildungsvereins" Lassalleaner gehalten; letztere war von ungefähr 2000 Arbeitern besucht, also fünfmal so stark, als die der „Selbsthilfe."

In der ungarischen Delegation ist man gegen den Vorschlag durch die Belassung jedes Regiments in seinem Werbebezirk eine Ersparniß zu erzielen. Die Magyaren verstehen sich trefflich darauf, das Interesse einer ungarischen Einheit zu wahren; sie wollen nicht, daß die slawischen Gebietstheile Ungarns oder gar ungarische Festungen ausschließlich mit Truppen slawischer Nationalität besetzt würden. Sehr naiv ist die Verwunderung, die ein hiesiges Blatt über dieses Motiv ausdrückt. „Das wäre," sagt es, „eine Gefahr, die sonderbarer Weise von den Deutschen des Reichsrathes übersehen wird, und da werden die sorglosen Deutschen von den Tschechen noch als Zentralisten und Gewaltmenschen verschrieen." Ganz richtig, die Sache greift tief genug: die Magyaren sind für Ungarn reine Zentralisten, und als solche haben sie für dort genau Das durchgesetzt, was sie einem Gesammtösterreich ihrerseits versagten; die Tschechen aber möchten den Magyaren Dies gerne nachthun, gehen deßhalb auf die Vergrößerung Böhmens durch den Zuschlag von Mähren und Schlesien aus, und trauen sich in der That eine endliche Durchsetzung ihres Verlangens zu, unter Anderm deßhalb weil es eben so wohl Deutsch-Oesterreicher gibt, die sich in das Tschechenthum übertragen, als in das Magyarenthum, sei es mit übersetzten oder mit unübersetzten Namen. Auch die Tschechen legen Dies als eine Unterordnung an geistigem Rang aus, und von da her rührt ein großer Theil ihrer Selbstüberhebung. Auch die Tschechen, wenn sie nach Wunsch ein abgesondertes Königreich hätten

Pöbel von großen historischen Erinnerungen durchzuckt wird, so läßt sich dagegen Nichts thun, als alle Werthsachen gut zu versperren. Man darf hier nur an die Hostomitzer Nagelschmiede erinnern, welche bekanntlich ihren Demonstrationen durch eine Reihe gelungener Einbruchsdiebstähle in Judenhäusern eine volkswirthschaftliche Seite abzugewinnen wußten: aufmerksame Statistiker wollen in der That gefunden haben, daß immer vor dem Herannahen großer tschechischer Erinnerungstage die Bestellungen unaufsperrbarer Kassen aus Böhmen am zahlreichsten einliefen." Das heißt denn allerdings al fresco aufgetragen, und die Tschechen rächen sich dafür auf ihre Weise.

In Triest ist wieder einmal ein Kanonenschlag gelegt worden, zwischen dem Theater und der k. k. Statthalterei, auf öffentlicher Straße: die Explosion zertrümmerte eine Anzahl Fenster. Es scheint, die „Vorbeeren" der russischen Tschechen haben die Irredenti Triests nicht schlafen lassen.

Schulze-Delitzsch hat an den Pesther Arbeiterverein einen aufmunternden Brief gerichtet. Derselbe möge sich nicht dadurch beirren lassen, daß in Wien die Anhänger seines Systems unterlegen seyen: um sein System zu würdigen, müsse man es genau kennen und vor Allem Etwas gelernt haben: Anhänger dieser Art seyen ihm unter den Wiener Arbeitern nicht bekannt.

Aus Agram wird gemeldet, daß die zwei erwählten Abgeordneten von Fiume eine Erklärung eingeschickt haben, daß sie die Beschlüsse des kroatischen Landtags nicht als für Fiume giltig anerkennen. Einer der beiden sitzt bereits im Landtage zu Pesth.

27. Januar 1868.

Hr. Keßler, der vor vierzehn Tagen im „Universum" aus dem Präsidium hinausgeschrieen wurde, hat nun doch noch eine Arbeiterversammlung nach seinem Sinne zusammengebracht, wobei aber seine Person schließlich bei Seite geschoben ward. Die Versammlung fand gestern in Dreher's Bierhalle in der Ungargasse Vorstadt Landstraße statt und zählte nur etwa 400 Theilnehmer. Hr. Keßler hielt eine Eröffnungsrede, protestirte gegen die erlittenen Angriffe, durch die man ihn zum „Martyrer der Selbsthilfe" gemacht habe, forderte zur Neuwahl eines Vereinsausschusses auf, und erklärte, daß er seinerseits eine Wiedererwählung unter keiner Bedingung an-

2[illegible]. Januar 18[illegible]

Die Delegationen sind ein neues Institut, ohne Vorbild in einem andern Staat; eine praktische Erfahrung damit ist erst noch zu machen. Um so gespannter ist man darauf, wie das jetzige erste Probestück ausfallen wird. Eine Hauptschwierigkeit in Oesterreich gleichwie anderwärts dann und wann auch war bisher das Militärbüdget: diese Kastanie sollen nun die Delegationen aus dem Feuer holen. Etwas Leichtes ist es um diese Aufgabe nicht. Auf der einen Seite mahnt der Zustand der Finanzen dringend zur Sparsamkeit; auf der andern ist der Zustand Europa's nicht eben von der Art, daß Oesterreich gefahrlos die Waffen ablegen könnte. Zwischen diesen zwei Klippen jedoch liegt ein ganz geräumiges Mittelgebiet, durch das man einen Durchpaß suchen mag, und da zwei Parlamente eine Auswahl an Männern getroffen haben, um hierüber zu Rathe zu gehen, so wird er schließlich wohl auch zu finden seyn. Es gibt Entbehrliches und gibt Unentbehrliches, es gibt einen Luxus und gibt einen Bedarf; es kommt nur darauf an, in welcher Weise man die Gränze zieht. Der „Pesther Lloyd" legt einem ungarischen Delegirten den Vorschlag unter, an dem vorgelegten Militärbüdget, als auf der 1865 von Giskra für den Reichsrath bearbeiteten Grundlage beruhend, genau so viel Mannschaft abzustreichen, als Oesterreich damals in Schleswig-Holstein, in deutschen Bundesfestungen, im italienischen Festungsviereck, und sonst in Venetien stehen hatte, und den nach Abzug dieses Truppenstandes verbleibenden Rest als die Ziffer des heutigen Bedarfs anzunehmen. Von einer andern Seite her stellt man in Abrede, daß ein Vorschlag dieser Art im Werk sey; auch wäre das anscheinend einfache Auskunftsmittel offenbar das richtige nicht, und zwar deßhalb nicht, weil es die Frage der Zweckmäßigkeit unberührt bei Seite läßt. Einige Beispiele werden Dies anschaulich machen. Nehme man einmal an, Ungarn verlöre einen Gebietstheil an Rußland — es könnte ein slawischer seyn, für den man das Prinzip der Nationalität angerufen hätte — so wäre die erste Anregung daraus in Pesth sicherlich nicht die, nunmehr zu berechnen, wie viel [illegible]äß an dem Armeekörper abzustreichen sey, sondern vielmehr [illegible]r geeigneten Ob- und Vorsorge, nicht etwa noch Weiteres [illegible]eren. Warum sollte man anders denken in Wien? Aus [illegible] las ich dieser Tage in den „Kölnischen Blättern", die

würden daheim Zentralisten seyn und die deutsch=böhmischen Regimenter, wenn sie solche zuließen, nicht in die deutsch=böhmischen Werbebezirke verlegen: auch ihnen erscheint ein deutsches „Uebersehen" für Motive, wie sie den Magyaren selbstverständlich sind, als die Beurkundung eines Mangels an Beruf, den Kern und Mittelpunkt eines Reiches zu bilden. Die Berechnung der Tschechen ist übrigens eine irrige, weil sie von einer blosen Minderheit auf die Gesammtheit schließt. Nebenbei mag es auch die Konkordatshetze seyn, die einen Theil der Deutsch=Oesterreicher für so manches Andere blind und taub machte: jede blinde Leidenschaft bietet eine Handhabe dar, aus der ein Anderer ein Werkzeug für seine Zwecke zu machen vermag.

In Kecskemet (Ungarn) haben politische Händel stattgehabt, bei denen es, wie man hört, ein halbes Hundert Verwundeter gegeben haben soll. Ein Landtagsmitglied hatte eine Volksversammlung berufen, um sich über seine Haltung im Unterhause zu rechtfertigen; bei dieser Gelegenheit kamen seine Anhänger und seine Gegner hinter einander, und das Ende vom Lied war eine ausgiebige Rauferei.

Aus Anlaß der Prager Exzesse soll der gewesene Kurfürst von Hessen mit einer Uebersiedelung nach anderwärts umgehen. Der „Figaro" schiebt dem Minister Herbst einen Brief aus Prag vom 22. unter, worin es unter Anderm heißt: „Meine persönliche Freiheit ist nicht im Geringsten beschränkt. Ich habe erst gestern in Begleitung von 12 Polizeisoldaten einen Spaziergang auf den Hradschin gemacht, und ist es mir sogar gelungen, nach einer energischen Ansprache von Seite des Bürgermeisters Klaudy in ein Kaffeehaus zu gelangen. Nachdem ich jedoch bemerkte, daß sich die meisten Gäste durch meine Anwesenheit gedrückt fühlten, verließ ich eiligst das Lokal. Einige hiebei erlittene Hautabschürfungen sind kaum der Erwähnung werth."

In der gestrigen Plenarsitzung des „deutschen Volksvereins" in Wien (116 Mitglieder) ist beschlossen worden, für die Nothleidenden in Ostpreußen eine Geldsammlung einzuleiten.

Gestern Nachmittag wurde in der Lederergasse eine 69jährige Pfründnerin von einem Stellwagen überfahren, der ihr das Fleisch von den Armen riß und einen Fuß brach, während ihr Kopf von den Pferdehufen zusammengetreten wurde. Die Geräderte liegt ohne Hoffnung des Aufkommens im Spital; der gewissenlose Kutscher befindet sich [illegible].

welche der Reichsrath gar nicht befragt worden war, die aber wegen der dem Staate dabei auferlegten Lasten, Zinsgarantieen rc. der Genehmigung des Reichsrathes bedurft hätten, um gesetzlich giltig zu seyn. Die Regierung selbst machte noch im Dezember v. J. dem Reichsrath eine Vorlage darüber, um die Konzession seiner nachträglichen Genehmigung zu unterziehen. Nun wendet sich aber die Sache dahin, daß die Majorität des Abgeordnetenhauses keineswegs geneigt ist, eine sogenannte Indemnität zu ertheilen, d. h. fünf gerade seyn zu lassen, sondern daß sie die durch das Sistirungsministerium gewährte Belastung des Staatsschatzes nicht anerkennen, neue Konzessionen aber anstatt der gesetzlich ungiltigen nur unter ganz andern Bedingungen zulassen will. Man beabsichtigt, ein Beispiel zu statuiren, „damit in Zukunft die Privatinteressen vorsichtiger werden, und sich mehr um Gesetz und Recht, als um den jeweiligen leitenden Staatsmann kümmern." Das Motiv läßt sich hören, obwohl der Gegenstand auch noch eine andere Seite hat; allein es scheint in der That, daß der damalige leitende Staatsmann, von dem formellen Gebrechen der ertheilten Konzessionen abgesehen, auch durch den Inhalt derselben dem Staat eine Uebervortheilung zuzog, welche sich vermeiden ließ und nun besser zurückgenommen wird.

Ueber das Rundschreiben Giskra's äußern auch die ungarischen Blätter ungetheilten Beifall. Am weitesten darin geht der „Naplo", welcher unter Anderm sagt: „Dieses Rundschreiben wird den bürokratischen Geist ersticken, der nur in Buchstaben und Paragraphen Leben suchte; es wird die bürokratische Indolenz vernichten, die den Menschen seiner Menschenwürde entkleidet und zur Maschine macht; es wird das Selbstgefühl wecken, und der Begriff „Beamter" wird dadurch aussterben" rc. Man sieht hieraus, wie tief eingewurzelt die bürokratische Staatsauffassung ist; denn offenbar ist es selbst ein bischen bürokratisch gedacht, wenn man einem einzelnen Schriftstück eine so immense Wirkung zuschreibt. Es ist ein Samen, der in die Erde gelegt wird, um Frucht zu bringen; damit sie nach Wunsch reife, müssen auch die Herren Staatsbürger Handreichung thun, und namentlich wäre es in diesem Sinn empfehlungswerth, gegen eine abweichende kirchliche Ansicht nicht im Namen der Freiheit einen Meinungszwang bei der Polizei nachzusuchen, wie es so *oft* geschieht. Eine geschenkte Freiheit ist nur eine halbe Freiheit;

man erwirbt sie erst recht, indem man sich ihrer würdig macht, sich das Prinzip derselben auch gegen Andere auferlegt.

Hiesige Blätter tadeln eine im „Südtyroler Volksblatt“ abgedruckte Zuschrift aus Meran und Untermais, die eine „feste Entschlossenheit“ aussprach, „dem lüderlichen Geiste der Großstädte das Bürgerrecht in unsern Bergen nicht zu verleihen.“ So ganz bodenlos übrigens ist die Voraussetzung eines „lüderlichen Geistes“ nicht; wird doch die „Demimonde“ hier förmlich als ein geachteter, wo nicht gar als ein bewunderter Stand behandelt! Dieser Tage z. B. tanzte der Schlittschuhkünstler Haines auf der Eisbahn des Eislaufvereins „vor dem elegantesten Publikum der Residenz“, und das Blatt, das sich des letzteren Ausdrucks bediente, fügte weiter hinzu: „Unsere weibliche Aristokratie erschien in den glänzendsten Toiletten, unsere Demimonde konkurrirte mit ihrer Toilettenpracht, und unsere jungen Herren machten mit ihrem Eissportkostüm Sensation.“ Hier, wie man sieht, figurirt die Demimonde in einer festgestellten Rangordnung. Eine Gassendirne, Das ist etwas Verächtliches; allein wenn dasselbe Handwerk viel Geld, sehr viel Geld einbringt, da haben manche Leute Respekt und legen ihn auch an den Tag. Daß ein solcher Mißstand im sozialen Leben nicht blos einen Mangel an Selbstachtung darthut, sondern auch mit dem Mangel an Religion in einigem Zusammenhang steht, Das wird den Tyrolern aus Meran und Untermais nicht wohl abzustreiten seyn.

In Klausenburg (Siebenbürgen) hat aus Anlaß einer Wahlniederlage der äußersten Linken ein Krawall stattgehabt, bei dem auch einem Minister (Mito) die Fenster eingeworfen wurden. Kossuth hat auch wieder einmal eine Zuschrift ergehen lassen; dieselbe ist im „Magyar Ujsag“ abgedruckt und enthält schließlich den Wunsch: „Möge sich der öffentliche Geist erheben, damit 1868 gesegnet werde, wie 1867 verflucht seyn wird.“ Beiläufig bemerkt, es ist ein wahres Kompliment für den Ausgleich mit Ungarn, daß Ludwig Kossuth ihn verabscheut; der Ausgleich hat den alten Agitator aus dem Sattel gehoben.

---

31. Januar 1867.

Ein „gemeinsamer Minister!“ Es ist etwas Ungeschicktes an dem Ausdruck; denke man sich nur beispielsweise die Form: „Ich ernenne Sie zu meinem gemeinsamen Minister“, und man wird es

herausfühlen. Auch die Bezeichnung: „Minister für die gemeinsamen Angelegenheiten" klappt nicht recht: denn am Ende sind die ungarischen Minister ebenfalls Minister für gemeinsame Angelegenheiten, nämlich für die Ungarns, und ganz eben so versehen diesseitige Minister das Gemeinsame der verschiedenen Länder des Reichsraths. Streng genommen also müßte es heißen: „Minister für die gemeinsamen Angelegenheiten der unter dem Szepter Sr. k. k. apostol. Majestät stehenden Länder dies- und jenseits der Leitha:" allein Das wäre eine etwas zu lange Schleppe für den alltäglichen Gebrauch. Und warum sollte der bezeichnete Länderkomplex nicht ein „Reich" seyn? Groß und stark genug ist er dazu: an den gesetzlich festgestellten Verhältnissen der Theile unter einander ändert ein Name Nichts; „Reich" ist sogar vorzugsweise eine Benennung für ein verschiedenartig zusammengesetztes Ganzes. Man könnte die ungarischen Minister königlich, die für die Länder des Reichsraths kaiserlich, und die „gemeinsamen") Minister kaiserlich-königlich nennen: allein die Bezeichnung „k. k." ist schon längst in viel weiterem Umfange gebräuchlich. Auch liegt für Das, was man königlich heißt, lediglich kein Beweggrund vor, sich an Dem, was man kaiserlich nennt, darum zu stoßen: der ungarische Theil der Firma hat lediglich kein Interesse, sich einen Theilhaber wegzuwünschen, der für die gemeinsamen Lasten jährlich 70 Prozent einzahlt, und dabei nur 50 Prozent an Rechten genießt. Zu was also solche Sylbenstechereien? Das Urtheil der Welt darüber ist wohl zunächst ein Achselzucken: im Uebrigen wird es darin übereinstimmen, daß das Ganze mehr werth ist, als die Hälfte (sey damit die eine oder die andere Hälfte gemeint), und die Sache mehr werth, als die Form, und daß es keineswegs zu früh scheint, endlich zur Sache selbst zu kommen. Thue man diese Bedenklichkeit ab, so oder so — um des lieben Friedens willen geschieht es vermuthlich in jenem Sinne, den das Sprichwort dem „Klügeren" nachrühmt — aber möge es die letzte seyn, und dann vorwärts! Die alten Israeliten irrten 40 Jahre in der Wüste herum, ehe sie in das gelobte Land einrückten: es steht jedoch nirgends geschrieben, man solle es ihnen nachthun!

1. Februar 1868

Nachdem ein Theil der ungarischen Delegation vorerst an der Bezeichnung „Reichsminister" Anstoß genommen hatte, soll nunmehr eine neue Schwierigkeit im Anzuge begriffen seyn, und zwar über den Gebrauch der Bezeichnung: „Oesterreich." Man versichert sogar, es werde das Verlangen gestellt, in den diplomatischen und handelspolitischen Aktenstücken hinfort die Formel zu gebrauchen: „Ungarn und die übrigen Länder Sr. Maj. des Kaisers von Oesterreich." Es sieht fast aus, wie wenn ein Gegner des Dualismus sich hinter dieses angebliche Verlangen gesteckt hätte, um den Dualismus in's Absurde zu ziehen. „König von Ungarn und nebenbei Kaiser von Oesterreich!" Und Dies aus dem triftigen Grunde, weil Ungarn nicht über 30 Prozent zur Bestreitung der gemeinsamen Lasten aufbringt!! Und der „übrige" Länderkomplex, welcher die fehlenden 70 Prozent in die Gemeinschaft einzahlt, der ist das Nebenland!!! Unglaublich genug in so weit; indeß muß man doch wohl an das Sprichwort denken: „Ohne Feuer kein Rauch." Vielleicht hat man den Wunsch vorgebracht, in diplomatischen Aktenstücken ꝛc. Ungarn ausdrücklich mitbenannt (nicht vorangestellt) zu sehen; in der oben erwähnten schroffen Form aber nimmt sich das Verlangen aus wie ein Karnevalseinfall.

Die hiesigen Witzblätter sind mitunter unbefangener in politischen Fragen, als jene größeren Blätter, bei denen zuweilen eine Tendenzbrille schuld ist, daß sie den Wald vor lauter Bäumen nicht sehen. So war es z. B. eine politische Naivetät, zu glauben oder dergleichen zu thun, als ob es unter dem konstitutionellen Systeme nicht eben so gut heuchlerische Wohldiener geben könne, als unter einem andern. Der „Zeitgeist" kleidet nun seinen Protest gegen diese wunderliche Naivetät in ein Zwiegespräch ein. „Meine Herren, was ich von Ihnen verlange, Das ist, daß Sie sich ganz dem Geiste der neuen Aera anschließen, oder aber Ihren Posten aufgeben:" so die Anrede eines Ministers, worauf die Antwort erfolgt: „„O, Ew. Exzellenz, wir werden uns bestens bemühen, unsere Grundsätze zu wechseln; Uebung darin haben wir ja schon gehabt."" Selbst in kirchlichen Dingen, obwohl da seltener, legen die Witzblätter nicht so viele Vorurtheile an den Tag, als die andern. Hat doch der „Kukuk" es sogar gewagt, die „Entreprise des pompes funèbres" anzugreifen, obgleich Das beinahe als eine Konkordatsvertheidigung aus-

bekannten Verlangen eines Strichs der Reichsbenennung gegenüber zartsinnig und schonungsvoll geblieben; wie dasselbe aber unter dem Volke gewirkt hat, ersieht man z. B. aus der neuesten Nummer des Volksblattes „Hans Jörgel", wo es unter Anderm heißt: „Foppen wir uns nit selbst: diesen Herren ist es um ein ehrlichen Ausgleich gar nit zu thun; drum werden's mit jedem Tag hoppatatschiger werden, je nachgiebiger wir uns zeigen." (Hoppatatschig = eigensinnig, kurz angebunden, abstoßend, wunderlich.) Daß die ungarische Linke den Ausgleich gar nicht wolle, glaube ich übrigens nicht; es scheint mir eher, sie will sich die Popularität einer Opposition gegen Das offen halten, was sie selber für unvermeidlich ansieht, jedoch für gewisse Zukunftsfälle lieber der Deak-Partei zur Last schreiben will. An Zerstörungsabsichten des Ausgleichs aber glaube ich deßhalb nicht, weil auch die Linke einsehen muß, daß Ungarn einer weitaus höheren Steuerkraft bedürfte, um als ein isolirter Staat ausgiebig gegen Rußland und die Gefahren einer panslawistischen Krisis in der Türkei gleichzeitig Front zu machen.

In den Arbeiterversammlungen kommt immer sichtlicher eine Ablehnung der „Doktoren" obenauf: die HH. Doktoren, hieß es neulich wieder, hätten sich schon oft genug blamirt und möchten sich den Arbeitern nicht ferner aufdrängen. Dagegen ist es mit den Ausfällen auf das Bürgerthum, in dessen Schuhe man ja eintreten wollte, vor der Hand wieder aus oder vorüber. Es hat Dies seine Ursachen: so hat z. B. der „Volksverein" in Fünfhaus so eben einen Aufruf an alle „Freunde des Fortschritts im politischen Bezirke Sechshaus" erlassen, worin er es für nothwendig erklärt, daß das Bürgerthum mit dem Arbeiter Hand in Hand gehe, und sich zu den „zukunftsreichen Prinzipien der Sozialdemokratie" bekenne, die „allein Lebensfähigkeit haben und haben können." (Fünfhaus und Sechshaus sind Bezirke vor der Mariahilfer Linie, unmittelbar anstoßend an die Vorstadt Mariahilf, in der Richtung nach Schönbrunn zu.)

Das „Neue Wiener Tagblatt" erzählt als Kuriosum aus dem Steueramt, daß Jemand für eine aus der Schweiz an ihn gesandte Uhr, weil sie auf einer sammtenen Unterlage ruhte, den viel höheren Zoll für Webwaaren habe bezahlen müssen; deßgleichen habe man einem Andern, der die Herausgabe eines Blattes angezeigt hatte, das aber nachher nicht in's Leben trat, nach einigen Monaten die

Inseratensteuer abverlangt. Solche Dinge kommen denn allerdings vor, auch in einem konstitutionellen Staat: es ist eben eine kuriose Voraussetzung, wenn man glaubt, ein freisinniges Grundgesetz mache mit einem Mal alle Unebenheiten des öffentlichen Lebens glatt. Ueberfahren z. B. wird man in Wien seit der neuen Verfassung gerade so wie vorher auch: das alte Fremdenblatt erzählt wieder einen solchen Fall aus Meidling, das Wiener Tagblatt einen mit Namensangabe von einem Taglöhner in Herrenals; der erstere hatte einen tödtlichen Erfolg. Sonst fangen die Blätter an, diesen Uebelstand todtzuschweigen; er interessirt sie weiter nicht. Ja, wenn man die Schuld auf das Konkordat schieben könnte: Das wäre etwas Anderes!

4. Februar 1868.

Die Natur der Dinge bricht sich doch immer wieder einen Weg, auch wenn man sie noch so streng gänzlich abzusperren gedachte. Offiziell dürfen bekanntlich die beiden Delegationen um keinen Preis mit einander diskutiren: eine jede diskutirt ausschließlich unter sich, was die andere alsdann gedruckt in den Zeitungen nachlesen mag. Aber wenn sie in einer gemeinsamen Sitzung zusammenkommen, dann bleibt es bei einem abstimmenden Ja oder Nein, und darüber hinaus ist auch nicht eine Sylbe erlaubt. Zwischenhinein darf dann eine schriftliche Botschaft gewechselt werden, ganz wie im Prozeßgang des vorigen Jahrhunderts, der die Oeffentlichkeit und Mündlichkeit ausschloß. Nun trafen zuerst Mitglieder der beiden Delegationen da oder dort an einer gastlichen Tafel zusammen, und siehe da, sie sprachen mit einander, ohne daß die „Selbständigkeit Ungarns" darunter nothlitt. Hierauf ging man einen Schritt weiter: von Seiten der ungarischen Delegation wurde an die Mitglieder der reichsräthlichen eine Einladung gerichtet, beliebig in ihrem Klubb zu erscheinen, und allerneuestens hat nunmehr die diesseitige den Entschluß gefaßt, wöchentlich zweimal in der Herrenstube des Landhauses eine Privatbesprechung zu halten, wovon dann privatissime Mittheilung an die ungarischen Delegirten erging, mit dem besonderen Beifügen, wie man ihr Erscheinen bei diesen Zusammenkünften mit Vergnügen sehen würde. Es ist erfreulich, daß man auf diese Art sich privatim über den Klausurzwang zu erheben weiß, während das ungarische Gesetz dabei unge-

[illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible] Anderes, als [illegible] das Deutschthum, und

voraussichtlich den Gegenstand noch mancher mehr oder weniger gewagter Kommentare bilden. Ich halte um so mehr nöthig, Ew. ausführlich und genau von dem Verlaufe der Unterredungen zu benachrichtigen, welche ich mit dem genannten Vertrauensboten des Münchener Kabinetts und aus Anlaß seiner Sendung mit dem k. preußischen Gesandten Frhrn. v. Werther gepflogen habe.

Graf Tauffkirchen führte sich bei mir nicht nur als Beauftragten seiner Regierung, sondern auch als Ueberbringer wichtiger Vorschläge Preußens ein.

Als den Zweck seines Erscheinens in Berlin bezeichnete er den Wunsch des Fürsten Hohenlohe, über die Eventualitäten der luxemburgischen Frage in's Klare zu kommen, das Interesse des Friedens im Einverständnisse mit Preußen zu wahren, und in diesem Interesse namentlich auch zu versuchen, ob es der Einwirkung Bayerns gelingen könne, zu einer Annäherung zwischen Oesterreich und Preußen beizutragen. Was er bei dem Grafen Bismarck erreicht habe, sey von großer Tragweite. Er sey in den Stand gesetzt, den Abschluß einer Allianz zwischen den beiden Mächten zu bevorworten, einer Allianz, welche sich auf sämmtliche deutsche Staaten erstrecken würde. Die Erhaltung des Friedens werde durch einen solchen Bund gesichert. Man verkenne nicht in Berlin, daß Oesterreich berechtigt sey, für die Verpflichtungen, die es übernehmen würde, Kompensationen zu verlangen; man sey aber auch bereit, hierin so weit zu gehen, als nur irgend möglich.

Was Graf Tauffkirchen über diesen letzteren Punkt weiter verlauten ließ, war jedoch leider nicht der klarste Theil seiner Eröffnungen.

Er sprach von einer Garantie unserer deutschen Besitzungen. Er gab zu verstehen, daß wohl auch für unsere nicht deutschen Provinzen temporär uns jede wünschenswerthe Sicherheit gegen mögliche Gefährdungen geboten werden könnte. Er erwähnte Rußlands als des Dritten im Bunde, und meinte, in der Erneuerung eines Bundes der drei Mächte bestehe diese Sicherheit von selbst. Er wies endlich darauf hin — wie Dies bereits früher von München aus geschehen war — daß ein Freundschaftsbündniß Preußens mit Oesterreich den süddeutschen Staaten die Möglichkeit gewähre, ein größeres Maß von Selbständigkeit zu behaupten, und daß eine völkerrechtliche Allianz Oesterreichs mit dem norddeutschen und dem

der öffentlichen Werbung nicht willfahrt, sondern einfach darauf hingewiesen, daß „nach den Staatsgrundgesetzen jedem Staatsbürger unter den gesetzlichen Voraussetzungen das freie Selbstbestimmungsrecht gewahrt sey.“ Das heißt denn doch offenbar nichts Anderes, als daß man nicht erst zu erlauben brauche, was gesetzlich nicht verboten sey, und daß jedem Oesterreicher, wenn militärfrei, ein Paß in das Ausland nicht könne versagt werden. Wenn es nicht an der Kostenbereitschaft bei den „großen Herren“ fehlt (die Opferwilligkeit steht nicht immer im Verhältniß zu dem Vermögensbesitz), in dem Schreiben der erwähnten Statthalterschaft liegt ein zwingendes Hinderniß nicht.

Bei den Gelöbnissen an Eidesstatt für die Verfassung und das neue Regierungssystem hat sich bei zwei Staatsdienern der Fall ereignet, daß sie dagegen eine Bedenklichkeit haben. Ein Statthaltereirath in Innsbruck und ein Beamter hier im Finanzministerium haben sich bis jetzt einer derartigen Unterschrift geweigert. Selbst in Oppositionsblättern der alten Schule, die sich nun als mit zur Regierung gelangt ansehen, findet sich eine Anerkennung dieser Ueberzeugungstreue; freilich mit dem Beisatze des Wunsches, es möchten doch alle Gleichgesinnten desgleichen thun.

Das Neue Fremdenblatt, welches mitunter Berichte aus „sicherer“ hannoverscher Quelle bringt, widerspricht jedem „Gerüchte“ von Veranstalten zur Bildung einer „hannoverschen Legion“ in Frankreich; hannoversche Flüchtlinge seyen dahin übergesiedelt, nachdem man sie zuerst aus Holland und dann aus der Schweiz vertrieben habe, aber lediglich nicht zu einem Nebenzweck. Die hannoversche Partei thut wohl daran, jene Gerüchte zu dementiren; Nichts könnte ihr in der öffentlichen Meinung Deutschlands schädlicher seyn, als eine Hingebung an Frankreich.

6. Februar 1868.

In der Depesche des Frhrn. v. Beust an den Grafen Wimpffen in Berlin 19. April 1867 legt sich ein ganzes politisches System dar. Studiere man nur ihre eigenen Worte; es ist der Mühe werth:

„Die politische Reise des Grafen Tauffkirchen nach Berlin und Wien hat bereits vielseitige Aufmerksamkeit erregt, und sie wird

voraussichtlich den Gegenstand noch mancher mehr oder weniger gewagter Kommentare bilden. Ich halte um so mehr nöthig, Ew. ausführlich und genau von dem Verlaufe der Unterredungen zu benachrichtigen, welche ich mit dem genannten Vertrauensboten des Münchener Kabinetts und aus Anlaß seiner Sendung mit dem k. preußischen Gesandten Frhrn. v. Werther gepflogen habe.

Graf Tauffkirchen führte sich bei mir nicht nur als Beauftragten seiner Regierung, sondern auch als Ueberbringer wichtiger Vorschläge Preußens ein.

Als den Zweck seines Erscheinens in Berlin bezeichnete er den Wunsch des Fürsten Hohenlohe, über die Eventualitäten der luxemburgischen Frage in's Klare zu kommen, das Interesse des Friedens im Einverständnisse mit Preußen zu wahren, und in diesem Interesse namentlich auch zu versuchen, ob es der Einwirkung Bayerns gelingen könne, zu einer Annäherung zwischen Oesterreich und Preußen beizutragen. Was er bei dem Grafen Bismarck erreicht habe, sey von großer Tragweite. Er sey in den Stand gesetzt, den Abschluß einer Allianz zwischen den beiden Mächten zu bevorworten, einer Allianz, welche sich auf sämmtliche deutsche Staaten erstrecken würde. Die Erhaltung des Friedens werde durch einen solchen Bund gesichert. Man verkenne nicht in Berlin, daß Oesterreich berechtigt sey, für die Verpflichtungen, die es übernehmen würde, Kompensationen zu verlangen; man sey aber auch bereit, hierin so weit zu gehen, als nur irgend möglich.

Was Graf Tauffkirchen über diesen letzteren Punkt weiter verlauten ließ, war jedoch leider nicht der klarste Theil seiner Eröffnungen.

Er sprach von einer Garantie unserer deutschen Besitzungen. Er gab zu verstehen, daß wohl auch für unsere nicht deutschen Provinzen temporär uns jede wünschenswerthe Sicherheit gegen mögliche Gefährdungen geboten werden könnte. Er erwähnte Rußlands als des Dritten im Bunde, und meinte, in der Erneuerung eines Bundes der drei Mächte bestehe diese Sicherheit von selbst. Er wies endlich darauf hin — wie Dies bereits früher von München aus geschehen war — daß ein Freundschaftsbündniß Preußens mit Oesterreich den süddeutschen Staaten die Möglichkeit gewähre, ein größeres Maß von Selbständigkeit zu behaupten, und daß eine völkerrechtliche Allianz Oesterreichs mit dem norddeutschen und dem

süddeutschen Bunde doch zuletzt den Uebergang bilden könnte zu bleibenden engeren Vertragsverhältnissen, welche mit Vortheil für Oesterreich, wie für die deutsche Nation, den früheren Staatenbund ersetzen könnten.

Ich glaube hiemit die Essenz der Anerbietungen des Grafen Tauffkirchen wiedergegeben und sie durchaus nicht abgeschwächt zu haben

Wenn mehrere Interessenten über wichtige Gegenstände zu verhandeln haben, so kann es bisweilen nur nützen, die Rollen in Gedanken zu vertauschen, um zu einem unbefangenen und billigen Urtheile zu gelangen. Dies war meine erste Bemerkung gegenüber dem Grafen Tauffkirchen. „Erlauben Sie" — sagte ich ihm — „daß ich eine Kombination erfinde, in welcher Sie nicht von Berlin nach Wien, sondern umgekehrt aus der österreichischen Hauptstadt in die preußische einen Allianzantrag zu bringen hätten. Unterstellen Sie den Fall, Oesterreich hätte nach dem Krimkriege ein Garnisonsrecht in einer moldauischen Festung — von der russischen Gränze so weit entfernt, wie Luxemburg von der französischen — behalten. Nehmen Sie weiter an, die kaiserl. Regierung hätte in Galizien eine Reihe von Maßregeln ergriffen, durch welche sie eine so große Aufregung in Rußland hervorgerufen hätte, wie Preußen in Frankreich durch seine Schritte seit den Nikolsburger Friedenspräliminarien. Rußland fände unsere Nachbarschaft in der Moldau gefährlich, ein Krieg stünde in Aussicht, und Sie hätten in Berlin im Namen Bayerns und in unserem Namen eine Allianz anzubieten. Wenn Sie dort geltend machten, daß Oesterreich im Grunde doch deutsche Interessen gegen Rußland vertrete, daß der Wiener Hof ein Bündniß mit Preußen zeitgemäß finde, daß er Preußens deutsche Besitzungen zu garantiren bereit sey, und das Preußen im Bunde mit Oesterreich wohl auch für Posen vorerst nicht viel zu besorgen habe: — glauben Sie, daß man in Berlin diese Motive genügend finden würde, um sich mit uns gegen Rußland zu verbinden?"

Ich wollte mich jedoch durch dieses Gleichniß keineswegs der Aufforderung entziehen, mich offen über den heute wirklich vorliegenden Fall auszusprechen. Vielmehr lehnte ich es nicht ab, in die freimüthige Prüfung der Vorschläge des Grafen Tauffkirchen einzugehen. Ich war Dies schon den Gefühlen schuldig, welche der Gedanke an die natürliche Solidarität mit Deutschland jederzeit in uns erweckt.

Sie versprechen sich — bemerkte ich — von der Allianz Oesterreichs mit Preußen die Erhaltung des gefährdeten Friedens. Nehmen wir zunächst diese Rechnung als eine richtige an. Aber in welcher Lage würde Oesterreich, welches seinerseits jetzt gar nicht bedroht ist, in die neue Friedensepoche eintreten? Es hätte sie zu bezahlen durch die Feindschaft Frankreichs, die ihm doppelt gefährlich seyn würde, weil sie zugleich in Deutschland eine so gut als unbedingte Abhängigkeit von dem guten Willen Preußens im Gefolge hätte. Wir bezweifeln diesen guten Willen nicht, aber können Sie leugnen, daß die Verhältnisse manchmal stärker sind, als die Intentionen der leitenden Männer, und daß Oesterreich, um Angesichts der Einheitsbestrebungen in Deutschland und der noch immer möglichen Konflikte mit Italien den Haß Frankreichs auf sich zu laden, soliderer Garantien bedürfte, als des Versprechens, daß es in seinem Besitze nicht — oder doch nicht zu frühe — gestört werden solle?

Aber es sey auch nicht einmal bewiesen, fuhr ich fort, daß das beantragte Bündniß wirklich die Erhaltung des Friedens zu bedeuten haben würde.

Man sey bei uns belehrt, unsere Macht und die Furcht vor ihr nicht zu hoch zu schätzen, und darum würde, wenigstens in der nächsten Zeit, die Theilnahme Oesterreichs am Kriege Frankreich nicht abhalten, den letzteren zu wagen, wenn es einmal den nöthigen Einsatz an materiellen und moralischen Mitteln aufwenden wolle um ihn gegen Preußen und Deutschland zu unternehmen. Dagegen würde das Wort Koalition, jetzt nach Frankreich geworfen, weit weniger geeignet seyn, die erwachten Leidenschaften zu dämpfen, als sie bis zum heftigsten Ausbruche zu entflammen. Selbst einer neuen nordischen Koalition gegenüber fühle sich Frankreich nicht vollkommen isolirt. Es habe dem Königreich Italien noch Manches, es habe der Revolution in den Ländern seiner Gegner noch mehr zu versprechen, und es sey sich der wirklichen oder vermeintlichen Macht dieser Bundesgenossenschaft zu sehr bewußt, um nicht vielleicht heute oder morgen den Krieg einem den Nationalstolz verletzenden und für die Dynastie gefährlichen Zurückweichen vorzuziehen.

Nun aber vergegenwärtige man sich endlich die verschiedenen möglichen Ausgänge eines Krieges. Sie werden mir zugeben, daß es kein erfreuliches Schicksal seyn würde, gemeinsam mit Preußen zu unterliegen, und am Rhein, unter den Alpen, am adriatischen Meere das

Gesetz des Siegers annehmen zu müssen. Lassen wir aber diesen Fall als unwahrscheinlich bei Seite, denken wir uns Frankreich als überwunden: — können wir es darauf ankommen lassen, daß man uns alsdann das Prager Friedensinstrument in die Hand drücke und uns für dessen erfolgreiche Vertheidigung danke? Ferne sey es von mir, die Erinnerungen des gemeinsamen Sieges über Dänemark wachzurufen, aber Sie begreifen, daß wir auch für jenen günstigsten der möglichen Fälle unsere Sicherheiten vorher nehmen müßten.

Graf Taufffirchen hat in der That sich nicht für vorbereitet erklären können, auf alle diese Fragen zu antworten, oder die ihm vor Augen gestellten Bedenken und Einwendungen zu entkräften. Er äußerte nur sein Bedauern, nach meinen Worten annehmen zu müssen, daß Oesterreich die von ihm aus Berlin mitgebrachten Vorschläge ablehne. Auch Frhr. v. Werther seinerseits wiederholte mir diesen Ausdruck. Ich warnte jedoch sehr vor demselben, und bat, nicht von einer Ablehnung preußischer Vorschläge durch Oesterreich zu sprechen, da die Erläuterungen, die Dies nöthig machen würde, nicht anders als nachtheilig wirken könnten, die Zukunft zu schonen sey, und es Thatsache bleibe, daß Oesterreich stets den Wunsch hegen werde, zu einer Wiederannäherung an Preußen und Deutschland die Hand bieten zu können."

7. Februar 1868.

Gegen Ende dieses Monats, glaubt man, dürften die Delegationen ihre Aufgabe erledigt haben. In der diesseitigen ist die Sektion für das Kriegsbüdget in voller Arbeit; sie geht sehr sparsam vor, lehnte aber doch heute den Antrag eines Mitglieds, kurzweg noch 30,000 Mann weiter zu beurlauben, mit Stimmenmehrheit ab. Bei den Verhandlungen des Büdgetausschusses über die diplomatischen Auslagen (Gesandtschaftsposten) gab der Reichskanzler Frhr. v. Beust einige interessante Erklärungen ab. Dr. Rechbauer hatte beantragt, bezüglich der süddeutschen Staaten nur noch in München eine Gesandtschaft zu belassen, den Gesandten in Stuttgart durch einen Legationsrath als Geschäftsträger zu ersetzen, und im Uebrigen die Vertretung Oesterreichs in Süddeutschland von München aus mitbesorgen zu lassen; der Gesandtschaftsposten in Sachsen

solle einfach gestrichen werden. Frhr. v. Beust erklärte bei diesem Anlaß: „Aus dem eben veröffentlichten Rothbuche sey wohl ersichtlich, daß die österreichische Regierung den Prager Frieden nicht allein streng und ehrlich ausführe, sondern daß sie Dies auch im liberalsten Sinne thue. Zeugniß dafür sey, daß sie verschiedene Vorgänge ganz ruhig hingenommen habe, die über den Prager Frieden, und zwar mit einer gewissen Zurücksetzung Oesterreichs, eigentlich hinausgingen. Die österreichische Regierung sey auch jetzt weit davon entfernt, auf die Entwicklung der deutschen Angelegenheiten störend oder gar ränkesüchtig Einfluß zu üben. Trotzdem, glaube er, werde man allgemein darüber einig seyn, daß die ganze fernere endliche Gestaltung der deutschen Verhältnisse, wie sie eben im Werden begriffen sey, für Oesterreich durchaus nicht gleichgiltig seyn könne, wobei aber die Voraussetzung nicht ausgeschlossen sey, daß dieselbe im friedlichen Vernehmen Oesterreichs mit Preußen vor sich gehen könne. Aber eben aus diesem Interesse, welches Oesterreich für diese Vorgänge in Deutschland habe, gehe die Nothwendigkeit hervor, daselbst seine Vertreter zu behalten." In Betreff Sachsens machte der Reichskanzler ein Gefühl der Pietät und Schicklichkeit für die Aufrechthaltung des diplomatischen Verkehrs geltend, da Sachsen 1866 als treuester Bundesgenosse zu Oesterreich gestanden, auch manche gute Rathschläge *vor* dem Kampfe sowohl in politischer als in militärischer Beziehung gegeben habe, welche jedoch leider unbeachtet blieben. Bei der Abstimmung fiel nur der Posten eines Geschäftsträgers für Anhalt, Schwarzburg, und die reußischen Lande durch. Eine umfangreiche Debatte veranlaßte der Botschafterposten in Rom. Am weitesten ging der Delegirte Groß aus Wels, indem er an der Funktionszulage des dortigen Botschafters vorläufig einen bedeutenden Abstrich vorgenommen, für die Zukunft aber nur einen Geschäftsträger bestellt wissen oder die Geschäfte von Florenz aus besorgen lassen wollte. Frhr. v. Beust sprach sich *gegen* eine Aenderung aus, die derzeit mehr oder weniger einer Demonstration ähnlich sehen würde; es walte hierbei derselbe Grund ob, aus welchem im „Rothbuche" die ganze Korrespondenz in der römischen Angelegenheit, die in einer für den Pabst wohlgesinnten Weise erging, veröffentlicht wurde. „Die Regierung habe Dies deßwegen gethan, damit einerseits die katholische Bevölkerung in Oesterreich, welche man vielfach zu überreden suche, daß die jetzige Regierung nicht blos

die nöthige Reform in der Gesetzgebung anstrebe, sondern daß sie gegen die Kirche und gegen den Katholizismus überhaupt vorgehe hierüber beruhigt, und andererseits in der Absicht, daß die Lösung der dringenden Tagesfrage erleichtert und nicht erschwert werde." Bei der Abstimmung wurde der Groß'sche Antrag nebst zwei andern von Schindler und Wolfrum abgelehnt, und schließlich der Antrag des Delegirten Skene angenommen: „Es sey die Funktionsgebühr des Botschafters in Rom für das erste Vierteljahr mit 13,500 Fl. für den Rest des Jahres mit 23,700 Fl., also im Ganzen mit 37,200 Fl. einzustellen." Einstellen ist hier der Ausdruck für: in das Büdget aufnehmen.

In Prag hat Dr. Brauner seinen Prozeß gegen Dr. [illegible] verloren, indem dieser freigesprochen wurde. Die kaiserliche Antwort, die der Bürgermeister Klaudy mit seiner Deputation nach Hause brachte — Se. Maj. erklärte sich gegen das tschechische Kommando — machte den gehörigen Eindruck: zunächst halten die deutschen Mitglieder der Bürgerkorps, die im Begriffe waren, ihren Austritt zu erklären, diesen Schritt nunmehr zurück. Einige Mitglieder des Prager bürgerlichen „Scharfschützenkorps" haben sogar auf die Wiener Einladung zu dem Schützenfeste dieses Sommers bereits bejahend geantwortet. Die Narodni listy speien Feuer und Flamme darüber; allein aus welchem möglichen vernünftigen Grunde sollten die Deutsch-Böhmen sich von Wien absperren?!

Die früher mehrfach genannte Sarah Radamska in Lemberg ist nun wirklich in der dortigen St.-Marienkirche durch die Taufe in den Schooß des Christenthums aufgenommen worden. Trotz aller Einreden beharrte sie auf ihrem Vorhaben; Taufpathin war eine Gräfin Olszewska. Im Polnischen wird bekanntlich auch bei Eigennamen eine Femininform gebildet: Radamski — Radamska; Olszewski — Olszewska.

Die berühmt gewordene „silberne Kirchenlampe", die 1862 bei der Geburt des russischen Großfürsten Waceslaw (Wenzeslaus) von dessen Mutter, der Großfürstin Konstantin, dem St.-Veits-Dom in Prag gewidmet wurde, bei einer spätern Nachfrage aber sich dort nicht vorfand, ist nach dem „Pokrok" nunmehr wieder „gefunden" worden. Wo? sagt das tschechische Blatt nicht; jedenfalls nicht bei den Deutschen, welche das russische Tschechenthum damals öffentlich einer vermuthlichen Unterschlagung zieh.

Am Lugeck (innere Stadt) ist die Gattin eines Musikalienhändlers von einem Stellwagen überfahren worden. Es ist Hoffnung da, daß sie mit dem Leben davon kommt. Ceterum censeo. . .

---

8. Februar 1868.

Der Prinzipienreiter ist unbekehrbar. Auch jetzt noch kann man sagen hören: „Pah, Das ist Alles noch Nichts: so lange das Oberhaus noch nicht abgeschafft und das allgemeine Stimmrecht noch nicht eingeführt ist, so lange ist uns nicht geholfen." Die Leute haben alle Hände voll Freiheit, aber nach ihrer Ansicht ist Das keinen Pfifferling werth, weil es noch an der „Hauptsache" fehlt.

Abschaffung des Oberhauses: — schauen wir dieser Frage einmal näher ins Gesicht. Ein beträchtlicher Grundbesitz verleiht naturgemäß einen gewissen sozialen Einfluß, den die besitzende Aristokratie weder von der Regierung noch von der Verfassung empfängt, und der sie eben zur Aristokratie macht. (Der Besitz von Ahnen thut politisch Nichts zur Sache.) Diesen Einfluß könnte man ihr nur mit den Gütern selbst wegnehmen, welches Letztere aber in der Türkei eher anginge, als in einem Verfassungsstaat. Einen Einfluß, den man nicht zerstören kann, muß man für sich zu gewinnen suchen. So that man in England: man disziplinirte ihn; man zog die Aristokratie mit in das Verfassungsleben herein; man interessirte sie bei dessen Aufschwung; man ging so weit, daß man mit den Whigs und den Tories im Ministerium auch die Whigs und die Tories in den Hofämtern miteinander wechseln ließ. Hätte man Das nicht gethan, wäre die Aristokratie außerhalb der Verfassung gelassen worden, so hätte man das Verfassungswesen um so viele Anhänger ärmer und um so viele Feinde reicher gemacht. So aber begriff die Aristokratie, daß sie keinerlei Interesse habe, der Verfassung hinderlich zu werden, hingegen ein sehr nahe liegendes, ihrerseits eben so gut gegen Willkührherrschaft geschützt zu seyn. Mich dünkt, dieser englische Weg ist für beide Theile der klügere gewesen. Unmaßgeblich wird er es auch für Oesterreich seyn.

Noch etwas stärker unpraktisch ist die Sympathie für das allgemeine Stimmrecht. Unmittelbar nach der französischen Julirevolution begann die „Gazette de France" dafür zu plädiren im

vielmehr zwei Nationalitäten gibt. Und jene paar hundert Mann setzen ihre eigene Anschauung der des obersten Kriegsherrn nach: wie grundgütig von den Inhabern einer solchen Waffenmacht!

Am [illegible] Februar hält der hiesige Arbeiterbildungsverein einen Ball in den Sälen der Gartenbaugesellschaft, und eine aus drei Arbeitern bestehende Deputation hat deshalb einen Rundgang zu den Erzherzogen und den Ministern angetreten, um zu dem Arbeiterball einzuladen. Erzherzog Wilhelm versprach, wo möglich auf dem Balle zu erscheinen; in einer Konversation mit den Deputirten äußerte er unter Anderem: Ich wünsche, daß die Intelligenz in der großen Arbeitermasse Platz greife, daß die gebildeten Arbeiter des Vereins die große Masse in die richtige Bahn der Civilisation lenken. Minister Giskra fragte, was sie eigentlich unter Staatshilfe verstanden und sagte auf die Antwort: Staatsgarantie der Zinsen für Produktivassociationen, Arbeiten bei Eisenbahnen etc. [illegible]

—

[illegible]

[illegible]

so muß er doch der Einigkeit dienen." Die andere lautet: „Wir werden das Verfassungsrecht als ein unveräußerliches Gemeingut mit aller Kraft schützen, das volksthümliche Palladium der Mitwirkung des Reichsrathes in der Legislation mit strenger Gewissenhaftigkeit hüten, unter gleichzeitiger Wahrung der berechtigten freien Selbstbestimmung in den Königreichen und Ländern. Wir werden aber unerbittlich auftreten gegen Alles, was sich der ruhigen, verfassungsmäßigen Entwicklung des staatlichen Lebens entgegenstellen oder dasselbe zu stören versuchen wollte."

Der Landklerus des deutschen Antheils der Diözese Trient hat eine Beschwerde an das Oberlandesgericht in Innsbruck eingereicht, die gegen das Kreisgericht in Botzen gerichtet und von 252 Priestern unterzeichnet ist. Dieses Kreisgericht hatte nämlich unter den Entscheidungsgründen für Bestätigung einer Beschlagnahme des „Südtyroler Volksblattes" angeführt, der veranlassende Artikel sey um so geeigneter zur Aufreizung, als das Blatt „vorzüglich unter der ungebildeten Landbevölkerung, welche dem Inhalte desselben blinden Glauben schenke, und unter dem Landklerus, welcher bezüglich der wahren Absichten der Regierung und der Reichsvertretung ganz irrige Ansichten habe, Verbreitung finde." Man braucht nicht gerade „ultramontan" zu seyn, um dem bezeichneten Landklerus, der überdies mit der „ungebildeten Landbevölkerung" in Parallele gesetzt wird, eine gewisse Berechtigung zuzuschreiben, wenn er von der Gerechtigkeit des Oberlandesgerichtes erwartet, „eine eben so öffentliche Genugthuung zu erlangen, als die Beleidigung eine öffentliche war." Angeblich „liberale" Blätter aber thun, als ob sie außer sich wären vor Erstaunen über ein solches Ansinnen. Wenn es eine liberale Koterie irgend einer Art getroffen hätte, von einer Gerichtsbehörde so nebenbei und unveranlaßt öffentlich abgekanzelt zu werden, sie hätten ein Zetergeschrei erhoben über bürokratischen Uebermuth und despotische Gelüste; so aber, da es eine von ihnen abweichende Gesinnung trifft, finden sie Alles in der Ordnung. Und bei solcher Achselträgerei nennen sie sich freisinnig und schreiben sich ein Prinzip zu!

Aus Preßburg erhebt sich öffentliche Klage darüber, daß die neu gewählte Gemeindevertretung daselbst, obwohl in der Mehrzahl deutschen Stammes und wohl zur Hälfte selbst nicht magyarisch verstehend, sich nun auf einmal von einem wahren Fanatismus der

Magyarisirungssucht beflissen zeigt und unter Anderm zwei deutsche Professoren der Oberrealschule auf Ostern mit der Entlassung bedroht, weil diese eben so wenig magyarisch verstehen, als die Majorität der Bevölkerung überhaupt. Die bisherige Unterrichtssprache an dieser Schule war die deutsche: von jetzt an soll es die magyarische seyn, gleichviel, ob die Schüler sie verstehen oder nicht. Und wohlgemerkt, Dies geschieht gänzlich ohne Zwang von oben her, lediglich aus Servilismus für ein Dutzend Magyaren, in einer der Mehrheit nach deutschen Gemeindevertretung! Allein zu helfen steht da von außen her nicht: wenn diese Renegaten nicht der Ausdruck der Gesinnung der Mehrheit sind, warum war die Mehrheit so thöricht, solche zu ihren Vertretern zu wählen?

Der alte Tschechenführer Palacky hat so eben als „kritische Studie", wie er sagt, eine kurze „Geschichte des Hussitenthums" erscheinen lassen. Es ist eigentlich eine tendenziöse Gelegenheitsschrift, in der er unter Anderm findet, Huß habe Recht gehabt, wenn er sagte, „die Deutschen hätten sich selbst aus Prag vertrieben"; auch bei den letzten Pöbelexzessen hieß es von tschechischer Seite, die Deutschen seyen selbst schuld daran, denn sie hätten dazu provozirt. Auch Palacky, obwohl sonst ein gescheiter Mann, hält an der fable convenue fest, die Tschechen seyen in Böhmen der angegriffene Theil, und kündigt im Namen der Nemesis einen „neuen dreißigjährigen Krieg" an, „dessen Opfer neben uns auch unsere Gegner seyn werden!"

Der Gemeinderath in Laibach hat einen Beschluß gefaßt, der gegen die Suspendirung des Bürgermeisters Dr. Costa zu protestiren unternimmt. Die Suspendirung erfolgte wegen nachsichtiger Duldung fortwährender skandalöser Exzesse gegen die Deutschen, und die Lokalpolizei wurde deßhalb an den k. k. Bezirkshauptmann übertragen; seitdem herrscht Ruhe. Dr. Costa war vergeblich in Wien, um sich hier in ein besseres Licht zu stellen; er ist ein Politiker, der 1848 in Schwarz-roth-gold schimmerte, und bei einer späteren Mode zu den Slowenen überging.

---

11. Februar 1867.

Es gibt Leute, die es nicht aushalten können ohne Opposition, und so opponiren sie denn auch unter der neuen Aera. In Folge

so muß er doch der Einigkeit dienen." Die andere lautet: „Wir werden das Verfassungsrecht als ein unveräußerliches Gemeingut mit aller Kraft schützen, das volksthümliche Palladium der Mitwirkung des Reichsrathes in der Legislation mit strenger Gewissenhaftigkeit hüten, unter gleichzeitiger Wahrung der berechtigten freien Selbstbestimmung in den Königreichen und Ländern. Wir werden aber unerbittlich auftreten gegen Alles, was sich der ruhigen, verfassungsmäßigen Entwicklung des staatlichen Lebens entgegenstellen oder dasselbe zu stören versuchen wollte."

Der Landklerus des deutschen Antheils der Diözese Trient hat eine Beschwerde an das Oberlandesgericht in Innsbruck eingereicht, die gegen das Kreisgericht in Botzen gerichtet und von 252 Priestern unterzeichnet ist. Dieses Kreisgericht hatte nämlich unter den Entscheidungsgründen für Bestätigung einer Beschlagnahme des „Südtyroler Volksblattes" angeführt, der veranlassende Artikel sey um so geeigneter zur Aufreizung, als das Blatt „vorzüglich unter der ungebildeten Landbevölkerung, welche dem Inhalte desselben blinden Glauben schenke, und unter dem Landklerus, welcher bezüglich der wahren Absichten der Regierung und der Reichsvertretung ganz irrige Ansichten habe, Verbreitung finde." Man braucht nicht gerade „ultramontan" zu seyn, um dem bezeichneten Landklerus, der überdies mit der „ungebildeten Landbevölkerung" in Parallele gesetzt wird, eine gewisse Berechtigung zuzuschreiben, wenn er von der Gerechtigkeit des Oberlandesgerichtes erwartet, „eine eben so öffentliche Genugthuung zu erlangen, als die Beleidigung eine öffentliche war." Angeblich „liberale" Blätter aber thun, als ob sie außer sich wären vor Erstaunen über ein solches Ansinnen. Wenn es eine liberale Koterie irgend einer Art getroffen hätte, von einer Gerichtsbehörde so nebenbei und unveranlaßt öffentlich abgekanzelt zu werden, sie hätten ein Zetergeschrei erhoben über bürokratischen Uebermuth und despotische Gelüste: so aber, da es eine von ihnen abweichende Gesinnung trifft, finden sie Alles in der Ordnung. Und bei solcher Achselträgerei nennen sie sich freisinnig und schreiben sich ein Prinzip zu!

Aus Preßburg erhebt sich öffentliche Klage darüber, daß die neu gewählte Gemeindevertretung daselbst, obwohl in der Mehrzahl deutschen Stammes und wohl zur Hälfte selbst nicht magyarisch verstehend, sich nun auf einmal von einem wahren Fanatismus der

Magyarisirungssucht beseſſen zeigt und unter Anderm zwei deutsche Professoren der Oberrealschule auf Ostern mit der Entlassung bedroht, weil diese eben so wenig magyarisch verstehen, als die Majorität der Bevölkerung überhaupt. Die bisherige Unterrichtssprache an dieser Schule war die deutsche: von jetzt an soll es die magyarische seyn, gleichviel, ob die Schüler sie verstehen oder nicht. Und wohlgemerkt, Dies geschieht gänzlich ohne Zwang von oben her, lediglich aus Servilismus für ein Dutzend Magyaren, in einer der Mehrheit nach deutschen Gemeindevertretung! Allein zu helfen steht da von außen her nicht: wenn diese Renegaten nicht der Ausdruck der Gesinnung der Mehrheit sind, warum war die Mehrheit so thöricht, solche zu ihren Vertretern zu wählen?

Der alte Tschechenführer Palacky hat so eben (als „kritische Studie", wie er sagt) eine kurze „Geschichte des Hussitenthums" erscheinen lassen. Es ist eigentlich eine tendenziöse Gelegenheitsschrift, in der er unter Anderm findet, Huß habe Recht gehabt, wenn er sagte, „die Deutschen hätten sich selbst aus Prag vertrieben": auch bei den letzten Pöbelexzessen hieß es von tschechischer Seite, die Deutschen seyen selbst schuld daran, denn sie hätten dazu provozirt. Auch Palacky, obwohl sonst ein gescheiter Mann, hält an der fable convenue fest, die Tschechen seyen in Böhmen der angegriffene Theil, und kündigt im Namen der Nemesis einen „neuen dreißigjährigen Krieg" an, „dessen Opfer neben uns auch unsere Gegner seyn werden!"

Der Gemeinderath in Laibach hat einen Beschluß gefaßt, der gegen die Suspendirung des Bürgermeisters Dr. Costa zu protestiren unternimmt. Die Suspendirung erfolgte wegen nachsichtiger Duldung fortwährender skandalöser Exzesse gegen die Deutschen, und die Lokalpolizei wurde deßhalb an den k. k. Bezirkshauptmann übertragen; seitdem herrscht Ruhe. Dr. Costa war vergeblich in Wien, um sich hier in ein besseres Licht zu stellen; er ist ein Politiker, der 1848 in Schwarz-roth-gold schimmerte, und bei einer päteren Mode zu den Slowenen überging.

. . . . .

11. Februar 1867.

Es gibt Leute, die es nicht aushalten können ohne Opposition, und so opponiren sie denn auch unter der neuen Aera. In Folge

des neuen Staatsgrundgesetzes schrieb der hiesige Gemeinderath die Wahlen nach einem ausgedehnteren System aus, traf aber dabei auf eine Sistirung durch die Statthalterei, weil die Gesetzgebung in Gemeindeangelegenheiten von dem Reichsrathe vollständig an die Landtage überlassen wurde, und nun erst ein besonderes Gesetz des niederösterreichischen Landtags erforderlich ist, um für Wien jenes Prinzip des Staatsgrundgesetzes in's Leben zu führen. Nun fordert das „Neue Wiener Tagblatt" den Gemeinderath auf, Rekurs an das Ministerium und an den Reichsrath zu ergreifen (der Abg. Kuranda, zugleich Mitglied des Gemeinderaths, hat bereits eine Interpellation gestellt), und setzt hinzu: „Sollte die Entscheidung gegen den Gemeinderath und das von ihm vertretene Prinzip fallen, dann hat die Bürokratie und die Bevormundung wieder offenes Feld vor sich, und dann bedürfte es neuer und langer Kämpfe, um die Grundrechte in's wirkliche und praktische Leben überzuführen." Mich dünkt, diese pathetische Ansprache wäre am Platz, wenn der niederösterreichische Landtag sich der Ausführung des Prinzips weigern sollte, nicht aber vorher. Das Neue Tagblatt steht übrigens nicht allein, und auch jene Wahlfrage ist nicht die einzige, in der man Opposition macht. Der „Brumm-Brumm" z. B. bringt bereits einen Artikel mit der Ueberschrift: „Protektion in der neuen Aera", und das „Reibeisen" übersetzt die „Konkordatsrevision" in's „Neuära'sche", wie es sich ausdrückt, mit den Worten: „Wasch' mir den Pelz und mach' ihn nicht naß." Der Witz ist ein wohlfeiler, aber der Konkordatshaß ist nun einmal eine fixe Idee, und selbst im Besitze der vollsten Freiheit fürchtet man sich noch vor dem Gespenste der „Priesterherrschaft". „Wie den Wald vor lauter Bäumen nicht", meint das „Reibeisen", „so sieht man noch immer keine liberalen Thaten vor lauter neuer Aera." Und in was sollten diese Thaten bestehen? Hierauf gibt der „Punsch" eine Antwort, indem er in Versen schildert, wie sich die neue Aera zeigen wird:

„Nun werden die Reaktionäre
Schwarzrenewer' eingesperrt,
Und Orden bekommen, auf Ehre,
Nur Jene, die aufgeklärt!"

Die sogenannten großen Blätter stehen allerdings auf einem geistig höheren Standpunkt: allein der „Punsch" wirft ihnen deßhalb auch

[illegible]

[illegible] Hundswuth. Es kommen [illegible] Fälle davon vor, nicht nur bei Thieren, sondern auch bei Menschen. Immer dringender ruft man deßhalb zum Zweck der Verminderung der übermäßigen Hundezahl nach Einführung einer Hundesteuer, aber der löbliche Gemeinderath trödelt nun seit vollen sechs Jahren immer noch an den Vorfragen herum. In diesen Gemeinderath wählte man seiner Zeit die lautesten Oppo-

fitionsmänner, — und siehe da, seit er zusammengebracht ist, kommt in seiner amtlichen Wirksamkeit ein Zopf nach dem andern zum Vorschein!

12. Februar 1868.

Ungarische Blätter von der Linken werden nicht müde, stets wieder eine „nationale Armee" zu verlangen. In der ethnographischen Bedeutung des Worts „national" ist Das für Ungarn unausführbar, da die Bevölkerung des Königreichs aus vielen, und zwar sehr verschiedenartigen Nationalitäten besteht. Eine nationale Armee müßte für die Magyaren eine rein magyarische, für die Deutschen Ungarns eine rein deutsche, für die Rumänen eine rein rumänische seyn, und so fort für Slowaken, Ruthenen, Serben, Kroaten ꝛc. Soll aber das Nationalitätsprinzip dabei unberücksichtigt bleiben, mit welcher Eigenschaft wäre sie dann national? Auch haben jene Blätter etwas Anderes im Auge, als was man sonst mit „national" bezeichnet: sie wollen eine gesonderte Armee für das Königreich Ungarn. Allein wenn diese aus genau eben so vielen Nationalitäten zusammengesetzt wäre, wie die gemeinsame Armee des Kaisers und Königs als obersten Kriegsherrn, zu welchem Zweck alsdann eine Scheidung? Hiezu fehlt ein logischer Grund eben so sehr, als ein nationaler. Gelegenheitlich hat man auch schon von 850,000 Mann für Ungarn gesprochen. Das ist eine hübsche Ziffer; wenn aber jener erste Punkt seine ethnographischen Schwierigkeiten hat, so hat dieser zweite seine finanziellen. Es ist zu vermuthen, daß es nicht die diesseitigen Kronländer sind, auf deren Kosten eine abgesonderte Armee für Ungarn errichtet werden soll. Nun wird aber ein nicht unbedeutender Kostenaufwand erfordert, um 850,000 Mann zu kleiden, auszurüsten, und zu besolden: bis auf welche kolossale Höhe müßte zu diesem Zweck die ungarische Steuerkraft gesteigert werden, während sie jetzt für die gemeinsame k. k. Armee nur einen Kostenbetrag von 30 Prozent zuschießt! Doch jene Blätter vergessen, daß die von ihnen erhobene Frage gar keine Frage mehr ist: die Einheit der k. k. Armee steht in dem abgeschlossenen Ausgleich; es handelt sich nicht mehr de lege ferenda, sondern das Gesetz ist bereits gegeben. Und auch die ungarische Linke hat ein gewichtiges Interesse, diese lex lata unangetastet zu lassen. Das Königreich Ungarn hat sich in derselben Weise ver-

tralisiren möchte es der Gesammtmonarchie [illegible] [illegible]. Zu diesem Zweck berief es sich auf ein historisches Recht, nicht auf das Nationalitätsprinzip, und es that wohl daran; denn wenn man dieses letztere Prinzip anruft, so spricht dasselbe zu Gunsten der verschiedenen Nationalitäten Ungarns gegen eine magyarische Zentralisation. So oft also die magyarische Linke das Wort „national“ in den Mund nimmt, so oft öffnet sie jeder dieser Nationalitäten eine besondere Anspruchsforte. Von derartigen Fällen redet das alte Sprichwort, wenn es warnt: „Du sollst den Teufel nicht an die Wand malen.“

13. Jänner 1868.

Die Interpellation Kuranda's ist bereits beantwortet: Minister Giskra erklärte sich in der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses für dieselbe Auslegung des Gesetzes, wie sie von der Statthalterei ausging: die Gemeindeordnungen müssen erst von den *Landtagen* umgeändert werden. Im Reichsrathe selbst wurde Dies in dem Ausschußberichte des Abgeordnetenhauses über das betreffende Staatsgrundgesetz ausdrücklich ausgesprochen: es sey, heißt es dort, keine Beschränkung, sondern geradezu die Erweiterung der Landesautonomie, welche durch den im Art. 4 aufgestellten Grundsatz angebahnt werde, und es bleibe selbstverständlich, daß diesfalls bestehende Landesgesetze nur im Wege der Landesgesetzgebung abgeändert werden können. Auch in der Generaldebatte 8. und 9. Okt. v. J. trat die gleiche Auffassung hervor. Und nun sollte das Festhalten daran bei unsern Heißspornen für einen *Verfassungsbruch* gelten!

In der Sektion der reichsräthlichen Delegation für das Militärbudget ist ein Antrag des Hrn. Skene, „es sey die Administration der Armee in die Hände von *Nichtmilitärs* zu legen“, nach lebhafter Debatte mit Stimmenmehrheit zum Beschluß erhoben worden. Hr. Skene von den Witzblättern mitunter als „Oppositionsmann und Armeelieferant“ bezeichnet, weil er als Besitzer von Tuchfabriken schon große Lieferungen machte, verlangte die Aufnahme seiner Frage an den Kriegsminister, ob eine neue Uniformirung im Werke sey, in das Protokoll, was denn mit Beifügung der Antwort des Kriegsministers, die Uniformirungsfrage sey eben in Berathung, auch geschah. Man sagt, es sehen sämmtliche Offiziere von ihren Regiments-

kommandanten aufgefordert, ihre Meinung in der Frage abzugeben, ob der weiße Waffenrock beizubehalten oder der blaue einzuführen sey.

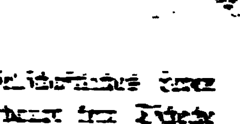
Das Gerücht will von einer Vermögenssteuer wissen, die eine neue Anleihe ersparen soll; ein Prozent des erwiesenen Vermögens, heißt es. Eines der hiesigen Witzblätter meint, nach je 20,000 Fl. sollte diese Steuer um ein Prozent des erwiesenen Vermögens steigen, und knüpft daran die Frage: „Wie hoch aber sollte sie vollends bei Personen von so üppigem Vermögen seyn, daß sie einer Vokalsängerin für den Konkordiaball ein Kleid für 1600 Fl. zur Verfügung stellen?" (Die „Konkordia" ist ein Schriftsteller-verein; es sollte mich jedoch wundern, wenn man sich durch das Erscheinen derartiger Toiletten geehrt fühlte!)

In Prag ist ein Theil des Bürgermilitärs (allerdings kein großer) bei dem Leichenbegängniß eines Mitgliedes unter deutschem Kommando ausgerückt. Andere Mitglieder gingen in Zivilkleidung mit, und zum Schluß wurde vor dem Hause der Korpskanzlei eine Katzenmusik dargebracht. Das Ultratschechenthum manifestirt sich immerdar in loyaler Weise, und insbesondere stets in eleganter Form!

11. Februar 1868.

Den Angaben der Pariser „France", Frhr. v. Beust habe in Rom die vorläufige gänzliche Aufhebung des Konkordats verlangt, der h. Stuhl aber bestehe darauf, daß es bei der Unterhandlung über Modifikationen als Basis diene, wird hier von guter Seite widersprochen. Eine Brüskirung der Frage liegt nicht in der Art und Weise der Beust'schen Politik. Dafür spricht auch, was er aus Anlaß des Büdgetpostens für die römische Gesandtschaft in dem Delegationsausschuß erklärte: zur „vorläufigen" Einleitung aber die gänzliche Aufhebung des Konkordats zu verlangen. Das wäre keine Unterhandlung, sondern gleichsam ein fünfter Akt beim ersten Auf-ziehen des Vorhangs.

In Prag herrscht ein patriotischer Kummer über die Miß-erfolge des tschechischen Theaters, das trotz einer Landessubvention von 16.500 Fl. (6000 mehr, als das deutsche erhält) für das vergangene Jahr wieder ein Defizit von 12,000 Fl. aufweist. Da das deutsche Theater seinerseits prosperirt, ja auch von Tschechen theilweise dem andern vorgezogen wird, so bricht das tschechische Blatt „Svoboda"



[illegible] in [illegible] aus. Allein [illegible] muß sich so [illegible], daß seine Familie überhaupt [illegible] das deutsche Theater besucht. So lange in Prag überhaupt ein deutsches Theater existirt, so lange es in Prag noch ein deutsches Gesellschaftselement gibt, so lange [illegible] das deutsche Element überwunden zu haben. [illegible] der Schule [illegible] um Unterstützung der Deutsch-Böhmen handelt es sich.

In Ungarn [illegible] die Sekte der Nazarener [illegible]. Es starb ein [illegible] in Szegedin [illegible] Szegediner [illegible] den Todesfall [illegible] Beziehung eines Geistlichen [illegible] der Pfarrer [illegible] zu [illegible].

Gestern Abend erschien der Kaiser mit mehreren Erzherzogen auf dem [illegible] und [illegible] eine gute Stunde. Auch der Ministerpräsident Fürst v. Beust und die Minister Herbst, Graf Taaffe, und v. Hasner waren anwesend.

[illegible]

Nach den Erklärungen des [illegible] dürfte die Vermischung [illegible] der österreichischen Pässe für hannoversche Flüchtlinge wohl als erledigt zu betrachten sein. Daß man [illegible] Flüchtlingen eine Reiselegitimation nicht verweigert, ist ein [illegible] Herkommen; es scheint aber, daß untergeordnete Behörden, ohne Vorwissen des Ministeriums, aus Gefälligkeit für die Umgebung des Königs Georg, in der Ausstellung von Pässen etwas weiter gegangen sind, als durch jenes Herkommen motivirt war, d. h. daß sie Pässe auch an Solche verabfolgten, die sich in Oesterreich gar nicht befunden hatten. Die hiesigen Blätter sind im Allgemeinen einem hannoverschen Anlaß zu Verlegenheiten keineswegs günstig gestimmt; theilweise nehmen sie sogar Anstoß an der Feier der silbernen Hochzeit, weil man eine politische Demonstration daraus mache. Jedenfalls aber, sollte man denken, wird eine angebliche „Station", die man in Frankreich [illegible] ist, weder durch noch ohne

österreichische Pässe dem preußischen Staate gefährlich werden, da sie nach der höchsten Angabe nicht mehr als 500 Mann zählt.

In dem Herrenhause, das am 18. wieder seine Sitzungen aufnimmt, kommt alsbald das Schul- und das Ehegesetz an die Reihe, in dem Hause der Abgeordneten demnächst das „interkonfessionelle" Gesetz. Alle drei stehen in Beziehung zur Konkordatsfrage. Inzwischen kommen dann und wann gerichtliche Verurtheilungen von Pfarrern vor, die sich in Vertheidigung des Konkordats zu weit angriffsweise herausließen. Nach dem Prinzip gleichen Rechtes hat die Redefreiheit auf der Kanzel doch wohl denselben Anspruch, wie die Preßfreiheit einer Zeitung: eine einzuhaltende Tendenz kann das Gesetz weder da noch dort vorschreiben; nur sind in der Bemessenheit des Ausdrucks, ohne damit der Tendenz Etwas zu vergeben, die Herren Zeitungsredaktoren schon etwas mehr eingeübt, als die Herren Kanzelredner. Eine zu weit gehende gerichtliche Einschreitung gegen die Letzteren halte ich für unpolitisch. Theilweise fühlen auch die Gerichte diesen Uebelstand heraus: so ist dieser Tage der Guardian des Kapuzinerklosters in Bludenz, P. Eberhard Stainer, von dem Kreisgericht in Feldkirch freigesprochen worden, obwohl er in einer Predigt (am 24. November v. J.) gesagt hatte, Diejenigen, die nicht für das Konkordat seyen, gehörten in das Narrenhaus, Diejenigen aber, die gar gegen das Konkordat seyen, in's Zuchthaus. Der Gerichtshof sprach ein Nichtschuldig aus, weil er Niemand bestimmt als Konkordatsstürmer bezeichnet habe, und weil eine böse Absicht nicht erwiesen sey. Dagegen sticht nun freilich ab, daß von dem Landesgericht in Troppau der Pfarrer von Füllstein, Johann Panta, zu vier Wochen Arrest verurtheilt wurde, weil er unter Anderm alle Jene, welche die Aufhebung des Konkordats verlangen, als „Hergottsschläger" bezeichnet, und über den Mühlfeld'schen Ehegesetzentwurf geäußert hatte: da würde es jenen Gemeindemitgliedern, die in fernen Gegenden auf Verdienst gehen und sich dort mit lüderlichen Weibern herumtreiben, leicht werden, ihre Ehe zu lösen, und die Folge davon würde seyn, daß verlassene Kinder, wie in Indien, auf die Straße geworfen und von Hunden oder Schweinen gefressen würden. Ueber die Trennung der Schule von der Kirche hatte er gesagt: da könnte also z. B. ein Jude in eine katholische Schule als Lehrer kommen, und der würde doch keine katholische Religion lehren. Allein er ließ sich noch etwas Weiteres

zu Schulden kommen; er sagte nämlich auch: nun wolle man die Geistlichen als Feinde des Staats hinstellen; in dem letzten Kriegsjahre aber seien es gerade die Geistlichen gewesen, die bei ihren respektiven Gemeinden standhaft aushielten, während der Landeschef bald dahin, bald dorthin geflohen sey, und die Bezirksämter desgleichen. Hinc illae lacrimae!

In St. Georgen bei Wildon (Steyermark) starb kürzlich eine Frau Rössel, Gattin eines Dichters Franz Rössel, welche sich beharrlich geweigert hatte, den Beistand eines Priesters anzunehmen. Hr. Rössel selbst, wie er im Neuen Wiener Tagblatt erzählt, wies den sich einfindenden Ortspfarrer schon im Vorhause zurück. Auf die Andeutung Desselben, man werde das kirchliche Begräbniß verweigern, erwiederte er: „Dagegen kann ich Nichts einwenden; man kann Sie eben so wenig zwingen, eine kirchliche Handlung zu leisten, als die Kranke, sich eine solche aufdrängen zu lassen." Darin liegt doch einmal vernünftige Consequenz; sonst aber schreien manche Blätter überlaut um ein kirchliches Begräbniß für Solche, die ihr Leben lang alles Kirchliche verachtet haben, und Das ist denn doch handgreiflich ein lächerlicher Widerspruch.

1. Februar 1868.

Gestern ereignete sich im Abgeordnetenhause der seltene Fall, daß die Minister in ungleicher Richtung stimmten: drei für und drei gegen einen gestellten Antrag. Man sah, daß sie versäumt hatten, sich vorher in's Einvernehmen zu setzen. Allerdings handelte es sich dabei nicht um eine politische Frage, sondern um die beste Art der Bierbesteuerung, ob aus der Bierwürze oder aus dem Malz. Finanzminister Brestel bat das Haus, sich nicht gleich jetzt für oder gegen ein Prinzip zu entscheiden, sondern ihm, da er erst so kurz im Amte sey, einige Zeit zu lassen; er vermuthe übrigens, daß man von Seite der Brauer weniger den Modus, als die Höhe der Besteuerung zu beklagen finde, aber eine Schmälerung der Staatseinnahmen vertrage die gegenwärtige Lage der Finanzen nicht. Am Ende fand sich denn auch ein Ausweg, nämlich die Annahme eines Mitteldinges von Befürwortung, das dem Ministerium nicht zum voraus die Hände bindet; indeß wurde doch in der Debatte dem neuen Ministerium von früheren Oppositionskollegen etwas

schärfer zugesetzt, als es das gemeinsame Interesse und eine wohlverstandene Parteidisziplin gutheißt.

In der ungarischen Delegation (Ausschuß für das Militärbüdget) beantragte Moritz Perczel die Einbeziehung der Honveds in den gemeinsamen Pensionsfonds und Unterstützung aus demselben für deren Hinterbliebene. Nach einer lebhaften Debatte gab eine Auseinandersetzung des Grafen Andrassy den Ausschlag: der Antrag Perczel's wurde mit allen Stimmen gegen drei abgelehnt.

Eine Arbeiterversammlung, die gegen 4000 Besucher zählte, hat den Berliner Hrn. v. Schweitzer, den noch in der letzten großen Versammlung mehrfache Stimmen über Jakoby stellten, heute von dem Kapitolium auf den tarpejischen Felsen versetzt. Sein Gesinnungsgenosse v. Hofstetten, welcher sich der Versammlung vorstellen ließ, um im Interesse eines von ihm beabsichtigten Arbeiterblattes um Zustimmung zu werben, fiel gänzlich durch: man will zwar ein Arbeiterblatt, aber keines unter seiner Leitung. Einer der Hauptredner, Hr. Ertel, sagte unter Anderm: „Hr. v. Schweitzer ist einer von den Bedienten Bismarck's, und Hr. v. Hofstetten geht durch dick und dünn mit Hrn. v. Schweitzer. Hofstetten hat uns wegen unserer Intelligenz belobt: machen wir diesem Lob Ehre!" Hr. Hetfleisch warnte vor fremden „Agenten" überhaupt. „Es treiben sich," sagte er, „hier noch zwei andere Männer im Geheimen umher: die HH. Becker und Reusche. Was suchen diese Herren bei den Wiener Arbeitern? Weisen wir Das zurück, daß wir mit ihnen gemeinsame Sache machen." Nachdem Hr. v. Hofstetten zum dritten Mal gesprochen hatte, folgte ihm auf der Tribüne der so eben genannte Hr. Reusche, um vor ihm zu warnen. Er Reusche und seine Freunde Rüstow, Herwegh, Marx rc. hätten 1864 eine Einladung zur literarischen Theilnahme an dem durch Schweitzer und Hofstetten gegründeten sozial-demokratischen Organ angenommen sich aber in kurzem überzeugt, daß es sich bei diesem Blatt um die „elendeste Schleppträgerei" handle. Später kam wieder Hr. v. Hofstetten zu Wort und warnte seinerseits die Versammlung vor Hrn. Reusche, von dem er Beweise in Händen habe, daß er sich treulos wortbrüchig, perfid, und verrätherisch benommen habe. Die Versammlung verhielt sich zu alledem ablehnend: man will Niemands Werk oder Spielzeug seyn. Gelegenheitlich bekam auch ein Lehrer, der sich durch tumultuirendes Benehmen bemerklich machte, Hiebe.

Lentzelle an Hrn. Groß führte ihm zu Gemüthe, daß er kein Arbeiter sei und hier das größte Spektakel mache, er gehöre zu den fremden Elementen in der Versammlung. Bemerkenswerth war nachstehende Aeußerung des Hrn. Ertel in Bezug auf das gegenwärtige Ministerium: „Ich rathe Sie nochmals, sich nicht zu Anwälten des Auslandes machen, sich nicht zu einer Opposition drängen zu lassen gegen das jetzige Ministerium. Heute wäre Das nicht an der Zeit. Die Clericalen und die feudale Partei sind noch immer zu mächtig, und heute wäre es ein Unglück für den Arbeiterstand, wenn der Liberalismus in Oesterreich gestürzt und ein Ministerium ans Ruder gebracht würde, das sich die Aufgabe gestellt hat, ihn zur Herrschaft zu bringen. In zwei Jahren vielleicht — vielleicht erst später —, aber heute ist es noch nicht zeitgemäß, daß der Arbeiterstand politische Opposition mache." Das ist, wie man sieht, eine politische Sympathie mit künftigen Hindernissen! Hr. Blaschnik erinnerte an die Worte, die der Minister Giskra zu der Volksdeputation sprach: „Bleiben Sie gute Wiener!" und knüpfte daran die Mahnung: „Bleiben wir nicht nur gute Wiener, bleiben wir auch gute Oesterreicher! Lassen wir uns nicht mehr von fremden Mächten als Spielzeug verwenden!" Im Jahre 1848 geschah es theilweise; darauf deuten wohl die Worte: „nicht mehr."

Das Oberlandesgericht in Innsbruck hat die in Botzen am 10. d. M. erfolgte Beschlagnahme des „Südtyroler Volksblattes" aufgehoben und dem Kreisgerichte zu Botzen wegen der veröffentlichten Entscheidungsgründe (worunter die bewußte geringschätzige Bemerkung über den „Landklerus", für die derselbe eine öffentliche Genugthuung verlangte) eine Rüge ertheilt. Das Erkenntniß erster Instanz erschien dem Obergericht als „von Parteiansichten getragen". Hiesige Blätter nehmen daran gewaltigen Anstoß; sie gehen eben auf einen Absolutismus ihrer speziellen Sippschaft aus.

17. Februar 1868.

Seit der Schlacht bei Bulls Run sind die Lobsprüche verstummt, die man vordem mitunter dem amerikanischen Milizwesen spendete. Die Amerikaner selbst sind gerne ruhmredig, wo es sich um sie selbst handelt; nach jener herben Erfahrung aber verlegten sich die Nordstaaten kurzweg auf etwas Neues, nämlich auf die Errichtung

einer geworbenen Armee. Für Europa war Dies etwas Altes; geworbene Heere haben wir im dreißigjährigen Kriege gehabt, und wir werden schwerlich wieder darauf zurückkommen. Die Südstaaten ihrerseits hatten mehr geschulte Offiziere zu ihrer Verfügung, als der Norden; hätten sie auch ein geschultes Heer gehabt, so hätten sie nach Bulls-Run den Norden aufgerollt und ihm weder die Zeit noch das Geld gelassen, womit allein die Errichtung einer geworbenen Armee möglich war. Wenn die amerikanische Union einen gleich mächtigen Nachbar hätte, sie müßte sich auf eine große stehende Armee einrichten, sobald es diesem gefiele, mit einem solchen Beispiele voranzugehen.

Das wieder von Andern angerühmte Milizwesen der Schweiz hat noch keine Erfahrungsprobe bestanden; der sogenannte Sonderbundskrieg war eine solche nicht, in Betracht, daß man da auf beiden Seiten Miliz hatte. Auch ist jener Krieg zwar mit großen Mitteln, aber mit wenig Blutvergießen geführt worden. Bei der französischen Invasion von 1798 bestand noch nicht die jetzige Einrichtung des schweizerischen Heerwesens: der geleistete Widerstand war übrigens im Ganzen schwach, und reichte z. B. weit nicht an die Kriegführung der Tyroler hinan. Sonst hatte die Schweiz in der neueren Zeit keine kriegerische Aufgabe zu erfüllen, als 1814, wo sie ihre Neutralität bewachte, aber ihre Gränzen überschritten sah, und 1859, insofern sie es für passend erachtet hätte, die in die schweizerische Neutralität mit eingeschlossenen Bezirke Savoyens, wie es ihr vertragsmäßig zustand, militärisch zu besetzen, da es nicht in ihrem Interesse lag, daß dort Jemand anders Herr werde. Wo Schweizer außerhalb ihrer Heimath fochten — und Dies geschah häufig genug — da fochten sie als Soldaten, ganz auf dem Fuß eines stehenden Heeres, nicht als Miliz.

Seit 1866 ist nun das preußische Landwehrsystem obenan. In Preußen selbst scheint man dasselbe wenigstens nicht zu überschätzen, denn die neue Organisation des Heeres, die dem Krieg von 1866 um einige Jahre vorausging, war eigentlich eine Beschränkung der Landwehr und eine Erweiterung der Linie. Im Kriege selbst griff man bis auf sehr alte Jahrgänge der Landwehr zurück, und erhielt so Massen, die man zum Nachrücken und Ausfüllen verwendete; ihre eigentliche Probe wäre zu bestehen gewesen, wenn die Armee vorn eine Niederlage erlitten hätte und die Landwehr als-

dann vor den Riß gestanden wäre. Da aber die Armee von heute bloß eine Probe abgeliefert. Darauf spielt ein französischer Ausspruch an, der da meint: wenn man die vordere spanische Wand durchbreche, stoße man auf bloße Nationalgarde. Letztere Vorstellung ist übrigens unrichtig; die heutigen Landwehren sind etwas Anderes als bewaffnete Bürger, und die von 1813 waren Soldaten, wie die andern auch, nur etwas kürzer exerzirt.

Eines taugt nicht für Alle. Das Landesschützenwesen in Tyrol, denke ich, wird man nicht aufheben, um dort das preußische Landwehrsystem einzuführen. Diese Bauern haben einst einen französischen Marschall mit seiner Armee aus dem Lande gejagt, und brauchten nicht einmal eine militärische Beihilfe dazu. Das System der Tyroler Volksbewaffnung hat sich überhaupt thatsächlich bewährt nicht nur damals, sondern schon oft, sowohl vor- als nachher. Ist aber für Tyrol eine Ausnahme zu statuiren, warum nicht auch für andere Kronländer? Salzburg und Oberösterreich, die Steyermark, die böhmischen Gebirge &c. eignen sich nicht minder für ein Schützenwesen, wie es in Tyrol besteht. Für die ungarischen Ebenen würde es dagegen nicht passen; dort ist die natürliche Heimath eines Reitervolks. Oesterreich hat da einen Vortheil in der Mannigfaltigkeit seiner Völkerschaften, und es benützt ihn, indem es z. B. aus Ungarn vorzugsweise seine Husaren, aus Galizien — denn sowohl dem Polen, als dem Ruthenen (Kleinrussen) ist die Lanze eine nationale Waffe — eben so seine Uhlanen nimmt. Aus Tyrol nimmt es weder Reiter noch Kanoniere, sondern ausschließlich Jäger, d. h. Scharfschützen. Das ist es, was die Nationalökonomie Theilung der Arbeit nennt, und es ist einleuchtend zweckmäßig. Auch die Einrichtung der sogenannten Militärgränze ist eine der Eigenthümlichkeiten Oesterreichs; auch sie beruht auf speziellen Verhältnissen und ist dort eine nationale, denn dieses Genossenschaftswesen in Haus und Hof mit seiner Art von Kommunismus entspricht einem slawischen Charakterzug, wie er sich auch in der kommunistischen Gemeindeverwaltung der Großrussen an den Tag legt. Findet man Mängel daran, so reformire man; allein die Einrichtung ganz und gar aufzuheben, während vielleicht in kürzester Zeit eine große türkische Krisis bevorsteht, wäre doch offenbar eine Uebereilung.

Anstatt eine fremde Eigenthümlichkeit nachzuahmen, thut man besser, wenn man seine eigene pflegt. Bei einem kleineren Staat

geht Das nicht immer an; er könnte z. B. nicht wohl ein Schützensystem ausbilden, wenn daraus seine ganze Armee bestehen sollte, oder der Entwicklung einer Anlage zum Seewesen nachgehen, wenn alsdann Nichts übrig bliebe zum Schutz einer offenen Gränze zu Land. In einem großen Staatskörper vertheilt sich Dies Alles, wie es am besten seinen Zweck erfüllt; Oesterreich ist groß genug, um sich darin nicht beirren zu lassen.

18. Februar 1868.

In der reichsräthlichen Delegation (Plenum) kam gestern das Büdget des Ministeriums des Aeußern an die Reihe. Der für geheime Auslagen in diesem Ministerium verlangte Betrag von 550,000 Fl. (Frhr. v. Hock bezeichnete im Lauf der Debatte die Sache als ein Vertrauensvotum) wurde fast einstimmig bewilligt. (Dagegen: Greuter, Giovanelli, Mensdorff.) Bei den Kosten des Gesandtschaftswesens kam in derselben Weise, wie es früher im Ausschusse geschah, der Botschaftsposten zu Rom in Anfechtung, und die Anfechtung wurde in derselben Weise wie dort erledigt, nämlich mit Bewilligung von 37,200 Fl. (anstatt 54,600) Funktionszulage des Botschafters und von 20,000 Fl. für Reparaturen in dem Botschaftspallast. Dr. Groß (Wels) meinte wiederholt, der Gesandte in Florenz könnte ganz gut die diplomatischen Geschäfte Oesterreichs in Rom mitbesorgen. Einen eigenen Standpunkt nahm Hr. Greuter ein, indem er unter Anderm sagte: „Er stimme für die Aufrechthaltung des vollen Betrages; jedoch möge man nicht glauben, daß er Das so zu sagen im Interesse der kirchlichen Grundsätze thun müsse: unsere Zeit sey von der Art, daß er die Vertretung und Wahrung der katholischen Interessen nicht von einem Gesandten, ja nicht einmal von den Kabinetten überhaupt mehr erwarte, sondern von dem Volke selbst. In Oesterreich stehe es gegenwärtig so, daß er die Vertretung der kirchlichen Interessen dadurch am besten gewahrt wissen müßte, wenn man dem Botschafter in Rom keinen Pfennig bewillige.“ (Groß: „Das ist ja mein Antrag!“ Heiterkeit.) „Wenn der Botschafter in Rom,“ fuhr der Redner fort, „keine andere Aufgabe habe, als mit Hilfe der politischen Zuaven von Paris das Gewissen des Pabstes zu stürmen, so ziehe ihm ein solcher Gesandter lieber heute als morgen

ab, und er bewillige in Rücksicht auf das rein kirchliche Interesse keinen Groschen für denselben. Nur um der Parität willen beantrage er, daß, wie bei andern Botschaftern, so auch für den Botschafter in Rom das volle Gehalt ausgezahlt werde." (Heiterkeit.

Die Anzahl der zur silbernen Hochzeit des Königs Georg hier angekommenen Hannoveraner schätzt man auf 1800; es sind Leute aus allen Ständen, auch Frauen und Kinder darunter. Zu dem Festmahle, das von dem Königspaare seinen Gästen gegeben wird, ist in dem „Kursalon" des hiesigen Stadtparkes eine 80 Klafter lange Tafel hergerichtet, die durch alle drei Säle geht und an der etwa 2000 Personen Platz finden. In zwei Theatern hat König Georg den ganzen Zuschauerraum genommen und gibt die Freikarten an die Hannoveraner aus. Der von den Bewohnern Hietzing's beabsichtigt gewesene Fackelzug unterbleibt (wegen „Feuersgefahr bei dem windigen Wetter").

Der Ball des Arbeiterbildungsvereins hat am Sonntag in den Sälen der Gartenbaugesellschaft stattgefunden; er war von etwa 5000 Personen besucht. Auch der Reichskanzler Frhr. v. Beust, die Minister Graf Taaffe, v. Plener, und Fürst Auersperg hatten sich auf kurze Zeit eingefunden. Um 4 Uhr waren die Vorräthe des Wirthes aufgezehrt, und er mußte bei einem Nachbar Bier ausborgen. Auch Reden wurden gehalten; eine derselbe schloß mit dem Reim:

Alle für Einen, Einer für Alle
Zu siegen oder zu fallen mit Lassalle.

Das Neue Fremdenblatt macht auf den im Zunehmen begriffenen gehässigen Ton der russischen Regierungszeitung „Djen" aufmerksam; seit einigen Tagen seyen nun auch die bisherigen Ueberschriften der Länder in der Art gewechselt, daß es statt der Rubrik Oesterreich nunmehr heiße: Oesterreich und die slawischen Länder, statt der Rubrik Türkei nunmehr: Türkei und slawische Länder. Nicht gerade unbedeutsam ist [illegible] [illegible] auf den [illegible]

[illegible]

[illegible]

sagte: „Wir begrüßen heute zum ersten Mal in diesen Räumen die neuerwählten Rathgeber Sr. Maj. Ich glaube mich ihnen gegenüber zu der Versicherung berechtigt, daß wir denselben, gleich der großen Mehrheit der Bewohner unseres Vaterlandes, mit vollem Vertrauen entgegenkommen." (Beifallsruf auf der linken Seite, während das Zentrum und die Rechte schweigen: auf der Rechten sitzen übrigens viele als Verfassungsfreunde bekannte Mitglieder.) Auch der Ministerpräsident Fürst Carlos Auersperg hielt eine Ansprache an das Haus, dessen Präsident er gewesen, und drückte die Hoffnung aus, daß, wenn auch sein Beruf im Herrenhause sich geändert habe, doch seine Stellung keine Aenderung erleiden müsse. Die Erzherzoge Joseph, Sigismund, Albrecht, Karl Ludwig, Ludwig Viktor, Leopold, Rainer, Wilhelm, und der Großherzog von Toskana nahmen Theil an der Sitzung. Ein bedeutsames Beispiel, welches bei dem frondirenden Theile der Aristokratie nicht ohne Eindruck vorübergehen wird! (Während der bisherigen Session waren die Prinzen des kaiserlichen Hauses nicht mehr in den Sitzungen erschienen, wofür man den Grund darin suchte, daß nach dem Ausgleich mit Ungarn das Herrenhaus nicht mehr das Oberhaus des ganzen Reiches sey.)

Gestern war der eigentliche Tag der hannoverschen Festlichkeiten. Vorgestern Abend, in Hietzing, hatte König Georg an die Festgenossen die Worte gerichtet: „Ich bin hier Gast; vermeidet Alles, was zu Unannehmlichkeiten führen könnte!" Gestern, bei dem Festabend im „Kursalon", sprach er in einer Darlegung seines Dankes: „Eure Hierherkunft und Eure Glückwünsche sind mir der Beweis, daß das Welfenhaus und Hannover Eins sind und bleiben werden. Mein Ahn Heinrich der Löwe mußte das Land verlassen, und mein Großvater, Euer König, verweilte zehn Jahre im Exil. Aber Beide kehrten sie zurück als unabhängige Fürsten und fanden ihr Hannover geeint und gestärkt. So gibt denn das Zeugniß der Geschichte mir die Berechtigung zu der Hoffnung, daß ich bald heimkehren werde in mein treues Hannoverland als freier, unabhängiger König. Es lebe mein Land Hannover!" Die Königin und die Prinzessinnen weinten; auch in den Pokal des Redners floß eine Thräne. Unter den Weihegeschenken bemerkte man ein silbernes Roß, welches 80,000 Thlr. gekostet haben soll, aus der Stadt Hannover und Umgebung, so wie ein silbernes Schiff aus Ostfriesland. Auf dem

[illegible] im Kursalon befanden sich 2000 Flaschen Champagner, 1000 Flaschen Ungarwein, und 1000 Flaschen Oesterreicher; es war angeordnet, daß außer Champagner nur österreichische Weine getrunken werden sollen. Ein witziges Blatt theilt sogar den Speisezettel mit, welcher in französischer Sprache abgefaßt war; ein großer Theil der Gäste wird ihn nicht verstanden haben. Unter den Hannoveranern waren Bürger und Bauern wohl die Mehrzahl; besonders in das Auge fielen 14 Invaliden, die noch bei Waterloo mitgemacht hatten, worunter ein Kürassier in seiner alten Uniform, ferner 17 uniformirte Mitglieder des Schützencorps, eine aus 10 Personen bestehende Deputation der hannoverischen Sackträger rc.

Während in der ungarischen Delegation Moriz Perczel mit Begeisterung die alten Honveds als die Vertheidiger der Verfassung und des Gesetzes feiert, er vergißt dabei, daß mit der Entsetzung der Dynastie doch selbst der Rechtsboden von Honveds ein Ende hatte, rächt sich die Wiener Karnevalsstimmung durch Witze. So meinte dieser Tage ein Blatt, man höre jetzt Stimmen von jenseits herüber; ob sie aber aus einem besseren Jenseits kamen und ob die Inhaber derselben gute Geister seien, das müsse sich erst noch zeigen. Als neulich der Sängerin v. Murska unter andern Kränzen auch einer mit einer magyarischen Inschrift auf die Bühne zugeworfen wurde, [illegible] es muthmaßlicher Weise; man schloß heraus auf Frhrn. v. Beust als Spender des Kranzes. (Wegen seiner magyarischen Sprachstudien.) In einem Maskenzug auf dem Ball in Schwender's Kolosseum erschien ein fetter Ungar mit einem abgemagerten Deutschen zusammen als „Ausgleich"; ebenso fiel auch Etwas für den Arbeiterbildungsverein ab, nämlich das Schleppen eines Betrunkenen durch zwei Polizeisoldaten als „Staatshilfe" (Lassalle), und Etwas für den Gemeinderath, welcher den Kursalon für gewöhnliche Geselligkeit versagt, denn es paradirte ein Modell des Bau's mit der Inschrift: „Nur Fremden ist der Eintritt gestattet."

Die „Deutsche Leschalle" in Prag, aus Studenten der Universität bestehend, hat einstimmig beschlossen, fortan das ultratschechische Blatt „Politik" aus dem Lokale zu verbannen. Dieses Blatt mit seiner „deutschfresserischen" Tendenz solle aus allen deutschen Gegenden Böhmens verwiesen werden, so daß es nur noch Jenen diene, die sich als Tschechen geberden, ohne des Tschechischen mächtig zu sein. Der Gedanke lag so nahe, daß man sich nur wundern muß, wie er

mit einem Mal einschlafe, rühren einige Blätter die Lärmtrommel darüber, daß Graf Taaffe, der Polizeiminister, den Aufruf des hiesigen „deutschen Volksvereins" zur Unterstützung der Nothleidenden in Ostpreußen, nachdem er in allen Zeitungen erschienen war, nicht auch als Plakat an den Straßenecken anzuschlagen erlaubte. Dies sey das „neueste Opfer der Zensur in Oesterreich." Nun weiß aber Jedermann, der diesen Aufruf in den Zeitungen gelesen hat, daß derselbe gegen die preußische Regierung schwere politische Vorwürfe richtet, und der Polizeiminister hatte offenbar kein Motiv, diese Vorwürfe zu den seinigen zu machen, wie es durch eine Gutheißung des Straßenanschlags indirekt geschehen wäre. Nur wenn man zur Vornahme öffentlicher Sammlungen überhaupt keiner Erlaubniß der Behörde bedürfte, fiele dieser politische Gesichtspunkt weg, der sonst doch wohl nahe genug liegt.

Gegen die Erklärung des Hrn. v. Schweitzer in seinem „Sozialdemokraten" vom 18., daß „nur nach wiederholtem eindringlichen Ersuchen von Seiten Jener, welche die Wiener Arbeiterbewegung hervorgerufen haben, Hr. v. Hofstetten sich bereit fand, nach Wien zu kommen," tritt in hiesigen Blättern der Obmann des Arbeiterbildungsvereins, Hr. Mühlhauser, mit der Entgegnung auf, in Betreff dieses Vereins sey jene Behauptung eine Lüge, und daß man in der Versammlung vom 16. Hrn. v. Hofstetten nicht gerade vor die Thüre setzte, habe er nur der Artigkeit der Wiener Arbeiter zuzuschreiben. („Hollah! Kommen die sozial-demokratischen Herren so auf einander zu sprechen?!")

Neben den Arbeitervereinen, deren Zahl fortwährend im Wachsen begriffen ist, sind hier in Wien vielfach demokratische Vereine in's Leben getreten. Zwar spottet der „Figaro", um da oder dort Mitglied zu werden, müsse man Hausbesitzer seyn (in Wien schon ein großes Ding!) und einen Nachweis liefern, daß man niemals einen polizeilichen Anstand gehabt; allein bemerkenswerth ist es immerhin, daß auch sogenannte Geldbrotzen (in der französischen Arbeitersprache „bourgeois" genannt) auf eine demokratische Benennung ausgehen. Die Beschäftigung dieser Vereine besteht im Allgemeinen darin, daß sie zu allem Möglichen, was parlamentarisch oder in der Presse verhandelt wird, auch noch ihrerseits einen Senf beigeben, sey es auch auf die Gefahr hin, daß diese besondere politische Wirksamkeit nicht über die vier Wände ihres Versammlungs-

(d. h. katholischen) Sympathien von Deutschland aus lieber verschont zu bleiben, so ergibt sich als das Fazit, daß diese Spezialität von Politik weder einheimische Hindernisse zu überwinden, noch auswärtige Zuneigungen politisch zu pflegen versteht. Bismarck verschmäht solche Sympathien nicht. Auch die liberalen Italiener sind klüger. Mag es zehnmal ein ultramontaner Pfarrer seyn, der in Tyrol wieder eine deutsche Gemeinde weiter italienisch macht: — sie vergeben ihm seine kirchliche Gesinnung, während er politisch im Weinberg Garibaldi's arbeitet. Den Russen, obwohl antikatholisch vom Wirbel bis zur Sohle, verschlägt es gar Nichts, wenn ihre tschechischen Werkzeuge nebenbei auch ultramontane Gönner finden. In Oesterreich aber scheint es mitunter, als ob eine Hinneigung zu Oesterreichs auswärtiger Politik eine Art von Vergehen wäre, hinreichend, um in den Verdacht zu gerathen, daß man verdächtig sey. Ist Das politisch? Will man zurückfallen in die Zeit, wo es z. B. für den Haß gegen Oesterreich in der Kölnischen Zeitung Sympathien in Oesterreich gab, die sich für „patriotisch" hielten, weil die Kölnische Zeitung Opposition machte!

[illegible]

[illegible]

mit einem Mal einschlafe, rühren einige Blätter die Lärmtrommel darüber, daß Graf Taaffe, der Polizeiminister, den Aufruf des hiesigen „deutschen Volksvereins" zur Unterstützung der Nothleidenden in Ostpreußen, nachdem er in allen Zeitungen erschienen war, nicht auch als Plakat an den Straßenecken anzuschlagen erlaubte. Dies sey das „neueste Opfer der Zensur in Oesterreich." Nun weiß aber Jedermann, der diesen Aufruf in den Zeitungen gelesen hat, daß derselbe gegen die preußische Regierung schwere politische Vorwürfe richtet, und der Polizeiminister hatte offenbar kein Motiv, diese Vorwürfe zu den seinigen zu machen, wie es durch eine Gutheißung des Straßenanschlags indirekt geschehen wäre. Nur wenn man zur Vornahme öffentlicher Sammlungen überhaupt keiner Erlaubniß der Behörde bedürfte, fiele dieser politische Gesichtspunkt weg, der sonst doch wohl nahe genug liegt.

Gegen die Erklärung des Hrn. v. Schweitzer in seinem „Sozialdemokraten" vom 18., daß „nur nach wiederholtem eindringlichen Ersuchen von Seiten Jener, welche die Wiener Arbeiterbewegung hervorgerufen haben, Hr. v. Hofstetten sich bereit fand, nach Wien zu kommen," tritt in hiesigen Blättern der Obmann des Arbeiterbildungsvereins, Hr. Mühlhauser, mit der Entgegnung auf, in Betreff dieses Vereins sey jene Behauptung eine Lüge, und daß man in der Versammlung vom 16. Hrn. v. Hofstetten nicht gerade vor die Thüre setzte, habe er nur der Artigkeit der Wiener Arbeiter zuzuschreiben. („Hollah! Kommen die sozial-demokratischen Herren so auf einander zu sprechen?!")

Neben den Arbeitervereinen, deren Zahl fortwährend im Wachsen begriffen ist, sind hier in Wien vielfach demokratische Vereine in's Leben getreten. Zwar spottet der „Figaro", um da oder dort Mitglied zu werden, müsse man Hausbesitzer seyn (in Wien schon ein großes Ding!) und einen Nachweis liefern, daß man niemals einen polizeilichen Anstand gehabt; allein bemerkenswerth ist es immerhin, daß auch sogenannte Geldprotzen (in der französischen Arbeitersprache „bourgeois" genannt) auf eine demokratische Benennung ausgehen. Die Beschäftigung dieser Vereine besteht im Allgemeinen darin, daß sie zu allem Möglichen, was parlamentarisch oder in der Presse verhandelt wird, auch noch ihrerseits einen Senf beigeben, sey es auch auf die Gefahr hin, daß diese besondere politische Wirksamkeit nicht über die vier Wände ihres Versammlungs-

Königs Georg [illegible] und [illegible] die [illegible] harmlose [illegible]
zulassen [illegible] und trotz der [illegible] mit der [illegible]
keinen Anlaß zu [illegible]“ [illegible]
[illegible]
nicht [illegible]
[illegible]

[illegible]

Hannover, Kurhessen, und Nassau ist legitim, der Wunsch einer Wiedereinsetzung natürlich; faßt man aber den Gang der Geschichte im Großen auf, so stellt sich heraus, daß Dies nur die eine Seite des Gegenstandes ist. Es gibt deren auch andere. Dahin gehört beispielsweise zuvörderst, daß keiner der Betroffenen gleich zu Anfang mit vollem Ernst für die Sache des alten Bundes eintrat. Gerüstet, wie es anderseits das Königreich Sachsen war, traf sie die Krisis nicht: in Hannover schien man sogar froh zu seyn, den Feldmarschallleutnant Gablenz mit seinen Truppen schnellstmöglich loszuwerden, denn zu einer einzuhaltenden Neutralität paßte er natürlich nicht. Das heißt man zu deutsch: sich zwischen zwei Stühlen niedersetzen. Fürs zweite kommt historisch zu erinnern, daß auf dem Fürstentage zu Frankfurt, welchen zur Reform des deutschen Bundes Kaiser Franz Joseph berief, sich die allseitige Opferbereitschaft zu diesem Zweck äußerst mager zeigte. Eine deutsche Einigung, wie sie einem Zwiespalt und Bürgerkrieg etwa vorbeugen konnte, war damals nicht allzu theuer zu haben: allein der Versuch mißlang, und es war nicht blos Preußen, das sich gegen ihn abschloß. Die Versäumniß kam hoch genug zu stehen. Drittens endlich ist nicht zu vergessen, daß die Mediatisirung oder das Verschlingen kleinerer Nachbarn nicht gerade etwas Neues ist in Deutschland. Im westfälischen Frieden machte man damit einen stattlichen Anfang; zur Zeit des ersten Napoleon that man einen bedeutsamen Ruck weiter, und auch der Wiener Kongreß theilte noch Gnaden aus dem Besitz Anderer aus: die obengenannten Staaten selbst hatten alle drei auch Gebietstheile, die von aufgespeisten Nachbarn und gewesenen Mitständen des Reichs herrührten. Diesmal ging die Sache allerdings um einige Stufen höher, und griff bis auf Größere hinauf; sonst blieb sie sich gleich. Persönlich genommen ist es ein großer Unterschied, ob man dabei aktiv oder passiv betheiligt ist: thatsächlich genommen aber ist das Prinzip, welches man als aktiver Theilnehmer hochhielt, immerhin dasselbe, das man als passiver nunmehr verabscheut. Es geht eine Nemesis durch die Geschichte: an welcher Thüre in Deutschland sie das nächste Mal anklopfen wird, Das birgt sich im Schooße der Zukunft.

23. Februar 1868.

Mit dem angedrohten Austritt einiger feudal-tschechisch gesinnten Mitglieder aus dem Herrenhause wird es nun Ernst. Man nennt die Fürsten Salm und Lobkowitz, die Grafen Leo Thun, Harrach, Nostiz, Czernin, und Bouquoi; „sieben Männer und ein Kopf," wie sich ein hiesiges Blatt ausdrückt. (Der „Kopf" ist Graf Thun.) Als Motiv geben die Herren an, nach ihrer Ansicht sey das Herrenhaus nicht mehr das ursprüngliche, und folglich könnten sie auch nicht mehr ihrem ursprünglichen Berufe darin nachkommen. Wenn der Austritt von 7 Mitgliedern als eine politische Demonstration wirken sollte, so hat er seinen Zweck verfehlt, denn die Sache erregt weiter kein Aufsehen; hiezu müßte, von allem Andern abgesehen, die Anzahl der Austretenden größer seyn. So wird man die Lücke kaum bemerken. Das Publikum sieht in diesem Schritte Nichts als ein Verlassen des Schlachtfeldes, d. h. ein Geständniß der Hoffnungslosigkeit der betreffenden Partei, nebst Beigabe einer statistischen Ziffer für die Schwäche ihres Anhangs.

Die Delegationen sind beide mit dem Militärbüdget beschäftigt. Man rechnet scharf und streicht da oder dort, jedoch nicht in Bausch und Bogen so und so viel, was eigentlich eine nichtssagende Leistung wäre, sondern mit speziellem Nachweis, in welcher Art es sich machen läßt, und mit Ausscheidung alles Dessen, was erst längerer Vorbereitung und der Basis anderer Organisation bedarf, für das nächstfolgende Büdgetjahr. Der ungarischen Delegation waren in Pesther Blättern Gerüchte vorangegangen, sie werde namentlich in Bezug auf das Militärbüdget kurz angebunden seyn, und schlechtweg eine Anzahl von Millionen streichen, es dem Kriegsminister überlassend, wie er mit der thatsächlichen Ausführung zurechtkommen möge. Nichts von alledem ist eingetroffen; eher streifte an die dort fälschlich angekündigte Behandlungsart des Gegenstandes die eines Mitgliedes der diesseitigen Delegation, Dr. Groß aus Wels, welcher unter Anderm den Grundsatz aufstellte, „die Armee sey eine Assekuranz; wenn die Prämie zu hoch sey, thue man am besten, sie lieber nicht zu zahlen."

Die Raufereien bei der Deputirtenwahl in Nemethy-Uerog (Ungarn) waren ernst genug; nicht weniger als dreiundzwanzig sind schwer, eine weit größere Anzahl ist leicht verwundet. kandidaten standen sich gegenüber: Nikolaus Perczel, ge-

wesener Honvedoberst, zur Linken gehörig, und ein Hr. Simony, von Kossuth empfohlen, sonst eine unbekannte Persönlichkeit. Also Kossuth macht jetzt der ungarischen Linken Konkurrenz oder Opposition!

Frau Johanna Schindler, die 78jährige Mutter des bekannten Mitglieds des Abgeordnetenhauses, ist vorgestern von einem sogenannten „Comfortable" (Einspänner, Droschke) sehr uncomfortable überfahren worden und liegt schwer verletzt danieder. Diesmal ist der Kutscher erwischt und verhaftet. Es fehlt uns noch immer die Garantie eines Grundrechtes, nicht willkührlich gerädert zu werden.

24. Februar 1868.

Wenn die tschechischen Blätter fühlen, daß es ihnen mißlingt, ihre russische Färbung zu beschönigen, so kehren sie in der Bedrängtheit den Stiel um, und suchen eine Diversion in dem Vorwurf an die Deutschen Oesterreichs, sie hätten politische Zielpunkte jenseits der österreichischen Gränze. Aus diesem Munde jedenfalls ein kurioser Vorwurf: denn was für die Deutsch-Oesterreicher erst eine Anklage seyn soll, Das ist für die tschechischen Moskaupilger schon eine Selbstverdammung. In dem einen Fall liegen notorische Thatsachen vor, in dem andern keine. Niemals ist aus Oesterreich eine „ethnographische" Deputation nach Berlin oder Potsdam gegangen, niemals als Demonstration gegen Oesterreich die preußische Volkshymne bei uns gesungen worden; jener Pfeil prallt auf den Schützen zurück. Allerdings hatte die Staatskunst des Ministeriums Belcredi es zu einer gründlichen Mißstimmung unter den Deutschen gebracht, und diese Mißstimmung ging so tief, daß auf einigen Landtagen die Möglichkeit eines Zerfalls von Oesterreich zur Sprache kam: allein Dies waren Stimmen der Warnung und des Unwillens aus patriotischem Grunde: wenn diese Männer nach Berlin geblickt hätten, wie die tschechischen Ultra's nach Moskau, so hätten sie an der Belcredi'schen Politik ja eher eine Freude gehabt.

Und nun kommt gar der Vorwurf: vor Königgrätz hätten die Deutsch-Oesterreicher als Partei Deutschland für die Dynastie erobern wollen, nach Königgrätz aber den Gedanken gefaßt, daß es zwar nicht ehrenvoller, aber jedenfalls bequemer sey, sich von Deutschland erobern zu lassen. Das sind denn freilich zwei Entdeckungen,

von denen Niemand vorher Etwas geahnt hat. Was die erstere betrifft, so beklagte man sich draußen eher über Kaltsinn der Deutsch-Oesterreicher und über die Unkenntniß Deutschlands in ihren Blättern. Was die andere angeht, so sieht man sich vergeblich nach einem beglaubigenden Anhaltspunkt dafür um: es müßte denn seyn, daß als ein solcher die bekannte Aeußerung eines niederösterreichischen Landtagsredners dienen sollte, der über dem Schlachtfeld von Königgrätz eine Lerche singen hörte. Es war ein etwas orakelhafter Spruch. Möglicher Weise konnte die Lerche eine künftige Einheit Deutschlands mit Einschluß von Oesterreich bedeuten; in Betracht des Krieges jedoch, die Lerche sey der Zündnadel unerreichbar, könnte sie mehr wohl im preußischen Sinne gemeint seyn. Was der Redner überhaupt im Auge gehabt, das zu erklären wäre hier Sache [illegible] Fällen steht fest, daß eine einzelne Lerche eben so wenig einen Sommer macht, als eine einzelne Schwalbe. [illegible]

[illegible]

schiebt sich als angebliches Motiv vor; an der eben fehlt es aber thatsächlich, und sie soll erst künstlich gemacht werden. Ob es gelingt, Das ist eine andere Frage. Jedenfalls liegt klar zu Tage, daß man erst Etwas zu werden sucht, was man noch nicht ist, nämlich literarisch-russisch: kann man sich da verwundern oder es übelnehmen, wenn ein Dritter die angegebene Gränzlinie zweifelhaft und das ganze Gebahren zweideutig findet? War es literarisch gemeint als der „Posel Moravsky“ einschärfte: „Die Verfolgung und Ausrottung des Deutschthums muß überhaupt in unsern größeren Städten mit mehr Energie betrieben werden?“ Und der gefeierte Spruch: „Lieber unter russischer Knute, als in österreichischer Freiheit!“ — ist der literarisch zu verstehen?

Es hilft alles Drehen und Deuteln Nichts: das Deutschthum ist in Böhmen der angegriffene Theil und nicht umgekehrt, Das sieht Jedermann ohne Brille. Die Ultratschechen als Angreifer aber jagen einem Wahngebilde nach, das sich nicht verkörpern kann. Ein Land, dessen Bevölkerung zu zwei Fünfteln deutsch ist, werden sie nicht rein tschechisch machen, und das tschechische Volk auf dem grammatischen Wege nicht russisch, und wenn Rußland als Eroberer nachhelfen sollte, so würde ganz Europa, Preußen mit eingerechnet, sich der russischen Besitznahme eines so weit westlich gelegenen Landes widersetzen. Aus der Freiheit unter die Knute, Das wäre denn ebenfalls keine Empfehlung im Sinne der „Kulturpflege“, deren Namen man für den Panslawismus mißbraucht. Mit einem gegebenen thatsächlichen Verhältniß, das man voraussichtlich nicht zu ändern vermag, muß man sich vertragen lernen: Dies allein ist eine praktische Politik. Sowohl tschechisch als frei können die Tschechen nur seyn und bleiben im Verbande mit Oesterreich. Alles Andere nimmt entweder Eines davon weg, oder Beides zusammen.

26. Februar 1868.

Es hat wohl Manchen überrascht, daß die süddeutschen Wahlen ins Zollparlament eine so starke Strömung großdeutschen Sinnes konstatiren. Nach der Haltung der Kammern in München und Karlsruhe konnte man die Festhaltung dieses Charakters bezweifeln; jetzt sieht man: sie waren nicht oder sind nicht mehr der wahre Ausdruck der öffentlichen Meinung ihres Landes. Direkte Wahlen

[illegible]

In Siebenbürgen scheinen die Schwierigkeiten des neuen Verhältnisses zu Ungarn noch nicht ganz geordnet zu sein. Gegen Das, was man jetzt die Gesetze von 1848 nennt, hatten die Siebenbürger

Sachsen 1848 und 1849 mannhaft gestritten, und wenn man ihr Land nunmehr auf den Fuß der magyarischen Institutionen einrichten will, wie es Einige befürchten, so ginge Das schwerlich ohne ernstliche Opposition ab. Allerdings gibt es jedoch auch eine sächsische Partei, die mit den Magyaren zusammenzugehen geneigt ist, und Das sind die sogenannten „Jungsachsen.“ Das Motiv dazu ist nicht sozialer Servilismus, wie bei jenen Pesther Philistern, die ihre deutschen Namen unterthänigst in's Magyarische übersetzen, sondern die Besorgniß, sonst von den Rumänen politisch übermannt zu werden, deren Bevölkerungsziffer selbst auf dem eigentlichen „Sachsenboden“ der sächsischen stark über den Kopf gewachsen ist. Die Siebenbürger Sachsen, noch gegen Ende des vorigen Jahrhunderts über 400,000 Köpfe, zählen heutzutage nicht mehr ganz halb so viel. Es ist eine der großartigen Kolonisirungen des deutschen Mittelalters, die da nachgerade nur allzu sichtlich im Verfall begriffen ist.

27. Februar 1868.

Man muß lächeln, wenn man sieht, mit welcher Klugheitsmiene die Berliner Vossische Zeitung ihre Entdeckung vorbringt. Oesterreich sey mit Gründung einer Donaukonföderation beschäftigt, insgeheim nämlich, und habe bereits Hrn. v. Varnbüler in Stuttgart für die Sache gewonnen. „Heißblütige Partikularisten,“ sagt das Blatt, „in ihrer voreiligen Freude über den sichern Bruch zwischen Preußen und Oesterreich,“ haben es ausgeplaudert. Historische Kritik, scheint es, ist die Sache der Vossischen Zeitung nicht: wenn sie von Samarkand oder Timbuktu spräche, statt von einem Gränznachbar, — ihre Unkenntniß der Verhältnisse und Stimmungen könnte nicht größer seyn. Aus hundert Gründen heraus ein halbes Dutzend wird genügen, um ihr Das deutlich zu machen. 1 In dem Verlangen der Erhaltung des Friedens sind alle Parteien Oesterreichs einig: sowohl parlamentarisch als in der Presse tritt Das so anschaulich hervor, daß man auch bei schwachem Gesicht schon die Augen zudrücken müßte, um es nicht gewahr zu werden. Die Vossische Zeitung selbst aber bezeichnet den angeblichen Plan als einen „sichern Bruch“ zwischen Preußen und Oesterreich. 2 Ein sehr ansehnlicher Theil der österreichischen Bevölkerung, vielleicht die Mehrheit, sieht in der Auflösung des deutschen Bundes, Alles er-

[illegible]

[illegible] Gegenwart, der von Deutschland überhaupt Nichts mehr wissen will. 5) Es ist eine konstante Erfahrung, daß in den Anfangsstadien politischer Entwicklung eine gewisse Neigung vorherrscht, auch die Politik nach außen hin, anstatt mit jeweiliger Berechnung der Umstände, Machtverhältnisse ꝛc., lediglich nach Motiven innerer Politik zu bemessen. Unsere Konkordatsgegner z. B. würden es gleichsam als ein neues Konkordat ansehen, wenn Oesterreich mit irgendwem zusammenginge, der sich nicht als antikatholisch ausweist. Nun ist aber in Würtemberg eine starke Minderheit, in Bayern und Baden vollends die große Mehrheit katholisch, mitunter sogar ultramontan:

ergo! Lieber mit Garibaldi, welcher, trotz seiner Absichten auf Tyrol, Triest, Fiume, Dalmatien ꝛc., als Widersacher des Pabstes ein höchst verehrungswürdiger Freund ist. 6) Die Vossische Zeitung wird es natürlich finden, daß ihre Donaukonföderation nicht wohl ohne den guten Willen Ungarns ins Leben zu treten vermag. Nun hat aber den Ungarn schon Ludwig Kossuth eine solche Konföderation vorgeschlagen, und er ist glänzend mit seinem Vorschlag durchgefallen, *obwohl* er als Mittelpunkt des Ganzen Pesth setzte. Es ist nicht

zu vermuthen, daß in Ungarn, wenn nun vollends der ungarische Mittelpunkt wegfiele, Dies als eine verbesserte Auflage würde aufgenommen werden.

So ist der Stand der Dinge in Oesterreich. Wenn auf der Basis dieser öffentlichen Stimmungen und Verhältnisse, d. h. in Ermangelung einer thatsächlichen Basis, die Vossische Zeitung den Bau ihrer Donaukonföderation weiter zu führen gedenkt, so sey es ihr unbenommen; in der Luft ist noch Platz genug.

29. Februar 1868.

In dem Plenum der reichsräthlichen Delegation, bei der Berathung des Militärbüdgets, sprach Hr. v. Schmerling als erster Redner seine warmen Sympathien für die Armee aus, und betonte namentlich die nothwendige Einheit derselben: „es ist für uns Pflicht, auszusprechen, daß wir nie und nimmer einem Institut zustimmen werden, durch das die Einheit der Armee gefährdet werden könnte.“ (Die alte „Presse“ wirft ihm vor, er betrachte die Armee als einen „Schmuck des Staates“, spottet über seine „kindliche Anschauung“, nennt ihn einen Schwärmer für den Waffenrock, einen „General in partibus“ rc. Gleich als ob die Armee Nichts als ein nothwendiges Uebel, eine Sympathie für sie eine Art von Vergehen wäre, und nicht noch heutzutage in einleuchtender Wahrheit der Satz gälte: „in Deinem Lager ist Oesterreich!“) Dr. Figuly stellte sich auf einen andern Standpunkt: „Die Armee soll Eins seyn mit dem Volke. Das ist auch eine Einheit.“ Auch dieser Satz hat seine Berechtigung (die alte „Presse“ setzt dem Redner dafür einen Bürgerkranz auf); allein z. B. in Bezug auf die russischen Tschechen und andere ähnliche Elemente wird ihn doch wohl weder die „Presse“ noch Dr. Figuly als maßgebend erachten. Eine bessere Motivirung war die, womit der Redner schloß: „Man kann ein Freund der Armee seyn und dennoch auf eine gute Armeewirthschaft dringen: Dies ist der Grund, warum ich gegen den Ausschußantrag sprach.“ Ihm folgte Hr. Stene mit einer mahnenden Hinweisung, wie unentbehrlich die Einheit der Armee für Oesterreich sey: man müsse jeden, auch einen versteckten Versuch zurückweisen, der dieses wesentliche Band der Zusammengehörigkeit des Reichs lockern könnte. Der Redner hält Nichts darauf, eine Ersparniß auf das Papier zu

[illegible]
Dr. Groß (von Wels) unterstützt diesen Antrag. [illegible]
sich [illegible] in den Reden Beider eine Art von [illegible]
[illegible] natürlich finden, die Interessen des Staates [illegible]
lassen, sobald man mit dem jeweiligen Ministerium
ist. So sagte Dr. Rechbauer über den Feldzug von
lich: „Es muß die traurige Thatsache konstatirt werden,
völkerung über einen Sieg sich gar vielleicht nicht
denn der Sieg wäre ihr vielleicht gefährlicher gewe
Niederlage.“ Und in ähnlichem Sinne äußerte Dr.
Wels: „Im Jahre 1866 konnte man oft die Aeuß
schlechter kann es uns ja nicht gehen, wenn wir geschl
Das, meine Herren, ist die Desperation des Volkes, u
größte Uebel. Was hatten wir auch damals zu verlie
die Sistirungsminister? Um die war es uns bei Go
und das Septemberpatent hätten wir auch noch riskirt.
Redner bezeichnete diese seltsame Art von Patriotismus
stens als eine traurige Thatsache, der andere als das
die alte „Presse“ aber, scheint es, sieht vielmehr Sy
die Armee als eine „traurige Thatsache“ an. In E
Frankreich denkt und fühlt man anders, und in patr
ziehung kann auch die „Presse“ dort noch mit Nutzen i



des ungarischen Landtages nahe bevorsteht, so wird man doch endlich, trotz aller Umschweife, einen Schluß finden und zu Ende gelangen.

Die Verurtheilung des Hrn. Böszörmenyi durch das Geschwornengericht in Pesth (1 Jahr Gefängniß und 2000 Fl. Geldbuße) ist eigentlich eine Verurtheilung des Hrn. Ludwig Kossuth; denn sie erfolgte wegen Abdruck eines Sendschreibens des Letzteren im „Magyar Ujsag", dessen Redakteur Hr. Böszörmenyi ist. Die hauptsächlich inkriminirte Stelle war diejenige, welche besagt, die regierende Dynastie sey unverträglich mit der Unabhängigkeit und Selbständigkeit Ungarns. Da Hr. Böszörmenyi Abgeordneter ist, mußte zuerst der Landtag um die Erlaubniß angegangen werden, daß man gerichtlich einschreiten dürfe; der Landtag entschied sich dafür, dem Rechte seinen Lauf zu lassen, und nun haben die Geschworenen (mit elf Stimmen gegen eine) ihr „Schuldig" gesprochen, und das Gericht hat sein Urtheil gefällt. Die „Eljens" für Kossuth, welche bei dieser Schwurgerichtsverhandlung aus dem Publikum erschollen (während der Verlesung des inkriminirten Artikels), sind nicht der Ausdruck der öffentlichen Meinung Ungarns, sondern der einer Oligarchie.

Wie hiesige Blätter berichten, steht neuerdings eine junge Christin, Tochter eines Fabrikanten, im Begriff, einer Judenheirath wegen zum Judenthum überzugehen. In Magdeburg soll sie, nach Annahme der mosaischen Religion, das preußische Staatsbürgerrecht erwerben, und alsdann dort getraut werden.

Abermals ein Geräderter: ein alter Mann, der nicht schnell genug einem daher rasenden Fiaker ausweichen konnte, und deßhalb nun den Tod erleiden wird. Quousque tandem!

1. März 1868.

Das Büdget für die Landarmee (Ordinarium) ist nun nach den Anträgen des Ausschusses bewilligt, und zwar im Ganzen mit 76,182,942 Fl., oder, nach Abzug der eigenen Einnahmen (6,990,000 Fl.), mit 69,192,942 Fl. Der Antrag des Hrn. Rechbauer auf Bewilligung von nur 63 Millionen brachte es nicht weiter, als auf sieben Stimmen. Unser jetziges Militärbüdget ist übrigens immer noch um einige Millionen höher, als es 1864 das

preußische war: aber die weitere Ersparniß kann erst aus der anempfohlenen Umgestaltung hervorgehen, welche für das laufende Finanzjahr noch keines der erwarteten Ergebnisse zu liefern vermag.

Aus Anlaß der gerichtlichen Verurtheilungen von Pfarrern wegen mißliebiger Predigten hatten hiesige Witzblätter bis in's Genaueste ausgemalt, wie die Verurtheilten in der „kirchlichen" Haft, welche das Konkordat vorschreibt, eigentlich von der Tafel eines Fürsterzbischoffs mit Delikatessen ernährt würden und dazu die feinsten Weine tränken. Man theilte in dieser Beziehung bereits Speisezettel und Weinkarten in beneidenswerther Ausstattung mit. Nun stellt sich aber heraus, daß in Olmütz, wohin man dabei speziell deutete, bis jetzt nur ein einziger Priester inhaftirt war, und daß dieser seine Haftzeit in einem abseitigen, sonst nicht bewohnten Theile der erzbischöfflichen Residenz bestand, wobei man ihn allerdings nicht verhungern ließ, aber auch weiter nicht luxuriös verfuhr. Man rechnet überhaupt, daß in der Erzdiözese Olmütz nur etwa 5 Priester in Arrest kommen werden, weil in der Appellationsinstanz der Arrest gewöhnlich in eine Geldstrafe verwandelt wird, und somit nur denen eine Haft bevorsteht, die es verabsäumt haben, zu appelliren. Ein englischer Minister, denke ich, würde eben so wenig Predigten vor Gericht stellen, als Zeitungsartikel.

Die in Ungarn aufgetauchten Honvedsfragen in allerlei Gestaltung sind eigentlich Nichts als Agitationen, die man auf Einflußnahme für die nächsten Wahlen daselbst berechnet. Tiefer geht die Sache nicht, d. h. sie ist keineswegs stark genug, die Partei Deak aus dem Sattel zu heben. Außerdem ist bekannt genug, daß auch Offiziere der k. k. Armee, also jedenfalls nicht gegen den Willen ihrer Vorgesetzten, in Ungarn Honvedsbälle besuchen; erst neulich kam der Fall vor, daß auf einem solchen Ball, bei dem nur ungarische und französische Tänze im Programm standen, ein Theil der anwesenden Honveds selbst verlangte, es möge zu Gunsten der k. k. Offiziere nun auch ein Walzer aufgespielt werden. Zwar drang dieser Antrag nicht durch, während die Antragsteller offenbar auf das Gegentheil gezählt hatten; dafür aber hatten sie die Genugthuung, daß mit der abschlägigen Antwort sofort auch der Ball zu Ende war: sämmtliche Damen nämlich erhoben sich „wie ein Mann", verließen den Saal, und unter sich allein mochte die Honvedsmajorität nicht tanzen.



Vizeadmiral v. Tegetthoff ist durch kaiserliche Entschließung zum Marine-Oberkommandanten ernannt, Erzherzog Leopold der Stelle eines Inspektors der Flotte und der Marinetruppen enthoben.

Als bevorstehende Adjustirungsvorschrift soll nun fest stehen, daß der Tschako als Kopfbedeckung beibehalten (also nicht durch einen Hut ersetzt), jedoch nur für den Frieden bestimmt seyn, bei dem Ausmarsch in's Feld aber zurückbleiben soll, so daß mit Einschluß der Generalität Alles in Lagermützen auszumarschiren hätte. Auch der Waffenrock soll da zurückbleiben und man marschirt in der Bluse aus.

Rittmeister v. Kodolitsch (in Mexiko war er Oberst), und der Korvettenkapitän Graf Kielmannsegge geben nach Abyssinien ab; sie sind ermächtigt, an der englischen Expedition theilzunehmen.

---

2. März 1868.

„Sanfedisten" — was ist Das? Es weiß es eigentlich Niemand recht, aber einige Blätter sprechen von „Sanfedisten" als von einem großen und staatsgefährlichen Geheimbund in Oesterreich, der mit irgend etwas Erschrecklichem, dem gewählten Namen nach vermuthlich mit Erhaltung der Religion umgeht. (Italienisch: Santa fede, abgekürzt sanfede = sancta fides, heiliger Glaube.) Ganz eben so nebelhaft, wie von dem Bunde selbst, sprechen sie gleichzeitig auch von großartigen Polizeivorkehrungen, die dem geheimen Bund eben so geheim überall entgegenarbeiten und jeder Mine mit einer Gegenmine begegnen sollen. Mir scheint, es läuft da beiderseitig etwas Gespensterseherei mit unter. Ein geheimer Bund zu öffentlichen Zwecken, wenn in der That ein solcher im Werk ist, kann nicht lange ein geheimer bleiben, hat auch bei unserer Vereinsfreiheit das Geheimniß gar nicht nöthig. Allein, sagt man, er geht ja, unter dem Vorwande der Religion, auf den Umsturz der Verfassung selbst aus. Es mag seyn, daß es wirklich eine solche Partei gibt, obwohl sie schwerlich eine gegen die Verfassung, sondern höchstens eine gegen das Ministerium gerichtete Absicht eingestehen würde, allein bis jetzt sehe ich Nichts, was eine Gefahr für den Staat aufwiese. Opposition gegen ein Ministerium, Ausgehen auf Sturz desselben rc. ist ein verfassungsmäßiges Recht, und es gibt

[illegible] Wenn er auf so Etwas ausginge, [illegible] durch welche er [illegible] hatte!

Der „demokratische Verein“ in der Josefstadt scheint nicht für das Prinzip der Preßfreiheit zu sein, ausgenommen so weit es sich um seine eigenen Meinungen handelt, in welcher Beschränkung es aber kein Prinzip mehr ist. In der Plenarversammlung vom 2[illegible]. Februar legte ein Mitglied ein Exemplar einer Flugschrift vor, und fügte hinzu, daß dieses von „Ausfällen auf die Regierung und deren Organe strotzende Pamphlet“ bereits die dritte Auflage erlebt habe, und von der Mechitaristen-Buchdruckerei um 3½ Kr. besonders an die Landbewohner verkauft werde. Ein demokratisches Blatt berichtet den weiteren Verlauf, wie folgt: „Der Vorsitzende drückt sein Erstaunen aus, daß eine solche Schmähschrift unbeanstandet schon seit mehreren Wochen im Verkauf stehe, und übergibt ein Exemplar dem anwesenden Hrn. Regierungskommissär.“ Dies als Probe „demokratischer“ Freiheitsstufen!

In der letzten Arbeiterversammlung in Floridsdorf äußerte Hr. Ertel unter Anderm: Die Entscheidung des Wiener Arbeiterstandes für Staatshilfe übe einen mächtigen Rückschlag auf die Provinzen aus: „die Schulzeaner seien vorzüglich deutsch-national, die Lassalleaner dagegen kennen keine Nationalität.“

In der ungarischen Delegation bezeichnete Hr. Csengery, als Referent des Büdgetausschusses über die gemeinsamen Zolleinnahmen, den Voranschlag des Reinertrags mit 6,482,191 Fl. als zu niedrig gegriffen, und beantragte die Erhöhung desselben (des Voranschlags, nicht des Reinertrags) auf acht Millionen. Der nach Deckung der Metallgeldausgaben für das Auswärtige und das Militär sich ergebende Ueberschuß möge „den beiden Staaten der Monarchie" in derselben Sorte gutgerechnet werden.

In der Schleifmühlgasse ist eine 75jährige Frau von einem Fiaker überfahren worden. Die hiesigen Blätter nehmen kaum noch Notiz von solchen Fällen. Durchschnittlich im Jahre vielleicht hundert Menschenleben, die man diesem Moloch opfert: pah, wenn nicht einmal ein Reichsrath, ein Hauptredakteur, oder ein parlamentarischer Minister gerädert wird, — was liegt daran!

8. März 1868.

Nach den jüngsten Erfahrungen kann eine Predigt ein eben so (oder noch mehr) gefährlicher Artikel werden, als ein Zeitungsaufsatz. Vor dem Landesgericht in Troppau stand am 27. Februar als Angeklagter der Kooperator Franz Peschke aus Würbenthal, Priester des Deutschen Ordens, wegen einer in der dortigen Pfarrkirche gehaltenen Predigt, worin er die Mitglieder des Abgeordnetenhauses als „gottlose Himmelsstürmer" und den Dr. Mühlfeld insbesondere als einen „Religionsfabrikanten" bezeichnet haben sollte. In Betracht, daß in Blättern der Gegenpartei Ausdrücke, wie: „Finsterlinge", „Feinde des Lichts", „verdummende Rotte", „zischende Nattern des Ultramontanismus" 2c. nichts gar Seltenes sind, wird es einem Unbefangenen erlaubt seyn, jene Umkehrung des Spießes nicht gar so himmelschreiend zu finden. Ueberdies stellte der Angeklagte in Abrede, von dem Abgeordnetenhause als solchem gesprochen zu haben, in welchem ja auch glaubensfeste Streiter sitzen: seine Angriffe habe er nur gegen die kirchenfeindlichen Zeitungsschreiber gerichtet. Zum Schluß wurde der Angeklagte der „Aufwiegelung gegen das Abgeordnetenhaus" schuldig gesprochen und zu drei Wochen Arrest verurtheilt. Der Staatsanwalt hatte nur einen Arrest von acht Tagen beantragt. Der Verurtheilte legte Berufung ein.

Von Prag herüber erschallt neuerdings die Klage, daß die dor-

tigen Gemeindebehörden die grundgesetzliche Gleichberechtigung der deutschen Sprache nach wie vor mißachten. Bei der jüngsten Rekrutenauslosung verlasen die amtirenden Magistratspersonen die aus der Urne gezogenen Nummern ausschließlich nur auf tschechisch, so daß sich mancher Vater, um das Schicksal seines Sohnes zu erfahren, die Verdeutschung der amtlichen Unverständlichkeit erst von anwesenden Privatpersonen erbitten mußte. Auch ein Arbeiterverein ist in Prag gegründet worden, vorläufig aus 800 Mitgliedern bestehend; der Vereinszweck soll weder die Schulze'sche Selbsthilfe noch die Lassalle'sche Staatshilfe seyn, sondern auf etwas Drittes ausgehen, was sich erst entwickeln wird. (Pflege des Panslawismus?)

Aus Pesth wird gemeldet, daß auf gestern Abend von der „studierenden Jugend der Universität" dem durch die Geschwornen verurtheilten Hrn. Böszörmenyi ein Fackelzug zugedacht war. Der Sinn eines solchen wäre: Kossuth contra Deak, und Studentenschaft contra Schwurgericht. Glücklicher Weise fehlt jetzt eine Wiener Aula dazu, die für den neuen Kossuthismus ergebenste Sympathien hätte, in Ungarn selbst aber die Zustimmung der reiferen Staatsbürger.

In Görz fand man gestern früh an den belebtesten Punkten der Stadt ausgestreute Zettel mit dem Wappen des Königreichs Italien und der italienischen Inschrift: „Istriani! speriamo nella nostra redenzione! Viva l'Italia! Viva Vittorio Emmanuele nostro rè!" (Istrier! Hoffen wir auf unsere Erlösung! Hoch Italien! Hoch unser König Viktor Emanuel!) Schade, daß nicht auch Garibaldi mit in das Hoch eingeschlossen ist: in diesem Falle wäre eine antikirchliche Wiener Sympathie in die Verlegenheit der Wahl gekommen, ob man lieber Istrien als einen Bestandtheil des Reichs oder lieber Garibaldi als einen Bekämpfer des Pabstes wolle fallen lassen.

---

4. März 1868.

Jetzt ist „die Katze aus dem Busch": die Narodni Listy kündigen einen Katechismus der russischen anatolischen Kirche an, der in tschechischer Sprache demnächst in 20,000 Exemplaren ausgegeben werden soll. Der vollständige Titel desselben lautet, wie folgt: „Orthodoxer Katechismus, oder Inhalt des wahren evangelischen, apostolischen Christenglaubens nach der Lehre der orthodoxen, dem Volke zuge-

neigten orientalischen Kirche, wie er vom heil. Apostel Paulus schon im Jahre des Herrn 38 in dem Brief an die Philipper niedergelegt, bis heute von mehr als 100 Millionen gläubiger Christenseelen treu bewahrt, und in Nichts geändert wurde, so wie die Art des Gottesdienstes in dieser Kirche, wie Dies Alles auch unsere Altvordern in Ungarn, Böhmen, und Mähren gottesfürchtig glaubten, lehrten, und fest bewahrten, bis sie aus dieser in den genannten Ländern durch Cyrill und Methud verbreiteten orthodoxen oder altgläubigen Kirche in fremde Kirchen hinüber geführt wurden." Der Name des tschechischen Uebersetzers, fügen die Narodni Listy hinzu, sey nicht bekannt: vielleicht ist die Uebersetzung in Rußland angefertigt. Also jetzt liegt offen zu Tage, daß der Panslawismus auch eine kirchliche Propaganda für Rußland in sich schließt. Es ist Dies ein direkter Bruch der Ultratschechen mit dem katholischen Klerus, welcher solche Elemente selbstverständlich nur als feindliche behandeln kann. Allein wenn die konfessionslose Volksschule eingeführt wird, so bedarf es nur passend angebrachter Lehrer, um dort russischen Boden zu gewinnen. Früher war einmal von dem Bau einer russischen Kirche in Prag die Rede: nun kommt ein russischer Katechismus für das ganze Land, und die konfessionslose Volksschule ist ein offener Rahmen für eine russische Ausfüllung.

Der dem Abgeordnetenhause vorgelegte Gesetzentwurf über das Verfahren bei der Eidesablegung vor Gericht ist in dem Ausschusse, der denselben zu berathen hat, auf einen Anstand gestoßen. Der Gesetzentwurf bestimmt nämlich nur eine Eidesformel ohne Unterschied der Konfession, und, wie ein hiesiges Blatt sich ausdrückt, „diese edle Einfachheit des Gesetzes gewinnt für sich alle Geister." Was aber die Geister des Ausschusses nicht gewann, Das ist der zweite Absatz des §. 3, besagend: „Gehört der Schwurpflichtige zur israelitischen Religion, so kann der Richter, wenn er es nach den Umständen für angemessen erachtet, die Zuziehung des Rabbiners veranlassen." Man sollte denken, hier käme es vor allen Dingen darauf an, in welcher Weise der Schwurpflichtige den abzulegenden Eid auffaßt, und für die Gesetzgebung gäbe es lediglich keinen vernünftigen Grund, irgend einem Schwörenden eine Eidesformel aufzuerlegen, die derselbe von seinem Standpunkt aus etwa für nicht bindend hielte: allein der Ausschuß dachte hierüber anders und strich den Absatz weg.

Der hiesige Gemeinderath hat mit großer Majorität eine Petition an den Ministerrath beschlossen, daß dem Militär außer Dienst das Tragen der Waffen in Zukunft nicht mehr gestattet werde. Gleichzeitig wird aus einem Dorfe bei Znaim in Mähren gemeldet, daß am Faschingsmontag der dortige Gemeindeausschuß eine Sitzung über eine sehr verwickelte Streitfrage abbrach, um sich lieber gemeinsam in's Wirthshaus zu begeben; dort aber spann sich der Meinungsaustausch weiter fort, und am Ende der Debatte fand sich das Ergebniß, daß Einem das Nasenbein entzwei geschlagen, einem Andern ein Auge ausgestochen war, und ein Dritter vier Messerstiche im Kopfe davon trug. Seitengewehre trugen diese Leute nicht; fabula docet: auch bei militärischen Excessen ist das Waffentragen außer Dienst nur die eine Seite des Gegenstandes.

---

5. März 1868.

Als Mendizabal spanischer Finanzminister war, machten ihm seine Gegner den Vorwurf, daß er die Staatsschuld vermehre. Ei freilich, erwiederten seine Freunde, Das ist ja eben seine Kunst: hält es doch wahrlich schwer genug, dem Staate noch Geld zu verschaffen! Auch Oesterreich hat seine Mendizabals gehabt; die betreffende Finanzkunst aber hat ihre Gränzen: eine absolut nothwendige da, wo man überhaupt Nichts mehr geborgt erhält, und eine vernünftige schon früher, nämlich wenn man es verschmäht, Geld unter Bedingungen aufzunehmen, für die ein Privatmann unter Kuratel würde gesetzt werden. Bisher lebte der Staat wie ein Kavalier, und war gleich einem altpolnischen Gutsherrn stets in den Händen der Geldgeber, die man denn auch in andern Beziehungen gleichsam auf den Händen trug. Jetzt, scheint es, haben wir den Mann gefunden, der diesen vielfach verschlungenen Knoten mit all' seinen Anhängseln lieber durchschneidet. Kein Anlehen mehr; eine Reform des Steuerwesens, die ja den Vollblütigsten auch am wenigsten mit der Lanzette verschont; bis zu deren vollständiger Durchführung aber vorläufig ein Verkauf von Staatsgütern und eine Art von Besitzsteuer in dem Ausmaß, um uns eine Vermehrung der Staatsschuld zu ersparen. Hiezu machen denn freilich Manche als Steuerzahler ein langes Gesicht, die aber als Gläubiger des Staats — bei der Aussicht auf ein Büdget ohne Defizit —

eher Veranlassung hätten zu einem Freudensprung, selbst wenn eine erhöhte Couponssteuer mit in das Spiel kommt. Denn was haben sie bisher gehabt? Gute Zinsen und einen unruhigen Schlaf wegen Unsicherheit des Kapitals; am Ende jener lang hinlaufenden Allee von Staatsanlehen links und rechts, deren jedes wiederum die Zinsenlast steigern half, stand ja denn doch unausbleiblich ein Punkt, wo die Zahlungsfähigkeit des Staats aufhörte. Jedes neue Anlehen war ein Baum weiter in dieser Allee, war ein Schritt näher zu jenem Endpunkt, auf welchem man Kapital und Zins miteinander verlor. Je früher man auf einem solchen Wege Halt macht, desto besser, für den Gläubiger wie für den Schuldner, und wenn die Sache auch Opfer kostet, sie ist es werth. Das erste Büdget, das man ohne Defizit vorlegt und durchführt, bringt ja den Inhabern österreichischer Papiere unendlich mehr ein an Sicherheit und folglich an Werth ihres Besitzes, als ihr Antheil an den Kosten dieses Erfolgs ausmacht. Oder zöge man es in der That vor, anstatt dieses Erfolgs auf dem Wege zum schließlichen Bankerott weiter zu gehen?

6. März 1868.

In der reichsräthlichen Delegation ist man mit dem Extraordinarium des Militärbüdget's beschäftigt. Ein Hauptposten war die Ausgabeziffer für Hinterlader, nämlich 1) für ganz neue (250,000 Stück mit 8,575,000 Fl., und 2) für Umgestaltung des Restes der hiezu geeigneten alten Gewehre (221,000 Stück) mit 2,652,000 Fl. Dr. Ziemialkowski stellte den Antrag, 100,000 Stück neuer Gewehre weiter zu bewilligen. Hr. Rechbauer hatte es für ein trauriges Zeichen der Zeit erklärt, für einen Mangel an Fortschritt der Zivilisation, daß ganz Europa jetzt einem bewaffneten Feldlager gleiche: Dies werde nicht anders werden, als bis die zur Einsicht gelangten Völker sich den Frieden erzwängen, selbst gegen den Willen der Regierungen. Dieser Auffassung gegenüber bemerkte Hr. Ziemialkowski, es seyen eben nicht alle Völker so friedlich gestimmt, weil nicht alle zur Zivilisation stehen. Zur Entwaffnung werde man erst dann schreiten können, wenn der Kampf zwischen dem asiatischen Despotismus und der europäischen Zivilisation zu Gunsten der letzteren durchgekämpft und entschieden sey. Dieser Kampf müsse erst ausgefochten werden; vorher sey an Frieden nicht

zu denken. „Wir haben einen Nachbar, der Oesterreich anzugreifen bereit ist." (Rußland.) Hiemit begründete der Redner die politische Räthlichkeit seines Antrags, welcher auch hart daran war, die Majorität zu erhalten, denn er wurde nur mit 25 gegen 24 Stimmen abgelehnt. Dafür ging der von Hrn. Skene gestellte und von Hrn. Schindler unterstützte Antrag durch: „Es werde der Regierung empfohlen, für die Bestellung des Restes der zur neuen Bewaffnung nöthigen Anzahl von 75,000 Hinterladern rechtzeitig Sorge zu tragen." (Dies ist eine Ermächtigung zu Vertragsabschlüssen über eine Anzahl von Gewehren, die in diesem Jahre nicht mehr geliefert werden kann.) Aus den Aeußerungen des Reichskriegsministers Frhrn. v. Kuhn ergeben sich interessante Aufschlüsse. „Im Jahr 1866," sagt er, „hatten wir 930,000 Stück Gewehre: in früheren Jahren ging die Summe bis auf eine Million. Im Jahr 1866 haben wir leider die Erfahrung gemacht, daß es uns nicht an Menschen, sondern an Gewehren und an Ausrüstung fehlte. Es standen überall Bataillone zum Ausmarschiren bereit, konnten es aber nicht, weil wir keine Gewehre hatten. Wenn wir alle Truppen hätten ausrüsten können, hätte vielleicht der Feldzug eine andere Wendung genommen. Wir hätten gewiß 150,000 bis 200,000 Mann noch als Reserve an der Donau oder bei Olmütz aufstellen können, und ich bin überzeugt, daß, selbst die unglücklichen Fälle bei Königgrätz und Sadowa angenommen, der Feldzug noch eine ganz andere Wendung genommen hätte. Ich bitte daher, zu berücksichtigen, daß es sehr wichtig ist, die Summe von 900,000 Gewehren zu bewilligen." (Aus den Prämissen würde folgen, daß dieselbe nicht zureicht.)

Das Haus der Abgeordneten verhandelt über die Aufhebung der Wuchergesetze, d. h. der bisher bestehenden gesetzlichen Beschränkungen des vertragsmäßigen Zinsfußes 2c. Das Motiv der Aufhebung ist die anerkannte Wirkungslosigkeit: sie werden in einer Weise umgangen, die nicht zu verhindern ist. So besteht z. B. in Wien eine Menge kleiner Wucheranstalten, die gegen Unterpfand (also unter vollständiger Sicherheit) Geld hergeben und bis auf 10 Prozent **monatlich** an Zinsen dafür nehmen: statt einer Verpfändung wird da eine Uebereinkunft über Kauf und Verkauf eingegangen, vorbehaltlich eines Rückkaufs in bestimmter Frist, und der Fortbestand dieser Anstalten ist durch die Wuchergesetze niemals behindert



gewesen. Aus Anlaß dieser Frage nun entspann sich eine Erörterung zwischen den Abgeordneten Greuter und Schindler über das soziale Problem, über das Verhältniß der Arbeit zum Kapital, die geschichtliche Genesis dieses Verhältnisses ꝛc. Nebenbei spielte auch die Konkordatsangelegenheit mit herein; denn da Hr. Greuter sich für die soziale Aufgabe interessirte und dabei die Lassalle'schen Standpunkte zu bevorzugen schien, so schob ihm Hr. Schindler die Absicht einer Ausbeutung für klerikale Zwecke unter; er habe schon öfter in der Geschichte gefunden, daß der Ultramontanismus, wenn er seine Stütze in den höheren Regionen verliere, alsdann den Boden unten aufwühle, aber „er müsse gestehen, er denke von seinen Gegnern viel zu edel, als daß er so Etwas glauben sollte." (Heiterkeit.) Hr. Greuter hatte übrigens unleugbar Recht, als er darauf hinwies, der Beitrag des Staates zur Ablösung der Feudallasten sey eine „Staatshilfe" gewesen, ganz so wie die von Lassalle beanspruchte, und Hr. Schindler hatte entschieden Unrecht, als er unter Anderm das Mittelalter als „vom Absolutismus in Fesseln gehalten" bezeichnete. Gerade an dem Gegentheile davon ist bekanntlich das deutsche Kaiserthum zu Grunde gegangen.

7. März 1868.

Jeder in seiner Art! Es gibt Freiheitsmänner, die an allem Liberalismus verzweifeln, wenn er nicht gewaltthätig zu Werke geht. „Jetzt" — meinen sie — „sollte man untergeordnete Pfaffen ins Gefängniß schicken, Bischöffe und Erzbischöffe auf die Festung, und wenn man nicht selber Krieg an den Pabst erklären will, so muntere man wenigstens Garibaldi auf, daß er ihm wieder zu Leibe rückt. Dies wäre ein Beweis von wahrem Freiheitssinn. Und auch die Bürokratie sollte sich besser aufthun: wozu hat man ein liberales Regiment, wenn sie jetzt nicht angehalten wird, auszuziehen mit Spießen und Stangen wider Jeden, der eine andere Meinung hat? So aber schläft ja Alles ein; die Sache der Freiheit wird lau, lahm, langweilig. Ist doch noch nicht einmal irgendwo an einem Reaktionär oder Oppositionsmann ein abschreckendes Exempel statuirt worden." Derartige Stimmen sind denn nun der neueste Ausdruck des Pessimismus. Es klingt nicht ganz so englisch, wie die Wahl eines Ministeriums aus dem Parlament; denn in England weiß

man erkennt, daß die Freiheit nicht aus freier Willkür erwuchs, und da man dort zweitens keine Bürokratie hat, so [illegible] [illegible] erhält Niemand im Namen der Freiheit Gewaltschritte von ihr verlangen. Wer aber unter bürokratischen Anschauungen und Gewohnheiten aufgewachsen ist, der wird sie nur schwer wieder los. So ist z. B. Frankreich, bei allem Wechsel seiner Regierungsformen, nie anders als bürokratisch regiert worden. Auch die Republik von 1848 regierte so bürokratisch, wie vorher die Regierung Ludwig-Philipp's, und Dies war sehr bequem für Napoleon, welcher den ganzen Apparat fertig vorfand, und nur die oberste Handhabe zu drehen brauchte, um sofort dieselbe Regierungsmaschine, die vorher im Namen der Republik amtirt hatte, nunmehr für seine Selbstherrschaft in Bewegung zu setzen. In England weiß man Nichts von einer Administrationsallmacht, Obervormundschaft, und Vielregiererei: in Frankreich gibt es keine Partei, die jenen großen Regierungshammer, der ununterbrochen auf den Amboß schlägt, auch nur in ihren Hoffnungen wegdächte: im Gegentheil, es geht jede nur darauf aus, ihn mit derselben Omnipotenz einst für ihre eigene Herrschaft zu handhaben. Allein eben deßhalb haben es die Franzosen niemals zu einer dauerhaften Freiheit gebracht. Bürokratische Gewaltschritte als Freiheitsmittel! Es ist eine alte Wahrheit, daß nicht Jedermann aus den Erfahrungen Anderer eine nützliche Lehre zieht: bei Manchem, scheint es, helfen sogar die eigenen Nichts.

8. März 1868.

Nun ist auch das Extraordinarium der Landarmee für 1868 mit 26,189,644 Fl. bewilligt. Das Votum der reichsräthlichen Delegation entsprach fast überall den Anträgen des Ausschusses; nur bei der Position für Festungsbauten ging eine von Frhrn v. Prato-bevera beantragte Erhöhung der Ausschußziffer durch (mit 24 Stimmen gegen 23). Aus dem erstatteten Berichte des Delegirten Dr. Demel geht hervor, daß seit dem Jahre 1859 auf Komorn 7 Millionen, auf Olmütz 4,300,000, auf Krakau 8,800,000, und auf Pola 4 Millionen verwendet worden sind, und daß der Ausbau in derselben Reihefolge noch 14 Millionen, 6,700,000 Fl., 10 bis 15 Millionen, und endlich 8 Millionen weiter erfordert.

Die ungarische Delegation ihrerseits, obwohl in der jüngsten

Zeit etwas rascher im Geschäfte, als früher, ist noch beim Büdget des Ministeriums des Auswärtigen. Die Kosten der Gesandtschaft in Dresden wurden, obwohl angefochten, bei der Abstimmung mit 41 Stimmen genehmigt; bei der Dotation für die Botschaft in Rom trug Baron Simonyi auf einen Abstrich von 17,000 Fl. an; die namentliche Abstimmung aber ergab 35 Stimmen gegen 23 für unverkürzte Belassung der Dotation. (Ein Mitglied war abwesend, der Präsident stimmte nicht, 60 ist die Vollzahl.)

Der Bürgermeister von Pesth hat den beabsichtigten Fackelzug für Böszörmenyi untersagt, weil in demselben eine Demonstration gegen den ungarischen Landtag und gegen das Schwurgericht liegen würde.

9. März 1868.

In den Arbeiterversammlungen wurde gestern und vorgestern vielfach der Name des Abg. Greuter genannt. In dem „Fortbildungsverein für Buchdrucker und Schriftgießer" äußerte in Bezug auf die soziale Frage Hr. Troitzsche: „Wenn auch Pater Greuter Wehmuthsthränen weint über das traurige Loos der Arbeiter, so dürfen diese sich doch nicht hergeben zu blinden Werkzeugen, sey es der Klerikalen, sey es der Demokraten." (Es war eine Erklärung des Vereins gegen die Lassalle'sche Staatshilfe beantragt, aber der Antrag fiel durch.) In der Generalversammlung des Arbeiter-Bildungsvereins in Schwender's Kolosseum war es Hr. Gallistl, der gegen Hrn. Greuter polemisirte, und zwar sehr heftig, unter dem Beifall der Versammlung. In dem Arbeitervereine „Hermannia" (Bezirke Wieden und Margarethen) wurde einhellig die Resolution beschlossen: „der Verein bedürfe, bei seinem Bestreben zur Verbesserung des Looses der arbeitenden Klassen, der Beihilfe der ultramontanen Partei in keiner Weise, und er müsse dieselbe entschieden zurückweisen." In einer Arbeiterversammlung im „blauen Stern" auf der Landstraße (Name eines Vorstadtbezirks, der beiläufig 80,000 Einwohner zählt) sagte der schon öfter genannte Hr. Ertel: „Auch darf der Arbeiter nicht auf die ultramontanen Lockrufe hören: die Partei der Schwarzen scheint während des Bach'schen Systems, während der Blüthezeit des Konkordats, von der Existenz der Arbeiter gar Nichts gewußt zu haben, sonst hätte sie nicht gewartet bis zur Gewährung eines Vereins- und Versammlungsrechtes. Das Konkordat war es,

des uns in Fesseln schlug." Man ersieht hieraus, daß es die politische Seite des Konkordats, nämlich die ihm zugeschriebene Allianz mit dem Bach'schen Absolutismus war, die zunächst zu einer so auffallend antikirchlichen Stimmung in Oesterreich den Grund legte, und damit sicherlich der Kirche eher zum Schaden als zum Vortheil gereichte. Von Seite der Gegner wird dieser politische Vorwurf nun schon eine Reihe von Jahren unablässig wiederholt, und die thatsächlichen Wirkungen davon haben [illegible] ohne das Konkordat in seiner Beziehung zu der Bach'schen Politik hätte die Erbitterung gegen die Kirche niemals einen so empfänglichen Boden gefunden. Schließlich ist noch eine Aeußerung des Hrn. [illegible] in der Arbeiterversammlung zu Simmering [illegible]. Dort [illegible] lich bezeichnete er sich als [illegible] und [illegible]: „die Männer der [illegible] Richtung in Oesterreich [illegible] ein zweites [illegible] werden, um unter die [illegible] zu kommen." [illegible] der [illegible] Werkzeug der [illegible] noch der [illegible] Schein von [illegible] Vorwurf [illegible] die Deutsch-Oesterreicher [illegible] zu [illegible] der russischen [illegible]

Bei den [illegible] der [illegible] Deputirten [illegible] Verfassungs[illegible] in Rom [illegible] Hr. [illegible] von der [illegible] in der [illegible] Demonstration [illegible] die [illegible] des [illegible] dem [illegible] eine Demonstration für [illegible] und Graf [illegible] Garibaldi der [illegible] der [illegible] heit [illegible] heraus, daß Italiens Einheit Oesterreich nicht gefährde. Auch nicht [illegible] dem [illegible] auf [illegible] [illegible] Trieft und Dalmatien. [illegible] der Abstimmung das Gesammtheil der von Hrn. [illegible] Demonstration [illegible] so [illegible] das [illegible] der Deputirten [illegible] ein [illegible] seine Rede [illegible]

In Ungarn [illegible] erhebt man sich [illegible] Kossuth. [illegible] langt zum [illegible] der [illegible], der [illegible] Schrift legen, in der er sich zu verpflichten habe, entweder zurückzukehren und die Landesgesetze zu respektiren, oder die Huldigung für die Landesgesetze schriftlich zu leisten. Verweigert er Beides, so

erkläre er sich als Feind der ungarischen Landesgesetze, und der Landtag habe gesetzliche Bestimmungen zu treffen über das Verfahren wider Solche, die unter Kossuth's Namen Aufreizung anstiften.

In Bezug auf die in Berathung befindliche neue Organisation der Armee verlautet, daß die Dragonerregimenter 9 und 11 (Galizier) in Uhlanen, und die Uhlanenregimenter 5 und 12 (Kroaten) in Husaren umgewandelt werden sollen. Was die Adjustirung betrifft, so ist sie jetzt dahin festgestellt: für die Infanterie dunkelblauer Waffenrock, lichtblaue Hose, braunes Riemenzeug; bei der Reiterei für die Dragoner lichtblaue Waffenröcke, für die Husaren blaue Blusen und rothe ungarische Hosen, dazu braune Mäntel mit Kapuzen 2c.; Jäger, Artillerie, und „Extrakorps" (Geniewesen und Pionniere) bleiben vorläufig, wie sie sind.

Immer dringender meldet sich für Wien die Nothwendigkeit einer Hundesteuer an, über welche sich nun schon fünf oder sechs Jahre her der Gemeinderath erfolglos den Kopf zerbricht. Einer der „Väter der Stadt" hat im Gemeinderath gar behauptet, es gebe keine Hundswuth; nun kommen aber in den Verzeichnissen der Gestorbenen bereits menschliche Todesfälle an der Wasserscheu vor, also von den Bissen wuthkranker Hunde bereits das unleugbare Resultat. Und jene Ableugnung der Hundswuth war keineswegs ironisch gemeint, wie im vorigen Jahre die Interpellation eines Gemeinderaths in voller Sitzung: „Nicht wahr, Herr Bürgermeister, am Sonntag beißen die Hunde nicht?" (Der Fragesteller hatte nämlich beobachtet, daß am Sonntag, weil da der Wasenmeister mit seinen Leuten nicht in den Straßen herumgeht, die Hundebesitzer ihre Thiere ohne den vorgeschriebenen Maulkorb laufen ließen.)

11. März 1868.

Nun ist das Plenum der ungarischen Delegation an der Berathung des Militärbüdgets. Hr. v. Kerkapolyi, als Berichterstatter des Ausschusses, begann mit der Bekämpfung eines Minoritätsvotums, das auf stärkere Ersparniß ausgeht, und wies mit Ziffern nach, daß nach den eigenen Angaben des Separatvotums, richtig zusammengestellt, ein um nahezu fünf Millionen größerer Bedarf herauskame, als der von der Regierung verlangte. In der Verhandlung selbst hoben sich weniger die technischen oder die finanziellen, als

fluß, so wie anderseits durch die Art und Weise der Votirung des Büdget's die Delegation auf die auswärtige Politik Einfluß zu nehmen vermöge. In dieser Beziehung nun ist der Redner in der italienischen Frage für Italien, in der deutschen Frage für Deutschland, und in der türkischen sowohl für die Pforte, als für die berechtigten Bestrebungen ihrer christlichen Völker. „Die Türkei habe die ungarischen Flüchtlinge einst gastfreundlich aufgenommen, und er hege Dank und Pietät dafür. Könne sie sich aus eigener Kraft aufrecht erhalten, wohl und gut; könne sie es nicht, so müsse man die christlichen Völker machen lassen." Ein Uebermaß von „Pietät" liegt darin gerade nicht; auch ist mit der blosen Nichtintervention Oesterreichs weiter Nichts entschieden über die Hauptfrage, wie man sich zu einer Intervention Rußlands verhalten soll. Hier haben die responsa eruditorum der magyarischen Linken vorerst ein Ende.

In dem Büdgetausschuß des Abgeordnetenhauses gab der Minister des Innern, Dr. Giskra, die Erklärung ab, daß er demnächst den Entwurf einer neuen politischen Organisation vorlegen werde, der auf Vereinfachung der Geschäfte, Verminderung des Personals, und Wirksamkeit autonomer Organe (also eine Art von Selbstregierung der Bezirke) gerichtet sey. Es soll zugleich eine Ersparniß von beiläufig einer halben Million Gulden in der Administration dabei herauskommen.

Dadurch, daß der Minister für Kultus und Unterricht dem Jesuitengymnasium auf dem Freinberge bei Linz das „Recht der Oeffentlichkeit" vom Schuljahre 1868/69 an entzieht, wird dasselbe zu einer Privatanstalt: seine Zeugnisse an die Schüler sind nicht mehr staatsgiltig, d. h. zum Zweck eines staatsgiltigen Zeugnisses müssen sich die Schüler erst einer Prüfung an einer öffentlichen Lehranstalt unterziehen, und da nur die an öffentlichen Gymnasien studierenden Jünglinge Anspruch auf den Bezug von Stipendien haben, so erlischt derselbe mit der Verwandlung in eine Privatanstalt ebenfalls. Aehnlich ergeht es den Gymnasien in Feldkirch und Ragusa. Das Motiv ist, daß der Jesuitenorden es grundsätzlich ablehnt, die ihm angehörigen Lehrer eine Staatsprüfung bestehen zu lassen, während Dominikaner und Benediktiner zum Zweck der Uebernahme eines Lehramtes sich derselben unterziehen.

In der gestrigen Sitzung des hiesigen Gemeinderaths wurde

Dr. Friedrich Dittes, bisher Schulrath und Seminardirektor in Gotha, zum Direktor, und Dr. August Eitenkötter, bisher Hauptlehrer am Seminar zu Hildesheim, zum Ordinarius und Hauptlehrer am Wiener Pädagogium (Lehrerbildungsanstalt) ernannt.

In Prag sind sämmtliche Mitglieder einer Musikkapelle, die in einem Gasthaus die russische Volkshymne aufspielte, von der Polizeidirektion zu je 24 Stunden Arrest verurtheilt worden.

—

Auch gestern war es in der ungarischen Delegation [bei der] Erörterung des Militärbudgets hauptsächlich die auswärtige Politik, die Aussicht auf Krieg oder Frieden, die Stellung Oesterreichs dazu u., worüber debattirt wurde. Hr. Koloman Ghiczy [illegible] es bezeichnet den Lauf des deutschen [illegible], entwickelte seine Ansicht, daß die Erhaltung des Friedens ganz und gar von Oesterreich abhänge. Gegner habe es nur, weil seine Nachbarn von ihm angegriffen zu werden fürchten, und brauche also nur seine Friedensliebe zu bewerkstelligen, indem es seine Armee auf den Friedensfuß setze. Nebenbei ist der Redner für eine ungarische Armee. Graf [illegible] Esterhazy [illegible]

[illegible]

den Bestrebungen Italiens stellen möge, fragt er entgegen, welche Bestrebungen damit gemeint seyen: ob jene Menabrea's, Rattazzi's, oder gar die Garibaldi's? Ob die römische Frage eine rein kirchliche oder politische sey, Das werde durch die Thatsache beantwortet, daß sie die Gemüther von so vielen Millionen empfindlich berühre, und daß daher ihre Wirkungen auch auf dem politischen Gebiete fühlbar werden müssen. Die römische Frage dürfe denn auch nicht von dem italienischen, sondern nur von dem österreichischen Standpunkt aus erfaßt werden. Graf Andrassy gratulirte Hrn. Ghiczy zu seinen „rosenrothen" Ansichten. Daß der Friede in Oesterreichs Hand liege, sey ein stolzes Wort; man habe es zuerst in Frankreich ausgesprochen, aber zu einer Zeit, wo man bis an die Zähne bewaffnet war. Drei Mittel gebe es, den Frieden zu sichern: Aufrechthaltung der bestehenden Verträge, Bündnisse zur Erhaltung des Friedens, und die Waffen. Handelte es sich nur um das Erste oder Zweite, so könnten die Waffen überflüssig werden. Allein ein allzu eifriges Bestehen auf den Verträgen oder ein allzu heftiges Drängen nach Bündnissen würde den Frieden eher gefährden, und somit erübrige Nichts, als eine zweckmäßige innere Politik, eine auswärtige, die sich nur durch die eigenen Interessen bestimmen lasse, und — die Waffen. Die Bemerkung Simonyi's, um im Kriege recht viel zu leisten, dürfe man im Frieden nur möglichst wenig thun, findet der Redner eben so stichhaltig, als wenn man z. B. einem Landmann anrathen wollte, weniger zu säen, auf daß er zur Aerntezeit keinen Mangel erleide. So viel sey gewiß, daß es der Regierung gelungen sey, den Frieden zu erhalten: das beste Mittel zu dessen fernerer Erhaltung bestehe in der Bewilligung Dessen, was die Regierung verlange. Hr. Ghiczy antwortete sehr gereizt, er habe nur sein Recht gewahrt, und wenn auch der Hr. Ministerpräsident dem beschränkten Unterthanenverstand sehr wenig zutraue, so müsse er sich doch gegen den von ihm beliebten Ton der Zurechtweisung verwahren. Hiergegen konstatirte Graf Andrassy, daß er den Vorredner mit keinem Worte beleidigt und keinen unparlamentarischen Ausdruck gebraucht habe: terrorisiren aber lasse er sich auch nicht. Erzbischoff Haynald leitete die Debatte von diesem Zwischenfall wieder auf ihr eigentliches Gebiet, indem er auseinandersetzte, das römische Volk sehne sich keineswegs unter die Herrschaft des Königreichs Italien; zugleich wies er auf die Gefährlichkeit des

Nationalitätsprinzips für die Einheit des Königreichs Ungarn hin. Schließlich sprach Ministerialrath v. Falke als Vertreter des Ministeriums des Aeußeren. Er bemerkte unter Anderm: „Wenn die an sich vollkommen freundlichen Beziehungen zu Preußen bisher keinen intimeren Charakter angenommen haben, so trägt hieran wohl zunächst nur der Umstand schuld, daß von jenseits, mit Ausnahme der erwähnten, die Friedensbemühungen direkt kreuzenden Mission Taufkirchen, bisher kein Zeichen gewünschter innigerer Annäherung wahrgenommen werden konnte." In Bezug auf einseitige Entwaffnung als angebliche Friedensbürgschaft äußerte der Redner: „Aus der unzweifelhaften Friedensliebe der k. k. Regierung kann noch nicht gefolgert werden, daß auch die übrigen europäischen Mächte sich von demselben Prinzip leiten lassen .... Ist Oesterreich so weit gerüstet, um dem von ihm hochgehaltenen Prinzip der Neutralität und der Erhaltung des Friedens nöthigenfalls auch aktive Geltung zu verschaffen, so wird eine jede Macht mit demselben als mit einem nicht zu übersehenden Faktor rechnen müssen. Einem entwaffneten Oesterreich gegenüber, welches sich so zu sagen selbst den übrigen Mächten zu freier Verfügung stellt, entfällt jede Rücksichtsnahme, und ist die Durchführung eventueller kriegerischer Intentionen ungleich leichter geworden .... Das Wort einer nicht einmal zur Selbstvertheidigung gerüsteten Macht würde in dem sich in Rüstungen überbietenden Europa spurlos verhallen."

Die Reformplane des Finanzministers Dr. Brestel werden wohl nicht vor Beginn der nächstkommenden Woche zur Vorlage an das Abgeordnetenhaus gelangen; die Ausführung der Einzelheiten ist ein zeitraubendes Stück Arbeit.

Die Kommission des Herrenhauses ist mit ihren Berathungen über das Schulgesetz nunmehr zu Ende. Zu §. 2 des Gesetzentwurfs, lautend: „Unbeschadet dieses Aufsichtsrechtes des Staates bleibt die Besorgung, Leitung, und unmittelbare Beaufsichtigung des Religionsunterrichts der betreffenden Kirche und Religionsgenossenschaft überlassen", beantragt der Ausschuß eine geänderte Fassung dahin: „des Religionsunterrichts und der religiösen Erziehung". Berichterstatter ist Graf Hartig.

Die Suspendirung des demokratischen Klubbs in Pesth ist in dem betreffenden Erlaß des ungarischen Ministerraths damit motivirt, daß das Ministerium derartige Klubbs, die man gleich einem

Netz über das Land auszudehnen beabsichtige, und deren Zweck gegen die Ausgleichsgesetze gerichtet sey, nicht dulden könne.

13. März 1868.

Das Institut der Delegationen hat seine Probe bestanden: noch kurze Frist, und sie werden nach vollendeter Aufgabe auseinandergehen, ohne Händel unter sich, ohne Händel mit der Regierung. Die Klippe eines Zerwürfnisses um das Militärbüdget, nach anderwärtigen Erfahrungen nicht gefahrlos für eine neue Aera, ist mit geschicktem Steuer umschifft; es ist nur eine konfessionelle Klippe, die noch diesseits der Leitha übrig bleibt. Ich meine damit nicht das Konkordat: wenn man die Gesetzgebung ändert, die dessen Folge war, bleibt es „dahin gestellt", wie ein bezeichnender alter Kanzleiausdruck sagt, und man hat diesseits Muße, bis auf Weiteres zu warten. Für das Konkordat selbst, scheint mir, ist der Landklerus — ein nicht unwichtiges Element bei dem Eintritt neuer Wahlen — keineswegs auf Leben und Tod einzustehen bereit: es beengt ihn theilweise von oben herunter, und überdies fühlt er am unmittelbarsten, was eine Unpopularität der Kirche, wie das Konkordat sie veranlaßte, für den Geistlichen in seiner Wirksamkeit als Seelsorger thatsächlich zu besagen hat. Auch die verschrieene Zivilehe droht weiter mit keiner allzu großen Umwälzung. Nach wie vor werden die jungen Ehepaare auch die kirchliche Trauung nachsuchen, wie man es in andern Ländern neben der Zivilehe geschehen sieht; etwa mit Ausnahmen davon in den großen Städten, was aber ebenfalls keinen auffälligen Unterschied darbieten wird, denn in Wien z. B. gibt es wilde Ehen genug, die auch von dem Bürgermeister ungesegnet geblieben sind. Das Bestehen des Konkordats hat diesen Uebelstand nicht gehindert; des Konkordats Aufhebung wird ihn lassen, wie er war und ist. Wohl aber — und Dies kann zur politischen Klippe werden — ist die konfessionslose Volksschule ein Experiment von sehr zweifelhaftem Erfolg. Wenn das eigentliche Volk, wenn der Bauer daran Aergerniß nimmt, so wirft Das möglicher Weise in die nächsten Wahlen einen Gährungsstoff hinein, den man im voraus nicht zu berechnen vermag; es wird weder an Ständen noch an Nationalitäten fehlen, deren Interesse zu dessen geeigneter Ausbeutung treibt. Mit Geringschätzung ist da weiter

Nichts gethan. Es mag für „liberal" gelten, freisinnig ist es nicht, wenn man auf die Massen des Volks, und auf Das, was man die „Vorurtheile" des Bauers nennt, mit einem vornehmen Naserümpfen herabsieht. Allein es gibt eine Eigenschaft, in welcher der Bauer mit seinen „Vorurtheilen" nicht etwa ein Gegenstand der Kritik, sondern vielmehr der berechtigte Kritiker selbst ist: und Das ist seine Eigenschaft als Wähler.

—

14. März 1868.

In der ungarischen Delegation kommt heute die Berathung des Marinebüdgets an die Reihe. Inzwischen hat eine nicht unbedeutende Schwierigkeit, die sich aus einem unberechneten Zwischenfall zu entwickeln drohte, ihren glücklichen Abschluß erlangt, indem der Reichs-Kriegsminister und die Delegation sich miteinander verständigt haben. In der vorletzten Sitzung nämlich hielt General Grivicic als Vertreter des Kriegsministers einen Vortrag, in welchem einzelne Aeußerungen über die Einheit der Armee einer Auslegung unterworfen werden konnten, als ob er der ungarischen Volksvertretung einen berechtigten Einfluß auf die künftige Organisationsfrage abspräche. Darüber nun entstand große Aufregung, welche aber, anstatt zu einem Bruche zu führen, nunmehr bereits wieder beschwichtigt ist. Einen Tag fiel die Delegationssitzung aus, und am nächsten erschien statt des Generals Grivicic Oberstleutnant Ghiczy als Stellvertreter des Kriegsministers und gab in dessen Namen die Erklärung ab, daß er das eingetretene Mißverständniß bedaure, daß es in Niemands Absicht gelegen sey, der staatsrechtlichen Stellung Ungarns entgegenzutreten, und daß das Reichsministerium die Heeresfrage noch gar nicht in Berathung genommen habe: ohnehin sey deren Lösung ja nicht eher möglich, als nachdem die beiderseitigen Vertretungen über ein Wehrgesetz schlüssig geworden: was bis jetzt gesetzlich feststehe, Das sey die einheitliche Leitung, Führung, und innere Organisation der Armee, und daran halte der Kriegsminister fest. Hiemit gab denn auch die ungarische Delegation sich in so weit zufrieden, obwohl Hr. Koloman Tisza diese Befriedigung nur für eine bedingte erklärte: eine Theilung der Armee in dem getadelten Sinn, sagte er, wollten auch sie nicht, aber an einem ungarischen Heere müßten sie auch fernerhin festhalten.

Wer hierin eine Lösung zu sehen vermag, dem steht Solches frei. Es war ein politischer Fehler, gerade jetzt diese Frage in den Wurf zu bringen, während sie weit zweckmäßiger vorerst ruhig bei Seite blieb. Den General Grivicic scheint eben manche Aeußerung der Linken in militärischer Hinsicht gereizt zu haben (da man voraus wußte, daß sie in der Minorität war, lag übrigens keine Gefahr vor), und während er blos der Linken zu entgegnen glaubte, traf er unglücklicher Weise auf einen Punkt, wo die ganze Delegation empfindlich war.

Ueber die beabsichtigte Couponsteuer sagte dieser Tage ein Börsenmann, der nach dem englischen Ausdrucke „sehr viel werth ist", d. h. ein sehr beträchtliches Vermögen hat: „Die neue Couponsteuer gleicht einem kalten Wasserbad; wenn man eintritt, ist einem nicht gar wohl zu Muthe, bald aber merkt man, daß man kräftiger, stärker wird."

In der Schottengasse überfuhr vorgestern eine Privatequipaiche einen Schneidergesellen, entfloh, von einem Polizeisoldaten verfolgt, mit Windeseile, rannte in der Bognergasse an einen andern Wagen an, schleuderte dort zwei Personen vom Bock, und das Ende war, daß die Privatequipaiche unbeschädigt und unbestrafbar entkam.

15. März 1868.

Der Gesetzentwurf in Betreff der neuen politischen (administrativen) Organisation liegt dem Abgeordnetenhause bereits vor. Jedes Land wird in Amtsbezirke eingetheilt, die je zwei oder mehr der bisherigen umfassen; an der Spitze derselben steht ein Bezirkshauptmann, dem ein oder mehrere Bezirkskommissäre untergeben sind. Für die Königreiche und Länder sind die obersten Stellen neun Statthaltereien Prag, Zara, Lemberg, Wien, Linz, Gratz, Brünn, Innsbruck, Triest, und fünf Landesregierungen Salzburg, Laibach, Klagenfurt, Troppau, und Czernowitz. Der Geschäftsgang soll sehr vereinfacht, die Zahl der Statthaltereiräthe und anderer Beamten vermindert, der Gehaltsbezug dafür erhöht werden. Der alten „Presse" gehen diese Reformen schon fast etwas zu weit, da sie das Volk vorher erst noch besser erziehen und dressiren will. „Schon jetzt die Beispiele Englands, Belgiens, und der Schweiz nachzuahmen", hält sie für unmöglich. „Staatliche Verwaltungsorgane sind

mäßig bestehenden Genossenschafts- und Fabriks-Krankenkassen: beschlossen wurde, daß von jeder Genossenschaft drei Gehilfenausschüsse delegirt werden und alsdann ein Subkomitee wählen sollen, das eine genaue Untersuchung des Vermögens, des Schuldenstandes, und der letzten Jahresbilanz der Genossenschafts-Krankenkassen vorzunehmen hat. Ein Haupthinderniß ihrer Aufhebung ist nämlich ihre bedeutende Schuldenlast, die nun Hr. Mühlhauser der „nachlässigen Gebarung der Genossenschaftsvorstände" zuschreibt. (Sämmtliche Genossenschaften schulden dem allgemeinen Krankenhaus ungefähr 200,000 Fl.: darunter die Tischler 16,000 Fl., die Schlosser 24,000, die Schuster 25,000 für die Gehilfen und 20,000 für die Lehrlinge.) Ein Gehilfenausschuß der Bandmacher-Genossenschaft theilte mit, daß dieselbe nach Auflösung der Genossenschafts-Krankenkassen sofort der Krankenkasse des Arbeiter-Bildungsvereins beitreten werde: um solche Beitritte also handelt es sich bei der Sache. Zwischenhinein platzte in dieser Versammlung unversehens ein Seidenzeugmacher mit einem Antrage heraus, sämmtliche Gehilfen Wiens sollten sofort eine Arbeitseinstellung vornehmen, zum Zweck einer Lohnerhöhung: der Vorsitzende schnitt jedoch alles Weitere ab, indem er bemerklich machte, daß dieser Gegenstand nicht auf der Tagesordnung stehe.

Eine Korrespondenz aus Ungarn in hiesigen Blättern macht darauf aufmerksam, daß die Hauptbestimmungen des Konkordats, „wenn auch von den Sprechern des Unterhauses ignorirt, in Ungarn noch bis zur Stunde faktisch bestehen." Die Ehegerichte z. B. habe man dort schon vor 1848 bekommen, ohne daß sich die Ungarn sonderlich beunruhigt fühlten. „Die klerikalen Uebergriffe," fährt der Briefsteller fort, „werden in Ungarn leichter hingenommen, als anderswo, weil der Klerus im politischen Kampf eine hervorragende Rolle spielt und fest an der Seite der Magyaren steht, denen es sehr gleichgiltig ist, ob ihre Kinder durch Geistliche oder Weltliche erzogen werden, wenn es nur in der magyarischen Sprache geschieht." Dabei sey die ungarische Geistlichkeit so taktvoll, mit ernstem Gesichte Jedermann zu versichern, daß für Ungarn kein Korkordat bestehe. Der Briefsteller seinerseits gehört offenbar nicht zu den Freunden der Kirche, aber die hervorgehobene Thatsache scheint richtig, und es liegt ein hübsches fabula docet darin. Also in Ungarn ist der Klerus nicht gegen die konstitutionelle Freiheit, und die konstitutionelle Freiheit ist auch nicht gegen ihn, und es scheint, daß sich beide

Theile dabei ziemlich wohl befinden. Eine politische Beimischung wenigstens gab es zu einem Konkordatsstreite drüben in Ungarn nicht, während diesseits fast alles Andere darin aufging. Neckt doch bereits der „Figaro" den Abg. Schindler damit, auf was er sich denn verlegen wolle, wenn einmal das Konkordat beseitigt sei; es war allerdings immer sowohl der wohlfeilste als der dankbarste Redestoff — und legt ihm ein Gebet in den Mund, daß ihm der Himmel das Konkordat und der Professor Greuter „erhalten" möge.

17. März 186[illegible]

[illegible]

tungsdepartements an deren Stelle zu setzen." Der Minister will nicht, daß nach einer Schablone der Verwaltungsdienst in allen Ländern gleichförmig eingerichtet, sondern daß der Wirkungskreis der Statthalter erweitert werde: man brauche nicht die Entscheidung des Zentrums darüber einzuholen, wie eine Mauthschranke angestrichen oder ein Gemeindeweg gezogen werden soll. Er würde sogar noch weiter gegangen seyn („es trat an die Regierung die Frage heran, ob nicht der ganze politische Dienst in den untersten Instanzen an gewählte Organe überlassen werden solle"), allein er hält den Zeitpunkt dazu noch nicht für gekommen, insbesondere in Bezug auf jenen Theil der Bevölkerung, der sich konsequent von der Reichsvertretung fernehält, wird jedoch den Augenblick segnen, wo es der Regierung möglich seyn wird, sich ganz der Last der Administration zu entledigen und die politische Verwaltung ganz den gewählten autonomen Organen zu überlassen. Schließlich bat Minister Gistra das Haus um möglichste Beschleunigung, damit der gegenwärtigen Zwitterstellung bald ein Ende gemacht werde und die neuen politischen Behörden schon im Herbste dieses Jahres in's Leben treten können.

18. März 1868.

Manche waren gespannt auf die Sitzung des Oberhauses, in welcher der Absagebrief des Grafen Leo Thun zur Besprechung gelangen sollte: gestern nun kam die Sache auf die Tagesordnung, ging aber ohne weitere Sensation vorüber. Der Absagebrief selbst ist vom 17. Februar; sein Inhalt läuft darauf hinaus, daß das Herrenhaus, in das er (Graf Leo Thun) 1861 als lebenslängliches Mitglied berufen worden, nicht mehr existire, denn es sey ein Bestandtheil eines gesammtösterreichischen Reichsraths gewesen: die Versammlung, die gegenwärtig denselben Namen trage, sey etwas wesentlich Anderes: zum Mitglied einer solchen Versammlung sey er niemals ernannt worden, und halte sich deßhalb nicht einmal für berechtigt, in ihr einen Sitz einzunehmen. In der Form war das Schreiben eine an das Präsidium gerichtete Entschuldigung wegen Nichterscheinens auf die ergangene Sitzungsansage. Im Namen der Petitionskommission (dahin hatte das Haus die Eingabe gewiesen) erstattete nun Frhr. v. Lichtenfels den Bericht darüber, und beantragte nach vorgängiger kurzer Motivirung folgenden Beschluß des

[illegible]

[illegible]

[illegible]

Wie bekannt, erkennt Oesterreich einen souveränen Johanniter-orden an, welcher demnach am kaiserlichen Hofe seinen Gesandten hat. Seit dem 24. Januar 1861 war Dies der Bailli Graf Franz Kolowrat-Kratowsky, k. k. Kämmerer; nachdem nun dieser das Großpriorat des Johanniterordens in Böhmen erlangt hat, ist an seine Stelle zum „außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister“ jenes souveränen Ritterordens am kaiserlichen Hoflager der Bailli Graf Joseph Mittrowsky-Nemischl, k. k. Kämmerer, wirklicher Geheimerath und Generalmajor, ernannt worden und hat dem Kaiser seine Beglaubigungsschreiben überreicht.

Unter den Petitionen, über die gestern das Haus der Abgeordneten verhandelte, befand sich auch die einer Frau Podlaszewski in Lemberg um Bewilligung für ihren Sohn Karl, die Lektionen im Gymnasium in *deutscher* Sprache lernen zu können; sie wurde dem Unterrichtsministerium zur Erledigung zugewiesen. Dr. Pajer referirte über eine Petition istrischer Stadtvertretungen um Einführung des *Italienischen* als Unterrichtssprache am k. k. Gymnasium zu Pisino, mit Antrag auf empfehlende Ueberweisung an das Ministerium des Unterrichts. Hr. Svetec stellte den Gegenantrag, die Petition vielmehr zu entsprechender Würdigung nach §. 19 des Staats-Grundgesetzes über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger, also mit *gleichmäßiger* Rücksicht auf die italienische und die *slawische* Nationalität, an die Regierung zu überweisen. Dieser Antrag des Hrn. Svetec wurde jedoch mit 61 gegen 46 Stimmen abgelehnt. Also lieber italienisch, als slawisch. Daran mögen die russischen Tschechen schuld seyn: Gleichberechtigung aber ist Das nicht.

Der Preßausschuß des Abgeordnetenhauses hat seine Arbeiten vollendet. Auf die durch Petitionen gewünschte Aufhebung der Zeitungskautionen und des Zeitungsstempels neben welchem übrigens auch noch eine Inseratensteuer besteht, geht der Ausschuß nicht ein, wohl aber auf den Wunsch der Freigebung des Kolportirens. Außerdem soll ein verantwortlicher Redakteur nicht mehr verpflichtet seyn, den Verfasser eines Artikels dem Gerichte namhaft zu machen, ist aber im Unterlassungsfalle für den Verfasser haftbar.

Aus Ungarn zwei Neuigkeiten seltsamer Art. Auf dem Wochenmarkt in Klausenburg trotz des deutschen Namens, der von einer *früheren* Bevölkerung herrührt, nunmehr längst eine magyarische Stadt bot eine arme Frau ein einjähriges Kind, das sie auf dem

Rücken trug, zum Verkauf aus für einen Gulden: die Mutter selbst hatte seit drei Tagen keinen Bissen gegessen und wollte durch diesen Verzweiflungsentschluß ihr Kind vor dem Hungertode retten. Ein ungarisches Blatt stellt nun an den Klausenburger „Frauenverein" die Frage, ob denn seine Aufmerksamkeit sich nicht auch auf die ärmsten Volksklassen erstrecke? Die andere Neuigkeit ist ein Räuberstückchen aus Szegedin. Als am 17. Abends der Eisenbahnzug in den dortigen Bahnhof eingefahren und das Publikum ausgestiegen war, erloschen plötzlich alle Lichter des Bahnhofs, der Postwaggon wurde von acht bewaffneten Räubern angefallen, das begleitende Personal niedergeworfen und geknebelt, sämmtliche Postsendungen geraubt. Die Räuber sind „spurlos verschwunden". Alte Zivilisation!

21. März 1868.

Schon zwei Tage, unter lebhaftestem Zudrang des Publikums aus allen Ständen, verhandelt das Herrenhaus über das Ehegesetz, und noch ist die Generaldebatte nicht beendigt. Den Eingang zur ersten Sitzung bildete die Erklärung des wieder im Hause erschienenen Grafen Leo Thun, daß er zwar der ihm gemachten Zumuthung (wenn er enthoben seyn wolle, Dies von dem Kaiser zu erbitten) keine Folge geleistet, wohl aber dem Kaiser über die Sachlage Bericht erstattet und hierauf ein allerhöchstes Handschreiben erhalten habe, daß er seiner Obliegenheiten als Mitglied des Herrenhauses nicht enthoben sey. Auf Grund dieses Handschreibens nahm er denn seinen Platz wieder ein. Fürst Windischgrätz erklärte hierauf, er habe zu Beginn dieser Session die Adresse des Grafen Leo Thun unterschrieben, halte auch jetzt noch ihre Prinzipien aufrecht, d. h. er könne der Reichsvertretung die historische Berechtigung ihrer Existenz nicht zugestehen, sondern nur die Opportunität: auf den Standpunkt der Opportunität aber stelle er sich heute ebenfalls, indem er es für opportun halte, einer Verhandlung über Fragen beizuwohnen, die so tief eingreifen in das Gewissen jedes Einzelnen und des ganzen Volkes. Frhr. v. Lichtenfels machte dagegen bemerklich, daß man in diesem Hause weder die Rechtsgiltigkeit der Verfassung, noch die der Beschlüsse des Hauses anzufechten berechtigt sey; wer hier erscheine, erkenne die Giltigkeit der hier gefaßten Beschlüsse an: erscheine er aber, um einen Protest zu erheben, so sey Dies ein Rechtsmittel

das die Geschäftsordnung nicht kenne, und wenn ein solcher Protest eingebracht werde, behalte er sich einen besondern Antrag vor. Eine nicht unwichtige Vorfrage, wie man sieht; indeß erledigte sie sich in sehr einfacher Weise, indem der Präsident (Fürst Colloredo) sich dahin aussprach: wenn Fürst Windischgrätz nicht die Aufnahme seiner Erklärung wünsche, so werde er auch diese Bemerkung nicht in das Protokoll aufnehmen. Fürst Windischgrätz bat den Präsidenten, nach Belieben zu verfügen: er habe den Protest eingebracht, es stehe dem Präsidium zu, damit zu thun, was ihm beliebe. Hierauf schloß der Präsident sich der Meinung des Frhrn. v. Lichtenfels an und erklärte, daß er den Protest nicht in das Protokoll aufnehmen lassen werde. Graf Alexander Mensdorff stellte einen Antrag, die Berathung der Gesetze über Ehe und Schule zu vertagen, bis die Regierung über den Ausgang der Unterhandlungen in Rom Mittheilung zu machen im Stande sey, und schien zu erwarten, daß eine Erörterung dieses Antrags der Generaldebatte vorangehen müsse, was sich aber als der Geschäftsordnung zuwiderlaufend erwies.

Nun also begann die Generaldebatte über das Ehegesetz, welche aber eigentlich zu einer Generaldebatte über das Konkordat wurde. Ritter v. Hasner, als Kultus- und Unterrichtsminister, erklärte im Namen der Regierung, daß sie im Wesentlichen auf dem Standpunkte der Majorität des Ausschusses stehe. Die Regierung will die Freiheit, auch die der Kirche, und in so weit ist der Standpunkt, den man als den josephinischen zu bezeichnen gewohnt ist, der ihrige nicht; in so weit aber der Josephinismus eine naturgemäße Entwicklungsphase des Staatslebens vom Mittelalter bis auf unsere Zeit war, ist auch die Regierung josephinisch. Der Redner verweist, um den Standpunkt der Regierung als einen österreichisch-historischen geltend zu machen, beispielsweise auf die Instruktionen, die Kaiser Ferdinand I. seinen Legaten zum Trienter Konzil gab, so wie auf den Vorgang Ferdinand's II., welcher, als man ihm eine Konzession der Kurie gegen eine Einschränkung seiner Rechte circa sacra anbot, mit dem sofortigen Abbruch der Verhandlungen drohte, wenn man es noch einmal wage, ihm eine solche Einschränkung der Staatsgewalt zuzumuthen. In direkter Beziehung auf das Konkordat bemerkte Hr. v. Hasner, es gebe keine Bewegung auf dem gesammten Gebiete der österreichischen Verwaltung, wo nicht dieses Hinderniß im Weg stünde; die Regierung wünsche nicht, diese

Schranke zu überspringen, sondern ein freiwilliges Zugeständniß, daß die Verhältnisse der österreichischen Monarchie die Aufhebung mit Nothwendigkeit erheischen; aber stehen bleiben könne sie an jener Schranke nicht. Gegen den Vorwurf eines Vertragsbruches wandte er unter Anderm ein, ob ein frei gewordener Unfreier Das, was über ihn als einen Unfreien vertragsmäßig stipulirt worden, auch als reifer Mann zu halten verpflichtet sey? Die heutige Regierung habe so viel staatsmännischen Geist, um der Ueberzeugung zu seyn, daß der Religion und der Kirche kein Staat entbehren kann; sie sey auch nicht so verblendet, zu glauben, daß die Wissenschaft der Wissenschaften jemals der großen Masse der Menschen Religion und Kirche ersetzen könne. Darum sey es ihr in der That ehrlich darum zu thun, daß die Kirche jene sittliche und religiöse Macht im Staate sey, die sie seyn solle. So wie aber die Verhältnisse heute stehen, d. h. mit dem Konkordat, werde sie nichts Anderes seyn, als Gegenstand ewiger Angriffe, und könne die Macht nicht ausüben, die sie auszuüben verpflichtet sey, und deren Ausübung im Interesse des Staates selbst liege. Das klingt denn freilich anders, als die leeren Negationen des Kirchlichen und sogar des Religiösen in manchen Organen der Tagespresse.

Graf Rechberg betonte die Heiligkeit der Verträge und führte als Beispiel, wie bedenklich Konflikte des Staats mit der Kirche seyen, den Fall des Erzbischofs Klemens August von Köln an. Niemand werde der preußischen Regierung Gewandtheit und Energie abstreiten wollen; diese Energie habe sie auch durch die Verhaftung des Erzbischofs bethätigt, sich aber schließlich in der Lage gefunden, ein Kompromiß einzugehen, durch das der katholischen Kirche sehr weit gehende Rechte und Freiheiten eingeräumt wurden. Der Redner warnt davor, durch einen Konflikt mit der Kirche z. B. dem Kampfe der Nationalitäten die gefährlichsten Waffen in die Hände zu spielen; es könnte daraus ein Brand entstehen, dessen Umfang sich jeder Berechnung entziehe. Strebe man nicht blos nach außen, sondern suche man den Frieden auch nach innen herzustellen!

Graf Blome hob den Vertragsbruch hervor; Das sey, möge man sagen, was man wolle, eine unehrliche Handlung. Von der Gegenseite werde das Konkordat auch deßhalb für ungiltig erklärt, weil es seinen Zweck nicht erfüllt habe. Diese Theorie sey ihm ganz neu; zur Zeit, als er Jus studierte, erloschen Vertragsver-

bindlichkeiten niemals auf solche Weise. Welche Früchte das Konkordat getragen haben würde, könne man heute noch gar nicht beurtheilen: gebe man ihm die 70 Jahre des Josephinismus, dann würde man sehen. Daß in Ungarn das Konkordat nicht anerkannt sey, gehe uns hier Nichts an: er wisse nur so viel, daß die Ungarn sich nicht in solchen leidenschaftlichen Wuthausbrüchen gegen die Kirche ergehen. (Wäre eigentlich ein Zeugniß gegen die Wirkung des Konkordatsbestandes diesseits.) Uebrigens sey die Februarverfassung in Ungarn ebenfalls nicht anerkannt gewesen; wurde sie darum hinfällig? Da hätte man viel eher ein Recht, zu behaupten, daß das Konkordat als ein für das ganze Reich giltiger Vertrag gar nicht vor die Reichsvertretung, sondern vor die Delegationen gehöre. Ob es denn staatsklug sey, einen neuen Erisapfel, eine neue Opposition künstlich heraufzubeschwören? An traurigen Beispielen von den Folgen solcher Konflikte fehle es ja nicht. Er müsse heute, am Tage des heil. Joseph, auf jenen Kaiser anspielen, auf den bereits der Minister für Kultus und Unterricht hingewiesen habe: „wie, hat er nicht die Monarchie am Rande des Abgrundes zurückgelassen?" (lebhafter Widerspruch, oho!) — „und er hatte sie doch in einem relativ blühenden Zustande übernommen!" Der Redner ist der Ansicht, „kein Minister werde es wagen dürfen, dem ehrwürdigen Non possumus des heil. Petrus das rohe Possumus der brutalen Gewalt entgegenzuschleudern!"

Kardinal v. Rauscher ist für die Aufrechthaltung der Verträge als eine unabweisliche Pflicht des Staates. Eine andere Verfassung, eine Theilung der gesetzgebenden Gewalt ändere daran nicht das Geringste: der Monarch konnte, da er nicht mehr geben kann, als er selbst besitzt, seine Gewalt nicht anders übertragen, als mit den Beschränkungen, die er sich selbst auferlegt hatte. Es sey, sage man, ein unveräußerliches Recht des Staates, unabhängig zu seyn. Allein durch jeden giltigen Vertrag werde man von Dem, mit welchem man ihn abschließe, in gewisser Beziehung abhängig: Dies sey eine Abhängigkeit gegenüber der Pflicht, und gegen die Pflicht gebe es kein Recht, gebe es keine Freiheit, gebe es nur eine Macht! Demnach stelle sich die ganze Frage so: „Kann ich mir Pflichten auferlegen? Kann ich es nicht, so kann ich keinen Vertrag eingehen; kann ich es, so ist es auch außer mein Belieben gestellt, einseitig darüber zu verfügen." Der Redner schloß mit einem Hinweis auf

Die [illegible] über das [illegible] kam noch [illegible] die Beschlüsse, wovon jedoch die Generaldebatte zu Ende [illegible] Vertagungsantrag des Grafen [illegible] mit [illegible] gegen [illegible] Antrag der Ausschußmajorität mit [illegible] gegen 34 Stimmen aber, [illegible] eine thatsächliche Beseitigung des Konkordats [illegible] das Herrenhaus.

Es war ein erbitterter [illegible] Kampf, der diesen Be[illegible] [illegible] Graf [illegible] gegen den [illegible]schen Antrag wahrte sich wider den Vorwurf der feindliche[n] Meinung [illegible] Die Presse könne keine Frage [illegible] die Bevölkerung die Änderung des Konkordats in dem Hause der Abgeor[illegible] [illegible] die Majorität de[illegible] [illegible] die Änderungen beschlossen, und man habe nicht gehör[illegible] [illegible] dem Sinne der Wähler ein Mißtrauensvotum geworden

[illegible] versucht mit Heranziehung wissenschaftlicher [illegible] die Eigenschaft des Konkordats als eines Vertrages. Verwandlung eines absoluten Staatswesens in ein konstitution[illegible] ändere daran Nichts; es liege in der Pflicht der Faktoren [illegible] gebenden Gewalt, sich solcher Beschlüsse zu enthalten, [illegible] Monarchen in die Lage versetzen würden, einen Vertragsbr[illegible]

müsse heiligster Ernst seyn; das ganze Völkerrecht drohe zusammenzustürzen, wenn an die Stelle guten Glaubens, auf dem sie beruhen, rabulistische Sophistik trete.

Feldmarschallieutnant Frhr. v. Gablenz hat in verschiedenen Verwendungen mehrere Jahre im Auslande gelebt und dabei die Wahrnehmung gemacht, daß man dem Oesterreicher als solchem mit Sympathien entgegen kam, gegen das österreichische Konkordat aber Antipathien hatte, was uns im Auslande unter allen Schichten der Bevölkerung unberechenbaren Schaden that. Der Redner verweist zugleich auf Frankreich, wo der Klerus sich nach der gewaltigen Erschütterung durch die erste Revolution anfänglich ohne gesetzlichen Schutz fand; jetzt aber gebe es wenig Länder, wo die Geistlichkeit (durch ihr eigenes Verdienst, ohne Protektion) in all' ihren Abstufungen einen so hohen Einfluß habe, eine so allgemeine Achtung genieße, wie in Frankreich.

Kardinal Fürst Schwarzenberg: Als es sich vor 1835 Jahren um die Verurtheilung Christi in Jerusalem handelte, da riefen die Schriftgelehrten und Pharisäer: „Es gibt kein anderes Gesetz, als das des Kaisers!“ Jetzt lautet das Feldgeschrei: „Es gibt nichts Anderes, als den Staat!“ Dieser Gedanke liegt denn auch dem Verlangen der Zivilehe zu Grunde. Der Redner unterwarf den Majoritätsbericht einer ausführlichen Kritik und schloß mit den Worten: „Meine Herren! Wenn das Herrenhaus das vorliegende Gesetz annimmt, und dieses von beiden Häusern angenommene Gesetz Sr. Maj. zur Sanktion vorgelegt wird, welche inhaltschwere Frage, welche Entscheidung von unendlicher Tragweite tritt dann an unsern vielgeprüften kaiserlichen Herrn heran! Ist es nicht an uns, diese schwierige Lage zu erleichtern? Und Das thun wir, indem wir das Gesetz verwerfen. Meine Herren! Laden wir nur alle die Pfeile der Journalistik auf uns: aus Pfeilen können oft Lorbeeren werden. Viele von unsern Ahnen kämpften in Schlachten für die Ehre und Macht Oesterreichs, und unter uns ist mehr als Einer, der schon geblutet hat für seinen Herrn und Kaiser: stellen wir uns auch diesmal vor den Thron als eine Gott getreue Mauer, und koste es auch unser Leben, koste es unser Blut!“ Lebhaftester Beifall rechts: Händeklatschen.

Graf Anton Auersperg sieht in der vorliegenden Frage eine eminent politische, speziell eine Verfassungsfrage. Nach seiner Auf-

Zur Feier der entscheidenden Abstimmung war Abends ein großer Theil der österreichischen Hauptstadt freiwillig illuminirt.

---

24. März 1868.

In der gestrigen Sitzung des Herrenhauses wurden nun die einzelnen Artikel des Ehegesetzes durchberathen, und schließlich das ganze Gesetz angenommen und zur dritten Verlesung gebracht. Die Minorität gegen die Annahme betrug nur 17 Stimmen. Von den Erzbischöffen und Bischöffen, die dem Hause als Mitglieder angehören, war eine Erklärung an das Präsidium gelangt, wonach sie, da die Stimmenmehrheit des hohen Herrenhauses vorgestern, am 21. März, sich bereit erklärt habe, von der vertragsmäßig übernommenen Verpflichtung Umgang zu nehmen, und da die dem Konkordat offenbar widersprechenden Gesetzentwürfe über die Ehe und Schule in diesem Sinn und von diesem Standpunkt aus in Verhandlung kommen werden, sich außer Stand sehen, an den Verhandlungen theilzunehmen. Der Art. 2 des Gesetzes, der die eigentliche Neuerung enthält, wurde ohne Debatte angenommen: er lautet wie folgt: „Wenn einer der nach den Vorschriften des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches zum Aufgebote der Ehe berufenen Seelsorger die Vornahme des Aufgebots, oder einer von den zur Entgegennahme der feierlichen Erklärung der Einwilligung zur Ehe berufenen Seelsorgern, welcher von den Brautleuten deßhalb angegangen wurde, die Vornahme des Aufgebots oder die Entgegennahme der feierlichen Erklärung der Einwilligung zur Ehe aus einem durch die Gesetzgebung des Staates nicht anerkannten Hindernißgrunde verweigert, so steht es den Brautleuten frei, das Aufgebot ihrer Ehe durch die weltliche Behörde zu veranlassen und die feierliche Erklärung der Einwilligung zur Ehe vor dieser Behörde abzugeben." Dies ist es, was man die Noth-Zivilehe genannt hat. Der übrige Inhalt des Gesetzes setzt die in Folge des Konkordats ergangenen Gesetzbestimmungen in Betreff der Ehe außer Kraft und stellt die vor dem 1. Januar 1857 gewesenen Zustände wieder her, mit den Aenderungen jedoch, die der Art. 2 erforderlich macht. Das Gesetz geht nun noch einmal an das Abgeordnetenhaus, weil von dem letzteren beschlossene Fassung desselben einige, obwohl wesentliche Modifikationen erlitten hat.

Konkordat beschäftige, welches **nicht** auf der Tagesordnung stehe; Dies sey bedauerlich, denn die Frage sey nicht vorbereitet. Das Konkordat ist ihm ein Grundgesetz über die Rechte der katholischen Kirche in Oesterreich. Es sey im Interesse der letzteren und auf Verlangen derselben (vermittelt durch das Episkopat), nicht im Interesse und auf Verlangen des h. Stuhls entstanden. Wie also passe der Vergleich mit einem Schutz- und Trutzbündniß zwischen Kirche und Polizei? Ohne Ueberlegung werfe man den Rechtsboden über den Haufen, auf welchem die Kirche in Oesterreich stehe; Das sey wahrlich nicht der rechte Weg. Die Theorie von der Unverbindlichkeit der in den verfassungslosen Jahren abgeschlossenen Verträge empfehle er übrigens dem Hrn. **Finanzminister**: denn ein besseres Mittel, das Defizit loszuwerden, gebe es nicht. (Heiterkeit.) Gegenüber dem Grafen Auersperg bemerkt der Redner, Neues habe er in der Rede desselben nicht gefunden; Alles habe er schon seit Monaten bis zur Ermüdung in den Blättern gelesen. Neu sey nur, daß diese Rede in einer Zeit gehalten wurde, die ohnehin der Aufregung genug habe, und er müsse bedauern, daß sie in diesem Hause und von einem hochgebildeten Sprossen einer österreichischen katholischen Adelsfamilie gesprochen wurde. (Bewegung.) Wenn man unter Freiheit der Kirche die wirkliche Freiheit verstehen wolle, die nicht von zufälligen Majoritäten vermeintlicher oder wirklicher Volksvertreter abhängig sey, so nehme er sie an; wenn man aber darunter, wie in Baden, die Knechtung der Kirche verstehe, so werde es nicht friedlich abgehen. Er verlange deßhalb, daß man aufhöre, die Angriffe gegen die Kirche zu unterstützen. (Bewegung.)

Ritter v. Schmerling erblickt nirgends einen Vertragsbruch; wenn es aber auch so wäre: einen Vertrag nicht zu halten, den man nicht halten kann, wenn man nicht zu Grunde gehen soll, wäre keine unehrenhafte Handlung. In Bezug auf die Mahnung des Fürsten Schwarzenberg, sich um den Thron zu schaaren und ihn zu schützen, bemerkte er: „Ich weiß nicht, an wen dieser Aufruf gerichtet ist. Handelt es sich wirklich um Schutz des Thrones, dann werden wir **Alle** uns erheben und den Thron schützen mit unserm Blute.“ (Rauschender Beifall.) „Handelt es sich aber um ein Manöver gegen das andere Haus, dann kann ich versichern, daß auch im **andern** Hause jedes Mitglied bereit ist, Gut und Blut für den Thron zu weihen.“ (Wiederholter Beifall.)

länder!" Von einer andern Seite kehrt man den Vorwurf des „Ausländers" und „Fremden" gerne gegen den Reichskanzler Frhrn. v. Beust. Ich finde das Eine so kleinstädtisch und abderitisch, wie das Andere: jedenfalls, da es sich um deutsche „Ausländer" in Oesterreich handelt, würde sich diese isolirende Auffassung wenig eignen zu einer Begrüßung der „deutschen Brüder", welche man auf das bevorstehende „deutsche Schützenfest" in Wien eingeladen hat. Mögen die deutschen Schützen Gegner oder Anhänger des Konkordats seyn: einem Theile der österreichischen Bevölkerung wären sie demnach entweder in dieser oder in jener Eigenschaft immerdar zunächst „Ausländer!" (Geistige Ergänzung für die formellen Bestimmungen des Prager Friedens.)

— —

25. März 1868.

Das Ereigniß des Tages ist der Vortrag, womit in der gestrigen Sitzung des Hauses der Abgeordneten Finanzminister Dr. Brestel seine Finanzvorlagen begründete. Grundgedanke ist der ausgesprochene ernste Vorsatz, der steten Steigerung der schon vorhandenen Zinsenlast durch neue Anleihen einmal ein Ende zu machen, indem man durch eine innerhalb drei Jahren durchzuführende neue Ordnung des Steuerwesens die Deckung für die Defizits aufbringt, für den Bedarf dieser dreijährigen Zwischenzeit aber durch einige neue, nach drei Jahren wieder aufhörende Steuern oder Steuererhöhungen, nebst einem Verkaufe von Staatsgütern, Vorsorge trifft. Die Couponsteuer motivirt sich als eine Konsequenz des Ausgleichs mit Ungarn. Der Betrag, um welchen Ungarn weniger zu der Zinszahlung beiträgt, als es verhältnißmäßig sollte, beläuft sich auf etwa 12 Millionen, die dem Staatsschatz entgehen, und deren Ausfall nun von sämmtlichen Staatsgläubigern gleichmäßig getragen werden soll. Auch die „Unifikation", d. h. die Umwandlung aller verschiedenen Titel der Staatsschuld in eine einheitliche, war schon in dem Vertrage mit Ungarn vorgesehen, weil durch diese Vereinfachung schon an sich, ohne Opfer der Gläubiger, den Finanzen eine nicht unbedeutende Ersparniß erwächst. Vollständig jedoch ist diese Unifikation nicht durchführbar, weil z. B. die nlehen einer Verwandlung schlechthin unfähig sind: dafür Steuer auf Gewinnste erhöht werden. Was die Ver-

Der dritte Arbeitertag, welcher von nahezu 4000 Theilnehmern besucht war, wollte ebenfalls seinen Konkordatsbeschluß haben. „In Erwägung, daß die kleritale Partei die dürftige und traurige Lage der arbeitenden Klassen allerdings anerkannt hat, jedoch nur in der Absicht, die Errungenschaften der Freiheit mit Hilfe der nicht besitzenden Klassen zu zerstören" (wo ist denn ein Beweis für diese Absicht?) — erklärte die Versammlung, daß sie „mit den freiheitsfeindlichen Bestrebungen der Ultramontanen Nichts gemein habe und Nichts gemein haben wolle", daß sie hingegen „alle freiheitlichen Bestrebungen der Reichsvertretung, getreu den Prinzipien der Demokratie, nachdrücklichst unterstütze" ꝛc. Auf eine allzu lange Dauer scheint die gemeinsame Aktion nicht berechnet zu seyn: denn ein anderer Beschluß erklärt, daß „die jetzt bestehende Verfassung den Wünschen des größten Theils der Bevölkerung nicht entspreche" (diese Industrie- und Gewerbsarbeiter gehen fortwährend von der thatsächlich irrigen Voraussetzung aus, sie seyen die Majorität der Bevölkerung, während die Majorität vielmehr dem Ackerbau angehört) — und spricht demgemäß den Wunsch aus, „es möge die bestehende Verfassung vom 21. Dezember 1867 ganz im Sinne der demokratischen Grundsätze der Konstitutionsurkunde des ersten österreichischen Reichstages vom Jahre 1848 abgeändert werden." In einer Arbeiterversammlung zu Simmering erklärte der vielgenannte Hr. Ertel, daß er weder Lassalle noch Schulze-Delitzsch für den „Alleinseligmachenden" halte. Der Fortschritt, wie man sieht, schreitet fort!

Die alte „Presse" macht bemerklich, die Haupt-Wortführer für das Konkordat hätten sich „in dem zugereisten Theile des Herrenhauses" befunden: „ein Schwabe, ein Westfale, und ein Schleswiger." (Graf Rechberg, Professor Arndts, Graf Blome.) Elegant fügt sie hinzu: „Ein Vertreter Lapplands sitzt vor der Hand, so viel ich weiß, noch nicht im Herrenhause, sonst hätten wir vielleicht auch lappländische Motive für die Nothwendigkeit der Fremdherrschaft des Pabstes in Oesterreich zu hören bekommen." Auch im Herrenhause selbst gab ein Redner dem Prof. Arndts zu verstehen, daß er „zu der Zeit, wo die weltlichen Ehegerichte in Oesterreich bestanden, nicht in Oesterreich lebte, und vielleicht nicht daran dachte, daß er je nach Oesterreich zu kommen berufen seyn werde." Also selbst als Mitglied des Herrenhauses bleibt Jemand ein „Aus-

mögenssteuer betrifft, so bezeichnete sie der Finanzminister als gleichsam eine Liquidation des Schadens, der durch den Krieg Alle getroffen hat, und dessen Deckung nun als einmalige, außerordentliche Ausgabe mit mehr Gerechtigkeit nach dem Vermögensbesitz, als nach dem vorübergehenden Einkommen vertheilt wird. Einer Vermögenssteuer redet auch der Umstand das Wort, daß eben jetzt ein riesiger Export und die dadurch entstandene Höhe der Preise den Besitzer günstiger stellt, als Den, der von seiner persönlichen Thätigkeit lebt, durch jene Preiserhöhung (Theuerung) also vielmehr benachtheiligt ist. Aus diesem Grunde konnte man auch der arbeitenden Klasse keine Betheiligung an der neuen Last zumuthen: denn in Folge der Theuerung der Lebensmittel ist sie schon ohnehin vermittelst der indirekten Steuern in weit höherem Maße, als bisher, herangezogen. Die Unterschiede in den Ziffern der Vermögenssteuer (für Grund und Boden 1 1/5, für Häuser 9/10, für mobiles Vermögen 1 1/2 Prozent) erklären sich daraus, daß z. B. der Hausbesitz in Oesterreich am stärksten besteuert ist, die außerordentliche Abgabe jedoch in demselben Verhältniß niedriger gestellt werden soll, in welchem die gewöhnliche Steuer relativ höher geht. Das mobile Vermögen war bisher am schwächsten besteuert; wenn aber alle übrigen Steuerpflichtigen in gleichem Verhältnisse mit den Hausbesitzern besteuert wären, sagte der Minister, so gäbe es längst kein Defizit mehr. Es ist durchgehends der Grundsatz festgehalten, daß jede Person, sey sie eine physische oder juristische, blos ihr reines Vermögen, dieses aber auch „zur Gänze" zu besteuern hat: Forderungen sind von Demjenigen zu versteuern, der sie besitzt. Einen Betrag von 1500 Fl. hat Jeder von seinem Vermögen frei: also wer weniger als 1500 Fl. besitzt, steuert zu der Vermögenssteuer gar Nichts, wer aber z. B. ein Vermögen von 4500 Fl. hat, steuert nur für 3000 Fl. Schließlich kam der Minister zu einer Hauptfrage, nämlich zu der, ob in der That durch Annahme dieser Maßregeln eine definitive Ordnung in den Finanzen, nämlich Vermeidung eines Defizits und Entbehrlichkeit neuer Anleihen, in sicherer Aussicht stehe. Auf eine längere Reihe von Jahren hinaus zu sprechen für Situationen, die man nicht kennt, und auch für Personen, die man nicht kennt, erscheint ihm allerdings als schwierig: jedoch glaubt er nach ruhiger Erwägung konstatiren zu können, daß innerhalb dreier Jahre solche Maßregeln in der Besteuerung durch-

geführt und solche Ersparnisse erzielt werden können, daß wenigstens in Zukunft ein geregelter Gang einhaltbar seyn wird. Jedenfalls sey es Pflicht der Regierung und des hohen Hauses, alles Dasjenige zu thun, was dahin führe. Er erkenne sehr wohl das Drückende der Maßregeln, sey jedoch nach reiflicher Prüfung zu der Einsicht gelangt, daß eine andere Verfahrungsart möglicher Weise zwar einen kurzen Aufschub herbeiführen könnte, dieser aber ein viel zu theuer erkaufter seyn würde. Hier ärntete der Finanzminister sogar Bravo's ein; sonst war die Haltung des Hauses eine still-ernste.

Die Delegationen haben das gemeinsame Büdget nunmehr erledigt. In der letzten Sitzung der reichsräthlichen Delegation sprach der Reichskanzler Frhr. v. Beust im Namen und Auftrage des Kaisers dessen besondere Genugthuung über den Verlauf der Delegationsarbeiten aus. Den Abschiedsgruß der Regierung kleidete Frhr. v. Beust in folgende Schlußworte: „Die hohe Delegation hat der entschieden ausgeprägten Friedenspolitik der Regierung einen doppelten Halt und Nachdruck gegeben, indem sie ihr die Weihe der Zustimmung und den Hintergrund der Wehrkraft verlieh. Die Regierung wird trachten, daß sie der nächsten Delegation zeigen kann, wie sie in beiden Richtungen die ihr gewährte Hilfe weise zu nutzen verstand.“ Gleiches erfolgte natürlich in der ungarischen Delegation.

— —

25. März 1868

Wo soll Das hinaus? Dies ist die Frage, die sich von selbst aufdrängt, wenn man unnatürliche Bündnisse sieht. Wenn z. B. in Böhmen eine feudale Partei, die sich daneben für gut katholisch gibt, mit Hussiten und Sängern der russischen Volkshymne politisch zusammengeht, so darf man sich wohl verwundert fragen: wie ungefähr stellt sie sich denn den Gang der Dinge im Fall eines Erfolgs vor? Es sind ungleiche Brüder: unmittelbar nach einem gemeinschaftlichen Siege würden sie über die Art der Ausbeutung desselben in Händel unter sich selbst gerathen. Zum Zweck einer Niederlage aber haben sie sich natürlich nicht verbündet: es ist Dies also ein Bund, der im besten Fall auf seine eigene Sprengung ausgeht. Ich setze nämlich voraus, daß weder die Feudalen russisch, noch die Russen ultramontan, noch die Ultramontanen hussitisch zu werden

gedenken. Da sie dessenungeachtet miteinander gehen, so sucht offenbar je ein Theil den andern politisch auszubeuten, zu übervortheilen, zu düpiren; es ist ein unnatürliches Bündniß.

Etwas Aehnliches braut sich nunmehr in Ungarn zusammen, wo in Vorbereitung auf die nächsten Wahlen die magyarische äußerste Linke derzeit den Boden aufwühlt, um ihn für ihre Zwecke locker zu machen. Die äußerste Linke geht mit Kossuth; sie will die volle Rückkehr zu den „Gesetzen von 1848", d. h. einen Zustand, in welchem auch die blose Personalunion nur noch an einem dünnen Faden hing. Es gibt Leute, die durch keine Erfahrung belehrt werden; diese Partei will also rückwärts, um wieder von vorn anzufangen. Nun ist aber auch eine Neuerung dabei, und zwar eine von wundersamer Art: es ist die, daß sich diese über und über magyarisch thuende Partei auch um rumänischen und serbischen Anhang bewirbt, und — was noch mehr ist — daß sie einen solchen findet. Rumänen unter der Fahne Kossuths, der sie 1848 öffentlich und feierlich mit der Ausrottung bedrohte. Das ist gerade wie eine Allianz der legitimistischen Kreuzzeitung mit dem thronestürmenden Garibaldi; es sind ungleiche Brüder. Auch mit den Serben hat der Magyarismus bisher nicht eben auf dem besten Fuße gelebt. Sowohl Serben als Rumänen aber brachten, trotz der vorhandenen „gesetzlichen" Schwierigkeiten, einige Vertreter ihrer eigenen Nationalität in den ungarischen Landtag, und diese legten als Mitglieder desselben denn auch ein öffentliches und vollgiltiges Zeugniß über die Wünsche und Beschwerden ihrer Stammesgenossen ab. Obwohl gehemmt durch die Vorschrift der magyarischen Sprache, deren sie wenig mächtig waren, erhoben sie dennoch ihre Stimme für die Gleichberechtigung aller Nationalitäten Ungarns — auch für die Deutsch-Ungarn eine noch auszufüllende Lücke! — und als die Majorität der Versammlung sie überschrie, da geschah es im Namen derselben „Gesetze von 1848", unter deren Banner man sie nun als Anhänger für Kossuth anzuwerben sucht. Wenn der Versuch in ausgiebigem Maße glückt, wie lange soll eine so unnatürliche Koalition vorhalten? Bis zu welchem Punkt werden die ungleichen Brüder miteinander gehen, und welchem der beiden Theile blüht die Aussicht, in letzter Instanz den andern in die Tasche zu stecken?

Der Glaube an einen Hintergedanken beiderseitig zu verstehen rechtfertigt sich da wohl von selbst. Zwar liegt ein gemeinsamer

Anknüpfungspunkt vor, jedoch ist er von gar sehr vieldeutiger Beschaffenheit. Was die magyarische äußerste Linke will, das ist sichtlich eine stärkere Abklüftung von dem westlichen Oesterreich als eine Isolirung Ungarns: ob in richtig verstandenem Interesse der Magyaren, das thut der Thatsache der Bestrebung selbst weiter keinen Abbruch, da es bekanntlich auch unrichtig verstandene Interessen gibt. So kann denn insbesondere eine Isolirung Ungarns auch von der Berechnung eines ganz andern Erfolgs angestrebt werden, als er etwa einer magyarischen Linken vorschwebt. Serben und Rumänen: — gerade mit diesen Völkernamen finden wir uns ja bereits direkt einem Bestandtheile der orientalischen, oder, besser ausgedrückt, der türkischen Frage gegenüber. So wie das Königreich Ungarn im Innern von einer Anzahl verschiedenartiger Nationalitäten bewohnt ist, so sind in Bezug auf Nationalität auch seine Gränzen nach außen in so weit willkührlich gezogen, als sie da oder dort eine und dieselbe Nationalität zufällig durchschneiden. Es gibt Serben hüben und drüben: es wohnen Rumänen diesseits und jenseits. Die Rumänen und Serben auf der andern Seite stehen noch unter türkischer Oberhoheit, bilden aber bereits abgesonderte Fürstenthümer, und hoffen auf eine vollständige Unabhängigkeit schon in nächster Zukunft. Wenn nun diese Hoffnung erfüllt wird, und es in Folge dessen einen selbständigen rumänischen und einen selbständigen serbischen Staat hart an der ungarischen Gränze gibt, was glaubt man eher: werden die Serben und Rumänen jenseits sich durch eine geheime Sympathie der Seelen nach Pesth angezogen finden oder nicht etwa umgekehrt die von diesseits nach drüben? Hier liegt der Differenzpunkt, um den es sich handelt. Es kann seyn, die magyarische äußerste Linke macht sich vielmehr Hoffnung auf eine Annexion für Ungarn; eine bedenkliche übrigens, da schon jetzt die Magyaren nur etwa ein Drittheil der ungarischen Bevölkerung ausmachen, und ein Zuwachs von jener Art sie auf eine noch geringere Verhältnißziffer zurückbrächte. Es kann auch seyn, daß man von anderer Seite auf eventuelle Annexionen für Serbien und Rumänien spekulirt, und wenn es der Fall ist, wird die Spekulation unstreitig gefördert dadurch, daß man alle Mittel anstrengt, Ungarn zu isoliren, es in Parteiwirrwarr zu bringen, und die Magyaren unter sich selbst zu entzweien. Also auch hier ein unnatürliches Bündniß Solcher, deren je einer den andern an treulosen Hinter-

gedanken zu überbieten sucht. Möglicher Weise wird die magyarische äußerste Linke, möglicher Weise wird ihr rumänischer und slawischer neuer Anhang düpirt; möglicher Weise sind Beide miteinander die Düpirten Rußlands, und der alte Kossuth steht von Turin aus zu Gevatter dabei. Hatte er doch schon 1849 die Krone Ungarns einem russischen Großfürsten zugedacht!

Man sagt von der Klapperschlange, ihr Blick bezaubere kleine Vögel in der Art, daß sie sich vom Baume herab ihr in den Rachen stürzen. Die russische Politik, scheint es, hat mitunter Etwas von diesem Zauberblick an sich, und an kleinen Vögeln dazu fehlt es seltener, als man glaubt.

30. März 1868.

Nun thut sich auch in der Arbeiterbewegung ein tschechisches Sonderwesen auf; die dazu anleitenden Führer wollen einen Arbeiterverein, in dem ausschließlich tschechisch gesprochen wird, also keine Gemeinschaft mit Deutschen, und da der große Arbeiter-Bildungsverein Dies als einen gegen sich gerichteten Sprengungsversuch ansieht, so entstehen allerlei Händel daraus. Auf gestern war in den Saal zum „Stadtgut" eine Versammlung ausgeschrieben, deren Zweck die Gründung eines böhmischen Arbeitervereins in Wien seyn sollte. Aus der weiteren Entwicklung ergab sich jedoch nachher, daß man nicht einen böhmischen (diese Bezeichnung hätte ja auch die Deutsch-Böhmen mit eingeschlossen), sondern einen tschechischen Verein mit Ausschließung der deutschen Sprache wollte, und damit hatte man also auch die Deutsch-Böhmen gegen sich, während andererseits in dem Arbeiter-Bildungsverein, welcher gegen jede derartige Spaltung sich wehrt, auch eine ziemliche Anzahl Tschechen sich befindet. Letztere namentlich hatten sich in Menge eingefunden, um ihren Landsleuten auf das eindringlichste vorzustellen, wie nachtheilig es für die Sache der Arbeiter, der Freiheit, des Fortschritts sey, wenn unter den Arbeitern nationale Spaltungen Platz griffen; dieses Zureden fand in tschechischer Sprache statt und blieb auch nicht eindruckslos, allein auf der andern Seite schien man durch eine bereits festgestellte Verabredung gebunden zu seyn. „Wir müssen," Dies war der Haupteinwand, „Hand in Hand gehen mit unsern

mener Gewißheit konstatiren, daß die Schwärmerei für die vorhin genannte abstrakte Idee von unserm Landvolke nicht getheilt wird, daß unser Landvolk ganz sicher andere Schmerzen hat, als diejenigen sind, welche die Trennung der Schule von der Kirche betreffen." (Die Sache hat noch eine andere Seite: warum wählt das Landvolk nicht in diesem Sinne?)

Hofrath Rokitansky hält sich an „das Wesen unserer Zivilisation", und als solches erscheinen ihm „die realistische Forschung auf dem Gebiete der Wissenschaft und die materialistischen Bestrebungen im praktischen Leben, beide tief begründet in der menschlichen Natur und untereinander in nothwendigem Kausalnexus." Damit sey man auf der rechten Fährte, sey man auf der Bahn des Fortschritts. Wo ehedem das Gefühl anregte, häufig verdarb, da stehe heute der kalte, ordnende Verstand voran, und da könne man nicht stehen bleiben, sondern jeder Tag müsse ein Fortschritt weiter seyn. Der Vertreter dieses mumienhaften Materialismus, der namentlich auf der Gallerie Beifall fand, schloß mit den Worten: „Darum also trete ich für das Majoritätsgutachten ein, weil ich darin einen Schirm gegen mittelalterliche Verwilderung, gegen kirchliche Sklaverei, ein Palladium der Lehr- und Gewissensfreiheit sehe."

Fürst Sanguszko (für das Minoritätsgutachten): Der Gesetzentwurf stehe mit sich selbst und mit den Staats-Grundgesetzen in Widerspruch; für blose Aufstellung grundsätzlicher Bestimmungen enthalte er zu viel, für ein Spezialgesetz zu wenig. Eines Spezialgesetzes aber bedürfe man; eine nahe Zukunft werde ihm Recht geben.

Frhr. v. Hock bekennt sich als einen Schüler des „katholischen Philosophen Anton Günther", findet aber in dem vorliegenden Gesetze keine Feindseligkeit des Staates gegen die Kirche, sondern nur die Aufhebung der Zwangsketten, durch die der erstere gebunden war. Um eine Allgewalt des Staates über die Schulen handle es sich ebenfalls nicht: im Gegentheil, durch Einrichtung der Schulräthe entäußere er sich einer früher von ihm selbst geübten Gewalt und übertrage sie an ganz selbständige und von ihm unabhängige Organe. „Es ist auch dafür gesorgt, daß in diesen Schulräthen überall die Kirche vertreten ist, und nur an ihr wird es seyn, die innigste Eintracht zwischen Schule und Kirche zum Zweck einer sittlich-religiösen Erziehung, zum Zweck eines gründlichen Unterrichts herbeizuführen!"

1. April 1868.

Das Schulgesetz ist von dem Herrenhaus angenommen, mit einigen Abweichungen jedoch von der Fassung des Abgeordnetenhauses, so wie auch von den Vorschlägen der eigenen Kommission.

Der §. 1 des Gesetzes lautet nun wie folgt: „Die oberste Leitung und Aufsicht über das gesammte Unterrichts- und Erziehungswesen steht ausschließlich dem Staate zu und wird durch die hiezu gesetzlich berufenen Organe ausgeübt." (Die Bezeichnung „oberste" ist Zusatz des Herrenhauses.)

Nach dem Antrage der Kommissionsmehrheit hatte der §. 2 nachstehende Fassung: „Unbeschadet dieses Aufsichtsrechtes bleibt die Besorgung, Leitung, und unmittelbare Beaufsichtigung des Religionsunterrichtes und der religiös-sittlichen Erziehung für die verschiedenen Glaubensgenossen in den Volks- und Mittelschulen der betreffenden Kirche oder Religionsgesellschaft überlassen. Der Unterricht in den übrigen Lehrgegenständen in diesen Schulen ist unabhängig von dem Einfluß jeder Kirche oder Religionsgesellschaft." Die Worte „und der religiös-sittlichen Erziehung" sind eine Einschaltung der Kommission des Herrenhauses. Lange Debatte darüber. Graf Anton Auersperg will die religiös-sittliche Erziehung nicht aus dem Bildungsgang unserer Jugend ausweisen, wohl aber jene Worte aus dem Paragraphen des Gesetzes: denn sonst führe man eine übergreifende Macht, die man an der Hauptpforte zurückgewiesen habe, durch ein Seitenpförtchen wieder herein. Wenn man der Kirche das Recht dieser Ueberwachung zugestehe, so könne sie auch in das Innere der Familie eindringen und dort Aufsicht halten wollen. Er beantrage die Weglassung des Passus. Zur religiös-sittlichen Erziehung sey zunächst die Familie berufen (es wird darauf ankommen, wie es mit der Familie selbst steht), die Kirche aber habe für diese Wirksamkeit ein weit ausgedehntes Gebiet außerhalb der Schule, nämlich die Seelsorge. Graf Rechberg erinnerte, daß man es hier mit mehr als 40,000 Landschulen zu thun habe, und daher die Rückwirkung dieses Gesetzes in allen Schichten der Bevölkerung eine große seyn werde. Auf dem Land habe sich praktisch das Verhältniß ausgebildet, daß der Schullehrer den Religionsunterricht des Ortsgeistlichen ergänzt, in Verhinderungsfällen des Letzteren auch wohl selbst abhält, wogegen dem Pfarrer die Verpflichtung obliegt, im Verhinderungsfalle des Schullehrers Schule zu halten. Dies

mener Gewißheit konstatiren, daß die Schwärmerei für die vorhin genannte abstrakte Idee von unserm Landvolke nicht getheilt wird, daß unser Landvolk ganz sicher andere Schmerzen hat, als diejenigen sind, welche die Trennung der Schule von der Kirche betreffen." (Die Sache hat noch eine andere Seite: warum wählt das Landvolk nicht in diesem Sinne?)

Hofrath Rokitansky hält sich an „das Wesen unserer Zivilisation", und als solches erscheinen ihm „die realistische Forschung auf dem Gebiete der Wissenschaft und die materialistischen Bestrebungen im praktischen Leben, beide tief begründet in der menschlichen Natur und untereinander in nothwendigem Kausalnexus." Damit sey man auf der rechten Fährte, sey man auf der Bahn des Fortschritts. Wo ehedem das Gefühl anregte, häufig verdarb, da stehe heute der kalte, ordnende Verstand voran, und da könne man nicht stehen bleiben, sondern jeder Tag müsse ein Fortschritt weiter seyn. Der Vertreter dieses mumienhaften Materialismus, der namentlich auf der Gallerie Beifall fand, schloß mit den Worten: „Darum also trete ich für das Majoritätsgutachten ein, weil ich darin einen Schirm gegen mittelalterliche Verwilderung, gegen kirchliche Sklaverei, ein Palladium der Lehr- und Gewissensfreiheit sehe."

Fürst Sanguszko (für das Minoritätsgutachten): Der Gesetzentwurf stehe mit sich selbst und mit den Staats-Grundgesetzen in Widerspruch; für blose Aufstellung grundsätzlicher Bestimmungen enthalte er zu viel, für ein Spezialgesetz zu wenig. Eines Spezialgesetzes aber bedürfe man; eine nahe Zukunft werde ihm Recht geben.

Frhr. v. Hock bekennt sich als einen Schüler des „katholischen Philosophen Anton Günther", findet aber in dem vorliegenden Gesetze keine Feindseligkeit des Staates gegen die Kirche, sondern nur die Aufhebung der Zwangsketten, durch die der erstere gebunden war. Um eine Allgewalt des Staates über die Schulen handle es sich ebenfalls nicht; im Gegentheil, durch Einrichtung der Schulräthe entäußere er sich einer früher von ihm selbst geübten Gewalt und übertrage sie an ganz selbständige und von ihm unabhängige Organe. „Es ist auch dafür gesorgt, daß in diesen Schulräthen überall die Kirche vertreten ist, und nur an ihr wird es seyn, die innigste Eintracht zwischen Schule und Kirche zum Zweck einer sittlich-religiösen Erziehung, zum Zweck eines gründlichen Unterrichts herbeizuführen!"

1. April 1868.

Das Schulgesetz ist von dem Herrenhaus angenommen, mit einigen Abweichungen jedoch von der Fassung des Abgeordnetenhauses, so wie auch von den Vorschlägen der eigenen Kommission.

Der §. 1 des Gesetzes lautet nun wie folgt: „Die oberste Leitung und Aufsicht über das gesammte Unterrichts- und Erziehungswesen steht ausschließlich dem Staate zu und wird durch die hiezu gesetzlich berufenen Organe ausgeübt.“ (Die Bezeichnung „oberste“ ist Zusatz des Herrenhauses.)

Nach dem Antrage der Kommissionsmehrheit hatte der §. 2 nachstehende Fassung: „Unbeschadet dieses Aufsichtsrechtes bleibt die Besorgung, Leitung, und unmittelbare Beaufsichtigung des Religionsunterrichtes und der religiös-sittlichen Erziehung für die verschiedenen Glaubensgenossen in den Volks- und Mittelschulen der betreffenden Kirche oder Religionsgesellschaft überlassen. Der Unterricht in den übrigen Lehrgegenständen in diesen Schulen ist unabhängig von dem Einfluß jeder Kirche oder Religionsgesellschaft.“ Die Worte „und der religiös-sittlichen Erziehung“ sind eine Einschaltung der Kommission des Herrenhauses. Lange Debatte darüber. Graf Anton Auersperg will die religiös-sittliche Erziehung nicht aus dem Bildungsgang unserer Jugend ausweisen, wohl aber jene Worte aus dem Paragraphen des Gesetzes: denn sonst führe man eine übergreifende Macht, die man an der Hauptpforte zurückgewiesen habe, durch ein Seitenpförtchen wieder herein. Wenn man der Kirche das Recht dieser Ueberwachung zugestehe, so könne sie auch in das Innere der Familie eindringen und dort Aufsicht halten wollen. Er beantrage die Weglassung des Passus. Zur religiös-sittlichen Erziehung sey zunächst die Familie berufen (es wird darauf ankommen, wie es mit der Familie selbst steht), die Kirche aber habe für diese Wirksamkeit ein weit ausgedehntes Gebiet außerhalb der Schule, nämlich die Seelsorge. Graf Rechberg erinnerte, daß man es hier mit mehr als 40,000 Landschulen zu thun habe, und daher die Rückwirkung dieses Gesetzes in allen Schichten der Bevölkerung eine große seyn werde. Auf dem Land habe sich praktisch das Verhältniß ausgebildet, daß der Schullehrer den Religionsunterricht des Ortsgeistlichen ergänzt, in Verhinderungsfällen des Letzteren auch wohl selbst abhält, wogegen dem Pfarrer die Verpflichtung obliegt, im Verhinderungsfalle des Schullehrers Schule zu halten. Dies

bedinge ein enges Zusammenwirken Beider; wie nun, wenn die Schule von der Kirche getrennt seyn solle? Es sey ja möglich, daß in einer katholischen Gemeinde ein jüdischer, in einer protestantischen ein katholischer, in der jüdischen ein protestantischer Schullehrer bestellt werde! Frhr. v. Hock beantragte, statt der Worte: „und der religiös-sittlichen Erziehung" zu setzen: „und der Religionsübungen." Diesen Antrag empfahl auch der Unterrichtsminister v. Hasner, da der andere Passus eine weit über die Schule hinausgehende Bedeutung habe. Nach mehrfachem Hin- und Herreden ging die Sache nochmals an die Kommission zurück, in deren Namen, nach einer halbstündigen Zwischenzeit, Graf Hartig sodann erklärte, die Kommission mache den Hock'schen Antrag zu dem ihrigen. Graf Anton Auersperg habe seinen Antrag zurückgezogen. Graf Auersperg: „Weil er aussichtslos war!" Bei der Abstimmung wurde §. 2 nach dem neuen Kommissionsantrage genehmigt.

Unverändert blieben die §§. 3, 4, und 5. Der §. 4 besagt: „Es steht jeder Kirche oder Religionsgenossenschaft frei, aus ihren Mitteln Schulen für den Unterricht der Jugend von bestimmten Glaubensbekenntnissen zu errichten und zu erhalten. Dieselben sind jedoch den Gesetzen für das Unterrichtswesen unterworfen und können die Zuerkennung der Rechte einer öffentlichen Lehranstalt nur dann in Anspruch nehmen, wenn allen gesetzlichen Bedingungen für die Erwerbung dieser Rechte entsprochen wird." Bei §. 6 wurden einige Aenderungsanträge des Grafen Gleispach angenommen, wonach dieser Paragraph nunmehr lautet: „Die Lehrämter an den in §. 3 bezeichneten" vom Staate, von einem Land, oder von Gemeinden ganz oder theilweise gegründeten oder erhaltenen „Schulen und Erziehungsanstalten sind für alle Staatsbürger gleichmäßig zugänglich, welche ihre Befähigung dazu in gesetzlicher Weise nachgewiesen haben. Als Religionslehrer dürfen nur Diejenigen angestellt werden, welche die betreffende konfessionelle Oberbehörde als solche befähigt erklärt hat. Bei andern Schulen und Erziehungsanstalten (§. 4) ist diesfalls das Errichtungsstatut maßgebend. Die Wahl der Erzieher und Lehrer für den Privatunterricht ist durch keine Rücksicht auf das Religionsbekenntniß beschränkt."

Von den übrigen Paragraphen (im Ganzen 15) gab nur §. 8 Anlaß zu einer lebhaften Debatte; er ist auch wichtig genug dazu. „§. 8. Das Einkommen der Normalschulfonds, des Studienfonds,

und sonstiger Stiftungen für Unterrichtszwecke ist ohne Rücksicht auf das Glaubensbekenntniß zu verwenden, insoweit es nicht nachweisbar für gewisse Glaubensgenossen gewidmet ist." Fürst Jablonowski stellte folgenden Aenderungsantrag: „Das Einkommen rc. ist nur in so fern ohne Rücksicht des Glaubensbekenntnisses zu verwenden, als nachweisbar ist, daß es nicht für gewisse Glaubensgenossen bestimmt war." Hienach wäre für den nicht-konfessionellen Charakter erst der Beweis zu erbringen, während dort vielmehr der konfessionelle zu erweisen steht; das Haus verwarf jedoch die Jablonowski'sche Aenderung und nahm den Antrag der Kommission an. Es handelt sich dabei hauptsächlich um den Studienfonds, welchem in §. 33 des Konkordats der katholische Charakter zugesprochen ist, was auch Graf Leo Thun geltend machte. Frhr. v. Lichtenfels wandte dagegen ein: wenn eine in- oder ausländische Ordensgesellschaft aufgehoben werde, so werde ihr Gut ein herrenloses und falle als solches dem Staat anheim; in dem Augenblick, wo der Jesuitenorden vom Pabst aufgehoben wurde, sey die Kaiserin Maria Theresia berechtigt gewesen, die Güter des Ordens zu inkameriren; sie habe es nicht gethan, sondern dieses Vermögen zu einem Fonds für Studienzwecke bestimmt, im Allgemeinen, nicht blos für katholische Zwecke: in dieser Art sey der Fonds auch immer verwendet worden, bis das Konkordat ihn 1855 für kirchliches Eigenthum erklärte; jetzt stelle man den „rechtmäßigen Besitz" wieder her, „wie er früher gewesen und durch das Konkordat umgestoßen worden sey." (Juridisch sehr bedenklich!)

Graf Leo Thun führte aus, daß nicht sowohl die Trennung der Schule von der Kirche, als vielmehr die des Unterrichts von den religiösen Ueberzeugungen in Absicht liege. Sage man Das, was man wolle, lieber offen und ehrlich heraus! Ein Redner habe sich wesentlich auf den realistischen Standpunkt gestellt: dieser scharfe Denker (Rokitansky) begreife sehr wohl, um was es sich handle, nur hätte er in Konsequenz seiner Anschauung eigentlich auf den Satz kommen müssen: „Hinaus mit der Religion aus der Schule!" Wenn man die bisher christliche Schule in eine konfessionslose umwandle, so möge man wenigstens die Fonds, auf denen die erstere beruht, nicht für die letztere in Anspruch nehmen. Minder glücklich war der Redner mit einem politischen Exkurs, worin er tadelte, daß die Majoritäten der an der Gesetzgebung theilnehmenden

Versammlungen die Macht erlangen, das bestehende Recht umzuändern, während ihre Berechtigung nicht weiter gehen sollte als daß der bestehende Zustand nicht könne geändert werden ohne ihren Willen. Mit solchen politischen Vermischungen verdirbt man sich die etwaige Aussicht auf Erfolg in kirchlicher Hinsicht.

Der Kultus- und Unterrichtsminister v. Hasner lehnte in seiner Art die Allianz des Rokitansky'schen Materialismus ab. Nach der in der vorigen Sitzung geübten Kritik stelle man das Gesetz als eine wahre Pandorabüchse des Unglaubens dar. Wäre dem so, die Regierung müßte davor zurückschrecken. Von einer Seite sei dieses Gesetz als eine bloße Etappe für noch weiter hinaus bezeichnet, von einer andern als im Geiste des entschiedensten Realismus adoptirt worden: er halte Dies für verfehlt, denn es frage sich nicht, was die Gesetzgeber beabsichtigt, sondern was sie gemacht haben. In dem Gesetz, wie es vorliege, finde er weder die Omnipotenz des Staates, noch die Trennung der Schule von der Kirche, noch die Konfessionslosigkeit der Schule. Auf die religiös-sittliche Erziehung durch die Lehrer lege die Regierung selbst das höchste Gewicht: schon in dem Religionsunterricht übrigens habe die Kirche die stärkste Handhabe zur religiösen und sittlichen Erziehung: das Gesetz sei nur eine Negation der Omnipotenz der Kirche.

Nach dem Schluß der Generaldebatte wurde über den Minoritätsantrag Vertagung abgestimmt, weil mit dessen Annahme die Spezialdebatte unnöthig geworden wäre: er wurde jedoch mit allen gegen 17 Stimmen verworfen. Im großen Publikum und in der Tagespresse findet den meisten Anklang Hr. Rokitansky: Dies ist die Erziehung, welche das System Metternich bis 1848, die politische Reaktion von 1850 bis zum Konkordat, und von 1855 an bis heute die Konkordatsherrschaft — nicht verhindert hat!

—

2. April 1868.

Das Haus der Abgeordneten hält nun auch Abendsitzungen, um mit den dringendsten Geschäften so weit aufzuräumen, daß mit Ende dieser Woche die bis nach Ostern dauernde Vertagung eintreten kann. Gestern Abend, d. h. gegen Mitternacht, wurde der Gesetzentwurf über die neue Einrichtung der politischen Verwaltungsbehörden, dessen Erörterung in der Vormittagssitzung begonnen hatte,

vollends durchberathen und nach den Anträgen des Ausschusses angenommen. Der Abg. Krzeczunowicz lobte, daß nicht Alles nach einer Schablone zugeschnitten werden solle, klagte aber, daß in Bezug auf Galizien den Eigenthümlichkeiten des Landes in den Staatsgrundgesetzen nicht genug Rechnung getragen sey, und erinnerte an den schon 1865 geäußerten Wunsch des Landtags nach Aufstellung eines Kanzlers oder Ministers für Galizien. Minister Dr. Giskra sagte in seiner Erwiederung offen heraus, er glaube nicht, daß jenem Wunsche des Landtags von 1865 Gewährung geboten werden könne; seines Dafürhaltens sey die Frage schon durch die Grundgesetze entschieden, welche eine solche Institution nicht kennen. „Es kann sich auch Niemand mit Grund beklagen," fuhr der Minister fort, „daß in der gegenwärtigen Verwaltung der wohlwollende Ton für irgend ein Kronland nicht vorhanden sey, worauf der Hr. Vorredner einen besondern Werth gelegt hat. Es kann sich Niemand aus seinem Heimathlande beklagen, daß nicht Personen im Rathe der Krone sitzen, die, selbst dem Lande angehörig, auch dessen Eigenthümlichkeiten und Bedürfnisse vollständig kennen, und Niemand kann sagen, daß irgend ein Land nicht jene kräftige und würdige Vertretung im Rathe der Krone gefunden hätte, welche im Interesse des Landes und seiner berechtigten Wünsche gelegen ist. Die Einsetzung eines Hofkanzlers für ein einzelnes Land würde zu der Konsequenz führen, daß auch in andern Ländern ein gleiches Begehren mit Recht gestellt würde. Und wenn wir eine aus Hofkanzlern zusammengesetzte Regierung haben, dann, meine Herren, hat es nach meiner persönlichen Auffassung mit der parlamentarischen Verantwortlichkeit und mit der parlamentarischen Regierung ein Ende!"

Das Herrenhaus gönnt sich einstweilen Ruhe, um Athem zu schöpfen, und während die Konkordatsfrage ebenfalls einen Ruhepunkt hat, füllt sich die Zwischenzeit im Publikum mit Gerüchten aus, die meist einander widersprechen. So viel ist gewiß, daß die Sanktionirung des Ehegesetzes noch nicht erfolgt ist, daß aber bei der Verhandlung über das Ehegesetz im Herrenhause Fürst Hohenlohe, der erste Obersthofmeister des Kaisers, gegen den Minoritätsantrag gestimmt hat, worin denn andere Mitglieder (es waren achtsame Augen auf ihn gerichtet) eine gewisse Beziehung zu sehen glaubten. Seither ist nun auch das Schulgesetz im Herrenhause zur Annahme gelangt. Was den Standpunkt der Regierung betrifft, so ist nachstehende

Aeußerung des Kultus- und Unterrichtsministers v. Hasner aus der Verhandlung über den §. 6 charakteristisch: „Es handelt sich nicht darum, daß etwa in den einzelnen Lehrgegenständen ein Gewicht auf die Konfession gelegt werden müsse, obschon das Element der Erziehung, also auch der religiösen Erziehung, zugleich von dem Volksschullehrer im engeren Sinne, also nicht von dem Religionslehrer allein, in's Auge gefaßt werden muß. Allein das noch wichtigere Element ist, daß an einer Volksschule eine gewisse Einheit des Zusammenwirkens seyn muß: denn sie hat nicht die Tendenz, wie bei Fachschulen, die einzelnen Gegenstände durch einen Fachmann vertreten zu lassen, sondern es ist ein allgemein anerkannter Satz: der Unterricht und die Erziehung ist in der Volksschule untrennbar, und Diejenigen, welche auf diese beiden Ziele hinzuwirken haben, können nicht zwei auseinanderfahrenden Standpunkten angehören. Ich glaube konstatiren zu können, daß die Mehrzahl der liberalsten Schriftsteller über das Schulwesen zugesteht, daß die Rücksichtslosigkeit in Beziehung auf die Konfession in der Volksschule ein pädagogisch-didaktisch nicht richtiges Prinzip sey. Man muß sich auch hier auf den Standpunkt der wirklichen Freiheit stellen. Der Reiche, wenn ihm die Schule nicht recht ist, kann seine Kinder im Hause erziehen lassen; wenn aber der Arme gezwungen ist, seine Kinder in eine Schule zu geben, wo er für das religiöse Interesse nicht die nöthige Garantie zu haben glaubt, so ist Das gewiß keine freiheitliche, sondern eine unfreiheitliche Institution. Nach den Grundrechten hat Jeder einen Anspruch auf ein Lehramt, der die gesetzliche Befähigung dazu nachgewiesen hat. Für die höheren Lehranstalten wird man sagen müssen: „die gesetzliche Befähigung zum Unterrichte liegt einfach in dem Nachweise der wissenschaftlichen Qualifikation;" bei den Volksschulen aber wird die kompetente Schulbehörde sagen müssen: „derjenige Lehrer, der in der Lage seyn muß, auch den Religionsunterricht aushilfsweise zu ertheilen, und der das religiöse Moment auch bei dem übrigen Unterrichte nicht aus dem Auge lassen darf, kann nicht als fähig betrachtet werden, wenn sein Bekenntniß von dem des gesetzlich bestellten Religionslehrers abweicht." So der Kultus- und Unterrichtsminister; im Schulgesetze selbst aber steht es nicht, und ob die „kompetente Schulbehörde" das Gesetz gerade so auslegen muß, ist in so weit zweifelhaft, als die Schulräthe 2c. ja von dem Ministerium unabhängige Organe seyn sollen.

---

4. April 1868.

Gestern hat sich das Unterhaus bis zum 20. (Montag nach der Osterwoche) vertagt, nachdem es vorher noch das „interkonfessionelle Gesetz" (über die Verhältnisse der Konfessionen zu einander) durchberathen und in dritter Lesung angenommen hatte. Die Hauptbestimmungen desselben sind: (Art. 1.) „Bei gemischten Ehen folgen die Söhne der Religion des Vaters, die Töchter der Religion der Mutter. Doch können die Ehegatten nach Abschluß der Ehe durch Vertrag festsetzen, daß das umgekehrte Verhältniß stattfinden solle, oder daß alle Kinder der Religion des Vaters, oder alle der der Mutter folgen sollen. Uneheliche Kinder folgen der Religion der Mutter . . . Reverse an Vorsteher oder Diener einer Kirche oder Religionsgenossenschaft oder an andere Personen über das Religionsbekenntniß, in welchem Kinder erzogen oder unterrichtet werden sollen, sind wirkungslos." Die Regierung hatte gewünscht, daß auch vor Abschluß der Ehe eine Uebereinkunft über die Kindererziehung sollte getroffen werden können, und Minister v. Hasner sprach in diesem Sinn; Abg. Krzeczunowicz stellte den Antrag, an der betreffenden Stelle einzuschalten: „sey es vor, sey es nach dem Abschluß der Ehe", blieb aber mit 56 gegen 71 Stimmen in der Minorität. (Für den Antrag die Minister, das rechte Zentrum, und die Polen.) (Art. 4.) „Nach vollendetem 14. Lebensjahre hat Jedermann ohne Unterschied des Geschlechts die freie Wahl des Religionsbekenntnisses nach seiner eigenen Ueberzeugung und ist in der freien Wahl nöthigenfalls von der Behörde zu schützen." Art. 7. hebt die Bestimmung des §. 768 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuchs auf, wonach der Abfall vom Christenthum Enterbung rechtfertigt; eben so die Verfügungen in §. 122 und §. 304, wonach Derjenige, welcher einen Christen zum Abfall vom Christenthum zu verleiten oder eine der christlichen Religion widerstrebende Irrlehre auszustreuen sucht, eines Verbrechens, und Derjenige, welcher zur Begründung oder Verbreitung einer Religionsgesellschaft, deren Anerkennung von der Staatsverwaltung für unzuläßig erklärt wurde (Sekte), Versammlungen veranstaltet, Vorträge hält, Bekenner anwirbt &c., eines Vergehens schuldig wird. „Es ist jedoch jeder Religionspartei untersagt, die Genossen einer andern durch Zwang oder List zum Uebergang zu bestimmen. Die näheren Bestimmungen des gesetzlichen Schutzes hingegen, so weit er nicht durch die Straf-

gesetze gegeben ist, bleiben einem besondern Gesetze vorbehalten." Frhr. v. Tinti wünschte den §. 768 nicht aufgehoben, sondern dahin geändert, daß jedem Vater, nicht blos dem christlichen, das Recht der Enterbung zustehe, wenn das Kind von der väterlichen Religion abfällt. Das Haus ging darauf nicht ein, sondern nahm die Fassung des Kommissionsantrages an. (Art. 12.) „Für Ruhestätten der Verstorbenen hat die Gemeinde Sorge zu tragen, und ist das Begräbniß der Todten eine durch die Gesetze des Staates zu regelnde Angelegenheit. Jede Kirche und Religionsgenossenschaft ordnet die gottesdienstlichen Verrichtungen beim Leichenbegängniß nach ihren Satzungen." (Art. 14.) „Niemand kann genöthigt werden, sich an den Feier- und Festtagen einer ihm fremden Kirche oder Religionsgenossenschaft der Arbeit zu enthalten. An Sonntagen ist während des Gottesdienstes jede nicht dringend nothwendige öffentliche Arbeit einzustellen." In der vorhergegangenen Generaldebatte wurde noch einmal die Konkordatsfrage abgehandelt, wobei weiter nichts wesentlich Neues zum Vorschein kam. Hr. Schindler kramte einige Gemeinplätze aus, und Hr. Greuter erregte Heiterkeit, indem er der Majorität einen „k. k. Katholizismus" und das Streben nach einem „konstitutionellen Herrgott" vorwarf. Was das Schulgesetz betrifft, so hat das Haus der Abgeordneten die von dem Herrenhaus getroffenen Aenderungen angenommen.

---

6. April 1868.

Ich muß immer innerlich lächeln, wenn ich einen großen Liberalen sich fürchten sehe vor den Jesuiten. Es ist ein gar zu tiefes Kompliment, das ihnen damit eine feindlich gesinnte Intelligenz darbringt. Und diese Furcht nicht zu theilen, Das soll ein Verrath an der Freiheit seyn! Gerade im Gegentheil: ich bin nur konsequent, wenn ich das Prinzip der Freiheit für Jedermann statuire, auch für die Jesuiten, sonst wäre es kein Prinzip, und ich übe nur eine historische Gerechtigkeit aus, wenn ich anerkenne: als die absolute Staatsgewalt anfing, auf die Jesuiten hineinzuschlagen, zuerst durch Pombal in Lissabon, da ging man so rechtlos mit ihnen um, wie einst mit dem Orden der Templer. Man fand sie eben zu mächtig, man fürchtete sie, und man war lüstern nach ihrem Geld und Gut. Das Motiv der Furcht nun scheint sich von damals fortgeerbt zu

haben in eine Zeit, wo es nicht mehr am rechten Ort ist, weil die Verhältnisse gänzlich andere geworden sind. Jetzt hängt sogar etwas Zopf mit an der Erbschaft jener Furcht. Sehe man doch unbefangen um sich! Zu der Zeit, als man in Deutschland die Jesuiten fürchtete, da hatten sie sich festgesetzt an Schule und Hof, d. h. an den beiden Hauptquellen, aus denen öffentliche Meinung und politische Aktion erfloß. Heutzutage gibt es der Quellen mehr. Um jetzt dieselbe Wirkung zu erzielen, wie damals, müßten die Jesuiten auch noch in Presse und Parlament obenan seyn, Einfluß auf die Börse ausüben ꝛc.; gerade da aber befinden sich ihre *Gegner*
Es scheint, so welt- und staatsklug, wie es die *alten* Jesuiten waren, sind die neueren nicht mehr; in der Politik wenigstens haben sie nicht mehr die glückliche Hand, wie damals, treffen die Mittel zum Erfolg nicht, kommen sogar in den Ruf, stets der unterliegende Theil zu seyn. In der Politik aber ist Das ein *Hauptfehler*. Den schweizerischen Sonderbundskrieg z. B. hätten die *alten* Jesuiten, wenn man sie richtig taxirt, entweder nicht herbeigeführt oder aber sie hätten ihn gewonnen; sie hätten besser vorausgerechnet; wenn sie eine Niederlage kommen sahen, wären sie dem Anlaß dazu lieber ausgewichen, und ohne das Gespenst der Jesuitenfurcht hätte kein Mensch die Schweiz zu einem Bürgerkriege gebracht. Hier also arbeiteten sie förmlich ihren Gegnern in die Hände. Und wie jetzt in Beziehung auf Oesterreich? Jene älteren Jesuiten, wenn sie gesehen hätten, daß das Konkordat, anstatt der Kirche zu nützen, ihr vielmehr Schaden bringe (und an dem richtigen Blick für solche Dinge fehlte es ihnen nicht), hätten vermuthlich zu rechter Zeit eingelenkt; wenigstens glaube ich nicht, daß es ihnen als ein Vortheil erschienen wäre, die Sache bis auf eine Spitze zu treiben, wo sich mit statistischen Ziffern die Minderheit ihres Anhangs selbst in der österreichischen Aristokratie kundgab. Wenn man nun vollends durchaus die Kirche selbst mit dem Konkordat identifiziren will: — um so schlimmer! Da preßt man sich ja geflissentlich, aber unnöthig, mit in eine Niederlage hinein, als ob es ein Stolz wäre, der Welt zu verkündigen: „*Hier gelten wir Nichts mehr, wir selbst!*“ Distinguo, pflegten die alten Jesuiten zu sagen. Ich begreife, daß man von einem Prinzip Nichts nachläßt: es ist von wegen der Konsequenz. Ich verstehe z. B. sehr wohl, warum der heilige Stuhl niemals den westfälischen Frieden anerkannte; es

handelte sich dabei nicht um irgend eine Hoffnung, ihn rückgängig zu machen, aber eine so kolossale Beraubung der Kirche, eine so massenhafte Depossedirung geistlicher Reichsstände konnte man von Rom aus unmöglich auch noch mit einer Sanktion versehen. Konkordate aber gibt es bekanntlich verschiedenartige; man schließt nicht mit jedem Staate gleichlautend ab. So weit man also freie Hand hat, warum sollte man dieser oder jener Fassung ein vielleicht überwiegendes Interesse der Kirche opfern? Auch Frankreich hat sein Konkordat. Die dort geltende Zivilehe (allgemein geltend, während es sich in Oesterreich nur um eine Noth-Zivilehe handelt) ist zwar niemals vom h. Stuhl anerkannt worden, aber sie bildet auch keinen Streitpunkt, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil man keinen daraus gemacht hat: sie wird von der Kirche so zu sagen ignorirt. Hier also ist ein Punkt, wo ein Ausweg zulässig, wo ein Ab- und Zugeben statthaft ist: wenn so für Frankreich, warum nicht auch für Oesterreich?

---

7. April 1868.

Während hier in Wien die Politik Ferien hat, gehen in Ungarn große Dinge vor: es ist ein förmlicher Feldzug gegen die Kossuth'sche Politik eröffnet, der den alten Agitator vollends um den Rest seiner ehemaligen Popularität zu bringen droht. Und von wem geht der Angriff aus? Von Moritz Perczel, dem alten Honvedgeneral, unter dem lauten Beifall seiner Anhänger inmitten der Honveds selbst. In öffentlichen Reden da und dort beschuldigt Perczel seinen Gegner, daß er eigentlich niemals Etwas geleistet habe. Nicht Kossuth habe die Honvedarmee geschaffen, sondern er, Moritz Perczel; in der Stunde der Gefahr sey Kossuth überhaupt niemals anwesend, und nach dem Eintritt der letzten Krisis einer der Ersten jenseits der türkischen Gränze gewesen. Im Exil spielte er dann bekanntlich den „Statthalter" oder „Gouverneur" fort, hielt fest an dem Titel „Exzellenz", und beutete z. B. in England die Hingebung der dortigen Sympathiephilister aus, bis den etwas Klügeren darunter das Licht aufging, daß es bei ihm zu rappeln scheine. In Amerika fiel er nach einem kurzen anfänglichen Erfolge schließlich durch, und nahm einen französischen Abschied. Auf diesen Lebenslauf weist nun Moritz Perczel hin in seinen Reden, welche

ich in Deutschland dem Studium Jener empfehle, die sich gegenwärtig die National-Liberalen nennen, und denen Ludwig Kossuth so lange ein Götzenbild politischer Verehrung war. In Stuhlweißenburg hielt Perczel gestern unter stürmischem Beifall eine Rede, worin er unter Anderm erklärte, er werde Kossuth von seinem unverdienten Piedestal herabstürzen, ginge auch er selbst darüber zu Grunde. In der Honvedversammlung fragte er, ob die Honveds ihn als Führer anerkennen wollten: jubelnde Zustimmung. Bei dem Festbankett Trinksprüche auf den König, die Königin, Perczel, und Deak. In der Komitatsversammlung wurde Perczel stürmisch bewillkommt; Madarasz (von der Linken), welcher mit seinem ganzen Anhang mit zugegen war, versuchte eine Gegendemonstration mit dem Rufe „Eljen Kossuth", drang aber nicht durch. Aehnliche Erfolge errang Perczel in Veszprim. Bekanntlich ist Kossuth in Fünfkirchen (in diesem Komitat wohnen auch viele Deutsche, während die Stadt, trotz ihres deutschen Namens, vorherrschend kroatisch-serbisch ist) zum Deputirten erwählt worden; die Wahl ist nun verifizirt, aber es steht in Zweifel, ob Kossuth nach Ungarn zurückkehren, d. h. von der ergangenen Amnestie Gebrauch machen kann, ohne die Gesetze des Landes und den gesetzlichen König anzuerkennen, wofür die Amnestie einen Revers verlangt. Kossuth scheint nicht geneigt, dieser Bedingung zu genügen.

Die Tschechen bereiten eine neue Demonstration vor. Diesmal handelt es sich um eine Wallfahrt nach Konstanz am Bodensee, auf den 6. Juli, als den Todestag von Johannes Huß, um diesem als national gefeierten Vorkämpfer dort den Zoll der tschechischen Verehrung darzubringen. Unter den Unterzeichnern des in den tschechischen Blättern erschienenen Aufrufs, die sich als provisorisches Komitee hinstellen, liest man auch folgende Namen, die sich keines tschechischen Klangs erfreuen: „A. Em. Kittl", „Johann Otto", „Karl Harting", und „Heinrich Schmidt".

Auf dem vierten Arbeitertage, welcher vorgestern hier im „Universum" abgehalten wurde, fielen die tschechischen Sonderbestrebungen durch, obwohl die Versammlung (etwa 3000 Arbeiter) meist aus Slawen bestand. Angekündigter Zweck der Versammlung war, das Verhältniß der Nationalitäten zur Arbeit festzustellen. Es wurden deutsche und tschechische Reden durcheinander gehalten; mehrere tschechische Redner hielten nachher auch deutsche Vorträge.

d. h. sie übersetzten sich selbst. Hr. Brüshaver bezeichnete die Nationalitätenfrage, nachdem in Oesterreich alle Nationalitäten gleichberechtigt seyen, als eine „reaktionäre Parteifrage“; für ihn existiren blos Menschenrechte. Ein Tscheche Hr. Loric, mahnte in tschechischer Sprache, die tschechischen Arbeiter möchten doch „den tschechischen Klerikalen und Junkern nicht den Gefallen thun, sich von ihren deutschen Brüdern zu trennen.“ Hr. Peißl, sowohl tschechisch als deutsch redend, sagte unter Anderm: „Die Nationalität ist blos die Leimruthe, welche die reaktionäre Partei uns Arbeitern vorhält; sitzen wir auf, dann fehlen uns Arbeitern nur die schwarzen Köpfel und die rothen Brustel, und die Gimpel sind fertig.“ Schließlich erklärte der Arbeitertag die „Führer der nationalen Partei“ für „Störer des Völkerfriedens und Verräther an der Sache der Freiheit und des Arbeiterthums,“ und beschloß, ein Manifest an alle Völker Oesterreichs zu richten, worin die sozial-demokratischen Prinzipien erläutert und die Arbeiter vor Spaltung nach Nationalitäten gewarnt werden. Ein Neunerausschuß wurde mit Abfassung dieses Manifestes in den verschiedenen Landessprachen zur Vorlage an den nächsten Arbeitertag beauftragt.

In einem Saale der Akademie der Wissenschaften wurde gestern die Generalversammlung der deutschen Schillerstiftung (Wien ist bekanntlich derzeit Vorort) eröffnet. Frhr. v. Münch-Bellinghausen, als Präsident des Verwaltungsraths, bewillkommte die Sendboten der deutschen Zweigstiftungen (es waren deren 21 vertreten) mit einer Ansprache, worin er betonte, daß, wenn auch das politische Band der deutschen Stämme zerrissen sey, das Band der Geister und Herzen unzerreißbar seyn werde. Ein Stückchen dieses Bandes, sagte er weiter, sey die deutsche Schillerstiftung. Deutsch-Oesterreich, Wien hänge Deutschland an; die Abgeordneten werden gefunden haben, daß sie sich nicht auf fremdem Boden befinden. Während Deutschland die Einheit anstrebe, bemühe sich Oesterreich, den verfassungsmäßigen Ausbau der Freiheit zu vollenden. Diese Freiheit werde dann Oesterreich als Mitgift in die Ehe bringen, welche Nord- und Süddeutschland baldigst unblutig eingehen würden. Anwesend waren Vorstandsmitglieder aus Baden, Berlin, Breslau, Danzig, Dresden, Frankfurt a. M., Köln, Leipzig, Lübeck, München, Stuttgart, und Weimar. Darmstadt, Königsberg, Mainz, und Nürnberg waren unvertreten.

Prof. Brühl wird heute in einigen Blättern heruntergemacht, weil er in seinen unentgeltlichen Sonntagsvorlesungen gegen die Rede des Hofraths Rokitansky im Herrenhaus polemisirte und den Materialismus des Redners als „zynisch" bezeichnete. Ob er denn glaube, fragt die alte „Presse", daß Rokitansky durch Hinweisung auf den Massenbesuch der Florentiner Quartette, auf die vollen Säle bei ästhetischen Vorlesungen, oder auf die Thränen zart besaiteter Seelen beim Trauerspiele zu widerlegen sey? Wenn Das sein Ernst sey, so sey unzweifelhaft zwar nicht die Welt, aber doch Professor Brühl idealistisch gesinnt. Mit Recht wird er dafür verketzert: — zu was braucht er etwas Besseres seyn zu wollen, als ein Abkömmling hochedler Urahnen aus dem Affengeschlecht!

---

11. April 1868.

Es gibt in der Wiener Tagespresse mitunter Auswüchse, die sich schwer mit einem österreichischen Staatsbewußtseyn vereinbaren: man wird förmlich irre daran. Daß beispielsweise im Frühjahr 1850 in einer bekannten Wiener Zeitung ein Artikel kam, der Oesterreich mit dem „Schwerte Friedrichs des Großen" drohte, mag noch auf Rechnung der Konfusion von 1848 und 49 gehen. Solche Dinge galten damals für „deutsch", waren jedoch so undeutsch, als nachher der Bürgerkrieg von 1866. Oesterreichisch gesinnt seyn aber, wenn ein Deutscher aus dem Reich eine solche Gesinnung mit nach Wien brachte, galt für „servil" und „reaktionär." Es hat sich Manches seither geändert, aber der Mangel an Verständniß für österreichische Sympathien in Deutschland, so wie für deutsche Verhältnisse überhaupt, scheint geblieben zu seyn wie er war. Ein besonderes Verständniß wenigstens ist es nicht, wenn man in Wien die deutschen Anhänger Oesterreichs kurzweg Partikularisten schilt, oder einem alten Gothaer, der bis zum Ueberdruß als „Oesterreicherfresser" bekannt ist, österreichischen Weihrauch streut. Im Jahr 1850, wie man aus obigem Beispiel ersieht, gab es Gothaer in Wien selbst, und wie aus neueren Beispielen zu ersehen, gibt es deren noch. Als Moritz Mohl mit seiner bekannten Broschüre gegen eine Verpreußung Würtembergs auftrat, wurde er von einem der gelesensten Wiener Blätter mit den giftigsten Invektiven überschüttet: „reaktionär" ist er bekanntlich nicht, auch nicht „ultramontan", aber

da er nicht preußisch werden will, ist er für einen intelligenten Wiener Standpunkt jener Art ein verdammungswerther Partikularist. Was für ein Urtheil man damit indirekt über die Deutsch-Oesterreicher fällt, wenn sie gleichfalls nicht Lust haben, preußisch zu werden, so weit, scheint es, denkt man nicht. Und doch hat Oesterreich, sollte man meinen, ein gewisses Interesse daran, daß das südliche Deutschland nicht unter preußische Herrschaft falle. Diesem österreichischen Interesse nun, abgesehen von allen Verschiedenheiten innerer Politik, hätten die süddeutschen Wahlen in das Zollparlament eher gefallen als mißfallen sollen: allein von gewisser Seite her fand man diese Wahlen „ultramontan" und „reaktionär", und rümpfte die Nase darüber. In Bezug auf die „Ultramontanen" aber hatte ein vielgelesenes Wiener Blatt kurz vorher erklärt: „Da wir auf die ultramontane Sippe in Süddeutschland nicht weiter reflektiren" — echt kaufmännisch ausgedrückt! — „und auch nicht das Mindeste dagegen einzuwenden haben, wenn sie uns in Oesterreich ferner nicht mehr mit ihren Sympathien behelligt," so 2c., d. h. in die unterste Hölle mit ihnen. Wohin aber alsdann mit den lieben Gothaern oder jetzt sogenannten National-Liberalen, die schon seit so vielen Jahren Blut und Wasser schwitzen, um Oesterreich tagtäglich herunterzureißen, so gut es nur irgend menschenmöglich ist? Auch auf diese Frage hat sich neuerlichst eine Antwort ergeben. Die Generalversammlung des Schillervereins führte unter Andern die HH. Dr. Zabel aus Berlin und Professor Biedermann aus Leipzig nach Wien. Für den Letzteren habe ich in den Wiener Blättern bis jetzt — vielleicht kommt es noch nach! — keine feiernden Lobespsalmen gefunden: für den Ersteren aber schwingt eines derselben das Weihrauchfaß in folgender Weise: „Der freisinnige Dr. Zabel aus Berlin, durch Gründung der Nationalzeitung auch Vater der deutsch-demokratischen Partei, später der mächtige Beschützer des Gothaismus." Allen Respekt vor einem solchen Kratzfuß! Also berlinisch-gothaisch-demokratisch-bismarckisch-freisinnig zu sein, wie es die Nationalzeitung ist, Das ist der rechte Schlüssel zu der Kunst, in Wien gefeiert zu werden! Sonst ist man gerne mit dem Vorwurf „Ausländer" bei der Hand: die Konkordatsfreunde warten da mit dem Frhrn. v. Beust auf, die Konkordatsgegner den Grafen Blome und Rechberg und dem Professor Arndts. Brüderlich deutsch ist Das nun gerade nicht, großstädtisch eben so wenig: greife man

seine Gegner beiderseits mit beliebigen Argumenten an, nur um der gesunden Logik willen nicht als „Ausländer", während man stets noch von dem geistigen Zusammenhang mit Deutschland spricht. (Auch die Generalversammlung des Schillervereins ist mit einem dreifachen Hoch auf das „deutsche Wien" geschlossen worden.) Wenn vollends bei einem bismarckisch-demokratischen Gothaer, weil er stets Oesterreich mit seiner Feindschaft beehrte, der „Ausländer" ignorirt und für seine antiösterreichischen Verdienste in eine österreichische Posaune gestoßen wird, so geht Das doch sprichwörtlichermaßen über das Bohnenlied. Oesterreichisch-partikularistisch für das Großpreußenthum! Ich begreife, daß man in Berlin großpreußisch seyn kann, anstatt deutsch; wie man es aber in Wien seyn mag, Das ist mir ein Räthsel. Auch vermuthe ich unmaßgeblich, daß Wien sich keineswegs danach sehnt, in eine preußische Provinzial- und Gränzstadt verwandelt zu werden. Es würde das Lachen dabei halten können! Wenn man aber Das nicht will, was bleibt dann einer Politik, wie die eben geschilderte, für ein möglicher Sinn übrig?

12. April 1868.

Wenn unsere „Witzblätter" über den Katholizismus der Polen herfallen (eines der neuesten bringt das Bild eines Polen, der am Charfreitag auf einer Glocke nach Rom reitet), so sagt man sich: „nun, diese Blätter sind eben eine leichte Waare und machen selbst nicht auf politisches Gewicht Anspruch"; wenn aber ein Blatt wie das „Journal des Débats" sein Befremden darüber ausdrückt, daß „die Polen Galiziens gemeinschaftliche Sache mit der klerikalen Partei machen", so ist es vielmehr die Beengtheit seiner Anschauung, welche Befremden erregt. So gut die Russen wissen, warum sie aus Leibeskräften auf den Katholizismus in Polen hineinschlagen, so gut hätte auch das Journal des Débats begreifen können, warum das Polenthum so beharrlich an dem Katholizismus festhält. Die Säule ihrer Religion ist zugleich eine Säule ihrer Nationalität; der katholische Glaube ist es, der noch ungebrochen der russischen Unterdrückung Widerstand leistet. Nun können sie aber nicht wohl in Wien angreifen, was in dem alten Kongreßpolen ihr Schutz und Schirm ist, und bei der hohen Wichtigkeit dieses Anhaltspunktes für ihre Nationalsache würde es ihnen schlecht anstehen, das Konkordat an-

greifen zu helfen, während ein Theil der Tagespresse, dessen Alliirte sie damit würden, nicht blos antikonkordatlich, sondern antikatholisch auftritt. Das Journal des Débats meint zwar, wenn sich das galizische Polenthum für Aufrechthaltung einer „Staatsreligion" in Oesterreich ausspreche, so müßte es ja konsequentermaßen auch die Einführung einer Staatsreligion, nämlich der russischen, in Russisch-Polen befürworten: allein dieses Gleichniß hinkt, und zwar auf beiden Beinen, weil es auf Unkenntniß der Thatsachen beruht. Eine Staatsreligion in jenem Sinne, wie es die sogenannte „orthodoxe" in Rußland ist, war in Oesterreich auch unter der Herrschaft des Konkordats nicht vorhanden; insbesondere aber war die anatolische oder griechisch-russische Kirche, die man in Rußland die orthodoxe nennt, in Oesterreich wo sie drei Millionen Bekenner zählt, niemals einer Bedrückung ausgesetzt, wie sie in Rußland die katholische erleidet. Das Konkordat hatte den nichtunirten Griechen Oesterreichs keine Fesseln angelegt, und die Aufhebung desselben findet ihnen keine abzunehmen; die Agitation gegen das Konkordat bewegte sich wesentlich innerhalb katholischer Kreise selbst und ging theils aus einer abweichenden Theorie über die Zuständigkeiten der Staatsgewalt, theils aus einer politischen Feindschaft hervor, womit man das Konkordat als ein Ueberbleibsel des Systems Bach betrachtete. Was bei der Agitation an antikirchlichen und antireligiösen Elementen überhaupt mitspielte, Das wird sich ausscheiden, sobald man sich nicht mehr vor dem Konkordat fürchtet, und alsdann werden jene Elemente das bisherige populäre Fahrwasser vermissen.

Der von Moritz Perczel betriebene Ansturm gegen Kossuth hat auch noch eine andere Seite: der alte Honvedgeneral agitirt gleichzeitig auch für eine abgesonderte ungarische Armee. An den Kostenaufwand dafür denkt man vorerst anscheinend nicht; das westliche Oesterreich jedoch wird sicherlich für eine Spaltung der kaiserlichen Armee nicht auch noch Geld zuschießen wollen, und bis jetzt bringt Ungarn für alles Gemeinsame, also auch für die Armee, bekanntlich nur 30 Prozent auf. Was andererseits Ludwig Kossuth betrifft, so wird dessen frühere Popularität darum nicht minder untergraben. Der Pesther Zentralausschuß der Honvedvereine, welchen Perczel als dessen Präsident für aufgelöst erklärte, protestirt übrigens gegen diese Auflösung und hat auf den 4. Mai eine Generalversammlung sämmtlicher Honvedvereine berufen, in der er gegen Perczel An-

klage zu erheben gedenkt. Der Honvedverein in Pesth selbst ist für Perczel.

In Prag hat ein früher katholischer Tscheche, der zum Judenthum übergegangen ist, das jüdische Osterfest d. J. zum ersten Male als nunmehriger Israelit mitgemacht. Er ist Schmied in einem Dorfe bei Prag; die Abschwörung des Christenthums nahm er in Amsterdam vor. Es fehlt jetzt Nichts, als daß man ihn als Lehrer an eine konfessionslose christliche Schule beruft: Das wäre ein Triumph wahrer „Aufklärung“!

Sonst verlautet aus Prag wieder ein Stück tschechischer Ueberspanntheit, wie man es dort von Zeit zu Zeit zum Besten gibt. Eine Deputation lud den Erzbischoff Kardinal Fürst Schwarzenberg ein, der Grundsteinlegung des tschechischen Theaters beizuwohnen, was er jedoch ablehnte, da er ein Theater nicht weihen könne. Dem Statthalter Frhrn. v. Kellersperg und dem Oberstlandmarschall Fürst Adolph Auersperg hatte man die Ehre zugedacht, als Nachmänner des Hrn. Palacky, des „Vertreters der Nation“, einen Hammerstreich auf den Grundstein thun zu dürfen, erhielt jedoch ebenfalls eine abschlägige Antwort. Claudo pede hinkt inzwischen den Exzessen gegen das „deutsche Kasino“ noch eine strafende Gerechtigkeit nach: Hr. Gregr, welcher damals eine Ansprache an den tschechischen Pöbel hielt, soll in Untersuchung gezogen seyn, weil sich nachträglich gravirende Umstände gegen ihn ergeben haben.

---

16. April 1868.

Die Unruhen in Felegyhaza (Ungarn) liefern den Beweis, daß die demokratische Agitation denn doch hie und da den Boden aufgewühlt hat. Die Volksmenge, die das Stadthaus stürmte, d. h. das geschlossene Thor mit Gewalt einbrach, und erst zurückwich, als die innerhalb postirte kleine Militärabtheilung Feuer gab, hatte den Ruf „Eljen Kossuth“ zu ihrem Feldgeschrei gemacht. Johann Asztalos, wegen dessen Verhaftung der Krawall anging, ist Advokat („Winkelschreiber“, sagen Andere) und steht mit demokratischen Vereinen in Verbindung. Csaszar, der das Volk zur Befreiung des Gefangenen aufforderte, ist ein Schullehrer; als der Stadtrichter auch ihn festnehmen ließ, brach der Sturm los, und die Panduren (wohlbewaffnete Polizeimänner oder Gendarmen) wurden desselben

weit höheres Defizit heraus, als der Finanzminister, und schiebt gerne die Hauptschuld auf die finanzielle Uebervortheilung Westösterreichs durch den Ausgleich mit Ungarn. Den Glauben an eine Uebervortheilung theilen auch noch andere Leute. Es ist etwas Wahres daran: nur vergessen diese Tadler, daß man mit jenen Deutschen, die in Ungarn ihre Namen unterthänigst ins Magyarische übersetzen, oder mit jenen andern, die auch ohne Namensübersetzung tschechisch, polnisch, oder slowenisch thun, nicht wohl eine Einheit durchführen oder gegen Magyaren und Slawen zugleich Front machen konnte. Wenn jetzt der Ausgleich mit Ungarn auch noch finanzielle Opfer kostet, so zahlt man eben, was man verschuldet hat. Es wird eine Zeit kommen, wo das nun schon hertömmlich gewordene Vorrücken der italienischen Sprachgränze in Südtyrol nicht minder auch materielle Opfer von Seiten des Staats nach sich ziehen wird, und es wird dann zu spät seyn, sich nachträglich gegen das selbstherangezogene Uebel zu wehren. Weil es „Ultramontane" waren, die auf dem Tyroler Landtage die schmähliche Verwahrlosung rügten, legte man keinen Werth darauf. Die Uebervortheilung durch Ungarn war moralisch eingeleitet, als die Mehrheit des Abgeordnetenhauses im alten Reichsrath Hrn. v. Schmerling stürzen half; wenn einmal Südtyrol auch materiell an Italien verloren geht, wird man es inne werden, daß der moralische Grundstein dazu durch Zutheilung deutscher Gemeinden an italienisch redende Amtsbehörden und durch Zulassung italienisch agitirender Pfarrer in deutsche Pfarrsprengel gelegt wurde. Man sollte manchmal glauben, in diesem Südtyrol habe jetzt schon Viktor Emanuel das Heft in der Hand. Hiezu nun beharrlich zu helfen, ist offenbar weder kaiserlich, noch österreichisch, noch katholisch: dessenungeachtet geschieht es fort und fort. Wenn das definitive Ergebniß da ist, wird man zur Einsicht kommen, aber zu spät.

Die neue Adjustirungsvorschrift für die Admirale, Stabs- und Oberoffiziere, Seekadetten, und Beamten der Kriegsmarine ist erschienen. Der Wiener Witz wirft sich auf das Aeußerliche daran, wie z. B. folgende Bestimmung: „Die Haare haben in der Länge eines Zolls geschnitten zu seyn und ohne alle besondere Verzierung getragen zu werden: Oberlippe und Kinn innerhalb der von den Mundwinkeln ausgehenden Senkrechten müssen glatt geschoren seyn." Oder nachstehende andere: „Unter besondern klimatischen Verhält-

nissen sind Eskader- oder selbständige Schiffskommandanten ermächtigt, den Offizieren und Seekadetten das Tragen von Strohhüten an Bord zu erlauben." Also z. B. Schnurrbärte verträgt das Seewesen nicht, dagegen aber verordnet es Epauletten, welche hinwiederum bei der Landarmee für zweckwidrig gelten: so ganz verschiedenartig ist der Kriegsbedarf. Doch gleichviel, wenn der Marine nur der kriegerische Geist bleibt, mit dem sie bei Lissa siegte, so wird er alles blos Aeußerliche überflügeln. Unter Admiral Nelson siegten einst die Britten, obwohl der Zopf damals noch ein ganz wesentliches und hochgehaltenes Anhängsel einer tapfern Mannschaft war.

---

20. April 1868.

Steuer zahlt so eigentlich Niemand gern, also auch Niemand gern eine Vermögenssteuer: nur folgt daraus nicht, daß der Staat sich auch ohne Steuern behelfen könne. Die Kommission des Abgeordnetenhauses weiß Das so gut, wie andere Leute. Hr. Stene als Berichterstatter ist in seinem Recht, wenn er die Vermögenssteuer für unzweckmäßig erklärt und das laufende Defizit höher berechnet: aus einem noch höheren Defizit jedoch würde eher das Gegentheil folgen, als die Entbehrlichkeit einer Deckung. Offenbar ist der Grundgedanke des Brestel'schen Finanzplans richtig: man muß einmal aufhören, sich mit stets neuen Anlehen helfen zu wollen, denn jede neue Staatsschuld, die wieder eine schon jetzt fast unerschwingliche Zinsenlast vermehrt, ist gleichsam eine Station weiter auf dem Wege zum endlichen Bankerott, dem man mit Extrapost zufährt, und mit jeder neuen Station sieht man die Pferde stärker in den Galopp fallen. Der Finanzplan des Ministers Brestel geht darauf aus, dieser wachsenden Geschwindigkeit einmal Einhalt zu thun, so lange es noch Zeit ist: die Vermögenssteuer ist eines der Mittel zum Zweck. Sie ist das einzige Mittel nicht; vielleicht ist sie auch nicht das beste. Nun, wer ein besseres weiß, dem steht die Arena offen: Hr Brestel wird es ihm sicherlich nicht übel nehmen, wenn er es zum Vorschein bringt. Wer aber kein Mittel weiß, Der sagt eigentlich Nichts, denn er trägt Nichts zu einer Lösung bei. Ein hiesiges Blatt zwar meint, Das gehe Hrn. Stene Nichts an: etwas Besseres zu wissen, sei „seines Amtes nicht", d. h. er sei ja nicht Finanzminister. Gerade hierin steckt der Knoten: er ist es nicht,

..... er muß es werden können, oder die Sache läuft nicht parlamentarisch. Nach englischen Begriffen wenigstens verstößt eine Opposition, die zur Mehrheit wird, gegen das parlamentarische System, wenn sie sich blos negirend verhält, wenn sie nicht bei der Hand ist, das Negirte positiv zu ersetzen, d. h. wenn sie nicht gerade in Betreff der streitigen Frage ihr Programm fertig und ihre Männer in Bereitschaft hat. Anstatt der Negation muß sie etwas Positives zu bieten haben und es thatsächlich einsetzen. Wer Das nicht kann, ist kein parlamentarischer Führer; eine Mehrheit, die es nicht kann, oder nicht will, vermag überhaupt Nichts. Am Staatsruder ist der Steuermann nicht da, um das Schiff spazieren zu führen, sondern durch Klippen und Brandung hindurch zu einem festen und bewußten Ziel: wer blos den Steuermann tadeln, nicht aber ihn ersetzen will oder kann, Der ist dem Schiffe zu Nichts nütze.

---

22. April 1868.

Seit vorgestern ist das Unterhaus wieder beisammen, hat auch an jenem Tage bereits eine Sitzung gehalten, in der aber Nichts von politischem Interesse vorkam. In dem Subkomitee des Büdgetausschusses erstattete gestern der Abg. Peter Groß (Galizien) Bericht über die vorgeschlagene Unifikation der Staatsschuld, und beantragte aus mehreren Gründen, namentlich aber auch in Bezug auf den „Wegfall" der Vermögenssteuer, welche doch ein integrirender Theil des Systems dieser Vorlagen sey, auf die Berathung gedachter Unifikation nicht einzugehen. Es erfolgte jedoch nicht die einhellige Zustimmung, wie bei dem Berichte des Hrn. Skene, sondern die Mitglieder einigten sich über Eingehen auf die Detailberathung, um auf der Basis der Gesetzvorlage selbst zu einem Beschlusse zu gelangen, d. h. anstatt bloser Negation etwas Positives beizubringen, beziehungsweise den Gesetzentwurf zu amendiren. Als leitende Gesichtspunkte wurden festgestellt: eine Zinsenreduktion sey nicht zu vermeiden; solle sie jedoch im Wege der Konvertirung der Staatsschuld durchgeführt werden, so müsse die Konvertirung eine zwangsweise seyn, und es sey die Zinsenreduktion im Gesetz als solche ausdrücklich zu bezeichnen. Wie man sieht, macht sich die Ueberzeugung geltend, daß mit der blosen Negation, wie es Hr. Skene meinte, weiter Nichts gethan ist, und daß es der Würde des Hauses nicht

angemessen wäre, einen Vorschlag nach dem andern einfach zu verwerfen und nach Verwerfung aller dem Ministerium zu überlassen, ob es sich zurückziehen oder neue Gesetzentwürfe in einem entgegengesetzten Sinne vorlegen wolle. In der Skene'schen Art und Weise liegt noch Etwas von der älteren Auffassung, die das Ministerium eigentlich für einen Gegner ansah; nachdem aber das Ministerium aus der Majorität des jetzigen Hauses gebildet worden ist, muß man folgerichtiger Weise lernen, sich aus der steten und grundsätzlichen Oppositionsrolle auch einmal herauszudenken. Der Finanzminister, sagt man jetzt, hätte sich vor seiner Gesetzvorlage mit der Majorität des Hauses verständigen, und die Freunde des Ministeriums, fügt man hinzu, hätten sich vor Erstattung von Subkomiteeberichten mit dem Finanzminister in's Vernehmen setzen sollen. Manche Stimmen sprechen sich für eine klassifizirte Einkommensteuer mit wachsender Skala aus. Dr. Brestel seinerseits hat gleich anfänglich seine Vorlagen keineswegs für unverbesserlich erklärt: nur auf ein neues Anlehen und eine Vermehrung des Papiergeldes will er nicht eingehen. Ihm in letzterer Hinsicht beizustimmen, jene Vorlagen aber ohne Ersatz abzulehnen, Das ließe ja das Defizit wie es ist, und Das wäre der Bankerott, welchen das Haus der Abgeordneten doch nicht will!

In Bezug auf die neue Wehrverfassung stellen sich folgende Grundzüge fest. Die Wehrpflicht ist eine allgemeine; bei der Linie ist man 10 Jahre, bei der Landwehr 4, also bis zum vollendeten 34. Lebensjahre pflichtig. Für den Landsturm beginnt die Wehrpflicht mit dem vollendeten 18. und dauert bis zu vollendetem 40. Lebensjahr. Die Landwehr bildet einen integrirenden Bestandtheil des Heeres und besteht aus jenen Staatsbürgern, die nach zurückgelegter zehnjähriger Dienstpflicht aus dem Verbande der Feldarmee treten: sie wird zunächst dazu verwendet, an Stelle der ausmarschirenden Feldarmee die Festungen und größern Garnisonen zu besetzen und den inneren Dienst zu versehen. Auf die Gesammtmonarchie entfallen 160 Landwehrbataillone; jeder Regiments-Ergänzungsbezirk zerfällt in zwei Theile, deren jeder ein Bataillon stellt, welches den Namen seines Bezirks-Hauptortes führt. Innerhalb der Ergänzungsbezirke der Kavallerie werden, je nach der Anzahl der Landwehrmänner, eine, zwei, oder drei Schwadronen gebildet, jede ebenfalls nach dem Namen ihres Bezirks-Hauptortes be-

nannt. Diese Landwehrschwadronen werden zu zwei oder drei in eine Landwehrdivision zusammengestellt. Im Frieden wird die Landwehr nur in den Standeslisten evident geführt, zu welchem Zwecke für jedes der verschiedenen Bataillone ein Hauptmann und vier Unteroffiziere aufgestellt sind; diese besorgen auch die Evidenzhaltung der in ihrem Bezirke domizilirenden Landwehrmänner der Kavallerie. Die Landwehr wird national gekleidet (auch national bewaffnet, also z. B. die Landwehrkavallerie in Galizien mit Lanzen); die Vorschläge in Betreff der Adjustirung bleiben den einzelnen Ländern überlassen und gelangen zur Sanktion an den Kaiser. Abzeichen der Offiziere und Chargen, so wie die Reglements, sind jene der Feldarmee; Dienst- und Kommandosprache die deutsche. Bewaffnung und Munition wird vom Reichs-Kriegsministerium auf Reichskosten gestellt, die Equipirung von den einzelnen Ländern. Der Offiziersrahmen der Landwehr wird in den einzelnen Bezirken gebildet: 1) aus pensionirten und mit Charakter quittirten Offizieren; 2) aus einjährigen Freiwilligen, die das Landwehr-Offiziersexamen abgelegt haben; 3) aus ausgedienten Landwehrmännern. Die Landwehroffiziere ernennt der Kaiser auf Vorschlag der betreffenden [illegible]

[illegible]

Gewerbeverein auf seine Kosten zur Pariser Industrieausstellung entsendete, sind mit Ausnahme von acht über ihre Beobachtungen und Studien Berichte eingeliefert worden und so preiswürdig ausgefallen, daß für nicht weniger als 34 eine Prämie (Preismedaille) beantragt ist.

---

25. April 1868.

Konfessionslos kann eine Staatsgewalt seyn: religionslos nicht, wenn sie anders nicht sich selber untergraben will. Jener Franzose, der zuerst auf einen „atheistischen Staat“ drang, glaubte etwas philosophisch Brillantes zu sagen, sprach aber einen politischen Unsinn aus. In Großbritannien und den Vereinigten Staaten Amerika's ist man freier als in Frankreich, aber atheistisch ist man nicht. Der englische Presbyterianer verwirft den Glauben des Anglikaners und der Anglikaner hinwiederum verwirft den presbyterianischen: in Amerika vollends gibt es eine ganze Musterkarte verschiedener Religionsgesellschaften, zum Theil bis ins Unberechenbare abweichend voneinander, eine jede natürlich nur sich selbst für die rechte haltend, aber keine greift in staatlicher Hinsicht die Religion der andern an, Niemand die Religion oder das Religiöse überhaupt, jedenfalls nicht in der politischen Tagespresse. Es gehört sogar mit zu dem Begriff „respektabel“, Religion zu haben: wem es daran fehlt, Der muß Religion wenigstens zu haben *scheinen*, wenn er bei seinen Mitbürgern Etwas gelten will. Heuchelei also, oder Verleitung zur Heuchelei, wird man einwenden. Ich glaube eher: es liegt ein politisches Bewußtseyn zu Grunde, daß der freie Staat gewissenhafter Bürger bedarf, nicht gewissenloser, und daß die Gewissenhaftigkeit ihrerseits ein *religiöses* Element ist. Bei manchen Einzelnen mag sie zur Noth (es hält nicht immer Probe) zu ersetzen seyn durch Selbstachtung oder Ehrgefühl: im Großen aber ist Das rein unmöglich. Auch der Liberalismus bedarf eines gewissen religiösen Elements. In einer hiesigen Arbeiterversammlung wies neulich einer der Redner auf den grellen Kontrast hin, daß z. B. ein großer Liberaler, der zugleich ein großer Gewerbsherr ist, aus seinem demokratischen Klubb heimkommt, wo er vielleicht eine demokratische Rede gehalten, und dann zu Hause die Menschenrechte seiner Arbeiter mit Füßen tritt. Einem solchen Liberalen fehlt es eben an einem religiösen Element: er hat nicht das *Gewissen* des Liberalismus.

Wer nach oben hin ein liberaler Oppositionsmann, nach unten hin aber ein herzloser Despot ist, Der straft seinen Liberalismus Lügen: er ist seinen Untergebenen gegenüber das Bild einer religionslosen Staatsgewalt. Solche Leute sprechen dann etwa von der Religion als einer Heuchelei: ei, sie selber sind die Heuchler und Pharisäer eines angeblichen Freisinns!

---

28. April 1868.

Wenn man die ungarische Linke hört, sollte man meinen, Ungarn hätte jetzt nichts Dringenderes zu thun, als an dem kaum fertig gewordenen Ausgleich so lange zu zerren, bis das Band wieder entzweireißt. Etwas Anderes ist das Verlangen einer gesonderten ungarischen Armee nicht. In der künftigen Landwehr, sagt man, soll jedes Land die seinige „national" kleiden und bewaffnen, was aber im Grunde schon über das „Nationale" hinausgeht. Wo nämlich verschiedene Nationalitäten in einem Lande nebeneinander wohnen, da ist Das, was die eine national nennt, für die andere das gerade Gegentheil davon. So wird z. B. als Landwehrmann der Deutsche in Galizien wahrscheinlich die polnische Federatka aufsetzen, der Deutsche in Böhmen die tschechische Tschamara anziehen, der Deutsche in Ungarn sich als Husar oder Handuck einkleiden müssen. (Handucken nannte man bis 1741 das ungarische Nationalfußvolk.) Mich dünkt, Das ist eine schon sehr weit gehende Konzession, denn dem Prinzip der Nationalität läuft sie zuwider. Für den Deutschen insbesondere statuirt sie eine Rechtsungleichheit. Wer aber jenseits damit noch nicht einmal zufrieden ist, Der geht direkt auf Zerreißung der Einheit der Armee aus, was für Ungarn einer Aufhebung des Ausgleichsvertrages gleichstünde. Hauptsächlich die Einheit der Armee unterscheidet den Ausgleich von der blosen Personalunion. Für die Einheit der Armee hauptsächlich haben die österreichischen Reichsrathsländer das große Opfer gebracht, jedesmal 70 Prozent zu entrichten, wenn Ungarn 30 zahlt: soll nun die Einheit der Armee dessenungeachtet zerrissen werden, so fällt das Motiv dieses Opfers weg, und damit natürlich auch die Aussicht auf eine Fortsetzung desselben. Mit der blosen Personalunion hat man den Mangel an Einheit diesseits wenigstens wohlfeiler: wer in Ungarn für eine Theilung der Armee wirkt, Der arbeitet jenen

alten Zentralisten in die Hand, welchen der Ausgleich stets als zu theuer erschien. Und würde Ungarn, falls der Ausgleich rückgängig würde, die Einheit seiner gesonderten Armee dann um so sicherer haben? In „nationaler“ Beziehung jedenfalls nicht, da es in Ungarn ein Dutzend verschiedener Nationalitäten gibt; aber auch sonst sehen die Dinge eher nach Zerwürfnissen aus. Von den alten Honveds z. B. hängt ein Theil noch an Kossuth, welcher die Gesetze seines Landes und die Werke der ungarischen Volksvertretung nicht anerkennt; andere schließen sich gegen Kossuth an Perczel an, der übrigens ebenfalls eine gesonderte ungarische Armee will; gegen Perczel hinwiederum steht Klapka mit seinem Anhang als Gegner im Felde. Dies wären der ungarischen Armeen vorläufig drei: möglicher Weise will noch ein viertes Banner eine eigene haben. Würde Das eine Einheit seyn? Auf diesem Wege, scheint es, wird man zu ihr nicht gelangen. Nur in dem großen Ganzen der k. k. Armee ruht der erforderliche Schwerpunkt der Einheit: wer auf deren Zerreißung ausgeht, Der unterwühlt auch den Boden Ungarns selbst.

---

29. April 1868.

Im Unterhaus erstattete der Präsident gestern Bericht über die an das Hoflager in Ofen entsendete Beglückwünschungsdeputation: in der Antwort des Kaisers finden sich unter andern die bedeutsamen Worte: „Lassen Sie uns auf der betretenen Bahn rasch und entschieden fortschreiten, um so ehestens zu gedeihlichen und ersprießlichen Resultaten zu gelangen.“ (Dreimaliger Hochruf des Hauses.) In dem Herrenhause kam gestern das „interkonfessionelle Gesetz“ zur ersten Lesung und wurde an einen eigenen Ausschuß überwiesen, in welchen auch Kardinal v. Rauscher als Mitglied gewählt ward. Der Präsident des Hauses berichtete über den Empfang der Deputation in Ofen: dieselbe wohnte auch der feierlichen Taufe bei. Das Haus nahm ferner das Gesetz über Errichtung und Verschuldung von Fideikommissen an und begann die Berathung des Gesetzes über die Aufhebung der Schuldhaft, wobei Frhr. v. Lichtenfels Aenderungsanträge stellte, die man an die Kommission wies, in deren Namen so eben Bericht über das Gesetz erstattet worden war.

In dem ungarischen Abgeordnetenhause richtete vorgestern der Abg. Alexander Csiky eine Interpellation an den Minister des

Innern wegen Schließung des Pesth-Ofener demokratischen Klubbs. Der Klubb hatte das ergangene Verbot unbeachtet gelassen und sich dahin erklärt, er werde nur der Gewalt weichen. Es genügte jedoch an der blosen Demonstration, denn auf die Aufforderung eines eintretenden Beamten ging er sofort auseinander, als vor der Thüre einige Bajonette blinkten. Die Interpellation wurde in Abschrift dem Minister zugestellt, welcher demnächstige Beantwortung zusagte: nach der mehrfachen „Heiterkeit" zu schließen, welche die Motivirungsrede des Hrn. Csiky erregte, hat die Interpellation selbst wenig Aussicht auf parlamentarischen Erfolg. In dem ungarischen Oberhause sprach, aus Anlaß des Gesetzentwurfs über Prägung ungarischer Scheidemünzen, Graf Cziraki den Wunsch aus, daß auf den neuen Münzen das Bildniß der Jungfrau Maria geprägt werde, wie Dies seit Alters her mit allen ungarischen Münzen geschehen sey. (Auch „im Reiche draußen" wird man sich der sogenannten „Muttergottes-Sechsbätzner" erinnern, welche man als glückbringend in die Sparbüchsen der Kinder zu legen liebte: es gab übrigens auch bayrische mit dem Marienbilde und der Inschrift „Patrona Bavariae", so wie es auf den ungarischen „Patrona Hungariae" hieß.) Der Finanzminister v. Lonyay bemerkte, nicht alle ungarischen Münzen seyen mit diesem Bilde versehen gewesen: er habe die bisher am meisten gebräuchliche Form empfohlen: das Bild des Königs und das Wappen des Landes. Der Gesetzentwurf wurde an eine Kommission gewiesen.

---

1. Mai 1868.

Im Lager der tschechisch-feudalen Opposition ging es in der jüngsten Zeit rührig zu: es heißt, man habe sich Hoffnung auf einen Ministerwechsel gemacht. Die momentanen Umstände sah man für günstig an. Das parlamentarische Ministerium diesseits der Leitha schien der Finanzvorlagen halber in Gefahr, von seiner eigenen Partei im Stiche gelassen zu werden, wie früher Hr. v. Schmerling: eine Agitation gegen neue Steuern überhaupt versprach eine politisch nutzbare Popularität: die konfessionslose Volksschule bot einen dankbaren Stoff der Aufreizung bei dem Bauernstand: endlich, was die Hauptsache war, das ungarische Ministerium zeigte sich schwierig in Betreff des Wehrverfassungsentwurfs, wie er aus

der Kommission der Generale hervorgegangen war, und machte aus einer entgegengesetzten Auffassung eine Kabinettsfrage, d. h. eine Frage des Rücktritts. Wenn durch eine Krisis dieser Art nur einmal Bresche gebrochen war: der Einsturz des ganzen Mauerwerks konnte folgen. Es ist Manches möglich in dieser Welt, je nachdem: wie man aber nach gelungenem Einsturz sich den erforderlichen Neubau vorstellte, Das ist das Unklare in der Berechnung. Es sey denn, man hätte die ungarische Verfassung *aufzuheben* gedacht: andernfalls aber war ein Ministerwechsel weiter noch kein entscheidendes Ergebniß. Das neue Ministerium bedurfte ja der parlamentarischen Mehrheit; in deren Ermanglung mußte es auflösen und an neue Wahlen appelliren; erst aus diesen alsdann ergab sich die Entscheidung, ob das neue Ministerium auch haltbar war. Blieb in Ungarn das parlamentarische Leben unangetastet, so konnte man folgerichtig diesseits der Leitha nicht auf das Gegentheil ausgehen: der Fluß ist nicht breit genug, um Knechtung und Freiheit erfolgreich auseinanderzuhalten; hiezu wäre er der Breite eines Meeres bedürftig. Wenn aber in Wien eben so, wie in Pesth, die Verfassung unangetastet blieb, so mußten die neuen Minister auch diesseits an neue Wahlen appelliren, der Verfassung gemäß also Alles Das als bestehend anerkennen, was bisher von tschechisch-feudaler Seite vielmehr in Abrede gestellt war. Vielleicht hoffte man, die neuen Wahlen würden dergestalt ausfallen, daß man auf *verfassungsmäßigem* Wege die Verfassung wieder zerbröckeln könnte. Falls aber die Neuwahlen in entgegengesetztem Sinn ausfielen, wie dann weiter? Nach einem etwa wiederholten Versuch, durch Auflösung andere Ergebnisse zu erlangen, stand man alsdann hier, wie in Pesth, vor der Wahl zwischen einem Rückzug unverrichteter Dinge, oder vor einem Verfassungsbruch. Allein wenn man hüben und drüben *gleichmäßig* die Verfassung aufhob, was dann als *Ersatz*? Mit dem bloßen Einsturz und Trümmerwerk war es nicht gethan: man bedurfte eines positiven Aufbau's. Eine neue Oktroyirung? Dies wäre von übelster Vorbedeutung gewesen; bisher war jede schließlich gescheitert, hatte aber, weil jede allen früheren gleichsam ins Gesicht schlug, die Regierungsautorität überhaupt in bedenklichster Weise untergraben. Und in welchem Sinn Oktroyirung? Für Föderalismus? Allein [illegible] hätte man da die ungarische Verfassung bestehen lassen müssen, welche doch unzweifelhaft mehr Rechtsanspruch hatte,

als z. B. eine erst neu zu backende böhmische Verfassung für den Bedarf der Tschechen; 2) war man, wenn man den politischen Schwerpunkt nun in die Einzellandtage verlegen wollte, ja auch in diesen der Majorität nicht sicher, als wenn man etwa bis auf die Feudalatenlandtage der rothen Kräcke zurückging; 3) hätte Dies möglicher Weise selbst bei einem Theile der Tschechen politisches Mißfallen erregt; 4) endlich, wo in aller Welt sollte im Namen der österreichischen Monarchie die „russische Volkshymne" der tschechischen Allianz untergebracht werden? Die ganze Reaktionsaussicht hätte sich auf einen Versuch reduzirt, mit einer winzigen Minderheit die große Mehrheit zu unterjochen, sich etwa an Rußland anzulehnen, welches die Hälfte Oesterreichs mit den Augen des Panslawismus betrachtet, und den Deutschösterreichern indirekt durch dieses Beispiel anzuempfehlen, ihrerseits beliebig nach einem andern Punkt auszuschauen, so wie die österreichischen Panslawisten nach St. Petersburg oder Moskau. Wäre Das eine politisch gesunde, wäre es eine österreichische, wäre es auch nur eine mögliche, eine eventuell durchführbare Politik? Außer jener isolirt stehenden Partei, die auf Reaktion sinnt, antwortet sicherlich Niemand mit Ja. Man sagt politischen Flüchtlingen nach, daß ihnen im Exil der Blick und das Verständniß für die thatsächlichen Zustände ihres Landes und Volkes abhanden komme; sie rechnen gerne mit Voraussetzungen, die in der Wirklichkeit nicht, sondern nur in ihrer Einbildung vorhanden sind; daher jener auf die verschiedensten Parteien ohne Unterschied anwendbare Spruch: „sie haben Nichts vergessen und Nichts gelernt." Bei einem Exilirten ist Das erklärlich; wer aber sich in ähnlichen Täuschungen wiegt, ohne im Exil zu seyn, und mit politischen Illusionen rechnet, die jeder thatsächlichen Grundlage entbehren, Der leistet, muß man sagen, etwas Außergewöhnliches in jeder Beziehung.

---

3. Mai 1868.

Wenn wieder französische Agenten in Luxemburg sichtbar werden, so ist Das ganz in der Ordnung, d. h. es entspricht vollkommen der Art und Weise Napoleonischer Politik. Was er einmal „studiert" hat, Das ist vor aller Welt eine „Frage" geworden, und diese Frage, durch ihn dazu gemacht, betrachtet er hinfort gleichsam als

seine Domäne. Warum sollte er nicht berechtigt seyn, in diese seine Domäne auch Agenten zu schicken? Die preußische Räumung des Platzes Luxemburg war so zu sagen ein Vorspiel; nun befinden wir uns im Zwischenakte, wie die italienische Frage von 1859 bis 1866. Diese Zwischenakte, wie man sieht, können lang seyn, aber ausgespielt pflegt das Stück zu werden. Die Plane Napoleons kennen keine Verjährung, und obwohl er mit nichten unfähig ist, auch einmal mit einem Ruck umzusatteln, nämlich einen Freund von gestern heute als Feind zu behandeln, und umgekehrt, so hält er doch mit Vorliebe an den alten Planen fest, wie sie einmal gefaßt und geformt waren. Man ersieht Dies unter Anderm aus der Verwicklung von 1859: der Plan dazu war bereits festgestellt, als Napoleon noch eine Republik regierte. Denn auch so überaus zugeknöpft und schweigsam, wie man gewöhnlich annimmt, ist seine Politik nicht in jedem Stadium: nur kamen die Indiskretionen mitunter so früh, daß man sie wieder vergessen hatte, bis die Bestätigung hintennach kam. Erst auf der Schwelle der wirklich eintretenden Aktion begannen alsdann die Winkelzüge, das Doppelspiel, das Abläugnen kriegerischer Absichten, die Beschuldigung des Gegners, die Heuchelei. So war z. B. der Plan, der 1859 zur Ausführung kam, schon sieben Jahre vorher ausgeplaudert worden: denn am 12. Januar 1852 schrieb man aus Paris an die Kölnische Zeitung wörtlich Folgendes:

„Bin ich gut unterrichtet — und ich habe alle Ursache, es zu glauben — so will Ludwig Napoleon, wie im Innern, so auch nach außen eine thätige Politik an die Stelle der bis jetzt blos negativen treten lassen. Für eine solche thätige und kühne Politik, meint Ludwig Napoleon, sey Lord Palmerston allein ein bereitwilliger Bundesgenosse. Der Präsident will nämlich zur Lösung der orientalischen Frage drängen, dabei auf Englands Seite stehen, sodann dessen Beistand in Italien in Anspruch nehmen, wo er im Bunde mit Piemont gegen Oesterreich einschreiten will. Die Republik soll durch Savoyen und Nizza vergrößert, Sardinien dafür durch Parma, Piacenza, Guastalla, Modena, und Lucca entschädigt, und zur Ausführung dieses Plans gegen Oesterreichs Einsprache kein Krieg gescheut werden, England aber dafür sorgen, daß der italienische Krieg nicht in einen europäischen ausarte."

Ganz so, nur daß in der italienischen Frage Piemont reicher

[illegible] nur der Urheber [illegible] von dem Eingeweihten konnte den Plan vorauswissen. [illegible] ein Dritter durch Combination errathen hätte, was damals im Kopfe des Präsidenten der Republik vorging, ist [illegible] hatte dazu an [illegible] Anhaltspunkten gefehlt: [illegible] Meisten kam die [illegible] von 1852 nicht einmal [illegible] innerlich wahrscheinlich vor, denn sie ging unbeachtet vorüber. [illegible] Jahr 1859 aber dachte die Kölnische Zeitung selbst nicht mehr daran. Nun wenn es also keine Combination war, so war es eine Indiscretion, und die Folgezeit hat Das, was dieselbe ausschwatzte, thatsächlich bestätigt. Die orientalische Frage war in der That, wenn auch nicht gelöst, so doch „zur Lösung [illegible] unvorhergesehener Weise [illegible] doch war es erst der Druck einer militärischen Aufstellung Oesterreichs, welcher den Krieg zum [illegible] brachte und zwar in Befreundung mit Frankreich, welches [illegible] Grund hatte, sich zu dieser Befreundung Glück zu wünschen. Anscheinend erkannte Napoleon Dies auch an. In seiner Thronrede vom [illegible] Dezember 1855 sprach er von dem „vorerst defensiv verbündeten Oesterreich" als von einem „großen Reiche, verjüngt durch die ritterlichen Gesinnungen seines Beherrschers;" in der vom 3. März 1856 rühmte er die Entschließung Oesterreichs zu einem „entscheidenden Schritte, wodurch den Berathungen der ganze Einfluß des Beherrschers eines großen Reichs gewonnen" wurde. Man vergesse nicht: während dieser ganzen Zeit enger Befreundung lag der Plan von 1852 im Verein mit Piemont Oesterreich in Italien anzugreifen unverrückt in petto; alles Andere war Maske. Der Neujahrsgruß von 1859 — ohne sichtbaren Anlaß — lüftete sie ein wenig, obwohl mit nachfolgender Vertuschung durch den Moniteur. Das ganze Intriguenwirrsal nachher, die Taschenspielerei mit Frieden und Krieg, das Hin- und Herschieben der Börsenkurse, die angebliche Bedrohung durch Oesterreich, der friedfertige Sinn Napoleons, die englische Vermittlung, der Kongreßvorschlag: — Dies Alles war Schnickschnack, Humbug, eine Komödie, um „einen hohen Adel und ein verehrungswürdiges Publikum" an der Nase herumzuführen. An England aber fand man richtig ein bereitwilliges Werkzeug, wie es schon 1852 geplant war. Lord Palmerston, nachdem Graf Cavour in Plombières gewesen, hatte sich in Compiègne eingestellt: er glaubte dirigiren zu helfen, war aber nur der Handlanger der

Ideen eines Andern. Oesterreich mochte thun, was es wollte: diesem Krieg hätte es in keiner Weise zu entgehen vermocht.

Der Plan von 1866, obwohl in ganz ähnlicher Art angezettelt, hatte nicht den von Napoleon gewünschten Erfolg. Man erinnert sich eines Programms seiner Politik, von dem man mit den Worten Schillers sagen konnte: „Herr, dunkel ist der Rede Sinn!“ Eine vergrößerte Machtstellung Oesterreichs in Deutschland, eine Verstärkung Preußens durch mehr gleichartige Elemente, ein Anspruch Frankreichs auf Schutz katholischer Religionstheile in Deutschland: was sollten diese orakelhaften Redensarten eigentlich bedeuten, in welcher Weise sich etwa in eine Umgestaltung der Landkarte übersetzen? Zu errathen wäre Das nicht; eine Art von Schlüssel jedoch bietet sich in einer französischen Indiskretion, die von 1859 datirt, also gleich jener von 1852 dem offiziellen Programm um sieben Jahre vorausging. Am 7. September 1859 schrieb aus Paris ein gut orientirter Deutscher an die Frankfurter Postzeitung:

„Was ich Ihnen nachstehend mittheile, ist eine hiesige Anschauung der in Bezug auf Deutschland zu befolgenden Politik, wie ich sie von beachtenswerther Seite entwickeln hörte. Ich füge Nichts bei, als daß es eine weiter reichende Anschauung ist; ihr echt französischer Charakter fühlt sich von selbst heraus; der Gedankengang derselben ist folgender:

„„Glauben Sie nicht, daß wir gesonnen seyen, auf den Lorbeeren, die wir uns kürzlich in Italien geholt haben, unthätig zu ruhen. Wir wissen gar wohl, daß ein Ruhm, der nicht fortwährend erneuert wird, bald erbleicht und veraltet. Ist der Schmerzensschrei Italiens an unser Ohr gedrungen, warum sollte es nicht auch der Deutschlands? Wir haben den Italienern eine Nationalität geschaffen; warum sollten wir Dies nicht auch bei den Deutschen thun? Deutschlands gerechte Klage ist der Mangel an Einheit. Der Grund hievon liegt unverkennbar in dem Dualismus von Oesterreich und Preußen. Es ist klar, daß Deutschland nicht zur Einheit kommen wird, so lange in dem deutschen Bund zwei Großmächte bestehen, welche sich um die Hegemonie streiten können. Soll das Uebel mit der Wurzel ausgerottet werden, so muß diesem Zustand ein Ende gemacht werden. Das Mittel dazu liegt in der Zurückführung Preußens in die frühere Stellung von Brandenburg, über die es sich im Laufe der Zeiten ohne alle Berechtigung erhoben hat.

Der Friede von Tilsit hatte den richtigen Gedanken [illegible] geführt. Daß der Zustand, den dieser Friede begrün[illegible] Bestand hatte, war die natürliche Folge der kriegeri[illegible] fälle, welche Frankreich 1813 und 1814 betroffen haben. [illegible] aber die Weisheit Napoleons I. damals geschaffen, [illegible] unter Napoleon III. wieder herzustellen suchen, wenn [illegible] der Erniedrigung, in die es durch die Verträge von 1815 [illegible] ward, erheben will. Denken Sie übrigens nicht, daß [illegible] die Rheingränze abgesehen haben; dem heutigen Frankreich [illegible] selbstsüchtigen Gedanken fremd. Es gebraucht seine Macht [illegible] Heil der Nationen, die sich nicht aus eigener Kraft zu [illegible] zuständen erheben können, wozu sie die weltgeschichtliche Be[illegible] in sich tragen. Kein Fuß breit deutschen Bundesgebiets [illegible] Frankreich gebracht werden; — so wenig als von Italien [illegible] kann sich nur darum handeln, aus den katholischen Rheinlanden [illegible] den benachbarten Landstrichen, welche ohnehin nur widerwillig [illegible] dem protestantischen Preußen stehen können, aber eben deshalb [illegible] spruch auf die Sympathie des katholischen Frankreichs haben [illegible] besonderes Königreich zu bilden, welches sodann als Bundesglied [illegible] den deutschen Bund einzutreten hat . . .""

Aus dem weiteren Inhalt, den ich hier weglasse, ergiebt [illegible] daß zu diesem „Rheinkönig" der gewesene König von Westfalen, welcher damals noch lebte, bestimmt war. Wie man sieht, enthalten die angeführten Worte eine trefflich passende Erläuterung zu den dunkeln Stellen des französischen Programms von 1866, wie es vor Ausbruch des Kriegs erging; nimmt man hienach eine gewisse Identität der ursprünglichen Inspiration an, so heben sich meines Erachtens nachstehende Punkte als gerechtfertigte Folgerungen aus:

1) Unmittelbar nach dem italienischen Krieg, während dessen Preußen das bundesverwandte Oesterreich im Stich ließ, sann die französische Politik auf ein künftiges Unheil Preußens. 2) Wenn sie hiezu auf eine Mithilfe österreichischer Empfindlichkeit rechnete, so ging sie damit offenbar irre, sonst wäre der nächste Krieg anders angezettelt worden, als es für 1866 geschah. 3) Bei der Gutheißung der italienischen Allianz mit Preußen erwartete Napoleon weder einen entscheidenden Sieg Preußens noch Oesterreichs, sondern er hoffte einen langwierigen, unter steten Opfern fortgeführten Kampf, der zuletzt den geschonten Kräften Frankreichs die Schlußrolle zuwies.

4) Einen Sieg Oesterreichs wünschte er nicht, weil dieser den deutschen Bund gekräftigt, und weder auf Luxemburg noch Limburg verzichtet, noch gar einen Napoleoniden als „Rheinkönig" zugelassen hätte. 5) Einen Sieg Preußens wünschte er ebenfalls nicht, hielt ihn aber für so unwahrscheinlich, daß er sogar glaubte, noch die Streitkräfte Italiens mit in die Wagschale legen zu müssen, um den Kampf im Gleichgewicht zu erhalten. 6) Im Fall der Niederlage Preußens dachte er diesem die Bedingungen seines rettenden Beistandes vorschreiben zu können, wobei dann die Rolle des „Rheinkönigs" wahrscheinlich auf den Kaiser der Franzosen selbst übergegangen wäre. 7) Seit der Abtretung Venetiens hat Oesterreich Nichts mehr von Frankreich zu fürchten, seit der Gründung des Norddeutschen Bundes Preußen Nichts mehr von Frankreich zu hoffen. 8) Nach dem System Napoleonischer Politik, einen künftig anzugreifenden Feind jeweils vorher zu isoliren, war das Ergebniß von 1866, obwohl es keineswegs nach Wunsch ausfiel, wenigstens der Anfang einer Isolirung Preußens, nämlich zunächst seine Trennung von Oesterreich. In Italien arbeitet man daran, Preußen auch dort einer Anlehnung zu berauben; bei Großbritannien hofft man auf die Fortsetzung seiner bisherigen Passivität; was endlich Rußland betrifft, so verfolgt es seine besondern Ziele, und ist auch früher, trotz einflußreicher Familienbande, weniger der Verwandte Preußens gewesen, als vielmehr Preußen der Verwandte Rußlands. Nahm doch im Tilsiter Frieden Rußland sogar einen Antheil aus der preußischen Beute an, den es nachher auch behielt. 9) So lange Oesterreich und Preußen zusammengingen, während des dänischen Kriegs, ließ sich die Politik Frankreichs friedlich an. 10) Ein Verständniß zwischen Preußen und Oesterreich in solcher Art, daß dadurch die Gesammtkraft Deutschlands wieder vereinigt wird, erscheint nach Lage der Umstände als die einzige Sicherung des europäischen Friedens.

---

5. Mai 1868.

Mit Ende d. M. sollen die Sitzungen des Reichsraths auf drei Monate vertagt werden, damit man die Landtage einberufen kann: es bleibt übrigens noch Manches zu erledigen, was berathungsreif ist, und was man nicht gerne aufschiebt. Man muß dem Abgeordnetenhause die Gerechtigkeit widerfahren lassen, daß es uner-

müdlich gearbeitet und eine ganze Reihefolge wichtigster Gesetzentwürfe fertig gebracht hat. Dabei treten noch überdies dann und wann unvorhergesehene Verwicklungen und Zwischenfälle ein. Zu den letzteren gehört z. B. die Interpellation einer Anzahl Abgeordneter in Betreff der in Ungarn angebahnten Rehabilitirung solcher Offiziere, die in Folge der Ereignisse von 1848 um ihre Pensionsansprüche kamen, wobei sich nun ein Bedenken wegen der Heiligkeit des Fahneneides anmeldet und eine finanzielle Leistung jedenfalls ausschließlich den Schultern Ungarns zugeschoben wird. Formell betrachtet nimmt sich diese Appellation an den Fahneneid schon zum voraus als gerechtfertigt aus; was aber die thatsächlichen Verhältnisse betrifft, so ist als gewichtig zu beachten, daß von Wien aus ungarische Regimenter in Ungarn unter den Befehl des ungarischen Kriegsministeriums gestellt wurden, und daß jedweder Offizier eines solchen Regiments, insbesondere während Erzherzog Stephan als Palatin fungirte, gar keinen Anhaltspunkt hatte, um von sich aus zu unterscheiden, wo und in wie weit der unzweifelhaft richtig nach Pesth überwiesene Befehl nunmehr aus neueren Motiven nicht mehr als verbindlich zu interpretiren sey. Dies war eine sattsam schwierige Situation und die Zumuthung einer zu treffenden Selbstwahl aus willkührlicher eigener Auslegung eigentlich nicht militärisch. Unter den Unterzeichnern der obenerwähnten Interpellation befindet sich auch der Abg. Skene. Aus diesem Anlasse richtet nun General Vetter an den „Pesther Lloyd" eine öffentliche Zuschrift, worin er unter Anderm sagt: „Was die Besorgnisse des Hrn. Skene wegen der Heiligkeit des Fahneneides anbelangt, so bedaure ich, daß der Herr Abgeordnete in der denkwürdigen Epoche von 1848, um welche Zeit ich als selbständiger Kommandant des dritten Bataillons des ungarischen Infanterieregiments Nr. 37 (Baron Mariassy) im Rang eines Oberstleutnants zu Großwardein befehligte, nicht als Adjutant an meiner Seite fungirte. Hr. Skene hätte sich persönlich aus den damals erflossenen, sich gegenseitig geradezu widersprechenden Verordnungen, Erlassen, und Befehlen, die heute vom k. k. österreichischen, morgen vom königlich ungarischen Ministerium ergingen, überzeugen können, wie die in Ungarn damals stationirten Truppen und ihre Kommandanten zuerst verleitet, — später verrathen, — und zum Schlusse des Drama's als Rebellen verurtheilt wurden." Der General verweist sodann auf den Willen des Kaisers und Königs.

daß über jene Ereignisse und deren Folgen der Schleier der Vergessenheit gebreitet werde, und sagt schließlich: „Würden aber Hr. Skene und seine gleichgesinnten Kollegen wiederholt ihre Fahneneid-Besorgnisse in Anregung bringen und jene Offiziere gleichsam als „Eidbrüchige" brandmarken wollen, so werde ich mich in die unangenehme Nothwendigkeit versetzt sehen, durch einige authentische Dokumente zu beweisen, daß nicht wir ehemalige Offiziere, sondern die damalige Regierung im Jahr 1848 die Ursache der Theilung der k. k. Arme in zwei Lager war." (Die damalige Regierung und die höchst erleuchtete Wiener Aula.)

In der ungarischen Deputirtentafel beantwortete der Minister des Innern, Frhr. v. Wenckheim, die Interpellation des Abg. Csiky dahin, daß in Ermanglung eines geschriebenen Vereinsgesetzes die Regierung durch das Gewohnheitsrecht zu ihrem Verfahren gegen die demokratischen Klubbs berechtigt gewesen sey; diese hätten der Genehmigung ihrer Statuten durch die Regierung bedurft, agitirten gegen die Verfassungs-Grundgesetze, und verdächtigten sowohl den Reichstag als das Ministerium in der gemeinsten Weise. Diese Beantwortung fand entschiedenen Anklang auf der Rechten und im Zentrum; Csiky aber behielt sich vor, demnächst auf die Sache zurückzukommen, denn befriedigt sey er nicht.

Zu der ausgeschriebenen Landesversammlung der Honvedvereine fanden sich 51 Vereine mit 165 Mitgliedern in Pesth ein; die Verhandlung ist erst im Anfang begriffen. Ursprünglich waren diese Vereine zu Zwecken materieller Unterstützung bestimmt; nachher warfen sie sich auf die Politik, erklärten sich für oder gegen Kossuth, als ob Dies ihre Mission wäre, und spielten Reichstag im Kleinen. Einen militärischen Beruf haben sie ebenfalls nicht mehr, werden ihn auch nicht wieder bekommen; denn die Honveds von 1848 sind über das Alter hinaus, das sie in die nunmehr einzurichtende „Landwehr" einreihen würde. Allein es wird schwer halten, sie wieder des politischen Debattirens zu entwöhnen; „es ziert den Mann und kost't nicht viel."

Auf Ansuchen Kossuth's sind ihm seine Privatpapiere, welche im Jahre 1849 konfiszirt worden waren (acht große Pakette), wieder ausgefolgt worden. Es geschah Dies durch Vermittlung des ungarischen Ministeriums. Die Papiere werden an ihn gelangen, nicht umgekehrt, d. h. er kommt nicht nach Ungarn.

In Prag steht auf den 16. Mai das „nationale Fest“ der Grundsteinlegung des „tschechischen Nationaltheaters“ bevor. Tschechische Studenten wollen dabei in Kostümen aus der Hussitenzeit und aus dem dreißigjährigen Kriege paradiren; jene düstern Fanatiker, die Hussiten, müssen ohne Zweifel eifrigste Theaterfreunde gewesen seyn, was denn durch einen solchen Festaufzug passend versinnlicht wird. Zu würdiger Vorbereitung der Feier sind einstweilen an Deutsche, die in den zu passirenden Straßen wohnhaft sind, Drohbriefe ergangen, die für den Fall unterlassener festlicher Ausschmückung der Häuserfassaden sofortiges Einwerfen der Fenster in Aussicht stellen. Es lebe die Freiheit!

---

6. Mai 1868.

Ein Steuerherabsetzungsvorschlag von Seite der Regierung und von parlamentarischer Seite eine Opposition dagegen: — Das ist gewiß ein seltener Anblick! In unserm Abgeordnetenhause kann man ihn derzeit genießen. Es handelt sich um Herabsetzung des Salzpreises, nämlich zu Gunsten der menschlichen Konsumtion, während anderseits der Verkauf besonderen Viehsalzes, welches man billiger abgab, in Zukunft aufhören soll. Motivirt ist Letzteres durch die Erfahrung, daß das Viehsalz auch von Menschen konsumirt wurde, weil es unmöglich ist, dasselbe für Solche absolut ungenießbar herzustellen, und daß das Interesse des Staatsschatzes darunter nothlitt. Es erwies sich in Gegenden, wo fast gar keine Viehzucht getrieben wird, statistisch eine fortwährende Zunahme des Verbrauchs von Viehsalz, mit entsprechender Abnahme der Konsumtion des andern Salzes. Nebenbei hat sich sogar eine gewerbsmäßige Spekulation ausgebildet, die das Viehsalz chemisch reinigt und als Kochsalz verkauft. Diesem Uebelstand soll nun der neue Gebahrungsmodus abhelfen. Indeß stößt er auf einen bedeutenden Widerstand. In der gestrigen Sitzung sprachen neun Redner, und davon acht gegen die Regierungsvorlage. Neben den allgemeinen Einwendungen im Interesse der Landwirthschaft, d. h. der Viehzucht, traten auch solche auf, die aus speziellen örtlichen Verhältnissen geschöpft sind; so z. B. genoß Tyrol und Vorarlberg, im Interesse der dortigen Viehzucht gegenüber der Konkurrenz der Schweiz, bisher eines Privilegiums billigerer Salzpreise, das nunmehr als Ausnahms-

begünstigung wegfällt. Zur Beleuchtung der Wichtigkeit, welche Das für Tyrol hat, erzählte der Abg. Greuter, wie er 1848 dem Erzherzog Johann eine Kompagnie Landesschützen zuführte, und auf die Ansprache des Erzherzogs: „Weil Ihr so brav seyd, so eröffnet mir auch Eure Wünsche!" der Hauptmann der Kompagnie zur Antwort gab: „Kaiserliche Hoheit! Wir haben nur drei Wünsche: Salz für unser Vieh, weniger Beamte, und endlich Taback für uns selber!" (Freigebung des Tabackbaues für den eigenen Bedarf.) In Bezug auf Oberösterreich beklagte sich der Abgeordnete Mayr bitterlich, daß man das Salz dort theurer bezahlen müsse, als zum Beispiel in dem benachbarten Hallein; er will die Beibehaltung des Viehsalzes, selbst wenn das Gesetz darum ganz zurückgezogen würde, d. h. selbst auf Kosten des Wegfalls der Preisherabsetzung für Kochsalz. Als den Hauptgrund des finanziellen Verderbens Oesterreichs bezeichnete er dabei den „Fiskalismus", der in allen volkswirthschaftlichen Fragen vorherrsche. „Ich bin überzeugt," fügte er hinzu, „daß jene Herren, welche aus unserer Mitte hervorgegangen sind und" — er zeigte auf die Ministersitze — „jene Bänke dort einnehmen, den Weg ihrer Vorgänger wandeln werden, wenn sie nicht damit anfangen, frischen Boden zu legen." Man sieht, es meldet sich wieder die alte Oppositionsweise an, sey es auch gegen ein parlamentarisches Ministerium. Der Finanzminister, Dr. Brestel, sprach sich auch geradezu verwundert darüber aus. Wenn man ein Mittel wisse, den Mißbrauch mit dem Viehsalze hintanzuhalten, so gehe er auf dasselbe ein; daß man aber einem Gesetzentwurf, der thatsächlich die Lasten der Bevölkerung um dritthalb Millionen vermindere, Fiskalität vorwerfe, Das sey wirklich ganz neu und wohl ohne analoges Beispiel im parlamentarischen Leben. Ueber Einreden, wie die, daß die Salzsteuer eine Kopfsteuer sey, sah der Redner natürlich lächelnd weg, denn Das wußte er so gut, als andere Leute. Die Verwendung des Viehsalzes als Speisesalz wies er mit Ziffern nach; es komme vor bei verhältnißmäßig wohlhabenden Bauern, bei Leuten, die vielleicht in einem Monat mehr für Spirituosen ausgeben, als das ganze Jahr hindurch für Salz. Je höher man das Interesse des Viehsalzes für die Landwirthschaft anschlage, um so weniger werde der Viehzüchter es unterlassen, auch die geringe Mehrauslage zu zahlen; denn hoch gerechnet betrage der Salzbedarf für das Vieh per Stück

20 Pfund im Jahr, und Das mache also jährlich 80 Kreuzer aus. 5 Kr. = 1 Sgr.

Der Ministerpräsident Fürst Auersperg ließ sich in seiner Beantwortung der Interpellation von Hrn. Skene und Genossen Pensionsfähigkeit solcher vormaliger kaiserlicher Offiziere, die in Folge der 1848 erfolgten Zuweisung unter das ungarische Kriegsministerium derselben verlustig gingen, nicht auf die Sache selbst ein: diese gehöre in erster Beziehung in die Delegation, in letzter Beziehung in das Ressort des Ministeriums für die gemeinsamen Angelegenheiten; das Ministerium für die Reichsrathsländer würde seine Kompetenz überschreiten, wenn es das kaiserliche Handschreiben an den Reichs-Kriegsminister vom 22. April d. J. in den Bereich seiner Thätigkeit ziehen wollte. Folglich der Reichsrath selbst eben so.

Der Minister des Innern hat, in Gemäßheit des Art. 7 des Grundgesetzes über die Reichsvertretung, einen Gesetzentwurf über die Durchführung **unmittelbarer** Wahlen für das Abgeordnetenhaus des Reichsraths eingebracht. Für gewöhnlich geschehen die Wahlen in den Reichsrath durch die Landtage; direkte Wahlen durch Wählerschaften sind vorgesehen für den Fall, daß ein Landtag sich der Wahlen in den Reichsrath weigert.

In Pesth hat der nach vieljähriger Kerkerhaft kürzlich begnadigte ehemalige Räuberhauptmann Roßa Sandor Alexander Roßa — in Ungarn setzt man den Vornamen **nach** — seine Aufwartung bei dem ungarischen Ministerpräsidenten gemacht, um für die königliche Begnadigung zu danken; zugleich bat er um einen Posten als Sicherheitskommissär.

In der Generalversammlung der Honvedvereine gab man dem Zentralausschuß Recht gegen Moritz Perczel, nahm aber eben so wenig Partei für Kossuth. Dagegen soll nun die äußerste Linke mit der Absicht umgehen, wegen Auflösung der demokratischen Klubbs im Landtage zu beantragen, daß die Regierung in Anklagezustand versetzt werde. Wenn es wirklich zu einem solchen Antrage kommt, wird er mit Glanz durchfallen.

7. Mai 1868.

Der Finanzminister hat in der Salzfrage gesiegt. Der Entscheidungspunkt ergab sich in der Spezialdebatte bei dem Antrage des Abg. Mayr, in §. 2 statt der Worte: „hingegen ist die Erzeugung und der Verschleiß von Viehsalz gänzlich einzustellen," vielmehr zu setzen: „die Erzeugung und der Verschleiß von Viehsalz wird in der bisherigen Weise fortgesetzt"; denn gegen die Herabsetzung des Preises für Speisesalz hatte Niemand Etwas einzuwenden, sondern man wünschte nur auch noch die Fortdauer jener Ausnahmsvergünstigung. Bei der Abstimmung wurde jedoch der von Hrn. Mayr gestellte Antrag mit 90 Stimmen gegen 54 abgelehnt. (Immerhin eine starke Minorität für die Flitterwochen eines parlamentarischen Ministeriums.) Eine statistische Angabe des Hrn. Mayr sprach theilweise wider ihn selbst; von 1861 bis 1867 ist nämlich der Absatz des Viehsalzes von 90,000 Zentnern per Jahr auf 900,000 Zentner gestiegen. Schließlich wurde das ganze Gesetz nach dem Antrage des Ausschusses in dritter Lesung angenommen.

Im Trientischen spukt es wieder mit Demonstrationen der „Issimi" (Italianissimi). Der „Trentino" beklagt sich, daß man noch immer einen Poststempel mit der Umschrift „Trient" gebrauche, was doch nicht die italienische Benennung sey, und bezeichnet dabei das Trientische als den „letzten Fleck Italiens", den Oesterreich noch besitze. Dies wäre übrigens ein italienischer Verzicht auf Triest, Dalmatien &c.; Garibaldi wird das Blatt dafür in den „nationalen" Bann thun!

---

8. Mai 1868.

Einen Krieg wird es nun wohl dennoch geben, wenn auch nicht zunächst zwischen Frankreich und dem Norddeutschen Bunde, so doch zwischen Rumänien und Oesterreich. Unsere Heißsporne in der Tagespresse thun es nicht anders. Die Lorbeeren Englands in Abyssinien winken gar zu verführerisch herüber, und da Rumänien nur ein Kleinstaat ist, so steht es einer Großmacht ritterlich an, um so stärker gegen ihn mit dem Säbel zu rasseln. Nur nicht erst lang' unterhandelt: eine kurzgefaßte Drohung, und alsdann Krieg! Im Ernst, solche und ähnliche Ansprüche werden gestellt, und zwar, nachdem man hundertmal das unendliche Bedürfniß Oesterreichs nach Frieden auseinandergesetzt und es den beiden Delegationen

Advokatenstandes zuwiderlaufen. Nach einer längern Debatte wurde die Bestimmung unter 3) gestrichen, was einen praktischen Werth hat: es macht den Juristen im Staatsdienst unabhängiger, wenn er weiß, daß ihm im Falle einer frühzeitigen (also geringen) und unfreiwilligen Pensionirung die Ausübung der Advokatur offen steht.

Die von dem Finanzminister eingebrachten Reformvorschläge stoßen auf mannigfachen Widerstand. Auch die Konversion der verschiedenen Titel der Staatsschuld (Unifikation) hat in dem Subkomitee des Finanzausschusses keinen Beifall gefunden; insbesondere will man lieber die Umwandlung in eine Rentenschuld, als die Beibehaltung der Kapitalschulden. Die Couponsteuer aber möchte man in einer Weise erhöhen, die dem Anfang einer Zinsverweigerung gleichsieht, ohne daß den Staatsgläubigern, wie nach dem Reformplane des Dr. Brestel, dabei als Gegengewicht eine bessere Sicherung des Kapitals zu gut käme.

In Prag ist ein etwas alt gewordener Preßprozeß zur Entscheidung gelangt. Er betraf einen Artikel vom 12. August v. J., worin zur Abweisung eines in Wien veröffentlichten freundlichen Rathschlags zu einem Ausgleich mit den Tschechen gesagt war, die Tschechen „könnten sich nicht zum Schwert in den Händen politischer Komödianten hergeben, sich nicht den Wiener Schuhflickern anvertrauen", und „es möge der Himmel sich doch endlich erbarmen und Männer an's Ruder bringen, welche fähig und ehrlich genug seyen." Wegen dieses Artikels stand der Redakteur des Blattes „Posel s Prahy", Hr. Franz Schimatschek, in Prag vorgestern vor Gericht, angeklagt des Verbrechens der Störung der öffentlichen Ruhe, weil er das Verhältniß zwischen den Tschechen und dem österreichischen Staate so darzustellen versuche, als hinge es nur von ihnen ab, sich auch mit einem andern Staate zu vereinigen. Das Gericht sprach ihn schuldig und verurtheilte ihn zu viermonatlichem schweren Kerker und zu 800 Fl. Kautionsverlust.

Die in Ungarn und Siebenbürgen bestehende Sekte der sogenannten Nazarener thut Schritte, um eine staatliche Anerkennung ihrer Glaubensgenossenschaft zu erlangen. Es scheint übrigens, ihr „Glaube" ist ein so destillirter, daß gar Vieles dabei verdampft und also nur Weniges übrig geblieben ist.

noch gar vollends ein Recht zu, die nicht russisch gesinnten Tschechen und die Deutschböhmen auf eine Ausstellung nach Moskau zu liefern, einfach vermöge einer angemaßten Prokura. Mit dem Panslawismus hat sich diese Partei die Hände gefesselt; mit dem Panslawismus erklärt sie sich einer wahren politischen Autonomie unfähig, denn eine russische Färbung ist von einem eigenen und selbständigen Wesen das Gegentheil; indem sie über den Vorbehalt unmittelbarer Wahlen leidenschaftlich wird, verräth sie lediglich ein antiösterreichisches Schuldbewußtseyn.

---

11. Mai 1868.

Auf dem fünften Arbeitertage, welcher gestern in Zobel's Bierhalle zu Fünfhaus stattfand und von etwa 4500 Arbeitern besucht war, wurde ein entworfenes Manifest „an das arbeitende Volk in Oesterreich" verlesen und ohne Debatte unverändert angenommen. Die Hauptstellen darin sind folgende. „Der Staat muß vollständig auf demokratischer Grundlage eingerichtet werden. Die Grundbedingung hiezu ist die Einführung des allgemeinen direkten Wahlrechts." . . . „Die entsittlichenden Folgen der steigenden Kapitalherrschaft einerseits und die stets zunehmende Massenarmuth anderseits machen den Aufschwung der wahren Freiheit unmöglich und führen schließlich zum Despotismus. Es muß deßhalb zugleich mit dem Erlangen der politischen Freiheit und des demokratischen Volksstaates die Emanzipation der arbeitenden Klassen vom Kapital angestrebt und die Bewegung in feste Bahnen zu bestimmten Zielen gelenkt werden. Der Sieg dieser Bestrebungen ist der wahre Vortheil aller Klassen." . . . „Nur als einiges, geschlossenes, wohlgegliedertes Heer kann das Volk auf den Sieg der Freiheit, auf den Sieg der Idee der Gleichberechtigung hoffen." . . . „Die Wiener Arbeiter stehen bereits als eine einige, kompakte, und achtunggebietende Masse da, welche die Vorurtheile der Religions- und Nationalitätsverschiedenheit über Bord geworfen hat." . . . „Wer das arbeitende Volk für die Aufwärmung abgethaner Nationalitäts-Sonderzustände benutzen will, der sucht es zu verhindern, seine eigene Befreiung zu vollziehen." . . . „Heute handelt es sich darum, das arbeitende, das produzirende Volk zu erlösen, indem es zur Gleichberechtigung in der Gesellschaft und im Staate emporsteigt." Das Manifest soll in's Magyarische, Tschechische, Polnische, Italienische, Rumänische übersetzt, und in all'

diesen Sprachen (falls durch freiwillige Beiträge noch weitere Geldmittel zusammenkommen, auch noch in einigen Sprachen weiter) gedruckt und verbreitet werden, auf daß die Bevölkerung der einzelnen Landestheile Oesterreichs sich auf's innigste an die Arbeiter Wiens anschließe. Auch eine Beziehung auf die Bismarck'sche Politik findet sich in dem Manifest, und zwar in nachstehenden Worten: „In Deutschland vermochte das Bürgerthum in seiner Ohnmacht und Apathie nicht die Einheit herzustellen; dagegen benutzte Graf Bismarck die deutsche Einheitsidee zu Gunsten des preußischen Absolutismus."

Zur Feier der Grundsteinlegung zu dem tschechischen Nationaltheater in Prag sind auch nach Galizien, theils an polnische Adelsfamilien, theils an Kasino's, Vereine 2c., lithographirte Einladungsbriefe ergangen. Die Aufnahme derselben entspricht jedoch den tschechischen Wünschen keineswegs in dem vorausgesetzten Sinn. Zu Lemberg hat eine Versammlung angesehener Bürger im Kasino den Beschluß gefaßt, eine Antwort folgenden Inhalts zu ertheilen: „Obzwar die Polen den Tag mit Freude begrüßen werden, an welchem die Tschechen in den Besitz eines Nationaltheaters gelangen werden, müssen sie doch erklären, daß keiner von ihnen bei diesem Feste den Theilnehmern an den im verflossenen Jahr in Moskau veranstalteten Orgien Gesellschaft leisten wird." Eine Verbindlichkeit im Eingang, und zum Schluß ein moralischer Fußtritt!

---

12. Mai 1868.

Die Berliner Blätter waren auf der falschen Fährte, als sie den Ursprung der neulichen Kriegsgerüchte in Wien suchten; hier lag er nicht. Wer in Paris näheren Bescheid weiß, Dem ist auch bekannt, daß die Unvermeidlichkeit des Kriegs unter Anderm die Ansicht des Hrn. Thiers ist. Bis zum Herbste wird Frankreich mit seinen Rüstungen fertig, und alsdann, glaubt er, werde die französische Nation, so wie er sie kenne, nicht mehr zu halten seyn. Ob er hierin richtig urtheilt, Das ist eine Frage, die weder in Wien noch in Berlin entschieden wird. Wenn man die Worte auf die Goldwage legt, mag man anstatt „Nation" lesen „Armee", anstatt „nicht", was denn doch gar zu apodiktisch ist, „kaum"; wird man es mit dem bezeichneten Zeitpunkte nicht gerade

buchstäblich nehmen. Daß übrigens der Herbst nicht der Frühling ist, welcher sonst auch die Kriegsfragen gerne zum Knospen und Aufbrechen bringt, darin liegt kein Einwand. Auch der Krieg von 1806 war kein Frühlingskrieg, und es gibt einen alten französischen Ausspruch, der da lautet: im Herbst finde man in Deutschland Keller und Vorrathskammern gefüllt. Er ist ein Seitenstück zu jenem andern: „il n'y a pas de pays pour y faire la guerre comme l'Allemagne", nämlich in Bezug auf gute Verpflegung und gute Quartiere. Hinwiederum steht der Wahrscheinlichkeit eines baldigen Krieges entgegen, daß Napoleon III. nicht ohne einen Alliirten vorzugehen pflegt; bis jetzt, scheint es, hat er noch keinen. Um so abgeschmackter war die Unterlegung, durch jene Kriegsgerüchte habe man Oesterreich eine Vermittlersrolle zuzuschanzen gedacht. Was soll Das für einen möglichen Sinn haben? Ein erfundener Krieg läßt auch nur eine erfundene Vermittlung zu; was in aller Welt hätte Oesterreich bei einem solchen „Messer ohne Heft und Klinge" zu profitiren? Weit eher hätte man etwa sagen können, das Gerücht habe den Zweck gehabt, günstig auf die Stimmung des Zollparlaments in Berlin einzuwirken. Denn wenn Frankreich einmal in der That mit Krieg droht, so wird daraus unausbleiblich eine Rheinfrage, und die Rheinfrage ist nicht kleindeutsch, wie andere Dinge, sie ist eine *deutsche* Frage, und die öffentliche Meinung Deutschlands wird in einem solchen Fall über manche politische Sünden hinwegsehen, die sie dem Systeme des Grafen Bismarck sonst zur Last legt.

---

13. Mai 1868.

Die tschechische Volksversammlung auf dem Georgsberge bei Raudnitz war von etwa 10,000 Männern, Weibern, und Kindern besucht. („Vierzig Mann Buben", zu einer Treibjagd nämlich, verlangte einst ein Oberforstamt unweit des Rheins von einem Ortsvorstand.) Bei der Abstimmung, wobei auch die Frauenzimmer ihre Hände miterhoben, stellte sich der „Wille" der Versammlung in folgenden Punkten fest: Krönung Sr. k. k. apostolischen Majestät zum König von Böhmen; Auflösung des gegenwärtigen Landtags als aus einer ungerechten Wahlordnung hervorgegangen; Neuwahlen auf Grund allgemeinen Stimmrechts; keine Steuer ohne Bewil-

ligung des „rechtmäßigen" Landtags (der erst werden soll); eben so keine geänderte Militäraushebung oder Wehrverfassung, als unter demselben Beding; kurz, man begehrt blos eine neue Wahlordnung, einen neuen Landtag, und eine neue Verfassung, weiter Nichts. Mit einer Stellung Böhmens gleich der von Ungarn würde man vollauf zufrieden seyn. Ich finde diese Ansprüche sehr gemäßigt; nach Maßgabe der etwas wärmeren Impulse, die mitunter die tschechische Presse aufweist, wäre recht gut noch Weiteres zu verlangen gewesen. Als ergänzende und nachzuholende Sätze empfehlen sich beispielsweise für eine nächste Versammlung: „1) Das Königreich Böhmen wird für ausschließlich tschechisch erklärt; in Gegenwart von Tschechen hat demnach jeder Deutschböhme sich des Gebrauchs der deutschen Sprache zu enthalten. (Bei der Versammlung auf dem Georgsberge verfehlte sich Herr v. Veith dagegen, während den HH. Spindler und Winkler ein ganz echtes Tschechenthum gelang.) 2) Es findet alljährlich eine offizielle Trauerfeier über die Schlacht am Weißen Berge statt. 3) Die tschechische Opposition genießt des altnationalen Rechtes, per Jahr zwei kaiserliche Räthe und einen Sekretarius aus den Fenstern des Sitzungssaales zu werfen. 4) Das Recht der Steuerbewilligung wird in der Weise regulirt, daß die Tschechen darüber abstimmen, wie viel auf die Deutschböhmen zu bezahlen kommt. 5) Einem neu formulirten tschechischen Anspruch gegenüber, jetzt oder wann immer, ist die gesetzliche Reichsverfassung natürlich ein bloser „Schmarren". 6) Für loyale Moskaupilger, die ihre Fahrt dahin zu beweisen im Stande sind, ist ein Orden des heil. Wenzel zu stiften, nebst einer entsprechenden Dotation. 7) Jedweder Minister, der aus Wien nach Prag kommt, soll der russischen Volkshymne mächtig seyn, auf daß, wenn es die Feier des Tages verlangt, er sie sogleich anstimmen kann." Dies Alles wäre sodann unter die Garantie des Panslawismus zu stellen. So allein steht ein wahrhaft „nationaler" Bau in Aussicht; alles Andere ist Halbheit und Stückwerk.

In verhältnißmäßig raschem Tempo hat das Abgeordnetenhaus die Gesetze über Einführung der Schwurgerichte für Preßdelikte und über die Bildung der Geschwornenlisten für Preßgerichte erledigt. Man will, während der sonstige Apparat noch einige Zeit erfordert, wenigstens der Presse so bald als möglich die Wohlthat des Schwurgerichtes zuwenden. Ueber den Zweck ist man in der



einig; die Gesetzentwürfe sind in entsprechender Form abgefaßt; also machte die Erörterung derselben weiter keine Schwierigkeit.

14. Mai 1868.

Die Finanzfrage schwankt im Ausschuß unsicher hin und her. Der Ausschuß selbst ist unter sich nicht ganz einig; einzelne Mitglieder gehen wieder auf eigene Faust über die Gefechtslinie hinaus; die Regierung unterhandelt, weiß aber nicht, wie das Plenum des Hauses sich zu dem Ausschusse verhalten wird, und der Ausschuß seinerseits weiß Das eben so wenig. Das Ergebniß davon ist eine vollständige Konfusion. Die Couponsteuer z. B. war im Prinzip eigentlich ein Bestandtheil der Mobiliarsteuer, d. h. eine Regulirung des Antheils daran für die Besitzer einheimischer Staatspapiere; da nun aber die Mobiliarsteuer, wie sie der Finanzminister wollte, keinen Anklang findet, so ist eine Zifferbestimmung für die Couponsteuer eine reine, prinziplose Willkühr, die man eben so gut herauswürfeln könnte, und die sogenannte Couponsteuer wird einfach zu einer Herabsetzung der Zinsen. Nun streitet man, ob der Zinscoupon einen Abzug von 20 oder von 25 Prozent erleiden soll; allein nicht um diese oder eine andere Differenz dreht sich die Hauptfrage, sondern darum, ob in Folge zu bringender Opfer, die man den Staatsgläubigern zumuthet, diesen nach einer überstandenen Zwischenzeit eine bessere Sicherung des Kapitalwerthes in Aussicht steht oder nicht. Die Vorlagen des Finanzministers gingen auf die Herstellung eines solchen Gegengewichtes aus; das Subkomitee aber und nach ihm der Gesammtausschuß lassen davon Nichts übrig. Bis jetzt haben beide zusammen nur das Eine zu Stande gebracht, daß die Börse verstimmt ist, und daß der parlamentarische Nimbus nothleidet. Die Börse, scheint mir, setzt mehr Vertrauen auf das Ministerium, als auf den Finanzausschuß des Abgeordnetenhauses; in welcher Art aber das letztere schließlich die Frage anfassen wird, Das ist zur Zeit dahin gestellt, wie etwa das Schicksal eines Looses in der Lotterie.

In dem Herrenhause kommt das „interkonfessionelle Gesetz" erst heute an die Reihe; gestern war das Haus mit dem Wuchergesetze, d. h. mit der Aufhebung der seither geltenden Gesetzbestimmungen in dieser Hinsicht beschäftigt. Das Haus der Abgeordneten seinerseits debattirte gestern über das neue Branntweinsteuergesetz und

nahm es schließlich in dritter Lesung an. Zweck desselben ist die Hebung des Erträgnisses auf die früher bestandene höhere Ziffer, und zwar durch Zurücknahme der Begünstigungen, die das Ministerium Belcredi dem Großgrundbesitz in diesem Betreff zugewendet hatte. Man schlägt den seitherigen Ausfall auf 20 Millionen an.

Zu den bevorstehenden Festlichkeiten tschechischer Färbung in Prag beginnen die vorläufigen Demonstrationen schon jetzt: man holt feierlich Züge ein, die von außen her Grundsteine zu dem Theaterbau beifahren. Der vom „Ziskaberg" herrührende Stein kam auf einem Wagen mit einer Anzahl Flaggen, deren Zierde aus roth gemalten Kelchen, Lanzen, Morgensternen, Ziskakeulen und Dreschflegeln bestand. Was haben diese Embleme des Hussitenthums mit dem Bau eines Theaters zu thun? Gegen eine etwa gehegte Besorgniß, die Festfeier könne in Exzesse des Pöbels ausarten, wie man sie schon erlebt hat, verwahren sich die Narodni Listy mit einer Pöbelhaftigkeit ihrerseits. „Während des nationalen Festes," sagen sie, „haben wir etwas Saubreres im Sinn, als die Deutschen: unser Müthchen an ihnen kühlen wir irgend ein andermal." Auf diese Art erhebt sich der tschechische Panslawismus hoch über den schnöden Verdacht eines Einflusses deutscher Sitte und Bildung. In der Prager Vorstadt Smichow, wo die deutschen Industriellen von der tschechischen Masse beherrscht werden, fielen die Ersteren mit dem Vorschlag, eine neue Straße nach der Kaiserin Elisabeth zu benennen, per majora durch, und es wurde eine Palackystraße daraus. Skandal gibt es überhaupt genug. „Nationale" Gäste erschienen an einem Vergnügungsort, wo eine Militärmusik eben den Radetzkymarsch spielte. Als gute Tschechen verlangten sie auf der Stelle dessen Aufhören, und schlugen auf die Weigerung des Kapellmeisters einen übertäubenden Lärm mit Pfeifen und Johlen auf, bis sich die Musik zurückzog; am folgenden Morgen ritten dieselben „Gäste" demonstrirend durch die Straßen der Stadt, Exemplare des deutschen „Tagesboten aus Böhmen" an den Schweifen ihrer Pferde nachschleppend. Hussitisch genug, wie man sieht!

In Nagy-Körös (Ungarn) haben unruhige Auftritte stattgehabt, zu denen eine Weidevertheilung den Anlaß oder vielleicht blos den Vorwand darbot. Ein gewisser Johann Szabo, welcher schon 1861 eine Ruhestörung anstiftete, bei der das Militär einschritt und einige der Tumultuanten auf dem Platze blieben, war von neuem der



Aufwiegler. Diesmal erschien er mit einer schwarzen Fahne, worauf ein Todtenkopf abgebildet war; seine „Partei" war mit Feuergewehren bewaffnet; der zusammengelaufenen Volksmenge erklärte er, heute müsse noch Einer und der Andere „hin" werden. Gegen Abend, als der Tumult wuchs, requirirte der Bürgermeister telegraphisch eine Schwadron Kavallerie aus Kecskemet, welche denn auch alsbald eintraf, die Straße säuberte, und eine Anzahl Verhaftungen vornahm. Johann Szabo jedoch ist entkommen. Die Stadt wünscht die Zutheilung einer ständigen Garnison.

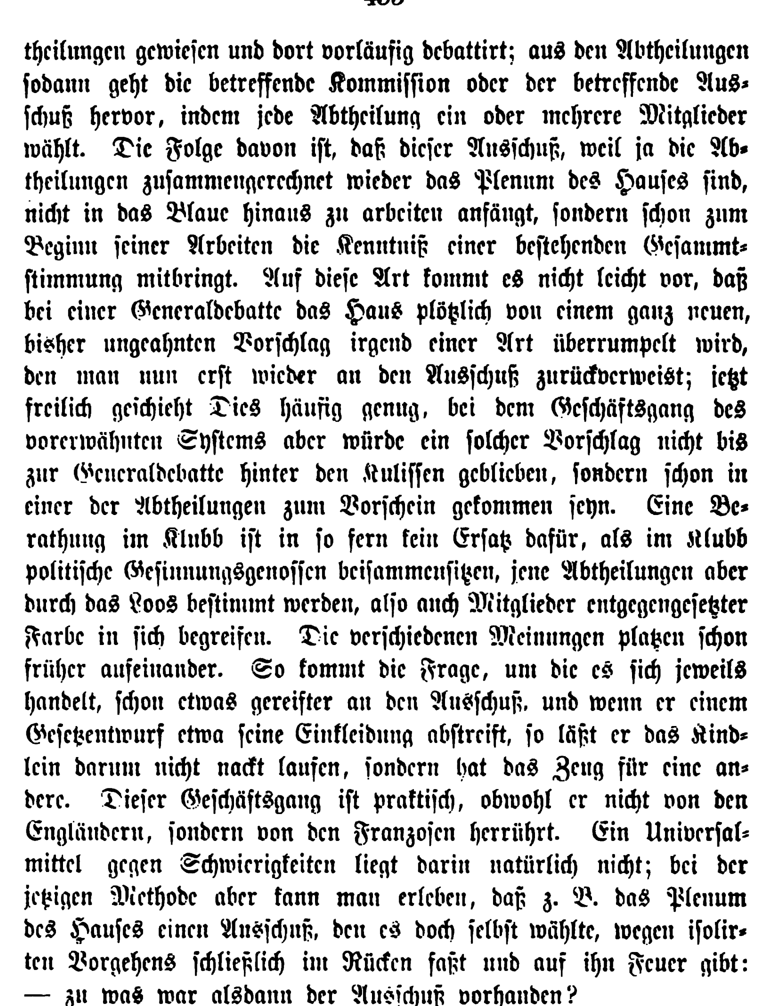
15. Mai 1868.

„Preußen und das preußische Volk kennen keinen Haß gegen Oesterreich." Mit diesem Ausspruch hat Hr. Löwe aus Calbe sicherlich Recht; es wäre auch schwer ein Motiv denkbar, aus dem man uns einen Haß dafür nachtragen sollte, daß wir 1866 angegriffen worden sind. Von uns ging ja der Krieg nicht aus. Diese Thatsache ist auch längst öffentlich anerkannt; schon in der Sitzung des preußischen Abgeordnetenhauses vom 1. Dezember 1866 bemerkte der Abg. v. Hennig: „Glauben Sie nicht, daß es immer möglich seyn wird, einen Staat ähnlich zu überraschen, wie wir diesmal Oesterreich überrascht haben. (Widerspruch und Unruhe rechts.) Ja, ob Sie es für falsch halten oder nicht, thatsächlich ist es doch richtig. Daß Oesterreich nicht in dem Maße gerüstet war, wie wir, Das erkennen auch alle maßgebenden Personen, namentlich die Militärs an, und darum bin ich der Ansicht, daß es unserer Regierung gelungen ist, Oesterreich zu überraschen." Warum sollte man uns nachträglich hassen dafür? Auch damals, glaube ich, hegte das preußische Volk keinen Haß gegen Oesterreich; wenn man die öffentliche Stimmung zu Rath gezogen hätte, wäre der Krieg vielleicht unterblieben. So aber unterblieb vielmehr das Zurathezziehen der Volksstimmung, welche somit keinen weiteren Effekt hatte. In dem Zollparlament hat sie dafür nun allerdings ein Votum, und es ist erfreulich, daß man sich dort gegen den Haß erklärt; wir hatten es übrigens auch gar nicht anders erwartet. Was haben Zollfragen mit Haß oder Liebe zu thun? So wenig als ein kaufmännisches Geschäft. So lange der Zollverein sich als eine „deutschnationale Schöpfung" gab, kam freilich auch eine nationale Beziehung mit

ins Spiel, denn auf Grundlage der letzteren gehörte, zur Herstellung der Vollständigkeit, natürlich auch Deutsch-Oesterreich mit hinein. In diesem Sinne bewarben wir uns um den Eintritt, jedoch vergeblich: auch hierin liegt offenbar Nichts, was man uns erst zu verzeihen hätte, um gegen uns ohne Haß zu seyn. Jetzt ist davon ohnehin keine Rede mehr. In einer früheren Periode hätten wir freie Hand gehabt: jetzt ist die Wiederkehr einer ähnlichen Lage gar nicht denkbar, als wenn etwa Ungarn auf eine bloße Personalunion hintriebe und dadurch eine Mauthlinie zwischen sich und dem österreichischen Westland zöge. Zur Zeit des deutschen Bundes hatte überdies Preußen keine Diktatur im Zollverein: vielleicht schloß man eben deßhalb Oesterreich aus, weil man sonst fürchtete, sie nicht zu erlangen. Da aber das nationale Band zerrissen ist — denn offiziell gibt es kein Deutschland mehr — geht uns Dies Alles Nichts mehr an, und der Zollverein hat für uns nur noch einen kaufmännischen Sinn. Darum also „keene Feindschaft nich!" Wir können uns begegnen ohne Haß, gleich geschiedenen Eheleuten, wenn sie der Zufall irgendwo zusammenführt: nur bleibt dabei immerhin etwas thatsächlich Frostiges übrig: eine Ehescheidung war die Zerreißung des nationalen Bandes darum doch!

16. Mai 1868.

Der Finanzausschuß mit seinem Subkomitee klemmt die Finanzfrage in eine Sackgasse hinein. In den Vorlagen des Finanzministers war ein Prinzip, ein sich gegenseitig bedingender Zusammenhang, ein System: nach der Leistung des Subkomitee's hat man Nichts mehr vor sich, als Zersplitterung, Bruchstücke, Schlacken, und eingerissene Lücken. Die Urtheile der Zeitungen über diese Konfusion lauten denn auch abfällig genug: der Stand der Dinge schadet dem parlamentarischen Nimbus. Es wirkten mehrfache Umstände dahin zusammen: wenigstens ein Theil des Ergebnisses aber, nämlich das Erscheinen in unfertiger Toilette vor dem Publikum, wäre vielleicht vermieden geblieben, wenn man das System der s. g. „Abtheilungen" hätte. Wo es besteht, versehen dieselben eine parlamentarische Vorarbeit, die von entschieden praktischem Werth ist. Jede Vorlage, die an das Haus gelangt, wird zuerst in die Ab-



theilungen gewiesen und dort vorläufig debattirt; aus den Abtheilungen sodann geht die betreffende Kommission oder der betreffende Ausschuß hervor, indem jede Abtheilung ein oder mehrere Mitglieder wählt. Die Folge davon ist, daß dieser Ausschuß, weil ja die Abtheilungen zusammengerechnet wieder das Plenum des Hauses sind, nicht in das Blaue hinaus zu arbeiten anfängt, sondern schon zum Beginn seiner Arbeiten die Kenntniß einer bestehenden Gesammtstimmung mitbringt. Auf diese Art kommt es nicht leicht vor, daß bei einer Generaldebatte das Haus plötzlich von einem ganz neuen, bisher ungeahnten Vorschlag irgend einer Art überrumpelt wird, den man nun erst wieder an den Ausschuß zurückverweist; jetzt freilich geschieht Dies häufig genug, bei dem Geschäftsgang des vorerwähnten Systems aber würde ein solcher Vorschlag nicht bis zur Generaldebatte hinter den Kulissen geblieben, sondern schon in einer der Abtheilungen zum Vorschein gekommen seyn. Eine Berathung im Klubb ist in so fern kein Ersatz dafür, als im Klubb politische Gesinnungsgenossen beisammensitzen, jene Abtheilungen aber durch das Loos bestimmt werden, also auch Mitglieder entgegengesetzter Farbe in sich begreifen. Die verschiedenen Meinungen platzen schon früher aufeinander. So kommt die Frage, um die es sich jeweils handelt, schon etwas gereifter an den Ausschuß, und wenn er einem Gesetzentwurf etwa seine Einkleidung abstreift, so läßt er das Kindlein darum nicht nackt laufen, sondern hat das Zeug für eine andere. Dieser Geschäftsgang ist praktisch, obwohl er nicht von den Engländern, sondern von den Franzosen herrührt. Ein Universalmittel gegen Schwierigkeiten liegt darin natürlich nicht; bei der jetzigen Methode aber kann man erleben, daß z. B. das Plenum des Hauses einen Ausschuß, den es doch selbst wählte, wegen isolirten Vorgehens schließlich im Rücken faßt und auf ihn Feuer gibt: — zu was war alsdann der Ausschuß vorhanden?

In dem Herrenhause ist das „interkonfessionelle Gesetz“ (eine barbarische Wortfügung) in einer verhältnißmäßig kurzen Sitzung durchberathen und in dritter Lesung angenommen worden. Hofrath Rokitansky polemisirte scharf, obwohl diesmal nicht in der Färbung des populären Materialismus, gegen Windmühlen, d. h. gegen Gegner, die nicht vorhanden waren.

bitterlich übel genommen hat, daß sie nicht einen viel dickeren Strich durch das Militärbüdget machten. Nebenbei steht der Finanzausschuß des Abgeordnetenhauses eben jetzt noch vor dem ungelösten Problem, ein alljährlich wiederkehrendes Defizit einmal los zu werden, ohne den reicheren Klassen wehe zu thun. Von dieser Art war die Lage Englands nicht; Geldmittel waren dort im Ueberfluß verfügbar. Dessenungeachtet verlegte es den Krieg nicht gleich in den ersten Aufzug des Stücks, denn die Gefangenschaft des englischen Konsuls und seiner Unglücksgefährten hat wahrlich lange genug gedauert, und wenn Abyssinien an der Schwelle der Vereinigten Staaten läge, wie Rumänien an der Schwelle Rußlands liegt, so hätte sich England die abyssinische Expedition vielleicht noch etwas länger überlegt. Wo endlich wären die Anlehnungspunkte für Oesterreich? Eine französische Allianz stößt auf entschiedene Widersacher; eine preußische andererseits nicht minder. In diesem Augenblick überdies schaut Frankreich mehr nach dem Rhein aus, als nach der untern Donau; Preußen neigt sich offen zu Rußland hinüber, und der Fürst von Rumänien ist ein Prinz des Hauses Hohenzollern; die italienische Politik zehrt von österreichischem Gut und hat Gelüste nach noch mehr; das sonst antirussische England hat Italien hierin unterstützt, was mehr ein russisches als ein englisches Interesse war, und nur allzu oft seit 1848 zu einer gegen Oesterreich feindseligen Anzettlung indirekt mitgewirkt. Ist Das eine Rundschau, die zu einem österreichischen Kriegsentschluß aufmuntert? Und wenn das panslawistische Rußland, wie man sagt, die orientalische Frage in Fluß zu bringen wünscht, nur eines geeigneten Anlasses harrend: wäre es Oesterreich, welches wünschen könnte, einen rumänischen Glimmstengel in diese Pulvertonne zu werfen?

---

9. Mai 1868.

Schon mehrere Tage ist das Unterhaus mit Berathung des Gesetzes über Freigebung der Advokatur beschäftigt. Durch §. 20 des Gesetzes war als unvereinbar mit der Ausübung der Advokatur bestimmt: 1 die Führung eines besoldeten Staasamtes mit Ausnahme des Lehramtes; 2 die Ausübung des Notariats; 3. der Bezug einer Staatspension oder eines Disponibilitätsgehaltes; 4 der Betrieb solcher Beschäftigungen, welche dem Ansehen des

Advokatenstandes zuwiderlaufen. Nach einer längern Debatte wurde die Bestimmung unter 3) gestrichen, was einen praktischen Werth hat: es macht den Juristen im Staatsdienst unabhängiger, wenn er weiß, daß ihm im Falle einer frühzeitigen (also geringen) und unfreiwilligen Pensionirung die Ausübung der Advokatur offen steht.

Die von dem Finanzminister eingebrachten Reformvorschläge stoßen auf mannigfachen Widerstand. Auch die Konversion der verschiedenen Titel der Staatsschuld (Unifikation) hat in dem Subkomitee des Finanzausschusses keinen Beifall gefunden; insbesondere will man lieber die Umwandlung in eine Rentenschuld, als die Beibehaltung der Kapitalschulden. Die Couponsteuer aber möchte man in einer Weise erhöhen, die dem Anfang einer Zinsverweigerung gleichsieht, ohne daß den Staatsgläubigern, wie nach dem Reformplane des Dr. Brestel, dabei als Gegengewicht eine bessere Sicherung des Kapitals zu gut käme.

In Prag ist ein etwas alt gewordener Preßprozeß zur Entscheidung gelangt. Er betraf einen Artikel vom 12. August v. J., worin zur Abweisung eines in Wien veröffentlichten freundlichen Rathschlags zu einem Ausgleich mit den Tschechen gesagt war, die Tschechen „könnten sich nicht zum Schwert in den Händen politischer Komödianten hergeben, sich nicht den Wiener Schuhflickern anvertrauen", und „es möge der Himmel sich doch endlich erbarmen und Männer an's Ruder bringen, welche fähig und ehrlich genug seyen." Wegen dieses Artikels stand der Redakteur des Blattes „Posel s Prahy", Hr. Franz Schimatschek, in Prag vorgestern vor Gericht, angeklagt des Verbrechens der Störung der öffentlichen Ruhe, weil er das Verhältniß zwischen den Tschechen und dem österreichischen Staate so darzustellen versuche, als hinge es nur von ihnen ab, sich auch mit einem andern Staate zu vereinigen. Das Gericht sprach ihn schuldig und verurtheilte ihn zu viermonatlichem schweren Kerker und zu 800 Fl. Kautionsverlust.

Die in Ungarn und Siebenbürgen bestehende Sekte der sogenannten Nazarener thut Schritte, um eine staatliche Anerkennung ihrer Glaubensgenossenschaft zu erlangen. Es scheint übrigens, ihr „Glaube" ist ein so destillirter, daß gar Vieles dabei verdampft und also nur Weniges übrig geblieben ist.

10. Mai 1868.

Den Blättern des überspannten Tschechenthums will es gar nicht in den Kopf, daß nunmehr eventuell auch für unmittelbare Wahlen in das Haus der Abgeordneten Vorsorge getroffen wird. Nach ihrer Auffassung müßte eine ultratschechische Majorität im Prager Landtag eigentlich die politische Sonne seyn, um die sich Alles zu drehen hätte, und das „übrige Oesterreich“ wäre als ein bloses Nebengestirn gleichsam ein Trabant dazu. In diesem Augenblick zwar ist die Majorität des Prager Landtags, wie es sich gehört, böhmisch anstatt tschechisch, und gut österreichisch anstatt panslawistisch; indeß was schon einmal war, rechnet man, kann wieder werden, und alsdann schlägt das Tschechenthum der bestehenden Reichsverfassung ein Schnippchen, und schickt gar keine Deputirten nach Wien in den Reichsrath, Slava! Bisher, obwohl offenbar ein Despotismus, der alles Andere knebeln möchte, war ein derartiges Verfahren möglich; für die Zukunft schneidet das Gesetz über nöthigenfalls unmittelbare Wahlen in das Haus der Abgeordneten eine fernere Möglichkeit ab. Schon die Februarverfassung hatte das Prinzip derartiger Wahlen in Vorbehalt genommen, nur kam es nicht zu einem Gesetz über den Ausführungsmodus; man glaubte damals, eine österreichische Gesammtfreiheit werde schon von selbst zuletzt auch Ungarn parlamentarisch nach Wien bringen, was sich jedoch erfahrungsmäßig als ein Irrthum erwies. Allein da jetzt wenigstens für jene Länder, die den ersten Reichsrath beschickt und damit die Februarverfassung anerkannt haben, eine gemeinsame Vertretung in Wien besteht, welche denn auch dem Ausgleich mit Ungarn zustimmte und die neuen Grundgesetze schaffen half, kann es nicht der Willkühr eines einzelnen Landtags, einer zufällig wechselnden, vielleicht nur um wenige Stimmen überschlagenden Majorität überlassen seyn, in beliebiger Zeit und Art Dies Alles neuerdings in Frage zu stellen, und eine glücklich überwundene Krisis einseitig wieder von vorn anzufangen. Dies wäre nicht eine Entwicklung, sondern ein Chaos. Mögen panslawistische Tschechen sich der Wahl in den Reichsrath enthalten, Das verschlägt dem Laufe der Welt weiter Nichts; allein sie haben kein Recht, auch dem Deutschböhmen, auch dem nicht-panslawistischen Tschechen die Verbindung mit dem Mittelpunkte des Reichs parlamentarisch abzusperren. Am Ende schriebe dieses schiefgewachsene Element sich

noch gar vollends ein Recht zu, die nicht russisch gesinnten Tschechen und die Deutschböhmen auf eine Ausstellung nach Moskau zu liefern, einfach vermöge einer angemaßten Prokura. Mit dem Panslawismus hat sich diese Partei die Hände gefesselt; mit dem Panslawismus erklärt sie sich einer wahren politischen Autonomie unfähig, denn eine russische Färbung ist von einem eigenen und selbständigen Wesen das Gegentheil; indem sie über den Vorbehalt unmittelbarer Wahlen leidenschaftlich wird, verräth sie lediglich ein antiösterreichisches Schuldbewußtseyn.

---

11. Mai 1868.

Auf dem fünften Arbeitertage, welcher gestern in Zobel's Bierhalle zu Fünfhaus stattfand und von etwa 4500 Arbeitern besucht war, wurde ein entworfenes Manifest „an das arbeitende Volk in Oesterreich" verlesen und ohne Debatte unverändert angenommen. Die Hauptstellen darin sind folgende. „Der Staat muß vollständig auf demokratischer Grundlage eingerichtet werden. Die Grundbedingung hiezu ist die Einführung des allgemeinen direkten Wahlrechts." . . . „Die entsittlichenden Folgen der steigenden Kapitalherrschaft einerseits und die stets zunehmende Massenarmuth anderseits machen den Aufschwung der wahren Freiheit unmöglich und führen schließlich zum Despotismus. Es muß deßhalb zugleich mit dem Erlangen der politischen Freiheit und des demokratischen Volksstaates die Emanzipation der arbeitenden Klassen vom Kapital angestrebt und die Bewegung in feste Bahnen zu bestimmten Zielen gelenkt werden. Der Sieg dieser Bestrebungen ist der wahre Vortheil aller Klassen." . . . „Nur als einiges, geschlossenes, wohlgegliedertes Heer kann das Volk auf den Sieg der Freiheit, auf den Sieg der Idee der Gleichberechtigung hoffen." . . . „Die Wiener Arbeiter stehen bereits als eine einige, kompakte, und achtunggebietende Masse da, welche die Vorurtheile der Religions- und Nationalitätsverschiedenheit über Bord geworfen hat." . . . „Wer das arbeitende Volk für die Aufwärmung abgethaner Nationalitäts-Sonderzustände benutzen will, der sucht es zu verhindern, seine eigene Befreiung zu vollziehen." . . . „Heute handelt es sich darum, das arbeitende, das produzirende Volk zu erlösen, indem es zur Gleichberechtigung in der Gesellschaft und im Staate emporsteigt." Das Manifest soll in's Magyarische, Tschechische, Polnische, Italienische, Rumänische übersetzt, und in all'

[illegible] Dies Alles wäre sodann unter die Garantie des Parlamentarismus zu stellen. So allein steht ein wahrhaft „nationaler“ Pr[illegible] in Aussicht, alles Andere ist Halbheit und Stückwerk.

In verhältnißmäßig raschem Tempo hat das Abgeordnetenhaus die Gesetze über Einführung der Schwurgerichte für Preßdelikte und über die Bildung der Geschwornenlisten für Preßgerichte erledigt. Man will, während der sonstige Apparat noch einige Zeit erfordert, wenigstens der Presse so bald als möglich die Wohlthat des Schwurgerichtes zuwenden. Ueber den Zweck ist man in der

einig; die Gesetzentwürfe sind in entsprechender Form abgefaßt; also machte die Erörterung derselben weiter keine Schwierigkeit.

---

14. Mai 1868.

Die Finanzfrage schwankt im Ausschuß unsicher hin und her. Der Ausschuß selbst ist unter sich nicht ganz einig; einzelne Mitglieder gehen wieder auf eigene Faust über die Gefechtslinie hinaus; die Regierung unterhandelt, weiß aber nicht, wie das Plenum des Hauses sich zu dem Ausschusse verhalten wird, und der Ausschuß seinerseits weiß Das eben so wenig. Das Ergebniß davon ist eine vollständige Konfusion. Die Couponsteuer z. B. war im Prinzip eigentlich ein Bestandtheil der Mobiliarsteuer, d. h. eine Regulirung des Antheils daran für die Besitzer einheimischer Staatspapiere: da nun aber die Mobiliarsteuer, wie sie der Finanzminister wollte, keinen Anklang findet, so ist eine Zifferbestimmung für die Couponsteuer eine reine, prinziplose Willkühr, die man eben so gut herauswürfeln könnte, und die sogenannte Couponsteuer wird einfach zu einer Herabsetzung der Zinsen. Nun streitet man, ob der Zinscoupon einen Abzug von 20 oder von 25 Prozent erleiden soll; allein nicht um diese oder eine andere Differenz dreht sich die Hauptfrage, sondern darum, ob in Folge zu bringender Opfer, die man den Staatsgläubigern zumuthet, diesen nach einer überstandenen Zwischenzeit eine bessere Sicherung des Kapitalwerthes in Aussicht steht oder nicht. Die Vorlagen des Finanzministers gingen auf die Herstellung eines solchen Gegengewichtes aus; das Subkomitee aber und nach ihm der Gesammtausschuß lassen davon Nichts übrig. Bis jetzt haben beide zusammen nur das Eine zu Stande gebracht, daß die Börse verstimmt ist, und daß der parlamentarische Nimbus noth leidet. Die Börse, scheint mir, setzt mehr Vertrauen auf das Ministerium, als auf den Finanzausschuß des Abgeordnetenhauses; in welcher Art aber das letztere schließlich die Frage anfassen wird, Das ist zur Zeit dahin gestellt, wie etwa das Schicksal eines Looses in der Lotterie.

In dem Herrenhause kommt das „interkonfessionelle Gesetz" erst heute an die Reihe: gestern war das Haus mit dem Wuchergesetze, d. h. mit der Aufhebung der seither geltenden Gesetzbestimmungen in dieser Hinsicht beschäftigt. Das Haus der Abgeordneten seinerseits debattirte gestern über das neue Branntweinsteuergesetz und

nahm es schließlich in dritter Lesung an. Zweck desselben ist die Hebung des Erträgnisses auf die früher bestandene höhere Ziffer, und zwar durch Zurücknahme der Begünstigungen, die das Ministerium Belcredi dem Großgrundbesitz in diesem Betreff zugewendet hatte. Man schlägt den seitherigen Ausfall auf 20 Millionen an.

Zu den bevorstehenden Festlichkeiten tschechischer Färbung in Prag beginnen die vorläufigen Demonstrationen schon jetzt: man holt feierlich Züge ein, die von außen her Grundsteine zu dem Theaterbau beifahren. Der vom „Ziskaberg" herrührende Stein kam auf einem Wagen mit einer Anzahl Flaggen, deren Zierde aus roth gemalten Kelchen, Lanzen, Morgensternen, Ziskakeulen, und Dreschflegeln bestand. Was haben diese Embleme des Hussitenthums mit dem Bau eines Theaters zu thun? Gegen eine etwa gehegte Besorgniß, die Festfeier könne in Exzesse des Pöbels ausarten, wie man sie schon erlebt hat, verwahren sich die Narodni Listy mit einer Pöbelhaftigkeit ihrerseits. „Während des nationalen Festes," sagen sie, „haben wir etwas Saubreres im Sinn, als die Deutschen; unser Müthchen an ihnen kühlen wir irgend ein andermal." Auf diese Art erhebt sich der tschechische Panslawismus hoch über den schnöden Verdacht eines Einflusses deutscher Sitte und Bildung. In der Prager Vorstadt Smichow, wo die deutschen Industriellen von der tschechischen Masse beherrscht werden, fielen die Ersteren mit dem Vorschlag, eine neue Straße nach der Kaiserin Elisabeth zu benennen, per majora durch, und es wurde eine Palackystraße daraus. Skandal gibt es überhaupt genug. „Nationale" Gäste erschienen an einem Vergnügungsort, wo eine Militärmusik eben den Radetzkymarsch spielte. Als gute Tschechen verlangten sie auf der Stelle dessen Aufhören, und schlugen auf die Weigerung des Kapellmeisters einen übertäubenden Lärm mit Pfeifen und Johlen auf, bis sich die Musik zurückzog: am folgenden Morgen ritten dieselben „Gäste" demonstrirend durch die Straßen der Stadt, Exemplare des deutschen „Tagesboten aus Böhmen" an den Schweifen ihrer Pferde nachschleppend. Hussitisch genug, wie man sieht!

In Nagy-Körös (Ungarn) haben unruhige Auftritte stattgehabt, zu denen eine Weidevertheilung den Anlaß oder vielleicht blos den Vorwand darbot. Ein gewisser Johann Szabo, welcher schon 1861 eine Ruhestörung anstiftete, bei der das Militär einschritt und einige der Tumultuanten auf dem Platze blieben, war von neuem der

Aufwiegler. Diesmal erschien er mit einer schwarzen Fahne, worauf ein Todtenkopf abgebildet war; seine „Partei" war mit Feuergewehren bewaffnet; der zusammengelaufenen Volksmenge erklärte er, heute müsse noch Einer und der Andere „hin" werden. Gegen Abend, als der Tumult wuchs, requirirte der Bürgermeister telegraphisch eine Schwadron Kavallerie aus Kecskemet, welche denn auch alsbald eintraf, die Straße säuberte, und eine Anzahl Verhaftungen vornahm. Johann Szabo jedoch ist entkommen. Die Stadt wünscht die Zutheilung einer ständigen Garnison.

15. Mai 1868.

„Preußen und das preußische Volk kennen keinen Haß gegen Oesterreich." Mit diesem Ausspruch hat Hr. Löwe aus Calbe sicherlich Recht; es wäre auch schwer ein Motiv denkbar, aus dem man uns einen Haß dafür nachtragen sollte, daß wir 1866 angegriffen worden sind. Von uns ging ja der Krieg nicht aus. Diese Thatsache ist auch längst öffentlich anerkannt; schon in der Sitzung des preußischen Abgeordnetenhauses vom 1. Dezember 1866 bemerkte der Abg. v. Hennig: „Glauben Sie nicht, daß es immer möglich seyn wird, einen Staat ähnlich zu überraschen, wie wir diesmal Oesterreich überrascht haben. (Widerspruch und Unruhe rechts.) Ja, ob Sie es für falsch halten oder nicht, thatsächlich ist es doch richtig. Daß Oesterreich nicht in dem Maße gerüstet war, wie wir, Das erkennen auch alle maßgebenden Personen, namentlich die Militärs an, und darum bin ich der Ansicht, daß es unserer Regierung gelungen ist, Oesterreich zu überraschen." Warum sollte man uns nachträglich hassen dafür? Auch damals, glaube ich, hegte das preußische Volk keinen Haß gegen Oesterreich: wenn man die öffentliche Stimmung zu Rath gezogen hätte, wäre der Krieg vielleicht unterblieben. So aber unterblieb vielmehr das Zurathheziehen der Volksstimmung, welche somit keinen weiteren Effekt hatte. In dem Zollparlament hat sie dafür nun allerdings ein Votum, und es ist erfreulich, daß man sich dort gegen den Haß erklärt; wir hatten es übrigens auch gar nicht anders erwartet. Was haben Zollfragen mit Haß oder Liebe zu thun? So wenig als ein kaufmännisches Geschäft. So lange der Zollverein sich als eine „deutschnationale Schöpfung" gab, kam freilich auch eine nationale Beziehung mit

uns Zoll, denn auf Grundlage der letzteren gehörte, zur Herstellung der Sonderstaaten, natürlich auch Deutsch-Oesterreich mit hinein. In diesem Sinne bewarben wir uns um den Eintritt, jedoch vergeblich. Auch hierin liegt offenbar Nichts, was man uns erst zu verzeihen hätte, um gegen uns ohne Haß zu seyn. Jetzt ist davon ohnehin keine Rede mehr. In einer früheren Periode hätten wir freie Hand gehabt; jetzt ist die Wiederkehr einer ähnlichen Lage gar nicht denkbar, als wenn etwa Ungarn auf eine bloße Personalunion hinstrebte und dadurch eine Mauthlinie zwischen sich und dem österreichischen Gesammtstaat zöge. Zur Zeit des deutschen Bundes hatte überdies Preußen keine Distanz im Zollverein, vielleicht schloß man eben deshalb Oesterreich aus, weil man sonst fürchtete, sie nicht zu erlangen. Da aber das nationale Band zerrissen ist — denn offen gesagt, gibt es kein Deutschland mehr — geht uns Dies Alles Nichts mehr an, und der Zollverein hat für uns nur noch einen kaufmännischen Sinn. Darum also keine Feindschaft mehr! Wir können uns begegnen ohne Haß, gleich gleichgültigen Fremden, wenn sie der Zufall irgendwo zusammenführt, nur bleibt dabei immerhin etwas ... Gefühls übrig: eine Erleichterung war die Zerreißung des nationalen Bandes darum doch.

16. Mai 1849.

Der Finanzausschuß mit seinem Budgetentwurf bringt die Finanzfrage in eine Sackgasse. In den Vorlagen des Finanzministers war ein Princip, in ihm gegenseitig bedingender Zusammenhang, ein System; nach der Verlesung des Budgetentwurf's hat man Nichts mehr vor sich als Zersplitterung, Bruchstücke, Schnitzel und unzureichende Lappen. Die Urtheile der Zeitungen über diese Vorschläge lauten denn auch arg genug, der Stand der Dinge schadet dem parlamentarischen Kredite. Es wirken mehrfache Umstände dabei zusammen, wenigstens ein Theil des Ersterwähnten aber, nämlich das Erscheinen in unfertiger Gestalt vor dem Publikum, wäre vielleicht vermieden worden, wenn man das System der s. g. Abtheilungen hätte. Wie es scheint, verlieren dieselben eine parlamentarische Geltung, die von entschiedenem praktischem Werth ist. Jede Vorlage, die an das Haus gelangt, wird zuerst in die Ab-

theilungen gewiesen und dort vorläufig debattirt; aus den Abtheilungen sodann geht die betreffende Kommission oder der betreffende Ausschuß hervor, indem jede Abtheilung ein oder mehrere Mitglieder wählt. Die Folge davon ist, daß dieser Ausschuß, weil ja die Abtheilungen zusammengerechnet wieder das Plenum des Hauses sind, nicht in das Blaue hinaus zu arbeiten anfängt, sondern schon zum Beginn seiner Arbeiten die Kenntniß einer bestehenden Gesammtstimmung mitbringt. Auf diese Art kommt es nicht leicht vor, daß bei einer Generaldebatte das Haus plötzlich von einem ganz neuen, bisher ungeahnten Vorschlag irgend einer Art überrumpelt wird, den man nun erst wieder an den Ausschuß zurückverweist; jetzt freilich geschieht Dies häufig genug, bei dem Geschäftsgang des vorerwähnten Systems aber würde ein solcher Vorschlag nicht bis zur Generaldebatte hinter den Kulissen geblieben, sondern schon in einer der Abtheilungen zum Vorschein gekommen seyn. Eine Berathung im Klubb ist in so fern kein Ersatz dafür, als im Klubb politische Gesinnungsgenossen beisammensitzen, jene Abtheilungen aber durch das Loos bestimmt werden, also auch Mitglieder entgegengesetzter Farbe in sich begreifen. Die verschiedenen Meinungen platzen schon früher aufeinander. So kommt die Frage, um die es sich jeweils handelt, schon etwas gereifter an den Ausschuß, und wenn er einem Gesetzentwurf etwa seine Einkleidung abstreift, so läßt er das Kindlein darum nicht nackt laufen, sondern hat das Zeug für eine andere. Dieser Geschäftsgang ist praktisch, obwohl er nicht von den Engländern, sondern von den Franzosen herrührt. Ein Universalmittel gegen Schwierigkeiten liegt darin natürlich nicht; bei der jetzigen Methode aber kann man erleben, daß z. B. das Plenum des Hauses einen Ausschuß, den es doch selbst wählte, wegen isolirten Vorgehens schließlich im Rücken faßt und auf ihn Feuer gibt: — zu was war alsdann der Ausschuß vorhanden?

In dem Herrenhause ist das „interkonfessionelle Gesetz" (eine barbarische Wortfügung) in einer verhältnißmäßig kurzen Sitzung durchberathen und in dritter Lesung angenommen worden. Hofrath Rokitansky polemisirte scharf, obwohl diesmal nicht in der Färbung des populären Materialismus, gegen Windmühlen, d. h. gegen Gegner, die nicht vorhanden waren.

Auch keineswegs nach dem Spruche: „der Mohr hat seine Schuldigkeit gethan," und eben so wenig von einer altaristokratischen oder altbürokratischen Tradition aus findet es sich bedroht, sondern einfach aus den eigenen Reihen! Das verstehe, wer kann. Im Jahr 1848 machte sich ein politischer Witz über einen demokratischen Verein lustig, in dem ein jedes Mitglied, um Streitigkeiten zu vermeiden, Vorstand war: eine parlamentarische Partei aber kann doch wahrlich nicht deßhalb auseinanderfallen, weil nicht ein jedes Mitglied derselben Minister geworden ist! Es wäre Wasser auf die Mühle der gemeinsamen Gegner, wegschwemmend, was ihm irgend in den Weg käme. Hätte in Frankreich, als zuerst bürgerliche Minister auftauchten, ein Stück Bürgerthum selbst dafür scheele Blicke gehabt: nun, man hätte wahrscheinlich eben wieder Monseigneurs hingethan. Und wenn die französische Armee etwa einem General weniger Achtung erwiese, weil er aus ihren eigenen Reihen hervorgegangen wäre, weil er von der Pike auf gedient hätte: wie lange, glaubt man, würde alsdann der „Marschallsstab in der Patrontasche" ein anerkanntes Prinzip bleiben?

18. Mai 1868.

Die tschechische Festfeier in Prag ist ohne Exzesse vorübergegangen; daß wiederholt die Militärmusik auf der Schützeninsel durch Pfeifen und Gejohle zum Aufhören gezwungen wurde, gilt in Prag weiter nicht für eine Störung. Die Deutsch-Böhmen ihrerseits hielten sich fern; der „Verein für Geschichte der Deutschen in Böhmen" machte am Haupttage der Festlichkeiten einen Ausflug nach Leitmeritz. Auch die Geistlichkeit nahm keinen Antheil: von dem Adel bemerkte man nur Wenige; dafür waren russische „Gelehrte" aus St. Petersburg anwesend. Der große Festzug zur Grundsteinlegung des Theaters soll an 80,000 Köpfe stark gewesen seyn. (Andere schätzten die Zahl kaum auf die Hälfte.) Die Studenten erschienen richtig theilweise in Hussitentracht: das Theaterpersonal war in die neu erfundene althistorische Tschechentracht gekleidet, welche großen Beifall fand. Auch zeigten sich wirkliche, d. h. unerfundene Volkstrachten, wie z. B. die sehr kleidsame der Hannaken (rothe Pluderhosen mit hellgrüner Jacke). Eine Deputation der Rastelbinder hatte unter den herkömmlichen braunen Mänteln un-

[illegible]

[illegible]

[illegible]

„Räuber" am Ende nur in so weit ab, als sie lieber gleich alle vier wegnehmen. Aus Pesth schreibt man, daß der Rädelsführer von Nagy-Körös, Johann Szabo, nunmehr verhaftet ist.

---

19. Mai 1868.

Ein parlamentarisches Ministerium haben wir, aber am parlamentarischen Leben fehlt's noch mitunter. Wenn z. B. ein Volksvertreter sich gleichsam als einen Privatmann auffaßt, der sich um Rücksichten des Zusammenhangs nicht zu bekümmern brauche, so mag Das recht vergnüglich seyn, parlamentarisch aber ist es nicht. Im Parlament muß man die Politik anders treiben, als auf dem Kaffeehaus. Als Privatmann kann man politischen Launen und Liebhabereien den Lauf lassen; als Mitglied einer Volksvertretung hat man Pflichten auf sich, nicht blos gegenüber seinen Wählern, sondern auch gegenüber der Parteienbildung, und diesen Pflichten muß man Rechnung tragen im Interesse des parlamentarischen Systems, welches man denn doch wohl zu behalten wünscht. Man muß ein Ministerium unterstützen, oder man muß auf seinen Sturz ausgehen; in letzterem Falle muß man ein anderes in Bereitschaft haben zum Ersatz; in allen beiden Fällen muß man positiv wissen, was man will. Da handelt es sich nicht um Kritik oder Negation, da handelt es sich um die Aufgabe, politisch mitregieren zu helfen, wie in England. Das deutsche Mittelalter gebrauchte die Bezeichnung „wild" für Solche, die nicht irgend einem organischen Verband angehörten; in der Neuzeit bedient man sich des Wortes noch für Studenten, die sich keiner akademischen Verbindung, und für Volksvertreter, die sich keiner bestimmten Partei angeschlossen haben. Jenes verstößt nicht gegen die Universitätsgesetze; Diesem steht kein Paragraph der Verfassung im Wege, wohl aber ein Interesse des parlamentarischen Lebens. Eine Majorität nämlich, die blos aus „Wilden" in jenem Sinn bestünde, wäre eigentlich keine Majorität, d. h. nichts Ständiges, Haltbares, sondern ein wechselnder Zufall; sonach wäre sie auch keine Stütze für irgend ein Ministerium, und damit fiele natürlich auch der Anspruch weg, daß das Ministerium ein parlamentarisches seyn müsse. Um die Wahrheit zu sagen: vor lauter „Freiheit" läuft man Gefahr, dem Parlamentismus auf diese Art einen Stoß von unberechenbaren Folgen zu versetzen. Wenn

27. Mai 1868.

Die Finanzvorlagen werden erst im Lauf der kommenden Woche debattirt werden: über Pfingsten gehen die Mitglieder des Abgeordnetenhauses, sofern sie nicht hier ansässig sind, heim zu ihren Familien, und es erschien nicht passend, daß man eine so wichtige Debatte vorher angefangen und etwa halb vollendet abgebrochen hätte. In dem Verkehr mit den Wählern stellt sich wohl auch eine erneuerte Fühlung mit dem Volke her, welche nicht ohne Einfluß auf die Behandlung der Finanzfrage seyn wird. Bereits erheben sich von draußen her Stimmen, die mit dem herbeigeführten Zerwürfniß zwischen Parlament und Ministerium keineswegs einverstanden sind. So ist z. B. die Handelskammer in Brünn eben im Begriff, sich gegen das Vorgehen des Hrn. Skene zu erklären, welches nur den Zwecken der Reaktionspartei förderlich sey. Die Handelskammer in Prag hat einstimmig eine Petition an den Reichsrath beschlossen, die sich dahin ausspricht, es seyen zur Deckung des Defizits sowohl die Staatsgläubiger als die Steuerträger heranzuziehen, Erstere jedoch in einer die Kreditfähigkeit des Staats erhaltenden und seiner Würde entsprechenden Weise. Da die Handelskammern zugleich politische Wahlkörper sind (in den mährischen Landtag wählen die Handelskammern von Brünn und Olmütz je 3, in den böhmischen die zu Prag und Reichenberg je 4, die zu Pilsen und Budweis je 2, die Handelskammer von Eger 3 Abgeordnete), so erhalten ihre Aussprüche ein doppeltes Gewicht. (Von der Brünner Handelskammer ist Hr. Skene in den mährischen Landtag erwählt.) Einen tiefgehenden Eindruck auf die öffentliche Stimmung, welche sich bereits wieder pessimistisch zu färben begann, macht überdies die erfolgte Sanktionirung der konfessionellen Gesetze. Hiemit fällt denn auch die politische Seite des Konkordatsstreites weg, d. h. der Vorwurf einer absolutistischen Allianz, den man bis zur Anfeindung alles Kirchlichen, ja bis zu förmlichem Priesterhaß ausgebeutet hat. Nachdem so die Politik bei Seite geschafft ist, wird der Kirche gegenüber wieder eine andere Gesinnung sich anbahnen: die leidenschaftlichen Vorurtheile, welche bisher die Oberhand hatten, werden allmählig zu überwundenen Standpunkten werden. Schon jetzt melden sich die augenfälligsten Zeichen davon an: so wendet sich unter Anderm der heutige Eingangsartikel der alten „Presse“ gegen Johannes Ronge, welcher angekündigtermaßen dieser Tage hier eingetroffen ist. Die

seiner Enthebung vom Amte, sie mag auf sein Ansuchen erfolgt seyn oder nicht, ein Ruhegehalt ohne Rücksicht auf die Dauer seiner Amtswirksamkeit als Minister. Art. 2. Dieses Ruhegehalt wird mit 4000 Fl. österreichischer Währung bemessen, insoweit nicht kraft der allgemeinen Pensionsgesetze dem abtretenden Minister mit Rücksicht auf längere Staatsdienstleistung und das letztgenossene Gehalt ein höherer Genuß zusteht. Art. 3. Die Wittwe eines Ministers hat einen Jahresbezug von 1000 Fl. öst. W. während der Dauer des Wittwenstandes zu beziehen." Von den Ministern war während der Verhandlung über den Gesetzentwurf keiner anwesend. Früher bestand eine Gesetzvorschrift, daß kein zeitliches oder bleibendes Ruhegehalt über 8400 Fl. jährlich anzuweisen sey: dessenungeachtet übrigens bestehen derzeit Ministerpensionen von 16,800 Fl.

Man thut den Tschechen nicht Unrecht, wenn man ihnen eine Ueberschwänglichkeit und Gespreiztheit zuschreibt, die mit dem Gegenstand, um den es sich handelt, mitunter gar nicht im Verhältniß steht. Da haben sie nun eben die Grundsteinlegung zu einem tschechischen Theater als eine große Haupt- und Staatsaktion gefeiert, wie wenn damit eine ganz neue Aera für die tschechische Nationalität, ja fast eine Verjüngung und Wiedergeburt derselben anfinge. Hienach sollte man beinahe glauben, ein tschechisches Theater sey ihnen bisher versagt gewesen, natürlich durch „deutsche Unterdrückung". So ist es aber nicht. Prag hat schon jetzt ein tschechisches Theater, nur daß es kleiner ist, als das projektirte: da es jedoch selten voll wird, steht zu befürchten, daß das neue, bedeutend größere nur einen noch sichtbareren Kontrast zwischen dem Raum und dem Besuch aufweise. Es fehlt eben an einem entsprechenden Reichthum dramatischer Literatur in tschechischer Sprache, und was diese Lücke betrifft, so füllt sie ein steinerner Bau begreiflicher Weise nicht aus. Auch an Taktlosigkeiten aller Art hat es bei der Festfeier nicht gefehlt. Hr. Sladkowsky als Festredner kam unter Anderm auch auf die Schlacht am Weißen Berge zu sprechen (diese Hussenthümler können es nun einmal nicht verwinden, daß sie nicht mehr kurfürstlich pfälzisch sind), und sah in einer Vision ein „großes Grab" daselbst, „von Schaaren bewaffneter Söldner bewacht"; dann aber öffnet sich plötzlich das Grab, „die Söldner sinken betäubt nieder", und „der Tod ist vom Leben überwunden". Durch die Schlacht am Weißen Berge wurde die Ver-

bindung Böhmens mit dem Hause Habsburg wieder hergestellt. Die Beziehung ist also klar genug, aber sie paßte nicht in eine Festrede. Bei dem Festbankett im Saale des Sophienbades hielt Hr. Urban, der Vorstand des Baukomitee's, es für angemessen, den Toast auf den Kaiser als König von Böhmen theilweise in russischer Sprache auszubringen. Es würde der tschechischen Nationalität keinen Abtrag thun, wenn man Etwas von der Sitte der feineren Welt annähme: schon ein leiser Anflug davon würde dem Redner gesagt haben, daß in jenen Toast die russische Sprache eben so wenig passe, als etwa die russische Volkshymne zu einem persönlichen Empfang des Kaisers. Einer der anwesenden Gäste aus Petersburg und Moskau endlich brachte einen Trinkspruch aus auf die „allgemeine Slawenidee". Warum sollte ein echter Russe es nicht gerne sehen, wenn er auf Russen zweiter Klasse trifft?

Ein Versuch mit zwei sogenannten „Kriegsballons", der am 17. vor einer zahlreichen (theils zahlenden, theils nur in der Ferne versammelten) Masse von Zuschauern im hiesigen Prater stattfand, ist vorerst mißlungen. Nach Maßgabe desselben Geschmacks, dem wir in dem deutschen Wien eine „Entreprise des pompes funèbres" verdanken (als ob Wien eine Provinzialstadt von Frankreich wäre!) hatte man den einen Ballon „régulateur", den andern „observateur" getauft: allein, um in gleichem Geschmack fortzufahren, der „Hunternehmer atte guignon, denn die ballons refusirten zu steig tous les deux."

Der Arbeiterbildungsverein hatte sich gegen Spaltung nach Nationalitäten erklärt: nun ist aber im Schooße seines eigenen Vorstandes eine Mißhelligkeit ausgebrochen, die mit einem unheilbaren Risse droht. Die HH. Ertl und Mühlhauser vertragen sich nicht mehr mit einander. In der Arbeiterversammlung zu Floridsdorf hatte Hr. Ertl sich des Mitredens enthalten: später folgte ein heftiger Wortwechsel zwischen ihm und Hrn. Mühlhauser. Dieser beschuldigte ihn, er wolle den Verein nur nach seinen Ideen leiten und arbeite Nichts im Ausschuß: Hr. Ertl aber beklagte sich über das Nichtsthun Anderer: gegen ihn agitire man, und in Schwechat habe man ihm gedroht, ihn aus dem ersten Stockwerk zum Fenster hinaus zu werfen. Breves ac infausti, sagt Tacitus irgendwo aus Anlaß eines Popularitätsumschlags, populi amores!

21. Mai 1868.

Mit dem Büdget hat es das Abgeordnetenhaus jetzt eigentlich recht bequem: der gewöhnliche Hauptpunkt aller Schwierigkeiten (Armee und Flotte ꝛc.) liegt nun den Delegationen ob, welche aber für dieses Jahr bereits mit ihrer Aufgabe fertig sind, und was die Zuständigkeit der Delegation an Geschäft übrig läßt, darein theilen sich Wien und Pesth. Dessenungeachtet hat sich in der gestrigen Büdgetverhandlung eine Schwierigkeit ergeben, die dem finanziellen Fortschritt gleichsam neuerdings einen Prügel zwischen die Füße wirft. Dr. Ryger nämlich erhob ein Bedenken darüber, daß für den Staatsschuldenconto bestimmte Ziffern in das Büdget aufgenommen sind, während doch über die von der Regierung eingebrachten Finanzmaßregeln weiter noch Nichts entschieden ist, als daß der Ausschuß mit ganz andern Stipulationen umgeht. Da hienach, sagte er, sowohl die Ziffer der Couponsteuer als die Tilgungsquote der Staatsschuld eine ganz andere seyn werde, so stelle er den Antrag, die Berathung und Beschlußfassung über das Kapitel „Staatsschuld“ im Ausgabebüdget zu vertagen, bis über die Finanzvorlagen der Regierung in diesem Hause ein endgiltiger Beschluß gefaßt sey. Als wäre eine Popularitätsprämie ausgesetzt für Jeden, der in der schon sattsam verwickelten Finanzfrage noch einen Knoten weiter anzubringen vermöge, so ertönte bei diesem Antrag ein schallendes Bravo. Vergeblich wies der Generalberichterstatter, Hr. Winterstein, auf die unendliche Verschleppung hin, welche die Folge einer Annahme des Antrags seyn würde: denn auf diese Art komme vorerst Nichts in das Herrenhaus hinüber, es gerathe Alles in Stockung, und mit dem Büdget gehe es erst wieder vorwärts, wenn über sämmtliche Finanzvorlagen der Regierung eine Uebereinstimmung beider Häuser erzielt sey und das Ganze die Sanktion des Kaisers erlangt habe. Das ist nun freilich eine Perspektive auf sehr weit hinaus! Dr. Brestel, der Finanzminister, gab zu bedenken, daß aus der Annahme der Ziffer im Voranschlag, welche nur das wahrscheinliche Erforderniß zur Deckung bezeichne, ja keinerlei Präjudiz erwachse: denn das Finanzgesetz, von welchem der Voranschlag nur ein Theil sey, besage ausdrücklich: „über die Art der Bedeckung des Defizits wird ein besonderes Gesetz bestimmen.“ Jedoch bei der Abstimmung wurde der Ryger'sche Antrag mit 71 gegen 58 Stimmen angenommen.

[illegible] Dif- [illegible] in Bezug auf [illegible]fragen, wozu das [illegible] Dr. Ba- [illegible] das Gesetz des [illegible] für Böhmen, wodurch [illegible] genöthigt werden [illegible] eine vollständig [illegible] Dr. Hanisch, machte be- [illegible] nicht im [illegible] In Bezug auf Dalmatien wur- [illegible] Gymnasien nur [illegible] eine Theilung [illegible] slavische. Es scheint [illegible] das Italienische die [illegible] der ethnographischen [illegible] hat. Von Seite der Slowenen wurde [illegible] slowenische Universität [illegible] auch seine [illegible] Schwierigkeiten hatte, da die slowenische Sprache sich wenig für wissenschaftliche Doktrinen eignet. [illegible] Dr. Bauer aus Görz [illegible] auf das Bestimmteste die Errichtung einer [illegible] Universität, obwohl die Grundschichte der Bevölkerung [illegible] slavisch ist. Der Unterrichtsminister, Ritter v. Hasner, berief sich all diesen verschiedenartigen Ansprüchen gegenüber einfach auf das Staats-Grundgesetz, wonach alle Nationalitäten gleich berechtigt sind und keinerlei Zwang zur Erlernung der Sprache einer andern Nation stattfinden darf; dieses Prinzip werde streng zur Durchführung gelangen. Er werde zum Theil noch in dieser Session, jedenfalls aber in der nächsten, das Haus mit zahlreichen Vorlagen in Bezug auf das Unterrichtswesen zu beschäftigen haben, und es verstehe sich von selbst, daß darin jedem Lande nach seinen Bedürfnissen Rechnung getragen werde. Bis jetzt, scheint es, sind den Slawen gegenüber mehrfach die Deutschen, einem italienischen Element gegenüber aber mehrfach die Slawen benachtheiligt. Ein Verständniß für die Interessen des Gesammtreichs spricht sich weder in der einen noch in der andern künstlichen Bevorzugung aus: man regierte in dieser Beziehung bisher so ziemlich in den Tag hinein.

---

22. Mai 1868.

Was den Tschechen das Herz erfreuen würde, Das wäre ein vereinigtes Böhmen-Mähren mit einer Sonderstellung gleich der Ungarns. Ob ihre Führer in der That an einen bestehenden Rechtsanspruch dieser Art glauben, weiß ich nicht; daß aber die Tschechen weder besondere tschechische „Gesetze von 1848" zu reklamiren, noch in das Jahr 1848 hinein eine Verfassung gleich der ungarischen gebracht haben, Das liegt vor den Augen aller Welt. Es ist ein Unterschied, der in's Gewicht fällt. Was die Tschechen wollen, Das geht hinter 1620 (Schlacht am Weißen Berge) zurück; 1619 haben sie allerdings die Losreißung von Oesterreich und eine Königswahl aus einem andern Fürstenhause gehabt. So weit ging Ungarn 1849 nicht: als Ludwig Kossuth die ungarische Krone einem russischen Großfürsten zuzuwenden gedachte, fand er sich so sehr isolirt, daß er nicht gerne daran erinnert wird, und es vorzieht, die Thatsache nunmehr in Abrede zu stellen. Niemals hat Ungarn sich russisch gebährdet; auch Das ist ein mächtiger Unterschied. Kein ungarischer Wortführer würde in einem feierlichen Toast auf seinen König theilweise russisch sprechen, wie es bei dem jüngsten Festbankett in Prag ein Wortführer der Tschechen that. Unter solchen Umständen aber hinter die Schlacht am Weißen Berge zurückzugehen, Das wäre für Böhmen so viel verlangt, als wenn man für Ungarn die Wiedereinsetzung Kossuths verlangt hätte. Es ist Tollmannswerk, von der österreichischen Gesammtheit jemals das Zugeständniß einer derartigen Losschälung Böhmens und Mährens zu hoffen oder zu erwarten; gibt es doch in Böhmen und Mähren selbst nur um einen geringen Bruchtheil der Bevölkerung weniger Deutsche, als man dort Tschechen zählt! Für diese Deutschen käme eine Absonderung von dem österreichischen Mittelpunkt einer moralischen Selbstvernichtung gleich, und dieser werden sie sich entgegenstemmen um jeden Preis. Nur der Zusammenhang mit Oesterreich schützt sie vor der Gefahr einer Unterjochung durch das tschechische Element, so wie er hinwiederum die Tschechen schützt vor Unterjochung von einer andern Seite. Nicht Jedermann in Europa ist panslawistisch: auch eine russische Annexion übrigens, wenn sie jemals gelänge, ließe nicht eine tschechische Selbständigkeit übrig. Zu einer Weltmacht für sich aber würde auch im besten Fall ein Königreich Böhmen-Mähren nicht berufen seyn. Die tschechische Selbstüberschätzung, scheint mir,

vertrag mit dem deutschen Zollverein veranlaßte nur eine kurze Debatte. Hr. v. Mayer (aus Leoben), obwohl für die Annahme des Vertrages, sprach sich dahin aus, daß der neue Tarif zwar einige schätzenswerthe Zugeständnisse enthalte, aber mehrere unserer wichtigsten Industriezweige empfindlich schädigen werde: für ihn sey daher nur das politische Moment der Frage maßgebend, nämlich daß man den Deutschen nicht wohl versagen könne, was man den Engländern bereits in so verschwenderischer Weise gewährt habe. Handelsminister v. Plener setzte im Gegentheil auseinander, daß der Vertrag ein neuer Fortschritt auf der schon 1853 eingeschlagenen Bahn sey, nicht etwa eine unabwendbare üble Folge des englischen Vertrags. Der neue Tarif werde freilich unserer Industrie theilweise einen schweren Kampf verursachen: allein wenn sie ihr Selbstvertrauen, ihren Muth, und ihre bisher bewährte Kraft nicht verliere, so werde er sie nicht zu einer Niederlage, sondern zu einem ehrenvollen Siege führen.

Der gestern früh stattgehabten Hinrichtung des Raubmörders Ratkay, welcher erst seit der Eröffnung des Todesurtheils den Weg zur Reue fand, wohnte eine Volksmenge von vielleicht 25,000 Menschen bei, deren größerer Theil den Akt als ein Schauspiel für die Neugier mit rohem Vergnügen ansah. Mit Recht rügt Das die Tagespresse: der „Wanderer" jedoch hat ebenfalls Recht, wenn er bemerkt, daß Dies kein Argument gegen die Todesstrafe an sich, sondern nur gegen deren unbeschränkte Oeffentlichkeit ist. Andere Blätter sprechen in dem Sinne, als ob die Hinrichtung als eine Strafe für das Geständniß erscheine: logisch genommen steht auch hier eine Einwendung entgegen, nämlich die, daß damit kein Argument gegen das Geständniß, sondern nur gegen dessen statuirte Unentbehrlichkeit bei sonst vollständiger Beweisführung vorliegt. Die Einführung der Schwurgerichte wird, wie mancherlei anderen, so auch dieser „Unentbehrlichkeit" ein Ende machen.

In Pesth erschien dieser Tage ein sogenannter „Nazarener" im städtischen Konskriptionsamt, um die Geburt eines Knaben zum Behufe der Eintragung in die Matrikel der Stadt anzumelden. Die Sekte der Nazarener oder „Nachfolger Christi" erkennt keine der bestehenden Kirchengenossenschaften an und verwirft die Taufe.

In politischer Hinsicht zeigt sich in Ungarn immer rühriger gewisse Opposition gegen die ungarische Zentralisirung. So

In Laibach, oder vielmehr in dessen Umgegend, hat der slowenische Panslawismus wieder eine Demonstration mit rohen Exzessen gemacht. Der Laibacher Turnverein hatte nämlich einen Maiausflug nach dem zwei Stunden entfernten Orte Monsburg veranstaltet, und zahlreiche eingeladene Gäste aus der Elite der Laibacher Gesellschaft schlossen sich an. Auf dem Rückweg aber wurden die Festtheilnehmer von slowenischen Bauernburschen, die dazu aufgehetzt (vielleicht auch bezahlt) waren, in vereinzelten Partieen angefallen, und es ging nicht ohne blutige Verletzungen ab. Die slowenischen Patrioten steckten lange Stangen zwischen die Räder, um die Wagen zum Halten zu bringen, und gingen alsdann zum Angriff auf die Personen über, Slava! Es waren Banden von 20 bis 30 Mann in Aktion, auf verschiedenen Punkten als Wegelagerer vertheilt, und verabredeten Signalen gehorchend. Selbst Damen wurden als Feinde behandelt. Ein Offizier zu Pferd erhielt einen Steinwurf an den Kopf, und das Pferd wurde verwundet. Erst als der Großtheil der Turner und die Mannschaft der Regimentsmusik von Hunn nachkam, gelang ein Angriff in Masse auf die Wegelagerer; die Banden derselben zerstreuten sich, und man brachte vier Gefangene gebunden mit nach Laibach. Seitdem sind noch etwa zwanzig Mitschuldige festgenommen und dem Landesgericht zu weiterer Untersuchung eingeliefert worden. Die gebührende Strafe wird nicht auf sich warten lassen.

24. Mai 1868.

Es ist unleugbar, wir befinden uns bereits mitten in der Reaktion, d. i. in parlamentarischer Reaktion gegen das parlamentarische Ministerium. Gottlob, daß man wieder eine ernstliche Opposition sieht: Opposition muß man machen, so wie so, denn wozu wäre sonst das Ministerium da? Ein Minister sitzt immerdar auf der Armesünderbank. Zwar meinen Einige, wenn das Ministerium aus der parlamentarischen Majorität genommen sey, so opponire man ja gegen seine eigene Schöpfung, gegen sein Fleisch und Blut gleichsam; allein darauf entgegnen Andere sehr richtig: „d'rum hätten wir eben kein parlamentarisches Ministerium gebraucht!" Opposition ist natürlich nicht etwa ein Mittel, um irgend etwas Positives zu erlangen, sondern sie ist Selbstzweck, zunächst

also handelt es sich unter allen Umständen darum, daß man Opposition macht, gleichviel gegen wen oder gegen was, nur um das heilige Feuer der Vesta nicht erlöschen zu lassen. Ein hiesiges Blatt hat den Grundgedanken sehr glücklich in Worte gefaßt: man kann ein parlamentarisches Ministerium wollen, aber man will kein ministerielles Parlament. So fügt sich Alles nach strenger Logik ineinander. Ein Minister wird natürlich ministeriell seyn, leider! — wenn also die bisherigen Führer der Opposition in das Ministerium eingesetzt werden, so ist es die erste Pflicht der betreffenden Partei, ihren bisherigen Führern sofort den Rücken zu kehren. Das erfordert die Selbstachtung, der gesunde Menschenverstand, der parlamentarische Takt. Allein zu was, mag man einwenden, ist denn ein parlamentarisches Ministerium gut? Antwort: zu Nichts, darum handelt sich's ja eben. Es ist ein Hinderniß der Freiheit, weil es die Opposition einzuschläfern droht. Keine Opposition aber kein Skandal, keine Hetze: — Das wäre für einen geläuterten Geschmack so „fad", wie nach einem Spruche Nestroy's der „Himmel", weil dort „Alles tugendhaft ist." Weiß Jemand einen ausgiebigern Stoff für Opposition, als ein Ministerium der Reaktion? Nein. Also darauf arbeite man los: um der Opposition gehörig Spielraum zu verschaffen, dazu ist ein reaktionäres Ministerium brauchbarer. Nieder mit dem parlamentarischen! . . . . Richtig verstanden, wie man sieht, hat dieser Sturmanlauf schon einen Sinn, wenn man ihn auch nicht Jedem, der als unbewußtes Werkzeug mitläuft, auf die Nase bindet.

25. März 1868.

Die Finanzfrage sprengt die bisherige Majorität des Abgeordnetenhauses auseinander. Der Büdgetausschuß, mit vierzehn Stimmen gegen acht beharrt darauf, sich gegen die Regierungsvorlagen über Vermögensteuer und Konvertirung der Staatsschuld ablehnend zu verhalten; wenn das Haus auf die Anträge des Ausschusses eingeht, soll die Regierung aufgefordert werden, „zur Deckung des im Jahre 1868 sich hienach ergebenden Defizits im Wege der Besteuerung die geeignete Vorlage ungesäumt dem Hause zu unterbreiten." Daß zur Ordnung des Staatshaushaltes die Steuerträger den Verhältnissen entsprechend beizuziehen seyen, und daß die Last, welche eine endgiltige Regelung der Finanzen erfordert, nicht

ausschließlich von den Staatsgläubigern getragen werden dürfe, erkennt auch der Ausschuß an; den von der Regierung eingeschlagenen Weg hält er jedoch nicht für den geeigneten, und will überhaupt, um nicht dem Steuerbewilligungsrecht für drei Jahre zu entsagen, wie er es auffaßt, keine Gebundenheit über die Bedürfnisse des laufenden Jahres hinaus. So die Majorität des Ausschusses, an deren Spitze Hr. Skene steht; da er sich barschen Formen zuneigt, drückt er als Berichterstatter den behandelten Streitfragen einen Stempel auf, der den feindseligen Inhalt keineswegs durch die Art der Einkleidung mildert. Die Minorität hat den Abg. Dr. Banhans zu ihrem Berichterstatter gewählt; der Obmann des Ausschusses, Frhr. v. Pratobevera, gehört zur Minorität und wird für dieselbe sprechen und stimmen. Der Klubb der Linken schließt sich der Minorität an. Diese ist übrigens mit der Regierung, der sie eine unentschiedene Haltung vorwirft, ebenfalls nicht sonderlich einverstanden: sie will eine zwanzigprozentige Couponsteuer, Zurückziehung der Vermögenssteuervorlage, dafür eine Personalklassensteuer und eine klassifizirte Einkommensteuer ꝛc. Wie man sieht, sind hier so vielerlei Negationen im Spiel, daß es denkbar ist, sie vereinigen sich in wechselnden Gruppen gegen diesen oder jenen Vorschlag siegreich, wobei aber als Ergebniß wenig oder gar nichts Positives übrig bliebe. Das Ministerium, meint man, habe wohl kaum eine andere Wahl, als sich auf die Seite der Minorität des Ausschusses zu stellen.

Die panslawistisch-tschechisch-hussitisch-theatralische Festfeier in Prag hat allerlei Zerwürfnisse in ihrem Gefolge. Wie die Polen, so haben auch die mährischen Slawen sich ferne gehalten. Dr. Prazak, einer der Führer der Letzteren, war zwar nach Prag gereist, nahm aber an dem panslawistischen Verbrüderungsfeste keinen Antheil, sondern machte an dem betreffenden Tage einen Ausflug nach Karlstein: eine weit stärkere Demonstration, als wenn er gar nicht nach Prag gekommen wäre. Von dem Russenthum wollen die mährischen Slawen Nichts wissen; während der tschechischen Moskaufahrt z. B. unternahm Dr. Prazak eine Reise nach Rom. Auf der andern Seite war die hussitische Färbung diesmal so stark aufgetragen, daß man sie nicht wohl vertuschen konnte; es gab nachhaltig Anstoß, daß das Prager Fest Erinnerungen an einen blutigen Kampf gegen die Kirche (auch gegen den Adel, von dem einige Mit-

Majorität des Hauses sich für Finanzmaßregeln erkläre, die das Ministerium als verderblich bezeichnet hat. Tritt aber dieser Fall ein, so scheint er vorauszusetzen, daß das Ministerium ganz gemüthlich sofort umsatteln und das Gegentheil seiner ausgesprochenen Ueberzeugung zum Vollzug bringen werde. Nach parlamentarischen Grundsätzen tritt das Ministerium in einem solchen Falle zurück oder es appellirt an neue Wahlen. Von der Opposition, die zu einer Krisis treibt, erwartet man deßhalb, daß sie ein anderes System und ein anderes Ministerium parat habe, um auch zur Ausfüllung der verursachten Lücke fähig zu seyn. Hrn. Skene aber, welcher durch seine Opposition das Ministerium „unterstützen" will, schwebt etwas Derartiges anscheinend gar nicht vor; aus seinen Aeußerungen schreibt er sich weder einen Beruf noch eine Verpflichtung zu, eintretenden Falls sich selbst vor den Riß zu stellen und für den Finanzminister, dessen Wege er durchkreuzt, einen Ersatzmann zu bieten. Eben Das ist es, was man unparlamentarisch nennt, und es ist nichts Wunderbares dabei, als daß Hr. Skene auch jetzt noch nicht recht zu verstehen scheint, wie Das gemeint ist. Nebenbei beklagte er sich über die offiziösen Blätter; die Regierung sey in der That nicht sehr glücklich von ihrer Preßleitung bedient. Dieser Vorwurf rief den Minister Dr. Berger auf den Kampfplatz. Es sey kein Geheimniß, daß er in der dermaligen Regierung mit der Preßleitung betraut sey. Ihm scheine, der Grund des Uebelwollens des Hrn. Skene liege vielmehr darin, daß die Tagespresse denselben nur allzu gut bedient habe; diejenige Presse aber, die am kräftigsten die Anträge des Berichterstatters bekämpfte, stehe zur Preßleitung auch nicht in der allergeringsten Beziehung; was die Bezeichnung „Bankerottirer" betreffe, so sey die Regierung wegen des Abzugs von 17 Prozent damit eben so gut bedient worden, als die Bank des Hrn. Skene wegen eines Abzugs von 25. Zur Generaldebatte waren gestern nicht weniger als 22 Redner eingetragen: 19 gegen und 3 für die Anträge der Ausschußmajorität, und von diesen haben in der gestrigen Sitzung erst fünf gesprochen (die beiden Berichterstatter haben nicht gesprochen). Unter den Rednern gegen die Majorität des Ausschusses befand sich auch Graf Dürkheim, welcher übrigens auch mit der Regierungsvorlage und der Minorität des Ausschusses nicht einverstanden ist; er behielt sich vor, entsprechende Anträge in der Spezialdebatte zu

26. Mai 1868.

Es scheint fast, die neue Oppositionspartei, die dem parlamentarischen Ministerium ein Bein stellt, hat einen „Plan" gleich dem Benedek'schen von 1866 im Kopf. In diesem Falle jedoch waltet ein nicht unwesentlicher Unterschied ob: wenn nämlich Benedek gesiegt hätte, so wäre er des öffentlichen Beifalls sicher gewesen; wenn aber jene Partei parlamentarischer Verstörung siegt, so wird Das Folgen nach sich ziehen, an denen die öffentliche Meinung schwerlich ihre Freude hat. Nehme man einmal an, das erste parlamentarische Ministerium werde durch Zersetzung der bisherigen Mehrheit gestürzt: wird damit nicht das Prinzip selbst umgeworfen seyn? Oder was für ein Motiv spräche ferner dafür, die Minister aus der parlamentarischen Mehrheit zu nehmen, wenn man die Erfahrung macht, daß eben in Folge davon — um nicht „ministeriell" zu heißen! — diese Mehrheit sich auflöst? Wo bliebe da noch eine Grundlage übrig, auf der man ein neues parlamentarisches Ministerium errichten könnte? Es ist klar, diese Koalition der Verstörung arbeitet thatsächlich nicht einmal für sich, sondern für andere Leute; sie streut eine Saat aus, die zum Vortheil Dritter aufgehen und in den Halm schießen wird. Schon jetzt arbeitet sie einem gemeinschaftlichen Gegner in die Hände. Nicht umsonst folgt das feudalistische „Vaterland" jedem Schritte weiter in dieser Richtung mit schadenfrohen Blicken; eine Selbstzerfleischung der Verfassungsfreunde im Schooße des Parlaments, Das ist ein Fund, zu dem man sich gratuliren darf. Alltäglich fühlen die Aerzte des „Vaterlandes" dem Patienten den Puls, und der Patient ist das Parlament selber. Die feudale Partei merkt sehr wohl heraus, um was es sich faktisch handelt; so klug hätten die Parlamentsverstörer ebenfalls seyn können. Drüben in Pesth versteht man sich auf die Pflege des Verfassungswesens besser: da greift Alles zweckdienlich ineinander, und man ist überlegt genug, nicht etwa ein Rad aus dem Uhrwerk herausnehmen zu wollen, wenn man Gefahr läuft, daß die Reparatur nachher einem Gegenpart zufiele. Alles zu seiner Zeit! Opposition ist eine Würze, wie das Salz; „wenn aber das Salz dumm wird," heißt es in der Bibel, „womit soll man würzen?"

statirte Hr. Groß, daß keineswegs, wie man vorgebe, die große Mehrheit des Bürger- und Bauernstandes sich für die Anträge der Ausschußmajorität ausspreche; auch er kenne den Geist der Bevölkerung, von einer derartigen Sympathie aber sey ihm Nichts bemerklich geworden. Frhr. v. Beust machte darauf aufmerksam, daß die Maßregel der Couponssteuer, selbst innerhalb der durch die Regierungsvorlage gezogenen Gränzen, ihm schon manche schwere Stunde bereitet habe und noch weiter bereiten werde, und sprach die Hoffnung aus, der Reichsrath und insbesondere dieses hohe Haus werde der Aufgabe, die der Minister des Aeußern unter schwierigen Zeitverhältnissen zu lösen habe, Rechnung tragen und nicht einen Beruf darin finden, diese Aufgabe noch zu erschweren und durch Potenzirung einer allerdings unwillkommenen, aber durch zwingende Umstände gebotenen Maßregel deren Vertretung nach außen fast zur Unmöglichkeit zu machen. Hr. Kaiser erklärte, wenn man die Finanzfrage auch jetzt nicht vollständig lösen könne, so dürfe doch die künftige Lösung nicht durch gegenwärtige Beschlüsse kompromitirt werden. Dies aber thue das Majoritätsgutachten, denn es wolle den Bankerott; es befürworte einen Rechtsbruch, den selbst das Sistirungsministerium nicht wagte. Außerdem kompromittire der Majoritätsantrag die parlamentarische Partei. „Wer ist es, der gegen die Vermögenssteuer am heftigsten agitirt? Es sind Jene, die gegen die parlamentarische Regierung agitiren. Wenn Sie die finanzielle Frage nicht lösen, so wird die klerikale, die nationale, und die feudale Reaktion sich vereinigen, um die neue Aera zu stürzen. Einen größeren Dienst können Sie der Reaktion nicht erweisen, als wenn Sie durch Annahme des Majoritätsantrages das parlamentarische System erschüttern, — wenn Sie durch das parlamentarische System den Bankerott machen und es der Reaktion erleichtern, die Zügel der Regierung zu ergreifen." So einleuchtend Dies ist, so hat man doch lebendige Beispiele vor sich, daß im Namen des Nichtzahlens eine solche Intrike ihre Zuhelfer findet: wie viele, Das entscheidet über die Schlußabstimmung.

---

7. Juni 1868.

Zuletzt ist aus der Finanzfrage denn doch noch eine Kabinetsfrage geworden. Bei der Eröffnung der Spezialdebatte gab der

„Presse“ erklärt es für das Gegentheil eines Fortschrittssymptoms, daß man „auf unsere Primitivität, auf unsere Empfänglichkeit für ungesunde Agitation spekulire.“ So lange das Konkordat noch herrschte, wäre ein Wort dieser Art entweder ungesprochen geblieben, oder es hätte gänzlich seinen Eindruck verfehlt. In einem ähnlichen Sinne sagt heute das Neue Fremdenblatt, aus Anlaß einer Schmähschrift gegen den Minister Giskra, es habe sich einer rügenden Kritik derselben enthalten, so lange das Ausbleiben der konfessionellen Gesetze die bisherigen sogenannten Errungenschaften „als provisorisch, als momentane Abfindung, als Köder für den großen finanziellen Fang erscheinen ließ.“ Jetzt aber bezeichnet es die Flugschrift als das „Geschreibsel eines feuchtohrigen Buben“, und spricht sich dahin aus: „Wäre es möglich gewesen, die konfessionellen Gesetze früher zu verkünden, ein unholder Geist, welcher struppiges, ungekämmtes Haar mit Volksthümlichkeit zu verwechseln scheint, würde es vielleicht nicht gewagt haben, an die Straßenecken das freche Wort: „Gegen Dr. Giskra“ hinzuklecksen.“ Das sind charakteristische Beispiele. Von gar manchem Angriff, der während des Konkordatsstreites über das Konkordat hinaus auf die Kirche selbst gerichtet war, ließ sich so ziemlich Dasselbe sagen, was nun die alte „Presse“ Hrn. Ronge und das „Neue Fremdenblatt“ der Schmähschrift auf Giskra entgegenhält.

Aus Anlaß der bevorstehenden Hinrichtung eines Raubmörders, der mit ganz besonderer Herzlosigkeit zu Werke ging und dessen Todesurtheil der Kaiser genehmigt hat, rührt sich die Modethorheit des Verdammens der Todesstrafe wieder. Wenn man die von dem Räuber Ermordete gefragt hätte, sie hätte vielleicht ebenfalls ein Leben in Gefangenschaft dem Verluste desselben vorgezogen, und sie war denn doch der unschuldige Theil. Die Staatsgesellschaft ihrerseits ist jedem Staatsbürger möglichsten Schutz seines Lebens schuldig, und den zweiten Mord, den ein Begnadigter beginge, den beginge der Staat selbst. Kein Gefängniß der Welt gewährt eine vollständige Sicherung dagegen. In der ganzen österreichischen Monarchie übrigens werden jährlich nicht halb so viele Verbrecher hingerichtet, als in der einzigen Stadt Wien jährlich Unschuldige gerädert werden, weil es nun einmal den Rosselenkern aller Stände beliebt, in tollem Hineinfahren auf ein dichtes Menschengedränge eine Art von Ehrenpunkt zu sehen. Diese rohe

Barbarei läßt unsere Tagespresse vollkommen gleichgiltig: darum nenne ich jene Sentimentalität, die sich für Mörder, nicht aber für unschuldige Opfer interessirt, eine Modethorheit.

---

28. Mai 1868.

Den Herren Abgeordneten stehen nur kurze Pfingstferien in Aussicht. Gestern wurde das neue Gesetz über die Handels- und Gewerbekammern (Erweiterung ihrer Kompetenz) erledigt: heute kommt noch die Regierungsvorlage in Betreff einer provisorischen Statutenänderung der Nationalbank an die Reihe. Das Präsidium hatte für die heutige Sitzung die Finanzvorlagen auf die Tagesordnung zu setzen beabsichtigt; Hr. Skene stimmte ihm bei, und Hr. Zyblikiewicz meinte sogar, man solle Freitag, Samstag, Sonntag, Montag Sitzung halten, bis man zu einem Abschluß über diesen Gegenstand gelangt sey. Dr. Groß (Wels) machte dagegen bemerklich, daß der Minoritätsbericht über die Finanzvorlagen noch nicht einmal gedruckt vorliege, und stellte den Antrag, die Verhandlung der Finanzfrage auf die Tagesordnung der ersten Sitzung nach Pfingsten und zwar auf nächstkommenden Mittwoch zu setzen. Auch Dr. Rechbauer war für den Aufschub; es liege im Interesse des Volkes, nicht daß die Sache sogleich, sondern daß sie gut erledigt werde, und dazu sey erforderlich, daß man sie wohl überlege, prüfe, und erwäge. Der Präsident, obschon er nach der Geschäftsordnung das Bestimmungsrecht hat, zog das Haus zu Rathe, welches den Antrag des Hrn. Groß mit 71 gegen 63 Stimmen annahm. Ein Schluß auf die Parteienstellung in der Finanzfrage selbst läßt sich hieraus übrigens nicht ziehen, da es ganz wohl denkbar ist, daß ein Abgeordneter, wenn auch der Skene'schen Auffassung sonst nicht abgeneigt, darum doch die Pfingsttage lieber in seinem Familienkreise zubringt, als im Sitzungssaal. Was den Minoritätsbericht anbelangt, so will er zur Deckung des Defizits von 1868 Gesetzvorlagen, durch die der Zwölftelzuschlag bei der Grundsteuer und der Drittelzuschlag zum Ordinarium der Haus-Klassensteuer wieder eingeführt, die Erwerb- und Einkommensteuer entsprechend geregelt und erhöht, und eine Luxussteuer eingeführt werden soll.

In Prag dauern die tschechischen Demonstrationen gegen deutsche Musik bei Gartenkonzerten fort; man ist jedoch nunmehr auf ein

einfaches Gegenmittel verfallen, bestehend darin, daß der Wirth sich seines Hausrechtes bedient und die Ruhestörer vor die Thüre setzt. Seit der Promulgirung der konfessionellen Gesetze kann man nun auch in hiesigen liberalen Blättern Aeußerungen lesen, wie zum Beispiel folgende: „Wir hören mit Verwunderung, daß auch katholische Geistliche sich an dieser nationalen Hussitenschwärmerei betheiligten. Wir sind die Letzten, welche die in der Verfassung garantirte Glaubens- und Gewissensfreiheit irgend Jemand verkümmern wollten: wir wären aber begierig, zu hören, was ein solcher Geistlicher seinen Pfarrkindern am Tage des heil. Johann von Nepomuk von der Kanzel herab über die Bedeutung dieses kirchlichen Festtages predigt, und wie er sich aus dem Dilemma herauszieht, das zwischen seinem Amtsberuf und seinem Hussitenthum besteht!"

In Roveredo (Südtyrol) haben die Issimi wieder einmal Skandal gemacht. Am 2[illegible]., als man einem Besuch aus Trient das Geleite bis an den Bahnhof gab, wurden aufrührische Rufe ausgestoßen, am Bezirksamt und Postgebäude, so wie bei dem Offiziers-kaffeehause, die Fenster eingeschlagen, überhaupt all' der bekannte Unfug verübt, dessen öftere Wiederkehr das Ansehen der Regierung untergräbt. Man glaubt sich in das Jahr 1848 zurückversetzt, wo manche Behörde weit mehr Respekt vor dem Pöbel, als vor ihren Vorgesetzten an den Tag legte. Quousque tandem!

Im ungarischen Unterhaus erstattete die Kommission ihren Bericht über den Handelsvertrag mit Preußen. Es ist Alles recht daran, nur soll neben dem „Kaiser von Oesterreich" überall ausdrücklich der „König von Ungarn" stehen, und anstatt „Oesterreich" soll es heißen: „die Staatsgebiete Sr. Majestät"; alsdann wird die Wohlfahrt Ungarns gerettet seyn.

-

29. Mai 1868.

Vielleicht wirkt bei der neuen Opposition eine gewisse Besorgniß mit, durch Erhöhung der Steuerlast die Gunst der Wähler zu verlieren; im Ganzen jedoch ist die natürliche Oppositionslust eine genügende Motivirung. Gerne zu opponiren, Das liegt im Blut. Wie ein Alp lastete auf uns die Rücksicht, daß gegen ein Ministerium, das man der Majorität entnommen habe, nun ein feindseliges Vorgehen dieser Majorität ungeziemend sey. Es war ein harter

Bann. Da durchbrach ihn ein keckes Beispiel, stieß den alten Oppositionsruf aus, fand hervorquellende Sympathien dafür, und, wie Schiller treffend ein ähnliches Zujauchzen schildert,

> Des Beifalls lang gehemmte Lust
> Befreite aller Hörer Brust.

Es ist Dies ein Trieb der Natur. So wie die ungefälschte Jugend lieber Vakanz hat, als einen Schultag, lieber im Freien herumspringt, als in der Stube sitzt, lieber laut hinausschreit, als sich still verhält, so gefällt sich auch ein Naturkind der Politik am besten in der Rolle der Opposition, sieht in parlamentarischer Disziplin eine Fessel, und wird stets lieber zu einer Zerstörung mithelfen, als zu einem Aufbau. Daß übrigens eine Sammlung von Negationen, wie man sich ausdrückt, nichts Positives zuweg bringe, oder, um das Kindlein gleich bei dem rechten Namen zu nennen, daß die neue Opposition nicht im Stande seyn werde, ein Ministerium zu bilden, Das ist Pedanterei. So schwer ist die Sache nicht. Man nimmt Hrn. Skene zum Finanzminister, Hrn. Greuter zum Minister des Kultus und Unterrichts, Hrn. Ryger für die Zentralisation, einen Slowenen für den Föderalismus, et sic de ceteris, die gottlob zahlreichen Leute aber, denen der Staat Geld schuldig ist, zur Bestreitung der Kosten, und das neue Ministerium ist fertig. Es läge darin die Durchführung einer Aufgabe, die in der Staatskunst für schwer, aber für großartig gilt, nämlich die Vermittlung der Extreme und ihre Aussöhnung. Mißgünstige Tadler werden dann freilich sagen, auf diese Art habe das neue Ministerium allzu verschiedenartige Elemente in seinem Schooß; allein um so besser wird es befähigt seyn, sich mit einer kompakten Majorität zu verständigen, welche ihrerseits ebenfalls zehnerlei Meinungen hat. Was die angebliche Rücksicht betrifft, ein aus parlamentarischer Mehrheit entsprungenes Ministerium nicht mit parlamentarischem Krieg zu überziehen, so ist Das sehr einfach. Will man durchaus daran festhalten, gut, so warte man noch, bis das neue Ministerium im Amt ist; alsdann wird es auch diesem Grundsatz eine versöhnende Hand bieten.

---

30. Mai 1868.

„Deutsche Bruderherzen“ — es ist ein Anerbieten, das Graf Bismarck macht — „und deutsche Bruderhände für jegliche Lage des

Lebens“..... Um Gotteswillen nicht! Ich bin kein Pessimist, aber es wird mir unheimlich, wenn wieder zu den Phrasen des Nationalvereins gegriffen wird. Schon einmal ist aus solchen Redeblumen die Schlange eines Bürgerkriegs herausgeschlüpft, und ich wünsche Deutschland keinen zweiten. Ein russisches Sprichwort sagt: „küsse die Hand, die Du abzuhauen gedenkst!“ In dieser Art hat man der Einheit Deutschlands einen Kuß gegeben. Als Alles fertig war, fanden sich statt einer lockern Einheit, die aber das Ganze umfaßt hatte, sieben Bruchstücke vor; Oesterreich war für undeutsch erklärt, Luxemburg und Limburg eingebüßt, und selbst der Name „Deutschland“ in Brüche gefallen. In dem bekannten Urtheil Salomo's ist hierüber bereits ein Erkenntniß gefällt. Jenes Weib, dem es recht war, wenn man das streitige Kind entzweihiebe, war die rechte Mutter nicht. Die Politik Bismarck's ist nicht der Ausdruck eines deutschnationalen Gedankens; sie ist es niemals gewesen, und wird es niemals werden.

31. Mai 1868.

In Betreff der Finanzvorlagen hat sich die Situation etwas geklärt. Die Majorität des Ausschusses wird im Hause selbst wahrscheinlich in die Minorität kommen, die Minorität des Ausschusses aber die Oberhand erhalten. Wie sich aus den Umständen ergibt, hat das Ministerium kaum eine andere Wahl, als sich mit dieser voraussichtlichen Majorität des Hauses zu befreunden; es wird zufrieden seyn, wenn an die Stelle der beabsichtigten Vermögenssteuer ein ausgiebiges Aequivalent anderer Steuern gesetzt wird, und wenn das Haus eine Couponbesteuerung von 20 Prozent will, so wird es an diesem Punkte das angebahnte Einverständniß wohl nicht scheitern lassen. Die Hauptsache ist immerdar die, daß in der That durch eine außergewöhnliche Anstrengung aller Kräfte das chronische Defizit gründlich beseitigt wird und beseitigt bleibt, weil nur auf diese Art den Staatsgläubigern eine Entschädigung für das ihnen angesonnene Opfer, nämlich durch größere Sicherheit des Kapitals, in Aussicht steht.

Das Oberhaus hat einen Tag länger ausgeharrt, als das Unterhaus, und in seiner letzten Sitzung (am Freitag) noch vier Gesetze erledigt, deren eines, das über die Branntweinsteuer, nicht ohne wesentliche Aenderungen durchging. Der Zoll- und Handels-

vertrag mit dem deutschen Zollverein **veranlaßte nur eine kurze** Debatte. Hr. v. Mayer aus Leoben), **obwohl für die Annahme** des Vertrages, sprach sich dahin aus, **daß der neue Tarif zwar** einige schätzenswerthe Zugeständnisse **enthalte, aber mehrere seiner** wichtigsten Industriezweige empfindlich **schädigen werde; für ihn sei** daher nur das politische Moment der **Frage maßgebend, nämlich** daß man den Deutschen nicht wohl **versagen könne, was man den** Engländern bereits in so verschwenderischer **Weise gewährt hatte.** Handelsminister v. Plener setzte im Gegentheil **auseinander, daß der** Vertrag ein neuer Fortschritt auf der schon 1853 **eingeschlagenen** Bahn sey, nicht etwa eine unabwendbare **üble Folge des englischen** Vertrags. Der neue Tarif werde **freilich** unserer **Industrie theil**weise einen schweren Kampf verursachen: **allein wenn sie ihr Selbst**vertrauen, ihren Muth, und ihre bisher bewährte **Kraft nicht verliere,** so werde er sie nicht zu einer Niederlage, **sondern zu einem ehren**vollen Siege führen.

Der gestern früh stattgehabten Hinrichtung **des Raubmörders** Rattan, welcher erst seit der Eröffnung des **Todesurtheils den Weg zur** Reue fand, wohnte eine Volksmenge von vielleicht 25,000 Menschen bei, deren größerer Theil den Akt als ein Schauspiel für die Neugier mit rohem Vergnügen ansah. Mit Recht rügt Das die Tagespresse: der „Wanderer“ jedoch hat ebenfalls Recht, wenn er bemerkt, daß Dies kein Argument gegen die Todesstrafe an sich, sondern nur gegen deren unbeschränkte Oeffentlichkeit ist. Andere Blätter sprechen in dem Sinne, als ob die Hinrichtung als eine Strafe für das Geständniß erscheine; logisch genommen steht auch hier eine Einwendung entgegen, nämlich die, daß damit kein Argument gegen das Geständniß, sondern nur gegen dessen statuirte Unentbehrlichkeit bei sonst vollständiger Beweisführung vorliegt. Die Einführung der Schwurgerichte wird, wie mancherlei anderen, so auch dieser „Unentbehrlichkeit“ ein Ende machen.

In Pesth erschien dieser Tage ein sogenannter „Nazarener“ im städtischen Konskriptionsamt, um die Geburt eines Knaben zum Behufe der Eintragung in die Matrikel der Stadt anzumelden. Die Sekte der Nazarener oder „Nachfolger Christi“ erkennt keine der bestehenden Kirchengenossenschaften an und verwirft die Taufe.

In politischer Hinsicht zeigt sich in Ungarn immer rühriger eine gewisse Opposition gegen die ungarische Zentralisirung. So

haben die Rumänen Siebenbürgens eine große Volksversammlung gehalten, deren Ergebniß auf nichts Geringeres hinausgeht, als auf die Ungiltigkeitserklärung aller vom Pesther Reichstag erlassenen Gesetze in Bezug auf Siebenbürgen, Herstellung der Hermannstadter Landtagsartikel von 1863, Wiedereinberufung des siebenbürgischen Landtags, volle Autonomie Siebenbürgens &c. &c. Mutatis mutandis ist Das auf und nieder dieselbe Art von Polemik, die seiner Zeit von Pesth aus gegen eine gesammtösterreichische Zentralisation im Gange war: nur sind die Rollen dabei jetzt anders vertheilt.

3. Juni 1868.

Es ist nicht unwahrscheinlich, daß die Finanzfrage vorerst mit einem bloßen Provisorium ausgeht. Man kann das Defizit für das laufende Jahr decken, wenn man neben der Couponsteuer und dem Erlös aus zu verkaufenden Staatsgütern noch Hypothekarscheine und eine Erhöhung der Gewerbe- und Einkommensteuer zu Hilfe nimmt: die Frage eines passenden Ersatzes für die sogenannte „Vermögenssteuer", welche als solche durchgefallen ist, kann man alsdann dem nächsten Reichsrathe zur Entscheidung überlassen. Für diesmal sitzt der Reichsrath schon so lange Zeit, daß man sich nicht wundern darf, wenn die Mitglieder nachgerade ermüdet sind. An die Gefahr einer Kabinettskrisis (sie würde eintreten, wenn die fünfundzwanzigprozentige Couponsteuer durchginge) glaube ich so eigentlich nicht, weil die Majorität gegen ein handgreifliches politisches Interesse handeln würde, wenn sie das erste parlamentarische Ministerium in Oesterreich umstieße. Indeß verschwören kann man Nichts: es ist ja auch sonst schon vorgekommen, daß durch Ueberrumpelung einer Anzahl Stimmen unversehens ein anderes Ergebniß heraussprang, als man früher vorausgesetzt hatte oder nachher gutthieß. Ganz expreß aber wurde seiner Zeit Hr. v. Schmerling gestürzt, und zwar durch seine frühere eigene Partei, obwohl es keineswegs politisch klug war, auf diese Art dem Grafen Belcredi in den Sattel zu helfen.

Während die Tschechen sowohl den Reichsrath als die neuen Gesetze nur über die Achsel ansehen, machen sie dessenungeachtet von den Freiheiten, die man dem Reichsrathe verdankt, freiesten Gebrauch: schon wieder sind zwei tschechische Volksversammlungen unter

absichtigt, wie man sagt, auch das von Austerlitz in Augenschein zu nehmen. Ueberrascht war er im Arsenal auf der Schießstätte durch das Schnellfeuer der Wänzlgewehre: zwei Soldaten, die der anwesende Oberst dazu kommandirte, feuerten in einer Minute 43 Schüsse ab, und kein Schuß fehlte die 300 Schritte weit entfernte Scheibe. Die französischen Offiziere in Begleitung des Prinzen, nicht minder erstaunt, flüsterten ihm Bemerkungen darüber zu, deren Inhalt wohl eine Vergleichung mit den Chassepots war. Im Arsenal besichtigte Prinz Napoleon auch einen der gezogenen österreichischen Achtpfünder, die sich im letzten Kriege ausgezeichnet haben, so wie eine lange Reihe genommener italienischer Kanonen von Custozza her.

---

10. Juni 1868.

Wenn es nach dem Ideal der „Skeneser" ginge, so würde die Lösung der Finanzfrage sich ungefähr formuliren wie folgt: „Art. 1. Das vorhandene Defizit muß gedeckt werden. Art. 2. Alle Mittel zu diesem Zweck, mit Ausnahme der Heranziehung der Staatsgläubiger, sind verwerflich. Art. 3. Wenn sie der Reihe nach gestrichen sind, so ist alles Weitere die Sache des parlamentarischen Ministeriums." Das heißt, das parlamentarische Ministerium wird sich alsdann schon von selber zahlungsunfähig finden. Man sieht, Dies ist der indirekte Weg zum Bankerott, und er ist nicht einmal mit guten Vorsätzen gepflastert: wer den Bankerott nicht will und diesen Weg dennoch mitgeht, Der gehört eben zu den Düpirten bei der Sache. Es ist eine seltsame Erscheinung, wenn man etwas näher zusieht. Die Herren sind sonst unschwer empfänglich für den sogenannten Pessimismus, und das Gespenst der Reaktion ist ihrer Phantasie geläufig genug: ein ziemlich nahe liegender Gedanke aber scheint sich ihnen vorenthalten zu haben, und Das ist der, daß man nach vollzogenem Bankerott eigentlich keines Parlaments mehr bedarf. Sehe man nicht vornehm auf praktische Folgerungen aus diesem Satze herab! Es gibt auch einen aufgeklärten Absolutismus, und er hat anderwärts schon seine Erfolge gehabt. Denken wir uns einen solchen bei uns am Werk: was würde er thun? Beispielsweise denke ich, er würde sowohl im Zivil- als im Militärwesen die Laufbahn des Verdienstes und der Intelligenz ebnen, etwa e in Frankreich, und durch Erhöhung kümmerlich bemessener Ge-

halte den Offiziers- und Beamtenstand für seine Politik zu gewinnen suchen; das Konkordat höbe er möglicher Weise ganz auf, und hätte dann durch Gewährung liberalster Zivilehe ein Popularitätsmittel bei dem großen Haufen der Kirchenfeinde; durch Nachlaß von Steuern, ermöglicht durch den Wegfall der Zinsenlast, während die odiöse Seite des Bankerotts auf die Schultern des Parlaments fiele, hätte er ein Popularitätsmittel bei dem Volke; in Ungarn stützte er sich vielleicht auf die Anhänger der alten Komitatswirthschaft, um zu den Zuständen vor 1848 zurückzukehren; unter dem Panier absolutistischer Sympathien könnte er sich verständigen mit Rußland, und den Tschechen sammt ihren Mit- und Nachläufern wäre damit das Maul gestopft von St. Petersburg aus. Auch nach Berlin, wie man weiß, führt über St. Petersburg ein bewährter Konnexionsweg. Ich weiß nicht, auf wie lang einer derartigen Politik solide Dauer zu garantiren wäre, aber probirbar wäre sie, und zwar nicht ohne Aussicht auf Erfolg. Möglich, wie man zu sagen pflegt, ist alles Mögliche. Daß aber in einer neuen, durch Erfahrung und Macht der Gewohnheit noch nicht gefestigten Situation, wie es unser Parlamentismus ist, das Unterhaus auf keine politische Gefahr Rücksicht nehmen und sich in Schwankungen bewegen würde, durch die von einem Dutzend Stimmen auf oder ab ein Wechsel der Majorität abhängt, Das hätte ich für moralisch unmöglich gehalten. (Ein Antrag des Hrn. Skene mit der Tendenz, um keinen Preis dem Ministerium eine Steuer namhaft zu machen, auf die man einzugehen geneigt wäre, ging mit 79 gegen 66 Stimmen durch; unmittelbar darauf ein Antrag entgegengesetzter Richtung, Gesetzvorlagen über Einführung einer Klassensteuer und Erhöhung der Zuckersteuer verlangend, mit 76 gegen 66 Stimmen.) Das ist ein leibhaftes Bild innerer Zerfahrenheit und unsichern Umhertastens. Wenn man auf diesem Wege fortfährt, wird man auf unliebsame Ergebnisse stoßen, Kopf gegen Kopf.

---

11. Juni 1868.

In Oesterreich spielen bald da bald dort Nationalitätsfragen mit hinein, — selbst wo es sich um Eisenbahnen handelt. Gestern genehmigte das Abgeordnetenhaus die Konzessionsertheilung für die Linie Laibach-Tarvis, welche ein großes Anliegen der Krainer Slo-

Majorität des Hauses sich für Finanzmaßregeln erkläre, die das Ministerium als verderblich bezeichnet hat. Tritt aber dieser Fall ein so scheint er vorauszusetzen, daß das Ministerium ganz gemüthlich sofort umsatteln und das Gegentheil seiner ausgesprochenen Ueberzeugung zum Vollzug bringen werde. Nach parlamentarischen Grundsätzen tritt das Ministerium in einem solchen Falle zurück, oder es appellirt an neue Wahlen. Von der Opposition, die zu einer Krisis treibt, erwartet man deßhalb, daß sie ein anderes System und ein anderes Ministerium parat habe, um auch zur Ausfüllung der verursachten Lücke fähig zu seyn. Hrn. Skene aber, welcher durch seine Opposition das Ministerium „unterstützen" will, schwebt etwas Derartiges anscheinend gar nicht vor: nach seinen Aeußerungen schreibt er sich weder einen Beruf noch eine Verpflichtung zu, eintretenden Falls sich selbst vor den Riß zu stellen und für den Finanzminister, dessen Wege er durchkreuzt, einen Ersatzmann zu bieten. Eben Das ist es, was man unparlamentarisch nennt, und es ist nichts Wunderbares dabei, als daß Hr. Skene auch jetzt noch nicht recht zu verstehen scheint, wie Das gemeint ist. Nebenbei beklagte er sich über die offiziösen Blätter: die Regierung sey in der That nicht sehr glücklich von ihrer Preßleitung bedient. Dieser Vorwurf rief den Minister Dr. Berger auf den Kampfplatz. Es sey kein Geheimniß, daß er in der diesseitigen Regierung mit der Preßleitung betraut sey. Ihm scheine, der Grund des Uebelwollens des Hrn. Skene liege vielmehr darin, daß die Tagespresse denselben nur allzu gut bedient habe; diejenige Presse aber, die am stärksten die Anträge des Berichterstatters bekämpfte, stehe zur Preßleitung auch nicht in der allergeringsten Beziehung; was die Bezeichnung „Bankerottirer" betreffe, so sey die Regierung wegen des Abzugs von 17 Prozent damit eben so gut bedient worden, als die Partei des Hrn. Skene wegen eines Abzugs von 25. Zur Generaldebatte waren gestern nicht weniger als 22 Redner eingetragen: 19 gegen und 3 für die Anträge der Ausschußmajorität, und von diesen haben in der gestrigen Sitzung erst fünf gesprochen (die beiden Berichterstatter hiebei nicht gerechnet). Unter den Rednern gegen die Majorität des Ausschusses befand sich auch Graf Dürkheim, welcher übrigens auch mit der Regierungsvorlage und der Minorität des Ausschusses nicht einverstanden ist; er behielt sich vor, entsprechende Anträge in der Spezialdebatte zu

stellen. Was jetzt neu kommt, nimmt sich denn allerdings improvisirt aus.

6. Juni 1868.

Die Debatte über die Finanzfrage wird eifrigst fortgesetzt; gestern hielt das Haus sogar eine Abendsitzung, von 7 bis 9 Uhr, um welche letztere Stunde man blos deßhalb abbrach, weil Hr. Skene, an dem nun die Reihe war, erklärte, er sey durch die gespannte Aufmerksamkeit auf den Gang der Debatte zu sehr erschöpft, um jetzt sprechen zu können. In dem bisherigen Gang der Verhandlungen haben übrigens die sogenannten Skenesen fortwährend an Boden verloren; man griff sie von allen möglichen Seiten an. Am wehesten vielleicht that ihnen Hr. Groß (Wels), indem er das Verhalten des Hrn. Skene in der Delegation mit seinem jetzigen in Kontrast setzte. „Meine Herren," sagte er, „dort die Bewilligung zu ertheilen für Anschaffung von 900,000 Hinterladern in einem Jahr um einen enormen Preis, dort ein Befestigungssystem von sehr zweifelhaftem Nutzen, das an Kosten 45 Millionen in Aussicht stellt, zu inauguriren, dort dringende Reformen bei Seite zu lassen und zuletzt dem Kriegsminister noch vier bis fünf Millionen mehr aufoktroiren zu wollen, als er begehrte, — jetzt aber zu sagen: wir können nicht zahlen, wir müssen die Staatsgläubiger verkürzen, — Das ist eine Politik, die ich nicht verstehe." In Bezug auf die Vermögenssteuer neigte sich der Redner den Ansichten der Regierung zu. „Die Regierung wollte alle Steuerträger in gleichem Maße heranziehen; darauf beruht das Projekt der Vermögenssteuer, welche so immens angefochten wurde. Ich muß bedauern, daß dieses Projekt nicht zur Geltung gelangt, aus dem Grunde, weil dasselbe die Möglichkeit bieten würde, die Armen zu schonen und eine ausgiebige Hilfe zu verschaffen. Und wer weiß, wenn die armen, nichtbesitzenden Klassen im Ausschusse vertreten gewesen wären, ob dieses Projekt nicht reüssirt hätte; weil aber dort die Reichen und Bemittelten saßen, darum fiel es." Hier machte das Präsidium bemerklich, daß man weder einem Einzelnen im Hause noch einem Ausschuß Motive unterlegen dürfe, die nicht rein sachlicher Natur seyen. Hr. Groß nahm hierauf den Ausdruck zurück: „ich wollte damit Niemand zu nahe treten," sagte er, „aber bedauern muß ich es, daß das Vermögenssteuerprojekt durchfiel." Zum Schluß kon-

wohl der Zeit, wo Hr. Ronge für das Frankfurter Journal und dessen Publikum ein großer Mann war; da und dort, wohin er persönlich kam, wurde er als ein Heros der Nation gefeiert. Allein Wiener Zeitungsreporter, Das sind schlimme Gesellen; ihrem kritischen Blick hält kein Nimbus Stich, wenn er nicht einen entsprechenden geistigen Kern hat. Für sie ist Johannes Ronge kein Luther; darüber hat ein einziger öffentlicher Vortrag entschieden. Auch ist Wien nicht mehr von Konkordats wegen antikatholisch. Mit der Durchlöcherung desselben ist jene spanische Wand gefallen, die einen Theil unserer Liberalen von der Erkenntniß trennte, daß der Katholizismus in Oesterreich ein nicht aus der Rechnung zu lassender geistiger Faktor gegen die Verführungen des Panslawismus ist. Wer sich des letzteren zu erwehren hat, Dem ist der Katholizismus ein Kampfgenosse. Freilich, zu einer Waffenbrüderschaft gehören ihrer zwei; allein eben jetzt legt sich auf einer andern Seite, wo man bisher die Augen zuhielt, eine entgegenkommende Erkenntniß an den Tag, daß weder ein russisches noch ein hussitisches Tschechenthum ein geeigneter Gegenstand für eine katholische Protektion ist. Geringere Leute hatten schon früher ein Auge dafür; jedenfalls fällt damit auch in Kreisen gegenüber eine spanische Wand, die bisher Aus- oder Einsicht versperrte. Also vorwärts auf beiden Seiten! Oesterreich bedarf eines starken Zusammenhaltens, um den eventuellen Prüfungen der Zukunft gewachsen zu seyn.

14. Juni 18..

Es ist bezeichnend für die Weltlage, daß man in Florenz Besorgnisse hegt, eventuell möchte sich Preußen verständigen mit Frankreich, und zwar über Italien weg und auf Italiens Kosten. Man gesteht damit ein, daß die preußisch-italienische Allianz keine natürliche war. Vielleicht hält man in Berlin umgekehrt **Italien** nicht mehr für zuverlässig, weil für dasselbe Napoleon ein Nachbar, Preußen aber weit weg ist; 1866, als Napoleon selbst ihre Hände ineinander legte, war es etwas Anderes. So aber, zwischen Frankreich und Oesterreich gleichsam eingeklemmt, ist Italien unfrei; es mit beiden zugleich zu verderben, wäre für Italien eine Lebensgefahr. Seit man so gründlich mit dem Glauben an Vertragstreue aufgeräumt hat, ist eben Argwohn und Mißtrauen in Europa an der

Ministerpräsident Fürst Auersperg die bündige Erklärung ab, daß, wenn die Majoritätsanträge des Ausschusses zum Beschluß erhoben werden sollten, die gegenwärtige Regierung dieselben nicht in Ausführung bringen werde. Diese Erklärung gab den Ausschlag. Ein Theil der „Skenesen" hielt es denn doch nicht für politisch zuträglich, das erste parlamentarische Ministerium in Oesterreich vom Parlament aus zum Sturze zu bringen, und fiel deßhalb von dem bisherigen Leithammel ab; ohne die Kabinettsfrage aber würden wohl noch verschiedene Zwischenansichten, Abstufungen eigener Art, und sich beliebig gehen lassende Aenderungsanträge zum Vorschein gekommen seyn. Auf Seite des Hrn. Skene übrigens war die Majorität, scheint es, auch schon vorher nicht mehr. Bei der Abstimmung über den Majoritätsantrag des Ausschusses ergaben sich nur 46 Stimmen für, 113 gegen denselben. Ungefähr die Hälfte der Minorität bei dieser Abstimmung bestand aus Polen; nebstdem schloß diese Minorität zwei Deutsch-Tyroler (Greuter und Jäger), den Oberösterreicher Mayr, und einige Zentralisten post festum (Skene, Ryger, Hanisch 2c.) in sich. Schließlich gelangte eine von dem Abg. Lippmann beantragte Fassung des §. 1, für die sich auch die Minister aussprachen, zur Abstimmung und wurde mit großer Majorität angenommen. Dieselbe lautet, wie folgt: „Sämmtliche Gattungen der fundirten allgemeinen Staatsschuld, mit alleiniger Ausnahme der im §. 2 dieses Gesetzes angeführten, werden in eine fünfprozentige einheitliche Schuld umgewandelt, die mit einer Steuer von 16 Prozent, die nicht erhöht werden kann, belastet wird." Der §. 2 ging in nachstehender Fassung durch: „Ausgenommen von der Konvertirung sind: 1) Die Lottoanleihen der Jahre 1839, 1854, 1860, 1864, die Steueranleihe vom Jahre 1864, dann die Como-Rentenscheine; 2) die bei der allgemeinen Bodenkreditanstalt aufgenommene Anleihe; 3) die noch in Wiener Währung verzinsliche Staatsschuld, in deren Betreff eine besondere gesetzliche Bestimmung vorbehalten bleibt; 4) die Schuld des Staates an die Grundentlastungsfonds; 5) die Schuld an die Nationalbank; 6) die Prioritätsschuld der bestandenen Wien-Gloggnitzer Eisenbahn; 7) die unverzinsliche Schuld.

So weit das finanzielle Ergebniß; das politische ist, daß das Ministerium bleibt und wieder eine selbstbewußte parlamentarische Majorität da ist. Es hätte sie vielleicht auch dann [illegible] wenn

es nicht eine Kabinettsfrage daraus gemacht hätte; nur wäre die Majorität in diesem Falle möglicher Weise eine sehr kleine gewesen. Gewiß ist, daß eine Anzahl Abgeordneter, die mit Hrn. Skene stimmen wollte, sich erst nach der bündigen Erklärung des Ministerpräsidenten für das Gegentheil entschied. Warum man mit jener Erklärung bis auf den letzten Augenblick zögerte, weiß ich nicht: am Ende war Das, was die Gegner des Hrn. Skene im Hause wollten, denn doch nicht das ursprüngliche System des Ministeriums, und mit der Stellung der Kabinettsfrage nahm es eine indirekte Verbindlichkeit dafür auf sich. Auf der andern Seite geht man eben gar schwer daran, die Steuerschraube noch strammer anzuziehen, als sie schon jetzt angezogen ist, und Das ist auch ganz natürlich. Dieser Grundton klang durch die ganze Debatte hindurch: daher z. B. die oftmalige Wiederkehr einer Hinweisung auf Ersparnisse in der Armee. Sonst übrigens befand man sich damit nicht am rechten Orte: denn seit dem Ausgleich mit Ungarn gehört das Militärbüdget bekanntlich zu jenen gemeinsamen Angelegenheiten, über welche den Delegationen die Entscheidung zusteht. Eine verführerische Popularität versprach die Anzweiflung, ob man für diejenigen Staatsanleihen, die das Sistirungsministerium ohne Ermächtigung durch den Reichsrath aufnahm, in der That rechtlich einzustehen habe. Die Versuchung war groß, weil ein abschreckendes Exempel, falls je wieder eine Sistirung der Verfassung einträte, einem derartigen Ministerium jedenfalls die Erlangung von Geld bedeutend erschweren, vielleicht sogar geradezu unmöglich machen würde. Indeß widerstand das Haus dieser Versuchung mannhaft. Zu bemerken ist jedoch, daß die von der Konvertirung ausgenommene Anleihe bei der Bodenkreditanstalt den Charakter einer Hypothekenschuld trägt, d. h. daß der Staat als Besitzer der verpfändeten Domänen haftbar ist.

—

8. Juni 1868.

Wohl hatte die politische Diagnose Recht, als sie bemerklich machte, die „Skenesen", falls ihnen der Umsturz des parlamentarischen Ministeriums gelänge, hätten nicht einmal das Zeug dazu, dasselbe zu ersetzen, d. h. aus ihren eigenen Reihen ein Ministerium zu bilden. Nach Ausweis der namentlichen Abstimmung besteht diese Partei aus einem wahrhaft babylonischen Wirrsal ungleicher

politischer Färbung. Da sind z. B. einige Zentralisten, die ihrerseits Hrn. v. Schmerling stürzen halfen, was damals die Reaktion an das Ruder brachte, und die auch jetzt, so weit es auf sie ankam, gern ein Ministerium gestürzt hätten, ohne auch nur die Spur eines Anhaltspunktes: „was nachher?!" Vielleicht abermals irgend einem Belcredi zum Vortheil: da aus der Partei selbst kein Ministerium zu bilden war, arbeitete sie ja lediglich auf Rechnung eines blinden Zufalls. Neben diesen Zentralisten finden sich dann weiter einige Föderalisten, die aus lauter Föderalismus, obwohl sich für gut katholisch ausgebend, hussitischen oder russischen Tschechen gegenüber in einer Art durch die Finger sehen, daß die böse Welt Solches als Sympathie auslegt. In einem grellen Abstich hiezu reiht sich sodann eine Anzahl galizischer Polen an, die weder Zentralismus noch Russenthum in ihrem Glaubensbekenntniß aufweisen. Aber eine Steuererhöhung, sagen sie, ist in Galizien unmöglich. Gut, das Unmögliche braucht man nicht erst verhindern zu wollen; wo Nichts ist, da geht der Anspruch von selbst fehl, und gegen eine Vermögenssteuer z. B. lehnen sich in der Regel nur Jene auf, die eines haben. Die galizischen Polen übrigens sind sonst überall für die Machtstellung Oesterreichs, und darin haben sie Recht, weil ohne Machtstellung eine Opposition gegen Rußland nichtssagend ist: eine Machtstellung aber kostet Geld. Das ist unvermeidlich. Und welches denkbare Interesse gibt es für sie, einem neuen, einem gänzlich unbekannten Ministerium vorzuarbeiten, das möglicher Weise mit den Tschechen und ihrem Anhang zusammenginge, und vielleicht durch einen Druck auf die Polen eine Befreundung mit Rußland anstrebte? Ein Risiko dieser Art konnte nicht in ihrer Berechnung liegen. Auch traut man den Polen nicht jene blanke politische Unschuld zu, womit einige Andere fröhlich und wohlgemuth Hand mit anlegten zum Sturze des Ministeriums, unbeschwert durch einen Gedanken, was wohl die weitere Folge seyn möchte. Wer einen Begriff von parlamentarischem System hat, konnte nicht ignoriren, daß eine Opposition, die ein bestehendes Ministerium umwirft, in Verantwortlichkeit dafür zugleich die Pflicht übernimmt, ihre eigene Politik nunmehr am Staatsruder durchzuführen. Eine Partei, die Das nicht vermag, ist politisch impotent. Was Hrn. Skene selbst betrifft, so bekannte er sich dazu indirekt, als er versicherte, es [illegible] Niemand etwas Anderes im Sinn, als die Regierung auf.

Defizits „im Wege der Besteuerung" zu verlangen. Wenn man sich einer näheren Angabe enthielt, was man für geeignet halte, so war Dies doch offenbar mehr zweckdienlich, — wenigstens für Zwecke der Konfusion. Noch etwas weiter ging man von polnischer Seite: Dr. Zyblikiewicz meinte, man schränke die Regierung allzu sehr ein, wenn man ihr die Deckung des Defizits „auf dem Wege der Besteuerung" vorschreibe, und beantragte, diese Worte aus dem Vorschlag des Hrn. Skene zu streichen. Wenn er damit etwa den Weg eines neuen Anlehens offen lassen wollte, was unter den gegenwärtigen Umständen, d. h. während man eben die älteren Staatsgläubiger schröpft, kaum als ein glücklicher Gedanke erscheint, so ging er damit irre; sein Antrag wurde bei der Abstimmung abgelehnt. Der Sirenenstimme des Hrn. Skene aber konnte das Haus nicht widerstehen: es unterlag dieser Verführung und nahm die von ihm beantragte Resolution mit 79 gegen 66 Stimmen an. Mit andern Worten: die Regierung soll vorlegen, was ihr gefällt, und das Haus behält sich vor, es alsdann je nach Befund zu verwerfen. Nun hätte man denken sollen, den weiteren Anträgen der Ausschußminorität, nämlich auf Vorlage von Gesetzentwürfen über 1) Reform sämmtlicher direkten Steuern, 2) Erhöhung der Zuckersteuer in Uebereinstimmung mit den Ländern der ungarischen Krone, und 3) Einführung einer Klassensteuer, — Alles Dies zur Deckung des Defizits für die folgenden Jahre (nach 1868), werde es um Nichts besser ergehen; denn mit Annahme dieser Anträge nahm ja das Haus auf noch viel weiterhin „eine Verantwortlichkeit auf sich" und „begab sich im voraus einer nachherigen Kritik", d. h. schnitt sich eine Verwerfung des Selbstverlangten so zu sagen ab. Die Prämissen lagen offenbar gleich. Indeß vielleicht wirkte ein dunkles Gefühl mit ein, daß man für eine einzige Sitzung schon etwas stark mit den Deckungsmitteln des Defizits aufgeräumt habe; genug, jene zweite Reihe von speziellen Anträgen der Ausschußminorität wurde nicht abgelehnt, wie die erste, sondern mit 76 gegen 66 Stimmen genehmigt.

Sodann begann die Generaldebatte über den Verkauf von unbeweglichem Staatseigenthum. Drei polnische Redner (Ziemialkowski, Zyblikiewicz, und Krzeczunowicz) fassen die galizischen Domänen eigentlich als Landesgüter oder wenigstens als einen streitigen Besitz auf, und verwahren sich gegen den Verkauf. Es

ist wahr, die alte polnische Adelsrepublik hatte noch Domänen, als sie zu Grunde ging; vielleicht wäre es besser gewesen, wenn sie ihre paraten Mittel verwendet hätte, sich des Untergangs zu erwehren. Und wenn durch eine antiösterreichische Haltung der galizischen Polen jene aufgesparten Güter einmal russisch würden: was hätte das Polenthum für einen Gewinn dabei? Auch von andern Seiten erhoben sich mehrfache Einwände im Namen örtlicher Interessen, wobei aber jedes derselben einzeln gegenüber der Gesammtheit durchfiel. Mit Recht, denn der Staat administrirt in dieser Beziehung theuer und ungut; über eines der betreffenden Domänengüter bemerkte der Finanzminister beispielsweise, es trage nicht einmal die Zinsen von dem Geld, das von der Bodenkreditanstalt darauf geborgt wurde. In so fern macht nun der Staat allerdings ein gutes Geschäft, wenn er schlecht rentirende Domänen zu gutem Preis an Solche verkauft, die daraus mehr Ertrag zu ziehen verstehen; indeß sind denn doch die Güter, die man jetzt hergibt, nachher nicht nochmals zu verwerthen, und deßhalb ist es von einleuchtendem Interesse, mit diesem Domänenverkauf gleichzeitig nun auch eine entsprechende Steueranstrengung zu machen, wie sie allein uns von dem chronisch gewordenen Defizit endlich zu befreien vermag.

Nachdem das Haus die Gesetze über Domänenverkauf und Aufnahme einer schwebenden Schuld von 25 Millionen nach den Anträgen des Ausschusses angenommen hatte, wurde es heute noch mit drei weiteren Gesetzentwürfen fertig, betreffend die Wiener Geldbörse, den Schifffahrtsvertrag mit England, und die Erbfolge in Bauerngütern. Als eben der erstgenannte an die Reihe kam, erschien Prinz Napoleon mit dem Herzog v. Gramont in der Hofloge, blieb aber bei der Trockenheit der Verhandlungsstoffe nur etwa eine halbe Stunde lang; man will wissen, daß er sich unter Andern auf den Abg. Schindler aufmerksam machen ließ, welcher eine Aehnlichkeit der Physiognomie mit Napoleon III. hat. (Mit Napoleon I., gleich dem Prinzen Napoleon selbst, hatte der verstorbene Abgeordnete v. Mühlfeld eine frappante Aehnlichkeit in der Gesichtsbildung.) Der Prinz besichtigt der Reihe nach alle Sehenswürdigkeiten von Wien, erscheint da und dort an öffentlichen Vergnügungsorten, wie z. B. in [illegible] Hietzing, hat auch das Schlachtfeld [illegible]

15. Juni 1868.

Prinz Napoleon, welcher nun doch auch nach Prag reiste, traf dort bei seiner Ankunft zufällig mit dem Fackelzuge zusammen, der dem „Vater Palacky“ zu seinem 76. Geburtstage gebracht wurde. Es sollen 10- bis 12,000 Personen dabei betheiligt gewesen seyn. Fenstereinwerfen und dergleichen fand nicht statt dabei; es ging Alles in den Schranken des Anstandes vor sich. Bei der eigentlichen Festfeier sprach Palacky seinen Wunsch aus, es noch zu erleben, daß die tschechische Nation „ihr Ziel erreiche.“ (Russisch zu werden, hoffentlich nicht.) Hier in Wien hat sich inzwischen eine Art von Ersatzmann des Prinzen für das Publikum der gobe-mouche gefunden, nämlich ein Schauspieler, der dem Prinzen auffallend ähnlich sieht, und der in dieser Eigenschaft schon ganze Schaaren von Gaffern hinter sich herzog, bis er durch Eintritt in irgend ein Bierhaus die Illusion des ihm zugeschriebenen Prinzenthums zerstörte.

In einer Arbeiterversammlung zu Hernals erhoben sich wieder Stimmen gegen „gewisse Leute“, die sich eindrängen und einschmuggeln, ohne Arbeiter zu seyn. Die Versammlung gehörte vorherrschend der Partei des Arbeiter-Bildungsvereins an, bei welcher Hr. Hartung eine der Hauptrollen spielt. Der von dem Arbeiter-Bildungsverein hinausmanövrirte und verdächtigte Hr. Ertl ist mittlerweile der Mittelpunkt eines andern Vereins geworden. Um ihn schaaren sich die Nordbahnarbeiter, welche im „Universum“ eine von 5- bis 600 Theilnehmern besuchte Versammlung abhielten und mit den Statuten für Gründung eines eigenen, auf eine weitere Ausdehnung unter den österreichischen Eisenbahnarbeitern überhaupt berechneten Verbandes beschäftigt sind. Auch hier, wie man sieht, zeigt sich ein Mangel an Raum für einen „Cäsar“ und einen „Pompejus“ nebeneinander!

---

16. Juni 1868.

Wenn man noch eine Weile mit der Vertagung des Reichsrathes zögert, so riskirt man, das Unterhaus beschlußunfähig werden zu sehen; es gibt Abgeordnete, denen ihrer Berufsgeschäfte wegen eine längere Abwesenheit von der Heimath nicht wohl möglich ist. Beide Häuser werden sich bemühen, alles noch Obschwebende in

raschester Weise zu erledigen. Die nach dem Antrage des Unterhauses von der Regierung vorgelegten Steuererhöhungen für 1868 (ein Provisorium, da sich diese Maßregel auf das Jahr 1868 beschränkt) können natürlich nicht auf parlamentarische Hindernisse stoßen, wenigstens nicht bei der Majorität der Abgeordneten, welche ja speziell darauf antrug, und was das Herrenhaus betrifft, so ist dessen Finanzausschuß über die ihm zugewiesenen Vorlagen bereits schlüssig und empfiehlt die unveränderte Annahme sämmtlicher Gesetze dieses Betreffs in der Fassung, wie sie vom andern Hause herübergekommen sind. Ueber die Couponsteuer, welche damit die zweite Instanz passirt, äußern sich Wiener Witze im Sinne des alten Spruchs: Cantabit vacuus coram latrone viator. So liest man im Eingang eines Feuilletonartikels über den Thiergarten im Prater: „Nach langem, sehr langem Zimmerarrest wagte ich mich wieder einmal in's Grüne hinaus, um geschwind noch ein bischen billige freie Luft zu haschen, ehe sie besteuert wird. Und warum soll ich mich denn nicht auch ein wenig lustig machen? Meine Mittel erlauben mir's ja, weil ich unbemittelt bin; denn ich besitze Nichts, als — keine Coupons, folglich erspare ich volle 20 Prozent."

Prinz Napoleon ist von Prag zurück. Er empfing dort unter andern Besuchen auch den der HH. Palacky und Rieger, mit denen er sich über eine Stunde lang unterhielt. Es scheint, daß das Tschechenthum sich ein bischen an ihn andrängte; so z. B. erzählt die ultratschechische „Politik" mit Erbauung, daß ihm bei Gelegenheit eine „kräftige Stimme" aus der Volksmenge zurief: „L'honneur à la couronne bohème! Vive la couronne! Gloire! Vive la liberté!" Dieses Französisch wird der Prinz nun freilich nicht ganz französisch gefunden haben. Denn 1) müßte es statt L'honneur heißen Honneur: 2) ist das Wort bohème in Frankreich gangbar im Sinne von „zigeunerisch", und in dem Wörterbuche der Akademie finden sich sogar nur Beispiele der letzteren Art; 3) sollte der Ruf „Gloire" offenbar der Doppelgänger des Rufs „Slava" seyn, dessen wörtliche Uebersetzung er ist; allein für Den, der mit „Slava" keine Bekanntschaft hat, jenes Gloire also nicht zurückübersetzt, geht dieser Sinn natürlich verloren. Hiesige Blätter bemerken übrigens, in Prag habe der Prinz meistens deutsch gesprochen, was auch ganz wohl glaublich ist, da er seinerseits nicht tschechisch, die Tschechen aber weitaus häufiger deutsch als französisch verstehen.

er beispielsweise bei dem „Diner" des Frhrn. v. Beust mit Hrn. Schindler deutsch', mit den andern Herren französisch. Wenn man ihm hier nachrühmt, er spreche „noch besser deutsch, als Napoleon III.", der doch in Augsburg Schüler des dortigen Gymnasiums war, so läßt man dabei, wie es scheint, seine Vergangenheit außer Acht: bekanntlich ist er ein Neffe des verstorbenen Königs Wilhelm von Würtemberg, und war zu einer Zeit, wo kein Mensch eine Rückkehr der Napoleoniden nach Frankreich voraussah, erst Zögling der Militärakademie in Ludwigsburg und dann Offizier in der würtembergischen Armee.

Der alte Kossuth hat in Ungarn einen neuen, und zwar einen furchtbaren Gegner gefunden: es ist der Historiker M. Horvath, der in einer zermalmenden Broschüre gegen ihn auftritt. Er sagt ihm geradezu, so wie er früher unter Kossuth's Fahne gekämpft habe, als es die „Fahne der Nation" war, so würde er jetzt einen Kampf unter Kossuth's Fahne für ein Verbrechen am Vaterland erachten Horvath weist Hrn. Kossuth aus dessen eigenen Briefen nach, daß er noch 1860 die Revolution wollte, daß er sie noch heute will. und daß er weiß, die Nation wolle sie nicht. Da nun Kossuth einmal erklärte, in dem Augenblick, wo die Nation sich von ihm lossage, werde er seine Rolle als ausgespielt betrachten, ruft Horvath schließlich aus: „Wohl denn, die Nation hat sich von ihm losgesagt; wir nehmen ihn beim Wort und rechnen darauf, daß er es hält!"

Die alte „Presse" rechnet den Magyaren heute vor, daß sie stets mehr auf Geltung und Machtstellung ihrer Nationalität ausgingen, als auf Freiheit. Nichts könnte richtiger seyn; nur ist als Ergänzung oder als Gegenbild beizufügen, daß, was die Magyaren in dieser Hinsicht zu viel, die Deutschen Oesterreichs ihrerseits zu wenig thun. Wie die „Presse" klagend anführt, sind in Ungarn nunmehr „die letzten deutschen Mittelschulen geschlossen", „ihre Lehrer ins Elend gejagt", und „deutsche Gymnasien gibt es längst nicht mehr." Das Ergebniß spricht nicht eben für den Vorzug, den die „Presse" dem System der Freiheitspflege über die Pflege der Selbstachtung zuzuweisen geneigt ist; hier, scheint es, kommt den Deutschen Ungarns, vor lauter Sympathie für die magyarische Freiheitssache, sogar die Freiheit der deutschen Sprache abhanden. Das sind die Nachwehen von 1848. Wenn die Wiener Aula von damals eine

nationale Selbstachtung gleich den Magyaren gehabt hätte, es stünde mit den Deutschen in Ungarn anders!

---

17. Juni 1868.

Alles beeilt sich, nunmehr zum Schlusse zu gelangen. Das Unterhaus genehmigte heute die vorgelegten Steuererhöhungen; nachdem die Vermögensteuer vorläufig durchgefallen war, blieb nichts Anderes mehr übrig, als ein Zuschlag auf die bereits bestehenden Steuern, obgleich man bei diesen über eine unrichtige Bemessung klagt, welche also da, wo sie vorhanden ist, durch den Zuschlag noch in der Unrichtigkeit potenzirt wird. Dr. Hanisch äußerte bei der Debatte, die Vermögenssteuer sey nur deßhalb gefallen, „weil die Regierung sie nicht hielt.“ „Hätte die Regierung eine Kabinettsfrage daraus gemacht,“ sagte er, „wäre auch die Vermögenssteuer durchgegangen.“ Wunderlich genug! Aus einer Entgegnung des Finanzministers Dr. Brestel geht übrigens hervor, daß er nur ein einziges Mal den Sitzungen des Subkomitee's beigezogen wurde, um Aufschlüsse zu geben, den Berathungen über die Vermögenssteuer im Subkomitee aber aus dem einfachen Grunde nicht beiwohnte, weil er dazu nicht eingeladen war. Die Sache nimmt sich „skenesisch“ aus: damit ist sie zwar nicht motivirt, aber erklärt.

Eine Deputation des Magistrats von Prag ladet den Kaiser zu der demnächstigen Einweihungsfeier einer neuen Brücke nach der Hauptstadt Böhmens ein. Mit gewohntem Takte proklamiren eben in diesem Augenblick die Narodni Listy: „Wenn einmal die Zeit kommt, wo das Königreich Böhmen und die Krone des h. Wenzel auch auswärtige Politik macht, dann wird die tschechische Nation sie machen, nicht der „Tagesbote“ mit den Kasino-Deutschen. Sollte jedoch die tschechische Nation ihre Rechtsstellung im österreichischen Kaiserreich auf Grund innerer Verhandlungen nicht erreichen, dann wird die tschechische Frage eine internationale, bei der noch ganz andere Zaare, als der Zaar der Deutschen, ein Wort mitzusprechen haben werden.“ Es ist immer die alte Leier.
Das katholische Blatt „Blahovest“ ermannt sich inzwisch
Polemik gegen die beabsichtigte Wallfahrt nach Kr
stration für Huß), so wie gegen Palacky, welch
des Hussitenthums als Historiker „nicht un

denn allerdings wahr, aber schon seit lange, und es ist eine Verspätung, wenn man es erst jetzt (noch dazu in so schüchterner Weise) auch von tschechischer Seite einmal bemerklich macht.

---

18. Juni 1868.

Also der Norddeutsche Bund nimmt das französische Maß und Gewicht an! Ich sehe mit Vergnügen, daß man die französischen Benennungen dabei größtentheils übersetzt (Meter = Stab, Centimeter = Neuzoll, Millimeter = Strich, Dekameter = Kette, Liter = Kanne, 1/2 Liter = Schoppen, 50 Liter = Scheffel, 100 Liter = Faß rc.); nun fürchte ich nicht mehr, hier bei uns, wie es der betreffenden Kommission vorzuschweben schien, mit dem metrischen System auch den Jargon der französischen Benennungen eingeführt zu sehen. An dem öffentlichen Geschmack hätte eine derartige Absicht keinen Gegner gehabt. Haben wir doch mitten in Wien beispielsweise eine Entreprise des pompes funèbres, welche weder aus französischen Unternehmern besteht noch blos Franzosen zu begraben unternimmt, sondern nur der bescheidenen Selbstunterschätzung huldigt, daß für das deutsche Wien ein Aushängeschild in französischer Sprache vornehmer sey. Großstädtisch ist Das nicht: einem Pariser fiele es auch nicht im Traum ein, sich dem Auslande gegenüber mit eigener Hand einen niedrigern Rang zuzuschreiben. Der Pariser achtet seine Sprache; er spricht weder von einem Roi Wilhelm, noch von einem Friedrich le grand, sondern er sagt Guillaume und Frédéric, während der Uebersetzungsschund auf unsern Theatern sorgfältigst die französischen Vornamen unübersetzt läßt. Es war ein deutscher Abderit, der einst die Worte sprach: „Louis quatorze, ich weiß nicht mehr der dreizehnte oder der vierzehnte;" es sind deutsche Abderiten, die auf einem deutschen Theater mit Jules, Auguste (Ogüst), Frédéric, oder Guillaume um sich werfen. Selbst eine Hofbühne setzt sich damit in das Philisterhafte eines Schneiders herab, „der in Paris drein gewest." Wo man noch ganz in der Perücke des vorigen Jahrhunderts steckt, da weiß man auch Monsieur und Mister nicht zu verdeutschen, sondern spricht z. B. von „Monsieur Thiers", obwohl im vorigen Jahrhundert der Sprachgebrauch in Deutschland den Titel Monsieur als geringer taxirte, und ihn da gab, wo es zu „Herr" mit dem

Rang nicht zurichte. Handelt es sich um eine Uebersetzung aus dem Französischen, so kann man auch vor einem schwedischen oder brasilianischen Namen ein „Monsieur" finden; las man doch dieser Tage in einem der verbreitetsten hiesigen Blätter von dem „Pirée" bei Athen! Es war der Piräeus gemeint. Für einen griechischen Seehafen auf deutsch ein französischer Name, Das heißt doch alles Mögliche leisten.

Von diesen Standpunkten aus wäre es also in so weit keineswegs krähwinkelhaft, in Zukunft unsere Maße und Gewichte in französischer Sprache zu benennen. „Denn système métrique will seyn geprendert in en gros, ganz oder gare nit; kann tailleur nit mak gutes Rock, wenn nit cißt centimètre; das Form, meine Erren, seyn ier justement der Auptsaken." Allein, um einen guten Wiener Ausdruck zu gebrauchen, Dies Alles ist schlechtweg „Kasimir"; die französischen Benennungen des metrischen Systems dabei miteingerechnet, weil sie aus einem verpfuschten Latein und Griechisch ungeschickt französirt sind. Der französische Witz selber spottet darüber. So schreibt unter Anderm Karl Nodier in seinem „Examen critique des dictionnaires de la langue française," unter dem alphabetischen Einreihungswort Kilo (sein Examen des dictionnaires ist nämlich selbst ein kleines Wörterbuch): „Élément de noms numériques dans la nouvelle méthode. Pour se conformer à l'ancienne orthographe, il aurait fallu écrire *chilo;* mais cette innovation n'est condamnable que parce qu'elle est partielle. Pour se conformer à l'étymologie, il fallait écrire au moins *kilio. Kilomètre* ne représenterait à un homme du dialecte Dorien que *mesure de l'âne,* et, puisque nous écrivons pour les Grecs, il ne faut pas les tromper." Nun scheint aber der Norddeutsche Bund gerade Kilometer (nach Karl Nodier „Eselsmaß") so wie Ar und Hektar, deßgleichen Decigramm, Centigramm, und Milligramm, wenn mein Gewährsmann richtig berichtet, in die norddeutsche Maß- und Gewichtsordnung ohne ein gut deutsches Wort mit übernehmen zu wollen. Es ist Dies nichts Anderes als ein Jargon. Die betreffenden Zusammensetzungen sind weder gut lateinisch noch gut griechisch, französisch sind sie so eigentlich auch nicht, und da sie eben so wenig deutsch sind [illegible]
doch wohl auch nicht norddeutsch seyn
Wien aus schaut man in dieser Bezieh[illegible]

vorangehendes Beispiel. Möge es ein gut deutsches Muster seyn, ohne „Kasimir" und dergleichen! Ließe aber der Norddeutsche Bund in seiner Maß- und Gewichtsordnung den Rechten der deutschen Sprache und des guten Geschmacks einen Schabernack anthun, so stünde er um Nichts höher, als ein deutscher „Entrepreneur de pompes funèbres,"*) und der „Zopf," der „hinge ihm hinten!"

---

19. Juni 1868.

Wenn die Zeit bis zur Vertagung des Reichsrathes nicht eine so knapp zugemessene wäre, das Oberhaus hätte an den durch das andre Haus veränderten Finanzvorlagen wohl wieder seinerseits Aenderungen getroffen; allein der Mangel an Zeit ließ eigentlich

*) Diese Wiener entreprise hat denn auch schon vielen Spott über sich müssen ergehen lassen; nachstehendes Zwiegespräch liefert ein Pröbchen davon:

— Jetzt sagens' mir nur, was heißt denn Das: Entreprise des pompes funèbres in Wien?

— — Nun, Das heißt: Leichenbegängniß-Unternehmung à Vienne.

— Aus welcher Provinz Oesterreichs sind denn die Unternehmer? In welcher Provinz Oesterreichs spricht man französisch?

— — Französisch in keiner, aber es ist „nobel." Wir haben auch eine Restauration chantante, ein Grand hôtel national, ein Variétés-Theater, und mitunter einen Bal champêtre in Hietzing (für Hietzing fehlt noch ein französischer Name), und dergleichen mehr.

— Begrabens' denn nur Franzosen bei der Entreprise?

— — Das nicht. Der gemeine Bürger mag französisch lernen, so wie das Tschechenvolk russisch.

— Wär' es ein Schaden für die Gesellschaft, wenn sie sich deutsch ausdrückte?

— — Doch wohl. Das ist ungefähr so, wie bei dem Tapezier in der Herrengasse, der die Bezeichnung tapissier neben seinen Namen setzt: hätte er Das nicht vorgekehrt, so könnte ja ein Franzose, falls zufällig einer vorübergeht, die Tapezierswaaren in der Fensterauslage für eine Schusterarbeit ansehen.

— So, so! Aber . . . .

— — Was aber?

— In Paris macht man's nicht so. Es ist kleinstädtisch. Das sind ja Krähwinkler, die man Stück für Stück als Luxemburger an Frankreich verkaufen könnte.

— — Bitt', redens' doch nicht so. Wir sagen täglich: vive l'Autriche pour toujours!

keine Wahl übrig. Graf Anton Auersperg hält die Couponbesteuerung höchstens durch ein Non possumus für motivirbar; jeder Beschönigungsversuch müsse da scheitern. Der Staat sey zu einer Zinsenreduktion nicht berechtigt. Was die von dem Sistirungsministerium abgeschlossenen Anleihen betreffe, so sey Das etwas Anderes: eine Verbindlichkeit zur Anerkennung liege hier nicht vor; da jedoch das Abgeordnetenhaus darüber wegsah, so möge auch das Herrenhaus sich zufrieden geben. Schließlich hob der Redner als Hauptbestimmungsgrund hervor, daß durch Annahme dieser Gesetze das parlamentarische Ministerium gestützt werde, während es die Sünden früherer Regierungen seyen, für die man in solcher Art zu büßen habe. Ritter v. Schmerling beklagte lebhaft, daß durch die Langwierigkeit der Verhandlungen drüben nunmehr das Herrenhaus in die Unmöglichkeit versetzt sey, auf die „ungleich besseren" ursprünglichen Vorschläge der Regierung zurückzukommen. Den Beschluß des Abgeordnetenhauses, der eine zwangsweise Konvertirung und zugleich eine Reduktion des Kapitals ausspreche, erklärte er für eine schreiende Rechtsverletzung. Wenn es heute noch möglich wäre, ein Amendement zu stellen, so hätte er gerne beantragt, den Coupon temporär mit 20 Prozent zu besteuern; hiezu habe der Staat allerdings ein unbestreitbares Recht. Eine bedeutsame Aenderung übrigens nahm das Herrenhaus dennoch vor, und zwar in Bezug auf die Heirathskautionen der Offiziere, welche in Staatspapieren hinterlegt werden. Pensionen vom Staate beziehen die Offizierswittwen in Oesterreich nicht; deßhalb die Vorschrift einer Kautionshinterlegung, aus welcher sodann die Wittwe die Zinsen bezieht. Es ergibt sich von selbst, wie schlimm solche Wittwen und Waisen daran sind, wenn ihnen nun von den Zinsen aus diesem ihrem Eigenthum ein Fünftel von Staats wegen gestrichen, beziehungsweise, falls sie nicht noch andere Hilfsquellen haben, ihr bisheriges Einkommen um volle 20 Prozent verkürzt wird. Frhr. v. Mertens stellte in dieser Beziehung den Antrag auf eine Bitte an die Regierung, das Geeignete zu veranlassen, damit den Militärwittwen, deren Heirathskautionen in Staatspapieren bestehen, und die durch das Gesetz über die Umwandlung der verschiedenen Schuldtitel eine Schmälerung ihrer bisherigen Bezüge erleiden würden, bis zum Betrage von 600 Fl. jährlich e [illegible] zu Theil werde. Dieser Antrag

meiner vollen Gnade." Hierauf fügte der Kaiser in deutscher Sprache hinzu: „Ich bin mit Vergnügen der Einladung der Hauptstadt meines Königreichs Böhmen gefolgt; der Loyalität ihrer Bewohner. stets versichert, sehe ich darin, daß Sie für diese schöne Straße den Namen der Kaiserin, und für das neue Bauwerk meinen Namen gewählt haben, einen neuen Beweis Ihrer Anhänglichkeit. Gott segne die Stadt und das ganze Land!" (Stürmische Hochrufe.) Weißgekleidete Jungfrauen streuten Blumen (keine russischen!) auf den Weg zum kaiserlichen Zelt, in welches mit den Erzherzogen Albrecht, Karl Salvator, und Ludwig Viktor auch der gewesene Kurfürst von Hessen eintrat. Um 2 Uhr war großer Empfang im „spanischen Saale" der Burg, um 5 Uhr im „deutschen Saale" Hoftafel mit 85 Gedecken. Die Schloßwache war auch von einer Abtheilung Bürgergrenadiere bezogen, neben dem k. k. Militär. Bei der Festfeier waren die deutschen Vereine vollständig repräsentirt; auch der gesammte Adel Böhmens war auf seinem Platze. Die tschechischen Heißsporne hatten den politischen Fehler gemacht, gegen die Feier zu agitiren. Der „Sokol" kündigte demonstrirend an, daß er an diesem Tag einen Ausflug über Land mache; es wurden sogar tschechische Zettel herumgegeben, in denen eine Theilnahme an der Feier für „Verrath am Vaterland" erklärt ward. Die Folge davon war, daß sich nun in den massenhaften Ziffern der Theilnehmer unwiderlegbar herausgestellt hat, wie gering im Verhältniß dazu das Häuflein jener schwindelhaften Agitatoren ist: wären sie da gewesen, so hätten sie anzuhören gehabt, wie auch der Ministerpräsident Fürst Auersperg mit Hochrufen aus den Reihen des Volks begrüßt wurde.

In der gestrigen Monatsversammlung des Arbeiter-Bildungsvereins kam unter Anderm ein Dringlichkeitsantrag vor, der Verein möge zur Beherbergung der im nächsten Monat zu erwartenden Schützengäste seine Lokale zur Verfügung stellen. Der Antrag war von achtzig Genossen unterstützt. Nun aber trat ein Hr. Brüßhaver als Gegner auf, indem er sagte: „Wir sind Arbeiter und keine Schützen. Was kümmert uns also das Schützenfest? Auf der Ringstraße, —

Da gibt's genug große Palläste,
Die eignen sich eh'r für die Schützengäste."

Damit schlug das Blatt so vollständig um, daß bei der Abstimmung

war er ja mit dem tschechischen Patrioten Fritsch bekannt geworden, welcher, mag er nun ein Urtscheche seyn oder nicht, in einer Aufsaugung durch das Russenthum den Untergang der tschechischen Nationalität ersieht und deßhalb auf Tod und Leben den neumodischen Panslawismus bekämpft. Der Empfang eines Besuchs ist noch keine Sympathie-Erklärung; wäre es so, die Addition sämmtlicher in Prag empfangenen Besuche, welche sehr vielnamig waren, ergäbe in summa eine ganze Musterkarte von Sympathien, deren je eine der andern direkt zuwiderliefe. Das überspannte Tschechenthum paßt eben nachgerade in gar kein politisches System mehr, als in ein russisches. Nehme man selbst den Fall an, die Napoleonische Politik sey noch oder werde wieder eine antiösterreichische, wie sie es früher war: zu was wären da die tschechischen Heißsporne brauchbar? Ginge Napoleon mit Rußland zusammen, so hätte er sie ungefragt von selbst; im Falle des Gegentheils aber wären sie ihm lediglich zu Nichts nütze. Nur wenn er es auf ein Zusammengehen mit Oesterreich abgesehen hat, kann es ihn etwa als ein Nebengedanke interessiren, ob in der tschechischen Agitation irgend eine Hemmung österreichischer Aktion läge. Nun, je näher man zusieht, um so weniger wird man sie überschätzen. Mittlerweile ist der Vetter des Kaisers der Franzosen denn auch in Ungarn gewesen, und dort wird er sich überzeugt haben, daß der alte Kossuth eine Null ist gegenüber dem neuen Zustand der Dinge. Gegen Wien und Pesth zusammen ist Prag kein politischer Einsatz, — wäre selbst dann keiner, wenn es eine ungemischt tschechische Bevölkerung hätte. So aber zählt Böhmen nicht viel weniger Deutsche, als es Tschechen zählt. Archimedes selbst würde da vergeblich einen Punkt suchen, wo sich ein Hebel ansetzen ließe, um Gesammtösterreich aus den Angeln zu lupfen.

---

21. Juni 1868.

Ein deutscher Reisender erzählt aus China, daß er über der Thür eines Kaufladens eine Inschrift fand: „Pu-Hu", was deutsch heißt: „Hier wird nicht betrogen." Als ein M[illegible] Welterfahrung zog er daraus den Schluß, daß Betrug wohl so ziemlich häufig sey, ein Verkäufer also ein ent[illegible] Interesse habe, sich als eine Ausnahme davon anzumelden

meiner vollen Gnade." Hierauf fügte der Kaiser in deutscher Sprache hinzu: „Ich bin mit Vergnügen der Einladung der Hauptstadt meines Königreichs Böhmen gefolgt; der Loyalität ihrer Bewohner stets versichert, sehe ich darin, daß Sie für diese schöne Straße den Namen der Kaiserin, und für das neue Bauwerk meinen Namen gewählt haben, einen neuen Beweis Ihrer Anhänglichkeit. Gott segne die Stadt und das ganze Land!" (Stürmische Hochrufe.) Weißgekleidete Jungfrauen streuten Blumen (keine russischen!) auf den Weg zum kaiserlichen Zelt, in welches mit den Erzherzogen Albrecht, Karl Salvator, und Ludwig Viktor auch der gewesene Kurfürst von Hessen eintrat. Um 2 Uhr war großer Empfang im „spanischen Saale" der Burg, um 5 Uhr im „deutschen Saale" Hoftafel mit 85 Gedecken. Die Schloßwache war auch von einer Abtheilung Bürgergrenadiere bezogen, neben dem k. k. Militär. Bei der Festfeier waren die deutschen Vereine vollständig repräsentirt; auch der gesammte Adel Böhmens war auf seinem Platze. Die tschechischen Heißsporne hatten den politischen Fehler gemacht, gegen die Feier zu agitiren. Der „Sokol" kündigte demonstrirend an, daß er an diesem Tag einen Ausflug über Land mache; es wurden sogar tschechische Zettel herumgegeben, in denen eine Theilnahme an der Feier für „Verrath am Vaterland" erklärt ward. Die Folge davon war, daß sich nun in den massenhaften Ziffern der Theilnehmer unwiderlegbar herausgestellt hat, wie gering im Verhältniß dazu das Häuflein jener schwindelhaften Agitatoren ist: wären sie da gewesen, so hätten sie anzuhören gehabt, wie auch der Ministerpräsident Fürst Auersperg mit Hochrufen aus den Reihen des Volks begrüßt wurde.

In der gestrigen Monatsversammlung des Arbeiter-Bildungsvereins kam unter Anderm ein Dringlichkeitsantrag vor, der Verein möge zur Beherbergung der im nächsten Monat zu erwartenden Schützengäste seine Lokale zur Verfügung stellen. Der Antrag war von achtzig Genossen unterstützt. Nun aber trat ein Hr. Brüßhaver als Gegner auf, indem er sagte: „Wir sind Arbeiter und keine Schützen. Was kümmert uns also das Schützenfest? Auf der Ringstraße, —

Da gibt's genug große Palläste,
Die eignen sich eh'r für die Schützengäste."

Damit schlug das Blatt so vollständig um, daß bei der Abstimmung

trotz jener achtzig Genossen des Antragstellers, nur eine einzige Stimme für den Antrag übrig blieb.

Prinz Napoleon ist in Pesth länger geblieben, als er anfänglich beabsichtigte; vielleicht allzu lange für die Erhaltung eines gewissen Nimbus. Gaffende Neugier nutzt ihren Gegenstand ab und wird zuletzt unangenehm. So schließt z. B. der „Ungarische Lloyd" einen Tagesbericht vom 20. über den gefeierten Gast mit den Worten: „Der Prinz dinirte bei dem Ministerpräsidenten und kehrte gegen halb 10 Uhr Abends zurück. Kurz darauf verließ er zu Fuß, nur in Begleitung seines Kammerdieners, den Gasthof und machte in der Stadt einen Spaziergang, über den jede nähere Mittheilung indiskret wäre. Etwas nach Mitternacht kam der Prinz wohlbehalten nach Hause."

23. Juni 1868.

Man spricht von Anbahnung eines Ausgleichs mit „Böhmen", d. h. mit der tschechischen Partei; denn die Deutsch-Böhmen sind bekanntlich mit der Reichsverfassung einverstanden, bedürfen also nicht erst einer Aussöhnung damit. Zu der kaiserlichen Tafel in der Hofburg auf dem Hradschin waren am ersten Tage der Festfeier auch die HH. Palacky und Rieger geladen; in der Liste der Prager Zeitung sind sie aufgeführt mit der Bezeichnung „Landesausschußbeisitzer Dr. Rieger" und „Historiograph Dr. Franz Palacky." Fürst Auersperg, sagt man, brachte in Folge der im Ministerrath gefaßten Beschlüsse eine Ermächtigung mit, den Führern der tschechischen Opposition die Zusicherung zu geben, daß die Regierung, falls man sich jenseits entschlösse, die bestehende Verfassung rückhaltlos anzunehmen, bereit sey, auf dem Boden dieser Verfassung den speziellen Wünschen des größten Kronlandes der außerungarischen Reichstheile nach Möglichkeit Rechnung zu tragen. Auf dem „Boden der Reichsverfassung" ist denn allerdings eine noch weitere Ausdehnung des schon jetzt ziemlich weit ausgedehnten Bereichs der Landesautonomie möglich, eine Einlenkung in die panslawistischen Bahnen der tschechischen Agitatoren aber natürlich nicht. Es wird darauf ankommen, in wie weit ein tschechisches Verständniß hiefür reif ist. Gestern befand sich auch der Reichskanzler [illegible] nur auf einen Tag, denn er kam M[illegible] wieder ab. Mit Palacky und

„Landhause" (Ständehaus, Landtagsgebäude). Im Gegensatze zu den eingeleiteten Verständigungsversuchen behaupten nun die Narodni Listy rühmend, das tschechische Publikum sey bei der ganzen Festfeier nur sehr spärlich vertreten gewesen; — für ihre politische Stellung ein gefährlicher Satz, denn wenn er richtig wäre, so läge eben damit der Beweis vor, daß Prag auch ohne Tschechen noch eine sehr volkreiche Stadt ist. Die Wahrheit aber ist offenkundig die, daß die panslawistischen Führer keineswegs identisch mit der „böhmischen Nation" sind. Eigentlich demonstrirt gegen die kaiserliche Festfeier haben nur tschechische Studenten (künftige Aspiranten des österreichischen Staatsdienstes!), sodann der Janhagel, der an dem Hause eines Professors die zwischen zwei schwarz-gelben Fahnen ausgesteckte schwarz-roth-goldene herabriß und zerfetzte, und jene Landfahrer (Sokolisten), die am Morgen des 21. feierlich aus Prag auszogen, um irgendwo in der Ferne bei einer Schaustellung russischen Tschechenthums anwesend zu seyn. Die Volksversammlung am Bösig übrigens, von dem urtschechischen Prinzen Rudolf Taxis präsidirt, wurde wegen Ueberschreitung des Programms von dem Regierungsvertreter aufgelöst. Bürgermeister Klaudy ist mit dem Orden der „eisernen Krone" dritter Klasse dekorirt worden.

So wie man Prag von gewisser Seite einfach für eine slawische Stadt auszugeben pflegt, hatte man auch in Brünn eine „überwiegend slawische" Eigenschaft geltend gemacht, um den dortigen Theaterdirektor Swoboda zu einigen Vorstellungen in tschechischer Sprache zu veranlassen. Die Sache fiel jedoch kläglich aus: bei der ersten Vorstellung fanden sich etwa 60 Zuschauer ein, die noch folgenden Stücke aber spielten vor leeren Bänken, worauf man das Experiment aufgab. Auch hier in Wien mißglückte gestern ein ähnlicher Versuch vollständig. Das „Thalia-Theater" gab ein tschechisches Bühnenstück „zum Vortheil des tschechischen Nationaltheaters in Prag"; es fand sich indeß nur ein sehr spärliches Publikum ein, und da sich dasselbe „zu früh entfernte", brach die Vorstellung ab, ehe der dritte Akt zu Ende war. Slava!

Dieser Tage fand in Baden (bei Wien) noch eine chirurgische Operation in Folge einer Wunde aus der Schlacht von Sadowa statt. Der Oberst des zweiten Kürassierregiments, Graf Erbach-Fürstenau, war dort durch einen Granatschuß schwer am Kopfe verwundet worden; nun wuchs aus der vernarbten Wunde schon

seit Monaten immer weiter ein Knochensplitter heraus, und als man diesen ausschnitt, kamen nebst mehreren Knochentheilen auch noch Splitter des Geschosses, ja sogar ein etwa zwei Zoll langes Metallstück zum Vorschein, das man als einen Bestandtheil des Helms erkannte. Es steht jetzt vollständige und nachhaltige Heilung in Aussicht.

---

24. Juni 1868.

Früher warfen die tschechischen Ultra's dem Frhrn. v. Beust vor, er wolle die Slawen an die Wand drücken; — eine Aeußerung übrigens, die er nie gethan hat, und die ihm auch gar nicht ähnlich sieht. Jetzt machen sie dem Wiener Ministerium gar einen Vorwurf daraus, daß es einen Schritt politischer Annäherung versuchte. Die Narodni Listy wenigstens antworten darauf mit einer Drohung; Opposition in secula seculorum! (Im „heiligen Rußland“ riebe sich Das aus!) Der gethane Annäherungsschritt geht ihnen nämlich nicht weit genug; die Narodni Listy aber, in den Lüften einhergehend, sind an Siebenmeilenstiefel gewöhnt. Auf dem Boden der Wirklichkeit thut sich Das nicht. Oder hat das Blatt ernstlich geglaubt, man werde etwa das Hussitenthum wieder einführen, den Deutsch-Böhmen den Gebrauch ihrer Sprache verbieten, die russische Volkshymne in den Kirchengesang aufnehmen, und die heilige Wenzelskrone zu einer Vasallin von St. Petersburg zu machen? In derartigem Fahrwasser bewegt sich ja doch eine tschechische Parteirichtung! Allein wann und wo hat man ihr ein Recht darauf verliehen? Steht es in der „verneuerten (erneuerten) Landesordnung“? War es eine Praxis der alten Postulatenlandtage? Soll es ein Vermächtniß des „Winterkönigs“ aus der Pfalz seyn, welcher jedoch nach Aussage der Geschichte ein Deutscher war? Nichts von alledem; es sind hirnverbrannte Ansprüche, und dafür ist Böhmen nicht das politische Narrenhaus, obwohl solche Schwindelköpfe, scheint es, gern eines daraus machen möchten. Die Narodni Listy sind nicht identisch mit dem Böhmerland, auch nicht mit seinem tschechischen Theil. Es gibt auch Tschechen, die zu gut tschechisch gesinnt sind, um ihre Sprache mit der russischen vertauschen zu wollen: zu [illegible]
Anhänger der abendländischen Freiheit, um sich unter
Herrschaft zu wünschen; zu sehr weltverständig[illegible]
an die Ausführbarkeit von Utopien zu theilen

zeitigem Eintritt in Wirksamkeit. „Sollte wider Erwarten diesen Gesetzen und Anordnungen die gebührende Achtung und allseitige Befolgung verweigert werden, so wird die Regierung überhaupt vorkehren, was geeignet und nothwendig ist, um ihnen die ungeschmälerte Geltung zu verschaffen." (Lebhafter Beifall.) Im Ganzen hat vom 20. Mai 1867 bis zum gestrigen Tage, also in einem Zeitraume von etwas mehr als dreizehn Monaten, das Haus der Abgeordneten 134, das Herrenhaus 51 Sitzungen gehalten; 57 Gesetze wurden verfassungsmäßig erledigt und erhielten die kaiserliche Sanktion. Außerdem waren zwischenhinein die Delegationen in Thätigkeit, denen ihre besondere Aufgabe oblag. Der Ausgleich mit Ungarn wurde in dieser Zeit praktisch in's Leben geführt.

Die Verständigung mit den bunt gemischten Oppositionselementen in Böhmen, scheint es, steht noch im weiten Feld. Die „Debatte" zwar meldet, mit jenem Theile der böhmischen Feudalen, der bisher mit den Tschechen ging, habe ein Ausgleich stattgefunden, und zwar auf folgender Grundlage: Erweiterung der Landesautonomie, Eintritt eines Tschechen in das Ministerium, Krönung des Kaisers in Prag, Revision der böhmischen Landtags-Wahlordnung, und Beschickung des Reichsraths durch die Tschechen. Anderseits aber berichtet das „Vaterland", die Besprechungen in Prag seyen erfolglos geblieben, und aus Prag selbst vernimmt man, daß der „Pokrok", das dortige tschechische Organ der Feudalen (es zählt nur etwa 1200 Abonnenten), wegen des Inhalts eines Eingangsartikels in Beschlag genommen wurde. Daß die „Narodni Listy" und die „Politik" noch so fanatisch sind, wie jemals, zeigt der tägliche Augenschein. Nachträglich erfährt man noch, daß die „tschechische Jugend", d. h. ein Schwarm von etwa 500 Krakehlern, dem Frhrn. v. Beust bei seiner Anwesenheit in Prag eine großartige Katzenmusik zugedacht hatte, ihn deßhalb in der Nähe des deutschen Theaters erwartete, sich mittlerweile mit Pfeifen und Johlen die Zeit vertrieb, und einen Versuch machte, deutschen Theaterbesuchern die Frackschöße abzuschneiden, wobei aber denn doch die Polizei sofort hindernd einschritt. Nachdem sich herausstellte, daß Frhr. v. Beust bereits abgereist war, zog diese „tschechische Jugend" auf den Roßmarkt zur Wenzelsstatue, brüllte einen „Gesang", und rief schließlich Alle, die sich an dem Empfang des Kaisers betheiligt hatten (unter den namentlich Aufgezählten Dr. Klaudy, den jetzigen, und Dr. Bi

den früheren Bürgermeister), unter großem Halloh als Landesverräther aus. Das nennt man tschechisch-national!

---

26. Juni 1868.

Was über die Prager „Annäherung“ gesprochen wird, klingt noch etwas wirr durcheinander, d. h. es weist widersprechende Bestandtheile auf, ungefähr wie eine Napoleonische Thronrede. Da kann denn Jeder herauslesen oder hineintragen, was ihm am besten zusagt. Die Partei selbst, die sich in dem böhmischen Schmollwinkel zusammengethan hat, ist eben gleichfalls aus widersprechenden Bestandtheilen zusammengesetzt. Das hussitische Wesen verträgt sich nicht mit dem Katholizismus, und der Katholizismus nicht mit Sympathie für Rußland, und die Sympathie für Rußland nicht mit politischem Freiheitssinn, und der politische Freiheitssinn nicht mit Feudalismus, und der Feudalismus endlich hat die Pöbelexzesse, die als Demonstrationen gelten sollten, sicherlich nicht kavaliermäßig gefunden. Wo so grelle Widersprüche sich neben einander aufreihen, liegt doch immerhin eine Voraussetzung nahe, es fühle sich ein oder der andere Theil unbehaglich in der Gesellschaft, und werde demnach wenigstens einer Erwägung zugänglich seyn, wenn zum Herauskommen aus der Inkonsequenz sich eine gute Gelegenheit darböte. Eine gute Gelegenheit, nämlich eine politische Motivirung durch ein oder das andere Zugeständniß, wie es gerade thunlich ist. Allein hier beginnen gleich die Schwierigkeiten mit der Frage: in welcher Richtung ein Zugeständniß, und an wen? Die Opposition in Böhmen ist ja bunt aus Elementen zusammengewürfelt, die sich gegenseitig negiren, und was dem einen derselben als Konzession erschiene, wäre für ein anderes vielleicht geradezu eine Beleidigung. Damit man wüßte, wie sich jeder Bestandtheil zu dem Ganzen verhält, müßten sich die zusammengemischten Widersprüche erst von einander ausscheiden. So aber thun sie, als ob sie eine Einheit wären, und täuschen damit lediglich sich selbst. Palacky ist gleichsam nur noch ein Aushängeschild, Rieger ebenfalls von dem jüngeren Nachwuchs überholt, die Grafen Thun und Clam-Martinitz sind keine Tschechen, Adel und Hochkirche nicht hussitisch, und was die Deutschböhmen betrifft, so bedürfen sie nicht erst eines Ausgleichs, um für Kaiser und [illegible] seyn, denn sie sind es schon jetzt.

Antirussisch überdies, allen tschechischen Ura-Schreiern zum Trotz, muß der katholische Klerus ohnehin wirken, so wie so, weil das Gegentheil ein Verrath wäre an der katholischen Kirche. Nicht obgleich, sondern weil in dem böhmischen Schmollwinkel Alles so kunterbunt gemischt ist, glaube ich an das schließliche Gelingen einer Verständigung, wenn auch nicht gerade jetzt. Der gesunde Menschenverstand bricht sich am Ende doch immer Bahn, ob er auch zeitweise stark durch Leidenschaften verdunkelt wird. Unter der Herrschaft der Hohenzollern würde das Tschechenthum germanisirt, unter der Herrschaft der Romanows russifizirt werden, und zwar Letzteres nicht blos zu nationaler, sondern auch zu politischer Einbuße. Andere Nachbarn hat Böhmen nicht. Nur in und mit Oesterreich hat die tschechische Nationalität, ganz so wie es mit der polnischen Galiziens der Fall ist, Aussicht auf Erhaltung, Pflege, und Gedeihen. Falsche Freunde graben ihr eine tschechische Zukunft vielmehr ab.

---

27. Juni 1868.

Wenn die ultratschechischen Blätter unwirsch sind über Ausgleichsgerüchte, so hat Das seinen guten Grund: für die Art, wie sie fischen gehen, bedarf es trüben Wassers, ist also jede Klärung vom Uebel. Anderseits ist der hohe Grad ihrer Verstimmung zugleich ein Maßstab für den politischen Eindruck, den die Erscheinung des Kaisers in Prag auch auf die Tschechen machte. Auf die echten Tschechen nämlich, nicht auf die russisch umgefärbten, zu welchen sicherlich nicht das eigentliche Volk gehört. Eine Verständigung mit diesem aber wäre ein bevorstehendes Todesurtheil für das bisher betriebene Agitationshandwerk: je näher also eine solche Gefahr, um so ärger der Aufschrei der Bedrohten. Ja, das erkünstelte Russenthum fühlt sich bedroht, so wie das unverfälschte Tschechenthum wieder obenauf kommt. Letzteres, denke ich mir, will eben so wenig russisch werden, als deutsch, ist aber in Oesterreich, wo so vielerlei Stämme in Freiheit und Gleichberechtigung nebeneinander wohnen und sich gegenseitig das Gleichgewicht halten, einer Germanisirung ja gar nicht ausgesetzt. Liegt doch in der einfachen Thatsache, daß an Palacky und Rieger kaiserliche Worte gerichtet wurden, gleichsam eine moralische Amnestie für die Pilgerfahrt nach St. Petersburg und Moskau: wie kann da einem intelligenten

Tschechen um seine Nationalität in Oesterreich bange seyn! Eine Gefährdung derselben käme lediglich von außen her.

In Böhmen selbst aber, wie vor Jedermanns Augen liegt, ist nicht die tschechische Nationalität gefährdet, sondern die deutsche. Was man unter dem Titel der hl. Wenzelskrone anstrebt, Das zielt ja nicht darauf ab, die böhmischen Tschechen zu vereinigen, denn vereinigt sind sie bereits, sondern die böhmischen Deutschen zu isoliren von den andern Deutschen Oesterreichs, auf daß man sie in den Zustand einer hilflosen Minorität versetze. Dies wäre nicht eine Wahrung, sondern vielmehr eine flagrante Verletzung des Prinzips der Nationalität. Ganz im Gegentheil, wenn alle Stricke reißen und eine Verständigung, aus Mangel an entsprechender Intelligenz dafür, sich als unausführbar erweist, alsdann bietet eben jenes Prinzip noch eine Lösung dar, die bis auf den letzten Augenblick offen bleibt, nämlich eine Unterabtheilung Böhmens in ein tschechisches und in ein deutsches. Communio est mater discordiarum; es wäre eine Art von Ehescheidung wegen erwiesener Unverträglichkeit, ein Dualismus in Gemeinde, Rechtspflege, politischer Administration, und Volksvertretung. Alsdann kann ein jeder Theil politisch „selig werden nach seiner eigenen Fasson." Man wird alsdann nicht mehr deutsche Kinder zwingen, tschechisch zu lernen (bis jetzt besteht noch ein Schulzwang dieser Art); man wird nicht mehr in Städten gemischter Bevölkerung, wo sich neben einer tschechischen eine deutsche Schule befindet, durch einen Mehrheitsbeschluß auch diese letztere in eine tschechische umwandeln; man wird nicht mehr 20,000 Deutsche mit 30,000 Tschechen, oder auch umgekehrt, in einen Wahlbezirk zusammenkuppeln, so daß zwar jeder Theil mitwählt, aber der eine schon zum voraus in die Tasche des andern gesteckt ist: man wird nicht mehr auf dem Landtag hadern über Nationalitätsgegensätze, wobei so oft andere Interessen in die Brüche gehen.

Eine politische Unterabtheilung Böhmens nach dem Nationalitätsprinzip schnitte alle diese Verwicklungsknoten mittendurch. Freilich, die Deutsch-Böhmen und die Tschechen wohnen nicht überall in kompakter Masse neben einander, sondern es gibt theilweise auch Sprachinseln und einzeln über die Mauer gewachsene ethnographische Aeste. Allein auch nur theilweise. Schlage man eine ethnographische Karte von Böhmen auf: sie ist weitaus nicht so vieltheilig und farbig

gestückelt, wie zum Exempel noch bis zu Ende des vorigen Jahrhunderts eine politische Karte des schwäbischen oder des fränkischen Kreises im „römischen Reich deutscher Nation" aussah. Und doch wurden selbst weit entlegene derartige Splitterstücke ganz eben so regelrecht administrirt und regiert, wie der betreffende Hauptkomplex, also beispielsweise zwei vereinzelte herzoglich würtembergische Dörfer im Bruhrein auf gut würtembergisch, oder zwei fürstbischöfflich speyerische Ortschaften oberhalb Stuttgart auf gut speyerisch. Thatsächliche Hindernisse für die Administration bieten demnach örtliche Entlegenheiten (in Böhmen kämen sie ethnographisch ohnehin nur ausnahmsweise vor) erfahrungsmäßig keineswegs. Was die Hauptstadt Prag anbelangt, so ergäbe das Nationalitätsprinzip eben zwei Gemeinden neben einander, und Das hätte weiter keine Schwierigkeit. Wohnen doch in Städten von konfessionell gemischter Bevölkerung Katholiken und Protestanten ebenfalls nicht straßen- oder stadtviertelweise getrennt, sondern bunt durcheinander, und darum findet dennoch jeder Theil vollkommen den Weg in seine eigene Kirche. Zweckmäßiger ist Das wohl immerhin, als wenn man sie in eine gemeinsame Kirche mit zwei feindlichen Kanzeln wiese. Für das zweisprachige Böhmen hätte ein geregelter ethnographischer Dualismus jedenfalls den Vortheil, daß man der ewigen Händel und Reibungen los und ledig wäre: jede der beiden Nationalitäten wäre Königin in ihrem Lager, und übte in Wirklichkeit eine politische Autonomie aus. Ein erkünsteltes Russenthum aber fiele dann von selbst weg; denn nicht um die tschechische Nationalität zu wahren, sondern um die deutsche in Böhmen zu unterjochen, brachte man diesen Schwindel in Gang.

---

28. Juni 1868.

Die Zurüstungen zu dem bevorstehenden deutschen Schützenfeste lassen sich großartig an. Auf dem Festplatze im Prater wächst nach und nach gleichsam eine kleine Stadt aus dem Boden; außer Gabentempel, Schießständen, und Festhalle finden sich Wirthschaftsgebäude aller Art, Keller mit Eis, riesenhafte Küchenräume 2c.; auch ein Industriebazar für den Festplatz ist im Werk. Eine eigens erbaute Sodawasser-Fabrik wird nicht weniger als 6000 Syphons (ungefähr je ein Seidel fassend) täglich zu liefern im Stande seyn.

Vorerst sind 6000 Eimer Bier, 160,000 Flaschen „Schützenwein" 20,000 Flaschen Extraweine, 6000 Flaschen französischen Champagners, und 4000 Flaschen sonstiger Schaumweine zwischen Eisschichten in den Kellern aufgestapelt. Man hat sich eingerichtet, jeden Tag 10,000 Paar „Frankfurter mit Kren" beizubringen. („Frankfurter" heißt man hier, was man draußen „Wiener Würstchen" nennt; „Kren" ist geriebener roher Meerrettig.) Auf den Eisenbahnen ist die Zufuhr von 80,000 Pfd. Ochsenfleisch aus Galizien und von 20,000 Hühnern aus Ungarn eingeleitet; 3000 Gänse kommen aus dem nahen Eipeldau (Leopoldau); Prag stellt 100 Zentner Schinken, die Schweiz 25 Zentner Emmenthaler Käse, und in den Küchengärten der Wiener Vorstädte hat die „Schützenwirthschaft" 100,000 „Häuptel Salat" in Beschlag genommen. Für die Suppe allein hat man 440 Terrinen und 7000 Suppenteller in Bereitschaft; Schüsseln für Fleisch 1000, für Gemüse, Salat, und Kompot je 500, sodann 23,000 Stück flache Speiseteller, 8000 für das Dessert, 10,000 Paar Bestecke mit eben so vielen Löffeln, und dazu vollends das Glasgeschirr, so daß, wie ein Wiener Witz sich ausdrückt, „die Scherben allein hinreichen würden, um jede nationale Kluft auszufüllen."

In dem hiesigen „deutschen Volksverein" hat sich eine völlige Spaltung ergeben, und zwar aus Anlaß einer Zustimmungsadresse an Dr. Völk in Augsburg für seine Rede im Zollparlament zu Berlin, welche dort, weil sie gleichsam auf zwei Achseln trug, nicht minder einen mehrseitigen Anklang fand. Es scheint, daß diese Adresse in einer Sitzung beschlossen wurde, die nur schwach besucht war; genug, als von Augsburg die dankende Antwort des Gefeierten eintraf, erhob sich ein stürmischer Protest gegen den gethanen Schritt, so wie gegen den Vorsitzenden, Dr. Kolisch, und das Ende war, daß 55 Mitglieder, worunter sechs Gemeinderäthe, ihren sofortigen Austritt erklärten. Die Opposition sah nämlich die Rede des Hrn. Völk, und sohin auch die Zustimmungsadresse an ihn, für kleindeutsch an. (Mit Recht!)

29. Juni 1868.

Dem ungarischen Landtag ist gleichzeitig mit dem neuen Wehrsystem auch ein Gesetzentwurf über vorläufige Aushebung von

38,000 Rekruten vorgelegt worden. Die Konzessionen des ersteren an das ungarische Sonderungswesen sind in der That sehr groß. Bei der Landwehr soll in magyarischer Sprache kommandirt werden, obwohl es nicht die Sprache der Volksmehrheit in Ungarn ist; auch soll die Landwehr die dreifarbige ungarische Fahne führen. Höchst wahrscheinlich erhebt sich in Böhmen nunmehr ein neues Geschrei um das tschechische Kommando, wiewohl das Verhältniß dort ein ganz anderes ist: wenn Ungarn gleich Böhmen zu zwei Fünftheilen mit Deutschen bevölkert wäre, so hätten die Letzteren sicherlich auch die Rechte ihrer eigenen Nationalität zu wahren gewußt. In der älteren Zeit schnitt man ohnehin nicht Alles nach einer und derselben magyarischen Schablone zu. Die Siebenbürger Sachsen waren Jahrhunderte lang ungestört Deutsche neben den Magyaren, und die ungarische Parlamentssprache, für alle Nationalitäten Ungarns gleichmäßig, war die lateinische. So noch im ersten Viertel dieses Jahrhunderts; seither hat das der magyarischen Sprache zugedachte Monopol Nichts als Unfrieden gebracht. In der Armee muß das Kommando natürlich eines und dasselbe seyn; will man bei der Landwehr davon abgehen, so hat am Ende jede Nationalität des Gesammtreichs einen gleichen Anspruch. Zu den historischen Rechten Ungarns wenigstens gehörte ein magyarisches Kommando nicht, sondern es ist eine Neuerung. Wenn ich recht berichtet bin, wurde sogar in der ungarischen Revolutionsarmee von 1848 und 1849 deutsch kommandirt.

Morgen wird hier die neue Pferdebahn vom Schottenring durch die Ringstraße bis an den Praterstern, und von da bis zu den Bädern in dem größeren Donauarm, dem öffentlichen Verkehr übergeben. Den bisherigen „Stellwagen" (Omnibus) erwächst damit eine übermächtige, für das Publikum jedenfalls vortheilhafte Konkurrenz, welche namentlich für die Theilnehmer des bevorstehenden großen Schützenfestes noch gerade zu rechter Zeit kommt. Die Unternehmer dieser Pferdebahn nennen sich die „Tramway-Gesellschaft", obwohl es keineswegs Engländer sind; man sollte zum mindesten doch lieber „Tramweg" sagen, um an den Tag zu legen, daß man sich in einer deutschen Stadt befindet. Die deutschen Schützen kommen ja auch nicht als „Riflemen" nach Wien.

In Folge einer Ehrenkränkungsklage des Handelministers v. Plener gegen die Prager „Politik" ist der Redakteur dieses

Blattes, Hr. Nedoma, zu sieben Monaten Arrest und einem Kautionsverfall von 250 Fl. verurtheilt worden.

---

30. Juni 1868.

Wenn es mehr streng-logische Denker gäbe, der Welt würde manche Gehässigkeit in Streitfragen erspart bleiben. So insbesondere in den Gränzstreitigkeiten zwischen Staat und Kirche. Es gibt Staatsfanatiker, die ums Leben nicht begreifen, daß zu der prinzipmäßigen Freiheit natürlich auch die des Kirchenglaubens mit gehört, und hinwiederum Kirchenfanatiker, die dem Staat so eigentlich gar Nichts zuerkennen, jedoch gleichzeitig eine weltliche Protektion von ihm verlangen. Es war nicht gerade ein ungewöhnlicher Weg in Oesterreich, der Protektionsweg; allein es kamen verlorene Schlachten dabei heraus. Auch der Sache der Kirche ist die Protektion nicht besser bekommen: sie verlor eine Schlacht nach der andern in der öffentlichen Meinung, eben während sie protegirt war, und nach dieser Erfahrung läßt sich schwer annehmen, daß sie sich wirklich und ernstlich in die verlorene Protektion zurücksehne. Einer Kirche, die sich in der Freiheit keine geistige Wirksamkeit zutraut, fehlt eben der rechte Glaube an sich selbst, so wie anderseits ein Staat, der in Glaubensfragen polizeilich vorgeht, eben nicht den rechten Begriff von konstitutioneller Freiheit hat.

Indeß, es gibt wunderliche Dinge zwischen Himmel und Erde. Da lief neulich eine Geschichte durch die Blätter, wie in einer Stadt, deren Name mir nicht mehr gegenwärtig ist, ein früherer Israelit, der vor Jahren zum Christenthum übergetreten war, nun auf dem Todtenbett wünschte, auf dem israelitischen Friedhof begraben zu werden, und wie man beiderseitig diesem Wunsche nachkam, und wie die israelitische Gemeinde sogar zuließ, daß auf seinem Sarg auch ein Kreuz mit hineingetragen wurde. Allgemeines Lob über eine so ausgezeichnete Toleranz! Meinetwegen, aber zunächst sehe ich einen ausgezeichneten Mangel an Logik darin. Denn wenn er in Wahrheit ein Christ war, wozu dann ein Begräbniß im israelitischen Friedhof? War er aber im Herzen Israelit geblieben, wozu dann ein christliches Kreuz als Geleite zum Grab? Bei seinen Lebzeiten hätte man einen Anspruch, Christ und Jude nebeneinander zu seyn,

ohne Zweifel für widersinnig erklärt: nahm die Begräbnißfrage, als sie ins Spiel kam, Etwas von diesem Widersinne hinweg?

Was den Staat betrifft, so blieb er hiebei gänzlich unberührt; es nahm ihn Niemand in Anspruch, und für ihn lag sicherlich kein Motiv vor, die Sache hindern zu wollen. Das beiderseitige Einverständniß enthob ihn einer etwaigen Einmischung. Allein wie oft sehen wir an ihn den Anspruch gestellt, Das, was hier freiwillig geschah, oder doch etwas ganz Aehnliches, durch einen polizeilichen Machtspruch förmlich zu erzwingen! Ich meine damit alle die zahlreichen Fälle, wo man einem Geistlichen irgend einer Religionsgenossenschaft zumuthet, einen Verstorbenen, der einer andern angehörte, nun als Mitglied der eigenen, entgegenstehenden zu behandeln (d. h. ihn mit einer kirchlichen Zeremonie zu begraben, an deren Segen er bei Lebzeiten nicht glaubte), und für diesen widersinnigen Zweck von dem Staate sofort polizeiliche Zwangsmaßregeln verlangt. Liegt in einem solchen Verlangen auch nur eine Spur von gesunder Logik? Ist es etwas Anderes, als wenn irgend Jemand von der Regierung begehren wollte, sie solle für ihn eine Dividende herauspressen von einer Gesellschaft, in der er zufällig keine Aktie hat? Was in aller Welt geht Das den Staat an? Er kann Vorsorge treffen, daß ein Verstorbener nicht ohne anständiges Begräbniß bleibe, aber einen Geistlichen zwingen, daß er einen Katholiken als protestantisch oder einen Protestanten als katholisch behandle, Das kann der Staat vernünftiger Weise nicht.

Gewalt ist mitunter ein recht eindringliches Regierungsmittel; wenn sie aber in Glaubenssachen populär wird, weil man einem Gegner nicht den gleichen Antheil an gesetzlicher Freiheit gönnt, so ist Das ein Zeichen, daß man noch weit weg ist von dem Ziel eines rechten Verständnisses für den Rechtsstaat. Gerade mit der „Toleranz", die man so oft im Munde führt, verträgt sich das Anrufen der Polizei gegen Andersgesinnte am allerwenigsten. Freilich, die Toleranz wird oft wunderlich genug aufgefaßt. Aus einer älteren Zeit her, wo man ebenfalls eine Toleranzmode hatte, stand noch vor etwa einem Jahrzehnd über dem Eingang einer Kirche in Graudenz die Inschrift:

Wir gläuben All' an einen Gott,
Und uns vereiniget die Liebe.

Ein ganz hübscher Ausspruch in so weit; über einer Kirchenthüre

jedoch hatte er doch wohl nur dann einen Sinn, wenn diese Kirche als ein Pantheon bestimmt war, sich nicht nur für Christen verschiedener Bekenntnisse, sondern auch für Israeliten und Mohamedaner zu gemeinschaftlichem oder abwechselndem Gottesdienst aufzuthun. Da aber die Kirche keineswegs diese Bestimmung hatte, so war jene Inschrift an ihrem Ort entweder eine blose Phrase, oder sie schloß etwa gar einen versteckten Tadel darüber in sich, daß dieses Haus der Andacht nicht sämmtlichen Bekennern eines einzigen Gottes, sondern in beschränkender Weise nur einer bestimmten christlichen Konfession gewidmet sey. Ein neuberufener Pfarrer sah die Sache von diesem letzteren Standpunkt an, und ließ über Nacht die ihm anstößige Inschrift wegmeißeln. Nicht gerade ein Akt von Pastoralklugheit, meines Erachtens; denn nun erregte die verschwundene Inschrift Skandal, während sie vorher, als schon so geraume Zeit bestehend, längst nicht mehr auffiel oder beachtet wurde. Aber in der andern Frage hatte der Pfarrer offenbar Recht. Ueber dem Eingang einer Konfessionskirche, mochte es nun eine protestantische oder eine katholische seyn, war jene Inschrift eine logische contradictio in adjecto. Martin Luther z. B. würde dieselbe ebenfalls nicht geduldet haben, und zwar aus einem sehr nahe liegenden Grund: wenn sie nämlich mit Recht behauptete, daß alle Konfessionen einerlei seyen, so hätte er seinerseits eine neue offenbar nicht zu stiften gebraucht. Dies konnte er logischer Weise nicht zugeben; auch ein heutiger Bekenner des Lutherthums kann es nicht, weil er damit in Widerspruch mit sich selbst träte, und es ist widersinnig, so Etwas von ihm zu verlangen. Bis zu schlichter Abschaffung der Konfessionen gehen auch die Ansprüche der Toleranz nicht.

Allerneuestens nun, scheint mir, verstößt man gegen die Logik, indem man nach Polizei schreit, weil die päbstliche Allokution die Zivilehe nicht für eine kirchliche ansieht. Nun, Dies thut auch sonst Niemand, sollte ich denken, und hat auch der österreichische Reichsrath nicht gethan, als er die Zivilehe votirte; denn wenn sie kein Gegensatz wäre, hätte man ihrer ja gar nicht beburft, — hätte nicht nöthig gehabt, sie als Surrogat für die kirchliche darzubieten. Daß aber die Kirche sich selbst in Abgang dekretiren würde, hat wohl der Reichsrath wenigstens nicht erwartet: eben dafür ist ja die Zivilehe da. Auch in Frankreich ist sie von der Kirche nicht anerkannt, Dies hindert nicht, daß der heil. Stuhl derzeit in den freundl

Verhältnissen zu Napoleon III. steht. Und wem fällt es ein, Frankreich nicht mehr für katholisch zu halten?

Nun hat die österreichische Gesetzgebung bekanntlich nur die sogenannte Noth-Zivilehe eingeführt, d. h. nur für Ausnahmsfälle Das, was in Frankreich die allgemeine Regel ist. Ein solcher Ausnahmsfall tritt ein, wenn die Kirche eine Ehe für unzulässig, der Staat aber sie für zulässig erachtet: also gerade wo (und gerade weil) ein kirchliches Hinderniß vorliegt, da soll die Zivilehe als weltliches Auskunftsmittel die Trauung durch den Priester ersetzen. Wenn nun Jemand noch obendrein begehrt, es müsse auch der Priester gezwungen werden, daß er die weltliche Eheschließung für eine kirchliche ansehe, weil er sonst ein „Verächter des Gesetzes" sey, so ist Dies, logisch genommen, eben schlechtweg ungereimt. Wenn der Staat die kirchliche Trauung erzwingen könnte, so wäre die Einführung der Noth-Zivilehe ja das überflüssigste Ding von der Welt gewesen. Und nun verlangt man im Namen des Ehegesetzes vom Staat, daß er auch die Zustimmung der Kirche dafür beischaffe. Ist Das logisch? Entweder hält Jemand den Segen des Priesters für entbehrlich, oder er thut es nicht; tertium non datur. In dem ersten Fall verschafft ihm die Zivilehe, was ihm der Staat geben kann, nämlich die Rechtsgiltigkeit; wenn aber der Ehestandskandidat, während er nach der Zivilehe greift, gleichzeitig auch den Segen des Priesters für unentbehrlich hält, so ist Dies eine Glaubenssache, und da die Polizei keine Religionen macht, so ist ihm von Polizei wegen dabei nicht zu helfen. Das muß er mit seinem Herzen oder in seinem Kopf abmachen, er selbst. Was der Staat für ihn thun konnte, Das hat er gethan; einen besonderen Katholizismus für ihn machen, Das kann der Staat nicht. Er selbst aber, der Ehestandskandidat, kann sich entweder mit der Zivilehe begnügen, oder er kann aus seiner bisherigen Kirche, wenn sie ihm nicht mehr zusagt, zu einer andern übergehen, oder sich auf die Stiftung einer neuen verlegen, ganz nach seiner eigenen Wahl. Das ist die Lösung, die ihm die Freiheit bietet. Aber die Hilfe der Polizeigewalt anzurufen, weil er gleichzeitig katholisch und nicht katholisch seyn möchte, Das ist sowohl ungereimt als unfrei, und der Staat seinerseits kann weder Etwas davon noch dazu thun.

---

3. Juli 1868.

Wenn es wahr ist, was man hier behauptet, nämlich daß es Oesterreicher selbst (Parteigänger des Feudalismus) waren, die in Rom auf eine politische Färbung der Streitfrage hinwirkten, so haben sie damit, wie nun der Erfolg zeigt, eben nur dargethan, daß der richtige Blick für öffentliche Stimmungen ihnen abgeht. Die Noth-Zivilehe beschränkt sich ihrer Natur nach auf so wenige Fälle, daß sie als Ausnahme neben der Regel gleichsam verschwindet; ja, was noch mehr ist, sie ist als weltliches Auskunftsmittel schon einmal von geistlicher Seite selbst indirekt angerathen worden. In einer Erklärung des österreichischen Episkopats vom 30. Mai 1849 heißt es unter Anderm wörtlich: „Sollte die Staatsgewalt darauf bestehen, einer Verbindung, welche die Kirche nicht als Ehe anerkennen kann, die bürgerlichen Rechte der Ehe zu gewähren, so müßte der Diener der Kirche erklären: da es ihm unmöglich sey, ohne Verletzung der Kirchengesetze die Trauung vorzunehmen, so könne er die Erklärung der Einwilligung auch nicht in so weit aufnehmen, als Dies zur Begründung der bürgerlichen Rechte nothwendig sey. Dann müßte es der Staatsgewalt anheimgestellt bleiben, für solch einen ausnahmsweisen Fall von ihrem Standpunkt aus eine ausnahmsweise Maßregel anzuordnen.“ Dieser Rath ist denn in der jüngsten Zeit nun befolgt worden, und darin allein liegt eine Neuerung; alles Andere ist einfach die Ehegesetzgebung wieder, wie sie bis 1855 bestand. In der Praxis wäre man mit beiderseitigem Takt über die Schwierigkeiten ohne allzu große Friktion hinweggekommen, und die durch das Konkordat erzeugten antikirchlichen Stimmungen hätten sich mit der Zeit allmählich beruhigt und zuletzt aufgezehrt. Nun aber sehe man, was über die Befolgung des Raths von 1849 für ein Sturmwetter losgebrochen ist! Das Hereinziehen der österreichischen Verfassung vollends, ein Uebergriff auf das politische Gebiet, mischt das Ungleichartigste durcheinander und setzt der Verwirrung die Krone auf. Und was ist die Folge davon? Daß die Antikonkordatsbewegung, die sich nachgerade beschwichtigt hatte, nun wieder von vorn anfängt. „Da habt Ihr's!“ ruft man von dieser Seite; „hätte man das Konkordat gleich vollständig beseitigt, es wäre in Einem hingegangen: mehr Aufhebens konnte dabei nicht seyn, als jetzt auch.“ Andere Stimmen verlangen wenigstens, daß man jetzt die Zivilehe allgemein einführe, wie in Frankreich, und die Führung

6. Juli 1868.

Die „Sympathiephilister" draußen herum — England mit eingeschlossen, wo man ja ebenfalls eine Zeit lang für Kossuth schwärmte — haben es wohl für eine Verleumdung gehalten, wenn ihnen irgendwo zu Ohren kam, es gebe eine magyarische Partei, die am liebsten Ungarn mit einer chinesischen Mauer umschlösse. Nun liegt ein offizieller Beweis für die Sache vor, nämlich der im Landtag eingebrachte Entwurf eines Inkolatsgesetzes, dessen Beschaffenheit ganz dazu angethan ist, Ausländer (und dazu gehören auch die Oesterreicher diesseits der Leitha) von dem geweihten Boden Ungarns ferne zu halten. Das Land ist nur dünn bevölkert; es fehlt an Kapital, an Industrie, an Fleiß und Arbeit, und deßhalb auch an entsprechender Steuerkraft; allein wenn Dies Alles hereinkäme, so stünde zu befürchten, daß die magyarische Nationalität, ohnehin an Volkszahl in der Minderheit, Etwas von ihrem Privilegium politischer Herrschaft verlöre, und daß am Ende gar eine gesetzliche Gleichberechtigung einrisse. Also muß man rechtzeitig einer etwaigen Einwanderung von Kapital und Intelligenz vorbeugen, und jener Gesetzentwurf trifft mit Glück die geeignetsten Mittel und Wege dazu. Reisende und temporär sich Niederlassende stellt er unter das Polizeigesetz, was je nach den örtlichen Verhältnissen und der Aemterbesetzung eines Komitats selbst die Möglichkeit einer Bastonnade nicht ausschließt; als „Fremde" aber werden auch die ständig sich Niederlassenden behandelt, denen erst nach zehnjährigem Aufenthalt in Ungarn ein Gesuch um Naturalisirung zusteht, und auch diese genießen nur eine beschränkte Freiheit, dürfen z. B. keine Grundstücke besitzen, sondern höchstens in Pacht nehmen, während im Kontrast damit der Besitz von Häusern gestattet ist. Wer aus Ungarn auswandert, also auch der Naturalisirte, den Dies etwa wieder reut, muß zehn Prozent seines Vermögens zurücklassen. In der Türkei hat es der Ausländer besser: dort steht er wenigstens unter dem Schutz und unter der Jurisdiktion der Gesandtschaften und der Konsulate seines Staats. Zu welchem Zweck aber man in Ungarn Eisenbahnen gebaut hat, wenn man sich von dem großen Weltverkehr isoliren will, Das ist schwer zu verstehen.

---

7. Juli 1868.

Gestern ist in Prag die Urtheilsverkündung in Betreff der Exzesse bei der Abschiedsfeier für den Minister Herbst erfolgt: sämmtliche Angeklagte sind des Vergehens des Auflaufs schuldig erkannt. Die Hauptangeklagten trifft eine Strafe von vier Wochen Arrest, die Andern von vierzehn bis zu zehn Tagen herab. Durch eine eigenthümliche Fügung des Zufalls trifft hier in Wien mit dem Telegramm über diese Urtheilsverkündung zur Bestrafung von Exzessen gegen die Deutschen ein anderes Telegramm zusammen, das über die als captatio benevolentiae angehefteten Maueranschläge der hussitischen Wallfahrer in Konstanz berichtet. Dieselben sind „an die Bewohner der altehrwürdigen Stadt Konstanz" adressirt, und es heißt darin unter Anderm: „Die Begeisterung für Licht und Wahrheit, die Huß in seinem Vaterlande geweckt, die Erinnerung an die Lehren der Humanität und allgemeinen Menschenliebe, die er daselbst verbreitet, machten es uns zur Pflicht, die durch seine Asche geweihte Stelle zu besuchen." Wenn Konstanzer Lichtfreunde sich durch derartige Phrasen berücken lassen, so sind sie, wie man in Nordamerika zu sagen pflegt, „noch verdammt grün." Aus dem Vergleich mit den oben erwähnten Exzessen in Prag ergibt sich einfach, daß die hussitische „Begeisterung für Licht" den Deutschen die Fenster einschlägt, und die hussitische „Erinnerung an die Lehren der Humanität und allgemeinen Menschenliebe" sich durch Huteintreiben und sonstige Roheiten gegen vereinzelte Deutschböhmen ausdrückt. Es steckt ein direkter, auf einer Grundlage von Barbarei beruhender Haß gegen die Deutschen in dieser Partei, und wer Dies in Deutschland über einer „Sympathie" für Johann Huß zu vergessen vermag, Der leidet unter einem eben so großen Mangel an nationaler Selbstachtung, als einige deutsch benamte Schleppträger und Heloten des russischen Tschechenthums in Böhmen selbst. Tschechische Nachrichten behaupten, die hussitischen Pilger seyen auf dem Augsburger Bahnhofe von „Tausenden" erwartet und bewillkommt worden; dagegen hat man hier Telegramme, wonach die tschechischen Wallfahrer auf der Durchreise durch Bayern „gänzlicher Theilnahmlosigkeit", und in Konstanz selbst einem „lautlosen Empfang" begegnet sind. Selbst für einen sogenannten „National-Liberalen" wäre es immerhin ein starkes Stück, diesen erklärten Hassern des deutschen Namens auch noch eine Art von Handkuß dafür dar-

zubringen, wie man Dies seiner Zeit mit den Italienern that, als man auf ihr „Morte ai Tedeschi" mit einem unterthänigsten Bückling antwortete. Die Italiener waren wenigstens nicht zugleich russisch; die Ultratschechen aber sind es, und deßhalb trafen denn auch telegraphische Glückwünsche zu der Hussitenfahrt aus dem „heiligen Rußland" bei den Vasallen in Böhmen ein. Von dem Standpunkte des russischen Panslawismus aus liegt darin gesunder Menschenverstand; in etwaigen „aufgeklärten" Sympathien deutscher Kleinstädter für tschechische Todfeinde des Deutschthums läge keiner.

---

8. Juli 1868.

Während die vor Gericht gestellten Theilnehmer an den Prager Januarexzessen (eine sehr geringfügige Anzahl im Verhältniß zu der Gesammtmasse) ziemlich gelinde davon kamen, da die höchste Strafe nicht über vier Wochen Arrest hinausgeht, hat nun einen der geistigen Urheber eine um so schwerere Verurtheilung getroffen. Die tschechische Presse hatte zu den Exzessen vorher gereizt, nachher sie als ruhmwürdig gepriesen; jetzt war den Deutschen doch wieder einmal gezeigt worden, daß es noch eine „tschechische Jugend" gebe. und daß Prag eine „tschechische Stadt" sey. Noch etwas weiter jedoch ging die Prager „Politik" in einem Artikel, der die Exzesse zugleich für eine Demonstration gegen das Ministerium erklärte und wiederholt auch die Person des Kaisers mit in's Spiel zog. Die öffentliche Meinung sey gefälscht, der Volkswille fingirt, die k. k. Volksvertretung durch Polizeiorgane geschaffen, die Verfassung ein auf allen vier Füßen hinkendes Plagiat, mühsam geschützt durch einige Gendarmen und Wachtmänner. Das in die Minorität gedrängte Volk müsse Posto fassen auf den Straßen. Konstitutionell regiere der Kaiser nicht, denn er habe seine Minister nicht aus der Majorität des Volkes gewählt 2c. (Vermuthlich hätte er sie aus den Tschechen der russischen Pilgerfahrt erwählen sollen!) Vorgestern, unmittelbar nach der Urtheilsverkündung über die Werkzeuge bei den Januarexzessen, begann die Gerichtsverhandlung wegen dieses Artikels gegen Hrn. Wenzel Nedoma, verantwortlichen Redakteur der „Politik". Der Angeklagte selbst war nicht erschienen, und es scheint, daß er sich in's Ausland geflüchtet hat; aufzufinden war er wenigstens nicht. Nach Maßgabe des §. 395 der Strafprozeß-

ordnung fand sohin das Verfahren in contumaciam statt. Der Gerichtshof sprach den Angeklagten des Verbrechens der Störung der öffentlichen Ruhe schuldig und verurtheilte ihn zu achtzehn Monaten schweren Kerkers und zu 2000 Fl. Kautionsverfall. Inzwischen gehen Straßendemonstrationen in Prag und sogenannte Tabors oder Volksversammlungen auf dem Lande ihren Gang fort. In Prag selbst wurde am Sonntag (5. Juli) zur „Hußfeier" mehrfach demonstrirt. So z. B. fand ein Zusammenlauf in Pankraz statt, vor dem Wyschehrader Thore, und es wurde dort ein Standbild des heil. Johannes von Nepomuk bekränzt, das ursprünglich, wie eine Volkssage behauptet, ein Standbild des Johann Huß gewesen und dann umgestaltet worden seyn soll. Als ein Polizeikommissär die Leute zur Entfernung aufforderte, verrichteten sie noch ein „stilles Gebet" und kehrten dann unter den Rufen: „Slava Huß! Nieder mit dem Pabstthum! Nieder mit den Jesuiten!" in die Stadt zurück. Das sind die Schützlinge „katholisch gesinnter" Feudalen!

Wegen nicht ausreichender Geldmittel innerhalb der Schranken der Delegationsbewilligung werden neuerdings zwanzig Mann per Kompagnie bei der Linieninfanterie und den Jägern in Urlaub entlassen. Der Präsentstand einer Kompagnie sinkt damit bis auf fünfzig Mann herab, was in Oesterreich unerhört ist.

---

9. Juli 1868.

Wenn aus Ungarn herüber in öffentlichen Blättern angedeutet wird, die Partei Deak sey mit innern Spaltungen bedroht, oder sie sey der fortdauernden Sympathie des Volkes nicht mehr sicher, so kann man in der Regel daraus den Schluß ziehen, daß wieder irgend ein neuer Anspruch im Sinne des ungarischen Sonderwesens unterwegs ist. Es gibt immer magyarische Heißsporne, die noch über die Bedingungen des abgeschlossenen Ausgleichs hinausgreifen möchten; ein Theil der Partei Deak, wenn auch recht wohl fühlend, daß hier eine lex lata vorliegt, an der man nicht stets von neuem rütteln sollte, mag dabei um die Popularitätsfrage Besorgniß hegen, und daher denn jene Anspielungen auf eine obschwebende Gefahr, um diesseits der Leitha bestechend darauf hinzuwirken, daß man fünf gerade seyn lasse. Diesmal scheint sich diese Partie aus Anlaß des

zubringen, wie man Dies seiner Zeit mit den Italienern that, als man auf ihr „Morte ai Tedeschi" mit einem unterthänigsten Bückling antwortete. Die Italiener waren wenigstens nicht zugleich russisch; die Ultratschechen aber sind es, und deßhalb trafen denn auch telegraphische Glückwünsche zu der Hussitenfahrt aus dem „heiligen Rußland" bei den Vasallen in Böhmen ein. Von dem Standpunkte des russischen Panslawismus aus liegt darin gesunder Menschenverstand; in etwaigen „aufgeklärten" Sympathien deutscher Kleinstädter für tschechische Todfeinde des Deutschthums läge keiner.

---

8. Juli 1868.

Während die vor Gericht gestellten Theilnehmer an den Prager Januarexzessen (eine sehr geringfügige Anzahl im Verhältniß zu der Gesammtmasse) ziemlich gelinde davon kamen, da die höchste Strafe nicht über vier Wochen Arrest hinausgeht, hat nun einen der geistigen Urheber eine um so schwerere Verurtheilung getroffen. Die tschechische Presse hatte zu den Exzessen vorher gereizt, nachher sie als ruhmwürdig gepriesen; jetzt war den Deutschen doch wieder einmal gezeigt worden, daß es noch eine „tschechische Jugend" gebe, und daß Prag eine „tschechische Stadt" sey. Noch etwas weiter jedoch ging die Prager „Politik" in einem Artikel, der die Exzesse zugleich für eine Demonstration gegen das Ministerium erklärte und wiederholt auch die Person des Kaisers mit in's Spiel zog. Die öffentliche Meinung sey gefälscht, der Volkswille fingirt, die k. k. Volksvertretung durch Polizeiorgane geschaffen, die Verfassung ein auf allen vier Füßen hinkendes Plagiat, mühsam geschützt durch einige Gendarmen und Wachtmänner. Das in die Minorität gedrängte Volk müsse Posto fassen auf den Straßen. Konstitutionell regiere der Kaiser nicht, denn er habe seine Minister nicht aus der Majorität des Volkes gewählt ꝛc. (Vermuthlich hätte er sie aus den Tschechen der russischen Pilgerfahrt erwählen sollen!) Vorgestern, unmittelbar nach der Urtheilsverkündung über die Werkzeuge bei den Januarexzessen, begann die Gerichtsverhandlung wegen dieses Artikels gegen Hrn. Wenzel Nedoma, verantwortlichen Redakteur der „Politik". Der Angeklagte selbst war nicht erschienen, und es scheint, daß er sich in's Ausland geflüchtet hat; aufzufinden war er wenigstens nicht. Nach Maßgabe des §. 395 der Strafprozeß-

mitglied für die Bezirke Hohenelbe, Rochlitz, und Starkenbach, d. h. er vertritt einen zur Hälfte deutschen Wahlbezirk. Die guten Leute haben sich den Bock zum Gärtner erwählt. Ipsi fecerunt!

Zur Vorbereitung des bevorstehenden Schützenfestes findet dieser Tage ein „Probe-Essen" in der Festhalle statt, oder vielmehr es sind deren zwei, am ersten Tage für einen engeren Kreis (Komiteemitglieder nebst Anhang), und am zweiten für eine größere Gesellschaft auf Unterzeichnung. Gewissenhafter kann man nicht seyn. Diese „Probe" geht jedoch nicht eigentlich darauf aus, ob die Herren zu essen verstehen, sondern ob die Organisation der Küche und des Kellnerpersonals eine gehörige Prüfung aushält.

Wie hiesige Blätter melden, ist der neu ernannte brasilische Ministerresident, „Chevalier v. Varnhagen", kürzlich von dem Kaiser in Audienz empfangen worden. Hr. v. Varnhagen ist wohl ein Deutscher von Nationalität; die Bezeichnung „Chevalier" ist weder deutsch noch brasilianisch; es muß wohl ein Wienerisches Wort seyn!

---

10. Juli 1868.

Bismarck'sche Blätter werfen den Gegnern seiner Politik in Süddeutschland gerne eine Anwandlung von Rheinbundsgelüsten vor. Dies hat einen patriotischen Verein in Augsburg veranlaßt, eine Resolution oder eine Adresse zu veröffentlichen, worin er erklärt: „Der patriotische Verein „Kasino" betrachtet die Zeitabschnitte, in welchen ausländische Mächte sich in Deutschlands Angelegenheiten eingemischt haben, als die Tage der tiefsten Erniedrigung des Vaterlandes, deren Schmach und unerträglicher Druck nur durch unermeßliche Opfer an Blut und Gut von der deutschen Nation abgeschüttelt werden konnten. Der patriotische Verein würde auch heute in der Einmischung einer auswärtigen Macht, sey es in Form einer Art von Rheinbund oder was immer für einer andern Form, nicht nur ein Nationalunglück, sondern eine Schmach für die deutsche Nation erkennen." Ich las Dies zuerst in preußischen Blättern, welche man überhaupt in Wien ungleich häufiger zu sehen bekommt, als süddeutsche; nachher erfuhr ich, daß die preußischen Blätter die zweite Hälfte der Resolution weggelassen hatten, und verschaffte mir
[illegible] aus Augsburg selbst. Eine lehrreiche Weglassung
[illegible] Schlußsatz nämlich lautet wie folgt:

„Jedes Hereinziehen des Auslandes, sey es Frankreich oder eine andere nicht deutsche Macht, zum Zwecke der Vergewaltigung eines deutschen Bruderstammes würde das „Kasino" mit aller Entschiedenheit als ein vaterlandsverrätherisches Unterfangen verabscheuen, das als eben so schmachvoll betrachtet werden müßte, wie der Bund, welchen Preußen im Jahre 1866 mit Italien zur Niederwerfung deutscher Bruderstämme — nach vorausgegangener Verabredung mit Frankreich zu Biarritz — geschlossen hat."

Diese Augsburger Resolution ist vom 16. Juni. Am 5. Juli wurde Hr. Völk aus Augsburg, Mitglied des Zollparlaments, von seinen Wählern gefeiert zu Immenstadt im bayrischen Oberschwaben, und von dem Festessen weg erging ein Telegramm an den Grafen Bismarck, mit der Meldung, es sey Sr. Exzellenz ein tausendstimmiges Hoch ausgebracht worden für die Worte vom 18. Mai: „Ein Appell an die Furcht wird niemals Wiederhall in deutschen Herzen finden!"

Gegensätze, wie man weiß, heben sich neben einander gestellt um so schärfer hervor. Das gesprochene Wort war stolz: die Hingabe von Limburg und Luxemburg war es nicht. Den Bismarck'schen Völkern in Immenstadt hat eine Phrase imponirt; das patriotische Kasino in Augsburg, indem es auf das Zuhofgehen in Biarritz wies, hielt sich an eine Thatsache.

---

11. Juli 1868.

Der neue ungarische Anspruch, auf dessen heranrückende Erscheinung das bekannte Präludium in ungarischen Blättern hindeutete, besteht dem Vernehmen nach darin, daß man bei Gelegenheit des neuen Wehrgesetzes nunmehr auch besondere ungarische Artillerieregimenter verlangt. Bisher gab es ungarische Husaren- und ungarische Infanterieregimenter, letztere kenntlich an der eng anschließenden Hose mit ungarischen Schnürschuhen, während die Husaren bekanntlich überhaupt eine Waffengattung ungarischen Ursprungs sind, deren Uniform eigentlich eine ungarische Landestracht ist. Die Artillerieregimenter der kaiserlichen Armee aber sind und waren von je her ohne Unterschied aus den verschiedenen Nationalitäten der österreichischen Monarchie zusammengesetzt, ganz so, wie in jenen „ungarischen" Regimentern die verschiedenen Nationalitäten Ungarns

sich vereinigt finden. Zu welchem Zweck also die nun auf einmal beanspruchte Neuerung in der Artillerie, welche als Waffengattung weder einen ungarischen Ursprung, noch eine Motivirung ungarischer Hosen aufweist? Freilich, wenn der alte Kossuth zu seiner Zeit abgesonderte ungarische Artillerieregimenter vorgefunden hätte, würde er sie nach Ungarn für die Sache der Revolution einberufen haben, wie die Husarenregimenter Radetzky's, an denen er sich jedoch täuschte; denn sie kamen nicht. Eine reguläre „ungarische Armee" lieferte ihm vielmehr das Wiener Kriegsministerium unter dem Befehl der Wiener Aula, indem es die k. k. Truppen in Ungarn unter die Verfügung eines abgesonderten ungarischen Kriegsministeriums stellte. Hat man nicht etwa wieder ein unberechenbares Sonderungswesen im Auge, so liegt doch wohl klärlich vor, daß die große k. k. Gesammteinheit der Armee besser eine militärische Verschmelzung der Nationalitäten hervorbringt, als ein ungarisches Fragment, welches überdies ganz eben so vielerlei verschiedene Nationalitäten in sich schlösse, als die Gesammtmonarchie auch.

Eben jetzt pocht die ungarische Nationalitätenfrage neuerdings in Pesth selbst an, und auf wiederholte, von den Nicht-Magyaren Ungarns ausgegangene Interpellationen hat in der Sitzung des ungarischen Unterhauses vom 9. Juli Graf Andrassy, der Ministerpräsident, die Erkärung abgegeben, daß das ungarische Ministerium (es ist eigentlich ein magyarisches) dem gesetzgeberischen Eingehen auf die ungarische Nationalitätenfrage keinerlei Hinderniß in den Weg lege, daß es die Lösung „warm und aufrichtig wünsche", und daß es „jedenfalls dem schon früher gegebenen Versprechen treu geblieben sey, diese Frage je eher desto lieber, ganz gewiß aber noch im Laufe dieser Session, zur Verhandlung und zur Lösung zu bringen." Thatsächlich werden die Magyaren, dem Panslawismus wie den Rumänen gegenüber, voraussichtlich noch lange mit dieser ungarischen Nationalitätenfrage zu schaffen haben. In diesem Augenblick z. B. ist die k. Freistadt Neusatz in offener Auflehnung gegen das ungarische Ministerium, indem sie die erfolgte Suspendirung ihres Oberbürgermeisters Miletits (aus Anlaß der serbischen Verwicklungen in Belgrad) für willkührlich und verfassungswidrig erklärt. Es ist nicht Jedermann so schmiegsam und zuthulich, wie
deutsch benannten Familienväter der Ortschaft
Vesprim, welche das Ministerium des Innern

Magyarisirung ihrer seitherigen Familiennamen ersucht haben und am 2. d. M. mit der Gewährung dieser unterthänigsten Bitte beglückt worden sind.

In Prag hat die Verhandlung eines zweiten Preßprozesses gegen den flüchtigen Redakteur der „Politik", Hrn. Wenzel Nedoma, in contumaciam stattgefunden. Der Angeklagte hatte zur Steuerverweigerung aufgefordert, welche er einen „passiven Widerstand" nannte, dabei aber zugleich auf das Beispiel Ungarns hingewiesen, wo man Jeden, der ein aus Anlaß von Steuerrückständen exekutionsweise feilgebotenes Gut ankaufen würde, mit dem Tode bedroht habe. Das ergangene Urtheil lautet auf vierzehn Monate schweren Kerkers und 1500 Fl. Kautionsverfall.

Aus dem Strafgesetzausschusse des Abgeordnetenhauses melden hiesige Blätter, daß in der Sitzung vom 8. beschlossen wurde, die bisherigen Kreisgerichte in Zukunft „Gerichte erster Instanz" und die Oberlandesgerichte „Gerichtshöfe zweiter Instanz" zu benennen. Insofern die neuen Betitelungen schleppender sind, als die alten, nehmen sie sich unstreitig etwas mehr kanzleimäßig aus.

---

12. Juli 1868.

Seit dem Abschluß mit Ungarn gab man sich diesseits der Leitha unbefangen der Annahme hin, besagter Ausgleich sey erfolgt, um gehalten zu werden. Es entsprach Dies auch vollkommen dem eingegangenen Rechtsverhältniß; nun aber thut sich in Pesth unversehens eine Auffassung links auf, die über den Ausgleich hinaus eine besondere ungarische Armee verlangt. Der Ausgleich selbst weist die Leitung, Führung, und innere Organisation der Armee dem König zu: will man Dies ignoriren, oder will man den Ausgleich selbst rückgängig machen? Es scheint, man sucht nach einem Mittelding zwischen Beiden; wenn ich nämlich recht verstehe, so wünscht man zwar eine Aenderung daran, jedoch unbeschadet des Einschusses von 70 Prozent, der den Ländern diesseits der Leitha vermöge des Ausgleichs obliegt. An der diesseitigen Geldquote soll Nichts verkürzt werden, nur an der vertragsmäßigen Einheit der Armee. Dies mag denn fein berechnet seyn, ist aber eigentlich grob gemeint, denn es setzt bei dem diesseitigen Länderkomplex eine [illegible]digkeit der Zustimmung voraus, wie man sie in der Wir

schwerlich antreffen wird. Man spricht von Vermittlungsversuchen; allein was ist da zu vermitteln? Der Ausgleich kann nicht zugleich giltig und zugleich wieder ungiltig seyn; bindend für den einen Theil, und hinwiederum für den andern nicht. Das wäre keine Vermittlung, sondern ein Unding. Wenn aber in der That die Partei Deak ihrer bisherigen Mehrheit, sey es im jetzigen Landtag, sey es bei den bevorstehenden Neuwahlen, nicht mehr sicher ist, so triften wir ohnehin voraussichtlich einer blosen Personalunion entgegen, und falls sie unvermeidlich wird, ist eine Verlängerung des Zwischenzustandes nur eine Verlängerung des Einschusses von 70 Prozent in eine Gemeinsamkeit, welche jenseits der Leitha nicht mehr gefiele. Gar so groß wäre am Ende das Unglück nicht, wenn man die ungarische Isolirungspartei thatsächlich die Erfahrung machen ließe, daß eine besondere ungarische Armee, sofern man denn doch den Ausgleich brechen will, einen entsprechenden Kostenaufwand, und demnach eine sehr bedeutende Erhöhung der ungarischen Steuern voraussetzt. Mit der Popularität des Projekts hätte es alsdann von selbst ein Ende. Lasse man die Heißsporne des ungarischen Sonderwesens nöthigenfalls diese Erfahrung machen: sie wird sowohl lehrreich als nachhaltig seyn. Nach kurzer Zwischenzeit kehrt hierauf um so glänzender der Nimbus der Partei Deak wieder. Allein, mag man einwenden, wie steht es mittlerweile mit der Einheit der k. k. Armee? Nun, darum hege ich vorerst keinerlei Besorgniß: dieselbe wird obenauf bleiben oder nach einer etwaigen Unterbrechung wieder obenauf **kommen**, weil sie in der Natur der Dinge begründet ist. So wie die Frage in Pesth derzeit liegt, scheint es sich ohnehin mehr darum zu handeln, ob Bruch der Einheit **mit** oder **ohne** Zuschuß von 70 Prozent. Ist aber für den Augenblick keine andere Wahl vorhanden, so stellt sich für uns diesseits der Leitha die Sache einfach genug. „Also Bruch der Einheit der Armee **jedenfalls**? Gut, in diesem Fall denn natürlich lieber **ohne** unsere 70 Prozent und auf Kosten Ungarns ganz allein!“

---

13. Juli 1868.

Wieder einmal eine Demonstration in Triest! Der Auflauf begann am 10. Abends vor dem Rathhause; von da zog sich die tobende Menge vor die k. k. Statthalterei, dann vor die bischöffliche

Residenz, riß hierauf an dem Hause des römischen Konsuls das Konsulatswappen herunter, und bedrohte schließlich ein Kapuzinerkloster, wo sie aber durch das Sturmläuten der Mönche verscheucht wurde. Gar gefährlich scheint die Sache nicht gewesen zu seyn; denn zu drei verschiedenen Malen stob der tobende Haufe wie Spreu auseinander (freilich um sich alsbald nachher wieder zu sammeln): einmal vor dem römischen Konsulat, als ein Polizeiwachtmann den Säbel zog und sieben Mann von der „Territorialmiliz" das Bajonett fällten; nachher vor dem Kapuzinerkloster, als eine Schaar Weiber, um die Mönche zu schützen, die Heranstürmer mit einem Hagel von Steinwürfen empfing; endlich wiederum in der Nähe dieses Klosters, als einige Mann Territorialmiliz drei blinde Schüsse abfeuerten. Das Militär war konsignirt, schritt jedoch nicht ein. Die Polizei nahm einige Verhaftungen vor. Was eigentlich den Anlaß zu dem Tumulte gab, ist aus den bisherigen Berichten nicht zu ersehen; geschrieen wurde: „Morte a Pio Nono! Evviva l'Austria! Evviva Garibaldi! Evviva l'Italia!" So meldet ein Telegramm. Nach der Triester Zeitung rief man vor dem bischöfflichen Pallaste: „Evviva l'Austria! Evviva Beust e Giskra! Abbasso il Papa!" Eine sehr gemischte Gesellschaft jedenfalls, mit sehr gemischter Politik, drückt sich in der Zusammenmengung dieser Hochrufe aus; denn neben Oesterreich zugleich Garibaldi, dessen Erzfeind, hoch leben zu lassen, darin liegt doch ein eben so greller innerer Widerspruch, wie etwa zwischen Napoleon III. in Biarritz und nachher in Salzburg, oder zwischen den Nationalliberalen vor und nach Königgrätz, oder zwischen der Kreuzzeitung von 1859 und von 1866.

Der hiesige „deutsche Volksverein" hat auf Antrag seines Ausschusses zwei Beschlüsse gefaßt, die sich zusammenreimen wie folgt: 1) Keine Unterstützung des deutschen Schützenfestes von Vereins wegen, „weil nach der Sachlage nicht nur keine Garantien dafür geboten sind, daß dem Feste der Charakter eines deutschen Nationalfestes rein und ungetrübt werde bewahrt werden, sondern vielmehr sehr erhebliche Zweifel an dem Gelingen des Festes in dieser Beziehung durch notorische Umstände begründet sind;" 2) „es als Wunsch auszusprechen, und allen Vereinsmitgliedern dringend an's Herz zu legen", daß „jeder Einzelne mit gutem Beispiel vorangehe, und, so weit es ihm nur immer möglich ist, trachte, wenigstens

einen deutschen Schützen als Gast bei sich aufzunehmen." Letzteres ist motivirt durch die „Lässigkeit, mit welcher die Gastfreundschaft unserer Stadt in Anerbietung von Freiquartieren für die hierher kommenden Schützen aus Deutschland bisher sich verhalten hat." (Dies rührt einfach daher, daß in den Wiener Wohnungen überall, Luxusquartiere ausgenommen, von wegen der ausnehmend hohen Miethpreise der Raum in der Regel sehr spärlich bemessen, und der Besitz eines sogenannten „Fremdenzimmers" schon eine wahre Seltenheit ist.) Es ist Dies übrigens derselbe „deutsche Volksverein", aus dem mit einem Mal 55 Mitglieder wegen der Adresse an Hrn. Völk in Augsburg austraten; von den noch bleibenden 136 Mitgliedern erschienen in der letzten Sitzung nur 27.

In Prag ist der Schneidermeister und Redakteur der Zeitschrift „Pravda", Hr. Skorpil, zu zwei Monaten, und ein Mitarbeiter derselben, Hr. Barak, zu fünf Monaten schweren Kerkers wegen Verbrechens der Störung der öffentlichen Ruhe verurtheilt worden.

Dem bekannten Reisenden Vambery wurde von dem Sultan, wegen verdienstlicher Forschungen in den türkischen Mundarten (mit der magyarischen Sprache verwandt), der Komthurgrad des Medschidie-Ordens verliehen. Hr. Vambery ist bekanntlich kein Urmagyare, sondern hieß ursprünglich Bamberger. Beiläufig bemerkt, der dieser Tage mit Tod abgegangene „italienische" Sänger Stigelli (sollte geschrieben seyn: Stighelli) war eigentlich ein Breisgauer, studierte in Freiburg, und hieß, bevor er ein „Italiener" ward, Stiegele.

---

14. Juli 1868.

Der Anlaß zu den Exzessen in Triest ging zunächst von einer Schulfrage aus. In einer durch den Bischoff berufenen Lehrerkonferenz erhob ein Lehrer Protest gegen die Rechtmäßigkeit dieser Berufung, weil sie mit dem neuen Schulgesetz in Widerspruch stehe, und die Folge war, daß er mit neunzehn Gesinnungsgenossen austrat. Für diese ausgetretene Minorität nun nahm der Triester Stadtrath Partei, während der Statthalter Frhr. v. [illegible]
des Bischoffs ergriff. In der Stadtrathssitzung [illegible]
Dringlichkeitsantrag zur Verhandlung kommen, [illegible]
Auffassung des Statthalters aussprach und die [illegible]
führung des neuen Schulgesetzes verlangte. [illegible]

des Stadtrathes fanden sich in so geringer Anzahl ein, daß die Versammlung nicht beschlußfähig war, und da man Dies für eine feindliche Intrike ansah, brach auf den dicht gefüllten Gallerien ein Tumult aus und verpflanzte sich von da auf die Straßen. Es scheint, daß hierauf die Italianissimi, denen jede Art von Auflehnung willkommen ist, die Sache fördern halfen, und aus diesem Mischmasch erklärt sich denn das „Evviva Garibaldi!“ neben dem „Evviva l'Austria!“

Bei der gestern in der inneren Stadt Wien vorgenommenen Neuwahl in den niederösterreichischen Landtag, zum Ersatz für den mit Tod abgegangenen Dr. v. Mühlfeld, wurde fast einhellig der Minister des Innern, Dr. Giskra, erwählt. Von den 855 abgegebenen Stimmen fielen auf ihn 854; eine fiel auf Dr. Fischhof. In der ersten Sektion (Rittersaal im Landhause) erschienen in corpore die Professoren des Schottengymnasiums (Geistliche) und stimmten sämmtlich für Giskra.

Auf der Rohan'schen Insel in Prag wollten die neuen Hussiten den Magister Huß nochmals auf den Scheiterhaufen bringen, d. h. es sollte ein seine Verbrennung darstellendes Feuerwerk abgebrannt werden, was aber die Polizei nicht erlaubte. Wie weit der Einfluß einer überspannten Presse Leute von geistig passiver Hingebung zu bringen vermag, ersieht man beispielsweise aus einem Stückchen, das ich in dem „Tagesboten aus Mähren“ erzählt finde. Einem Wirth in Brünn nämlich ist das von Prag aus gepredigte Russenthum so sehr in den Kopf gestiegen, daß er in seiner Wirthschaft mehrere russische Zeitungen oder Zeitschriften aufgelegt hält, obwohl weder er noch einer seiner Stammgäste auch nur eine Sylbe russisch versteht. Auch einen „slawischen Arbeiterverein“, obwohl nur mit geringer Betheiligung, hat man in Brünn zusammengebracht; Vorstand desselben ist ein Urtscheche, Namens Illner. Auf den 19. ist für das slawische Landvolk Mährens eine Volksversammlung auf den Berg Kosir bei Slatenitz ausgeschrieben. Zwischen politische Zwecke ist in dem Programm eine Erörterung der Frage eingeschaltet, ob es für die Landwirthschaft wünschenswerth sey oder nicht, „daß eine unbegränzte Theilung von Grund und Boden eingeführt werde“. Dieser Punkt ist bestimmt, den Bauer als Landwirth anzulocken: den panslawistischen Senf reichen ihm alsdann die Quacksalber nebenbei.

Nach einer Angabe der Zeitschrift „Osten“ ist das dritte Mitglied der serbischen Regentschaft, Hr. Gavrilovich, ein geborener Oesterreicher aus Vukovar. Als Schullehrer kam er nach Belgrad, wurde mit der Zeit Präsident der dortigen „Gelehrtengesellschaft“, nachher Mitglied des Senats, und jetzt hilft er mit regieren.

Aus Ungarn kommen von Zeit zu Zeit immer wieder romantische Räubergeschichten herüber. Es ist eine avitische Ueberlieferung, eine Art von „altgefestigtem“ Haiden- und Wälderbesitz, dieses Räuberwesen. Neuerlichst dringt man nun auf eine Luxusbewaffnung der „Panduren“ (Sicherheitswächter), denn die „Betyaren“ (Räuber) sind schon längst mit Lefaucheux-Gewehren und mit Revolvern bewaffnet. Andere Stimmen empfehlen die „Auffrischung“ eines Statthaltereierlasses von 1837, der für die Einlieferung eines Räubers, wenn lebend, eine Prämie von 200, wenn aber todt, von 100 Fl. aussetzte.

---

15. Juli 1868.

Die Differenz in Betreff des Wehrgesetzes wegen extremer ungarischer Ansprüche soll vorläufig geebnet seyn. Der „gemeinsame“ Kriegsminister, Frhr. v. Kuhn, war deßhalb in Pesth und wohnte mehrfachen Sitzungen des Wehrgesetzausschußes mit bei; nun hat ihn der ungarische Ministerpräsident, Graf Andrassy, hierher zurückbegleitet, um über den vereinbarten Entwurf die kaiserliche Willensmeinung einzuholen. Auf besondere ungarische Artillerieregimenter scheint man diesseits nicht eingegangen zu seyn; ein „vereinbarter Entwurf“ aber ist doch wohl der Ausdruck irgend eines neuen Kompromisses. Diese ungarischen Ausgleiche haben die Eigenthümlichkeit, daß man niemals damit zu einem Ende gelangt: auf einen letzten folgt ein allerletzter, und wenn man glaubt, jetzt sey man endlich am Ziele, so fängt es nach dem „allerletzten“ wieder frischweg von vorn an.

In Triest abermals öffentliche Exzesse, und zwar diesmal ernst genug: ein Todter, zwei schwer, und wohl auch einige leicht Verwundete! Nicht in Folge eines Angriffs von Seite der Polizeisoldaten oder des Militärs; sondern italienische Pflastertreter, Werkzeuge irgend einer Anstiftung, schossen mit Revolvern auf slawische Landleute (vielleicht weil es Mitglieder der Territorialmiliz waren), sodann auf die einschreitende Polizeiwache, und ...

Zuschauer oder ein zufälliges Publikum ohne Unterschied. Die Polizeiwache hat sieben Rädelsführer verhaftet. Ein hiesiges Blatt urtheilt, in Triest sey bisher „das künstliche Italienerthum, recht nach alt-österreichischer schwachsinniger Weise, mit einer gewissen Großmuth gehätschelt worden", und es sey jetzt „Sache der Behörde von Triest, die Ordnung mit Energie aufrecht zu erhalten". Noch ist es nicht zu spät, aber wenn man noch lange zaudert, wird die Autorität der Regierung in Triest zuletzt untergraben seyn, wie sie es in Mailand und Venedig war, lange vor dem Gebietsverluste selbst, der darauf folgte.

Gegen Hrn. Wenzel Nedoma, den flüchtigen Redakteur der Prager „Politik", ist gestern abermals ein Preßprozeß in contumaciam verhandelt worden. Gerichtliches Erkenntniß: vier Monate schweren Kerkers und 1200 Fl. Kautionsverlust. (Der Staatsanwalt hatte zwei Jahre schweren Kerkers und 3000 Fl. Kautionsverlust beantragt.)

In Schottleiten bei Gratz lebt ein Veteran, der jetzt im 94. Lebensjahre steht. Geboren am 1. November 1774, machte er von 1796 bis 1814 (Einzug in Paris) alle Feldzüge mit und erhielt 1819 einen ehrenvollen Abschied. Franz Neumeister, so heißt er, erwarb sich noch bis in die jüngste Zeit sein Brod als Taglöhner, ist aber jetzt auf „fremde Wohlthätigkeit" angewiesen, denn er bezieht keinen „Patentalgehalt". In Frankreich wäre eine Zeitungserwähnung dieser Art genügend, ihm einen solchen zu verschaffen.

---

16. Juli 1868.

Also Rußland will die Annexion Böhmens nicht! Rieger und Palacky erklären es öffentlich, und sie wissen Bescheid; vermuthlich haben sie als „Pilger" damals vertraulich bei dem Orakel angefragt. In St. Petersburg sieht man eben weiter, als in Prag; man begreift dort, daß eine russische Annexion Böhmens eine Reihenfolge russischer Siege voraussetzt, wie Napoleon I. in den Tagen seines Glückes französische davon trug, und daß man selbst damit noch nicht die Bürgschaft dauernder Haltbarkeit erlangt hätte. Dies ist die eine Seite des Gegenstandes; die andere kehrt sich den Tschechen zu. Und wie ganz absonderlich kurios sich diese letztere ausnimmt, Das scheinen die HH. Palacky und Rieger übersehen zu

haben. Von Rußland abgelehnt und zurückgewiesen zu werden, Das hat dem tschechischen Panslawismus nachgerade noch gefehlt! „Auf einem Bein steht Niemand", wie man in Berlin zu sagen pflegt, wenigstens nicht auf lange. In dem vorliegenden Falle heißt Dies so viel, als daß die Tschechen nicht russisch werden können ohne die Beihilfe Rußlands, geschweige denn wider dessen Willen. Auf diese Weise aber hat das tschechische Russenthum ja einen hohlen Kürbis auf statt eines Kopfes! Nun ließe sich zwar mildernd sagen, wenn man in St. Petersburg derzeit einer Annexion Böhmens nicht geneigt sey, so könne man es in Zukunft vielleicht einmal werden; allein Dies ändert Nichts an dem fatalen Umstande, daß jenes Russenthum gegen Rußlands Willen derzeit eifrigst an einer Leiter hinauf will, die gar nicht da ist. Von einer andern Seite her möchte zu bemerken seyn, es könne Jemand ganz wohl, in Erkenntniß der kolossalen Schwierigkeiten, sich des Gedankens einer Annexion entschlagen, ohne daß damit zugleich eine gewisse Tendenz abgelehnt wäre, der Politik Oesterreichs gleichsam einen Dorn in das Fleisch zu setzen. Allein unter dieser Voraussetzung erscheinen ja die russisch gesinnten Tschechen nur als die Marionetten in einem Intrikenspiel, nur als gebrauchte Werkzeuge, deren eigene Endabsicht gar nicht in Betracht käme. Es gibt noch eine dritte Eventualität, mit der man sich dann eines Besseren schmeichelt, dabei jedoch durch eine selbstgefärbte Brille sieht. Auch in der Türkei tragen sich slawische Schwärmer mit einer Hoffnung, erst mit russischer Hilfe frei zu werden und alsdann unter russischem Schutz diese Freiheit zu behalten. Unwahrscheinlich genug im Erfolg! Auch für ein bloses Schutzverhältniß müßte Rußland Krieg führen; unterläge es darin, so höbe der Schutz sich von selber auf; siegte es aber, so würde es mit einem blos indirekten Einflusse nicht zufrieden seyn. Freistaaten unter russischem Schutz! Ei, Das sind die Frösche in der Fabel, die sich den Storch zum König erwählen.

---

17. Juli 1868.

„Und die Freiheit wird Euch frei machen." Es trifft sich recht glücklich, daß die erste Streitfrage, die sich unter den neuen Konfessionsgesetzen praktisch anmeldet, eine israelitische ist; das große Publikum, als nicht-israelitisch, urtheilt da mit mehr Unbefangenheit

heit. Ein hiesiger Israelit also zeigt bei seiner Kultusgemeinde die Geburt eines Sohnes an, auf daß derselbe in die Matrikel eingetragen werde, fügt aber gleichzeitig hinzu, beschneiden lasse er ihn nicht. Er begründet Dies damit, daß nach den allgemeinen Grundrechten der österreichischen Staatsbürger Niemand zu einer kirchlichen Handlung gezwungen werden könne. Der geistliche Matrikelführer (Prediger) verweigert die Einregistrirung; auf das innere kirchliche Leben der Gemeinde stehe diesen Gesetzen kein Einfluß zu. Er hätte auch erwiedern können, eben auf Grund dieser Gesetze sey das Einregistriren für ihn keine Verbindlichkeit. Genug, es handelt sich darum, ob die Beschneidung für einen Israeliten auch entbehrlich ist. Im Rückblick auf das alte Testament vermuthet ein Christ als Unparteiischer wohl eher das Gegentheil; jener widerspenstige Vater aber will nicht nur selbst Mitglied der israelitischen Religionsgenossenschaft bleiben, sondern auch seinen Knaben als ein solches betrachtet wissen. Dazu nun schüttelt der geistliche Matrikelführer den Kopf, und sagt in seiner Weise: Non possumus. Hier, wie man sieht, wäre mit dem Auskunftsmittel, daß man dem Prediger die Führung der bürgerlichen Standesbücher entzöge, weiter auch nicht geholfen; denn was der Beschneidungsgegner will, ist ja nicht blos ein Geburtsschein, sondern das Zeugniß einer Religionsaufnahme, ganz so, wie wenn ein christlicher Anspruch darauf ausginge, Eintragung in das Kirchenbuch mit Umgehung der Taufe zu erlangen. Letzteres wäre seinerseits gegen das neue Testament.

So liegt in der Hauptsache der Streitfall. Nach dem alten Polizeigedanken, der mitunter auch noch in „liberalen" Köpfen spukt, wäre nun vor allen Dingen ein „energisches" Einschreiten des Staats am Platz: sey es, um den Vater zu zwingen, daß er seinen Sohn beschneiden lasse, sey es, um den israelitischen Prediger zu nöthigen, daß er die Beschneidung für unnöthig erkläre, und zugleich der Kultusgemeinde zu bedeuten, daß sie auch ein Judenthum ohne Beschneidung sofort und unweigerlich anzuerkennen habe. Es würde eine undankbare Rolle seyn, die damit der Staat spielte, nach der einen Seite hin, wie nach der andern. In der Freiheit hat man eine solche Plackerei nicht: da gibt sich Alles einfacher und natürlicher. Wenn ein Vater seinen Sohn nicht will beschneiden lassen, so ist Das seine Sache; hält anderseits der Prediger an der israelitischen Religionsvorschrift fest, so ist Das die Sache des Predigers;

Sache der Kultusgemeinde endlich ist es, ob sie sich auf die Seite des Einen oder des Andern schlagen will. Was geht Das den Staat an? Möglicher Weise, wenn der Prediger die Beschneidung für entbehrlich gehalten hätte, wäre die Gemeinde abgefallen von dem Prediger. Sollte der Staat alsdann ihm eine andre Gemeinde suchen, und der Gemeinde einen andern Prediger, und dem Beschneidungsgegner eine entsprechende Religionsgesellschaft: — Alles von Polizei wegen? Dank zu holen wäre da keiner; wahrscheinlich bekäme die Polizei Alle miteinander zu Feinden. Cui bono? Der Staat ist kein Religionsstifter: wer ein Judenthum ohne Beschneidung will, der stifte sich ein solches selber. Es müßte ein neuer Moses seyn, der die Satzungen des alten umstieße. Wenn aber bei einem klaren Entweder-Oder Jemand durchaus zwischeninne will hängen bleiben, so ist Das eigentlich keine Religionsfrage, sondern eine Frage des gesunden Menschenverstandes. Da kann der Staat Nichts davon und Nichts dazu thun.

Israelitischen Liberalen, die mitunter ebenfalls mit gegen „Pfaffenherrschaft" schreien helfen, geht an diesem israelitischen Beispiele vielleicht ein Licht auf, wie wenig es logisch ist, von einem katholischen Geistlichen Etwas zu verlangen, was antikatholisch, von einem protestantischen Etwas, was antiprotestantisch wäre. Auch der Rabbiner kann nicht wider die Thora, und der Mangel an Toleranz ist da auf Seite Dessen, der ihn polizeilich nöthigen will. Also Jedem das Seine! Von diesem Standpunkt erscheint es denn auch als abgeschmackt, unter dem Schutze der Freiheit sich vor einer „Pfaffenherrschaft" zu fürchten. Wer ein geistliches Amt ausübt, hat dasselbe natürlich in Gemäßheit der Lehrsätze seiner Religion inne; wer ihm in dieser Religion Folge leistet, thut es freiwillig, ungezwungen vom Staat, und ein Gehorsam aus freiem Willen ist keine Knechtschaft. Religiöser Despotismus besteht nur da, wo der Austritt aus der einen oder der Uebergang zu einer andern Religionsgemeinschaft strafgesetzlich verpönt ist, so wie z. B. in Rußland Abfall von der anatolischen Kirche Verlust des Vermögens nach sich zieht, oder in Schweden noch bis in dieses Jahrhundert herein auf den Abfall vom Lutherthum Todesstrafe gesetzt war. Die Freiheit aber, und Das ist doch wohl nicht so schwer verständlich, besteht nicht in der Einmischung des Staates, sondern in dem geraden Gegentheil

18. Juli 1868.

In Triest ist die Ruhe wieder hergestellt. Die zuerst kommenden Nachrichten waren, wie es in solchen Fällen zu geschehen pflegt, theilweise übertrieben; jedoch bleibt genug an bedenklichen Thatsachen übrig, wenn man sich auch nur an Das hält, was konstatirt vorliegt, nämlich daß die Exzesse mehrere Tage hintereinander sich erneuerten, und daß aus der zusammengerotteten Menge heraus scharf auf die Polizeiwache geschossen wurde. Als Anstifter des Ganzen erscheinen offenbar die Issimi der Stadt. Gleich den Tschechen in Prag, welche trotz der gemischten Bevölkerung der böhmischen Hauptstadt nur einen „rein tschechischen Charakter" derselben zulassen wollen, sehen die Issimi Triest nun einmal im Prinzip für „rein italienisch" an, unbekümmert um den Widerspruch thatsächlicher Verhältnisse, und von diesem Standpunkt aus geben sie sich denn der naiven Voraussetzung hin, was immer in Triest sich als deutsch oder als slawisch darthue, Das sey schon durch sein bloses Erscheinen eine Beleidigung für sie. Es ist Dies eine jener Auffassungen, mit denen, wie der Dichter sagt, „die Götter selbst vergebens streiten." An dem ersten Tage der Unruhen hatten Leute von der Territorialmiliz (Slawen) sich bei der Einschreitung dagegen betheiligt. In der Nacht vom 12. kehrte ein Triester slawischer Verein von einer Festfeier aus der Umgegend zurück, eine Fahne voran, und rief vor dem Kaffeehaus Chiozza ein Lebehoch für den Kaiser und für Oesterreich, was die Issimi alsbald mit einem Schmähruf erwiederten; bei der darauf folgenden Prügelei trugen jedoch sie die Schläge davon. Was nun weiter nachkam, war sichtlich vorbereitet. Am 13. kam es noch nicht recht zum Ausbruch, obwohl bereits ein Flintenschuß fiel und das Aufsteigen einer Feuerkugel auf die Verabredung eines Signals hinwies; am 14. sodann kam es mehrmals zum Gebrauche von Feuerwaffen gegen die Polizeiwache, theilweise in einer Distanz von nur vierzig Schritten; aus Fenstern herab wurden Stühle, Gläser, Flaschen &c. auf die Mannschaft herabgeschleudert, und die ausgerückten Linientruppen, wie die „Wiener Abendpost" sich ausdrückt, „kamen nicht mehr zur Aktion", d. h. sie kamen erst, als die Aktion der Aufrührer mit einem Ergebniß von einem Todten und zwei Schwerverwundeten (unter Letzteren ein Kadett-Feldwebel, der seither starb) bereits geleistet war. Hier urtheilt man mitunter hart über das saum-

selige Zusehen; gegen den alten Satz: „principiis obsta!“ scheint die Statthalterschaft jedenfalls sich verfehlt zu haben.

Wenn die „Debatte“ gut unterrichtet ist, so geht die Verständigung mit Ungarn dahin, daß statt des „Kaiserthums Oesterreich“ in Zukunft die Bezeichnung: „Oesterreichisch-ungarische Monarchie“, auf magyarisch: „Osztrak-magyar-birodalom“, gebraucht werden soll. Gleichzeitig wird aus Pesth telegraphisch gemeldet, daß auf eine heftige Interpellation des Abgeordneten Marcellariu, eines Rumänen, wegen verhängter Untersuchung über die Theilnehmer an einer rumänischen Demonstration, der Justizminister im ungarischen Unterhaus antwortete, vorläufig sey die Untersuchung im Zug, Angriffe auf die Verfassung und Staatseinheit aber könnten nicht ungestraft bleiben.

Das Kriminalgericht des Distrikts Jazygien und Kumanien hat die Theilnehmer an den Exzessen, die am 12. und 13. April d. J. in Felegyhaza stattfanden, zu drei-, zwei-, und einjähriger Gefängnißstrafe verurtheilt.

In Prag ist der Redakteur der Narodni Listy, Hr. Tuma, wegen Störung der öffentlichen Ruhe zu sechs Monaten Kerker und 2000 Fl. Kautionsverlust verurtheilt worden. Um einer gerichtlichen Suspendirung in Folge dieser wiederholten Straferkenntnisse zu entgehen, hören nun die Narodni Listy freiwillig auf und erscheinen als „Narodni Noviny“ wieder. In gleicher Weise soll auch die „Politik“ ihren Namen wechseln.

Nach der „Morgenpost“ ist hier ein Hr. Piszko aus Nikolsburg zum Judenthum übergetreten. Da die Geliebte seiner Wahl. eine Jüdin, „um keinen Preis dem Bekenntniß ihrer Väter entsagen wollte“, that als Mann und Christ natürlich er's, nahm seit Monaten Unterricht bei dem hiesigen Prediger Jellinek, und hat nun glücklich, „unter den Händen des Dr. Preisach“, auch die erforderliche „Operation“ bestanden.

---

19. Juli 1868.

Es ist ein eigenthümlicher Anblick in Oesterreich, wie sich politisch-weltlichen Fragen mitunter eine geistliche (nicht kirchliche) Parteinahme anhängt, wo man es am allerwenig[illegible] hätte. So steht z. B. der russische Panslawismus
Interessen der katholischen Kirche doch [illegible]

als den Interessen des Staats; gleichwohl ist es notorisch, daß unter den Begünstigern panslawistischer Umtriebe sich auch katholische Geistliche befinden. Aus dem slowenischen Sprachgebiete hat ein katholischer Pfarrer sogar die Wallfahrt nach Moskau mitgemacht. In Böhmen wünschen sich solche Agitatoren Glück, wenn es ihnen wieder einmal gelungen ist, eine deutsche Schule in eine tschechische zu verwandeln; den Panslawisten aber gilt das tschechische Sprachgebiet als eine russische Domäne, und eine künstliche Erweiterung desselben ist also die Erweiterung einer Empfänglichkeit für russischen Einfluß. Ganz ähnliche Dinge sieht man im südlichen Tyrol. Auch da gibt es Geistliche, die sich Glück wünschen dazu, wenn es gelingt, wieder eine deutsche Gemeinde weiter in eine italienische umzukünsteln, wie Das nun schon zwei Menschenalter lang so fortgeht. Vermittelst italienischer Schule und Seelsorge in deutschen Gemeinden, sobald nur einmal ein Bruchtheil italienischer Zuwanderung dort eingedrungen ist, schiebt sich die italienische Sprachgränze in Tyrol fortwährend weiter nach Norden vor. In einem staatlichen Interesse liegt Das nicht; liegt es in einem kirchlichen? Nicht wohl, denn die Erweiterung italienischen Sprachgebiets erweitert die Empfänglichkeit für italienische Umtriebe. Mag diese nun eventuell für Garibaldi oder für Viktor Emanuel ausgebeutet werden, die Sache der Kirche kommt in dem einen wie in dem andern Falle schlecht dabei weg. Wie aber steht es diesen antikirchlichen Wühlereien gegenüber mit der Hierarchie? Die Vertheidiger des Konkordats rühmten ihm nach, und die Gegner desselben warfen ihm vor, daß es den Pfarrklerus ganz in die Hände des Bischoffs gebe. Diese Seite des Konkordats besteht noch: ohnehin handelt es sich in der vorliegenden Frage um Dinge, die sich in Zeiten der vollen Konkordatsherrschaft entwickelt haben. Daß bei Umtrieben, die gegen das Interesse der Kirche sind, ein geistlicher Oberer durch die Finger sähe, ist unglaublich; hart daneben aber liegt ein Punkt, auf dem hienach die kirchliche Autorität sich als einfluß- und machtlos zu bekennen hätte. Si desint vires! Und so wäre es gestanden noch unter Herrschaft des Konkordats! Es ist schon der Mühe werth, die Frage da in Erwägung zu ziehen, wo man für örtliche Befangenheiten zu hoch steht, denn sie greift tief in das praktische Leben ein. Bei feudalistischen Magnaten läßt sich zur Noth annehmen, Panslawismus und Hussitenthum erscheine

ihnen gleichsam als ein Fußschemel, von dem man sich in einen Ministersessel zu schwingen vermöge. Schwierig genug würde die Aufgabe nachher seyn! Was aber die Kirche auf dem Weg eines so seltsamen Durchpasses zu suchen oder zu finden hätte, Das ist mir unfindbar.

---

20. Juli 1868.

Nun ist für das Schützenfest Alles fix und fertig. Bei der gestrigen Eßprobe wurden 6000 Personen gespeist, 180 Köchinnen und 300 Küchenmädchen arbeiteten in der Küche, 400 Kellner servirten, und es lief ausgezeichnet ab. Auch die Güte des Weins — nicht gerade die Regel in Wien — wird gelobt. Erwarte man keinen Enthusiasmus von mir! Es hat ihn nicht Jedermann vorräthig, und seit dem deutschen Bürgerkriege legen Manche auf Verbrüderungsfeste aller Art keines Strohhalms Werth. Allein als während des Essens ein Beglückwünschungstelegramm von der alten Schützengesellschaft in Leipzig einlief, da fiel ein elektrischer Funke in die Stimmung, die Musik spielte die österreichische Volkshymne, und auch das deutsche Vaterlandslied sollte gespielt werden, gehörte jedoch nicht zu den Stücken, deren die Musikkapelle mächtig war. Auf dem Schießplatze wird bei dem Beginn des Festes nun auch eine „Wechselstube" eingerichtet seyn; nicht zum Wechseln politischer Ueberzeugungen (Dies fand sich seit Sadowa oft genug), sondern zum Wechseln von Silber- und Papiergeld.

Gestern fand in Zobel's Bierhalle zu Fünfhaus der siebente allgemeine Arbeitertag statt; er war von etwa 4000 Arbeitern besucht. Tags zuvor hatten die Nordbahnarbeiter (die Partei Ertl's) eine Versammlung im Universum abgehalten, bei der sich auch die Mitglieder des Arbeiter-Bildungsvereins betheiligen wollten, und zwar im Interesse einer Agitation für Anschluß der Krankenkasse der Nordbahnarbeiter (29,000 Fl.) an die des allgemeinen Vereins; man ließ sie jedoch als ungeladene Gäste nicht zu. Inzwischen arbeitet nun der Arbeiter-Bildungsverein an einem großen „Arbeiter-Verbrüderungsfest" auf den 1. September.

Die „Militärzeitung", ein Fachblatt, fängt an, gegen allerlei Dinge Opposition zu machen, die man früher unbeschrieen ließ. Sie findet die neue Adjustirung (Uniform mit [illegible]) unzweckmäßig und geschmacklos, das [illegible]

meint, den österreichischen Generalstab sollte man auf ein Viertheil seines gegenwärtigen Standes reduziren und das hiedurch ersparte Geld zur Verbesserung des Soldes der Offiziere verwenden. Den übergroßen Fehlern der Führung allein schreibt sie nämlich das Unglück des letzten Feldzugs zu; die Armee habe vollkommen ihre Schuldigkeit gethan, sey dann als tölpelhaft verschrieen worden, und diese der Armee angethane Ungerechtigkeit sey es, die ihr tief auf der Seele brenne und die schon früher zwischen Generalstab und Armee herrschende Antipathie zur entschiedenen Abneigung gesteigert habe. Dies Alles klingt denn allerdings tadelnd genug; allein, wie man sieht, es deckt größtentheils nur einen alten Schaden auf, der schon vorher da war, nur daß er nicht besprochen wurde. Zwischen 1806 und 1812 wird es auch in Preußen nicht an Reibungen ähnlicher Gegensätze gefehlt haben; indeß hinderte Das keineswegs den glorreichen Aufschwung von 1813. Es wird auch in Oesterreich einem Aufschwung nicht hinderlich seyn; wohl aber droht eine schlimme Untergrabung durch die wiederholten ungarischen Versuche gegen die Einheit der Armee.

---

22. Juli 1868.

Von Zeit zu Zeit, wie der Mond aus ziehenden Wolken, taucht die Frage eines deutschen Südbundes wieder auf, und voraussichtlich wird sie immer wieder von neuem auftauchen, bis sie in irgend einer Weise erledigt wird. In irgend einer Weise, denn eine Erledigung wäre der Eintritt in den Nordbund auch. Nur ist es offenbar ein Irrthum, wenn man sich einbildet, Dies hänge von den Regierungen ab: ohne den Volkswillen ist die Sache unthunlich, und erzwungen schlüge sie für Preußen eher zum Schaden aus. Es hätte damit Nichts als den Besitz einer schwachen Seite gewonnen, sowohl nach innen als nach außen hin. Dies scheint es gewesen zu seyn, was die Kreuzzeitung im Auge hatte, als sie eine etwaige Einverleibung Süddeutschlands für den Untergang Preußens erklärte. Gegen eine Bedrohung durch Frankreich eine starke Truppenmacht dahin abzugeben, erscheint einem spezifisch preußischen Blick gar leicht als eine unnöthige Zersplitterung, und deutschen Nationalsinn schreibt man berechtigtermaßen der Kreuzzeitung nicht zu. Nebenbei dachte sie auch wohl an die innere Gefahr für die alt-

preußischen Traditionen in Junkerthum und Strammheit des Regierens. Durch die Süddeutschen könnte der landräthliche Friede nur getrübt werden. Von einer andern Seite hinwiederum hat Graf Bismarck öffentlich erklärt, der Norden sey dem Süden noch zu liberal; es ist Dies eine von der Kreuzzeitung abweichende Ansicht, aber im Resultat kommt sie ebenfalls auf die Anerkennung hinaus, daß in irgend einer Weise das Verständniß zwischen Nord und Süd noch nicht reif ist. Es gibt freilich Leute, die der somit mangelnden Reife durch überheizende Treibhauskünste nachhelfen möchten; jedoch in der praktischen Politik taugen die künstlichen Früchte bekanntlich Nichts.

Für jetzt also — nach beiderseitigem Ausspruch, denn das süddeutsche Volk gab in den Wahlen für das Zollparlament sein Votum ab — ist der Eintritt in den Nordbund eine vertagte Frage, eine Sache der Zeit. Der Status quo aber, wie dermalen fast Alles, ist ein Provisorium, ein Uebergangszustand, eine Anweisung auf das Abwarten. Falls nun einem Wartenden das lange Stehen sauer wird, warum sollte es ein Vergehen seyn, wenn er Platz nimmt? Der Prager Friede hat ihm noch extra einen Sessel dazu hingestellt. Auf diesem Sessel kann ja das süddeutsche Volk ganz eben so gut, wenn es einmal so gesonnen ist, den Entschluß zu einer Verständigung mit dem Nordbunde fassen, als wie stehenden Fußes; daß aber in Ermangelung seines Willens Solches in suspenso bleibt, darüber scheint ja Alles einverstanden. Warum man in eine so einfache Frage so viele Vorurtheile hineinträgt, ist überhaupt unklar. Dahin gehört z. B. jene wunderliche Ansicht, die einem süddeutschen Bunde nun einmal durchaus eine französische Färbung unterlegen will. Aus welchem Grund und wie so denn? Meines Wissens hat man niemals eine süddeutsche Politik auf dem Wege nach Biarritz gesehen. Was den ehemaligen Rheinbund betrifft, so folgte er bekanntlich erst auf den Frieden von Basel. Setze man aber beispielsweise den Fall, Frankreich wolle einmal Würtemberg bestechen, indem es ihm Baden, oder es wollte Bayern für sich gewinnen, indem es ihm Würtemberg und Baden miteinander als Annexion anböte, so fände es ja den Weg dazu jedenfalls offener ohne einen süddeutschen Bund, in dem Bestehen eines solchen hingegen eher ein politisches Hi[illegible]

Auch antideutsch [illegible] Erstreben eines

süddeutschen Bundes genannt, und dazu eine Miene angenommen, als ob man es in der That glaube. Nun, gesammtdeutsch wäre ein süddeutscher Bund als solcher allerdings nicht, allein Dies ist eine Eigenschaft, die er mit dem Norddeutschen Bunde theilt. Ob Süd oder Nord, macht da lediglich keinen Unterschied; von Berlin aus wenigstens kann man unmöglich die Behauptung genehmigen wollen, was nicht gesammtdeutsch sey, Das sey antideutsch im Prinzip. Selbst ein vereinigter Nord- und Südbund fiele ja noch darunter, weil er die Deutschen Oesterreichs ausschlösse. Der wahre Gedanke ist vielmehr, daß man einen süddeutschen Bund, wenn er zu Stande kommt, für antipreußisch ansieht. Auch diese letztere Ansicht übrigens, scheint mir, ist ein bloses Vorurtheil. Warum sollte ein deutscher Südbund antipreußisch seyn? Durch den Zollverein und die militärischen Bündnisse ist Süddeutschland ja ohnehin an Preußen gebunden; es wird gegen außen hin um so aufrichtiger zu ihm halten, je weniger man daran die Zumuthung von Formen knüpft, die der süddeutschen Volksgesinnung nun einmal thatsächlich zuwider sind. Wenn sich Das ändert, gut; inzwischen aber liegt es offenbar nicht im Interesse Preußens, den Status quo zu einem Chaos zu machen. Dem Ausland gegenüber ist die Zersplitterung Süddeutschlands, in vier Staaten eine nationale Schwäche, Das ist unleugbar. Wer eine mögliche Vereinbarung hindert, während doch eingestandenermaßen der Eintritt in den Nordbund sich als derzeit unthunlich erweist, Der verlängert jene Schwäche, und trägt die moralische Verantwortung dafür. Sollte Das der „nationale Beruf" Preußens seyn?

Daß ohne preußische Gutheißung ein deutscher Südbund (Badens halber) vorerst gar nicht als „praktikabel" erscheint, Das ist mir gerade ein Zeichen weiter, daß Preußen lediglich Nichts dabei zu befahren hätte. Was man von Baden erlangen will, Das muß man in Berlin betreiben. Vielsagend genug! Ich bin kein Anhänger des Bismarck'schen Systems, weil ich weit entfernt bin, ihm eine deutsche Nationalgesinnung unterzulegen; in der Frage eines deutschen Südbundes aber, meine ich, trifft ein deutsches und ein preußisches Interesse überein. Weg mit der Zersplitterung! Kann man von Berlin aus etwas Besseres bieten, so thue man es; kann man es nicht, so lege man einer sonstigen Vereinbarung wenigstens keine Hindernisse in den Weg. Man wird um so leichter die neuen

Annexionen in Norddeutschland politisch verdauen, um so rascher auch das noch Widerspenstige assimiliren, wenn man sich erst mit einem süddeutschen Bunde wahrhaft verständigt und geistig ausgeglichen hat.

Aber wie, wenn ein süddeutscher Bund gleichsam eine Vermittlung zwischen Preußen und Oesterreich wäre? Nun, ich denke, Das wäre das Schlimmste nicht. Oesterreich seinerseits hat genugsam an den Tag gelegt, daß es den Assimilirungsprozeß der preußischen Annexionen als eine innere Frage zwischen Preußen und den betreffenden Volksstämmen betrachtet; es wird kaum einen praktischen Politiker geben, der es anders ansähe. Auf Theilnahme an einem gemeinsam deutschen Parlament, oder an einem gemeinsam deutschen Zollverein, kann Oesterreich es ohnehin nicht mehr abgesehen haben. Dagegen war die Zerreißung des deutschen Bundes unzweifelhaft eine Störung des europäischen Gleichgewichts. Hätte nun ein süddeutscher Bund eventuell die Folge, daß die drei Theilstücke des gewesenen Bundes miteinander freundlich zusammenhielten, und daß je ein Theil dem andern (Ungarn, wenn es nicht mitgehen wollte, ließe man nöthigenfalls draußen) seinen Beistand zu Schutz und Trutz gegenseitig garantirte, so wäre in anderer Art jenes Bollwerk europäischen oder wenigstens mitteleuropäischen Friedens wieder aufgerichtet, wie es von 1815 bis auf Napoleon III. Probe hielt. Die Hand auf das Herz gelegt: wäre Das antideutsch? Wäre es antipreußisch?

---

25. Juli 1868.

Ankommende Schützen und Festgäste von allen Seiten, feierlicher Empfang, Anreden und Erwiederungen, Festjubel, Einzug mit Musik, wehende Tücher, flatternde Fahnen, Geleite vieler Tausende ꝛc., Das ist das Bild, welches sich in diesen letzten Vortagen des großen Schützenfestes nun täglich mannigfach wiederholt oder vielmehr erneuert, bald auf diesem oder jenem Bahnhofe, bald am Landungsplatz eines Dampfschiffes. Es läßt sich nicht wohl vermeiden, daß dabei auch deutsche Brüderschaft und Zusammengehörigkeit mit in's Spiel und einem Redner auf die Zunge kommt: so weit reicht die anempfohlene Selbstzensur nicht. So sagte z. B. einer der Begrüßungsredner unter Anderm: „Der tausendfache Jubelruf, den Ihr eben gehört ha[illegible]t Euch wohl gezeigt, weß Herzens und weß

Sinnes wir sind. . . . Weiß Gott, daß unsere Herzen voll sind, da wir unsere Brüder vom Main und Rhein unter uns erblicken, und dennoch mangeln mir die Worte, unsere Empfindungen richtig auszudrücken. Es gibt Dinge, die sich zwischen Euch und uns nicht aussprechen lassen; aber schon die stummen Blicke verstehen einander." Und in der Erwiederung darauf hieß es: „Ihr lieben Wiener und deutschen Bürger! Wir danken Euch herzlich für Gruß und Willkomm! . . . Wir sind gekommen, nicht blos um unsere Kunst auf der Scheibe zu erproben, sondern hauptsächlich um Euch zu zeigen, daß wir uns Eins mit Euch fühlen, als eine einzige, untrennbare Nation; wir sind gekommen als Zeichen, daß wir deutsch geblieben sind und es ewig bleiben werden." Die HH. Braß, Zabel ꝛc. brauchen sich übrigens keine grauen Haare darum wachsen zu lassen: es gibt auch andere Stimmen in Wien. So liest man in dem Feuilleton der heutigen „Presse" einen Artikel von Ferdinand Kürnberger, der pikant genug anfängt: „Auf den Schützentagen zu Frankfurt und Bremen haben ohne Zweifel Schützen miteinander geschossen, welche bald hernach aufeinander schossen. Auch der Schützentag zu Wien wird Das nicht verhindern, wenn es die deutschen Geschicke so wollen." Letzteres glaube ich selbst; Hr. Kürnberger aber läßt sich unter Anderm weiter vernehmen, wie folgt: „Wie Viele hat es gegeben, welche den „Bürgerkrieg" von 1866 für ein Unglück gehalten, und wie Wenige, welche kapirten, daß nach zweihundertjährigem Stillstande jetzt erst die deutsche Uhr wieder einmal normal zu gehen anfing!" Notabene, Das ist nicht etwa ironisch gemeint, sondern so spricht eine Wienerische Abfärbung des Gothaismus auch sonst. Es scheint eine eigenthümliche Art von Partikularismus zu seyn; denn daß Wien mit annektirt seyn wollte, wird doch wohl Niemand voraussetzen.

Auch aus den deutschen Theilen Böhmens kommen zahlreiche Schützen zum Fest: auf dem Prager Bahnhofe wurden sie sogar von Gesinnungsgenossen begrüßt, ohne daß ein tschechischer Exzeß darauf folgte. Dies war jedoch eine Ausnahme; sonst gehen die öffentlichen Skandale in Böhmen nicht aus. Der Schauplatz des neuesten war Pilsen. Dort drang am vergangenen Sonntag eine Schaar „Sokolisten" händelsuchend in eine Bierwirthschaft ein, wo deutschböhmische Turner beisammen saßen, begann mit Sticheleien und Spottliedern auf die Deutschen, und griff, als man ihnen

gebot, nach den Stuhlbeinen. Eine Keilerei wurde dadurch verhindert, daß der Wirth rasch die Gasflammen ausgehen ließ und die deutschen Turner, während die Sokolisten sich entfernten, in seine Gastzimmer schob. Nachdem aber das Haus geschlossen war, und die erwarteten Turner nicht herauskamen, erfolgte eine Belagerung von außen, Bombardirung mit Steinwürfen, Androhen eines Sturmes auf das Hausthor ꝛc. Erst bei Tagesanbruch verlief sich allmählich die tumultuirende Menge, und nun waren die Belagerten, ohne sonstige Hilfe, wieder frei. Seither sind den angesehensten Deutschen der Stadt anonyme Drohbriefe mit Emblemen der Todesstrafe zugekommen. Die nunmehr eingeleitete Untersuchung ruht in den Händen eines Stadtraths, der zugleich „Starosta“ des „Sokol“ ist. Es ist unsäglich, was die armen Tschechen unter dem Druck des deutschen Despotismus zu erdulden haben!

---

26. Juli 1868.

Ich bin sonst mißtrauisch gegen erste Eindrücke; mitunter streichen sie thatsächlich sich wieder selbst aus. Auch gegen Verbrüderungsfeste habe ich ein Vorurtheil, seit auf vieljährige Demonstrationen damit nachher ein häßlicher Bürgerkrieg folgte. Allein in der Art und Weise wie sich das Wiener Schützenfest entwickelt, muß ich gestehen, liegt etwas mehr als der Ausdruck einer blos vorübergehenden Stimmung. Es ist Seele darin. Wien legte einen Enthusiasmus in den Willkomm, und die Gäste nahmen Dies auf mit einer Herzenswärme, daß man wohl sieht: hier ist eine Saite berührt worden, die tief im Innersten nachklingt. Was man damit wollte, Dessen war man sich klar bewußt: man wollte der Welt darthun, daß die Zusammengehörigkeit aller Deutschen, nach wie vor, ein nationales Postulat ist. Es ist Dies ein öffentliches Zeugniß, wie wenig der gegenwärtige Zustand als eine Lösung erscheint; der rechte Messias muß erst noch kommen. Es ist eine Verurtheilung jener seltsamen Partei, die es national nennt, wenn sie Deutschland zerreißt, und liberal, wenn sie dafür die Gerechtsame der Freiheit hingibt. Es ist zugleich eine Ablehnung jener Wienerischen Abart von Gothaismus, die vielleicht hie und da draußen an Oesterreich irregemacht hat. So bei der Generalversammlung des Schillervereins, als ein hiesiges Blatt den Dr. Zabel aus

Berlin als „Vater der deutsch-demokratischen Partei“ und „mächtigen Beschützer des Gothaismus“ proklamirte; so wieder noch auf der Schwelle des Schützeneinzugs, als ein anderes eine „Freikugel“ abschoß zum Preis des glücklichen Bürgerkriegs von 1866 und der Ergebnisse von Sadowa. Und wohl zu merken, es waren Dies nicht Blätter zweiten oder dritten Rangs, sondern solche, die man zu den leitenden zählt. Jetzt, nach dem brausenden Festjubel, falls wieder eine solche Stimme laut wird, kann sich Jedermann selbst sagen, daß sie mit nichten ein Stück öffentlicher Meinung, sondern ein Schall ohne Echo, eine Vertretung ohne Mandat ist. Man wünscht sich nicht Glück zu dem Unglückstage von Sadowa, hätte auch wahrlich keinen vernünftigen Grund dazu. Jene Schlacht ließ den Minister Belcredi ruhig auf seinem Sessel; erst der Landsturm der deutsch-österreichischen Landtage stürzte ihn, als er direkt in das Verfassungsrecht eingriff. Aber auch einen neuen Bürgerkrieg will man nicht; ein solcher ist immerdar, sey es auch ohne Bund mit dem Ausland, etwas Antinationales. Was man will, Das will man auf dem Wege des Friedens, der Freiheit, des Verständnisses von Volks wegen, der Ueberlegenheit eines Gesammtwillens über einen blosen Partikularismus, nenne er sich wie er wolle. Man will in einer neuen Form wieder erlangen, was man in einer andern verlor: die Zusammengehörigkeit aller Deutschen. Dies ist der Geist, der sich in diesem Schützenfeste kundgibt. Hierin liegt denn auch ein beachtenswerther Fingerzeig für das Ausland: die Zusammengehörigkeit der Deutschen ist kein Anlehnungspunkt für einen Angriff von außen her.

---

27. Juli 1868.

Alles Interesse geht auf in dem Schützenfest. Die heutigen Blätter sind voll Festjubel; auf dem Papier nimmt sich die Sache etwas überschwenglich aus, aber in der Wirklichkeit gab sich Alles ungekünstelt, von Herzen kommend, begeisterungsvoll, ohne theatralischen Anflug. Nun ist das Schießen an der Reihe, und auf den Standplätzen knattert es, wie auf einer Walstatt. Die Anzahl der Zuschauer bei dem Festzuge schlagen hiesige Blätter auf eine halbe Million an; Andere gehen noch höher. Eine zündende Wirkung that es, als in der Festhalle Dr. Giskra ein Hoch ausbrach

„dem deutschen Volke in allen seinen Stämmen!“ Indeß auch den österreichischen Minister vergaß er nicht, als er von dem strahlenden Bande der deutschen Kultur und dem Bewußtseyn der Geltung auf jenem Gebiete sprach, wo nicht die Kopfzahl entscheidet, auf jenem Gebiete, wo der menschliche Geist seine göttliche Sendung vollzieht, auf dem Gebiete des Denkens und Dichtens, des Wissens und des künstlerischen Schaffens. „Jenes Band und dieses Bewußtseyn,“ sagte er, „macht den Deutschen gerecht und neidlos billig, ehrlich gegen Jedermann, und so sind wir Deutsch-Oesterreicher es auch gegen alle Stämme, die mit uns zu einem Staate verbunden sind. Die deutsche Kultur wirkt segnend, selbst bei ihren Gegnern, und die freiheitliche Entwicklung derselben schließt sich nun unwillkührlich mit der unsrigen zusammen, und kein Unterschied der Nationalität vermag es, diesen Verschmelzungsprozeß auf dem Gebiete der Freiheit zu vereiteln.“ Nun kommen von allen Seiten Telegramme mit Beglückwünschung und Schützengruß. Auch vom Herzog von Koburg soll eines angelangt seyn, wenn Das nicht etwa ein Mißverständniß ist. Das Telegramm lautet nämlich: „An Justizrath Sterzing aus Gotha, Vorstandsmitglied deutschen Schützenbundes, Wien, Festplatz. Den in Wien versammelten deutschen Schützen herzlichen Festgruß. Dem deutschen Schützenbunde, der den Zwiespalt und die Zerklüftung der Nation glücklich überdauert hat, fröhliches Gedeihen; dem einigen Bruderbande, das alle deutschen Stämme umschlingt, segensvolle Kräftigung: Herzog aus Koburg.“ Der Inhalt, wie man sieht, reimt sich nicht mit der Haltung von 1866 und der Erwerbungsart des Schmalkaldener Forstes; überdies ist „aus“ in dieser Verbindung etwas wesentlich Anderes als „von“, während als Familienname „Herzog“ auch bei Privatleuten vorkommt. Auch ganze Gedichte sind als Festgruß telegraphirt worden, darunter ein ziemlich langes aus Hamburg. In einem Schützengruß aus Mannheim heißt es: „Euer Fest ist das unsere, das Fest aller Patrioten, der Protest Deutschlands gegen alle Kabinettspolitik. Wir reichen Euch die Bruderhand mit einem Hoch auf das große, einige, freie Vaterland. Die im Schießhause zu Mannheim versammelten Schützen.“ Auf einen der nächsten Tage ist das Erscheinen des Kaisers auf der Schießstätte angekündigt. Bei dem ersten Schützenbankett (Sonntag) hatte H. Wallau aus Mainz ein Lebehoch auf den Kaiser ausgebracht, der in der letzten Zeit so

manchen guten Schwarzschuß gethan habe; Dr. Kopp, Präsident des hiesigen Hauptkomitee's, erstattete telegraphische Meldung davon an den Kaiser, beifügend, daß 10,000 Anwesende mit Begeisterung in das Lebehoch einstimmten, und schon zwei Stunden nach Abgang des Telegramms war Fürst Hohenlohe auf dem Festplatz, um im Namen des Kaisers für die Ovation zu danken.

Eine eigenthümliche Interpretation des großen Schützenfestes haben die Tschechen sich zurecht gemacht. Der Hauptzweck desselben ist, das Prager Theatergründungsfest vom Mai zu überbieten; deshalb hat die österreichische Regierung fabelhafte Summen aufgewendet, um überall in Deutschland angebliche Schützen anzuwerben, eigentlich zu dingen, und daher rührt es, daß man sehr, sehr sonderbare Gestalten dabei zu Gesicht bekommen wird. So versichern die Narodni Noviny, und unter ihren Lesern finden sich Intelligenzen genug, die es glauben. Was braucht es mehr?

Die bisherige „Politik“ in Prag erscheint nunmehr als „Korrespondenz“. Als Eigenthümer und Redakteur figurirt ein tschechischer Setzer, Namens Krbck. Der Redakteur der neuen „Narodni Noviny“ führt den urtschechischen Namen Schulze. Was den geflüchteten früheren Redakteur der „Narodni Listy“ betrifft, so befindet er sich zu Genf in der Schweiz. Nach dem „heiligen Rußland“, scheint es, hat er also doch keine Lust verspürt.

---

28. Juli 1868.

Die politische Wirkung des Schützenfestes wird eine nachhaltige seyn; es läßt Eindrücke zurück, die es überleben. Prinzipielle Gegner Oesterreichs kamen natürlich nicht mit hierher; es kam aber eine Elite von Tausenden, jeder einzelne wieder Tausende von Gesinnungsgenossen geistig repräsentirend, und sie kamen trotz des Tages von Sadowa, trotz des Prager Friedens, welcher Oesterreich formell von Deutschland ausschließt. Der Bevölkerung Wiens sagte es ihr gesunder Sinn und Takt, was für eine Bedeutung hierin lag, und ihr Herz war mit dabei. Wo ein Impuls dieser Art mit entgegenkommenden Sympathien zusammentrifft, groß und massenhaft, da wirkt er magnetisch,

> Und der Geist, der im ganzen Korps thut leben,
> Reißet gewaltig, wie Windesweben,
> Auch den untersten Reiter mit.

Dies Alles war eine unmittelbare Volkseingebung; es war nicht durch die Tagespresse gemacht. Im Gegentheil, es gab hiesige Blätter, in denen noch eben vorher hie und da eine Stimme gothaisch piepste, und die von dem „Windesweben" des öffentlichen Geistes nun erst selber mitgerissen wurden. Jetzt haben auch widerspenstige Naturen entdeckt, was ein gemeinsam deutsches Schützenfest für Oesterreich zu bedeuten hat. Vorher kannte man sich nicht recht aus; die hiesige Tagespresse sah mitunter durch die Brille „national-liberaler" Blätter. Allein Auge in Auge sieht man besser, als von ferne her, oder gar durch eine fremde Brille, und Dies hat das deutsche Schützenfest mit sich gebracht.

Man lebt, um zu lernen, sagt das Sprichwort. Auch das Schützenfest war eine Schule politischer Erkenntniß. Was für wunderliche Begriffe z. B. machten sich hier einzelne Politiker von den „Großdeutschen", und wie oft haben diese Großdeutschen in Wiener Zeitungsartikeln als Reaktionäre, als Partikularisten, als Kopfhänger 2c. zu paradiren gehabt! Man hätte fast glauben können, Wien selbst wünsche lieber Bismarckisch zu werden, und fühle sich in Ermangelung dessen „leider partikularistisch gestellt". Dies wäre, obwohl man in Wien solche Blätter liest, ein arger Fehlschuß gewesen; Jenes erwies sich direkt als eine falsche Unterstellung. Nun sah man nämlich solche Großdeutsche bei dem Schützenfest unmittelbar vor sich, hörte sie reden von der Schützentribüne herab, und siehe da: sie sind so wenig reaktionär, als Dr. Giskra, sind nicht partikularistisch, sondern eben deutsch-national gesinnt, und den Kopf tragen sie hoch genug, um einem partikularistischen Gegner dadurch zu mißfallen.

Daß sie eine Sympathie für Oesterreich haben, ist in Wien doch wohl keine politische Sünde. Einst, allerdings, galt es bei österreichischen Liberalen dafür. Man nahm Anstoß daran, daß diese Großdeutschen auch schon zu dem absolutistischen Oesterreich gehalten hatten. Es war ein kurioser Vorwurf; denn wenn die Zusammengehörigkeit aller Deutschen wirklich ein nationales Postulat ist, so durfte es natürlich zu keiner Zeit eine Verkürzung erleiden, sey es wegen dieses oder jenes Ministeriums, dem Dies vielleicht sogar lieb gewesen wäre. Wer ein Prinzip nicht konsequent einzuhalten weiß, der h[illegible] [illegible]ab. Die geschmähten Groß-

[illegible]inisterium in's Auge:

sie hielten sich an das Dauernde, an den Bestand Oesterreichs, an sein und Deutschlands bleibendes Interesse; mit andern Worten: sie dachten größer und sahen weiter, als ihre Tadler. Auch über dieses frühere Mißverständniß sind wir nun glücklich weg mit Hilfe des deutschen Schützenfestes. Möge man so stets weiter vorschreiten mit der Berichtigung alter Vorurtheile! Auch sogenannte Preußenfeinde sind die Großdeutschen nicht; nur halten sie, wie es sich eigentlich von selber versteht, preußisch und deutsch nicht für identisch. Das Wiener Schützenfest, sieht man, ist ein praktischer Beitrag zum Verständniß des Großdeutschthums.

---

29. Juli 1868.

Um die Stimmung während des Schützenfestes gehörig zu würdigen, braucht man nur den Gegensatz dazu mit ins Auge zu fassen, wie er sich in andern Erscheinungen kundgibt. Ich meine jenen Gegensatz, den ein Humorist in folgender Szene schildert, die er „in den böhmischen Wäldern" spielen läßt.

Räuberhauptmann: Bringt die Gefangenen her! Ich will sie sortiren.

A. Ich bin ein Pole, aber nicht reich. Habe nur wenig für ein Lösegeld.

R. Name?

A. Dagobert Germanus Abendstern. Stamme von den echtesten Krakusen ab.

R. Hat Nichts auf sich. Der Nächste!

B. Hermann Treufest, genannt der Cherusker.

R. Was Cherusker? Ein Deutscher wohl?

B. Längst nicht mehr; jetzt bin ich aus geistiger Wahlverwandtschaft ein Slowene.

R. Weiter!

C. Pardon, mein 'Err, wenig deutsch; ik 'aben 'alber vergessen und 'alber nit recht gelernt.

R. Franzose?

C. Nitte ganz, Monsieur; Baron Steigauf 'eiß ich; deutsches Geblüt swar, haber gut französisch hersogen.

R. Sequens!

D. Ferdinand Wursthans, bitt' ich. Bin ein guter I

zu dienen. Meine Voreltern waren schon tschechisch, wie's noch gar keine Tschechen gegeben hat.

R. Sprechen Sie tschechisch?

D. Noch nicht, aber russisch fange ich so eben zu lernen an.

R. Gut. Weiter in der Reihe!

E. Ich bin Ungar; v. Pfannenschwarz, Arthur.

R. Das klingt aber nicht ungarisch.

E. Macht sich schon; nöthigenfalls lasse ich den Namen übersetzen.

R. Weiter!

F. Ich bin aus der Gegend von Trient; Daniel Schnauzelberger.

R. Ein Tyroler also.

F. Nix da Tyroler; ich bin geschworener deutscher Italianissimo.

R. Sehe schon, meine Herren, Sie gehören sämmtlich jenem Stamm an, dessen maßlose Selbstüberschätzung und dessen Streben nach Suprematie in Oesterreich schon so viel Unheil angerichtet hat. Ich werde die Lösegelder danach bemessen. Pan Wursthans, seiner patriotischen Anlage halber, mag frei ausgehen.

30. Juli 1868.

Heute Abend um halb 6 Uhr wird der Kaiser auf dem Schützenplatz erscheinen. Die telegraphischen Festgrüße und die Schützenreden dauern fort. Unter den ersteren befindet sich einer von den Schützen aus Lauenburg an der Elbe in niederdeutscher Mundart: „Wenn wü tosamen heft stahn, hett uns noch Nüms wat dahn." (Die hiesigen Blätter übersetzen: „Wenn wir beisammen hätten gestanden, hätte uns noch Niemand was gethan;" es heißt aber: So oft wir beisammen gestanden haben, hat uns ꝛc.) Auch von zwei Bezirksvereinen in Berlin sind Festgrüße da. Interessant sind die Ergebnisse auf den Schnellfeuer-Scheiben, weil sie zugleich für den militärischen Gebrauch Bedeutung haben. In Zeit von drei Minuten (Dies ist die festgesetzte Frist) schoß mit dem Wänzlgewehr Hr. Strachowsky, k. k. Leutnant, 32mal und erzielte 18 Treffer mit 35 Punkten. Mit dem Martinigewehr erzielte ein Schweizer, Hr. [illegible]: [illegible] Schüsse 24 Treffer und 52 Punkte, mit

dem Peabodygewehr Hr. Brechbühl, ebenfalls ein Schweizer, auf 30 Schüsse 26 Treffer und 57 Punkte. Wenn man hiebei in Betracht zieht, daß das Wänzlgewehr keine Luxuswaffe, sondern ein schlichtes Soldatengewehr ist, so behauptet es in dieser Eigenschaft jedenfalls einen Platz von Rang. Im Anschluß an die Schützenangelegenheiten sey hier erwähnt, daß die Brauereien in Wien und seiner Umgebung im vorigen Monat 253,692 Eimer Bier gebraut haben: 81,732 Eimer mehr, als im Juni vorigen Jahres, und zwar „aus Anlaß des Schützenfestes". Eine der Festinschriften enthält die Worte: „Durch Wahrheit zum Licht"; ein Spötter meinte, es könnte eben so gut heißen: „Durch Licht zur Wahrheit"; er wurde aber überboten durch einen Andern, der da sagte: „Durch Licht und Wahrheit zum Bier!" (Paßt auch auf den zu Ehren des Schützenfestes gehaltenen Studentenkommers, welcher sehr glänzend ausfiel.)

Einer der Flüchtlinge vom Jahre 1848, Dr. Goldmark, sucht eine Wiederaufnahme der damals gegen ihn gepflogenen Untersuchung nach. Er wurde nämlich „wegen Theilnahme an der Ermordung des Kriegsministers Latour" in contumaciam zum Tode verurtheilt, übrigens nicht durch ein Kriegsgericht, wie in hiesigen Blättern steht, sondern durch das Landesgericht, bei welchem nun sein Vertreter vorerst um Einsicht in die Akten eingekommen ist. Hr. Goldmark beabsichtigt nicht eine Rückkehr nach Wien, denn er ist Bürger der Vereinigten Staaten geworden und besitzt in Neuyork oder Philadelphia eine große chemische Fabrik; wohl aber wünscht er, sich von einer Anschuldigung zu reinigen, die er stets von sich ablehnte, und will zu diesem Zweck alle Beweismittel aufbieten, die er noch beizubringen vermag.

In Prag nehmen die Exzesse gegen die Deutschen kein Ende. Eine Schaar von etwa vierzig tschechischen Studenten stürzte sich ohne weitern Anlaß auf zwei deutsche während eines Spaziergangs und warf sie einen Bergabhang hinunter, wobei der eine auf den Kopf fiel und schwer verletzt wurde; einer der Hauptthäter, ein Serbe, ist eruirt und sitzt in Haft. Letzten Sonntag wurde ein Fabrikbeamter, der mit seiner Gattin und seinem Schwager gegen 11 Uhr Nachts auf dem Heimwege begriffen war, unter dem Spittelthor, ebenfalls ohne Anlaß, von drei tschechischen Fleischhauern angefallen. zuerst schlug man den Herren die Hüte ein, und da sie sich wehrten, entspann sich eine Balgerei, wobei der Eine einen

Messerstich in die Hand erhielt. Eine herannahende Militärpatrouille befreite sie.

---

31. Juli 1868.

Seit der Kaiser auf dem Festplatze war, nennt man ihn dort den „Schützenkaiser". Glänzend empfangen, besah er sich alles Einzelne, spendete da und dort ein anerkennendes Lob, und drückte unter Anderm dem bisherigen Bundespräsidenten Schröder aus Bremen seine Freude darüber aus, daß so viele Norddeutsche sich als Theilnehmer des Festes eingefunden haben. Man erkannte eine Aufmerksamkeit für die Schützen darin, daß der Kaiser die Oberstenuniform seines Tyroler Jägerregiments trug. In der Festhalle bot man ihm einen Pokal mit Oesterreicher Wein („Donauperle"); es war ein Pokal von Gold, ein Geschenk des Kaisers Karl VI. an die Wiener Schützen; Franz Joseph besichtigte ihn, wandte sich dann in einer raschen Inspiration um, erhob ihn zu seinen Lippen, und rief mit weithin klingender Stimme: „Ich trinke auf das Wohl aller hier versammelten Schützen!" Nun erreichte die Begeisterung ihren Höhepunkt; wieder und wieder erneuerte sich der Hochruf, man stieß mit den Gläsern an, schwenkte die Hüte, und ließ dem erregten Enthusiasmus vollen Lauf. In der Schießhalle verweilte der Kaiser wohl eine Viertelstunde lang bei dem Schießstand der Schnellfeuer-Scheibe. Später, auf dem Schießstand der Industriescheibe, schoß er selbst, erzielte einen Dreier, und Dies wurde sofort in das Standbuch eingetragen: „Se. k. k. apostolische Majestät, 3." Jetzt brach der Jubel von neuem los. Beim Scheiden folgte ein Geleite von Tausenden dem Kaiser bis an den Wagen, während von sämmtlichen Musiken das österreichische Volkslied angestimmt wurde: hier wurde zuerst der Ruf „Schützenkaiser" improvisirt.

Die täglichen Schützenreden bei dem Mittagsbankett dauern fort. Bemerkenswerth war der Trinkspruch eines Berliners, Dr. Kinisch, welcher unter Anderm sagte: „Wir haben lange geschwankt; wir sind zähe, vielleicht kalte Naturen; wir haben geschwankt, ob wir an diese Stelle einen Redner stellen sollten; denn, liebe Freunde, wir reden hier vor den edelsten Söhnen der deutschen Nation. Wir reden hier, und unsere Worte hallen wieder in Europa, in der ganzen Welt. Doch hat das Herz uns gedrängt, Euch unsern Dank zu bringen, und auch wir dort oben wissen, daß man wohl einmal für eine kurze Zeit

einen Strich über die Karte machen kann, aber man kann nimmermehr die deutschen Herzen trennen. Wir schießen hier nach der Feldscheibe; wir liegen hier, deutsche Schützen, gewissermaßen in einem Lager, gewissermaßen zu Felde; lasset uns diese Stunde dazu benutzen, um einen Feld-Gottesdienst zu feiern; lasset uns daran denken, daß die Geschicke der Individuen, wie der Völker, regiert werden durch Den da oben, und so bete ich denn mit Euch vereint: O Gott, schau' hinein in Dein liebes Deutschland; o Gott, mache Deutschland einig; o Gott, verhüte, daß jemals wieder in Deutschland tobe ein Bruderkrieg!" Der Redner schloß mit einem poetischen Gleichniß. „Ihr Alle, liebe Freunde, seyd der Stahl, das Eisen eines großen Magnets, der alle Welt heranzieht an das deutsche Herz als den Mittelpunkt. Aber jeder Magnet hat zwei Pole: sie heißen Nord- und Südpol. Nähern sich einstmals diese Pole, die wir vielleicht in der Vergangenheit bisweilen als feindliche Pole bezeichnet haben, so wißt Ihr aus der Wissenschaft, daß sie sich anziehen und unzertrennlich vereint sind. Thun wir Alles zur Vereinigung dieser Pole. Es lebe der Nord- und Südpol Deutschlands, es lebe die ewige Vereinigung zwischen Wien und Berlin!"

Die Wahl eines neuen Vororts ist noch nicht getroffen; Leipzig war in Anregung, allein man weiß nicht, ob dort auf ein Entgegenkommen zu rechnen ist. Ein Theil der Tyroler Schützen schickt sich bereits zur Heimkehr an. Die Musikkapelle der Innsbrucker Schützen hat dem Minister des Innern, Dr. Giskra, ein feierliches Ständchen gebracht; auch eine Deputation von Tyroler Schützen war bei ihm. In Triest spukt es noch etwas, und in Prag hat es wieder Skandal gegeben; aber noch herrscht die Alleingeltung des Schützenfestes in Wien, und alles Andere ist diesem großen Interesse untergeordnet.

---

1. August 1868.

Für mich sind die interessantesten Schützenreden jene, die nicht von einem geübten Redner ausgehen: da ist Nichts geplant, sondern es sitzt gleichsam das Herz auf der Zunge. Es war ein Tyroler Schütze, ein Landmann, der nachstehende Worte sprach: „Meine Herren! Ich habe keine Studien durchgemacht; meine Studierstube war eine einfache Dorfstube; deßwegen erlauben Sie mir, meine Herren, die Sachen so vorzubringen, was ich von dem ganzen

Schützenfest halte. Es sind seit Sonntag wunderschöne Reden gehalten worden: Das hat sich meiner Ansicht nach, ob der Eine so oder so den Sinn kehrt, bereits überlebt. Nur eine Stimme aus den Bergen Tyrols möchte ich so vorbringen, wie ein Herr Vorredner aus der Schweiz gesprochen hat. Es ist nämlich im Jahr 1862 in Frankfurt das erste deutsche Bundesschießen gehalten worden, wo ich mit dabei war, und da galt es deutsche Einheit, deutsche Brüderlichkeit, und Alles war vor lauter Liebe ganz entzückt. Und was geschah vier Jahre darauf? Es entstand der deutsche Bruderkrieg, wo Deutsche auf Deutsche schossen, und am Ende wurde noch ein Te Deum laudamus angestimmt. Soll dieses Bundesschießen nicht verhallen, soll es fernerhin einen Zweck haben, dann muß der Deutsche dahin wirken, sey es in Tyrol, Bayern, oder Preußen, so weit die deutsche Zunge klingt, wie Vater Arndt gesagt hat, daß man nicht mehr ein zweites Jahr 1866 erlebt, wo Deutsche auf Deutsche schießen, und, wenn Tausende auf dem Schlachtfelde liegen, ein deutscher Fürst sich noch rühmt: wir haben gesiegt. Nein, Preußen hat nicht gesiegt! Die Regierung hat gesiegt, das Volk hat verloren!" Unter stürmischem Beifall schloß der Redner mit einem Hoch auf sämmtliche deutsche Brüder und auf das neue Ministerium in Wien. Georg Hechenblickner aus Tyrol, Bezirk Kufstein, heißt der Schütze, der auf diese Art auch von der Rednerbühne aus ins Schwarze traf, und er selbst nannte sich einen Bauer.

Auch der aus Berlin von „mehreren Schützen der Haasenhaide" eingelaufene Festgruß (unterzeichnet: „im Auftrage, Robert") rührt wohl nicht gerade von Doktoren oder Gelehrten her. Es ist kein Telegramm, wohl aber ein Programm deutscher Politik, und besagt unter Anderm: „Alle braven Schützen, nicht Nord, nicht Süd, nicht Ost, nicht West, das ganze Deutschland lebe hoch! So rufen wir Euch zu, geliebte deutsche Brüder. Noch ist nicht Alles hohl und todt im Norden, trotz der Politik von Blut und Eisen. Wir haben eben so gut, als Andere von der „Mainlinie", ein Gefühl im Herzen für ein ganzes, einiges Deutschland. Mit gestähltem Arm und geübtem Auge wollen wir uns gemeinschaftlich den sibirischen Bären im Osten, die schwarze Natter im Süden, und den ewig krähenden gallischen Hahn vom Halse halten." Zu der Bismarck'schen Politik, wie man sieht, stimmt dieses Berliner Votum nicht: denn mit dem „gallischen Hahn" fing sie in Biarritz an, fuhr dann mit

der „Natter im Süden" weiter fort, und in diesem Augenbl
sie mit beiden einigermaßen Verdruß hat, steht sie auf der
dem „sibirischen Bären."

Man hat Unrecht, wenn man bei diesem deutschen Fr
schießen das blose Wort als Schützenzuthat unterschätzt; erfahrungs
mäßig drängt sich sogar der höchst beachtungswerthe Umstand a
das von der Wiener Schützentribüne aus eine Rede weiter t
als je nach Umständen ein Artikel der Zeitungspresse. So
den Stuttgarter „Beobachter" haben wohl nur wenige Wiener
zu Gesicht bekommen; die Wiener Schützenrede seines geistigen
ters aber, des Hrn. Karl Mayer, die las in Wien Jedermann
sie erschien in jedem Blatt. Auch die „hessische Volkszeitung"
Hrn. Trabert liegt wohl nirgends in Wien öffentlich auf;
aber als „Mußpreuße" auf der Wiener Schützentribüne sprach
erscholl von da unmittelbar in die große Welt hinein. Sogar
Paris hat man auf diesem Wege, d. h. vermittelst des deutschen
Schützenfestes in Wien, öffentliche Stimmungen entdeckt, die m
vorher nicht sah, oder an die man vorher nicht glaubte. Es ist
merkwürdiger Unterschied, wie viel auf Ort und Stelle ankommt
wo Etwas gesprochen oder gedruckt wird. Auch die Presse vermag
nicht Alles, wenigstens nicht überall. Ein solches Schützenfest
dauert nicht das ganze Jahr; es kehrt nicht einmal jedes Jahr
wieder. Heutzutage muß man auch für das gedruckte Wort gro
Mittelpunkte aufsuchen. Hätte dieselbe Gesinnung, die selbst
dem unseligen Bürgerkriege sich noch so mächtig auf diesem Schützen
fest an den Tag legt, schon vor Jahren in Wien eine tägliche Zei
tung als gemeinsam deutsches Organ gehabt: es wäre das gegen
seitige Verständniß wesentlich gefördert, manchen schädlichen Einflüssen
vorgebaut, manche irrige Voraussetzung, sowohl in Deutschland selbst
als außerhalb, rechtzeitig berichtigt worden. Und glaubt man, Dies
würde ohne Einfluß auf die Thatsachen geblieben seyn?

---

2. August 1868.

Unter den letzten Rednern war Professor Wildauer aus Inns
bruck. Man erinnert sich seines Auftretens in Frankfurt 1862 gegen
die Phrasen des Hrn. Metz aus Darmstadt über „österreichische
Schmerzenskinder." Er selbst bezog sich darauf zurück und ging

mann auf den Bürgerkrieg von 1866 über; ich erwähne nur seine speziell in Bezug auf Tyrol gethane Aeußerung, daß „die Tyroler Schützen in jenem unseligen Jahre ruhiger ihre Büchsen spannen konnten, in dem Bewußtseyn, daß keine ihrer Kugeln eine deutsche Brust durchbohren, ein deutsches Herz zerreißen, eine deutsche Wittwe jammern machen werde." Das Erscheinen von nahezu 1500 Tyroler Schützen bezeichnete er als „eine Kundgebung in der schönsten Bedeutung des Wortes, eine Kundgebung, daß die religiösen Gefühle Tyrols nicht verletzt sind durch den neuen Geist der Freiheit, daß die Religiosität des Tyrolers seinen nationalen Sinn und seine bürgerliche Freiheit nicht abschwächt, daß die Religiosität ihn nicht abhält, Antheil zu nehmen an dem Genusse der Rechte und Freiheiten, welche die Verfassung gewährt." „Meine Herren! Tyrol hat auf Grund einer vielhundertjährigen ehrenreichen Geschichte ein gewiß berechtigtes Selbstgefühl, eine gewisse Eigenart, die gleich dem Edelweiß und der Alpenrose nicht auf jedem Boden keimt. Aber, meine Herren, alles Werthvolle der tyrolischen Eigenart kann und wird frischer und kräftiger weiter blühen und gedeihen in der Luft und Sonne der Neuzeit." Die politische Bedeutsamkeit dieser Rede legt sich von selbst dar. Wenn in ein Parlament einmal Einer erwählt ist, so ist er darin ein Vertreter seiner Wähler; aber diese befinden sich nicht neben ihm, um seine Worte zu bestätigen oder vielleicht zu berichtigen und von sich abzulehnen. Anders bei dieser Schützenrede: als Hr. Wildauer sich auf die 1500 Tyroler Schützen berief, waren sie mit dabei, und sprach er nicht ihre Gesinnungen aus, so würden sie dagegen protestirt haben. Das Verhältniß ist unmittelbarer, als bei einem Parlament. So ist z. B. die Kreuzzeitung mit ihrer Bemerkung, der in Wien aufgetauchte „Berliner Schützenverein" sey nicht zu verwechseln mit der alten Schützengilde, sondern nur einer von jenen Vereinen, die vor mehreren Jahren „bei Gelegenheit des allgemeinen deutschen Schützen-, Sänger-, und Turnertaumels entstanden", auf das allerunmittelbarste widerlegt und beschämt worden, indem eben jetzt nachstehender telegraphischer Festgruß vorliegt: „An das Zentralkomitee des dritten deutschen Bundesschießens in Wien. Allen Festgenossen von Süd und West, aus Nord und Ost, deutschen Gruß und Handschlag. Die Vorsteher der Berliner Schützengilde: Nowotty, Dr. Lindow, Reschke." Ich gehöre nicht zu Denen, die etwa die Tragweite solcher geistigen An-

regungen überschätzen; aber einen ungefälschten Ausdruck [illegible] vorhandener Gesinnung bieten sie jedenfalls, und auch die [illegible]zeitung kann sich dadurch unterrichten und belehren lassen, [illegible] wie größere Herren.

---

8. August 1866.

Das war eine seltsame Volksversammlung, die gestern im Sperl stattfand. Hiesige Demokraten hatten sie ausgeschrieben, und zwar zu dem Zweck einer einheimischen Sympathienerklärung für die süddeutschen Gegner der Bismarck'schen Politik. Darum nachstehender Resolutionsantrag: „Die Versammlung verurtheilt die Zerreißung Deutschlands, insbesondre die gewaltsame Ausscheidung Deutsch-Oesterreichs, welche gleicherweise die Machtstellung und den Frieden des Gesammtvaterlandes, wie das Deutschthum in Oesterreich gefährdet. Die Versammlung protestirt gegen die Lösung der deutschen Frage auf dem Wege der Annexionen, und fordert die durch Selbstbestimmung aller deutschen Stämme zu vollziehende Wiedervereinigung des ganzen deutschen Vaterlandes. Die Versammlung spricht zu den auf dieses Ziel gerichteten freiheitlich-patriotischen Bestrebungen der deutschen Volkspartei ihre Zustimmung aus und erklärt es für das eigenste Interesse unseres Volkes und Staates, diese Bestrebungen nachdrucksvoll zu unterstützen." In diesem Sinne sprachen denn auch mehrere Redner. Zuerst im Namen des Komitee's Hr. Richter (Professor an der hiesigen Handelsakademie), welcher den letzten Krieg als einen dynastischen bezeichnete, denn das Volk habe ihn nicht gewollt. Dr. Karl Mayer aus Stuttgart entwickelte das süddeutsche Interesse für eine Verbindung des Südens, um jede fremde Einmischung ferne zu halten. „An Sie, Oesterreicher, richte ich meine Bitte: helfen Sie uns einen süddeutschen Bund zu Stande bringen; trachten Sie, daß wir mit Ihrer Zustimmung ausgerüstet heimwärts ziehen können; bedenken Sie die Vortheile, die Ihnen daraus erwachsen!" Der Vortrag des nächstfolgenden Redners, Hrn. Trabert aus Hessen, gipfelte in den Schlußworten: „Oesterreich muß wieder sein Gewicht in die Waagschale der Völkergeschicke legen; helfen Sie uns, Bürger dieser Stadt, daß Dieses geschehe." Allein von nun an gewann ein ganz anderes Thema die Oberhand. Es hatten sich nämlich ungefähr tausend Arbeiter eingefunden, deren Ziel eine sozial-demokratische

Beschlußfassung war; sie traten als eine organisirte Masse auf, gehorchten blindlings den Signalen ihrer Führer, und stimmten Alles nieder, was nicht von ihnen selbst ausging. Hr. Frese (ein Preuße, aber in Stuttgart wohnhaft) stellte der Versammlung unter Anderm vor: „Ihr könnt Euern Freiheitsbau nicht vollenden, wenn Ihr nicht zu Deutschland steht, wenn ihr nicht den Cäsarismus bekämpft, wenn Ihr Süddeutschland nicht helft, sich vor ihm zu retten. Nie hat ein Freiheitskampf dem Vaterlande den Rücken gekehrt, ohne daran zu Grunde zu gehen." Vergeblich; den Arbeitern gegenüber, da sie schon eine fertige Entschließung mitbrachten, war jedwede Erörterung unnütz. Um so souveräner traten der Reihe nach ihre eigenen Wortführer auf; so weit waren sie bisher noch niemals herausgegangen. Ich führe einige Beispiele an. Hr. Angerstein: „Wir Sozialdemokraten wollen mit der Volkspartei gehen, aber sie soll auch mit uns gehen; sie soll öffentlich anerkennen, daß die Forderungen der durch die Kapitalsmacht gedrückten Arbeiter gerecht sind. Stimmt Ihr mit uns überein, so könnt Ihr Alles von uns haben, auch unser Blut." Hr. Becker: „Die Nationalitätsbestrebungen sind veraltet. Aenderungen können nur durch Krieg oder durch Revolution kommen. Und wenn durch die Revolution, dann tritt das Land der Initiative, tritt Frankreich wieder an die Spitze, und in dem Programm der dortigen Revolutionspartei heißt es: Allgemeine sozial-demokratische Republik, und nicht: Deutschland oder Frankreich!" (Zischen und Beifallsruf neben einander.) Hr. Pfeiffer: „Die Arbeiterbewegung ist ein Feuer, das sich über ganz Europa hinwälzen wird. Ich bin Europäer und kein Deutscher, folglich bin ich gegen Norddeutschland und gegen Süddeutschland. Die Sprache wird nicht angeboren, sondern anerzogen; es gibt keine Deutschen, Ungarn, Tschechen, Franzosen, nur Menschen." (Bis jetzt bestehen diese Nationalitäten noch thatsächlich, und sie geben's zu merken.) Hr. Groß: „Die Völker Europa's, vereint auf sozialdemokratischer Grundlage, müssen den Fürsten ihre Schranken zeigen; die Fürsten dürfen keine Kriege führen, welche die Völker nicht wollen, und die Völker wollen keine Kriege. Das einige Vorgehen der gesammten europäischen Demokratie allein ist im Stande, die Mißstände zu beseitigen, und keineswegs eine Verbindung des Südbundes mit Oesterreich." Dr. Mayer schien vorauszusehen, wie Dies endigen würde; es entschlüpfte ihm ein Ausdruck der Ungeduld.

„Wir sind nicht hierher gekommen, um mit den Arbeitern Verträge zu schließen, sondern um das Banner deutscher Freiheit und Demokratie aufzurichten. . . . Wir betteln bei Ihnen nicht um die Resolution, damit wir wie ein Schütz mit einem Becher nach Hause kommen. (Heiterkeit.) Nach fünfmonatlicher Vereinsfreiheit gehen Sie doch über zu praktischer Thätigkeit; schaffen Sie Etwas, damit Sie etwas heimbringen, nicht ich." Hr. Hartung hatte darauf schon vorher indirekt eine Antwort gegeben, nämlich: „Ueber die Arbeiter kann man nicht zur Tagesordnung übergehen, denn wir Arbeiter haben die Macht." Bei der Abstimmung fiel gerade der dritte Satz des Komiteeantrages, welcher auf Einverständniß mit der süddeutschen Volkspartei ausging, gänzlich durch; von den beiden andern blieb nur eine Art von Gerippe stehen. Es legt sich die Frage nahe, was bei den Führern der Arbeiter wohl der eigentliche Zweck dieser Durchkreuzung war. So gerade von selbst erklärt sich die Sache nicht; ihren eigenen Verein und ihre eigenen Versammlungen haben sie: in welchem möglichen Interesse läge für sie ein Antrieb, keinen andern neben sich dulden zu wollen? Dies wäre ein Eingriff in die Vereins- und Versammlungsfreiheit überhaupt, und am Ende denn doch auch eine Gefährdung ihres eigenen Antheils daran. Wenn sie aber nicht auf Monopolisirung ausgingen: zu welchem Ende alsdann die planmäßig durchgeführte Störung Anderer? Es gibt allerdings Interessen, denen diese vielleicht erwünscht kam, aber ein Arbeiterinteresse sehe ich darunter nicht. Was in der Welt sollte es der Sache der Arbeiter nützen, wenn auch das südliche Deutschland den Tendenzen der Usedom'schen Note dienstbar würde?

4. August 1868.

Das Schützenfest neigt sich zu Ende. In Geist und Charakter ist es sich treu geblieben. Es war ein großartiges, und es war zugleich ein herzliches Fest; es bleibt ein leuchtendes Vorbild für künftige Nachfolger. „Scheiden und Meiden thut weh", sagte ein Schweizer Schütze in seiner Abschiedsrede, „Das kommt mir aus dem tiefsten Herzen." (Styger aus Schwyz.) „Wir scheiden", sagte ein Thüringer, „und unsere Herzen bleiben zurück." (Sterzing aus Gotha.) Was die politische Bedeutung des Festes betrifft, so hat man einen sicheren Maßstab dafür an der Ereiferung Bismarck'scher

und „national-liberaler“ Blätter darüber; was einen nicht brennt, Das läßt man ungeblasen. Wenn von derselben Seite über allzu-freies Gehenlassen geklagt wird, so kann man darauf mit dem amerikanischen Sprüchlein antworten: „sind in einem freien Lande!“ (Are in a free country.) Anerkennung einer politischen Bedeutsamkeit übrigens, scheint mir, liegt in diesem Vorwurf ebenfalls; im Vergleich mit der Usedom'schen Note jedoch, die gleichsam mit Höllenstein antupft, ist das Schärfste, was bei diesem Schützenfest etwa zum Vorschein kam, nur eine milde Bähung gewesen.

Eben deßhalb ja das unterschätzende Urtheil Anderer, bei denen nur noch das handgreiflich Materielle Etwas gilt. Allerdings, Ideen sind keine Bajonette, aber durch Bajonette werden sie glücklicher Weise auch nicht umgebracht. Es ist nicht werthlos, wenn sich von Zeit zu Zeit dieser Satz erfahrungsmäßig wieder von neuem konstatirt, und auch diese Erfahrung drückt eine Thatsache aus. In unserer Zeit wahrlich nicht mehr, und am wenigsten gerade in Oesterreich, darf man es auf die leichte Achsel nehmen, von welcher Art eine Volksgesinnung ist. Lombardei und Venetien sind ihm verloren gegangen, weil man auf eine ihm feindselige öffentliche Stimmung daselbst spekulirte: schon die blose Voraussetzung lockte zu einem Krieg an, und am Ende beschwor sie ihn wirklich herauf, zweimal. Wenn man in Berlin derzeit einen ähnlichen Glauben hätte, in dem südlichen Deutschland oder gar vollends in Deutsch-Oesterreich selbst herrsche ein Wunsch vor, lieber preußisch zu werden, es wäre die schlechteste Friedensaussicht von der Welt. Thatsächlich eine Friedensbasis ist also nur das Daseyn einer entgegengesetzten Stimmung, und eben Das ist es, was das deutsche Schützenfest öffentlich konstatirt hat. Spielt doch in Böhmen die tschechische Agitation um nichts Anderes, als um die Erregung eines auswärtigen Glaubens, Böhmen sey jetzt für Oesterreich eine neue Lombardei. Wer bei solchen Dingen stillschweigend zusieht, Der hilft stillschweigend dazu mit, sey es da oder dort.

Wenn einmal Süddeutschland preußisch wäre, Oesterreich hätte bei passender Gelegenheit eine neue Auflage der Usedom'schen Note mit all ihrem Gift zu erwarten. Dies aber will die deutsche Volksgesinnung nicht, Oesterreich will es natürlich eben so wenig, und seit dem Schützenfeste ist kein Zweifel mehr.

sich gegenseitig versteht und darüber im Einklang ist. Vorhandene Thatsachen (zu „vollendeten" werden sie erst nach Verlauf einer längern Zeit) stößt Dies allerdings nicht um, und Dies ist auch gar nicht beabsichtigt; allein wenn die öffentliche Meinung der Nation auf neuer Grundlage eine Wiedervereinigung Deutschlands will, so ist Das nicht ein bloses Gedankending, sondern es ist ebenfalls Thatsache, und zwar Thatsache genug, um ein Faktor in den Berechnungen praktischer Politik zu seyn.

---

5. August 1868.

Manche spötteln über die Art, wie sich die ursprünglichen Veranlasser der Volksversammlung im Sperl überrumpeln ließen; es ist so ziemlich die wohlfeilste Art eines Urtheils über die Sache. Sonst fehlte es an politischem Verständniß für ein wechselseitiges Interesse nicht; einer der Wiener Theilnehmer z. B. (ein „Sozialdemokrat", wie er sich nannte, aber kein Arbeiter) bemerkte ganz treffend: „Der Südbund ist nicht eine Theilung Deutschlands, denn dann steht zwischen uns und dem Norden ein dritter, unabhängiger Freund, der dem Einen die rechte, dem Andern die linke Hand reicht." Andern freilich lag die Sache anscheinend zu hoch; in einem demokratischen Klubb erklangen nachher Stimmen theils gegen Nationalitätspolitik überhaupt, theils gegen das Programm des Südbundes als ein „nicht liberales", weßwegen auch Johann Jacoby von diesem Treiben Nichts wissen wolle; ja selbst das Dasein einer deutschen Volkspartei wurde bezweifelt: es gebe keine, oder wenigstens keine solche, die von irgendwelcher politischer Bedeutung sey. Hier waren die Süddeutschen, wie man sieht, eben nicht an die richtige Adresse gerathen. Demokraten, die nicht national gesinnt sind, helfen zu einem nationalen Zwecke Nichts. Da muß man eben aus der puritanischen Selbstbeschränkung heraus; man kann ein beliebiger Demokrat seyn, ohne sich darum, wenn man nationale Anhaltspunkte sucht, stets in einem und demselben Kreis (noch dazu, wenn es ein unfruchtbarer ist) drehen zu müssen. Ob es für Oesterreich gleichgiltig sey, auch vom Bodensee bis Salzburg, und von Salzburg bis Passau, und von Passau bis Eger vollends die Bismarck'sche Politik zum Gränznachbar zu bekommen, Das ist am Ende keine Frage der Demokratie, wenigstens nicht direkt; wohl

aber gibt es ohne Unterschied sonstiger Parteiung Oesterreicher genug, denen es nicht als gleichgiltig erscheint, und wenn man bei Demokraten und Sozialdemokraten auf eine versperrte Thüre und Einsicht stieß, so ist darum die Welt selbst noch nicht mit Brettern zugenagelt. Mögen die sozialdemokratischen Arbeiter sich nur noch für „Europäer" ansehen: die Nationalitäten Europa's wirft Das nicht um, und auch die „allgemein europäische sozialdemokratische Republik" wird es nicht können, weil sie die Verschiedenheit der Sprachen nicht durch ein Dekret abzuschaffen vermag. So offen übrigens, wie bei diesem Anlaß, haben die Arbeiterhäuptlinge ihre Karten bisher noch niemals aufgelegt. Nebenbei figurirte auch die Bezeichnung: „Vereinigte Staaten Europa's." Es ist Dies ein politisches Utopien (Nirgendland), welches gleichzeitig mit der Abschaffung aller Konfessionen, dem ewigen Frieden, und der allgemeinen Zoll- und Steuerfreiheit ins Leben treten wird. Beide Stichworte kommen aus Frankreich herüber; zu den „Vereinigten Staaten Europa's" aber, natürlich ohne Republik, findet sich wohl der Urkeim in den „Napoleonischen Ideen," wie sie Napoleon III. seinem Oheim unterlegt. Kapitel 5: „But où tendait l'empereur..." „une confédération européenne..." „un code européen..." „une cour de cassation européenne..." „un institut européen pour animer, diriger, et coordonner toutes les associations savantes en Europe" etc.) In der That, nur ein kolossaler Cäsarismus könnte sich eine derartige Aufgabe stellen, und er würde Alles zermalmen, was ihm zwischen die eisernen Arme käme, auch die Freiheit der HH. Arbeiter. Ginge aber eine Republik auf ein Ziel aus, das der Armeen bedarf, so würde sie mit derselben Naturnothwendigkeit, wie früher, auch einen Cäsarismus aus sich gebähren.

Im ungarischen Unterhause, wo schon eine Weile her über das Wehrgesetz debattirt wird, hat Deak, der populärste Mann des Landes, eine Rede gehalten, die dem Vorwurf, es fehle eben an einer „besondern Armee", geradezu die Spitze abbricht. „Was verstehen wir unter einer ungarischen Armee?" fragte er unter Anderm. „Soll damit Das gemeint seyn, wovon unsere früheren Gesetze sprachen, nämlich ungarische Regimenter?" In diesem Falle wies er darauf hin, daß auch in dem vorliegenden Gesetzentwurf entsprechende Bestimmungen enthalten seyen. Verstehe man aber etwas

Anderes darunter, nämlich eine vollkommen unabhängige, selbständige Armee, so müsse er erklären, daß eine solche ungarische Armee noch niemals existirt habe. Besondere ungarische Regimenter kennen auch die ältern Gesetze, eine besondere Armee aber nicht. Zwar habe der Reichstag von 1802 von einer „ungarischen Armee" gesprochen, jedoch gleichzeitig hinzugefügt, daß er darunter die ungarischen Regimenter verstehe, die einen ergänzenden Bestandtheil der Gesammtarmee ausmachten. Dasselbe enthalte das Gesetz von 1867 (es ist der Ausgleich gemeint), und in dem vorliegenden Gesetzentwurf sey gebührend darauf Rücksicht genommen. Auch der Reichstag von 1790, welcher so Vieles für die Unabhängigkeit und Selbständigkeit Ungarns that, habe nicht von einer ungarischen Armee, sondern nur von ungarischen Soldaten gesprochen. Ja, selbst der Reichstag von 1848 habe keine Bestimmungen über eine besondere ungarische Armee getroffen: es sey erst thatsächlich eine solche zum Daseyn gelangt, als die ungarischen Regimenter nicht an der Seite der österreichischen kämpften, sondern gegen sie. Bei zwei besondern Armeen sey eine zweckmäßige Vertheidigung gar nicht denkbar. Nachdem ein so einflußreicher Patriot wie Deak in diesem Sinne gesprochen hat, braucht man über den Ausgang der Verhandlung keine Besorgniß zu hegen. Was seine Gegner treiben, ergibt mehr Geschrei als Wolle.

Mit dem Schützenfest geht es zur Neige. Wohl die meisten der Gäste sind schon fort; auf dem Festplatze fängt es an, leer zu werden, wenigstens verhältnißmäßig gerechnet; denn noch am letzten Sonntage drängten sich 80- bis 90,000 Besucher daselbst.

---

6. August 1868.

Gestern Abend um 7 Uhr ist die Schießhalle offiziell geschlossen worden. Heute erfolgt die feierliche Vertheilung der drei ersten Preise auf jeder der fünf Feld- und Standscheiben, sodann um 7 Uhr ein Ball, und um 12 Uhr Nachts der festliche Ausmarsch der noch anwesenden Schützen mit Fahnen, Musik &c. Tyroler sind nach der Abreise der Mehrzahl noch ungefähr fünfhundert hier; diese aber treten schon heute Abend um 9 Uhr mit einem Extrazuge der Westbahn, ihre Heimfahrt an. Gestern Nachmittag erschien Frhr. v. Beust, welcher Gastein für einige Tage verlassen hat, auf dem Fest-

plaße, wo er sich alsbald mit freudigem Willkommen umringt fand. „Hoch unser Beust!“ riefen die Sachsen. „Nein, unser Beust“, riefen die Tyroler und drängten sich herbei, dem Reichskanzler die Hände zu schütteln. „Man hat uns hier verleumdet“, rief ihm ein Tyroler Bauer zu; „wir halten treu zur Verfassung; hoch die Verfassung, hoch Beust!“ (Dies Alles ist nachhaltig, nicht blos eine Eingebung des Augenblicks; die in Tyrol anders gesinnt sind, die sind zu Hause geblieben.) Von den letzten Festrednern erwähne ich einen Wiener, den Professor Ludwig Eckardt, welcher ein Hoch auf das preußische Volk ausbrachte. „Es hat vor dem Krieg,“ sagte er, „lebhaft protestirt gegen diesen Krieg, während des Sieges theilweise sich von den Siegern betäuben und überrumpeln lassen, aber nach dem Krieg ist auch die Ernüchterung eingetreten, und die Preußen sind schlimmer daran, als wir. Ich habe in Preußen gesehen, daß dort die Gesinnungen vielfach mehr für uns, als gegen uns waren, und ich muß Ihnen gestehen, daß ich, aus Preußen unmittelbar nach Wien kommend, hier eine viel preußischere Gesinnung fand, als in Preußen selbst; daß ich hier viel mehr Kreise, als in Preußen selbst, von dem Gedanken erfüllt fand, der Weg, den Bismarck eingeschlagen, sey der richtige. Die Ernüchterung, die nach den Siegen in Preußen eingetreten ist, ist dort, wo der Sieg durch das Volk, durch die Waffen des Volkes errungen wurde, doppelt verdienstlich; daß man sich dort von den Siegen nicht blenden ließ, hat einen doppelten Werth.“ So weit der Redner; am Schlusse sagte er: „Darum bringe ich dem preußischen Volke von 1813, das uns damals die deutsche Freiheit erfechten half, dem preußischen Volke, so weit es durchdrungen ist von deutschem und demokratischem Geiste, dem Berlin, das 1848 gleichzeitig mit Wien sich erhoben hat, dem Volke von Preußen im Gegensatz zu seinem Regierungssystem, dem preußischen Brudervolke mein Hoch!“

Von den fortwährend zuströmenden telegraphischen Festgrüßen aus der Ferne sind die neuesten (nicht-österreichischen) aus Neustreliß, Bielefeld, und Venedig. Der letztere lautet: „Herzliche Glückwünsche zum glänzenden Erfolg; brüderlichen Schützengruß aus Venedig von dem Vorstand des Provinzialschießstandes in Venedig.“ Es scheint, die Italiener in Venedig sind derzeit unserm Kaiserstaate holder, als der kleine Bruchtheil italienischer Bevölkerung in Triest. Die Triester Malkontenten werden übrigens

der dahin entsendete Feldmarschallleutnant Möring dem Gesetz Achtung zu verschaffen weiß.

---

7. August 1868.

In Bonn am Rhein haben sie ebenfalls eine große Festfeier gehabt: nicht eine Zusammenkunft von Schützen aus allen Theilen Deutschlands, sondern ein Jubiläum der Universität. Das Jubiläum war als solches mehr von örtlichem Charakter; in dem halboffiziellen Anstrich lag ein Unterschied weiter. Dessenungeachtet trug sich auch dort ein Fall zu, daß in deutsch-nationaler Hinsicht die Naturwahrheit eine darüber gestrichene Tünche durchbrach. In einer Versammlung alter und junger Burschenschafter hatte ein Geheimerath die Ergebnisse des Bürgerkriegs als die Verwirklichung der burschenschaftlichen Ideale gepriesen. Da erhob sich Jakob Venedey, welcher daneben saß, zu einem Gegenwort, und sprach unter Anderm: Ihr habt eben gesungen „Deutschland über Alles", und zwar „Deutschland von dem Rheine bis zur Oder, von der Etsch bis an den Belt." „Das ganze Deutschland soll es seyn!" Ich bin hierher gekommen zu Euch, Ihr jungen Burschenschafter, weil Ihr der Fahne des ganzen Deutschlands treu geblieben seyd. Euer Banner schwarz-roth-gold ist nicht das eines Theils, sondern das des ganzen Deutschlands! Das Jahr 1866 hat ein Stück aus dem ganzen Deutschland mit Blut und Eisen herausgerissen und für dasselbe eine neue Fahne geschaffen. Das sehen die Einen als ein Glück, die Andern als ein Unglück an; die Zeit muß entscheiden, wer Recht hat. Ich aber danke dem Manne, den Leuten, die diese neue Fahne geschaffen haben, daß sie für ihr aus dem Leibe Deutschlands herausgerissenes Stück Deutschland nicht die schwarz-roth-goldene, die Fahne des ganzen Deutschlands gewählt haben. So haben sie der Nation, die kein Stück Deutschlands aus der Einheit Deutschlands herausgerissen haben will, die Fahne, die uns gehört, die Fahne, die dem ganzen Deutschland gebührt, gelassen." Das patriotische Feuer, womit der alte Burschenschafter sprach, riß die jungen mit sich fort; mit einem stürmischen Zurufe fielen sie ein, als er ein Hoch auf „diese schwarz-roth-goldene Fahne" ausbrachte. Es war ein Durchbruch der Naturwahrheit. Dem Werke Bismarcks fehlt die Zustimmung der deutschen Nation. „Vielleicht,"

mag man einwenden, „gewinnt er sie noch." Es sieht nicht danach aus: in den neu annektirten Provinzen war die Partei, die dem Erfolg zustimmte, im Jahr 1867 zahlreicher, als sie es jetzt ist. Was zurückgeht, steht nicht fest.

8. August 1868.

Zu guter Letzt hat auch noch Frhr. v. Beust eine Schützenrede gehalten; es geschah bei dem letzten Bankett, das in der Festhalle stattfand. Er ist „ein guter Oesterreicher geworden, ein guter Deutscher geblieben"; er wünscht, daß die Begeisterung des nun abgeschlossenen Festes, die er einem Wassersturz von Bergeshöhen mit harmonischen Melodieen in seinem Getöse vergleicht, nun „in ihrem weitern Verlauf über die Klippen der Zwietracht in die ruhige Strömung des Friedens und der Versöhnung" führe. „Oesterreichs Politik drängt sich heute nicht mehr in die Angelegenheiten Deutschlands, und keine Gedanken der Wiedervergeltung sind es, die die Geister in diesem Reich erfüllen; aber kein Vertrag hindert Oesterreich, durch Das, was Volk und Regierung leisten und schaffen, sich Achtung, Vertrauen, und Zuneigung zu erwerben...." „Oesterreichs Fühlung mit Deutschland, Das ist Etwas, was gewiß keine Partei in Deutschland, und, ich darf keck hinzufügen, keine Nationalität in der österreichischen Gesammtmonarchie zurückweist. Will man aber, meine Herren, das deutsche Element in Oesterreich zum Träger dieses Gedankens machen, dann darf man es nicht von den andern Stämmen trennen, die mit gleicher Berechtigung, mit gleicher Treue, mit gleich erprobter Tapferkeit und Hingebung dem Reich angehören. Die Vereinigung, die Eintracht aller unter dem Szepter unsers erhabenen Kaisers lebenden Völker ist es, welche allein die Erfüllung jener kulturhistorischen Mission Oesterreichs verbürgen kann, die im Interesse Deutschlands ist." Auf dem Festplatze findet noch einige Tage lang ein munteres Treiben geselliger Lustbarkeit statt: nachher wird die kleine Stadt, die man im Prater für das Schützenfest aufgebaut hatte, sofort abgebrochen werden. Zu dem auf den September angekündigt gewesenen „Arbeiter-Verbrüderungsfeste" bleiben die Hallen schon deßhalb nicht stehen, weil dieses Verbrüderungsfest, wie nach den Erklärungen für die „allgemeine europäische sozial-demokratische Republik" zu erwarten war, vorerst einem Verbot unterliegt.

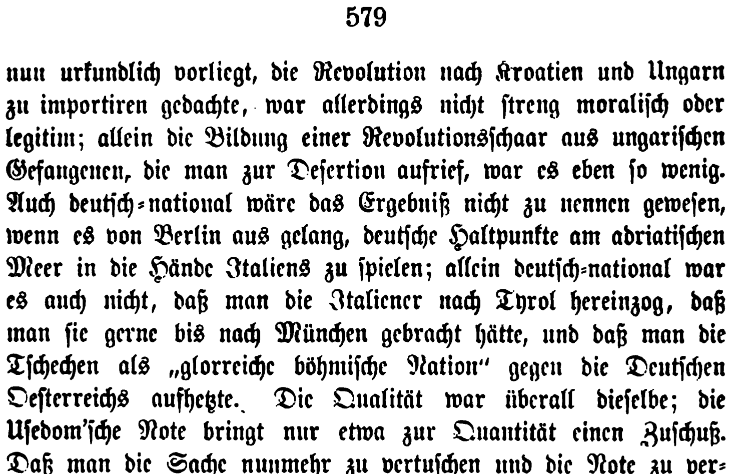
In Pesth ist gestern der Gesetzentwurf über die Landwehr in der Spezialdebatte der Deputirtentafel schließlich unverändert angenommen worden; es steht nur noch die dritte Verlesung aus, welche aber hienach eine blose Formalität ist. Dem Deputirten Graf Cebrian hatte der Pesther „Lloyd" nachgesagt, er habe sich der Abstimmung über das Wehrgesetz enthalten, weil er es für zu demokratisch halte; nun aber bringt der Lloyd selbst eine reklamirende Zuschrift des Grafen, worin dieser unter Anderm sagt: „Dem ist nicht so! Es gibt kein Gesetz, das mir zu demokratisch wäre, das Wort demokratisch im edlen Sinne genommen. Meine Bedenken hatten einen andern Grund, und zwar, kurz gesagt, finde ich durch die Errichtung einer magyarischen Armee — und eine solche sind die Honveds — alle Machtverhältnisse sowohl diesseits als jenseits der Leitha so ganz verrückt, daß ich einen neuen Zusammenstoß beinahe für unvermeidlich halte." (Graf Cebrian gehört sonst zur Deakpartei.)

Wie man aus Brünn schreibt, wollen die „Feudalen" und „Nationalen" zwar auf dem Landtag erscheinen, aber nur um Protest gegen die Reichsverfassung einzulegen und dann wieder wegzugehen. Aehnliches verlautet von Prag. Glücklicher Weise ist auf beiden Landtagen diese Partei in der Minorität; auch haben beide Landtage schon 1861 den Reichsrath beschickt, also ihn anerkannt. In Smichow (Vorstadt von Prag) sieht ein Mitglied des Gemeinderaths einer Kerkerstrafe entgegen, zu der er nun schon in zweiter Instanz wegen Majestätsbeleidigung verurtheilt ist. Ebendaselbst hat bei einer gewerblichen Ausstellung ein Lehrer seinen Schulkindern eine Art von Streitkolben vorgezeigt mit der Erläuterung: „Seht, Kinder, mit dem da schlägt man die Deutschen todt!"

— —

9. August 1868.

Von der Usedom'schen Note (17. Juni 1866) wird mehr Aufhebens gemacht, als die Sache eigentlich werth ist. Daß die Bismarck'sche Politik Oesterreich ins Herz treffen wollte, gab sich seiner Zeit in den Thatsachen kund; auch wäre sonst die Zertrennung Deutschlands mit Zugabe eines militärischen Absolutismus nicht wohl thunlich gewesen, und Das ist es ja doch, was bei denkenden Patrioten „national-liberal" heißt. Daß man durch Garibaldi, wie

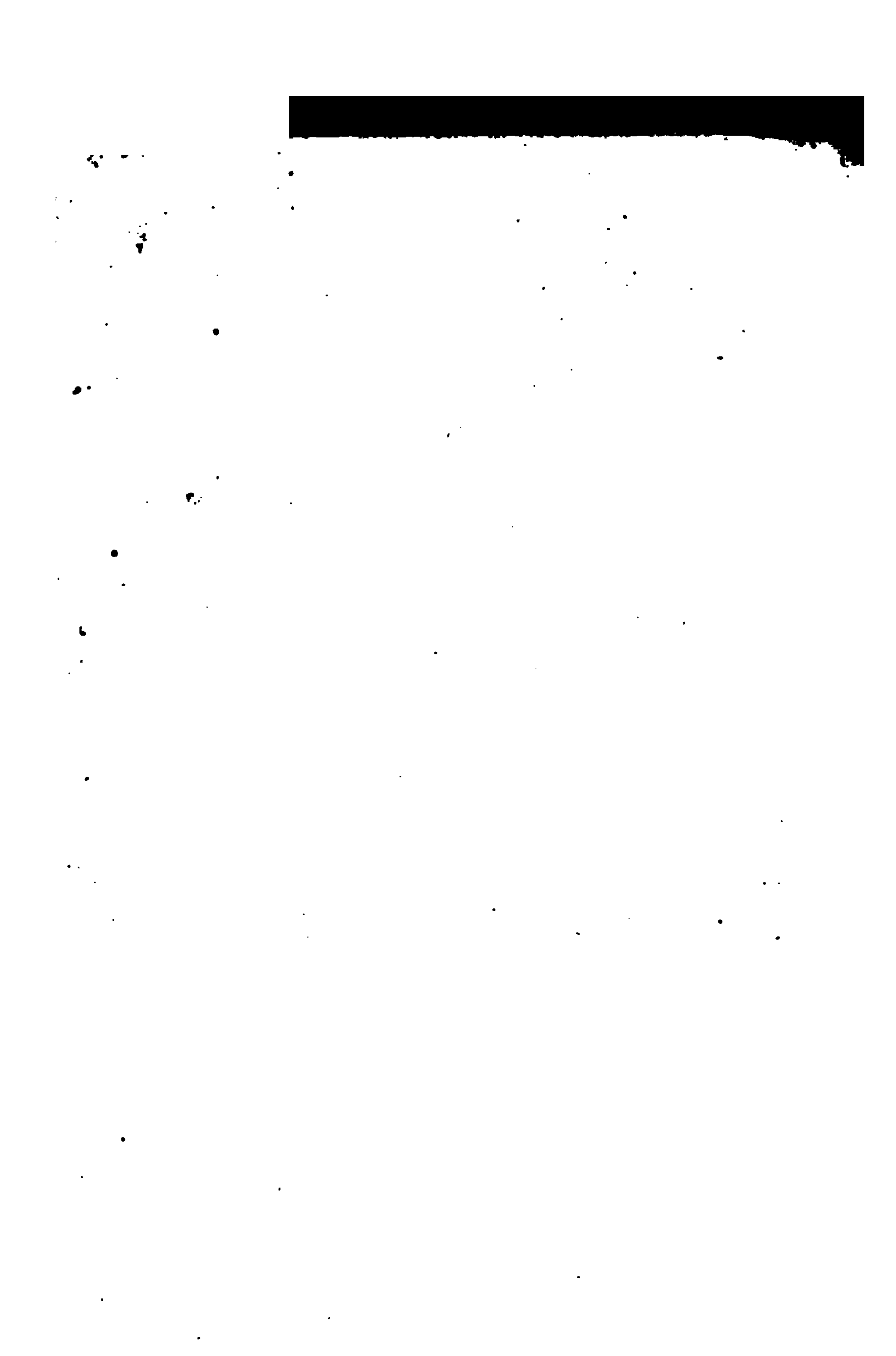


nun urkundlich vorliegt, die Revolution nach Kroatien und Ungarn zu importiren gedachte, war allerdings nicht streng moralisch oder legitim; allein die Bildung einer Revolutionsschaar aus ungarischen Gefangenen, die man zur Desertion aufrief, war es eben so wenig. Auch deutsch-national wäre das Ergebniß nicht zu nennen gewesen, wenn es von Berlin aus gelang, deutsche Haltpunkte am adriatischen Meer in die Hände Italiens zu spielen; allein deutsch-national war es auch nicht, daß man die Italiener nach Tyrol hereinzog, daß man sie gerne bis nach München gebracht hätte, und daß man die Tschechen als „glorreiche böhmische Nation" gegen die Deutschen Oesterreichs aufhetzte. Die Qualität war überall dieselbe; die Usedom'sche Note bringt nur etwa zur Quantität einen Zuschuß. Daß man die Sache nunmehr zu vertuschen und die Note zu verleugnen sucht, ist ganz die Art und Weise von 1866 wieder; damals leugnete man eben so standhaft jegliche Absicht eines Angriffs. In der Note selbst heißt es übrigens: „Dies ist die allgemeine Idee des Feldzugsplans, die der Unterzeichnete, den Weisungen seiner Regierung gemäß, dem italienischen Kabinett vorzulegen sich beehrt." Also: si fecisti, nega!

Dies ist die eine Seite des Gegenstandes; er hat auch noch eine andere. Oesterreich sollte ins Herz getroffen werden: wer Das nicht selbst ersah, Dem gibt es die Usedom'sche Note schwarz auf weiß. Wenn nun in der That Wien so viele Bismärcker aufweist, als Hr. Ludwig Eckardt in seiner Schützenrede angab, so ist wenigstens in so weit Graf Bismarck mit seiner Politik nicht irre gegangen, da er ja eben auf diesem Wege „moralisch" eine Anzahl österreichischer Herzen erobert hat. Schwer ins Gewicht übrigens fallen solche Ausnahmen nicht. Ueber die marmornen Züge Napoleons I. glitt ein Lächeln, als er bei seinem Einzug in Berlin, dreizehn Tage nach der Schlacht von Jena, mit vive l'empereur begrüßt wurde. In ähnlicher Art mag Hr. v. Bismarck lächeln, wenn er von Anhängern und Verehrern seiner Politik in Wien hört. Was indeß Napoleon I. anbelangt, so erkannte er die wahre öffentliche Meinung 1813: das Berliner vive l'empereur von 1806 war ein falsum gewesen.



Druck von Bär & Hermann in Leipzig.



	DATE DUE		